HITLER

REDEN
SCHRIFTEN
ANORDNUNGEN

FEBRUAR 1925 BIS JANUAR 1933

Band III
Zwischen den Reichstagswahlen
Juli 1928–September 1930

Teil 3: Januar 1930–September 1930

Herausgegeben und kommentiert
von Christian Hartmann

K · G · Saur
München · New Providence · London · Paris
1995

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Hitler Adolf:
Reden, Schriften, Anordnungen : Februar 1925 bis Januar 1933 /
Hitler. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. – München ;
New Providence ; London ; Paris : Saur.
ISBN 3-598-21930-X
NE: Hitler, Adolf: [Sammlung]
Bd. 3. Zwischen den Reichstagswahlen Juli 1928 – September
1930 / hrsg. und kommentiert von Christian Hartmann.
Teil 3. Januar 1930 – September 1930. – 1995
ISBN 3-598-21939-3
NE: Hartmann, Christian [Hrsg.]


Gedruckt auf säurefreiem Papier / Printed on acid-free paper

Printed in the Federal Republic of Germany

Datenübernahme und Satz: Rainer Ostermann, München
Druck/Binden: Graphische Kunstanstalt Jos. C. Huber, Dießen/Ammersee

ISBN 3-598-21930-X (Gesamtwerk)

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

Mit dem Erscheinen dieses Teilbandes liegt nunmehr der Band III vollständig vor. Auch dieser Teilband enthält wie die anderen beiden Teilbände zur leichteren Handhabung für den Benutzer den Schlußteil der Einleitung von Band I, der über die Auswahlkriterien und die Editionsgrundsätze informiert, sowie ein separates Personenregister, ein Abkürzungsverzeichnis und ein Literaturverzeichnis. Das hiermit veröffentlichte Quellenmaterial ist seit 1980 weitgehend von Anton Hoch, Hildegard von Kotze, Maria-Helene Müller, Clemens Vollnhals und Bärbel Dusik gesammelt worden. Unterstützung für Bibliotheks- und Archivrecherchen erhielt der Bearbeiter durch Regina Schlemmer, dann Philipp Saure, die Texterfassung erfolgte durch Hannelore Scholz.

Institut für Zeitgeschichte München, im August 1994

Horst Möller
Udo Wengst

Zur Edition

Entsprechend den Kriterien einer wissenschaftlichen Quellenedition sind nur schriftliche Zeugnisse und zeitgenössische Mitschriften, Polizei- oder Presseberichte über Rednerauftritte Hitlers, also Hitler-Dokumente im engeren Begriffssinn, aufgenommen. Zur Kategorie Reden zählen auch die mündlichen Erklärungen und Zeugenaussagen Hitlers vor Gericht, die einen vom Umfang kleinen, aber hochinteressanten Bestand darstellen. Ist der Inhalt einer Rede in verschiedenen Mitschriften oder Berichten überliefert, so wird nach dem Kriterium der umfassendsten Wiedergabe nur eine Überlieferung abgedruckt, während die anderen ermittelten Überlieferungen in einer Anmerkung nachgewiesen werden. Gelegentlich ist nur bekannt, daß Hitler auf einer öffentlichen Versammlung eine Rede hielt, aber nicht, was er sagte. Diese Hinweise sind ebenfalls mit knappen Angaben zu den äußeren Begleitumständen verzeichnet, um der weiteren Forschung einen Anhaltspunkt zu geben. Nicht nachgewiesen werden im allgemeinen jedoch angekündigte Rednerauftritte, die nachweislich nicht stattfanden, bzw. Versammlungen, auf denen statt Hitler ein anderer Redner sprach.

Bewußt nicht aufgenommen sind in der vorliegenden Edition Berichte über Gespräche mit und Äußerungen von Hitler und über von Hitler veranlaßte Handlungen und Aktionen, wie sie im Schriftwechsel Dritter, in Tagebüchern, Memoiren oder ähnlichen Büchern wiedergegeben werden.

Nicht in die Edition aufgenommen wurden ferner von Hitler unterzeichnete Ernennungsschreiben und Vollmachten, sofern sie lediglich formalen Charakter besitzen. Nicht enthalten sind weiterhin Entscheidungen des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses (USchlA), die Hitler als Referentenentwürfe vorgelegt und von ihm in seiner Funktion als Parteivorsitzender abgezeichnet wurden. In diesen parteiinternen Erlassen schlägt sich vor allem die routinemäßige Arbeit des Parteiführers nieder, die in der Regel kaum etwas über das spezifische politische Handeln und Denken Hitlers aussagt. Einen Einblick geben die im "Amtsblatt" der NS-Bewegung, dem Völkischen Beobachter, veröffentlichten Anordnungen. Sie wurden aus zweierlei Gründen in die Edition aufgenommen, einmal um auch diesen Tätigkeitsbereich ausschnitthaft zu dokumentieren, zum anderen verweist die öffentliche Bekanntmachung solcher Anordnungen auf den hohen Stellenwert, der ihnen seitens der Parteiführung zugemessen wurde.

Problematisch erschien schließlich auch die Einbeziehung solcher privater und oft ganz inhaltsleerer Schriftstücke von Hitlers Hand oder mit seiner Namenszeichnung wie Widmungen, Eintragungen in Gästebücher, Postkarten mit bloßen Grußformeln, Danksagungen o. ä. In diesem Bereich privat-persönlicher Hitler-Zeugnisse, die zumeist in Privatbesitz überliefert sind, mußte zudem aufgrund zahlreicher Fälschungen besondere Zurückhaltung und Vorsicht bei der Aufnahme in die Edition geboten sein.

Die Dokumente sind chronologisch angeordnet. Als Datum ist durchweg der Tag der Rede und nicht das Datum der Übertragung des Stenogramms, des Polizei- oder Zeitungsberichts

eingesetzt. Für die Datierung schriftlicher Äußerungen ist das Ausstellungsdatum maßgebend, bei undatierten Aufrufen, Erklärungen und Anordnungen Hitlers wird als Datum ersatzweise der Tag der Veröffentlichung angegeben. Steht das Datum in eckigen Klammern, so ist die Einordnung undatierter Dokumente aus dem sachlichen Zusammenhang erschlossen worden.

Die Titel der Reden werden, sofern sie eindeutig überliefert sind, in den Dokumentenkopf aufgenommen, ebenso die Überschriften bzw. "Betreffe" aller übrigen Dokumente. Weicht der Kopf des Dokuments bemerkenswert von der Vorlage ab oder enthält die Überschrift in der Vorlage zusätzliche Angaben, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen.

Absätze und Untergliederung entsprechen der Vorlage, jedoch wurden die Dokumente für die Druckfassung in bezug auf die formale Gestaltung vereinheitlicht. Hervorhebungen durch Unterstreichung, Sperrung oder Fettdruck werden in Kursivdruck wiedergegeben.

Korrekturen im Text der Vorlage werden nur dann angemerkt, wenn sie den Sinn in sachlich relevanter Weise verändern. Bearbeitungsvermerke wie etwa Unterstreichungen oder Randbemerkungen sind nur dann erwähnt, wenn sie offensichtlich oder vermutlich von Hitler hinzugefügt oder sachlich bemerkenswert sind.

Fehlerhafte Rechtschreibung und Zeichensetzung der Vorlage sind stillschweigend berichtigt, ebenso irrtümliche Schreibweisen von Eigennamen, sofern Orte und Personen zweifelsfrei identifiziert werden konnten. Eigenhändige Schreiben Hitlers werden hingegen unter Beibehaltung aller Schreib- und sonstigen Fehler buchstabengetreu wiedergegeben.

Zusätze des Herausgebers sind kursiv gesetzt und durch eckige Klammern gekennzeichnet. Unverständliche oder höchst eigenwillig formulierte Textstellen sind mit [*sic!*] gekennzeichnet.

Bei Aufzeichnungen über Versammlungen und Aussagen vor Gericht sind einleitende oder abschließende Bemerkungen des Berichterstatters sowie die Reden und Diskussionsbeiträge anderer Redner als Hitler in der Regel ausgelassen, Auslassungen innerhalb des edierten Redetexts sind durch [...] gekennzeichnet. Ist die ausgelassene Stelle sachlich bemerkenswert, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen; wörtliche Zitate aus der ausgelassenen Stelle sind in diesem Fall zwar in Anführungszeichen gesetzt, jedoch nicht mit einem Hinweis auf die Quelle versehen.

Die Sachanmerkungen sollen keine umfassende, wertende Interpretation des edierten Dokuments geben, sondern dem Benutzer in knapper Form gezielte Verständnis- und Arbeitshilfen anbieten.

Alle im Text genannten Personen, die im 20. Jahrhundert gelebt und gewirkt haben, werden bei der Erstnennung mit einer Kurzbiographie vorgestellt, die in aller Regel den Lebenslauf bis 1945 nachzeichnet. Neben den einschlägigen biographischen Nachschlagewerken wurden bei Parteimitgliedern zusätzlich die im Berlin Document Center, jetzt Bundesarchiv Außenstelle Zehlendorf, vorhandenen Personaldossiers herangezogen.

Jeder Teilband enthält ein Personenregister, wobei die kursiv gesetzte Seitenzahl auf die erstellte Kurzbiographie verweist. Mit dem Erscheinen des letzten Bandes wird die Edition zusätzlich durch ein kumuliertes Personen-, Orts- und Sachregister erschlossen.

Angesichts der außerordentlichen Zerstreuung der Quellen konnte Vollständigkeit nur annäherungsweise erreicht werden. Die Sammlungstätigkeit, die ausgangs der 80er Jahre im wesentlichen abgeschlossen und 1990-1992 nur noch an einigen Orten der ehemaligen DDR fortgesetzt

wurde, konzentrierte sich zunächst auf die Durchsicht der als einschlägig und besonders ergiebig bekannten Bestände des Bundesarchivs Koblenz, des Bayerischen Hauptstaatsarchivs München, der Staatsarchive München und Nürnberg, des Bundesarchivs Abteilungen Potsdam (ehemals Zentrales Staatsarchiv der DDR) sowie des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte.

Weitere Recherchen fanden in den Beständen und Zeitungsausschnittssammlungen folgender Archive, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen (geordnet nach Orten) statt: Bundesarchiv Außenstelle Zehlendorf (ehemals Berlin Document Center), Landesarchiv Berlin, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Deutsche Staatsbibliothek Berlin, Staatsarchiv Bremen, Sächsisches Hauptstaatsarchiv (ehemals Staatsarchiv Dresden), Sächsische Landesbibliothek Dresden, Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Archiv der Mannesmann-AG Düsseldorf, Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt, Bundesarchiv, Abt. VI-Militärarchiv Freiburg i. Br., Staatsarchiv Freiburg i. Br., Militärgeschichtliches Forschungsamt Freiburg i. Br., Staatsarchiv Hamburg, Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Weltwirtschaftsarchiv Hamburg, Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Generallandesarchiv Karlsruhe, Staatsarchiv Landshut, Deutsche Bücherei Leipzig, Staatsarchiv Leipzig, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Abteilung Merseburg (ehemals Dienststelle Merseburg des Zentralen Staatsarchivs der DDR), Bayerische Staatsbibliothek München, Brandenburgisches Landeshauptarchiv (ehemals Staatsarchiv Potsdam), Bibliothek für Zeitgeschichte Stuttgart, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Thüringisches Hauptstaatsarchiv (ehemals Staatsarchiv Weimar), Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel. Weiterhin wurden das Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien sowie die polnischen Staatsarchive Malbrok, Olsztyn und Wrocław in die Recherchen einbezogen.

Wertvolle Hinweise auf einzelne Bestände und Aktivitäten Hitlers brachten ferner zwei Rundschreibenaktionen, die sich an jeweils mehr als 100 Archive der Bundesrepublik und der DDR sowie Bibliotheken mit der Bitte um Unterstützung richteten. Unentbehrlich für die Nachweisung der recherchierten Hitler-Reden in der oft entlegenen Lokal- und Regionalpresse war die tatkräftige Mitarbeit zahlreicher Stadtarchive und Bibliotheken, die viel Mühe auf die Durchsicht der bei ihnen überlieferten Presseorgane verwandten. Den Mitarbeitern aller beteiligten Archive, Bibliotheken und sonstigen Institutionen sei an dieser Stelle aufrichtig für die umfassende und bereitwillig gewährte Unterstützung gedankt.

Dokumente

4. Januar 1930 Dok. 1
"Die österreichische Heimwehr"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 4.1.1930.

Die Entwicklung der Heimwehr-Bewegung [1] in Österreich ist ein so lehrreiches Beispiel für die Unmöglichkeit einer inneren Umwandlung bürgerlicher Parteigebilde, daß es besonders den sogenannten "bündischen" Führern im Reich zu eingehendstem Studium dringendst empfohlen werden kann. Bekanntlich hat - von Rußland natürlich abgesehen - kein Land mehr unter dem marxistischen Terror zu leiden gehabt als Österreich [2]. Schon im Frieden konnte man besonders in Wien von einer freien Wahl nicht mehr reden [3]. Schon damals hat die Sozialdemokratie mit den unglaublichsten Gewaltmitteln die freie Meinungsäußerung ihrer politischen Gegner teils eingeschüchtert, teils kurzerhand unterdrückt. Der alte österreichische Kaiserstaat - durch und durch vom parlamentarischen Gift angefressen und durchsetzt - konnte sich zu einem energischen Schutz der bedrohten "Andersdenkenden" nicht mehr aufraffen. Ja, wenn wirklich irgendeine Amtsstelle einmal durchzugreifen versuchte, dann erhob die Sozialdemokratie ein solch wüstes Geschrei gegen den verantwortlichen Beamten, daß selbstverständlich nicht die Schreihälse oder gar die Terroristen, sondern der Beamte gemaßregelt wurde, denn der störte dann öffentliche Ruhe und Ordnung, indem er den marxistischen Gemeinheiten einen Riegel vorzuschieben versuchte [4]! Seit der Revolution hat sich dieser Zustand noch verschärft. Der Marxismus herrschte unbeschränkt, die bürgerlichen Parteien, feige wie immer und überall, kannten gemäß ihrer Parole der "Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung" nur eines: Fügsamkeit, Duldsamkeit, kurz: feige Unterwürfigkeit, was dann in bürgerlichem Munde mit dem schönen Satz "kluges Nachgeben" verbrämt wird. Dieses "kluge bürgerliche Nachgeben" führte so weit, daß der ganze Staat dem Ruin entgegengetrieben wurde. Als die marxistische Terrorherrschaft endlich vollends unerträglich ward, begann über die bürgerlichen Parteien hinweg das Volk allenthalben zur Selbsthilfe zu greifen. Die Heimwehrbewegung erhielt

1 Die Heimwehr war aus regionalen Selbstschutzverbänden hervorgegangen, die sich bei Ende des Ersten Weltkriegs in Österreich gebildet hatten. Ungeachtet ihrer unterschiedlichen politischen Wurzeln und Zusammensetzung entwickelte die Heimwehr bald eine antimarxistische, später auch faschistisch-antiparlamentarische Ideologie, die seit 1930 zur Spaltung der Heimwehr in einen legalistischen und einen putschistischen Flügel führte. Vgl. Walter Wiltschegg, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? München 1985.

2 Zu den Ereignissen im November 1918 vgl. Karl R. Stadler, Die Gründung der Republik. In: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Hrsg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Bd. I, Graz 1983, S. 55-84.

3 Mit der Wahlordnung vom 26.1.1907 wurde das allgemeine, gleiche, geheime und unmittelbare Wahlrecht für alle männlichen Staatsbürger im cisleithanischen Teil Österreich-Ungarns eingeführt. Vgl. Berthold Sutter, Die politische und rechtliche Stellung der Deutschen in Österreich 1848-1918. In: Die Habsburgermonarchie. Hrsg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Bd. III/1: Die Völker des Reiches, Wien 1980, S. 154-339, hier S. 290 f.

4 Zum Verhältnis von Arbeiterbewegung und Staat in Österreich-Ungarn vor 1914 vgl. Helmut Konrad, Nationalismus und Internationalismus. Die österreichische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, Wien 1976.

mächtigen Zulauf, und es schien einige Zeit fast, als ob sie endlich dem unmöglichen Zustand ein entschlossenes Ende bereiten würde [5].

Ich stand persönlich der Heimwehrbewegung skeptisch gegenüber. Es gibt nun einmal Dinge auf der Welt, die man nicht durch kluges Paktieren, sondern nur durch den scharfen Hieb lösen kann. Ohne Zweifel bestand die Führung der Heimwehrbewegung sicherlich zum überwiegendsten Teil aus ebenso achtbaren wie im Grunde genommen auch entschlossenen Männern. Das Menschenmaterial ist ebenfalls gut. Allein, das allein tut es noch lange nicht. Was in meinen Augen der Heimwehrbewegung fehlt, ist eine klare weltanschauliche Fundamentierung [6]. Sie hat kein umfassendes weltanschauliches Programm, das sie von vorneherein in diametralen Gegensatz stellt zur bisherigen bürgerlichen und im letzten Grunde auch marxistischen Parteiwelt. Die Folgen davon sind ein leichteres Wachstum, aber dafür auch eine geringere Stärke und Kraft. Es fehlt ihr die Einheitlichkeit, die eben nur in der gleichmäßigen weltanschaulichen Ausbildung liegt. Nicht um Prinzipien kämpft sie, sondern gegen augenblickliche Zustände. Wer aber gegen den Marxismus, der eine, wenn auch tausendmal verbrecherische Weltanschauung verkörpert, kämpft, ohne selbst eine solche eisern gefestigte gegenteilige Überzeugung zu besitzen, der muß am Ende den kürzeren ziehen. Wenn die österreichische Heimwehrbewegung ihrem Verfall, der genau so eintreten muß und wird wie der der deutschen Einwohnerwehr [7] einst eingetreten ist, entgehen will, dann kann sie dies nur durch ein folgerichtiges Bekenntnis zu einer kristallklaren grundsätzlichen Überzeugung, wie sie zum Beispiel in Italien der Faschismus und in Deutschland der Nationalsozialismus besitzt.

Ich habe die korporative Aufnahme von Verbänden in die Einwohnerwehr [8] einst als bedenklich und nicht richtig angesehen. Gewiß vermag auf diesem Wege eine Organisation sehr schnell an Volumen zuzunehmen, allein eine Vermehrung der inneren Kraft ist das nicht. Vielleicht hat mancher Heimwehrführer in Österreich meine seinerzeitigen Kritiken [9] mir übelgenommen. Man darf aber überzeugt sein, daß es sich hier einfach um die besorgte Ansicht eines Mannes handelt, der dieselben Vorgänge in Deutschland bereits zweimal miterlebt hat [10]. Es

5 Seit Sommer 1929 hatte die Heimwehr, dem italienischen Vorbild folgend, einen "Marsch auf Wien" angekündigt. Der Amtsbeginn von Bundeskanzler Schober am 26.9.1929 gab der Heimwehr jedoch die Hoffnung, ihr Ziel eines "autoritären Staates" auf legalem Weg verwirklichen zu können. Vgl. Gerhard Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstösse, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938, München [2]1983, S. 179 f.

6 Zur Entwicklung der Heimwehr-Ideologie vgl. Wiltschegg, Die Heimwehr, S. 252 ff.

7 Seit November 1918 hatten sich im Deutschen Reich, geduldet oder gefördert von der Reichsregierung und den Regierungen der Länder, sog. Bürger-, Polizeihilfs-, Schutz- oder Sicherheitswehren zur Abwehr linksradikaler Umsturzversuche gebildet. Diese Einwohnerwehren entwickelten sich zu einem selbständigen politischen Machtfaktor mit zunehmend republikfeindlicher Tendenz und wurden auf Druck der Alliierten 1920/21 aufgelöst. Der Versuch, durch die Bildung von nichtstaatlichen Wehrverbänden die Auflösung zu umgehen, wurde zunächst durch die Reichswehr unterstützt. Vgl. Hans-Joachim Bieber, Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918-1920, Hamburg 1992, S. 196 ff., 323 ff. sowie Erwin Könnemann, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920), Berlin (Ost) 1971, S. 45 ff.

8 Zur organisatorischen Entwicklung der Einwohnerwehren vgl. Könnemann, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände, S. 96 ff.

9 Vgl. Bd. III/2, Dok. 23, 79, 83.

10 Hitlers mißlungener Putschversuch am 8./9.11.1923 wurde militärisch von der Arbeitsgemeinschaft der Kampfverbände (seit September 1923 Kampfbund) getragen. Die SA war der Arbeitsgemeinschaft im Februar

war auch das Ende immer dasselbe. Indem die Heimwehr den korporativen Beitritt großer bürgerlicher Verbände gestattete, und zwar just in dem Augenblick, in dem rein psychologisch die Zukunft der Heimwehr als aussichtsreich erscheinen mußte, öffnete sie Türen und Tore jenen opportunistischen bürgerlichen Parteielementen, die überall dort auftauchen, wo sich scheinbar die Waagschale des Erfolges hinneigt. Dies geschieht teils aus einem verständlichen inneren Antrieb, nicht zu kurz zu kommen, teils aber auch aus einer sehr niederträchtigen Berechnung der bürgerlichen Parteiführer, jener selben bürgerlichen Parteiführer, die sich mit ihrem marxistisch-bürgerlichen Konkubinat innerlich schon längst abgefunden haben und im stillen jeden hassen, von dem sie annehmen, daß er sie aus ihrem warmen Bett heraustreiben könnte [11]. Als deutscher Nationalist habe ich im Lauf der Jahre gelernt, die größte Gefahr für unser Volk noch nicht einmal im Marxismus, als vielmehr in unseren bürgerlichen Parteien zu sehen. Der Marxismus ist ein sehr klares Gift. Seine Einwirkungen sind katastrophale, sein Erkennen ist leicht, seine Abwehr möglich. Das politische Partei-Bürgertum ist ein verstecktes Gift, viel schwerer zu fassen, weil schwerer zu erkennen, und viel gefährlicher, weil es sich gerade an die Kräfte wendet, die man logischerweise allein dem Marxismus entgegensetzen könnte, und weil es diese Kräfte dann lahmlegt, bindet und endlich kampfunfähig macht. Wenn heute eine deutsche Freiheitsbewegung [12] mit dem Entschluß, dem Marxismus ein Ende zu bereiten, sich dem ersichtlichen Sieg nähert, werden sofort die bürgerlichen Parteiführer versuchen, sich in die neue Front einzuschleichen, aber keineswegs um ihren Sieg zu beschleunigen, sondern im Gegenteil, um sie dann sachte aber langsam und sicher abzubiegen und vom Marxismus wegzubringen [*sic!*].

Niemals werden bürgerliche Parteien und deren Führer einen Ausrottungskrieg gegen den Marxismus beginnen! Dazu sind sie selbst viel zu viel von marxistischen Gedankengängen durchseucht und von korruptionistischem Gift angefressen. Sie kämpfen im höchsten Falle nur um ihren Platz am Futtertrog. Der Mangel jeglicher Idee, jeder Weltanschauung und jedes Ideals macht sie von vorneherein unfähig, sich mit dem Marxismus zu messen. Marxistisches und politisches Bürgertum in einer Ebene zum Kampf gebracht, bedeutet immer Vermarxisierung [*sic!*] der bürgerlichen Parteien. Unter tausend Vorwänden, wie sie die Habgier und das schlechte Gewissen den Menschen zu allen Zeiten leicht einzugeben vermögen, wird man einen ernstlichen Kampf gegen den Marxismus ablehnen und im schönsten Kompromiß endigen.

Die österreichische Heimwehr hatte einen Augenblick, in dem sie wirklich die Nation hätte hinter sich bekommen können [13]. Sie mußte sich dann von vorneherein gegen die gesamten

---

1923 beigetreten. Vgl. Harold J. Gordon jr., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, Frankfurt a. M. 1971, S. 87 ff. Vgl. ferner Anm. 8.
In seinen Grundsätzlichen Richtlinien für die Neuaufstellung der NSDAP vom 26.2.1925 verbot Hitler ausdrücklich jede Übernahme geschlossener Verbände. Druck: Bd. I, Dok. 4.

11 In den 16 Regierungen, die seit Oktober 1918 bis zum damaligen Zeitpunkt in Österreich gebildet worden waren, hatte es vier Koalitionen zwischen Vertretern bürgerlicher Parteien und Vertretern der Sozialdemokratischen Partei gegeben: 1., 2. und 3. Kabinett Renner (30.10.1918-3.11.1919/15.3.-17.10.1919/17.10.1919-11.6.1920) und 1. Kabinett Mayr (7.7.-20.11.1920).

12 Gemeint ist die NSDAP.

13 Anspielung auf die Ereignisse im Juli 1927: Nach dem Freispruch von drei Gewalttätern der rechtsradikalen Frontkämpfervereinigung Deutschösterreichs durch ein Wiener Geschworenengericht am 14.7.1927 hatte sich tags darauf eine spontane Protestaktion rasch radikalisiert. Dabei wurde u. a. der Justizpalast gestürmt und in Brand gesteckt. Das rücksichtslose Vorgehen der von Johannes Schober geleiteten Wiener Polizei forderte ins-

Parteien in aller Schärfe wenden. Sie durfte sich auf keinen Fall aber auf eine "Verfassungsreform" [14] festlegen lassen, die im günstigsten Fall nur eine Verstärkung des parlamentarischen Systems bringen konnte. Übrigens erscheint mir eine Verfassungsreform, die ihre Berechtigung dadurch zu erweisen versucht, daß sie auf den in diesem Sinne bereits durch die Weimarer Verfassung hergestellten Zustand verweist, nicht nur höchst dürftig, sondern bereits erwiesenermaßen höchst schädlich zu sein. Allein, das haben die schlauen Parteitaktiker geschickt gefingert. Sowie erst einmal die aufgewühlte Leidenschaft der Nation in das parlamentarische Bett geleitet wurde, war es mit der urwüchsigen explosiven Kraft dahin. Nun haben sich diese parlamentarischen Taktiker der Sache angenommen und ganz langsam in die gewünschte Form gebracht, d. h., es wurden so lange alle Ecken und Kanten und Stacheln abgeschliffen und weggebrochen, bis endlich auch der fanatischste Austromarxist dem neuen Verfassungswerk seine Sanktion geben kann. Die Parlamentslumpen haben damit wieder einmal die Nation um ihren Willen bestohlen!

Nun, da man solcher Art der Heimwehr den großen gefährlichen Schwung genommen hat, geht man zum Gegenangriff über. Ich habe schon vor Monaten betont [15], daß die Mission des Herrn Schober [16] keine andere sein wird als es die des Herrn von Kahr [17] war [18]: Auffangen des nationalen Stoßes und langsames Ausbremsen desselben. Nun, da diese erste Aufgabe durch den Verfassungsreformschwindel als gelungen erscheint, kommt die zweite dazu, nämlich Zerschlagung des Instruments, das der bürgerlichen Parteiwelt einen so unangenehmen Schrecken eingejagt hat. Zu dem Zweck gründet man nun eigene Formationen [19], okkupiert

---

gesamt 89 Tote und 548 Verletzte. Die Ereignisse schienen den antimarxistischen Kurs der Heimwehr zu bestätigen, die bei dieser Gelegenheit erstmals eingesetzt wurde. Nicht zuletzt durch Vermittlung von Bundeskanzler Ignaz Seipel erhielt sie nun erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen, die ihr eine völlige Reorganisation ermöglichten. Vgl. Wiltschegg, Die Heimwehr, S. 40 ff. sowie Botz, Gewalt in der Politik, S. 107 ff., 141 ff.

14 Die Reform der österreichischen Verfassung vom 7.12.1929 zielte vor allem auf eine Stärkung des Bundespräsidenten sowie des Bundes zuungunsten der Länder. Die ungleich radikaleren Forderungen der Heimwehr, die de facto auf eine Diktatur hinausliefen, wurden damit jedoch kaum erfüllt. Vgl. Klaus Berchtold (Hrsg.), Die Verfassungsreform von 1929. Dokumente und Materialien zur Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle von 1929, 2 Bde., Wien 1979.
Zur Haltung der Heimwehr zur Verfassungsreform vgl. Wiltschegg, Die Heimwehr, S. 305 ff.

15 Vgl. Bd. III/2, Dok. 79, 83, 99.

16 Johannes Schober (1874-1932), Dr. jur., 1898 Eintritt in die Wiener Polizei, 1918-1921 und erneut 1922-1929 Polizeipräsident von Wien, 1921/22 Bundeskanzler und Außenminister, 1929/30 Bundeskanzler, 1930-1932 Vizekanzler und Außenminister.

17 Gustav (seit 1911 Ritter von) Kahr (1862-1934), Jurist, 1890 Eintritt in den bayerischen Staatsdienst, seit 1902 im Innenministerium, 1917-1920 und erneut 1921-1923 Regierungspräsident von Oberbayern, März 1920 bis September 1921 bayerischer Ministerpräsident, September 1923 bis Februar 1924 Generalstaatskommissar von Bayern, 1924-1930 Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet.

18 Gemeint ist Hitlers vergeblicher Versuch, Kahr durch den Putsch am 8./9.11.1923 zu überspielen und mit ihm eine Rechtsdiktatur zu bilden. Vgl. Gordon, Hitlerputsch 1923, S. 244 ff.

19 Vermutlich eine Anspielung auf den Freiheitsbund, der am 17.7.1927 als Teil der christlichen Arbeiterbewegung in Österreich gegründet worden war. Zunächst als Selbstschutzorganisation mit klarer Frontstellung gegenüber der Sozialdemokratischen Partei und den ihr nahestehenden Gewerkschaften ins Leben gerufen, geriet der katholisch wie sozialreformerisch ausgerichtete Freiheitsbund bald auch in Konflikt mit der Heimwehr, deren Demokratiefeindschaft er ablehnte. Vgl. Wiltschegg, Die Heimwehr, S. 328 ff.

den Gedanken der Heimwehren für sich und beginnt vor allem wieder einzelne Gruppen gegen die gemeinsame größere Idee auszuspielen. Steierische Bauernwehren sollen ins Leben gerufen werden [20]. Wer sieht da nicht die geschickten Hände der christlich-sozialen Parteileitung, die, nachdem sie sich vom ersten Schreck erholt hat und die Gefahrlosigkeit des Heimwehrsturms erkannte, nun zum langsamen Gegenstoß antritt.

Ich halte es heute noch für möglich, daß die österreichische Heimwehrbewegung den nunmehr aufsteigenden Gefahren Herr wird. Sie wird es aber nur können, wenn sie sich nun in rücksichtsloser Weise auf die breite Masse des Volkes wirft und ohne Scheu vor den Konsequenzen den Parlamentarismus als solchen angreift und dem gesamten Parteiunfug den entschlossensten Kampf ansagt. Es kann dann vielleicht noch eine Zeit bösen Schwankens kommen, allein wenn sie durchhält, muß sich der Endessieg [*sic!*] an ihre Fahnen heften. Da ich persönlich von der Kraft solcher Verbände zum entscheidenden Kampf nichts halte, wächst damit erst recht mein Glaube zur nationalsozialistischen Bewegung, die eben am Ende doch als einzige dazu berufen sein wird, der Periode der marxistischen Zerstörung unseres deutschen Volkskörpers und Deutschen Reiches ein Ende zu bereiten. Für uns ist das, was sich nun in der alten Ostmark [21] des Reiches abspielt, das dritte Beispiel dafür, daß das politische Bürgertum mit zum größten Fluch der deutschen Nation geworden ist. Hätte die Revolution des Jahres 1918 statt der Fürsten nur die bürgerlichen Parteien zum Teufel gejagt, die deutsche Nation könnte sich beim Marxismus am Ende wirklich nur aufrichtig bedanken, denn für das deutsche Volk gilt heute mehr denn je das römische Sprichwort in veränderter Fassung: Herr behüte Deutschland vor seinen partei-bürgerlichen Freunden, mit seinen marxistischen Feinden wird es dann so oder so fertig werden [22]!

---

20 Aus Opposition zur zunehmenden Republikfeindschaft der Heimwehr hatte der Landbund die steirische Heimwehr verlassen und am 14.12.1929 eine eigene "Bauernwehr" gegründet. Vgl. Wiltschegg, Die Heimwehr, S. 176 f., 333.

21 Im 9. Jahrhundert Bezeichnung für die Gebiete zwischen Enns und Leitha, hier historisierend für "Österreich".

22 Der Satz, "Gott schütze mich vor meinen Freunden", wird dem mazedonischen König Antigonos I. Gonatas (319-239 v. Chr.) zugeschrieben. Vgl. Manlius, Loci communes, Bd. II, Frankfurt a. M. 1954, S. 246.

10. Januar 1930 Dok. 2
"Politik und Wirtschaft" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Weimar [2]

Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 12.1.1930, "Eine politische Rede Adolf Hitlers in Weimar" [3].

Die Ausführungen Hitlers zeichneten sich durch einen vorbildlichen Aufbau seiner Rede und sein glänzendes rhetorisches Talent aus. Der Redner beleuchtete zunächst *das Wesen der Politik vom philosophischen Standpunkt aus und ging näher auf die Aufgaben des wirklichen Staatsmannes ein*, der die Schäden seiner Zeit mit offenen Augen erkennt und sein Volk so zu führen versteht, wie es notwendig ist. Seine Aufgabe bestehe aber auch darin, es von der Unzulänglichkeit des Schwachen freizumachen, eine Aufgabe, die undankbar ist und einen dornenvollen Weg vorschreibt. Adolf Hitler skizzierte dann *die Stellung Europas dem heutigen Amerika gegenüber,* das schon seit langem eine bewußte Politik in bezug auf Eugenik getrieben habe. Die Einwanderungsmaßnahmen bewiesen das [4]. Deutschland habe oft seine besten Kräfte verloren [5], und Amerika habe sie in sein Staatswesen national einzuordnen verstanden. Die Neulandgebiete erstarkten in dem Maße, daß sie erfolgreich die Hand gegen die Mutterländer erheben konnten [6]. Europa, bisher die größte Fabrik für die ganze Welt, mußte einen erheblichen Anteil dieses Ruhmes an Amerika abtreten [7]. Deutschland machte den Fehler, *daß*

1 Titel laut VB.

2 Im Hotel "Kaiserin Augusta", nach 20.00 Uhr. Laut Vorlage hatte die Landtagsfraktion der NSDAP "maßgebliche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Politik, des Handels, der Verwaltung, der Kunst und der Wissenschaft" zu dieser Versammlung persönlich eingeladen. An der Veranstaltung nahmen rund 300 (VB: "mehr als 200") Personen teil.
Anlaß für Hitlers Aufenthalt in Weimar war seine Beteiligung an den Thüringer Koalitionsverhandlungen. Vgl. Anm. 12, Dok. 7, Anm. 5 und Dok. 11.

3 Vgl. auch Neue Leipziger Zeitung vom 11.1.1930, "Hitler greift in Thüringen ein"; Weimarische Zeitung vom 11.1.1930, "Adolf Hitler über Politik und Wirtschaft"; Der Nationalsozialist vom 13.1.1930, "Eine politische Rede Adolf Hitlers"; VB vom 17.1.1930, "Adolf Hitler vor geladenen Gästen in Weimar". Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv, Teil I, Bd. 1: 27.6.1924-31.12.1930, München 1987, S. 481.

4 Anspielung auf den Immigration Act of 1924 to limit the Immigration of Aliens into the United States vom 26.5.1924, der die Einwanderung in die USA sehr viel schärfer reglementierte. Bereits der First Quota Act vom 19.5.1921 hatte Höchstwerte für die Einwanderung einzelner Volksgruppen festgelegt. Druck: Laws Applicable to Immigration and Nationality. Embracing Statutes of a Permanent Character, and Treaties, Proclamations, Executive Orders, and Reorganization Plans Affecting the Immigration and Naturalization Service. Ed. by United States Department of Justice, Washington 1953, S. 397 ff., 408 ff.

5 1929 wanderten 38.188 Deutsche in die USA aus; während der Jahre 1919 bis 1933 hatte die Auswanderung in die USA 1926 mit 51.144 Menschen ihren Höchststand erreicht. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, Bd. III, München 1978, S. 35.

6 Anspielung auf den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg (1775-1783).

7 1929 führten die europäischen Staaten im reinen Warenverkehr Güter im Wert von 67,3 Milliarden RM (49,4% der Welthandelsausfuhr) aus, die USA im Wert 21,7 Milliarden RM (15,9% der Welthandelsausfuhr). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1931, S. 94* f.

es seine Kämpfe nur für Ideen ausfocht, anstatt wie andere Länder für die Befestigung seiner Existenz und seiner Wirtschaft zu kämpfen. Dem deutschen Volke war der materielle Zweck fremd. Das wurde ihm zum Verhängnis und im Weltkriege empfing es die Quittung für sein weltfremdes Denken und Handeln. *Ein Volk darf sich nicht von seinem Boden unabhängig machen,* sonst ist das sein Untergang. Der Grund und Boden ist immer entscheidend, weil es ihn seiner wachsenden Bevölkerung anpassen, also unter Umständen auch erweitern muß. In Deutschland dachte man, Menschenexport, wie er seit 1870 getrieben wurde [8], enthöbe die verantwortlichen Stellen aller Verpflichtungen. Das Verhängnis nahm seinen Lauf: *Deutschland wurde vom Weltmarkt verdrängt,* die Absatzverhältnisse wurden immer schwieriger, und heute ist der Import nach Deutschland so groß [9], daß unser moralischer Kredit längst geschwunden ist. Wenn die Verpfändungen noch weiter so, wie bisher, zunehmen, dann kann das nur noch einige Jahre dauern, *denn dann müsse der Zusammenbruch folgen.* Heute, wo die ganze Welt fieberhaft rüstet [10], träumt man in Deutschland von pazifistischen, rein rechtlichen Lösungen der Weltfragen und baut selbst die geistigen Kraftquellen ab, nachdem die technische und moralische Abrüstung allem vorangegangen ist. *Eine Pistole könne man wohl verlieren, aber den Willen zur Verteidigung dürfe man sich nicht nehmen lassen!* Die parlamentarische Demokratie habe uns nichts genützt, sondern viel vernichtet, anstatt aufzubauen. Die einzelnen Völker hätten ihre Prinzipien, nach denen sie erzogen würden, nur Deutschland sei aller Prinzipien bar geworden, und zwar durch eigene Schuld. Die gegenwärtig in Deutschland regierende Partei [11] habe das Volk in zwei große Lager gespalten und den Zerfall zu ihrem Prinzip gemacht. *Sähen nur diese Leute nicht, daß wir einem furchtbaren Bürgerkrieg entgegengehen*? Uns könne nur der Kampf gegen den Internationalismus bis zur äußersten Konsequenz retten, der auf dem Vertrauen auf die eigene Kraft basiere. Volk und Vaterland, diese Idee müsse unser ganzes Denken und Handeln beherrschen. Durch Anerkennung der Führerpersönlichkeiten und durch Mobilmachung der besten Köpfe und kraftvoller Autorität nur

---

8 Zwischen 1871 und 1914 erreichte die Zahl deutscher Auswanderer in den Jahren 1881/82 mit 220.902 bzw. 203.585 Menschen ihren Höhepunkt. In der übrigen Zeit blieb die Zahl deutlich unter 200.000. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914. Von Gerd Hohorst, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter, [*Bd. II*], München 1975, S. 38 f. Zur sozialpolitischen Funktion der deutschen Auswanderungsbewegung vgl. Günter Moltmann, Nordamerikanische "Frontier" und deutsche Auswanderung - soziale "Sicherheitsventile" im 19. Jahrhundert? In: Dirk Stegmann/Bernd-Jürgen Wendt/Peter Christian Witt (Hrsg.), Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte. Festschr. f. Fritz Fischer zum siebzigsten Geburtstag, Bonn 1978, S. 279-296.

9 Im reinen Warenverkehr belief sich die Einfuhr nach Deutschland 1929 auf 14.027 Mio. RM, die Ausfuhr auf 14.215 Mio. RM. Die Handelsbilanz wies demnach einen Überschuß von 188 Mio. RM auf. Bei Abzug der Reparations-Sachlieferungen - 1929 in Höhe von 819,3 Mio. RM - verringerte sich die Handelsbilanz auf ein Defizit von 631,3 Mio. RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 190 f.

10 Die Friedensstärke der regulären Landstreitkräfte betrug 1929: Belgien: 70.941 Soldaten; Frankreich: 671.000 Soldaten; Großbritannien: 187.566 Soldaten; Italien: 249.000 Soldaten; Polen: 265.494 Soldaten; Sowjetunion: 563.000 Soldaten; Tschechoslowkei: 140.000 Soldaten; USA: 135.000 Soldaten; Deutschland 115.000 Soldaten. Vgl. Rüstung und Abrüstung. Eine Umschau über das Heer- und Kriegswesen aller Länder. Hrsg. v. von Oertzen, Berlin 1929, passim.
Zum damaligen Stand der Marinerüstung vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten, XXV. Jahrgang 1929. Hrsg. v. B[*runo*] Weyer, München 1929.

11 Gemeint ist die SPD, in Hitlers Vorstellung die verantwortliche Instanz für die Zersplitterung in Klassen.

könne uns geholfen werden. Die Demokratie habe abgewirtschaftet, sie müsse abgelöst werden durch den Führergedanken und von der Führerpersönlichkeit. *Dem deutschen Volke fehle der Glaube an sich selbst,* es müsse das Vertrauen auf sich selbst und seine Kräfte wiedergewinnen. Er schloß seine Ausführungen mit den Worten: *"Wenn wir uns jetzt in Thüringen zur Mitwirkung an der Regierung entschlossen haben* [12], *dann bedeutet das keinen Verzicht auf unser Programm* [13], *sondern unseren eisernen Willen, in diesem schönen Lande unsere Grundgedanken einzuführen, und wir werden dabei keinen Zentimeter von unserem Glaubensbekenntnis abgehen. Unser Kampf gilt unserem Volke und Vaterlande, und wer unseres Volkes Feind ist, der sieht logischerweise in uns seinen Todfeind. Versöhnung gibt es für uns nicht! Es gibt nur eins: Rettung unseres Volkes, und wenn es sein muß, durch Erledigung unserer Gegner!"*

---

12 Bezieht sich auf die thüringische Landtagswahl vom 8.12.1929 und die sich daran anschließenden Koalitionsverhandlungen. Das Wahlergebnis lautete:

Stimmenanteile in Prozent

Landtagswahl:	30.1.1927	8.12.1929
KPD	14,1%	10,7%
SPD	31,6%	32,3%
DDP	3,3%	2,9%
Wirtschaftspartei	9,4%	9,6%
Thüringer Landbund	–	16,4%
Zentrum	–	1,2%
Einheitsliste	33,7%	–
DVP	–	8,8%
DNVP	–	4,0%
NSDAP	3,5%	11,3%
Sonstige	4,3%	2,8%

Vgl. Geschichte Thüringens. Hrsg. von Hans Patze und Walter Schlesinger, Bd. V/2, Köln 1978, S. 506 ff.; Jürgen W. Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986, S. 111.

13 Druck des Parteiprogramms der NSDAP vom 24.2.1920: Werner Maser, Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, Stuttgart 1973, S. 468 ff.

11. Januar 1930 Dok. 3
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 11.1.1930.

Wir haben schon oft, zum Unterschied der Auffassungen in unseren bürgerlichen Parteien, darauf hingewiesen, daß der Marxismus als Weltanschauung allen internationalen sozialistischen Parteien in gleicher Weise gemeinsam zugrunde liegt [1]. Russische Bolschewiken, deutsche Sozialdemokraten, europäische Kommunisten, sie verfolgen dasselbe Schlußziel, nur die Wege, die sie gehen, sind im einzelnen verschiedene. Diese Verschiedenartigkeit berührt nicht im geringsten die innere programmatische Verbundenheit dieser Parteien untereinander, sondern sie beruht ausschließlich auf rein taktischen Erwägungen. Auch der Kampf dieser Parteien untereinander und gegeneinander [2] besagt dagegen nichts. Bürgerkriege sind stets blutiger, grausamer und unerbittlicher als Kämpfe nach außen. Die Streitigkeiten innerhalb der marxistisch-sozialistischen Parteien sind am ehesten noch mit Bürgerkriegen zu vergleichen. Die verschiedenen Richtungen ringen miteinander um die Vorherrschaft. Der Sieger ist am Ende aber immer der Marxismus als destruktive Weltanschauung. Es ist klar, daß diese Lehre der Völkervernichtung vor keiner Überlieferung haltmachen kann. Wenn das endliche Judenziel einer vollständigen Beherrschung der übrigen Menschheit in Erfüllung gehen soll, so bedingt dies die restlose Ausrottung aller Traditionen eigenen völkischen Lebens. Zu diesen Traditionen gehören nicht nur politische, sondern ebensosehr auch kulturelle und religiöse. Der jüdische Marxismus mobilisiert daher die gehirnlose Masse unter dem Vorwand, ein materielles Paradies auf Erden zu schaffen, zum Kampf gegen jene geistigen Güter, die das Wesen eines Volkstums in sich widerspiegeln. Der Marxismus zertrümmert alle blutsmäßig gebundenen Kulturäußerungen der Menschheit, ganz gleich auf welchem Gebiete sie liegen. Am Ende aber steht sein Bestreben, auch die vorhandenen Religionen zu beseitigen. Je wurzelloser die Menschheit wird, um so reifer erscheint sie zur jüdischen Weltbeherrschung.

Der Marxismus erreicht sein Ziel dabei auch nur in Etappen. Bismarck bezeichnete einst den Liberalismus als den Schrittmacher der Sozialdemokratie [3]. Prophetisch hatte der große

1 Zur Entwicklung der marxistischen Weltanschauung vgl. Leszek Kolakowski, Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung Entwicklung Zerfall, 3 Bde., München 1977-1979.

2 Seit der 1928/29 einsetzenden Stalinisierung der Komintern begann diese, die Sozialdemokratie zunehmend in die Nähe des Faschismus zu rücken. Im Juli 1929 erklärte das 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale die nun als "Sozialfaschismus" diskreditierte Sozialdemokratie zum Hauptfeind der internationalen proletarischen Bewegung. Die KPD konzentrierte sich deshalb auf die Auseinandersetzung mit der SPD, nicht der NSDAP, deren - für sie unerwartete - Erfolge sie lediglich als Symptom für den endgültig bevorstehenden Zerfall des kapitalistischen Systems deutete. Vgl. Leonid Luks, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921-1935, Stuttgart 1984, S. 130 ff. Zum damaligen Verhältnis der Basis von KPD, NSDAP und SPD vgl. Conan Fischer, The German Communists and the Rise of Nazism, London 1991, S. 102 ff.

3 Gemeint ist vermutlich die am 9.5.1884 anläßlich der Verlängerung des Sozialistengesetzes im Reichstag gehaltene Rede Bismarcks, in der er unter anderem erklärt hatte: "Meines Erachtens bahnt jeder Wähler, der fortschrittlich wählt, mit noch mehr Sicherheit die Wege für die künftige Herrschaft der Sozialdemokratie."

Greis die zwangsläufige Entwicklung des Liberalismus vorhergesehen. Die Sozialdemokratie selbst ist der Schrittmacher des Kommunismus [4]. So wie es zu Bismarcks Zeiten zahlreiche Deutsche gab, die, klüger als der Altreichskanzler, die Richtigkeit der Bismarckschen Behauptung bestritten haben, heute aber von der Wirklichkeit widerlegt sind, so gibt es auch in unseren jetzigen Tagen nicht wenige "bürgerliche Politiker", in derem beschränkten Hirnkasten noch immer der Glaube haust, mit den Sozialdemokraten gemeinsam deutsche Geschichte machen zu können. Keine Ahnung haben die Herrschaften über die Ziele der sozialdemokratischen Schlußabsichten [*sic!*]. Ja, es gab sogar bürgerliche Politiker, die selbst am Bolschewismus interessante Seiten entdeckten und die Meinung vertraten, am Ende vielleicht auch noch mit ihm paktieren zu können. Schlimm ist es, wenn diese Gedankenverwirrung soweit geht, daß "christliche" Parteitaktiker mit Marxisten gemeinsam politische Geschäfte machen. Es kommt einmal die Zeit, in der das Bündnis zwischen Zentrum und Sozialdemokratie [5] als eine ebenso schamlose wie verrückte Tollheit eine vernichtende Ablehnung erfahren wird. Es wird dann jene heuchlerische, scheinreligiöse Schwindelei entlarvt werden, die es fertigbringt, sich unter dem Vorwand "christlicher Politik" mit den Todfeinden jeder Religion [6] überhaupt zu verbünden. Denn was das Christentum und überhaupt jede Religion von dem Marxismus zu erwarten hat, zeigt das heutige Rußland [7]. Der Kampf der Sowjetmacht (das heißt der Judendiktatur, die augenblicklich durch den Namen Stalin [8] und morgen wieder durch irgendeinen anderen ver-

---

Vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, V. Legislaturperiode, IV. Session 1884, Bd. 1, S. 482.

4 Während der Jahre 1918-1920 war es in erster Linie die (M)SPD, welche die politische Verantwortung für die Auseinandersetzung mit den linksradikalen Kräften trug. Vgl. Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin 1984, S. 34 ff.

5 Zwischen 1919 und 1930 hatte es acht Reichsregierungen gegeben, an denen Vertreter der SPD und des Zentrums gleichzeitig beteiligt waren.
In Preußen wurde die Regierung seit 1919, bzw. seit 1921 aus Vertretern von SPD und Zentrum gebildet - teilweise ausschließlich, teilweise unter Einschluß von Vertretern von DDP und DVP. Vgl. Horst Möller, Parlamentarismus in Preußen 1919-1932, Düsseldorf 1985, S. 324 ff.

6 Auf dem Magdeburger Parteitag der SPD im Mai 1929 war es zu heftigen Diskussionen über das Verhältnis zwischen der Partei und den Kirchen gekommen. Die Forderung nach einem für die Parteifunktionäre obligatorischen Kirchenaustritt konnte jedoch nicht durchgesetzt werden. Vgl. Heinrich August Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin 1985, S. 156 ff., 641 f.
Vgl. ferner das Heidelberger Programm der SPD vom 14.9.1925, das die strikte Trennung von Staat und Kirche fordert, etwa durch die Streichung öffentlicher Mittel für religiöse Zwecke, die Verweltlichung des Bildungswesens und die Verhinderung jeder öffentlich-rechtlichen Einflußnahme der Kirchen. Druck: Wilhelm Mommsen (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme. Zweiter Teil: Weimarer Republik und Bundesrepublik Deutschland, München 1960, S. 467.

7 Der systematische Kampf der Bolschewisten gegen die Kirchen begann mit ihrer Machtübernahme während der Jahre 1917/18; das Gesetz "Über religiöse Vereinigungen" vom 8.4.1929, das den Religionsgemeinschaften jede gesellschaftliche, karitative und katechetische Tätigkeit verbot, verschärfte deren Verfolgung: Kirchen und Klöster wurden geschlossen, die Geistlichen deportiert oder getötet. Vgl. Dimitry Pospielovsky, The Russian Church under the Soviet Regime, 1917-1982, Vol. 1, Crestwood (N.Y.) 1984, S. 164 ff.

8 Josif Wissarionowitsch Stalin (eigentlich: Dschugaschwili, 1879-1953), 1894-1899 Besuch des orthodoxen Priesterseminars in Tiflis, seit 1898 Sozialdemokrat, 1902-1904 Verbannung, 1903 Bolschewik, 1912 Aufnahme in das Zentralkomitee der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 1917 Volkskommissar für

körpert werden kann) gegen die Religion an sich nimmt immer schärfere Formen an. Es ist dabei bemerkenswert, daß unsere judenliberale und klerikale Hetzpresse, die sich einst in Empörung überschlug, als ein Wiener Jude die Lüge erfand, in Südtirol wäre der Christbaum verboten [9], ohne irgendein besonderes Aufheben zu machen, heute über die Tatsache hinweggeht, daß in Rußland dieses Verbot nun wirklich durchgeführt ist, ja, daß man ausgerechnet die Weihnachtszeit ausnützt zur Schließung von weiteren Hunderten von Kirchen [10]! Es ist geradezu unglaublich, wie gleichgültig hier auf einmal alle die frommen Blätter geworden sind [11], angesichts dieser planmäßigen Ausrottung jeglicher Religion überhaupt, während sie sonst keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, um gegen die bösen Nationalsozialisten in echt christkatholischer Erregung sich zu ereifern! Natürlich haben sie für ihr Schweigen in dem einen Fall ebenso viele Gründe wie für ihr verlogenes Geschrei im anderen. Gegen die bolschewistische und marxistische Religionsausrottung können diese "christlichen" Religionspolitiker nicht Stellung nehmen, weil sie ja selbst mit diesen marxistischen Religionszerstörern politisch tagtäglich herumhuren. Gegen die Nationalsozialisten müssen sie umgekehrt lügen und schimpfen, wittern sie doch im Nationalsozialismus die Kraft, die einst ihren schmutzigen Händen die Religion als politischen Deckmantel entwinden wird. Was sie am Nationalsozialismus hassen, ist gerade die betonte Feststellung, daß er für ein positives Christentum eintritt [12]!

Überhaupt geht die von Stalin mit erhöhter Konsequenz besorgte Unterwerfung Rußlands unter das Judentum ihren entschlossenen Weg weiter. Ich habe immer davor gewarnt, in diesen Dingen den Wunsch zum Vater des Gedankens zu machen. Ich habe stets meinen begründeten Zweifeln Ausdruck gegeben über den behaupteten Kurswechsel in Rußland [13]. Das Gerede vom "nationalen" Stalin schien mir um so fragwürdiger, als in Rußland selbstverständ-

---

das Nationalitätenwesen, 1922-1953 Generalsekretär der Russischen Kommunistischen Partei/Kommunistischen Allunionspartei, 1941 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, 1946-1953 Vorsitzender des Ministerrates.

9 Die italienischen Behörden in Südtirol versuchten, mit Hilfe von forstwirtschaftlichen Bestimmungen die Beschaffung von Christbäumen zu verhindern. Vgl. Walter Freiberg, Südtirol und der italienische Nationalismus. Entstehung und Entwicklung einer europäischen Minderheitenfrage, Teil I, Innsbruck 1989, S. 257.

10 Die Schließungen von Kirchen und Klöstern in der Sowjetunion erreichte - parallel zu den übrigen Veränderungen in der sowjetischen Gesellschaft - Anfang der 30er Jahre ihren Höhepunkt. Genaue Zahlen für die gesamte Sowjetunion liegen nicht vor; in Moskau wurden 1933 noch etwa 100 geöffnete Kirchen registriert, im Gegensatz zu 600 Kirchen zu Beginn der 20er Jahre. Ausgehend von diesem Verhältnis schätzt man, daß in diesen Jahren 75-85% der Kirchen des vorrevolutionären Rußlands geschlossen wurden. Vgl. Pospielovsky, The Russian Church, Vol. I, S. 173 f.

11 Vgl. jedoch z. B. den Bericht des württembergischen Gesandten in München Carl Moser von Filseck vom 20.3.1930, in dem er über eine große Protestkundgebung des Zentralkomitees der Münchner Katholiken berichtet. Druck: Politik in Bayern 1919-1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck. Hrsg. und kommentiert von Wolfgang Benz, Stuttgart 1971, S. 233.

12 Zum Verhältnis Hitlers zu den christlichen Kirchen vgl. Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt a. M. 1977, S. 110 ff.

13 Anspielung auf die von Stalin seit Herbst 1924 vertretene Theorie vom Aufbau des "Sozialismus in einem Lande", mit der er sich von Lenins Strategie der Weltrevolution absetzte. Die Durchsetzung des neuen Kurses gegen die "linke Opposition" ermöglichte eine Rückbesinnung auf die Geschichte und wurde zum Ausgangspunkt für ein neues nationales Selbstverständnis. Mit der endgültigen Verfestigung von Stalins Diktatur Ende der 20er Jahre wurde diese politische Theorie dann umgesetzt in eine forcierte Industrialisierung, die Kollektivierung der Landwirtschaft und eine systematische Aufrüstung. Vgl. Isaac Deutscher, Stalin. Eine politische Biographie, Bd. 1, Berlin 1979, S. 303 ff., 317 ff.

lich ein Mensch so wenig russisch-national sein kann, als im alten Österreich etwa österreichisch-national. Wer im alten Österreich national war, konnte nur österreich-feindlich sein, und wer in Rußland national sein will, könnte nur antirussisch handeln! Es ist der Ausfluß eines sehr bescheidenen Nachdenkens, daß der Georgier Stalin ein russischer Nationalist in irgendeinem Sinn sein könnte, der mit unseren deutschen Auffassungen in Übereinstimmung zu bringen wäre. Stalin ist Bolschewist, als solcher vielleicht ein Gegenspieler Trotzkis [14], vielleicht aber auch das noch nicht einmal. Ich selbst habe auch heute noch, nach einem mehrmaligen gründlichen Überlesen des zuletzt erschienenen Werkes von Trotzki [15], begründete Zweifel, ob nicht der ganze scheinbare Kampf nur eine genial aufgezogene Komödie ist [16], zu dem Zwecke, dem führerlosen deutschen Kommunismus in diesem ausgekochtesten Rassejuden die fehlende Spitze zu geben [17]. Aber selbst, wenn diese meine Auffassung unzutreffend wäre, ist noch immer der Kampf zwischen Trotzki und Stalin nur ein Kampf zwischen zwei Rivalen. Die Auffassung, daß der Jude Trotzki gegen den Antisemiten Stalin stünde, ist durch gar nichts begründet, ja geradezu lächerlich. Von Lenin [18] selbst wird ja ebenfalls behauptet, daß er kein Jude gewesen sei. Dennoch war sein Wirken ein restlos jüdisches. Stalin braucht jedenfalls selbst nicht beschnitten zu sein, seine Mitarbeiter bestehen aber zumindest zu neun Zehntel aus lauter waschechten Hebräern [19]. Sein Handeln ist die Fortsetzung der restlosen Entwurzelung des rus-

---

14 Leo Trotzki (eigentlich: Bronstein, 1879-1940), seit 1899 Verbannung, 1902-1917 Exil, 1917-1926 Mitglied des Politbüros der Russischen Kommunistischen Partei/Kommunistischen Allunionspartei, 1917 Vorsitzender des Militärrevolutionären Komitees, Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, 1918-1925 Kriegskommissar, Organisator und Oberbefehlshaber der Roten Armee, 1927 Parteiausschluß, 1929 Ausweisung aus der Sowjetunion, 1938 Gründer der IV. (Trotzkistischen) Internationale, 1940 in Mexiko auf Befehl Stalins ermordet.

15 Es handelt sich vermutlich um Trotzkis Schrift: Die Verteidigung der Sowjetrepublik und die Opposition. Die Ultralinken und der Marxismus. Welchen Weg geht der Leninbund?, Berlin 1929. Druck: Leo Trotzki, Schriften 1. Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur, Bd. 1.1 (1929-1936). Hrsg. von Helmut Dahmer, Rudolf Segall und Reiner Tostorff, Hamburg 1988, S. 66-126.

16 Die von Stalin vertretene Theorie vom Aufbau des "Sozialismus in einem Lande" wie überhaupt die Verfestigung seiner Herrschaft war von Trotzki seit 1924 entschieden, aber erfolglos bekämpft worden und endete am 15.11.1927 mit seinem Ausschluß aus der Kommunistischen Allunionspartei. Trotzki vertrat die Ansicht, daß zumindest ein sozialistisches Westeuropa unabdingbar für den Aufbau des Sozialismus sei. Vgl. Theodor Bergmann/Gert Schäfer (Hrsg.), Leo Trotzki. Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft. Beiträge zum internationalen Trotzki-Symposium, Wuppertal, 26.-29. März 1990, Mainz 1993.

17 Reichstagspräsident Paul Löbe (SPD) hatte am 6.2.1929 vor dem Reichstag angedeutet, daß Deutschland Trotzki Asyl gewähren könne. Aus außenpolitischen Gründen entschied sich die Reichsregierung jedoch Anfang April gegen dessen Aufnahme. Vgl. Jürgen Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917-1933, München 1992, S. 248 ff.

18 Wladimir Iljitsch Lenin (eigentlich: Uljanow, 1870-1924), Rechtsanwalt, seit 1897 Verbannung, seit 1900 Exil, seit 1903 Führer des radikalen Flügels der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Bolschewiki), 1917 Rückkehr aus dem Exil, Organisator des Juli-Aufstands und der Oktober-Revolution, 1917-1924 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, 1919 Begründer der III. Internationale.

19 1929 waren ca. 2% der sowjetischen Bevölkerung und 4,8% der Mitglieder der Kommunistischen Allunionspartei jüdischer Herkunft. Vgl. Alec Nove and J. A. Newth, The Jewish Population: Demographic Trends and Occupational Patterns. In: The Jews in Soviet Russia since 1917, Ed. by Lionel Kochan, Oxford [3]1978, S. 132-167.

sischen Volkes zu dessen vollkommener Unterwerfung unter die Judendiktatur. Die Bauern, denen es in kleineren Trupps gelingt, dem russischen Unheil zu entfliehen [20], können ein Liedchen davon singen, wie der "antisemitische" Kurs des Herrn Stalin aussieht [21], von dem es leider auch in völkischen Kreisen manchmal in den Köpfen herumspukt [22]. Wer die Entwicklung zur restlosen Judenherrschaft des Stalinschen Kursus verfolgt, der kann erst die Größe des Verbrechens ermessen, das im Pakt unseres Zentrums mit dem Marxismus in Deutschland liegt!

13. Januar 1930 — Dok. 4
"Berichtigung"
Erklärung [1]

VB vom 15.1.1930, "Neue Lügensensationen der Judenpresse".

Die in einer Reihe von Blättern [2] unter Berufung auf das angeblich nationalsozialistische Berliner Organ "Der Alarm", mit der Überschrift "Goebbels gemaßregelt" [3], gebrachte Mitteilung ist von Anfang bis Ende frei erfunden.

Es ist unwahr, daß "Der Alarm" ein Berliner Organ der Nationalsozialisten ist.

Wahr ist, daß "Der Alarm" mit der N.S.D.A.P. nicht das geringste zu tun hat, sondern den politischen, weltanschaulichen und rassischen Gegenpol zum Nationalsozialismus vertritt [4].

---

20 Stalin hatte am 29.12.1929 verkündet, daß man die "Kulaken" - eigentlich die reichen Großbauern - nun als Klasse liquidieren werde. Im Gegensatz zur bauernfreundlichen Wirtschaftspolitik der 20er Jahre waren bereits seit 1928 Zwangseintreibungen erfolgt, seit der Jahreswende 1929/30 begann unter dem Stichwort der "Kollektivierung" die systematische Zerschlagung der privatwirtschaftlichen Strukturen der sowjetischen Landwirtschaft. Stalins neue Landwirtschaftspolitik führte nicht nur zu einem wirtschaftlichen Desaster - die landwirtschaftliche Produktion sank unter das Niveau von 1914 -, sondern kostete auch Millionen Menschen - in erster Linie als Folge der Zwangsumsiedlungen und der Hungersnöte - das Leben. Vgl. R. W. Davies, The Socialist Offensive. The Collectivization of the Soviet Agriculture 1929-1930, London 1980; Stephan Merl, Die Anfänge der Kollektivierung der Sowjetunion. Der Übergang zur staatlichen Reglementierung der Produktions- und Marktbeziehungen im Dorf (1928-1930), Wiesbaden 1985.

21 Die Bolschewisten hatten seit 1918 alle rechtlichen Beschränkungen für Juden aufgehoben. Die dadurch geförderte Migration und Assimilierung stimulierte den traditionellen russischen Antisemitismus. Vgl. William Korey, The Legal Position of Soviet Jewry: A Historical Enquiry. In: The Jews in Soviet Russia since 1917, S. 76-98 sowie Bernard D. Weinryb, Antisemitism in Soviet Russia. In: Ebenda, S. 300-322.

22 Anspielung auf den linken Flügel der NSDAP, der für ein Bündnis mit der Sowjetunion plädierte. Vgl. Reinhard Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925-1930, Meisenheim am Glan 1966, S. 112 f., 118 ff.

1 Zum Hintergrund vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 483.

2 Vgl. z. B. Vorwärts vom 12.1.1930 (MA), "Goebbels gegen Hindenburg und Hitler gegen Goebbels"; Berliner Tageblatt vom 13.1.1930 (AA), "Ein nationalsozialistisches Strafgericht"; Münchner Neueste Nachrichten vom 13.1.1930, "Goebbels gemaßregelt"; Vorwärts vom 14.1.1930 (MA), "Goebbels dementiert"; Die Rote Fahne vom 14.1.1930, "Schwerindustrie diktiert Hitler".

3 Ein' Artikel mit dieser Überschrift ließ sich in der Zeitung "Alarm" nicht ermitteln. Vgl. jedoch Alarm vom 12.1.1930, "Dr. Goebbels von Hitler kaltgestellt". Ferner Alarm vom 27.1.1930, "Was ist mit Goebbels?".

4 Die Zeitung "Alarm" - "Kampfblatt gegen Volksbetrug und Volksverhetzung; für Freiheit und Recht; für Wahrheit und Klarheit" - erschien während der Jahre 1929-1933 im Verlag Fritz Stenzel, Berlin. Unter ihrem

Es ist unwahr, daß ich den Gauleiter für Groß-Berlin, Dr. Joseph Goebbels [5], auf 4 Wochen von seinem Amte suspendiert habe und der Reichstagsabgeordnete Straßer [6] für ihn die Leitung übernimmt.

Wahr ist, daß Herr Dr. Goebbels nach wie vor Gauleiter von Berlin ist [7], nach wie vor mein volles Vertrauen genießt und daß ich nicht daran gedacht habe, Herrn Dr. Goebbels wegen irgend etwas zu maßregeln [8].

Es ist unwahr, daß der "Völkische Beobachter" demnächst nach Berlin verlegt werden soll, um die Absicht Dr. Goebbels', seine Zeitung "Der Angriff" zur Tageszeitung auszubauen [9], zu stören [10].

Wahr ist, daß ich jede Weiter-Entwicklung des nationalsozialistischen Organs in Berlin, "Der Angriff", begrüße.

München, den 13. Januar 1930.

gez.: Adolf Hitler

Redakteur Richard Rieger konzentrierte sich das wenige Seiten umfassende Blatt vor allem auf Propaganda gegen rechtsradikale Verbände, insbesondere die NSDAP.

5 Joseph Goebbels (1887-1945), Journalist, 1922 Dr. phil., 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925/26 Mitglied der Gauleitung des Gaues Rheinland-Nord, 1925 Schriftleiter der "Nationalsozialistischen Briefe", 1926 Gauleiter des Gaues Ruhr (zusammen mit Karl Kaufmann und Franz von Pfeffer), 1926-1945 Gauleiter des Gaues Berlin, 1927-1934 Herausgeber der Zeitung "Der Angriff", 1928-1933 MdR (NSDAP), 1930-1945 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1933-1945 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, 1945 Selbstmord.

6 Gregor Straßer (1892-1934), Apotheker, 1919 Mitglied des Freikorps Epp, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1923 Führer der Sturmabteilung Niederbayern, wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924/25 Reichsführerschaft der NSFB (zusammen mit Erich Ludendorff und Albrecht von Graefe), 1924 MdL in Bayern (Völkischer Block), 1924-1933 MdR (NSFP, ab 1925 NSDAP), 1925-1929 Gauleiter des Gaues Niederbayern, 1926/27 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1928-1932 Reichsorganisationsleiter, 8.12.1932 Rücktritt von allen Parteiämtern, 1934 im Zug des sog. Röhmputsches ermordet.

7 Hitler hatte Goebbels am 26.10.1926 zum Leiter des Gaues Berlin-Brandenburg ernannt. Vgl. Bd. II/1, Dok. 40.

8 Spannungen bestimmten damals vor allem das Verhältnis zwischen Goebbels und den Brüdern Gregor und Otto Straßer, nicht zwischen Hitler und Goebbels. Vgl. Ralf Georg Reuth, Goebbels, München 1990, S. 138 ff.

9 Goebbels hatte im Juli 1927 die Berliner Zeitung "Der Angriff" ins Leben gerufen. Die Zeitung war weniger als Informationsblatt konzipiert, sondern als neuer Typ einer primär ideologisch ausgerichteten "Kampfpresse"; sie erschien zunächst einmal, ab Oktober 1929 zweimal pro Woche und wurde erst im November 1930 zur Tageszeitung erweitert. Vgl. Peter Stein, Die NS-Gaupresse 1925-1933. Forschungsbericht - Quellenkritik - neue Bestandaufnahme, München 1987, S. 100 ff., 195.

10 Gegen den Willen Goebbels' erschien der Völkische Beobachter ab 1.3.1930 in einer besonderen Berliner Ausgabe. Da zeitgleich die von Gregor Straßer herausgegebene Zeitung "Der Nationale Sozialist" nun als Tageszeitung erschien, bestand für Goebbels vorerst keine Möglichkeit, in Berlin eine dritte nationalsozialistische Tageszeitung herauszugeben. Vgl. Stein, NS-Gaupresse, S. 65 sowie Dok. 12, Anm. 10.

14. Januar 1930 Dok. 5
Beleidigungsprozeß gegen Karl Rabe [1]
Aussage vor dem Amtsgericht München-Au [2]

VB vom 16.1.1930, "Das Ende der Ultimatumlegende"; VB vom 17.1.1930, "Monarchie und Nationalsozialismus".

Adolf Hitler führt in seiner *Parteierklärung* aus:

Ich hätte vielleicht in diesem Falle nicht Klage erhoben, wenn ich nicht auch hier durch die Presse selbst gezwungen worden wäre, durch Presseartikel, die mich aufforderten, zu klagen, und die ein Nichtklagen als einen Beweis der Richtigkeit dieses Artikels bezeichneten [3].

Ferner ist dieser Artikel für mich *auf das schwerste verletzend und beleidigend* und zwar durch die tendenziöse Überschrift [4], die eine Tatsache feststellt.

---

1 Karl Rabe (geb. 1890), Journalist, Mitarbeiter bei der Münchener Post und der Süddeutschen Sonntagspost, dann Chefredakteur der Münchner Telegramm Zeitung, März-Juni 1933 inhaftiert.

2 Hitler hatte gegen den Chefredakteur der Münchner Telegramm Zeitung, Karl Rabe, Klage erhoben, da er sich durch dessen Artikel vom 1.11.1929 (Überschrift: "Hitler bedroht den Kronprinzen Rupprecht - Ein Ultimatum der Nationalsozialisten - Die Sonntag-Nacht in Berchtesgaden") beleidigt fühlte. Rabe erhob Widerklage gegen Hitler; er fühlte sich beleidigt durch Hitlers Artikel im Illustrierten Beobachter vom 2.11. und 16.11.1929 (Druck: Bd. III/2, Dok. 91 und 99) sowie durch Hitlers offenen Brief an Joseph Graf von Soden-Fraunhofen vom 7.11.1929 (Druck: Bd. III/2, Dok. 94).
Ursache dieser Auseinandersetzung war ein Artikel der Münchner Telegramm Zeitung vom 24.10.1929: Unter der Überschrift "Kronprinz Rupprecht gegen das Volksbegehren" hatte sie über die Erklärung von MdR Martin Loibl (BVP) berichtet, daß Kronprinz Rupprecht das Volksbegehren gegen den Young-Plan nicht unterzeichnen werde. Hitler versuchte daraufhin vergeblich, mit Hilfe von Karl Reichel den bayerischen Kronprinzen dennoch zu einer Stellungnahme zugunsten des Volksbegehrens zu bewegen. Die Mitarbeiter Rupprechts, Eugen Prinz zu Oettingen-Oettingen und Joseph Graf von Soden-Fraunhofen, behaupteten, Reichel sei bei seinem Versuch der Einflußnahme so weit gegangen, ein Ultimatum zu stellen: Falls der Kronprinz das Volksbegehren nicht unterstütze, werde die NSDAP ihre Haltung zur Frage der Monarchie revidieren. Der Prozeß, der am 14.1.1930 begann, endete am 24.1.1930 mit folgendem Urteil: Rabe wurde zu einer Geldstrafe in Höhe von 400,- RM sowie zur Erstattung von 3/4 der Gerichtskosten verurteilt, Hitler zu einer Geldstrafe in Höhe von 400,- RM sowie zur Erstattung von 1/4 der Gerichtskosten. Das Gericht erkannte im o. g. Artikel der Münchner Telegramm Zeitung keine Beleidigung. Es sah es jedoch auch nicht als erwiesen an, daß Reichel im Auftrag Hitlers gehandelt, sondern die ihm von Hitler erteilten Befugnisse möglicherweise weit überschritten habe. Vgl. Alfons Beckenbauer, Wie Adolf Hitler durch einen niederbayerischen Grafen zu einem Wutausbruch gebracht wurde. Aus den unveröffentlichten Memoiren des Joseph Maria Graf von Sodenhofen, zugleich ein Beitrag zur Geschichte des monarchischen Gedankens in Bayern während der Weimarer Zeit. In: Verhandlungen des Historischen Vereins für Niederbayern 103 (1977), S. 5-28; Politik in Bayern 1919-1933, S. 226, 229 f.; Paul Hoser, Die politischen, wirtschaftlichen unnd sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1990, Bd. 2, S. 672 f. Ferner Berichte Nr. 19, 38 und 2 des Vertreters der Reichsregierung in München Edgar Haniel von Haimhausen vom 15.1.1930, 25.1.1930 und 3.1.1931; BayHStA, 15.01/25789.

3 Vgl. z. B. Bayerischer Kurier vom 7.11.1929, "Abg[*eordneter*] Schäffer stellt Hitler".

4 Die Münchner Telegramm Zeitung hatte am 24.10.1929 unter der Überschrift "Kronprinz Rupprecht gegen das Volksbegehren" im Fettdruck gemeldet: "*Neuburg a. D., 24. Oktober. Reichstagsabgeordneter* [*Martin*] *Loibl teilt in einer öffentlichen Erklärung mit, daß Kronprinz Rupprecht von Bayern ein Ansuchen des Landesausschusses für das Volksbegehren, den Aufruf zu unterzeichnen, abgelehnt habe mit der Begründung,*

Hitler legt dar, daß diese Überschrift durchaus im Zusammenhang mit dem Artikel selbst gebracht werden müsse und daß sie nicht nur aus Reklamegründen gemacht wurde.

Dem Inhalt nach ist dieser Artikel absolut falsch und unrichtig.

Hitler skizziert die Atmosphäre, in der sich die ganzen Vorgänge abgespielt haben. Die Nationalsozialisten stehen im Kampf gegen den Young-Plan [5], in dessen Verfolgung das *Volksbegehren* [6] von einer Reihe von Verbänden eingereicht wurde, das so oder so beurteilt werden kann. Wesentlich ist, daß diese Verbände ihrer inneren Überzeugung nach das taten, *was man für Deutschland tun muß,* wesentlich, daß diese Verbände zur heutigen Staatsform entweder eine ablehnende oder *offenstehende Haltung* eingenommen haben, d. h., *sämtliche Verbände, die für das Volksbegehren sind, haben die Revolution des Jahres 1918 nicht anerkannt,* ein Teil derselben steht auf dem Standpunkt, daß die Monarchie die gegebene Staatsform ist [7]. *Meine Bewegung hat grundsätzlich diese Frage vollkommen offen gelassen* [8]. Wir durften somit erwarten, daß in diesem Kampfe in erster Linie die Deutschen uns nicht in den Rücken fallen, die entweder aus nationalpolitischen Gründen dasselbe verfechten mußten wie wir oder

---

daß er den Weg des Volksbegehrens für verfehlt halte." Zur Auseinandersetzung über die Stellung des Kronprinzen Rupprecht zum Volksbegehren vgl. Hoser, Münchner Tagespresse, Bd. 2, S. 672 ff. sowie Kurt Sendtner, Rupprecht von Wittelsbach, Kronprinz von Bayern, München 1954, S. 543 f.

5 Der Young-Plan war seit Februar 1929 von einem Gremium internationaler Experten unter deutscher Beteiligung erarbeitet worden und wurde am 12.3.1930 vom Reichstag angenommen. Im Gegensatz zum Dawes-Plan (vgl. Anm. 65) versuchte der Young-Plan die deutschen Reparationslasten endgültig zu fixieren: 36 Raten in Höhe von durchschnittlich 2,05 Milliarden RM, gefolgt von 22 Raten in Höhe von durchschnittlich 900 Millionen RM. Insgesamt wurden die deutschen Zahlungsverpflichtungen damit um 17 % reduziert. Die politische Kontrolle über Reichsbahn und Reichsbank fiel künftig fort, die Annuitäten wurden jeweils in eine aufschiebbare und eine unaufschiebbare Rate geteilt, vor allem aber wurde mit der Annahme des Young-Plans die vorzeitige Räumung des Rheinlands bis zum 1.7.1930 zugesichert. Druck: RGBl. 1930, II, S. 39 ff. Vgl. Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970, S. 469 ff.

6 Aus Protest gegen das Ergebnis der Pariser Sachverständigenkonferenz zur Regelung der deutschen Reparationen hatte sich bis zum 9.7.1929 der "Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren" formiert, dem DNVP, NSDAP, Stahlhelm, Reichslandbund, Alldeutscher Verband sowie einige kleinere Rechtsgruppen angehörten. Für das von ihm initiierte Volksbegehren gegen den Young-Plan (vgl. Anm. 5) - fixiert in dem sog. "Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes" - hatten sich in der Eintragungsfrist vom 16.-29.10.1929 4,1 Millionen Wahlberechtigte (10,02 %) eingeschrieben; die erforderliche Zahl war damit, wenn auch nur knapp, erreicht. Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens wurde im Reichstag am 30.11.1929 mit überwältigender Mehrheit abgelehnt, und auch beim Volksentscheid am 22.12.1929 stimmten lediglich 5,8 Millionen Wahlberechtigte (13,8 %) für eine Ablehnung des Young-Plans in dieser Form. Ungeachtet dieses Mißlingens gab das Volksbegehren seinen Initiatoren die Möglichkeit, die direkte Kooperation zu erproben und ihre Ziele mit einer bis dahin beispiellosen Propaganda zu vertreten. Vgl. Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, Bd. II: Deutschland am Vorabend der Großen Krise, Berlin 1987, S. 422 ff.

7 Gemeint sind in erster Linie DNVP, Stahlhelm sowie Christlich-Nationale Bauern und Landvolkpartei.

8 Das Parteiprogramm der NSDAP enthält keine eindeutige Aussage über eine künftige Staatsform. Vgl. Dok. 2, Anm. 13. Für die NSDAP war die Frage ihrer Stellung zur Monarchie bereits während des Volksentscheids über die Fürstenenteignung akut geworden. Hitler selbst lehnte die Fürstenenteignung von Anfang an ab. Auf der Führertagung der NSDAP am 14.2.1926 in Bamberg konnte Hitler seinen Standpunkt gegenüber den durch Gregor und Otto Straßer sowie Joseph Goebbels vertretenen linken Flügel der Partei durchsetzen. Vgl. Ulrich Schüren, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978. Ferner Bd. I, Dok. 101.

aber aus weltanschaulichen Gründen sich auf eine gemeinsame Linie hätten begeben müssen. In der Zeit des Volksbegehrens wurde von verschiedenen Personen der Gedanke verfochten, man müßte an eine möglichst breite Öffentlichkeit herantreten, um angesehene Namen zu gewinnen, die sich gegen den Young-Plan aussprachen. *Oberst Lenz* [9] *hat nicht versucht, den Kronprinzen* [10] *jemals zu bewegen, für das Volksbegehren einzuzeichnen, sondern er kam mit dem Vorschlag, eine Anzahl von bedeutenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu bewegen, sich in einem Aufruf gegen den Young-Plan einzuzeichnen.*

Man versuchte, eine möglichst breite Basis von prominenten Persönlichkeiten zu bilden. Ich war der erste und vielleicht einzige, der dagegen Stellung genommen hat [11]. Ich habe sowohl Herrn Geheimrat von Hugenberg [*sic!*] [12] als auch Herrn Oberst Lenz gegenüber betont, daß ich ein solches Vorgehen nicht für richtig halte, sondern für besser, *ein paar große Verbände zu einem klaren Kampf zu gewinnen.* Unter den mir vorgelegten Namen befand sich auch der Name des Kronprinzen. Ich habe sofort den Standpunkt eingenommen, daß ich das für falsch halte. Als der Reichsausschuß als Landesausschuß Bayern sich konstituiert hatte, ist auch niemand an den Kronprinzen herangetreten. Diese Behauptung ist von Anfang bis Ende unwahr. Auch Oberst von *Xylander* [13], der Vorsitzende des Landesausschusses, hat eine ausdrückliche Erklärung abgegeben, daß ein solches Ansinnen nicht gestellt worden ist und auch widersinnig gewesen wäre.

Ganz persönlich habe ich es als selbstverständlich angesehen, daß jeder deutsche Mann an sich den Young-Plan ablehnen muß. Ferner habe ich es als vollkommen frei angesehen, in

---

9 Hermann (seit 1917 Ritter von) Lenz (1872-1959), 1892 bayerischer Leutnant, 1911 Major, Lehrer an der Kriegsakademie, 1917 Oberstleutnant, Chef des Generalstabs der 6. (bayerischen) Armee, 1921 Verabschiedung als Oberst, 1920 Führer der Zeitfreiwilligenverbände in München, 1921-1923 Führer des Zeitfreiwilligenkorps (Organisation Lenz), April 1923 Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände, 1929-1933 Führer des bayerischen Stahlhelm.

10 Rupprecht (1869-1955), 1887 bayerischer Leutnant, 1889-1891 Studium in München und Berlin, 1913 bayerischer Kronprinz, 1914 Generaloberst, Oberbefehlshaber der 6. (bayerischen) Armee, 1916-1918 Oberbefehlshaber der "Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht", lehnte 1921 beim Tod seines Vaters, Ludwig III., die Ausrufung zum König ab, 1939-1945 Exil in Italien.

11 Dem sog. Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren gehörten auch einige Mitglieder des deutschen Hochadels an, so Albrecht Ludwig Prinz zu Hohenzollern (1898-1977), Otto II. Fürst und Rheingraf zu Salm-Horstmar (1867-1941) und Franz Josef 6. Fürst zu Ysenburg (1869-1939). Vgl. Der Stahlhelm vom 30.6.1929, 7.7.1929 und 28.7.1929, "Für das deutsche Volksbegehren".
Vgl. jedoch die Aussage des Zeugen von Lenz, "Hitler habe sehr deutlich dagegen opponiert [...], daß jemand zum Kronprinzen gehe". Vgl. Bayerischer Kurier vom 15.1.1930, "Kronprinz Rupprecht/Volksbegehren/Adolf Hitler".

12 Alfred Hugenberg (1865-1951), 1888 Dr. rer. pol., 1890 Gründer des Allgemeinen Deutschen Verbandes (seit 1894 Alldeutscher Verband), 1903 Verbandsdirektor der Raiffeisengenossenschaften, 1909-1918 Vorsitzender der Friedrich Krupp KG, seit 1914 Aufbau eines umfangreichen Presse- und Medienkonzerns, 1919-1933 MdR (DNVP), 1928-1933 Vorsitzender der DNVP, Januar 1933-Juni 1933 Reichswirtschaftsminister sowie Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, 1947 im Entnazifizierungsverfahren als Unbelasteter eingestuft.

13 Rudolf Ritter von Xylander (1872-1946), 1892 bayerischer Leutnant, 1902 Generalstab, 1914 Kämmerer, 1919 Mitglied der deutschen Friedensdelegation in Versailles, 1920 Verabschiedung als Oberst, 1922 Vorsitzender des Kreisvereins München der Bayerischen Mittelpartei, danach Mitglied der Deutschvölkischen Freiheitspartei, 1926 Eintritt in die DNVP, 1935 Lehrer an der Kriegsakademie, 1938 Reaktivierung als Oberst, 1942 Generalmajor.

welcher Art der einzelne seine Ablehnung betätigt [*sic!*]. Als der Kampf im vollen Gange war, unter den unglaublichsten Unterdrückungen und Verfassungsbrüchen [14], erfuhr ich plötzlich, rein durch Zufall im Café Heck [15], *daß Kronprinz Rupprecht sich gegen das Volksbegehren ausgesprochen haben soll* [16]. Ich habe das für *unmöglich* gehalten, und lese nun, daß der Reichstagsabgeordnete *Loibl* [17] in einer Rede erklärt haben soll, daß Kronprinz Rupprecht das Volksbegehren ablehne [18]. Es war mir undenkbar, daß irgend etwas von so weittragender Bedeutung geschehen könnte, das der Kronprinz nicht wüßte, daß er bei einer Erklärung, die für uns einen solchen Schlag bedeutete, selbstverständlich im Bilde sein müsse. *Meine weitere Ansicht war, daß das notwendigerweise zu einer Revision unserer Stellung zur Republik überhaupt führen muß.* Ich bin Führer einer Bewegung, die in schärfster Opposition gegen die Revolution von 1918 steht und den Kampf in wahrhaft gründlicher Weise dagegen durchführt, aber vollkommen losgelöst von einer einseitigen Stellungnahme. In Deutschland leben Millionen der besten deutschen Männer, die absolute Anhänger der monarchischen Idee sind [19]. Abhängig ist die kommende Entwicklung in erster Linie von denen, die die Repräsentanten der Monarchie im höchsten Sinne des Wortes sind.

Wenn Monarchien gestürzt sind, sind die Thronanwärter die lebenden Repräsentanten dieser Idee. Wenn sämtliche Thronanwärter beseitigt würden, dann wäre meiner Überzeugung nach das Problem "Republik oder Monarchie" von vorneherein entschieden.

---

14 In der Ministerbesprechung vom 3.10.1929 hatte der Reichsminister des Innern Carl Severing u. a. Disziplinarmaßnahmen gegen jene Beamten des Reichs, der Länder und der Kommunen vorgeschlagen, die das Volksbegehren gegen den Young-Plan unterstützten. Daraufhin hatte die DNVP-Fraktion im preußischen Landtag beim Staatsgerichtshof beim Reichsgericht in Leipzig gegen die Disziplinarmaßnahmen der preußischen Regierung geklagt. Am 19.12.1929 entschied der Staatsgerichtshof, daß diese Disziplinarmaßnahmen die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten beeinträchtigen würden. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930. Bearb. von Martin Vogt, 2 Bde., Boppard a. Rh. 1970, Bd. 2, S. 998 ff. sowie Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, München 1930, S. 193 f., 229.

15 Hitler war mit seiner Entourage fast jeden Nachmittag im Café Heck in der Galeriestraße, wo stets ein Tisch für ihn reserviert war. Vgl. Wolfgang Schuster, Hitler in München - privat? In: München - "Hauptstadt der Bewegung". Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum 22.10.1993-27.3.1994, München 1993, S. 125-130, S. 128.

16 Vgl. die Eintragung des württembergischen Gesandten in München Carl Moser von Filseck vom 3.11.1929: "Graf Soden erzählte mir, der Kronprinz habe nie aus seiner Gegnerschaft gegen das Volksbegehren in der vorliegenden Fassung ein Hehl gemacht und hätte auch nichts dagegen gehabt, wenn dies in weiteren Kreisen bekannt geworden wäre. Es habe ihm aber ferngelegen, dies verkünden zu lassen und seinen Namen zu einer Propaganda gegen das Volksbegehren herzugeben." Druck: Politik in Bayern 1919-1933, S. 226.

17 Martin Loibl (1869-1933), Besitzer des "Neuburger Anzeigeblattes", 1905-1918 MdL in Bayern (Zentrum), 1924 MdR (BVP).

18 Loibl hatte am 27.10.1929 in einer Rede in Donauwörth erklärt, die Meinung des Kronprinzen Rupprecht zum Volksbegehren eigenmächtig, ohne vorhergehende Abstimmung mit ihm, bekanntgegeben zu haben. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 28.10.1929, "Die Haltung des Kronprinzen".

19 Zur damaligen Bedeutung des monarchistischen Gedankens vgl. Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Monarchismus in der deutschen Republik. In: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Hrsg. von Michael Stürmer, Königstein/Ts. 1980, S. 254-271.
Wichtigster Vertreter des monarchistischen Gedankens in Bayern war der Heimat- und Königsbund, der 1924 aus der "Königspartei" hervorgegangen war. Erwein Freiherr von Aretin, von 1925-1928 Leiter des Bundes, war ein Vetter des Grafen Soden. Vgl. Robert S. Garnett, Lion, Eagle and Swastika. Bavarian Monarchism in Weimar Germany 1918-1933, New York 1991, S. 119 ff.

Damit ist für uns der heutige Schwebezustand aufrechterhalten dadurch, daß die alten Geschlechter noch Vertreter besitzen und daß damit für Millionen von Menschen der Glaube an die Möglichkeit der Wiedereinführung einer Monarchie eine gewisse Begründung hat.

Das ändert sich in dem Augenblick, in dem die Träger der Königsidee selbst durch eine Selbstpreisgabe ihrer bisherigen Stellungnahme diese Idee zwecklos machen.

Die einzige Partei, die sich nicht auf den Boden der Tatsachen gestellt hat, sondern erklärte:

Wir fügen uns dem nicht, aber mit den Mitteln, die das Gesetz heute überhaupt gibt, kämpfen wir gegen den heutigen Zustand, ist die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Die Verbände sind ausschließlich in der Front, *die gegen den Young-Plan Stellung genommen haben.* Wenn also ein Träger des Königsgedankens sich gegen diese Verbände entscheidet, so besteht in meinen Augen Anlaß, sich die Frage vorzulegen, ob für den Nationalsozialisten eine Stellung aufrechtzuerhalten sei, die die Bayerische Volkspartei schon längst aufgegeben hat [20]. Um so mehr, wenn die Repräsentanten des monarchischen Gedankens sich selbst auf den Boden der Parteien stellen, die ihrerseits die Republik gegründet haben und einen klaren eindeutigen Zustand schufen. Mir als Führer der Bewegung steht es frei, das zu tun, was ich zu tun gedenke, da ich nur einem Faktor Verantwortung schulde, der nationalsozialistischen Bewegung. Wenn diese heute erklären würde, *wir stellen uns grundsätzlich auf den Boden der Republik, so verbitte ich mir, daß irgend jemand darin ein jemanden bedrohendes Vorgehen erblicken könnte.* Ich lasse mir nicht von der Münchner Telegramm Zeitung vorschreiben, welche Stellung die nationalsozialistische Bewegung zur Monarchie oder Republik einzunehmen hat, denn diese Zeitung steht schon längst auf dem Boden der republikanischen Tatsachen [21]. Überhaupt kann niemand sich anmaßen, in einer, sagen wir Änderung unserer Stellung zum Problem Monarchie oder Republik einen Angriff gegen eine Person zu sehen, gegen den Kronprinzen Rupprecht oder Wilhelm [22]. Das ist ein unglaubliches Verfahren. Sie würde höchstens das tun, was die Kronprinzen bereits getan haben, die auch schon diese Konsequenzen gezogen haben. Nur wir haben sie nicht gezogen, weil wir glauben, daß es am besten ist, wenn wir von vorneherein dieses Thema vollkommen in den Hintergrund schieben und betonen, das wesentliche für uns ist die

Gestaltung des Reiches im deutschen Sinne,

und daß aus dieser Neugestaltung des Reiches sich die Staatsform entwickeln wird, die dem deutschen Wesen am meisten angepaßt erscheint.

20 Die BVP lehnte - so ihr Parteiprogramm vom November 1918 - "die Ereignisse in der Nacht vom 7. zum 8. November" 1918 ab, ohne diese jedoch gewaltsam revidieren zu wollen. Das Verhältnis der BVP zur Frage der Monarchie blieb auch weiterhin ambivalent; erst als ein Volksentscheid zur Änderung der bayerischen Verfassung am 6.4.1924 nicht die erforderliche Mehrheit erreicht hatte, ging die Leitung der BVP dazu über, die föderalistische vor die verfassungsrechtliche Frage zu stellen. Vgl. Klaus Schönhoven, Die Bayerische Volkspartei 1924-1932, Düsseldorf 1972, S. 22 ff., 89 f., 175 f. sowie Garnett, Lion, Eagle and Swastika. Druck des Parteiprogramms der BVP vom November 1918: Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 502-506.

21 Die Münchner Telegramm Zeitung war im Januar 1922 als Abendzeitung des Verlags Knorr & Hirth gegründet worden. Das weitgehend unpolitische Boulevardblatt erschien fünfmal pro Woche und konzentrierte sich in erster Linie auf Kriminal- und Sensationsnachrichten sowie die Sportberichterstattung. Vgl. Hoser, Münchner Tagespresse, passim.

22 Wilhelm II. (1859-1941), 1888-1918 Deutscher Kaiser und König von Preußen.
Zum Verhältnis zwischen Wilhelm II. und Hitler vgl. ferner Dok. 111.

Dadurch, daß ich eine Anordnung herausgebe: Die Partei stellt sich auf den Boden der Weimarer Verfassung [23], kann kein Mensch eine Bedrohung einer 3. Person folgern. Überhaupt staune ich, *daß das Stellen auf den Boden der Weimarer Verfassung eine Bedrohung anderer Menschen ist.* (Bewegung. *Vorsitzender* [24]: Das kommt später!)

Nun hielt mir Herr *Reichel* [25] entgegen, das könne niemals vom Kronprinzen gekommen sein, sondern sei höchstens *von seiner Umgebung geschoben worden.* Wenn dies zutraf, dann müßte morgen ein Dementi kommen. Herr Reichel, *der nicht Parteigenosse ist,* wollte noch sehen, ob das überhaupt von Herrn Loibl kommen konnte. Er ist mit Seiner Königlichen Hoheit befreundet [26]. *Ich habe nie gesagt: Herr Reichel, Sie müssen etwas unternehmen,* im Gegenteil, ich war überzeugt, daß er das auch selbst feststellen könnte. Am nächsten Tag kam keine Erklärung, und ich war entschlossen, *dagegen in der Partei Stellung zu nehmen* in dem Sinne, daß wir unsere Mitglieder dadurch, daß wir diese Frage offen gelassen haben [27], unendlichen Verfolgungen aussetzten und sie auf eine Bahn brachten, die sie nicht selten ins Gefängnis brachte, und daß das *keinen Sinn mehr habe.* Dieser Artikel wurde geschrieben und sollte am Montag in die Druckerei kommen, weil der "Illustrierte Beobachter" am Mittwoch erscheint [28]. *In diesem Artikel ist keine Zeile von einer Bedrohung des Kronprinzen zu sehen* [29].

Herr Reichel bat mich persönlich: Herr Hitler, tun Sie das nicht, ich bin überzeugt, *der Kronprinz weiß von der Sache gar nichts,* das ist nur vom Kabinett [30] gemacht worden, ich bitte Sie, halten Sie den Artikel zurück! Ich sah in ihm einen absoluten Freund des Königs [*sic!*]. Es war vielleicht eine Dummheit von mir, daß ich mich überhaupt eine Sekunde bewegen ließ zu sagen, ich halte diesen Artikel zurück. Wenn natürlich ein Dementi gekommen wäre, wonach der Kronprinz mit der Sache nichts zu tun hat, war der ganze Anlaß hinfällig. So-

---

23 Seit der Wiedergründung der NSDAP im Februar 1925 hatte Hitler versucht, alles zu vermeiden, was als militärische Vorbereitung für einen erneuten Staatsstreich hätte ausgelegt werden können. Vgl. Hitlers Anordnung vom 26.2.1925 (Bd. I, Dok. 4), vom 29.9.1925 (Bd. I, Dok. 69), seine Erklärung vom 11.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 28), die Satzung der SA vom 17.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 31), sein SA-Befehl 1 vom 1.11.1926 (Bd. II/1, Dok. 44), sein Rundschreiben an die Gauleitungen und selbständigen Ortsgruppen der NSDAP vom 5.2.1927 (Bd. II/1, Dok. 75), seine Rede am 25.5.1927 (Bd. II/1, Dok. 130), seine "Grundsätzliche Anordnung der SA II" vom 31.5.1927 (Bd. II/1, Dok. 135) und seine Anordnung vom 3.12.1928 (Bd. III/1, Dok. 60).

24 Albert Frank (1874-1947), 1902 Amtsrichter, 1924 Amtsgerichtsdirektor, Januar 1933 Präsident des Landgerichts München II, 1939 Ruhestand.

25 In der Vorlage durchgehend: Reichl. Karl Anton Reichel (1874-1944), Maler und Radierer, Gutsbesitzer bei Micheldorf an der Krems (Oberösterreich).

26 Reichel hatte Kronprinz Rupprecht nach seiner Flucht aus Bayern Anfang 1919 auf seinem Gut bei Micheldorf aufgenommen. Vgl. Sendtner, Rupprecht von Wittelsbach, S. 439 f.

27 Gemeint ist die Frage der Staatsform.

28 Der Illustrierte Beobachter erschien damals samstags; möglicherweise meint Hitler die Auslieferung der Zeitschrift.

29 Vgl. Bd. III/2, Dok. 91, ferner Dok. 93, 94 und 99, in denen Hitler angesichts der Unnachgiebigkeit des Kronprinzen Rupprecht eine Revision der - bislang offenen - Haltung der NSDAP zur Frage der Monarchie ankündigt.

30 Gemeint ist das Privatkabinett des Kronprinzen Rupprecht.

lange der Artikel des Herrn Loibl vorlag und nicht dementiert wurde, mußte man annehmen, daß er stimmte. Herr Reichel kam noch einmal zu mir und sagte, ob ich mich bereit erklären würde, den Artikel nicht erscheinen zu lassen, wenn eine *Erklärung des Herrn Loibl* erscheinen würde. Nun habe ich mit *Erklärungen von Parlamentariern* meine Erfahrungen. Ich habe gesagt: Mir ist die Sache vollkommen gleichgültig. Ich persönlich wünsche nur eines: Daß entweder richtiggestellt wird, daß es nicht stimmt oder daß es bleibt.

Niemals habe ich nun Herrn Reichel hingeschickt. Er trat an mich heran und bat mich zu warten, bis er einen Schritt unternommen hätte. Nun kommt plötzlich der Artikel in die Zeitung, wonach ich den Kronprinzen bedroht haben soll. Das ist eine unglaubliche Verdrehung der Tatsachen und eine außerordentliche Beleidigung meiner Person. Ich werde hingestellt als Revolver-Journalist, der sich gegen den Kronprinzen vergangen hat [*sic!*]. *Ich bitte, daß meine Ehre wiederhergestellt wird, daß festgestellt wird, daß ich den Kronprinzen nicht bedroht habe, kein Ultimatum gestellt, daß er sich in ein Volksbegehren einzeichnen solle, was ich als Unsinn bezeichnet habe, und daß Reichel von sich aus als Freund des Kronprinzen gehandelt hat.*

[...] [31]

Hitler: Glauben Durchlaucht, daß Herr Reichel mir oder Seiner Königl[*ichen*] Hoheit näher steht?

[...] [32]

Hitler erklärt, daß er mit Herrn Reichel erst seit 3/4 Jahren bekannt sei, während dieser den Kronprinzen über 20 Jahre kennt. Er frägt den Zeugen [33]:

Haben Sie das Gefühl, daß General von Epp [34] *und Herr Oberst Lenz sich an Sie gewendet haben, um ein Unheil von den Nationalsozialisten abzuwenden, oder das Gefühl, daß beide Herren sich an Sie wandten, um eine Schädigung des k*[*öni*]*gl*[*ichen*] *Gedankens zu verhindern:*

[...] [35]

Ebenso umgeht der Zeuge die Frage Hitlers, ob seiner Überzeugung nach General von Epp, Oberst von Lenz oder Herr Reichel *primär Monarchisten* oder primär Nationalsozialisten seien mit der Bemerkung, daß er über diese Offiziere kein Urteil über ihre politische Gesinnung abgebe [*sic!*].

31 Folgt Bericht über die Vernehmung der Zeugen Hermann Ritter von Lenz und Eugen Prinz zu Oettingen-Oettingen und Oettingen-Wallerstein.

32 Aussage des Prinzen zu Oettingen-Oettingen, daß sich Reichel "mehr oder weniger deutlich als der Vertraute des Herrn Hitler" ausgegeben habe.

33 Eugen Prinz (seit 1930 Fürst und Herr) zu Oettingen-Oettingen und Oettingen-Wallerstein (1885-1969), bis 1930 Chef der Hof- und Vermögensverwaltung des Kronprinzen Rupprecht, Vorsitzender des Verwaltungsfonds des Wittelsbacher Ausgleichsfonds, Vorsitzender der Landesabteilung Bayern der Deutschen Adelsgenossenschaft.

34 Franz (seit 1916 Ritter von) Epp (1868-1947), 1889 bayerischer Leutnant, 1904-1906 Kompaniechef in der deutschen Schutztruppe in Südwestafrika, 1914 Oberstleutnant, Kommandeur des Infanterie-Leib-Regiments, 1919 Führer des Freikorps Epp, 1920 Kommandeur der 7. (bayerischen) Division, 1923 Verabschiedung als Generalleutnant, 1928 Übertritt von der BVP zur NSDAP, 1928-1933 MdR (NSDAP), März 1933 Reichskommissar für Bayern und kommissarischer Ministerpräsident, 1933-1945 Reichsstatthalter in Bayern, 1934-1945 Reichsleiter des Kolonialpolitischen Amts der NSDAP.

35 Aussage des Prinzen zu Oettingen-Oettingen, daß er nicht "in die Seele der Herren hineinschauen" könne.

Bei der *Frage Hitlers*, in welcher Weise der Prinz [36] eine *Erlaubnis zur Verwertung des Materials* erteilt habe, und daß dieses Material nur von irgend jemandem aus dem engsten Kreise der Umgebung des Kronprinzen der Presse übergeben sein konnte, macht der *Vorsitzende* den Zeugen darauf aufmerksam, *daß er diese Fragen nicht zu beantworten brauche, da er seit gestern unter einer Privatklage Adolf Hitlers [37] stehe.*

[...] [38]

Hitler: Das ist eine allgemein politische Idee, die jetzt zirkuliert.

[...] [39]

Hitler: Es geht aus der [Münchner] Telegramm Zeitung hervor, daß die von mir angekündigte Stellungnahme der Partei den Kronprinzen als Person bedroht, und Prinz Oettingen und Graf Soden [40] haben beide erklärt, daß sie das Gefühl hatten, daß ich mit ganzer Macht nicht nur gegen die Monarchie, sondern auch gegen die Person des Kronprinzen vorgehen würde. Habe ich überhaupt jemals mit einem Wort erklärt, daß ich aus diesem ganzen Komplex von Fragen Konsequenzen ziehen wollte in der Richtung eines Kampfes gegen den Kronprinzen oder war nicht der Gedanke einfach der, daß zwangsläufig eine Umstellung der Partei für die Zukunft eintritt und die Frage, ob Republik oder Monarchie als nur noch theoretisches Problem behandelt wurde?

[...] [41]

Hitler: Haben Sie je einen Brief geschrieben, der von mir veranlaßt war?

[...] [42]

Hitler: Habe ich vorher Kenntnis von Ihren Briefen gehabt?

[...] [43]

Hitler: Habe ich jemals auch im Gespräch auch nur erwartet, gehofft oder gewünscht, daß S[eine] K[önigliche] H[oheit] sich für das Volksbegehren entscheide? (Reichel: Nein!) Oder

36 Rupprecht.

37 Hitler hatte am 13.1.1930 auch gegen Prinz zu Oettingen-Oettingen und gegen Graf Soden Klage wegen Beleidigung erhoben, die jedoch vom Gericht verworfen wurde.

38 Ablehnung der Beantwortung von Hitlers Frage durch den Prinzen zu Oettingen-Oettingen und erneute Feststellung, "daß der Inhalt der Veröffentlichung der [*Münchner*] Telegramm Zeitung richtig sei". Folgt Vernehmung der Zeugen von Lenz und Graf Soden. Letzterer schildert, wie Lenz und Reichel versuchten, durch persönliche Besuche, Briefe und Telefonate Kronprinz Rupprecht zu einer Befürwortung des Volksbegehren gegen den Young-Plan zu bewegen. Danach Vernehmung des Zeugen Karl Reichel, der über seine Kontakte berichtet, die er in dieser Sache mit Kronprinz Rupprecht und seiner Umgebung gehabt habe. Er beschreibt Hitlers Empörung über den Artikel vom 24.10.1929 in der Münchner Telegramm Zeitung (vgl. Anm. 4) und erwähnt dessen Bemerkung, daß er sich nun "auf eine schwarz-weiß-rote Republik einstellen würde". Darauf Frage des Vorsitzenden Frank an Hitler, was er unter diesem Begriff verstehe.

39 Folgt Vernehmung des Zeugen Reichel, der erklärt, daß seine Kontakte mit dem Kabinett des Kronprinzen Rupprecht nur teilweise im Auftrag Hitlers erfolgt seien.

40 Joseph Graf von Soden-Fraunhofen (1883-1972), Jurist, 1911 Legationssekretär an der bayerischen Gesandtschaft in Berlin, 1919-1921 Leiter der Polizeiabteilung Bamberg, dann der Polizeistelle für Nordbayern, November 1923 während des Hitler-Putsches von den Putschisten als Geisel festgesetzt, 1923-1933 Kabinettschef des Kronprinzen Rupprecht von Bayern.

41 Reichel erklärt u. a., daß Kronprinz Rupprecht für Hitler der "legitime König des Landes Bayern" sei und "als solcher vollständig unangreifbar".

42 Verneinung durch Reichel.

43 Verneinung durch Reichel.

habe ich es nicht für selbstverständlich und als einzig richtig bezeichnet, daß der Kronprinz der ganzen Sache fernbleibe? (Reichel: Ja!) Habe ich von mir aus überhaupt eine Anregung gegeben, daß die Sache geschlichtet oder beendet wird? (Reichel: Nein!)

[...] [44]

Hitler: Haben Sie selbst das Empfinden gehabt, daß zum mindesten von dem Augenblick an, von dem Herr Soden Sie gebeten hat, sich mit mir in Verbindung zu setzen, daß Sie von dem Augenblick an primär der Beauftragte des Grafen Soden gewesen sind?

[...] [45]

Hitler: Hatten Sie nun den Eindruck, daß Herr Graf Soden überhaupt ein Interesse besaß, den Konflikt dadurch aus der Welt zu schaffen, daß die in die Welt posaunte Behauptung des Herrn Loibl in irgendeiner Weise wieder zurückgenommen wird, oder hatten Sie den Gesamteindruck, daß Graf Soden diesen Wunsch nicht hat und der Abbruch des Gespräches eigentlich mehr erfolgte aus *Angst, daß eine Situation kommen sollte, in der er billigerweise nicht um ein Dementi herum könne,* und Graf Soden glücklich gewesen ist, der unangenehmen Tatsache zu entgehen?

[...] [46]

Hitler (zu Graf Soden): Es wird von *telephonischer und brieflicher Verständigung* mit dem *Abgeordneten Loibl* gesprochen. Hat nicht zwischen Ihnen und Loibl eine *persönliche Zusammenkunft* stattgefunden?

[...] [47]

Hitler fragt den Grafen Soden, ob er überzeugt sei, daß der Artikel in der [*Münchner*] Telegramm Zeitung [48] etwa die Schäden beseitigt habe, die durch seinen Artikel hätten entstehen können. Oder daß im Gegenteil bei Hunderttausenden der nationalsozialistischen Bewegung gerade das Gegenteil von dem erreicht wurde, was sie erreichen wollten, daß er Hunderttausende von nationalsozialistischen Anhängern absolut innerlich abgewendet hat von einem System, das mit solchen Mitteln den politischen Gegner erledigen will.

[...] [49]

---

44 "Der Zeuge fügt dem hinzu: Ich bin absolut nicht der Beauftragte Hitlers gewesen mit Ausnahme dieser Antwort auf die Frage des Herrn Soden, auf die konzise Aufgabe, die Graf Soden mir Hitler gegenüber gestellt hat. [*sic!*]"

45 "Natürlich hatte ich vom Grafen Soden in den von mir freiwillig unternommenen Angelegenheiten den *Auftrag, Herrn Hitler mitzuteilen*, wie er sich die Lösung des Falles Loibl vorstellt, und mußte natürlich die Meinung Hitlers einholen."

46 "Reichel hatte nicht den Eindruck, daß ein böser Wille vorhanden sei, aber daß die Herren selbst nicht gewußt haben, was sie eigentlich machen sollen."

47 Verneinung durch Graf Soden. Auf die Frage von Hitlers Verteidiger, Rechtsanwalt *Hans* Frank, warum Rupprechts Kabinett nichts gegen Loibls Artikel unternommen habe, antwortet Graf Soden, daß dazu kein Anlaß gewesen wäre; der Inhalt des Artikels sei richtig, "bis auf einen Irrtum". Reichel beharrt dagegen darauf, daß der Artikel entstellend sei. Folgt weitere Befragung der Zeugen Reichel, Graf Soden und Prinz zu Oettingen-Oettingen.

48 Gemeint ist ein Artikel der Münchner Telegramm Zeitung vom 4.11.1929 mit der Überschrift "Hitler und der Kronprinz - Die Drohung wahr gemacht".

49 Graf Soden verweist darauf, "daß er über Tatsachen, nicht über Überzeugungen auszusagen habe".

Schließlich frägt Hitler Herrn Reichel, ob jener jemals auf ihn eingewirkt habe, sei es direkt oder indirekt, daß dieser Prozeß nicht stattfinden solle, oder ob er nicht vielmehr erklärt habe, ihm persönlich liege alles daran, daß dieser Prozeß stattfinde.

[...] [50]

Adolf Hitler repliziert auf die Ausführungen des Justizrats *Dünkelsbühler* [51]*:*

Dessen scheinbar logische Begründungen sind in Wirklichkeit so unlogisch, daß daraus die *verschiedene Welt des Denkens,* aus der wir entstammen, aufgezeigt wird [*sic!*]. Der Verteidiger führte aus, daß dieser Artikel [52] nicht leichtsinnig geschrieben, sondern *wohl überlegt* sei. Ich glaube nicht, daß das eine Erleichterung für den Beklagten ist. Wenn der ganze Artikel wohl überlegt war, und es heißt: *"Hitler bedroht den Kronprinzen",* so geht daraus hervor, *was man erreichen wollte und was man wohl überlegt hat, einen Satz, der den anderen moralisch unmöglich machen muß.*

Dieser Artikel soll von Anfang bis Ende in *sachlicher Sprache* gehalten sein! Es gibt zwei Möglichkeiten, einen Menschen zu vernichten: Man kann ihn totschlagen, man kann ihn auch auf feinere Art umbringen, *wenn diese Art des journalistischen Vorgehens dem anderen langsam seine Ehre abspricht.* Ich brauche deshalb zu keiner Beschimpfung zu greifen.

Herr Reichel hat unter Eid erklärt, daß er nicht gewußt habe, in welcher Form ich Stellung nehmen werde. Ich habe absichtlich den "Illustrierten Beobachter" gewählt, weil er nicht den hochoffiziellen Charakter besitzt wie der "Völkische Beobachter".

Weiter heißt es, Kronprinz Rupprecht sei für das Volksbegehren in Anspruch genommen worden. Ich habe den ganzen Tag hier nicht einen Beweis für diese Behauptung gefunden. Es haben sich zur Begründung der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Young-Plan eine Reihe von Leuten auch auf den Kronprinzen Rupprecht berufen, indem sie einfach feststellten, *daß auch der Kronprinz den Young-Plan als etwas Verhängnisvolles, Entsetzliches ansieht* [53]*. Denn selbst bis in die Kreise hinein, die sich nicht für das Volksbegehren einzeichneten, ist die Überzeugung vorherrschend, daß der Young-Plan unmöglich ist. Kein Kabinett bestreitet, daß der Kronprinz tatsächlich die bekannte Äußerung gegen den Young-Plan gemacht hat. Das Kabinett hatte also gar keinen Anlaß, das zu dementieren, denn es ist Tatsache.*

Weiter heißt es, daß die Loiblsche Erklärung vollständig wahr gewesen sei. Diese Erklärung war nicht richtig. Es ist auch heute noch nicht festgestellt worden, aus welchen inneren Motiven Kronprinz Rupprecht sich gegen das Volksbegehren ausgesprochen haben soll. Das

50 Reichel antwortet, daß Hitler nie gewußt habe, was er unternehme. Er selbst habe versucht, den Prozeß zu verhindern. Folgt Bericht über den weiteren Prozeßverlauf.
Ende der Berichterstattung im VB vom 16.1.1930, Fortsetzung der Berichterstattung im VB vom 17.1.1930.

51 In der Vorlage durchgehend: Dinkelsbühler. Alexander Dünkelsbühler (1875-1935), Justizrat, Rechtsanwalt in München, 1935 lt. Polizeibericht in Dresden tot aufgefunden.
Hitlers Schlußwort gehen die Plädoyers von Hitlers Verteidiger Hans Frank und Rabes Verteidiger Alexander Dünkelsbühler voraus.

52 Gemeint ist der Artikel in der Münchner Telegramm Zeitung vom 1.11.1929, "Hitler bedroht den Kronprinzen Rupprecht".

53 Vgl. Anm. 16 und 18.

sind Mutmaßungen des Herrn Rechtsanwalts [54]. *Auch heute ist nicht festgestellt, daß der Kronprinz das Volksbegehren ablehnt als einen schädlichen, ja unmöglichen Akt zur Vertretung eines bestimmten politischen Willens, sondern, daß er nur für seine Person nicht in der Lage war, das Volksbegehren zu unterschreiben,* wahrscheinlich aus seiner grundsätzlichen monarchischen Stellung heraus [55].

Über meine innere Einstellung oder Gesinnung konnte nur *ein einziger Zeuge* Auskunft geben: Das war Herr Reichel. Alles andere sind kühne Mutmaßungen auf unendlich schwacher Grundlage. *Der Zeuge mußte bestätigen, daß ich es war, der gegen das Heranziehen des Kronprinzen war. Auch Oberst von Lenz betonte, daß ich es gewesen bin, der gegen den Versuch opponierte, den Kronprinzen zu bewegen, seinen Namen unter den Aufruf zu setzen.* Ich habe es abgelehnt aus einer Reihe von Gründen. Vielleicht wäre ich zu einer anderen Entscheidung gekommen, wenn Kronprinz Rupprecht 20 Jahre jünger wäre oder wenn seine Umgebung aus Männern anderen Kalibers bestanden hätte.

Damit fällt alles von vornherein zusammen!

Weiter heißt es, der politische Berater des Kronprinzen sei doch nicht Herr Reichel! Ich staune über die *unendlichen Konsequenzen höfischer Auffassung,* die nun auf einmal sich hier ausdrückt. Früher hieß es: Jeder hat das Recht, dem Kronprinzen seine politische Meinung zu sagen. Jetzt wundert sich ein Rechtsanwalt auf das maßloseste, daß einer [*es*] unternimmt, den Kronprinzen zu belehren.

Die Beziehungen des Herrn Reichel zum Kronprinzen sind über 20 Jahre alt. Vielleicht sind durch dessen Aufenthalt bei Reichel in der Revolutionszeit [56] die Bande enger geknüpft worden. Ein solcher Mann kann sich schon erlauben, dem bayerischen Kronprinzen einen politischen Rat zu geben, sintemal [57] das Gefühl einer Überlegung politischer Beratung nicht vorhanden ist.

Warum hat Reichel von Hitler das erfahren?, fragt die Gegenseite. Doch wohl nur deshalb, weil Reichel die Beziehungen zum Kronprinzen hat! Ich bin Junggeselle und gezwungen, im Gasthause zu essen. Nun kommt es häufig vor, daß Arbeiten hingebracht werden. Der kleine Kreis, der sich dort immer trifft, besteht aus Menschen, die aus den verschiedensten Lagern kommen. Es ist selbstverständlich, daß in einer aufgeregten Wahlzeit [58] alles über eine solche Sache spricht. Ich habe meine Stellungnahme Tausenden von Menschen erklärt - warum nicht im engsten Kreise von Menschen, die sich in der Woche einige Male dort treffen? *Es war keiner da, der nicht genauso empört gewesen wäre wie ich.* Nur war die Kenntnis der inneren

54 Dünkelsbühler.

55 Kronprinz Rupprecht war bemüht, seine Person so weit wie möglich aus der Tagespolitik herauszuhalten; er verstand sich in erster Linie als geistiges Vorbild. Vgl. Sendtner, Rupprecht von Wittelsbach, S. 465 ff.

56 Vgl. Anm. 26.

57 Veraltet für: da, weil.

58 Gemeint sind die Landtagswahl in Baden am 27.10.1929, die Bürgerschaftswahl in Lübeck am 10.11.1929, die Stadtrats- bzw. Gemeinderatswahlen in Preußen, Hessen, Sachsen und im Saargebiet, ferner die Provinziallandtagswahlen in Preußen und Hessen sowie die Kreistagswahlen in Hessen und im Saargebiet am 17.11.1929 sowie die Landtagswahl in Thüringen und die bayerische Gemeindewahl am 8.12.1929.
Die Einzeichnungsfrist für das Volksbegehren gegen den Young-Plan dauerte vom 16.10.-29.10.1929, über den Volksentscheid wurde am 22.12.1929 abgestimmt.

Vorgänge eine verschiedene. *Ich war der Meinung, die Loiblsche Erklärung komme tatsächlich vom Kronprinzen, während Reichel mir erklärte, sie komme nicht von ihm, sondern von seiner Umgebung.* "Der Kronprinz macht so etwas nicht." *Ich erachtete es als selbstverständlich, daß am nächsten Tage das Dementi kommen würde,* auch wenn die Kabinettskanzlei etwas leichtsinnig geschwätzt hätte, *ein Dementi dahingehend: Herr Loibl hat keinerlei Ermächtigung, diese Erklärung zu bringen.*

Ich hätte den Herrn Reichel mir ausgesucht, sagte der Herr Rechtsanwalt. Das kann nicht sein, weil Herr Reichel ein Mann ist, der sich nicht aussuchen läßt.

Weiter: Was sagte nun Reichel im offiziellen Auftrage? Und der Herr Rechtsanwalt bemerkte dazu, daß durch das, was Reichel im offiziellen Auftrage gesagt haben will, sich der Eindruck einer bodenlosen Plattheit ergibt!

Herr Reichel hat von mir keinen Auftrag erhalten!

Ich persönlich stand in demselben Moment der ganzen Angelegenheit skeptisch gegenüber, als sich herausstellte, daß vermutlich das Kabinett die Sache hineinbalanziert [*sic!*] hat. Wie will Soden dementieren, wenn er auf der anderen Seite sagt: "Lassen Sie es durchsickern [59]!"

Was hat nun Reichel behauptet? Er hat erklärt: *Ich habe die ganzen Verhandlungen auf meine Faust geführt bis auf zwei Sätze. Ich habe von Soden den Auftrag erhalten, Herrn Hitler zu fragen: "Wie sehen Sie eine Lösung der Frage?" Ich erwiderte ganz kurz: Herr Reichel, was der Herr Loibl sagt, interessiert mich nicht, sondern ausschließlich, was das Kabinett sagt.* Reichel fragte: Welche Vorschläge würden Sie machen? *Ein Dementi, das ist wirklich eine Anstandspflicht. Nicht vom Kronprinzen, der ist an sich unschuldig, aber von der Kabinettskanzlei.* Diese müßte sich vor den Kronprinzen stellen, selbst wenn es von ihm ausginge.

Ich persönlich habe mich nicht aufgedrängt, *sondern ich bin durch den Grafen Soden gefragt worden, was zu tun sei, um die Sache aus der Welt zu schaffen.* Am Montag muß mein Artikel in Druck gehen. Für mich ist die Sache erledigt. Ich habe keine Interessen, irgendwo zu bitten und zu betteln, ich bin Führer einer absolut souveränen [*sic!*] Bewegung.

Hitler bemerkt, daß er in diese Sache hineingeschlittert sei wie der Pontius ins Credo und sich habe betören lassen, eine Antwort nach Berchtesgaden [60] zu geben:

Ich habe dafür meinen Dank bekommen, einen Dank, der in der Geschichte der deutschen Herrscherhäuser nicht vereinzelt dasteht [*sic!*].

Ferner sagte die Gegenseite, es sei ein *Ultimatum* gestellt worden, und zwar genau formuliert und genau befristet. *Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß von einer Formulierung keine Rede sein konnte.* Ich selbst hatte keine Veranlassung, etwas zu formulieren und zu befristen. *Graf Soden verlangte von mir, ich wolle sagen, wie man die Sache beheben kann: Das müssen Sie beheben, das kann nicht Herr Loibl beheben, war meine Antwort.*

Graf Soden mußte irgendwo einen Bruch herbeiführen und war dankbar, einen Schein von Recht gefunden zu haben. Wie kann er dem Gedanken eines Dementi nähertreten, wenn er

---

59 Laut Darstellung im VB vom 17.1.1930 hatte Graf Soden bei seiner Vernehmung erklärt, er habe bereits vor Erscheinen von Hitlers Artikel im Illustrierten Beobachter es für zweckmäßig gehalten, die Münchner Telegramm Zeitung über seine Unterredung mit Reichel zu informieren. Auf den Inhalt von deren Artikel und seine Überschrift habe er jedoch keinen Einfluß gehabt.

60 Seit seiner Rückkehr nach Bayern im September 1919 lebte Kronprinz Rupprecht in Berchtesgaden, wo er die Villa Askania gemietet hatte. Vgl. Sendtner, Rupprecht von Wittelsbach, S. 448 ff.

selbst die Parole hinausgibt, daß man es durchsickern lassen soll? Entweder man ist Kabinettschef eines Königs, dann gibt es so etwas nicht, oder man ist Privatmann, dann ist die Sache anders.

Der Vorfall ist nicht unverständlich, sondern unendlich verständlich, genau so, wie das Kabinett der [Münchner] Telegramm Zeitung das Material liefert und auch dem Herrn Loibl die Unterlagen gegeben hat! Gegen den Kronprinzen hat sich überhaupt keine Aktion gerichtet. Wenn der Kronprinz sich von den Ideen entfernt, die den deutschen Staatsgedanken im Sinne eines Aufbaues vertreten [61]*, zerschlägt er die Voraussetzung der Wiederherstellung der Monarchie, dann ist es sinnlos, wenn die Partei ihre Leute der Gefahr aussetzt, Stellung und Brot zu verlieren.* Wenn in Deutschland endgültig jener Geist siegt, der durch den Marxismus repräsentiert wird, geht nicht nur die Monarchie, sondern ganz Deutschland geht zugrunde.

Wir haben die Revolution [62] nicht gemacht, wir kamen in einen gegebenen Zustand, er hat Deutschland auf das furchtbarste geschädigt. Wir können ihn nicht beseitigen, uns aber auch nicht entschließen, ihn anzuerkennen. *Hätte die öffentliche Macht eine Volksabstimmung durchgeführt, wäre damals gegen Kaiser und Reich entschieden worden, niemand soll glauben, daß wir etwa dann nicht einer deutschen Republik die Treue halten würden. Hätte sie sich bekannt zur Wahrung deutscher nationaler Interessen, würden wir genauso glühende Anhänger sein.*

Wer nicht Hammer ist, muß Amboß sein [63]. Das ist nun einmal eine harte geschichtliche Notwendigkeit. *Die deutschen Fürsten wollten einst nicht Hammer sein, sie sind zum Amboß geworden, nicht durch unsere Schuld.* Das deutsche Volk ist Amboß geworden, nicht durch unsere Schuld. *Wer das feststellt, ist nicht verantwortlich für die Tatsache des Eintretens eines derartigen Vorganges.* Damit akzeptiere ich nur eine ewige politische Weisheit.

Ich habe vom Kronprinzen nie erwartet, daß er persönlich für sich unterzeichnet. Ich war es, der abriet, ihn mit der Sache zu belasten. Ich habe Herrn Geheimrat Hugenberg gesagt: Dieses Verfahren halte ich für falsch, und es ist auch abgestellt worden. *Also kann dieser Artikel sich niemals auf die Person des bayerischen Kronprinzen beziehen, noch auf die Freiheit des Verhaltens des bayerischen Königshauses.*

Nur eines erwarten wir: *Daß diese Mitglieder der Königshäuser zumindest so klug und aufrecht sind, nicht eine offizielle Stellungnahme im negativen Sinne herbeizuführen,* im Interesse der Partei, die die in der Weimarer Verfassung festgelegte Staatsform ablehnt und dadurch der gesetzlichen Verfemung verfällt.

Wir stehen heute im schwersten Schicksalskampfe der deutschen Nation, und ich sehe einen grauenhaften Zusammenbruch in zwei bis drei Jahren kommen. Ich bin oft der Prophet gewesen, und man hat über mich gelacht. Dieser Zusammenbruch muß kommen, wenn man neuerdings glaubt, auf vertragsmäßigem Wege Forderungen übernehmen zu können, die uner-

61 Gemeint ist das Volksbegehren gegen den Young-Plan.

62 Gemeint sind die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

63 Möglicherweise Anspielung auf das Gedicht Johann Wolfgang von Goethes "Ein anderes" (1792), dessen zweiter Teil lautet: "Du mußt steigen oder sinken,/Du mußt herrschen und gewinnen,/Oder dienen und verlieren,/Leiden oder triumphieren,/Amboß oder Hammer sein."

füllbar sind. *Frankreich kann heute räumen, was es räumen will* [64]. *Wenn wir Verträge unterschreiben, die unerfüllbar sind, die genauso zutagetreten wie der Dawes-Vertrag* [65], *dann wird Frankreich jederzeit in der Lage sein, gestützt auf seine Macht, wieder deutsche Gebiete zu besetzen* [66]. Indem wir scheinbar Gebiete freiwerden lassen, geben wir ganz Deutschland einer konsequenten Ausblutung anheim. Das Ergebnis muß natürlich zwangsläufig der Verfall sein. Die ganze politische und wirtschaftliche Kreditmasse aus der Friedenszeit ist verwirtschaftet. In den nächsten Jahren wird sich herausstellen, daß man nicht bezahlen kann, daß alle Fiktionen der Leistung Irrsinn gewesen sind, weil das Verschuldetsein überhandnimmt, weil keine Pfänder mehr da sind. *Uns liegt daran, von vornherein gleich vor aller Öffentlichkeit anzumelden, daß nicht alle Deutschen, daß nicht unsere Bewegung diesen Zustand angenommen haben.*

Uns gegenüber steht eine kommunistische Partei, die auch den Young-Plan ablehnt [67], aber erklärt: Wir lehnen auch das Volksbegehren ab, aus der Erwägung heraus: Der restlose Zusammenbruch wird uns die proletarisierte Millionenarmee liefern, mit der wir die Fahne des

---

64 Die deutsche Diplomatie versuchte, eine Räumung der seit dem Waffenstillstand am 11.11.1918 besetzten linksrheinischen Gebiete mit der Frage einer Reparationsregelung zu verknüpfen. Nach zähen Verhandlungen gelang es der deutschen Seite während der Haager Konferenz vom 3.1.-20.1.1930, die französische Zusage zu erhalten, die besetzten Gebiete bis zum 1.7.1930 zu räumen. Vgl. Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 428 ff.

65 Der am 29.8.1924 vom Reichstag angenommene Dawes-Plan stellte eine vorläufige Regelung der deutschen Reparationsleistungen dar. Sie sollten bis 1927/28 jährlich 1-1,75 Milliarden RM, danach mindestens 2,5 Milliarden RM betragen und aus dem Reichshaushalt sowie aus Leistungen der Reichsbahn und der Industrie finanziert werden. Reichsbahn und Reichsbank wurden zur Sicherung der Ansprüche einer internationalen Kontrolle unterstellt. Es war vorgesehen, die vereinbarten deutschen Reparationsverpflichtungen in Höhe von 2,5 Milliarden RM ab 1929/30 um eine am Wohlstandsindex orientierte Quote zu erhöhen. Druck: RGBl. 1924, II, S. 289 ff. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 201 ff.

66 Anlage I, Teil II des Haager Abkommens vom 20.1.1930 über die endgültige Annahme des Sachverständigenplans (Young-Plan) vom 7.6.1929 legte u. a. fest: "Wenn indes eine Gläubigerregierung oder mehrere Gläubigerregierungen den Ständigen Internationalen Gerichtshof mit der Frage befassen, ob Handlungen der deutschen Regierung ihren Willen beweisen, den Neuen Plan [*i. e. Young-Plan*] zu zerreißen, ist die deutsche Regierung mit den Gläubigerregierungen einverstanden, daß der Ständige Gerichtshof darüber befindet; sie erklärt, daß sie es im Falle einer bejahenden Entscheidung des Gerichtshofes als berechtigt ansieht, daß die Gläubigerregierung oder die Gläubigerregierungen ihre volle Handlungsfreiheit wiedergewinnen, um die Ausführung der sich aus dem Neuen Plan ergebenden finanziellen Verbindlichkeiten des Schuldnerlandes sicherzustellen." Druck: RGBl. 1930, II, S. 105. Zur Entstehung dieses Passus' vgl. Dok. 6, Anm. 19.

67 Die KPD erwartete - so eine Anweisung des Zentralkomitees der KPD vom 20.9.1929 -, daß mit Annahme des Young-Plans "den Besitzenden Geschenke in der Höhe einer Milliarde [*RM*] zugeschanzt werden" sollten und machte ihn mitverantwortlich für die Steuer- und Zollerhöhungen sowie den Abbau der Reallöhne. Gleichzeitig opponierte die KPD gegen den sog. Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren. Der Vorsitzender der KPD, MdR Ernst Thälmann, erklärte u. a. am 11.2.1930 im Reichstag: "Diese *gemeinsame Front gegen die Unterdrückten* in Deutschland, wird durch die Tatsache beleuchtet, daß die Deutschnationalen, deren Vertreter [*Hugenberg*] hier in farblosen Worten die Waffen gegen den Young-Plan zu finden glaubte, vor einigen Jahren der Vorstufe des Young-Planes, dem Dawes-Plane, zur Annahme verholfen haben. Sie haben also kein Recht, jetzt von dieser Tribüne gegen den Young-Plan zu sprechen." Druck der Anweisung: Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929-1933. Eingeleitet von Hermann Weber. Bearbeitet von Hermann Weber unter Mitwirkung von Johann Wachtler, Düsseldorf 1981, Dok. 11; Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 426, Stenographische Berichte, S. 3931 ff., hier S. 3938.

Kommunismus aufpflanzen. *Es ist die Frage: Tritt dem ein nationaler Faktor entgegen oder nicht, der sagt: Wir sind nicht belastet mit dem, was die Vergangenheit gemacht hat. Ist dieser Faktor nicht mehr da, so wird in Deutschland das Sowjetbanner aufgezogen.* Die Stunde ist da, in der Deutschland in den schwersten politischen Schicksalskampf eingetreten ist. Es wird sich zeigen, wie glücklich es war, daß in der Stunde des allgemein schwächlichen Nachgebens eine Stimme da war, die erklärte: *Wir fügen uns nicht, wir nehmen den Kampf auf.*

Ich habe nur ein Interesse, daß dieser Kampf so ausgeht, daß das deutsche Volk, ohne Schaden zu nehmen, diese er[*n*]ste Krise übersteht. *Mir persönlich als altem Soldaten* [68] *tut es weh, wenn ich in einen inneren Konflikt gedrängt werde zu dem alten Deutschland. Das habe ich immer vermeiden wollen.* Das alte Deutschland ist weg, eine neue politische Tatsache ist entstanden. Wir müssen uns damit abfinden. Uns hat dieses alte Deutschland nichts zuleide getan. *Ich konnte nicht am 11. November 1918 das verdammen, was ich am 9. November* [*1918*] *angebetet habe als den Inbegriff alles Größten, was es auf der Welt gibt.* Wir haben die Republik nicht beschimpft, ich will nicht, daß man die heutigen Farben beschimpft - auch diese Fahne ist einmal Symbol eines großen deutschen Glaubens gewesen. *Aber ich kann auch die alte Fahne* [69] *nicht vergessen, und sie bleibt mir absolut heilig. Sie zählt zu den Repräsentanten des alten Deutschlands u*[*nd*] *ich finde es entsetzlich, wenn durch die Handlung einer Hofkanzlei ein Riß gemacht wird zwischen diesem neuen Deutschland und dem alten.* Das ist es, was mich zögern ließ und läßt, die letzten Konsequenzen zu ziehen.

Ich weiß, daß im alten Deutschland Millionen der anständigsten Menschen stehen, die uns nicht verstehen. Sie sind rein körperlich zu alt geworden. Aber ich habe Ungezählte kennengelernt, sie sind Ehrenmänner vom Scheitel bis zur Sohle, die besten Repräsentanten eines besseren Zeitalters der deutschen Geschichte. *Wir möchten von dieser nicht weggerissen werden.* Wenn Sie versuchen, hier einzudringen in diese psychische Atmosphäre, das können Sie nicht, Herr Justizrat [*sic!*]. Ein Kind dieser Atmosphäre ist der hier meist angezogene Zeuge [*sic!*] Reichel, getrieben von dem einen Gedanken. *Es darf in Deutschland nicht endgültig dieser Riß kommen zwischen dem neuen vorwärtsstürmenden und dem alten konservativen Deutschland, das seinen unendlichen Wert besessen hat* [*sic!*].

Ich kann Sie nur eines bitten (z[*um*] Gerichte), daß hier festgestellt wird, daß ich nicht gelogen habe, sondern die Wahrheit sagte, wenn ich diesen Weg beschritt. *Es ist nicht wahr, daß ich den Kronprinzen jemals bedroht habe, nicht wahr, daß ich ihm ein Ultimatum gestellt habe, und nicht wahr, daß ich ihn jemals zu bewegen versuchte, sich für das Volksbegehren zu erklären, nicht wahr, daß ich einen Beauftragten zu ihm geschickt hätte.*

---

68 Hitler war am 16.8.1914 als Kriegsfreiwilliger in das Rekruten-Depot VI des 2. bayerischen Infanterie-Regiments eingetreten und am 1.9.1914 in die 1. Kompanie des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 16 (List) versetzt worden. Vom 22.10.1914 bis 14.10.1918 war er bei dieser Einheit an der Westfront eingesetzt, seit 9.11.1914 als Meldegänger beim Regimentsstab. Vgl. Anton Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989, S. 99 ff.

69 Gemeint ist die 1867, bzw. 1871 eingeführte schwarz-weiß-rote Nationalflagge, die 1919 - mit Ausnahme der Handels- und Kriegsflagge - durch die schwarz-rot-goldene ersetzt worden war.

18. Januar 1930 Dok. 6
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 18.1.1930.

"Vorsicht ist die Mutter der Weisheit", so mögen die schlauen Herren wohl denken, die für den Young-Plan [1] nun plötzlich einen neuen Titel erfunden haben. Denn künftighin soll es nicht mehr heißen "Young-Plan", sondern "Haager Protokoll" [2]. Es ist bewunderswert, unter was für neuen Bezeichnungen die alte Erpressung an Deutschland immer wieder erneuert wird: "Londoner Abkommen" [3], "Pariser Konferenz" [4], "Dawes-Pakt" [5], "Young-Plan", "Haager Protokoll" usw. usw. Der Grund liegt auf der Hand: Man muß in den Augen des Volkes die jeweiligen Erpressungsmethoden immer wieder als etwas Neues erscheinen lassen. Die Franzosen hoffen dann, daß die neue Methode für sie noch besser sein wird als die alte, und die Deutschen hoffen dasselbe. Ihre Regierungen reden ihnen ein, daß das neue Diktat leichter sein wird als der alte Pakt oder das neue Protokoll erträglicher als der frühere Plan [6]. In diesem Falle kommt allerdings noch etwas ganz Besonders dazu. Zum ersten Male nach langen Jahren ist es gelungen, das deutsche Volk zu einer bestimmten Stellungnahme einem solchen Diktat gegenüber zu bewegen. Das Volksbegehren [7] hat unzweifelhaft Millionen von Menschen die Augen über die abgrundtiefe Schändlichkeit dieses neuen Erpressungs- und Ausplünderungsprojektes geöffnet. Millionen Deutsche haben sich auf Grund der ihnen nunmehr gekommenen Einsicht gegen den Young-Plan entschieden. Das Wort Young-Plan hat damit allmählich einen üblen Klang erhalten [8]. Es gibt kaum jemand mehr in Deutschland, der sich ganz offen zum Verteidiger dieses monströsen Gedankens bekennen will. Seit der Reichsbankpräsi-

---

1 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

2 Da die abschließenden Verhandlungen zur Regelung der deutschen Reparationen und zur Rheinlandräumung vom 6.8.-31.8.1929 und vom 3.1.-20.1.1930 in Den Haag stattgefunden hatten, wurden die vom Reichstag angenommenen Ergebnisse, die auch den Young-Plan umfaßten, von deutscher Seite offiziell als "Gesetz über die Haager Konferenz" bezeichnet. Druck: RGBl. 1930, II, S. 39 ff.

3 Zu den verschiedenen Londoner Konferenzen (Konferenz vom 1.3.-7.3.1921, Londoner Ultimatum vom 5.5.1921 sowie Konferenz vom 16.7.-16.8.1924), welche die deutschen Reparationszahlungen regelten, vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 121 ff., 243 ff.

4 Gemeint ist die am 18.1.1919 eröffnete Pariser Friedenskonferenz, in deren Verlauf die Verträge von Versailles (28.6.1919), St.-Germain-en-Laye (10.9.1919), Neuilly (27.11.1919), Trianon (4.6.1920) und Sèvres (10.8.1920) unterzeichnet wurden.

5 Vgl. Dok. 5, Anm. 65.

6 Im Gegensatz zur Annuität von 2,5 Milliarden RM, wie sie der Dawes-Plan festlegte, lag die durchschnittliche Annuität des Young-Plans bei 2,05 Milliarden RM. Mit dieser Neuregelung der deutschen Reparationsverpflichtungen wurde die Gesamtreparationssumme um 17% reduziert. Außerdem entfielen Sanktionsrechte und Kontrollinstanzen der Alliierten. Der deutschen Seite wurde die Möglichkeit eines Aufbringungsmoratoriums zugestanden, allerdings wurde nun auch der Transferschutz aufgehoben. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 469 ff.

7 Vgl. Dok. 5, Anm. 6.

8 Zur Reaktion der deutschen Öffentlichkeit auf den Young-Plan vgl. Kurt A. Holz, Die Diskussion um den Dawes- und den Young-Plan in der deutschen Presse, Frankfurt a. M. 1977, Bd. 1, S. 178 ff.

dent Schacht [9] (vermutlich in Ahnung kommender Dinge!) seine Verantwortlichkeit ebenfalls ablehnte [10], wagt man ja kaum mehr, den Young-Plan als das hinzustellen, als das er vorher gelten sollte. Nun soll dieser anrüchige Name verschwinden. Es scheint auch prätentiöser zu sein, das neue Versklavungsedikt mit "Haager Protokoll" zu bezeichnen, also nach dem berühmten Weltfriedensort [11] zu benennen, als nach einer Person. Ohne Zweifel wird der eine oder andere Deutsche, in der unserem Volke nun einmal zu eigenen, unfaßbaren politischen Dummheit und Naivität, wirklich an etwas Neues glauben. Es muß die Aufgabe aller aufrechten Freunde und Kämpfer unseres Volkes daher sein, diesen beabsichtigten Betrug gleich von vorneherein zu durchkreuzen und zuschanden zu machen. "Haager Protokoll" ist gleich "Young-Plan". Das heißt, in Wirklichkeit ist das Haager Protokoll noch eine wesentliche Verschlimmerung des Young-Plans. Der Kampf gegen den Young-Plan muß damit augenblicklich auch den Begriff "Haager Protokoll" umfassen. Die Hoffnung, der infolge des Volksbegehrens zum Sehen gebrachten öffentlichen Meinung einen Dunst vormachen zu können, kann gar nicht schnell genug gebrochen werden!

Zu den Gründen, die man für die Notwendigkeit der Annahme des Young-Planes einst anführte, gehörte in erster Linie auch die dadurch zu erreichende Räumung des Rheinlandes [12]. Ich habe davor immer gewarnt [13]. Mit dem Lockmittel der Rheinlandräumung hat man aus unserem Volk schon ganz Unglaubliches herausgepreßt. Es war dies vor allem seit vielen Jahren das Mittel, das außenpolitisch gänzlich unfähige Regierungen immer wieder anwandten, um die innerpolitischen Widerstände gegen ihre außenpolitischen Handlungen zu ersticken. Ich habe mich aber auch dagegen gewendet, weil jede Rheinlandräumung solange belanglos bleibt, als sie mit unerfüllbaren Forderungen verknüpft ist und der Gegner machtmäßig jederzeit das Gebiet wieder besetzen kann! Gegen diese Auffassung wurde von den Vertretern des Young-

9 Hjalmar Horace Greeley Schacht (1877-1970), 1900 Dr. phil., 1908-1915 stellvertretendes Vorstandsmitglied der Dresdner Bank, 1916-1923 Direktor der National-Bank für Deutschland (später Darmstädter und Nationalbank, Danat), 1923 Reichswährungskommissar, 1923-1930 und 1933-1939 Reichsbankpräsident, 1934-1937 Reichswirtschaftsminister, 1935-1937 Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft, 1937-1943 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, seit Juli 1944 inhaftiert.

10 Schacht hatte gegenüber der Reichsregierung vergeblich auf einem härteren Kurs bei den Verhandlungen über die deutschen Reparationsleistungen bestanden und die wachsende Verschuldung des Deutschen Reichs kritisiert. Diese Vorbehalte waren Gegenstand seines großen Memorandums vom 6.12.1929. Nachdem sich die Erfolglosigkeit seines Standpunkts abzeichnete, gab Schacht am 7.3.1930 seine Rücktrittsabsicht öffentlich bekannt und trat am 2.4.1930 vom Amt des Reichsbankpräsidenten zurück. Vgl. Die Entstehung des Youngplans dargestellt vom Reichsarchiv 1931-1933. Durchgesehen und eingeleitet von Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970, S. 11 ff. Druck von Schachts Schreiben an Hindenburg vom 3.3.1930: Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst unter Mitwirkung von Jürgen Heideking, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Die Weimarer Republik, Bd. 4/I, Düsseldorf 1980, S. 71 ff.

11 Anspielung auf die internationalen Konferenzen, die 1899 und 1907 im Haag stattgefunden hatten und u. a. zur Verabschiedung der Haager Landkriegsordnung und zur Einrichtung des Haager Schiedshofs führten. Vgl. Jost Dülffer, Regeln gegen den Krieg? Die Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 in der internationalen Politik, Berlin 1981.

12 Vgl. Dok. 5, Anm. 64.

13 Hitler hatte es schon 1923 entschieden abgelehnt, den von der Reichsregierung getragenen passiven Widerstand gegen die französisch-belgische Besetzung des Ruhrgebiets zu unterstützen. Vgl. Axel Kuhn, Hitlers außenpolitisches Programm. Entstehung und Entwicklung 1919-1939, Stuttgart 1970, S. 75 ff.

Plans mit altbekannter Schwindelfertigkeit sofort eingewendet, daß nach Unterzeichnung des Young-Plans der Gedanke einer Wiederbesetzung deutscher Gebiete ein aussichtsloser, ja lächerlicher sei. Denn durch den Young-Plan würden ja gerade für alle Zukunft die politischen Machtmittel ausgeschaltet und an ihre Stelle geschäftsmäßige Regelungen gesetzt. Wir haben schon damals diese Behauptungen als eine eitle Flunkerei der berufsmäßigen Dunstverbreiter unseres Auswärtigen Amtes bezeichnet. Wir haben schon damals erklärt, daß alle sogenannten rechtlichen Abmachungen belanglos seien für denjenigen, der nicht die Macht hat, sein Recht zu schützen und zu wahren. Auch wenn Frankreich wirklich feierlich versichern würde, daß es nicht mehr daran dächte, in der Zukunft deutsche Gebiete wieder zu besetzen, so hätte selbst eine solche Versicherung nur höchst problematischen Wert. Frankreich ist, solange Deutschland waffenlos bleibt [14], jederzeit in der Lage, sich wieder anders zu besinnen und erneut in unsere Grenzgebiete einzurücken. Kein geschriebener Vertrag oder Pakt kann es davon abhalten. Wenn Frankreich erklärt, ein Gebiet zu räumen, falls von Deutschland ein bestimmter Vertrag unterschrieben wird, so beweist dies zunächst, daß für Frankreich die Ausführung dieses Vertrages wertvoller ist als die Besetzung eines bestimmten Gebietes. Wenn aber die Erfüllung dieses Vertrages auf die Dauer nach allen Gesetzen menschlicher Vernunft eine gänzlich unmögliche ist, dann steht es Frankreich auf Grund der gegebenen Machtverhältnisse frei, in die erst geräumten Provinzen jederzeit wieder einzurücken. Das also wurde von den beamteten Gehirn- und Meinungsverneblern des Auswärtigen Amtes glatt bestritten und als eine ebenso dumme wie böswillige Behauptung und Unterschiebung von seiten nationalsozialistischer Hetzer hingestellt [15]. Und kaum sind zwei Monate vergangen, da wird bereits (wie so oft und oft schon) die Richtigkeit unserer Auffassung bestätigt und der Wert der Erklärungen des Auswärtigen Amtes in das richtige Licht gerückt. Frankreich besteht auf dem Rechte der Sanktionen [16]. Das heißt: Frankreich begnügt sich nicht einmal damit, daß es tatsächlich in der Lage ist, im gegebenen Augenblick wieder deutsche Gebiete zu besetzen, nein, es erklärt sogar ganz feierlich und ausdrücklich, daß es diese Besetzung als ein selbstverständliches Recht ansieht, und es betont, daß die Anwendung dieses Rechtes in dem Augenblick stattfinden wird, in

---

14 Teil V des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 legte Größe, Charakter und Bewaffnung der deutschen Streitkräfte präzise fest. Dazu gehörten u. a. ihre Reduzierung auf eine Gesamtstärke von 115.000 Mann, das Verbot aller modernen und zukunftsweisenden Waffensysteme sowie das Verbot der allgemeinen Wehrpflicht, ferner der Abbau aller Grenzbefestigungen und die Begrenzung aller militärischen Aufgaben auf die Aufrechterhaltung der innerstaatlichen Ordnung. Druck: RGBl. 1919, S. 919 ff. Zu Organisation von Reichsheer und Reichsmarine vgl. Edgar Graf von Matuschka, Organisation des Reichsheeres. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939, Bd. 3/VI: Reichswehr und Republik 1918-1933, München 1979, S. 305-343; Rolf Güth, Die Organisation der deutschen Marine in Krieg und Frieden 1913-1933. In: Ebenda, Bd. 4/VIII, S. 263-336, hier S. 314 ff. Vgl. ferner Dok. 37, Anm. 3.

15 Vermutlich Anspielung auf die Reichstagsrede des Reichsminister des Auswärtigen Julius Curtius vom 29.11.1929, in der er das Volksbegehren gegen den Young-Plan (vgl. Dok. 5 Anm. 6) scharf kritisiert hatte. An die Befürworter des Volksbegehrens hatte Curtius u. a. die Frage gestellt: "Ist es zu begreifen, daß Sie trotz alledem an einer Politik festhalten wollen, die unter Mißachtung aller politischen Realitäten sich in Befehlen vom grünen Tisch erschöpft, die sich in unfruchtbarer Kritik verzehrt, verneinend und zersetzend das Volk verhetzt und zerklüftet, die die eigene Partei in hoffnungslose Isolierung hineinmanövriert und, wenn sie zum Durchbruch käme, die mühsam erkämpfte Stellung Deutschlands auf das schwerste gefährden müßte?" Druck: Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 426, Berlin 1930, S. 3285 ff., 3289.

16 Vgl. Dok. 5, Anm. 66 sowie Dok. 6, Anm. 19.

dem Deutschland irgend etwas nicht erfüllt. Das heißt mit anderen Worten: Die Köpfe unseres Auswärtigen Amtes belasten unser Volk mit einer sechzigjährigen [17] wahnwitzigen Erpressung, um damit endlich "die Gewalt abzubauen". Frankreich aber versichert, daß im Augenblick, in dem die Erpressung nicht gelingt, die Gewalt wieder in ihre Rechte tritt! Man plündert also Deutschland ein paar Jahre lang nach einer neuen Methode aus und holt sich dann die Pfänder wieder zurück.

Im übrigen sind unsere deutschen Unterhändler im Haag wieder behandelt worden wie dumme und ungezogene Schuljungen. Herr Tardieu [18] feuert ihnen Beleidigungen an den Kopf, die früher zu einer Kriegserklärung geführt hätten. Die deutschen Unterhändler aber beantworten die Anzweiflung ihrer ehrlichen Gesinnung nicht mit dem augenblicklichen Verlassen des Kongresses, sondern mit ebenso blitzdummen wie lendenlahmen Erklärungen. Es konnte keinen günstigeren Augenblick geben, Frankreich ins Unrecht zu setzen als den. Allein, man war schon beglückt und zufrieden, durch die Franzosen anscheinend keine Ohrfeigen bekommen zu haben. So ließ man denn eine "geharnischte" Erwiderung vom Stapel, bei der jeder Mensch mit Knochen allerdings vergeblich den Harnisch suchen wird [19]. Aber was heißt Harnisch? Auch das ist nur ein relativer Begriff. Ein Regenwurm empfindet sicherlich einen Maikäfer als maßlos gepanzert, und einer politischen Molluske unseres Auswärtigen Amtes kommt ein Protest auf einem Blatt Papier eben auch vor wie ein zermalmendes Panzergeschoß. Daß man überhaupt wagt, sich für eine solche Beleidigung, statt ergebenst zu bedanken, rückzuäußern, wird schon als Zeichen hoher und wahrer politischer Männlichkeit empfunden. Das aber ist der Geist, der uns seit zwölf Jahren regiert und der solange regieren wird, bis nicht die nationalsozialistische Bewegung dem deutschen Volk einen anderen Willen und diesem Willen einen anderen Ausdruck gibt!

---

17 Anspielung auf die im Young-Plan vereinbarte Dauer der deutschen Reparationszahlungen von 1929/30 bis 1987/88.

18 André Tardieu (1876-1945), Journalist, 1899-1902 Sekretär des Ministerpräsidenten Pierre Waldeck-Rousseau, 1914-1924, 1926-1936 Mitglied der französischen Abgeordnetenkammer, 1918 Beauftragter für Fragen der französisch-amerikanischen Kriegführung, 1919/20 Minister für die befreiten Gebiete, 1921 Herausgeber des Écho National, 1926-1932 Inhaber verschiedener Ministerämter, November 1929 bis Februar 1930, März bis Dezember 1930, Februar bis Mai 1932 Ministerpräsident, 1932 Gründung des Centre Républicain, 1934 Minister ohne Portefeuille.

19 Während der 2. Haager Konferenz versuchte die französische Delegation Vorsorge für den Fall zu treffen, daß Deutschland seine Verpflichtungen aus dem Young-Plan aufkündige. Tardieu begründete als Leiter der französischen Delegation seine Forderungen in dieser sog. Sanktionsfrage mit innenpolitischer Rücksichtnahme sowie der Möglichkeit einer deutschen Rechtsregierung. Nachdem der Reichsminister des Auswärtigen Curtius scharf gegen die französischen Forderungen Stellung genommen hatte, einigte man sich bis 12.1.1930 auf die Kompromißformel, daß der Haager Schiedsgerichtshof über die Einhaltung des Plans wachen solle. Falls er ein "Zerreißen des Young-Plans" durch eine deutsche Regierung konstatiere, wäre es legitim, wenn die Gläubigermächte ihre volle Handlungsfreiheit wiedererlangten. Vgl. Dok. 5, Anm. 66 sowie Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XIV, Göttingen 1980, Dok. 6 ff.

23. Januar 1930 Dok. 7
"Nationalsozialisten"
Erklärung

VB vom 25.1.1930 [1].

Im 12. Jahre des Bestehens der Weimarer Republik schicken sich die Deutschland beherrschenden Parteien an, das schwerste Versklavungsdokument [2], das die Geschichte bisher kennt, anzunehmen und zu vollziehen. Damit schreiben sie selbst dem Werte des heutigen Staates das Todesurteil. Freiheit, kulturellen Fortschritt und soziales Glück sollte er einst dem deutschen Volke bringen, und hineingeführt hat er es in die schwerste Lage, in die größte Not, in Unfreiheit auf Generationen hinaus, in soziales Elend und in kulturellen Verfall!

Die Unterzeichnung des Young-Plans ist aber auch die Unterzeichnung des Todesurteils unserer verantwortlichen Parteien selbst. Zwei Welten brechen damit für den deutschen Menschen endgültig zusammen. Der bürgerliche Liberalismus vollzieht mit der Annahme dieses Gesetzes seinen geistigen Selbstmord. Die Sozialdemokratie, der gesamte Marxismus zerstört endgültig die Legende seines Kampfes für die schaffenden Massen. Der deutsche arbeitende Mensch wird durch diese Parteien zum Heloten des internationalen Kapitals gemacht.

In der Angst vor dem erwachenden Gewissen unseres Volkes flüchten sich die heutigen Regierungsparteien unter den Schutz der brutalen Gewalt. *Das Republik-Schutzgesetz [3] soll die freie Meinung und das Recht der Kritik in Deutschland beseitigen.* Unter elenden Vorwänden macht die Demokratie die Demokratie mundtot, versucht der Marxismus die Erhebung der Arbeiterschaft niederzuschlagen, die Freiheit zu erwürgen.

Die "freieste", "soziale" Republik der Welt bedroht mit dem Zuchthaus, wer an ihren Vorzügen zweifelt und diesem Zweifel den passenden Ausdruck gibt [4]!

In dieser Zeit des Zusammenbruchs von Volk und Wirtschaft tritt die nationalsozialistische Partei zum ersten Male aktiv in eine deutsche Regierung ein [5].

---

1 Textgleicher Abdruck mit differierenden Hervorhebungen: Der Angriff vom 30.1.1930, "Adolf Hitler zur Thüringer Regierungsbildung".

2 Gemeint ist der Young-Plan. Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

3 Das Gesetz zum Schutze der Republik vom 21.7.1922 war vom Reichstag nach der Ermordung des Reichsministers des Auswärtigen Walther Rathenau verabschiedet worden. Zur Entstehungsgeschichte und zum Inhalt vgl. Gusy, Weimar, S. 128 ff. Druck: RGBl. 1922, I, S. 585 ff.
Am 2.6.1927 wurde das Gesetz mit Zustimmung des Reichspräsidenten von Hindenburg um zwei Jahre verlängert. Nachdem der Reichstag am 27.6.1929 einer erneuten Verlängerung nicht zugestimmt hatte, wurde am 25.3.1930 ein zweites Gesetz zum Schutze der Republik verabschiedet, das bis zum 31.12.1932 befristet und dessen Strafmaß deutlich herabgesetzt war. Vgl. Gusy, Weimar, S. 171 ff. Druck: RGBl. 1927, I, S. 125; 1930, I, S. 91 ff.

4 Im Gesetz zum Schutze der Republik vom 25.3.1930 war die Zuchthausstrafe (bis zu zehn Jahren) nur für besonders schwere Fälle einer Unterstützung von "Verbrechen wider das Leben" vorgesehen. § 5 sah dagegen vor, daß die Beschimpfung oder Verächtlichmachung der republikanischen Staatsform, der lebenden oder verstorbenen Mitglieder der Reichs- und Landesregierungen oder die Aufforderung zu entsprechenden Gewalttätigkeiten mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft werden solle. Druck: RGBl. 1930, I, S. 91 ff.

5 Nach der Landtagswahl vom 8.12.1929 hatten sich nach langen und schwierigen Verhandlungen, an denen sich auch Hitler beteiligte, Thüringer Landbund, NSDAP, Wirtschaftspartei, DNVP und DVP auf eine Koali-

Heute mehr denn je sind wir Nationalsozialisten aber überzeugt, daß es keine Rettung für Deutschland gibt außer durch die Überwindung und Beseitigung der durch die Demokratie und den Marxismus herbeigeführten inneren Zersetzung und Entwertung unseres Volkskörpers!

Mehr denn je sehen wir in der Vernichtung unseres heutigen Parteiregiments die erste Voraussetzung für jede innere Genesung des deutschen Menschen!

Mehr denn je steigt vor unserem Auge die Rassenfrage in ihrer ganzen gigantischen Bedeutung empor und läßt uns Zukunft oder Vernichtung unseres Volkes erkennen!

Mehr denn je fühlen wir die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Autorität des ewigen Persönlichkeitswertes, und mehr denn je erfüllt uns die Erkenntnis, daß es ohne Kampf keine Freiheit und keinen Emporstieg unseres Volkes mehr gibt!

Wir erkennen aber auch in dieser Zeit in aller Klarheit, daß das Schicksal unseres Volkes ein unteilbares ist. Kommunen und Länder sind in ihrem Schicksal Glieder des Schicksals des Reiches, das Schicksal des deutschen Volkes.

Wenn wir Nationalsozialisten deshalb heute, sei es in einer Kommune [6] oder in einem Lande, an der öffentlichen Gewalt teilnehmen oder in eine Regierung eintreten, dann keine Sekunde etwa in dem Glauben, damit diese Gebiete dem allgemeinen Schicksal entziehen zu können, sondern nur in der Hoffnung, von diesen Stationen aus die Erkenntnis über die Notwendigkeit des Sieges unserer Idee leichter und weiter verbreiten zu vermögen und dem Siege unserer Bewegung, in dem wir die Voraussetzung für die Rettung unseres Volkes erblicken, damit besser dienen zu können.

Wir tun dies aber auch, um schon im Rahmen der damit gezogenen Grenzen an der praktischen Nationalisierung unseres Volkes arbeiten zu können. Denn unsere Regierungsaufgabe heißt nicht, in Ruhe und Ordnung willfährige Sklaven [zu] *erziehen, sondern widerstandsbereite und angriffsentschlossene deutsche Männer!*

Das Land *Thüringen* steht vor demselben Ruin [7], in den das Reich durch seine heutige *wahnwitzige Erfüllungspolitik* [8] sich selbst und alle Länder reißt. *Dieser Ruin wird nicht in Thüringen gebannt, sondern in Berlin.* Alle Sparsamkeit ist vergeblich, solange das Reich jährlich Milliarden [*RM*] in Tributen verschleudert [9]! Aller Widerstand im einzelnen umsonst,

tion geeinigt. Frick erhielt die beiden Schlüsselressorts Inneres und Volksbildung. Dieser Kabinettsvorschlag wurde am 23.1.1930 vom Thüringer Landtag mit 28 gegen 22 Stimmen angenommen. Vgl. Dok. 2, Anm. 12 sowie Patze/Schlesinger, Geschichte Thüringens, Bd. V/2, S. 506 ff. sowie Georg Witzmann, Thüringen von 1918-1933. Erinnerungen eines Politikers, Meisenheim am Glan 1958, S. 153 ff.

6 Anspielung auf Coburg, wo die NSDAP seit 23.6.1929 die stärkste Partei im Stadtrat war. Vgl. Bd. III/2, Dok. 33, 43, 44 und 110.

7 Die wirtschaftlich schwierige Lage der thüringischen Industrie und Landwirtschaft war in erster Linie Folge der seit Herbst 1929 sichtbaren Weltwirtschaftskrise. Im Januar 1930 waren in Thüringen 72.000 Menschen arbeitslos. Vgl. Patze/Schlesinger, Geschichte Thüringens, Bd. V/2, S. 505 f.

8 Mit dem polemischen Begriff der "Erfüllungspolitik" wurde jene deutsche Außenpolitik charakterisiert, welche die alliierten Reparationsforderungen so weit wie möglich zu erfüllen suchte, um damit ihre Undurchführbarkeit zu beweisen. Deutlich wurde diese Strategie erstmals durch die Annahme des Londoner Ultimatums durch das Kabinett Wirth am 11.5.1921. Vgl. Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 132 ff.

9 Im Haushaltsplan 1929/30 wurden die äußeren Kriegsfolgelasten mit 1.907,2 Millionen RM veranschlagt, für den Haushaltsplan 1930/31 mit 1.882,7 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 467.

solange das Reich im Großen jeden Widerstand verfemt. *So soll es denn unsere Aufgabe sein zu versuchen, einem deutschen Staat den Willen einzuhauchen, sich diesem Schicksal entgegenzustemmen.*

Ich habe zum Vertreter der Nationalsozialistischen Bewegung für die Regierung in Thüringen einen unserer erprobtesten Kämpfer bestimmt.

Parteigenosse Dr. Frick[10] *wird auf Grund seiner positiven Kenntnisse und des Vertrauens, das wir alle zu ihm haben, versuchen, den durch die Landtagswahlen in Thüringen*[11] *kundgegebenen nationalsozialistischen Willen in der neuen Thüringer Regierung zu vertreten.*

Parteigenosse Frick wird im Rahmen der durch die Verfassung gegebenen Grenzen jede Möglichkeit wahrnehmen, dem Lande Thüringen zu dienen, dem deutschen Volke aber für die Zukunft zu nutzen.

Sollte sich die Durchführung der Mission unseres Parteigenossen Dr. Frick mit unseren nationalsozialistischen Prinzipien nicht mehr vereinbaren lassen, wird unser Parteigenosse sofort wieder seine Ämter niederlegen und aus der Regierung ausscheiden! *Denn Nationalsozialisten beteiligen sich niemals an Regierungen, um die Politik fremder Parteien, sondern nur, um die Gedanken unserer Weltanschauung zu vertreten!*

Ich habe Parteigenossen Frick bestimmt, die Stelle eines Innen- und Volksbildungsministers zu übernehmen.

Ich erwarte damit, daß sich insbesondere in Thüringen sämtliche Parteigenossen mit höchster Energie hinter unseren Minister stellen!

Was wir für unser Volk und unser deutsches Vaterland durch diesen Schritt erreichen können, wird versucht und auch erreicht werden. Es messe jeder Parteigenosse für sich die Größe der Aufgabe, die Entschlossenheit unseres Handelns, die zu überwindenden Widerstände und dann den Erfolg!

Die feindliche Presse mag ruhig heute höhnisch lachen. Die Stunde wird kommen, in der ihr auch dieses Lachen vergeht.

München, den 23. Januar 1930

gez. *Hitler*

---

10 Wilhelm Frick (1877-1946), 1901 Dr. jur., 1907 Assessor am Bezirksamt Pirmasens, 1917 Beamter bei der Polizeidirektion München, 1919-1923 Leiter der politischen Polizei, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924-1933 MdR (NSDAP), 1928 Vorsitzender der Reichstagsfraktion der NSDAP, 1930/31 thüringischer Innen- und Volksbildungsminister, 1933-1943 Reichsminister des Innern, 1943-1945 Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, 1946 hingerichtet.

11 Vgl. Dok. 2, Anm. 12.

25. Januar 1930 Dok. 8
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 25.1.1930.

Es wird kaum einen Menschen geben, der die heutige Lage Deutschlands als rosig ansieht. Vor acht oder zehn Jahren, da flunkerten unsere Herren Patent-Republikaner dem Volk noch allerlei Zeug vom neuen Staats- und Wirtschaftsaufbau vor, der in seiner Art der Welt für die Zukunft ein Vorbild abgeben würde. Ein paar Jahre später waren die politischen und wirtschaftlichen Aufbaupläne der Novembermänner [1] ziemlich tot und begraben. Es kam die Zeit, in der das Bürgertum seine Annäherung an die Sozialdemokratie vollzogen hatte. Wieder gab es eine kurze Periode der Hoffnung. Cuno [2] wurde sogar als ein zweiter Bismarck bestaunt [3]. Allein schon im Jahre 1923 war auch diese bürgerliche Hoffnungswelle vorbei. Stattdessen versicherte nun die "Wirtschaft", den "Karren aus dem Dreck ziehen" zu wollen, wie man die weltanschauliche Aufgabe dieser Wirtschaftspolitiker kurz umriß. Der politische Repräsentant dieser wirtschaftlichen Mission war Gustav Stresemann [4]. Heute nach seinem Tode [5] können auch seine Anhänger kaum mehr verschweigen, daß gerade sein Wirken für das Reich von verhängnisvollsten Folgen war [6]. Er ist der eigentliche Vater des Young-Planes. Und nun, ehe noch der Vertrag überhaupt Wirklichkeit geworden ist, eilen ihm schon seine düsteren Schatten voraus. Wirtschaftlich und politisch ist die Situation heute so unbefriedigend, daß sich auf das gesamte Volk eine gewisse beklemmende Angst legt. Ungezählte Millionen aller Parteirichtungen haben die Überzeugung, daß es so nicht weitergehen könne.

Wie bei allen politisch und moralisch charakterlos gewordenen Völkern kommt auch dem heutigen deutschen Volk diese Erkenntnis auf dem Umwege der wirtschaftlichen Not. Auf

---

1 Gemeint sind die Träger der Revolution im November 1918.

2 Wilhelm Cuno (1876-1933), 1907 Dr. jur., Regierungsassessor im Reichsschatzamt, 1916 Generalreferent für Kriegswirtschaftsfragen im Reichsschatzamt, 1918 Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie (Hapag), November 1922 bis August 1923 Reichskanzler (parteilos), anschließend Mitglied des Hapag-Vorstands, 1926 Vorstandsvorsitzender.

3 Die Strategie des passiven Widerstands, den die Regierung Cuno nach der Besetzung des Ruhrgebiets im Januar 1923 initiiert hatte, sorgte zunächst für eine außerordentliche Popularität dieses bürgerlichen Minderheitskabinetts und ließ für kurze Zeit die innenpolitischen Auseinandersetzungen verstummen. Das Kabinett, das auf die Tolerierung von SPD und DNVP angewiesen war, hatte dieses Vertrauen jedoch bereits im Sommer 1923 verbraucht, so daß Cuno bis 12.8.1923 zurücktrat. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Cuno. 22. November 1922 bis 12. August 1923. Bearbeitet von Karl-Heinz Harbeck, Boppard a. Rh. 1968, S. XXII ff. sowie Marianne Denk-Helmold, Die Reaktion der Reichsregierung Cuno auf die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen im Spiegel der Presse, Diss. phil., Köln 1987.

4 Gustav Stresemann (1878-1929), 1900 Dr. phil., 1906-1912 Stadtverordneter in Dresden, 1907-1912 und 1914-1918 MdR (Nationalliberale Partei), 1912-1918 Syndikus des Verbands sächsischer Industrieller, 1918 Mitbegründer und Vorsitzender der DVP, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1929, August 1923 bis November 1923 Reichskanzler und Reichsminister des Auswärtigen, November 1923 bis Oktober 1929 Reichsminister des Auswärtigen, 1926 Friedensnobelpreis (zusammen mit Aristide Briand).

5 Stresemann war am 3.10.1929 in Berlin an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben.

6 Zur außenpolitischen Konzeption und Leistung Stresemanns vgl. z. B. Gustav Stresemann. Hrsg. von Wolfgang Michalka und Marshall M.Lee, Darmstadt 1982.

drei Gebieten wirkt sich diese besonders scharf aus. Der Bauernstand wird nicht mehr langsam, sondern entsetzlich schnell zugrunde gerichtet [7]. Eine unvernünftige Zollpolitik öffnet die deutschen Grenzen [8], eine himmelschreiende nationale Gesinnungslosigkeit schluckt die fremden Waren ohne irgendwelche Bedenken hinunter, und so vernichtet man den Stand, der als größter Produzent [9] zugleich auch der größte und natürlichste Konsument sein müßte. Die Steuergesetzgebung tut noch ein übriges, besonders dem Bauern jede Leistungssteigerung als an und für sich ganz zwecklos erscheinen zu lassen [10]. Was hat es denn auch für einen Sinn, mehr zu produzieren, wenn ja doch jedes Mehr nur in dem Rachen des Finanzamtes landet? Oder glaubt man, daß ausgerechnet der Bauer in einem Staat "idealistisch" sein soll, in dem der Idealismus von Staats wegen als gefährliche Seuche verfolgt wird und in dem von höchst oben herunter in Hunderttausenden von Beispielen das Volk belehrt wird, keinen Handgriff ohne entsprechende Bezahlung zu tun? Minister beziehen ihre Gehälter, Parlamentarier erhalten ihre Diäten, jeder Stadtrat bekommt Tagegelder, und man frägt sich wirklich oft, für was und warum. Nur einer, der Bauer, der soll aus purem Idealismus sich abschuften und abrakkern, damit die heutigen Machthaber dann ihre derzeitige Wirtschaft auch weiterhin aufrechterhalten können! So geht der deutsche Bauer zugrunde. Ihm folgt der gesamte deutsche Mittelstand [11]. Was der Marxismus planmäßig proletarisiert, wird von unseren sogenannten bürgerlichen Parteien mit hirnverbrannter Kurzsichtigkeit unterstützt. Wenn irgendwo in der Stadt ein neues Riesenwarenhaus entsteht, das dann für tausende kleine Geschäfte den Zusammenbruch bringt [12], dann sind es immer und immer wieder unsere bürgerlichen Parteien, die als

7 Zur Agrarkrise im Deutschen Reich vgl. Friedrich-Wilhelm Henning, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland, Bd. 2: 1750 bis 1976, Paderborn 1978, S. 192 ff.

8 Nach Wegfall der handelspolitischen Auflagen des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 hatte das Deutsche Reich auf der Basis der sog. "Kleinen Zolltarifnovelle" vom 12.8.1925 ein vielgestaltiges Handelsvertragssystem aufgebaut und agrarische Interessen zugunsten der Exportinteressen der deutschen Industrie zurückgestellt. Erst im Laufe des Jahres 1930 erreichten die Schutzzölle für die deutsche Landwirtschaft wieder den Stand vor 1914. Vgl. Dieter Gessner, Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland 1930-1933. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik, Düsseldorf 1977, S. 12 ff.

9 Die volkswirtschaftliche Wertschöpfung des Deutschen Reichs betrug 1925 im primären Sektor (Landwirtschaft) 7,2 Mrd. RM (15,7%), im sekundären Sektor (Industrie und Handwerk) 22,1 Mrd. RM (48,5%) und im tertiären Sektor (Dienstleistungen usw.) 16,2 Mrd. RM (35,8%). Dies entsprach einer Wertschöpfung pro Kopf von 730 RM, 1.790 RM und 1.850 RM. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III, S. 82.

10 Zur Besteuerung landwirtschaftlicher Betriebe in der Weimarer Republik vgl. Heinrich Becker, Handlungsspielräume der Agrarpolitik in der Weimarer Republik zwischen 1923 und 1929, Stuttgart 1990, S. 210 ff.

11 Der gewerbliche Mittelstand im Deutschen Reich wurde hart von der seit 1929 sich abzeichnenden Weltwirtschaftskrise getroffen. So verringerte sich etwa der Umsatz des Handwerks in den Jahren 1928-1932 auf 50%, seine Gewinne auf 33,5%. Im Vergleich zur wirtschaftlich desolaten Lage der Großunternehmen erwiesen sich Handwerk, Einzelhandel und Gaststättengewerbe jedoch teilweise als relativ krisenresistent; dies änderte allerdings nichts an der tief sitzenden Verunsicherung des unabhängigen und wirtschaftlich protegierten Mittelstands. Vgl. Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, S. 31 ff.

12 Die Ablehnung der Kaufhäuser war bereits in Punkt 16 des Parteiprogramms der NSDAP vom 24.2.1920 festgelegt und stellte eine ihrer zentralen wirtschaftspolitischen Forderungen dar. Druck: Maser, Der Sturm auf die Republik, S. 470, vgl. ferner Hans Buchner, Warenhauspolitik und Nationalsozialismus, München [3]1931.

Verräter ihrer eigenen Wählerschaft den Juden diese Schröpfanstalten bauen helfen. Soweit führt das, daß sich selbst sogenannte "Mittelstandsparteien" und "Wirtschaftsgruppen" an der Vernichtung des Mittelstandes und der deutschen Wirtschaft auf solche Art und Weise praktisch beteiligen. Und mit dem Mittelstand geht parallel auch die Vernichtung des deutschen Arbeiters [13]. Die Arbeitslosenziffer schwillt immer unheimlicher an [14]. Hier wird ein Heer gebildet, das eines Tages auch marschieren kann. Wehe dann jenen bürgerlichen Parteien, die in ihrer Verblendung selbst eifrig mitgeholfen haben, die Formierung dieser Revolutionsarmee zu beschleunigen.

So sieht man in Deutschland heute ziemlich allgemein den Zusammenbruch kommen. Die Mittel, ihn zu verhindern, sind geradezu lächerlich. Alles äußerlich und alles Schein und alles Täuschung! Es ist so, als wenn ein Tuberkuloser mit Lippenstift und Schminke sich Mund und Wangen auffrischen würde, um dadurch wieder gesund zu werden! Mit allen Mitteln soll nach außen der Eindruck eines gesunden Regiments erweckt werden! Diejenigen aber, die, sei es durch Wort oder Schrift oder gar durch die Tat, diesen Eindruck stören könnten, müssen unter der Parole "alles für Ruhe und Ordnung" beseitigt und unschädlich gemacht werden. Das neue Republikschutzgesetz [15] ist wohl die ärgste Verhöhnung der demokratisch-sozialistischen Republik, die es geben kann. In einem einzigen Gesetz wird der Irrsinn und die innere Verlogenheit der Demokratie endgültig festgestellt. Auch das wird gut sein. Je mehr der heutige Staat durch die Art seiner Betätigung die geistigen Grundlagen der Demokratie beseitigt, um so weniger behindert werden künftige Geschlechter sein. Man glaubt nicht, wie schwer es oft ist, eingewurzelte Vorurteile zu zertrümmern. Was tausend Reden von uns nicht vermöchten, vermag ein einziger Paragraph eines solchen Gesetzes. So wird am sichersten der Glaube an das Recht, die Gerechtigkeit, an die Demokratie, ja an die Möglichkeit demokratischer Gedanken erschüttert. So schwer daher dieses Gesetz sich auch am einzelnen auswirkt, vom großen Gesichtspunkt aus gesehen wird der demokratische Staat damit die geistige Idee der Demokratie vernichten und die Märtyrer der Zukunft schaffen!

Im übrigen muß man folgendes bedenken: In Deutschland gibt es eine Millionenmasse von Menschen marxistischer Einstellung [16], die den heutigen Staat überhaupt ablehnt und die vor allem seinen gesamten Einrichtungen feindlich gegenübersteht. Millionen und abermals Millionen sehen in jeder gesetzlichen Einrichtung, in jedem Amt, ja zum Beispiel in der gesamten Justiz und Verwaltung nur den hassenswerten Ausdruck einer fremden Klassenunterdrückung. Die heutigen Machthaber bemühen sich nun mit Erfolg, diese Schar der prinzipiellen Staatsverneiner zu ergänzen durch die Schar jener überzeugten Männer und Frauen, die wegen ihrer besten Gesinnung augenblicklich der stärksten Verfolgung ausgesetzt sind. Immer größer wird

---

Zur wirtschaftlichen Bedeutung der Kaufhäuser vgl. Heidrun Homburg, Warenhausunternehmen und ihre Gründer in Frankreich und Deutschland oder: eine diskrete Elite und mancherlei Mythen. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1992/1, S. 183-219.

13 Zur damaligen Situation der Arbeiterschaft vgl. Wolfgang Zollitsch, Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Jahre 1928 bis 1936, Göttingen 1990.

14 Im Januar 1930 waren 2.232.619 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und 250.029 in der Krisenunterstützung gemeldet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 328.

15 Vgl. Dok. 7, Anm. 3.

16 Bei der Reichstagwahl vom 20.5.1928 hatten 3.264.793 Menschen KPD, 9.152.979 Menschen SPD gewählt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 562 f.

die Zahl der Nationalisten, die als Staatsbürger und Menschen zweiten Ranges behandelt, unter unglaublichen Rechtsbrüchen verfolgt [17], auch ihrerseits sämtliche Bande lösen, die sie geistig mit dem heutigen Zustand verbinden könnten. Es wird die Zeit kommen, da der heutige Staat, vollkommen isoliert und von allen verlassen, vielleicht wirklich nur mehr in der Gewalt allein den Beschützer vor der Liebe seiner Untertanen suchen muß. Dies wird dann das Ende der Demokratie sein, aber damit zugleich auch der Beginn eines möglichen Wiederaufstiegs der Nation!

29. Januar 1930 "Die Hintergründe der Londoner Flottenkonferenz" Artikel

Dok. 9

VB vom 29.1.1930.

Englands Bedrohung durch Nordamerika - Italiens berechtigte Ansprüche gegenüber Frankreich - Der Kampf um den deutschen Küstenpanzer - Hände weg von London.

Wenn Staaten über Abrüstung debattieren, pflegt ein Krieg vor der Türe zu stehen [1]. Es gehört zu den großen marxistischen Lügen, daß man in den Rüstungen die Kriegsursachen sehen müsse. Tatsächlich war kaum ein Kampf auf der Welt, der in Rüstungen seine inneren Ursachen gehabt hätte. Selbstverständlich kann man aber - wie tausend andere Gründe - auch bestimmte Rüstungen zum äußeren Anlaß nehmen, Kriege zu erklären. Es ist dann aber fast immer so, daß solche Rüstungen nur die willkommene Ausrede sind, das eigene Handeln vor der Welt zu motivieren oder besser, zu beschönigen. Denn umgekehrt hat einen zum Angriff entschlossenen Feind noch niemals die ersichtliche Nichtrüstung des Gegners vom Angriff zurückgehalten. Im Gegenteil! Es ist kaum ein Staat bisher an zu starker Rüstung zusammengebrochen, wohl aber gingen unzählige Staaten an zu schwachen Rüstungen zugrunde. Der Angreifer wird dann eben einen anderen Vorwand finden, der seinem Angriff ein scheinheiliges, moralisches Recht gibt. Wenn Staaten nicht aus sonstigen Notwendigkeiten heraus in Kampfstellung gezwungen werden, pflegt die Rüstung wenig Aufsehen zu erregen. Sowie aber die Lebenserfordernisse der Völker miteinander in Konflikt geraten und durch wirtschaftliche Maßnahmen nicht mehr zu lösen und zu regeln sind, richtet sich von selbst der Blick auf die Waffen. Es beginnt der politische Kampf, sich der schärferen Mittel zu bedienen. Und hier liegt dann die Aussicht auf Erfolg ebensosehr in der Überlegenheit der eigenen Waffen wie in der Unterlegenheit der Waffen des Gegners. Das heißt: *Die Rüstung zum Kriege* - der aus allgemeinen Umständen notwendig und nicht mehr zu umgehen scheint - *liegt nicht nur in der*

---

17 Zu Theorie und Praxis des Schutzes der Weimarer Verfassung vgl. Gusy, Weimar. Dieser geht auch auf die damalige Rechtspraxis ein (S. 354 ff.).

1 Zur Geschichte des Versuchs einer internationalen Rüstungsbegrenzung vgl. Heinz Hürten, Friedenssicherung und Abrüstung. Erfahrungen aus der Geschichte, Graz 1983.

eigenen Aufrüstung, sondern auch in der mit allen Mitteln zu erreichenden Abrüstung des Gegners! Wenn es in Demokratien möglich ist, über den Umweg der öffentlichen Meinung eine Verfemung der Waffe oder des Wehr- und Kampfwillens zu erreichen, dann ist der davon betroffene Staat praktisch einer Abrüstung verfallen, die ihn erst recht dem Kriege weiht. Es kann sein, daß dann das sogenannte "Wettrüsten" für eine Nation aussichtsloser erscheint als das "Abrüsten" des Gegners. Wenn die technischen und sonstigen Kräfte des Krieges sich die Waagschale halten und vermutlich bei jeder weiteren Rüstung halten werden, dann kann man es eben auch einmal umgekehrt versuchen. Wer zuerst die Nerven verliert und seine Rüstung bremst oder gar zerstört, verschiebt damit das Gleichgewicht der Kräfte und schafft am Ende dann jene Situation, die der angreifende Staat auf dem Wege der Rüstung nicht mehr zu erreichen hoffen konnte. Diese "Abrüstung" braucht dabei, wie schon betont, noch nicht einmal im Augenblick technisch in Erscheinung zu treten. In demokratischen Zeiten ist die "geistige Abrüstung", das heißt die pazifistische Verseuchung des Denkens eines Volkes tausendmal schlimmer als die technisch-militärische Entwaffnung. Wenn zwischen den Völkern versucht wird, auf diesem Wege eine Schwächung der Widerstandskraft herbeizuführen, - wobei jedes Volk naturgemäß hofft, nicht sich selbst, sondern den Gegner in erster Linie abzurüsten, - dann ist dies ein fast untrügliches Zeichen dafür, daß Auseinandersetzungen am Horizonte aufsteigen, die nicht mit den Mitteln des Friedens, sondern nur mehr mit den Waffen des Krieges entschieden werden können. *Man rüstet zum Kriege, indem man die Rüstung des Gegners zu schwächen oder gar zu vernichten versucht.*

Während im Haag das raffinierteste Erpressungsprotokoll aller Zeiten seine letzten Formulierungen erhält [2], treten in London die großen Seemächte der Erde zu einer Beratung und, wie man zu hoffen vorgibt, zu einer Beschlußfassung über eine allseitige Begrenzung der maritimen Rüstungen zusammen [3]. Tatsächlich sind es in erster Linie zwei Staaten, die das Bedürfnis zu einer solchen Aussprache fühlen: England und Amerika [4].

---

2 Gemeint ist der Young-Plan. Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

3 Mit dem Washingtoner Vertrag vom 6.2.1922 hatten die USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan versucht, einen international verbindlichen Standard für die Rüstung zur See festzulegen. Der Vertrag fixierte u. a. die Gesamttonnage für Großkampfschiffe und Flugzeugträger sowie die jeweilige Größe und Bewaffnungsstärke bei den übrigen Kriegsschiffsklassen. Mit der Londoner Flottenkonferenz vom 22.1.-22.4.1930 versuchte man, auch für die Gesamttonnage dieser kleineren Schiffsklassen (Kreuzer, Zerstörer und U-Boote) feste Obergrenzen einzuführen sowie die Gesamttonnagen für Schlachtschiffe und Flugzeugträger neu zu definieren. Frankreich und Italien waren jedoch nicht bereit, dieses Herzstück des Vertrags zu unterzeichnen, so daß die hier ausgehandelten Relationen lediglich für die USA, Großbritannien und Japan galten. Der Vertrag regelte ferner den Verzicht auf den Neubau von Schlachtschiffen während der Jahre 1931 bis 1936 sowie die Bestimmungen für den Bau von U-Booten. Nicht aufgenommen wurde der Vorschlag der USA, Großbritanniens und Italiens, die U-Boot-Waffe generell abzuschaffen. Vgl. Christopher Hall, Britain, America and Arms Control 1921-37, New York 1987, S. 88 ff.; Elmar B. Potter und Chester W. Nimitz, Seemacht. Eine Seekriegsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart. Deutsche Fassung hrsg. im Auftrag des Arbeitskreises für Wehrforschung von Jürgen Rohwer, München 1974, S. 447 ff. Druck des Washingtoner Vertrags vom 6.2.1922: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1922, Vol. I, Washington 1938, S. 247-266; Druck des Londoner Vertrags vom 22.4.1930: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1930, Vol. I, Washington 1945, S. 107-125.

4 Zum damaligen Verhältnis zwischen Großbritannien und den USA vgl. Anglo-American Relations in the 1920s. The Struggle for Supremacy. Ed. by B. J. C. McKercher, London 1991.

Die Flottenrivalität der beiden angelsächsischen Staaten ist das vermutlich auch in England zunächst nicht geahnte und auf keinen Fall gewünschte Endergebnis des Weltkrieges. Diese Flottenrivalität ist dabei durchaus nicht gekünstelt oder unvernünftig. Die amerikanische Union entsagt als Wirtschaftsmacht immer mehr der eigenen Selbstbegnügung und tritt stattdessen als schärfster Konkurrent auf dem Weltmarkt gegen England [5], ja gegen die ganze alte Welt auf. Es ist hier nicht der Platz, die Gründe zu untersuchen, die die amerikanische Wirtschaftskonkurrenz zu einer so außerordentlich gefahrvollen anwachsen lassen. Ganz Europa geht einem sehr schweren Schicksal entgegen, wenn der amerikanischen expansiven Wirtschaftsbetätigung nicht irgendwo und irgendwann ein Halt geboten wird [6]! Am schlimmsten wird aber das britische Weltreich von dieser Entwicklung betroffen. Als England im August 1914 zum Schlag gegen Deutschland ausholte, da beseitigte es einen Wirtschaftskonkurrenten, der unter wesentlich schlechteren Bedingungen als England zu produzieren gezwungen war [7]. Heute ist ihm ein neuer Konkurrent erstanden, dessen Produktionsbedingungen aber unendlich günstigere sind als die englischen selbst. Ein mächtiger Staat von fast kontinentalen Ausdehnungen, heiße und gemäßigte Klimate umfassend, gesegnet mit reichsten, schier unerschöpflichen Bodenschätzen, besiedelt von einer im Laufe der Jahrhunderte zusammengetragenen europäischen Rassenauslese, steht dem alten großbritannischen Weltreich gegenüber. Als in Deutschland einst die Entscheidung zugunsten der wirtschaftspolitischen Entwicklung gefallen war, mußte der Ausbau einer diese Entwicklung stützenden Kriegsflotte zwangsläufig kommen [8]. Die deutsche Flotte hat dabei kaum die Hälfte der englischen erreicht, jedenfalls nie zwei Drittel derselben überschritten [9]. Seit Abschluß des Weltkrieges steht die amerikani-

5 1929 führten die USA im reinen Warenverkehr Güter im Wert von 21,7 Milliarden RM (15,9% der Welthandelsausfuhr) aus, Großbritannien im Wert von 14,9 Milliarden RM (10,9% der Welthandelsausfuhr). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 94*. Zum Stand der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und Großbritannien vgl. Michael J. Hogan, Informal Entente. The Private Structure of Cooperation in Anglo-American Economic Diplomacy 1918-1928, Columbia 1977.

6 Vgl. Dok. 2, Anm. 7.

7 Zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs vgl. z. B. Gregor Schöllgen (Hrsg.), Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, Darmstadt 1991.

8 Zum Aufbau deutscher Seestreitkräfte in der Ära Wilhelms II. vgl. Michael Epkenhans, Die wilhelminische Flottenrüstung 1908-1914. Weltmachtstreben, industrieller Fortschritt, soziale Integration, München 1991.

9 1914 verfügte die britische Marine über 32, die deutsche Marine über 22 Großkampfschiffe. Die USA besaßen 10, Japan, Rußland und Frankreich jeweils 4, Italien und Österreich-Ungarn jeweils 3 Großkampfschiffe. Vgl. Wolfgang Petter, Deutsche Flottenrüstung von Wallenstein bis Tirpitz. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939, Bd. 4/VIII, S. 3-262, hier S. 255.
Im Juli 1914 betrug die Gesamttonnagen der Kriegsmarinen:

Großbritannien:	2.058.520 t
Deutschland:	963.010 t
USA:	844.140 t
Frankreich:	669.960 t
Japan:	519.340 t
Rußland:	334.290 t
Italien:	312.000 t
Österreich-Ungarn:	234.890 t

Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten, XXVI. Jahrgang 1930. Hrsg. von B[*runo*] Weyer, München 1930, S. 381.

sche Union nahezu gleich stark neben England [10]. Die amerikanische Wirtschaftskonkurrenz findet ihren natürlichen Ausdruck in der Konkurrenz der See[*kriegs*]mittel. *Das jahrhundertelange Ziel Englands, keine Seemacht von wirtschaftlich und militärisch gleicher Bedeutung neben sich zu dulden* [11], *muß England wenigstens für den Augenblick als aufgegeben ansehen.* Eine enorme Wirtschaftsmacht hat sich in den Besitz einer England gleich starken Flotte gesetzt und ist in der Lage, dank des natürlichen Reichtums des Landes, diese Macht zur See jederzeit noch wesentlich zu verstärken. Und hier setzt der englische Versuch ein, auf dem Wege von Übereinkommen dem sogenannten "Rüsten" Einhalt zu gebieten, nicht, weil man meint, dadurch einer kommenden Auseinandersetzung zu entgehen, sondern weil man glaubt, *daß die Beibehaltung der augenblicklichen Stärkeverhältnisse der beiden Flotten für England günstiger ist als ein uferloses Rüsten, bei dem England möglicherweise der Atem früher ausgehen könnte als der amerikanischen Union* [12].

England ist zufrieden, eine im allgemeinen der amerikanischen gleich starke Flotte zu besitzen, der es im entscheidenden Augenblick noch die Macht des japanischen Bundesgenossen hinzufügen kann [13]. In Amerika umgekehrt schreckt man ebenfalls vor einem weiteren Flottenausbau, besonders der schwersten Einheiten zurück, weil ihre Dimensionen dann nur zu leicht eine Steigerung erfahren könnten, welche die bisherigen Gefechtseinheiten entwertet, den neuen Schiffen aber die Durchschleusbarkeit durch den Panamakanal [14], der schon bisher für die schwersten Schiffsriesen kaum ausreichte, unmöglich macht [15]. Schon heute haben England, die amerikanische Union und Japan einzelne Schlachtschiffe, deren Transport durch den Panamakanal außerordentliche Schwierigkeiten bereiten würde [16]. Eine weitere Steigerung

---

10 Die britische Kriegsmarine verfügte am 1.1.1922 über eine Gesamttonnage von 1.562.630 t, die der USA über 1.431.250 t. Am 1.1.1929 verfügte die britische Kriegsmarine über eine Gesamttonnage von 1.240.740 t, die der USA über 1.173.820 t. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, S. 381.

11 1889 hatte der britische Erste Lord der Admiralität, Lord George Hamilton, den Naval Defence Act als Rüstungsprogramm mit den Worten begründet: "Ich bin der Ansicht, daß unsere Rüstung zur See so zu bemessen ist, daß wir wenigstens zwei anderen Seemächten gewachsen sind." Dieser angestrebte sog. Zwei-Mächte-Standard richtete sich damals gegen die französische und russische Kriegsmarine. Vgl. Potter/Nimitz, Seemacht, S. 315.

12 Die Initiative zu den Flottenkonferenzen in Washington 1921/22 und London 1930 war jeweils von den USA ausgegangen, wurde jedoch in beiden Fällen von Großbritannien unterstützt. Vgl. Hall, Arms Control, S. 59 ff.

13 Die japanische Kriegsmarine verfügte am 1.1.1922 über eine Gesamttonnage von 616.590 t, am 1.1.1929 über eine Gesamttonnage von 760.660 t. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, S. 381.

14 Der Panamakanal war von den USA während der Jahre 1906 bis 1914 in der ehemaligen kolumbianischen Provinz Panamá in Zentralamerika erbaut worden. Aufgrund der besonderen strategischen und wirtschaftlichen Bedeutung der 81,6 km langen Wasserstraße zwischen Atlantischem und Pazifischem Ozean sicherten sich die USA im Hay-Bunau-Varilla-Vertrag vom 18.11.1903 alle Rechte zu ihrem Betrieb und Schutz.

15 Engpässe bei der Befahrbarkeit des Panamakanals bildeten vor allem die drei Schleusenanlagen, die damals maximal eine Länge von 304 m, eine Breite von 33,5 m und eine Schwellentiefe von 12,2 m besaßen. Vgl. Emil Maurer, Der Panama-Kanal - gestern und heute, Leipzig 1943, S. 86 f.

16 Legt man die Angaben des Taschenbuchs der Kriegsflotten 1930 zugrunde, das sämtliche zum damaligen Zeitpunkt im Dienst sowie im Bau befindlichen Kriegsschiffe verzeichnet, so hätten auch die großen Kriegsschiffe gerade noch durch die Schleusenanlagen des Panamakanals gepaßt. Grenzen zeichneten sich allerdings bei den US-Flugzeugträgern "Lexington" und "Saratoga" (Breite 32,3 m), dem britischen Schlachtkreuzer "Hood" (Breite 32 m) und dem britischen Flugzeugträger "Eagle" (Breite: 32 m) ab. Vgl. Anm. 13 sowie Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, passim.

des Deplacements [17] würde die Union zwingen, entweder im Stillen und im Atlantischen Ozean zwei unabhängige Flotten zu entwickeln [18] - also gegen Japan und England getrennt - zu rüsten oder den Panamakanal einer Vergrößerung zu unterziehen, die Schleusenbauten zu verbreitern und zu verlängern, was allein schon wieder auf Milliarden zu stehen [*sic!*] käme. Da der Kanal im übrigen niemals von Schiffsriesen ähnlicher Art aus der Handelsschiffahrt benützt wird, wäre die gesamte Auslage mithin eine rein strategische und würde tatsächlich auf Kosten des Rüstungsbudgets erfolgen müssen.

So haben heute weder England noch Amerika noch Japan ein besonderes Interesse daran, den Bau schwerster Schlachtschiffe und Schlachtkreuzer fortzuführen oder gar weiterzuentwickeln. Stattdessen wirft man sich vor allem mit Rücksicht auf den durch die großen Räume und die gewaltigen Handelslinien bedingten Bau von leichten und mittleren Kreuzern [19]. Für diese Kreuzer hat man nun auf dem Wege einer gegenseitigen Verständigung bestimmte Normen, die das Deplacement und die Armierung betreffen, festgesetzt [20]. Nicht vollständig zu einigen vermochte man sich über die Zahl der den einzelnen Staaten zubilligenden (Absatz) Einheiten [*sic!*].

Um die Zahl dieser Kreuzer wird auch in London in erster Linie der Kampf entbrennen. Die Ankündigung des Baues schwerster Schlachtschiffe wird dabei von allen Mächten nur als eine Drohung im Hintergrunde bereitgehalten. Ernstlich wünscht dies jedenfalls, wie gesagt, wahrscheinlich weder England noch die amerikanische Union. Ganz gleich, wie die Flottenkonferenz ausgeht: *Die eigentlichen Gründe des englisch-amerikanischen Streites werden dadurch nicht berührt, weil sie viel tiefer liegen und auf dem Konferenztisch weder zu behandeln noch viel weniger zu beseitigen sind.*

Neben dieser großen Frage, die über das künftige Schicksal der Weltmeere entscheidet, läuft noch eine zweite mit von europäischer Bedeutung. *Italien* hat in seiner Bevölkerungszahl heute Frankreich eingeholt, wahrscheinlich sogar überflügelt [21]. Die militär-geographische Lage

---

17 Wasserverdrängung eines Schiffes.

18 Im Herbst 1929 war die Masse der US-Kriegsmarine als Schlachtflotte und Flottentroß im Pazifischen Ozean stationiert; kleinere Flottenverbände bildeten die Seestreitkräfte im Atlantischen Ozean, die Küstenschutz-Streitkräfte, die Asiatische Flotte, das Sonder-Geschwader zum Schutz des Panama-Kanals und der Marine-Transport-Dienst. Zur Dislozierung vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, S. 427 ff.

19 Der Washingtoner Vertrag vom 6.2.1922 hatte darauf verzichtet, die *Gesamt*tonnage für Kreuzer zu begrenzen, so daß sich der Rüstungswettlauf vom Schlachtschiff- auf den Kreuzerbau verlagerte. Großbritannien baute während der Jahre 1927 bis 1929 15 Geschützte Kreuzer, Japan während der Jahre 1922 bis 1925 zehn leichte Geschützte Kreuzer, während der Jahre 1925 bis 1928 acht schwere Geschützte Kreuzer, die USA während der Jahre 1922 bis 1929 zehn leichte und schwere Geschützte Kreuzer. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, S. 34 ff., 92 f., 154 f.

20 Größe und Bewaffnung von Schlachtschiffen und Flugzeugträgern war in Artikel V bis X des Washingtoner Vertrags vom 6.2.1922 geregelt. Artikel XI verbot Bau, Erwerb und Unterhalt von Kriegsschiffen über 10.000 t Wasserverdrängung mit Ausnahme von Schlachtschiffen und Flugzeugträgern, d. h., Kreuzer und kleinere Schiffstypen waren auf diese Maximalgröße beschränkt; Artikel XII begrenzte die Bewaffnung dieser Kriegschiffe auf Kanonen bis höchstens 20,3 cm Kaliber. Artikel XV übertrug diese Normen auf den Kriegsschiffsbau der vertragschließenden Nationen für diejenigen, die dem Vertrag nicht beigetreten waren. Druck: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1922, Vol. I, S. 251 f.

21 Bei der Volkszählung vom 7.3.1926 wurden in Frankreich 40.743.897 Menschen gezählt; bei der Volkszählung vom 1.12.1921 wurden in Italien 38.710.576 Menschen, bei der Volkszählung vom 21.4.1931

Italiens ist dabei in jeder Hinsicht eine ungünstigere als die Frankreichs - soferne man maritime Gesichtspunkte zur Prüfung heranzieht. Es war einer der größten Fehler der Dreibunddiplomatie [22], nördlich der Alpen einst nicht erkannt zu haben, daß Italien durch seine eigenartige halbinsulare Lage sich niemals in einen Krieg mit einem überlegenen Flottengegner verwikkeln lassen darf, da es andernfalls tatsächlich die Existenz des gesamten Staates in der leichtfertigsten Weise auf das Spiel setzen würde. Es bleibt einfach unverständlich, wie man in Berlin seinerzeit auch nur eine Sekunde ernsthaft daran glauben konnte, Italien in einen Kampf gegen die vereinigte französisch-englische maritime Macht bringen zu können. Die für jegliche Offensive von vornherein ungeeignete österreichische Flotte konnte man dabei ernstlich nicht irgendwie in Rechnung stellen [23]. Trotz dieser außerordentlich verwundbaren Lage Italiens beansprucht nun Frankreich aus Gründen, die vernünftig und rechtlich überhaupt nicht zu belegen sind, den Flottenvorrang vor Italien. In der damaligen Flottenkonferenz wurde die englische und die amerikanische Flotte mit der Schlüsselzahl 5 gleichgesetzt. Japan erhielt die Zahl 3, Frankreich und Italien erhielten jedes die Zahl 1.75 [24]. Bei der Tonnage-Festlegung wurden aber Frankreich 175.000 Tonnen an schweren Schiffen zugebilligt, während Italien nur 125.000 Tonnen erhielt [25]. Schon seit Monaten wird nun von der italienischen Presse auf das entschiedenste gefordert, daß der Unfug dieser durch nichts zu rechtfertigenden Begünstigung Frankreichs aufgegeben werden müsse und daß Italien das natürliche Recht besitze, zu-

41.145.045 Menschen gezählt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 1*; 1931, S. 1*. Zur wohlwollenden Reaktion der italienischen Diplomatie auf die folgende Passage von Hitlers Artikel vgl. Renzo De Felice, Mussolini e Hitler. I rapporti segreti (1922-1933), Firenze [2]1983, S. 159.

22 Anspielung auf den 1882 zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien geschlossenen Dreibund-Vertrag, einem geheimen Verteidigungsbündnis, in dem sich die Vertragsparteien bei einem französischen Angriff gegenseitigen Beistand, in anderen Fällen Neutralität zugesichert hatten. Mit dem Londoner Vertrag vom 26.4.1915 verbündete sich Italien mit den Alliierten, am 3.5. kündigte es den Dreibundvertrag; am 23.5.1915 folgte die Kriegserklärung an Österreich-Ungarn, am 26.8.1916 die an Deutschland.

23 Die operative Flotte Österreich-Ungarns (Gesamttonnage 234.890 t) verfügte am 4.8.1914 über zwei Geschwader mit insgesamt 12 Großkampfschiffen, eine Kreuzerdivision mit 6 Kreuzern, zwei Torpedoflottillen mit 18 Torpedofahrzeugen und 27 Torpedobooten, ferner verschiedene Verbände zur Küstenverteidigung; der Personalbestand betrug damals 1.974 Offiziere und 36.735 Mann. Vgl. Österreich-Ungarns Letzter Krieg 1914-1918. Hrsg. vom Österreichischen Bundesministerium für Heereswesen und vom Kriegsarchiv, Bd. I: Das Kriegsjahr 1914, Wien [2]1931, S. 81.

24 Artikel IV des Washingtoner Vertrags vom 6.2.1922 lautet: "The total capital ship replacement tonnage of each of the Contracting Powers shall not exceed in standard displacement, for the United States 525,000 tons (533,400 metric tons); for the British Empire 525,000 tons (533,400 metric tons); for France 175,000 tons (177,800 metric tons); for Italy 175,000 tons (177,800 metric tons); for Japan 315,000 tons (320,040 metric tons)." Artikel VII legt ein entsprechendes, von der Tonnagezahl freilich niedrigeres Verhältnis bei den Flugzeugträgern fest. Druck: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1922, Vol. I, S. 250.

25 Kapitel II des Washingtoner Vertrags vom 6.2.1922 konkretisierte Namen und Tonnage derjenigen Schlachtschiffe, die den Vertragsschließenden zugebilligt wurden; dabei wurden folgende Gesamttonnagen berechnet:

USA	500.650 t
Großbritannien	580.450 t
Japan	301.320 t
Frankreich	221.170 t
Italien	182.800 t

Diese Zahlen bildeten die Berechnungsgrundlage für Größe und Zahl der erlaubten Neubauten an Schlachtschiffen.

mindest dieselbe Flotte zu bauen, wie sie Frankreich hat. Also entweder Aufrüstung der italienischen Flotte oder Abrüstung der französischen!

An all diesen Streitfragen kann Deutschland zunächst nur bedingt interessiert sein. An der Spitze hat jedenfalls nur ein einziges Interesse zu stehen: Wir Deutsche haben keinen Grund, auch nur im geringsten zu wünschen, daß durch Vorgänge, gleich welcher Art ein sogenannter "Weltfriede" konserviert wird, der als einzige Auswirkung für unser Volk erst in diesen Tagen wieder erneut die entsetzlichste Ausplünderung und Auspressung ermöglicht, ja gutheißt. Wenn ein übermächtiger Sieger nach einem schweren Kriege den Wunsch nach Ruhe äußert, so ist es verständlich. Der Tiger braucht die Zeit, sein Opfer zu verschlingen! *Daß aber das Opfer auch noch wünschen soll, daß der Tiger dabei nicht gestört wird, ist ein unnatürliches Verlangen, ein Wahnsinn, wie er nur im Gehirn der Diplomaten unseres Auswärtigen Amtes und in den nichtswürdigen Köpfen unserer Parlamentarier zu entspringen vermag.* Deutschland kann nur den einzigen sehnlichsten Wunsch hegen, daß über jeder Konferenz der Geist des Unsegens walte, daß Zwietracht aus ihr heraus entstehe und daß endlich in Blut und Feuer ein Weltfriede ein Ende nehme, der sonst unserem Volke das Ende bringt! Und man könnte für die fernere Zukunft hoffen, daß sich in diesem Ringen die Möglichkeit ergibt, für Deutschland wieder als Spieler [*sic!*] mit in die weltgeschichtlichen Ereignisse einzutreten. Allerdings ist dazu notwendig die vorhergehende Vernichtung eines deutschen Parteiregiments im Innern, das unser Volk erst in seinen technischen Waffen abgerüstet hat [26] und heute in seinen sittlichen und moralischen Werten wieder abrüstet und zerstört.

Man kann für die stattfindende Flottenkonferenz nur eine im klaren Interesse Deutschlands liegende Hoffnung hegen: daß es Italien gelingen möge, die unverschämte französische Anmaßung zu brechen und im Mittelländischen Meer jene Seerüstung zu erhalten, die es verdient und beanspruchen kann [27].

Deutschland hat allen Grund, besonders nach den letzten Haager Erfahrungen, jede Schwächung der französischen Hegemoniebestrebungen in Europa, einerlei ob sie zu Land oder zur See erfolgt, auf das allerwärmste zu begrüßen und geistig und moralisch zu unterstützen.

Wenn also Deutschland wenigstens in einer Hinsicht ein direktes Interesse an der Flottenkonferenz hat, so ist es doch in meinen Augen mehr als verfehlt, dem Drängen der Elemente nachzugeben, die von der Notwendigkeit einer eigenen Beteiligung Deutschlands an dieser Konferenz reden [28]. Ja, ich halte eine solche Beteiligung aus Gründen, die ich anschließend

26 Vgl. Dok. 6, Anm. 14.

27 Ungeachtet einer zum Teil parallelen außenpolitischen Interessenlage waren die Ansätze zu einer Intensivierung des französisch-italienischen Verhältnisses an den unüberbrückbaren ideologischen Gegensätzen sowie den Differenzen in der französischen und italienischen Kolonialpolitik gescheitert. Vgl. C. J. Lowe/F. Marzari, Italian Foreign Policy 1870-1940, London 1975, S. 211 ff.

28 Während das Auswärtige Amt bereits am 21.12.1929 in einem Runderlaß empfohlen hatte, "eine entschieden reservierte Haltung" gegenüber der Londoner Flottenkonferenz einzunehmen, beurteilte die Marineleitung die Möglichkeit einer deutschen Beteiligung positiver. Doch hatten solche Überlegungen keine praktischen Konsequenzen; deutsche Vertreter beteiligten sich - auch als Beobachter - nicht an dieser Konferenz. Vgl. Jost Dülffer, Weimar, Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920-1939, Düsseldorf 1973, S. 146 ff. Möglicherweise spielt Hitler hier konkret auf den Artikel an ("Deutschland und die Londoner Seeabrüstungs-Konferenz"), den Admiral a. D. Hans Zenker am 21.1.1930 in den Münchner Neuesten Nachrichten publiziert hatte.

anführe, für außerordentlich gefährlich: Es könnte leicht sein, daß man, um dem Ehrgeiz einiger parlamentarischer Nullen zu befriedigen, unsere junge, an sich so schwache kleine Flotte einer weiteren schweren Beschränkung unterwirft.

Ich habe schon erwähnt, daß durch das Washingtoner Abkommen allgemeine Beschränkungen nicht nur in der Zahl der Schiffe, sondern besonders auch im Gefechtswert der Einheiten vorgenommen worden sind. Wichtig für Deutschland ist dabei die Begrenzung der Armierung der sogenannten 10.000-Tonnen-Kreuzer. Es wurde festgestellt, daß die Armierung dieser 10.000-Tonnen-Schiffe 20,3 cm-Kaliberstärke nicht überschreiten dürfe. Diese Bestimmung ist deshalb für Deutschland so wichtig, weil wir bekanntlich zum Ersatz unserer beiden bisherigen alten Linienschiffsgeschwader schreiten müssen. Deutschland verfügt zur Zeit über acht 13.200-Tonnen-Schiffe, unsere ehemalige Braunschweig- bzw. Deutschland-Klasse [29]. Die Schiffe, die von 1902-1906 von Stapel liefen, waren schon damals den gleichaltrigen englischen an Tonnengehalt, Armierung und Schnelligkeit wesentlich unterlegen. Dazu kam noch eine außerordentlich geringe Schußweite der schweren 28-Zentimeter-Geschütze [30], die zum Teil an einer mangelhaften Lafettenkonstruktion [31] lag. Diese 8 Schiffe, von denen laut Friedensvertrag nur sechs in Dienst gehalten werden dürfen [32], bilden zur Zeit die Hauptwaffe unserer kleinen Marine. Ihr Gefechtswert ist den schweren Schlachtschiffen und Schlachtkreuzern der übrigen Marinen gegenüber verschwindend. Selbst in der Ostsee vermögen diese veralteten Schiffe keinen ernsten Kampf durchzuhalten, wenn es Rußland gelingt, das Linienschiffsgeschwader der ehemaligen Poltawa-Klasse in gefechtsreife Verfassung zu bringen [33]. Tatsächlich sollen heute alle 4 Einheiten dieses 26.000-Tonnen-Geschwaders dienstbereit sein. Selbst wenn das Schlachtschiff "Parischskaja Kommuna", das bekanntlich soeben durch die Dardanellen nach Sewastopol fuhr [34], künftig ausfällt, stehen noch immer an

---

29 Braunschweig-Klasse: Linienschiff "Hessen" (Bj. 1903), "Elsaß" (Bj. 1903), "Braunschweig" (Bj. 1902), "Lothringen" (Bj. 1904, Reserve) "Preußen" (Bj. 1901, Reserve); Deutschland-Klasse: "Hannover" (Bj. 1905), "Schlesien" (Bj. 1906), "Schleswig-Holstein" (Bj. 1906). Baujahr bezieht sich auf das Jahr des Stapellaufs. Als Ersatz für das Linienschiff "Preußen" wurde 1928 mit dem Bau des Panzerschiffs "A" (später "Deutschland") begonnen. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, S. 6 sowie Anm. 32.

30 Unter den damaligen deutschen Schiffsgeschützen besaß die 28 cm-Schiffskanone L/45 eine Schußweite von 18,9 km, die 28 cm-Schiffskanone L/50 eine Schußweite von 17,8 km. Vgl. Paul Schmalenbach, Die Geschichte der deutschen Schiffsartillerie, Herford 1968, S. 79.

31 Fahrbares oder ortsfestes Gerüst zur Auflage eines oder mehrerer Geschützrohre; dieses ist mit Einrichtungen zu deren Höhen- oder Seiteneinstellung versehen und nimmt den beim Schuß auftretenden Rückstoß auf. Zu ihrer technischen Entwicklung vgl. Schmalenbach, Schiffsartillerie, S. 63 ff.

32 Artikel 181 des Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 legte fest, daß die Reichsmarine sechs Schlachtschiffe im Dienst halten dürfe; alle übrigen Schiffe dieser Bauart seien der Reserve zu überstellen oder Handelszwecken dienstbar zu machen. Druck: RGBl. 1919, S. 943.

33 Gemeint sind die Schlachtschiffe "Marat", "Parischskaja Kommuna", "Oktiäbrskaja-Revoluzia" und "Frunse", die 1911 vom Stapel gelaufen waren. Sie besaßen jeweils eine Wasserverdrängung von 23.400 t, eine Leistung von 50.000 PS, eine Geschwindigkeit von 23 Sm/h und eine Bewaffnung von 12 30,5 cm-Kanonen, 16 12 cm-Kanonen, zwei 6,3 cm-Flugabwehrgeschützen sowie vier Torpedorohren. Mit Ausnahme von "Frunse" waren diese Schiffe 1930 einsatzbereit. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, S. 128 f., 344.

34 Am 17.1.1930 hatten das sowjetische Schlachtschiff "Parischskaja Kommuna" und der Geschützte Kreuzer "Profintern" die Dardanellen in Richtung Schwarzes Meer passiert, unter Mißachtung der Meerengenkonvention des Lausanner Vertrags vom 24.7.1923. Die Schiffe liefen tags darauf im Hafen von Sewastopol ein. Vgl. z. B. Berliner Tageblatt vom 19.1.1930 (MA), "Russische Kriegsschiffe in den Dardanellen"; Die Rote

schwersten Kalibern 36 russische 30,5-Zentimetergeschütze gegen 24 deutsche 28-Zentimetergeschütze [35].

Dazu kommt aber, daß diese russischen Schiffe bereits im Weltkrieg über außerordentlich große Schußweiten verfügten, zum Unterschied der schweren Artillerie, besonders unserer älteren Geschwader, die kaum über 17 Kilometer schoß [36]. Rechnet man weiter noch die Tatsache, daß die Schnelligkeit dieser wesentlich neueren russischen 26.000-Tonnen-Schlachtschiffe - sie stammen sämtlich aus dem Jahre 1911 - auch heute noch möglicherweise größer ist, als die unserer alten 13.200-Tonnen-Schiffe, dann sind die Aussichten im Falle eines Messens dieser Kräfte miteinander schon jetzt alles andere eher als gut. Denn etwas sollte der Weltkrieg uns gelehrt haben: daß die alte Tirpitzsche [37] Meinung, daß das deutsche 28-Zentimeter-Geschütz dieselbe Schußleistung aufweise wie das normale 30,5-Zentimeter-Rohr anderer Marinen, eine sehr schlechte Rechtfertigung für die Verwendung kleinerer Kaliber ist. Nicht um gleiche Gefechtskraft handelt es sich, sondern um höhere. Das Notwendigste für die Aufrechterhaltung wenigstens eines bescheidenen Schutzes für unsere Lage in der Ostsee ist daher die beschleunigte Ersetzung unserer alten 13.200-Tonnen-Schiffe.

Tatsächlich hat sich die Marineleitung auch dazu entschlossen und bekanntlich vor zwei Jahren die erste Rate für den ersten Ersatzbau des Linienschiffes "Preußen" angefordert [38]. Der Friedensvertrag von Versailles schreibt uns nun vor, daß der Ersatz unserer leichten Kreuzer - von denen wir ebenfalls insgesamt 8 Stück haben dürfen, 6 im Dienst und 2 in Reserve - nur durch Schiffe von höchstens 6.000 Tonnen Deplacement erfolgen darf, während uns der Ersatz der 13.200-Tonnen-Schiffe nur durch Schiffe von höchstens 10.000 Tonnen Deplacement erlaubt ist [39]. Das heißt, es müssen mithin die Ersatzbauten unserer bisherigen alten Linienschiffe im Deplacement noch unter die 13.200 Tonnen heruntergehen. *Tatsächlich hat denn auch das erste auf Stapel gelegte Ersatzschiff "Preußen" das durch den Friedensvertrag vorgeschriebene Deplacement von 10.000 Tonnen.* Die Verstärkung der Gefechtskraft gegenüber den Schiffen der Braunschweig- und Deutschland-Klasse soll erzielt werden durch eine Erhöhung der schweren 28-Zentimeter-Geschütze von früher 4 auf nunmehr 6 Rohre pro Schiff sowie durch eine wesentlich *gesteigerte Schnelligkeit.* Die Schiffe der Deutschland- und

---

Fahne vom 19.1.1930, "Straße frei für die rote - - Flotte"; Vorwärts vom 19.1.1930, "Schwarzmeerflotte verstärkt"; VB vom 21.1.1930, "Der Druchbruch der Sowjetflotte durch den Bosporus".

35 Die deutschen Linienschiffe besaßen an schwerster Armierung jeweils vier 28 cm-Kanonen; gemeint ist die addierte Feuerkraft sämtlicher im Dienst befindlicher deutscher Linienschiffe. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, S. 6 f., 172 ff.

36 Von den während des Ersten Weltkriegs eingesetzten deutschen Schiffsgeschützen besaß die 28 cm- Schiffskanone L/45 eine Schußweite von 18,9 km, die 28 cm- Schiffskanone L/50 eine Schußweite von 17,8 km, die 30,5 cm- Schiffskanone L/50 eine Schußweite von 18,7 km und die 38,1 cm- Schiffskanone L/45 eine Schußweite von 20,2 km. Vgl. Schmalenbach, Schiffsartillerie, S. 79.

37 Alfred von Tirpitz (1849-1930), 1865 Seekadett in der preußischen Kriegsmarine, 1886 Leiter der Torpedoinspektion, 1892 Chef des Stabes des Oberkommandos der Marine, 1896 Chef der Kreuzerdivision in Ostasien, 1897 Staatssekretär des Reichsmarineamts, 1911 Großadmiral.

38 Zur parlamentarischen Diskussion um das Panzerschiffbauprogramm der Reichsmarine vgl. Wolfgang Wakker, Der Bau des Panzerschiffes "A" und der Reichstag, Tübingen 1959.

39 Laut Artikel 190 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 durften die Ersatzbauten für Schlachtschiffe eine Wasserverdrängung von 10.000 t nicht überschreiten; bei dieser Klasse durften die Schiffe erst 20 Jahre nach Stapellauf ersetzt werden. Druck: RGBl. 1919, S. 949 ff.

Braunschweig-Klasse konnten im Geschwaderverbande kaum mehr 18 Seemeilen die Stunde fahren[40]. Die neuen Ersatzschiffe werden mit *26 Seemeilen* den möglicherweise in Frage kommenden russischen Schlachtpanzern um 3 bis 4 Seemeilen überlegen sein[41], wenn nicht die allgemeine Verschlampung der russischen Flotte an sich schon die Schnelligkeit der heutigen russischen Schiffe gegenüber den einstigen Konstruktionsdaten heruntergesetzt hat[42]. Jedenfalls liegt der Hauptwert dieser neuen Ersatzschiffe in der *Vermehrung der schweren Artillerie* und in der *Erhöhung der Schnelligkeit.* Dazu kommt noch, daß man wohl hoffen darf, daß nunmehr die früheren Fehler unserer Geschützkonstruktionen vermieden werden und die neuen Lafetten und Rohre die aber auch wirklich höchste Schußweite ermöglichen.

Es war nun - in meinen Augen - ein unverzeihlicher Fehler, diese Schiffe als "Panzerkreuzer" zu bezeichnen[43]. Wieso man zu diesem unverständlichen Ausdruck kam, ist mir gänzlich unerfindlich. Weder die Schnelligkeit von 26 Seemeilen, noch das Deplacement von 10.000 Tonnen, noch die Armierung und am wenigsten die Panzerung rechtfertigten eine solche Bezeichnung, die zu ganz falschen Vorstellungen führen muß. Der einzig vernünftige Titel für diese Ersatzbauten wäre etwa: "beschleunigter Küstenpanzer" gewesen. *Sowie man auf diese Schiffe - die eigentlich unsere Schlachtflotte darstellen (!) - die Bezeichnung "Kreuzer" anwandte, gab man den Herrschaften in Paris die Möglichkeit zu jenem Geschrei gegen die deutschen "Flottenrüstungen", das man heute in der ganzen französischen Presse vernehmen kann*[44]. Denn nun war es diesen Wahrheitsverdrehern spielend leicht, die Dinge so hinzustellen, als ob Deutschland die durch die Washingtoner Konferenz festgesetzte allgemeine Armierungsnorm für die 10.000-Tonnen-Kreuzer wesentlich überschritten hätte und mithin den Anlaß für eine neue Rüstungssteigerung gäbe! Und darin scheint mir die schlimmste Gefahr für

---

40 Die im Dienst befindlichen Linienschiffe der Reichsmarine besaßen eine Geschwindigkeit von 18 Sm/h. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, S. 6 f., 172 ff.

41 Das im Bau befindliche Panzerschiff "A" sollte ein Geschwindigkeit von 26 Sm/h besitzen. Die sowjetischen Schlachtschiffe "Marat", "Parischskaja Kommuna", "Oktiäbrskaja-Revoluzia", "Frunse" besaßen eine Geschwindigkeit von 23 Sm/h, der Geschützte Kreuzer "Profintern" von 25 Sm/h. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, S. 6 f., 128 f., 176, 344 f.

42 Zum Stand der sowjetischen Seerüstung vgl. Harald Fock, Vom Zarenadler zum Roten Stern. Die Geschichte der russischen/sowjetischen Marine, Herford 1985, S. 187 ff.

43 Für die Ersatzbauten der Reichsmarine waren die Tonnagebestimmungen des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 maßgebend. Deutschland war jedoch nicht an die Bauvorschriften des Washingtoner Vertrags vom 6.2.1922 gebunden, so daß sich damit für die wenigen Neubauten an deutschen Kriegsschiffen gewisse Chancen ergaben. In der deutschen Marineführung entwickelte man 1926/27 deshalb den Typ des sog. Panzerkreuzers bzw. - so die offizielle Bezeichnung - des sog. Panzerschiffs. Dabei handelte es sich um einen technischen Kompromiß, der mit einer vorgesehenen Geschwindigkeit von 26 Sm/h schneller war als die meisten Schlachtschiffe potentieller Gegner und sich mit seiner geplanten Bewaffnung von sechs 28 cm-Kanonen gleichzeitig der Armierung der potentiellen gegnerischen Kreuzer überlegen erwies, deren Kaliber laut Washingtoner Vertrag auf ein Maximum von 20,3 cm begrenzt war. Mit dem Bau des sog. Panzerschiffs "A" wurde diese Konzeption erstmals realisiert. Vgl. Dülffer, Marine, S. 83 ff. sowie Gert Sandhofer, Das Panzerschiff "A" und die Vorentwürfe von 1920 bis 1928. In: Militärgeschichtliche Miteilungen 1 (1/1968), S. 35-62.

44 Die ungewöhnliche Konstruktion des deutschen Panzerkreuzers beunruhigte die französische Öffentlichkeit, wie zahllosen Artikeln zu entnehmen ist. Für die französische Kriegsmarine bot sich damit u. a. die Möglichkeit, auf die Unterzeichnung der wichtigsten Bestimmungen des Londoner Vertrags vom 22.4.1930 zu verzichten und den Bau von größeren und schnelleren Schlachtkreuzern innenpolitisch durchzusetzen. Vgl. Dülffer, Marine, S. 145 f.

die Zukunft zu liegen! Wenn sich Deutschland heute an einer internationalen Flottenkonferenz beteiligt, wird es selbstverständlich nicht die geringste Erhöhung der ihm durch den Versailler Vertrag zugestandenen Schiffszahlen erreichen. Das heißt, es bleibt dabei, daß wir 24 Torpedoboote, 6 geschützte Kreuzer und 6 Linienschiffe im Dienst halten dürfen [45]. Daran wird sich gar nichts ändern und daran kann sich gar nichts ändern! *Aber eines kann sich ändern: Nämlich, es könnte passieren, daß man uns gnädigst in das neue Londoner Abkommen miteinbezieht und unseren 10.000-Tonnen-"Kreuzern" dann dieselbe Armierung vorschreibt, wie sie durch das Washingtoner Abkommen für diese Schiffstype festgelegt worden ist.* Das heißt: *Wir hätten dann die Verpflichtung, vom 28-Zentimeter-Geschütz zu einem 20,3-Zentimeter-Geschütz, oder bestenfalls zu unserem 21-Zentimeter-Rohr herunterzugehen. Damit hätten aber diese Bauten jeden Sinn und Zweck für uns verloren.* Man kann unserer Marineleitung nur dringend empfehlen, den irreführenden Ausdruck "Panzerkreuzer" aufzugeben und einen passenderen dafür zu wählen. Denn tatsächlich sind unsere 10.000-Tonnen-Schiffe weder "Panzer" noch "Kreuzer", sondern *verkümmerte Linienschiffe* mit schwächster Armierung, schwächster Panzerung und einer Schnelligkeit, die der augenblicklichen russischen Flotte gegenüber vielleicht einige Chancen bietet, die aber jeden englischen oder japanischen Schlachtkreuzer um sogar 4 bis 5 Knoten [*ab*]hängen [46]! Bekanntlich hat Schweden in den Jahren 1915 bis 1918 3 Schiffe vom Stapel gelassen mit je rund 7.600 Tonnen Deplacement, 24 Knoten Schnelligkeit und einer Armierung, die nur um zwei 28-Zentimeter-Rohre geringer ist als die unserer projektierten Ersatzbauten [47]. Die Schweden bezeichneten die Schiffe in kluger Bescheidenheit als "Küstenpanzer". Sie fallen damit von vorneherein aus jeder Norm heraus. Die hochtrabende Bezeichnung "Panzerkreuzer" bringt für uns die Gefahr, eines Tages der Washingtoner Normierung unterworfen zu werden und die Schiffe damit von vorneherein zu entwerten. *Denn 10.000-Tonnen-Kreuzer mit 20,3-Zentimeter-Geschützen und der enormen Schnelligkeit von zum Teil 36, ja 37 Knoten haben Sinn für einen großen Kreuzerkrieg, aber nicht den geringsten Wert für den Kampf in der Ostsee.* Da wäre es dann noch zweckmäßiger, die alten 13.200-Tonnen-Schiffe mit neuen langen 28-Zentimeter-Rohren zu versehen und eventuell neue Türme aufzusetzen, um wenigstens das schwerere Kaliber beibehalten zu kön-

45 Artikel 181 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 lautet: "Nach Ablauf einer Frist von zwei Monaten nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags dürfen die deutschen Seestreitkräfte im Dienst höchstens betragen: 6 Schlachtschiffe der 'Deutschland'- oder 'Lothringen'-Klasse, 6 kleine Kreuzer, 12 Zerstörer, 12 Torpedoboote oder eine gleiche Anzahl von Ersatzschiffen der im Artikel 190 vorgesehenen Bauart. Es darf kein Unterwasserfahrzeug darunter sein. Alle anderen Kriegsschiffe müssen, soweit nicht der gegenwärtige Vertrag ein anderes bestimmt, in Reserve gestellt oder Handelszwecken dienstbar gemacht werden." Druck: RGBl. 1919, S. 943.

46 Die britischen Schlachtkreuzer "Renown" und "Repulse" besaßen eine Geschwindigkeit von 31,5 Sm/h, der Schlachtkreuzer "Hood" von 31 Sm/h und der Schlachtkreuzer "Tiger" von 30 Sm/h. Die japanischen Schlachtkreuzer "Kirischima", "Haruna", "Hijei" und "Kongo" besaßen eine Geschwindigkeit von 27,4 Sm/h. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, S. 34 f., 90 f., 211 ff., 302.

47 "Sverige" (Bj. 1915), "Drottning-Victoria" (Bj. 1917), "Gustav V." (Bj. 1918). Die drei sog. Küsten-Panzerschiffe besaßen jeweils eine Wasserverdrängung von 7.600 t, eine Leistung von ca. 20.000 PS, eine Geschwindigkeit von 22,5-24 Sm/h sowie eine Bewaffnung von vier 28 cm-, acht 15,2 cm- und zwei 7,5 cm-Kanonen, ferner vier 7,5 cm-Flugabwehrgeschütze und zwei Torpedorohre. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, S. 136 f., 348.

nen! An sich hat unsere kleine Flotte in den letzten Jahren ein paar Kreuzer in den Dienst gestellt, die in ihrer Schnelligkeit dem heute allgemein gültigen Durchschnitt ziemlich nahe kommen, in ihrer Armierung aber beim 15-Zentimeter-Geschütz hängenblieben [48]. Gewiß sind wir durch das 6.000-Tonnen-Deplacement für geschützte Kreuzer konstruktiv beschränkt, allein, wenn es Japan möglich wurde, auf seiner ebenfalls nur 7.200 Tonnen schweren Furutaka-Klasse sechs 20,3-Zentimeter unterzubringen [49], dann hätte es sich wohl ermöglichen lassen müssen, auf unseren neuen geschützten Kreuzern, statt neun Stück 15-Zentimeter in drei Türmen, sechs 21-Zentimeter, entweder in drei Doppeltürmen oder in zwei Drillingstürmen, einzubauen. Ja, selbst vier 21-Zentimeter-Rohre mit 30 Kilometer Schußweite wären vermutlich noch vorzuziehen einer 15-Zentimeter-Armierung mit 20 oder 22 Kilometer Schußweite und einem doch so unendlich geringeren Wirkungsvermögen! Man hat manches Mal das Gefühl, daß die Lehren des Weltkrieges selbst heute noch nicht genügend berücksichtigt werden.

Jedenfalls aber hat Deutschland alle Veranlassung, peinlichst darüber zu wachen, daß ihm wenigstens der Spielraum bleibt, der ihm durch den Versailler Vertrag aufgezwungen wurde. Eine Erweiterung dieses Spielraums wird uns durch keine Flottenkonferenz zugestanden werden. Das einzige, was wir dabei erreichen können, ist - außer der historischen Verewigung von ein paar minderwertigen parlamentarischen Namen - eine "Anpassung" des Kampfwertes unserer Schiffe an die auf der Washingtoner Konferenz geschaffene und in London sicher erneute Bestätigung erlangende, allgemeine Norm. Das bedeutet aber für unsere an sich schon ungenügende, ja geradezu lächerlich schwache Flotte die endgültige und restlose Entwertung. Frankreich hat alles Interesse, das zu wünschen. Frankreich ersehnt jede Schwächung Deutschlands, ganz gleich, wo sie in Erscheinung tritt. Die französisch-polnische Freundschaft braucht nicht ewig zu dauern [50]. Es ist jederzeit möglich, daß eine russische Bundesgenossenschaft, als für Frankreich schwerer ins Gewicht fallend, der polnischen vorgezogen wird. Und dann ist es nicht gleich, ob dem russischen Dreadnoughtgeschwader [51] mit 30,5-Zentimeter-

48 "Emden" (Bj. 1925), "Königsberg" (Bj. 1927), "Karlsruhe" (Bj. 1927), "Köln" (Bj. 1928) und "Leipzig" (Bj. 1929). Die Kreuzer besaßen jeweils eine Wasserverdrängung von 6.000 t und eine Geschwindigkeit von 32 Sm/h, die "Emden" von 29 Sm/h. Die "Emden" besaß eine Bewaffnung von acht 15 cm-Kanonen, zwei 8,8 cm-Flugabwehrgeschützen und vier Torpedorohren, die übrigen Kreuzer eine Bewaffnung von jeweils neun 15 cm-Kanonen, vier 8,8 cm-Flugabwehrgeschützen und 12 Torpedorohren. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, S. 6 ff., 177 ff.

49 Gemeint sind die 1925/26 vom Stapel gelaufenen Geschützten Kreuzer "Aoba", "Kinugesa", "Furutuka" und "Kako", die bei einer Wasserverdrängung von jeweils 7.200 t, einer Leistung von 100.000 PS und einer Geschwindigkeit von 33 Sm/h über sechs 20,3 cm-Kanonen, vier 12, bzw. 8 cm-Flugabwehrgeschütze, ferner 12 Torpedorohre verfügten. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, S. 92 f., 303.

50 Anspielung auf das Bündnis, das Frankreich und Polen am 19.2.1921 geschlossen hatten. Der Vertrag umfaßte die gegenseitige Abstimmung bei gemeinsamen außenpolitischen Fragen, die Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen, vor allem aber die gegenseitige militärische Unterstützung bei einem nicht provozierten Defensivkrieg, deren technische und operative Details am 21.2.1921 in einer geheimen Militärkonvention präzisiert wurden. Die Verbesserung des deutsch-französischen Verhältnisses durch den Vertrag von Locarno vom 16.10.1925 und die weitgehende außenpolitische Isolation Polens beeinträchtigten jedoch den Wert dieser Allianz. Vgl. Piotr S. Wandycz, The Twilight of French Eastern Alliances, 1926-1936. French-Czechoslovak-Polish Relations from Locarno to the Remilitarization of the Rhineland, Princeton 1988.

51 Dt. eigentlich: "Fürchtenichts". Name eines 1906 erbauten britischen Linienschiffes mit einer Wasserverdrängung von 22.500 t, einer Geschwindigkeit von 21,5 Sm/h und einer Armierung, die u. a. aus zehn 30,5 cm-

Hauptarmierung, deutsche Schiffe mit 20-Zentimeter-Geschützen oder mit 28-Zentimeter-Geschützen entgegentreten. Frankreich wird das erstere wollen, und wir haben das letztere anzustreben!

Einen anderen Sinn, als die Aufrechterhaltung der deutschen Seegeltung in der Ostsee, kann unsere, zu so lächerlicher Kleinheit verstümmelte Flotte ohnehin nicht haben. Paradefahrten allein dürfen nicht der Endzweck sein. Ein Kriegsinstrument hat entweder ein ihm entsprechendes Ziel vor Augen oder es verrostet an seiner eigenen Zwecklosigkeit! In der Richtung des Ziels liegt aber auch die klare Erkenntnis, daß wir uns heute von jeder Abrüstungskomödie fernzuhalten haben. Denn am Ende kann es sonst so kommen, daß um der lieben Gleichheit willen der Schwächste noch einmal der Abrüstung unterliegt. Wenn ich mir die wahrscheinlichen Köpfe der Deutschland eventuell in London vertretenden Delegation vorstelle, dann zweifle ich keine Sekunde daran, daß sie, wie überall auch dort, um nicht aus dem Rahmen einer wohlerzogenen, bescheidenen Zurückhaltung und Einfügung zu fallen, alles unterzeichnen würden, was am Ende von ihnen verlangt wird. Wer einen Young-Plan unterschreibt, unterschreibt noch unendlich viel leichter ein Flottenprotokoll, wonach unsere phantastischen Panzerkreuzer endlich wirklich als Kreuzer anerkannt werden und gemäß der für 10.000-Tonnen-Schiffe festgesetzten Armierung wieder abgerüstet werden müssen, noch ehe sie überhaupt gebaut sind. Wahrhaftiger Gott, das würde der Herr Parlamentarier Wirth [52] sehr leichten Herzens unterschreiben, und die Herren des Reichswehrministeriums könnten mit ihrem pazifistischen Segen dann nur schwerlich zurückhalten. Also Hände weg von der Londoner Konferenz!

Geschützen bestand. Der Name der revolutionären Neukonstruktion, die alle älteren Linienschiffe technisch überholte, wurde zum Synonym eines neuen Typus von Großkampfschiffen und leitete eine neue Phase im Rüstungswettlauf zur See ein. Vgl. Potter/Nimitz, Seemacht, S. 293 ff.

52 Joseph Wirth (1879-1956), Gymnasiallehrer, 1905 Dr. phil., 1911 Stadtrat in Freiburg i. Br., 1913-1921 MdL in Baden (Zentrum), 1914-1933 MdR, bzw. Mitglied der Nationalversammlung, 1918-1920 Finanzminister in Baden, März 1920 bis Oktober 1921 Reichsminister der Finanzen, Mai 1921 bis November 1922 Reichskanzler, Mai 1921, Oktober 1921 bis Januar 1922 und Juni bis November 1922 Reichsminister des Auswärtigen, April 1929 bis März 1930 Reichsminister für die besetzten Gebiete, März 1930 bis Oktober 1931 Reichsminister des Innern, März 1933 Emigration, 1948 Rückkehr nach Deutschland.
Es ist unklar, warum Wirth im Zusammenhang mit der Londoner Flottenkonferenz genannt wird. Möglicherweise eine Anspielung auf die Annahme des Londoner Ultimatums durch die Regierung Wirth am 11.5.1921, womit auch die alliierten Entwaffnungsforderungen akzeptiert worden waren. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 132 ff.

1. Februar 1930 Dok. 10
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 1.2.1930.

Augenblicklich ist die Lage Deutschlands eine so trostlose, daß selbst die Regierungsparteien nicht mehr umhin können, an diesem und jenen kritische Ausstellungen zu machen. Der Young-Plan [1] wirft seine Schatten voraus. Während ganze Berufsstände vor dem Verlust ihrer Existenz stehen, hat die Arbeitslosenzahl eine Höhe erreicht, vor der auch den neudeutschen [2] Staatsmännern zu grauen beginnt. Unterstützungs- und Nichtunterstützungsberechtigte zusammengenommen, werden es jetzt über drei Millionen Menschen sein [3], die, ohne einen festen Verdienst zu haben, von heute auf morgen in den Tag hineinleben. Allein nicht nur die private Wirtschaft steht vor dem Zusammenbruch, sondern noch viel mehr die staatliche und kommunale [4]. Das Reich rettet sich von Monat zu Monat durch, daß es ein wahrer Jammer ist! Wenn Herr Ivar Kreuger [5] nicht bald mit seinen Zündholzmillionen aushilft [6], gibt es eine Katastrophe. Wenn er aushilft, steht man in ein paar Monaten vor ganz derselben Lage. Das Reich hat immerhin aber noch eines: die Finanzhoheit [7]. Das haben die Herren Erzberger [8] und Nachfol-

---

1 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

2 Gemeint ist die Zeit seit November 1918.

3 Am 31.1.1930 waren im Deutschen Reich 2.232.619 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und 250.029 Menschen in der Krisenfürsorge gemeldet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 309. Zum Problem der "verdeckten" Arbeitslosigkeit vgl. Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin 1987, S. 22 ff.

4 Die Haushaltseinnahmen des Deutschen Reichs beliefen sich im Haushaltsjahr 1929/30 auf 20.798,5 Millionen RM, im Haushaltsjahr 1930/31 auf 20.234,1 Millionen RM; die Haushaltsausgaben in den genannten Haushaltsjahren auf 21.743,3 Millionen RM, bzw. 21.384,0 Millionen RM. Das entsprechende Verhältnis bei den Gemeinden im Deutschen Reich belief sich im Haushaltsjahr 1929/30 auf 8.119,5 Millionen RM Einnahmen und 8.461,0 Millionen RM Ausgaben; im Haushaltsjahr 1930/31 auf 7.784,2 Millionen RM Einnahmen und 8.082,2 Millionen RM Ausgaben. Dieser - für damalige Begriffe katastrophalen - Lage der Staatsfinanzen versuchte die öffentliche Hand mit einer rigorosen Sparpolitik zu begegnen. Vgl. Ilse Maurer, Reichsfinanzen und Große Koalition. Zur Geschichte des Reichskabinetts Müller (1928-1930), Bern 1973, S. 92 ff. Ferner Wolfgang Heindl, Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden in Deutschland von 1925 bis 1933. Öffentliche Haushalte und Krisenverschärfung, Frankfurt a. M. 1984, S. 168 ff., 221 ff., 366 f., 374 f.

5 Ivar Kreuger (1880-1932), schwedischer Bauunternehmer, seit 1913 Aufbau eines Finanz- und Zündholztrusts, 1917 Gründung der Svenska Tändsticks Aktie Bolaget, bis 1931 weltweite Monopolstellung in der Zündholzherstellung, Januar 1932 Selbstmord (?).

6 Am 26.10.1929 hatten die Reichsregierung und die Svenska Tändstiks Aktie Bolaget Verträge unterzeichnet, nach denen die Zündholzgesellschaft dem Deutschen Reich eine 50jährige Anleihe von 125 Millionen $ mit 6% Verzinsung gewährte und dafür an einem einzurichtenden deutschen Zündholzmonopol beteiligt wurde. Das Gesetz über das Zündholzmonopol wurde am 28.1.1930 vom Reichstag mit 240 gegen 145 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 982 ff., 1375, 1391. Druck des Zündwarenmonopolgesetzes vom 29.1.1930: RGBl. 1930, I, S. 11 ff.

7 Durch die Finanzreform des Reichsministers der Finanzen Erzberger, die am 1.10.1919 in Kraft getreten war, war die Steuerhoheit von den Ländern auf das Deutsche Reich übertragen worden. Vgl. Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962, S. 377 ff.

8 Matthias Erzberger (1875-1921), Volksschullehrer, 1903-1921 MdR (Zentrum), Juli 1917 Initiator der Friedensresolution des Reichstags, 1918 Staatssekretär und Mitglied der Waffenstillstandskommission, 11.11.1918

ger wirklich mit einem ausnahmsweise einmal hellsehenden Auge zur richtigen Zeit erkannt. Würden die Länder heute noch so wie einst im Besitz einer eigenen Finanzhoheit sein, wäre die Erfüllungspolitik [9] schon längst erledigt. Niemals hätte das Reich auf dem früheren Wege die Milliarden erhalten, die es für seine Außen- und Innenpolitik verpulvert. Man sieht es nun von Woche zu Woche mehr und deutlicher, daß die moralische und wirtschaftliche Kreditmasse des alten Reiches aufgebraucht und verwirtschaftet ist. Weder die Regierungsform, der "ehrwürdige Herr Reichspräsident Hindenburg" [10], weder die Wirtschaft noch die Staatsleitung flößen dem Ausland auch nur soviel Vertrauen und Respekt ein, daß man ohne schwerste Pfänder lumpige 400 bis 500 Millionen erhalten könnte [11].

Das Schicksal des Reiches aber ist das Schicksal der Länder.

Ein Land nach dem anderen treibt dem Bankrott entgegen [12]. Das Reich erfüllt weder seine finanziellen Verpflichtungen den Einzelstaaten gegenüber, noch nimmt es Rücksichten auf deren Weiterentwicklung in der Zukunft. Es herrscht das brutale Recht des Stärkeren, und der Stärkere ist das Reich, und die Länder sind die Schwächeren. Daß dabei Treue und Glauben allmählich aufhören, schmerzt die neudeutschen Staatsmänner um so weniger, als es sich hierbei ja doch nur um veraltete, in die moderne Zeit nicht mehr hineinpassende "Begriffe" handelt. Außerdem haben die Regierungsmänner von jetzt alles Interesse, die Einzelstaaten so schnell als möglich einzusargen. Man hat, je schlimmer die Ergebnisse der Reichspolitik sind, um so mehr Angst vor einer etwa einsetzenden Opposition der Länder. Allerdings augenscheinlich wirklich ohne Grund. Solange einzelne Bundesstaaten marxistisch regiert werden [13], ist ein Widerspruch gegen die Reichspolitik und besonders gegen die Reichsaußenpoli-

---

Unterzeichner des Waffenstillstands, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, Februar bis Juni 1919 als Reichsminister ohne Portefeuille zuständig für die Durchführung des Waffenstillstands, Juni bis Oktober 1919 Vizekanzler, Juni 1919 bis März 1920 Reichsminister der Finanzen (Rücktritt), am 26.8.1921 ermordet.

9 Vgl. Dok. 7, Anm. 8.

10 Paul von Beneckendorff und von Hindenburg (1847-1934), 1866 preußischer Leutnant, 1903 Kommandierender General des IV. Armeekorps, 1911 als Generaloberst verabschiedet, 1914 reaktiviert, Generalfeldmarschall, Oberbefehlshaber Ost, 1916 Chef der (3.) Obersten Heeresleitung, 1919 erneuter Ruhestand, April 1925 bis August 1934 Reichspräsident.

11 Der Reichsminister der Finanzen Rudolf Hilferding hatte versucht, das beträchtliche Haushaltsdefizit durch Anleihen ausländischer Banken zu decken; seit Sommer 1929 wurde mit dem New Yorker Bankhaus Dillon, Read & Co. über einen Kredit in Höhe von zunächst 200 Millionen $ verhandelt, der auch die Kreuger-Anleihe umfassen sollte. Die Verhandlungen scheiterten jedoch am Widerstand von Reichsbankpräsident Schacht sowie den Reparationsgläubigern, welche die Abhängigkeit des Deutschen Reichs vom ausländischen Kapitalmarkt eindämmen wollten. Während Hilferding und Staatssekretär Johannes Popitz am 21.12.1929 zurücktraten, vereinbarten Reichsregierung und Reichsbankdirektorium einen Kreditvertrag, in dem ein deutsches Konsortium unter Führung der Reichsbank dem Deutschen Reich einen Schatzanweisungskredit von 350 Millionen RM einräumte. Vgl. Maurer, Reichsfinanzen, S. 95 ff. Druck des Gesetzes zur außerordentlichen Tilgung der schwebenden Reichsschuld: RGBl. 1929, II, S. 795.

12 Die Haushaltseinnahmen der Länder des Deutschen Reichs beliefen sich im Haushaltsjahr 1929/30 auf 4.412,7 Millionen RM, im Haushaltsjahr 1930/31 auf 4.297,9 Millionen RM; die Haushaltsausgaben in den genannten Haushaltsjahren auf 4.564,3 Millionen RM, bzw. 4.486,6 Millionen RM. Vgl. Heindl, Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden, S. 158 ff., 210 ff., 350 f., 358 f.

13 Gemeint sind die Länder, in denen die SPD an der Regierung beteiligt war. Dies waren zum damaligen Zeitpunkt Anhalt, Baden, Braunschweig, Hessen, Lippe, Mecklenburg-Strelitz, Preußen, Sachsen und Schaumburg-Lippe.

tik schon aus Gründen der prinzipiellen Übereinstimmung nicht zu befürchten. Die bürgerlich regierten Länder aber jammern und klagen wohl ein über das andere Mal (wenn ihnen die finanziellen Daumenschrauben durch das Reich wieder etwas schärfer angezogen werden), allein ihre Proteste sind genauso wichtig und zweckvoll wie das Bellen eines Mopses, der den Kampf gegen den Mond aufgenommen hat. Es fehlt unseren bürgerlichen Landesregierungen jeder Schimmer einer Erkenntnis, daß eine Änderung der inneren Finanzwirtschaft des Reiches solange einfach nicht eintreten kann, solange die wahnsinnige Erfüllungspolitik nach außen betrieben wird. Dagegen aber wagt sich niemand aufzulehnen. Man schwätzt von "Einsparungen", von "Selbstbeherrschung", von "kluger" Wirtschaft usw., läßt aber ganz außer acht, daß das Reich durch seine Außenpolitik das gesamte deutsche Nationalvermögen einfach verschwendet und vergeudet. Im Großen und im Kleinen herrscht heute folgender Zustand: Ist ein Mensch fleißig und sparsam und sammelt er sich seine Ersparnisse zu einem Vermögen zusammen, so kommt das Steueramt und bestraft ihn dafür durch die Wegnahme seiner Ersparnisse! Sind die Kommunen und Länder sparsam, kommt das Reich und erklärt aus ihrer Sparsamkeit und deren Erfolgen das Anrecht, für schärfere Erfassung jener Steuerquellen ableiten zu dürfen [*sic!*], die bisher in erster Linie den Ländern zugute kamen. Was aber das Reich selbst erspart, verschlingt die Erfüllungspolitik. Man kann es auch umgekehrt sagen: Die Erfüllungspolitik stürzt das Reich in ewige Geldnöte und das Reich seinerseits hält sich wieder an den Ländern schadlos, beide zusammen an den Kommunen, und alle drei pressen den Staatsbürger aus, so lange er einen Tropfen von sich gibt. Jeder Versuch, hier helfen zu wollen, ist vergeblich, wenn er nicht zunächst die Außenpolitik des Reiches als schlimmsten Krebsschaden erkennt und für ihre Beseitigung sorgt [*sic!*]. Geschieht das nicht, wird der vollständige Zusammenbruch in einer heute bereits ausrechenbaren Zeit vor der Türe stehen. Den Schwindel wagt man ja schon jetzt dem Volk nicht mehr vorzumachen, daß nämlich die "Ersparnisse" des Young-Planes die Ursache einer kommenden Erholung und Genesung der deutschen Wirtschaft sein werden. Nein, hier hilft alles Lügen, Vertuschen, Verdrehen, Abstreiten und Schönmachen nichts mehr. Was man noch zur Zeit des Volksbegehrens [14] den Massen auf dem Gebiete vorlog, kann schon heute nicht mehr aufrechterhalten werden. Der Young-Plan wird unserer Wirtschaft den Todesstoß geben, das sehen bald alle [15]!

Es wird nun manchem Deutschen vielleicht unverständlich sein, weshalb die nationalsozialistische Bewegung ausgerechnet in einer solchen Zeit sich an der Bildung einer Landesregierung beteiligt [16]. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Frick wurde bekanntlich von der Partei zum Kandidaten für das thüringische Innen- und Volksbildungsministerium bestimmt [17]. Seine Wahl hat unterdes bereits stattgefunden [18]. Damit hat die junge nationalsozialistische Oppositionsbewegung zum ersten Mal ein Regierungsamt übernommen. Es ge-

14 Vgl. Dok. 5, Anm. 6.

15 Die schwierige Situation der in hohem Maße von ausländischem Kapital abhängigen deutschen Wirtschaft war in erster Linie Folge der ab 1929 sichtbaren Weltwirtschaftskrise. Vgl. Dietmar Petzina, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977, S. 80.

16 Vgl. Dok. 7, Anm. 5.

17 Zu Hitlers Motiven vgl. Dok. 11.

18 Frick war am 23.1.1930 zum thüringischen Innen- und Volksbildungsminister ernannt worden. Vgl. Dok. 7, Anm. 5.

schah aus einer Reihe von Gründen. Im Laufe der Jahre gelang es der jüdischen Presse, in die Köpfe von Millionen von Deutschen die Ansicht einzupflanzen, als ob Nationalsozialisten überhaupt ungeeignet seien, jemals ein Regierungsamt zu bekleiden oder gar eine Regierung zu übernehmen. Diese Auffassung, die von Juden in unendlich schlauer und geschickter Weise immer wieder genährt und bestärkt wurde, könnte einst ein psychologisches Hindernis sein, das man zweckmäßigerweise schon vorher wegräumt. Es war dabei eine gute Lehre für unser Bürgertum, die uns angetragenen Ministerien mit einem Manne zu besetzen, der als schärfster nationalsozialistischer Kämpfer bekannt ist und dessen geradlinige kompromißlose nationale Gesinnung vor sechs Jahren im Prozeßsaal erhärtet wurde [19]. Es war auch richtig, den Parteigenossen an dieser wundervollen Veränderung des Schicksals eines einzelnen den staunenswerten Emporstieg unserer Bewegung vorzudemonstrieren. Denn was hätten wohl unsere Ankläger und Richter vor sechs Jahren gesagt, als unser Parteigenosse Dr. Frick vor ihnen auf der für uns so ehrenvollen Anklagebank saß, wenn nun plötzlich ein Geist erschienen wäre und dem Herrn Staatsanwalt versichert haben würde: Die Partei, die ihr hier zu töten glaubt, wird nicht sterben, sondern stärker werden als je zuvor. Der Mann aber, den Sie hier verurteilen, wird, ehe noch sechs Jahre verstrichen sind, nationalsozialistischer Minister sein! Damals wäre vermutlich ein allgemeines Gelächter losgegangen. Heute lachen sie ja allerdings ebenfalls. Allein, so wie ihnen das einstige Lachen zum Teil bereits vergangen ist, wird ihnen ihr heutiges noch einmal vergehen. Im übrigen soll man überzeugt sein, daß unser Parteigenosse als Minister keine andere Aufgabe besitzt, als den durch die Thüringer Wahlen [20] festgestellten nationalsozialistischen Willen in dieser Regierung praktisch zum Ausdruck zu bringen. Gewiß, wir hoffen, dabei auch dem Lande Thüringen dienen zu können, allein mehr noch glauben wir, daß damit für die Zukunft dem deutschen Volke genutzt wird. Unser nationalsozialistischer Minister wird es als seine höchste Mission ansehen, im Rahmen der ihm durch die Verfassung gezogenen Grenzen den Sieg unserer nationalsozialistischen Weltanschauung und Bewegung zu fördern und vorzubereiten. Sollte dieses Wirken unmöglich sein, wird das thüringische Volk erneut Gelegenheit erhalten, seine Meinung darüber abzugeben. Denn eines kann man sich überall merken: Wir Nationalsozialisten gehen heute wesentlich leichter und schneller aus einer Regierung heraus als wir uns entschließen können, in eine einzutreten. Es waren reifliche Gründe, die uns zu diesem Entschluß bewogen; wenn die Lage es aber erfordert, wird der umgekehrte Entschluß, wenn nötig, sehr schnell erfolgen. Im übrigen geht die Arbeit der Partei unermüdlich weiter. Schon von den nächsten Tagen an wird Thüringen, als von einer Neuwahl bedroht, zum nationalsozialistischen Großkampfgebiet erklärt werden. Die von stillen Hoffnungen rund gewordenen schmunzelnden Gesichter mancher Parteimänner dürften dann sicher schon in wenigen Wochen wieder wesentlich länger erscheinen!

---

19 Frick war am 1.4.1924 wegen Beihilfe zum Hochverrat zu 15 Monaten Festungshaft abzüglich vier Monate und drei Wochen Untersuchungshaft verurteilt worden. Für diesen Strafrest wurde ihm eine Bewährungsfrist bis 1.4.1928 bewilligt. Druck: Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München, Zweiter Teil, München 1924, S. 91 f. Zum anschließenden Disziplinarverfahren vgl. Reinhard Weber, "Ein tüchtiger Beamter von makelloser Vergangenheit". Das Disziplinarverfahren gegen den Hochverräter Wilhelm Frick 1924. In: VfZ 42 (1994), S. 129-150.

20 Vgl. Dok. 2, Anm. 12.

2. Februar 1930 Dok. 11
Schreiben

Masch. Schreiben mit hs. Korrekturen und Unterschrift. Druck: Fritz Dickmann, Die Regierungsbildung in Thüringen als Modell der Machtergreifung. In: VfZ 14 (1966), S. 454-464, hier 460-464 [1].

München, den 2. Februar 1930

Lieber Herr ...!

Durch eine Reihe widriger Umstände wurde das Weihnachtsgeschenk für Sie und Ihre verehrte Frau Gemahlin, das ich zur Erinnerung an die Nürnberger Tage [2] nach meinem Entwurf anfertigen ließ, statt Dezember erst Januar fertig. Sie werden mir aber wohl nicht böse sein, wenn ich damit so verspätet all die Glückwünsche verbinde, die ich sonst zum neuen Jahr übermittelt hätte. Ich benütze diese Gelegenheit aber auch, um Ihnen einiges über die Bewegung zu schreiben, die Ihnen und Ihrer lieben hochverehrten Frau Gemahlin so sehr am Herzen liegt.

Seit Sie uns im August verlassen haben [3], konnte die Bewegung einen Aufschwung nehmen, der alles, was wir in dieser Richtung zu hoffen wagten, weit zurückließ. Die Landtagswahlen und Kommunalwahlen verdoppelten bis verzehnfachten an manchen Orten unsere Stimmen [4]. Wir waren überhaupt die einzige Partei, die wirklich und zwar rapid gewachsen ist. Den größten Erfolg erzielten wir in Thüringen [5]. Dort sind wir heute wirklich die ausschlaggebende Partei. Es trat damit eine Frage von großer grundsätzlicher Bedeutung an die Bewegung heran. Die Parteien in Thüringen, die bisher die Regierung bildeten [6], vermögen ohne unsere Mitwirkung keine Majorität aufzubringen. Wir haben ja auch schon vordem eine Zeitlang - vor Dinters [7] Ausscheiden [8] - einen ausschlaggebenden Einfluß ausüben können [9].

1 In dieser Publikation von Hitlers Brief wird der Adressat nicht genannt. Dickmann schreibt, der Empfänger sei "ein in Übersee lebender Deutscher" gewesen, doch habe es sich "um keine irgendwie bekannte Persönlichkeit" gehandelt. Die Wiedergabe des Briefs orientiert sich an Hitlers hs. Korrekturen, die bei Dickmann im einzelnen erwähnt sind.

2 Gemeint ist der Reichsparteitag der NSDAP vom 1. bis 4.8.1929 in Nürnberg. Vgl. Bd. III/2, Dok. 60-65, 67.

3 Der Adressat hatte vermutlich am Reichsparteitag der NSDAP teilgenommen.

4 Anspielung auf die vergleichsweise günstigen Wahlergebnisse der NSDAP auf Länder- und Kommunalebene im Oktober und November 1929. Vgl. Bd. III/2, Dok. 100, Anm. 1, Dok. 101, Dok. 104, Anm. 10, Dok. 111.

5 Vgl. Dok. 2, Anm. 12.

6 Einheitsliste (DVP, Thüringer Landbund), Wirtschaftspartei, DDP.

7 Artur Dinter (1876-1948), Schriftsteller, 1902 Dr. phil. nat., 1917 Verfasser von "Die Sünde wider das Blut", 1919 Mitbegründer des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1924 Gründer der Großdeutschen Volksgemeinschaft in Thüringen, 1924-1929 MdL in Thüringen (Vereinigte Völkische Liste, ab 1925 NSDAP), 1925-1927 Gauleiter des Gaues Thüringen, 1927-1937 Gründer und Leiter der Deutschen Volkskirche, 1928-1936 Herausgeber der Zeitschrift "Das Geistchristentum" (ab 1933 unter dem Titel "Die Deutsche Volkskirche"), Oktober 1928 Parteiausschluß, 1933 Ablehnung des Wiederaufnahmeantrags, 1939 Ausschluß aus der Reichsschrifttumskammer.

8 Dinter war aufgrund seiner Angriffe auf das Christentum und seiner Tätigkeit als Führer der völkischen "Deutschen Volkskirche" im September 1927 als Gauleiter des Gaues Thüringen durch Fritz Sauckel ersetzt worden. Am 11.10.1928 wurde er aus der NSDAP ausgeschlossen. Vgl. Bd. II/2, Dok. 183, Bd. III/1, Dok. 4, 33, 35 sowie Scholder, Kirchen, Bd. 1, S. 118 ff.

9 Zur Entwicklung der NSDAP in Thüringen vgl. Donald R. Tracey, The Development of the National Socialist Party in Thuringia, 1924-30. In: Central European History VIII (1975), S. 23-50.

Allein, erst die Neuwahl brachte uns die ziffernmäßige Stärke, die jede Regierungsbildung ohne unser Mittun kurzerhand verbietet. Außerdem hat sich seitdem in der öffentlichen Meinung ein sehr großer Umschwung vollzogen. Es ist erstaunenswert, wie sich hier die vor wenigen Jahren noch selbstverständliche arrogante, hochnäsige oder dumme Ablehnung der Partei in eine erwartungsvolle Hoffnung verwandelt hat. Es lag im Wesen dieser Umwälzung, wenn daher die früheren Koalitionsparteien in Thüringen an uns zum ersten Male die Forderung nach aktiver Beteiligung an der Regierung richteten. Ich glaube, man erwartete (besonders auf seiten der Deutschen Volkspartei!), daß ich irgendeinen national schimmernden Regierungsbeamten zur Verfügung stellen würde, mit dem man dann schnell fertig geworden wäre. Man mußte deshalb dieses Mal gleich vom Anfang an den Herrn Parteipolitikern zeigen, daß jeder Versuch einer Übertölpelung der nationalsozialistischen Bewegung lächerlich ist. So erklärte ich zunächst prinzipiell mein Einverständnis, uns an der Regierungsbildung in Thüringen aktiv zu beteiligen. Hätte ich "Nein" gesagt und wäre es darüber zu einer Neuauflösung des Landtags gekommen, würden manche Wähler vielleicht den Entschluß, uns das Vertrauen zu schenken, wieder bedauert haben. Von dem Moment an, an dem unser prinzipielles Einverständnis vorlag, wäre jede Neuwahl zu ungunsten der anderen Parteien ausgegangen. Nachdem auf solche Art unsere prinzipielle Bereitschaft zur Beteiligung an der Regierung abgegeben und angenommen worden war, stellte ich zwei Forderungen: Innenministerium und Volksbildungsministerium. Es sind dies in meinen Augen die beiden in den Ländern für uns wichtigsten Ämter. Dem Innenministerium untersteht die gesamte Verwaltung, das Personalreferat, also Ein- und Absetzung aller Beamten, sowie die Polizei [10]. Dem Volksbildungsministerium untersteht das gesamte Schulwesen, angefangen von der Volksschule bis zur Universität in Jena sowie das gesamte Theaterwesen. Wer diese beiden Ministerien besitzt und rücksichtslos und beharrlich seine Macht in ihnen ausnützt, kann Außerordentliches wirken. Natürlich ist die Voraussetzung hiezu die geeignete Persönlichkeit. Ich war mir darüber klar, daß für diese Stelle nicht irgendein kleiner Parlamentarier oder ein ergebener Regierungsbeamter in Frage kommen kann, sondern nur ein durchgekochter [*sic!*] Nationalsozialist von ebenso großer Fachkenntnis wie bedingungsloser nationalsozialistischer Gesinnung. Ich habe nun das Glück, in unserem Parteigenossen Dr. Frick einen Mann zu besitzen, der diesen Anforderungen in höchstem Ausmaße gerecht wird. Ein energischer, kühner und verantwortungsfreudiger Beamter von außerordentlich großem Können und fanatischer Nationalsozialist! Als ich den Unterhändlern der anderen Regierungsparteien diesen meinen Kandidaten mitteilen ließ, war man dort zunächst auf das unangenehmste berührt. Das entsprach nicht dem, was man sich zuerst vorstellte. Natürlich konnte man Dr. Frick nicht aus den wahren Gründen ablehnen. So griff man zu ebenso unwahren wie lächerlichen Vorwänden [11]. Die Deutsche Volkspartei, die im Reiche in den Koalitionen [*sic!*] mit den Parteien der ehemaligen Landesverräter sitzt [12], empfand es auf ein-

10 Zur Organisation der thüringischen Verwaltung vgl. Karlheinz Blaschke, Sachsen und Thüringen. In: Deutsche Verwaltungsgeschichte. Hrsg. von Kurt G. A. Jeserich, Hans Pohl, Georg-Christoph von Unruh, Bd. 4: Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985, S. 586-603, hier S. 598 ff.

11 Zu den Koalitionsverhandlungen vgl. Witzmann, Thüringen, S.153 ff.

12 Die Reichsregierung wurde zu diesem Zeitpunkt von einer Koalition aus SPD, Zentrum, BVP, DDP und DVP gebildet.

mal als "untragbar" mit einem wegen "Hochverrat" zu Festungshaft verurteilten [13] Nationalsozialisten zusammenzuarbeiten. Man glaubte, daß wir vor der Drohung eines Mißlingens der Regierungsbildung vielleicht doch klein beigeben würden. So fuhr ich denn selbst nach Weimar und habe den Herren ganz kurz in aller Bestimmtheit versichert, daß entweder Dr. Frick unser Minister wird oder Neuwahlen kommen. Ich setzte von Freitag, den 10. bis Montag, den 13. Jan[*uar*] eine kurze Frist der Überlegung und versicherte, daß andernfalls am Dienstag unser Antrag auf Auflösung des Landtags eingebracht würde und am Mittwoch der Wahlkampf von unserer Seite wieder begönne. In einer Industriellenversammlung, die ich am selben Tage hielt und zu der alles, was in der mitteldeutschen Wirtschaft überhaupt eine Rolle spielt, nach Weimar gekommen war [14], vertrat ich unsere nationalsozialistischen Gedanken und Prinzipien mit dem Erfolge, daß auf einmal gerade von dieser Seite ein sehr scharfer Druck auf die Deutsche Volkspartei ausgeübt wurde mit dem Gesamtergebnis, daß wir am Montag abend die promte [*sic!*] Einwilligung zu unserem Kandidaten und zu den beiden Ministerien erhielten. Parteigenosse Frick hat in der Regierung noch einen zweiten Nationalsozialisten. Wir haben gefordert, daß unser Parteigenosse Marschler [15] Staatsrat wird und als solcher damit an den Abstimmungen der Regierung stimmberechtigt teilnimmt. Damit hat nun allerdings ein Kampf begonnen, der nicht leicht sein wird, von dem ich mir aber um so mehr Erfolg verspreche, als unser Staatsminister, Parteigenosse Dr. Frick, alle übrigen Herrn des Kabinetts [16] an Fähigkeiten und Willensstärke turmhoch überragt. Dazu kommt noch, daß hinter ihm die aktivste und entschlossenste Partei steht.

Unsere Aufgabe in Thüringen erstreckt sich damit auf zwei Gebiete. Als Innenminister wird Dr. Frick eine langsame Säuberung des Verwaltungs- und Beamtenkörpers von den roten Revolutionserscheinungen vornehmen. Dr. Frick wird hier mit rücksichtsloser Entschlossenheit eine Nationalisierung einleiten [17], die den anderen bürgerlichen Regierungen zeigen kann, was wir Nationalsozialisten unter diesem Worte verstehen. Vor allem auf dem Gebiete des Polizeiwesens gibt es sehr viel zu tun. Die zweite große Aufgabe wird Dr. Frick als Volksbildungsminister in der Nationalisierung des Schulwesens erblicken. Wir werden in Thüringen nunmehr das gesamte Schulwesen in den Dienst der Erziehung des Deutschen zum fanatischen Nationalisten stellen. Wir werden ebensosehr den Lehrkörper von den marxistisch-demokratischen Erscheinungen säubern, wie umgekehrt den Lehrplan unseren nationalsozialistischen Tendenzen und Gedanken anpassen. Der erste Schritt wird die Errichtung eines Lehrstuhls für

---

13 Vgl. Dok. 10, Anm. 19.

14 Vgl. Dok. 2.

15 Willy Marschler (1893-1955), kaufmännischer Angestellter, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924-1933 MdL in Thüringen (NSDAP), 1930/31 Staatsrat für Weimar, 1931/32 Bürgermeister von Ohrdruf, 1932-1945 thüringischer Finanz- und Wirtschaftsminister, thüringischer Ministerpräsident, seit 1936 zugleich Volksbildungsminister.

16 Ministerpräsident und Finanzminister Erwin Baum (Thüringer Landbund), Wirtschafts- und Justizminister Wilhelm Kästner (Wirtschaftspartei), Staatsrat für Reuß Erich Port (Thüringer Landbund), Staatsrat für Rudolstadt Franz Fürth (Wirtschaftspartei), Staatsrat für Weimar Willy Marschler (NSDAP), Staatsrat für Meiningen Karl Kiem (DNVP), Staatsrat für Sondershausen Theodor Bauer (DVP).

17 Zur Politik Fricks in Thüringen vgl. Günter Neliba, Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtstaates. Eine politische Biographie, Paderborn 1992, S. 57 ff.

Rassenfragen und Rassenkunde an der Universität in Jena sein [18]. Ich habe die bestimmte Hoffnung, daß es gelingen wird, Dr. Hans Günther [19] zum ordentlichen Professor der Universität Jena zu gewinnen. Damit wird Thüringen, von dem in der deutschen Geschichte schon einige Male große geistige Erneuerungen ausgegangen sind [20], abermals der Ausgangspunkt einer solchen geistigen Umwälzung werden. Eine weitere Aufgabe ist es, von Thüringen aus der verhängnisvollen Reichspolitik entgegenzutreten. Der erste Erfolg in dieser Richtung ist die Ablehnung des Young-Plans durch den thüringischen Staat im Reichsrat [21].

Aber was sich hier in einem Bundesstaat abspielt, wiederholt sich in zahlreichen Kommunen und bereitet sich in einigen anderen Ländern vor. Wir haben in 5 Jahren hunderttausend Mitglieder gewonnen. Im vergangenen Jahr aber allein achtzigtausend dazu. Im Monat Dezember aber allein bereits zwanzigtausend [22]. Die Bewegung wird in ein bis einerhalb [*sic!*] Jahren die Zahl von vierhunderttausend Mitgliedern mindest [*sic!*] erreicht, wenn nicht überschritten haben. Die große Arbeit der ersten Jahre nach der Wiedererlangung meiner Freiheit [23] beginnt jetzt ihre Früchte zu tragen. Es wird bei uns kommen wie in der ganzen Natur. Man muß pflügen und eggen, säen und immer wieder arbeiten, bis endlich die Zeit kommt, in der die Ernte fast sichtbar in wenigen Wochen der Reife entgegengeht und endlich in Tagen als Frucht eingebracht werden kann. Es ist bei Bewegungen nicht anders. Wir haben einen gründlichen Unterbau geschaffen. Wir haben unser Volk durchgepflügt, wie keine andere Partei es tut. Wenn der Moltkesche Satz, daß das Glück auf die Dauer beim Tüchtigen ist [24], auch

---

18 Zur Einsetzung und Tätigkeit Günthers in Jena vgl. Hans-Jürgen Lutzhöft, Der Nordische Gedanke in Deutschland 1920-1940, Stuttgart 1971, S. 38 ff. sowie Neliba, Frick, S. 59 f.

19 Hans F. K. Günther (1891-1968), 1914 Dr. phil., 1914-1918 Dienst beim Roten Kreuz, 1919 Staatsprüfung für das höhere Lehramt, Verfasser von "Rassenkunde des deutschen Volkes" (1922), "Rassenkunde Europas" (1925), "Rassenkunde des jüdischen Volkes" (1928), "Herkunft und Rassengeschichte der Germanen" (1935), 1923-1929 Aufenthalt in Schweden, Mitarbeit am "Schwedischen Staatsinstitut für Rassenbiologie" in Uppsala, 1930 Professor für Sozialanthropologie an der Universität Jena, 1939-1944 Professor an der Universität Freiburg/Br., 1945-1948 in französischer Internierung.

20 Anspielung auf die 1517 beginnende Reformation, die deutsche Klassik, die mit dem zeitweise in Weimar lebenden Johann Wolfgang von Goethe, Friedrich von Schiller, Christoph Martin Wieland und Johann Gottfried Herder dort ihren Schwerpunkt besaß, sowie die 1815 erfolgte Gründung der ersten deutschen Burschenschaft in Jena.

21 Vgl. Dok. 14, Anm. 4.

22 Im April 1928 wurde die NSDAP-Mitgliedsnummer 80.000 vergeben, im Oktober 1928 die Nummer 100.000, im September 1929 die Nummer 150.000, im Februar 1930 schließlich die Nummer 200.000. Da jedoch freiwerdende Nummern nicht neu besetzt wurden und mehrere Zahlenblöcke freigeblieben waren, ist der tatsächliche Mitgliederstand vermutlich 10-15 % niedriger anzusetzen. Vgl. Albrecht Tyrell, Führer befiel... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 352. Zu Quellen und Forschungsstand der Mitgliederanalysen vgl. Peter Manstein, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, Frankfurt a. M. [3]1990, S. 120 ff.

23 Hitler war am 1.4.1924 zu fünf Jahren ehrenhafter Festungshaft unter Anrechnung von 18 Wochen Untersuchungshaft verurteilt worden. Zugleich wurde ihm eine vorzeitige Entlassung auf Bewährung zum 1.10.1924 in Aussicht gestellt. Den Beschwerden der Staatsanwaltschaft zum Trotz erklärte das Bayerische Oberste Landesgericht die Bewährungsfrist am 19.12.1924 für rechtens; tags darauf wurde Hitler aus Landsberg entlassen. Vgl. Otto Gritschneder, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz, München 1990.

24 "Über den Ruf eines Feldherrn freilich entscheidet vor allem der Erfolg. Wieviel daran sein wirkliches Verdienst ist, ist außerordentlich schwer zu bestimmen. An der unwiderstehlichen Gewalt der Verhältnisse schei-

heute noch zutrifft, kann es nur bei uns sein. Alles was sich an großen Ereignissen in den letzten Monaten abspielte, hat deswegen auch unserer Bewegung gedient und genützt. Das Volksbegehren und der Volksentscheid [25] waren der Anlaß für eine Propagandawelle, wie sie ähnlich in Deutschland noch nie da war. Und darin liegt in erster Linie ihr Nutzen. Allein, darüber hinaus wurde die Nation so aufgerüttelt, daß es den anderen Parteien heute schon sehr schwer wird, ihr neues Verbrechen an unserem Volke so leichten Herzens zu begehen, wie dies früher oft der Fall war. Daß sie uns deshalb nicht lieben, ist selbstverständlich. Ich glaube nicht, daß jemals eine politische Partei in Deutschland so infernalisch gehaßt wurde als wir [*sic!*]. Allein, ich glaube auch nicht, daß jemals an einer Bewegung Menschen in so verzehrender Hingabe hingen als ebenfalls an der unseren.

Was mein eigenes Leben betrifft, so geht es auf in der großen Tätigkeit und dem ärgerlichen Kleinkram, der dazwischen nun einmal immer mitläuft. Es wäre auch sonst zu schön, wenn einem nicht kleinliche Stänkereien, Prozesse und sonstige Sorgen von Zeit zu Zeit immer wieder das Bewußtsein brächten, daß man nicht in einer Welt der eitlen Freude, sondern tausendfältiger Unzulänglichkeit lebt. Ich meine dabei natürlich nicht die Welt an sich, sondern nur das Zeug, das sich auf ihr herumtreibt!

So darf ich Ihnen lieber Herr ... und Ihrer so sehr verehrten Frau Gemahlin denn auch an dieser Stelle danken für die Art und Weise, in der Sie mir wenigstens einen Teil meiner Sorgen abnehmen und erleichtern. Ich weiß, wie sehr Sie an unserem Werke hängen, an unserem gemeinsamen Werk, und weiß, wie für Sie selbstverständlich der schönste Dank das wunderbare Werden dieses unseres Werkes ist. Ich bin früher in vielen Dingen ein Prophet gewesen und habe wenigstens im großen meist recht behalten. Ich habe aber fast nie über [*sic!*] die Zeit des Erfolges unserer Bewegung prophezeit. Heute kann ich das mit fast hellsehender Sicherheit. Lieber Herr ..., wenn mich das Schicksal gesund erhält und nicht ungeahnte Katastrophen kommen, wird das deutsche Volk längstens in zweieinhalb bis drei Jahren den tiefsten Punkt seiner Erniedrigung verlassen haben. Ich glaube, daß in dieser Zeit der Sieg unserer Bewegung eintritt und damit die Periode unseres Verfalls beendet ist und eine solche des Wiederaufstiegs unseres Volkes beginnt. Vielleicht ist es Ihnen trotz allem möglich, noch vorher in unsere deutsche Heimat zu einem kurzen Besuch zurückzukehren, vielleicht aber betreten Sie diesen Boden schon in der Zeit, in der Sie das neue Banner begrüßen wird.

Ich habe das Nürnberger Abzeichen als Briefbeschwerer verarbeiten lassen und möchte Ihnen und Ihrer verehrten Frau Gemahlin dies als kleines Zeichen meiner Dankbarkeit schicken in der Überzeugung, daß es Sie immer an Tage zurückerinnern wird, die einst ein Fest waren, in der Zukunft aber Deutschland sein werden. Sie haben diese Tage selbst miterlebt und werden aus ihnen heraus besser verstehen als aus toten Nachrichten den lebendigen Siegeszug unserer Bewegung.

---

tert selbst der beste Mann, und von ihr wird ebensooft der mittelmäßige getragen. Aber Glück hat auf die Dauer doch zumeist wohl nur der Tüchtige." Aus dem 1871 entstandenen Aufsatz Helmuth Graf von Moltkes "Über Strategie". Druck: Moltke. Vom Kabinettskrieg zum Volkskrieg. Eine Werkauswahl. Hrsg. von Stig Förster, Bonn 1992, S. 631.

25 Vgl. Dok. 5, Anm. 6.

Seien Sie und die gnädige Frau Gemahlin nachmals [*sic!*] herzlichst bedankt und gegrüßt von

Ihrem ergebenen

Adolf Hitler

3. Februar 1930 Dok. 12
"Parteigenossen!"
Aufruf

VB vom 5.2.1930 [1].

Das Jahr 1929 war für die Entwicklung unserer Zentralorgane "Völkischer [*Beobachter*]" [2] und "Illustrierter Beobachter" [3] sowie des Parteiverlages wiederum ein Jahr entschlossener, zäher Arbeit, das Ergebnis ist aber auch wiederum der Erfolg.

Die Auflage des "Völkischen Beobachters" ist von Monat zu Monat angestiegen und hat sich innerhalb Jahresfrist verdoppelt, die Auflage des "Illustrierten Beobachters" wird in wenigen Monaten die Hunderttausendgrenze überschritten haben [4]. Der Umsatz der im vergange-

1 Nochmals abgedruckt in: VB vom 7.2.1930, "Parteigenossen!".

2 Der Völkische Beobachter geht auf das 1887 gegründete Vorstadtblatt Münchener Beobachter zurück, das 1900 durch den Österreicher Franz Xaver Eher übernommen wurde und seit 1919 durch die Thule-Gesellschaft unter dem Titel Völkischer Beobachter weitergeführt wurde. Nachdem die NSDAP das stark verschuldete Blatt am 17.12.1920 erworben hatte, entwickelte sich der Völkische Beobachter - zunächst weniger von der Auflagenhöhe als von seinem primitiv agitatorischen Stil - zum neuen Zeitungstyp des politischen Massenblatts sowie zum offiziellen Parteiorgan der NSDAP, das über sämtliche Entscheidungen der Parteileitung informierte. Die Zeitung, die seit Februar 1923 sechsmal pro Woche erschien, wurde im Februar 1925 neugegründet und im Februar 1927 durch eine Reichsausgabe erweitert. Die Leitung des Eher-Verlags lag seit April 1922 bei Max Amann, als Hauptschriftleiter fungierte seit Frühjahr 1923 Alfred Rosenberg. Vgl. Oron J. Hale, Presse in der Zwangsjacke 1933-1945, Düsseldorf 1965, S. 25 ff.; Margarete Plewnia, Völkischer Beobachter (1887-1945). In: Heinz-Dieter Fischer, Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach 1972, S. 381-390 sowie Hoser, Münchner Tagespresse, passim. Ferner Bd. I, Dok. 3, 6, 64 sowie Bd. III/1, Dok. 75.

3 Der Illustrierte Beobachter, gegründet von Max Amann und Heinrich Hoffmann, erschien seit Juli 1926 im Franz Eher Verlag. Mit ihren Fotografien und Karikaturen war die Zeitschrift als visuelle Ergänzung zum Völkischen Beobachter konzipiert, sollte aber auch mit den entsprechenden bürgerlichen (Berliner Illustrirte) oder linken (Arbeiter-Illustrierte-Zeitung) Massenblättern konkurrieren. Die Illustrierte, die im Februar 1930 einen Umfang von 16 Seiten besaß, erschien seit 1927 vierzehntägig, seit Oktober 1928 wöchentlich; Chefredakteur war von 1926 bis 1932 Hermann Esser. Vgl. Gerhard Paul, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990, S. 146 ff.; A[*dolf*] Dresler, Geschichte des "Völkischen Beobachters" und des Zentralverlages der NSDAP Franz Eher Nachf., München 1937, S. 168 ff., 173, Anm. 54 ferner Bd. III/1, Dok. 28.

4 Genaue Daten über die Auflagenhöhe der nationalsozialistischen Presse vor 1933 sind kaum zu ermitteln. Zeitgenössische Angaben, welche die Auflage des Völkischen Beobachters für das Jahr 1929 auf 44.000, für das Jahr 1930 auf 153.000 schätzen, sind wenig fundiert. Mit Sicherheit läßt sich lediglich rekonstruieren,

nen Jahre erschienenen Verlagswerke ist wiederum gewaltig angewachsen. Eine Anzahl bedeutender Bücher und Schriften sind im Druck oder in Vorbereitung [5].

Die Bedeutung unseres Parteiverlages für unsere Bewegung, und keinem anderen Zwecke dient unser Verlag [6], steht für alle Zeiten fest. Wenn die Geschichte unserer Partei einst niedergeschrieben wird, wird das schwere Ringen um die Existenz und die Entwicklung dieses heute größten wirtschaftlichen Unternehmens der Partei ein Ruhmesblatt bilden. Der Zentralverlag ist ohne einen Pfennig Betriebsmittel, ohne Parteigelder heute zu einem finanziell völlig gesicherten, großen Unternehmen herangewachsen.

Die Stunde ist deshalb gekommen, die Entwicklung unserer Presse in noch größerem Maße wie bisher vorwärts zu treiben.

Ab 1. März erscheint eine neue Ausgabe des "Völkischen Beobachters", der

"Völkische Beobachter für Groß-Berlin"

im Umfange von 8 Seiten täglich [7]. Der Bezugspreis beträgt wie für die Bayernausgabe des "V.B." RM 3,45 [8].

Zur Herstellung dieser Zeitung ist von unserer Druckerei eine große moderne, technisch also erstklassige Doppel-Rotationsdruckmaschine in Auftrag gegeben [9]. Bis zur Fertigstellung der Maschine, die allein einen Kapitalaufwand von R.M. 120.000 erfordert, wird die Berliner Ausgabe des "V.B." in München gedruckt und von hier aus geliefert. *Umfangreiche tägliche Pressetelephonate, ein bewährter verstärkter Redaktionsstab gewährleisten auch bei der Herstellung der Zeitung in München umfangreiche und rascheste Berichterstattung. Es ist beabsichtigt, voraussichtlich ab 1. Oktober Verlag und Redaktion dieser Ausgabe des "V.B." mit der neu einzurichtenden Druckerei nach Berlin zu verlegen* [10].

---

daß die Auflagenhöhe der gesamten nationalsozialistischen Tagespresse bis 1930 knapp 100.000 betragen hat und erst danach steil anstieg. Vgl. Stein, NS-Gaupresse, S. 125 ff.

Der Illustrierte Beobachter meldete erst im Januar 1931, daß es gelungen sei, die Auflage auf über 100.000 zu steigern. Vgl. Illustrierter Beobachter vom 3.1.1931, "Wieder ein Schritt vorwärts!"

5 Vgl. Die Verlagserscheinungen des Zentralverlages der NSDAP Franz Eher Nachf. GmbH München Berlin Wien 1921-1941, Leipzig 1941. In dieser Bibliographie ist das gesamte Verlagsprogramm des Eher-Verlags zusammengestellt unter Hinweis auf das jeweilige Erscheinungsjahr.

6 Nach Kauf eines beherrschenden Anteils des stark verschuldeten Eher-Verlags durch die NSDAP gab Hitler 1921 und erneut 1929 an, daß der Verlag Eigentum des NSDAV e. V. sei. Die genauen Besitzverhältnisse nach 1921 lassen sich jedoch nicht mehr ermitteln. Vgl. Hale, Presse, S. 25 ff. sowie Hoser, Münchner Tagespresse, Bd. 1, S. 120 ff.

7 Vgl. Dok. 4, Anm. 10.

8 Gemeint ist der monatliche Bezugspreis.

9 Eine der entscheidenden Schwachstellen des Eher-Verlags war das Fehlen einer eigenen Druckerei; der Völkische Beobachter wurde damals bei dem Münchner Buchgewerbehaus Müller & Sohn gedruckt. Vgl. Hoser, Münchner, Tagespresse, Bd. II, S. 899 f.

10 Laut parteieigener Darstellung wurde die Berliner Zweigniederlassung des Eher-Verlags in der Zimmerstraße 88-90 erst am 1.1.1933 bezogen. Vgl. Dresler, Geschichte, S. 208.

Vgl. ferner den Bericht Tgb. Nr. 2605. I A. 7.29 des Polizeipräsidenten von Berlin an den preußischen Minister des Innern vom 13.1.1930; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 297. Dort ist u. a. zu lesen: "Nach weiteren Nachrichten soll die Reichsleitung der N.S.D.A.P. in Verhandlungen über den Ankauf eines Hauses in der Lindenstraße, in der Nähe des Vorwärts-Gebäudes, stehen. Zu diesem Zweck soll Adolf *Hitler*, der sich am 7. Januar 1930 hier aufhielt, mit hiesigen führenden Personen der Bewegung eine interne Besprechung gehabt haben. In dem anzukaufenden Gebäude sollen der 'Völkische Beobachter', die Gauleitungen Groß-Ber-

Der Redaktionsstab des "V.B." wie des "I.B." wird ab 1. März erheblich verstärkt durch Anstellung neuer Schriftleiter [11].

Ebenso erheblich erweitert wird unser Mitarbeiterstab im In-und Auslande.

Zur Durchführung dieser großen Propagandapläne fordert der Führer unserer Bewegung, Adolf Hitler, die Mitarbeit aller Parteigenossen.

Es wird eine *sofortige viermonatige Werbeaktion* angesetzt, zu deren Unterstützung der Verlag den Betrag von

30.000 [*R*]*M.*

für Werbeprämien bereitstellt [12].

Im einzelnen werden die Werbeprämien wie folgt nach den Leistungen und Erfolgen der Werber verteilt:

1. für je 3 gew[*onnene*] *Neubezieher des "V.B." eine Hitler-Nadel, Bronze,*

2. für je 10 gewonnene Neubezieher des "V.B." eine Hitler-Nadel, Silber,

3. für je 30 gewonnene Neubezieher des "V.B." eine kleine goldene Hitler-Nadel,

4. für je 50 gew[*onnene*] *Neube*[*zieher*] *des "V.B." eine große goldene Hitler-Nadel.*

Außerdem erhält der erfolgreichste Werber für die Zentralorgane ein Auto, Fabrikmarke "Brennabor", Sportmodell, Zweisitzer, fünffach bereift, lieferbar je nach Wunsch ab München oder ab Fabrik.

Der zweitbeste Werber ein Motorrad, fabrikneu, 200 ccm, steuerfrei.

Der drittbeste Werber einen Bücherschrank nebst einer Bibliothek nach Wahl im Werte von 200 [*R*]*M.*

Der viertbeste Werber eine Bibliothek im Werte von 100 [*R*]*M.*

Der fünftbeste Werber eine Bibliothek im Werte von 50 [*R*]*M.*

An weiteren Preisen erhalten die nachfolgenden 45 besten Werber das komplette Werk: Adolf Hitler, "Mein Kampf" in einer eigenen numerierten Ausgabe, die käuflich nicht zu erwerben ist, mit Bild und Widmung des Führers.

Die 10 in der Werbung erfolgreichsten Ortsgruppen erhalten je einen Photoapparat mit Optik 4,5 im Werte von [*R*]*M. 100.- Der in der Werbung erfolgreichste Gau erhält ein S.A.-Transport-Auto, 1 1/2 l Lastwagen, fabrikneu, 5 fach bereift, lieferbar je nach Wunsch ab München oder ab Fabrik. Die Abgabe dieses Werbepreises wird an die Bedingung geknüpft, daß der beste Gau mindestens 1.000 neue Bezieher für den "V.B." geworben hat.*

Der im Erfolg an 2. Stelle stehende Gau erhält 3 Motorräder, fabrikneu, 200 ccm, steuerfrei.

Der an 3. Stelle 2 Motorräder.

---

lin, Brandenburg und Ostmark, einschließlich der S.A.-Leitung und ein Teil der Reichsleitung untergebracht werden. Der 'Völkische Beobachter' soll dann als Morgen- und der 'Angriff' als Abendblatt - beide täglich - erscheinen."

11 Zum damaligen Zeitpunkt waren acht Redakteure in der Redaktion des Völkischen Beobachters beschäftigt. Zur personellen Entwicklung der Redaktion vgl. Hoser, Münchner Tagespresse, Bd. II, S. 1091 ff.

12 Die NSDAP legte auf die Verbreitung ihrer Schriften großen Wert und versuchte hartnäckig, ihre Mitglieder für entsprechende Werbeaktionen einzusetzen. Vgl. Hale, Presse, S. 50 sowie Bd. I, Dok. 3; Bd. III/1, Dok. 28, 29, 42.

Für jeden in der oben angegebenen Zeit geworbenen Dauerbezieher des "V.B." erhalten außerdem:

1. die Ortsgruppe 60 Pf. Barpreis,

2. die örtliche S.A.-Gruppe ebenfalls 60 Pf. Barpreis,

3. der Gau außerdem 35 Pf. Barpreis und

4. die Gau-S.A. weiterhin noch 35 Pf. Barpreis.

Zusammen gelangen pro Neuabonnement [R]M. 1.90 zur Verteilung.

Bei Werbung für den "Illustrierten Beobachter" werden bei der Werbeprämienverteilung 4 Neubezieher gleich einem Neubezieher des "Völkischen Beobachters" gerechnet.

Im einzelnen bitten wir im Interesse einer reibungslosen Durchführung dieser gewaltigen Propagandaaktion folgende Bestimmungen auf das genaueste zu beachten:

Die Bestimmungen zur Durchführung dieser Werbeaktion sind in folgenden Punkten niedergelegt:

1. Die Werbeaktion für die Zentralorgane der Bewegung, den "Völkischen Beobachter" und den "Illustrierten Beobachter", beginnt am 1. Februar 1930 und endet am 15. Juni 1930.

2. *Die Träger dieses großen Werbefeldzuges sind alle Nationalsozialisten.* Jeder einzelne Anhänger unserer Bewegung, insbesondere aber alle jene Parteigenossen, die eine Führerstellung einnehmen, haben die besondere Aufgabe, auf diesen Aufruf überall, bei Sprechabenden und Versammlungen, in allen Rundschreiben, Aufrufen usw. hinzuweisen.

3. Alle Parteigenossen und -Freunde, die sich an der Propagandaaktion beteiligen, lassen sich das benötigte Material am besten direkt vom Parteiverlag zusenden oder bestellen es durch die Ortsgruppe, die ihrerseits für sofortige Weiterleitung der Bestellungen sorgt. Alle Bestellungen auf Werbematerial müssen auf den vom Parteiverlag hinausgegebenen Bestellzetteln angefordert werden.

Das gesandte Material ist sorgfältig zu verwenden. Erledigung der einlaufenden Bestellungen der Reihenfolge des Eingangs nach. Alle Bestellungen sind rechtzeitig abzusenden, damit Reklamationen vermieden werden. Lieferungstermine von bis zu 10 Tagen müssen wir uns in Anbetracht des zu erwartenden Ansturms ausdrücklich vorbehalten. Das Werbematerial wird bei kleinerem Bedarf kostenlos abgegeben, bei Mengen über 10 Kilo für jede weitere 5 Kilo [*R*]M. 1.- Spesenanteil, der im voraus einzusenden ist.

4. Der Parteiverlag eröffnet für jeden Werber ein Werbekonto. Die Kontonummer wird jedem Werber besonders bekanntgegeben. In allen Zuschriften, die diesen Werbefeldzug betreffen, ist diese Kontrollnummer zu vermerken. Außerdem bitten wir ausdrücklich, in jeder Zuschrift Ortsgruppen- und Gauzugehörigkeit zu vermerken, damit zeitraubende Rückfragen vermieden werden und die Werbeprämien für Ortsgruppen und Gaue richtig gebucht werden können.

5. Eine allgemein gültige Regel, wie die Werbung von Neubeziehern vorgenommen wird, soll hier nicht aufgestellt werden. Der größte Teil der bisherigen Abonnentenwerber hat eine eigene Methode, die in seinem Wirkungskreis sich zweckentsprechend bewährt hat. In folgendem handelt es sich daher nur um Vorschläge. Eingeleitet wird die Werbung am besten durch mündliche und evtl. schriftliche Hinweise auf die Macht der Presse, ihre Vormachtstellung in-

nerhalb Deutschlands und ihre Beherrschung durch die Juden [13]. In Probenummern vom "V.B." und "I.B." werden besonders interessante Artikel und Bilder durch Kennzeichnung mittels Farbstift besonders hervorgehoben und dazu in Wort oder Schrift die nötigen Aufklärungen und Ergänzungen gegeben. Die auf diese Weise gewonnenen Interessenten erhalten dann noch in der Zeit vom 16.-29. Februar ein Freiabonnement für den "V.B." vollständig kostenfrei eingewiesen. Selbstverständlich ist es notwendig, daß die Werber auch in dieser Zeit ständig auf den Bezug hinweisen, bis sie schließlich die Bestellung in Empfang nehmen können. Freiexemplaranträge sind auf den von uns herausgegebenen Formblättern, die auf Verlangen kostenlos versandt werden, bis *spätestens* 10. Februar 1930 an den Parteiverlag einzusenden. Die Empfänger der Freistücke werden von uns über die Einweisung des Freiexemplars verständigt. Die weitere Bearbeitung wird von uns nur auf ausdrücklichen Wunsch übernommen.

6. Hat sich jemand bereit erklärt, den "Völk. Beob." oder "Illustr. Beobachter" zu beziehen, füllt der Werber einen entsprechenden Bestellzettel aus. Bestellhefte versendet der Verlag kostenlos. Die Bestellzettel sollen rechtzeitig, spätestens aber bis zum 22. Februar *direkt an den Parteiverlag* Frz. Eher Nachf. G.m.b.H., München 2, NO., eingesandt werden, da der Verlag für alle nach diesem Termin eingehenden Bestellzettel der Post Verspätungsgebühren bezahlen muß. Die weitere Bearbeitung der einlaufenden Bestellzettel übernimmt der Parteiverlag selbst. Selbstverständlich ist nur auf die Werbung von Dauerabonnenten Gewicht zu legen [14].

7. Am Ende der Werbeaktion - 15. Juni 1930 - sendet uns jeder Werber über die während des Propagandafeldzuges gemachten Erfahrungen einen genauen Bericht.

8. Der Parteiverlag prüft im Anschluß daran die Postlisten. Der Versand und die Überweisung der Werbeprämien erfolgt ab 31. Juni und wird etwa 4-6 Wochen in Anspruch nehmen.

Die Veröffentlichung der Preisträger erfolgt nach Abschluß der Werbeaktion in allen Blättern des Parteiverlags.

9. Abonnements, die vom Verlag rabattiert werden (also diejenigen für Zeitungshändler usw.), fallen nicht unter die Werbeprämienverteilung.

Abdrucke dieses Aufrufes stehen in gewünschter Anzahl für die Werber zur Verfügung. Alle Anfragen, die diese Werbeaktion betreffen, sind gesondert an den Parteiverlag Franz Eher Nachf., Abtlg. Zeitungen, zu richten. Anfragen und Mitteilungen anderer Art bitten wir unbedingt auf gesonderten Briefbogen zu schreiben. Unter der Spalte "Mitteilungen vom Werbefeldzug" richten wir im "V.B." eine ständige Spalte ein, die die Mitteilungen über die Propagandaaktion enthält.

---

13 Vgl. Herbert A. Strauss, The Jewish Press in Germany, 1918-1939 (1943). In: The Jewish Press that was. Accounts, Evaluations, and Memories of Jewish Papers in pre-Holocaust Europe, Jerusalem 1980, S. 321-353; Barbara Suchy, Die jüdische Presse im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. In: Juden als Träger bürgerlicher Kultur in Deutschland. Hrsg. von Julius H. Schoeps, Sachsenheim 1989, S. 167-191.

14 Zum damaligen Zeitpunkt hatte etwa jedes dritte Mitglied der NSDAP den Völkischen Beobachter abonniert. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 181.

Ich erwarte, daß alle Nationalsozialisten die Werbeaktion des Parteiverlags mit aller Energie unterstützen und damit zum Erfolge führen.

In den nächsten Tagen werde ich mich noch persönlich mit einem Aufruf an alle Pg. wenden [15].

München, den 3. Februar 1930

gez. *Adolf Hitler* [16]

---

15 Vgl. Dok. 17.

16 Folgt Aufruf des Direktors des Eher-Verlags, Max Amann: "*Parteigenossen! Nun an die Arbeit. Werben heißt kämpfen! Wir alle dienen nicht einem privaten Unternehmen und irgendwelchen privaten Interessen,* sondern *einzig und allein unserer nationalsozialistischen Bewegung.* Diese Werbeaktion muß den *Erfolg unseres letztjährigen Werbefeldzuges* noch übersteigen. *Jeder einzelne Parteigenosse ist dafür verantwortlich,* weil jeder einzelne am Erfolg beteiligt ist, wenn er unermüdlich wirbt. *Jeder einzelne Werber muß versuchen, den anderen zu übertreffen.* Jeder einzelne Parteigenosse muß seine Ehre daransetzen, für sich selbst, für seine Ortsgruppe oder seine S.A.-Gruppe Preise zu erringen.
Der Erfolg dieser Werbeaktion ist von unerhörter Bedeutung für die Bewegung.
Haben wir jetzt erst durch unsere Zentralorgane in die ungeheuere Macht der feindlichen Presse in Deutschland eine Bresche geschlagen, so gilt es nun, diesen Stützpunkt zur Festung auszubauen.
Das Heer der Braunhemden ist der Träger dieses Kampfes, aber auch jeder nicht in der S.A. organisierte Parteigenosse nimmt an diesem Kampfe teil. Ob S.A.-Mann, ob Redner, ob einfacher Parteigenosse, der Erfolg allein entscheidet für die Erringung der Werbepreise. Und es muß der Stolz jedes Parteigenossen sein, die Anerkennung des Führers der Bewegung durch eine solche Belohnung zu besitzen.
Parteiverlag Frz. Eher Nchf., G.m.b.H.,
gez. Amann."

4. Februar 1930 Dok. 13
Beleidigungsprozeß gegen Albrecht von Graefe [1], Josef Osterhuber [2], Thomas Wimmer [3], Adolf Dichtl [4] und Julius Zerfaß [5]
Aussage vor dem Landgericht München I [6]

VB vom 6.2.1930, "Der politische Hochstapler als 'Kronzeuge' gegen Adolf Hitler" [7].

Es ist natürlich klar, daß wenn der Politiker heute klagt, der Grund ein *außerordentlicher* sein muß. Der Vorwurf, der diesmal erhoben wurde, ist deshalb so schwer, weil er nicht nur meine Person moralisch in den Augen der Mitglieder erledigt, sondern auch die in meinen Augen *allein mögliche Außenpolitik*, die in absehbarer Zeit zum Sieg kommen wird [8], unmoralisch erscheinen läßt und im weiteren Sinne dem deutschen Vaterlande schweren Schaden zufügt.

---

1 Albrecht von Graefe (1868-1933), Rittergutsbesitzer, Major a. D., 1887 Leutnant, 1912-1918 MdR (Deutschkonservative Partei), 1919 Mitglied der Nationalversammlung, 1920-1928 MdR (DNVP, ab 1922 DVFP), 1922 Mitbegründer der DVFP, 1924/25 Mitglied der Reichsführerschaft der NSFB (zusammen mit Erich Ludendorff und Gregor Straßer). Vgl. auch Bd. I, Dok. 110, 111.

2 Josef Osterhuber (1876-1965), Journalist, 1903-1905 Redakteur der "Augsburger Postzeitung", 1905/06 Chefredakteur der "Neuen Augsburger Zeitung", 1907-1933 Chefredakteur des "Bayerischen Kuriers".

3 Thomas Wimmer (1887-1964), Schreiner, 1911 Eintritt in die SPD, 1925-1933 Stadtrat in München (SPD), 1933 Haft im KZ Dachau, 1948-1960 Oberbürgermeister von München.

4 Adolf Dichtl (1879-1950), Parteisekretär der SPD, 1933 Haft im KZ Dachau.

5 Julius Zerfaß (1886-1956), Gärtner, SPD-Mitglied, 1913 freier Journalist, 1918-1933 Feuilletonredakteur der "Münchener Post", 1933 Haft im KZ Dachau, 1934 Flucht in die Schweiz.

6 Bei diesem Prozeß handelte es sich um ein Berufungsverfahren einer Verhandlung vor dem Amtsgericht München am 6./7.5.1929. (Vgl. Bd. III/2, Dok. 34 und 35). Anlaß für Hitlers damalige Beleidigungsklage war der Vorwurf, seine proitalienische Haltung in der Südtirol-Frage resultiere aus der Finanzierung der NSDAP durch Italien - so im Deutschen Tageblatt vom 13.3.1928, "Mussolini, Südtirol und die Nationalsozialisten", und vom 8.8.1928, "Streiflichter aus dem Wahlkampf", im Bayerischen Kurier vom 16.5.1929, "Redendes Schweigen", in der Münchener Post vom 21.5.1928, "Die entlarvten Verräter Südtirols", und durch ein Wahlplakat der SPD, "Adolf Hitler entlarvt!" (BayHStA, Plakatslg. 8167). Am 14.5.1929 wurden Graefe, Osterhuber und Zerfaß zu je 1.000 RM, Dichtl und Wimmer zu je 800 RM Geldstrafe wegen übler Nachrede verurteilt. Hitler, gegen den Widerklage wegen seiner Rede vom 19.5.1929 im Zirkus Krone (vgl. Bd. II/2, Dok. 278) erhoben worden war, wurde vom Vorwurf der Beleidigung freigesprochen. Dagegen legten alle Beteiligten Berufung ein; in der Verhandlung vor dem Landgericht München I am 4./5.2.1930 war es ihnen allerdings nicht möglich, ihre Vorwürfe gegen Hitler zu beweisen. Am 5.2.1930 erklärten sich Hitler und Graefe zu einem außergerichtlichen Vergleich bereit, worauf das Gericht das Verfahren auf unbestimmte Zeit aussetzte. Vgl. Günter Schubert, Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik, Köln 1963, S. 211 sowie Jens Petersen, Hitler - Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1933-1936, Tübingen 1973, S. 26 ff.

7 Vgl. auch Münchener Post vom 4.2.1930, "Prozeß um die Geldquellen der Hitlerbewegung"; Bayerischer Kurier vom 5.2.1930, "Hitlers Südtirol-Politik"; Frankfurter Zeitung vom 5.2.1930, "Die Geldquellen der Nationalsozialisten"; Il Messagero vom 5.2.1930, "Gli accusatori di Hitler condannati"; Münchener Post vom 5.2.1930, "Entlarvung des bayerischen Faszismus"; Münchner Neueste Nachrichten vom 5.2.1930, "Hitlers Geldquellen"; Münchner Neueste Nachrichten vom 6.2.1930, "Hitlers Geldgeber"; VB vom 7.2.1930, "Der zweite Tag". Ferner Bericht Nr. 48 des Vertreters der Reichsregierung in München Haniel von Haimhausen vom 7.2.1930; BayHStA 15.01/25789.

8 Eine der Leitlinien von Hitlers außenpolitischen Vorstellungen bildete das Ziel eines deutsch-italienischen Bündnisses, wie er es in Kapitel XV seines "Zweiten Buchs" ausführlich erläutert. Vgl. Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928. Eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg. Mit einem Geleitwort von Hans Rothfels, Stuttgart 1961, S. 176 ff.

Seit der ersten Verhandlung [9] hat sich unendlich viel geändert: Die von mir eingenommene außenpolitische Einstellung ist von großen Parteien aufgenommen worden, ja von einem ganzen Staat, nämlich *Deutsch-Österreich,* das die von mir seit 9 Jahren vertretene außenpolitische Linie einschlug [10], mit dem Ergebnis, daß es sofort den *ersten außenpolitischen Sieg* erzielt hat [11]. Auch andere Verbände haben sich zu meiner außenpolitischen Linie bekehrt, die dem Herrn von Graefe außerordentlich nahe stehen. So zeigt der *Stahlhelm* ein großes Interesse am Faschismus [12], dem die engsten Parteifreunde des Herrn von Graefe angehören. Eine große Anzahl von nationalen Politikern anderer Parteien haben sich zu meiner Auffassung bekannt, auch ist eine große Anzahl von Schriften seitdem erschienen, so daß ersichtlich die Menge derer, die meine politische Auffassung: *Verständigung mit Italien*, teilen, ununterbrochen zunimmt [13], und daß heute der "Bayerische Kurier" melden muß, daß der österreichische Bundeskanzler *Schober* nach Rom gefahren ist, um Mussolini [14] eine goldene Ehrennadel zu überbringen [15].

Zu Hitlers damaligem Italienbild vgl. Hans Woller, Machtpolitisches Kalkül oder ideologische Affinität? Zur Frage des Verhältnisses zwischen Hitler und Mussolini vor 1933. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz/Hans Buchheim/Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 42-63.

9 Vgl. Bd. III/2, Dok. 34, 35.

10 Der österreichische Bundeskanzler Schober hatte die Außenpolitik seines Vorgängers Seipel fortgesetzt und Mussolini signalisiert, daß er das Südtirol-Problem als inneritalienische Angelegenheit betrachte. Am 4.2.1930 war er in Rom eingetroffen und hatte zusammen mit Mussolini zwei Tage später den italienisch-österreichischen Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrag unterzeichnet. Darin verpflichteten sich beide Länder, alle rechtlichen Streitigkeiten dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag oder einem besonderen Schiedsgericht vorzulegen. Vgl. Walter Goldinger/Dieter A. Binder, Geschichte der Republik Österreich 1918-1938, Wien 1992, S. 169 f.

11 Während der Haager Konferenz war es Bundeskanzler Schober am 19.1.1930 gelungen, die Zusage der alliierten Vertreter für die Streichung der noch ausstehenden österreichischen Reparationen aus dem Friedensvertrag von St. Germain zu erhalten. Dieser Erfolg war nicht zuletzt durch Mussolinis Unterstützung ermöglicht worden, der nach dem Wechsel der österreichischen Politik in der Südtirol-Frage seine Obstruktion der österreichischen Wirtschafts- und Finanzpolitik aufgegeben hatte. Vgl. Goldinger/Binder, Republik Österreich, S. 168 ff.

12 Die zunächst indifferente Haltung des Stahlhelm gegenüber dem italienischen Faschismus hatte Ende der 20er Jahre einer zunehmenden Bewunderung für dieses Modell eines autoritären Staates Platz gemacht. Diese veränderte Einstellung wurde erstmals greifbar bei einer propagandistisch groß aufgezogenen Fahrt nach Italien, die der Nationale Deutsche Automobilklub im Oktober 1929 mit etwa 100 Teilnehmern unternommen hatte. Im November 1929 hatte eine Gruppe von uniformierten Stahlhelm-Funktionären einen Kranz am Grabmal des Unbekannten Soldaten in Rom niedergelegt. Vgl. Klaus-Peter Hoepke, Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus. Ein Beitrag zum Selbstverständnis und zur Politik von Gruppen und Verbänden der deutschen Rechten, Düsseldorf 1968, S. 276 ff.

13 Hatte der Konflikt um die Haltung zur Südtirol-Frage innerhalb der deutschen Rechten im Frühjahr 1928 seinen Höhepunkt erreicht, so begann seit 1929 Hitlers "realpolitische" Linie an Terrain zu gewinnen. Damals gingen mit der Deutschen Allgemeinen Zeitung und der Berliner Börsenzeitung zwei große bürgerliche Zeitungen dazu über, für eine deutsch-italienische Kooperation zu werben. Vgl. Petersen, Hitler - Mussolini, S. 28 ff.

14 Benito Mussolini (1883-1945), Lehrer, 1910 Sekretär der sozialistischen Provinzialföderation von Forli, 1912 Direktor des Parteiorgans "l'Avanti!", 1914 Parteiausschluß, 1914 Gründer der Tageszeitung "Il popolo d'Italia", 1919 Gründer und Führer (Duce) der Fasci di Combattimento (ab 1921: Partito Nazionale Fascista), 1922-1943 italienischer Ministerpräsident, 1938 Oberster Befehlshaber der italienischen Streitkräfte, 1943-1945 Staatschef der Republik von Salò (Repubblica Sociale Italiana), am 28.4.1945 erschossen.

15 Vgl. Bayerischer Kurier vom 4.2.1930, "Schober auf dem Weg nach Rom", wo Schobers Reise nach Rom angekündigt wird. Dem Artikel zufolge war eine Verleihung des Großen Sterns des Ehrenzeichens für den italienischen König Viktor Emanuel III. und des Großen Goldenen Ehrenzeichens für Mussolini vorgesehen.

Ich bin überzeugt, daß die Aufnahme dieser Beziehungen zum ersten Mal den Südtirolern wirklich eine Erleichterung bringen wird [16].

Hitler legt nun des weiteren seine bekannte außenpolitische Auffassung dar, wonach sich Deutschland mit *dem* Staat Europas befreunden muß, der der natürliche Feind Frankreichs ist [17] - eine Auffassung, die er seit 1920 ununterbrochen vertreten hat [18]. Herr Graefe kann nicht aus Besorgtheit gehandelt haben, sondern in der *Wahlabsicht* [19], den politischen Gegner auf diese Weise schwächen, vielleicht sogar vernichten zu können. Seine Vorwürfe sind vollkommen klar und eindeutig, die ganze deutsche Presse hat sich die Definition der Angeklagten *zu eigen gemacht:* Ich würde eine bestimmte, Verrat an Südtirol übende, Politik betreiben [20] gegen materielle Bezüge [21]. Hier wird mir der Vorwurf gemacht, daß die ganze nationalsozialistische Bewegung *bestochen* wird und ich sie bestechen lasse, in eine Politik hineinzwänge, die Graefe als Verrat bezeichnet und die ich *als einzige Rettung Deutschlands* ansehe. Im politischen Leben gibt es keine außenpolitischen Grundsätze [*sic!*]. Programmatischer Grundsatz der Partei ist ihre Stellung zum Rasseproblem, zum Pazifismus und zum Internationalismus. *Außenpolitik ist ein Weg zum Ziel.* In außenpolitischen Dingen werde ich mich *nie binden lassen.* Ich bekämpfe die Politik des Herrn Stresemann nicht deshalb, weil er in Locarno einen *Verzicht* ausgesprochen hat [22], sondern, weil dieser Verzicht nicht zu einem positiv praktischen *Ergebnis für Deutschland* geführt hat und führen kann. Ich kenne keinen Vorgang in der Weltgeschichte, wonach auf einem anderen Weg einem Volk ein Gebiet wieder zurückgebracht wurde als auf dem der politischen Machtmittel. Hier mache ich Stresemann den Vorwurf, daß

16 Langfristig wurde die italienische Assimilierungspolitik in Südtirol durch den italienisch-österreichischen Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrag kaum beeinflußt; allerdings begnadigte Mussolini am 21.2.1930 in einer propagandistisch groß aufgezogenen Aktion eine Reihe von politisch inhaftierten Südtirolern. Vgl. Freiberg, Südtirol, Bd. 1, S. 199 ff.

17 Vgl. Dok. 9, Anm. 27.

18 Vgl. z. B. Hitlers Rede vom 1.8.1920 in Nürnberg. Druck: Eberhard Jäckel und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980, Dok. 126. Vgl. ferner dies. und Hermann Weiß, Neue Erkenntnisse zur Fälschung von Hitler-Dokumenten. In: VfZ 32 (1984), S. 163-169.

19 Gemeint ist die Reichstagswahl vom 20.5.1928.

20 Hitlers Einschätzung des Südtirol-Problems - Verzicht auf Südtirol zugunsten einer deutsch-italienischen Freundschaft - , fand anfangs weder im bürgerlichen und erst recht nicht im rechtsextremen Lager Verständnis, so daß Hitler immer wieder diesen "Sündenfall" unter seinen außenpolitischen Zielvorstellungen zu rechtfertigen suchte. Vgl. seine breiten Darlegungen im Kapitel XV seines "Zweiten Buchs" (hier S. 189 ff.) sowie seine Unterredung mit dem italienischen Konsul in München, Giovanni Capasso Torre di Capraia, im Anschluß an diesen Prozeß am 14.2.1930; Felice, Mussolini e Hitler, S. 154 ff.

21 Fasziniert von den Erfolgen der italienischen Faschisten hatte Hitler bereits im September 1922 durch seinen außenpolitischen Berater Kurt Lüdecke Kontakte zu Mussolini aufgenommen, während Mussolini wiederum durch ein Netz von Vertrauensleuten versuchte, Fühlungnahme zu den verschiedenen deutschen Rechtsgruppen zu halten. "Eine direkte italienische Einflußnahme und Unterstützung des bayerischen Rechtskartells um Kahr, Lossow, Seißer, Ludendorff und Hitler" ist "zwar nicht schlüssig nachzuweisen, aber denkbar." Vgl. Alan Cassels, Mussolini and German Nationalism, 1922-1925. In: The Journal of Modern History XXXV (1963), S. 137-157. Petersen, Hitler - Mussolini, S. 14 ff. Zitat S. 15.

22 Auf der Konferenz von Locarno (5.-16.10.1925), an der Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Polen und die Tschechoslowakei teilnahmen, wurden neben verschiedenen Schiedsabkommen vor allem der sog. Rhein- oder Sicherheitspakt ausgehandelt. In ihm verpflichtete sich Deutschland zur Anerkennung der durch den Versailler Friedensvertrag fixierten Westgrenze, behielt sich aber einen Anspruch auf Revision seiner Ostgrenze vor. Vgl. Krüger, Außenpolitik S. 269 ff. Vertragstexte: RGBl. 1925, II, S. 975 ff.

er seinen Verzicht nicht ausgesprochen hat, um in den Besitz brachialer Machtmittel gelangen zu können. (Unterbrechung durch den *Vorsitzenden* [23] und R[*echts*]A[*nwalt*] Dr. *Halbe* [24].) Hitler stellt zum Schluß fest, *daß er weder Südtirol verraten, noch darauf verzichtet hat,* denn letzteres ist bereits geschehen, noch auch irgendeine Unterstützung für diesen Verzicht bekommt, noch überhaupt irgendeine Unterstützung. Die Nationalsozialistische Partei huldige drei Grundsätzen, die sie immer aufrechterhalten wird und aufrechterhalten hat:

1. Niemals einen Pfennig Geld von Juden;

2. nie von einem Ausländer;

3. nie einen Pfennig Geld unter einer Bedingung anzunehmen.

Die gesamten Beweisangebote haben früher *versagt*, und müssen diesmal genauso versagen, weil ich in meinem Leben niemals von Italien einen Pfennig Geld bekommen habe.

[...] [25]

Hitler weist noch auf einen Irrtum der Urteilsbegründung hin, wonach er persönlich keinen Wert auf Art und Umfang der Bestrafung der Angeklagten gelegt habe, so daß diese an Stelle der verwirkten Gefängnisstrafe mit einer milden Geldstrafe davongekommen seien [26]. Er habe im Gegenteil gesagt, daß er sich mit der Frage des Strafausmaßes nicht befassen möchte [27]: *Heute müsse es aber anders sein, weil die Erfahrung gelehrt habe, daß solche Urteile ins Gegenteil gekehrt werden.*

[...] [28]

Hitler verwahrt sich dagegen, daß versucht wird, den Prozeß auf ein ganz anderes Gebiet zu schieben. Er wendet sich gegen eine derartige Verschiebung der Basis unbeachtet seiner Erklärung, daß er nie Auslandsgeld erhalten habe.

[...] [29]

Hitler: Graf Reventlow [30] stellte mir 1922 einen Mann namens *Lüdecke* [31] vor. Oberleutnant Neumann [32] machte mich aufmerksam, daß dieser Lüdecke ein *Spitzel* sei. Es ließ sich

---

23 *Albert* Frank, vgl. Dok. 5, Anm. 24.

24 Halbe, Dr. jur., Rechtsanwalt in Breslau, fungierte in diesem Prozeß als Rechtsanwalt Graefes.

25 Hinweis von Hitlers Rechtsanwalt Hans Frank, daß Hitler inzwischen in einem Prozeß vor dem Amtsgericht Schweidnitz unter Eid ausgesagt habe, "niemals von ausländischer Seite Geld angenommen" zu haben. Vgl. Bd. III/2, Dok. 114.

26 Vgl. Anm. 6.

27 Vgl. Bd. III/2, Dok. 35: "Ich [*Hitler*] verlange keine Bestrafung, sondern nur die Feststellung, daß die Verleumdung nicht wahr ist."

28 Folgt Vernehmung des Zeugen Karl Ernstperger, dem eine Finanzierung der NSDAP durch ausländische Gelder nicht bekannt ist.

29 Folgt weitere Vernehmung des Zeugen Ernstperger. Verlesung eines Entschuldigungschreibens von Erich Ludendorff, der mitteilt, daß er nichts anderes aussagen könne als in seiner Vernehmung am 7.5.1929 und deshalb auf weitere Aussagen verzichte. Folgt Vernehmung des Zeugen Alfred Rosenberg, der ebenfalls finanzielle Zuwendungen aus Italien bestreitet. Hinweis auf die Italienreisen Lüdeckes, bei denen jedoch finanzielle Themen nicht zur Sprache gekommen seien. Vgl. Bd. III/2, Dok. 35.

30 Ernst Graf zu Reventlow (1869-1943) Kapitänleutnant a. D., Schriftsteller, 1920-1943 Herausgeber der Wochenschrift "Der Reichswart", 1922 Mitbegründer der DVFP, 1924-1933 MdR (DVFP, ab 1927 NSDAP), 1933 stellvertretender Führer der Deutschen Glaubensbewegung.

31 Kurt Lüdecke (geb. 1890), Kaufmann, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1922/23 außenpolitischer Berater Hitlers, 1926-1928 in den USA tätig, 1934 nach KZ-Haft Emigration in die USA, 1938 Verfasser von "I knew Hitler. The Story of a Nazi who escaped the Blood Purge".

32 Kurt Neumann. Näheres nicht zu ermitteln.

nichts feststellen. Sein Diener Ludwig Schmied [33] hat ebenfalls keinen Verdacht gefunden, wenn er auch bei uns nie ganz schwieg. Heute wissen wir, daß er mit einem andern Lüdecke [34] verwechselt wurde. Eines Tages brachte er 200 Francs französisches Geld, das ich bei der Polizei deponieren ließ, die seine Bewachung übernommen hat. Er wurde dann verhaftet, aber es stellte sich heraus, daß seine Aussagen richtig waren.

[...] [35]

Hitler erklärt, daß es von 1923 bis 1927 [*sic!*] keine nationalsozialistische Partei, die aufgelöst war, gegeben hat [36].

[...] [37]

Hitler wiederholte energisch, daß Lüdecke von ihm niemals einen Auftrag erhalten habe, zu Herrn Ford [38] zu gehen [39]. Solche Fragen haben für diesen Prozeß nur den Zweck, die *allgemeine Aufmerksamkeit mit lauter derartigen vollkommen nichtssagenden Zwischenfragen vom Hauptthema wegzuziehen,* nämlich von der Frage: Hat die Bewegung von Italien Geld bekommen oder nicht? Weil ich diese Taktik genau durchschaue, deshalb verwahre ich mich dagegen.

[...] [40]

Auf Befragen *Hitlers* bestätigt der Zeuge [41], daß die Bewegung von 1923-1927 [*sic!*] verboten war, daß in dieser Zeit nur *Sammlungen* für die Hinterbliebenen der Gefallenen und für

---

33 Lüdecke schreibt (I knew Hitler, S. 82 f., 367), zur Unterstützung seiner Aufgaben in der NSDAP habe Hitler ihm Schmied zugeordnet; der ehemalige österreichische Kriegsfreiwillige habe nach 1918 einem Freikorps angehört und im April/Mai 1919 gegen die Münchner Räterepublik gekämpft. Später sei Schmied rechte Hand von Max Amann gewesen.

34 Gemeint ist Hugo E. Lüdecke, der während des Ersten Weltkriegs für den britischen Geheimdienst in Argentinien gearbeitet haben soll, dann wegen eines Sittlichkeitsdelikts ausgewiesen wurde. 1922 Einreise nach Bayern und Anschluß an die Vaterländischen Verbände, 1925 Verurteilung vom Kammergericht Berlin zu 6 Jahren Zuchthaus wegen Landesverrats. Vgl. Schubert, Außenpolitik, S. 161 f.

35 Folgt weitere Vernehmung des Zeugen Rosenberg. Vorlage einiger Zeitungsartikel durch Rechtsanwalt Max Hirschberg, in denen Lüdecke u. a. als "italienischer Vertreter Hitlers" bezeichnet wird. Frage Hirschbergs, ob Lüdecke 1924 versucht habe, bei Henry Ford Gelder für die NSDAP zu erhalten.

36 Die NSDAP war in Bayern am 9.11.1923 durch den Bayerischen Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr, im Deutschen Reich am 23.11.1923 durch General Hans von Seeckt als Inhaber der Vollziehenden Gewalt verboten worden. Nach Hitlers Haftentlassung am 20.12.1924 wurde die Partei durch ihn offiziell am 26.2.1925 wiedergegründet. Vgl. David Jablonsky, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989, S. 26 ff. sowie Bd. I, Dok. 1 ff.

37 Mitteilung Hirschbergs, daß Lüdecke im Auftrag Hitlers bei Ford gewesen sei. "Lüdecke habe hinzugefügt, daß er in gleicher Mission in Rom gewesen sei."

38 Henry Ford (1863-1947), amerikanischer Ingenieur, 1903 Gründer und Präsident (1903-1919, 1943-1945) der Ford Motor Company.

39 Eine finanzielle Unterstützung der NSDAP durch Henry Ford läßt sich nicht nachweisen. Vgl. Henry Ashby Turner, jr., Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985, S. 75, 442.

40 Frage Hirschbergs an Rosenberg, ob er wisse, daß Lüdecke bei Ford gewesen sei, wird durch den Vorsitzenden abgelehnt.

41 Alfred Rosenberg (1893-1946), Architekt, 1919 Eintritt in die DAP/NSDAP, 1921 Schriftleiter des "Völkischen Beobachters", 1923-1937 Hauptschriftleiter, 1924 Gründer der Großdeutschen Volksgemeinschaft, 1924-1930 Herausgeber der Zeitschrift "Der Weltkampf", 1929 Gründer des Kampfbunds für deutsche Kultur, 1930 Verfasser von "Der Mythus des 20. Jahrhunderts", 1930-1933 MdR, 1933 Leiter des Außenpolitischen Amts der NSDAP, 1934-1945 "Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP", 1941-1945 Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, 1946 hingerichtet.

die Wahlen stattfanden, daß Hitlers außenpolitische Einstellung vom Anbeginn der Bewegung bis heute, also schon zur Zeit, als Mussolini noch nicht Diktator in Italien war, immer die gleiche gewesen ist und auch vom "Völkischen Beobachter" stets im gleichen Sinne behandelt wurde, daß Herrn von Graefe diese ununterbrochene Einstellung bekannt sein mußte und dieser nie dagegen protestiert hat, endlich, daß Hitler wegen dieser Einstellung bis 1921 zurück von der gegnerischen Presse angegriffen worden ist, in Italien genauso, bis heute [42], wie in Deutschland.

[...] [43]

Hitler: Haben Sie von den Spendern aus Österreich auch nur einen Pfennig für Parteizwekke gegeben oder nur an Frauen und Kinder der Gefallenen?

[...] [44]

Die Frage Hitlers, ob es möglich war, in den Jahren 1921/22 von Angloamerikanern Geld für deutschnationalistische [*sic!*] Zwecke zu bekommen, erklärt der Zeuge als märchenhaft.

Hitler: Maßgebend ist, ob ich jemals den Zeugen beauftragt habe, ausländische Gelder zu beschaffen.

[...] [45]

Diese beiden Zeugen können nicht voneinander getrennt werden. Es wird hier behauptet, daß durch einen Italiener *Migliorati* [46]*, den ich nie gesehen habe und nicht kenne,* ein Versuch der moralischen und finanziellen Bestechung beim Oberst von *Seißer* [47], bzw. der bayer[*ischen*] Regierung unternommen worden ist. Zweitens, daß dieser Versuch übertragen wurde auf den Hitler-Kreis. Es ist selbstverständlich, daß dann durch den Zeugen von Seißer hier von vorneherein Klärung geschaffen wird über die Person dieses Herrn Abel [48] und den wirkli-

42 Noch im August 1929 wurde Hitler in der von Mussolini geleiteten Parteizeitung "Gerarchia" als "Pseudo-Faschist" bezeichnet. Zur Kritik der italienischen Faschisten an der NSDAP vgl. Hoepke, Die deutsche Rechte, S. 249 ff.

43 Beweisantrag durch Hirschberg: Schilderung einer Unterredung des italienischen Unterhändlers Migliorati mit Kahr und Seisser sowie Hitler und Göring; diese Schilderung basiert auf der Aussage des Zeugen Werner Abel. Folgt Vernehmung des Zeugen Lorenz Roder, der feststellt, daß er nie von Hitler den Auftrag erhalten habe, Gelder zu besorgen. Lüdecke habe damals behauptet, im Auftrag Hitlers Gelder für die Angehörigen der Parteimitglieder zu sammeln, die beim Hitler-Putsch getötet oder verhaftet worden seien. Lüdecke habe nie von Hitler den Auftrag für den Empfang italienischer Gelder erhalten. Als Hitler von Emigranten empfohlen worden sei, italienische Gelder entgegenzunehmen, habe er dies schroff zurückgewiesen.

44 Bejahung durch den Zeugen. Folgt Vernehmung des Zeugen Joseph Stolzing-Cerny, der ebenfalls behauptet, nichts über Beziehungen zwischen Hitler und Mussolini zu wissen. Folgt Vernehmung des Zeugen Ernst Hanfstaengl, der über Lüdecke berichtet.

45 Aussage Hanfstaengls, daß er nicht versucht habe, amerikanische Gelder zu beschaffen. Folgt Vernehmung des Zeugen Anton Drexler, der behauptet, daß die NSDAP keine finanzielle Unterstützung aus Italien erhalten habe. Antrag von Rechtsanwalt Hans Frank, den Zeugen von Seißer zum Beweisantrag Hirschbergs mitzuladen.

46 Giuseppe Migliorati, italienischer Hauptmann, 1923 dem italienischen Konsulat in München zugeordnet.

47 Hans (seit 1914 Ritter von) Seißer (1874-1973), 1893 bayerischer Leutnant, 1914 Major im Generalstab, 1919 Übernahme als Oberst in die bayerische Landespolizei, nach dem Sturz der Räterepublik Stadtkommandant von München, 1922-1930 Chef der Bayerischen Landespolizeiamts, de facto Befehlshaber der Landespolizei, 1924 zeitweise amtsenthoben, ab 1930 als Unternehmer tätig.

48 Werner Abel (1902-1935), Journalist, 1920 wegen Betrugs zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, Juni 1932 wegen Meineids zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, 1935 im KZ Dachau ermordet.

chen Hergang der Dinge. Das ist entscheidend auch für drei weitere Bekundungen dieses Zeugen.

Ich höre heute zum ersten Mal, daß 1923 ein Herr *Abel* sich an mich gewendet haben soll. Ich höre zum ersten Mal den Namen Könitz [49]. Mir persönlich liegt daran, daß geklärt wird, *wer denn eigentlich das italienische Geld bekommen hat.* Es ist schon einmal so gewesen, daß wirklich französische Gelder nach Bayern gekommen und in Empfang genommen worden sind von einem Kreis, der im *Fuchs-Machhaus-Prozeß* [50] eine Rolle spielte. Ich habe Herrn Machhaus [51] aus einer Redaktion hinausgeworfen und die Herren Fuchs [52]-Machhaus, als sie in die Parteigeschäftsstelle kamen, hinauswerfen lassen. Nichtsdestoweniger sind tatsächlich Gelder nach Bayern geflossen und wurden mir generell in die Schuhe geschoben. *Es hieß: Das haben die Nationalsozialisten bekommen, daraus wurden die Nationalsozialisten und daraus ich.* Seit 5 Jahren schleppe ich mich in Deutschland von einem Gerichtshof zum andern [53] und immer wird festgestellt: *Es ist nicht wahr.* Mir liegt daher auch daran, daß der Fall Abel restlos geklärt wird. Es ist deshalb unabweisbar, daß Ritter Oberst von Seißer [*sic!*] vernommen wird.

[...] [54]

Hitler: Ist die ganze Veranstaltung im Wurzerhof erfolgt, *damit* mir ein Migliorati vorgestellt wurde, oder ist die Vorstellung aus Anlaß der Begrüßung erfolgt?

[...] [55]

Hitler betont, daß er dort nie einem Migliorati vorgestellt worden ist. (Zum Zeugen): Von diesem Kartell in Ostpreußen sind Sie nach Bayern geschickt worden, weil es Beziehungen zu Hitler und anderen Kreisen aufnehmen wollte.

Zum Meineidsprozeß gegen Abel, der aufgrund seiner Zeugenaussage bei diesem Prozeß im Juni 1932 eröffnet wurde vgl. Bd. V/1.

49 Heinrich von Könitz (1886-1957), 1908 bayerischer Leutnant, 1911-1914 bei der Deutschen Schutztruppe in Südwest-Afrika, 1919 Oberleutnant, 1920 Rittmeister d. R., Adjutant bei der Organisation Escherich.

50 Gemeint ist der Prozeß gegen bayerische Separatisten im Sommer 1923, die von französischer Seite erhebliche Gelder erhalten hatten, mit dem Ziel, deren Putschpläne und Bayerns Trennung vom Deutschen Reich zu unterstützen. Vgl. Hans Fenske, Konservativismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918, Bad Homburg 1969, S. 134 ff.

51 Hugo Machhaus (1889-1923), Kapellmeister, 1921 Redakteur beim "Völkischen Beobachter", 1923 Selbstmord in Untersuchungshaft.

52 Georg Fuchs (1868-1949), Schriftsteller, 1908-1914 Leiter des Münchner Künstlertheaters, Februar 1923 Professor, Juli 1923 wegen Hochverrat zu 12 Jahren Zuchthaus und einer Geldstrafe von zwei Millionen RM verurteilt, 1927 Begnadigung.

53 Hitler hatte bereits mehrere Prozesse gegen die Behauptung geführt, ausländische Gelder erhalten zu haben. Vgl. z. B. Bd. I, Dok. 5, 132; Bd. II/1, Dok. 8, 23; Bd. III/2, Dok. 34, 35.

54 Folgt Vernehmung des Zeugen Abel, der über seine Tätigkeit als "Vertreter des ostpreußischen vaterländischen Kartells" während des Herbsts 1923 in München berichtet. Nachdem Migliorati im Rahmen eines Begrüßungsabends in der Wurzerstraße Hitler vorgestellt worden sei, habe er selbst am folgenden Tag an einem Treffen zwischen Migliorati und Hitler, Göring sowie Kapitänleutnant Hoffmann teilgenommen. Migliorati habe Unterstützung durch Propaganda und Geld angeboten, falls man auf deutscher Seite bereit sei, die Haltung in der Sütirol-Frage zu revidieren. Migliorati habe ihm dann ein "Bulletin" übergeben, in dem der Inhalt der Unterredung protokolliert gewesen sei mit der Bitte, dieses Papier nach Ostpreußen zu senden. Abel berichtet ferner, er sei nach dem Hitler-Putsch nach Wien gegangen, wo er vom italienischen Konsulat Gelder für den "Reichsführer der nationalsozialistischen Sportabteilung", Hermann Reschny, erhalten habe.
Zur Veranstaltung in der Wurzerstraße vgl. Arnolt Bronnen, Roßbach, Berlin 1930, S. 144.

55 Aussage Abels, daß er dies nicht wisse.

Sind Sie von Ostpreußen zu einem bevorstehenden Putsch geschickt worden, zum "Hitler-Putsch" oder zu einem anderen Putsch?

[...] [56]

Hitler: Eines ist wesentlich: Dann sind Sie bereits mit einem *Auftrag* nach Bayern gekommen? Sie haben erklärt, daß Sie mit einem Auftrag nach Bayern gekommen sind. Nun sagen Sie selbst, daß ich in Ostpreußen gar nicht bekannt gewesen bin? Also konnte man in Ostpreußen nicht an meine Person gedacht haben, sondern es muß ...

(Unterbrechung durch Dr. Hirschberg [57].)

Hitler zu Hirschberg: Wir haben *Sie* fast eine Stunde nicht unterbrochen - mit voller Absicht.

Zum Zeugen: Sie sind nach Bayern gekommen, um hier wegen eines Putsches Beziehungen aufzunehmen! Welche Kreise sind Ihnen zunächst als die den Putsch vorbereitenden in Ostpreußen geschildert worden?

[...] [58]

Hitler: Herr Zeuge, wollen Sie behaupten, daß ich in der Zeit, in der Sie nach Bayern gekommen sind, Beziehungen zu Ehrhardt [59] gehabt habe? *Sie haben eine Stunde lang Geschichten erzählt - jetzt ist es an der Zeit, Punkt für Punkt Ihrer Erzählungen auf die richtige Linie der Wahrheit* [*sic!*] *zu bringen.*

[...] [60]

Hitler: Es wurde ununterbrochen von einem Hitler-Kreis gesprochen. Nun ist ein konkreter Fall da, in dem dieser Kreis festgestellt werden kann. Herr Zeuge, ich frage noch einmal: Behaupten Sie, daß in der Zeit, in der Sie nach Bayern gekommen sind, Herr Kapitän Ehrhardt oder seine Organe in irgendeiner Beziehung zu mir gestanden sind? *Ja oder nein?*

[...] [61]

Hitler: Welche Fäden sind von Ehrhardt zu mir gelaufen?

[...] [62]

Hitler: Sind Sie einmal bei der NSDAP gewesen?

[...] [63]

---

56 Aussage Abels, daß Hitler "in Ostpreußen so gut wie nicht bekannt" gewesen sei.

57 Max Hirschberg (1883-1964), Dr. jur., 1911 Rechtsanwalt in München, Mitglied der SPD, März 1933 inhaftiert, November 1934 nach Italien, später in die USA emigriert, Rechtsanwalt in New York. Fungierte in diesem Prozeß als Rechtsanwalt von Thomas Wimmer und Julius Zerfaß.

58 Aussage Abels, daß er nach München gekommen sei, "um über die Stimmungsverhältnisse zu berichten".

59 Hermann Ehrhardt (1881-1971), 1899 Seekadett, 1917 Korvettenkapitän, 1919 Gründer und Kommandeur der Brigade Ehrhardt, 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, Mitbegründer der Organisation Consul, 1922 Verhaftung, 1923 Flucht aus dem Gefängnis, Mitbegründer des Bundes Wiking, 1925 amnestiert, 1926-1928 Vorsitzender des Bundes Wiking, 1933 Eingliederung der Brigade Ehrhardt in die SS, 1934 nach dem sog. Röhm-Putsch Flucht nach Österreich, 1944 zeitweilig verhaftet.

60 Aussage Abels, daß Hitler dies tun solle. Bemerkung des Vorsitzenden, daß hier nicht der Hitler-Putsch aufgerollt werden solle, sondern die Frage zu klären sei, ob Hitler italienische Gelder erhalten habe, mit der Auflage, seinen Standpunkt in der Südtirol-Frage zu ändern.

61 Aussage Abels, daß zwischen Hitler und Ehrhardt viele Fäden hin- und hergelaufen seien.

62 Aussage Abels, daß er einer dieser Fäden gewesen sei.

63 "Zeuge: Nein, aber Mitglied Ihrer heutigen (?) Sportorganisation!"

Hitler: Behaupten Sie unter Eid, daß dieser österreichische Vaterländische Schutzbund [64], bei dem Sie gewesen sein wollen, unter meiner Führung stand?

[...] [65]

Hitler: Ist dem Zeugen bekannt, daß die österreichische Bruderpartei erst seit 1927 mir unterstellt ist [66]?

[...] [67]

Auch die weitere präzise Fragestellung *Hitlers* vermag die Organisationszugehörigkeit des Zeugen nicht zu klären. Schließlich will er beim Wikingbund eingetreten sein.

Auf die Frage Hitlers, ob der Zeuge genau weiß, daß die *Zusammenkunft mit Migliorati in der Schellingstraße stattgefunden hat,* antwortet Abel ausweichend unter Berufung auf die "Niederschrift".

Auch bezüglich dieses merkwürdigen "Bulletins" geht der Kläger dem Zeugen scharf zu Leibe und will *die Namen der Kuriere* wissen, die Abel von München nach Ostpreußen geschickt hat.

[...] [68]

Hitler: Weil diese Kuriere Auskunft geben können über dieses fabelhafte "Bulletin", das nie existiert hat, und weil die Personen, die es empfingen, Auskunft geben über den Inhalt des "Bulletins".

[...] [69]

Hitler möchte auch die Frage des "Vertriebs" der "Exemplare" klären.

[...] [70]

Hitler entgegnet dem widersprechenden Dr. *Hirschberg*, daß die Gegenpartei ungezählte Beweisanträge gestellt hat mit Zeugen, die erklärt haben, sie wissen nichts. Wenn ich einen Beweisantrag lese, *über den ich innerlich lachen muß,* ich habe mit einem Herrn eine Sitzung gehabt, *den ich nie gesehen habe,* so hält man das für unbeweisbar. Nun kommt ein Zeuge, der diese ungeheuerlichen Behauptungen vor Gericht bestätigt. Natürlich liegt uns nun daran, daß diese Behauptungen, die für meine Person nicht richtig sind, geklärt werden [71].

---

64 Parallel zur Formierung der Turn- und Sportabteilung bzw. Sturm-Abteilung der NSDAP während der Jahre 1920/21 entwickelte auch die DNSAP eine paramilitärische "Ordnertruppe", die von Hermann Reschny geleitet wurde und sich seit 1923 als "Vaterländischer Schutzbund", seit 1926 als österreichische Sturm-Abteilung bezeichnete. 1923 zählte der Schutzbund 9.800 Mitglieder. Bruce F. Pauley, Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich, Wien 1988, S. 42, 50 ff.

65 Bejahung durch den Zeugen.

66 Die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) in Österreich hatte sich im Mai 1926 in die NSDAP (Schulz-Gruppe) unter der Führung von Karl Schulz und die NSDAP (Hitler-Bewegung) gespalten. Letztere unterstellte sich Ende August 1926 unter Führung von Landesleiter Friedrich Jankovic offiziell der NSDAP im Deutschen Reich. Daneben bestand der von dem ehemaligen DNSAP-Obmann Walter Riehl 1924 gegründete Deutschsoziale Verein, der sich 1930 der NSDAP (Hitler-Bewegung) anschloß. Vgl. Pauley, Weg in den Nationalsozialismus, S. 45 ff.

67 Aussage Abels, daß er dies nicht wisse.

68 Frage des Vorsitzenden, welches Interesse Hitler an diesen Namen habe.

69 Aussage Abels, daß er die Kuriere an Otto Graf von Schwerin gesandt habe.

70 Folgt Bericht über die weitere Vernehmung Abels. Laut Vorlage kann Abel nicht mehr über den Inhalt des Bulletins sagen. Bemerkung von Rechtsanwalt Hans Frank, daß die Kläger über die Vernehmung Abels nicht informiert worden seien und deshalb eine Reihe weiterer Zeugen geladen werden müßten.

71 Unterbrechung der Verhandlung durch den Vorsitzenden und Vertagung auf 5.2.1930. Zum weiteren Verlauf des Prozesses vgl. Anm. 6.

8. Februar 1930 Dok. 14
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 8.2.1930.

Es sage niemand, das Volksbegehren und der Volksentscheid [1] seien zwecklos oder vergeblich gewesen. Die Aufrüttelung der öffentlichen Meinung [2] hat schon jetzt den großen Erfolg für sich zu buchen, daß den Dawes- und Young-Parteien diesmal vor ihrer eigenen Kühnheit angst und bange wird. Wäre die Behandlung der Young-Frage ausschließlich im Reichstag erfolgt, so würde man vermutlich ohne besondere Aufregung die Sache entscheiden. Nachdem nun aber die öffentliche Meinung diese ungeheure Aufrüttelung erfuhr, wagt man es nicht mehr, hinter verschlossenen Türen die Frage abzutun, man fühlt sich irgendwie verpflichtet oder gezwungen, auch nach außen hin sich Deckung zu verschaffen. Man prüft wohl auch den Plan heute mit ganz anderen Augen, als man dies sonst getan haben würde. Noch beim Dawes-Pakt war es doch so, daß ein ganzer Teil der dafür stimmenden Abgeordneten die richtige textliche Übersetzung gar nicht kannte und wohl auch kein Bedürfnis empfand, sie kennenzulernen. Je länger man sich aber nun mit dem Young-Plan beschäftigt, um so weniger vermag man es, sich den Befürchtungen zu verschließen, die heute selbst von sehr gemäßigten Stellen aus über diesen Plan geäußert werden. Als erste Frucht des Eintritts der Nationalsozialisten in die thüringische Regierung [3] steht nun fest, daß der Staat Thüringen gegen den Young-Plan stimmen wird. Vermutlich nimmt Mecklenburg die gleiche Haltung ein [4]. Bayern wird bekanntlich "national" geleitet, das heißt, eine Koalition von Bayerischer Volkspartei, Bauernbund und Deutschnationalen regiert hier mit unbeschränkter Machtfülle [5]. Alle diese drei Parteien behaupten, auf dem föderalistischen Staatsaufbau bestehen zu wollen [6]. Es ist nun klar, daß die Annahme des Young-Plans zur restlosen finanziellen Vernichtung der Einzelländer führen

1 Vgl. Dok. 5, Anm. 6. Zum Young-Plan vgl. Dok. 5, Anm. 5; zum Dawes-Plan vgl. Dok. 5, Anm. 65.

2 Zur Reaktion der Öffentlichkeit vgl. Holz, Diskussion um den Dawes- und Young-Plan, Bd. I, S. 178 ff.

3 Vgl. Dok. 7, Anm. 5.

4 Das Haager Abkommen wurde vom Reichsrat am 5.2.1930 mit 48 gegen 6 Stimmen (Thüringen, Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Niederschlesien) und 12 Enthaltungen (Bayern, Mecklenburg-Schwerin) angenommen. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1930, S. 17 f.

5 Bei der Landtagswahl vom 20.5.1928 hatten BVP, Bayerischer Bauernbund und Bayerische Mittelpartei jeweils 31,6%, 11,5% und 9,3% der Stimmen erhalten; diese Parteien bildeten eine Koalition unter Heinrich Held, der am 30.7.1928 vom Landtag erneut zum Ministerpräsident gewählt worden war. Vgl. Wolfgang Zorn, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986, S. 321; Falter, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 91.

6 Am 18./19.11.1929 hatte in Berlin der 1928 gebildete Verfassungsausschuß der Länderkonferenz über eine Reichsreform beraten. Bei dieser Gelegenheit hatte der bayerische Ministerpräsident Held noch einmal betont, daß sich Bayern allen Bestrebungen für einen zentralisierten Einheitsstaat widersetzen werde. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 1159 ff; Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfasungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. 1: Die Periode der Konsolidierung und Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919-1930, Berlin 1963, S. 585 ff.
Zu den Trägern des Föderalismus in Bayern vgl. D. R. Dorondo, Bavaria and German Federalism. Reich to Republic, 1918-33, 1945-49, New York 1992.

muß. Nun wäre die Gelegenheit für diese Parteien, die Aufrichtigkeit ihrer föderalistischen Gesinnung vor der ganzen Welt zu bekunden. Sicherlich wird die Deutschnationale Volkspartei die Ablehnung des Young-Planes auch in Bayern wünschen, aber ebenso sicher denkt die Bayerische Volkspartei nicht im entferntesten daran, diese einzige selbstverständliche Konsequenz aus ihrem behaupteten föderalistischen Wollen zu ziehen. Eher ist es noch denkbar, daß das Reichszentrum, das zum Unterschied von der Bayerischen Volkspartei wenigstens über taktisch gerissene politische Führer verfügt, in letzter Stunde ein Haar in der Suppe findet und sich noch beizeiten aus dem Staube macht [7]. Die Forderung, daß vor dem Young-Plan noch die Reichsreform unter Dach und Fach gebracht werden müsse [8], kann vielleicht im Ernst gemeint sein, allein aus ihr und zahlreichen anderen Vorgängen der letzten Zeit spricht doch der Anschein, als ob man daran dächte, die Ehe mit der Sozialdemokratie langsam zu lösen [9].

Die Annahme des Young-Plans wird die Katastrophe bedeutend beschleunigen, der Deutschland entgegentreibt. Und dann können sich unsere Herren Politiker eines merken: Die Sozialdemokratie wird wie bisher noch immer in letzter Minute umfallen und der linken Seite, dem radikalsten Flügel, gehorchen. Schon jetzt kann die Sozialdemokratie ihr Regiment nicht mehr aus eigener Kraft aufrechterhalten, sondern nur mehr mit Hilfe des staatlichen Machtapparates. Käme es heute in den Betrieben und auf der Straße zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie zu einer Generalauseinandersetzung oder zu einer Gewaltprobe, so würde die Sozialdemokratie schon jetzt zerbrechen [10]. Das heißt: Ein Teil schwenkt mit fliegenden Fahnen zur kommunistischen Internationale ab, und der andere verkriecht sich in das nächstbeste Mauseloch. Die Taktik der Kommunisten ist heute ersichtlich die, die sozialdemokratischen Machthaber in immer kürzeren Intervallen zu zwingen, mit Polizei und Gummiknüttel [11] ge-

---

7 Zur Haltung des Zentrums zum Young-Plan und zum Abstimmungsverhalten dieser Partei in der Reichstagssitzung vom 12.3.1930 vgl. Dok. 26, Anm. 8.

8 Das Zentrum hatte seine Zustimmung zum Young-Plan weniger von der Frage der Reichsreform abhängig gemacht, als von der Frage der Finanz- und Steuerreform. Am 29.1.1930 hatten Vertreter des Zentrums Reichskanzler Hermann Müller mitgeteilt, "daß vor der endgültigen Entscheidung über den Young-Plan eine Klärung der Finanzlage erfolgen müsse; diese Klärung hat zur Voraussetzung die Verabschiedung der zur dauernden Gesundung der Kassenlage notwendigen Gesetze und stärkere Bindung der Regierungsparteien in bezug auf die Durchführung der Finanz- und Steuerreform." Druck: Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der deutschen Zentrumspartei 1926-1933. Bearbeitet von Rudolf Morsey, Mainz 1969, Dok. 505.
Zu den stagnierenden Versuchen einer Reichsreform vgl. Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, S. 564 ff.

9 Nach dem Tod Gustav Stresemanns am 3.10.1929 sorgten die politisch umstrittenen Themen Reparationsregelung, Steuerreform und Haushaltssanierung sowie die Krise der deutschen Wirtschaft, daß sich die Kooperationsfähigkeit der Großen Koalition unter Reichskanzler Hermann Müller rasch verbrauchte. Vgl. Schulz, Deutschland am Vorabend der Großen Krise, S. 451 ff.

10 Anspielung auf die damalige Abwerbungskampagne der KPD unter dem Motto: "Heraus aus der SPD - Hinein in die KPD". Vgl. Die Generallinie, Dok. 15.
Zur damaligen Entwicklung der SPD vgl. Winkler, Der Schein der Normalität, S. 629 ff.

11 In Anlehnung an den "Friedensstab", den die Bürgerwehren seit der Revolution von 1848/49 führten, waren bei der Schutzpolizei der Länder nach 1918 Schlagstöcke aus Hartgummi eingeführt worden. Diese "Gummiknüppel" waren immer wieder das Ziel der radikalen politischen Polemik. Vgl. Johannes Schwarze, Die bayerische Polizei und ihre historische Funktion bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in Bayern von 1919-1933, München 1977, S. 79.

gen protestierende und tumultuarische Proletariermassen vorzugehen [12]. Dieses Ansetzen des staatlichen Polizeiapparates gegen Arbeitermassen raubt der Sozialdemokratie langsam die Sympathie ihrer eigenen Anhänger. Es ist nun einmal so: Mit Polizei, Maschinengewehr und Gummiknüttel kann man auf die Dauer allein kein Regiment erhalten. Es gehört dazu noch etwas anderes, irgendeine gläubige Vorstellung von einer weltanschaulichen Notwendigkeit der Aufrechterhaltung eines Regiments. Die Sozialdemokratie bedient sich heute der schlimmsten Metternichschen Methoden [13]. Sie wird mit diesen Methoden aber erst recht scheitern. Eines Tages wiederholt sich das Spiel des Jahres 1918. Um nicht den letzten Rest an Anhängern zu verlieren, wird die Partei der Crispien [14] und Paul Levi [15] mit fliegenden Fahnen in die Front der proletarischen Revolution einschwenken. Der staatliche Machtapparat ist unterdes von dieser selben Sozialdemokratie so zersetzt worden, daß eine neue Regierung mit ihm einen ernsten Widerstand nicht mehr leisten kann. Diese Zersetzung geht heute bis tief hinein in die Polizei, und wie vor dem Jahre 1918, kann man auch jetzt wieder in den Militärkantinen ganz unverblümt die Meinung hören, daß dem "Schwindel" nun hoffentlich bald ein Ende bereitet wird und daß die Herren Offiziere dann ihre blauen Wunder erleben werden [16].

Kommt diese Entwicklung, dann kennt man schon jetzt ihr Ende. Während man in Deutschland mit dem Marxismus Koalitionen macht [17], nähert sich dieser Marxismus in Rußland immer mehr dem endgültigen Zweck. In Stalin hat das Judentum endlich den Mann gefunden, der, ähnlich wie Lenin, mit asiatischer Brutalität die letzten Reste arischer Kultur ver-

---

12 Aufgrund der von der KPD initiierten Demonstrationswelle und der sie begleitenden Gewalttätigkeiten im Herbst 1929 hatte der Berliner Polizeipräsident Karl Friedrich Zörgiebel am 13.12.1929 alle Versammlungen unter freiem Himmel kurzfristig verboten. Am 15.1.1930 hatte sich die Situation weiter zugespitzt, als bei einem durch die KPD organisierten Streik in Hartmannsdorf bei Chemnitz fünf Arbeiter durch die Polizei getötet und 20 schwer verletzt wurden. Daraufhin erneuerte der preußische Minister des Innern Albert Grzesinski dieses Verbot am 16.1.1930 für ganz Preußen; tags darauf wurde eine Ausgabe der "Roten Fahne" wegen "Aufforderung zu Gewalt und Gesetzwidrigkeiten" beschlagnahmt. Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik, Teil II: Von 1917 bis 1945, Berlin (Ost) 1966, S. 246 ff. sowie Christian Striefler, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993, S. 203 ff.

13 Anspielung auf den österreichischen Haus-, Hof- und Staatskanzler Klemens Fürst von Metternich-Winneburg (1773-1859), für viele Protagonist der seit 1815 einsetzenden Restauration.

14 Arthur Crispien (1875-1946), Theatermaler, 1894 Eintritt in die SPD, 1902-1904 Angestellter der Ortskrankenkasse Königsberg, 1904-1906 Redakteur der "Königsberger Volkszeitung", 1906-1912 Redakteur der "Volkswacht", Danzig, 1912-1914 Redakteur der "Schwäbischen Tagwacht", Stuttgart, 1915 Redakteur der Zeitschrift "Der Sozialdemokrat", 1916 drei Monate Haft, 1917 Übertritt zur USPD, November 1918 bis Januar 1919 Vizepräsident und Minister des Innern der provisorischen württembergischen Regierung, 1919 Vorsitzender der USPD, 1920-1933 MdR (USPD, seit 1922 SPD), 1933 Emigration in die Schweiz.

15 Paul Levi (1883-1930), Rechtsanwalt, 1905 Dr. jur., 1909 Eintritt in die SPD, 1918 Mitglied des Spartakusbundes, 1918/19 Mitbegründer der KPD, März 1919 Vorsitzender der KPD, 1921 Parteiausschluß, 1920-1930 MdR (KPD, März 1922 USPD, September 1922 SPD), Herausgeber der Zeitschrift "Politik und Wirtschaft".

16 Der Versuch von Reichswehrminister Wilhelm Groener, auf eine Integration der Reichswehr in den bestehenden Staat hinzuarbeiten und die politischen Differenzen zwischen der Republik und ihrer Bewaffneten Macht auszugleichen, hatte eine Vertrauenskrise in weiten Teilen der Reichswehr ausgelöst. Vgl. Johannes Hürter, Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928-1932), München 1993, S. 219 ff.

17 Zur Beteiligung der SPD an den damaligen Koalitionen auf Länderebene vgl. Dok. 10, Anm. 13.

nichtet und ausrottet. Während man in Deutschland leider noch immer vom "nationalen" Stalin redet [18], propagiert der russische Rundfunk ganz unverhüllt die letzten wirklichen Ziele des Stalinismus [19]. Rußland wird als das einzige Land der Welt gepriesen, in dem die letzten Schranken bürgerlich reaktionärer Gemeinheit und Borniertheit gefallen sind und der Jude endlich die Möglichkeit erhielt, seine Fähigkeiten ungehindert und frei zu entfalten. Der russische Rundfunk des Herrn Stalin (der wie 99 Prozent aller anderen Amtsstellen unter Stalin natürlich ebenfalls nur von Juden besetzt ist [20]) ermahnt die anderen Völker, ebenfalls die Fesseln, unter denen das Judentum leidet, zu beseitigen und sich des Glückes zu versichern, das Rußland heute genießt. Die näheren Illustrationen dieses Glücks stehen einem tagtäglich zur Verfügung. Das Bemerkenswerteste ist aber augenblicklich jedenfalls der rücksichtslose Vernichtungskrieg, den Stalin als fanatischer Verfechter des jüdischen Weltmarxismus gegen die sogenannten "religiösen Vereinigungen", tatsächlich aber gegen den Begriff Religion überhaupt führt [21]. Und das ist vom Gesichtspunkt des Marxismus aus gesehen auch verständlich. Zwei Dinge sind es, die in Rußland auch heute noch die jüdische Diktatur zu bedrohen scheinen: Erstens die ungeheure Masse eines eigenen Bauerntums [22] und zweitens die religiöse Gläubigkeit. Was das Judentum braucht, ist eine vertierte, wurzellose Masse, ohne eigene Intelligenz und ohne die Möglichkeit, zu einer solchen zu kommen. Weiter eine Masse, der jegliche Bindung untereinander fehlt. Am zweckmäßigsten ist es hier, schon mit der Familie zu beginnen und bei der Religionsgemeinschaft zu enden. Eine Masse von sich vermehrenden Einzelwesen mit einer bestimmten Handfertigkeit und einem vom Juden eingetrichterten verblödeten "Wissen", das ist es, was die Weltjudendiktatur braucht und Herr Stalin heute herbeiführt. So ist es verständlich, daß man heute die Kirchen in Rußland mit Dynamit umlegt und an ihre Stelle kommunistische "Bibliotheken" setzt [23], das heißt die jüdisch konzessionierten Verblödungsinstitute für die Gois [24].

Das ist aber das Ziel des Marxismus von Anfang an gewesen, in Rußland genauso wie in Deutschland und in Deutschland genauso wie in England und Amerika usw. Es ist ein giganti-

---

18 Vermutlich eine Anspielung auf den linken Flügel der NSDAP, dessen Vertreter Stalins Diktatur als Sieg des nationalen Sozialismus über den internationalen begrüßten und den Bolschewismus als eine dem Nationalsozialismus verwandte Variante eines nationalen Sozialismus verstanden - eine Interpretation, welche Hitler entschieden ablehnte. Vgl. Kühnl, Die nationalsozialistische Linke, S. 118 ff.

19 Die Bolschewiki hatten bereits im November 1917 den drahtlosen Funk als Propagandamittel eingesetzt; 1924 begann der sowjetische Rundfunk systematisch, Fremdsprachensendungen in alle Welt zu senden. Eine regelmäßige Programmfolge in deutscher Sprache eröffnete Radio Moskau am 7.11.1929 mit einer Reportage über die Revolutionsfeierlichkeiten auf dem Roten Platz in Moskau. Die damalige Sendezeit betrug ca. 20 Minuten pro Woche. Vgl. Willi A. Boelcke, Die Macht des Radios. Weltpolitik und Auslandsrundfunk 1924-1976, Frankfurt a. M. 1977, S. 30 f.

20 Ende der 30er Jahre waren etwa 10% der in den Bereichen sowjetische Kultur, sowjetischer Journalismus Tätigen jüdischer Herkunft. Vgl. Nove and Newth, The Jewish Population, S. 157.
Zur Organisation des deutschsprachigen Dienstes von Radio Moskau vgl. Konrad Pütter, Rundfunk gegen das "Dritte Reich". Ein Handbuch. Unter Mitwirkung von Ernst Loewy und mit einem Beitrag von Elke Hilscher, München 1986, S. 257 ff.

21 Vgl. Dok. 3, Anm. 7.

22 Vgl. Dok. 3, Anm. 20.

23 Vgl. Dok. 3, Anm. 10.

24 Goi, Gojim. Hebräisch-jiddisch: Nichtjude.

scher Rassenkampf, der hier ausgefochten wird. Bei uns aber sitzt das "christkatholische" Zentrum mit den Gottesleugnern und Kirchensprengern in treuer Regierungsgemeinschaft zusammen [25] und hilft mit, den Entscheidungskampf zugunsten des Bolschewismus vorzubereiten. Und eine Bayerische Volkspartei, die "föderalistisch" zu sein vorgibt, nimmt an dieser moralischen Vereinigung ebenfalls lebendigen Anteil.

Der Young-Plan bringt nun vielleicht dieses Komplott gegen die deutsche Nation zum Auffliegen. Aber selbst wenn dies auch nicht geschieht, können wir doch heute alle schon die begründete Hoffnung hegen, daß der Jude in Deutschland das Rennen nicht machen wird. In der nationalsozialistischen Bewegung tritt ihm, ähnlich wie im Faschismus in Italien [26], eine Kraft entgegen, die nicht der Polizei und des zersetzten Staatsapparates bedarf, um den Angriff des asiatischen Judäismus abzuschlagen. Die nationalsozialistische Bewegung hat nunmehr das zweite Hunderttausend an Mitgliedern erreicht [27] und wird bis zum Ende dieses Jahres das dritte weit überschritten haben. Und das sind dann keine "Demokraten" oder deutsche "Volksparteiler", sondern das sind dann "Männer". Und bisher wurde die Geschichte noch immer von ihnen gemacht [28]!

---

25 Gemeint ist die SPD. Vgl. Dok. 3, Anm. 5.

26 Italien blieb bis zum Ersten Weltkrieg weitgehend frei von antisemitischen Strömungen, schon weil lediglich 0,1% der italienischen Bevölkerung jüdischer Herkunft war. Auch im italienischen Faschismus spielte - ganz im Gegensatz zum Nationalsozialismus - der Antisemitismus zunächst nur eine marginale Rolle; war er überhaupt existent, so wurde er meistens ideologisch, jedoch nicht rassistisch begründet. Mussolini, der mit Italienern jüdischer Herkunft freundschaftliche Beziehungen unterhielt, bezeichnete damals den Antisemitismus der NSDAP als absurd und unwissenschaftlich. Vgl. Meir Michaelis, Mussolini and the Jews. German-Italian Relations and the Jewish Question in Italy 1922-1945, Oxford 1978. Renzo De Felice, Storia degli ebrei italiani sotto il fascismo, Torino, 1993.

27 Vgl. Dok. 11, Anm. 22.

28 Anspielung auf die folgende Passage aus der 1879 erstmals erschienenen "Deutschen Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert" (Erster Teil, S. 27) von Heinrich von Treitschke: "Dem Historiker ist nicht gestattet, nach der Weise der Naturforscher das Spätere aus dem Früheren einfach abzuleiten. Männer machen Geschichte. Die Gunst der Weltlage wird im Völkerleben wirksam erst durch den bewußten Menschenwillen, der sie zu benutzen weiß."

9. Februar 1930 Dok. 15
"Aufruf"
Anordnung

VB vom 9./10.2.1930.

Die Rückversicherung unserer Parteigenossen gegen politischen Mord ist nun abermals von einer Versicherungsgesellschaft gekündigt worden, weil das Risiko zu groß sei [1]. So sieht es heute in Deutschland aus! Das ist der Zustand der Freiheit, Schönheit und Würde [2], unter dem wir alle leben. Die Parole "Schlagt die Faschisten tot [*sic!*], wo ihr sie trefft" [3], die unter den Augen unserer heutigen Regierung offen verkündet wird, trägt ihre blutigen Früchte.

Damit kann die Rückversicherung nicht mehr untergebracht werden.

Parteigenossen! Nun sind wir allein auf unsere eigenen Kräfte angewiesen. Jetzt müssen wir zusammenstehen, alle, Mann für Mann, und durch unsere eigenen Versicherungsbeiträge es ermöglichen, daß trotz alledem unsere Kämpfer wenigstens den nötigsten Versicherungsschutz erhalten.

Parteigenossen! Angesichts dieser Not sind wir gezwungen, den Beitritt und die Beitragszahlung zu unserer S.A.-Versicherung [4] für alle Parteimitglieder als *Parteipflicht* zu erklären [5].

Sorgt damit dafür, daß jeder Kämpfer, der vom Schicksal als Opfer unserer inneren Feinde ausersehen ist, wenigstens seine Hinterbliebenen gesichert weiß.

gez. *Adolf Hitler*

(Von allen Parteiblättern nachzudrucken.)

---

1 Die Versicherungsgesellschaft, bei der diese Rückversicherung bestand, ließ sich nicht ermitteln. Im zweiten Halbjahr 1929 hatte die SA-Versicherung 621 Fälle mit insgesamt 34.404,39 RM Entschädigung zu regulieren. Vgl. Andreas Werner, SA und NSDAP. SA: "Wehrverband", "Parteitruppe" oder "Revolutionsarmee"? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933, Diss. phil., Nürnberg 1964, S. 412. Ferner IfZ, Fa 2, Manuskript Hans Volz, Die Geschichte der SA von den Anfängen bis zur Gegenwart [*1934*], Bl. 58 ff.

2 Mit der Parole "Freiheit, Schönheit und Würde" war ein Aufruf des Rats der Volksbeauftragten vom 13.11.1918 überschrieben. Die NSDAP hatte im Reichstagswahlkampf 1928 einen erweiterten Nachdruck dieses Aufrufs verbreitet. Druck: Paul, Aufstand der Bilder, Dok. 42.

3 Die Führung der KPD hatte zwischen August 1929 und Juni 1930 die Parole ausgegeben: "Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!" Vgl. Eve Rosenhaft, Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929-1933, Cambridge 1983, S. 63 ff.

4 Die von Martin Bormann geleitete SA-Versicherung, seit September 1930 "Hilfskasse der NSDAP", war eine Unfall- und Haftpflichtversicherung für SA- und NSDAP-Mitglieder, die seit Dezember 1928 teilweise von der Obersten SA-Führung selbst verwaltet wurde; bei einem monatlichen Beitrag von 20, seit April 1930 30 Pfennig umfaßte diese Versicherung folgende Leistungen: 2.000 RM im Todesfall, 5.000 RM für hundertprozentige Invalidität, 3 RM tägliches Krankengeld, 10.000 RM Höchstgrenze für Haftpflicht bei Sachschaden und 100.000 RM Höchstgrenze bei Personenschaden. Vgl. Nationalsozialistisches Jahrbuch 1930. Hrsg. unter Mitwirkung der Reichsleitung der NSDAP, München o. J., S. 147 ff. Ferner VB vom 14.12.1928, "S.A.-Versicherung" sowie Bd. II/1, Dok. 78, Bd. III/1, Dok. 66, Bd. III/2, Dok. 80, 115 und 120 sowie Dok. 120 dieses Bandes.

5 Nach parteiinternen Angaben waren im September 1929 zwischen 16 und 25 % aller NSDAP-Mitglieder in der SA-Versicherung versichert. Vgl. Bd. III/2, Dok. 80.
Vgl. ferner das Schreiben Bouhlers an alle Gauleitungen der NSDAP vom 11.8.1930, in dem er kritisiert, daß "ein großer Teil der verletzten Parteimitglieder [...] immer noch nicht versichert" sei. Dagegen sei die SA "fast vollzählig versichert". BA, Slg. Schumacher 415.

12. Februar 1930 Dok. 16
"Anordnung betreffs Vertrieb von Druckschriften"
Anordnung

VB vom 12.2.1930.

1. Jede von einem Parteigenossen oder von einer Untergliederung der Partei herausgegebene Druckschrift, die sich mit grundsätzlichen Fragen der N.S.D.A.P. befaßt, *muß* vor Drucklegung der Reichsleitung zur Einsichtnahme und Genehmigung zugeleitet werden.

2. Diese von der Reichsleitung zugelassenen Druckschriften erhalten den Vermerk: *"Mit Genehmigung der Reichsleitung gedruckt"*. Nur diese haben die Berechtigung, das Hoheitszeichen der Partei auf dem Titelblatt der Broschüre zu führen.

3. Für bisher erschienene Druckschriften ist unter Vorlage die Genehmigung der Reichsleitung *nachzuholen*, und können diese dann bei Neuauflage mit dem in Punkt 2 aufgeführten Vermerk versehen werden [*sic!*].

4. Ein Verkauf sowie eine Verbreitung aller von der Reichsleitung nicht genehmigter Schriften wird *hiermit verboten*. Nichtzugelassene Broschüren werden in der Parteipresse veröffentlicht.

5. Der Zusatz "Mit Genehmigung der Reichsleitung gedruckt" bedeutet nicht, daß die Parteileitung die Verantwortung für jede einzelne Anschauung der betreffenden Schrift übernimmt, sondern nur, daß die Druckschrift im ganzen als den Parteibelangen nicht zuwiderlaufend betrachtet wird.

Parteiamtliche Kundgebungen werden als solche ausdrücklich bezeichnet.

gez.: Adolf Hitler

Diese Anordnung ist von allen nationalsozialistischen Blättern 3 mal zu bringen.

14. Februar 1930 Dok. 17
"Parteigenossen! Parteigenossinnen!"
Aufruf

VB vom 16./17.2.1930 [1].

Im Dezember 1920 hat die damals nur auf München beschränkte kleine Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei einen folgenschweren Schritt unternommen [2]. Seit dem Februar dieses Jahres fand in München eine Massenversammlung nach der anderen statt [3]. Immer mehr

1 Faksimiledruck des masch. Manuskripts mit Unterschrift und hs. Korrekturen: Der Schulungsbrief vom Februar 1936, III. Jahrgang, 2. Folge, "Manuskript des Führers aus dem Jahre 1930".
2 Gemeint ist der Kauf des Völkischen Beobachters. Vgl. Dok. 12, Anm. 2 und 6.
3 Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 108 ff.

prägte sich in ihnen jener Stil aus, den wir heute an unserer Bewegung als ebenso eigenartig [*sic!*] wie selbstverständlich empfinden. Dieser Entwicklung der Versammlungs- und Rednertätigkeit fehlte aber noch jede Ergänzung durch die Presse. Die nationalsozialistische Bewegung besaß damals kein eigenes Organ. Nachrichten über die Partei konnten kaum in irgendeiner Zeitung gebracht werden. Theoretische Abhandlungen überhaupt nicht. Versammlungsberichte erschienen wohl hie und da in den bürgerlichen Blättern, waren aber immer dem Charakter der Zeitungen entsprechend tendenziös zugeschnitten und konnten nie ein wirkliches Bild des Wollens unserer Bewegung vermitteln [4]. So entschlossen wir uns am Ende dieses Jahres, der Bewegung eine eigene Zeitung zu erwerben [5].

Der "Völkische Beobachter", aus dem einstigen "Münchner Beobachter" hervorgegangen [6], existierte damals in München als Wochenblatt in beschränkter Auflage und mit einer Tendenz, die am ehesten noch in der Linie des Wirkens des damaligen Schutz- und Trutzbundes [7] lag. Ohne Zweifel focht die kleine Zeitung im Rahmen der damaligen völkischen Auffassungen in Deutschland am mutigsten für eine Genesung unseres Volkskörpers. Nationalsozialistisch allerdings war sie nicht.

Als wir nun zur Übernahme der Zeitung schritten war das Unternehmen schwer belastet und dem Zusammenbruch nahe. Die "völkische Bewegung", der der damalige Völkische Beobachter dienen sollte, hatte weder Erfahrung noch Fähigkeiten, ein Unternehmen kaufmännisch richtig zu leiten oder gar zu entwickeln. Es waren ebenso ideale wie unpraktische Auffassungen, die auch auf diesem Gebiete vorherrschten. Wenn die junge nationalsozialistische Bewegung mit ihrem neuerworbenen Organ nicht ebenfalls in kurzer Zeit Schiffbruch erleiden sollte, dann mußte sie ihre politisch glänzende Organisation auch auf das wirtschaftliche übertragen. Das Zeitungsunternehmen der Partei durfte nicht jener geschäftlichen Verwahrlosung ausgeliefert werden, die sich so häufig mit dem Wort "völkisch" nach außen hin deckte, sondern mußte sich zu den härteren nationalsozialistischen Zügen und Auffassungen bekennen.

Nahezu 10 Jahre Arbeit liegen bald nun hinter uns. Aus dem im Dezember 1920 übernommenen kleinen Wochenblatt ist ein großes Tagesorgan entstanden. Aus einem kleinen Zeitungsverlag ist ein gewaltiges, großes Verlagsunternehmen geworden mit einem jährlichen Millionenumsatz [8]. Die Bedeutung der Entstehung und des Wirkens dieses Unternehmens kann

4 Vgl. die verschiedenen Überlieferungen in: Ebenda, S. 108 ff.
5 Vgl. Dok. 12, Anm. 2 und 6.
6 Vgl. Dok. 12, Anm. 2.
7 Der Deutsche (seit Oktober: 1919 Deutschvölkische) Schutz- und Trutzbund war am 18.2.1919 als halbgeheime Dachorganisation gegründet worden; in ihm gingen bereits bestehende antisemitische, nationalistische und völkische Gruppen auf wie der Alldeutsche Verband, der Reichshammerbund oder der Deutschvölkische Bund. Unter dem Vorsitz von Konstantin Freiherr von Gebsattel und Alfred Roth zählte der Verband im Sommer 1922 etwa 170.000 Mitglieder, für die vor allem ihr militanter Antisemitismus charakteristisch war. Nach dem Mord an Walther Rathenau wurde der Bund in den meisten deutschen Ländern im Juni/Juli 1922 verboten, die Reste zerfielen bis 1924. Durch seine zahlreichen Querverbindungen zur NSDAP, aber auch durch die Verbreitung seiner rassistischen Ideologie wurde der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund zu einem direkten Wegbereiter des Nationalsozialismus. Vgl. Uwe Lohalm, Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919-1923, Hamburg 1970.
8 Bis zum Wahlerfolg der NSDAP im September 1930 stand der Völkische Beobachter und mit ihm der Eher-Verlag ständig am Rand des finanziellen Ruins. Belastend wirkten nicht nur die Kosten für die zahlreichen

kaum voll gewürdigt und geschätzt werden. Der geschäftlichen Leitung unseres Parteiverlages durch unseren Verlagsdirektor, Herrn Max Amann [9], der inhaltlichen Richtunggebung des Blattes durch unseren ersten Hauptschriftleiter, Alfred Rosenberg, verdankt die nationalsozialistische Bewegung ein Organ, das in erster Linie die Einheitlichkeit unserer Auffassungen und damit die geistige Grundlage für unsere Organisationsarbeit geschaffen und gegeben hat.

Der Name "Völkischer Beobachter" ist zu einem Programm für sich geworden. Von einer ganzen Welt von Feinden befehdet und angefallen, unzählige Male verfolgt und verboten [10], hat unser Zentralorgan zehn- und abermals zehntausenden von Kämpfern die geistigen Grunderkenntnisse und Grundlagen vermittelt, die das Wesen unserer heutigen nationalsozialistischen Auffassung ausmachen. Über das ganze deutsche Sprachgebiet in Europa verbreitet, hat unser Völkischer Beobachter überall mitgeholfen, Zellen für den deutschen Freiheitskampf zu schaffen, vorhandenen Gruppen aber jene Erkenntnisse zu vermitteln, die für die Einheitlichkeit des Denkens und Handelns unserer Bewegung unerläßlich sind.

Der "Völkische Beobachter" darf (als erstes Organ unserer Bewegung überhaupt!) mit Recht als das uns allen am meisten ans Herz gewachsene Eigentum und Gut unserer Bewegung angesehen werden. Er gehört jedem einzelnen von uns, denn er ist unser aller Eigentum, ist Eigentum unserer Partei. Durch gute und schlimme Tage hindurch haben wir uns dieses Eigentum erhalten, und als endlich der Zusammenbruch kam, da wurde durch unseren Geschäftsleiter, Stadtrat Amann, wenigstens der Verlag unter tausend Schwierigkeiten gerettet, so daß im März 1925 das Blatt wieder zu erscheinen vermochte [11]. Nun sind seitdem 5 Jahre vergangen, und unser Zentralorgan hat die Auflagenzahl des Jahres 1923 nicht nur erreicht, sondern schon wesentlich überschritten [12]. Der Illustrierte Beobachter, der in wenigen Wochen [*die*] hunderttausend Auflage [*sic!*] überschreiten wird, ist die bildliche Ergänzung der großen Tageszeitung [13].

Allein, je mehr die Bewegung wächst, um so nötiger ist das gleiche Schritthalten unserer Presse. So haben wir uns in gemeinsamer Zusammenarbeit mit dem Gau Berlin entschlossen, eine besondere Ausgabe des Völkischen Beobachters für Berlin erscheinen zu lassen [14].

Beleidigungsprozesse, sondern vor allem das Fehlen einer eigenen Druckerei. Vgl. Hoser, Münchner, Tagespresse, Bd. II, S. 899 f.

9 Max Amann (1891-1957), Kaufmann, 1921 Geschäftsführer der NSDAP und des Völkischen Beobachters, 1922-1945 Direktor des Zentralverlags der NSDAP Franz Eher Nachf., 1924-1933 Stadtrat in München, 1928-1930 Mitglied im Kreisrat von Oberbayern, 1933-1945 Präsident der Reichspressekammer.

10 Wegen seiner pöbelhaften Sprache sowie seiner wüsten antisemitischen und antidemokratischen Hetze wurde der Völkische Beobachter schon bald nach Übernahme durch die NSDAP verboten, für mehrere Wochen erstmals im Juni 1921. Weitere Verbote folgten noch im selben Jahr im August, September und Oktober und rissen seitdem nicht mehr ab. Nach Hitlers mißlungenem Putschversuch, in dessen Vorfeld ein erneutes Verbot des VB große politische Bedeutung erlangt hatte, wurde das nationalsozialistische "Kampfblatt" ab 9.11.1923 ganz verboten und erst nach Hitlers Entlassung am 26.2.1925 offiziell wiedergegründet. Auch danach sorgten Stil und Inhalt der Zeitung immer wieder für kurzfristige Verbote. Vgl. Hoser, Münchner Tagespresse, Bd. I, S. 226, 245, 462, 469 f., 477, 494 ff., 509 f.

11 Vgl. Bd. I, Dok. 3.

12 Vgl. Dok. 12, Anm. 4.

13 Vgl. Dok. 12, Anm. 3 und 4.

14 Vgl. Dok. 4, Anm. 10.

Ab 1. März wird unser Zentralorgan damit, außer [*in*] der Münchner und der Reichsausgabe, in einer dritten Ausgabe erscheinen, dem "Völkischen Beobachter Berlin". Noch in diesem Jahr soll dann auch der Druck und die Redaktion dieser Ausgabe nach Berlin selbst verlegt werden [15]. Damit soll vor allem unser Berliner Gau seine eigene Tageszeitung erhalten.

Parteigenossen, Parteigenossinnen! Wir alle übernehmen damit eine große Verantwortung. So sehr wir auch an die Fähigkeit der geschäftlichen Leitung unseres Verlages glauben dürfen, so sehr wir glauben dürfen an die vorzügliche inhaltliche Führung unseres neuen Berliner Organs und so sehr wir dabei vertrauen können auf die unermüdliche Förderung durch unseren hervorragenden Berliner Gauleiter [16], so sehr sind wir aber am Ende doch angewiesen auf die tätige Mitarbeit der Hunderttausenden von Parteigenossen überhaupt. Weder Parteigenosse Amann noch Parteigenosse Rosenberg oder Pg Dr. Goebbels können allein das neue große Unternehmen in Berlin zum Erfolge führen, wenn nicht alle Parteigenossen, S.A.- und S.S.-Männer ihr Letztes einsetzen, unsere große Parteizeitung nun erst recht zu vertreten, für sie zu werben und es jedem Parteigenossen zur Pflicht zu machen, sein ihm selbst gehörendes Zentralorgan vorwärtszutreiben und zu unterstützen.

Der Verlag hat zu diesem Zweck eine neue große Propagandaaktion eingeleitet [17]. Ich mache es nun sämtlichen Führern, sämtlichen Organisationen und sämtlichen Parteigenossen zur Pflicht, diese Aktion mit allen und äußersten Kräften zu unterstützen und zu fördern.

Wir haben im Verlaufe des vergangenen Jahres durch die Arbeit unserer Parteigenossen es fertiggebracht, die Auflagenzahl unseres Parteiorgans um über hundert Prozent zu erhöhen!

Parteigenossen, es muß uns möglich sein, diese Erhöhung auch in diesem Jahr durchzuführen.

Es ist weiter unser unverrückbares Ziel, die Berliner Ausgabe nach ihrer Drucklegung in Berlin selbst zu einem großen norddeutschen Organ auszubauen.

Parteigenossen, setzt damit in den nächsten drei Monaten eure ganze Kraft ein und werbt

1) für den Völkischen Beobachter, Bayernausgabe, in Bayern,
2) für den Völkischen Beobachter, Reichsausgabe, im ganzen Reich [18],
3) für den Völkischen Beobachter, Berliner Ausgabe, in Berlin,
4) für den Illustrierten Beobachter, ebenfalls im ganzen Deutschen Reich.

Wenn jeder Parteigenosse seine Pflicht tut, wird der Erfolg der Lohn für alle sein!

München, den 14. Febr[*uar*] 1930

Adolf Hitler

15 Vgl. Dok. 12, Anm. 10.

16 Joseph Goebbels.
Zu Goebbels' vergeblichen Versuchen, das Erscheinen der Berliner Ausgabe des VB zu verhindern oder zumindest doch zu beeinflussen, vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 483 ff.

17 Vgl. Dok. 12.

18 Seit 1.2.1927 erschien eine um den Lokalteil der Bayernausgabe gekürzte Reichsausgabe des VB. Vgl. Dresler, Geschichte, S. 114.

15. Februar 1930 Dok. 18
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 15.2.1930.

Die Gesamtzahl aller lebenden Deutschen ist nicht vollständig einwandfrei klargestellt. Es handelt sich um Schätzungen zwischen 95 und 110 Millionen Menschen [1]. Man darf damit aber wenigstens eine Zahl von 100 Millionen als zutreffend annehmen. 100 Millionen Menschen also, die von deutschen Eltern abstammen und auch heute noch der deutschen Sprache mächtig sind. Von diesen 100 Millionen leben noch nicht einmal 63 Millionen im Deutschen Reich [2]. Über ein Drittel aller Deutschen befindet sich außerhalb der Reichsgrenzen, zu einem großen Teil sogar außerhalb Europas [3]. Schon diese nackte Tatsache zeigt den Wahnsinn, das Schicksal des gesamten Deutschen Reiches von irgendeinem einzelnen Splitter des außerhalb des Reiches befindlichen Deutschtums abhängig machen zu wollen. Selbst in Europa sind Millionen von Deutschen feindlichen Staatsgewalten unterworfen [4]. Es ist noch keinem Deutschen eingefallen (oder sagen wir lieber noch keinem Staatsmann!), das Verhältnis des Friedensdeutschlands zum Friedensrußland durch die Brille der in Rußland lebenden Deutschen zu betrachten und gestalten zu wollen [5]. Nur heute verlangt ein Teil unserer Presse und unserer öffentlichen Meinung, daß die außenpolitische Betätigung des Reiches ausschließlich unter dem Gesichtswinkel des Schicksals der Deutschen in Südtirol erfolgen müsse [6]. Es ist das noch dazu jener Teil unserer Presse, der seit jeher den Gedanken einer deutschen Volksgemeinschaft auf das schärfste abgelehnt hat. Die Sozialdemokratie verfluchte als internationale Partei überhaupt die Bedeutung jeglicher nationalen Gemeinschaft. Für sie ist der Begriff "Nation" ein blödsinniger und längst überwundener. Im deutschen Reichstag versichern ihre Vertreter, kein Vaterland zu kennen, das Deutschland heißt [7]. In der kritischsten Stunde machte diese Partei

1 Ende 1925 wurden in allen Staaten der Welt 94.428.430 Deutschsprachige gezählt. Vgl. Wilhelm Winkler, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, Berlin 1927, S. 18 ff. mit Angabe der zugrundeliegenden Definitionskriterien.

2 Laut Volkszählung vom 16.6.1925 besaß das Deutsche Reich, einschließlich Saargebiet, eine Bevölkerung von 63.178.619 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 5.

3 Ende 1925 wurden auf den einzelnen Kontinenten die folgenden Zahlen an Deutschsprachigen ermittelt: Europa: 82.862.800; Asien: 197.480; Amerika: 11.080.800; Afrika: 126.700; Australien/Polynesien: 160.650. Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 25.

4 Schätzungsweise lebten zum damaligen Zeitpunkt in Europa 20.362.800 Deutschsprachige außerhalb des Deutschen Reichs, davon 9.160.000 in Österreich und der Schweiz. Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 18 ff.

5 1926 wurden in der Sowjetunion 1.238.540 Deutschsprachige gezählt. Zur Lage der deutschen Minderheit in der Sowjetunion, die seit Januar 1924 mit der Autonomen Sozialistischen Sowjet-Republik der Wolga-Deutschen einen eigenen regionalen Schwerpunkt besaß, vgl. Benjamin Pinkus/Ingeborg Fleischhauer, Die Deutschen in der Sowjetunion. Geschichte einer nationalen Minderheit im 20. Jahrhundert, Baden-Baden 1987, S. 53 ff.

6 Zum Stellenwert Südtirols in der deutschen Diplomatie und in der deutschen Öffentlichkeit vgl. Leopold Steurer, Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919-1939, Wien 1980, S. 64 ff.

7 Der Vorsitzende der USPD, Arthur Crispien, hatte auf dem Parteitag in Leipzig am 8.1.1922 erklärt, "daß die USP [*sic!*] kein deutsches Vaterland kenne...". Vgl. Vorwärts vom 11.1.1922 (AA), "Crispien in Leipzig".

eine Revolution und brachte das Reich und damit das deutsche Volk um Ehre und Dasein [8]. Diese Partei unterzeichnete leichten Herzens die Friedensverträge von St. Germain und Versailles [9] und opferte damit durch wenige Federstriche nahezu 17 Millionen Deutsche Europas [10]. Nun auf einmal entdeckt dieses verlogenste Parteigebilde sein Herz für den "nationalen Gedanken". Die jüdischen Presseschmocks [11] schreiben sich für Südtirol die Finger wund, und auch die Presse der Demokratie ereifert sich über das Schicksal ausgerechnet dieser 230.000 Deutschen [12]. Wenn der Jude irgendeine Haltung einnimmt, so dient sie selbstverständlich immer zu seinem Vorteil. Und wenn er in Deutschland irgend etwas verficht, gerät es immer zu unserem Nachteil. Daß unsere bürgerlichen Patrioten sich in einem solchen Falle dann schleunigst auf die Socken machen, um als Weise aus Mitteleuropa den verschiedenen Morgen-, Abend- und Itzigsternen nachzulaufen, darf niemand wundern. Unser deutsches Bürgertum hat sich in all seinen Schichten jahrzehntelang vom Hebräer am Seil führen lassen, es kommt auch jetzt nicht los davon. Kaum erhebt der Jude in seinen Gazetten das Geschrei wegen Südtirol, und schon stürzen sich bürgerliche Parteien, bürgerliche Zeitungen und bürgerliche Namen aus allen Lebensschichten in den neuen Kampf zur Rettung von 230.000 Deutschen unter jüdischer Oberleitung. Das Ergebnis der deutschen Außenpolitik, die hier wirklich wieder einmal auf die berühmte Einheitsfront verweisen darf, liegt nunmehr aber erneut vor uns. Es ist aber eine unanständige Gesinnung, der Berliner Regierung über ihre Außenpolitik Vorwürfe machen zu wollen, selbst aber nichts getan zu haben, was eine vernünftige Änderung hätte veranlassen können. Ich glaube, man muß es ablehnen, ewig an der Reichsaußenpolitik herumzukritisieren, ohne eine andere und bessere Linie vorschlagen zu wollen oder vorgeschlagen zu haben. Herrn Stresemann Vorwürfe zu machen wegen

---

8 Zu den Ursachen und Trägern der seit November 1918 beginnenden revolutionären Ereignisse vgl. Ulrich Kluge, Die deutsche Revolution 1918/19. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt a. M. 1985.

9 Der Friedensvertrag zwischen Österreich, den Alliierten sowie den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns war am 10.9.1919 in Saint-Germain-en-Laye unterzeichnet worden. Als Vertreter Österreichs fungierte der sozialdemokratische Staatskanzler Karl Renner. Vgl. Fritz Fellner, Der Vertrag von St. Germain. In: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Hrsg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Bd. 1, Graz 1983, S. 85-106.
Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Alliierten war am 28.6.1919 in Versailles unterzeichnet worden. Als Vertreter Deutschlands fungierten der Reichsminister des Auswärtigen Hermann Müller (SPD) und Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum). Die verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung stimmte am 9.7.1919 dem Friedensvertrag mit 208 gegen 115 Stimmen zu. Vgl. Gerhard Schulz, Revolutionen und Friedensschlüsse 1917-1920, München 1967, S. 225.

10 In denjenigen Gebieten, die das Deutsche Reich laut Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 abzutreten hatte, lebten 1921 insgesamt 6.372.177 Menschen, von denen 2.797.024 der deutschen Nationalität zugerechnet wurden. Hitler veranschlagte unter den genannten 17 Millionen Deutschen offenbar auch die deutschsprachige Bevölkerung Österreich-Ungarns, die 1910 in Alt-Österreich 9.950.678 Menschen und in Alt-Ungarn 2.026.218 Menschen umfaßte. Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 24, 67 ff., 102 ff.
Laut Artikel 80 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 hatte Deutschland die Unabhängigkeit Österreichs anzuerkennen. Eine Änderung dieser Unabhängigkeit war allein mit Zustimmung des Völkerbunds möglich. Druck: RGBl. 1919, S. 833.

11 Ursprünglich slowenischer Begriff: gesinnungsloser Zeitungsschreiber.

12 In der Volkszählung vom 31.12.1910 wurden in Südtirol 220.644 Deutschsprachige gezählt. Vgl. Freiberg, Südtirol, Bd. 1, S. 145 ff. hier S. 146.

Locarno [13], ist solange dumm, solange man nicht selbst bessere Gedanken zu unterbreiten hat. Das hat unsere gesamte bürgerliche, einschließlich der völkischen Opposition [14] bisher aber um so weniger fertiggebracht, als sie im wesentlichen ja auch im Sinne der vom Juden eingeschlagenen Marschrichtung vorgingen. Daher war auch diese Opposition gänzlich unfruchtbar.

Im Jahre 1920 habe ich zum erstenmal grundsätzlich die möglichen Entwicklungen außenpolitischer Art untersucht und kam dabei zur Überzeugung, daß nach Überwindung der Kriegspsychose die natürlichen Gesetze der Entwicklung eine Verfeindung oder zumindest eine Entfremdung zwischen Frankreich und Italien bringen müssen [15]. Ebenso erschien es mir damals schon als wahrscheinlich, daß der Kampf um die Hegemoniestellung Englands nunmehr mit Amerika seinen Anfang nehmen wird [16]. Solche Entwicklungen sind nicht an Jahre, ja kaum Jahrzehnte gebunden, sondern erfüllen erfahrungsgemäß Jahrhunderte [*sic!*]. Deutschlands jahrhundertelanger Erbfeind war Frankreich. Es ist dies heute nicht anders und wird in menschlich absehbarer Zeit nicht anders werden [17]. Die politische Leitung der deutschen Nation hat nun meiner Auffassung nach als außenpolitische Aufgabe nicht die Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1914 im Auge zu haben als vielmehr die Schaffung eines Lebensraumes für unser Volk, der nicht nur der Ernährung unserer heutigen Volksmasse genügt, sondern auch ihre Vermehrung gestattet. Auf alle Fälle ist jede Sicherung des Reiches auf die Dauer undenkbar ohne breite Fundierung unserer Macht in Europa. Es ist daher zweckmäßig, für die nächste absehbare Zeit in Europa Bundesgenossen zu suchen mit möglichst geringen Interessen-Gegensätzen zu Deutschland und möglichst großen zu Frankreich. An der Spitze der Staaten, die ein lebhaftes Interesse besitzen müssen, daß den französischen Hegemoniebestrebungen und der französischen Machtentwicklung ein Riegel vorgeschoben wird, steht Italien [18]. Ich habe deshalb seit dem Jahre 1920 ununterbrochen in Wort und Schrift für eine Verständigung Deutschlands mit Italien gekämpft. Das Schicksal der Südtiroler kann noch so traurig sein, es berechtigt nicht, das Schicksal der ganzen Nation aufs Spiel zu setzen. Um so weniger, als die Vernichtung Deutschlands ja nicht die Erlösung Südtirols bedeutet. Der Gedanke, mit Waffengewalt Südtirol etwa befreien zu wollen, ist ebenso absurd wie verbrecherisch. Wenn das deutsche Volk noch einmal Millionen seiner besten Männer auf dem Schlachtfeld als Blutopfer darbringen muß, dann wäre es ein himmelschreiendes, wahnwitziges Verbrechen, ein solches Millionenopfer für knapp 230.000 Menschen zu bringen, während nebenan nahezu 17 Millionen ebenfalls außerhalb der Reichsgrenze leben und Millionen da-

13 Vgl. Dok. 13, Anm. 22.

14 Möglicherweise eine Anspielung auf Ernst Graf zu Reventlow; dieser nationalsozialistische Theoretiker, ursprünglich im völkisch-alldeutschen Lager angesiedelt, befürwortete den Faschismus als spezifisch italienische Staatsform und vertrat die Ansicht, daß ein Export dieser Ideologie nach Deutschland nicht möglich sei. Vgl. Hoepke, deutsche Rechte, S. 207 ff.

15 Vgl. Dok. 13, Anm. 18.

16 Derartige Überlegungen lassen sich vor 1924 in den überlieferten Reden und Aufzeichnungen Hitlers nicht nachweisen, sondern erst in Hitlers Mein Kampf und seinem sog. Zweiten Buch. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler sowie Adolf Hitler, "Mein Kampf", Bd. 2: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1927, S. 297; Hitlers Zweites Buch, S. 140, 173. Ferner Kuhn, Programm, S. 133 f.

17 Zum damaligen Stand der deutsch-französischen Beziehungen vgl. Raymond Poidevin/Jacques Bariéty, Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815-1975, München 1982, S. 360 ff.

18 Vgl. Dok. 9, Anm. 27.

von unter eher noch schlechteren als besseren Bedingungen. Ich war im Jahre 1920 schon überzeugt, daß die einzige Linderung des Schicksals der Deutschen in Südtirol höchstens aus einer aufrichtigen und ehrlichen Verständigung mit Italien kommen könnte, aus einer gegenseitigen, wahren Freundschaft, die begründet auf gemeinsame Interessen, auf eine in vielen Punkten sich berührende Kultur und auf eine absolute Respektierung der Souveränität der beiden Staaten über ihre inneren Angelegenheiten, die die Frage Südtirol überhaupt der öffentlichen Diskussion enthebt. Das feindselige, um nicht zu sagen blödsinnige Verhalten der derzeitigen deutschen Außenpolitik Italien gegenüber [19] nützt den Südtirolern nichts, kann ihnen nichts nützen, sondern vermag ihnen nur zu schaden, und hat ihnen auch tatsächlich unendlichen Schaden zugefügt. Der schlimmste Schaden aber ist die vollständige Verrennung der deutschen Außenpolitik, die als letzte Quittung für ihre sinn- und geistlose Betätigung unserem Volke nun den Young-Plan [20] vorzulegen hat. An diesem ungeheuerlichen Dokument sind alle Deutschen schuld, die diese irrsinnige Art der Außenpolitik mitgemacht, begrüßt oder auch nur gedeckt haben. Das Berliner Auswärtige Amt ist zehn Jahre lang hinter Frankreich hergelaufen unter dem aneifernden Geschrei der jüdischen Presse der marxistischen und bürgerlichen Parteien und einzelner völkischer Schafsköpfe, die auf solche Weise gemeinsam eine Entwicklung begünstigten, die sie jetzt wenigstens teilweise entsetzt.

Seit ich die außenpolitische Orientierung der Partei vorgenommen habe, stehe ich im Brennpunkt von Angriffen, die eigentlich vor gar nichts haltmachen [21]. Ich erlebe es und habe es erlebt, daß die Parteien des konsequentesten Vaterlandsverrats mir den Verrat am Deutschtum vorwerfen. Die ganze Judenpressemeute fiel, unterstützt von völkischen Phantasten, über mich her und versuchte, das Verbrecherische und auch Unselige meiner außenpolitischen Einstellung mit mehr Geschrei als Vernunft und mit mehr Lügen als Gründen der Wahrheit dem deutschen Volk klarzumachen. Es gab eine Zeit, in der ich mit meiner außenpolitischen Auffassung der unbedingten Verständigung Deutschlands mit Italien wirklich mutterseelenallein stand. Heute beginnt nun langsam auch hier ein Wandel einzusetzen. Einzelne deutsche Zeitungen, einzelne Verbände unterziehen ihre bisherige Stellungnahme einer, wenn auch vorsichtigen, aber immerhin sichtbaren Revision [22]. Und in diesen Tagen hat der Leiter des österreichischen Staates [23] einen Schritt vollzogen von vielleicht sehr weittragender Bedeutung [24]. Ich habe schon betont, daß ich der Entwicklung in Österreich, seit die parlamentarischen Parteien der Heimwehr den Wind aus den Segeln genommen haben, skeptisch gegenüberstehe [25]. Ich habe aber auch nie einen Zweifel darüber gelassen, daß es sich für die deutsche Nation

---

19 Obwohl Mussolini Deutschland in das Konzept seiner revisionistischen Außenpolitik einzubinden suchte, war das deutsch-italienische Verhältnis bis zum Tod Stresemanns am 3.10.1929 von dessen Rücksichtnahme auf Frankreich bestimmt. Stresemanns ideologische Aversionen gegenüber dem faschistischen Staat sowie die italienische Politik in Südtirol, die von Stresemann nicht akzeptiert wurde, trugen außerdem zu einer Verschlechterung der deutsch-italienischen Beziehungen bei. Vgl. Vera Torunsky, Entente der Revisionisten? Mussolini und Stresemann 1922-1929, Köln 1986.

20 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

21 Vgl. Dok. 13, Anm. 20.

22 Vgl. z. B. Dok. 13, Anm. 12 und 13.

23 Gemeint ist Johannes Schober.

24 Vgl. Dok. 13, Anm. 10.

25 Vgl. Dok. 1, ferner Bd. III/2, Dok. 23, 79, 83.

weniger darum handelt, wer sie rettet, als darum, daß sie überhaupt gerettet wird. Der derzeitige österreichische Bundeskanzler hat nunmehr außenpolitisch jenen Schritt unternommen, den ich seit zehn Jahren von Österreich und Deutschland als den einzigen möglichen und vernünftigen ununterbrochen gefordert habe. Der Weg Schobers nach Rom war die klügste Reise, die ein österreichischer Staatsmann seit dem Jahre 1918 unternommen hat. Die sich nunmehr anscheinend anbahnende Verständigung Österreichs mit Italien wird, wenn überhaupt den Südtirolern etwas nützlich sein kann, vielleicht noch am allerehesten auch dort gewisse Härten mildern [26]. Allein davon abgesehen: Für Österreich ist diese Neuorientierung der einzige Ausweg aus einer Situation, die genauso verfahren war, wie es die deutsche heute noch ist. Sämtliche Vernunftgründe, die es überhaupt gibt und geben kann, sprechen für diese Neuorientierung. Wenn Österreich nunmehr im Haag nach langen Jahren den ersten außenpolitischen Erfolg erzielt hat [27], während Deutschland gerade dort in eine ganz unmögliche Lage gedrängt wurde, dann verdankt dies Österreich der klugen und vernünftigen Änderung seines Verhältnisses zu Italien. Auch für Deutschland gibt es nur einen einzigen Ausweg aus dem jetzigen Verhängnis, und auch der heißt: Verständigung mit den Staaten, die die größten Interessengegensätze mit Frankreich besitzen. Daß sich das Judentum, der Marxismus, die Demokratie und vor allem die Freimaurer gegen eine solche Verständigung mit Händen und Füßen wehren, liegt auf der Hand. Alles, was Deutschland nützen kann, wird von diesen Kräften zwangsläufig bekämpft. Daher kann man aber umgekehrt die Richtigkeit eines außenpolitischen Gedankens am besten erkennen an der Art der Einstellung, die diese Kräfte zu einem solchen Gedanken einnehmen.

Im übrigen habe ich in diesen Tagen mit Neugierde die Gazetten gelesen, besonders unserer Bayerischen Volkspartei und des Zentrums, ob denn nunmehr auch der Herr Bundeskanzler Schober als abscheulicher Verräter an den Deutschen in Südtirol gebrandmarkt werden wird oder nicht. Aber siehe da, es hat ihnen die Sprache verschlagen [28].

---

26 Vgl. Dok. 13, Anm. 16.

27 Vgl. Dok. 13, Anm. 11.

28 Vgl. z. B. die damalige Berichterstattung der "Germania", wo weitgehend nüchtern über Schobers Romreise berichtet wird, ohne diese zu werten. Vgl. jedoch auch die eher kritisch gestimmten Bedenken im Kommentar ("Die Annäherung Wien-Rom") der Münchner Neuesten Nachrichten vom 8.2.1930.

22. Februar 1930 Dok. 19
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 22.2.1930.

Immer mehr zeigt sich, daß das Volksbegehren [1] einen Erfolg sich auf alle Fälle zuschreiben kann: Es hat die öffentliche Meinung in Deutschland in einer Weise aufgerührt [2], daß den Regierungsparteien heute sehr unwohl zumute ist. Wie hätte man doch sonst den ganzen Young-Plan [3] im Handumdrehen erledigen können und wie wäre er auch im Handumdrehen erledigt worden, und wie schwierig ist es umgekehrt jetzt! Seit Wochen drückt man im Reichstag hinum und herum, und doch ist kaum die erste Lesung beendet [4]. Es muß als ein verbrecherisches Spiel bezeichnet werden, wenn sich nunmehr herausstellt, daß selbst die Regierungsparteien den Plan als unerfüllbar ansehen, vom deutschen Volk aber die Unterschrift herauspressen wollen. Denn so ist es. Man verfolge doch einmal die Reden der Führer und Sprecher der Regierungsparteien und man wird nicht bestreiten können, daß den Weisen nun auf einmal dieselben Erkenntnisse aufgegangen sind, die sie sechs Monate vorher an uns als abscheuliche Irrtümer verdammten. Damals erklärten die Sprachrohre der Bayerischen Volkspartei, unsere Behauptungen seien Schwindel und Lüge, und heute bezeichnet der Herr Ministerpräsident Held [5] direkt und indirekt die Behauptung der Erfüllbarkeit als Schwindel und Lüge [6]! Damals wurde vom Zentrum die Notwendigkeit der Durchführung des Young-Planes begründet mit den enormen finanziellen Erleichterungen, die da kommen sollten; heute auf einmal versichert es, daß erst die finanziellen Deckungen für die Erschwerungen gesucht und vorhanden sein müßten, ehe man dem Young-Plan zustimmen könnte [7]. Damals stellte man gewaltige Steuersenkungen in Aussicht [8], wenn der Young-Plan angenommen werden würde, heute brüten sie

---

1 Vgl. Dok. 5, Anm. 6.

2 Zur Reaktion der deutschen Öffentlichkeit auf den Young-Plan vgl. Holz, Diskussion, Bd. 1, S. 178 ff.

3 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

4 Im Reichstag fand die erste Lesung der Gesetzentwürfe über die Haager Konferenz 1929/30 vom 11.-13.2.1930 statt. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 426, Berlin 1930, S. 3901 ff.

5 Heinrich Held (1868-1938), Jurist, Journalist, 1899 Chefredakteur und seit 1906 Mitinhaber des Regensburger Morgenblattes (seit 1910 Regensburger Anzeiger), 1907-1933 Mitglied der bayerischen Abgeordnetenkammer bzw. MdL (Zentrum, seit 1919 BVP), 1918 Mitbegründer der BVP, 1914-1924 Vorsitzender der Zentrum-, bzw. der BVP-Landtagsfraktion, 1924-1933 bayerischer Ministerpräsident, nach 1933 kurzzeitige Emigration in die Schweiz.

6 Held hatte am 7.2.1930 im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags, der über die Haltung des Reichsrats zum Young-Plan verhandelte, seine starken Bedenken gegenüber dem Young-Plan artikuliert und bemängelt, daß eine befriedigende Stellungnahme der Reichsregierung über die Finanzierbarkeit dieser Reparationsregelung noch ausstehe. Er glaube nicht, daß Deutschland in der Lage sei, die Verpflichtungen des Young-Plans zu erfüllen. Er sehe keine Möglichkeit, diesen Vertrag mit gutem Gewissen unterschreiben zu können. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1930, S. 19 f.

7 Vgl. Dok. 14, Anm. 7 und 8.

8 Die geplante Steuerreform des Reichsministers der Finanzen Rudolf Hilferding, die darauf zielte, die bislang ungenügende Kapitalbildung im Deutschen Reich durch steuerliche Entlastung zu fördern, sollte auch durch die erwarteten Erleichterungen durch den Young-Plan ermöglicht werden. Vgl. Maurer, Reichsfinanzen, S. 86 ff.

über wahnsinnige Steuererhöhungen [9]. Es ist also alles genau so gekommen, wie die nationale Opposition es vorausgesagt hat, und es wird weiter so kommen, wie man es heute voraussagen kann. Denn es gehört wenig Kunst zum Prophezeien dazu, eine Katastrophe vorauszusagen, wenn alle Vorbedingungen hierzu restlos gegeben erscheinen. Das Allerschlimmste an Gewissenlosigkeit offenbaren die Regierungsparteien heute aber in folgendem:

Von den messerscharfen Angriffen der Opposition gezwungen, müssen sie heute die Unerfüllbarkeit des Young-Planes selbst ohne alle Einwände in vollem Umfange zugeben. Allein die gleichen Menschen, die jetzt die Unerfüllbarkeit selbst zugeben, haben in Haag ein Protokoll unterzeichnet, auf Grund dessen Frankreich, wenn Deutschland den Young-Plan nicht erfüllt, durch unsere eigene Unterschrift berechtigt wird, militärische Exekutionen gegen Deutschland vorzunehmen [10]. Ein solches Verhalten steht in der Weltgeschichte wohl vereinzelt [*sic!*] da. Man fabriziert, ohne hierzu gezwungen zu sein, ein Protokoll, das heißt eine Erpressungsurkunde, deren Inhalt unerfüllbar ist, und ermächtigt den Erpresser, im Falle der Nichterfüllung militärische Zwangsmaßnahmen zu ergreifen. Und man bedenke weiter noch, daß der Dawes-Pakt [11], der allein schon geradezu unselig war, heute uns das Recht geben würde, - das unterschriebene Recht - gewisse Leistungen einzustellen. Die deutschen Regierungsparteien aber bringen es fertig, ohne gezwungen zu sein, diesen Vertrag gegen einen anderen umzutauschen, in dem wir nunmehr den Gegnern das Recht einräumen, im Falle unserer Unleistungsfähigkeit die Leistungen dann mit Gewalt zu erpressen! Man muß sich diese einfach ungeheuerliche Tatsache vor Augen halten und man wird dann vor Gott und der Welt die Berechtigung des § 4 des Freiheitsgesetzes anerkennen müssen [12]. Es gibt aber ein Sprichwort, das besagt, daß der Krug so lange zum Brunnen geht, bis er bricht. Und schlechte Regierungen haben auf Kosten ihrer Völker stets so lange gesündigt, bis endlich das Maß voll wurde. Vielleicht hat das Schicksal diesen Plan bestimmt, den Geduldsfaden des deutschen Volkes endlich doch zum Zerreißen zu bringen. Den heutigen Regierungsparteien mag am Ende vielleicht die Annahme des Young-Planes als ein Erfolg erscheinen. Es ist aber in der Geschichte schon mancher Erfolg zur Ursache der Vernichtung seiner Väter geworden!

---

9 In einer Parteiführerbesprechung waren am 7.2.1930 Vertreter von SPD, DDP, Zentrum, BVP und DVP durch die Reichsregierung über das Haushaltsdefizit informiert worden. Als Gegenmaßnahme hatte der Reichsminister der Finanzen Paul Moldenhauer eine Erhöhung der Umsatzsteuer um 1/4 %, verdoppelte Erhöhung der Biersteuer, Erhöhung der Weinsteuer sowie Erhöhung des Zolls für Kaffee und Tee vorgeschlagen. Reichskanzler Hermann Müller hatte ferner darüber informiert, daß neben weiteren Überlegungen zur Vergrößerung der Einnahmen auch eine Erhöhung der Erbschaftssteuer erwogen werde. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 1436 ff.

10 Vgl. Dok. 5, Anm. 66 und Dok. 6, Anm. 19.

11 Vgl. Dok. 5, Anm. 65.

12 Gemeint ist das "Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes", auch "Freiheitsgesetz" genannt, für das Alfred Hugenberg und Franz Seldte am 28.9.1929 ein Volksbegehren beantragt hatten (vgl. Dok. 5, Anm. 6). Der unter den Initiatoren des Volksbegehrens umstrittene § 4 dieses Gesetzesentwurfs drohte mit Bestrafung wegen Landesverrats: "Reichskanzler, Reichsminister und deren Bevollmächtigte, die entgegen der Vorschrift des § 3, Abs. 1 Verträge mit auswärtigen Mächten zeichnen, unterliegen den im § 92, Nr. 3 StGB vorgesehenen Strafen." § 3, Abs. 1 des Gesetzesentwurfs lautet: "Auswärtigen Mächten gegenüber dürfen neue Lasten und Verpflichtungen nicht übernommen werden, die auf der Kriegsschuldanerkenntnis beruhen." Druck: Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 438 Anlagen, Berlin 1930, Nr. 1429.

Die Londoner Flottenkonferenz, einberufen mit der löblichen Absicht, die Rüstungen zu vermindern [13], ist augenblicklich ziemlich festgefahren [14]. Tatsächlich bewegen sich die Vorschläge im allgemeinen dahin, den Bau von Schlachtschiffen einzuschränken, den Bau von leichten Kreuzern hingegen zu erhöhen. Dabei zeigt sich außer der für England sicherlich als unerträglich empfundenen Flottenrivalität mit Amerika [15] die absolute innerliche Brüchigkeit der ehemaligen Entente [16] auch in Europa. Wenn dieses Gebilde wenigstens in einem gewissen Umfang tatsächlich auch heute noch besteht, dann ist das ausschließlich der geradezu wahnsinnigen Politik des Berliner Auswärtigen Amtes zuzuschreiben. Frankreich fordert nun auf einmal ein Flottenverhältnis zu England und Amerika im Maßstab 3:5. Frankreich weigert sich weiter, die U-Boote und den U-Bootkrieg abzuschaffen [17]. Es ist klar, daß Frankreich dabei wenigstens maritim Deutschland gar nicht mehr im Auge haben kann [18]. Der "Feind", gegen den sich die französische U-Bootrüstung richtet, ist England und in zweiter Linie natürlich Italien [19]. Alle "Freundschaftsbeteuerungen" und alle Versicherungen der Friedensliebe erhalten durch diese Tatsachen die entsprechende Beleuchtung. Und wenn man in Paris erklärt, man sei für den Bau der U-Boote, aber gegen die infame Anwendung derselben, wie sie zum Beispiel Deutschland betrieben habe [20], so wird das in London sowohl als auch in Rom wohl nur ein Lächeln hervorrufen. Denn es ist etwa so, als wenn jemand Ferngeschütze baut, aber erklärt, in keine Ortschaften schießen zu wollen. An allen Ecken und Enden der Welt sieht man, wie heute wie einst gerüstet wird. Nur war man früher etwas aufrichtiger. Seit Wilson [21] seine pharisäerischen 14 Thesen losließ [22], rüstet man allerdings nicht mehr zum Kriege, sondern man rüstet im Sinne der "gegenseitigen Verständigung", der "Hochachtung der Nationen", des "Sieges der Demokratie". Früher fuhren die Schlachtpanzer im Salzwasser, heute schwimmen sie auf dem Öl endloser Phrasen verlogener Heuchelei. Die Burschen aber, die in Deutschland einst vor dem Volk behaupteten, daß nur wir die Schuld an den Rüstungen der Welt hätten [23], und die heute in unseren Regierungsparteien sitzen, verdienen jetzt noch nach-

13 Vgl. Dok. 9, Anm. 3.

14 Zum Verlauf der Londoner Flottenkonferenz vgl. Hall, Arms Controll, S. 88 ff.

15 Vgl. Dok. 9, Anm. 10.

16 Lose politische Verbindung zwischen Großbritannien, Frankreich und Rußland seit dem britisch-russischen Ausgleich in Asien 1907; 1911/12 ergänzt und gefestigt durch militärische Abmachungen. Hier verallgemeinernd für die Gegner der Mittelmächte während des Ersten Weltkriegs verwandt.

17 Vgl. Dok. 9, Anm. 3.

18 Vgl. Dok. 9, Anm. 44.

19 Vgl. Dok. 9, Anm. 27.

20 Anspielung auf den uneingeschränkten U-Boot-Krieg, den Deutschland am 1.2.1917 eröffnet hatte.

21 Woodrow Wilson (1856-1924), Historiker, 1890 Professor und von 1902-1910 Universitätspräsident in Princeton, 1911/12 Gouverneur von New Jersey, 1913-1921 Präsident der USA, 1919 Friedensnobelpreis.

22 Friedensprogramm des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika vom 8.1.1918 (Die vierzehn Punkte). Druck: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neugründung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bd. II: Der militärische Zusammenbruch und das Ende des Kaiserreiches, Berlin o. J., S. 374 ff. Vgl. ferner Klaus Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Düsseldorf 1971, S. 44 ff.

23 Zur damaligen Kriegsschulddiskussion in der deutschen Öffentlichkeit vgl. Ulrich Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983, S. 22 ff.

träglich für diese erbärmliche Lüge aufgehängt zu werden! Das Elend, das sie unserem Volke zufügten, ist wirklich unermeßlich. Es ist eine seltsame Schicksalsfügung, daß dieselben Parteien heute gezwungen sind, die Konsequenzen ihrer einstigen Verlogenheit zu tragen, das heißt: Sie unterschreiben nur, denn zu dulden und zu leiden, hat das deutsche Volk. Immerhin müßte ein Blick auf die allgemeine Weltlage eine pflichtgemäß handelnde deutsche Regierung bewegen, den augenblicklichen und beschleunigten Ersatz unserer vorsintflutlichen Gefechtseinheiten unserer an sich so jämmerlich kleinen Marine durchzuführen. Ein Blick auf den Osten müßte für uns die ernste Mahnung sein, wenigstens im Rahmen des Versailler Vertrags [24] aber auch wirklich das letzte herauszuholen, was sich herausholen läßt, um unsere kleine Marine wenigstens so viel zu heben, um einen wenn auch bescheidenen Schutz unserer Interessen in der Ostsee ausüben zu können. Ersatz der paar leichten Kreuzer durch 6.000-Tonnenschiffe, wenn irgendmöglich mit einer schwereren Bestückung als den bisherigen 15-cm-Kalibern [25], die heute in der Welt genau so nachhinken als zu Kriegsbeginn einst unsere 10,5-cm-Kreuzerarmierung den 12- und 15-cm-Kalibern der Engländer und Japaner nachstand. Sofortigen beschleunigten Ersatz der restlos zum alten Eisen gehörenden 13.200-Tonnenschiffe unserer "Braunschweig"- und "Deutschland"-Klasse [26] durch Schiffe, wie sie in dem ersten Ersatzschiff "Preußen" wenigstens in rohen Umrissen projektiert erscheinen [27]. Allerdings müßte sich die nationale Opposition soweit ermannen, daß sich das bei ähnlichen Gelegenheiten bisher immer gebotene Schauspiel nicht mehr wiederholt: Kriegsschiffe werden bewilligt von den Parteien der Regierung und nicht von denen, die in der Opposition stehen! Es ist die Sache der verantwortlichen Leitung und besonders der Spitze eines Staates, eine Regierung zu bilden, die das fertigbringt [28].

---

24 Zu den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 im Bereich der Seekriegsrüstung vgl. Dok. 9, Anm. 32, 39 und 45.

25 Vgl. Dok. 9, Anm. 48.

26 Vgl. Dok. 9, Anm. 29.

27 Vgl. Dok. 9, Anm. 43.

28 Anspielung auf die SPD, die am 31.10.1928 im Reichstag den Antrag gestellt hatte, den Bau des Panzerschiffs "A" einzustellen. Dieser Antrag wurde am 16.11.1928 mit 257 gegen 202 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt. Die Reichstagsfraktion der SPD stimmte geschlossen für die Einstellung des Baus unter Einschluß von Reichskanzler Hermann Müller und drei weiterer sozialdemokratischer Minister, obwohl diese am 10.8.1928 für den Bau des Panzerschiffs votiert hatten. Der Fraktionszwang, dem sich die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder gebeugt hatten, löste daraufhin eine Regierungskrise aus. Vgl. Wacker, Panzerschiff, S. 81 ff.

24. Februar 1930 Dok. 20
"10 Jahre Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 26.2.1930, "Während ein Volk zerfällt, entsteht aus ihm heraus ein neues Volk!" [3].

10 Jahre sind eine lange Zeit, und 10 Jahre sind eine kurze Zeit. Wenn große Katastrophen über Völker hereinbrechen, dann ist die Vorbereitungszeit für diese Katastrophen oft eine unendlich lange. Manchmal dauern die Erscheinungen des vorbereitenden Verfalles Hunderte von Jahren. In eine solche Periode der Entwicklung des Verfalles, der Vorbereitung des Verfalles, sind 10 Jahre, hineingestellt, wirklich eine kurze Zeit. Wenn auch Jahrhunderte notwendig sind, um zu einer bestimmten Entwicklung zu führen, so kann doch in wenigen Jahrzehnten oft das Schicksal die Konsequenzen dieser Entwicklung ziehen.

Wir stehen heute in einer Periode der Ernte dessen, was Jahrhunderte in unser Volk gesät haben. Was unser Volk vergiftet hat, was aus ihm innere Stützen um Stützen herausbrach, schon in Zeiten, in denen diese innere Zerstörungsarbeit nur den wenigsten sichtbar war. Dann kam die Stunde, in der die Saat der Zerstörung aufging. Nun kam die Ernte, nun wurden Hunderttausende und Millionen sehend. Sie sehen jetzt nur den Zerfall, die Katastrophe, nicht die lange Vorbereitung für diese Katastrophe, die fast Jahrhunderte dauernde Präparation unseres Volkes, die am Ende dorthin führen mußte, wo 1918 das Volk plötzlich mit einem Schlag gekommen war: Eine Welt stürzte ein, alte Überlieferungen brachen plötzlich wie nichts zusammen, uralte Institutionen von jahrhundertelanger Dauer wurden im Handumdrehen beseitigt, und in diesem turbulenten Getobe erhoben sich neue Erscheinungen des Lebens. Man hat es gefühlt: *Die Welt gebiert etwas Neues, wir stehen an einem Wendepunkt, eine neue Welt ist im Werden,* und in dieser Welt sehen wir in schnellster Verwandlung begriffen unser eigenes deutsches Volk. Was ist in den letzten 12 Jahren nicht zusammengebrochen, was hat sich nicht verändert, was ist nicht Neues erstanden! Hätte man vor 15 Jahren das alles prophezeit, daß deutsche Geschichte nichts mehr sein wird als ein Begriff, daß Anstand, Ehre, Ruhm, Hochachtung der Vergangenheit vergessen wird und daß eine Zeit kommen wird, in der man sogar sich dessen rühmt, was man früher als schändlich angesehen hat - man wäre ausgelacht worden. *Aber es gab Menschen, die diese Entwicklung 20 und 30 Jahre vorher prophezeiten.*

---

1 Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10157).

2 Im Hofbräuhaus, ab 20.15 Uhr. Hitler sprach etwa zwei Stunden. Die Versammlung, die laut Lagebericht wegen Überfüllung polizeilich gesperrt werden mußte, wurde mit einem Einmarsch von 600 SA- und SS-Leuten eröffnet. Vor Hitler sprach Stadtrat Hermann Esser, nach Hitlers Rede sprach MdL und Gauleiter Julius Streicher. Dem Lagebericht zufolge war eine Parallelversammlung im Franziskanerkeller "gleichfalls überfüllt". Einem Flugblatt ist zu entnehmen, daß als Eintrittspreis 1,- RM verlangt wurde, für Arbeitslose 0,25 RM, für reservierte Plätze 3,- RM; StA München, Polizeidirektion München 6741.

3 Vgl. auch Schreiben der Polizeidirektion München, Abteilung VI d vom 24.2.1930 betr. Sicherungsvorkehrungen; StA München, Polizeidirektion München 6741. Polizeibericht Nr. VI d 305/30 o. D.; StA München, Polizeidirektion München 6741. Lagebericht N/Nr. 90 der Polizeidirektion vom 8.4.1930; BayHStA, MA 101235/3.

Als der alte Reichskanzler mit heißem Haupt in seinen Sachsenwald ging [4], *sah er prophetisch auch diese Entwicklung kommen, er warnte und wurde nicht gehört. Die Mitwelt sah nicht die Vorbereitung zur späteren Katastrophe. Nun ist sie da.*

Es gibt auch jetzt noch Menschen, die sie als *Wiederauferstehung* bezeichnen, die meinen, daß man nicht bestreiten könne, daß in den letzten 12 Jahren unser Volk in staunenswerter Weise sich erhoben hat, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung nunmehr wiederhergestellt ist, daß die Wirtschaft sich langsam erholt, daß wir uns im Stadium einer langsamen Konsolidierung der Verhältnisse befinden. Es handelt sich aber dabei um Menschen, die überhaupt an nichts denken als *an ihre Person.* Denn auch diese Zeit, die für unser gesamtes Volk zu so entsetzlichen Folgen führte, brachte *für einzelne einen Gewinn*, die die Stufenleiter nach oben schneller nahmen, als sie sie auf Grund ihres tatsächlichen Könnens hätten nehmen dürfen, die heute erklären: Deutschland ist im Emporstieg begriffen, *denn für mich ist Deutschland mein eigenes Ich, und ich bin emporgestiegen.* Diese Menschen sind selbst nur ein typischer Ausdruck des Verfalles der Zeit. Von ihnen abgesehen kann niemand bestreiten, daß wir in diesen 12 Jahren einen entsetzlichen Sturz nach unten nahmen und mit verstärkter Schnelligkeit noch mitten im Absturz begriffen sind.

Denn erstens ist unser Volk in seiner Zahl an sich zurückgegangen [5]. *Wer will behaupten, daß ein Volk aufsteigt, wenn es zahlenmäßig zurückgeht? Einst konnten wir sagen: Das deutsche Volk ist eine Weltmacht. Werden wir das in 100 Jahren noch sagen können, wenn 50 Millionen übriggeblieben sind und die anderen Nationen 400 bis 500 Millionen Menschen zählen?*

Zweitens: Können wir uns heute und in der Zukunft noch ernähren? Wir müssen das glatt verneinen. Das deutsche Volk befindet sich in einer Situation, die es ihm unmöglich macht, in der Zukunft das notwendige tägliche Brot zu finden. Alle Mätzchen unserer heutigen Zeit werden nicht verhindern können, daß wir eines Tages vor dem harten Entweder - Oder stehen: Entweder Deutschland bekommt mehr Raum, um sein Brot zu finden, oder es muß mehr exportieren. *In beiden Fällen ist das Interesse der anderen Welt gegen Deutschland gerichtet.*

Drittens: Wie steht es mit unserer inneren Kraft? Wir müssen gestehen, daß in diesen 12 Jahren, die so manchem Polizeipräsidenten als fabelhafter Wiederaufstieg erscheinen, tatsächlich *unser Volk an innerer Kraft von Jahr zu Jahr abgenommen hat.* Gewiß, es gibt vielleicht irgendeinen turbulenten Flegel, der sich schlecht aufführt, aber es kann sein Herz und Blut gesund sein, und der Mensch hat noch einen Wert. Daneben steht ein tuberkulöser Mensch von besten Lebensformen, der vollkommen in Ruhe und Ordnung aufgeht, aber Sie können nicht behaupten, daß dieser gesünder ist als der Flegel auf der anderen Seite. Gewiß, wir sind vor 13 Jahren vielleicht Flegel gewesen. Das deutsche Volk damals hat sich flegelhaft aufgeführt, Maschinengewehre knatterten, Handgranaten krachten. Gewiß war damals die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nicht angenehm und nicht so leicht wie heute. *Aber das deutsche Volk bestand noch aus Männern.* Heute haben Sie zwar Ruhe und Ordnung, aber
kein Volk von Männern mehr. (Lebhafte Zustimmung.)

---

4 Zur Biographie Bismarcks nach seiner Entlassung als Reichskanzler vgl. Manfred Hank, Kanzler ohne Amt. Fürst Bismarck nach seiner Entlassung 1890-1898, München 1977.

5 Die Bevölkerung des Deutschen Reichs (in 1.000) betrug 1871: 40.997; 1900: 56.046; 1914: 67.790; 1919: 62.897; 1925: 63.177; 1930: 65.092 Menschen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 7.

Sie haben es langsam dahingebracht, eine pazifistische Schafherde aus unserem Volk zu machen, das willig dem Leithammel zur Schlachtbank nachläuft. Was die Kraft eines Volkes ausmacht, haben wir längst verloren. Unsere äußere Lage ist trostlos und elend. Es kann nicht anders sein. *Das Volk, das im Innern keine Kraft besitzt, verliert nach außen das Lebensrecht.* Deutschland unterschreibt Versailles [6], nimmt schwerste militärische Verpflichtungen auf sich und erfüllt sie [7]. Im Rahmen des Vertrages versucht man, das zu tun, was uns gestattet ist. Und nun tritt eine Flottenkonferenz zusammen, und das Ergebnis: *Wir* bekommen neue Lasten. Sie sagen: Ihr baut die Schiffe nicht! Wir antworten: *Es ist unser Recht.* Recht? Wir verbieten es euch [8]!

Sie brauchen es nicht zu verbieten; dem heutigen Deutschland braucht nichts verboten zu werden - es erfüllt freiwillig [9]. Frankreich wünscht nicht, daß wir weiterbauen [10], und eine deutsche Reichsregierung nimmt das gehorsamst entgegen und führt es ganz gehorsamst aus.

Ein ganz kleiner Ausschnitt! Aber er beleuchtet blitzartig unsere deutsche Lage nach außen: ein vollkommen entrechtetes und ehrlos gemachtes Volk, jeder Willkür ausgeliefert.

Das Wesentlichste aber, was unsere neudeutschen Staatsmänner nicht kennen und kennen werden, ist:

Das deutsche Volk hat keine Ehre mehr im Leibe.

Man sagt: Das sind veraltete Begriffe, genauso wie Fahneneid, Kokarde, Flagge, alles Dinge von rein symbolischem Charakter [11], die in unserer härteren Welt der realen Köpfe [*sic!*] keine Bedeutung besitzen. Glauben Sie mir: Auf die Dauer kann ein Volk allein mit dem Reglement einer Polizeidirektion, mit Maschinengewehren nicht zusammengehalten werden. Auf die Dauer wird man auch in Berlin nicht das deutsche Volk vor dem Kommunismus retten können, auch nicht vor dem immer tieferen Herabsinken in die schlimmsten Erscheinungen unserer jetzigen Tage, *wenn nicht ein Volk wieder zurückkommt zu einer bestimmten Ehrauffassung.* Wenn der einzelne Mensch kein Ehrempfinden mehr besitzt, ist er nicht nur wertlos, sondern ein Schädling der übrigen Gemeinschaft. Das trifft heute bei unserem Volke zu.

Wir sehen noch etwas viel Schlimmeres: *Das deutsche Volk kann mit Recht sich nicht mehr als Volk bezeichnen, wenigstens soweit es als politischer Faktor in Erscheinung treten will.*

---

6 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

7 Vgl. Dok. 6, Anm. 14.

8 Deutschland wurde an der Londoner Flottenkonferenz vom 22.1.-22.4.1930 nicht beteiligt; für den Rüstungsstand der Reichsmarine blieben daher die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags maßgebend und nicht die Ergebnisse dieser Konferenz. Vgl. Dok. 9, Anm. 3.

9 Vgl. Dok. 7, Anm. 8.

10 Das aus finanziellen und innenpolitischen Gründen umstrittene Panzerschiffbauprogramm der Reichsmarine wurde am 17.2.1930, auch auf Drängen des Reichspräsidenten von Hindenburg, für 1930 ausgesetzt und auf den nächsten Reichsetat verschoben. Das damals bereits im Bau befindliche Panzerschiff "A" (Ersatz "Preußen") lief am 19.5.1931 unter dem Namen "Deutschland" vom Stapel, mit dem Bau des zweiten "Ersatzschiffs", des Panzerschiffs "B" (später "Admiral Scheer") wurde erst am 25.6.1931 begonnen. Der Baustop war Resultat einer rein innenpolitischen Entscheidung. Vgl. Dülffer, Marine, S. 119 ff., 570. Vgl. ferner Dok. 9, Anm. 38 und 43 sowie Dok. 19, Anm. 28.

11 Die Abschaffung aller militärischer Rangabzeichen, Orden und sonstiger militärischer Auszeichnungen war im November 1918 eine Forderung der Arbeiter- und Soldatenräte. Vgl. z. B. den Beschluß des Allgemeinen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte über die Kommandogewalt vom 18.12.1918. Druck: Ursachen und Folgen, Bd. III: Der Weg in die Weimarer Republik, Berlin o. J., S. 511.

Jeder Franzose, Engländer, Italiener vor allem, sie sind in erster Linie am Ende doch nur Franzosen, Engländer und Italiener - Deutsche kennen wir schon längst nicht mehr [12]. In zwölf Jahren hat unser deutsches Volk sein eigenes Ich aufgegeben, jede Gemeinsamkeit gelöst. Bande besitzen wir, die uns nach außen mehr fesseln als untereinander. Millionen erklären heute: Heil Moskau [13]! Sie sehen nicht, daß am Ende ihre Existenz nur gewährleistet wird durch die eigene Volksgemeinschaft.

Wir haben kein Volk mehr.

Auf der einen Seite eine große Parteiwelt, die sich als bürgerlich bezeichnet, auf der anderen Seite die Parteiwelt des Marxismus. Jede der beiden Welten schließt sich in sich zusammen und trennt sich von der anderen. Millionen verstehen sich mit jedem Klassengenossen des Auslandes mehr als mit den eigenen Volksgenossen der anderen Partei. Es wird nicht mehr gekämpft um Ziele, die innerhalb unseres Volkskörpers liegen, gekämpft wird in Wirklichkeit zwischen zwei Richtungen, die miteinander nichts zu tun haben wollen und können. Soweit ist es gekommen, daß die eine Seite die andere nicht mehr versteht. Gehen Sie in eine proletarische Massenversammlung - finden Sie dort noch Bürgerliche? Nein! Sie gehen nicht hinein, es liegt ihnen fern. Kriegszustand herrscht zwischen beiden: Einer siegt und der andere wird getötet. Wobei der Entschluß und die Willenskraft ausschließlich auf proletarisch-marxistischer Seite liegen, während die bürgerliche Seite bar jeder Entschlußkraft ist.

Die Frage, *wohin Deutschland kommen wird,* wenn wir uns die nationalsozialistische Bewegung hinwegdenken, beantwortet Hitler dahin:

In Deutschland wird sich Rußlands Schicksal wiederholen, nur unter entsetzlich furchtbareren Erscheinungen. Flammenzeichen sehen wir um uns, die alles beleuchten, die uns zeigen könnten, wohin wir gehen. Denn Rußlands Schicksal ist tausendfältig leichter als das deutsche. Ein Staat mit so ungeheuren Ländermassen kann von heute auf morgen nicht ganz zerstört werden. Aber selbst dort hat der Bolschewismus es fertiggebracht, über 30 Millionen Menschen durch Hunger langsam zu töten [14].

Wenn heute ein Kardinal [15] *- ich bitte das genau mitzuschreiben, damit mir nicht ein frommes Blatt morgen die Worte verdreht - hinweist auf die entsetzliche Christenverfolgung in Rußland* [16], *auf die entsetzliche Entartung des ganzen menschlichen Wesens dort, so können*

12 Möglicherweise eine Anspielung auf die Äußerung Kaiser Wilhelms II. angesichts des bevorstehenden Krieges; am 1.8.1914 vor dem Königlichen Schloß: "In dem bevorstehenden Kampfe kenne ich in meinem Volke keine Parteien mehr. Es gibt unter uns nur noch Deutsche." Am 4.8.1914 in einer außerordentlichen Sitzung des Reichstags: "Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche."

13 Ironische Replik der Kommunisten auf den völkischen Gruß "Heil", bzw. den nationalsozialistischen Gruß "Heil Hitler".

14 Zur Kollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft und den daraus resultierenden Opfern vgl. Dok. 3, Anm. 20. Die genaue Zahl der Opfer ist bislang aufgrund unzureichender Quellen umstritten. Vgl. Robert Conquest, The Harvest of Sorrow. Soviet Collectivization and the Terror-Famine, New York 1986 sowie Stephan Merl, Wie viele Opfer forderte die "Liquidierung der Kulaken als Klasse"? Anmerkungen zu einem Buch von Robert Conquest. In: Geschichte und Gesellschaft 14 (1988), S. 534-540.

15 Gemeint ist Michael von Faulhaber (1869-1952), 1892 Priesterweihe, 1895 Dr. theol., 1903-1910 Professor für Altes Testament an der Universität Straßburg, 1910-1917 Bischof in Speyer, 1917-1952 Erzbischof von München und Freising, 1921 Kardinal.

16 Kardinal Faulhaber hatte am 9.2.1930 in der St.-Michaels-Kirche in München eine vielbeachtete Predigt gehalten, in der er die sowjetische Kirchenpolitik, aber auch die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in

wir nur die Antwort geben: Diese entsetzliche Entartung tobt in Rußland seit 12 Jahren ununterbrochen, und niemand hat dagegen Stellung genommen. (Stürmische Zustimmung.) In diesen 12 Jahren wurden in Rußland Hunderttausende von Menschen von entmenschten jüdischen Mordbanditen hingerichtet, gefoltert, geschunden, zu Tode gequält, und niemand hat dagegen gesprochen, im Gegenteil: Unsere Regierungen saßen mit den Mördern an einem Tisch und haben mit ihnen gezecht[17]. *(Stürmische Zustimmung.) Regierungen, in denen das katholische Zentrum sitzt, die katholische Bayerische Volkspartei, haben diese Mordregierung in Rußland anerkannt*[18]. *(Anhaltende Zustimmungskundgebungen.) Sie haben es überhaupt erst ermöglicht, daß diese Menschheitspest sich in diesem Umfang entwickeln konnte.*

Ja mehr noch, die Parteien, die eigentlich vorgeben, das Christentum zu vertreten, was tun sie? *Sie stützen in Deutschland genau dieselbe Bewegung*, die am Endziel das gleiche wünscht, und einzelnes, was sich in Rußland abspielt, hat unter dem Schutz einer sogenannten christlichen Zentrumspartei seit Jahren in Deutschland zerstörend gearbeitet.

Wir können es erleben, daß in diesem kleinen Lande unter dem Motto des Christentums *die Bayerische Volkspartei sich auch heute noch nicht schämt, für das Schächten einzutreten*[19]. Diese christlichen Parteien haben ganz vergessen, daß eine Linie geht vom Schächten des Menschen in Rußland zum Schächten des Viehes bei uns. (Lauter Beifall.) Sagen Sie also nicht: Wir sind weit entfernt von diesen Zuständen! Nein, unter Führung unserer christlich-demokratischen Parteien marschieren wir in rapider Schnelligkeit in diese Zustände hinein. Wir haben sie heute in Wirklichkeit doch bereits da. Was für ein Unterschied besteht denn zwischen Rußland und uns?

Der Herr Kardinal sieht nur, daß man in Rußland die Kirchen schließt und die Priester tötet.

Wir können in Deutschland darauf hinweisen, daß zumindest geistig in ganz Deutschland Tag für Tag ungestört unter Mitwirkung oder Duldung einer sogenannten christlichen Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei auf unseren Bühnen, im Kino, überall in unserer

---

der Sowjetunion scharf kritisierte. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 11.2.1930, "Kardinal Faulhaber über den Bolschewismus" sowie Dok. 3, Anm. 7, 10 und 11.

17 Anspielung auf die deutsche Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion, welche bereits durch den am Rand der Wirtschaftskonferenz von Genua am 16.4.1922 abgeschlossenen bilateralen Rapallo-Vertrag normalisiert worden war. Der damals als Sensation empfundene Vertrag gab Sowjetrußland, aber auch Deutschland die Möglichkeit, ihre internationale Isolierung zu durchbrechen und vielfältige diplomatische, wirtschaftliche und militärische Sonderbeziehungen zu entwickeln. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 151 ff. Druck des Vertrags: RGBl. 1922, II, S. 677 f.

18 Die deutsch-sowjetische Kooperation, die sich im Vertrag von Rapallo vom 16.4.1922 und im deutsch-sowjetischen Handelsvertrag vom 12.10.1925 manifestierte, wurde auch vom Zentrum mitgetragen. Vgl. Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966, S. 450 f.
Die Reichstagsabgeordneten von Zentrum und BVP stimmten am 4.7.1922 dem Vertrag von Rapallo zu. Vgl. Verhandlungen des Reichstags, I. Wahlperiode 1920, Bd. 356, Berlin 1922, S. 8271.

19 Am 27.6.1929 wurden im bayerischen Landtag drei Eingaben gegen das Schächten behandelt und mit 70 gegen 38 Stimmen zustimmend an die Staatsregierung weitergeleitet. Von den anwesenden Abgeordneten der BVP stimmten alle gegen den Antrag, in der Überzeugung, daß - so Anton Scharnagl - "auf die religiöse Überzeugung der gläubigen Juden Rücksicht genommen werden" müsse. Vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, Stenographische Berichte, 51. Sitzung vom 27.6.1929, München 1929, S. 484 ff.
Zur zeitgenössischen Auseinandersetzung vgl. Jacob Levy, Die Schächtfrage unter Berücksichtigung der neuen physiologischen Forschungen, Berlin [2]1929.

ganzen Literatur das getan wird, was man in Rußland praktisch heute ausführt. Hier wird geistige Vorarbeit geleistet, und eines Tages wird auch hier die praktische Konsequenz gezogen, genau wie man sie in Rußland gezogen hat. Blindheit der Menschheit, jahrelang eine Entwicklung nicht sehen zu wollen und dann die Augen aufreißen und zu sagen: Herrgott, ist das möglich?

Wir Nationalsozialisten können mit gewisser Befriedigung feststellen, daß die Zahl derer, die sich zu unserer Auffassung bekennen, wesentlich größer geworden ist [20]. In den Reden sogenannter Bürgerlicher finden wir immer mehr den Hinweis, daß wir uns in rapidem Schritte ähnlichen Zuständen nähern. Im Grunde genommen ist dabei dieser

Bolschewismus nur der Herrschaftsausdruck einer Rasse,

die zwischen uns sitzt. Will man diese Dinge beseitigen, so muß man *gegen dieses Volk selber Stellung nehmen.* Wer sagt, der Bolschewismus ist überwunden, ist ein indolenter Dummkopf, der nicht sehen und hören will, oder ein Verbrecher, der mithelfen soll. (Starker Beifall.)

Die Schicksalsfrage: Herrschaft des Wahnsinns oder Herrschaft der Vernunft?

So stehen wir an der Wende der Zeit, in der nur zu leicht der Wahnsinn die Herrschaft bekommen kann. Sagen Sie nur nicht, das ist undenkbar, wir sind zu fortgeschritten! Vergessen Sie nicht, daß wir in 6 Stunden Flugzeugfahrt im Lande des Wahnsinns sein können [21], in einem Lande, größer als der alte europäische Kontinent. Und vergessen Sie nicht, daß auch bei uns eine Zeit war, in der der Wahnsinn regierte. Wir haben auch heute eine Unterwelt, die ruhig zusehen würde, wenn man deutsche Menschen verbrennt, die ihr nicht behagen. Der Wahnsinn kann jedes Volk ergreifen - oder war die Tat des 8. November [1918] [22] nicht auch der Ausdruck eines Massenwahnsinns?

Gewiß kann aus einer solchen Zeit auch die Kraft kommen, das Gift auszuscheiden und neue, gesunde Formen zu bilden. Wie ist das möglich? Die Geschichte der Völker spielt sich tagtäglich ab im sogenannten politischen Kampf, der für die Vergangenheit die Geschichte ist. Das deutsche Volk kann vielleicht heute die Kraft finden, um den Verfall innerlich und äußerlich zu überwinden. Aber es wird die Kraft in seinem politischen Leben nicht finden dort, wo bisher die Schwäche vorhanden war.

Wir können eines feststellen: Die Konsequenz der Organisation der *marxistischen Partei* muß unser Volk in den Abgrund hineinführen. Hier ist nichts zu retten und zu ändern: auf der einen Seite der Wahnsinn der Massen, auf der anderen Seite die Verbrecherintelligenz einer kleinen Führerrasse, die sich dieses Instrumentes bemächtigt hat und rücksichtslos zur Zertrümmerung unseres Volkes einsetzt.

Die andere Frage ist, ob die *bürgerliche Parteiwelt* helfen kann? Wir müssen leider mit einem glatten Nein antworten. Weshalb? Es strauchelt nicht, was nicht irgendwie reif zum Falle ist. Wenn das Moltkesche Wort wahr ist, daß das Glück auf die Dauer nur beim Tüchtigen

---

20 Vgl. Dok. 11, Anm. 22.

21 Die Entfernung Königsberg - Moskau betrug Luftlinie 1.340 km. Die Reisegeschwindigkeit des damals häufig eingesetzten Passagierflugzeugs Junkers W 34 betrug 210 km/h. Vgl. Junkers und die Weltluftfahrt. Hrsg. von F. A. Fischer von Poturzyn, München [2]1935, S. 177.

22 Gemeint sind die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

ist [23], dann ist ebenso richtig, daß das Unglück auf die Dauer nur beim Untüchtigen ist. Die Parteigeschichte sagt, daß *seit 60 Jahren das Unglück dauernd auf der bürgerlichen Seite ist. Das ist der Ausdruck eines inneren Unvermögens, der Unzulänglichkeit, der Fehlerhaftigkeit, der Brüchigkeit dieser bürgerlichen Parteiwelt.*

In großen Zügen führt Hitler dies vor Augen.

1. *Die bürgerliche Parteiwelt hat keine Ideale vor sich.* Für was kämpft sie? Für Ruhe und Ordnung, wirtschaftliche Genesung. Meine teuren Zuhörer: Das sind keine Ideale, mit denen man Weltanschauungen entgegentreten kann. Die Ruhe und Ordnung ist ein Zustand, der an sich nicht das einzig Erstrebenswerte ist.

Nicht Ruhe und Ordnung muß das Ziel für eine Volksführung lauten, sondern Entwicklung aller Kräfte zur Selbstbehauptung einer Rasse auf der Welt. (Stürmischer Beifall.)

Wir müssen weiter sagen: *Die bürgerliche Parteiwelt hatte kein Ziel vor Augen, das irgendwie in der Zukunft liegt.* Es ist kein Ziel zu sagen: Wir wollen das Reich in seiner Macht und Stärke erhalten, auch nicht, wir wollen den Export im nächsten Jahre von 21.000 Millionen auf 21.400 Millionen [*RM*] steigern [24]. Das ist kein Ziel für eine politische Leitung einer Nation. Es ist auch kein Ziel zu sagen, *wir wollen das, was war, wieder aufrichten.* Das ist Vergangenheit. Die bürgerliche Parteiwelt hat niemals klare Ziele vor Augen gehabt. Was war ihr *Schlußziel*, als die bürgerliche Parteiwelt am schwersten und genauesten gewogen wurde, als der gewaltige Krieg über die Welt hereinbrauste? Da hatte das bürgerliche Deutschland kein Ziel des Kampfes [25]. Es fehlt jeder Glaube selbst an die Möglichkeit der Aufrichtung eines neuen Reiches mit neuen Gedanken, mit neuem Inhalt. Das kommt aus dem Mangel jeglicher Weltanschauung.

Auf der einen Seite der Marxismus als Weltanschauung des Wahnsinns, dem aber gegenübertritt eine bürgerliche Parteiwelt ohne jede Weltanschauung. Wenn Weltanschauungen kämpfen, brechen bürgerliche Gebilde mit wirtschaftlichen Schlußzielen [26] wie Spreu zusammen. Für Weltanschauungen sterben Millionen, für die Wirtschaft niemand, am wenigsten ihre Träger selbst.

2. Werfen wir der bürgerlichen Parteiwelt vor, daß sie keinen Volksbegriff kannte. Eine Bewegung oder Partei, die von vorneherein es nicht fertigbringt, eine so robuste Menschenmasse, wie sie nun einmal in unserer Arbeiterschaft vorhanden ist, einzugliedern in das politische Leben, fähige Köpfe mit heranzuziehen, eine solche Bewegung hat keine Zukunft vor sich. Es wird ewig der Ausgleich gefunden werden müssen zwischen Geist und Willen, und wenn der Geist allein als Wissen zu dominierender Höhe emporwächst, ist es notwendig, daß plötzlich in diesen Geist hinein die robuste Willenskraft der Masse kommt, die nicht vor tausend Wenn und Aber zurückschreckt, die noch die Natürlichkeit des Kindes hat.

---

23 Vgl. Dok. 11, Anm. 24.

24 1929 führte das Deutsche Reich im reinen Warenverkehr Güter im Wert von 14.215,1 Millionen RM aus. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 191.

25 Zur deutschen Kriegszieldiskussion während des Ersten Weltkriegs vgl. Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-1918, Düsseldorf [3]1964.

26 In der Vorlage: Schließzielen.

Unsere bürgerlichen Parteien sind überaltert [27]. Das ist ihre Schicksalsstunde gewesen, daß sie nicht verstanden haben,

den vierten Stand,

der langsam wuchs und zunächst nur Stand, Beruf war, *herauszureißen aus den Fabriken und hineinzustellen mitten in ihre politische Welt, nicht verstanden hat, Führer zu werden dieser Arbeiterschaft, sondern in einem zum Teil elenden Hochmut, erbärmlichen Dünkel und einer Überlegenheit, die nie da war, auf sie heruntersah* [*sic!*]. (Stürmischer Beifall.) Sie mußten die Quittung für ihr Tun bekommen, sie wollten nicht der Kopf des deutschen Arbeiters sein und so haben sie es fertiggebracht, *daß der Jude sein Kopf wurde.* Eine fremde Intelligenz haben sie zum Führer derer gemacht, die sie selbst nicht beachtet haben. Das ist das furchtbare Schicksal, seit dem Augenblick beginnt der Verfall unserer bürgerlichen Parteiwelt.

Demokratie auf der einen Seite, Schwäche auf der anderen, Unfähigkeit, frisches Blut nachzuziehen, Abkapselung und Verkalkung, das führte dazu, daß auch dem Bürgertum die Macht aus der Hand gewunden wurde, denn hinter der Wirtschaft erscheint ein Mächtigerer: *das Kapital an sich.*

Das bürgerliche Zeitalter vergißt, daß alle Kraft, Macht und Stärke am Ende im Volke liegt, nicht in künstlichen Konstruktionen, nicht in der Wirtschaft, nicht in einer Staatsform, nicht im monarchischen System. Der ewige Quell der Kraft eines Volkes heißt nicht Wirtschaft, Monarchie, Staatsverwaltung, nicht Ruhe und Ordnung, sondern

Volk, Fleisch und Blut.

Das sind die Träger der Kraft, und wer diese Quellen verdirbt oder beseitigen läßt, der beseitigt damit die ewige Kraft des Volkstums. *Die bürgerliche Welt hat sich an dem am meisten versündigt.*

Sie hat keine Stellung genommen zum schwersten Problem, zum Problem der Rasse. Volkstum war ihr im Grunde nur eine Sprachgemeinschaft. Es ist eigentlich schlimm, immer zu sagen, mein Vaterland reicht, soweit die Sprache geht. Nein, es müßte heißen, soweit unser Blut geht. Sprache kann man erlernen, Blut nicht. Der Jude, der Tscheche kann Deutsch lernen, denken aber tut er jüdisch und tschechisch. Er wird nie zum Deutschen werden. Im Blute allein liegt die Wurzel jeglicher Kultur.

Wenn heute Kardinal *Faulhaber* bedauert, daß in Rußland diese entsetzliche Kulturbarbarei eingerissen ist, so ist darauf hinzuweisen: Ein Volk, dessen Intelligenz nicht mehr seines Blutes ist [*sic!*], kann nicht anders, als in Kulturbarbarei [*zu*] versinken. Kultur ist Ausdruck der inneren Seele und des Wesens des Volkstums. Wenn sie einem germanischen Volk einen fremden Kopf aufsetzen, kann dieser fremde Kopf nicht das germanische Volk verstehen. *Nicht umsonst sehen wir heute diese planmäßige Kulturzerstörung vor unseren Augen,* sehen wir, wie alle großen Erscheinungen des Kulturlebens *abgebaut* werden, wie man Bühne um Bühne eingehen läßt [28]. Ein Volk, das selbst nicht mehr seine eigenen blutsmäßigen Bindun-

27 Zur Soziologie der bürgerlichen Parteien vgl. Sigmund Neumann, Die Parteien der Weimarer Republik, Stuttgart ^{4}1977, S. 41 ff.

28 Durch die Weltwirtschaftskrise und die Einsparungen in den öffentlichen Haushalten wurden die deutschen Theater schwer belastet; 1925 spielten im Deutschen Reich 385 Theater- und Operhäuser, 1930 nur noch 257. Vgl. Deutsches Bühnen-Jahrbuch. Theatergeschichtliches Jahr- und Adressenbuch 43 (1932), Berlin 1932, S. 56 ff., 636 f. sowie Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 99.

gen kennt, darf auch keine eigene Kultur besitzen. Und braucht auch keine solche Kultur. *Das Volk, das einst vor einer Madonna stand und mit ihr redete, hat keine Verbindung mehr mit dem Kitsch, den man ihm heute als Malerei vorsetzt. Das Volk, das einst die großen Meister bejubelte, hat keine Beziehung mehr zu dem, was ihm an jüdischer Kost vorgesetzt wird.*

Damit ist auch der Instinkt langsam zerbrochen. Instinkt ist das unbewußt richtige Treffen des einzelnen Lebewesens: es liegt in der

Sicherheit des eigenen Blutes.

Hitler erinnert an die *Österreicher* im Krieg. *Je nach der Sprache ihres Blutes brachen die Divisionen auseinander*[29]. So wie ein Volk diese innere Einheit verliert, wird es langsam zu der Unsicherheit kommen, die wir sehen. Wer hat dem Volk das Gefühl genommen, das ihm not tut? Die Zeit der bürgerlichen Politik! *In ihrer Epoche ist unser Volk langsam an Geist und Seele zersetzt worden.*

Heute sehen wir auf der ganzen Welt den Versuch, den Völkern ihre innere Einheit zu nehmen, sie zu Bastarden zu machen, damit der Jude sie langsam in seine Hand bekommt. Das ist die große Entwicklung, die seit 1918 praktisch vor unseren Augen sichtbar wird.

Nur die eine Frage: Erwarten Sie in Deutschland eine Erlösung von den Parteien, die selbst das alles bewußt verschuldet haben? Von den marxistischen Parteien - das wäre lächerlich! Von den bürgerlichen Parteien - dann ist die Frage: Können sie sich noch einmal verjüngen?

Alle neuen Parteigebilde konnten in Wirklichkeit keine neuen Persönlichkeiten in den Vordergrund schieben, in allen kritischen Zeitläuften nicht einen Kopf ihrer eigenen Partei an die Spitze stellen. *Die bürgerliche Demokratie mußte beim alten Heere Anleihen aufnehmen* und alte Generäle hervorzerren, um sie der bürgerlichen Welt zu präsentieren. Was ist ein deutscher Reichspräsident? Ist Hindenburg etwa berühmt, weil er deutscher Reichspräsident ist? *Oder ist nicht auf eine gewisse Zeit lang wenigstens diese Stelle vergoldet worden durch einen Mann, der einen Namen aus dem Weltkrieg mit sich gebracht hat?* (Lebhafte Zustimmung.) Was verschafft Hindenburg die Achtung der Welt? Daß er ein Reichspräsident ist, der *der alte Führer der deutschen Armee* gewesen ist[30], ein Ruhm, den bis heute sogar die politische Tätigkeit nicht vollständig vernichten konnte. (Beifall und Heiterkeit.)

Die zwangsläufige weitere Entwicklung ist kurz folgende:

Auf der einen Seite ist fanatischer Idealismus, wenn auch wahnsinniger Tendenz. Auf der anderen Seite alte vermoderte Gebilde, etwas *neu aufgebügelt*, aber in Wirklichkeit mit alten Personen besetzt. *In kritischen Zeitläuften öffnet man die Grüfte und holt die ältesten Geister der deutschen Vergangenheit hervor und stellt sie, links und rechts gestützt, auf die Bühne hinauf: Damit glaubt man einer Weltpest entgegentreten zu können, die ihre Fahnen flattern läßt über Wladiwostock bis weit hinein in das Herz der amerikanischen Union.*

Etwas dürfen wir bei einem Regenerationsprozeß dieser bürgerlichen Welt nie vergessen: Im Marxismus finden sich viele tatkräftige Männer, die genauso gut im bürgerlichen Lager stehen könnten. Das Gebet des bürgerlichen Politikers lautet: *Herr, gib unserem Volke einen*

29 Vgl. Anton Graf Bossi Fedrigotti, Kampfwert der Nationalitäten im k. u. k. Heer. In: Südostdeutsche Vierteljahresblätter 18 (1969), S. 179-183.

30 Zu Hindenburgs militärischer Tätigkeit vgl. Robert B. Asprey, The German High Command at War. Hindenburg and Ludendorff conduct World War I, New York 1991.

Führer, aber laß ihn keinen Mann sein! Herr, mach uns frei, aber behüte uns vor der Kraft, die die Freiheit erkämpft! Sie scheuen jede Energie, jede Tatkraft und haben es fertiggebracht, daß tatkräftige Männer der Masse nicht zu ihnen kommen konnten.

Die Marxisten sind Verbrecher, aber als Verbrecher haben sie noch viele Männer. Die bürgerliche Parteiwelt ist weder heiß noch kalt, sondern lauwarm. Vergebens sucht man in ihren Reihen einen eisenharten stählernen Kopf. Sie wollen die Köpfe nicht und werden deshalb in der Geschichte nicht mehr auftreten können, denn die Geschichte wird nicht von alten, neu aufgebügelten Parteien mit uralten Männern, sondern durch Kräfte gemacht.

Damit sehen wir vor uns ein furchtbares Ende. Die marxistische Weltpest greift immer mehr um sich. Was hat die bürgerliche Welt ihr entgegenzusetzen? Nichts als ein Phantom,

die Staatsautorität.

Jagen Sie diese weg aus den Straßen Berlins, wo bliebe dann das deutsche Bürgertum? Zwei Kräfte ringen um die Staatsautorität: Die eine hat überhaupt kein eigenes Ausdrucksvermögen ihrer Kraft, die zweite ist selbst kraftvoll genug, um sich durchzusetzen. Wenn die Staatsautorität fällt, ist das deutsche Bürgertum verloren, ist der Marxismus der Herr im Staat. Staatsautorität ist nur Mittel zum Zweck. Wenn der Zweck nicht mehr vorhanden ist, pflegen diese Dinge in die Brüche zu gehen. *Wenn heute in Deutschland der Marxismus marschieren würde und die Staatsautorität* so zerbräche wie 1918 - was würde dann dieser Pest überhaupt entgegengesetzt werden können? Die alten Parteien nicht - *nur eine neue Bewegung.*

Die Mission des Nationalsozialismus:

Die Wiedererweckung der deutschen Macht.

Drei Aufgaben kann eine solche neue Bewegung haben:

1. Wiederherstellung eines geschlossenen deutschen Volkskörpers.

2. Wiederherstellung der inneren Kraft dieses Volkskörpers.

3. Wiederherstellung der Lebensmöglichkeit dieses Volkskörpers nach außen, d. h. Freiheit und Brot[31].

Aus dem heraus ist vor nunmehr 11 Jahren die junge nationalsozialistische Bewegung erstanden[32]. Vor elf Jahren sind wir zusammengetreten und haben ein neues Gebilde aus der Taufe gehoben, klein und unscheinbar, und wir haben nichts besessen wie einige allgemeine Grundsätze, die zum mindesten richtig erschaut waren [*sic!*]. Und diese junge neue Bewegung hatte etwas als Voraussetzung für später: keine Namen, keine Politiker, keine sogenannten Prominenten in ihren Reihen. Was in Deutschland notwendig war, war die Bildung einer vollkommen neuen, mit revolutionärem, geistigen Elan erfüllten Bewegung. Diese versuchten wir 1919 in das Leben zu rufen. Und wir konnten mit Stolz sagen: Bei den Führenden dieser Bewegung befand sich kein Name, keine prominente Persönlichkeit, kein Parlamentarier, kein

31 Die Wendung "Freiheit und Brot" war eine der ältesten Parolen der NSDAP; mit ihr war bis 1945 die Titulatur des Völkischen Beobachters überschrieben.

32 Zur Frühgeschichte der DAP, die am 5.1.1919 von dem Eisenbahnschlosser Anton Drexler und dem Sportjournalisten Karl Harrer gegründet worden war, vgl. Albrecht Tyrell, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975; Tyrell (Hrsg.), Führer befiehl, S. 11 ff. sowie Wolfgang Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1932), Düsseldorf 1972, S. 29 ff.

Journalist, keine Zeitung stand hinter uns. Ein paar Frontsoldaten und ein paar deutsche Arbeiter sind es gewesen, die damals erkannten: Alles kapituliert, alles verkriecht, alles fügt sich und stellt sich auf den Boden der Tatsachen - so wollten wir eine Bewegung bilden, die entgegen dem Geist der allgemeinen Korruption und Ergebung in das Schicksal sich zurückbesinnt auf diejenigen Grundlagen des Volksganzen, der Volksgröße, der Kraft eines Volkes, die allein bestimmt ist, einmal wieder eine glücklichere Zukunft zu erringen und zu erkämpfen.

Wir hatten nur den einzigen Grundsatz: Die Bewegung, die wir formieren und die keine alten Namen zählt, soll in Deutschland zunächst wieder einen Satz zur Geltung bringen, den einst ein Marschall geprägt hat: "Von meinen Soldaten trägt jeder den Marschallstab im Tornister! [33]" Dieses Wort hat sich erfüllt, *jeder trägt den Stab des Führers in sich.* In dieser Bewegung gibt es keine Protektion, keinen Adel, außer den Adel der Arbeit und der Leistung, das ist die Protektion, die es hier zu geben hat [34].

Endlich mußte diese Bewegung den

Begriff der Volksgemeinschaft

im größten Umfang wiederherzustellen sich bemühen. Wer nebeneinander marschieren will, muß den gleichen Schritt und Tritt gelernt haben, und den wollen wir dem deutschen Volk wieder beibringen, eine Organisation schaffen, die nur Deutsche kennt, in der der einzelne lernen muß, sich mit seinem Blutsgenossen wieder zu verstehen, in der er aufnehmen muß das Tempo des Denkens als Inhalt des ganzen Lebens [*sic!*]. Man konnte sehen, wie sie vor sich tastend zueinanderkamen, die Kämpfer von der Barrikade rechts und links, wie sie langsam sich schätzen und kennenlernten: Das ist auch ein Kerl, auch der hat ein Ideal, ein Mann, der für ein Ideal zu sterben bereit ist, ist noch immer gut, mit dem kann man sich verständigen.

Die Nationalsozialisten sind erstanden. Schon in ihrem Namen sind zwei extreme Begriffe miteinander verbunden: das Nationale und das Sozialistische zusammengefügt in einem Begriff. Was unser Volk am meisten zerrissen hat, wurde plötzlich der Kitt, der es am stärksten zusammenfaßt und unzertrennbar verband. Der Grundsatz lautete: Wir treten ein für die Rechte aller Volksgenossen im Innern, wir kennen keinen privilegierten Stand oder Klasse, wir dulden nicht, daß jeder Stand glaubt, auf Kosten des anderen leben zu können. Die Menschen müssen sich bei ihren Fäusten nehmen und endlich die Phalanx [35] bilden, die das neue Deutschland verkörpert.

So ist es klar, daß wir für die Rechte des gesamten Volkes nach außen eintreten. *Ich kann nicht Sozialist sein, wenn ich mein Volk nach außen unterdrücken lasse. Ich kann nicht vom Lebensrecht im Innern schwätzen, wenn ich das Lebensrecht nach außen nicht verteidige.* Wir sind als Nationalsozialisten die fanatischsten Vertreter des Lebensrechtes unseres Volkes, dieses Recht kann unserem Volke nur die eigene Kraft wiedergeben, denn wir wissen: Nicht Frankreich, nicht England, auch nicht Italien, kein Völkerbund und keine Konferenz gibt unse-

33 Der Satz geht auf einen französischen Ausspruch in napoleonischer Zeit zurück und wird gewöhnlich Napoleon I. zugeschrieben. In einer schriftlichen Quelle läßt sich der Satz jedoch erst in einer Ansprache Ludwigs XVIII. belegen, die dieser am 8.8.1819 vor der École des Saint-Cyr hielt.

34 Zum damaligen Sozialprofil der Führung von NSDAP und SA vgl. Michael H. Kater, The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945, Oxford 1983, S. 169 ff. sowie Mathilde Jamin, Zwischen den Klassen. Zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft, Wuppertal 1984.

35 Tiefgestaffelte, geschlossene Schlachtreihe des schweren Fußvolks in der griechischen Antike.

rem Volk das Leben. Das Geheimnis, das uns Leben gibt, ist die *Wiedererweckung der deutschen Kraft und der deutschen Macht.* Das wollen wir Nationalsozialisten in die Wirklichkeit umsetzen.

Wie konnten sie das wagen?

Heute ist die Frage nicht mehr berechtigt. *Heute vor 10 Jahren im Münchner Hofbräuhausfestsaal traten wir zum ersten Male im öffentlichen Leben auf*[36]. Und als ich den Saal betrat, war zum ersten Male vor mir eine Masse von Menschen, wie ich sie seitdem tausendmal erlebt habe, zum erstenmal setzten sich meine jungen Frontkameraden ein und zeigten den Terroristen, daß die Stunde gekommen war, wo nicht mehr der Wahnsinn unbehindert regieren konnte, sondern ihm die Vernunft entgegentrat. Zum ersten Male begann sich in einer öffentlichen Versammlung die Masse zu wandeln.

Es kam die Zeit der Unterdrückungen [37] - jede Unterdrückung härtete uns, und jedes Verbot schweißte die Schar fester zusammen. Und parallel mit dem Wachstum ging der Glaube, der uns auszeichnet vor allen anderen im Deutschen Reiche:

Wir glauben an unseren Sieg,

weil wir überzeugt sind von der Notwendigkeit des Sieges, weil wir bereit sind, dem alles zu geben, was wir als Menschen zu geben in der Lage sind.

Während ein Volk zerfällt, bricht sich ein neuer Staat Bahn. Während sie sich streiten um die Flaggen und Symbole [38]*, erhebt sich ein neues Symbol* [39] *im ganzen Deutschen Reich, das nicht durch Unterhandlungen und Besprechungen eingesetzt wird, sondern das sich bewähren wird im Kampf. Das ist unser heiligstes Ziel, dem deutschen Volk die Einheit zu geben und als Symbol nach außen ein Wahrzeichen der geeinten deutschen Volkskraft und des geeinten deutschen Volkstums, ein Symbol, das nicht durch Parlamentsbeschluß in Deutschland eingeführt wurde, sondern sich im ewigen Kampf durchgesetzt hat, das überall dort, wo für Deutschlands Ehre und Freiheit gekämpft wurde, weit voran an der Spitze flatterte. Die Achtung wird diesem Symbol einst durch die Geschichte gegeben werden. Unser Stolz ist, daß sich heute unter diesem Zeichen der deutsche Wille erhebt, einst aber unter diesem Zeichen sich das deutsche Volk nach außen erheben wird.* (Anhaltender, stürmischer Beifall.) [40]

---

36 Am 24.2.1920 hatte Hitler im Münchner Hofbräuhaus das 25-Punkte-Programm der NSDAP verkündet. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 109 ff.

37 Vgl. Dok. 13, Anm. 36.

38 Zum Flaggenstreit vgl. Gotthard Jasper, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922-1930, Tübingen 1963, S. 240 ff.

39 Gemeint ist die Hakenkreuzfahne.

40 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1. März 1930 Dok. 21
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 1.3.1930.

Am 24. Februar 1920 hielt die nationalsozialistische Bewegung ihre erste große öffentliche Massenversammlung ab [1]. Nachdem sich dieser Tag nun zum zehnten Male jährt, will ich als Hauptbeteiligter an dem Ereignis einige Erinnerungen aus dieser Zeit und diesen Tagen hier wiedergeben.

Jede Partei wird auf ihre besondere Art und Weise aus der Taufe gehoben. Bürgerliche, parlamentarische Parteien verdanken ihre Entstehung fast hundertprozentig veränderten "Konstellationen" und "Tatsachen" oder veränderten Konjunkturaussichten. Das Wesentliche bei bürgerlichen Parteineuschöpfungen ist, daß scheinbar neue Parteien entstehen, die Personen aber immer die alten bleiben. Da nun der Geist von den Personen ausgeht und nicht umgekehrt, ist der Geist der neuen Partei immer haarscharf derselbe, wie er bei den alten war. Ein Firmenschild, das etwas verrußte, oder wie es in der Politik zu sein pflegt, etwas verschmutzte, wird durch ein neues, frisch aufgemaltes ersetzt. Das ist alles. Als im Jahre 1918 die Revolution kam und das Regiment der alten Parteien mit einem Schlage beseitigte, da war sogar die Angst an den Neugründungen der bürgerlichen Parteien [2] als Geburtshelferin nicht unwesentlich beteiligt. Das nationale Patriotentum verkroch sich in alle Mauselöcher und verlor im ersten Augenblick jeglichen Appetit, sich überhaupt in diesen aufgeregten Zeitläuften noch weiterhin politisch zu betätigen. Bürgerliche Parteiführer wurden auf kürzere oder längere Zeit politisch unsichtbar, und erst nach Änderung der Firmenschilder und nach der Feststellung des im allgemeinen eben doch unblutigen Charakters der Revolution begannen die Mutigen langsam wieder aufzutauchen. Die neuen Parteibildungen waren damit zu genauen Abbildern der alten Parteien geworden. Im Wesen und im Sinn hatte sich nichts verändert. Und das fiel in eine Zeit, die die größten Umwälzungen mit sich gebracht hatte. Weltkrieg, mitteleuropäischer Zusammenbruch und deutsche Revolution hatten keine innere Veränderung unseres deutschen Parteiwesens zur Folge. Die bürgerlichen Parteien schrieben sich damals ihr eigenes Todesurteil. Es hätte für sie nur eine einzige Möglichkeit gegeben, erfolgreich die Zeit zu überstehen und vielleicht noch einmal eine Rolle zu spielen; sie hieß: neue Männer. Wenn irgendein Geschäft von seinen Inhabern oder Direktoren in ersichtlicher Weise vollständig zugrunde gerichtet wird und einer einfach miserablen Verwirtschaftung [*sic!*] erliegt, dann wird es keinem Menschen einfallen zu glauben, daß an eine Wiederauferstehung dieses Geschäftes gedacht werden könnte, wenn die alten Männer blieben und nur das Firmenschild verändert würde. Die politischen bürgerlichen Parteien, die einen großen machtvollen Staat in ihre verantwortliche Leitung genommen hatten, haben Macht und Staat in der erbärmlichsten Weise vertan. Trotzdem glaubten sie ohne jede innere Veränderung oder Umgestaltung das Spiel, das sie schon

---

1 Vgl. Dok. 20, Anm. 36.

2 Zu Kontinuität und Diskontinuität des deutschen Parteiensystems nach 1918 vgl. Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981, S. 129 ff.

einmal verloren hatten, noch einmal wagen und vielleicht gewinnen zu können. Es fehlte ihnen jedes Verständnis, daß die Sozialdemokratie einen hohen Prozentsatz ihrer Erfolge einfach der Tatsache zuschreiben konnte, daß nicht wenige aktivistische Kräfte unseres Volkes von politischer Begabung schon infolge ihrer Herkunft in den bürgerlichen Reihen eine Betätigungsmöglichkeit nicht erhalten hatten und nie zu erhalten vermochten. Es war wirklich so, daß in den bürgerlichen Parteien eine in sich geschlossene Gesellschaftsschicht regierte, ein Eindringen fremder und besonders fähiger Elemente dabei eifersuchtsvoll abwehrte und dadurch alle die Kräfte verlor, die später der Sozialdemokratie zugute kamen. Es regieren heute in Deutschland viele tatkräftige und energische Männer der Linken, die bei einer anderen Veranlagung und Gestaltung unseres bürgerlichen Parteilebens ebensogut dort hätten hineinwachsen können, wenn man nicht in diesen Kreisen überhaupt jede frische und junge Tatkraft abgelehnt hätte. So konnte man, ohne großer Prophet zu sein, im Jahre 1918 anläßlich der Neuaufrichtung der bürgerlichen Parteiruinen folgendes voraussagen: Ein Kreis alter, abgewirtschafteter Parlamentarier sieht die Unmöglichkeit einer weiteren Fortführung der bisherigen Parteien im alten Zustande. Unfähig, die Zustände an sich zu ändern, und ohne Willen, neuen Elementen die Führung mit in die Hand zu geben, verändert man lieber die alten Parteien in neue, paßt sich damit rein äußerlich den veränderten Zuständen an und hofft, damit das Auge des Volkes betrügen zu können. Um diese Parteigebilde am Leben zu erhalten, ist man gezwungen, an der einzigen Stelle personelle Anleihen zu machen, die, vom Bürgertum zu seinesgleichen gerechnet, einen hohen Ruhm sich gutschreiben konnte. Die bürgerlichen Parteien greifen in ihrer eigenen Impotenz in allen kritischen Augenblicken auf das Heer zurück, holen sich aus der Schar großer Feldherrn und Generale den einen oder anderen mit klingendem Namen heraus und spannen ihn vor ihre elenden Parteigebilde [3]. Die Generale aber sind ebenso unpolitisch naiv wie die bürgerlichen Parteiführer gewissenlos. Aus dieser Ehe kommt kein neues, junges Leben, sondern der bessere Teil wird vom kranken angesteckt und verseucht. Das Ergebnis des Versuches, neue Geschichte durch überaltete [*sic!*] Namen machen zu wollen, kann nur eine gewisse Zeit lang Erfolge aufweisen, muß aber endlich am tatsächlichen inneren Unvermögen allen offenbar werden und scheitern. Man konnte deshalb voraussagen, daß die bürgerliche Parteiwelt, die sich gegen jede lebendige Blutsergänzung aus dem eigenen Volkskörper schärfstens verwahrte, in absehbarer Zeit absterben mußte. Die neuen Parteigründungen waren am Tage ihrer Geburt bereits mit allen jenen Krankheiten behaftet, die ihre Väter in sich trugen.

Ganz anders vollzog sich das Werden der nationalsozialistischen Bewegung. An ihrer Entstehung hatte nicht ein einziger sogenannter "Politiker" Anteil. Sie zählte nicht einen einzigen Parlamentarier in ihren Reihen. Ja, ihre Begründer hatten überhaupt keinen Namen [4]. Wer in dieser Bewegung eine Rolle spielen wollte, mußte sich seine Stellung durch eigene Fähigkeiten, durch Talent und Fleiß selbst erkämpfen. Überhaupt konnte diese Bewegung keine "Ämter" verteilen, denn sie besaß nichts, was irgendeinen materiellen Wert gehabt hätte. Ihr

3 Vermutlich eine Anspielung auf den parteilosen Reichswehrminister Wilhelm Groener und den parteilosen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg. Zur Beurteilung Hindenburgs durch Hitler vgl. Dok. 20 sowie Bd. III/2, Dok. 29.

4 Vgl. das Faksimile eines alphabetischen Mitglieder-Verzeichnisses der DAP vom Herbst 1919, das Namen und Berufe von insgesamt 193 Mitgliedern nennt; IfZ, SV 136 sowie Dok. 20, Anm. 32.

Ziel war ein so verwegenes und kühnes, daß die kleine parteipolitische Kreatur angesichts der Opfer, der Gefahren und des Nichtvorhandenseins entsprechender Belohnungen von dem Gedanken eines Beitritts augenblicklich zurückgeschreckt wurde [*sic!*]. Wer will als "Prominenter" (das hieß aber damals als durch die geschichtliche Entwicklung als unfähig bewiesener Politiker) in eine Bewegung eintreten, die gerade das nicht hat, was für diese Elemente doch den innersten Antrieb zur politischen Tätigkeit ergibt. Keine Mandate, keine Amtsstellen, keine Sekretärposten, gar nichts von alledem. Was die Bewegung damals ihren Kämpfern und Mitgliedern in die Hand drücken konnte, war nicht eine Anweisung auf Gehaltsempfang oder Diäten, sondern eine Anweisung auf Kampf. Dem haben wir es zu verdanken, daß das ganze üble politische Zeug uns ferneblieb. Freilich war dafür der Kampf aber auch ein schwerer und harter. Es stand uns im Jahre 1919 und 1920 aber auch wirklich gar nichts zur Verfügung. Das allerschlimmste aber war, daß man nicht einmal reden konnte, denn es kam niemand, um zu hören. Die roten Straßenagitatoren hatten es sehr leicht. Sie marschierten im Geiste der damaligen Zeit. Sie konnten von vornherein mit einem bestimmten Zuhörerkreis rechnen. Als wir begannen, mußten wir die ersten Male froh sein, überhaupt auch nur vor einem Dutzend Menschen reden zu können. Was es bedeutete, selbst gänzlich unbekannt, hundert Menschen zu bewegen, überhaupt nur zuzuhören, können die im Rahmen alter Parteien stehenden Politiker überhaupt nicht ermessen! Wer zum Beispiel als Bayerischer Volksparteiler auftritt, kann sein, was er sein will, er ist immer der Sprecher einer bekannten Partei. Wer im Jahre 1919 oder 1920 als Nationalsozialist oder als Anhänger der Deutschen Arbeiterpartei auftrat, war nur, was er selber war. Was dann geworden ist, war ausschließlich das Verdienst der Männer, die es wagten, aus nichts eine neue Bewegung zu schaffen. Und es war mehr als ein Wagnis. Ich habe später oft und oft gehört, daß man eine Sache nur unternehmen dürfe, wenn soundsoviel Gewißheit für ihren Erfolg vorhanden sei. Ich möchte jeden dieser Herren fragen, wieviel Wahrscheinlichkeit auf Erfolg im Jahre 1919 wir für uns hatten, als wir uns als gänzlich unbekannte Männer (und noch dazu aus der untersten Masse unseres Volkes!) entschlossen hatten, diese neue Bewegung zu bilden? Von uns allen hat keiner später mehr gewagt als damals. Wir haben unser ganzes Leben auf eine Karte gesetzt, die selbst noch gar nicht einmal existierte. Und als ich am 24. Februar 1920 die erste wirkliche Massenversammlung der Partei einberief im Münchner Hofbräuhausfestsaal, da wußte ich wirklich nicht, ob überhaupt jemand kommt, wer kommt und wieviel kommen. Wir hatten allerdings schon ein paar Kundgebungen hinter uns, allein durchwegs in bescheidenerem Rahmen [5]. Wir hatten uns zur Werbung der Besucher für unsere früheren kleinen Versammlungen eines besonderen indirekten Systems bedient, das eigentlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit arbeitete. Wohl hat schon früher einmal ein schwacher Versuch zur Unruhestiftung in einer unserer kleinen Versammlungen stattgefunden, allein, er wurde blitzschnell beendet. Zur Versammlung im Hofbräuhausfestsaal wurden die Besucher zum ersten Male durch Plakate aufgefordert [6]. Kein Mensch wußte, ob

5 Im Beisein Hitlers am 16.10., 13.11., 26.11., 10.12.1919 sowie am 16.1., 23.1. und 9.2.1920; vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 91 ff.

6 Druck: Adolf Dresler und Fritz Maier-Hartmann, Dokumente der Zeitgeschichte, München 1938, S. 93. Auf dem Plakat wird als Redner nur Johannes Dingfelder, nicht aber Hitler genannt. Zum damaligen Einsatz von Plakaten in der NS-Propaganda vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 149 ff.

nicht diese Aufforderung das Gegenteil von dem bewirken würde, was wir uns erhofften. Die innere Unsicherheit über den Ausgang dieses Wagnisses hatte schon vorher zur ersten Parteikrise geführt. Ein Teil des damals amtierenden Ausschusses bekam es angesichts der roten Drohung mit der Angst zu tun und wollte die Sache abgeblasen wissen. Ich stemmte mich mit aller Kraft dagegen, die Hasenfüße verließen die Partei [7], und die Versammlung wurde angesetzt. Als ich am Abend den Münchner Hofbräuhausfestsaal betrat, war das Wunder geschehen. Der Saal war brechend voll. 1.700 Menschen befanden sich in ihm [8] und unter ihnen in überwiegender Anzahl diejenigen, an die ich mich in erster Linie wenden wollte. Rote Arbeiter aller Parteischattierungen. Es gab Kampf und es schien eine Zeitlang fast, als ob die ganze Versammlung auffliegen sollte. Allein die jungen Nationalsozialisten, in erster Linie meine Kriegs- und Feldzugskameraden, setzten sich, an einigen Stellen des Saales buchstäblich mit dem blanken Seitengewehr, soweit durch, daß die roten Terroristen entweder hinausflogen oder niedergeschlagen wurden. 2 Stunden später hatte ich den Saal mit meiner Rede gewonnen. Was sich heute in tausend und abertausend Versammlungen [9] Monat für Monat wiederholt, war damit zum ersten Male in der deutschen Geschichte vorgeführt worden. Eine nationalsozialistische Massenkundgebung, nicht von Polizei, sondern vom Fanatismus der eigenen Parteigenossen geschützt, setzt sich gegen die roten Terroristen durch und endet mit dem Siege unserer Idee. Es war das damals noch eine harte Zeit, aber es war auch eine männliche. Unser Volk hatte äußerlich noch nicht die Ruhe und Ordnung wiedergefunden, aber innerlich bestand es noch aus "Männern". Heute sind wir, innerlich tausendmal verderbter, nur äußerlich sind wir wenigstens scheinbar in einen Zustand der "Ruhe und Ordnung" geraten, der für irgendeine traurige Beamtenseele vielleicht bewundernswert ist, für die Nation aber von tödlichen Folgen sein wird, wenn es nicht gelingt, unsere Lethargie zu überwinden. Der Träger dieses Kampfes gegen die Trägheit und Feigheit unserer Zeit ist aber unsere Bewegung.

7 Harrer hatte die zunächst für Januar 1920 angesetzte, erste wirkliche Massenversammlung der DAP für verfrüht gehalten und einen Rückschlag befürchtet. Nachdem sich Hitler durchgesetzt hatte, verließ Harrer am 5.1.1920 die DAP. Vgl. Tyrell, Vom "Trommler", S. 31 f.

8 Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 109, Anm. 3.

9 Nach Eröffnung einer parteieigenen Rednerschule im Sommer 1928 gelang es der NSDAP, die Zahl ihrer ausgebildeten Redner zu verdreifachen. Für die Reichstagswahl 1930 konnten beispielsweise etwa 1.000 Redner auf insgesamt 34.000 Wahlversammlungen eingesetzt werden. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 125.

6. März 1930 Dok. 22
"Nationalsozialismus und Landwirtschaft"
Anordnung

VB vom 7.3.1930, "Das Agrarprogramm der N.S.D.A.P." [1]

I. Bedeutung des Landvolkes und der Landwirtschaft für das deutsche Volk

Das deutsche Volk deckt einen erheblichen Teil seines Lebensunterhaltes durch Einfuhr ausländischer Lebensmittel. Vor dem Weltkriege konnten wir diese Einfuhr mit den Einnahmen unserer industriellen Ausfuhr, unseres Handels und unseres im Ausland angelegten Kapitals bezahlen. Diese Möglichkeit hat uns der Ausgang des Weltkrieges versperrt [2].

Heute bezahlen wir unsere Lebensmitteleinfuhr in der Hauptsache mit geliehenem fremden Gelde. Dadurch wird das deutsche Volk immer tiefer in die Schuldknechtschaft der kreditgebenden internationalen Hochfinanz geführt [3]. Diese wird - bei Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes - das deutsche Volk immer mehr enteignen. Sie kann durch Sperren des Kredits und damit der Lebensmittelzufuhr, also durch Höherhängen des Brotkorbes, vor allem die deutschen Proletarier zwingen, in ihrem Dienste um Hungerlöhne zu arbeiten oder sich als Arbeitssklaven in ausländische Kolonien verfrachten zu lassen.

Befreiung von dieser Knechtschaft ist nur möglich, wenn das deutsche Volk sich im wesentlichen vom eigenen Grund und Boden ernähren kann.

Die Steigerung der Leistung der heimischen Landwirtschaft ist deshalb eine Lebensfrage für das deutsche Volk geworden.

Ein wirtschaftlich gesundes, kaufkräftiges Landvolk ist aber auch für den Absatz unserer in Zukunft immer mehr auf den Binnenmarkt verwiesenen Industrie von entscheidender Bedeutung.

---

1 Der damalige Leiter der Organisationsabteilung II bei der Reichsleitung der NSDAP, Konstantin Hierl, hatte - seinen Memoiren zufolge - "in Zusammenarbeit mit einer Anzahl von Fachleuten aus der Partei" vorliegende Richtlinien erarbeitet. Vgl. Konstantin Hierl, Im Dienst für Deutschland 1918-1945, Heidelberg 1954, S. 64 sowie Rundbrief Hierls an alle Gauleiter, Fraktionsvorstände, die Schriftleitung des VB und alle Referate der Reichsleitung vom 4.2.1930; BA, Slg. Schumacher 373. Die Richtlinien wurden in der vorliegenden Form durch Hitler genehmigt und als Ergänzung zum Parteiprogramm der NSDAP veröffentlicht. Vgl. die textgleiche Flugschrift vom März 1930; BA, Slg. Schumacher 214 ferner Lagebericht N/Nr.90 der Polizeidirektion München vom 8.4.1930; BayHStA, MA 101235/3. Dort heißt es u.a.: "Mehrere hervorragende landwirtschaftliche Sachverständige gegnerischer Bauernorganisationen bezeichnen das Agrarprogramm der N.S.D.A.P. in vielen Fällen als praktisch undurchführbar. Die Ortsgruppen [*der NSDAP*] wurden durch die Reichsleitung aufgefordert, das Agrarprogramm der Partei, das in einem vierseitigen Flugblatt erschien, unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung planmäßig zu verbreiten."

2 Die Einfuhr an ausländischen Lebensmitteln und Getränken betrug im Jahr 1928 4.203,3 Mio. RM (29,9% des reinen Warenverkehrs), im Jahr 1913 4.288,2 Mio. Mark (27,5% des reinen Warenverkehrs). Entsprechende deutsche Waren wurden im Jahr 1928 in Höhe von 630,9 Mio. RM (5,2% des reinen Warenverkehrs), im Jahr 1913 in Höhe von 1.465,9 Mio. Mark (9,2% des reinen Warenverkehrs) ausgeführt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, Berlin 1929, S. 187.

3 Die Auslandsschulden des Deutschen Reichs, der Länder und Gemeinden beliefen sich am 31.12.1929 auf 2.608,8 Mio. RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, Berlin 1930, S. 516.

Wir erkennen nicht nur die überragende Bedeutung des *Nährstandes* für unser Volk, sondern sehen *im Landvolke auch den Hauptträger volklicher Erbgesundheit, den Jungbrunnen des Volkes und das Rückgrat der Wehrkraft.*

Die Erhaltung eines leistungsfähigen, im Verhältnis zur wachsenden Gesamtvolkszahl auch zahlenmäßig entsprechend starken Bauernstandes bildet einen Grundpfeiler der nationalsozialistischen Politik, gerade deshalb, weil diese auf das Wohl des Gesamtvolkes auch in den kommenden Geschlechtern gerichtet ist.

II. Mißachtung des Bauernstandes und Vernachlässigung der Landwirtschaft im gegenwärtigen deutschen Staate.

In Nichtachtung der biologischen und wirtschaftlichen Bedeutung des Bauernstandes und im Widerspruch zu der lebensnotwendigen Forderung einer gesteigerten Leistung der Landwirtschaft ist die Erhaltung eines wirtschaftlich gesunden Bauernstandes im heutigen deutschen Staat auf das schwerste bedroht.

Die an sich wohl mögliche erhebliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung wird verhindert, weil die dazu nötigen Betriebsmittel infolge zunehmender Verschuldung der Landwirte [4] mangeln und weil der Anreiz zu gesteigerter Leistung fehlt, da die landwirtschaftliche Arbeit sich nicht mehr lohnt.

Die Ursachen dieser ungenügenden Entlohnung (Rentabilität) der landwirtschaftlichen Arbeit sind zu suchen:

1. In der gegenwärtigen *Steuerpolitik*, welche die Landwirtschaft unverhältnismäßig stark belastet [5]. Dies geschieht aus parteipolitischen Rücksichten und weil die in der deutschen parlamentarischen Demokratie tatsächlich regierende jüdische Weltgeldmacht die Vernichtung der deutschen Landwirtschaft will, da ihr dann das deutsche Volk, im besonderen die Arbeiterschaft, völlig preisgegeben ist.

2. In dem *Wettbewerb* der unter günstigeren Bedingungen erzeugenden *ausländischen Landwirtschaft*, der durch eine landwirtschaftsfeindliche *Zollpolitik* [6] nicht genügend eingedämmt wird.

3. In den unzulässig hohen *Gewinnen*, die der zwischen Erzeuger und Verbraucher sich einschaltende *Großhandel* mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, der heute größtenteils in der Hand der Juden liegt, sich aneignet.

4. In den *Wucherpreisen*, die der Bauer für *Kunstdünger* und *Elektrizität* an die meist jüdischen Konzerne zahlen muß.

Aus dem Ertrag der unzulänglich entlohnten Landarbeit können die hohen Steuern nicht mehr bezahlt werden. Der Bauer ist gezwungen, Schulden zu machen, für die er Wucherzinsen entrichten muß. Er gerät immer tiefer in Zinsknechtschaft und verliert schließlich Haus und Hof an die vorwiegend jüdischen Besitzer des Leihkapitals.

Der deutsche Bauernstand wird entwurzelt.

---

4 In den Jahren 1929/30 waren die Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft in Höhe von insgesamt 9.847 Mio RM mit einer Gesamt-Zinslast in Höhe von 950 Mio. RM (9,74%) belastet. Vgl. Henning, Landwirtschaft, Bd. 2, S. 206.

5 Vgl. Dok. 8, Anm. 10.

6 Vgl. Dok. 8, Anm. 8.

III. In dem von uns erstrebten zukünftigen Reiche soll deutsches Bodenrecht gelten und deutsche Bodenpolitik getrieben werden.

Eine durchgreifende Besserung der Notlage des Landvolkes und eine Gesundung der Landwirtschaft ist nicht zu erwarten, solange das Deutsche Reich mit Hilfe des parlamentarisch-demokratischen Regierungssystems tatsächlich von internationalen Geldfürsten beherrscht wird; denn diese wollen die Vernichtung der bodenständigen deutschen Kräfte.

Erst in dem von uns erstrebten, wesensverschiedenen *neuen deutschen Staate* werden Landvolk und Landwirtschaft diejenige Berücksichtigung finden, die ihrer Bedeutung als einer Hauptstütze eines *wahren deutschen Volksstaates zukommt.*

In diesem *zukünftigen Reiche* soll *deutsches Bodenrecht* gelten und *deutsche Bodenpolitik* getrieben werden.

Daraus ergeben sich folgende Forderungen[7]:

1. *Der vom deutschen Volke in Besitz genommene und verteidigte deutsche Boden dient dem Aufenthalt und der Lebensversorgung des Gesamtvolkes. Er muß daher vom einzelnen Bodenbesitzer in diesem Sinne verwaltet werden.*

2. Nur deutsche Volksgenossen dürfen Besitzer deutschen Bodens sein.

3. *Von deutschen Volksgenossen rechtmäßig erworbener Besitz an Boden wird als erbliches Eigentum anerkannt.*

Dieses Eigentumsrecht ist aber an die Verpflichtung geknüpft, den Boden auch zum Wohle des Gesamtvolkes zu nützen.

Die Überwachung dieser Verpflichtung obliegt *berufsständischen Gerichten,* die sich aus Vertretern aller Berufsgruppen der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung und einem staatlichen Vertreter zusammensetzen.

4. Der deutsche Boden darf keinen Gegenstand für Finanzspekulationen bilden und nicht arbeitslosem Einkommen des Besitzers dienen. Land erwerben kann künftig nur, wer es selbst bewirtschaften will.

Bei jedem Verkauf von Grund und Boden hat daher der Staat das Vorkaufsrecht. Verpfändung von Grund und Boden an private Geldgeber ist verboten.

Notwendige Betriebskredite zu günstigen Bedingungen erhält die Landwirtschaft durch ihre staatlich anerkannten berufsständischen Genossenschaften oder durch den Staat.

5. Für die Nutzung des deutschen Bodens hat der Besitzer eine nach Umfang und Beschaffenheit des Besitzes bemessene Abgabe an den Staat zu leisten. Durch diese Bodenertragssteuer wird eine weitere staatliche Besteuerung des landwirtschaftlichen Bodens und Betriebes hinfällig.

6. Bezüglich der *Größe der landwirtschaftlichen Betriebe* kann es keine schematische Regelung geben.

---

7 Vgl. mit Punkt 17 des Parteiprogramms der NSDAP vom 24.2.1920: "Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation." Druck: Maser, Sturm, S. 468 ff., hier S. 470. Zum landwirtschaftlichen Programm der NSDAP allgemein vgl. Horst Gies, R. Walther Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, Diss. phil., Frankfurt a. M. 1965, S. 32 ff. Friedrich Grundmann, Agrarpolitik im Dritten Reich. Anspruch und Wirklichkeit des Reichserbhofgesetzes, Hamburg 1979, S. 20 ff.

Eine große Zahl lebensfähiger, kleiner und mittlerer Bauernstellen ist vom bevölkerungspolitischen Gesichtspunkt aus vor allem wichtig.

Daneben erfüllt aber auch der Großbetrieb seine besonderen *notwendigen* Aufgaben und ist *im gesunden Verhältnis* zum Mittel- und Kleinbetrieb berechtigt.

7. Das *Erbrecht* an Grund und Boden ist durch ein Anerbenrecht so zu regeln, daß eine Zersplitterung des Landbesitzes und eine Schuldenbelastung des Betriebs vermieden wird.

8. Der Staat hat das Recht der *Enteignung gegen angemessene Entschädigung:*

a) von Land, das nicht im Besitze deutscher Volksgenossen sich befindet,

b) von Land, das - nach Urteil des zuständigen Berufsstandsgerichtes - durch verantwortungslose Mißwirtschaft seines Besitzers nicht mehr der Versorgung des Volkes dient,

c) von Teilen des von den Besitzern nicht selbst bewirtschafteten Großgrundbesitzes zum Zwecke der Ansiedlung einer freien Bauernschaft,

d) von Land, das zugunsten der Volksgesamtheit für besondere staatliche Zwecke (z. B. Verkehrseinrichtungen, Landesverteidigung) benötigt wird.

Unrechtmäßig (im Sinne deutschen Rechtes) erworbener Boden wird unentgeltlich enteignet.

9. Eine planmäßige - nach großen, bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten erfolgende - Besiedlung verfügbar gewordenen Landes ist Aufgabe des Staates.

Das Land soll den Siedlern als *Erblehen* zu Anfangsbedingungen zugeteilt werden, welche eine lebensfähige Wirtschaft möglich machen.

Die Auswahl der Bewerber erfolgt nach Prüfung ihrer staatsbürgerlichen und beruflichen Eignung zum Siedler. Die nicht erbberechtigten Söhne von Landwirten (siehe Ziffer 7) werden besonders berücksichtigt.

Vor allem wichtig ist die Grenzlandsiedlung im Osten. Diese ist aber nicht allein durch Schaffung von Bauernwirtschaften befriedigend zu lösen, sondern nur im Zusammenhang mit Entwicklung kaufkräftiger Landstädte in Verbindung mit einer Neugruppierung der Industriebetriebe. Dadurch wird erst die Absatzmöglichkeit geschaffen, welche die neugegründeten mittleren und kleineren Bauernbetriebe lebensfähig macht.

Ernährungs- und Siedlungsraum im großen für das wachsende deutsche Volk zu schaffen, ist Aufgabe der deutschen *Außenpolitik.*

IV. Der Bauernstand soll wirtschaftlich und kulturell gehoben werden.

Der Staat hat die Aufgabe, die *wirtschaftliche und kulturelle Hebung des Bauernstandes* entsprechend seiner Bedeutung für das ganze Volk zu fördern und dadurch eine Hauptursache der Landflucht zu beseitigen.

1. Zunächst muß die gegenwärtige drückende Notlage des Landvolkes durch *steuerpolitische Erleichterungen* und sonstige besondere Maßnahmen gemildert werden. Der weiteren Verschuldung der Landwirtschaft muß Einhalt getan werden durch *gesetzliche Herabsetzung des Zinsfußes* für das Leihkapital auf das Maß der Vorkriegszeit [8] und durch schärfstes *Einschreiten gegen Zinswucher.*

---

8 Der durchschnittliche Zinssatz für feste Kredite belief sich im Deutschen Reich im Jahr 1929 auf 10,2%, 1930 auf 7,93%. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, Berlin 1931, S. 358. Der entsprechende Satz lag 1913 bei 4,98%. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1914, Berlin 1914, S. 294.

2. Der Staat hat durch seine *Wirtschaftspolitik* dafür zu sorgen, daß die landwirtschaftliche Arbeit sich wieder lohnt.

Die heimische landwirtschaftliche Erzeugung ist durch *Zölle, staatliche Regelung der Einfuhr und eine zielbewußte nationale Erziehung* zu schützen.

Die *Preisgestaltung* für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse muß der börsenmäßigen Spekulation entzogen und die Ausbeutung der Landwirte durch den Großhandel unterbunden werden. Die Übernahme des Großhandels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch landwirtschaftliche Genossenschaften ist staatlich zu fördern.

Die *berufsständischen Organisationen der Landwirtschaft* haben die Aufgabe, die *Gestehungskosten* [9] für die Landwirte *zu vermindern* und die *Erzeugung zu steigern.* (Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen, Düngemitteln, Saatgut, Zuchtvieh zu günstigen Bedingungen, Meliorationen, Schädlingsbekämpfung, kostenlose landwirtschaftliche Beratung und chemische Bodenuntersuchung usw.) Bei Erfüllung dieser Aufgaben sind die berufsständischen Organisationen durch den Staat weitgehend zu unterstützen. Insbesondere muß das Eingreifen des Staates eine wesentliche Verbilligung der künstlichen Düngemittel und der elektrischen Kraft erzwingen.

3. Die berufsständischen Organisationen haben auch die Verpflichtung, die Berufsgruppe der Landarbeiter durch sozial gerechte Arbeitsverträge in die bäuerliche Berufsgemeinschaft fest einzugliedern. Dem Staate fällt das Aufsichtsrecht und oberste Schiedsrichteramt zu.

Der tüchtige Landarbeiter muß die *Aufstiegsmöglichkeit* zum Siedler erhalten.

Die notwendige *Verbesserung der Wohnungsverhältnisse und Löhne* für die Landarbeiter [10] wird umso rascher und durchgreifender erfolgen können, je mehr sich die Lage der gesamten Landwirtschaft verbessert. Durch diese Verbesserungen der Lage der heimischen Landarbeiter und durch Unterbindung der Landflucht wird *ein Heranziehen ausländischer Landarbeiter unnötig und deshalb künftig verboten.*

4. Die Bedeutung des Bauernstandes für das Volk erfordert staatliche und berufsständische Förderung der Fachausbildung und *Wiederbelebung der bäuerlichen Kultur.* (Landjugendheime, Bauernhochschulen mit weitgehender Vergünstigung für mittellose, begabte Landjugend.)

V. Berufsständische Wirtschaftsorganisationen können dem Bauernstand nicht durchgreifend helfen, sondern nur die politische deutsche Freiheitsbewegung der N.S.D.A.P.

Die gegenwärtige Not des Landvolkes ist ein Teil der Not des ganzen deutschen Volkes.

Es ist ein Irrsinn zu glauben, daß ein einzelner Berufsstand sich aus der deutschen Schicksalsgemeinschaft ausschließen kann, und ein Verbrechen, Landvolk und Städter gegeneinander zu hetzen, die beide doch auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden sind.

Wirtschaftliche Aushilfen im Rahmen des herrschenden politischen Systems können keine durchgreifende Besserung bringen; denn die Not des deutschen Volkes wurzelt in seiner politischen Versklavung, aus der nur politische Mittel befreien können.

---

9 Veralteter Begriff für Produktionskosten.

10 1929 bewegte sich der Jahreslohn eines ledigen, fest angestellten Landarbeiters im Deutschen Reich zwischen 751,13 RM (Vogtland) und 1.222,34 RM (Baden) einschließlich Entlohnung in Naturalien. Demgegenüber belief sich damals der tarifliche Jahreslohn eines gelernten Arbeiters auf 2.813,20 RM, eines ungelernten Arbeiters auf 2.172,56 RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, Berlin 1930, S. 299, 309.

Die bisher regierenden, alten politischen Parteien, die unser Volk in die Versklavung geführt haben, können nicht Führer auf dem Weg zur Befreiung sein.

Berufsständische Organisationen haben in unserem zukünftigen Staate wichtige *wirtschaftliche* Aufgaben zu erfüllen und können in diesem Sinne schon heute vorbereitende Arbeit leisten; für den *politischen* Befreiungskampf aber, der auch für eine neue Wirtschaftsordnung erst die Voraussetzung schaffen muß, sind sie ungeeignet; denn dieser Kampf kann nicht vom Standpunkt eines einzelnen Berufsstandes, sondern muß vom Standpunkt des Gesamtvolkes aus geführt werden.

Den Freiheitskampf gegen unsere Unterdrücker und deren Fronvögte erfolgreich führen kann nur eine politische Freiheitsbewegung, die, bei voller Würdigung der Bedeutung des Landvolkes und der Landwirtschaft für das Volksganze, die Deutschbewußten aller Stände und Schichten des deutschen Volkes zusammenfaßt.

Diese politische Freiheitsbewegung des deutschen Volkes ist die
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.

gez. *Adolf Hitler*

8. März 1930 Dok. 23
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 8.3.1930.

Einer der Vorwürfe, mit denen uns Nationalsozialisten das bürgerliche Deutschland bedenkt, ist die - unbestrittene - Tatsache, daß wir uns nicht nur gegen den Marxismus, sondern ebensosehr auch gegen die bürgerliche Parteiwelt wenden. Die Berechtigung dieses Kampfes gegen die bürgerlichen Parteien will man nun nicht nur nicht [*sic!*] anerkennen, sondern im Gegenteil, man behauptet, dies sei geradezu eine Inkonsequenz in unserem Handeln. Wie unberechtigt diese bürgerlichen Vorwürfe sind, können folgende Erwägungen ohne weiteres zeigen:

Als das Bürgertum in die politische Arena eintrat, existierte ein in Klassen zerspaltenes deutsches Volk nicht. Die bürgerlichen Parteien, oder sagen wir lieber das Bürgertum, brauchte gar keine Klassen zu überwinden, sondern höchstens dafür [*zu*] sorgen, daß keine Klassen entstehen. Das Wirtschaftsleben bringt es mit sich, daß eine gewisse Gliederung in Berufe oder Stände unausbleiblich ist. Solange sich diese Aufteilung nur in wirtschaftlichen Belangen *bemerkbar* macht, ist sie unschädlich. Erst wenn diese Gliederung zu einer politischen Zerreißung der Nation führt oder gar zu einer weltanschaulichen Zerklüftung, kann von einem schweren, unter Umständen tödlichen Übel gesprochen werden. Es steht nun unbestreitbar folgende Tatsache fest: Das Bürgertum hat eine wirtschaftlich gegliederte Masse empfangen und ein politisch zerrissenes Volk übriggelassen. Da können sich die Herren bürgerlichen Parteiführer winden und drehen, wie sie wollen. Diese Tatsache können sie weder bestreiten noch

aus der Welt schaffen. Das Wort "Bürgertum" ist selbst zum Klassenbegriff geworden. Der aufsteigende, zunächst nur wirtschaftlich ausgeprägte neue vierte Stand wurde langsam der politische Gegenpol. Der Marxismus brachte es fertig, die Arbeiterschaft in einer höchstens von ein paar bürgerlichen Einfaltspinseln bestrittenen Einheitlichkeit zu einer weltanschaulich festgefügten politischen Macht auszugestalten. Das können die bürgerlichen Parteipolitiker nun einmal nicht bestreiten, daß es vor 80 Jahren keine marxistische Partei gab [1] und heute Deutschland marxistisch regiert wird. Eigentlich müßten die bürgerlichen Parteien, angesichts dieser unzweifelhaft katastrophalen Niederlage ihrer Politik, samt und sonders von der Bildfläche verschwinden! Tun sie dies aber nicht, so zwingen sie jede Bewegung, die das Unheil der bürgerlichen Parteiherrschaft (nämlich die vollzogene Spaltung der Nation in zwei sich feindlich gegenüberstehende Klassen) wieder beheben will, zum Kampf nicht nur gegen den Marxismus, sondern auch gegen die Parteiengruppe, die ihrerseits mitschuldig ist an diesem Unglück. Denn in der Geschichte gibt es nicht nur eine aktive, sondern auch eine passive Schuld. Wenn ein Volk zertrümmert wird, dann sind nicht nur diejenigen strafbar, die die Zertrümmerung vornehmen, sondern auch diejenigen, die sie dulden oder gar noch fördern. Auch Schwäche kann zum Verbrechen werden. Von dieser Schwäche aber zumindest kann niemand - auch bei größter Nachsicht - das bürgerliche Parteiregiment freisprechen. Tatsächlich liegen die Dinge aber noch viel schlimmer. Schon vor dem Kriege, am meisten aber seit dem Zusammenbruch, haben sich die bürgerlichen Parteien nicht nur mit den Tatsachen abgefunden, sondern darüber hinaus sogar noch diejenigen bekämpft, die gegen diese Tatsachen aufzutreten gesonnen waren. Daß zum Schluß der Marxismus sein Ziel erreichen will, ist nach seinem Wesen und seinem Programm für jedermann ersichtlich. Daß aber die bürgerlichen Parteien, in einer wahrhaft schamlosen Weise, diesem Treiben Vorschub leisten, ist mehr als empörend. Es ist soweit gekommen, daß diese bürgerlichen Parteien nicht nur keinen ernstlichen Widerstand mehr leisten, sondern mit Haß und blinder Eifersucht sogar denjenigen verfolgen, von dem sie befürchten, daß er den Widerstand leisten könnte! Seit der Revolution gehen große Teile des deutschen Bürgertums im Schutze des Marxismus förmlich auf. Dabei zeigt sich die grenzenlose politische Unbildung und weltanschauliche Kurzsichtigkeit nicht am wenigsten in der bürgerlichen Meinung, daß der Marxismus heute als Gefahr gegen früher abgenommen habe! Überhaupt sieht man im bürgerlichen Lager höchstens den Bolschewismus als bedrohlich an. Das gibt dann die Berechtigung, um so ungenierter mit der Sozialdemokratie paktieren zu können [2]. Tatsächlich existiert nur *ein* Marxismus, das heißt *ein Ziel*, dem alle diese Parteien entgegenstreben. Es heißt ganz kurz: Vernichtung aller unabhängigen Völker, Nationen und Staaten. Wenn wir Nationalsozialisten seit Jahren auf diese Tatsachen hinweisen und wenn wir zum Kampf dagegen aufrufen, so wissen wir es an tausend Beispielen, daß unsere heimtückischsten Feinde dann noch nicht einmal die Marxisten sind. Elender haben sich Sozial-

---

1 Im Juni 1847 hatte sich in London der von deutschen Exilanten getragene "Bund der Gerechten" in "Bund der Kommunisten" umbenannt; während des Eisenacher Kongresses vom 7.-9.8.1869 hatten sich die im "Vereinstag deutscher Arbeitervereine" organisierten demokratischen deutschen Arbeitervereine mit Teilen des "Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" zur "Sozialdemokratischen Arbeiterpartei" zusammengeschlossen.

2 Seit Februar 1919 hatte es acht Reichsregierungen gegeben, an denen Vertreter bürgerlicher Parteien und der SPD gleichzeitig beteiligt waren. Vgl. ferner Dok. 3, Anm. 5.

demokraten noch nicht aufführen können, als es bürgerliche Regierungen in ihrem blinden Eifer, den Marxismus vor der Abrechnung zu schützen, taten. Was das bürgerliche Deutschland an nationalen Kämpfern in den letzten zehn Jahren abgeurteilt und in die Gefängnisse geworfen hat [3], schreit nach Vergeltung! Um diese Schamlosigkeit nach außen hin zu motivieren, hat man sich angewöhnt, immer wieder zu versichern, daß der Bolschewismus als solcher schon längst überwunden sei! Ich habe jahrelang gegen diese dumme, blödsinnige und doch so gefährliche Phrase Stellung genommen. Und immer wieder konnten wir es erleben, daß diese unfähigen, kleinen, bürgerlichen Parteiknirpse überlegen lächelnd ihr blödes Gestammel aufs neue vorbrachten: "In Deutschland, nein, in Deutschland ist der Bolschewismus doch längst überwunden." Die Dummköpfe haben einen ganz kleinen Waffenstillstand wieder einmal mit einem Frieden verwechselt. Tatsächlich hat Moskau gerüstet [4], und die jüdische Weltpest setzt in ihrer Verbreitung nun wieder lebhafter denn je ein. Jetzt allerdings beginnt erneut das bekannte ängstliche Geschnatter im bürgerlichen Hühnerstall, der sich vom Fuchs umschlichen sieht. Auf einmal sieht man nun die furchtbare Beharrlichkeit der bolschewistischen Vernichtungsmethode und auf einmal ahnt man, daß die Gefahr nicht nur nicht [*sic!*] vorbei ist, sondern daß sie überhaupt erst im Entstehen begriffen ist. Was wir Nationalsozialisten zehn Jahre lang, verlacht und verspottet von unseren bürgerlichen Politikern und Wirtschaftlern, gepredigt haben, findet nun wieder einmal damit seine Bestätigung. Die ganze Welt ist in Unruhe versetzt, überall flackert es empor, aber genau so wie früher das Bürgertum ganz außer Rand und Band geriet, wenn es ihm einmal gelang, irgendwo ein marxistisches Mandat zu erobern, und sofort zutiefst überzeugt war, die Sozialdemokratie nun überwunden zu haben, erlebt man das gleiche jetzt im Kampf gegen den Kommunismus. Je schwächer ein Mensch ist, um so mehr bringt ihn jeder Erfolg außer Fassung. Wenn unseren bürgerlichen Parteipolitikern irgendwo das Auseinandertreiben einer Demonstration mit Polizei und Militär gelingt, sind sie sofort überzeugt, den Kommunismus "besiegt" zu haben. Sie haben keinen blassen Schimmer davon, daß es sich hier um eine Weltpest handelt, die man überhaupt nicht durch Militär oder Polizei ausrotten kann, sondern nur durch eine neue und bessere Weltanschauung. Weil sie das nicht begreifen, haben sie einst den Kampf gegen die Sozialdemokratie verloren, und weil sie das nicht begreifen, paktieren sie heute mit der Sozialdemokratie und werden den Kampf gegen den Kommunismus verlieren! Und weil sie das nicht begreifen, fehlt ihnen auch jedes Verständnis für den Kampf der nationalsozialistischen Bewegung. Allein, wenn das Bürgertum dieses Verständnis nicht besitzt, dann aber um so mehr der Kommunismus selbst. Die Parole: "Schlagt die Faschisten tot [*sic!*], wo ihr sie trefft!" [5], ist der Beweis, daß der Kommunismus in der nationalsozialistischen Bewegung die einzige ihm drohende Gefahr sieht und in ihr seinen einzigen Feind fürchtet [6]. Und ohne Zweifel wird sich zwischen diesen beiden Be-

3 Der VB berichtete 1929 über 62, 1930 über 59 politische Prozesse, in welche die NSDAP verwickelt war. Vgl. Manfred Krohn, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991, S. 332.

4 1929 umfaßte die Rote Armee 562.000 aktive Soldaten, gedacht als Kader für eine sehr viel größere Milizarmee. Erst zu Beginn der dreißiger Jahre wurde eine wirklich moderne Ausbildung und Bewaffnung der sowjetischen Streitkräfte eingeleitet. Vgl. John Erickson, The Soviet High Command. A Military-Political History 1918-1941, London 1962, S. 283 ff., 763.

5 Vgl. Dok. 15, Anm. 3.

6 Vgl. Dok. 3, Anm. 2.

wegungen das große politische Ringen um die politische Macht dereinst abspielen. Wenn dieser Kampf heute - nicht am wenigsten infolge der stillen Hilfe, die der Marxismus von seiten des deutschen Bürgertums erhält - von uns Nationalsozialisten schwere Opfer fordert, so sind doch diese Opfer zugleich der Anlaß zur Erfüllung unserer Bewegung mit jenem Geist, der zu so großen weltanschaulichen Auseinandersetzungen notwendig ist. Das deutsche Bürgertum hat niemals einen solchen Blutterror von seiten des Marxismus zu bestehen gehabt. Es hat aber deshalb auch nicht die Entschlossenheit der Gegenwehr. Die nationalsozialistische Bewegung lernt an einer zehnjährigen maßlosen Unterdrückung und Verfolgung [7], welcher Art die Feinde sind, die ihr gegenüberstehen, und welcher Art der Kampf sein muß, der allein sie niederzwingen kann. Aus den Opfern wird der Geist erwachen, der den Marxismus einst in Deutschland endgültig niederzwingt. Daher dürfen wir mit Recht sagen, daß die Kämpfer, die heute aus unseren Reihen gerissen werden, eigentlich die kommenden Sieger sind. Das Märtyrerblut der Horst Wessel [8] und Kameraden wird den Willen erzeugen, die Tat des Novembers 1918 [9] der weltgeschichtlich würdigen Sühne zu überantworten.

[11. März 1930] [1] Dok. 24
"Reichsparteitag 1930"
Erklärung

Masch. Aufzeichnung o.D.; BA, NS 26/392.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat die Absicht, ihren diesjährigen Parteitag in der Zeit vom 20. bis 25. August in Nürnberg abzuhalten [2]. Wie bisher soll auch die heurige [*sic!*] Tagung den Charakter einer großen, in Ruhe und Ordnung stattfindenden politischen Kundgebung erhalten. Gewisse Ereignisse, die die letzten Tage des vergangenen Reichsparteitages verdüsterten [3], hatten ihre Ursache nicht in irgendeiner Absicht der Partei-

7 Vgl. Gusy, Weimar, ferner Dok. 13, Anm. 36.

8 Horst Wessel (1907-1930), Student, Führer des SA-Trupps 34, dann des SA-Sturms 5 in Berlin-Friedrichshain, am 14.1.1930 bei einer politischen Auseinandersetzung angeschossen, am 23.2.1930 verstorben. Vgl. Heinz Knobloch, Der arme Epstein. Wie der Tod zu Horst Wessel kam, Berlin 1993.

9 Anspielung auf die revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich während des Novembers 1918.

1 Datierung nach einem Schreiben der NSDAP, Ortsgruppe Nürnberg, an den Stadtrat von Nürnberg. Diesem Schreiben liegt eine gekürzte Version der vorliegenden Erklärung Hitlers bei; Stadtarchiv Nürnberg, C 7/I GR 871.

2 Die Ereignisse des Jahres 1929 sorgten dafür, daß der Nürnberger Stadtrat der NSDAP eine Fortsetzung ihrer Reichsparteitage in Nürnberg verweigerte. Im Gegensatz zu Hitlers Planung fand der nächste Reichsparteitag der NSDAP deshalb erst vom 30.8. bis 3.9.1933 in Nürnberg statt. Vgl. Hermann Hanschel, Oberbürgermeister Hermann Luppe. Nürnberger Kommunalpolitik in der Weimarer Republik, Nürnberg 1977, S. 368 f.

3 Vgl. Bd. III/2, Dok. 60-65, 67 sowie Siegfried Zelnhefer, Die Reichsparteitage der NSDAP. Geschichte, Struktur und Bedeutung der größten Propagandafeste im nationalsozialistischen Feierjahr, Nürnberg ^{2}1991, S. 45 ff.

leitung der N.S.D.A.P., sondern liefen im Gegenteil unserem Wollen vollständig entgegen. Es ist unser Wille, alles zu tun und alles vorzubereiten, um ähnliche Vorkommnisse für dieses Jahr von voneherein unmöglich zu machen. Auch die Polizeidirektion Nürnberg kann nur das höchste Interesse besitzen, Maßnahmen zu unterstützen, die die Aufrechterhaltung der von uns allen gewünschten öffentlichen Ordnung und Ruhe zu garantieren geeignet erscheinen. Wenn auch die einzelnen Maßnahmen im Detail sich erst aus der endgültigen Programmfestsetzung [4] ergeben werden, so lassen sich doch schon heute im allgemeinen eine Anzahl von Vorbereitungen festlegen, [*um*] die Vorkommnisse, wie sie das Jahr 1929 brachte, vollständig auszuschalten.

Ehe ich zu einer Schilderung der bereits getroffenen und noch zu treffenden Schritte in dieser Richtung übergehe, möchte ich in aller Kürze die Tendenz und das Wesen der von uns allen so bedauerten Vorkommnisse am 4. August 1929 und der Tage vorher behandeln.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat ihre bisherigen Parteitage stets in größter Ruhe und Ordnung durchgeführt [5]. Das Urteil aller objektiven Betrachter dieser Veranstaltungen war noch immer das, daß die Partei ausgezeichnet diszipliniert sei, die Veranstaltung[*en*] selbst als organisatorisch vorbildlich angesprochen werden könnten. Die Parteileitung hat dabei nicht nur aus eigenem heraus allen Unzuträglichkeiten mit allen Kräften zu begegnen versucht, sondern ihre gesamten Mitglieder für diese Tage besonders angewiesen, den Polizeiorganen unter allen Umständen zu gehorchen und ihren Anweisungen Folge zu leisten. Tatsächlich wurde von den Angehörigen der Partei bisher stets die Tätigkeit der Polizeiorgane in vollem Umfange anerkannt und umgekehrt auch von diesen die Disziplin der Bewegung betont.

Im Jahre 1929 wurde nun durch die Kommunistische Partei - ersichtlich nach einem wohl erwogenen, vorbereiteten Plan [6] - versucht, diese öffentliche Ruhe und Ordnung langsam zu erschüttern und allmählich überhaupt zu beseitigen, die Angehörigen der Partei sowohl als die Organe der Polizei nervös zu machen und endlich beide gegeneinander auszuspielen. Es ist dies leider bis zu einem gewissen, wenn auch kleinem Umfange gelungen. Die angewandte Taktik bestand dabei in folgendem: Überfälle auf einzelne Parteigenossen durch kommunistische Trupps. Überfälle auf einzelne Parteigenossen durch einzelne Kommunisten, die nach ausgeführten Messerstichen schnell in der Masse verschwanden. Zahlreiche telefonische Anrufe mit Meldungen über stattgefundene Überfälle sollten die Nervosität steigern. Zahlreiche Anrufe an Parteistellen mit aus der Luft gegriffenen Behauptungen über das Vorgehen der Polizei sollten die Partei in Unruhe versetzen; ähnliche Anrufe in den Polizeistationen waren bestimmt, die Erregung auf Seite der Polizei gegen die Partei zu erwecken. Lockspitzel im Braunhemd sollten die Erregung der Parteigenossen gegen Polizeibeamte steigern und in Exzesse verwandeln. Leider sind dabei sowohl Ungeschicklichkeiten auf seiten einzelner Polizeiorgane als auch auf seiten einzelner Parteiführer diesen Versuchen zugute gekommen. Vielleicht mag auch in *einzelnen* Fällen eine böse Absicht mitgewirkt haben. Festgestellt muß werden, daß aber sowohl die Parteileitung als auch natürlich die Polizeidirektion Nürnberg den

4 Liegt dem in Anm. 1 genannten Schreiben als Anlage bei.

5 Vgl. Zelnhefer, Reichsparteitage, S. 12 ff.

6 Nach dem Verbot des Roten Frontkämpferbunds am 10.5.1929 hatte das Zentralkomitee der KPD im Juli 1929 die Bildung von "Arbeiterschutz- und Abwehrorganisationen gegen Faschismus und Kriegsgefahr" organisiert. Vgl. Die Generallinie, S. 36 mit Anm. 2 ff.

selbstverständlich besten Willen besaßen, alles zu unterbinden, was zu einer wirklichen Störung der Ruhe und Ordnung hätte führen können.

Es ist möglich, daß auch heuer Versuche in der angegebenen Richtung durch die K.P.D. unternommen werden. Es ist nicht sicher, vielleicht nicht einmal wahrscheinlich, weil der Erfolg im vergangenen Jahr am Ende doch ein negativer war und zu einer Anzahl von Verurteilungen geführt hat [7]. Immerhin aber ist es denkbar, daß solche Versuche dennoch auch dieses Mal unternommen werden. Sie liegen in der Tendenz der letzten Aktionen der K.P.D. [8].

Die Parteileitung hat sich sofort nach den Augusttagen 1929 eingehend mit den damals stattgehabten Ereignissen beschäftigt und Maßnahmen zur Verhinderung solcher Vorgänge für die Zukunft beschlossen [9]. Es liegt in der Natur der Sache, daß sie sich nur auf die eigenen Parteigenossen und auf den eigenen Parteiapparat erstrecken können. Die andere Seite steht außer unserer Befehlsgewalt. Dort kann nur die Polizei gewisse vorbeugende Maßnahmen treffen, sofern sie eben solche für nötig hält.

Die Parteileitung der N.S.D.A.P. wird an ihrem neuen Parteitag folgende Sicherungsmaßnahmen ergreifen:

1.) Schon Monate vor dem Parteitag wird eine eingehende und immer zur Wiederholung gelangende Belehrung aller Parteigenossen, besonders der SA-Männer stattfinden, dahingehend, sich erstens unter keinen Umständen provozieren zu lassen; zweitens unter allen Umständen den Anordnungen der öffentlichen Polizeiorgane augenblicklich Folge zu leisten und drittens: Burschen, die es versuchen, gegen solche Anordnungen Stellung zu nehmen, sofort im Auftrage der Parteileitung selbst der Polizei zu übergeben. Die Parteileitung wird zu dem Zweck bestimmte *Ordnungsoffiziere* vor sämtlichen Formationen Vorträge halten lassen, ehe sie nach Nürnberg kommen, sie wird weiter sämtlichen SA-Männern sowie allen anderen Besuchern des Parteitags gedruckte Anweisungen in die Hand geben, sie wird weiter Merkblätter bei Abgang jedes Transportzuges zur Verteilung bringen und sie wird endlich einen Aufruf, den ich persönlich unterzeichne, in Plakaten und Flugblättern jedem einzelnen Parteigenossen und SA-Mann zur Kenntnis geben.

2.) Die Parteileitung wird in Nürnberg selbst einen verschärften Überwachungsdienst sämtlicher Massenquartiere durch bestimmte Ordnungsoffiziere einrichten. Sollte die Polizeidirektion Nürnberg das Bedürfnis haben, bestimmte sicherheitspolitische Wünsche zu äußern, stehen ihr diese Ordnungsoffiziere jederzeit zur Entgegennahme dieser Wünsche zur Verfügung. *Die Durchführung wird unter allen Umständen sichergestellt werden.*

3.) Die Partei richtet einen eigenen Ordnungsdienst ein, der von 3.200 SS-Männern [10] ausgeübt werden wird. Die außerordentliche Verstärkung unserer SS findet statt, weil diese als

7 Angeklagt wurde lediglich Karl Maussner, Bruder des angeschossenen Reichsbannerangehörigen Fritz Maussner. Er wurde im Dezember 1929 vom Großen Schöffengericht in Nürnberg von der Anklage "der fahrlässigen Tötung" freigesprochen. Vgl. Zelnhefer, Reichsparteitage, S. 47.

8 Möglicherweise Anspielung auf den erschossenen Horst Wessel. Vgl. Dok. 23, Anm. 8.

9 Die Oberste SA-Führung hatte in einer Denkschrift vom 20.8.1929 über "Die marxistische Angriffstaktik in Nürnberg" das dortige Geschehen ausführlich analysiert. Vgl. Zelnhefer, Reichsparteitage, S. 49.

10 Nach parteiinternen Angaben besaß die SS am 31.12.1929 ca. 1.000, am 31.12.1930 2.727 Mitglieder. Vgl. Bernd Wegner, Hitlers Politische Soldaten: Die Waffen-SS 1933-1945, Paderborn ^{4}1990, S.80 f., Anm. 8 sowie Bd. III/2, Dok. 22.

vorbildlich disziplinierte Truppe am besten geeignet erscheint, sicherheitspolizeiliche Wünsche und Anordnungen schnellstens zur Durchführung zu bringen.

4.) Die Parteileitung wird auf diesem Parteitag für sämtliche SS- und SA-Verbände das Alkoholverbot bis zur letzten Stunde konsequent durchführen.

5.) Die Parteileitung wird dafür Sorge tragen, daß einzelne kommunistische Aktionen unterbunden werden durch strengstes Zusammenfassen der SS- und SA-Formationen. *Sämtliche Verbände werden bis zur Abfahrt streng geschlossen bleiben. Besichtigungsgruppen marschieren nur unter Leitung von Offizieren.* Sollten sich dennoch einzelne Mordüberfälle ereignen, wird durch strengste Belehrung von vorneherein die unbedingte Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung garantiert werden.

6.) Die Parteileitung wird durch ein ausgedehntes System von Meldeköpfen, Meldefahrern und Meldegängern das Telefon praktisch ausschalten und damit für sämtliche Gruppen diese Beunruhigungsquellen abstellen.

7.) Die Parteileitung wird besondere Erkennungsmarken ausgeben und zwar so, daß es unmöglich wird, daß sich Spitzel irgendwie in den Besitz dieser Marken zu setzen vermögen. Sie wird außerdem durch SS-Männer eine dauernde Kontrolle der sogenannten "wilden Braunhemden" vornehmen lassen, um das Einschleichen von Provokateuren zu verhindern.

8.) Die SS wird strengstens angewiesen, gegen jeden auch nur leisesten Versuch einer Ungesetzlichkeit oder einer ungesetzlichen Haltung von seiten einzelner Parteigenossen oder gar von Gruppen sofort einzuschreiten, widersetzliche Elemente, die sich polizeilichen Anordnungen nicht fügen wollen oder gar gegen Polizeiorgane zu hetzen versuchen, sofort der Polizei selbst zur weiteren Amtshandlung übergeben.

9.) Ich werde persönlich jeden Führer verantwortlich machen für die Disziplin seiner Truppe, jeden Ortsgruppenführer für die Disziplin der Angehörigen seines Ortes. Wer einer behördlichen Anordnung nicht Folge leistet oder gar zur Widersetzlichkeit auffordert, wird von mir selbst sofort aus der Partei ausgeschlossen. Der Reichsuntersuchungs- und Schlichtungsausschuß wird zu dem Zweck in Nürnberg in der Länge der Kongreßdauer tagen und mit außerordentlichen Vollmachten jede auch nur geringste Verfehlung mit dem Ausschluß aus der Partei beantworten.

Es wird zur Durchführung von all dem eine besondere Organisation ins Leben gerufen als "Ordnerkorps", das, unter der Leitung eines bewährten Generals des Weltkrieges stehend, sich nur aus Offizieren zusammensetzt.

Alle diese Maßnahmen werden die Wiederholung von Vorkommnissen wie anläßlich des letzten Parteitages von vorneherein gänzlich unmöglich machen.

Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß durch die Parteileitung selbst schon in sämtlichen Transportzügen schärfste Kontrollen auf absolute Waffenlosigkeit sämtlicher Teilnehmer vorgenommen werden, so daß ein Waffenbesitz selbst im Einzelfalle so gut wie ausgeschlossen erscheint. Allerdings bin ich mir auch darüber klar, daß gerade diese Waffenlosigkeit den kommunistischen Mordbuben immer wieder den Anreiz zu ihren Überfällen gibt.

Zweckmäßig allerdings wäre es dann, wenn aber auch durch die Organe der öffentlichen Ruhe und Ordnung des Staates den Kommunisten gegenüber jene "vorbeugenden" Maßnahmen getroffen würden, mit denen man gegen Nationalsozialisten sonst immer so schnell bei

der Hand zu sein pflegt. Ich darf daran erinnern, daß mir persönlich auf Grund von gefälschten Versammlungsberichten als "vorbeugende Maßnahmen zur Verhinderung von Gesetzwidrigkeiten" zwei Jahre sogar das bloße Reden verboten wurde [11]. Ich weiß nicht, ob man nicht mit ähnlichen Begründungen verschiedenen kommunistischen Elementen auch das Hetzen verbieten könnte. Ich glaube heute als bestimmt annehmen zu dürfen, daß so wie bei den letzten Berliner Ereignissen [12] auch in Nürnberg fremde Elemente als Drahtzieher anwesend waren. Es scheint in meinen Augen absolut möglich, solchen Elementen, die nur kommen, um Blut zu vergießen, schon von vorneherein das Handwerk zu legen. Wenigstens der Zuzug ausländischer russischer Drahtzieher könnte meines Erachtens sehr wohl unterbunden werden. Denn wenn auch im vergangenen Jahr nur Nationalsozialisten erschossen und erstochen worden sind [13], so weiß es doch kein Mensch, ob sich nicht eines Tages die Mordwaffen dieser Gesellen auch gegen Staatsbürger ersten Ranges wenden könnten, und dann würde man vermutlich doch bedauern, nicht von Anfang an auch hier zu vorbeugenden Maßnahmen gegriffen [*sic!*] zu haben. Denn eines steht unzweifelhaft fest: Wir Nationalsozialisten tun alles, was überhaupt menschenmöglich ist, um Gesetzwidrigkeiten zu vermeiden, und die Kommunisten werden wieder alles tun, was möglich ist, um zur Gewalttätigkeit aufzufordern. Ich glaube, das könnte auch einer vollständig über den Parteien stehenden Polizeidirektion Anlaß genug sein, gewisse Maßnahmen zu erwägen, auch die zweite Seite zur Respektierung der Ruhe und Ordnung zu bringen.

Wenn auch dies noch geschehen würde, könnte der neue Parteitag gar nicht anders verlaufen, als er von uns gedacht ist: in friedlicher, vorbildlicher Disziplin.

gez. *Adolf Hitler*

---

11 Nach seiner Haftentlassung am 20.12.1924 bestand für Hitler in den Ländern Anhalt (Oktober 1925 bis November 1928), Baden (April 1925 bis April 1927), Bayern (März 1925 bis Mai 1927), Hamburg (Oktober 1925 bis März 1927), Lippe (seit März 1926), Lübeck (März 1926 bis Mai 1927), Oldenburg (Februar bis Mai 1926), Preußen (September 1925 bis September 1928) und Sachsen (Februar 1926 bis Januar 1927) öffentliches Redeverbot. Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 107 f.

12 Vgl. Anm. 8.

13 Katharina Grünewald, geb. Fülbert (1904-1929), aus Lampertheim bei Bensheim, Ehefrau des Ortsgruppenleiters der NSDAP, Ludwig Grünewald, am 2.8.1929 erschossen.
Erich Jost (1909-1929), Kaufmännischer Angestellter aus Lorch bei Bensheim, SA-Mann, am 4.8.1929 tödlich verletzt.
Vgl. ferner Bd. III/2, Dok. 65 und 66.

13. März 1930 Dok. 25
"Unsere Stunde kommt!" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Weimar [2]

Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 14.3.1930, "Nationalsozialistische Kundgebung in Weimar". [3]

Zu grundsätzlichen Ausführungen ergriff dann *Adolf Hitler*, von den Anwesenden stürmisch begrüßt, das Wort. Er wies auf die Folgen der Annahme des Young-Planes [4] hin, der Generationen tributpflichtig für die Hochfinanz mache. Als Mittel für die notwendige Gesundung des deutschen Volkes sei unbedingt *eine Reorganisation der Gesinnung zu verlangen.* Er habe nie einen Zweifel darüber gelassen, daß die Befreiung Deutschlands nicht von einem Ort oder einem Lande ohne das Reich ausgehen könne. Höchstens könne von einem Orte oder von einem Lande aus *die Gesinnungsänderung des Volkes ausgehen* [5]. Seine Partei habe nie billige Versprechungen gemacht, sondern vielmehr Forderungen an das Volk gestellt. Seit Annahme des Young-Planes habe sich die Richtigkeit der nationalsozialistischen Handlungsweise für Millionen von Deutschen wieder erwiesen. Indem er auf die thüringischen Verhältnisse einging und die Folgen der Young-Gesetze für das Land darlegte, betonte er die Notwendigkeit für die Regierung, *zur Beschaffung von acht bis zehn Millionen Reichsmark ungezählte Existenzen zu vernichten und weite Kreise mit neuen Steuerlasten zu überhäufen* [6]. Auf der anderen Seite gebe das deutsche Volk zwei Milliarden jährlich an das feindliche Ausland ab. Es gebe kein Mittel des Zwanges, von einem Volke derartige unmenschliche Leistungen zu verlangen. Die Nationalsozialisten haben vor der Annahme der Verträge gewarnt. Von der für 1931 von der Reichsregierung versprochenen Steuersenkung [7] könne gar keine Rede sein, im Gegenteil, es würden die Lasten nur wachsen. Als Mittel zur Befreiung bezeichnete Hitler

die Abkehr von dem bestehenden System.

---

1 Titel laut Weimarische Zeitung und VB.

2 Im Erholungssaal, ab 22.00 Uhr. Vor Hitler sprachen Gauleiter Fritz Sauckel, Pfarrer Julius Leutheuser aus Altenburg, Staatsrat Willy Marschler und Pfarrer Siegfried Leffler aus Niederwera. Wegen Überfüllung sprach Hitler anschließend auf einer weiteren Veranstaltung im Kolonialheim.

3 Vgl. auch Weimarische Zeitung vom 14.3.1930, "Hitler: 'Unsere Stunde kommt!'"; Der Nationalsozialist (Weimar), 3. März-Folge 1930, "Gewaltige Protestkundgebungen gegen die Young-Schande" sowie VB vom 25.3.1930, "Unsere Stunde kommt!".

4 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

5 Anspielung auf die Stadt München, die im Sprachgebrauch der NSDAP als "Hauptstadt der Bewegung" galt. Dieser Titel wurde der Stadt jedoch offiziell erst am 2.8.1935 verliehen.

6 Seit 1925 konnten die Lücken im thüringischen Haushalt nur noch durch Anleihen geschlossen werden. Die am 23.1.1930 gewählte thüringische Landesregierung, in der erstmals auch die NSDAP vertreten war, versuchte deshalb, durch eine Einwohnersteuer und außerordentliche Zuschläge zur Grund-, Gewerbe- und Aufwertungssteuer das Defizit auszugleichen. Vgl. Patze/Schlesinger, Geschichte Thüringens, Bd. V/2, S. 481, 509.

7 Nachdem die Reichstagsfraktionen von DVP und DDP am 2.3.1930 die gesetzliche Festlegung einer Steuersenkung für das Jahr 1931 gefordert hatten, griff Reichskanzler Hermann Müller in der Ministerbesprechung am 3.3.1930 diesen Vorschlag auf und begründete ihn als Ausgleich für einmalige Zuschläge zur Einkommenssteuer im laufenden Etatjahr. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 1516 ff.

Dies sei aber der Weg, der von der großen Mehrheit der Volksgenossen bisher abgelehnt worden sei. Es ist eine Ehrlosigkeit, wenn man einen Vertrag unterschreibe, von dem man von vornherein wisse, daß er nicht gehalten werden kann. Doppelt schlimm für das deutsche Volk sei es aber, daß für den Fall der Nichteinhaltung der Verträge dem Gegner erlaubt sein soll, Gewaltmaßnahmen gegen uns anzuwenden [8]. Und wenn immer gesagt werde, unsere ehemaligen Gegner, denen wir heute tributpflichtig sind, hätten ein Interesse an unserer Leistungs- und Zahlungsfähigkeit, so treffe das, zumindesten bei Frankreich, nicht zu; denn Frankreichs Interesse heißt: Vernichtung der deutschen Nation! Wenn das deutsche Volk für eine andere Nation wieder als Bundesgenosse in Frage kommen solle - und dieser Weg scheine für die Befreiung Deutschlands der einzige, notwendige -, so könne dies nur dadurch geschehen, daß das deutsche Volk durch eine innerliche Wandlung den Wert eines Bundesgenossen für das Ausland wiedererlangt. *Deutschland wird Bundesgenossen finden in dem Augenblick, in dem Deutschlands Bundesgenossenschaft mehr wert ist als 360 Millionen [RM] Tribut im Jahre* [9]. (Italien [10].) Jede Bewegung, die eine Reorganisation der Gesinnung eines Volkes betreibe, müsse durch einen Kampf gehen. Seine Bewegung habe noch stets den Mut aufgebracht, an allen Stellen und zu jeder Zeit ihre Meinung offen zu sagen. Etwas anderes habe auch Staatsminister Dr. Frick im Reichstage nicht getan [11], und ihm gebühre deshalb für sein mannhaftes Auftreten und für seine deutschen Worte höchstes Lob [12]; *denn die Verabschiedung des Young-Planes sei ein parlamentarischer Irrsinn.* Die Zukunft Thüringens werde schon in den nächsten Wochen unter Wirkung des Young-Planes stehen. Von einem gerechten Finanzausgleich könne daher nicht mehr die Rede sein. Die Stunde komme, in der die Nationalsozialisten in Deutschland die Kerntruppe für die Wiedergewinnung der deutschen Freiheit stellen würden (Stürmischer Beifall.)[13].

8 Vgl. Dok. 5, Anm. 66 und Dok. 6, Anm. 19.

9 Die deutschen Kriegsschuldenzahlungen an Italien betrugen für das Jahr 1930/31 203,7 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 194* f.

10 Vgl. Dok. 13, Anm. 8.

11 Frick hatte als thüringischer Bevollmächtigter zum Reichsrat am 12.3.1930 im Reichstag eine Erklärung gegen die Annahme des Young-Plans abgegeben. Vgl. Verhandlungen des Reichstags, IV. Wahlperiode 1928, Bd. 427, S. 4392 f. Die Mitglieder der thüringischen Landesregierung distanzierten sich daraufhin zum Teil von Frick. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 14.3.1930 (MA), "Regierungskrise in Thüringen".

12 Zur Bewertung Fricks durch Hitler vgl. Neliba, Frick, S. 57. Ferner Dok. 11 und 27.; Bd. IV/1, Dok. 78.

13 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

15. März 1930 Dok. 26
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 15.3.1930.

Die Ratten verlassen das sinkende Schiff. Wer hätte das noch vor ein paar Monaten geglaubt! Damals waren die Männer, die den Young-Plan [1] als unerfüllbar und unerträglich ansahen und bezeichneten, nichtswissende, dafür aber um so übelwollendere "Phantasten", "Narren" und "unreife Burschen" [2]. Alte Herren von 70 Jahren mußten es sich gefallen lassen, von irgendeinem ungewaschenen, parlamentarischen Maul auf das elendste beleidigt und heruntergesetzt zu werden, einfach, weil sie den Young-Plan ablehnten und die daraus sich ergebenden Konsequenzen zogen. Die "führenden" Politiker des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, ja sogar des Bauernbundes, titulierten die Männer des Volksbegehrens mit Ausdrücken wie "unreife Früchtchen", "dumme Lausbuben" usw. [3]. Ein paar Monate sind seitdem vergangen, und schon beginnen die Young-Männer ihr eigenes Werk zu verleugnen. Allerdings, so unwahr wie ihre Stellung zum Young-Plan seinerzeit gewesen ist, so unwahr ist sie auch heute. Vor sechs Monaten da schrieen sie das neue Erpressungsedikt als einen fabelhaften Fortschritt in die Welt hinaus. Das Volksbegehren [4] hat nun die Massen immerhin so aufgerüttelt, daß diese freche Lügerei heute nicht mehr gutgeht. Es wird ihnen nunmehr angst und bang vor dem erwachenden Deutschland, und so tun sie kurzerhand entschlossen das Gegenteil, das heißt: Sie schreien jetzt ebenso laut, daß der Young-Plan unerträglich und vor allem unerfüllbar sei [5]. Nun wird ein Mann von einiger Ehre einen Vertrag, den er für unerfüllbar hält, selbstverständlich nie unterzeichnen. Aber darüber setzt sich die innere Verlogenheit dieser Parteigebilde leicht hinweg. Man sagt, der Young-Plan ist unerfüllbar, um ihn

---

1 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

2 Möglicherweise Anspielung auf die Reichstagsrede des Reichsminister des Auswärtigen Curtius vom 29.11.1929, mit der er das Volksbegehren gegen den Young-Plan scharf kritisiert hatte. Vgl. Dok. 6, Anm. 15. Vgl. ferner die Reichstagsreden Curtius' und von MdR Heinrich Brüning vom 11.2.1930, die sich vor allem gegen Hugenberg richteten. Druck: Verhandlungen des Reichstags, IV. Wahlperiode 1928, Bd. 426 Stenographische Berichte, S. 3921 ff., 3924 ff.
Zur ablehnenden Reaktion von Vertretern des öffentlichen Lebens und der Industrie auf das Volksbegehren gegen den Young-Plan vgl. Bd. III/2, Dok. 91, Anm. 11 und Dok. 93, Anm. 22.

3 Die DVP hatte am 30.9.1929, Zentrum und BVP am 15.10.1929 öffentliche Stellungnahmen gegen das Volksbegehren gegen den Young-Plan abgegeben. Teildruck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, München 1930, S. 175, 188. Vgl. außerdem Holz, Diskussion um den Dawes- und den Young-Plan, Bd. 1, S. 363 ff.
Zum Vorgehen der Reichsregierung gegen das Volksbegehren vgl. Akten der Reichskanzlei, Das Kabinett Müller II, Bd. 2, Dok. 310.

4 Vgl. Dok. 5, Anm. 6.

5 Auch von den Parteien, die sich für eine Annahme des Young-Plans einsetzten, bestand Konsens darüber, daß es sich bei diesem Plan nur um eine Interimslösung handeln könne, deren Revision unabdingbar sei. Vgl. Gerd Meyer, Die deutsche Reparationspolitik von der Annahme des Young-Plans im Reichstag (12. März 1930) bis zum Reparationsabkommen auf der Lausanner Konferenz (9. Juli 1932), Diss. phil., Bonn 1991, S. 11 ff.

dann um so seelenruhiger zu unterschreiben. Ja noch mehr: Die Herren, die überzeugt sind, daß er unerfüllbar ist, genehmigen im selben Vertrag Frankreich das Recht, im Augenblick, in dem die Unerfüllbarkeit eintritt, gegen Deutschland mit Waffengewalt vorzugehen [6]. In jedem gesunden Volk würde so etwas als glatter Landesverrat abgeurteilt werden. Die Herren Parlamentarier unserer Regierungsparteien gehen aber von folgenden Erwägungen aus: Die Erfüllbarkeit des Young-Plans kann natürlich heute bei einiger Kaltblütigkeit behauptet werden. Die Unerfüllbarkeit aber wird sich längstens schon in einem Jahre erweisen. Hätte es sich beim Young-Plan (wie beim Dawes-Abkommen [7]!) einfach um eine parlamentarische Aktion gehandelt, dann würde dies die Herren wenig stören. Man behauptet heute im Reichstag: Das Abkommen muß angenommen werden, weil es erfüllbar ist, und man behauptet ein Jahr später im Reichstag wieder: Das Abkommen muß durch einen neuen Plan ersetzt werden, weil es nie erfüllbar war. Ja, so etwas bringt ein aufrichtig frommer Politiker des Zentrums oder der Bayerischen Volkspartei leicht fertig [8]. Das Volk nimmt ohnehin keine Notiz von dem Gewäsch, das in den Parlamenten verzapft wird, und die Herren Parlamentarier nehmen sich gegenseitig viel zu wenig ernst, um etwas Bemerkenswertes an einem solchen Saltomortale zu finden. Nachdem nun aber durch das Volksbegehren und den Volksentscheid die ganze Aktion aus der muffigen Luft des Reichstags heraus und in das Volk hinein gebracht wurde, hat man Angst, in einigen Monaten für das bisherige Reden zur Verantwortung gezogen zu werden. Und so erfand man eine neue Taktik. Man lehnt den Young-Plan als unerfüllbar ab, nimmt ihn aber als einzigen Ausweg an. Man kann später dann mit gut gespielter Empörung darauf hinweisen, auch selbst die Unerfüllbarkeit vorausgesagt zu haben, aber man war eben durch die Verhältnisse blutenden Herzens gezwungen gewesen, sich dem übermächtigen Diktat zu fügen. (Ich bin überzeugt, daß man einst auch in den früher widerstrebenden Kreisen den § 4 des Freiheitsgesetzes [9] noch segnen wird!) So bricht auf alle Fälle heute ein nicht geringer Teil der helleren bürgerlichen Politiker zunächst aus der geistigen Front jener aus, die zu den grundsätzlichen Befürwortern des Young-Planes gehören. Der Rücktritt des Reichsbankpräsidenten Schacht ist aber schon wesentlich weitgehender [10]. Hier erklärt ein Mann, der immerhin mehr Einblick in die wirtschaftlichen Möglichkeiten und die Leistungsfähigkeiten des Reiches haben wird als der nächstbeste Zipfelhuber der Bayerischen Volkspartei, den Young-Plan in seiner heutigen Verfassung für unerfüllbar und unerträglich, sagt schwere wirtschaftliche Katastrophen als Folgeerscheinungen voraus und lehnt es unter solchen Umständen ab, noch weiterhin die Verantwortung für die Stabilität der deutschen Währung tragen zu können. Das ist

6 Vgl. Dok. 5, Anm. 66 und Dok. 6, Anm. 19.

7 Vgl. Dok. 5, Anm. 65.

8 Die Abgeordneten des Zentrums stimmten in der Reichstagssitzung am 12.3.1930 mit wenigen Ausnahmen für eine Annahme des Young-Plans, trotz schwerer Bedenken über seine finanziellen und politischen Folgen. Vgl. Karsten Ruppert, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923-1930, Düsseldorf 1992, S. 374 ff.
Obwohl die BVP das Volksbegehren gegen den Young-Plan entschieden abgelehnt hatte, stimmten in der Reichstagssitzung am 12.3.1930 von den 17 Abgeordneten der BVP 11 gegen eine Annahme des Young-Plans, 5 enthielten sich der Stimme oder blieben der Sitzung fern, während nur ein Abgeordneter für Annahme des Young-Plans votierte. Vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 232 ff., 241.

9 Vgl. Dok. 19, Anm. 12.

10 Vgl. Dok. 6, Anm. 10.

ungefähr das, was wir Nationalsozialisten vom ersten Tag an ebenfalls behaupten und wofür wir von den Regierungsparteien auf das wüsteste beschimpft worden sind. Herr Schacht verläßt ein Schiff, an dem nichts mehr zu retten ist. Der Kurs, der heute gesteuert wird, führt Deutschland zwangsläufig ins Verderben. Es werden wohl aber solche Katastrophen notwendig sein, um unser Volk endlich reif zu machen, nicht nur seine Verderber zu erkennen, sondern um mit ihnen auch gründlich abzurechnen.

In diesen Tagen hat sich der Tod einen Mann geholt [11], dessen Name für ungezählte Millionen Deutsche im Geiste plötzlich das alte Reich wiedererstehen ließ. Oft kommt es einem ja vor, als ob die Zeit, in der unser deutsches Volk noch groß, mächtig und geachtet war, unwahrscheinlich ferne zurückliegen würde. Der Tod des Großadmirals von Tirpitz kann es uns aber ins Bewußtsein zurückrufen, daß noch nicht einmal anderthalb Jahrzehnte zwischen damals und jetzt liegen, ja daß wir bis vor wenigen Tagen noch einen lebenden Deutschen mitten zwischen uns hatten, der im höchsten Sinne als mitverantwortlich für die damalige Größe des Vaterlandes angesehen werden konnte und in der Geschichte angesehen werden wird. Wir Nationalsozialisten, die wir unerschütterlich an die Wiederauferstehung des Vaterlandes glauben, beugen uns in tiefer Ehrfurcht vor all denen, die einst der Größe des alten Reiches dienten. Wir glauben weiter an die Gerechtigkeit der geschichtlichen Beurteilung, die über alles Kleinere hinweg am Ende doch immer wieder der Größe der Menschen entsprechen wird. Es mag die heutige Zeit die kleinsten Geister des Augenblicks künstlich emporzuheben versuchen, so wird eine spätere, aber um so sicherere, wieder die wahren Großen würdigen. Der Mann, der die einst kleine deutsche Flotte zur zweitstärksten der Welt machte [12], hat mehr geschaffen als ein bloßes technisches Instrument der Seekriegsführung. Die Jahrtausende überstrahlende Haltung unseres Volkes im Weltkriege war nur denkbar als Ausfluß eines immensen gläubigen Selbstvertrauens, einer unendlichen Zuversicht und einer unerschütterlichen Überzeugung von der überlegenen eigenen Kraft. Diese höchsten Werte gehen zurück auch zu einem großen Teil auf das Wunder der deutschen Flottenschöpfung. Der Großadmiral Tirpitz hat dem deutschen Volke nicht nur eine Flotte gegeben, sondern damit auch einen Teil jener Selbsteinschätzung, die ihren höchsten Ausdruck in der wundervollen Zuversicht und Leistung der Weltkriegs-Generation gefunden hat. Eine Zuversicht, die wir heute um so höher schätzen müssen, je fremder sie der Gegenwart geworden ist. Gerade die Armut der Gegenwart an großen Männern aber müßte uns erst recht zwingen, in die Vergangenheit zurückzublicken, um unserem Volke an ihren Köpfen einen inneren Halt und ein neues Vertrauen zu geben. Die Denkmäler aber wird diesen einst unser neues Reich setzen. Die Zeit, die aus Angst vor roten Demonstrationen sich nicht einmal ein zweites Ersatzschiff auf den Stapel zu legen getraut [13], ist nicht wert, eine solche Ehrung zu vollziehen.

11 Alfred von Tirpitz war am 6.3.1930 in Ebenhausen bei München gestorben.
12 Zum Stand der internationalen Flottenrüstung bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs vgl. Dok. 9, Anm. 8 und 9.
13 Vgl. Dok. 9, Anm. 38 und 43, Dok. 19, Anm. 28 sowie Dok. 20, Anm. 10.

18. März 1930 Dok. 27
Erklärung

VB vom 18.3.1930, "Adolf Hitler dankt Dr. Frick".

Durch einen Teil der deutschen Presse geht die Behauptung, ich würde den Minister Dr. Frick nicht decken [1], sondern seine bekannte Stellungnahme als Generalbevollmächtigter Thüringens im Reichstag verurteilen [2]; das Gegenteil ist richtig. Ich war in Weimar, um meinem Parteigenossen Dr. Frick für seine Haltung den Dank der nationalsozialistischen Bewegung auszusprechen [3].

gez. *Adolf Hitler*

18. März 1930 Dok. 28
"Nieder mit den Young-Gesetzen!" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 21.3.1930, "Hitler an Hindenburg!" [3].

Es gibt bei uns in Deutschland nicht wenige, die sich den Verlauf der Geschichte etwa so vorstellen: Man streitet im Parlament um ein Gesetz, zankt sich um einen Vertrag, man nimmt den Vertrag endlich an, und damit soll auch Ruhe herrschen, *zunächst auf 58 Jahre* [4]. Im 60. Jahr darf man dann über diese Dinge wieder reden. Heute soll Ruhe herrschen, und das Volk soll sich rüsten, analog unserer Jugend im Weltkrieg, große Taten zu üben, *nämlich zu opfern, zu zahlen,* zu opfern für die Taten einer großen und weisen Regierung.

Wenn Völker zugrunde gehen, verdanken sie dies ebenso ihren eigenen Fehlern wie ihren Regierungen. Verantwortlich für ein Volk ist in erster Linie stets die Regierung. *Für die Taten der deutschen Regierung muß das deutsche Volk 58 Jahre lang zahlen,* und es ist billig und

---

1 Vgl. z. B. Berliner Tageblatt vom 14.3.1930 (AA), "Verschärfte Krise in Thüringen".
2 Vgl. Dok. 25, Anm. 11.
3 Vgl. Dok. 25 mit Anm. 12.

1 Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 20020). Der Polizeibericht nennt als Titel: "Zerreißt den Tributplan! Deutschland soll leben!".
2 Im Bürgerbräukeller, ab 20.30 Uhr. Dem Polizeibericht zufolge war der Saal zu 4/5 besetzt. Die Versammlung wurde von SA-Standartenführer Hans Zöberlein geleitet, nach Hitler sprachen MdL und Gauleiter Adolf Wagner, SA-Standartenführer Edmund Heines, MdL Rudolf Buttmann sowie der Vorsitzende der NSDAP-Fraktion im Münchener Stadtrat Hermann Esser. Hitler sprach im Anschluß auf zwei weiteren Protestkundgebungen gegen den Young-Plan im Löwenbräukeller und in der Schwabinger Brauerei.
3 Vgl. auch Berliner Arbeiter-Zeitung vom 30.3.1930, "Adolf Hitler an Hindenburg". Ferner die Berichte o. Nr. der Polizeidirektion München vom 19.3.1930; StA München, Polizeidirektion München 6741.
4 Zum Young-Plan vgl. Dok. 5, Anm. 5.

recht, daß dieses Volk diese 58 Jahre auch schweigt. Sie sagen, daß es sich nun um die Zusammenfassung aller staatserhaltenden Elemente handelt [5]. Dazu gehören wir nicht, denn sie sagen, daß wir staatszerstörende Elemente seien. Sie schließen uns von vornherein davon aus.

Wir brauchen diese Mahnung wirklich nicht auf uns [*zu*] beziehen. Eine andere Partei wird heute umbuhlt und eingeladen, nunmehr die fruchtlose Opposition zu verlassen und an Stelle dessen sich auf den Boden der positiven Mitarbeit zu stellen [6]. *Denn nun beginnt die positive Arbeit.*

Das Unterzeichnen der Verträge war das Negative, nun beginnt die positive Arbeit, das Mobilmachen der Mitte; denn man hat dem deutschen Volk gesagt, wenn die Verträge angenommen sind, dann endlich treten die *Erleichterungen* ein, nach denen sich unser Volk so sehr sehnt. Das ist der erste Schritt zur Steuersenkung, damit man abbauen kann, diese dauernde Ausplünderung langsam gemildert wird. Nun beginnt die Arbeit dieser Milderung, nun prüfen sie in Berlin, wie sie jetzt die Daumenschrauben anziehen können, was für *neue Steuern* sie flüssig machen können, *damit im Jahre 1931 die Steuersenkung in Kraft treten kann* [7]. Sie sagen dem Volk: Glauben Sie, wir haben vergessen, was wir versprochen haben? Wir haben es nur *etwas verschoben*, nur zwölf Monate lang muß das deutsche Volk noch zahlen, ein bißchen mehr als bisher, aber nach zwölf Monaten wird abgebaut, dann treten die Erleichterungen in Kraft!

Man wagt das Millionen von erwachsenen Deutschen vorzusetzen; Millionen hören und lesen das, und es reißt ihnen nicht der Geduldsfaden dabei, soviel hat unser Volk zu ertragen gelernt. Dem Heroismus der Front steht heute ebenbürtig der Heroismus des Volkes gegenüber, das heute in der unglaublichsten Weise sich Jahr für Jahr belügen und betrügen und am Nasenring führen läßt. Das ist der Heroismus von jetzt, zum Unterschied des Heroismus der Zeit von einst.

Keine "vollendete Tatsache"

Der Young-Plan ist angenommen worden.

Nun denke man nicht, daß dies für uns eine vollendete Tatsache schafft. Im Gegenteil, wir sind überzeugt, daß er nach wie vor zu unrecht angenommen wurde, daß der Reichstag, kein Recht mehr hatte, ihn anzunehmen, weil der Volksentscheid erklärte, daß er nicht durchgeführt werden darf [8]. Wir fußen auf diesem Entscheid und wir hoffen, daß das Schicksal uns die Möglichkeit gibt, die Männer, die sich über diesen Entscheid hinwegsetzen, zur Verantwortung zu ziehen. (Stürmischer Beifall.)

---

5 Zur Argumentation der Reichsregierung vgl. z. B. die "Stellungnahme der Reichsregierung zu dem Entwurf eines 'Gesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes'". Druck: Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 438 Nr. 1429 sowie die Rede von Reichskanzler Hermann Müller am 12.3.1930. Druck: Ebenda, Bd. 427, S. 4362 ff. ferner Dok. 6, Anm. 15 und Dok. 26, Anm. 2 und 3.

6 Bei der Reichstagabstimmung über das "Freiheitsgesetz" am 30.11.1929 hatten lediglich 53 von 78 Abgeordneten der DNVP für den umstrittenen § 4 gestimmt. (Vgl. Dok. 19, Anm. 12). Daraufhin war die Reichstagsfraktion der DNVP zerbrochen; 12 Mitglieder hatten aus Protest gegen den Kurs Hugenbergs ihren Austritt aus der Partei erklärt, Kuno Graf von Westarp hatte sein Amt als Fraktionsvorsitzender niederlegt. Im Januar 1930 hatten Konsultationen zwischen Hindenburg und Westarp über die Zustimmung der DNVP zu einer neuen Reichsregierung stattgefunden. Vgl. Schulz, Deutschland am Vorabend, S. 467 f.

7 Vgl. Dok. 19, Anm. 8.

8 Nach Artikel 73 und 75 der Weimarer Reichsverfassung hatte der Volksentscheid vom 22.12.1929 über das "Freiheitsgesetz" nicht die erforderliche Stimmenmehrheit erzielt. Vgl. Dok. 5, Anm. 6.

Wir werden aber in diesen kommenden Jahren als unaufhörliche Mahner und Erinnerer vor unserem Volke stehen, von Station zu Station seines Leidens es aufmerksam machen auf die Ursache dieses Leidens und auf die verantwortlichen Führer. Wir werden nicht nun etwa den Mund halten durch irgendwelche Drohungen, Strafen, Gefängnis oder ähnliche Mittel -, sie können tun, was sie wollen, dichten und lügen, was sie wollen, eines können sie nicht fertig bringen: daß wir Nationalsozialisten schweigen. (Tosender Beifall.)

Wenn sie einen ins Gefängnis werfen, werden zehn andere dafür auferstehen. (Laute Zustimmung.)

Wir haben heute eine illustre Gesellschaft vor uns. Es ist erst 6 Monate her, daß eine gewisse Presse, als wir die Segnungen des Young-Planes bezweifelten, uns als Narren und Verbrecher bezeichnete [9], 70-80jährige Männer, Generäle des Weltkrieges, wurden von einem kleinen Parlament als freche, ungewaschene Lausbuben bezeichnet, weil sie es wagten, gegen den Young-Plan aufzutreten [10]. In die Armee dieser Lausbuben ist jetzt der Reichsbankpräsident Dr. Schacht eingerückt [11].

Die Bayerische Volkspartei.

Und eine *Partei*, die uns auf das äußerste beschimpft hat, hatte am Ende nicht mehr den Mut *für* den Young-Plan zu stimmen [12]. Sie sagte auch nicht nein, sie war weder warm noch kalt, denn der klügste Weg ist der Weg der Mitte, der lauwarm sich durchschlägt, fern von warm oder kalt. (Stürmischer Beifall und Heiterkeit.)

Es ist der Weg der klugen Staatsmänner, der verantwortungsbewußten Führer eines Volkes und namentlich des bayerischen Volkes. Sie haben sich schon hindurchgewunden. Und als die Stunde kam, in der jedermann Farbe bekennen mußte, da traten sie weder hierhin noch dorthin, sondern sagten: *Wir haben überhaupt keine Meinung.*

Das bezeichnet den ganzen Mut, angesichts eines 60jährigen Versklavungsediktes zu sagen: Wir wissen nicht, was wir sagen wollen, wir sagen weder ja noch nein, sondern wir befleißigen uns diesmal eines vornehmen Schweigens, wir enthalten uns der Stimme.

Immerhin, wenn Sie heute um sich sehen, dann ist die Schar derjenigen unendlich größer geworden, die sich gegen diesen Vertrag gewendet haben, und die Partei, die den Ausschlag gab, das Zentrum [13], erklärte: Wir hätten es auch nicht getan, wenn nicht der *Reichspräsident* uns mehr oder weniger moralisch gezwungen hätte, *ja zu sagen* [14].

---

9 Vgl. Holz, Diskussion um den Dawes- und Young-Plan, Bd. I, S. 363 ff.

10 Möglicherweise Anspielung auf das unveröffentlichte Schreiben an den Reichspräsidenten von Hindenburg vom 11.10.1929, bei dem sich 22 pensionierte Generäle und Admiräle gegen Annahme des Young-Plans ausgesprochen hatten, u. a. Generalfeldmarschall August von Mackensen, Generaloberst a. D. Alexander von Kluck, Großadmiral Alfred von Tirpitz, und Admiral a. D. Ludwig von Schröder. Quelle und Druck von Hindenburgs Antwort: Walther Hubatsch, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966, S. 294 ff.
In derselben Absicht hatte der bayerische General a. D. Konrad Krafft von Dellmensingen am 22.1.1930 einen offenen Brief an den Reichspräsidenten gerichtet. Druck: Deutschlands Erneuerung 14 (1930), S. 107 f.

11 Vgl. Dok. 6, Anm. 10.

12 Vgl. Dok. 26, Anm. 8.

13 Vgl. Dok. 26, Anm. 8.

14 Die Reichstagsfraktion des Zentrums sah sich mit dem Problem konfrontiert, ihre Absicht der Haushaltssanierung mit dem Ziel zu vereinbaren, ein Scheitern des Young-Plans unter allen Umständen zu verhindern. In

Wir sind heute nicht mehr allein, sondern um uns sind Tausende von Sachverständigen, Wirtschaftlern, Politikern, die den Young-Plan ablehnen. Und die anderen Parteien sind es, die erklären, der Young-Plan ist unerfüllbar. Es ist ungeheuerlich: Diejenigen, die ihn angenommen haben, versichern:

Der Young-Plan ist unerfüllbar [15].

Sie sagen: Aber wir müssen wenigstens den guten Willen zeigen! Den guten Willen hat Deutschland seit rund 10 Jahren bewiesen und stets Unerfüllbares zu erfüllen versucht mit dem Ergebnis, daß die Schuld niemals kleiner wurde [16]. Sie kann nicht kleiner werden. In 5 bis 6 Jahren sieht die Welt, daß die Deutschen nicht bezahlen können. Sie hat durch Pump neue Schulden auf die deutschen Schultern geladen. Dann wird ihnen der Rest in einem anderen Plan wieder vorgelegt und statt, daß er nach 5 bis 6 Jahren abgetragen wäre, beginnt der neue Plan wieder vom Nullpunkt aus zu laufen. Erst hieß es: In 10 Jahren sind wir frei! Dann hieß es: In 30 Jahren haben wir unsere Schuld abgetragen! Und nun stehen wieder 58 Tributjahre vor uns.

Einst im Gerichtssaal!

Ungeheuerlich ist es, daß dieselben Politiker, die uns versichern, der Plan ist unerfüllbar, hergehen und eine *Klausel* unterzeichnen, kraft der wir, wenn wir nicht erfüllen, *Sanktionen* verfallen [17]. (Große Bewegung.)

Es wird eine Zeit kommen, in der man über dieses Vorgehen nicht mehr in Versammlungssälen redet, sondern im Gerichtssaal. Dann wird ein Gericht da sein, in dem man die Männer vernehmen wird, die sich unterstanden haben, einen Vertrag zu unterschreiben, von dem sie wußten, daß er unerfüllbar ist, und die hineinschrieben, wenn er nicht erfüllt wird, kann die Erfüllung mit gewaltmäßiger Unterdrückung durchgeführt werden.

Wenn wir den Young-Plan in Deutschland angenommen haben, so wissen wir, daß auf diesem Wege weder die Schuld, die wir haben sollen, abgetragen werden kann, noch Deutschland jemals einen Meter der Freiheit näher kommen kann. Wir wissen nur: *Auf dem Wege geht Deutschland langsam aber sicher zugrunde.* Wir erklären Ihnen: *Es ist alles unwahr, in erster Linie ist die Not noch um soundsoviel größer, vielleicht hundertprozentig größer als jetzt.*

Wägen Sie ab, meine Herren Gegner, glauben Sie Ihren Parteien und Regierungen! Die sagten Ihnen: In einem Jahr sind wir über den Berg! Kommen Sie heute in einem Jahr wieder herein, und wir werden dann sehen, ob wir über den Berg gekommen sind. *Dann entscheiden Sie sich.* Nehmen Sie den heutigen Tag als *Probetag* entgegen, als einen *Prüftag*, und wägen Sie nun ab die Ereignisse und Folgen und entschließen Sie sich dann einmal, wenn Sie überzeugt sind, daß Sie wieder belogen worden sind, *dann die Konsequenzen zu ziehen! Und belogen worden sind Sie! Das deutsche Volk kann auf dem Wege nicht frei werden, denn es ist nur*

---

einer persönlichen Unterredung hatte der Fraktionsvorsitzende Brüning von Hindenburg am 11.3.1930 die Zusage erhalten, daß dieser zur Sicherung der Reichsfinanzen "von allen verfassungsmäßigen Mitteln Gebrauch machen werde", falls das Zentrum für die Annahme des Young-Plans stimmen werde. Beinahe die gesamte Reichstagsfraktion des Zentrums votierte tags darauf in diesem Sinn. Vgl. Ruppert, Dienst am Staat von Weimar, S. 402 f. sowie Dok. 26, Anm. 8.

15 Vgl. Dok. 26, Anm. 5.

16 Vgl. Dok. 6, Anm. 6.

17 Vgl. Dok. 5, Anm. 66 und Dok. 6, Anm. 19.

zu natürlich, daß man einen Staat, den man so sehr fürchtet, nicht auf so billige Weise wieder emporkommen läßt.

Der historische Weg Langemarck [18].

Es gibt einen einzigen Weg, um zur Freiheit zu kommen. Nicht den des Reichspräsidenten, nämlich geduldig das Joch zu tragen und den Nacken zu beugen, sondern den historischen Weg des Widerstandes. Und zu diesem Widerstand wollen wir trotz Groener [19] *und Severing* [20] *unser deutsches Volk wieder erziehen.* (Stürmischer Beifall.)

Uns trennt wirklich von diesen Kräften eine Welt. Deren Ziel heißt: Deutschland in Ruhe und Ordnung zur Erfüllung anzuhalten. Und unser Ziel heißt: Deutschland so weit zu bringen, daß es einst diese Ketten bricht, nicht auf dem Wege einer hundertjährigen Erfüllung, sondern eines politischen Aktes, der die politische Gewalt wieder einsetzt zur Vernichtung einer Schuld, die nur eine politische ist und die man nur heute versucht, zu einer wirtschaftlichen umzuwandeln.

Wir sind überzeugt, daß zunächst wieder die *innere Gesundung der Nation* notwendig ist. Die Nationalsozialisten wollen nicht ein Volk von Heiligen und Frommen oder von Lügnern und Heuchlern, nein, sie wollen *ein Volk von Mannsbildern*, die die Tradition der Helden von 1914 in einem besseren Sinne aufnehmen und fortführen, als sie uns heute von oben empfohlen wird.

Hitler, als selbst einer der Kriegsfreiwilligen [21], betont, *man stelle nicht die heutige Generation in eine Linie mit der Generation von damals, dazu hat der Reichspräsident von Hindenburg gar keine Veranlassung* [22]. (Stürmischer Beifall.)

Hätte man damals gewußt, was heute ist, dann wäre damals kein einziger gefallen. (Stürmische Zustimmung.) Unsere Kameraden und wir alle sind damals nicht in das englische Feuer hineingegangen, etwa in der Überzeugung, daß nach uns ein solches Deutschland kommen

---

18 Nach dem Abbruch der Marneschlacht hatten die deutschen Truppen im Herbst 1914 vergeblich versucht, zur Küste durchzustoßen und dabei die alliierten Armeen von Norden zu umfassen. Aufgrund unzureichender taktischer Führung und mangelhafter Ausbildung der hauptsächlich aus Kriegsfreiwilligen bestehenden Einheiten verloren die 4. und 6. deutsche Armee während der Schlachten bei Langemarck (22./23.10.1914) und Ypern (30.10.-24.11.1914) 80-100.000 Mann. Vgl. Karl Unruh, Langemarck. Legende und Wirklichkeit, Koblenz 1986, S. 182.

19 Wilhelm Groener (1867-1939), 1886 württembergischer Leutnant, 1916/17 Generalleutnant, Chef des Kriegsamts im preußischen Kriegsministerium, 1918 Erster Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung, 1919 Verabschiedung, Juni 1920 bis August 1923 Reichsverkehrsminister (parteilos), Januar 1928 bis Mai 1932 Reichswehrminister, Oktober 1931 bis Mai 1932 Reichsminister des Innern.

20 Carl Severing (1875-1952), Schlosser, 1905-1924 Stadtverordneter in Bielefeld (SPD), 1907-1912 und 1920-1933 MdR (SPD), 1919-1933 MdL in Preußen, 1919/20 Reichskommissar für Westfalen, März 1920 bis April 1921, November 1921 bis Oktober 1926 und Oktober 1930 bis Juli 1932 preußischer Innenminister, Juni 1928 bis März 1930 Reichsminister des Innern.

21 Vgl. Dok. 5, Anm. 68.

22 Unter Verweis auf die Gefallenen bei Langemarck hatten rechtsgerichtete Studenten- und Jugendverbände am 18.2.1930 ein öffentliches Schreiben an Hindenburg gerichtet mit der Bitte, die Annahme des Young-Plans zu verweigern. In seiner Antwort vom 16.3.1930 hatte Hindenburg betont, daß gerade die Erinnerung an die Freiwilligen von Langemarck der neuen Generation die Pflicht auferlege, selbst Opfer zu bringen. Vgl. Walter Görlitz, Hindenburg. Ein Lebensbild, Bonn 1953, S. 316 ff. Druck von Hindenburgs Schreiben: Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten. Urkunden und Aktenstücke. Hrsg. von Johannes Hohlfeld, Bd. III/2, Berlin, o. J., S. 169 f.

wird. Hätten wir das gewußt, wahrhaftiger Gott, vielleicht wären wir dann auch so feige gewesen, wie sie es heute sind. (Vielfaches: sehr richtig und Beifall.) Dann hätte man heute nicht die Möglichkeit zu sagen, wir wollen ebenso heldenhaft dulden und ertragen, wie die damals gekämpft haben.

Was unserem Volke not tut, ist die Zurückführung zu einer *aufrechten Männlichkeit.* Dazu gehört auch der Mut, wenn notwendig, nein zu sagen. Ich kenne kein Volk, das durch ewige Erfüllung frei geworden wäre. Auch die Erfüllungspolitiker [23] von heute haben es unterlassen, uns *einen* Fall zu zeigen, der für sie spricht. Ich habe die letzte Kundgebung des Reichspräsidenten [24] gelesen und glaub[*t*]e nun: Hier wird wenigstens auf *einen* historischen Fall hingewiesen werden. Nicht *ein* Fall wurde aufgezeigt, *denn es gibt diesen Fall nicht!* Da können wir Nationalsozialisten nur eines sagen:

Wenn heute alles in Bewunderung versinkt, dann möchten wir auch hier die Wahrhaftigkeit sprechen lassen. Als Soldaten sind wir den Befehlen des Generalfeldmarschalls von Hindenburg einst blind gefolgt, 4 1/2 Jahre lang. Als Soldaten haben wir ihn verehrt und geschätzt. Als Politiker sehen wir heute nicht den Generalfeldmarschall vor uns, sondern den alten Herrn, der leider nicht die Umgebung hat... (der einsetzende donnernde Beifall verschlang die letzten Worte Hitlers) [25].

Wir häufen auch heute auf einen 80jährigen Greis keine Vorwürfe und Beschimpfungen, denn wir glauben, daß eine Nation die Pflicht der Dankbarkeit über das Grab hinaus besitzt.

Aber wir bekennen, daß das junge Deutschland, soweit es in unseren Reihen ist, den Weg (Hindenburgs) *nicht mitgehen kann und wird.* (Starker Beifall.)

Es wird dann die Zeit kommen, in der sich in Deutschland herausstellen wird, welcher Weg der richtige ist: der Weg der Erfüllungspolitik oder die Erweckung des Widerstandes in unserem Volke.

Diesen Weg haben wir gewählt.

Damit gehen wir weit auseinander: Auf der einen Seite die Erfüllungspolitik, die andere zurückversetzt auf ein großes Schlagwort, das einst in Berlin plakatiert wurde: *Nun ist Ruhe die erste Bürgerpflicht* [26]. Wir kämpfen nicht für diese Ruhe, sondern für die Auferstehung unseres Volkes, und nehmen alles in Kauf, was notwendigerweise auf diesem Wege geschehen muß und wird, *den wir bis zur letzten Vollendung gehen.* Wenn nicht heute, dann morgen, wenn nicht in 10 Jahren, dann in 20, wenn nicht in 20, dann in 30 Jahren. *Ja, wir wollen Deutschland wieder zu einem gleichwertigen Staate mit den übrigen Staaten erheben.*

---

23 Vgl. Dok. 7, Anm. 8.

24 Am 13.3.1930 hatte Hindenburg in einem Aufruf an das deutsche Volk seine Zustimmung zum Abkommen über den Young-Plan gerechtfertigt und diesen als Fortschritt gegenüber dem Dawes-Plan bezeichnet. Druck: Hubatsch, Hindenburg, S. 300 f.

25 Vgl. die Überlieferung durch den Polizeibericht: "Hier können wir mit Hindenburg nicht einig gehen, dem wir 4 1/2 Jahre als militärischem Führer im Weltkriege blindlings folgten. Wir wollen ihn aber deshalb nicht beschimpfen, schuld sei seine Umgebung."

26 Anspielung auf das Flugblatt, mit dem die Einwohner Berlins über die Niederlage in der Doppelschlacht von Jena-Auerstedt informiert wurden: "Der König hat eine Bataille verloren. Jetzt ist Ruhe die erste Bürgerpflicht. Ich fordere die Einwohner Berlins dazu auf. Der König und seine Brüder leben! Berlin, den 17. Oktober 1806. Graf v. d. Schulenburg."

In Europa wird Deutschland den ersten Bundesgenossen bekommen, wenn seine Hilfe als Nation mehr wert ist als 300 oder 400 Millionen Kontributionen. Wenn das Volk seine natürliche seelische Stärke einmal wieder erhält und das, was es 1914 gehabt hat, dann wird die Wahl nicht schwer sein: 62 Millionen Menschen [27]*, von denen alle Männer bereit sind, für ihre Freiheit einzutreten, sind mehr wert, als 400 oder 500 Millionen lumpiger Erpressung, die man herausholt an Wertobjekten, Devisen oder Fabrikwaren.*

Und daß die Prüfung zu diesem Resultat führt, ist unsere Aufgabe.

210.000 eingeschriebene Nationalsozialisten [28].

Deshalb lachen wir über ihre Verfolgungen. Herr Groener kann tun, was er will [29]. Wir haben einen Putsch gar nicht notwendig.

Herr Groener braucht bloß zu rechnen: 1919 waren es 7 Mann, 1920: 64, 1921: 3.000, 1922: 7.000, 1923: 30.000. Dann kam der Moment, in dem er jubelte: 1925 war es wieder einer, 1926: 17.000, 1927 waren es über 40.000, 1928: über 60.000, 1929 über 120.000, *heute sind es über 210.000.*

Herr Groener, in zwei Jahren werden es 500.000 und 600.000 sein, in 4 Jahren eine Million. Und es kommt die Stunde, da wird im Deutschen Reichstag eine Majorität einziehen, die braun schimmern wird, und dann Herr Groener: Bei Philippi sehen wir uns wieder [30].

29. März 1930 Dok. 29
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 29.3.1930

Es gibt eine Partei und die heißt Sozialdemokratie. Herr Carl Severing ist ihr Mitglied. Diese Partei war einst Oppositionspartei. Das heißt, sie nahm gegen den alten Staat in Form und Inhalt Stellung und behauptete, daß sie dem deutschen Volk einen neuen und besseren Staat geben würde, einen Staat der Schönheit, des Glückes (soziales Glück!), der Freiheit und der Würde [1]. Diese Partei hat mit allen Mitteln, die der tolerante alte Staat gewährte, eben diesen

27 Bei der Volkszählung vom 16.6.1925 wurden im Deutschen Reich ohne Saargebiet 62.410.619, im Deutschen Reich mit Saargebiet 63.178.619 Einwohner ermittelt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 5.

28 Vgl. Dok. 11, Anm. 22.

29 Reichswehrminister Groener hatte seit November 1929 in mehreren Erlassen und Reden den staatsgefährdenden Charakter der NSDAP betont und sich gegen die zunehmende politische Radikalisierung gewandt, die vor allem unter den jungen Reichswehroffizieren um sich griff. Druck von Groeners Erlaß vom 22.1.1930: Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Die Weimarer Republik, Bd. 3, Düsseldorf 1977, S. 3 ff. Vgl. ferner Hürter, Groener, S. 228 ff.

30 Nach William Shakespeare, Julius Cäsar, IV. Akt, 3. Szene.
In der Vorlage folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Vgl. Dok. 15, Anm. 2.

Staat zu unterwühlen, auszuhöhlen und zu schwächen versucht. Jahrzehntelang hat diese Partei an den Staat unerfüllbare Forderungen gestellt und jahrzehntelang nicht einen Pfennig an Mitteln bewilligt [2]. Jahrzehntelang hat sie die Bürokratie des alten Staates herabgesetzt, verdächtigt und beschimpft und behauptet, daß das Volk von ihr mißhandelt und deshalb vor ihr gerettet werden müßte. Jahrzehntelang hat diese Partei des Herrn Carl Severing weiter diese "Rettung des Volkes vor dem Staat" als einen Akt feierlich berechtigter Notwehr hingestellt, dem jedes Mittel geheiligt sei. Es hat deshalb diese Partei auch jahrzehntelang das Volk gegen die Staatsgewalt aufgewiegelt, in ewigen Kundgebungen und Massendemonstrationen das Volk gegen den Staat aufgehetzt und in Kampfstellung gebracht. Insbesondere wurden von dieser Partei sowohl den Fürsten wie den Ministern alle Rechte abgestritten, im Namen oder für das Volk zu sprechen oder überhaupt den Staat zu vertreten. Die Partei dieses Herrn Carl Severing hat, um den Staat leichter stürzen zu können, diesem vor allem alle Wehrmittel verweigert [3]. Die Sozialdemokratische Partei hat einen jahrzehntelangen erbitterten Kampf gegen die deutsche Wehrmacht innen und außen geführt. Sie hat den Geist der Ungesetzlichkeit, der Widersetzlichkeit, des Aufruhrs, des Ungehorsams in die Herzen der Soldaten zu pflanzen versucht, so daß zum Beispiel das Heer gezwungen war, eine Kneipe, deren Besitzer Friedrich Ebert hieß, für den Besuch von Soldaten zu verbieten [4]. Gleichlaufend mit dieser inneren Zersetzung lief die Verdächtigung des Heeres nach außen. Die Sozialdemokratische Partei des Herrn Carl Severing hat bei jeder Gelegenheit die Behauptung aufgestellt, daß es einen Militarismus in der Welt nicht gäbe, wenn nicht das verfluchte deutsche Heer vorhanden wäre. Die Partei des Herrn Carl Severing log damals bewußt jahrzehntelang der Welt und insbesondere dem deutschen Volke vor, daß die Kriegsrüstungen der Erde nur die Folge der Bedrohung durch den deutschen Militarismus sei. Sie betrog das eigene Volk, indem sie Millionen von Menschen zur Überzeugung brachte, daß eine innere Notwendigkeit für das Dasein eines deutschen Heeres gar nicht bestünde. Sie, die Partei des Herrn Severing schrieb und sagte damals, daß es eine Lüge sei zu behaupten, die deutsche Armee wäre zum Schutz des deutschen Volkes nötig, da in Wahrheit kein Mensch dem deutschen Volke etwas wolle. Die Partei des Herrn Severing betonte noch im Kriege, daß nur Schwindler Frankreich verdächtigen, es wünsche Elsaß-Lothringen oder es strebe gar nach dem Rheine, daß es eine faustdicke Lüge sei,

2 Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmte erstmals am 30.6.1913 einer Haushaltsvorlage zu. Auf Länderebene war die Taktik einer prinzipiellen Ablehnung derartiger Vorlagen schon früher durchbrochen worden, nachdem die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtags bereits am 1.6.1894 dem Budget zugestimmt hatte. Vgl. Dieter Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M. 1973.

3 Zum damaligen Verhältnis der SPD zu Budgetrecht und Wehrfrage vgl. Reinhard Höhn, Sozialismus und Heer, Bd. II: Die Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit dem Moltkeschen Heer, Bad Homburg vor der Höhe 1959, S. 29 ff.

4 Der ehemalige Redakteur der "Bremer Bürger-Zeitung" Friedrich Ebert hatte am 13.4.1894 in Bremen eine "Restauration und Bierhalle" eröffnet, die rasch zu einem Mittelpunkt politischer und gewerkschaftlicher Aktivitäten wurde. Laut Garnisonsbefehl vom 30.5.1894 war daraufhin Militärs der Besuch dieses Lokals verboten worden. Vgl. Ursula Schulz, Die Bremer Anfänge Friedrich Eberts. Eine Dokumentation, Bremen 1968, S. 68 f.
Friedrich Ebert (1871-1925), Sattler, 1905 Mitglied des Parteivorstands der SPD, 1913-1919 Mitvorsitzender der SPD, 1913-1918 MdR, 1916 Vorsitzender der SPD-Fraktion, November 1918 bis Februar 1919 Mitglied des Rates der Volksbeauftragten, Februar 1919 bis Februar 1925 Reichspräsident.

wenn man England Bestrebungen nachsage, die deutschen Kolonien in die Hand zu bekommen oder gar den deutschen Handel zu vernichten. Daß es überhaupt eine Lüge sei, wenn man Deutschland als irgendwie von Neidern bedroht hinstelle [5]. Die Partei des Herrn Carl Severing hat jahrzehntelang erklärt, daß es in der Welt nur eine einzige Bedrohung gibt, und das sei der schandbare, verfluchte deutsche Militarismus. Daher hat diese Partei des Herrn Carl Severing nicht nur die ganze Welt vor diesem Militarismus gewarnt, sondern hat ihr auch das geistige Rüstzeug in die Hand gedrückt und geliefert, mit dem man das spätere Vorgehen gegen Deutschland begründen und rechtfertigen konnte. Die Partei des Herrn Severing hat dabei im Inneren jede Unterstützung der Wehrmacht nicht nur abgelehnt, sondern der deutschen Aufrüstung und Lebenssicherung überhaupt die schwersten Hindernisse in den Weg gelegt. Als das Jahr 1914 kam, konnte diese Partei mit innerer Befriedigung feststellen, daß dank ihrem Wirken Millionen von Deutschen als unausgebildetes Kanonenfutter nunmehr vor den Feind geschickt werden mußten [6] und als Helden von Langemarck und Ypern [7] sowie auf zahlreichen anderen Schlachtfeldern zugrunde gehen konnten. Es war ein planmäßiger Kampf, den die Partei des Herrn Carl Severing gegen das alte Reich und seine Stärke und Größe geführt hat und dem es endlich auch erlag. Denn als die Stunde der Not am größten war, war es der Partei des Herrn Carl Severing gelungen, die Macht in die Hand zu bekommen, und seitdem befindet sich nun Deutschland im Zustand des Glückes, des sozialen Glückes, der Freiheit, der Würde und der Schönheit, wie die marxistischen Schwindler das unserem Volke noch vorgelogen haben.

Es ist nun bald zwölf Jahre [*her*], daß die Sozialdemokratie in Deutschland "regiert". Und tatsächlich hat sich auch manches verändert. Die Fürsten sind davongejagt, und an ihrer Stelle räkeln sich in den gestickten kaiserlichen Stühlen und Fauteuils sozialdemokratische Gewerkschaftssekretäre und Parlamentarier. In den fürstlichen Schlössern und in den königlichen Hoflogen sitzt das auserwählte Volk Israels. In den Staatsämtern treibt sich an Stelle der Bürokratie des erstarrten Könnens [*sic!*] die Bürokratie der gemeinsamen Unfähigkeit herum. Regierungspräsidenten - Polizeipräsidenten - Landratsstellen usw., sie sind zur Domäne sozialdemokratischer Partei- und Pfründenjäger geworden [8]. Aber nicht nur in der sozialdemokratischen Führung hat sich solcherart ein "Wandel" vollzogen, nein, auch im deutschen Volk. Millionen von Menschen haben ihr Vermögen verloren [9], ungezählte Hunderttausende ihre

5 Zur Kriegszieldiskussion in der SPD während des Ersten Weltkriegs vgl. Susanne Miller, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S. 190 ff.

6 Anspielung auf die Heeresvorlage von 1913, die den Forderungen des Großen Generalstabs nach einer erheblichen Erhöhung der Friedenspräsenzstärke nicht entsprach. Vgl. Stig Förster, Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890-1913, Stuttgart 1985, S. 266 ff.

7 Vgl. Dok. 28, Anm. 18.

8 1929 verteilte sich in Preußen die politische Zugehörigkeit der 540 politischen Beamten außerhalb der Ministerien wie folgt: 107 SPD, 72 DDP, 112 Zentrum, 95 DVP. Etwa 50 Beamte, meist Landräte, dürften der DNVP angehört oder zumindest nahegestanden haben. Der politische Standort der restlichen 100 Beamten läßt sich nicht zuverlässig bestimmen. Vgl. Wolfgang Runge, Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Politisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933, Stuttgart 1965, S. 201.

9 In der Zeit von Dezember 1913 bis Dezember 1923 verringerte sich das Gesamtvermögen im Deutschen Reich schätzungsweise von 310 Milliarden auf 150 Milliarden Goldmark. Vgl. Carl-Ludwig Holtfrerich, Die

Existenz [10], Millionen andere ihre Arbeit [11], kurz, jeder hat mehr oder weniger Gelegenheit, den Segen der sozialdemokratischen Regierungsübernahme am eigenen Leibe zu spüren. Nur ist die Zahl derjenigen, die ihn unangenehm spüren, wesentlich größer als die Zahl der davon angenehm Betroffenen.

Wenn jemand ehrlich und gerecht die Entwicklung der letzten dreißig Jahre überprüft und beurteilt, dann muß er zu folgender Feststellung kommen: In elenderer und gemeinerer Weise wurde kein Volk jemals belogen als das deutsche durch die Sozialdemokratische Partei. Noch nie hat eine Partei ihre eigenen Behauptungen so restlos hinterher abgelegt, ins Gegenteil verdreht, alle Versprechungen gebrochen, alle Zusicherungen umgestürzt, als dies die Sozialdemokratische Partei des Herrn Carl Severing in Deutschland getan hat. Man nehme irgendeine Versprechung der Partei des Herrn Carl Severing von früher her und prüfe sie heute nach, und überall wird man das eingetretene Gegenteil feststellen können. Und man nehme irgendetwas, das von der Sozialdemokratie einst bekämpft wurde, her, und man wird feststellen können, daß sie heute dasselbe in tausendmal größerem Umfange tut. Nur in einem ist sie sich treu geblieben: in der Wehrloshaltung unseres Volkes [12]. Denn nur in dieser Wehrloshaltung liegt die Garantie für das Ertragen des schandbarsten Regiments aller Zeiten. Nur wer eine gewisse Portion von Hörigkeit in sich trägt, kann auf die Dauer das Regiment der Partei des Herrn Carl Severing erdulden.

Herr Severing befindet sich nun auf dem Gerichtspfade [13]. "Ich", so beginnt der Gewaltige seine Episteln gegen das Land Thüringen. "Ich" dulde nicht und "Ich" werde nicht und "Ich" bin nicht mehr in der Lage und "Ich" lehne es weiter ab usw. usw. Endlich wissen die Thüringer und mit ihnen das deutsche Volk, von wem das schauderhaft viele Geld herkommt, das unsre Regierungen ausgeben. Es kommt vom "Ich". Es muß vom "Ich" kommen, denn wenn es von jemand anderem käme, müßte man nach sozialdemokratischer, früher gepflegter Auffassung dem anderen auch das Verfügungsrecht darüber zubilligen. Wenn z. B. die deutschen Reichsgelder vom Volk gezahlt würden, dann müßte selbstverständlich auch das Volk darüber zu entscheiden haben. Zu diesem deutschen Volk, das dann die Gelder aufbrächte, gehörten

---

deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980, S. 275 f. mit Anm. 28.

10 Für das Jahr 1929 verzeichnet das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930 (S. 398 f.) 13.180 neue und 5.001 beendete Konkurse sowie 4.339 beendete Vergleichsverfahren.

11 Im Januar 1930 waren im Deutschen Reich 3.217.608 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern gemeldet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 301.

12 Am 31.5.1929 hatte die SPD ihre intern heftig umstrittenen "Richtlinien zur Wehrpolitik" vorgelegt, welche die Integration der Reichswehr in einen demokratischen Staat ermöglichen sollten. Das gegenseitige Mißtrauen, welches das Verhältnis zwischen Reichswehr und SPD bislang bestimmt hatte, konnte dieses Programm indes kaum abbauen. Vgl. Rainer Wohlfeil, Heer und Republik. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939, Bd. 3/VI, S. 5-304, hier S. 142 ff. Druck: Christoph Butterwegge und Heinz-Gerd Hofschen, Sozialdemokratie, Krieg und Frieden. Die Stellung der SPD zur Friedensfrage von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine kommentierte Dokumentation, Heilbronn 1984, S. 210 ff.

13 Severing hatte Frick angedroht, den Reichszuschuß für die thüringische Polizei zu sperren, da er dessen Schul- und Personalpolitik als verfassungsfeindlich betrachtete. Die Auseinandersetzung zwischen Severing und Frick ging so weit, daß Severing schließlich die Möglichkeit einer Reichsexekution gegen Thüringen erwog. Vgl. Wolfram Pyta, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989, S. 277 ff.

selbstverständlich auch die Thüringer, genauso wie die Bayern oder Preußen oder Württemberger, und dann müßte nach Recht und Fug ihnen wieder zustehen, was ihnen gebührt. Aber so ist es eben nicht, lieber Deutscher. Du warst bisher der dummen Meinung, daß Du die Gelder aufbringst, aber das bist nicht Du, sondern das ist der "Ich". Soweit ist es unter der sozialdemokratischen Musterleitung Deutschlands gekommen, daß das Volk gar keine Steuer mehr zu zahlen braucht, weil der generöse "Ich" das aus seiner eigenen Tasche begleicht. Man sieht ordentlich die Stirne Carlchens anschwellen, wenn er, die linke Hand am Rücken, Zeige- und Mittelfinger zwischen den Westenknöpfen, den rechten Fuß etwas vorgesetzt, sein "Ich" den Thüringern in die Maschine schmettert. O Gott, o Gott, wenn der Grimmige doch nur einmal mit den Franzosen und Engländern auch so umspringen würde, wie er mit den deutschen Völkern und Untertanen verkehrt! Aber so ändern sich die Zeiten. Wenn Bismarck mit den Franzosen verhandelte, dann war er vielleicht manches Mal ähnlich wie Herr Severing, wenn er zu den Thüringern spricht. Und wenn Bismarck zu den deutschen Einzelstaaten sprach, war er fast so, wie wenn Severing Frankreich meint. Ich sage "fast so", denn selbstverständlich hat Bismarck bei aller Konzilianz auch im Innern niemals eine natürliche vornehme Selbstachtung verlassen, von der das heutige Deutschland nach außen keine Ahnung hat! Sachlich ist denn zu dem neuen Konflikt wenig zu bemerken. Die Sozialdemokratie wünscht die Abwürgung der Länder [14], weil sie fürchtet, daß von ihnen aus ein positiver Widerstand gegen die sozialdemokratische Vergewaltigung des Reiches kommen könnte. Es ist dabei jedes Mittel recht, das zum Ziele führt. Daß Herr Severing den nationalsozialistischen Minister [15], dessen Können sich zu dem seinen genau so verhält wie die Leistung des alten Reiches zum heutigen, grimmig haßt, liegt schon im Wesen der verschiedenen Größenordnung der beiden Herren begründet. Daß er hofft, den nationalsozialistischen Minister klein zu bekommen, ist nur ein Beweis für das Vorhandensein dieser geistigen Differenz. Herr Severing täuscht sich. In Thüringen kann es jederzeit eine Neuwahl geben, und das kann sich dann der Herr "Ich" schon jetzt gesagt sein lassen: Die N.S.D.A.P. wird in ganz anderer Stärke wieder zurückkehren. Wie ja überhaupt sich der Herr Severing und der Herr Groener noch so bemühen und noch so ärgern können, es ändert alles nichts daran, daß die nationalsozialistische Bewegung wächst und einst auf sehr legalem Wege mit ihnen abrechnen wird. Im übrigen könnte man nur wünschen, daß das Reich jetzt den Ländern Zwangskommissare schickt. Am besten auch noch in jede Stadt und in jedes Dorf hinein. Heute gibt es in Deutschland ohnehin nur ein einziges Gesetz, das wirklich von grundsatzmäßiger Bedeutung ist, es heißt: Zwang. Je schärfer und klarer dieses Gesetz sich ausprägt, um so besser für uns Nationalsozialisten. Das deutsche Volk ist mit einem Napoleon fertig geworden [16], es hat ein System Metternich gestürzt [17], es wird auch mit

14 Am 23.10.1928 hatte der von Hermann Müller geleitete Verfassungsausschuß der Länderkonferenz die Einsetzung von zwei Unterausschüssen beschlossen; diese sollten Vorschläge zur territorialen Neugliederung der Länder erarbeiten sowie das Verhältnis zwischen Reich und Ländern neu definieren. Vgl. Biewer, Reichsreformbestrebungen, S. 117 ff.

15 Am 23.1.1930 war Frick zum thüringischen Innen- und Volksbildungsminister ernannt worden. Damit hatte zum erstenmal ein Mitglied der NSDAP ein Ministeramt übernommen. Vgl. Dok. 7, Anm. 5.

16 Anspielung auf die Befreiungskriege gegen Napoleon I. (1813-1815).

17 Aufgrund der revolutionären Ereignisse im Deutschen Bund war der österreichische Haus-, Hof- und Staatskanzler Klemens Fürst von Metternich-Winneburg, für viele Protagonist der seit 1815 einsetzenden Restauration, am 13.3.1848 zurückgetreten.

1. April 1930 [1] Dok. 30
Anordnung [2]

Auszug aus den Mitteilungen des Landeskriminalpolizeiamts (IA) vom 15.5.1930 Nr.10; StA Dresden, Min. d. Innern 19085.

Die Unterstützung des Obersten SA-Führers [3] im Ausbau des Nationalsozialistischen Automobil-Korps (NSAK) [4] wird hiermit allen Gau- und Ortsgruppenleitern zur Pflicht gemacht [5].

---

1 Datum laut Polizeibericht.

2 Laut Polizeibericht richtete sich Hitlers Schreiben an alle Gau- und Ortsgruppenleiter der NSDAP.

3 Franz von Pfeffer.

4 Das am 1.4.1930 gegründete Nationalsozialistische Automobil-Korps wurde am 20.4.1931 in Nationalsozialistisches Kraftfahr-Korps umbenannt. Vgl. [*Theodor*] Oppermann, Unter den Sturmstandern des NSKK. Blätter aus der Geschichte des Nationalsozialistischen Kraftfahr-Korps, München 1936, S. 29.

5 Die Vorlage nennt auch die beiden sich anschließenden Befehle des Obersten SA-Führers Franz von Pfeffer vom 1.4.1930:
"Adolf Hitler hat die Gründung eines "Nationalsozialistischen Automobil-Korps" (NSAK) angeordnet und [*dem*] O[*bersten*]S[*turm*]A[*bteilungs*]F[*ührer*] die Korpsführung übertragen. Die Satzungen gehen den Gauleitungen zur Weiterverbreitung an die Ortsgruppen- sowie den OSAF-Stellvertretern zur Weiterleitung bis zu den Stürmen zu.
Wie aus § 1 der Satzungen zu ersehen ist, können nicht nur P[*artei*]g[*enossen*], sondern auch Freunde der Partei dem NSAK beitreten. § 4 nennt als Aufgabe des Korps Bereitstellung von Kraftwagen für Zwecke der NSDAP und der SA. Die politischen Leiter sollen durch Schaffung des NSAK leichter beweglich gemacht werden, und die SA-Führer sollen die Möglichkeit erhalten, ihren Dienst leichter und mit größerem Nachdruck zu erfüllen, wie dies bisher möglich war. Endlich soll auch planmäßige Beförderung der SA-Abteilungen zu Propagandaübungszwecken [*sic!*] gewährleistet werden.
Das NSAK muß eine gewisse Untergliederung erfahren. Die OSAF-Stellvertreter sind auch die Vertreter OSAF's als Korpsführer. Jeder OSAF-Stellvertreter ernennt aus den Mitgliedern des NSAK eine geeignete Persönlichkeit als "Bereichsführer des NSAK". Auf Vorschlag des Bereichsführers ernennen die OSAF-Stellvertreter ebenfalls aus dem Mitgliederkreis des NSAK mehrere Staffelführer, deren Gebiete mit denen der Gaust[*ürme*], der Bri[*gaden*] oder Sta[*ndarten*] zusammenfallen sollen. Die Zahl dieser Staffelführer soll nicht zu hoch sein, ihre Gebiete müssen etwa umfassen: Schlesien, Berlin, Württemberg, Baden, Mecklenburg usw. Bereichsführer und Staffelführer müssen Pg. und Persönlichkeiten sein, die selbst einen erstklassigen Personenwagen besitzen und steuern können, die finanziell unabhängig und in der Lage sind, allen Mitgliedern ihres Bereiches oder Gebietes gegenüber als Autofachmann sowohl als auch als Führerpersönlichkeit aufzutreten.
Die weitere Unterteilung des NSAK bleibt späteren Bestimmungen des Korpsführers vorbehalten, die gegeben werden, sobald die Mitgliederzahl des Korps einen gewissen Umfang erreicht hat.
Es kommt darauf an, daß mit der Werbung von Mitgliedern umgehend begonnen wird. Alle politischen und SA-Führer werden gebeten, sich im eigenen Interesse für die möglichst rasche Durchführung der ersten Werbung einzusetzen."
"SABE: Motor - Stürme
1. Zu jedem Sturm gehört ein Motor-Trupp.
2. In diesem Trupp sind alle zum Sturm gehörenden SA-Männer zusammengeschlossen, die im Besitze eines Motorrades oder kleinen Personenkraftwagens (DKW, Hanomag, Opel, 4/16, Dixi) sind und sich mit diesem bedingungslos der SA zur Verfügung stellen. Motorräder sind vorläufig in unbeschränkter Anzahl zugelassen, während die Zahl der Personenwagen auf zwei beschränkt wird. Zu jedem Kraftfahrzeug tritt ein SA-Mann als ständiger Begleiter.
3. Innerhalb einer Sta. werden die Motor-Trupps zu einem Motor-Sturm zusammengeschlossen.
4. Zum Sta.-Stabe tritt ein Motor-Sturmf[*ührer*]. Er muß neben Führereignung auch technische Kenntnisse haben und muß [*ein*] eigenes Motorrad oder [*einen*] Kraftwagen besitzen.

Die Reichsleitung ersucht, überall die Propaganda und Werbung für das NSAK tatkräftig aufzunehmen [6].

3. April 1930 Dok. 31
Schreiben an das Präsidium des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren [1] in Berlin [2]

Masch. Schreiben vom 3.4.1930; BA, NL Schmidt-Hannover, Nr. 72.

Die N.S.D.A.P. ist dem Reichsausschuß beigetreten [3] in der Voraussetzung eines scharfen Kampfes gegen den Young-Plan [4]. Wenn nach Abschluß des Volksentscheides die Partei wei-

---

5. Zum Stabe des Bri[*gade*]f[*ührers*] bezw. Ob[*er*]f[*ührers*] tritt ein Motor-Sta[*ndarten*]f[*ührer*].
6. Im Dienst dürfen die Fahrzeuge nur zu Dienstzwecken verwendet werden. Insbesondere dürfen keine Zivilpersonen mitgeführt werden; Ausnahme bilden dienstlich beförderte Redner und dergleichen.
7. Die Motor-Trupps unterstehen zum allgemeinen Dienst ihrem SA-Sturmf. Zu besonderen Aufgaben kann der Staf. seinen ganzen Motor-Sturm unter dem Motor-Sturmf. zusammenziehen (Fahrübungen, Propagandamärsche, Nachrichtenübungen). Ebenso können mehrere Motor-Stürme gelegentlich unter Führung des Motor-Staf. zusammengezogen werden.
8. Die SA-Männer der Motor-Stürme (Sta.) tragen anstelle der Sturm- (Sta.-) Nummern im rechten Kragenspiegel ein gesticktes Rad.
9. Der Einsatz und das Zusammenstellen der übrigen Kraftfahrzeuge wie starker Personenkraftwagen, Lastkraftwagen, Omnibusse und Kraftzugmaschinen regelt OSAF demnächst durch Sonderbefehl. Bis zu diesem Zeitpunkt ist es den Sturmf. und höheren SAF belassen, darüber in bisheriger Form zu verfügen."

6 Hitler trat als erstes Mitglied dem NSAK bei. Vgl. Oppermann, Unter den Sturmstandern des NSKK, S. 12. Erst am 22.8.1930 wurde im VB ein Aufruf veröffentlicht, der über die Gründung des NSAK informierte und zum Beitritt warb.

1 Reichsausschuß für das Volksbegehren gegen den Young-Plan, vgl. Dok. 5, Anm. 6.

2 Mit Schreiben vom 17.3.1930 hatte sich Hugenberg an Hitler gewandt und angesichts der zunehmenden Differenzen im Reichsausschuß eine persönliche Aussprache vorgeschlagen. In diesem Schreiben heißt es u. a.: "Zu meinem Bedauern haben sich in letzter Zeit zwischen den Nationalsozialisten einerseits, dem Stahlhelm und den Deutschnationalen andrerseits, Auseinandersetzungen entwickelt, die dem gemeinsamen, nationalpolitischen Kampf in jeder Weise abträglich sind. Insbesondere hat, aus Anlaß der Stimmenthaltung der Deutschnationalen bei einer Anzahl miteinander verkoppelter Anträge auf Aufhebung der Immunität von Reichstagsabgeordneten (Dr. Feder, Berndt), die nationalsozialistische Partei in einer Schärfe gegen die Deutschnationalen Stellung genommen, die in den Reihen meiner Partei die stärkste Erbitterung hervorgerufen hat." BA, NL Schmidt-Hannover, Nr. 30.
Am 31.3.1930 kam schließlich eine Aussprache zwischen Hugenberg und Hitler zustande. Doch scheint diese ebenso ergebnislos verlaufen zu sein wie die längere Unterredung, die MdR Otto Schmidt-Hannover (DNVP) am 3.4.1930 mit Hitler führte. Vgl. Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928-1933. Hrsg. v. Hermann Weiß und Paul Hoser, München 1989, S. 106 sowie Schreiben des stellvertretenden Bundeskanzlers des Stahlhelm, Major a. D. Siegfried Wagner, an den 1. Bundesvorsitzenden des Stahlhelm, Hauptmann a. D. Franz Seldte, vom 4.4.1930; BA Potsdam, R 72, 61 Sta 1.

3 Im Juli 1929. Vgl. Bd. III/2, Dok. 50, 51.

4 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

terhin in dem Reichsausschuß verblieb, konnte dies nur Sinn und Zweck haben für den Fall einer weiteren Fortführung dieses Kampfes gegen die am Young-Plan schuldigen Parteien [5].

Da die Deutschnationale Volkspartei nunmehr diesen Parteien das Vertrauen ausgedrückt hat [6], ist die weitere Zugehörigkeit der N.S.D.A.P. zum Reichsausschuß sinnlos geworden.

Ich beehre mich daher, dem Präsidium hiermit den Austritt der N.S.D.A.P. aus dem Reichsausschuß bekanntzugeben [7].

gez. *Adolf Hitler*
1. Vorsitzender der N.S.D.A.P.

5. April 1930 Dok. 32
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 5.4.1930.

Es ist nicht immer einfach, geschichtliche Vorgänge auf ihre Ursachen hin zu untersuchen. Auf was man zunächst stößt, sind meistens nur die äußeren Anlässe. So genügt bekanntlich ein einziger Vorgang, um Staaten in den Kriegszustand zu versetzen. Allein es ist sicher, daß derlei Anlässe sich laufend zu Tausenden ergeben würden und doch nicht zum Kriege führen, weil die inneren Ursachen nicht vorhanden sind. Im gereizten Zustand genügt bekanntlich ein Wort, um einen Menschen zum Losschlagen zu bringen. Unter normalen Verhältnissen würde man und wird man über das gleiche Wort spielend leicht hinwegkommen. Im allgemeinen beschäftigt sich auch heute noch unser Geschichtsunterricht, ja unsere Geschichtsforschung

5 Vgl. Dok. 26, Anm. 3 und 8, sowie Dok. 32, Anm. 10 und 14.

6 Am 3.4.1930 hatte der Reichstag den Mißtrauensantrag von SPD, KPD und NSDAP gegen die neue Reichsregierung mit 253 zu 187 Stimmen abgelehnt. Die DNVP, die zumindest anfangs mit Martin Schiele im Kabinett Brüning vertreten war, hatte nach anfänglichem Zögern diesen Mißtrauensantrag ebenfalls abgelehnt. Vgl. Verhandlungen des Reichstags, IV. Wahlperiode 1928, Bd. 427, S. 4774 ff.

7 Hugenberg antwortete Hitler mit Schreiben vom 5.4.1930; BA, NL Schmidt-Hannover, Nr. 30. Druck: Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932, S. 114 ff.
Angeblich verständigte sich Hitler mit Hugenberg darauf, den Austritt der NSDAP aus dem Reichsausschuß erst nach 14 Tagen bekanntzugeben. Der von Gregor Straßer herausgegebene "Sächsische Beobachter" brachte jedoch zur Verärgerung Hitlers bereits am 5.4.1930 eine groß aufgemachte Meldung. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 523 f. sowie Sächsischer Beobachter vom 5.4.1930, "Reichsausschuß gesprengt". Dort heißt es u. a.: "Als sofortige Antwort auf das charakterlose, im höchsten Grade verräterische Verhalten der Deutschnationalen Volkspartei hat der persönlich in Berlin anwesende Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, *Adolf Hitler*, noch am gleichen Tage den sofortigen Austritt der Nationalsozialisten aus dem Reichsausschuß vollzogen. Der Reichsausschuß hat damit zu bestehen aufgehört. Wir begrüßen die durch den Schritt unseres Führers geschaffene *Klarstellung* aus vollem Herzen. Schon bei verschiedenen Anlässen erschien uns diese, aus einem einmaligen politischen Teilziel geborene - und gebotene - Zusammenarbeit angesichts der geradezu historisch gewordenen Unzuverlässigkeit der Deutschnationalen Volkspartei als eine kaum tragbare Belastung für unsere Partei."

mehr mit den Kriegsanlässen als mit den Kriegsursachen [1]. Der Gegenwart ist dies nicht selten auch deshalb lieber, weil die Kriegsanlässe sich leichter in die eigene politische Wunschlinie einreihen lassen als die Kriegsursachen. Kriegsanlässe geben von Fall zu Fall auch ein besseres Propagandamittel, bergen in sich bessere Propagandamöglichkeiten. Kriegsursachen sind propagandistisch wesentlich schwieriger auszuwerten. Mancher, der die Kriegsanlässe bekämpft oder zum Kampf verwendet, würde durch die Kriegsursachen glatt widerlegt. Am meisten gilt dies ja bekanntlich für den Weltkrieg. Der Kriegsanlaß gab unseren Destruktionsparteien bekanntlich scheinbar [*sic!*] die moralische Motivierung für die Revolution [2]. Die Kriegsursachen aber sind die glänzendste Rechtfertigung des Friedens-Deutschlands [3]. Ihre einzige Belastung ergibt sich vielleicht infolge der zu geringen Berücksichtigung dieser zwangsläufig zur Auseinandersetzung führenden Gründe. Die schwerste Schuld des alten Reiches war die zu geringe Rüstung für den notwendigerweise kommenden Kampf [4].

Nicht nur für die großen Völkerauseinandersetzungen gilt das, sondern auch für die politischen Kämpfe innerhalb der Nationen. Theoretisch oder besser äußerlich hat der Faschismus durch den Marsch auf Rom [5] das alte Italien gestürzt. Tatsächlich ist dieser Zusammenbruch des alten und das Emporsteigen des neuen Italiens ein sich in tausend Einzelvorgängen und Einzelaktionen ausdrückender Prozeß. Ein langjähriger Entwicklungsprozeß, der an einem Tag und durch einen bestimmten Akt allerdings zum endgültigen Umkippen gelangt. Eine jahrelange intensive Arbeit hatte in wenigen Wochen die notwendige Reife erhalten und wurde eines Tages geerntet. Es wird in Deutschland nicht anders kommen. Ein ungeheures Schuldkonto, das sich aus Tausenden von Verfehlungen zusammensetzt auf der einen Seite, und eine enorme Arbeit, die wieder in Tausenden von einzelnen Vorgängen besteht, als Gutkonto auf der anderen, wird eines Tages auf die historische Waage gelegt werden. Es dauert lange, bis das Gute sich so anhäuft, um endlich das Bestehende an Gewicht zu übertreffen. Ist dies aber einmal der Fall, dann sinkt die Schale in wenigen Tagen. Eine jahrelange Arbeit findet oft in Stunden ihre Belohnung.

Das Kabinett Müller [6] ist nun doch zurückgetreten [7]. Seit Monaten wurde davon geredet, monatelang darauf gewartet, und monatelang blieb der parlamentarische Wechselbalg trotz al-

---

1 Vgl. Ernst Schraepler, Die Forschung über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Wandel des Geschichtsbildes 1919-1969. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 23 (1972), S. 321-338.

2 Anspielung auf die SPD, die bürgerlichen Parteien und die im November 1918 beginnenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

3 Gemeint ist das Deutsche Reich vor 1914. Die Verwendung des Wortes "Frieden" für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg war auch elf Jahre nach seinem Ende im damaligen deutschen Sprachgebrauch weit verbreitet.

4 Vgl. Dok. 29, Anm. 6.

5 Am 27./28.10.1922.

6 Hermann Müller (1876-1931), Handlungsgehilfe, 1893 Beitritt zur SPD, 1899-1906 Redakteur der "Volkszeitung" in Görlitz, 1903-1906 Stadtverordneter in Görlitz, 1916-1918 und 1919-1931 MdR, 1918 Mitglied des Vollzugsrats der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, 1918/19 stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der deutschen Republik, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, Juni 1919 bis März 1920 Reichsminister des Auswärtigen (unterzeichnete zusammen mit Reichsverkehrsminister Johannes Bell am 28.6.1919 den Versailler Friedensvertrag), März bis Juni 1920 und Juni 1928 bis März 1930 Reichskanzler, 1920-1928 Vorsitzender der Reichstagsfraktion der SPD.

7 Am 27.3.1930 hatte Reichskanzler Hermann Müller dem Reichspräsidenten den Rücktritt seiner Regierung erklärt, nachdem sich das Kabinett außerstande sah, sich auf eine Beitragshöhe zur Arbeitslosenversicherung zu einigen. Vgl. Schulz, Deutschland am Vorabend, S. 451 ff.

len Prophezeiungen am Leben. Allerdings an welchem Leben! Und doch hat sich in der Zeit eine solche Masse an Stoff angehäuft, daß jeder nicht mit Blindheit Geschlagene das Vergängliche dieser Regierung erkennen mußte. Das Kabinett Müller hat seinen ersten Stoß durch den Tod Stresemanns [8] erhalten. Das war der Mann, der das Wesen der neueren deutschen Außenpolitik bestimmte, weil er es in sich selbst verkörperte. Jeder verteidigt erfahrungsgemäß nur das am besten, was er selber ist. Stresemann verfügte über eine gewisse dialektische Gewandtheit. Er war der einzige aus dem bürgerlichen Lager, der mit Scheingründen so zu operieren und jonglieren verstand, daß sie wenigstens von einem gewissen Teil der Nation als ernst und wahr angesehen wurden. Im Moment, in dem dieser geschickte Hypnotiseur von der Bühne abtrat, hörte auch der Schein auf, Wirklichkeit zu sein. Millionen Menschen rieben sich nun auf einmal die Augen und begannen den Dunst als Dunst von der Wirklichkeit zu unterscheiden. Seit Stresemanns Tod wurde das Haager Abkommen [9] nur mehr hölzern verteidigt. Einzig und allein die Sozialdemokratie focht mit Heroismus für die 58jährige Versklavung des deutschen Arbeitsmenschen [10]. Die bürgerlichen Parteien wurden, je näher der Tag der Entscheidung rückte, um so unsicherer und zaghafter. Das Zentrum begann plötzlich zu würgen und zu würgen und konnte nur durch ein geschickt in Szene gesetztes Eingreifen des Reichspräsidenten [11] bewogen werden, seine Unterschrift unter den Satanspakt zu setzen [12]. Die Bayerische Volkspartei, die noch wenige Monate vorher - zu Stresemanns Lebzeiten - Feuer und Flamme für den Young-Plan war, konnte trotz aller "tiefen Verehrung der Greisengestalt unseres maßvoll überlegenen weisen Vaters des Vaterlandes" nicht mehr bewogen werden, das Ja und Amen auszusprechen [13]. Man hielt sich vorsorglicherweise zurück, vermied allerdings auch ein männliches Nein. Nur die Deutsche Volkspartei wandelte in den Fußstapfen ihres Herrn und Meisters weiter [14].

Allein alle diese Parteien waren matt geworden. Und als endlich die Unterschrift hingekleckst war, überfiel sie, wie aus zahlreichen Pressestimmen zu ersehen ist [15], jene Gefühlsregung, die der Verbrecher nach vollzogenem Mord empfinden soll. Den bürgerlichen Parteien graut nun auf einmal vor der Sozialdemokratie, und der Sozialdemokratie graut vor der Verantwortung. Man hat dem Volk so viel vorgeschwindelt von den finanziellen Erleichterungen des Young-Plans, daß die enormen finanziellen Neuforderungen der nächsten Monate selbst der Sozialdemokratie ein bängliches Gefühl emporsteigen lassen. So kam es zum Rücktritt des Kabinetts Müller. Die bürgerlichen Parteien der bisherigen Regierung möchten ihre Kainstat

8 Stresemann war am 3.10.1929 in Berlin an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben.

9 Vgl. Dok. 5, Anm. 5 und Dok. 6, Anm. 2.

10 Die Reichstagsfraktion der SPD hatte am 12.3.1930 geschlossen für die Annahme des Young-Plans gestimmt. Vgl. Verhandlungen des Reichstags, IV. Wahlperiode 1928, Bd. 427, S. 4402 ff.

11 Vgl. Dok. 14, Anm. 8 sowie Dok. 28, Anm. 14.

12 Vgl. Dok. 26, Anm. 8.

13 Vgl. Dok. 26, Anm. 8.

14 In der Reichstagssitzung vom 12.3.1930 stimmte die DVP überwiegend für die Annahme des Young-Plans. Ein kleiner Teil der Partei lehnte allerdings die deutsch-polnische Übereinkunft vom 31.10.1929 als Bestandteil des Young-Plans ab, derzufolge auf alle bilateralen finanziellen und materiellen Ansprüche außerhalb des im Young-Plan festgelegten Zahlungsmodus verzichtet werden sollte. Vgl. Verhandlungen des Reichstags, IV. Wahlperiode 1928, Bd. 427, S. 4402 ff., Bd. 439 Anlagen, Nr. 1621, Bd. 440 Anlagen, Nr. 1690.

15 Vgl. Holz, Diskussion um den Dawes- und Young-Plan, Bd. I, S. 463 ff.

etwas abschwächen, indem sie der Opposition durch Einladung zur Teilnahme an den Regierungsgeschäften in der Zukunft beizeiten den Mund verstopfen. Denn vor der Unterzeichnung des Young-Plans waren ja die Deutschnationalen und besonders die Nationalsozialisten natürlich nicht "staatserhaltende", sondern "staatsbelastende", politisch minderwertige Elemente [16]. Jetzt nach der Unterzeichnung entdeckt man wenigstens bei den Deutschnationalen immerhin wieder so viele gute Seiten, daß man nicht nur glaubt, sich mit ihnen zusammensetzen zu können [17], sondern daß man sogar sehr stark darauf hofft [18]. Es ist ebenso unverschämt wie komisch, die Art zu verfolgen, in der man der deutschnationalen Obstruktionspartei bürgerlicher Mäßigung nun das Fell streicht und bald gut, ja herzlich, und bald wieder leise drohend zuredet. Zwei Möglichkeiten gibt es jetzt: Findet sich ein bürgerliches Kabinett, das für den Judaslohn etlicher Ministerstühle die neuen Steuern durchpeitscht, dann um so besser für die Sozialdemokratie. Hat das Bürgertum erst einmal aus eigenem der Nation die Steuerschraube zugedreht [*sic!*], wird die Sozialdemokratie jederzeit bereit sein, wieder in die Regierung einzutreten. Daß es dazu kommt, werden die demokratisch-zentrümlerischen Freunde bei gegebener Zeit schon besorgen. Der deutschnationale Michel fliegt dann ebenso hinaus, wie ihm das schon in klassischer Weise früher einst passierte [19]. Kommt es aber zu einer bürgerlichen Koalition nicht, dann hofft man mit Hilfe des Artikels 48 [20] zu arbeiten. Immer aber wird im Hintergrund die Sozialdemokratie auf die Stunde lauern, in der sie unbeschwert von jeder Verantwortung ihre infame Hetzarbeit wieder aufnehmen kann. Denn darüber täusche sich niemand: So sicher die Sozialdemokratie am Young-Plan schuld ist, so sicher würde es ihr gelingen, die Verantwortung für die Folgen von sich abzuwälzen und am Ende sogar die zu bela-

16 Vgl. Dok. 6, Anm. 15 und Dok. 26, Anm. 2 und 3.

17 Vgl. Dok. 28, Anm. 6.

18 Vgl. Heinrich Brüning, Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970, S. 169: "Noch hatte ich die Hoffnung nicht aufgegeben, mit der gesamten DNVP später zusammenarbeiten zu können."

19 Die DNVP war in zwei Reichsregierungen vertreten gewesen. Am 25.10.1925 hatten der Reichsminister des Innern Schiele, Finanzminister Otto von Schlieben und Wirtschaftsminister Albert Neuhaus das am 15.1.1925 gebildete (erste) Kabinett Luther verlassen, da die Reichstagsfraktion der DNVP den Vertrag von Locarno ganz oder teilweise ablehnte. Am 15.2.1928 war das am 29.1.1927 gebildete (vierte) Kabinett Marx zerbrochen, allerdings erst am 12.6.1928 zurückgetreten, dem von seiten der DNVP als Vizekanzler und Justizminister Oskar Hergt, als Reichsminister des Innern Walter von Keudell, als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Schiele sowie als Verkehrsminister Wilhelm Koch angehörten. Anlaß bildeten die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten über das Reichsschulgesetz zwischen DNVP, Zentrum und BVP auf der einen sowie DVP auf der anderen Seite. Vgl. Michael Stürmer, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924-1928, Düsseldorf 1967, S. 107 ff., 225 ff.

20 Artikel 48 der Reichsverfassung legte u. a. fest: "Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfasung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten. Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen. Von allen gemäß Abs. 1 oder Abs. 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstags außer Kraft zu setzen." Druck: RGBl. 1919, S. 1392. Vgl. ferner Gerhard Schulz, Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930-1933 (Bd. III: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik), Berlin 1992, S. 14 ff.

sten, die gegen den Young-Plan waren, wenn es - keine Nationalsozialisten gäbe. Das ist das einzig Unangenehme, daß in Deutschland unterdes eine Partei entstanden ist, die nicht wie das Bürgertum, unfähig und alt, einfach zum Kuschen oder Mittun gezwungen werden kann, sondern die sich ihr Ziel durch eigene Kraft erkämpfen wird. Was in Deutschland nie der Fall war, ist heute da: Während früher das Bürgertum vor jeder Reichstagsauflösung zitterte, angesichts der todsicher stattfindenden Zunahme der Sozialdemokratie [21], wartet die nationalsozialistische Partei sehnsüchtigst auf jede Auflösung dieser sogenannten "gesetzgebenden" Korporationen. Sie weiß, daß jede neue Wahl ihr einen neuen Erfolg bringt und bringen muß. Wie sehr unsere Gegner vor dieser ununterbrochenen Entwicklung zurückschrecken, zeigt der Versuch, der nationalsozialistischen Bewegung putschistische Absichten zu unterschieben. Wenn Herr Groener und Herr Severing herzinniglich beisammensitzen [22], dann wissen die beiden ganz genau, daß die nationalsozialistische Bewegung das schon deshalb nicht beabsichtigt, weil sie es gar nicht notwendig hat. Herr Groener weiß das, aber weil er weiß, daß ihm im nächsten Reichstag nicht mehr zwölf [23], sondern wesentlich mehr Nationalsozialisten entgegentreten werden, deshalb versucht er mit den, für ein polizeiliches Gehirn Metternichscher Zeit gegebenen Mitteln den Kampf gegen eine Weltanschauung aufzunehmen. Es ist bemerkenswert, daß Menschen, die selbst in ihrem Kopf nie eine Idee gehabt haben, auch keine Ahnung des Wesens von Ideen besitzen. Sie haben keine Ahnung, daß Ideen härter sein können als Stahl und Granit und daß, wenn eine Idee mit einem polizeilichen Kopf zusammenprallt, nach weltgeschichtlicher Erfahrung immer der polizeiliche Korpus dabei in Trümmer gegangen ist. Auch goldene Uhren pflegen nicht jenes hitzige Feuer anzufachen, das Ideen schmelzen könnte [24]. Wenn glühende nationalistische Vaterlands- und Volksliebe auf der einen Seite steht, dann kann man schon ein paar Uhren auf der anderen Seite in die Waagschale legen. Verlassen Sie sich darauf, Herr Groener, unser Glaube hält länger, als Ihre Westenzeitmesser gehen werden, von denen noch nicht einmal sicher ist, ob sie wenigstens aus echtem Gold oder auch nur aus Talmi bestehen!

21 Die SPD hatte von 1887-1912 einen nahezu kontinuierlichen Wählerzufluß. Bei der Reichstagswahl 1887 erhielt sie 10,1 % der Wählerstimmen, bis 1912 erweiterte sie ihren entsprechenden Anteil auf 34,7 %. Obwohl durch Wahlkreisgeographie, Wahlbündnisse und Mehrheitswahlrecht benachteiligt, stieg der Anteil sozialdemokratischer Mandate im Reichstag von 2,8 % im Jahr 1887 auf 27,7 % im Jahr 1912. Vgl. Dieter Fricke, Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917, Bd. 2, Berlin (Ost) 1987, S. 704 ff.

22 Anspielung auf die Maßnahmen, mit denen Reichswehrminister Groener und der ehemalige Reichsminister des Innern Severing die NSDAP einzudämmen versuchten; vgl. Anm. 24 sowie Dok. 29, Anm. 13.

23 Walter Buch, Wilhelm Dreher, Franz Ritter von Epp, Gottfried Feder, Wilhelm Frick, Joseph Goebbels, Hermann Göring, Ernst Graf zu Reventlow, Franz Stöhr, Gregor Straßer, Josef Wagner, Werner Willikens.

24 Anspielung auf die am 25.2.1930 von Groener erlassene Verordnung zur "Anerkennung und Belohnung von Soldaten durch den Reichswehrminister für erfolgreiche Abwehr radikaler Zersetzungsangriffe gegen die Wehrmacht", den sog. "Uhrenerlaß", der jedem Soldaten für die Abwehr derartiger "Zersetzungsangriffe" u. a. eine goldene Uhr versprach. Vgl. Hürter, Groener, S. 230 f. Druck: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Bd. VII: Die Weimarer Republik. Vom Kellogg-Pakt zur Weltwirtschaftskrise 1928-30. Die innerpolitische Entwicklung, Berlin [*1962*], S. 522.

9. April 1930 Dok. 33
"Prinzip und Taktik. Zur Krise der Deutschnationalen Volkspartei" Artikel

VB vom 9.4.1930 [1].

Bismarck bezeichnete einst den bürgerlichen Liberalismus als Schrittmacher der Sozialdemokratie [2]. Heute wissen wir, daß der bürgerliche Liberalismus nicht nur der Schrittmacher des ringenden Marxismus, sondern auch Stütze und Verteidiger des siegreichen Marxismus ist. Wo immer der Marxismus Erfolge errungen hat, wird er durch das liberale Bürgertum gedeckt und vor grundsätzlichen Abrechnungen behütet. Der Kampf des Faschismus in Italien gegen den italienischen Kommunismus war zugleich ein sehr heftiger Kampf gegen die bürgerlichen Patronatsparteien [3]. In Deutschland hält das liberale Bürgertum seinen schwachen Schild sofort über den Marxismus sowie eine beabsichtigte vernichtende Auseinandersetzung mit ihm von irgendeiner Seite her zu befürchten ist. Tatsache ist, daß in derselben Periode, in der das Bürgertum als politischer Faktor in Erscheinung trat, der innere Zerfall der Nation seinen Anfang nahm und endlich ja auch einen gewissen Abschluß fand. Man muß den bürgerlichen Politikern immer wieder in aller Schärfe die unbestreitbare Tatsache vor Augen halten, *daß ihre Parteien nicht nur den Spaltungsprozeß der Nation nicht zu verhindern wußten, sondern daß er überhaupt erst unter ihrem Regiment die gefahrvollen Dimensionen annahm,* die unser Volk heute so sehr bedrücken und entkräften. Gewiß hat das Zeitalter der bürgerlichen Regierungen auch seine Vorzüge aufzuweisen. Allein der großen kulturellen und materiellen Gütervermehrung steht eine außerordentliche innere Verarmung der Menschen gegenüber. *Der scheinbaren Zunahme der äußeren Macht der Staaten widerspricht die innere Schwächung der Völker.* Was man im ersten Augenblick vielleicht für Kultur hält, ist bei näherem Hinsehen in vielen Fällen kranke Wucherung. Wenn das Bürgertum früher oft von seinen politischen "Hochzielen" [*sic!*] redete, so sind diese heute zumindest nicht mehr zu erkennen. Ein großer Teil unserer bürgerlichen Parteien paktiert ganz offen und unverschämt mit dem Marxismus [4] genauso wie das Zentrum [5]. Irgendeine prinzipielle Auffassung oder Einstellung dagegen ist

1 Gekürzte Wiedergabe: Nassauer Beobachter Nr. 16 (1930), "Heute schreibt: Adolf Hitler über 'Wir und die Deutschnationalen'".

2 Vgl. Dok. 3, Anm. 3.

3 Nach der Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Giacomo Matteotti am 10.6.1924 hatte der italienische Ministerpräsident Benito Mussolini am 3.1.1925 in einer grundsätzlichen Ansprache erklärt, daß er die persönliche Verantwortung für sämtliche Gewaltakte der faschistischen Bewegung übernehme. Diese Rede markiert den Beginn der Alleinherrschaft der Partito Nazionale Fascista in Italien, die sich sofort in der Unterdrückung der oppositionellen Presse zu manifestieren begann. Als erste Partei wurde die Partito Socialista Unitario im Oktober 1925 verboten, nach einem Attentat auf Mussolini am 31.10.1926 folgten am 5.11.1926 Verbot und Ausschaltung aller übrigen oppositionellen Organisationen in Italien sowie Einführung der Pressezensur und Errichtung einer politischen Polizei. Vgl. Adrian Lyttelton, The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919-1929, London 1973, S. 257 ff.

4 Vgl. Dok. 23, Anm. 2.

5 Vgl. Dok. 3, Anm. 5.

nicht mehr vorhanden. Die Erkenntnis, daß der Marxismus in seinen letzten Konsequenzen zum Volks- und Kulturtod führen muß, verwischt sich zusehends und ist auf alle Fälle schon heute nicht mehr lebendig genug, um den Willen zur absoluten Vernichtung und Ausrottung dieses Menschheitslasters zu festigen.

Damit haben die bürgerlichen Parteien jeden inneren Sinn und Zweck verloren. Ja, sie sind für die Nation von außerordentlichem Schaden, denn sie fesseln in ihren Reihen ein Menschenmaterial, das immerhin bis zu einem gewissen Prozentsatz als qualitativ hochwertig und brauchbar angesehen werden kann. Sie entziehen damit einer wirklichen Kampfbewegung die notwendigen und zunächst natürlichsten Hilfskräfte. Weiter aber vermindern sie durch ihr Paktieren mit dem Marxismus in den Augen vieler Menschen die Gefahr dieses Giftes, machen es gewissermaßen salonfähig und beschränken damit die Entschlußkraft der anderen zum Kampfe dagegen. Die bürgerlichen Parteien haben die Entwicklung des Marxismus nicht zu hindern vermocht, sie sind seinem Siege erlegen und sie können ihn, das müßte zumindest heute schon jedem Menschen klar sein, nicht mehr stürzen. Sie können dies aber auch weiter deshalb nicht, *weil sie es gar nicht ernstlich wollen,* sondern weil ihr höchstes Ziel immer nur die Erhaltung des Bestehenden sein wird, kühnstenfalls die Wiederherstellung des Vergangenen. Das sind aber unfruchtbare Ziele, für die man keinen tatkräftigen Menschen begeistern kann. Endlich liegt die Führung der bürgerlichen Parteien zum überwiegendsten Teil in den Händen derselben Juden, die den Marxismus als Ramme gegen den bürgerlichen Staat verwenden.

Der Kampf der bürgerlichen Parteien ist seit der Einführung des konstitutionellen Regiments nur mehr ein Kampf der bürgerlichen Fraktionen. Je mehr dem politischen Bürgertum große weltanschauliche Ziele abhanden gekommen sind, um so mehr beschränkte es sich in seinem Ringen auf parlamentarische Auseinandersetzungen. Prinzipien verficht man zuerst innerhalb eines Volkes. Man kann sie auch nur in zweiter Linie in den Parlamenten vertreten. Allein die Fraktionen sind dann immer nur Instrumente im Kampf. *Der Kampf im Parlament ist nur ein Teil des großen Kampfes in der Nation.* Wer aber nicht mehr für Prinzipien ficht, der wird das Schwergewicht seines Ringens zwangsläufig in die Parlamente selbst verlegen. Aus dem Mittel wird dann der Zweck. *Statt daß die Weltanschauung die Partei dirigiert und die Partei der Fraktion befiehlt, kommandiert die Fraktion die politische Bewegung.* An Stelle der Parteileitung tritt dann die Fraktionsleitung, und an Stelle des Kampfes um Prinzipien tritt die parlamentarische Taktik und der parlamentarische Erfolg. Die bürgerlichen Parteien dürften schon längst nicht mehr bürgerliche Parteien, sondern müßten bürgerliche Fraktionen heißen. *Seit der Revolution wenigstens kann man sagen, daß der marxistischen Volks-, ja Weltbewegung von bürgerlicher Seite zumindest nur mehr bürgerliche Fraktionen gegenüberstehen.* Alle taktische Geschicklichkeit im parlamentarischen Betriebe wird aber nicht die endgültige Vernichtung dieser Erscheinungen verhindern können.

Je mehr große Weltanschauungs-Gesichtspunkte im politischen Leben ausscheiden und je mehr sich dieses Leben als Kampfplatz den Fechtboden der parlamentarischen Demokratie aussucht und sich damit auf die Parlamente beschränkt, um so mehr werden an Stelle großer gesetzmäßiger Erkenntnisse und Forderungen einzelwirtschaftliche Rücksichten treten. Im Zeitalter des Abbaues der politischen Ideale findet parallel ein Aufbau der wirtschaftlichen Zweckorganisationen statt. Je mehr ihr Einfluß auf das politische Leben steigt, um so mehr

sinkt die Lebensaussicht einer Nation. Standes- und Berufsinteressen sind im politischen Leben der Völker stets die schlimmsten Ratgeber gewesen. Die Sicherheit, die Existenz in der Gegenwart und in der Zukunft, wird den Menschen ausschließlich garantiert durch die großen staatspolitischen Tugenden, unter deren Schutz und Schirm allein der Friede das tägliche Brot zu sichern vermag. Der Lebenseinsatz als höchste Bereitwilligkeit der Lebenserhaltung ist stets die primäre Voraussetzung für die Sicherung der Lebensmittelbeschaffung. *Erst die Freiheit und dann das Brot* [6]. Das Vordrängen wirtschaftlich gebundener Einflüsse in das politische Leben ist besonders in Deutschland von verhängnisvollen Folgen begleitet.

Die Sozialdemokratie als einst mächtigste marxistische Partei überhaupt war in Deutschland am meisten mit der gewerkschaftlichen wirtschaftlichen [*sic!*] Organisation verkoppelt [7]. *Der enorme Gewerkschaftseinfluß auf die Sozialdemokratie machte sie im Jahre 1918 unfähig, ihre politisch-sozialistisch-revolutionären Ideen marxistischer Weltauffassung restlos durchzusetzen* [8]. Man kann das vielleicht als ein Glück für die deutsche Nation bezeichnen, vielleicht war es aber doch ein Unglück. Denn wäre in Deutschland nicht der unpolitische, scheinbar wirtschaftlich mäßigende Einfluß der Gewerkschaften auf die Sozialdemokratie gewesen, so hätte sich auch die Revolution nicht in ihrer vertarnten Form abgespielt, sondern in ihrer offenen, wahren. Eine Revolte bolschewistischer Exzesse Moskauer [9] und Budapester Art [10] wäre leichter zu zermalmen gewesen als die gemäßigte Richtung gewerkschaftlich verfilzter Parteibonzen. Jedenfalls wurde aber die Sozialdemokratie durch ihren gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen Einfluß um das politische Ziel betrogen, für das sie erst jahrzehntelang zu kämpfen vorgab.

Dasselbe gilt vom Zentrum. Das Aufsteigen des gewerkschaftlichen Einflusses der sogenannten christlichen Arbeiterbewegung im Zentrum führte zu einer glatten Verleugnung der weltanschaulichen, wenigstens früher geradezu als verpflichtend angesehenen Bindungen dieser Partei [11]. Das Zentrum näherte sich in eben dem Maße der Sozialdemokratie, in dem durch die beiderseits analoge Gewerkschaftsbildung langsam eine Brücke geschlagen wurde.

---

6 Vgl. Dok. 20, Anm. 31.

7 Ungeachtet enger und vielfältiger Verbindungen zwischen SPD und Gewerkschaften vor dem Ersten Weltkrieg bestanden in wesentlichen Fragen unterschiedliche Positionen, etwa in der Frage der Arbeitskämpfe, insbesondere des Massenstreiks, die auf den Parteitagen von Halle 1890 und Jena 1905 zutage traten. Da die Tätigkeit der Gewerkschaften reformistisch und ungleich praxisorientierter ausgerichtet war als die der SPD, wurde die Gründung einer gewerkschaftlichen Spitzenorganisation, der "Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" im November 1890 bei Teilen der SPD als Konkurrenz ihrer führenden Stellung innerhalb der Arbeiterbewegung bewertet. Vgl. Hedwig Wachenheim, Die deutsche Arbeiterbewegung 1844 bis 1914, Opladen 1967, S. 277 ff.

8 Zur Rolle der SPD beim Übergang vom deutschen Kaiserreich zur Weimarer Republik vgl. Miller, Bürde der Macht.

9 Anspielung auf den Aufstand der Bolschewisten in Moskau, mit dem sie seit dem 8.11.1917 ihre Machtübernahme in Rußland einleiteten.

10 Die Sozialistische Partei Ungarns hatte am 21.3.1919 in Budapest die Räterepublik ausgerufen; die Regierende Revolutionsregierung unter Béla Kun mußte jedoch bereits am 1.8.1919 wieder zurücktreten.

11 Trotz seiner heterogenen Interessenlage blieb die Geschichte des Zentrums eng mit der der christlich-sozialen Bewegung verknüpft. Im Programm der am 21.3.1871 wiedergegründeten Zentrumsfraktion im Reichstag hieß es u. a.: "Das moralische und materielle Wohl aller Volksmassen ist nach Kräften zu fördern." Zu Entwicklung, Struktur und Profil der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der Weimarer Republik vgl. Michael Schneider, Die Christlichen Gewerkschaften 1894-1933, Bonn 1982, S. 442 ff.

Die Deutsche Volkspartei erliegt dem wirtschaftlichen Einfluß gewerkschaftlicher Organisationen, dieses Mal nicht der Arbeitnehmer sondern der Arbeitgeber [12]. Auch dort kann man aber sehen, wie dieser, in Stinnes [13] vielleicht am schärfsten verkörperte, wirtschaftliche Einfluß in Stresemann endlich seinen politischen Niederschlag findet. *Die Deutsche Volkspartei ist die erste große bürgerliche Partei flacher nationaler Einstellung, die der Wirtschaft und ihren Interessen zuliebe sich von allen früheren politischen Zielen und Idealen lossagt, um in einer Realpolitik zu enden, die mit dem Blick auf heute die Zukunft der ganzen Nation gedankenlos opfert.* In dem Bestreben, die Politik ausschließlich wirtschaftlichen Gesichtspunkten unterzuordnen, endete man endlich bei der zwangsläufigen Vernichtung der Wirtschaft selbst.

Auch die Deutschnationale Partei [14] wird von gewerkschaftlich wirtschaftlichen Einflüssen langsam zersetzt. Exponenten nationaler Angestelltenverbände [15] sowohl als Vertreter landwirtschaftlicher Gruppen [16] [*sic!*] verhindern jede klare und eindeutige politische Haltung, die auf größere Ziele hin sich zu orientieren versucht. Es ist selbstverständlich, daß eine solche Partei damit jede Operationsfähigkeit verlieren muß und auch tatsächlich verliert. Der Einfluß der sogenannten "Grünen Front" [17] ist in den deutschen Rechtsparteien ein wahrhaft verhängnisvoller. *Er rettet nicht die deutsche Landwirtschaft, sondern verhindert die Bildung und Auswirkung einer kraftvollen nationalen Opposition,* die allein die allgemeinen politischen Vorbedingungen schaffen könnte, zur späteren Rettung auch des deutschen Bauern. Solange es aber möglich ist, mit läppischen Zusicherungen und Versprechungen wirtschaftlicher Natur spekulative Interessen-Vertreter einzelner Stände aus den politischen Parteien entweder herauszusprengen oder die Parteien selbst mürbe zu machen, kann an eine energische und zielsichere Vertretung auch nur allgemeiner nationaler Forderungen gar nicht gedacht werden!

Man kann diese Zustände nun beklagen, man kann auch den grimmigen Entschluß besitzen, sie zu bekämpfen, man wird aber nichtsdestoweniger heute mit ihnen rechnen müssen. Die nationalsozialistische Bewegung hat bisher solche Einflüsse zurückgewiesen und wird in der Zu-

---

12 Vgl. Lothar Döhn, Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim am Glan 1970.

13 Hugo Stinnes (1870-1924), Reeder und Großindustrieller, 1893 Gründer der Kohlenhandlungs- und Reederei-Firma Hugo Stinnes OHG, 1918 Mitbegründer der Zentralarbeitsgemeinschaft, 1920 Wirtschaftssachverständiger auf der Konferenz von Spa, Begründer der Siemens-Rheinelbe-Schuckert Union, 1920-1924 MdR (DVP), Präsidiumsmitglied des Reichsverbands der Deutschen Industrie.

14 Richtig: Deutschnationale Volkspartei.

15 Der 1893 gegründete Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (DHV) war 1929 mit 379.590 Mitgliedern der größte Interessenverband kaufmännischer Angestellter im Deutschen Reich. Der Verband vereinigte die sozialpolitischen Interessenvertretung seiner männlichen, nichtjüdischen Mitglieder mit einer betont nationalen Ideologie und unterhielt ein weitgefächertes System sozialer Selbsthilfeeinrichtungen. Vgl. Hans Speier, Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus. Ein Beitrag zum Verständnis der deutschen Sozialstruktur 1918-1933, Frankfurt a. M. 1989, S. 164 ff.

16 Vgl. Gessner, Agrarverbände in der Weimarer Republik.

17 Zur Durchsetzung höherer Agrarzölle sowie weiterer Unterstützungsmaßnahmen hatten sich die wichtigsten landwirtschaftlichen Interessenverbände im Deutschen Reich - Reichslandbund (Martin Schiele), Vereinigung der deutschen Bauernvereine (Andreas Hermes), Deutsche Bauernschaft (Anton Fehr) und Deutscher Landwirtschaftsrat (Ernst Brandes) - am 20.3.1929 zur sog. Grünen Front, einem lockeren Zweckbündnis zusammengeschlossen, das primär den bäuerlichen Großbetrieben zugutekam. Vgl. Heide Barmeyer, Andreas Hermes und die Organisation der deutschen Landwirtschaft. Christliche Bauernvereine, Reichslandbund, Grüne Front, Reichsnährstand 1928-1933, Stuttgart 1971, S. 80 ff.

kunft mit noch größerer Schärfe darauf achten müssen, daß sich nicht ähnliche Zustände, wenn auch noch so schwach, bemerkbar machen. *Grundsätzlich liegt unser Kampf außerhalb des Parlamentes. Die deutsche Nation wollen wir unserer Idee erobern* [*sic!*]. Dies geschieht nicht durch Reden vor Parlamentariern festgelegter Parteizugehörigkeit und mehr oder minder beschränkten oder verbohrten Verstandes, sondern durch Reden an die deutsche Nation [18]. Gewiß wird auch die parlamentarische Waffe in den Dienst unserer Idee eingesetzt [*sic!*], allein ihre dynamische Kraft und ihre immerwährende Nahrung erhält sie durch die steigende Bewegung im Volke [19]. Das wird auch die beste Garantie sein für die Beibehaltung unseres letzten großen Zieles, um das wir kämpfen. Je unverrückbarer wir aber dieses Ziel - die Eroberung der politischen Macht und den Ausbau eines Reiches auf nationalsozialistischer Ideengrundlage - im Auge behalten, um so mehr können wir in taktischen Dingen und Belangen uns die Freiheit des Handelns vorbehalten.

Taktische Erwägungen haben uns dazu bewogen, den Kampf gegen den Young-Plan mit einer Reihe anderer Verbände gemeinsam zu führen [20]. Es schien besonders mir damals notwendig zu sein, über den Rahmen unserer immerhin heute noch begrenzten Partei hinaus das gesamte deutsche Volk gegen diese erneute ungeheuerliche Versklavungsabsicht zu mobilisieren. Es gelang auch, eine Anzahl von Verbänden bündischer und parlamentarischer Art an diesem Kampfe zu interessieren, und der endgültige Erfolg war sicherlich kein schlechter. Wir glaubten damals, durch diese Taktik dem deutschen Volke mehr nützen zu können, als wenn wir isoliert allein diesen Kampf gegen den Young-Plan geführt hätten.

Die letzte Abstimmung im deutschen Reichstag hat natürlich an den Parteien selbst grundsätzlich gar nichts geändert [21]. Jede Partei ist geblieben, was sie vorher war, nur die taktische Lage hat sich meines Erachtens nunmehr verschoben. Ich bin mir darüber im klaren, daß jede Partei den Umfang und die Größe ihrer Aktionskraft bereits von der Wiege an in sich trägt. Die programmatische Zielsetzung einer Bewegung bedingt deren späteres Wesen. *Eine Partei, die ihren Appell in den Formen bürgerlicher Mäßigung an die Mitte der Nation richtet, wird diese Mitte damit auch als den tragenden Bestandteil ihres Daseins erhalten und demgemäß auch die eigene Richtung vorgeschrieben bekommen. Der fanatische Appell an den Fanatismus* [*sic!*] *führt zur Zusammenballung ähnlich gesinnter Menschen* [*sic!*] *und gibt damit einer solchen Bewegung durch ihre Mitglieder auch einen inneren fanatischen Antrieb. Die Führer, die eine Bewegung gründen, geben ihr ihre eigene Seele.* Diese innere Verfassung einer Bewegung bestimmt allerdings später nicht nur die Operationsfähigkeit derselben, sondern damit auch die Art der Führung.

Es ist daher wichtig, sich von vornherein selbst ein klares Bild von der Zusammensetzung und geistigen Verfassung einer Bewegung zu machen, um danach ihre mögliche Wirksamkeit richtig abschätzen zu können. Die Deutschnationale Partei ist kein in sich homogener Körper [22]. Neben altkonservativen Ansichten herrschen in ihr auch nur rein wirtschaftlich gebun-

18 Anspielung auf die in den Jahren 1806/07 von Johann Gottlieb Fichte (1762-1814) publizierten "Reden an die deutsche Nation".

19 Vgl. Dok. 11, Anm. 22.

20 Vgl. Dok. 5, Anm. 6.

21 Vgl. Dok. 31, Anm. 6.

22 Vgl. Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei. In: Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 543-652, hier S. 544 ff.

dene. Es ist denkbar, daß in gewissen belastenden Augenblicken eine einheitliche Stellungnahme eines solchen Gebildes überhaupt nur nach der schwächeren Seite hin erfolgen kann. *Auch der fähigste und ehrenhafteste Führer wird dies nicht ändern können.* Ich kann mir daher persönlich ohne weiteres vorstellen, daß der derzeitige Leiter der Deutschnationalen Volkspartei [23], dessen grundehrliche deutsche Gesinnung für mich über jeden Zweifel erhaben ist, aus taktischen Gründen heraus glaubte, die Partei durch die im Reichstag getroffene Entscheidung am ehesten zusammenzuhalten und damit der Zukunft retten zu können [24]. Ob diese Auffassung richtig war oder nicht, braucht von mir als Nationalsozialisten nicht untersucht oder gar entschieden [*zu*] werden. Die Antwort wird die Zukunft ergeben. *Daß aber durch die Stellungnahme, die nun tatsächlich erfolgte, sich die taktische Lage, die uns vor einigen Monaten veranlaßte, mit der Deutschnationalen Partei zusammen gegen den Young-Plan zu kämpfen, damit auf das wesentlichste verschoben hat, kann nicht bestritten werden.* Die Deutschnationale Partei hat im Kampf für das Volksbegehren und den Volksentscheid ersichtlich die höchste, überhaupt noch zuträgliche Belastung erfahren. Ich bin mir dessen bewußt, daß auch der Umfang und die Höhe dieses damaligen Einsatzes ausschließlich auf das Konto des Geheimrates Hugenberg zu setzen ist [25]. Mehr kann man auch meiner Überzeugung nach mit dieser Partei heute nicht machen. Hugenberg sieht es nun als seine Aufgabe an, ja als seine Pflicht, die Deutschnationale Partei als Faktor zusammenzuhalten. Ich sehe es als meine Aufgabe an, die nationalsozialistische Bewegung weiter vorwärtszuführen. Die Deutschnationale Partei ist mit der Durchführung des Volksentscheids ersichtlich am Höhepunkt ihrer Aktionsfähigkeit angelangt. *Für die nationalsozialistische Bewegung aber beginnt nun erst recht der Kampf um eiserne Grundsätze und Prinzipien.* Ich war noch niemals so sehr durchdrungen von der Notwendigkeit - ja unbedingten Notwendigkeit - des Sieges unserer Bewegung wie in diesen Tagen. Es gab aber auch für mich kaum ein Ereignis, das schärfer die ausschließliche Erfolgsmöglichkeit unserer Bewegung bekundet hätte als die letzten Wochen. *Wir werden den neuen Staat schaffen, oder es schafft ihn niemand!*

Ich weiß nicht, inwieweit sich im Laufe der kommenden Kämpfe die Notwendigkeit und Möglichkeit gemeinsamer Aktionen wieder ergeben wird. Die Liquidierung des Young-Plans scheint mir keine Voraussetzung hierzu mehr offenzulassen. Denn für uns heißt diese Liquidierung verschärfter Kampf, während andere Verbände zum Teil bereits als aktiv Mittätige auf den Boden der nunmehr geschaffenen Tatsachen getreten sind.

---

23 Alfred Hugenberg.

24 Vgl. Dok. 28, Anm. 6 sowie Dok. 31, Anm. 6.

25 Zum damaligen Verhältnis Hitlers zu Hugenberg vgl. den Brief Walter Buchs an Johannes Bierbach vom 21.4.1930, Druck: Tyrell, Führer befiehl, S. 329 f.
Mit Schreiben vom 11.4.1930 an Hitler äußerte sich Hugenberg folgendermaßen zu dessen Artikel: "Ich habe für die, in Ihrem, von hoher Warte geschriebenen, Artikel 'Prinzip und Taktik' vertretenen Ideen weitgehendes Verständnis; es kann naturgemäß aber nicht als Widerlegung oder Dementi der von Ihrer Presse gebrachten, von den Zeitungen der Mitte und der Linken aufgegriffenen Meldung betreffend den Austritt der N.S.D.A.P. aus dem Reichsausschuß gewertet werden.
Wir stehen somit vor der Notwendigkeit, Beschluß darüber zu fassen, ob und in welcher Form der Reichsausschuß für das Deutsche Volksbegehren bestehen bleiben soll. Ich brauche Ihnen gegenüber nicht zu betonen, daß diese Frage schon mit Rücksicht auf kommende Reichspräsidentenwahlen und auf den im Zeichen des Republik-Schutzgesetzes stehenden Großangriff des herrschenden Systems gegen Nationalismus und Wehrbewegung von weittragender Bedeutung ist." BA, NL Schmidt-Hannover, Nr. 30.

Ich habe persönlich nie zu jenen gehört, die in der Anzahl der abgegebenen Kriegserklärungen die Größe des diplomatischen Erfolges erblicken. Ich halte es immer für zweckmäßiger, mit Verbündeten als gegen Verbündete zu fechten. Auch im innerpolitischen Kampf werde ich jede Hand ergreifen, die sich mir zur Durchführung eines notwendigen Kampfes entgegenstreckt. *Das galt für die Vergangenheit und gilt auch für die Zukunft.* Wenn eine Münchner deutschnationale Zeitung erklärt, daß es für die Zukunft fragwürdig sei, ob die nationalsozialistische Bewegung überhaupt noch als bündnisfähig angesehen werden könne [26], so darf ich darüber wohl lächeln. Die Bündnisfähigkeit eines Staates sowohl als die einer Bewegung wird nicht in einem Redaktionsbüro gewogen, sondern ergibt sich ausschließlich aus der vorhandenen und erkannten Kampfkraft, dem sichtbaren entschlossenen Willen zum Kampf und dem klar gesteckten Ziel des Kampfes. Ich glaube, daß wir, nachdem es an diesen allgemeinen Grundsätzen in der nationalsozialistischen Bewegung kaum fehlt, zu gegebener Zeit auch stets Verbündete finden werden. Unsere Partei ist jahrelang nicht nur isoliert, sondern geradezu totgeschwiegen worden, und sie hat diese Perioden genau so gesund und im stetigen Wachstum überdauert, wie sie umgekehrt aus jeder Verbindung stets ungefälscht hervorgegangen ist und gehen wird. *Unverrückbar ist unsere Überzeugung, daß nur die nationalsozialistische Bewegung dem deutschen Volke die Zukunft erringen wird, unerschütterlich ist unser Glaube an die Berufung und an die Kraft unserer Bewegung, diese Mission zu erfüllen, und unerschütterlich ist aber auch unsere Zuversicht in die Richtigkeit unseres Weges, in die Kraft des Willens unserer gesamten Bewegung zum Kampf und in die Beharrlichkeit, diesen Kampf auf uns zu nehmen bis zum erfolgreichen Ende.*

11. April 1930 Dok. 34
Rede vor dem Nationalen Klub von Sachsen [1]

Bericht über die politische Lage im Freistaat Sachsen Nr. 33040/4/30 vom 30.5.1930; StA Dresden, Min. d. Innern Nr. 11126/4.

Redetext nicht ermittelt [2].

---

26 Vgl. München-Augsburger Abendzeitung vom 5./6.4.1930, "Der Weg Hitlers".

1 Beim Nationalen Klub von Sachsen handelte es sich um eine 1924 gegründete Organisation, welche nach eigenem Verständnis das Ziel verfolgte, "den Zusammenschluß von deutschen Männern zu fördern, die die Stärkung des nationalen Gedankens als erste Grundbedingung für den Wiederaufbau Deutschlands anerkennen". Sein national, konservatives Profil entsprach dem der übrigen Nationalen oder Deutschen Klubs im Deutschen Reich. Vgl. das vom Direktor des Botanischen Instituts und Botanischen Gartens zu Dresden, Prof. Dr. Friedrich Tobler, gezeichnete Rundschreiben Nr. 137 des Nationalen Klubs von Sachsen vom 22.12.1933; IfZ, ED 103. Ferner Mitgliederverzeichnis des "Nationalen Clubs Sachsen" o. D.; IfZ, Fa 600/1.

2 Der entsprechende Auszug aus dem Lagebericht lautet: "Am 11.4.[*1930*] hat Adolf *Hitler* auf eine Einladung hin in Dresden im 'Nationalen Klub von Sachsen' gesprochen. Näheres über seine Ausführungen ist nicht bekannt geworden." Im VB sowie der nationalsozialistischen Lokalpresse wird Hitlers Rede nicht erwähnt. Vgl. jedoch Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 527.

12. April 1930 Dok. 35
Erklärung

VB vom 12.4.1930, "Adolf Hitler gegen eine Lügenmeldung des 'Berliner Tageblatts'" [1].

Das "Berliner Tageblatt" meldete unter dem 9. April unter der Überschrift: "Die Wirkung des Telephonats" [2], daß am Samstagnachmittag [3] zwischen Geheimrat Hugenberg und mir eine telephonische Unterredung stattgefunden habe, bei der Hugenberg um gutes Wetter gebeten haben soll unter gleichzeitigem Hinweis auf die finanziellen Auswirkungen eines Bruches. Die Behauptung ist von Anfang bis zum Ende unwahr. Ich habe nie ein Telephongespräch mit Hugenberg geführt [4]. Hugenberg hat mich nie um gutes Wetter gebeten. Weder die N.S.D.A.P. noch ich haben je von Hugenberg finanzielle Unterstützungen in irgendeiner Form weder direkt noch durch einen Mittelsmann erhalten [5].

---

1 Vgl. auch Münchener Post vom 11.4.1930, "Adolf Hitler erklärt: Das Tischtuch bleibt zerschnitten".

2 Dort heißt es u. a.: "Die maßlosen Angriffe und Beschimpfungen, die die Nationalsozialisten gegen Hugenberg und seine Partei wegen des deutschnationalen Umfalls richteten, haben Herrn Hugenberg sehr unangenehm berührt. Darauf fand am Sonnabend nachmittag eine telephonische Unterredung zwischen Herrn Hugenberg und Herrn Hitler statt, wobei der deutschnationale Parteivorsitzende Aufklärung über seine Motive gab, bei Hitler um gutes Wetter bat und gleichzeitig wohl auch auf die finanziellen Auswirkungen eines möglichen Bruches hinwies." Hitlers Artikel im VB vom 9.4.1930 (Dok. 33) wurde dementsprechend als Annäherung an Hugenberg gewertet. Der Artikel im Berliner Tageblatt schließt: "Hitler und Hugenberg haben sich also wiedergefunden. In den Armen liegen sich beide. Die Rückwirkung auf das Kabinett Brüning ist klar. Ist die Reichsregierung von Hugenberg abhängig, so ist sie es auch von Hitler. Es wird nützlich sein, bei den Entscheidungen der kommenden Tage auch diese Perspektive zu berücksichtigen." Vgl. Berliner Tageblatt vom 9.4.1930 (AA), "Die Wirkung des Telephonats. Hitler stellt Hugenberg ein Ehrenzeugnis aus".

3 7.4.1930.

4 In seinem an Hitler gerichteten Schreiben vom 11.4.1930 (vgl. Dok. 33, Anm. 25) erwähnt Hugenberg die "letzte Unterredung", womit vermutlich jene am 31.3.1930 (vgl. Dok. 31, Anm. 2) oder die Kontakte in der Zeit vom 3.4. bis 5.4.1930 (vgl. Dok. 31 mit Anm. 7) gemeint sind. Weitere Kontakte lassen sich für die Zeit vom 4.4. bis 10.4.1930 nicht nachweisen; sicher ist, daß das Verhältnis zwischen Hitler und Hugenberg damals außerordentlich gespannt war. Vgl. Denis Paul Walker, Alfred Hugenberg and the Deutschnationale Volkspartei 1918 to 1930, Diss. phil., Cambridge (Mass.) 1976, S. 440 f. sowie Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 523 f.
Erst am 14.4.1930 kam es zu einer erneuten Unterredung zwischen Hitler und der Bundesführung des Stahlhelm. Vgl. Schreiben des stellvertretenden Bundeskanzlers des Stahlhelm Wagner an alle Landesführer des Stahlhelm vom 16.4.1930; BayHStA, Abt. IV, Bestand Stahlhelm, Nr. 77.

5 Angesichts der Rivalität zwischen DNVP und NSDAP erscheint die Behauptung der finanziellen Unterstützung der NSDAP durch die DNVP abwegig; dies betrifft auch die Vermittlung von Spenden durch Hugenberg, der damals Mühe hatte, bereits für seine eigene Partei Spenden zu mobilisieren. Auch durch die gemeinsame Beteiligung von NSDAP und DNVP beim Volksbegehren gegen den Young-Plan erschlossen sich für die NSDAP keine neuen Geldquellen, da die meisten Industriellen dieser Kampagne ihre finanzielle Unterstützung verweigerten. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 140 f.

12. April 1930 — Dok. 36
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 12.4.1930.

Jeder innerlich unmögliche Zustand widerlegt sich auf die Dauer durch sich selbst. Auch vom Parlamentarismus gilt dies. Wenn die Erkenntnis der Schädlichkeit und Unfähigkeit des parlamentarischen Systems in Deutschland im Jahre 1918 nur in sehr beschränktem Umfange vorhanden war, dann darf man nicht vergessen, daß vor dem Kriege die parlamentarischen Schäden immerhin noch wesentlich gemildert wurden, der Parlamentarismus sich eine gewisse "Führung", wenn auch mit Widerwillen, gefallen lassen mußte. Solange die Monarchie als Staatsform bestand, gab es, wenn auch in immer schwindenderem Ausmaße, Möglichkeiten der Aufhebung und Wiedergutmachung der parlamentarischen Übel [1]. Einsichtsvolle Köpfe haben aber schon damals unermüdlich darauf hingewiesen, daß am Ende die Monarchie selbst am Parlamentarismus zugrunde gehen würde und daß dann die Nation in kurzer Zeit der Monarchie nachfolgen werde. Nicht als ob damit gesagt sein will, daß die Monarchie als einzige Institution in der Lage gewesen wäre, die deutsche Nation zu retten, ja daß sie die Interessen unseres Volkes auch nur in genügendem Umfange zu wahren vermochte. Nein durchaus nicht. Es lassen sich sehr wohl Formen erdenken, die mit unserer alten Monarchie nichts Gemeinsames haben, den Bedürfnissen unseres Volkes und vor allem unserer Zukunft aber noch viel mehr dienen könnten. Der demokratische Parlamentarismus war jedenfalls tausendmal schlechter als die Monarchie. Die Propheten von einst hatten recht behalten. In 50 Jahren parlamentarischer Entwicklung ist es gelungen, die Monarchie zu vernichten, und in 12 Jahren parlamentarischer Regierung gelang es, Deutschland - und zwar das deutsche Volk - auf das ungeheuerlichste zu schädigen. Bis zum Jahre 1918 befand sich der Parlamentarismus im Angriffskampf gegen die Monarchie. Jeder Schaden, den er der Nation zugefügt hatte, wurde von den verlogenen Wortführern der Demokratie der Monarchie zugeschoben und erst recht als Beweis für die Notwendigkeit eines erhöhten Kampfes angeführt. Seit dem Jahre 1918 ist diese Spiegelfechterei nicht mehr möglich. Der Parlamentarismus besitzt nach dem Verschwinden der Monarchie keinen Sündenbock mehr, den er für sein eigenes verderbliches Wirken und die daraus entspringenden Folgen verantwortlich machen könnte. Die verheerende Wirkung des parlamentarisch-demokratischen Systems aber kann heute Millionen Deutschen durch ihre eigenen Erfahrungen am eigenen Leibe am besten verständlich werden. Allein mehr noch als durch diese Folgen der parlamentarisch-demokratischen Arbeit erledigt sich das heutige System durch die Art des allen sichtbaren parlamentarischen Betriebs selbst. Die Monarchie hat Jahrhunderte zu überdauern vermocht, die parlamentarische Demokratie verwirtschaftet sich in wenigen Jahrzehnten. Die Achtung des deutschen Volkes vor seinen parlamentarischen Institutionen nimmt reißend ab. Vielleicht haben die Wortführer unserer heutigen Regiererei selber gar keine Ahnung, wie ihnen der Boden unter den Füßen dahinschwindet. Vor 20 Jahren hätte

1 Zur Verfassungswirklichkeit des damaligen Deutschen Reiches vgl. Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992, S. 471 ff.

ein Angriff gegen den deutschen Reichstag vermutlich zu wilden Kämpfen geführt. Heute gäbe es höchstens noch wilde Proteste. Und zwar nicht etwa Proteste der Nation, sondern nur Proteste ihrer Diätenschlucker.

Das Kabinett Müller ist vor ein paar Wochen gegangen. Es ging, weil man sich nicht über die neuen Steuern zu einigen vermochte [2]. Nach wie vor bin ich überzeugt, daß das Zentrum und die Sozialdemokratie die Brücken zueinander nicht abgebrochen haben. Wenn im Kampfe auch hüben und drüben manchesmal scharfe Worte fallen, so befleißigt man sich doch in den Zentralorganen der beiden Parteien einer auffallend vornehmen Zurückhaltung [3]. Solange aber die Koalition des Zentrums mit der Sozialdemokratie in Preußen besteht [4], solange ist es klar, daß auch im Reich keine weltanschaulichen Gesichtspunkte zur Trennung geführt haben. Und das ist doch das Wesentliche. Ein Zentrum, das aus weltanschaulichen Differenzen mit dem Marxismus nicht mehr gehen kann, kann dies dann in Preußen genausowenig wie im Reiche selbst. Sitzt man aber in Preußen mit den Sozialdemokraten zusammen - und mag dies tausendmal aus taktischen Gründen geschehen - , so kann man mindest ebenso gut annehmen, daß die Trennung im Reich auch nur aus taktischen Gründen erfolgt ist. Das Zentrum sitzt in Berlin im preußischen Landtag mit dem sozialdemokratischen Marxismus zusammen und es paktiert vom Reiche aus genau so unbehindert mit dem kommunistischen Marxismus in Moskau [5]. Für diese Partei gibt es nur eine einzige Weltanschauung, und die heißt: Zentrum. Religion, Patriotismus, Bürgertum, landwirtschaftliche Interessenvertretung, christliche Gewerkschaftsorganisationen, alles das sind letzten Endes nur Mittel zum Zwecke. Würde das Zentrum tatsächlich religiöse Ideale besitzen, so könnte es nicht eine Außenpolitik mitmachen, die mit dem barbarischen Sowjetstaat dauernd zu paktieren versucht. Judentum und Zentrum kann man bei jeder Gelegenheit eng verschlungen Arm in Arm sehen. Wer wird bei einer solchen Partei glauben, daß sie sich aus weltanschaulichen Erwägungen von der Sozialdemokratie trennt? Heute bestehen meines Erachtens für eine solche Auffassung noch keine stichhaltigen

---

2 Der Streit über die Beitragshöhe zur Arbeitslosenversicherung bildete den letzten Anlaß für das Auseinanderbrechen der Großen Koalition, deren Kooperationsfähigkeit sich nach dem Tod Stresemanns am 3.10.1929 insbesondere bei den Themen Reparationsregelung, Steuerreform und Haushaltssanierung verbraucht hatte. Vgl. Schulz, Deutschland am Vorabend, S. 451 ff.

3 Ende März, Anfang April 1930 wiederholte die "Germania" in mehreren Artikeln den Vorwurf an die SPD, maßgeblichen Anteil am Sturz der Regierung Hermann Müller gehabt zu haben; die SPD trage die "Hauptverantwortung" für die gegenwärtige politische Krise. Vgl. Germania vom 29.3.1930 (AA), "S.P.D. macht Parteipolitik"; ferner vom 28.3.1930 (MA), "Rücktritt des Reichskabinetts"; vom 31.3.1930 (AA), "Das neue Kabinett"; vom 2.4.1930 (AA), "Die Opposition hat das Wort"; vom 4.4.1930 (AA), "Zwei Fehlurteile". In einem Artikel vom 6.4.1930 findet sich allerdings folgende Bemerkung: "Es liegt allein an der *Sozialdemokratie*, ob sie dazu imstande ist und ob sie den Sinn der Opposition erfaßt und erkannt hat, in die sie sich selbst mit bewundernswertem Ungeschick hineinmanövriert hat. Es ist von diesem Standpunkt aus gesehen ein Fehler der Sozialdemokratie, dem Kabinett Brüning für die kommende Arbeit nicht 'fair play' zu geben." Vgl. Germania vom 6.4.1930, "Zentrum und Regierung".
Die Kritik des "Vorwärts" am Zentrum war demgegenüber vergleichsweise zurückhaltend, die Hauptvorwürfe richteten sich gegen DNVP und DVP. In einem Artikel vom 3.4.1930 heißt es jedoch: "Diese Schwenkung des Zentrums ist eine der wesentlichen Ursachen für die politische Zuspitzung." Vorwärts vom 3.4.1930 (MA), "Die Schwenkung des Zentrums"; vgl. ferner vom 28.3.1930 (MA), "Worum es ging"; vom 7.4.1930 (AA), "Brüning verteidigt sich".

4 Vgl. Dok. 3, Anm. 5.

5 Vgl. Dok. 20, Anm. 18.

Gründe. Damit glaube ich nach wie vor, daß die Trennung des Zentrums von der Sozialdemokratie nicht lange anhalten wird. Sind erst die neuen Steuer- und Finanzgesetze von der bürgerlichen Reichstagsmajorität hinuntergewürgt, wird an Stelle der isolierten Regierung [6] Brüning [7] wieder eine parlamentarisch verankerte kommen, und wie diese Verankerung vor sich gehen dürfte, wird von den großen Männern der heutigen Regierung schon jetzt unverblümt angedeutet. Die Deutsche Volkspartei versichert, auf die Dauer nicht ohne Sozialdemokraten regieren zu wollen, und das Zentrum läßt von Herrn Brüning die Sozialdemokraten höflichst ersuchen, sich in der jetzigen Oppositionsstellung maßvoll aufzuführen, um nur ja nicht die Brücken für die Zukunft abzubrechen [8]. Wie sehr am Ende die Deutsche Volkspartei innerlich jeder klaren und eindeutigen nationalen Politik abgeneigt ist, kann man an den Ereignissen in Thüringen jede Woche erneut konstatieren [9]. Diese Partei ist innerlich dem Marxismus bereits so nahegerückt, daß sie sich jedem zielbewußten Nationalismus entfremdet fühlt und demgemäß auch dagegen vorgeht. Gewiß wird diese Partei auch in Thüringen daran zerschellen, aber insoweit sie besteht, ist dies ihre Gesinnung. So dürfte sich in den nächsten Tagen im deutschen Reichstag wieder das köstliche Schauspiel ergeben, daß derselbe Reichstag dieselbe Finanzreform, die er vor einigen Wochen abgelehnt hat, nunmehr am Ende doch annehmen wird [10]. Die Angst vor der Auflösung liegt den Volksvertretern gleich schwer in den Gliedern. Dazu kommt noch die Schwierigkeit, die in sich durchaus heterogenen bürgerlichen Parteien, denen jede Operationsfähigkeit im kühnen Sinne fehlt, zusammenzuhalten. Es sind Truppen, mit denen man nicht angreifen kann, ohne Gefahr zu laufen, daß sie auseinanderfliegen. Man kann mit ihnen nur immer am Feinde vorbeimanövrieren, will man sie überhaupt als geschlossene Faktoren beisammenhalten, und man verzichtet dabei von vorneherein auf jeden schlagenden Erfolg. So kommt es, daß die Deutschnationale Partei um der lieben Einheit willen die Regierung Brüning stützt [11], die Bayerische Volkspartei die Biersteuer schlucken wird [12], die Demokraten und Deutschen Volksparteiler die Agrarforderungen hinunterwürgen

6 Der Reichspräsident hatte den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums, Heinrich Brüning, am 28.3. 1930 mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt, die nach schwierigen Verhandlungen am 30.3.1930 ernannt wurde; sie umfaßte Vertreter von Zentrum, DVP, DDP, DNVP, BVP sowie von Wirtschaftspartei und Volkskonservativer Vereinigung. Vgl. Schulz, Deutschland am Vorabend der Großen Krise, S. 483 ff.

7 Heinrich Brüning (1885-1970), 1915 Dr. rer. pol., 1920 persönlicher Referent des preußischen Wohlfahrtsministers Adam Stegerwald, 1920-1930 Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbunds (christliche Gewerkschaften), 1924-1933 MdR (Zentrum), 1929/30 Fraktionsvorsitzender, 1928-1930 MdL in Preußen, 1930-1932 Reichskanzler, 1931/32 Reichsminister des Auswärtigen (i. V.), 1934 Emigration, seit 1936 Lehrtätigkeit an der Harvard University.

8 Zum damaligen Verhältnis zwischen Regierungsparteien und SPD vgl. Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 125 ff.

9 Obwohl NSDAP und DVP in Thüringen seit 23.1.1930 derselben Regierungskoalition angehörten, die sich freilich am 1.4.1931 aufgrund eines von der DVP unterstützen Mißtrauensvotums auflöste, blieb das Verhältnis zwischen diesen beiden Koalitionspartnern von Anfang an gespannt. Vgl. Dok. 7, Anm. 5 sowie Witzmann, Thüringen, S. 153 ff.

10 Bis zum 14.4.1930 wurde die reformierte Steuergesetzgebung (Mineralölzoll, Umsatz-, Warenhaus-, Tabak-, Zucker-, Bier-, Mineralwasser- und Kraftfahrzeugsteuer) vom Reichstag mit knapper Mehrheit angenommen. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 47. Druck: RGBl. 1930, I, S. 131 ff.

11 Vgl. Dok. 31, Anm. 6.

12 Nachdem am 9.4.1930 eine von Zentrum, DVP und DDP unterstützte Gesetzesvorlage zur Erhöhung der Biersteuer um 75 % am Widerstand der BVP gescheitert war, einigte sich die BVP bis zum 11.4.1930 auf den

werden [13], um solcher Art gemeinsam das Nest schön zu bereiten, in das dann die Sozialdemokratie wieder einziehen kann. Die nationalsozialistische Bewegung kann ihren Weg unabhängig von allen Seiten weiter fortsetzen. Sie wird überall dem Volke und dem Staate geben, was des Volkes und des Staates ist, wie wir das heute zum Beispiel in Thüringen tun [14], und wird die Feinde von beiden Seiten bekämpfen, ganz gleich, wo sie sich befinden mögen. Was aber den anderen Volksvertretern heute Angst und Schrecken einjagt, läßt uns gänzlich kalt. Sie mögen und können die gesetzgebenden Korporationen auflösen, wann und so oft sie wollen. Der Nationalsozialismus wird aus jeder Wahl gestärkt hervorgehen [15].

26. April 1930 Dok. 37
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 26. April 1930 [1].

Der Zerfall der Deutschnationalen Volkspartei in ihrer Reichstagsfraktion anläßlich der letzten Abstimmungen [2] ist ebenso charakteristisch für unsere heutige Parteientwicklung wie warnend lehrreich für die Zukunft. Je mehr in unsere politischen Parteien sich die wirtschaftlichen

---

Kompromiß einer Erhöhung der Biersteuer um 50 %. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II. Bearb. von Tilman Koops, Bd. 1, Boppard a. Rh. 1982, S. 40 ff sowie Anm. 10. Druck des Gesetzes zur Änderung des Biersteuergesetzes: RGBl. 1930, I, S. 136 ff.

13 Gemeint ist die bereits bei der Regierungsbildung Ende März 1930 eingeleitete Initiative des neuen Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Martin Schiele zur Einführung von Schutzzöllen für die deutsche Landwirtschaft, die am 14.4.1930 vom Reichstag gebilligt wurde. Schieles Vorschläge wurden nicht nur von SPD, KPD, NSDAP und eines Teils der DNVP abgelehnt, sondern zunächst auch von der Mehrheit des Kabinetts. Vgl. Dok. 8, Anm. 8 sowie Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II., Bd. 1, S. 1 ff. Druck des Gesetzes über Zolländerungen: RGBl. 1930, I, S. 131 ff.

14 Vgl. Dok. 7, Anm. 5.

15 Seit der Reichstagswahl vom 20.5.1928 verbesserten sich die Wahlergebnisse der NSDAP nahezu kontinuierlich. Sie erhielt bei den Landtagswahlen in Lippe (6.1.1929) 3,4 %, in Sachsen (12.5.1929) 5 %, in Mecklenburg-Schwerin (23.6.1929) 4,1 %, in Baden (27.10.1929) 7 %, in Lübeck (10.11.1929) 8,1 % und in Thüringen (8.12.1929) 11,3 % der Stimmen. Vgl. Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991, S. 34 ff. sowie Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 86 ff.

1 Gekürzter Abdruck: Die Flamme vom 1.5.1930, "Hitler Staatsgrundsätze!".

2 Obwohl der Parteivorstand der DNVP lediglich der Agrarvorlage der Reichsregierung, nicht aber der von ihr erarbeiteten Steuerreform zustimmen wollte (vgl. Dok. 36, Anm. 10, 12 und 13), waren bei der Reichstagsabstimmung vom 13./14.4.1930 nur 20 Abgeordnete der DNVP diesem Vorschlag gefolgt; 36 Abgeordnete der DNVP hatten dagegen beiden Gesetzesvorlagen zugestimmt, 6 blieben der Abstimmung fern oder enthielten sich der Stimme, da beide Vorlagen für die Reichsregierung ein Junktim bildeten. Aus Protest gegen Hugenberg, dessen unflexibles Verhalten die Interessen der Landwirtschaft gefährdete, spaltete sich daraufhin die Reichstagsfraktion der DNVP erneut, ohne daß dies vorerst organisatorische Konsequenzen gehabt hätte. Vgl. Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932, Bd. 4/I, Dok. 56 und 59 sowie Erasmus Jonas, Die Volkskonservativen 1928-1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung, Düsseldorf 1965, S. 65 ff. ferner Verhandlungen des Reichstags, IV. Wahlperiode 1928, Bd. 427, S. 5003 f.

Interessengruppen hineinfressen, um so unmöglicher wird jede, auf große Ziele hinausgehende, geschlossene Operation. An sich ist bei der, durch unsere blutsmäßige Zerrissenheit bedingten, unglaublichen Disziplinlosigkeit unseres Volkes ein einheitliches politisch taktisches Vorgehen ohnehin außerordentlich erschwert. Die auch in völkischen Kreisen häufig angeführte "Organisationsfähigkeit" des Deutschen beruht auf einem wie so oft leichtfertig nachgeplapperten Geschwätz. Dem deutschen Volk fehlt in einem viel höheren Maße der Herdeninstinkt als etwa dem Engländer. Unsere blutsmäßigen Differenzen äußern sich überall im Leben. Was anderen Völkern angeboren erscheint, hat uns eigentlich nur der sogenannte "preußische Militarismus" anerzogen. Ihm und nur ihm allein ist es zu danken, wenn unser sonst so zerfahrenes Volk zu großen einheitlichen Leistungen in den letzten hundert Jahren zusammengefaßt werden konnte.
Es wird vielleicht für diese Behauptung nicht jeder das nötige Verständnis aufbringen. Am wenigsten mag das der geborene Literat begreifen, der sein Leben lang nur die Federn spitzt und die Welt erscheinen läßt, wie sie sich eben in seinem Kopfe gibt. Vielmehr aber wird das derjenige einsehen, der mit der praktischen organisatorischen Zusammenfassung unserer Volksgenossen zu tun hat. Je mehr wir uns von der allgemeinen Wehrpflicht entfernen [3], um so schwerer wird das Aufziehen jeder Organisation. Die Sozialdemokratische Partei in Deutschland wäre einst ohne den deutschen "Militarismus" gar nicht denkbar gewesen [4]. Sie hat die militärische Erziehung des Deutschen im politischen Leben ausgenützt und auf dem neuen Gebiet weiter fortgeführt. Daß die bürgerlichen Parteien auch im Frieden wenig geschlossene Kraft aufbrachten und über schlechte Organisationen verfügten, lag in ihrem inneren Wesen begründet. Sie rekrutierten sich ja auch weniger aus Soldaten als vielmehr aus Offizieren [5]. Der blinde Gehorsam des Musketiers konnte in ihnen keine Fortsetzung finden. Endlich legten die bürgerlichen Parteien entsprechend der Absicht ihrer jüdischen Führung auch gar keinen Wert auf eine wirklich stramme und straffe Zusammenfassung und Gliederung. Die Sozialdemokratie war die Partei, die im Frieden in erster Linie die Masse des deutschen Soldatentums politisch verwaltete. Auch heute noch besitzt sie große Bestände alter gedienter Mannschaften. Ihre innere disziplinäre Festigkeit verdankt sie in erster Linie auch jetzt noch dieser Tatsache. Der Kommunismus verfügt über die aktivistischere Arbeiterjugend [6], die aber zum größten Teil keine militärische Ausbildung mehr hinter sich hat. Die Folge davon ist bei aller Angriffsfreudigkeit der K.P.D. ihre ewige innere Unruhe, sind die ewigen inneren Disziplinbrüche und Auseinandersetzungen [7]. Ich selbst leite seit zehn Jahren eine Organisation und kann am be-

3 Artikel 173 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 bestimmte: "Die allgemeine Wehrpflicht wird in Deutschland abgeschafft. Das deutsche Heer darf nur im Wege freiwilliger Verpflichtung aufgestellt und ergänzt werden." Druck: RGBl. 1919, S. 931.

4 Zum Verhältnis von Arbeiterbewegung bzw. SPD und Bewaffneter Macht in Deutschland zwischen 1848 und 1918 vgl. Höhn, Sozialismus und Heer.

5 Zu Struktur und Soziologie der damaligen deutschen Parteien vgl. Thomas Nipperdey, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1914, Düsseldorf 1961.

6 Zu Organisation und Profil der vielgestaltigen sozialistisch-kommunistischen Jugendbünde in der Weimarer Republik vgl. Günther Ehrenthal, Die deutschen Jugendbünde. Ein Handbuch ihrer Organisation und ihrer Bestrebungen, Berlin 1929, S. 117 ff.

7 Vgl. Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1969.

sten die Schwierigkeiten ermessen, die die Entfernung der Zeit unserer militärischen allgemeinen Dienstpflicht mit sich bringt. Bestimmte Grundsätze der Ein- und Unterordnung, die als Grundlagen jeglicher Organisation vor zehn Jahren noch allgemein geläufig waren, sind dem jungen Deutschtum von heute zunächst fast vollständig unbekannt und fremd. Ja, manchesmal sogar einfach unverständlich. Man täusche sich nicht über die Auswirkungen solcher Tatsachen im großen. Es ist daher auch kein Zufall, wenn das Gefüge der Parteien und der Parteiorganisationen dort am lockersten ist, wo am wenigsten militärisches Wesen mitredet. Diesem Verschwinden allgemein vorhandener günstiger organisatorischer Voraussetzungen folgt hart an der Seite die Schwächung aller größeren weltanschaulichen zwingenden Gesichtspunkte und Ideale. Die Tagesereignisse verwischen das prinzipiell richtige Denken. Was man an der Front als interessantes psychologisches Moment tausendfältig studieren konnte, wiederholt sich auch im politischen Kampf der Heimat. Würde die Bestimmung der Kampfhandlungen an der Front den einzelnen Divisionen oder gar Regimentern und noch kleineren Einheiten überlassen worden sein, wäre jede große Operation einfach unmöglich geworden. Jede Kompanie, die beschossen wird, schießt zurück, jeder Regimentsabschnitt, der schweres Feuer erhält, verlangt stürmisch Strafe und Vergeltung, für jedes feindliche Bombengeschwader, das die hinteren Truppenunterkünfte bepflastert, werden dringlichst eigene Jagdstaffeln angefordert und natürlich auch eingesetzt. Jeder feindliche Angriff wird als Anlaß zu wilden Rückstößen angesehen. Aber jede Zusammenfassung großer Streitkräfte und überwältigender Munitionsmassen und deren geschlossener Einsatz an einer bestimmten Front wird damit auch verhindert. Es war das Schwerste im Weltkriege, auf ganzen Fronten ewigen feindlichen Angriffen gegenüber in der Defensive zu bleiben, und zwar in einer Defensive, die nur durch die ungeheuerlichsten Nervenanspannungen ertragen werden konnte, um an einer anderen Front mit zusammengeballter Kraft offensiv vorgehen zu können. So wie der Soldat, der unmittelbar unter den Einwirkungen des feindlichen Feuers lag, aus begreiflichen psychologischen Gründen für solche größeren Notwendigkeiten kein Verständnis aufbringen konnte, leiden auch die politischen Organisationen unter der Einwirkung der laufenden Tagesereignisse, wenn die Führung auch hier im Schützengraben sitzt und ihre Entschlüsse von den Kampfereignissen des Tages bestimmen läßt. Besonders schlimm ist dies, wenn zu allem Überfluß auf die politische Leitung Verbände einen Einfluß nehmen, deren Denken im höchsten Grade unpolitisch ist. Überhaupt ist es ein kapitaler Fehler, politische Parteien aus wirtschaftlichen Bausteinen errichten zu wollen. Ich habe mich stets auf das schärfste dagegen verwahrt, vor Wahlen Vertreter bestimmter Interessengruppen als Kandidaten aufzustellen[8]. Man weiß ja, wie das so geht. Sowie Wahlwetter im Anzug ist, häufen sich auf einmal die Anschriften von wirtschaftlichen Verbänden, Interessentengruppen, Angestelltenvereinigungen, Beamtenbünden usw. mit dem dringenden Ersuchen um eine ebenso dringend notwendige Aussprache. Meist taucht dann ein wohlbeleibter Herr auf, der einem bei Beginn der Besprechung zunächst versichert, im Namen von soundso vielen Hunderttausenden hier zu sein, in deren Auftrag zu verhandeln, wobei

8 Bei der Nominierung von Kandidaten der NSDAP, die sich Hitler damals noch vorbehielt, standen weniger interessenpolitische, soziale, regionale oder gar geschlechtsspezifische Aspekte im Vordergrund, sondern in erster Linie das Ziel der parteiinternen Ausgewogenheit. Vgl. Peter Hubert, Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933-1945, Düsseldorf 1992, S. 336 ff.

selbstverständlich betont wird, daß diese Hunderttausende auf einen Pfiff zur Verfügung stehen und mithin der wohlbeleibte Herr in der Lage ist, der Partei hunderttausend und mehr Stimmen zuzuführen oder aber auch fernzuhalten. Die Geneigtheit eines solchen Mitbürgers erringt die politische Partei nun keineswegs durch das Versprechen, ihre politischen Ziele zu vertreten, sondern ausschließlich durch das Versprechen, den Herrn Interessenvertreter als Kandidaten aufzustellen. Ich habe mich seit Gründung der Partei immer auf das schärfste gegen solche Zumutungen verwahrt. Eine Partei darf nur ihre hundertprozentig weltanschaulich und disziplinär ergebenen [*sic!*] Mitglieder in die Parlamente schicken. Tut sie das nicht, so hört jede Operationsfähigkeit mit einem Schlage auf. Man kann nicht ein Gebilde führen, in dem 15 andere Vereinigungen ihre Vertreter sitzen haben, von denen jeder einzelne wieder von Fall zu Fall erst der Genehmigung seines besonderen Verbandes bedarf, um einen angeordneten Beschluß durchzuführen. Es waren dies Gründe, die mich in Bayern zum Beispiel gegen den Völkischen Block Stellung nehmen ließ [9]. Eine Fraktion, die aus Vertretern der nationalsozialistischen Partei, der Freiheitsbewegung [10], des Bundes Oberland [11], des Jungdeutschen Ordens [12], der Reichsflagge [13], des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes [14], des Vereins völkischer Lokomotivführer, aus etlichen Literaten und verschiedenen Syndikussen [*sic!*] zusammengesetzt erscheint, ist kein im politischen Kampf verwertbares Instrument. Ich habe mich im Jahr 1925 entschlossen, wieder lieber mit nichts zu beginnen, als mit so

9 Nach dem Verbot der NSDAP - in Bayern am 9.11.1923, im Deutschen Reich am 23.11.1923 - war am 7.1.1924 in Bayern der Völkische Block unter Führung von Erich Ludendorff, Gregor Straßer und Albrecht von Graefe entstanden. Gegen Hitlers Rat schloß sich dieser mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei, die sich im Oktober 1922 von der DNVP abgespalten hatte, auf dem sogenannten Einigungsparteitag in Weimar (15.-17.8.1924) zur Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung (NSFB) bzw. Nationalsozialistischen Freiheitspartei zusammen. Bei der Reichstagswahl und preußischen Landtagswahl am 7.12.1924 erhielt diese 14 Sitze im Reichstag und 11 Sitze im preußischen Landtag. Nach der Wiedergründung der NSDAP am 26.2.1925 separierte sich die Deutschvölkische Freiheitspartei wieder unter der Bezeichnung Deutschvölkische Freiheitsbewegung. Vgl. Jablonsky, Nazi Party in Dissolution, S. 118 ff. Weitere Dokumente bei Georg Franz-Willing, Putsch und Verbotszeit der Hitlerbewegung. November 1923-Februar 1925, Preußisch Oldendorf 1977, S. 191 ff.

10 Vgl. Anm. 9.

11 Das Freikorps Oberland (ab 1921: Bund Oberland) war im April 1919 unter maßgeblicher Mitwirkung vom Vorsitzenden der Thule-Gesellschaft, Rudolf von Sebottendorff, gegründet worden. Es nahm an den Kämpfen im Ruhrgebiet, in Oberschlesien und am Hitler-Putsch teil. Nach seinem Verbot im November 1923 wurde der Bund Oberland 1925 neugegründet. Er löste sich Ende 1930 auf. Vgl. Hans Jürgen Kuron, Freikorps und Bund Oberland, Diss. phil., Erlangen 1960.

12 Der von Oberleutnant a. D. Artur Mahraun Anfang 1920 aus einer Einheit von Zeitfreiwilligen gegründete bündisch-nationale Jugendverband orientierte sich in seiner Struktur am Deutschen Ritterorden. Obwohl die sozialromantischen Vorstellungen des Jungdeutschen Ordens maßgeblich von Kriegserlebnis und Jugendbewegung geprägt waren, zielte seine politische Tätigkeit auf die Reform, nicht die Vernichtung der bestehenden republikanischen Staatsform. Vgl. Klaus Hornung, Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958.

13 Die Reichsflagge, ein im wesentlichen auf Bayern beschränkter nationaler Wehrverband, wurde 1922 von bayerischen Reichswehroffizieren gegründet. Nach Abspaltung der sog. Reichskriegsflagge im Oktober 1923, die unter dem Kommando von Ernst Röhm am Hitler-Putsch teilnahm, trat der Rest des Verbands im Herbst 1927 geschlossen dem Stahlhelm bei. Vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Fricke, Bd. 3, Köln 1985, S. 667 ff.

14 Vgl. Dok. 33, Anm. 15.

schwachen, um nicht zu sagen lächerlichen, Gebilden einen unmöglichen Kampf anzufangen. Unsere bürgerlichen Parteien sind aber zumindest in ihren Fraktionen ein wahres Mosaik von solchen Bünden, Verbänden, Vereinigungen, Gruppen usw. Damit kann nicht operiert werden. Wenn das Zentrum heute noch eine gewisse Operationsfähigkeit besitzt, dann liegt dies an dem dort dominierenden religiösen Einfluß. Innerlich homogen ist aber auch dieses Gebilde schon längst nicht mehr. Erfolge kann das heutige Zentrum aushalten, schwere Mißerfolge würde es nicht mehr überstehen. Die Festigkeit einer Partei zeigt sich aber nicht in Augenblikken des siegreichen und glücklichen Kampfes, sondern in Momenten der schwersten Niederlagen, größter Belastungen. Eine Partei, die das nicht aushält, taugt nichts. Sie taugt so wenig wie eine Truppe, mit der man nur vorwärts marschieren kann, die aber beim ersten Rückmarsch zerbricht. Die nationalsozialistische Bewegung wird, gewitzigt durch die reichen Erfahrungen der letzten Zeit [15], in der Zukunft mit höchstem Eifer darauf achten müssen, daß ihre Fraktionen so wie bisher eine innere hundertprozentige Einheitlichkeit besitzen. Sie wird bei strikter Duchführung dieses Prinzips keinerlei fremde Einflüsse in ihren Reihen dulden, dafür aber dann in eben dem Maße zwangsläufig emporwachsen, in dem die anderen Verbände zerfallen. Denn das dürfte heute doch wohl jedem klar geworden sein: Die Zukunft des deutschen Volkes wird nicht entschieden durch die bürgerlich parlamentarischen Parteien, sondern ausschließlich nur durch die nationalsozialistische Volksbewegung.

---

15 Anspielung auf die Spannungen zwischen dem linken, von Otto Straßer dominierten Flügel der NSDAP und Hitlers absoluten Führungsanspruch. Diese Spannungen waren im April 1930 eskaliert, als Straßer entgegen Hitlers Anordnungen seine Unterstützung des sächsischen Metallarbeiterstreiks nicht beendete. Vgl. Patrick Moreau, Nationalsozialismus von links. Die "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" und die "Schwarze Front" Otto Straßers 1930-1935, Stuttgart 1985, S. 30.

27. April 1930 Dok. 38
Rede auf Reichsführertagung in München [1]

Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 28.4.1930, "Das Ergebnis der nationalsozialistischen Führertagung" [2].

In zweistündiger Rede betonte Hitler in einem großen Umriß die nationalpolitischen und historischen Aufgaben der NSDAP. Im Rahmen dieser für die Partei richtunggebenden Ausführungen charakterisierte er den russischen Bolschewismus als einen wesentlichen Bestandteil der marxistischen Völkerzersetzung [3] und demgemäß jede marxistische Revolutionsbewegung als eine politische und rassische Minderwertigkeitserscheinung. Die nationalsozialistische Auffassung unterscheide sich von der proletarischen und bürgerlichen grundsätzlich darin, daß sie die historischen Vorgänge der Weltpolitik nicht primär als soziale und wirtschaftliche Auseinandersetzungen, sondern als völkische und rassische Machtkämpfe betrachte. Der Nationalsozialismus sei nicht aus dem Gedanken einer allgemeinen Mitleidsmoral geboren, sondern aus dem Bewußtsein für die Notwendigkeit einer deutschen Herrenmoral. Darum liege die Wurzel des Nationalsozialismus auch nicht im Sozialismus als Allerweltserlösungsidee, sie sei auch kein mit einem nationalen Vorzeichen versehener Teil dieser Idee, sondern ein völlig neuer politischer Begriff, dessen Totalität nicht in verschiedene Bestandteile zerlegt werden könne [4].

In diesem Zusammenhang umriß er die Zukunftsaufgaben der Bewegung mit einigen prägnanten Formulierungen. Die auf ein einziges kühnes Ziel gerichtete, vom Schicksal Deutschlands nicht zu trennende, nationalsozialistische Mission bedinge von selbst die innere Einheit der Bewegung, in der jeder politische oder taktische Meinungsstreit eine Sinnlosigkeit wäre. Die nationalsozialistische Bewegung wurde dabei bezeichnet als der organisierte deutsche

1 In der Hauptgeschäftsstelle der Reichsleitung der NSDAP, Schellingstr. 50, vormittags. Hitler sprach über zwei Stunden. Auf Anweisung Hitlers hatte Gregor Straßer mit Schreiben vom 15.4.1930 die Referenten der Reichsleitung, alle Gauleiter, alle Reichstags- und Landtagsabgeordneten, die OSAF-Stellvertreter sowie die Vorsitzenden des Nationalsozialistischen Studentenbunds, der Hitlerjugend, des Nationalsozialistischen Schülerbunds, des Kampfbunds für Deutsche Kultur und des Nationalsozialistischen Juristenbunds zu der auf den 26./27.4.1930 anberaumten Führertagung eingeladen; BA, Slg. Schumacher 373.

2 Vgl. auch VB vom 29.4.1930, "Reichsführertagung der N.S.D.A.P. Eine Kundgebung der Geschlossenheit und Disziplin" (Druck: Tyrell, Führer befiehl, S. 331 f.); Der Jungdeutsche vom 30.4.1930, "Nicht mehr 'nationaler Sozialismus'!"; Die Rote Fahne vom 30.4.1930, "Nazis für den Feldzug gegen Sowjetrußland"; Der Angriff vom 1.5.1930, "Der Führer gibt die Weisungen zum neuen Kampf"; Die Flamme vom 1.5.1930, "Reichsführertagung der NSDAP"; Berliner Arbeiter-Zeitung vom 4.5.1930, "Dem Nationalsozialismus die Zukunft. Reichsführertagung der NSDAP"; Der Angriff vom 4.5.1930, "Führertagung"; Das Andere Deutschland vom 17.5.1930, "Hitler, der Reaktionär". Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 537 f. sowie Lagebericht N/Nr.91 der Polizeidirektion München vom 23.5.1930; BayHStA, MA 101235/3. Lagebericht Nr.173/II/30 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 31.5.1930; StA Landshut, Rep. 168/5, Nr. 496.

3 Vgl. mit Hitlers Argumentation in Dok. 3.

4 Ähnlich, zum Teil mit denselben Begriffen, argumentierte Hitler in seiner Unterredung mit Otto Straßer am 21./22.5.1930, mit der er den endgültigen Bruch zur Gruppe um Otto Straßer vollzog. Vgl. Otto Straßer, Ministersessel oder Revolution? Eine wahrheitsgemäße Darstellung meiner Trennung von der NSDAP, Berlin 1930 sowie Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 30 ff.

Freiheitswille, dessen Verwirklichung keine Sache unfruchtbarer Auseinandersetzungen, sondern eine Sache der Disziplin sei [5].

[April 1930] [1] Dok. 39
Schreiben an die Gauleiter der NSDAP

Masch. Abschrift der Polizeidirektion München vom 20.7.1932; StA München, Polizeidirektion München 8850 [2].

In einem an die Reichsleitung gerichteten Schreiben [3] des Gauleiters Hildebrandt [4] - Mecklenburg - findet sich folgender Satz: "Rohst [5] ist mehr Soldat und daher zu militärischen Dingen besser zu gebrauchen als zu einer politischen Leitung."

Wegen dieser Äußerung habe ich den Gauleiter Hildebrandt sofort seiner Stelle enthoben [6].

---

5 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf, in dem Gregor Straßer "in seinem Schlußwort die unerschütterliche Einigkeit und Geschlossenheit der Partei nach innen und nach außen als Ergebnis der Reichsführertagung" festhielt.
Goebbels berichtet, daß Hitler im Anschluß an seine Rede noch einmal aufgestanden sei und ihn zum Vorsitzenden des Propaganda-Ausschusses der NSDAP ernannt habe. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 538.

1 Zur Datierung heißt es in der Anlage zur Abschrift u. a.: "Das genaue Datum des Rundschreibens ist hier nicht bekannt. Da Hildebrandt zufolge Zeitungsnotizen zum 1. Mai 1930 seines Postens als Gauführer des Gaues Mecklenburg-Lübeck enthoben wurde, dürfte das Rundschreiben Hitlers allem Anschein im April 1930 ergangen sein."

2 Eine weitere Abschrift, bei der die Namen offengelassen wurden, wurde durch einen Vertreter des thüringischen Staatsministeriums bei einer Verhandlung vor dem Reichsgericht in Leipzig am 17.7.1930 verlesen. Vgl. Schreiben des Thüringischen Staatsministeriums an den Vorsitzenden des Staatsgerichtshofs III P 2020 vom 5.9.1930; BA Potsdam, Reichsmin. d. Innern: Deutschvölkische und Nationalsozialistische Partei, Bd. 3, Nr. 25790.

3 Zur Vorgeschichte ließ sich lediglich ermitteln, daß laut Diensttagebuch der Obersten SA-Führung (StA München, Polizeidirektion München 6826) der "Fall Hildebrandt" am 16.1.1930 mit Hitler besprochen wurde. Einem Schreiben Philipp Bouhlers an die Gauleitung Brandenburg der NSDAP vom 11.2.1930 ist zu entnehmen, daß im Januar 1930 der Durchschlag eines Schreibens Hitlers an Hildebrandt als Rundschreiben den Gauleitungen zuging; BA, Slg. Schumacher 205/I.

4 Friedrich Hildebrandt (1898-1948), Landarbeiter, 1919 Angehöriger des Freikorps von Brandis, 1919 Beitritt zur DNVP, 1920 Angehöriger der Sicherheitspolizei in Halle, Entlassung wegen Beteiligung am Kapp-Putsch, 1924-1926 und 1929-1932 MdL in Mecklenburg (DVFP, ab 1925 NSDAP), 1925-1930 und 1931-1945 Gauleiter des Gaues Mecklenburg, 1930-1933 MdR, 1933-1945 Reichsstatthalter in Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Lübeck, 1942 SS-Obergruppenführer, 1948 hingerichtet.

5 Hermann Rohst (geb. 1895), Ministerialinspektor in Schwerin, 1929 Eintritt in die NSDAP, 1938 Oberregierungsrat.

6 Vor dem Hintergrund der zunehmenden Gegensätze zwischen Hitler und Otto Straßer (vgl. Dok. 37, Anm. 15 sowie Dok. 38, Anm. 4) hatte auch Hildebrandt die angeblichen Verbindungen Hitlers zur Industrie kritisiert, so daß sich der gesamte Gau Mecklenburg in Hitler- und Straßer-Anhänger zu spalten drohte. Mit Anordnung vom 1.5.1930 wurde Hildebrandt deshalb von Hitler beurlaubt. Vgl. Dok. 40 sowie Peter Hüttenberger, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969, S. 54.

Er führt den Gau nur noch provisorisch bis zur Ernennung eines neuen Gauleiters [7] weiter. Ich füge zur Erklärung dieses Vorganges folgendes bei:

Seit Wiedergründung der NSDAP [8] bemühe ich mich, für jedermann den unmilitärischen Charakter der Partei und besonders der SA klarzulegen und nachzuweisen. In ungezählten Anordnungen, die teils von mir, teils von OSAF herausgegeben sind, wird auf die Notwendigkeit der unbedingten Vermeidung jeder gesetzwidrigen Handlung, jedes gesetzwidrigen Verhaltens und jeder gesetzwidrigen Tat hingewiesen [9]. Kleine SA-Leute habe ich wegen kleinster Verstöße gegen diese Anordnung aus SA und Partei ausgeschlossen. Jede Organisation, die sich irgendwie militärisch zu betätigen auch nur versuchen wollte, wird aufgelöst, ja, der verantwortliche Leiter verfällt dem Ausschluß. Tatsächlich weiß auch jeder SA-Mann sowie jeder andere Parteigenosse, daß die einzige Aufgabe der SA der Schutz unserer Versammlungen und Redner und die Propagierung unserer Idee ist [10]. Dennoch bringt es ein Gauleiter fertig, in einem leichtsinnigen, unvernünftigen Satz den Anschein zu erwecken, als ob ein SA-Führer irgendetwas mit militärischen Dingen zu tun hätte. Und das, obwohl auch dem Gauleiter Hildebrandt das Unsinnige einer solchen Darstellung ebenfalls genau bekannt sein muß und bekannt ist. Ein einziger sinnloser Satz solcher Art kann aber heute die Partei auf das schwerste belasten, nachdem man ohnehin dauernd versucht, ihr und der SA gesetzwidrige Zwecke zu unterschieben. Ich habe mich deshalb entschlossen, ein Exempel zu statuieren, und habe - so leid es mir menschlich tut, denn Pg. Hildebrandt war ein unendlich pflichtgetreuer, aufrichtiger und ehrenhafter Mitkämpfer - Hildebrandt als Gauleiter abgesetzt.

Im Juli 1930 solidarisierte sich Hildebrandt kurzfristig mit der von Otto Straßer gegründeten Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten, zog sich aber sofort von diesem Ableger zurück, als er aus der NSDAP ausgeschlossen wurde. In einem Brief vom 14.7.1930 an den Vorsitzenden des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses bei der Reichsleitung der NSDAP, Walter Buch, bestritt Hildebrandt jeglichen Separatismus: "Ich gebe die Erklärung ab, daß ich niemals daran denke, mich dem Straßerkreis anzuschließen, sondern ich habe vielmehr alles unternommen, um mich aus dem politischen Leben zurückzuziehen und in das Privatleben überzugehen. Ich bin bisher aber von meinen alten Freunden, insbesondere aber auch von Pg. Dr. Albrecht davon abgeraten worden [*sic!*]. Mögen Reichsleitung und Reichs-Uschla über mich entscheiden, wie sie wollen, ich habe bisher zu Adolf Hitler gestanden und ich könnte wohl hunderte von Briefen von meinen Freunden aus dem Lande bringen, die nach wie vor an Hitler glauben und, trotz allem was geschehen, zu ihm stehen; aber alle sind der Ansicht, daß das Verhältnis, welches augenblicklich besteht, für mich untragbar ist, und so habe ich den Entschluß gefaßt, mich zurückzuziehen."; BDC, Personalakte Friedrich Hildebrandt. Vgl. ferner Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 47.

7 Herbert Albrecht (1900-1945), 1919 Angehöriger des Freikorps Halle, Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbunds, 1924 Mitarbeiter im Völkischen Beobachter, 1925 Dr. phil. agr., 1926 Eintritt in die NSDAP, 1930-1933 MdR, 1930/31 Gauleiter des Gaues Mecklenburg, 1933/34 Bevollmächtigter Thüringens zum Reichsrat und Sonderbauftragter der thüringischen Regierung in Berlin, 1934 Aberkennung aller Parteiämter für die Dauer von 3 Jahren, Delegierter des Aufsichtsrats im Vorstand der reichseigenen Deutschen Revisions- und Treuhand-A.G.

8 Am 26.2.1925. Vgl. Bd. I, Dok. 1, 2, 3, 4 und 6.

9 Vgl. Hitlers Anordnung vom 26.2.1925 (Bd. I, Dok. 4), 29.9.1925 (Bd. I, Dok. 69), seine Erklärung vom 11.9.1926 (Bd. I, Dok. 28), sein SA-Befehl 1 vom 1.11.1926 (Bd. II/1, Dok. 44), sein Rundschreiben an die Gauleitungen und selbständigen Ortsgruppen der NSDAP vom 5.2.1927 (Bd. II/1, Dok. 75), seine "Grundsätzliche Anordnung der SA II" vom 31.5.1927 (Bd. II/1, Dok. 135) und seine Anordnung vom 3.12.1928 (Bd. III/1, Dok. 60).
Zur damaligen Entwicklung und Aufgabenstellung der SA vgl. Peter Longerich, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, S. 45 ff.

10 So Hitler explizit in seiner "Grundsätzlichen Anordnung der SA II" vom 31.5.1927. Vgl. Bd. II/1, Dok. 135.

Ich weise bei diesem Anlaß noch einmal auf meine Erlasse und Anordnungen hin, über Sinn und Zweck und Organisation der SA, über ihre Aufgaben und warne eindringlichst, sich im Wort oder gar durch die Tat von dieser Zweckbestimmung zu entfernen. Sämtliche Gauleiter haben heute mehr denn je die höchste Aufgabe, peinlichst dafür zu sorgen, daß in der Bewegung jede Gesetzwidrigkeit vermieden und unterbunden wird. An der strengen Gesetzlichkeit unserer Partei sollen alle Versuche unserer Gegner, sich dieser furchtbaren Wahrheitsverkünderin zu entledigen, zuschanden werden. Unsere Waffen sind nicht der Dolch oder die Bombe, Maschinengewehre oder Handgranaten oder militärische Formationen, unsere Waffe ist ausschließlich die durchschlagende Richtigkeit unserer Idee, die siegreiche Gewalt unserer Thesen, die Unermüdlichkeit unserer Aufklärungsarbeit sowie der grenzenlose Opfermut aller Parteigenossen, die sich für diese Idee einsetzen.

gez. Adolf Hitler

F.d.R.
gez.: Julius Schaub [11]

11 Julius Schaub (1898-1967), Drogist, 1924 Verurteilung zu 15 Monaten Haft wegen Teilnahme am Hitler-Putsch, 1924-1945 persönlicher Adjutant und Fahrer Hitlers, 1943 SS-Obergruppenführer.

1. Mai 1930 Dok. 40
Anordnung

VB vom 4./5.5.1930.

Der Gauleiter des Gaues Mecklenburg, Pg. *Hildebrandt,* hat um einen sechsmonatigen *Urlaub* gebeten [1].

Für die Dauer seiner Beurlaubung wird Pg. Dr. *Albrecht* zum ehrenamtlichen kommissarischen Leiter des Gaues Mecklenburg der N.S.D.A.P. bestimmt.

München, den 1. Mai

gez. *Adolf Hitler*

2. Mai 1930 Dok. 41
"Der Nationalsozialismus ist Deutschland" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Berlin [2]

VB vom 7.5.1930, "Adolf Hitler spricht zu den Kämpfern um ein neues Berlin" [3].

[Hitler] geht aus von dem Somme-Film, der zur Zeit läuft [4] und die endlosen grauen Reihen zeigt, die keine Theatersoldaten waren, sondern schlammverkrustete Helden.

---

1 Vgl. Dok. 39.

1 Titel laut VB.

2 Im Sportpalast, nach 20.00 Uhr. Hitler sprach etwa 1 1/2 Stunden. Die Versammlung, an der laut Polizeibericht etwa 15.000 (VB: 16.000) Personen teilnahmen, wurde von MdR und Gauleiter Joseph Goebbels geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Anwesend waren außerdem August Wilhelm Prinz von Preußen und General a. D. Karl Litzmann.

3 Vgl. auch Deutsche Zeitung vom 3.5.1930, "Hitler im Sportpalast"; Berliner Lokalanzeiger vom 3.5.1930, "Hitler im Sportpalast"; Der Tag vom 3.5.1930, "Adolf Hitler im Sportpalast"; Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 3.5.1930, "Die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung"; Der Angriff vom 4.5.1930, "Der Führer hat gesprochen"; Vossische Zeitung vom 4.5.1930, "Hitler im Sportpalast"; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 4./5.5.1930, "Hitler im Berliner Sportpalast"; VB vom 4./5.5.1930, "Die Riesenkundgebung im Sportpalast"; Der Angriff vom 8.5.1930, "Das Presseecho der Hitlerkundgebung"; Illustrierter Beobachter vom 10.5.1930, "16.000 im Berliner Sportpalast. Adolf Hitler spricht...". Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd.1, S. 540 f. Sowie Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin, Abteilung I. A. Tgb. Nr. 1711 I. A. 7.30 vom 5.5.1930; StA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302. Lagebericht Nr. 173/II/30 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 31.5.1930; StA Landshut, Rep. 168/5, Nr. 496.

4 Anspielung auf den damals in Berlin laufenden Dokumentarfilm "Die Somme"; der Regisseur Heinz Paul hatte im Auftrag der Ufa deutsche und englische Filme über die Kämpfe an der Somme (24.6.-28.11.1916) zu einem Dokumentarfilm zusammengefaßt. Vgl. die Anzeige in Der Angriff vom 8.5.1930. Ferner Hans Barkhausen, Filmpropaganda für Deutschland im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Hildesheim 1982, S. 268.

Wenn wir in diesen Bildern des Filmes das gewaltige Ringen an uns vorübergehen lassen und uns klar machen, was darauf folgte, wie gigantisch die Umwälzungen waren, dann kann man erst recht die Trostlosigkeit unserer jetzigen Lage begreifen. Nur etwas ist sich gleich geblieben, und das sind die treibenden Kräfte. Wir sehen sie in den Parlamenten und der Presse, wir sehen dasselbe Kapital und dieselben Köpfe. Nichts hat sich geändert,

neue Parteien sind gekommen, aber die

alten Männer sind geblieben [5].

Die Firmenschilder hat man geändert, die alten Kräfte blieben.

Wenn das Volk den alten Erscheinungen nicht mehr glaubte, gründeten die Prominenten neue Parteien. Aber der Geist einer Zeit breitet sich aus in ihren führenden Männern. Es gab eine Zeit Friedrichs des Großen, sie wäre ohne ihn nicht denkbar gewesen, es gab eine Zeit Napoleons, und Bismarck gab seiner Zeit das Gepräge, es gab aber auch eine Zeit Stresemanns. Köpfe geben einer Zeit ihr Wesen. Taschenspielerkunststücke suchen eine Zeit zu verwirren. Wenn eine Parteigruppe, irgendein Flügel, glaubt, eine Wahl besser überstehen zu müssen, wählt er einen anderen Namen, aber die Zeit entfernt sich längst von ihnen.

Die Jugend marschiert neue Wege,

nicht die Jugend des Alters, sondern die Jugend des Geistes. Dem Alten steht das Wachsen einer neuen Bewegung gegenüber, und solche Bewegung wird nicht aus dem Parlament geboren, sondern wächst aus dem Volk hervor.

Wie aus der Wurzel, von der man nichts vorauszusagen wagt, der Baum wächst, so wächst auch eine Bewegung, langsam und nicht beachtet. Kommen die ersten Triebe, wird sie sichtbar, dann ist auch die Periode des Verlachens da, dann kommt das Verspotten und, nützt es nichts im Sinne der Vernichtung, das Verhöhnen, Verlästerung, Lüge und Trug, und fruchtet auch der Haß nichts, so steigert er sich zu Wut, Verfolgung und Gewalt. Man geht zum Diebstahl über und schreibt fremde Ideen auf das eigene Firmenschild. Wenn aber alles nichts hilft, dann marschieren sie mit flatternden Fahnen plötzlich hinter den Siegern her und schreien mehr als die Kämpfer in der Front.

Uns gehört der Glaube, der Berge versetzt. Bewegungen in Parlamenten vertragen kein Sturmwetter, Bewegungen werden

durch Angriff und Sturm groß und hart

gemacht. Solche Bewegung ruft nur Menschen, die kühn und trotzig sind, die Feigen kommen nicht. Nur wer zu kämpfen bereit ist, setzt sich für eine Idee ein.

Heute ist die historische Minorität gebildet, die zu allen Zeiten Geschichte gemacht hat. *Vor zehn Jahren kannte man den Namen der N.S.D.A.P. nicht* [6]. Damals war sie ein kleines Pflänzchen, kaum im Umkreis von 1 Kilometer gekannt. Sie stellte ein Programm auf [7] von unerbittlicher Folgerichtigkeit und Zähigkeit. Die Feinde zuckten nur die Achseln, und selbst die Freunde sprachen von Kriegspsychose und Ausfluß von -hypnose.

Langsam begann der Leidensweg, nicht mit parlamentarischen Erfolgen gepflastert, sondern mit Blut gekennzeichnet vom ersten Tage bis heute.

5 Vgl. Dok. 21, Anm. 2.
6 Zur Frühgeschichte der DAP bzw. NSDAP vgl. Dok. 20, Anm. 32.
7 Druck: Maser, Sturm, S. 468 ff.

Eine Arbeit begann, wie sie das nationale Deutschland bis dahin nicht kannte. 1919 gab es 13 Versammlungen [8], 1919 erst 20, darauf schon 300 [9] und

heute sind es Jahr für Jahr 30.000 [10].

Einst setzte sich für die Bewegung ein kleiner Saalschutztrupp mit seinem Leibe ein, heute sind es Zehntausende [11]. Sie werden nicht für ihre Opfer bezahlt, sie empfangen nichts als die Befriedigung: *Ich habe meine Pflicht getan!*

Mag mancher Journalist damit kommen: Sie wissen ja gar nicht, die Leitsätze der Bewegung zu erklären. Möglich. Aber sie führt der gleiche Herzschlag zu uns, und der große Glaube an unsere Mission läßt Hunderttausende in unsere Reihen treten und Opfer tragen.

7 Mann haben begonnen [12], *heute sind es über 250.000* [13] *und 2 1/2 - 3 Millionen Anhänger* [14], *und das nächste Jahr wird uns verdoppeln.*

[...] [15].

Was uns treibt und bewegt, ist das Elend unseres Volkes und der Blick in die trostlose Zukunft.

Kein Volk hat ein so tragisches Schicksal wie das unsere. 2.000 Jahre Bluteinsatz und Opfer, unendliche Arbeit, Dokumente unsterblichen Wissens und Könnens haben den deutschen Namen in der Welt geschaffen. Aber das Volk, das so viel geleistet hat, ist in entwürdigender Lage, ein Sklavenvolk, das leichtsinnig preisgegeben ist von der eigenen Regierung [16].

Das deutsche Volk mit 62 Millionen [17] hat zu wenig Raum. Es produziert Güter und will sie verkaufen, aber die Weltmärkte beginnen sich ihm zu verschließen. Aushilfe sucht man in phantastischen Plänen, aber das primitivste Empfinden dafür, dem Volke die Zukunft zu erhalten, hat man nicht. Wir leben noch, aber um welchen Preis. An Stelle der Erhaltung der Gesamtheit stellt man die des Einzelwesens, an Stelle des Idealismus stellt man schrankenlose Geldgier und tolles Ausleben. Die Unmöglichkeit der Ernährung versucht man auszugleichen durch Weltexport, das heißt Verproletarisierung und Aufzucht von Krankheitsherden, die den Untergang bringen müssen.

---

8 Vgl. Dok. 21, Anm. 5.
9 Vgl. die Rekonstruktionsversuche bei Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 100 ff.
10 Vgl. Dok. 21, Anm. 9.
11 Die SA besaß im Oktober 1930 eine Größe von 60.000 Mann. Vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 93.
12 Zur Sieben-Mann-Legende vgl. Tyrell, Vom "Trommler", S. 198 f., Anm. 118 sowie Dok. 21, Anm. 4.
13 Nach parteiinterner Statistik wurde die NSDAP-Mitgliedsnummer 250.000 erst im Juni 1930 vergeben. Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 352 sowie Dok. 11, Anm. 22.
14 Bei der Reichstagswahl am 20.5.1928 hatte die NSDAP 810.127 Stimmen (2,6 %) erhalten. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 41, 44. Die sich daran anschließenden Landtags- und Kommunalwahlen deuteten jedoch an, daß die Wählerschaft der NSDAP kontinuierlich zunahm. Vgl. Dok. 35, Anm. 15. Zu den Wählerbewegungen zugunsten der NSDAP vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 144 ff.
15 Unterbrechung des Redetexts; Schilderung des äußeren Verlaufs der Versammlung.
16 Anspielung auf die deutschen Reparationsverpflichtungen; vgl. Dok. 5, Anm. 5.
17 Das Deutsche Reich hatte, einschließlich Saargebiet, im Juni 1925 eine Gesamtbevölkerung von 63.178.619 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, Berlin 1930, S. 5.

Wenn das Volk weiter so passiv ist und von zwei Kindern zu einem Kind heruntersinkt [18], dann ist unser 70-Millionen-Volk in 50 Jahren zu einem 30- bis 40-Millionen-Volk geworden, dann hört die Auslese auf. Schon

jetzt regiert ja das geistige Helotentum.

Das Volk geht in Tagesfragen auf. Wenn das deutsche Volk nicht seine Raumnot behebt und den inneren Absatzmarkt für seine Industrie erschließt, dann sind 2.000 Jahre vergebens gewesen, dann tritt es von der Weltbühne zurück, und gesündere Völker treten unser Erbe an. Demgegenüber spielen Tagesfragen gar keine Rolle. Aber keine Regierung, ob Müller oder Severing, kann da helfen, und darum ist unsere Bewegung entstanden.

Raum für unser Volk.

Es gibt kein historisches Anrecht auf Grund, sowenig wie historisches auf Besitz. Besitz muß erarbeitet werden und besteht dann zu Recht. Raum muß erkämpft und erhalten werden, und Völker, die faul sind, haben kein Recht auf Boden. Boden steht dem zu, der ihn bebaut und verteidigt. Wenn ein Volk auf Boden verzichtet, verzichtet es auf Leben. Wenn eine Nation an [*sic!*] *der Verteilung des Bodens zu kurz kommt, kommt auch der einzelne zu kurz. Es gibt kein höheres Recht, das ein Volk dazu verurteilt zu verhungern,*

es gibt nur die Macht, die Recht schafft.

Ich wünsche, daß wir bald die Kraft erhalten. Und alles Recht auf der Welt geht nicht von Parlamenten aus, sondern von der Kraft. Es geht darum, ob wir leben oder sterben wollen, und wir haben mehr Recht auf Land als alle andern, weil wir am engsten siedeln [19]. *Ich bin der Ansicht, auch hier gilt der Grundsatz:*

Hilf dir selbst, so hilft dir Gott [20].

Wenn wir die Forderung der Zukunft erfüllen wollen, so nur durch die zusammengeballte Kraft der Nation, und diese Kraft liegt im Gesamtvolkstum, wir können sie nur dann mobilisieren, wenn das ganze Volk überzeugt ist. Wir zerbrechen die Klassengegensätze, nicht aus Mitleid, sondern aus Erkenntnis. Wir sind nicht Sozialisten, weil wir das schön oder ideal oder geistreich finden, sondern weil wir wissen, daß die Nation nur auf ihrem Boden die größte Kraft hat. Es heißt, den deutschen Menschen zu schaffen, der zwei Jahrtausende deutscher Geschichte gemacht hat.

Bei Wahlen wird nie ein Sieg errungen, nur

die Sklavenaufseher wechseln von Zeit zu Zeit.

Wer zu siegen glaubt, ist selbst nur Besiegter. Wir sind zu hart und aufrichtig, um zu lügen. *Uns bewegt nicht Mitleid mit dem einzelnen, wir sehen die Millionen, wir sehen unsere Zukunft vernichtet werden* [*sic!*].

Es ist lächerlich zu glauben, unser Volk könne durch Versprechungen zusammengekleistert werden; wer das zum Ziel hat, der kann sich mit einer günstig verlaufenen Wahl zufriedenge-

---

18 1925 wurden 14.894.306 Familien mit zusammen 59.968.022 Familienangehörigen im Deutschen Reich (ohne die Bevölkerung des Saargebiets) gezählt. Dies entsprach einer durchschnittlichen Familiengröße von vier Personen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 28 f.

19 Die Bevölkerungsdichte betrug damals im Deutschen Reich 134,23, in Frankreich 73,95, in Großbritannien 187,42, in den USA 13,48, in der UdSSR 24,34, in Japan 124,74 und in China 39,08 Menschen pro km^2. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 1* ff.

20 Nach Justus Georg Schöttel (1612-1676): "Mensch, hilf dir selbst, so hilfet Gott mit."

ben, wer aber weiß, daß Millionen antreten müssen, um die Freiheit zu erringen, der weiß, daß die Freiheit nicht für Klassen, sondern für das ganze Volk errungen werden muß, und daß es da keine kurzfristigen Zwecklügen geben darf. Aus Parteien und Konfessionen und Klassen muß eins herauskristallisiert werden: Der deutsche Mann und das Deutsche Reich.

Wir wissen, daß auch in Zukunft der Lebenskampf toben wird, aber wir werden das Volk dazu erziehen, das Wesentliche in der

Erhaltung der Volkskraft

zu sehen. Wir müssen für das Recht des Volkes nach außen auftreten, um dem einzelnen das Recht im Innern zu sichern. Damit hat der Begriff Nationalsozialismus seine Wurzel im Volkstum geschlagen. Wir kämpfen gegen alle Laster an, die unsere Zeit zerfressen.

Wir bekennen, daß wir entschlossen sind, mit allen legalen Mitteln den Wahnsinn rechts und links zu brechen[21]. *Wer sich uns nicht fügen will, den werden wir brechen.*

Die Stunde wird kommen, wo aus dem Gemengsel der Parteien wieder ein deutsches Volk wird. Wir vertreten unser Volkstum nicht lau und halb, sondern heiß und ganz. Wir werden dafür sorgen, daß das Volk wieder zu einer Armee freudiger Kämpfer wird, die erkennt, daß das Reich für sie sorgt. Heute marschieren schon hunderttausend in diesem Geist, morgen werden es Millionen sein. Und fragst du einen von ihnen: Warum? So wird er sagen:

Ich bin ein Deutscher!

Man soll nicht glauben, daß ein Nationalsozialist in einer Regierung seine Ideen aufgibt und nicht mehr für sie kämpft, davon kann auch der Herr Reichspräsident[22] *überzeugt sein.* (Ein überaus starker Beifall hätte Herrn von Hindenburg gelehrt, daß für ihn das Beschämende eintrat, daß 16.000 Menschen ihn höchstens für greisenhaft ansehen, nicht aber als großen Mann.).

Wir gehen in keine Regierung andern zuliebe, wir stehen allen zum Trotze nicht an zu sagen: Deutschland ist die nationalsozialistische Bewegung.

Ist sie das nicht, so wird Deutschland nur als Trümmerhaufen übrig bleiben.

Uns ist keine Theorie Lebenszweck, uns steht nur das Volk vor Augen. *Aber Volksherrschaft heißt nicht Massenwahnsinn, sondern Herrschaft der Besten.* Nicht die Dummheit gibt Herrschaftsberechtigung, denn wer für das Parlament kämpft, kämpft für Dummheit.

Wir rufen zu einem Appell, wie er seit Jahrhunderten nicht an das deutsche Volk gerichtet worden ist. Er wird uns die Kämpfer zuführen, die gleich uns denken. Fremde sagten mir oft, daß alle Nationalsozialisten, wenn man sie länger ansähe, förmlich gleiche Köpfe hätten. Ja-

---

21 Zum sog. Legalitätskurs Hitlers vgl. die Denkschrift des Reichsministeriums des Innern vom 12.8.1930 über das hochverräterische Unternehmen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei sowie die Denkschrift des preußischen Ministeriums des Innern von Ende August 1930 über die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als staats- und republikfeindliche hochverräterische Verbindung. Gerade in der zuletzt genannten Denkschrift wird intensiv auf die Frage nach der Substanz von Hitlers Legalitätserklärungen eingegangen. Druck: Staat und NSDAP 1930-1932, S. 95 f. sowie S. 96-155, hier S. 146 ff.
Ungeachtet derartiger Feststellungen wurde in der Rechtssprechung der Weimarer Republik der NSDAP nicht *grundsätzlich* hochverräterische Absichten unterstellt, diese mußten vielmehr von Fall zu Fall bewiesen werden. Dies widersprach dem juristischen Vorgehen gegenüber der KPD, deren staatsfeindlicher Charakter in der Regel als "gerichtsbekannt" vorausgesetzt wurde. Vgl. Gusy, Weimar, S. 178.

22 Paul von Beneckendorff und von Hindenburg.

wohl, denn wir haben Männer gleichen Wesens und Wollens. Wir bauen mit ihnen den kommenden Staat. Wir geben ungezählten jungen Männern die Möglichkeit der Entwicklung.

Das alte Deutschland ist verkalkt und abgeschlossen. Wir haben Tausenden die Möglichkeit gegeben, zum Volk zu sprechen. Überall schälen sich neue Kräfte heraus, die man nicht kannte und nun da sind und unser Volk aufrütteln. Und Hunderttausende sind ebenso bereit zu gehorchen, wie sie den Mut haben zu befehlen.

Wir bauen hart und rücksichtslos den neuen Staat auf[23].

Und all die Männer in unseren Reihen wollen nicht wählen, sondern wollen, daß einer befehle. Wir sind bereit zu erklären: Wir tun, was wir wollen [*sic!*], wir haben den Mut, jeder Gewalt die Stirne zu bieten. Ich kann keinem S.A.-Mann sagen: Wenn du der Bewegung treu bleibst, dann erhältst du eine goldene Uhr[24] (Hunderte rufen: Groener!), ich habe nichts zu geben, als das Vaterland, dem du dienst.

Wir sind stolz darauf, eine Bewegung geschaffen zu haben, die das neue Deutschland bringt, ein Deutschland, nicht unterwürfig, sondern kraftvoll, nicht feige, sondern mutig, nicht zerrissen,

sondern einig. Das heutige Volk zerfällt, aber das neue erwächst.

Am Ende der Geschichte des zweiten Jahrtausends stellen wir ein Volk auf, das das dritte Jahrtausend gestaltet[25].

---

23 Vgl. den Lagebericht Nr. 167/II/30 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 20.3.1930; StA Landshut, Rep. 168/5, Nr. 486. Dort heißt es u. a. : "Das Auftreten der nationalsozialistischen Führer und Redner ist augenblicklich sehr siegesbewußt. Der 'bald kommende nationalsozialistische Staat' ist ein bereits realer Begriff in fast allen nationalsozialistischen Vorträgen geworden. Die augenblicklich bei den Nationalsozialisten herrschende Stimmung wird am besten durch die immer wiederkehrende Feststellung beleuchtet: Heute ist die Frage nicht mehr, ob der Nationalsozialismus siegen wird, sondern lediglich, wann er siegen wird."

24 Vgl. Dok. 32, Anm. 24.

25 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

7. Mai 1930 Dok. 42
Erklärung

VB vom 7.5.1930, "Wieder eine Verleumdung entlarvt".

Die durch die "Münchner Telegramm Zeitung" unter der Überschrift "Riß im Hakenkreuz - Hitler contra Straßer" [1] verbreitete Meldung aus Berlin ist von Anfang bis Ende frei erfunden [2].

Weder besteht in der NSDAP ein Riß [3], noch ein Gegensatz zwischen dem Abg. Straßer und mir. Ebenso steht Graf Reventlow in voller Loyalität zu meiner Person [4]. Anläßlich meiner Anwesenheit in Berlin [5] haben überhaupt keine Auseinandersetzungen stattgefunden. Ich habe mich niemals gegen "preußische Einflüsse" in meiner Partei gewandt, da in ihr nur deutsche Einflüsse vorhanden sind [6].

gez. *Adolf Hitler*

---

1 Der Artikel lautet: "Die Auseinandersetzungen innerhalb der Nationalsozialistischen Partei anläßlich der Anwesenheit Hitlers in Berlin waren sehr stürmisch. Hitler wandte sich scharf gegen die preußischen Einflüsse in seiner Partei und erwiderte die Angriffe, die Graf Reventlow gegen ihn gerichtet hatte. Der Nationalsozialist Straßer erklärte, jedes Budget müsse durch Überbewilligungen ruiniert werden, um das gesamte Staatsgefüge zu zerstören. In der Partei wird der ganze Zwiespalt für einen Gegensatz in 'nördliche' und 'südliche' Parteigruppen erklärt, der sich in den Namen Hitler und Straßer verkörpert." Vgl. Münchner Telegramm Zeitung vom 5.5.1930, "Der Riß im Hakenkreuz. Hitler kontra Straßer".

2 Gemeint sind die Spannungen zwischen Hitler und der Gruppe um Otto Straßer, deren Mitglieder bis zum 4.7.1930 aus der NSDAP ausgeschlossen wurden, bzw. selbst austraten. Vgl. Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 35 ff. sowie Dok. 37, Anm. 15 und Dok. 38, Anm. 4.

3 Zum damaligen Verhältnis Gregor Straßers zu Hitler vgl. den PND-Bericht W.8 der Polizeidirektion Stuttgart vom 7.5.1930 über eine interne Unterredung Gregor Straßers: "*Hitler* sei wirklich der Mann, dem man trauen dürfe. Er selbst (*Straßer*) habe von Tag zu Tag mehr Achtung vor diesem Manne, der mit seinen steigenden Aufgaben auch selbst wachse. Er habe früher Sorge gehabt, ob *Hitler* diesem Arbeitsgebiet vorstehen könne, aber heute sei seine Meinung, daß *Hitler* in der Tat der Mann sei, der einmal die Geschicke Deutschlands zu regeln hätte, wenn auch nicht in nach außen sichtbarer Weise, so doch durch seine vorgeschobenen Männer." StA Bremen, 4,65/1759/300. Vgl. ferner Dok. 38, Anm. 5; Udo Kissenkoetter, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978, S. 41 ff. sowie Lagebericht N/Nr. 91 der Polizeidirektion München vom 23.5.1930; BayHStA, MA 101235/3.
Offene Spannungen bestanden damals vor allem zwischen Gregor Straßer und Goebbels. Vgl. Reuth, Goebbels, S. 163 ff.

4 Zum Verhältnis Reventlows zu Hitler vgl. Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei von Albert Krebs, Stuttgart 1959, S. 220 ff.

5 Hitler war am 29./30.4.1930 über Nürnberg nach Berlin gefahren (Vgl. PND-Bericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 30.4.1930; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth Nr. 1740 (SA I 1976)), wo er am 2.5.1930 im Sportpalast sprach. Vgl. Dok. 41. Am 4.5.1930 nahm Hitler auf dem Oberfränkischen Gauparteitag der NSDAP in Bayreuth den Vorbeimarsch von 2.500 (VB: 4.000) SA-Männern ab. Vgl. Lagebericht Nr.173/II/30 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 31.5.1930; StA Landshut, Rep. 168/5, Nr.490 sowie VB vom 8.5.1930, "Ein Tag der nationalsozialistischen Aufmärsche"; VB vom 10.5.1930, "Heerlager in Bayreuth".

6 Der Erklärung Hitlers ist ein Dementi Gregor Straßers angefügt:
"Ein Teil der Presse verbreitet aus durchsichtigen Gründen die Nachricht, zwischen Adolf Hitler und mir habe sich ein schwerwiegender Gegensatz herausgebildet.
Diese Behauptung ist unwahr. Wahr ist, daß keinerlei Gegensatz zwischen Adolf Hitler und mir besteht. Wahr ist im Gegenteil, daß ich nach wie vor in voller Loyalität hinter seiner Person und hinter seiner Politik stehe.
gez. *Gregor Straßer*."

7. Mai 1930 Dok. 43
Rundschreiben an alle Gauleitungen und sämtliche Redner der N.S.D.A.P.

Masch. Ausfertigung; BA, Slg. Schumacher Nr. 373.

Es ist wiederholt vorgekommen, daß Redner, welche mit Ortsgruppen Versammlungstermine [1] verbindlich vereinbart haben, wenige Tage vorher oder gar in letzter Minute eine Absage erteilten, ja manchesmal überhaupt ohne jede Verständigung der Ortsgruppe ausblieben. Durch ein solches unverantwortliches Verfahren entsteht den Ortsgruppen nicht nur unabsehbarer moralischer, sondern auch finanzieller Schaden, den sie oft nur mit den größten Anstrengungen wieder ausgleichen können.

Ich bestimme deshalb mit sofortiger Wirkung:

Jeder nationalsozialistische Redner, der durch eine zu späte oder nicht genügend begründete Absage einer fest versprochenen Versammlung einer Ortsgruppe Unkosten zufügt oder wer als Redner, ohne die Ortsgruppe überhaupt zu verständigen, den Termin versäumt, ist für den daraus entstandenen finanziellen Schaden persönlich haftbar. Die Ortsgruppen reichen in einem solchen Falle in der Zukunft bei der nächst höheren Dienststelle ihre im einzelnen belegte finanzielle Forderung ein. Die Gauleitungen bzw. die Reichsleitung werden dafür Sorge tragen, daß die verantwortlichen Redner die Begleichung der Auslagen zu übernehmen haben.

Als ausreichender Entschuldigungsgrund kann nur gelten: eine plötzliche Erkrankung des Redners oder ein dringender Dienst innerhalb der Bewegung auf Anordnung der Reichsleitung, für Abgeordnete außerdem wichtige Abstimmungen in den Parlamenten bzw. Landtagen.

Jeder Redner ist aber in solchen Fällen verpflichtet, so früh als irgend möglich seine Verhinderung anzuzeigen und zu begründen.

gez. *Adolf Hitler*

Für die Richtigkeit: Bouhler [2]

1 Zum Umfang der NS-Rednerveranstaltungen vgl. Dok. 21, Anm. 9.

2 Philipp Bouhler (1899-1945), Leutnant a.D., 1922/23 stellvertretender Geschäftsführer der NSDAP, 1924 Geschäftsführer der GVG, 1925-1934 Reichsgeschäftsführer der NSDAP, 1934 Polizeipräsident von München, 1934-1945 Chef der Kanzlei des Führers der NSDAP, 1945 Selbstmord.

9. Mai 1930 Dok. 44
Rede auf NSDAP-Versammlung in Gotha [1]

Der Nationalsozialist Folge 21, "Adolf Hitler in Gotha" [2].

Der Minister Frick hat eigentlich schon in einem Satz gesagt [3], worum wir kämpfen und weshalb wir heute hier sprechen. Wir glauben nicht, daß durch eine Wahl in einer Kommune [4] oder in einem Lande [5] das Schicksal Deutschlands gewendet wird, aber dennoch ist jede Wahl in unserem Sinne ein Baustein für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes. Das Schicksal einer Kommune, das Schicksal eines Landes ist eines. Wir können nicht etwa eine Stadt oder ein Land aus dem Gesamtschicksal des Volkes herausheben, können nicht einer einzelnen Stadt, einem einzelnen Land, einem einzelnen Stand oder Beruf Rettung bringen. Diejenigen Partei-

---

1 Im Schießhaussaal, abends. Die öffentliche Versammlung, an der laut Vorlage 3.000 Personen teilnahmen, wurde von MdL Paul Hennicke geleitet. Vor Hitler sprach der thüringische Innen- und Volksbildungsminister Frick.
Parallel hierzu liefen zwei weitere Großveranstaltungen: im Saal des Gothaer Landestheaters, auf der Frick und Gauleiter Fritz Sauckel sprachen, sowie im Parkpavillon, wo MdL Paul Papenbrook und Staatsrat Marschler als Redner auftraten.

2 Vgl. auch Gothaer Volksfreund vom 10.5.1930, "Die Bewegung der Geistlosigkeit"; Gothaisches Tageblatt vom 10.5.1930, "Hitler in Gotha"; VB vom 20.5.1930, "Kampf und Erfolg in Gotha"; Gothaer Beobachter vom 20.10.1936, "10 Jahre NSDAP in Gotha" (Sonderbeilage).

3 Laut Vorlage hatte Frick vor seiner Rede auf einer Parallelveranstaltung im Landestheater die Versammlung kurz eröffnet: "Ich hoffe, daß Sie heute abend unser Führer von der Notwendigkeit dieser Bewegung überzeugen wird, damit bald das Wort wahr werde: Deutschland erwache!"

4 Gemeint ist die für den 11.5.1930 vorgesehene Kommunalwahl in Gotha; ihr Ergebnis lautete:

Ergebnis (in Sitzen)

	1926	1930
KPD	11	10
DNVP	14 (zusammen mit DVP)	4
DVP	–	4
DDP	1	1
SPD	3	3
Wirtschaftspartei	3	2
Angestelltenliste	1	–
NSDAP	2	11
	35	35

Vgl. VB vom 13.5.1930, "Fricks Rechtfertigung: N.S.D.A.P. in Gotha verfünffacht".

5 Möglicherweise Anspielung auf die Landtagswahl in Thüringen (vgl. Dok. 2, Anm. 12) sowie die politische Entwicklung in Sachsen. Der sächsische Ministerpräsident Wilhelm Bünger (DVP) hatte am 18.2.1930 seinen Rücktritt erklärt, nachdem sich im sächsischen Landtag 63 Abgeordnete für einen Mißtrauensantrag der NSDAP - bei 24 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen - ausgesprochen hatten. Nachdem Walther Schieck (DVP) als Kandidat der bürgerlichen Parteien am 6.5.1930 mit 46 von 90 Stimmen zum neuen Ministerpräsidenten gewählt worden war, wurde im sächsischen Landtag bereits am 21.5.1930 ein Antrag von SPD, KPD und NSDAP zur Auflösung des Landtags mit 50 gegen 46 Stimmen angenommen. Vgl. Joachim Woelker, Das Staatsleben unter der Sächsischen Verfassung vom 1. November 1920 in der Zeit vom 31. März 1927 bis zum 11. Juli 1931, Leipzig 1933, S. 99 ff.

en haben es so leicht, die sich nur an einzelne Gruppen von Menschen wenden. Es ist leicht, nur zu Arbeitnehmern zu sprechen davon, was diese gerne hören, oder das zu den Arbeitgebern zu sagen, was diese gerne hören wollen, oder zu den Bauern zu sprechen, wie es denen gefällt. Unendlich viel schwerer ist es, wenn eine Partei kommt wie unsere Bewegung, *die sich an das ganze Volk wendet*, dann hört die billige Schlagwortpropaganda auf. Da kann man nicht mit kleinen Wirtschaftsrezepten kommen. Die Wirtschaft ist nicht das verbindende Element. Sie ist das trennende, das auseinanderreißende. Was die Menschen eines Volkes zusammenfügt, sind ganz andere Dinge, *sind bestimmte große Ideale.* Noch niemals hat Wirtschaftspolitik im Leben der Völker Staaten geschaffen. Das ist immer nur nach bestimmten Idealen geschehen. Sind diese zusammengebrochen, so ist auch immer die Wirtschaft mit zusammengebrochen. Solange Deutschland machtpolitisch, d. h. in ideeller Beziehung groß war, war es auch wirtschaftlich stark, das vergangene Reich ist nicht durch die Wirtschaft gemacht worden. Es ist geschaffen worden

vom deutschen Soldaten!

Alle Versuche, die Wirtschaft durch kleine Reformen von außen zu retten, sind sinnlos. Das Endergebnis wird auch niemals die Freiheit sein. Es gibt kein Volk in der Geschichte, das sich seine Freiheit durch Wirtschaft erkauft hätte.

Erwarten Sie von uns nicht, daß wir vor Ihnen

Tagesfragen

behandeln. Mit Tagesfragen meistert man nicht die Geschicke eines Landes, auch nicht die einer Kommune. Wir sind nicht hier, um Ihnen zu zeigen, ob wir sie auch so gut meistern wie die anderen. Glauben Sie mir, wir beherrschen sie gerade so gut wie die Redner der anderen Parteien. Vielleicht ist unser Parteigenosse Dr. Frick einmal in ein Ministeramt eingesetzt worden [6] gerade deshalb, um Ihnen einmal zu beweisen, daß wir sie noch viel besser meistern. (Starker Beifall.) Die heutigen Tagesfragen sind überhaupt nur die Ausflüsse der großen poli-

Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen vom 22.6.1930:

Stimmenanteile in Prozent	1929	1930
KPD	12,8%	13,6%
SPD	34,2%	33,4%
DDP	4,3%	3,2%
Zentrum	0,9%	–
DVP	13,4%	8,7%
DNVP	8,0%	4,8%
NSDAP	5,0%	14,4%
Wirtschaftspartei	11,3%	10,6%
Alte SPD	1,5%	0,7%
Volksrechtspartei	2,6%	1,7%
Sächsisches Landvolk	5,2%	4,6%
Volksnationale Reichsvereinigung	–	1,5%
Christlich-sozialer Volksdienst	–	2,2%
Sonstige	0,8%	0,6%

Vgl. Falter u.a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 108 sowie Dok. 65.

6 Vgl. Dok. 7, Anm. 5.

tischen Versager des letzten Jahrzehntes. Die heutigen sogenannten Tagesfragen sind die Folgeerscheinungen aus der einmaligen fehlerhaften Tat der Waffenstillstandsverhandlungen [7] und des Versailler Diktats [8]. Und neuerdings wieder der Young-Politik im Haag [9]. Niemand anderes als Schacht, der wahrhaftig nicht zu uns gehört, hat gewarnt [10]. Jetzt bezahlen wir auf Youngs [11] Vorschlag sämtliche Schulden der Welt zusammenaddiert und 50 % dazugenommen. Deutschland bezahlt jetzt 7-800 Millionen freiwillig mehr als bisher [12]. Sie bedeuten das Elend der Länder und der Kommunen bis in alle Einzelheiten, das Elend von Millionen von Menschen.

Da kommt man nun mit dem *Abbaurezept* [13]. Wohlverstanden: *Abbau von unten.* Je höher man dann kommt, desto weniger ist vom Abbau zu spüren, oben wird sogar noch *aufgestockt*! Nein, damit schaffen wir es nicht. Wollen wir mit dem Wandel unseres Gesamtschicksals beginnen, so müssen wir einen

Wandel der Gesinnung

herbeiführen. Erwarten Sie also *keine Versprechungen.* Halten Sie mich nicht für so blöde, daß ich nicht zu sagen und zu versprechen wüßte, was irgendein Sekretär einer Partei verspricht und erzählt. Wenn ich zu einer Wahl spreche, so geschieht es allein in der Hoffnung, die Menschen meines Volkes einen Schritt vorwärts zu bewegen. Wir suchen

neue Machtpositionen

zu gewinnen, aber wegen irgendeines Amtes geben wir die Gesinnung niemals auf. Geht es jetzt nicht, dann geht es leichter in zwei Jahren und wenn dann noch nicht, dann geht es in fünf Jahren. Wir haben nur die Aufgabe, *unseren Geist allmählich in die Nation hineinzutragen.* (Starker Beifall.)

Wir müssen heute die wesenhaften *Unterschiede zwischen*

Marxismus und Nationalsozialismus

endlich erkennen. Hauptsache für den Marxismus ist *die wirtschaftliche* und *die gesellschaftliche Struktur* des Staates. Für den Nationalsozialismus dagegen sind die drei Vorbedingungen: die *Fähigkeit des Volkstums und der Rasse,* zweitens *die Kraft der Persönlichkeit* und

---

7 Gemeint sind die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen den Alliierten und dem Deutschen Reich vom 8.11. bis 11.11.1918. Vgl. Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrage der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928.

8 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

9 Vgl. Dok. 5, Anm. 5 sowie Dok. 6, Anm. 2.

10 Vgl. Dok. 6, Anm. 10.

11 Owen D. Young (1874-1962), 1896-1913 Rechtsanwalt in Boston, 1913-1933 Rechtsberater der General Electric Company, 1922-1939 und 1942-1944 deren Vorstandsvorsitzender, 1928/29 Vorsitzender der Sachverständigenkonferenz zur Reparationsfrage.

12 Vgl. Dok. 6, Anm. 6.

13 Die von der Regierung Brüning durchgesetzten Steuererhöhungen (vgl. Dok. 36, Anm. 10 und 12) hatten nicht ausgereicht, das beträchtliche Haushaltsdefizit des Deutschen Reichs abzubauen. Nachdem am 28.4. 1930 ein Gesetz zur Vorbereitung der Finanzreform verabschiedet worden war, hatte der Reichsminister der Finanzen Moldenhauer am 30.4.1930 in einer Kabinettssitzung ein Sparprogramm vorgeschlagen, bei dem "auf allen Gebieten [...] die Ausgaben stark gesenkt" werden sollten. Am 8.5.1930 war dieses Sparprogramm Thema einer Fraktionsführerbesprechung im Reichstag. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 1, Dok. 21 und 29.

drittens *der Grund und Boden.* Der Marxismus hat geglaubt, daß in seinen wirtschaftlichen Theorien Entwicklung und Fortschritt beruhten. Er hat unterschätzt, daß wesentlicher als alle Theorien der Boden ist, der Weizen und Brot schafft. *Vor allem kommt es auch auf die Rasse* an. Eine schlechte Rasse auf gutem Boden schafft nichts. Traktoren und andere Maschinen, die sich zum Beispiel der russische Marxismus von kulturell entwickelten Nachbarvölkern borgt [14], ersetzen nicht die schöpferische Kraft einer Rasse. Endlich brauchen wir die *Erkenntnis des Wertes der Persönlichkeit.* Ein noch so tüchtiges Volk versagt, wenn es die Majorität sprechen läßt. *Entschlußkraft ist immer nur bei der Minderheit.* Wenn der Marxist die Führung der Masse anvertraut, so will der Nationalsozialist *die Führung den fähigsten Köpfen* auf allen Gebieten des Landes anvertrauen.

Hitler gibt sodann drastische Beispiele für die Unsinnigkeit der *Verantwortungslosigkeit* und des *Dilettantismus im parlamentarischen System,* das dem Grundprinzip widerspricht, daß die Leistung immer an die Persönlichkeit gebunden ist. Majoritäten haben keine Fach- und Sachkenntnis. *Die ganze Welt kann demokratisch verseucht werden. Dann wird aber eines Tages die Welt von demjenigen Staate beherrscht werden, in dem das Führerprinzip, in dem die fähigsten Köpfe herrschen.*

Wir müssen endlich auch erkennen, daß die meisten geschichtlichen Prozesse eine Auswirkung einer zu groß gewordenen *Spannung zwischen Lebensraum und Volkszahl* sind. Diese Spannung zu beheben ist die vornehmste Aufgabe der Außenpolitik. Es gibt hier *drei Wege. Erstens die Anpassung des Raumes an die Volkszahl. Zweitens die Anpassung der Volkszahl an den Raum. Drittens weltwirtschaftliche Experimente.* Dieser dritte Weg hat zu der Katastrophe von heute geführt. *Unser Weg* heißt *Anpassung des Bodens an die Volkszahl.* "Anpassung der Volkszahl an den Boden" ist der marxistische Weg. Er führt zur Geburtenbeschränkung, zur künstlichen Reduzierung der Bevölkerungszahl, zur Auswanderung der Tüchtigsten und der rassisch Besten und damit zum Stillstand der Entwicklung und zum Niedergange der Nation. Wenn man den nationalsozialistischen Standpunkt *imperialistisch* nennt, so fragen wir uns, was denn *"Imperialist"* heißt. Jeder Mann, der sich ein Weib nimmt und einem Kinde das Leben gibt, ohne selbst aus der Welt zu scheiden, und der will, daß sein Kind Brot hat, der ist Imperialist. Die treibende Kraft alles Lebens ist die Lebenserhaltung. Jede höhere Entwicklung wird abgeschnitten, wenn man der marxistischen Wahntheorie folgt. Es geht um den Kampf des Stärkeren gegen [*den*] Schwächeren. Das eherne Gesetz bleibt bestehen, daß das Bessere des Guten Feind ist, daß das Schwache zugrunde gehen muß. Das Gegenteil wäre Rückentwicklung. Wenn Sie sagen, das sei brutal und barbarisch, so glauben Sie mir, die Natur ist dieser Auffassung nicht. Sie ist nur vernünftig und stellt sich ewig auf die Seite des Kräftigeren und Gesünderen. Die Bodenfrage ist losgelöst von jeder humanen oder moralischen Frage. Ein Volk, das leben will, hat die tiefe Berechtigung, Boden zu nehmen und zu

---

14 Die Werbung ausländischer Investoren war Teil der sog. Neuen Ökonomischen Politik, mit der die sowjetrussische Führung seit 1921 das wirtschaftliche Desaster zu bewältigen suchte, das Erster Weltkrieg, Bürgerkrieg und Kriegskommunismus hinterlassen hatten. Diese Konzessionen an die Mechanismen einer freien Marktwirtschaft sorgten für eine begrenzte wirtschaftliche Erholung der UdSSR und prägten deren Wirtschaft bis Ende der 20er Jahre. Vgl. Christine A. White, British and American Commercial Relations with Soviet Russia, 1918-1924, Chapel Hill 1992.

bebauen. *Der Herrgott hat die Erde nicht ein für alle Male unter die Völker verteilt oder gar den Völkerbund von Genf als Grenzwächter eingesetzt.* Mein Ziel ist, daß mein Volk seinen Anspruch auf Leben vertritt. Wenn die Auswanderung so weiter geht, verlieren wir in 10 Jahren 700.000 gesündeste Menschen [15]; in hundert Jahren 70.000.000!

Hitler bekämpft entschieden die sogenannte "wirtschaftsfriedliche Eroberung" des Weltmarktes, durch die wir ja bis zum Weltkriege auf den Absatzmärkten die Feindschaft der ganzen Welt heraufbeschworen haben. Es gibt nur *einen Schlüssel zum Weltabsatzmarkt,*

das ist das Schwert, die Waffe.

Die jetzt wieder akut gewordene Frage England - Indien ist eine reine Machtfrage der Lebenserhaltung [16]. England hängt nun einmal vom Import und Export ab. Verzichtet es auf diesen Lebenskampf, dann verhungert eben das englische Volk [17]. Aber nicht die Millionäre verhungern, sondern die Proletarier. Es ist lächerlich, wenn Sie heute dem *Bauern* helfen wollen und dennoch auf die *Macht* verzichten. Nicht auf die Zahl der Waffen kommt es zuerst an, sondern auf den *Willen zum Widerstand. Die Basis unseres Wiederaufbaues ist ewig*

das Blut.

Wenn Sie glauben an den Sieg des Marxismus oder des Bürgertums, so sagen wir Ihnen, daß heute die

internationalen Finanzmächte

siegen. Unsere aller Souveränität entkleidete Nation muß in eine neue geschlossene Form gebracht werden. Wir können heute mit Waffen nichts anfangen, wenn ihre Träger nicht willens sind zu kämpfen. *Ein Feigling mit der Waffe in der Hand wird sich immer weniger verteidigen als ein tapferer Mann ohne Waffe. Es ist leider echt deutsch, heute Hoffnungen auf allerlei zu hegen, nur nicht auf die eigene Kraft.* Es ist bezeichnend, daß man heute ruft:

"Es lebe der indische Freiheitskampf!" [18]

und "Es lebe die deutsche Unterwerfung!"

Nennen Sie mir einen einzigen Fall in der Geschichte, in dem ein Volk durch *Arbeit und Unterwürfigkeit* frei geworden wäre, und ich will bekehrt sein. Der verstorbene Herr Stresemann glaubte immer erfüllen zu müssen [19], weil er kein starkes Volk hinter sich habe. Kommt aber nun jemand, der das Volk stärken will, dann heißt es: Ruhe, um Gotteswillen Ruhe, ihr stört uns die Erfüllungspolitik [20]!! Hätten wir heutzutage Waffen, so wäre es wohl möglich, daß sie morgen verschoben würden. Es gibt heute zwei Menschenarten [*sic!*] in Deutschland.

---

15 Im Jahr 1929 wanderten 48.734 Deutsche aus, 1930 fiel diese Zahl weiter auf 37.399. Die Auswanderung aus dem Deutschen Reich hatte 1923 mit 115.431 Menschen ihren Höhepunkt erreicht. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978, S. 30.

16 Vgl. Dok. 49, Anm. 13.

17 Zur damaligen wirtschaftlichen Bedeutung Indiens vgl. Dietmar Rothermund, Indiens wirtschaftliche Bedeutung. Von der Kolonialherrschaft bis zur Gegenwart, Paderborn 1985, S. 93 ff.; The Cambridge Economic History of India, Vol. 2: c.1757-c.1970. Ed. by Dharma Kumar with the editorial assistance of Meghnad Desai, Cambridge 1983, passim.

18 Vgl. Dok. 49, Anm. 12 und 16.

19 Zur außenpolitischen Konzeption und Leistung Stresemanns vgl. z. B. Michalka/Lee, Gustav Stresemann.

20 Vgl. Dok. 7, Anm. 8.

Die eine vertraut auf sich selbst, die andere wendet sich um Hilfe an andere Menschen. *Erheben wird sich aber immer nur der Mann, der auf sich selbst vertraut.*

Wenn Sie fragen, woher denn das marxistische Gift komme, so erklären wir, daß die deutsche Intelligenz die Quelle ist. Da hat man zuerst *in internationalen Kulturidealen geschwelgt* [21]. *Von da begann die Verfälschung. Wie man oben handelt, so macht's allmählich unten die Masse nach.*

Die Voraussetzung für unseren Wiederaufstieg ist ein

hundertprozentiger Nationalismus

unseres Volkes. Der oberste Glaubenssatz unseres Programms, d. h. unserer Weltanschauung ist nur der:

Mein Volk muß gerettet werden.

Andere Völker mögen von anderen gerettet werden! Vor wenig mehr als 10 Jahren standen wir mit den anderen Völkern als Feinde im Feld. Jetzt soll ich mich aufregen über die Freiheit anderer Völker? *Nein, nur das Schicksal meines Volkes, die Freiheit meines Volkes kümmert mich!* (Tosender Beifall.)

Nicht die Wirtschaft wird die bestehenden Klüfte im Volke überbrücken, sondern nur

ein fanatischer Nationalismus.

Wenn du wirtschaftlich denkst als Angehöriger der Intelligenz, *dann wundere dich doch bitte nicht, wenn der Arbeiter auch so denkt.* Wenn du das Heil in der Dividende siehst, dann wundere dich nicht, wenn der Mann von links alles auf die Lohnfrage stellt. Es muß endlich *ein ganz anderes Denken im gesamten Volke* eintreten. Unser Herr ist nicht die Wirtschaft, sondern das Schicksal des Volkes. Das deutsche Volk ist immer *größter Ideale fähig* gewesen. Der gemeine Feldsoldat hat nicht viereinhalb Jahre für irgendwelche wirtschaftlichen Vorteile gekämpft, sondern für bestimmte Ideale, zuletzt *für das ganze Volk.* Wieviele Jahrhunderte hat es zum Beispiel um religiöse Ideale gekämpft!

Indem ich an Deutschland glaube und indem ich mich allein für mein Volk einsetze mit allem, was ich bin und habe, bin ich ja

Sozialist.

Wir lassen uns heute für unser Volk totschlagen, nicht für Bürger, nicht für Proletarier. So verstehen Sie den Namen Nationalsozialist. *Unser Sozialismus ist keine weinerliche Idee von Mitleid. Ich kenne nur Deutsche gleichen Blutes und gleichen Wesens, ich kenne nur noch Volksgenossen.* Ich will wahrhaftig nichts anderes als nach diesen Prinzipien regeln und ordnen und nicht einreißen. Das eine wissen wir, daß wir mit unserem Führerprinzip schon hunderttausenden von jungen Menschen den Weg gezeigt und tausende zu Führern entwickelt haben [22]. Immer haben wir in unserer Bewegung zur *Verantwortung* und zu *persönlichem Mut* erzogen. *Vor solcher Jugend haben die alten Parteien Angst, sie haben ja Angst*

vor jedem Manne.

---

21 Vgl. Dok. 49, Anm. 15.

22 In Hinblick auf ihre Mitgliederstruktur war die damalige NSDAP eine eminent junge Partei, allein die KPD besaß einen vergleichbar hohen Anteil an Mitgliedern unter 30 Jahren. Lag das Durchschnittsalter der Mitglieder der NSDAP 1920 noch bei 34, so sorgte der hohe Zugang an jungen Leuten, daß sich das Durchschnittsalter in der NSDAP zumindest bis 1927 weiter verjüngte. Vgl. Kater, Nazi Party, S. 139 ff.

Glauben Sie mir, es ruhen noch *unermeßliche Kräfte in unserem Volke.* Oder stimmt es nicht, was ich von den alten Parteien sage? *Lassen Sie doch einmal die Deutsche Volkspartei antreten zum Kampf gegen den Kommunismus!* (Tosendes Gelächter und Beifall.) Wenn wir dann zu diesem Kampfe antreten, dann heißt es für uns: *Polizei, gib die Straße frei!* Das junge Deutschland *kann* marschieren und *wird* marschieren. (Stürmischer Beifall.) *Wir appellieren nur an die junge Kraft der Nation.* Nicht an Demokraten und Volksparteiler. Dann werden wir eines Tages dem Persönlichkeitsgedanken zum Durchbruche verhelfen. Wir erziehen zur Erkenntnis der Notwendigkeit des Kampfes. *Aber ich bin kein Kriegshetzer. Ich bin ein Friedenshetzer.* Ich wünsche meinem Volke den *Frieden,* aber ich wünsche ihm

nicht den Tod.

Es wird aber immer nur den Frieden haben, wenn es bereit ist, für ihn zu kämpfen. (Starker Beifall.) In unserer Bewegung ist der Führergedanke lebendig. Es gibt nur eine Verantwortung nach oben und die unbedingte Autorität nach unten - im genauen Gegensatze zur jüdischen Demokratie.

Allem Spott zum Trotz ist unsere Bewegung weiter gewachsen [23]. In einem Jahre werden Sie sehen, daß sie es um das Dreifache ist.

Wir wollen den Staat der Disziplin in den jetzigen Staat hineinstellen. Wer uns die Hand entgegenstreckt, dem schlagen wir ein, wer uns aber die Faust zeigt, dem brechen wir Sie ab. Was wir sind, sind wir durch uns allein, was ich bin, bin ich nicht durch irgendein Sekretariat, nicht durch irgendein Geschenk oder Anstellungsdekret. Unsere Sache ist nicht mehr aufzuhalten. Was haben sie nicht alles schon versucht! Das Bürgertum ist zum größten Teile feige gewesen. Wer zu Hause feige ist, ist's auch nach außen. Auch der Politiker muß persönlich mutig sein. Betrachten Sie eine Persönlichkeit wie *Bismarck* und dann nehmen Sie die Herren Politiker der bürgerlichen Parteien! Wenn man bei grasenden Pferden vorbeigeht und ein Trompetensignal erschallen läßt, dann wird nur dasjenige Pferd reagieren, das an den Krieg gewöhnt ist. Die anderen Gäule werden weiter grasen. Wenn heute ein Stresemann in die Nation hineinruft, so kommen natürlich nur die Stresemann-Naturen gelaufen, wenn aber einer zum Kampfe ruft, so kommen nur die Kämpfernaturen. (Tosender Beifall.)

Volksgenossen! Wenn Sie glauben, daß durch Kommunalwahlen und Tagesfragen Deutschland gerettet werden könne, so wählen Sie nicht uns, sondern die alten Parteien. *Wenn Sie aber einen grundsätzlichen Wandel des Systems wollen, dann wählen Sie uns. Nicht die Wahlzettel werden entscheiden, nein, bei jeder Wahl werden Seelen eingeschrieben für den Kampf des deutschen Volkes für seine Ehre, seine Freiheit und sein Brot.*

---

23 Vgl. Dok. 11, Anm. 22, Dok. 36, Anm. 15 sowie Dok. 41, Anm. 13.

10. Mai 1930 Dok. 45
"GRUSA VIII. Grundsätzliche Anordnungen der SA [1]
SA und Uschla (Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß)" [2]
Anordnung

Gedrucktes Exemplar; IfZ, F 28.

A.

Allgemeines.

1.) *Ausschluß aus der SA ist SA-Angelegenheit. Er wird nur von der SA bearbeitet und von dem zuständigen SAF[ührer] vollzogen* [3].

Ausschluß aus der Partei ist Partei-Angelegenheit. Er wird nur von den zuständigen Parteidienststellen bearbeitet und vollzogen. Das Verfahren richtet sich gleichmäßig gegen alle Pg einschließlich SA-Männer (und SAF).

2.) Der Partei-Ausschluß wurde in den Anfängen unserer Organisation vom polit. Leiter beschlossen und durchgeführt. Später trat als seine Untersuchungs- und Beratungsstelle der Uschla hinzu. Heute ist die Entwicklung und der Ausbau der Partei-Gerichtsbarkeit noch weiter vorgeschritten:

Der Partei-Ausschluß wird allein von ordentlichen Partei-Gerichten (Uschla) untersucht und beschlossen.

Der polit. Leiter muß den Spruch des Uschla genau und unverändert vollstrecken. Nur kann er durch Verweigerung der Vollstreckung die Angelegenheit unvollstreckt vor den nächsthöheren Uschla zur erneuten Behandlung bringen.

Vollstreckt der Leiter das Ausschlußurteil, so tritt dieses sofort in Kraft (Ausnahmen siehe Ziffer 4). Etwaige Beschwerde muß unverzüglich eingelegt werden; jedoch bleibt der Ausschluß bis zum Urteil der nächsthöheren Instanz in Kraft; d. h. ein ausgeschlossener SA-Mann ist gleichzeitig aus der SA ausgeschlossen (Grusa III, Ziffer 1 [4]). Beschwerderecht hat nur der, der bereits 1 Jahr Pg ist.

---

1 Mit Rundschreiben Nr. 3 (USchlA R. L. Brf. Nr. 82 M III) vom 18.12.1930 des Vorsitzenden des Reichs-Uschla, Walter Buch, wurde diese Anordnung außer Kraft gesetzt; IfZ, F 28. Sie wurde am 15.4.1931 durch die "Richtlinien für die Untersuchungs- und Schlichtungsausschüsse der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (USchlA)" ersetzt. Druck: Bd. IV/1, Dok. 95.

2 Zu Aufgabe und Organisation des parteiinternen Gerichtswesens der NSDAP vgl. Donald M. McKale, The Nazi Party Courts. Hitler's Management of Conflict in His Movement, 1921-1945, Lawrence/Kansas 1974. Zur Entwicklung dieser Einrichtung vgl. Bd. I, Dok. 146; Bd. II/1, Dok. 1; Bd. III/1, Dok. 25; Bd. III/2, Dok. 70.

3 Mit dem Anwachsen der NS-Bewegung nahmen die Spannungen zwischen SA und politischer Parteiorganisation der NSDAP zu, die sich zum Teil in heftigen Konflikten entluden. Die Anordnung ist als Reaktion auf diese Entwicklung zu verstehen. Vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 100 ff. sowie Werner, SA und NSDAP, S. 402 f.

4 Ziffer 1 der GRUSA III vom 3.6.1927 lautet: "Die SA ist eine Einrichtung der NSDAP. In die SA können nur Mitglieder der NSDAP aufgenommen werden. Ausschluß aus der NSDAP bedeutet ohne weiteres gleich-

Es gibt einen Orts-Uschla, darüber den Gau-Uschla und darüber als letztes, den Reichs-Uschla.

Für die Uschla gibt es eingehende "Richtlinien vom August [*19*]29" [5]. Sie enthalten in 6 Abschnitten den Zweck, die Bildung, die Zuständigkeit, das Verfahren, den Beschwerdeweg und besondere Anordnungen. Die Richtlinien gehen hiermit gedruckt jedem Staf und jeder höheren Dienststelle zu.

B.

SA-Mann und Uschla.

3.) *Für das Partei-Ausschlußverfahren gegen den SA-Mann (und SAF) ist in erster Instanz der Orts-Uschla zuständig.*

Für das Partei-Ausschlußverfahren gegen Sturmf[*ührer*] *und Sta*[*ndarten*]*f*[*ührer*] *ist jedoch in erster Instanz der Gau-Uschla zuständig* (Verfg. d. 1. Partei-Vors.[*itzenden*] [6] v. 27. 4. 30) [7]. Hierzu rechnen die anderen den Sturmf und Staf gleichgesetzten SAF; Adj[*utant*]-Sta[*ndarte*] rechnen zu den Sturmf; 1. Adj-Bri[*gade*] und -Gaust[*ürme*] rechnen zu den Staf.

Für das Parteiausschluß-Verfahren gegen Bri[*gade*]*f*[*ührer*], *Ob*[*er*]*f*[*ührer*], *Osaf-Stellv*[*ertreter*] *und dessen 1. Adj ist allein der Reichs-Uschla zuständig* (Verfg. d. 1. Partei-Vors. v. 27. 4. 30).

4.) Dadurch, daß ein Ausschlußurteil erster Instanz sofort vorläufige Wirksamkeit erhält, obwohl die Beschwerde hiergegen noch läuft und das Verfahren also noch nicht abgeschlossen ist, kann die Führerautorität eines angeklagten Führers sehr gefährdet werden. Für eine ganze Reihe von Führern sind daher durch Verfügung des 1. Partei-Vors. v. 27. 4. 30 Ausnahmen gemacht.

Ein Partei-Ausschlußurteil gegen einen SAF wird erst wirksam, wenn die 2. Instanz dasselbe Urteil fällt.

Ein Ausschluß-Urteil gegen einen SAF wird automatisch der 2. Instanz überwiesen, ohne daß Beschwerde des SAF hierzu nötig ist.

Ein Urteil gegen Gru[*ppen*]f[*ührer*] [8] und Tr[*upp*]f[*ührer*] wird also erst wirksam, wenn der Gau-Uschla dasselbe Urteil fällt; gegen Sturmf und Staf erst, wenn München [9] zustimmt; gegen die höchsten SAF kann überhaupt nur vor höchster Instanz Klage-Antrag gestellt werden (Ziff. 3).

---

zeitigen Ausschluß aus der SA. Für den etwaigen Ausschluß höherer SA-Führer (Sturmf[*ührer*] und höher) sind Sonderbestimmungen der Parteisatzung in Vorbereitung." Druck: Bd. II/1, Dok. 139.

5 Druck: Bd. III/2, Dok. 70.

6 Hitler.

7 Nicht ermittelt.

8 Zum damaligen Zeitpunkt rangierte in der SA-Hierarchie der Gruppenführer noch unter dem Truppführer; die Stärke einer Gruppe umfaßte 3-13 Mann, mehrere Gruppen bildeten einen Trupp. Vgl. Bd. II/1, Dok. 141, 142. Mit der Neugliederung der SA wurde die Gruppe zur Bezeichnung der größten SA-Formation; sie sollte nicht über 15.000 Mann überschreiten. Vgl. Bd. IV/1, Dok. 60.

9 Gemeint ist die Reichsleitung der NSDAP.

5.) *Der beschuldigte (d. h. angeklagte) SA-Mann muß vom Uschla schriftlich mit dem Eröffnungsbeschluß und dem Inhalt der Beschuldigung bekanntgemacht und vorgeladen werden.* (Richtlinien § 16/2) [10].

Der SA-Mann muß sich sofort mit den Original-Schriftstücken zu seinem Staf begeben.

Ist der Angeklagte ein Staf oder höherer SAF, so muß er sich zu seinem nächsten Vorgesetzten begeben. Ist das nicht möglich, so sind diesem die Uschla-Schriftstücke postwendend zuzusenden.

Der Beschuldigte, der sich nicht sofort meldet und die Uschla-Schriftstücke im Original vorlegt, wird wegen Ungehorsam aus der SA ausgeschlossen. Dieser Befehl muß allen SA-Männern bekannt sein.

6.) Der Staf (bzw. nächst-höhere Saf) kann nötigenfalls schon auf die Uschla-Schriftstücke den SA-Ausschluß veranlassen.

Er kann nötigenfalls den Beschuldigten sofort vom Dienste entheben. Er muß dies tun, wenn die Beschuldigung geeignet ist, die Befehlsführung zu behindern und obendrein nicht aus der Luft gegriffen erscheint. Scheint die Beschuldigung aber dem Staf pp. [11] gänzlich unbegründet, so kann er gegen die Eröffnung des Verfahrens Einspruch erheben. Der Einspruch ist schriftlich gleichzeitig an den Vors. des Gau-Uschla, an den Gauleiter und an den diesem entsprechenden SAF zu richten.

Der Gauleiter hält eine gemeinsame Aussprache und Beratung zwischen diesen 3 Personen ab und entscheidet. Gegen die Entscheidung steht dem SAF Beschwerde zu. Die Beschwerde ist schriftlich gleichzeitig an Osaf und den Vors. Reichs-Uschla zu richten, Abschriften an den Gauleiter, an den Vors. Gau-Uschla, an alle vorgesetzten Saf, die zwischen dem Beschwerdeführer und Osaf stehen. Osaf und Vors. Reichs-Uschla entscheiden gemeinsam.

Bis zu dieser Entscheidung muß das Anklage-Verfahren vollständig ruhen (Verf. d. 1. Partei-Vors. v. 27. 4. 30).

7.) Nimmt das Verfahren gegen den SA-Mann seinen Lauf, so ist der SA-Mann durch seinen Staf über die notwendigen Einzelheiten von Grusa VIII zu belehren.

8.) Der Beschuldigte braucht sich zur Anklage schriftlich nicht zu äußern. Tut er es aber doch, so hat er dieses Schriftstück oder eine Abschrift dem Staf (bzw. höheren SAF) zur Einsicht vorzulegen.

9.) *Zeugen, die SA-Männer sind, müssen sich ebenfalls gemäß Ziffer 5 und 8 verhalten.*

10.) Zur Hauptverhandlung haben der Beschuldigte (sofern nicht dienstenthoben) und die Zeugen, sowie etwa sonst geladene SAF im Dienstanzuge zu erscheinen.

---

10 § 16, Abs. 2 der Richtlinien für die Untersuchungs- und Schlichtungsausschüsse der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vom August 1929 lautet: "Der Beschuldigte ist mit dem Eröffnungsbeschluß und dem Inhalt der Beschuldigung bekanntzumachen und zur mündlichen Einvernahme vor den USchlA zu laden." Druck: Bd. III/2, Dok. 70.

11 Über dem Standartenführer rangierte in der damaligen SA-Hierarchie der Brigadeführer, der Gausturmführer, der stellvertretende Oberste SA-Führer, der Oberste SA-Führer Vgl. Bd. II/1, Dok. 141, 142.

11.) Der Urteilsspruch des Uschla ist vom Vorsitzenden gleichzeitig dem polit. Leiter und dem Staf (bzw. höheren SAF) möglichst unmittelbar nach der Hauptverhandlung mit eingehender Begründung schriftlich mitzuteilen (Richtlinien § 17, b [12] und Verfügungen des 1. Partei-Vors. v. 27. 4. 30).

C.

SA-Dienst und Uschla.

12.) *Für innere Angelegenheiten der SA sind allein die vorgesetzten SAF, nicht die Uschla, zuständig. Hierzu gehören insbesondere alle SA-Diensthandlungen.*

Beispiel: Letzthin erhoben einige aus der SA Ausgeschlossene folgende 3 Vorwürfe gegen ihren SAF: Er habe einen unbotmäßigen SA-Mann schwer verprügelt, er habe sich im SA-Dienst betrunken, er habe von Nürnberger SA-Freifahrkarten [13] zunächst sich selber eine genommen. Der Uschla eröffnete eine Untersuchung. Das war falsch, weil es sich in allen 3 Fällen um SA-Angelegenheiten handelte.

13.) *Glaubt ein Uschla oder ein polit. Leiter, daß ein SA-Mann oder SAF durch SA-Diensthandlungen gegen das Partei-Interesse verstoßen habe, so hat er den vorgesetzten SAF zur Untersuchung und zum Einschreiten aufzufordern.*

Der SAF hat der Aufforderung unverzüglich Folge zu leisten.

Nach Abschluß seiner Untersuchung hat der SAF zu antworten, daß die Untersuchung durchgeführt sei, und daß entweder "ein Grund zum Einschreiten sich nicht ergeben" habe, - oder daß "eine Maßregelung des Beschuldigten erfolgt" sei, - oder daß "der Schuldige aus der SA ausgeschlossen ist und sein Partei-Ausschluß durch Uschla hiermit beantragt wird". Zu letzterem Falle s. Ziff. 18.

Wenn die SA in dem Untersuchungsergebnis über die gerügten SA-Diensthandlungen keinen Grund sieht, den Beschuldigten aus der SA auszuschließen, besteht sicher kein Grund zum Partei-Ausschluß, denn die Anforderungen der SA sind weit höher; ein SA-Ausgeschlossener kann meistens ruhig Pg bleiben. Das Untersuchungsergebnis der SA muß also genügen.

14.) Glaubt ein Uschla oder ein polit. Leiter, daß ihrer Aufforderung auf Einschreiten nicht genügend entsprochen wurde, so können sie sich bei der vorgesetzten Dienststelle des SAF beschweren. Es wird sich empfehlen, diese Beschwerde durch die eigene vorgesetzte Parteistelle bzw. durch den nächst-höheren Uschla vertreten zu lassen. Weiterbeschwerde bis Osaf. Gegen diesen als letzte Instanz beim 1. Parteivorsitzenden.

---

12 § 17, Teil b der Richtlinien für die Untersuchungs- und Schlichtungsausschüsse der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vom August 1929 lautet: "In der Beschlußfassung beschließt der USchlA in gemeiner [*sic!*] Beratung darüber, welcher Spruch nach § 19 der gegenwärtigen Richtlinien zu fällen ist, derart, daß der mit der Untersuchung beauftragte Pg. zunächst sein Urteil abgibt, danach der andere Beisitzer und der Vorsitzende des USchlA. Der Beschluß ist vom Vorsitzenden und den Beisitzern zu unterzeichnen." Druck: Bd. III/2, Dok. 70.

13 Für den Nürnberger Reichsparteitag der NSDAP. Vgl. Bd. III/2, Dok. 60-65, 67.

15.) Ob es sich bei einem Anklagepunkt um eine SA-Dienstangelegenheit handelt oder nicht, entscheidet vorläufig der Staf des beschuldigten SA-Mannes. Ist der Beschuldigte ein Staf oder höherer SAF, entscheidet der nächst-höhere SAF.

Gegebenenfalls muß der Staf (bzw. höhere SAF) gegen die Behandlung des Anklagepunktes Einspruch erheben. Der Einspruch ist unverzüglich schriftlich dem Vorsitzenden des Uschla zuzustellen. Gleichzeitig hat der SAF seinem Vorgesetzten eine Abschrift des Einspruches vorzulegen.

Der Einspruch hat zur Folge, daß die Behandlung des Punktes seitens des Uschla sofort ausgesetzt werden muß (Verf. d. 1. Partei-Vors. v. 27. 4. 30).

Hält der Uschla den Einspruch für ungerechtfertigt, und die Entscheidung, daß es sich um eine SA-Dienstangelegenheit handelt, für falsch, so beschwert er sich, wie unter 14 dargetan. Diese Zuständigkeitserklärung soll tunlichst *vor* der Anklageerhebung oder *vor* der Vernehmung zwischen den Dienststellen durchgeführt werden.

16.) *Der beschuldigte (angeklagte) SA-Mann wendet sich an seinen vorgesetzten Staf (bzw. dessen Vorgesetzten), wenn ein Anklagepunkt oder Punkt der Vernehmung sich auf innere SA-Angelegenheiten erstreckt.*

SA-Männer, die als Zeugen vom Uschla vernommen werden sollen, verhalten sich ebenso.

17.) Bei Fragen, deren reiner SA-Charakter zweifelhaft erscheint, und deren Aufrollung bestimmt keine disziplinären Weiterungen nach sich zieht, soll *der Staf* (bzw. höherer SAF) die Behandlung freigeben. Jedoch trägt er seinen Vorgesetzten gegenüber die volle Verantwortung.

Da solche Stellungnahme zu zweifelhaften Fällen nur dem Staf, nicht dem Beschuldigten oder dem Zeugen aus eigenem Ermessen gestattet ist, empfiehlt es sich, den Staf zur Verhandlung zu laden. So ist ein glatter Verlauf der Verhandlung gewährleistet. Der Staf (bzw. höherer SAF) hat der Ladung zu folgen, wenn seine ununterbrochene Anwesenheit während Punkt 1 - 8 gem. § 17, 2 der "Richtlinien" [14] gewährleistet wird.

18.) *Wird ein SA-Mann aus der SA ausgeschlossen, und soll er wegen derselben Tat auch aus der Partei ausgeschlossen werden, so sind seitens der SA zu dem Partei-Ausschluß-Antrage nur der Staf und dessen Vorgesetzte berechtigt.*

Auf Verfehlungen im reinen SA-Dienst soll im allgemeinen nur der SA-Ausschluß stehen.

Haben die Verfehlungen aber in nennenswertem Umfange Parteischaden oder einen besonders schweren SA-Schaden nach sich gezogen, so kann der höhere SAF das Partei-Ausschlußverfahren beantragen. In diesem Falle wird immer Ziffer 17 in weitem Umfange vorliegen. Jedoch soll der SAF einen ausreichenden schriftlichen Bericht aufstellen und Vorsorge treffen, daß außer ihm möglichst wenige SA-Zeugen herangezogen [*zu*] werden brauchen.

---

14 § 17, Abs. 2 der Richtlinien für die Untersuchungs- und Schlichtungsausschüsse der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vom August 1929 lautet: "Der Gang der Verhandlung ist folgender: 1. Aufruf der Beteiligten, 2. Bekanntgabe der Beschuldigung, 3. Beurlaubung der Zeugen, 4. Vernehmung des Beschuldigten, 5. Vernehmung des Zeugen, 6. Aussage des Beschuldigers, 7. Schlußwort des Beschuldigten, 8. Entlassung der Parteien mit Zeugen, 9. Beschlußfassung des USchlA." Druck: Bd. III/2, Dok. 70.

Der Antrag soll nur in wirklich dringenden und klaren Fällen gestellt werden; denn die Möglichkeit, daß der Uschla die Verfehlung für weniger schlimm erklärt und damit den SAF abweist, den ausgeschlossenen SA-Mann aber gegen ihn schützt, bedeutet immer einen Schlag gegen die Disziplin, den ein SAF niemals leichtfertig herbeiführen darf.

19.) *Anmerkung:* Den Inhalt der groß-gedruckten Stellen [15] müssen alle SA-Männer kennen. Gruf, Trf und Sturmf müssen die groß-gedruckten Stellen in allen Einzelheiten genau, sowie den allgemeinen Inhalt der klein-gedruckten Stellen kennen. Staf und höhere SAF müssen alles genau kennen.

gez. v. *Pfeffer* [16]

Für diese grundsätzlichen Anordnungen übernimmt die Parteileitung die Verantwortung.

Der Vorsitzende der N.S.D.A.P.

gez. *Adolf Hitler*

10. Mai 1930 — Dok. 46
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 10.5.1930.

Als ich vor Monaten der österreichischen Heimwehrpolitik [1] gegenüber meine Bedenken äußerte [2], wurde mir von mancher Seite dies übelgenommen. Man wollte und konnte vielleicht auch meine Zweifel über die Zweckmäßigkeit der parlamentarischen Erledigung der Heimwehrforderungen nicht begreifen. Der Vergleich der Mission Schobers mit der des Herrn von Kahr [3] wurde als verletzend zurückgewiesen. Ich glaube, daß heute schon mancher der damals

15 Hier kursiv wiedergegeben.
16 Franz von Pfeffer (1888-1968, eigentlich: Franz Pfeffer von Salomon), Hauptmann a. D., 1920 Führer des Westfälischen Freikorps Pfeffer, Teilnahme am Kapp-Putsch, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925/26 Gauleiter des Gaues Westfalen, 1926 Gauleiter des Gaues Ruhr (zusammen mit Karl Kaufmann und Joseph Goebbels), 1926-1930 Oberster SA-Führer (Rücktritt), 1932/33 MdR, 1941 Parteiausschluß.

1 Vgl. Dok. 1, Anm. 1.
2 Vgl. Bd. III/2, Dok. Dok. 23, 79, 83. Vermutlich kam es Ende März 1930 in München zu einem Treffen zwischen Hitler und dem Landesführer der oberösterreichischen Heimwehr Ernst-Rüdiger (Fürst) Starhemberg. Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Dok. 21 sowie Ernst Rüdiger Prince Starhemberg, Between Hitler and Mussolini, London 1942, S. 20 f. Zur Datierung vgl. Personalakt Starhemberg der Polizeidirektion München; StA München, Polizeidirektion München 10155.
3 Anspielung auf die Rolle Kahrs während Hitlers Putschversuch im November 1923.

Empörten anders denken und mir im stillen recht geben wird. Man hat in Österreich auf ein Wunder gerechnet und muß nun sehen, wie das Wunder ausbleibt. Die bürgerliche Parteiwelt, die nicht nur den Sieg des Marxismus bisher nicht hemmen konnte, sondern sogar wesentlich an ihm mitschuldig ist, wünscht eine restlose Vernichtung des Marxismus nicht. Im Gegenteil: Sowie sich irgendwo eine Kraft bildet, die darauf ausgeht, den Kampf gegen die marxistische Pestilenz aus der Sphäre belangloser parlamentarischer Redeschlachten herauszuheben und auf den wirklichen Gebieten des marxistischen Machtwillens und Machtstrebens auszutragen, wird das parteipolitische Bürgertum sofort dem Marxismus zu Hilfe eilen. Der bürgerliche Parlamentarier wünscht höchstens, an Regierungen teilzunehmen. Marxisten zu vernichten, die Idee derselben und ihre Organisation auszurotten, ist weder seine Absicht, noch könnte er es. Als in Wien der Justizpalast aufflammte und der Zusammenbruch des bürgerlichen Parteiregimes hellauf sichtbar wurde [4], begann sich im Volke selbst ein Widerstand zu bilden. Die Heimwehr hatte das Verdienst, ihn organisatorisch erfaßt und entwickelt zu haben. Was in Österreich seit Dezennien nicht mehr der Fall war, trat nunmehr ein: Dem unverschämten und unerträglichen Terror der Internationalisten setzte sich ein nationaler Widerstand entgegen. Wäre es den bürgerlichen Parteien jemals ernst mit der Vernichtung des Marxismus gewesen, so müßten sie den neuen Bundesgenossen in herzlicher Freude begrüßt haben. Es kam aber anders. Sowie sich die österreichische Heimwehrbewegung zu einer wirklichen Gefahr für den Marxismus auszuwachsen drohte, traf sie die Abneigung der bürgerlichen Parteien [5]. Die christlich-sozialen Religions-Retter ließen keine Möglichkeit vorübergehen, gegen die Heimwehr anzustänkern, ihre Führer zu verdächtigen, die gesamte Einrichtung aber zumindest als überflüssig hinzustellen. Das Recht, die Interessen der Nation zu vertreten, besitzen eben bloß alte, ausgekochte Parteispitzbuben, Parlamentswanzen, die seit Jahrzehnten die Nation schon unglücklich genug gemacht haben. Es wurde der Heimwehr geradezu als Ungezogenheit angerechnet, in die politische Leitung hineinreden zu wollen. Trotzdem konnte man das Wachsen der Selbstschutzbewegung nicht mehr verhindern. Was die bürgerlichen Parteien niemals fertiggebracht haben, noch jemals fertiggebracht hätten, war der Heimwehr gelungen: Der Nichtmarxist konnte es auch in Österreich wieder wagen, seine Meinung zu äußern. In zahllosen Aufmärschen wurde die staatspolitische Gleichheit nicht nur betont, sondern auch zum Teil praktisch durchgesetzt. Das Vertrauen des österreichischen Volkes zur rettenden Bewegung wurde ein grenzenloses [6]. Und nun allerdings setzte der schwere Fehler ein: Statt die weitere Entwicklung in eigene Hände zu nehmen, gab man zu, daß sich ihrer wieder die alten Herren Politiker bemächtigten [7]. Mit dem raffinierten, in Wirklichkeit gar nichts sagenden Schlagwort einer Verfassungsreform [8] wurde der Heimwehrbewegung der Wind aus den Segeln genom-

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 13.

5 Zum ambivalenten Verhältnis der Christlichsozialen Partei zur Heimwehr, das zwischen Sympathie und scharfer Ablehnung schwankte vgl. Wiltschegg, Die Heimwehr, S. 28 f.

6 Die Ereignisse des 15.7.1927 schienen die Heimwehr in ihrem antimarxistischen Kurs zu bestätigen, so daß ihr nun erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen - nicht zuletzt durch Vermittlung von Bundeskanzler Seipel - zuflossen, die der Bewegung eine völlige Reorganisation ermöglichten. Vgl. Wiltschegg, Die Heimwehr, S. 40 ff.

7 Vgl. Dok. 1, Anm. 5.

8 Vgl. Dok. 1, Anm. 14.

men. Ein echt bürgerlich-parlamentarischer Parteibetrug. Es war ein Jammer, zusehen zu müssen, wie die augenblicklich vielleicht erfolgversprechendste Bewegung im heutigen Österreich von den bürgerlichen Politikern pfiffig und schlau betrogen und bestohlen wurde. Denn im Handumdrehen hatten die Parlamentarier nicht nur die Ideen der Heimwehrbewegung [9] zu den ihren gemacht, sondern endlich auch ins förmliche Gegenteil der ursprünglichen Absicht verdreht. Dem österreichischen Staat einen neuen Inhalt zu geben, war die Absicht, und eine schwindelhafte Verfassungsreform, zu der endlich selbst der röteste Marxist sein überzeugtes Ja und Amen aussprechen konnte, das Ergebnis! Als Herr Schober kam, habe ich gewarnt [10] und es als sicher hingestellt, daß die wirkliche Mission dieses Mannes keineswegs die Vernichtung des Marxismus, sondern die langsame Zurückführung der bedrohlich angeschwollenen Heimwehr zum bürgerlichen Parteigehorsam sei [11]. Heute wiederholt sich nun in Österreich das Spiel, das wir in Deutschland so oft schon erlebt haben: Das Ausland "wünscht" die Entwaffnung oder, wie man das so schön im Zeitalter der Haager [12] und Londoner Konferenzen [13] umschreibt, die "Abrüstung" der österreichischen Selbstschutzverbände [14]. Herr Schober seinerseits beeilt sich - natürlich blutenden Herzens - , diesen Wunsch zu erfüllen. Ist erst die waffenmäßige Abrüstung vollzogen, kommt auch die organisatorische Auflösung. Augenblicklich hat es die österreichische Heimwehr noch in der Hand, diesem Schicksal zu entgehen. Weicht sie aber auch nur einen Schritt hier zurück, so besiegelt sie zwangsläufig den eigenen Untergang. Es gibt hier nur das harte Entweder - Oder. Noch kann sie auf die überwältigende Masse des nationalen Volkes in Österreich rechnen, wenn sie sich entschließt, den Kampf gegen die parlamentarischen Volksverderber aufzunehmen. Ihre Parole kann nur lauten: Weg mit dem parteipolitischen Ungeziefer, gleich ob bürgerlicher oder marxistischer Herkunft. Was in der bürgerlichen Parteiwelt wirklich politisch anständig ist, steht dabei von vorneherein auf ihrer Seite. Herrn Schober aber könnte jederzeit beigebracht werden, daß der Volkswille souverän ist und nicht irgendein parlamentarischer Parteiwille. Ob sich der Volkswille in der christlich-sozialen oder einer anderen Partei verkörpert oder in der Heimwehr, geht auch den Herrn Schober gar nichts an. Entweder ist er der Diener des Volkswillens, dann hat er diesen zu respektieren, auch wenn er sich durch die Heimwehr äußert, oder er lehnt dies

---

9 Zur Haltung der Heimwehr zur Verfassungsreform vgl. Wiltschegg, Die Heimwehr, S. 305 ff.

10 Vgl. Bd. III/2, Dok. 79.

11 Bis Herbst 1930 gelang es Schober, die Heimwehr zu entwaffnen, ihre finanzielle Unterstützung zu unterbinden oder unter Kontrolle zu bringen und ihre radikalen Führer auszuschalten. Vgl. Reinhard Kondert, Schober und die Heimwehr. Der Niedergang des Austrofaschismus 1929-1930. In: Zeitgeschichte 3 (1975/76), S. 163-175.

12 Vgl. Dok. 5, Anm. 5 sowie Dok. 6, Anm. 2.

13 Auf der Londoner Konferenz vom 16.7.-16.8.1924 hatten sich alliierte und deutsche Vertreter auf den Dawes-Plan (vgl. Dok. 5, Anm. 65) geeinigt, der die deutschen Reparationszahlungen regeln sollte. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 241 ff.

14 Bei seinen Bemühungen um eine internationale Anleihe war Schober von britischen und französischen Diplomaten darauf hingewiesen worden, daß eine Abrüstung der österreichischen Selbstschutzverbände hierfür Vorbedingung sei. Obwohl dieser Wunsch Ende April durch einen Artikel des Daily Herald bekannt wurde, gelang es der österreichischen Bundesregierung bis 13.6.1930, ein relativ mildes "Entwaffnungsgesetz" im Nationalrat durchzusetzen. Vgl. Botz, Gewalt in der Politik, S. 180 f. sowie Kondert, Schober und die Heimwehr, S. 166 f.

ab und will nur der Diener eines Parteiwillens sein, dann gehört der Mann als Usorpator [*sic!*] gepackt und zur Verantwortung gezogen. Jedenfalls liegt es ganz bei der Heimwehr selbst, wie sich die Zukunft Österreichs gestaltet. Sie muß sich in dieser Stunde wieder die Frage vorlegen, wem sie dienen will: dem Parlament oder dem Volk. Beides sind heute in Österreich unvereinbare Begriffe, beiden zugleich kann man daher auch nicht Gefolgschaft leisten!

18. Mai 1930 Dok. 47
Rede auf NSDAP-Versammlung in Regensburg [1]

VB vom 22.5.1930, "Bayern marschiert" [2].

Wir sind die Bewegung der Jugend [3]. Nicht die Wirtschaft bringt ein Volk hoch, sondern seine politischen Tugenden, die Gabe, die gemeinsamen Notwendigkeiten zu erkennen. Man beschimpft uns als die verantwortungslose Opposition. Als die Machthaber von heute das Reich zerstörten [4], da waren wir Soldaten [5] und taten unsere Pflicht. Jetzt erlauben wir uns, Kritik zu üben. Unsere Opposition ist kein leeres Geschwätz, *wir Nationalsozialisten haben den ersten deutschen Staat Thüringen zu sanieren begonnen* [6], *nicht die anderen.* Wir bekennen uns zu dem Grundsatz, daß für das Wohlergehen eines Volkes seine innere Güte und sein Grund und Boden maßgebend sind. Man spricht jetzt viel von Indiens Freiheitskampf [7]. *Würde Indien sich freimachen, so würden in England 20 Millionen Menschen verhungern* [8]. England muß den Aufstand niederschlagen, sonst verdirbt es selbst. Das hat auch der Sozialist MacDonald [9] erkannt. Noch vieles, vieles Kluge sagte der Führer.

---

1 In der Stadthalle, ab 16.00 Uhr. Die Versammlung, an der laut VB 4.000 Personen teilnahmen, mußte wegen Überfüllung geschlossen werden. Zuvor hatte Hitler zusammen mit Gauleiter Adolf Wagner und dem OSAF Süd August Schneidhuber, einen Vorbeimarsch von 1.200 (VB: 2.000) SA-Männern und einer Abteilung Hitler-Jugend abgenommen. Die Versammlung wurde von Wagner geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet. SA-Standartenführer Heines sprach auf einer Parallelveranstaltung im Neuhauser Saal.

2 Vgl. auch VB vom 5.4.1930, "Freiheitskundgebung in Regensburg"; Regensburger Echo vom 23.5.1930, "Der Hakenkreuztag in Regensburg"; Illustrierter Beobachter vom 31.5.1930, "Der Hitlertag von Regensburg"; VB vom 3.6.1930, "'Dies alles ist nur Anfang'"; Regensburger Anzeiger vom 6.6.1930, "Nationalsozialistischer Übermut" sowie Lagebericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth Nr. 173/II/30 vom 31.5.1930; StA Landshut, Rep.168/5, Nr.496. Ferner Erich Zweck, Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Regensburg von 1922-1933. In: Verhandlungen des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg 124 (1984), S. 149-260, hier S. 201 ff.

3 Vgl. Dok. 44, Anm. 22.

4 Anspielung auf die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

5 Vgl. Dok. 5, Anm. 68.

6 Vgl. Dok. 7, Anm. 5, Dok. 11, Anm. 17.

7 Vgl. Dok. 49, Anm. 12, 13 und 16.

8 Vgl. Dok. 44, Anm. 17.

9 James Ramsay MacDonald (1866-1937), Journalist, 1886 Mitglied der Fabian Society, 1894 Eintritt in die Independent Labour Party, 1900 Mitbegründer des Labour Representation Committee (seit 1906: Labour Party), 1906-1918 und 1922-1937 Mitglied des britischen Unterhauses, 1911-1914 Fraktionsführer der Labour

Stürmischen Beifall fand seine scharfe, aber gerechte Kritik des liberalen Bürgertums. In einem gewaltigen Bekenntnis zu Blut, Kraft, Persönlichkeit und Kampf endete er. Solange wie noch Zehntausende freiwillig im Braunhemd marschieren [10]*, ohne Lohn und ohne Strafe, solange glaube ich an Deutschland. Unsere Fahne ist nicht die Fahne eines Standes, sondern die Fahne des deutschen Volkes.* Die Frage nach seinem Beruf wird jeder S.A.-Mann mit Lachen beantworten [11]. *Zuerst sind wir Deutsche, dann Arbeiter, Unternehmer und Beamte. Dieser Geist soll Gemeingut des ganzen deutschen Volkes werden. Dann wird uns eines Tages auch das Ausland nicht mehr als das Volk von Locarno* [12]*, Genf* [13] *und London* [14] *sehen, sondern als das Volk von Lüttich* [15] *und Tannenberg* [16]*, von der Somme* [17] *und Flandern* [18] *und all der tausend Schlachten, in denen wir siegten* [19].

Party, Januar bis November 1924 Premierminister und Außenminister, 1925 Vorsitzender der Labour Party, 1929-1935 Ministerpräsident, anschließend Lord President of the Council.

10 Vgl. Dok. 11, Anm. 22 sowie Dok. 41, Anm. 13.

11 Zum Sozialprofil der SA vgl. Conan Fischer, Stormtroopers. A social, economic and ideological Analysis 1929-35, London 1983, S. 25 ff.

12 Vgl. Dok. 13, Anm. 22.

13 Anspielung auf den Sitz des Völkerbunds.

14 Mit dem Londoner Ultimatum vom 5.5.1921 hatten die Alliierten das Deutsche Reich zur unverzüglichen Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Versailler Friedensvertrag aufgefordert. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 127 ff.

15 Das X. deutsche Armeekorps hatte bis zum 16.8.1914 die belgischen Festungswerke in Lüttich, die für die belgische Verteidigung eine Schlüsselstellung besaßen, erobert. Zum militärischen Verlauf des Ersten Weltkriegs vgl. Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Bearb. im Reichsarchiv, 14 Bde., Berlin 1925-1944.

16 Zwischen dem 26. und 31.8.1914 hatte die 8. deutsche Armee unter Führung von Generaloberst Paul von Hindenburg und Generalleutnant Erich Ludendorff die russische Narew-Armee bei Tannenberg, zwischen dem 5. und 15.9.1914 die russische Njemen-Armee bei den Masurischen Seen vernichtend geschlagen.

17 Zwischen dem 24.6. und 28.11.1916 hatten britische und französische Verbände unter Führung der Generäle Douglas Haig und Ferdinand Foch vergeblich versucht, die deutsche Front im Somme-Abschnitt einzudrükken. Beide Seiten erlitten Verluste in bislang unbekanntem Ausmaß.

18 Am 15.7.1917 hatten britische und französische Truppen unter Befehl von Feldmarschall Haig im Gebiet von Ypern eine Offensive eröffnet, mit dem Ziel, die deutsche Front aufzureißen und die deutschen U-Boot-Stützpunkte an der belgischen Küste zu erobern. Da es der deutschen Seite gelang, die Angriffe des zahlenmäßig weit überlegenen Gegners elastisch aufzufangen, mußte die Offensive bis Mitte November 1917 ergebnislos abgebrochen werden.

19 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

23. Mai 1930 Dok. 48
"Rechenschaftsbericht"
Rede auf Generalmitgliederversammlung der NSDAP in München [1]

VB vom 25./26.5.1930, "Wir wollen einst Deutschland sein" [2]

Adolf Hitler betonte in der Einleitung seines mehr als zweistündigen "Rechenschaftsberichtes" die rein äußerliche Formalität [*sic!*] einer Generalmitgliederversammlung der nationalsozialistischen Bewegung, deren Willens-Dokumentierung und wirkliche Äußerung ihres Innenlebens auf dem *Parteitag* [3] stattfindet. Der Rechenschaftsbericht der Bewegung besteht in ihrem ununterbrochenen *Aufstieg* [4], den die schärfsten Gegner nicht mehr bestreiten können und der in diesen Monaten ein Tempo angenommen hat wie niemals zuvor. Wenn der Führer trotzdem heute etwas wie einen "Rechenschaftsbericht" gibt, so will er versuchen, von der Größe der Gedankengänge aus, die unsere Bewegung erfüllen, verstehen zu lassen die Größe des Kampfes und Zieles und die Größe unserer heutigen Erfolge. Als im Jahre 1919/20 die Formgebung unserer Bewegung erfolgte [5], gingen wir von der Überzeugung aus, daß wir das Recht besaßen, *dieser künftigen Willenskundgebung des deutschen Volkes ein neues Instrument zu geben,* ihr einen neuen Ausdruck zu verleihen, eine *Organisation*, die mit den bisherigen Parteiorganisationen weder äußerlich noch innerlich das geringste Gemeinsame besitzt. Denn *jede Idee schafft sich die in ihrem Wesen eigene Organisation und faßt damit aus allen Schichten der Nation die Köpfe heraus, die für diese Idee irgendwie zu haben sind.* Die Bewegung, die aus einem Volk die höchsten Werte herauszieht, *muß* siegen. Das ist die Frage des mathematisch notwendigen Erfolges für die Zukunft. In geistvollen Ausführungen entwickelt Hitler die

Typenbildung der Köpfe,

die sich einem heroischen Programm zuwenden und jener, die auf ein materielles Programm eingestellt sind, wie sie heute in der S.A. und S.S. auf der einen Seite, in der "Rot-

---

1 In der Tonhalle, abends. Laut Lagebericht vom 23.5.1930 nahmen etwa 1.500 Personen an der Generalmitgliederversammlung teil.
Mit Rundschreiben an alle Gauleitungen hatte der Reichsgeschäftsführer der NSDAP Bouhler am 8.5.1930 alle Mitglieder der NSDAP zur Generalmitgliederversammlung eingeladen (BA, Slg. Schumacher 373); als Tagesordnung war vorgesehen:
1.) Kassenbericht
2.) Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden Adolf Hitler
3.) Satzungsänderungen
4.) Festsetzung des Mitgliedsbeitrags
5.) Neuwahl der Vorstandschaft.

2 Vgl. auch Berliner Arbeiter-Zeitung vom 1.6.1930, "Wir sind das Deutschland von morgen!"; ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 551 sowie Lagebericht N/Nr. 91 vom 23.5.1930 der Polizeidirektion München; BayHStA, MA 101235/3. Lagebericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth Nr. 173/II/30 vom 31.5.1930; StA Landshut, Rep. 168/5, Nr. 496.

3 Vgl. Bd. III/2, Dok. 60-65, 67. Ferner Dok. 24, Anm. 2.

4 Vgl. Dok. 11, Anm. 22, Dok. 36, Anm. 15 sowie Dok. 41, Anm. 13.

5 Vgl. Dok. 20, Anm. 32.

front" [6] auf der andern augenfällig gegeben sind. Das Gewicht der nationalsozialistischen Bewegung ist heute um so viel größer, als das Gewicht unserer Gegner ohne die staatliche Macht an Gewicht ausmacht. Denn nur die *staatliche Macht* in der Waagschale unserer Gegner allein verhindert, daß diese Waagschale in die Höhe geht. In 5.000 Gruppen sind heute 5.000 Ortsgruppenführer und 5.000 Schriftwarte [7], unter diesen soundso viele, die weiter emporsteigen werden, in absehbarer Zeit werden es 10.000 Ortsgruppenführer sein, 10.000 neue junge Menschen an das Licht der Öffentlichkeit gezogen sein, so daß eine *neue Generation von Führern* aus unserem deutschen Volke herauswachsen wird, die nie gekommen wären, wenn die alten Parteien am Ruder geblieben wären. Wenn sich heute neue Parteien bilden [8], dann nicht, um neuen Menschen Platz zu machen, sondern um zu *verhüten*, daß neue kommen und die alten zurücktreten müssen. Was uns vorschwebt, ist die höchste Wertsteigerung des deutschen Volkes auf allen Gebieten, um es in Zukunft fähig zu machen, auch bei den letzten Entscheidungen auf dieser Erde mit allen andern Völkern konkurrieren zu können. Nur diese *Größe des Willens* und der fanatische Glaube an sich hat aus einem Dutzend Männern eine Millionen-Bewegung gemacht [9].

Hitler kommt in diesem Zusammenhang auch auf den Versuch zu sprechen, in *Thüringen* durch einen unserer ältesten Mitkämpfer [10] die nationalsozialistischen Gedankengänge zum Durchbruch zu bringen [11]. Der Frechheit der Judenpresse gegenüber, Nationalsozialisten verbieten zu wollen, sich um Beamtenposten zu bewerben [12], bemerkte der Redner:

Wir werden ihnen noch verständlich machen, daß dort, wo Nationalsozialisten Minister werden, selbstverständlich Nationalsozialisten auch Beamte werden.

---

6 Da der Rote Frontkämpferbund (RFB) seit 1929 offiziell verboten war, handelt es sich vermutlich um eine verallgemeinernde Anspielung auf alle linksradikalen Gruppierungen. Vgl. Kurt G. P. Schuster, Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes, Düsseldorf 1975., S. 193 ff.

7 Laut Lagebericht N/Nr. 91 der Polizeidirektion München vom 23.5.1930 (BayHStA, MA 101235/3), der sich allerdings auf NS-interne Quellen stützt, war die NSDAP damals in 5.032 Ortsgruppen organisiert. Diese Zahl wuchs bis 1932 etwa auf das Doppelte an. Vgl. auch Horn, Führerideologie, S. 379 f.

8 Möglicherweise Anspielung auf die Bildung der Volkskonservativen Vereinigung, die sich am 28.1.1930 aus 12 Reichstagsabgeordneten, welche die DNVP verlassen hatten, und den neun Reichstagsabgeordneten der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei konstituiert hatte. Vgl. Jonas, Die Volkskonservativen, S. 57 ff. sowie Dok. 28, Anm. 6 sowie Dok. 37, Anm. 2.
Ferner auf die Volksnationale Reichsvereinigung, zu deren Gründung der Führer des Jungdeutschen Ordens Mahraun am 1.11.1929 aufgerufen hatte und die sich in enger Anlehnung an den Jungdeutschen Orden im April 1930 als mittelständisch-nationale, jedoch staatsbejahende Partei formierte. Vgl. Hornung, Der Jungdeutsche Orden, S. 87 ff. sowie Dok. 37, Anm. 12.

9 Vgl. Dok. 41, Anm. 13.

10 Wilhelm Frick.

11 Vgl. Dok. 11, Anm. 17.

12 Mit Runderlaß vom 31.1.1930 verbot das preußische Ministerium des Innern, Anhänger von KPD und NSDAP als leitende Kommunalbeamte zu bestätigen. Mit Runderlaß vom 3.7.1930 gab das preußische Ministerium des Innern den Beschluß des Staatsministeriums vom 25.6.1930 bekannt, der u. a. festlegte, daß allen Beamten "die Teilnahme" an KPD und NSDAP, "die Betätigung für sie oder ihre sonstige Unterstützung verboten" sei. Druck: Staat und NSDAP 1930-1932, S. 6, 87 f.
Zu den verschiedenen Initiativen auf Länderebene gegen die Anstellung, Beförderung oder Bestätigung von Beamten, die staatsgefährdenden Parteien angehörten, vgl. Pyta, Gegen Hitler und für die Republik, S. 282 ff.

Und wenn ihnen das nicht paßt, dann appellieren wir an die - Demokratie: Wir sind jederzeit zu diesem Appell bereit. Jede Wahl führt uns wesentlich gestärkt zurück [*sic!*]. Sie täuschen sich, wenn sie meinen, daß *nach* einer Wahl unsere Forderungen kleiner werden könnten. *Wir sind nicht das alte Deutschland, das nach jedem Siege seine Kriegsziele zurücksteckte!*

Auch an der Zahl unserer *Versammlungen*, die heute täglich 100 und im Jahre über 36.000 beträgt [13], zeigt Hitler das Wachstum unserer Bewegung auf. Sie werden im nächsten Jahr auf 50.[*000*] und 60.000 gestiegen sein. Aus einem verkrachten Wochenblatt vor 10 Jahren erstand das heutige Zentralorgan der "Völkische Beobachter" [14], mit einer Anzahl [*von*] lokalen Blättern und fast 50 weiteren Zeitungen [15]. Der "Illustrierte Beobachter" hat eine Auflage von nahezu 100.000 erreicht [16]. Keine Partei in Deutschland besitzt auch nur annähernd die Organisation wie wir Nationalsozialisten. Außer der Reichsgeschäftsstelle haben wir 28 Gaugeschäftsstellen [17], Tausende von Ortsgruppen-Geschäftsstellen und zahlreiche Bezirksgeschäftsstellen. Die Bewegung hat sich ein Zentral-Archiv geschaffen [18], das sie zugleich dem deutschen Volk gerettet hat. Größer als die festgefügte Organisation ist die Schaffung des *neuen Typs von Menschen,* den das politische Deutschland vor uns nicht gekannt hat. Wo wir auch zur Wahl schreiten - in Sachsen, Thüringen, Bayern, zum Reichstag, an den Universitäten - *zunehmen* werden wir Nationalsozialisten, und immer wieder zunehmen!

Wir haben es nicht mehr notwendig, nach Mitgliedern zu gieren, im Gegenteil: Wir erwägen allen Ernstes, daß einmal die Stunde kommt, in der wir *sperren* werden [19]!

Dann kommt nicht mehr das alte Deutschland in unsere Reihen, sondern das junge, das nachwächst [20], das alte opportunistische Zeitalter wird dann vor verschlossenen Türen stehen.

Das *Gefüge der Weltmächte*, das uns einst niederdrückte, erscheint nicht mehr unlöslich und zeigt bereits schwerste Sprünge auf. Hitler erinnert daran, wie er seit vielen Jahren eine *Verständigung mit Italien* [21] anstrebte, das in der Zukunft zwangsläufig ein Gegner Frankreichs sein wird [22]. Heute können wir sehen, daß *die* Leute jetzt auf den Knien über den Bren-

---

13 Vgl. Dok. 21, Anm. 9.

14 Vgl. Dok. 12, Anm. 2.

15 Zur lokalen NS-Presse vgl. Bd. III/1, Dok. 42 sowie Stein, NS-Gaupresse.

16 Vgl. Dok. 12, Anm. 4.

17 Zur Gaugliederung der NSDAP vgl. Bd. III/1, Dok. 16 - 22.

18 Gemeint ist die Sammlung des Münchner Fotografen Friedrich Rehse, der 1914 begonnen hatte, zeitgeschichtliche Schriftstücke, Bilder, Plakate und Gegenstände zu sammeln, und sich nach 1918 u. a. auf Archivalien rechtsradikaler Verbände spezialisiert hatte. Im April 1929 wurde Rehses Sammlung durch die NSDAP als Grundstock für ein künftiges Archiv übernommen. Vgl. Dokumente der Zeitgeschichte. Hrsg. von Adolf Dresler und Fritz Maier-Hartmann, München 1938, S. 7 ff. sowie Brigitte Schütz, Die "Sammlung Rehse". In: München - "Hauptstadt der Bewegung". Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum vom 22.10.1993-27.3.1994, München 1993, S. 280 f.

19 Erst seit Dezember 1930 begann die Reichsleitung der NSDAP zeitweise, die Bedingungen für einen Parteieintritt zu verschärfen oder kurzfristige Mitgliedersperren auszusprechen. Derartige Maßnahmen sollten nicht nur Qualität und Aktivismus der Mitglieder steigern, sondern auch die Bedeutung der Parteizugehörigkeit selbst. Vgl. Horn, Führerideologie, S. 379.

20 Vgl. Dok. 44, Anm. 22.

21 Vgl. Dok. 13, Anm. 8.

22 Vgl. Dok. 9, Anm. 27.

ner rutschen [23], die uns die schwersten Vorwürfe machten, weil wir für diese Möglichkeit eintraten, daß diese Leute heute vor Glück geblendet sind, wenn sie "der große Duce" empfängt [24]. Es wird mit der zweiten Macht genau so kommen: In Zukunft wird auch *England* Frankreichs Gegner sein und sich nach einer gewissen Zeit eine neue Anlehnung in Europa suchen [25], und es wird die Zeit kommen, in der sich ein *neuer Dreibund*, England-Deutschland-Italien, herausbildet. Damit kommt unsere Stunde, für das Deutsche Reich und Volk.

Wir sehen heute mit mathematischer Sicherheit, daß in zwei, drei Jahren der Siegeszug unserer Bewegung zum Siegeslauf und endlich zum Sturm werden wird. Von einem dürfen die Gegner überzeugt sein: *Niemals werden sie diese Bewegung entwurzeln.* Jeder Erfolg ist der Anfang eines neuen Ringens. Und wenn sie uns heute eine Niederlage zufügen: Morgen werden wir wieder anfangen zu kämpfen. Damit wird aus diesem ewigen Kampf uns die Kraft erwachsen, die stark genug ist, *das Dritte Reich* [26] *zu schaffen.*

Das ist der Rechenschaftsbericht, den ich abzugeben habe. In einer Bewegung gibt es aber nicht nur eine Rechenschaft der Führung, sondern auch eine Rechenschaft der Geführten. Legen auch Sie sich Rechenschaft ab über das, was Sie getan haben, wägen Sie ab die Leistungen der einen Seite und Ihre Leistungen! *In wenigen Tagen wird die Bewegung in München zu einem neuen entscheidenden Schritt kommen. Die Partei wird zum ersten Male*

ein großes eigenes Heim

kaufen [27] *(stürmischer Beifall), ein großes Gebäude, das repräsentieren soll die Größe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Sie fordere ich auf und durch Sie die Partei*

---

23 Das deutsch-italienische Verhältnis hatte sich seit Stresemanns Tod verbessert, entsprach jedoch keineswegs Hitlers Charakterisierung. So äußerte der Reichsminister des Auswärtigen Julius Curtius am 14.5.1930 gegenüber dem italienischen Außenminister Dino conte Grandi di Mordano und dem italienischen Botschafter in Berlin Luca Orsini Baroni, daß eine engere deutsch-italienische Bindung für die deutsche Seite momentan nicht in Frage käme; es erscheine jedoch erwünscht, "auf den Gebieten, auf denen Deutschland und Italien gemeinschaftliche Interessen hätten, sich offener und vertrauter als bisher auszusprechen, gegebenen Falles auch zusammenzuarbeiten". Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XV, Göttingen 1980, Dok. 26.

24 Zu einem offiziellen Besuch Stresemanns in Italien war es nie gekommen, was das ohnehin abgekühlte deutsch-italienische Verhältnis zusätzlich belastete. Vgl. Torunsky, Entente, S. 166 ff. Im Juni 1930 lehnte auch der Reichsminister des Auswärtigen Curtius einen Besuch in Rom ab, obwohl Mussolini diesen Wunsch inoffiziell an ihn herangetragen hatte. Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XV, Dok. 66.

25 Ein deutsch-britisches Bündnis bildete eine der Leitlinien in Hitlers außenpolitischer Vorstellungswelt. Vgl. Hitlers Zweites Buch, S. 164 ff. sowie Josef Henke, England in Hitlers politischem Kalkül 1935-1939, Boppard a. Rh. 1973, S. 20 ff.

26 Der Terminus "Drittes Reich" ist der 1923 erschienenen gleichnamigen Schrift von Arthur Moeller van den Bruck entlehnt. Der Begriff, der eine bestimmte zeitliche Abfolge der deutschen Geschichte suggeriert, verstand sich - in Abgrenzung zu den Ideologien des 19. Jahrhunderts und zum herrschenden Staatsbegriff - als Entwurf einer neuen Form aristokratischer Herrschaft in Europa. Diese Herrschaft sollte sich nicht nach rassistischen oder nationalen Kriterien definieren, sondern allein nach denen einer diffusen "neuen" Weltanschauung, welche Idee und Wirklichkeit versöhnen sollte. Das Schlagwort wurde bald von nationalistischen Kreisen übernommen und fand über die Brüder Straßer Eingang in die damalige nationalsozialistische Terminologie. Vgl. Hans Fenske, Das "Dritte Reich". Die Perversion der Reichsidee. In: Deutschland in Europa. Ein historischer Rückblick. Hrsg. von Bernd Martin, München 1992, S. 210-230.

27 Vgl. hierzu Dok. 50.

im ganzen Deutschen Reich, tun Sie das Ihre, damit es uns möglich wird, das Werk zu vollbringen. Das neue Haus muß für eine Million Mitglieder genügen, mehr nehmen wir nicht auf. In Deutschland wird man dann sehen, daß unsere Bewegung, die so viel verspottet und verlästert wurde, wieder einen Schritt vorwärts getan hat in dem legalen Kampf um die politische Macht! (Stürmischer, anhaltender Beifall.) [28]

24. Mai 1930 Dok. 49
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 24.5.1930.

In der Zeit des Burenkrieges [1] war ich ein Knabe von 12 bis 13 Jahren. Alles schwärmte damals für die Unabhängigkeit der beiden südafrikanischen Republiken. Der Haß und die Verabscheuung des "perfiden Albion" [2] führte zu förmlichen Demonstrationen. Der Burenhut [3] wurde mit einem Schlage populär, und besonders die Jugend lief, die linke Krempe aufgeschlagen, wichtig damit herum. Auch ich hegte dieselben Empfindungen. Die Zeitungen, die ersichtlich Hauptträger und Verbreiterinnen der anti-englischen Stimmungen waren, hatten es fertiggebracht, das ganze deutsche Volk in diese Richtung zu drängen [4]. In der Jugend spiegelte sich

---

28 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf; dort heißt es u. a.: "Die Entlastung des Vorsitzenden und seine Wiederwahl geschah dadurch, daß sich die ganze Versammlung wie ein Mann erhob und dem Führer mit ausgestreckten Händen ein donnerndes Heil zurief. [...] *Der Antrag Hitlers:* 'Die Generalmitgliederversammlung beschließt, daß sämtliche Parteigenossen, ausgenommen S.A. und S.S., einen Mindestbeitrag von 2 Mark als außerordentliche Unterstützung zur Erwerbung des neuen Parteiheims leisten', wird ohne Widerspruch genehmigt."

1 Der Unabhängigkeitskrieg zwischen Großbritannien und den südafrikanischen Burenstaaten Transvaal und Oranjefreistaat in den Jahren 1899-1902 endete am 31.5.1902 mit der Unterwerfung der Buren im Abkommen von Vereeniging.

2 Der Kampfbegriff "perfides Albion" zur Bezeichnung Großbritanniens wurde in Frankreich während der Revolutionskriege geprägt. Vgl. Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes, ges. und erläutert von Georg Büchmann, Bd. 2, München 1967, S. 629 f.

3 Die Buren waren nicht uniformiert, lediglich einzelne Einheiten trugen gemeinsame Erkennungszeichen. Deshalb war eine Identifizierung während der Gefechte nur anhand ihrer großen Schlapphüte möglich. Da die Uniformierung der britischen Einheiten den klimatischen Verhältnissen in Südafrika zu wenig Rechnung trug, führte die irreguläre Übernahme dieser Kopfbedeckung durch britische Soldaten immer wieder zu folgenschweren Verwechslungen. Vgl. Jay Stone and Erwin A. Schmidl, The Boer War and Military Reforms, Lanham 1988, S. 33 f., 66 f.

4 Das Wohlwollen, mit dem viele Deutsche den Kampf der Buren gegen britische Freischärler verfolgten, fand seinen folgenreichsten Ausdruck im Telegramm Wilhelms II. vom 3.1.1896, mit dem er den Präsidenten von Transvaal, Paul "Ohm" Krüger, zur Wahrung der "Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen" beglückwünschte. Die unüberlegte Stellungnahme des deutschen Kaisers sorgte dafür, daß sich das ohnehin gespannte deutsch-britische Verhältnis rasch verschlechterte. Vgl. Paul M. Kennedy, The Rise of the Anglo-German Antagonism, 1860-1914, London 1980, S. 219 ff.

nun temperamentvoller wider, was die Alten dachten und sprachen. Wenige Jahre später fiel mir das Buch eines Schweden in die Hand, der 17 Jahre in Südafrika weilte und nun seine Erinnerungen niederschrieb. Der Name des Mannes [5] ist mir seitdem entfallen. Allein ich erinnere mich noch der bedenklichen Stimmung, die mich damals plötzlich erfaßte, als ich in dem Werk dieses neutralen Schweden eine sehr herbe Kritik über die deutsche Gefühlsduselei las. Der Schwede, der alles andere eher als englandfreundlich war, äußerte sein Unverständnis über die deutsche Aufregung gegen England zugunsten der Buren, indem er bemerkte, daß die Deutschen dazu am allerwenigsten begründeten Anlaß besäßen. Sollte es je den Buren gelingen, sich in Südafrika durchzusetzen und eine vereinigte südafrikanische Republik zu bilden mit Einschluß der Kappburen [*sic!*], so würde das erste Ziel dieses neuen Gebildes das Hinausdrängen der Deutschen aus Südwestafrika sein. Ich weiß noch heute, wie nachdenklich mich die sehr objektive Schilderung dieses Schweden mit einem Male gemacht hatte. Ein Jahrzehnt später schon stand ich als Soldat im Weltkriege Engländern als dem Feinde gegenüber, und die einst so angeschwärmten Buren waren dessen Verbündete [6]! Der Schwede hatte richtig prophezeit. Burengenerale und Burentruppen fochten nun auf afrikanischem Boden gegen Deutschland.

So war es aber fast immer gewesen. Wie hat man nicht in Deutschland mit Begeisterung die Unabhängigkeitskämpfe der Griechen verfolgt [7]. Eine unglaubliche Schwärmerei hatte unser Volk ergriffen. Freiwillige stellten sich zur Verfügung [8], und doch hatte unser Volk nicht den geringsten Anlaß, sich für das moderne Griechenzeug mehr zu erwärmen als für die Türken selbst. Später wieder wendete sich die deutsche Sympathie, oder sagen wir besser die Sympathie der gemachten öffentlichen Meinung, den Armeniern zu [9]. Immer wieder wurden breit und lang die "Armeniergreuel" ausgemalt und abermals Stimmung gegen die Türkei gemacht [10]. Ein ebenso großes Lieblingskind unserer Sympathien war Polen. In den Zeitungen,

5 Gemeint ist vermutlich: Karl Hron, Der Transvaalkrieg und die deutsche Reichspolitik. Eine kritische Erörterung der bisherigen Ereignisse am Kriegsschauplatze und in der europäischen Politik, Wien 1899. Vgl. ferner Karl Hron, Der Kampf um Südafrika. Eine militärisch-politische Studie, Wien 1899.

6 Ungeachtet anfänglicher Widerstände der weißen Südafrikaner, die zum Teil bei Kriegsbeginn zu den Deutschen überliefen, wurden in der Südafrikanischen Union während des Ersten Weltkriegs 76.184 weiße Soldaten rekrutiert, von denen 7.121 fielen. Außer in Südwest- und Ostafrika kämpften ihre Einheiten in Ägypten und Frankreich. Vgl. The Cambridge History of the British Empire, Ed. by E. A. Benians, Sir James Butler, C. E. Carrington, Vol. III: The Empire-Commonwealth 1870-1919, Cambridge 1959, S. 619 ff., 642.

7 Anspielung auf den Philhellenismus, welche der griechische Unabhängigkeitskrieg gegen die Türkei (1821-1829) u. a. in Deutschland auslöste. Vgl. Christoph Hauser, Anfänge bürgerlicher Organisation. Philhellenismus und Frühliberalismus in Südwestdeutschland, Göttingen 1990.

8 Die seit Sommer 1821 einsetzenden Versuche, die Begeisterung im Deutschen Bund für den griechischen Freiheitskampf in organisierte Freikorps zu kanalisieren, waren an der mangelnden Koordination ihrer Träger sowie der fehlenden Unterstützung, ja Ablehnung von staatlicher Seite gescheitert. Vgl. Hauser, Anfänge bürgerlicher Organisation, S. 36 ff.

9 Der türkisch-armenische Gegensatz hatte sich schon vor dem Ersten Weltkrieg verschärft; seit 1915 gingen die Behörden des Osmanischen Reichs dazu über, die armenische Bevölkerung durch Deportationen und Massaker systematisch zu dezimieren. Von der armenischen Bevölkerung, die 1914 auf etwa 1,1-1,5 Millionen Menschen geschätzt wurde, lebten 1923 noch etwa 100.000 Menschen in der Türkei, wobei dieser Rückgang zum Teil auch aus der Flucht zahlreicher Armenier resultiert. Vgl. The Armenian Genocide. History, Politics, Ethics, Ed. by Richard G. Hovannisian, London 1992.

10 Obwohl die deutsche Regierung während des Ersten Weltkriegs versuchte, den Völkermord an den im Osmanischen Reich lebenden christlichen Armeniern möglichst zu ignorieren, hatten die Vorgänge bei einzelnen

in Broschüren und in Büchern wurden die polnischen Insurgenten verherrlicht [11], für die polnische Unabhängigkeit und polnische Freiheit geredet, die polnischen Führer als Helden hingestellt, und dabei das alles in einer Zeit, in der das Deutschtum aber wirklich nicht die geringste Veranlassung besaß, sich so gänzlich unpolitischen wie unpraktischen Stimmungen hinzugeben. Immer hat unser Volk früher oder später für diese phantastische Art der Stellungnahme zu außenpolitischen Vorgängen die entsprechende Quittung erhalten. Es wurde immer wieder belehrt, daß, wenigstens für andere Völker, Fragen der Sympathie oder Fragen der Dankbarkeit keine politische Rolle spielen!

Diese Art der Einstellung zu außenpolitischen Fragen ist nun deshalb gefährlich, weil sie unser Volk meist von den realen Lebensaufgaben wegzieht. Heute doppelt gefährlich, weil über dem Tamtam solcher Schlagworte zumeist ganz übersehen wird, daß für die Erringung der deutschen Freiheit am Ende nicht indisches, sondern deutsches Blut eingesetzt werden muß. Denn man muß unser deutsches Volk kennen, um die psychologische Wirkung des Indienrummels von heute auf die Masse richtig einschätzen zu können. Ich habe mich immer gegen das dumme Schlagwort eines "Bundes der unterdrückten Nationen" [12] gewendet. Diese Selbstheruntersetzung der Nation kann uns nur schaden. Denn um eine geistige und sachliche Selbstheruntersetzung handelt es sich dabei! Das deutsche Volk in eine Linie mit ägyptischen Fellachen, Hindus oder Siamesen stellen zu wollen, ist in meinen Augen geradezu verbrecherisch. Wenn heute der Indier [*sic!*] unter der Herrschaft Englands lebt oder der Schwarze unter der Herrschaft irgendeines anderen europäischen Volkes, so ist das in deren Inferiorität begründet. Es ist widersinnig, hier von einer "Gleichheit" reden zu wollen, wenn die Wertunterschiede der Rassen so himmelhohe sind. Wenn das deutsche Volk heute politisch unfrei ist, dann nicht infolge seiner rassischen Minderwertigkeit, sondern nur infolge seiner politisch dummen und unfähigen Führung und Gesinnung. Diese verbrecherisch-dumme Führung kann morgen weggefegt sein, die rassische Minderwertigkeit des Indiers aber bleibt. Und zwar, ich betone ausdrücklich, diese rassische Minderwertigkeit gemessen am Werte des nordischen Engländers. Ich protestiere aber überhaupt auf das schärfste, das deutsche Volk auf die Stufe von solchen geborenen Helotenvölkern herunterdrücken zu wollen! Und es ist mir dabei ganz

---

deutschen Vertretern vor Ort große Erbitterung und nach 1918 ein entsprechendes publizistisches Echo ausgelöst. Vgl. Deutschland und Armenien 1914-1918. Sammlung Diplomatischer Aktenstücke. Hrsg. u. eingel. von Johannes Lepsius, Potsdam 1919 (ND: Bremen 1986). Aleppo 1915. Zwei deutsche Lehrer im Kampf für das armenische Volk. Mit Texten von Martin Niepage und Eduard Graeter. Hrsg. und eingel. von Helmut Donat, Bremen 1986. Heinrich Vierbücher, Was die kaiserliche Regierung den deutschen Untertanen verschwiegen hat: Armenien 1915. Die Abschlachtung eines Kulturvolkes durch die Türken, Hamburg 1930.
Hitler dürfte durch den ehemaligen deutschen Vizekonsul in Erzurum, Max Erwin Scheubner-Richter, der beim Hitler-Putsch am 9.11.1923 erschossen wurde, gut über die Vorgänge in Armenien unterrichtet gewesen sein. Vgl. Yves Ternon, Tabu Armenien. Geschichte eines Völkermords, Frankfurt a. M. 1981, S. 11, 215.

11 Die polnischen Aufstände gegen die russischen Herrschaft (1830/31 und 1863) hatten bei den liberalen Deutschen große Sympathie gefunden. Vgl. Peter Ehlen (Hrsg.), Der polnische Freiheitskampf 1830/31 und die liberale deutsche Polenfreundschaft, München 1982.

12 Der linke Flügel der NSDAP um Otto Straßer verzichtete auf jegliche koloniale Forderungen, um stattdessen die nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen der unter Kolonialherrschaft stehenden Völker entschieden zu unterstützen. Mit besonderer Anteilnahme verfolgte man dabei den indischen und arabischen "Freiheitskampf" gegen Großbritannien, der immer wieder mit der "Versklavung" Deutschlands durch die alliierten Reparationslasten verglichen wurde. Vgl. Kühnl, Die nationalsozialistische Linke, S. 116 ff.

gleich, aus welchen Voraussetzungen dies geschieht. Der Freiheitskampf des deutschen Volkes hat gar nichts gemeinsam mit dem sogenannten "Freiheitskampf" von Ägyptern, Sudanesen oder Indiern. Unser Freiheitskampf ist die Wiederherstellung der Freiheit eines Volkes, das rassisch und damit wertmäßig seinen heutigen Besiegern gegenüber zumindest gleich, wenn nicht zum Teil sogar überlegen ist. Der Freiheitskampf der Schwarzen, Indier usw. ist der Versuch der Durchbrechung einer natürlichen Rangordnung der Rassen entsprechend ihren inneren Werten!

Es ist psychologisch aber falsch, den deutschen Freiheitskampf irgendwie mit diesen sogenannten unterdrückten Völkern in Zusammenhang zu bringen, weil erfahrungsgemäß jeder Blick politisch charakterlos gewordener oder zumindest charakterlos geführter Nationen auf Freiheitskämpfe in der übrigen Welt zu einer Schwächung der eigenen Anstrengungen führt! Denn so ist es und nicht umgekehrt! Die große Masse der Deutschen, die heute auf den sogenannten "indischen Freiheitskampf" [13] hinblickt, schöpft daraus nicht die Verpflichtung zu einem analogen eigenen Vorgehen, sondern ganz im Gegenteil die Hoffnung, daß nunmehr ohne eigene Kraftanstrengung England am Ende zusammenbrechen wird. Und darin sieht man dann aus Gründen, die mir unverständlich sind, den Beginn der deutschen Freiheit. Ich sage ausdrücklich, aus Gründen, die mir unverständlich sind. Denn bei der heutigen deutschen Mentalität würde selbst die restlose Vernichtung Englands nicht etwa die Freiheit Deutschlands, sondern den hundertprozentigen Sieg Frankreichs über Europa bedeuten! Aber es ist eben unendlich angenehm zu hoffen, daß andere besorgen werden, was man infolge himmelschreiender Charakterlosigkeit selber lieber unterläßt.

Ich kann heute die nationalsozialistische Bewegung nur davor warnen, sich dem allgemeinen Weltgeschrei gegen England anzuschließen. Zunächst ist für mich als Deutscher der indische Freiheitskampf solange zumindest belanglos, solange ich keinen deutschen Nutzen daraus ersehe. Augenblicklich sehe ich nur wieder eine phantastische Hoffnung, die mir eher geeignet erscheint, unserem Volk Willen zu nehmen als ihm Willen zu geben. Ich halte es demgegenüber für viel richtiger, schon aus psychologischen Erwägungen heraus immer wieder zu betonen, daß der einzige Faktor, der uns Vorteile verschaffen kann, die Wiedergesundung unseres eigenen Volkes ist. Im übrigen hege ich schärfstes Mißtrauen gegen eine gemachte Bedeutung des Ostens [14], die uns ja auch in erster Linie vom Judentum einsuggeriert wird. Das geht schon so seit Jahrzehnten dahin: Ablehnung, man sagt sogar Überwindung der großen griechisch-römischen, germanischen Kultur und Schönheits-Auffassungen und Bewunderung asiatischer Lebensäußerungen [15]. Als Nationalsozialist, der ich die Kultur als etwas blutmäßig

---

13 Ungeachtet des großen militärischen Engagements Indiens während des Ersten Weltkriegs blieben nach 1918 die Hoffnungen der indischen Unabhängigkeitsbewegung auf politische Gleichberechtigung und langfristig auf politische Unabhängigkeit unerfüllt; die indische Unabhängigkeitsbewegung entwickelte sich nun zu einer Massenbewegung, in deren Zentrum der gewaltlose Widerstand gegen die britische Kolonialmacht stand.

14 Vgl. Dok. 38, Anm. 4.

15 Ähnlich die Darstellung Otto Straßers über seine Diskussion mit Hitler am 21.5.1930: "Ich verwies dann kurz auf die chinesische, ägyptische usw. Kunst als Ausdruck dieser Völker. Darauf Hitler: 'Was Sie hier sagen, ist ältester Liberalismus. *Es gibt überhaupt keine chinesische oder ägyptische Kunst.* Ich sagte Ihnen schon, daß es nur eine nordisch-griechische gibt, und Sie wissen doch wohl, daß es sich bei den Chinesen, Ägyptern usw. gar nicht um einheitliche Völker handelt, sondern daß *dort auf einem niederrassigen Volkskörper ein*

Gebundenes erkenne, kann ich gegen eine solche Auffassung nur Stellung nehmen. Die Bewunderung [16] vor Gandhi [17] ist in meinen Augen eine rassische Perversität. Das Heldentum dieses friedliebenden Indiers möchte ich nicht vergleichen mit dem Heldentum Hunderttausender Musketiere, unzähliger Flieger, Unterseebootsmänner, Patrouillenführer usw. des Weltkriegs! Es wird hier versucht, unserem Volke einen Begriff von Heldentum einzugeben, der uns innerlich ebenso fremd sein muß wie uns die Rasse fremd ist, der er entstammt! Daher kann ich als Nationalsozialist zu der Gandhi-Revolte nur folgende Stellung einnehmen: Der sogenannte "Freiheitskampf" des indischen Volkes interessiert mich als Deutschen so wenig, als etwa der Freiheitskampf des deutschen Volkes vor 15 Jahren die Indier interessiert hat! Die durch den indischen sogenannten "Freiheitskampf" hervorgerufene Schwächung der Engländer (an die ich selbst übrigens nicht im geringsten glaube!) könnte mich nur insoweit interessieren, als sie Deutschland zugute käme. Ich glaube aber daran nicht, sondern glaube heute eher im Gegenteil, daß sie Frankreich zugute kommen wird. Grundsätzlich aber möchte ich unser Volk vor allen phantastischen Hoffnungen warnen. Denn die deutsche Freiheit wird nicht in Bengalen erkämpft, sondern in Paris.

---

nordischer Kopf saß, der allein jene Meisterwerke schuf, die wir heute als chinesische oder ägyptische Kunst bewundern.'" Vgl. Otto Straßer, Ministersessel oder Revolution?, S. 8.

16 Gandhi galt der Gruppe um Otto Straßer als Vorbild. Vgl. z. B. Berliner Arbeiter-Zeitung vom 4.5.1930, "Indiens Freiheitskampf. Gandhi, der mutige Führer gegen die englischen Sklavenhalter"; sowie Kühnl, Die nationalsozialistische Linke, S. 118.

17 Mohandas Karamchand (Mahatma) Gandhi (1869-1948), indischer Rechtsanwalt, seit 1893 in Südafrika, 1894 Gründung der Natal Indian Congress Party, 1904 Herausgeber der Zeitschrift Indian Opinion, 1915 Rückkehr nach Indien, Gründung des Satyagraha Ashrams in Ahmedabad, seit 1919 größere Kampagnen des Zivilen Ungehorsams gegen die britische Kolonialverwaltung, 1922-1924 in Haft, 1924-1934 Präsident des Indian National Congress, 1924 Gründung der All-India Spinner's Association, 1930 erneute Kampagne des Zivilen Ungehorsams, 1930/31 und 1932 in Haft, 1933 Gründung der Zeitung Harijan, 1940 erneute Kampagne des Zivilen Ungehorsams, 1942-1944 in Haft, am 30.1.1948 ermordet.

26. Mai 1930 Dok. 50
"An alle Nationalsozialisten"
Aufruf

VB vom 28.5.1930, "Hitlers Aufruf an alle Nationalsozialisten" [1].

Parteigenossen! Parteigenossinnen!

In den Wintermonaten des Jahres 1920, als die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei kaum 50 Mitglieder besaß [2], faßten wir den Entschluß, eine eigene Geschäftsstelle der Partei in München zu errichten.

Ein kleines gewölbeartiges Zimmerchen, 5 m lang und 3 m breit, im Sterneckerbräu [3], das war der Raum in dem wir nun zu arbeiten begannen. Zwei Jahre später - die Partei hatte unterdessen den "Völkischen Beobachter" übernommen [4] und damit in der Thierschstraße 15 für den Verlag einige Räume erhalten - war die Geschäftsstelle so eng geworden, daß sie der nunmehr schon Tausende an Mitglieder umfassenden Organisation [5] nicht mehr genügte. In der Corneliusstraße 12 mieteten wir eine alte aufgelassene Wirtschaft, bauten den ersten Schalterraum hinein, richteten die Nebenzimmer in Büro-Räume um und erhielten damit die zweite Reichsgeschäftsstelle der N.S.D.A.P. [6]

Im Jahre 1923 war die Geschäftsstelle schon wieder zu klein. Es wurde ein Teil der S.A.-Oberleitung in die Schellingstraße 39 verlegt [7].

Am 11. November des gleichen Jahres wurde die Partei aufgelöst [8].

Am 25. Februar 1925 bestand nach Neugründung der Partei die erste Geschäftsstelle in einem Zimmer des Verlages "V. B.", Thierschstraße 15. Es mußte wieder mit nichts begonnen werden.

---

1 Textgleicher Abdruck: Illustrierter Beobachter vom 7.6.1930, "Parteigenossen! Parteigenossinnen!" Vgl. auch Die Flamme, "Adolf Hitlers Aufruf an die Nationalsozialisten".
Vgl. ferner mit dem Bericht des Landeskriminalpolizeiamts Berlin vom 1.5.1930: "Nach einem Rundschreiben des Reichsschatzmeisters der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vom 3.4.[*19*]30 an sämtliche Gauleitungen hat der Erfolg den Erwartungen der Reichsleitung nicht entsprochen, was darauf zurückgeführt wird, daß einzelne Gaue die Anordnung der Reichsleitung vom 15.10.[*19*]29 betr. Errichtung eines Dispositionsfonds [*Vgl. Bd. III/2, Dok. 84*] nicht mit dem nötigen Nachdruck durchgeführt haben. Die Reichsleitung habe deshalb das gesteckte Ziel - nämlich Ankauf eines Parteihauses - nicht verwirklichen können. Sie erläßt daher die Weisung, künftig keine Einzahlungen auf den Dispositionsfonds mehr zu leisten." Bericht des Landeskriminalpolizeiamts Berlin (IA) Nr. 9 vom 1.5.1930; StA München, Polizeidirektion München 6784.

2 Vgl. Dok. 20, Anm. 32 sowie Dok. 21, Anm. 4.

3 Im Tal 54. Vgl. die Abbildung bei Dresler u. a., Dokumente der Zeitgeschichte, S. 89.

4 Vgl. Dok. 12, Anm. 2.

5 Zu Beginn des Jahres 1921 besaß die NSDAP rund 3.000 eingeschriebene Mitglieder, deren Zahl sich bis zu ihrem Verbot im November 1923 auf rund 55.000 erhöhte. Vgl. Dietrich Orlow, The History of the Nazi Party 1919-1933, Pittsburgh 1969, S. 25 ff.

6 Die neue Geschäftsstelle in der Corneliusstr. 12 wurde am 7.11.1921 bezogen. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 517 f. sowie die Abbildung bei Dresler u. a., Dokumente der Zeitgeschichte, S. 126.

7 Vgl. Friedrich Köllmayr, Unser München. Antifaschistischer Stadtführer, Frankfurt a. M. 1983, S. 45.

8 Die NSDAP war in Bayern am 9.11.1923 durch den Bayerischen Generalstaatskommissar von Kahr, im Deutschen Reich am 23.11.1923 durch General von Seeckt als Inhaber der Vollziehenden Gewalt verboten worden. Am 11.11.1923 war Hitler in Uffing am Staffelsee verhaftet worden. Vgl. Jablonsky, Nazi Party in Dissolution, S. 26 ff.

Denn als die Partei am 11. November 1923 der Auflösung verfiel, da hatte sie sich unterdessen schon ein verhältnismäßig großes Eigenvermögen geschaffen. Zahlreiche Schreibmaschinen, Schreibtische, Kartothek-Panzerschränke, sonstige Büromöbel, Motorräder, Personenkraftwagen, ja sogar Lastkraftwagen waren ihr Eigentum und wurden nunmehr kurzer Hand "konfisziert" [9].

Als im Februar 1925 die Partei-Arbeit wieder begann [10], war zunächst überhaupt nichts vorhanden. Das einzige positive Vermögen der Bewegung war damals der Verlag Franz Eher Nachfolger, der Parteiverlag, der seine alte Geschäftsstelle behalten hatte. Die Großdeutsche Volksgemeinschaft übergab ein paar Schreibmaschinen, der Verlag ein Zimmer, und von dort aus begann die neue Arbeit. 6 Monate später wurden im Rückgebäude, Schellingstraße 50, 5 Räume gemietet [11]. Damit übersiedelte die Reichshauptgeschäftsstelle in ihren derzeitigen Bau. Ein Jahr später kam das rechte Untergeschoß mit großer Schalterhalle, den Räumen für die Zentral-Kartothek, die Buchhaltung und den Reichsschatzmeister, hinzu. Wenige Monate darauf erfolgte der Ausbau des linken Traktes, ein Jahr später der Ausbau des Obergeschosses mit den Büro-Räumen der S.A.-Oberleitung und wieder ein Jahr darauf der Umbau des ehemaligen Ateliers unseres Parteiphotographen Hoffmann [12] im ersten Stockwerk zu den neuen Referentenzimmern.

Damit besitzt nun die Partei das gesamte Hinterhaus Schellingstraße 50. Eine weitere Ausdehnung ist hier nicht mehr möglich.

Als wir die Geschäftsstelle in der Schellingstraße 50 bezogen, zählte die Partei nicht ganz 6.000 Mitglieder [13]. Es war von vorneherein beabsichtigt, die Geschäftsstelle für 2-300.000 Mitglieder auszubauen. Diese Mitgliederzahl ist nunmehr erreicht [14]. Mit der Überschreitung des 250. Tausends wird eine weitere Arbeit in den vollkommen unzulänglichen Räumen unmöglich. Allein die Zentralkartothek hat sich von einem kleinen Panzerschrank nunmehr auf 10 große doppeltürige Panzerschränke vermehrt. Die Zahl der Angestellten ist so gestiegen [15], daß infolge des mangelnden Raumes zur Bewältigung der Aufnahmen in 2 Schichten bis 12 Uhr nachts gearbeitet werden muß.

Damit ist nunmehr der Augenblick gekommen, in dem an eine Erweiterung der Hauptgeschäftsstelle der Partei herangetreten werden muß [*sic!*].

---

9 Mit Verordnung vom 9.11.1923 und 29.11.1923 wurde das gesamte Vermögen der NSDAP konfisziert. Die Schließung der Geschäftsstelle der NSDAP in der Corneliusstr. 12 erfolgte am 10.11.1923. Vgl. Bericht der Polizeidirektion München an Generalstaatskommissar von Kahr vom 26.11.1923, sowie Schreiben des Generalstaatskommissars von Kahr an das Staatsministerium der Finanzen vom 18.12.1923. Druck: Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923. Eingeleitet und hrsg. von Ernst Deuerlein, Stuttgart 1962, S. 448 f., 528 f.

10 Vgl. Bd. I, Dok. 1, 2, 3, 4 und 6.

11 Die Räume für die neue Hauptgeschäftsstelle der Reichsleitung stellte Heinrich Hoffmann zur Verfügung, der im selben Hinterhaus sein Fotoatelier besaß. Vgl. Philipp Bouhler, Kampf um Deutschland. Ein Lesebuch für die Jugend, München 1938, S. 79 f. Die neue Hauptgeschäftsstelle wurde am 24.6.1925 bezogen. Vgl. Dresler u. a., Dokumente der Zeitgeschichte, S. 172 f. Dort auch eine Abbildung.

12 Heinrich Hoffmann (1885-1957), Fotograf, 1920 Eintritt in die NSDAP, Leibfotograf Hitlers, Reichsbildberichterstatter der NSDAP, 1938 Professor.

13 Im Juli 1925 wurde die NSDAP-Mitgliedsnummer 10.000 vergeben. Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 352.

14 Vgl. Dok. 41, Anm. 13.

15 Die Hauptgeschäftsstelle der NSDAP hatte im März 1925 mit vier Angestellten begonnen; bis zum Jahr 1930 war deren Zahl auf 56 gestiegen. Vgl. Vortrag des Reichsschatzmeisters der NSDAP Franz Xaver Schwarz in der Tagung "Finanzwesen und Verwaltung" am 13.9.1935; BA, Slg. Schumacher 266.

Die Parteileitung hat sich deshalb entschlossen [16], *in München einen großen bestehenden Bau als Eigentum der Bewegung zu erwerben* [17].

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei wird damit zum ersten Male einen würdigen Zentralsitz ihrer Leitung erhalten. Der Bau, der nicht nur selbst große Erweiterungsmöglichkeit besitzt, liegt in einem dazugehörigen Grundstück, das die spätere Errichtung des notwendigen Gebäudes für das Zentral-Archiv und weiter die Errichtung eines eigenen Kongreß-Raumes mit über 2-3 Tausend Personen Fassungsvermögen gestattet.

Es ist ein gewaltiges Projekt, das wir nunmehr in Angriff nehmen und durchführen werden.

Die neue Reichshauptgeschäftsstelle soll der Stolz aller Parteigenossen sein.

Sie soll all den zahlreichen Mitgliedern unserer Bewegung, die nach München kommen, den großen Mittel- und Treffpunkt abgeben.

Es muß unser aller Ehrgeiz sein, diese Leistung aus eigener Kraft und aus eigenen Mitteln zu vollbringen.

Aus diesem Grunde habe ich der Generalmitgliederversammlung den Antrag unterbreitet, eine einmalige außerordentliche Parteiumlage von all den Parteigenossen zu erheben, die nicht als S.A.- oder S.S.-Mitglieder Arbeits- oder Blutsopfer für die Bewegung zu bringen haben.

Die Generalmitgliederversammlung hat deshalb folgenden Beschluß gefaßt:

Zum Erwerb und zum Ausbau des neuen Zentralparteiheims hat mit Ausnahme der S.A.- und S.S.-Mitglieder, der Mitglieder des Frauenordens, des Studentenbundes sowie der Arbeitslosen jeder Parteigenosse einen außerordentlichen Beitrag zu leisten, dessen Mindesthöhe 2 Mark beträgt, dessen Grenze nach oben aber nach Ehre und Gewissen dem Vermögen des einzelnen Parteimitgliedes anheimgestellt bleibt [18].

gez. *Adolf Hitler*

---

16 Vgl. Dok. 48.

17 Das ehemalige Barlow-Palais in der Brienner Straße 45. Das 1828 im Biedermeierstil erbaute Adelspalais wurde bereits in derselben Ausgabe des VB als "neues Heim der Reichsleitung der N.S.D.A.P." angekündigt. Das Kaufangebot, das Schwarz am 25.4.1930 unterbreitet worden war, hatte dieser am 1.5.1930 an Hitler weitergeleitet. Der Kaufvertrag für das bald als "Braunes Haus" bezeichnete Gebäude wurde zwischen Elisabeth Barlow und Hitler am 26.5.1930 unterzeichnet. Nach größeren Umbauarbeiten wurde die neue Reichsgeschäftsstelle der NSDAP, die nun die Parteileitung, den Reichsschatzmeister, das Oberste Parteigericht, die Rechtsabteilung, die Reichspressestelle, die Oberste SA-Führung und den Reichsführer SS beherbergte, am 1.1.1931 bezogen. Zur Detailstruktur der Reichsleitung der NSDAP vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 355 ff.
Vgl. auch die Schilderung des damaligen Reichsgeschäftsführers der NSDAP Bouhler (Kampf um Deutschland, München 1938, S. 81): "Durch Zufall erfuhren wir im Sommer 1930, daß das "Barlow-Palais" an der Brienner Straße zu verkaufen sei. [...] Wir kauften, ohne Geld zu haben, ein Gebäude für 1 1/2 Millionen Reichsmark." Goebbels spricht dagegen von einem "700.000-Mk.-Projekt". Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 551. Vgl. ferner Anton Lingg, Die Verwaltung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, München 1939, S. 57 f.; Adolf Dresler, Das Braune Haus und die Verwaltungsgebäude der Reichsleitung der NSDAP in München, München [2]1937; Illustrierter Beobachter vom 7.6.1930, "Das neue Parteiheim der N.S.D.A.P." sowie Bd. IV/1, Dok. 61.

18 Die Ausführungsbestimmungen von Reichsschatzmeister Franz Xaver Schwarz, die sich an Hitlers Aufruf anschlossen, lauteten:
"Die im vorstehenden Aufruf unseres Führers Adolf Hitler bekanntgegebene Sonderumlage, welche einstimmig von der Generalmitgliederversammlung genehmigt wurde, ist innerhalb längstens vier Wochen von allen in Frage kommenden Mitgliedern zu entrichten. Die Ortsgruppenleiter treffen sofort bezüglich der Einziehung der Sonderumlage die geeigneten Maßnahmen und führen die Gelder unmittelbar mit Abrechnung an die Reichs-

27. Mai 1930 Dok. 51
Erklärung

Masch. Abschrift; BayHStA, Min. d. Innern 81583.

Zu der mir heute telegraphisch übermittelten Behauptung [1] des Pfälzer Bürgermeisters und Bauernführers Römer [2], der Führer der Separatisten-Bewegung Heinz-Orbis [3] sei mit mir zusammengewesen und habe auch mit mir häufig korrespondiert, erkläre ich an Eidesstatt:

Ich war niemals mit dem Separatisten-Führer Heinz-Orbis zusammen. Ich habe niemals mit diesem korrespondiert. Ich hatte niemals Beziehungen zu einem sonstigen Separatisten-Führer. Ich habe im Gegenteil alle Separatisten stets aufs schärfste bekämpft [4]. Wegen Sprengung einer Versammlung des Ingenieurs Ballerstedt [5], der im Verdacht stand, separatistische Ziele zu verfolgen, wurde ich zu Gefängnis verurteilt und habe ich im Gefängnis gesessen [6].

---

leitung, Postscheckkonto der N.S.D.A.P., München, Nr. 23 319, ab. An die zuständige Gauleitung ist zwecks Kontrolle eine Zweitschrift der Abrechnung einzureichen. Die Gaue ihrerseits erstatten an die Reichsleitung bis längstens 25. Juni 1930 Meldung unter namentlicher Nennung jener Ortsgruppen, welche mit der Abführung der Sonderumlage noch rückständig sind.
Mitglieder, welche einen höheren als den vorgeschriebenen Betrag von [*R*]M. 2.- zahlen, erhalten direkt von der Reichsleitung eine Quittung in Form einer Bausteinkarte mit Ansicht des Parteihauses. Mitglieder, welche wirtschaftlich in der Lage sind, sollen es sich zur Ehre anrechnen, wenn sie der Bewegung verzinsliche Darlehen von [*R*]M. 500.- aufwärts zur Verfügung stellen.
München, den 26. Mai 1930
gez. *Schwarz*
Reichsschatzmeister."

1 Römer hatte am 10.3.1930 in einem Beleidigungsprozeß vor der Strafkammer Frankenthal unter Eid erklärt, die pfälzischen Separatistenputsche seien nicht von den Franzosen initiiert worden, sie seien vielmehr von den rechtsrheinischen Gebieten ausgegangen. Der pfälzische Separatist Franz Josef Heinz(-Orbis) habe mit Hitler korrespondiert und sei mit ihm auch zusammengetroffen. Dabei sei geplant worden, 10.000 junge Leute in der Pfalz zu mobilisieren, um die französischen Besatzungstruppen aus der Pfalz zu vertreiben. Vgl. Heinrich Weiler und Hermann Herboth, Die Geschichte des Landgerichts Frankenthal. Zugleich ein Beitrag zur rheinland-pfälzischen Justizgeschichte, Bd. II, Frankenthal (Pfalz) 1977, S. 244 ff.

2 Richard Römer (1894-1945), Weinhändler, 1923-1933 Bürgermeister von Dirmstein, bis 1930 Leiter des Bezirks Frankenthal der Pfälzer Bauernschaft.

3 Franz Josef Heinz (1884-1924), genannt Heinz-Orbis, Bauer in Orbis, 1920 Mitglied des pfälzischen Kreistags (DVP), November 1923 bis Januar 1924 Präsident der Regierung der Autonomen Republik Pfalz, am 9.1.1924 von Mitgliedern des Pfälzischen Kampfbunds in Speyer erschossen.

4 Hitler hat von Anfang an jede Form eines deutschen Separatismus scharf abgelehnt. Dies betraf gerade auch die separatistischen Tendenzen im Rheinland und in der Pfalz. Vgl. z. B. Hitlers Rede vom 30.10.1923, in der er die dortigen Separatisten als "Lumpengezücht" bezeichnete (Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 1047 ff., hier 1047), oder sein Aufsatz vom April 1924, in dem er die Separatisten als "Gottesgeißel des unglücklichen Landes" charakterisierte (Ebda., S. 1216 ff., hier 1224); ferner ebda., S. 150, 226 f., 576, 1022, 1068.
Zur pfälzischen Separatistenbewegung allgemein vgl. Gerhard Gräber und Matthias Spindler, Revolverrepublik am Rhein. Die Pfalz und ihre Separatisten, 2 Bde., Landau 1992.

5 Otto Ballerstedt (1887-1934), Dipl.-Ingenieur, Führer des föderalistischen Bayernbunds, 1934 im Zuge des sog. Röhmputsches ermordet.

6 Nachdem die NSDAP am 14.9.1921 eine öffentliche Versammlung des Bayernbunds in München gesprengt hatte, wurde Hitler am 12.1.1922 wegen Landfriedensbruch zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Eine Teil der Haftstrafe verbüßte Hitler vom 24.6. bis 27.7.1922 in der Strafanstalt Stadelheim, der andere Teil wurde ihm erlassen. Vgl. Ernst Deuerlein, Hitler. Eine politische Biographie, München 1969, S. 57 f.

Ich bin bereit, diese Aussage unter Eid mündlich vor dem Richter zu wiederholen [7].

gez. *A. Hitler*

31. Mai 1930 Dok. 52
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 31.5.1930.

Wenn ich mich noch einmal mit dem österreichischen Heimwehrproblem beschäftige [1], dann deshalb, weil die Entwicklung dieser Sache von allgemeiner grundsätzlicher Bedeutung ist. Was sich heute in Österreich abspielt, wird sich überall wiederholen, sowie die Auseinandersetzung mit dem Marxismus nicht gleichzeitig auch zur Auflösung der bürgerlichen Parteien führt. Seit die österreichische Heimwehrbewegung anfing, ein Faktor von ausschlaggebender Bedeutung zu werden [2], habe ich vor zweierlei gewarnt: Erstens vor der korporativen Übernahme geschlossener fremder Verbände politischer oder unpolitischer Natur [3], und zweitens vor der Absicht, mit Hilfe der bestehenden politischen Parteien die Auseinandersetzung mit dem Marxismus auf parlamentarischem Wege herbeiführen zu wollen [4]. Wenn heute bürgerliche Parteigebilde sich einer neuen Bewegung anschließen, dann tun sie das nicht, um etwa der neuen Idee zu dienen, sondern ausschließlich nur, um ihre eigene, sonst nicht mehr zu haltende Existenz zu retten. Es ist aber klar, daß die Auflösung des Marxismus ebenso zwangsläufig die Auflösung der bürgerlichen Parteien bedingt. Nur eine Bewegung, die diesen beiden verhängnisvollen Extremen das Ende bereitet, kann die Nation wieder vereinen und damit zum Leben bringen. Die bürgerlichen Parteien und insbesondere ihre Führer kennen keine Ideale, für die sich restlos einzusetzen sie bereit sein würden. Wenn sie dennoch so tun, als ob es das gäbe, so ist das eine zur Täuschung der Masse in Szene gesetzte Spiegelfechterei. Wenn bürgerliche Parteien plötzlich eine innere "Übereinstimmung", sagen wir, mit der Heimwehr entdecken, dann nur aus Angst vor dem Emporwachsen einer sie langsam zu verschlingen-drohenden neuen, kraftvollen Bewegung. Im Augenblick aber, in dem eine solche Bewegung sich durch die korporative Übernahme bürgerlicher Verbände mit diesen belastet, verliert sie die

7 Zu den juristischen Folgen vgl. Bd. IV/1, Dok. 103.

1 Vgl. Dok. 1 und 46.
2 Vgl. Dok. 1, Anm. 1 und 5.
3 Ein grundlegendes Charakteristikum der Heimwehr blieb ihre organisatorische und ideologische Heterogenität. So gab es eine ganze Reihe von Verbänden, die sich der Heimwehr zeitweise korporativ anschloßen, ohne ihre institutionelle Selbständigkeit zu verlieren. Besonders deutlich wurde die Form der externen Einflußnahme, als der Niederösterreichische Bauernbund am 28.8.1929 mit seinen über 100.000 Mitgliedern der Heimwehr, die damals ca. 200.000 Mitglieder umfaßte, beitrat. Vgl. Wiltschegg, Die Heimwehr, S. 50, 292, 334 ff.
4 Zur Entwicklung des ideologischen Programms der Heimwehr vgl. Wiltschegg, Die Heimwehr, S. 252 ff.

innere Homogenität und damit jede äußere Schlagkraft. Ich möchte nicht behaupten, daß die österreichische Heimwehr zugrunde gehen muß, allein ich behaupte, daß sie zugrunde gehen wird, wenn sie sich nicht aus der bürgerlichen Parteiumarmung loslöst und diese Konjunkturzuflüsse wieder ausscheidet.

Man glaubt ja gar nicht, wie lächerlich hohl und morsch und schwach die bürgerlichen Parteien sind. Es ist eine politische Erbmasse, die einmal berührt, zerbricht. Niemand hat die Ohnmacht dieser Gebilde klarer durchschaut als der Marxismus. Er versteht es, diese Parteien richtig zu behandeln, das heißt, er springt auf der einen Seite mit ihnen auf das brutalste um und gibt ihnen auf der anderen von Zeit zu Zeit ein kleines Butterbrot. Daß in Österreich die bürgerlichen Parteiführer ihre Ruhe haben, bedeutet den wahnsinnigsten Terror gegen die nichtmarxistisch denkende Nation. Denn wenn Herr Schober heute von der "Staatsautorität" redet [5], dann weiß er innerlich nur zu gut, daß dies eine ebenso oberflächliche wie unwahre Flunkerei ist. Im selben Augenblick, in dem Herr Schober von dem Vorhandensein einer österreichischen "Staatsautorität" spricht, handelt er nach eigenem Zugeben im Sinne eines fremden Willens. Nicht die österreichische "Staatsautorität" schreibt ihm seinen Schritt zur Entwaffnung der Heimwehren vor [6], sondern die Autorität eines fremden Willens. Dieser fremde Wille, der sich durch die Börse äußert, erfüllt damit zugleich den Wunsch des Austromarxismus und jener bürgerlichen Parteilumpen, die, wie überall so auch dort, geistig mit dem Marxismus paktieren. Geistig auch nur, weil sie es nach außenhin offen noch nicht zu tun wagen! Tatsache ist, daß die vorhandene wirkliche österreichische Staatsautorität nicht die Autorität des österreichischen Staates ist, sondern die Autorität, die die Bewegung verschenkte, die dem österreichischen Staat, oder ich will lieber sagen, das österreichische deutsche Volk, vorm Hinabrutschen in den marxistischen Sumpf gerettet hat! Und das muß hier festgestellt werden: Die Heimwehren haben den österreichischen Staat, das heißt das deutsche Volk gerettet, und Herr Schober rettet nur den Marxismus. Ohne Schober wäre vermutlich die Auseinandersetzung mit dem Marxismus zu einem klaren Resultat gekommen. Ohne Heimwehren aber würde möglicherweise der Biedermann Schober schon längst an einer marxistischen Laterne vermodert sein.

Der Versuch, die Ziele der Heimwehrbewegung auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie zu erreichen, war deshalb ein unglücklicher, weil damit die wirklich gestaltende Kraft von der wirklichen Gestaltung der Dinge ausgeschlossen wurde! Denn was konnte nun geschehen? Die Heimwehr rettet Österreich, und das Parlament macht sich auf einmal zum Wortführer der Rettung. Dieselben Parteiführer, die in den kritischen Tagen zähneklappernd im Winkel hockten, waren nun auf einmal wieder die großmäuligen, alleinigen berechtigten Vertreter der Nation! Es war aber ein Wahnsinn, sich den Auffassungen dieser Schädlinge zu fügen. Es ist eine unverschämte Frechheit dieser Parteilumpen, sich selbst als die einzig berechtigte Vertretung der Nation hinzustellen, und es ist eine Dummheit der wirklichen Machtinhaber, diesen parlamentarischen Schnauzen zu gehorchen, statt ihnen das Handwerk zu legen! In Österreich war in dem Moment die Heimwehr die politische Repräsentation der Nation, und zwar die berechtigte Repräsentation, in dem sich der Wille der Nation in ihr verkör-

5 In seiner Regierungserklärung vom 27.9.1929 hatte Schober festgestellt, daß die Machtmittel des österreichischen Staates, "ausreichend und vollkommen verläßlich", jedem Putschversuch gewachsen seien. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichskalender 1929, S. 246.

6 Vgl. Dok. 46, Anm. 11.

perte. Es gab aber einen Augenblick in Österreich, in dem die Heimwehr tatsächlich in ihrem Lager Österreich hatte [7]. Das haben ja auch die Parteispitzbuben erkannt und sind deshalb schleunigst ins Lager der Heimwehr hineingerutscht. Daß man das duldete, war ein wirkliches Unglück. Man hätte sie bei den Ohren nehmen und hinausfeuern müssen!

Alles was dann weiter auf dem parlamentarischen Boden aufgeführt wurde, war ein Theater, ein Schwindel, ein Volksbetrug! Denn wenn diese parlamentarischen Komödianten ein "Antiterrorgesetz" beraten [8], dann heißt das doch in Wirklichkeit folgendes: Erstens, es hat also bisher unter dem verbrecherischen Regiment dieser Parteibuben einen Terror gegeben, den zu beseitigen sie unterlassen haben! Das heißt mit anderen Worten: die sogenannte "Staatsautorität", von der Herr Schober faselt, hatte es nicht fertiggebracht, die Bürger vorm Terror zu schützen. Und so was hat Herr Schober dann die eiserne Stirne als "Staatsautorität" anzupreisen! Schon dafür würden die verantwortlichen Repräsentanten dieser Staatsautorität ins Zuchthaus gehören, denn sie geben damit zu, daß unter ihrer "Staatsautorität" Zehn- und abermals Zehntausende von Menschen in der brutalsten tätlichen Weise bislang blutig vergewaltigt werden konnten! Zweitens, sie bringen nunmehr ein Gesetz ein - und zwar wohlgemerkt nicht unter dem Druck des Herrn Schober, sondern unter dem Druck der Heimwehren, - das diesen Terror in der Zukunft beseitigen soll, und sie besagen damit aber, daß die Repräsentanten dieser Staatsautorität bisher laufend die Gesetze gebrochen haben! Denn sie mögen doch nicht behaupten, daß etwa die bisher geltenden Gesetze den Schutz der Person außer acht gelassen hätten. Nein, umgekehrt, die Gesetze waren auch bisher genügend, aber die Repräsentanten der Staatsautorität haben die Gesetze außer acht gelassen [9]. Dieser komödiantenhafte Begriff "Staatsautorität" hat den Schutz der Bürger vor marxistischem Terror bisher nicht in sich umschlossen! Die Gesetze waren genügend und ausreichend gewesen, aber die Schober, die zu allen Zeiten das deutsche Volk regiert haben, setzten sich über diese Gesetze hinweg! Wenn heute das Parlament aber nun mit einem neuen Gesetz kommt, dann ist das ein blanker Schwindel. Die Exekutivgewalt des Staates hat die alten Gesetze nicht befolgt und sie wird selbstverständlich die neuen genauso verleugnen. Solange es bürgerliche Parteien gibt, wird es einen Marxismus geben, und solange es einen Marxismus gibt, wird der Terror Andersdenkender [*sic!*] das immerwährend angewendete Requisit dieser roten Parteien bleiben. Das "Antiterrorgesetz" ist eine jener großen Augenauswischereien, mit denen die bürgerlichen Parteien in den Parlamenten die Nationen geblufft haben. Denn während Herr Schober seine Phrasen von der "Staatsautorität" losläßt, das Parlament über den "Antiterror" berät und die Regierung die Entwaffnung der Heimwehr proklamiert, terrorisieren in sämtlichen Betrieben die marxistischen Strauchritter die andersdenkende Arbeiterschaft auf das blutigste. Wenn es in Öster-

---

7 Nach dem im Juni 1848 entstandenen Gedicht "Feldmarschall Radetzky" von Franz Grillparzer.

8 Mit dem von Sozialdemokraten und Gewerkschaften heftig bekämpften "Antiterrorgesetz" vom 22.4.1930 versuchte die Regierung Schober, den dominierenden Einfluß der Gewerkschaften in den Betrieben zurückzudrängen. Das Gesetz sollte u. a. verhindern, "daß in einem Betrieb nur Angehörige einer bestimmten Berufsvereinigung oder anderen freiwilligen Vereinigung oder nur Arbeitnehmer, die keiner Berufsvereinigung angehören, beschäftigt werden" (§ 4, 1). Jegliche Einflußnahme der Gewerkschaften auf den Abschluß von Arbeitsverträgen wurde verboten, ebenso Kollektivverträge mit einer bestimmten Gewerkschaft sowie die Einziehung von Gewerkschaftsbeiträgen durch den Arbeitgeber. Druck: Das Antiterrorgesetz. Gesetzestext mit ausführlichen Erläuterungen von Hermann Heindl, Wien 1930.

9 Zur österreichischen Rechtspraxis gegenüber der politischen Gewalt vgl. Botz, Gewalt in der Politik, S. 321 ff.

reich zu keinen ernsteren Kämpfen gekommen ist, dann nur, weil selbst die Heimwehr diesen Betriebsterror ruhig hingenommen hat!

Nun hat der Mohr die Schuldigkeit getan [10], die Heimwehr hat den Repräsentanten der bürgerlichen Parteien in den Sattel gehoben und soll nun den Fußtritt erhalten. In dieser Stunde kann man ihr wirklich nur eines auf das eindringlichste empfehlen: Laßt euch nicht von den bürgerlichen Parteien bluffen! Die Repräsentation des Willens des österreichischen Volkes liegt nicht bei den bürgerlichen Parteien, sondern bei euch! Wenn ihr hart bleibt, werden diese Parteien wie Spreu auseinandergefegt! Wenn ihr kapituliert, ja auch nur einen Fußbreit zurückweicht, dann werdet ihr die Zwecklosigkeit eurer ganzen bisherigen Arbeit erleben! So wie die bürgerlichen Parteien bisher die Nation verkommen ließen, so werden sie es auch in der Zukunft tun. In kurzer Zeit wird man nicht mehr vom "Antiterrorgesetz" reden, sondern vom Gesetz des Terrors. Herr Schober wird von "Staatsautorität" quasseln, und wenn es wirklich nimmer geht, mit gesetzlicher Pension in den Ruhestand treten. Die Nation allein aber wird die Zeche bezahlen. Keine Verfassung basiert auf Parteien! Jede erklärt, daß die Macht vom Volke ausgeht [11]! Heute noch kann die Heimwehr das Volk sein, morgen schon kann sie diese Rolle an den Marxismus verlieren! Die bürgerlichen Parteien können noch so schreien und noch so wettern: Wenn die Heimwehr festbleibt, kann sie mit diesen öffentlichen Dieben des Volkswillens blitzschnell fertig werden. Denn die Macht geht vom Volke aus und das Volk steht bei der Kraft und Wahrhaftigkeit und nicht bei der Verlogenheit und Schwäche!

Für uns Nationalsozialisten aber, die wir selbst mit allen legalen Mitteln den Kampf um die politische Macht in Deutschland durchfechten [12], ergibt sich daraus immer wieder eine harte Lehre: Niemals den korporativen Anschluß von anderen Verbänden gestatten [13]! Niemals erlauben, daß andere "prominente" Führer in unsere Bewegung "übertreten"! Niemals dulden, daß Parteimitglieder zugleich Mitglieder eines anderen Verbandes sind [14]! Niemals gestatten, daß sich in unsere Bewegung irgendein fremder Wille einschleicht! Und nie vergessen, daß jede Auflösung des Marxismus parallel die Auflösung der bürgerlichen Parteiwelt mit sich bringen muß! Wir sind nicht ein Teil des Parteilebens der Nation, sondern wir müssen uns zu dem extremen Bekenntnis durchringen, daß die Nation unsere Bewegung ist! Je härter unsere Bewegung in sich selbst fundiert ist, je geschlossener sie dasteht, um so leichter können wir dann, soweit taktische Fragen in Betracht kommen, operieren und wenn notwendig, auch von Zeit zu Zeit Bundesgenossen suchen [15]. Es wird dies dann aber immer nur ein Mittel zum Zweck sein und bleiben!

---

10 Nach Friedrich von Schiller, Die Verschwörung des Fiesco zu Genua, III. Akt, 4. Szene.

11 Anspielung auf Artikel 1 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919. Druck: RGBl. 1919, S. 1383. Der entsprechende Artikel 1 der österreichischen Verfassung in ihrer Fassung vom 7.12.1929 lautete: "Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus." Druck: 3. Bundesverfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920 in der Fassung des B.G.Bl. Nr. 367 von 1925 in der durch das Bundesverfassungsgesetz vom 7. Dezember 1929, B.G.Bl. Nr. 392, abgeänderten Form. Linz 1930.

12 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

13 Vgl. Hitlers Richtlinien zur Neuaufstellung der NSDAP vom 26.2.1925 (Bd. I, Dok. 4) sowie die Satzung der NSDAP/NSDAV e. V. vom 21.8.1925 (Bd. I, Dok. 64).

14 Vgl. Hitlers Erklärung vom 11.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 28) und seine Anordnung vom 5.2.1927 (Bd. II/1, Dok. 75).

15 Vgl. z. B. Dok. 5, Anm. 6.

1. Juni 1930 Dok. 53
Rede auf Parteikongreß der sächsischen NSDAP [1] in Plauen [2]

Der Nationale Sozialist vom 3.6.1930, "In unseren Reihen ist das Volk verankert" [3].

Parteigenossen, Parteigenossinnen, Volksgenossen!

Es gibt ja wohl nur ganz wenig Menschen in Deutschland, die vollständig zufrieden sind mit den heutigen Zuständen. In ihren Reden, ganz besonders in Wahlreden, sprechen sie alle vom Deutschland der Zukunft, das anders aussehen soll als das heutige. Die Organisation, die des Reiches Schutz in erster Linie sich auf ihre Fahnen geschrieben hat, ist sich nicht klar, wie die Fahne aussehen soll. Wenn sie das eine Mal schwarzrotgold zeigen und ein anderes Mal rot [4], so bekunden sie ihre Unzufriedenheit und Unklarheit.

Wenn wir Nationalsozialisten nun ebenfalls von einem doppelten Zustand reden - da auf einmal machen sie gegen uns mobil, deshalb, weil sie in uns die Bewegung sehen, die nicht nur vom kommenden Zustand spricht, sondern ihn auch in sich trägt und ihn verwirklichen wird.

---

1 Der Parteikongreß dauerte vom 31.5.-1.6.1930. Exemplar eines Tagungsprogramms; StA Dresden, Min. d. Innern Nr. 19085, Bd. II.

2 In der Festhalle auf dem Schützenplatz, abends. Zuvor hatte Hitler auf dem Marktplatz einen Vorbeimarsch von 4.600 (VB: 6.500) uniformierten Nationalsozialisten abgenommen. Die Versammlung, an der laut Polizeibericht 2.200 Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Martin Mutschmann geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Vor Hitler sprachen MdR und Reichsorganisationsleiter der NSDAP Gregor Straßer zum Thema "Idee und Organisation", MdL und Gauleiter Hans Schemm zum Thema "Idealismus und Nationalsozialismus im Gegensatz zu Materialismus und Marxismus", MdR Franz Ritter von Epp zum Thema "Politik und Wehrwille", während MdR und Gauleiter Goebbels kurz über den Stand des Beleidigungsprozesses berichtete, den Reichspräsident von Hindenburg gegen ihn führte.

3 Textgleiche Wiedergabe: Sächsischer Beobachter vom 4.6.1930, "In unseren Reihen ist das Volk verankert". Vgl. auch Chemnitzer Tageblatt vom 2.6.1930, "Sachsens Nationalsozialisten in Plauen"; Sächsischer Beobachter vom 2.6.1930, "Hitler hält Heerschau in Plauen ab"; Sächsischer Beobachter vom 3.6.1930, "Sachsenaufmarsch in Plauen"; Allgemeine Zeitung Chemnitz vom 3.6.1930, "Gautag der Nationalsozialisten"; Vogtländischer Anzeiger und Tageblatt vom 3.6.1930, "Sächsischer Gautag der N.S.D.A.P."; VB vom 6.6.1930, "Sachsens Gauparteitag - Ein weiterer Meilenstein unseres Marsches"; Der Nationalsozialist vom 7.6.1930, "Gauparteitag in Plauen"; Illustrierter Beobachter vom 14.6.1930, "Der Hitlertag von Plauen"; Polizeibericht der Polizeidirektion Plauen o. D. (33698/5); StA Dresden, Min. d. Innern Nr. 19085, Bd. II; Monatsbericht über die politische und wirtschaftliche Lage im Freistaat Sachsen Nr. 33040/6/30 vom 22.7.1930; StA Dresden, Min. d. Innern Nr. 11126/4. Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 555 f.

4 Das Reichsbanner hatte bewußt die Farben der Republik aufgegriffen, auch in Anknüpfung an die Revolution von 1848/49. Obwohl sich das Reichsbanner als parteiübergreifende Organisation verstand und die Bundesführung auf ein entsprechendes Auftreten achtete, stand es faktisch der SPD und dem ADGB nahe; einzelne Ortsgruppen rekrutierten sich bis zu 90% aus Anhängern der Sozialdemokratie, so daß Aufmärsche unter roten Fahnen wie überhaupt eine Anlehnung an die Selbstdarstellung der SPD nicht selten waren. Vgl. Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966, S. 231 ff., 314 ff., 328 f.

Wer nicht sehen will, der sieht niemals einen Weg aus dem heutigen Zustande heraus. Glauben Sie, daß die Geister, die 1806 kapituliert haben [5], daß die die Stunde 1813 gesehen haben würden [6]? Glauben Sie, daß die deutschen Erfüllungspolitiker [7] von jetzt, in die 70er Zeiten versetzt, glauben Sie, daß sie den Weg zum Zusammenschmieden der Nation gefunden haben würden [8]? Seit 1848 wurde er gesucht und nicht gefunden [9]. Das wissen wir genau, daß das Schicksal jedem Volke immer wieder Wege weist. Und wir wissen auch, daß die Menschen manchesmal Wege gemieden haben, weil sie sie nicht zu begehen wünschten, und dem heutigen Deutschland könnte das Schicksal hundert Wege zeigen, - aber es will nicht sehen.

Wenn das deutsche Volk sich aber einst wieder erhebt, dann heißt diese Wiederhebung zugleich Besinnung,

und dann wird eine Abrechnung einsetzen, die vernichtend wird. Und deshalb bestreiten sie, daß unser Volk fähig wäre, eine andere Politik zu betreiben, als sie betrieben wird.

Der Weg aus dem Elend heraus wird heute langsam Millionen Menschen sichtbar.

Es muß einsetzen ein Wandel der Gesinnung, des Denkens, des Fühlens.

Es muß kommen ein neues Volk, ein neuer Charakter. Das Volk muß sich wieder herausstellen.

Während alle Gegner die Frage stellen, wo ist denn der Wandel und der Weg, während sie alle nicht sehen wollen, bildet sich in Deutschland bereits die Kraft, die einmal das Schicksal wenden wird - nicht von oben herunter durch Änderung bestehender Formen, sondern aus dem Volke heraus bildet sich ein vollkommen neuer politischer Kraftfaktor, den man vor zehn Jahren nicht kannte, der aber heute da ist. Es hat sich das Wunder einer Entwicklung vollzogen, die keiner unserer großen Politiker jemals zugegeben hätte. Aus nichts heraus ist eine ganz große Bewegung gewachsen. Aus dem Volke heraus, aus seinen ewigen Kraftquellen ist ein neuer Faktor des politischen Lebens entstanden, der sich abhebt von allem, was heute in Deutschland da ist. Und außerdem ist diese Bewegung keine Partei [10].

Wir wollen den Volkswillen zum Leben bringen

und geben ihm die Ausdrucksform, die dem Volkswillen gemäß ist.

So entstand eine Organisation des deutschen Volkes an sich. Denn was sehen Sie in diesen Reihen? Welche von allen Parteien heute kann sagen: *In unseren Reihen ist das ganze Volk verankert* [11].

---

5 Am 14.10.1806 waren in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt zwei preußische Korps von den Truppen Napoleons I. vernichtend geschlagen worden. Französische Besetzung, die Reduzierung des preußischen Staats um etwa die Hälfte sowie umfangreiche Kontributionen waren die wichtigsten Bestimmungen des am 9.7.1807 geschlossenen preußisch-französischen Friedens zu Tilsit.

6 Anspielung auf die Befreiungskriege 1813-1815.

7 Vgl. Dok. 7, Anm. 8.

8 Anspielung auf den deutsch-französischen Krieg 1870/71, der am 18.1.1871 zur Proklamation des deutschen Kaisers führte.

9 Anspielung auf die deutsche Revolution 1848/49.

10 Vgl. jedoch die Richtlinien für die Neuaufstellung der NSDAP vom 26.2.1925, die Satzung der NSDAP/NSDAV e. V. vom 21.8.1925 sowie die Satzung der NSDAP/NSDAV e. V. vom 22.5.1926, Bd. I, Dok. 4, 64, 146.

11 Zur Sozialstruktur der damaligen NSDAP vgl. Kater, The Nazi Party, S. 32 ff., 169 ff. sowie Jürgen W. Falter, War die NSDAP die erste deutsche Volkspartei? In: Michael Prinz/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991, S. 21-47.

Wir haben unsere Wurzel in den Begriffen: *Volk, Rasse, Blut.* Deshalb sind wir ein neuer Faktor, der einzige, der wirklich Brücken schlagen wird. Wir sehen die erste Bewegung, die langsam Menschen aus allen Schichten des Volkes zusammenbringt.

Wir werden die Jugend in Deutschland in immer größerem Maße beschlagnahmen [12]. Die Herzen dieser Jungen gehören uns. Wir werden sie erfassen, und

es kommt die Zeit, in der wieder Millionen dieser Knaben in unseren Reihen marschieren [*sic!*],

und aus diesen Knaben werden in wenigen Jahren Männer, und aus diesen kampferprobte Mitglieder der neuen Weltanschauung, einer Bewegung, die etwas anderes ist als das, was wir heute in Deutschland in den Parteien haben. Das ist das große Wunder, das seit zwölf Jahren geschehen ist.

Weil die Bewegung noch klein ist und manche Unkrautpflanze größer ist, so sprechen sie uns keine Bedeutung zu. Wir sind jedoch ein anderes Holz als das, was die anderen Parteien bildet. Und wenn sie zweifeln,

Kraft oder Stärke macht Deutschland frei.

Und glauben Sie, wenn heute in Deutschland nicht die Zahl, sondern die Kraft gewogen wird - *ist heute schon unser der Sieg.*

Wir lesen aus Deutschland aus alles, was gut ist.

Wenn Sie heute in die braunen Kolonnen sahen [13], dann mußten Sie feststellen, - was hier vorbeimarschiert, das sind nicht 10.000 Menschen - ein Typ, der sich unterscheidet von allen anderen.

Wenn das nicht der Typ des kommenden Deutschlands ist, möchte ich kein Deutscher sein [14].

Diese disziplinierten, marschierenden Massen ergeben den Typ, der einst Deutschland sein wird.

Was wir hier sehen ist nicht Utopie, sondern Fleisch und Blut. *Unsere Bewegung hat aufgehört, eine Fiktion zu sein. Sie ist zur Realität geworden.*

Wenn Zweifel kommen sollten, dann hören Sie auf, Parteigenossen allein zu sein. Hören Sie auf, Ortsgruppenführer zu sein, hören Sie auf, SA-Mann zu sein, sind Sie dann eine Sekunde Deutscher allein. Sind Sie dann ehrlich: Selbst wenn es Fehler hätte, es ist doch das Beste, was die deutsche Nation heute ihr eigen nennt. Das muß mit frischem Mut füllen. Das muß Sie hart machen. Das muß Sie vergessen lassen die zahllosen kleinen Reibungsflächen, die sich unter den Menschlein breitmachen. Es muß Sie finden lassen das große gemeinsame Ziel und die Notwendigkeit, daß nur um dieses Zieles willen alles andere zurückstehen und unterbinden, was uns trennen könnte.

Meine lieben Volksgenossen. In wenigen Tagen schon stehen wir in Sachsen vor der Wahl [15]. Wir werden wie hier so immer wieder

das Volk mobil machen zu einer neuen Schicksalsbestimmung.

---

12 Vgl. Dok. 44, Anm. 22.

13 Vgl. Anm. 2.

14 Nach formaljuristischen Kriterien war Hitler seit 1924 staatenlos. Faktisch wurde er vermutlich am 12.7.1930, offiziell durch seine Anstellung als Regierungsrat des Landes Braunschweig am 25.2.1932 deutscher Staatsbürger. Vgl. Rudolf Morsey, Hitler als braunschweigischer Regierungsrat. In: VfZ 8 (1960), S. 419-448. Manfred Overesch, Die Einbürgerung Hitlers 1930. In: VfZ 40 (1992), S. 543-566.

15 Vgl. Dok. 44, Anm. 5 und Dok. 65.

Was Sie heute nicht sehen, werden Sie morgen erkennen und übermorgen.

Wenn wir heute mißverstanden werden in unserem Volke - eine Zeit kommt, wo wir verstanden werden.

Wir rechnen mit der Zukunft.

Unser ist die Zukunft [16]. Vor uns steht als einzige Pflicht die Rettung unseres deutschen Volkstums. Das ist die große Mission. Die erlöscht niemals. *Und wenn sie die Gegenwart nicht versteht, die Zukunft versteht sie.*

Und wenn wir heute straucheln würden - wohlan denn; wenn unser Volk zugrundegeht, dann muß es die Nachwelt verkünden: Alle sind nicht den Weg des Verderbens gegangen. *Es gab Hunderttausende und Millionen, die sich dieses Unterganges zu erwehren suchten.*

Selbst wenn das Schicksal gegen uns entscheidet -

wir sind in der Zeit der Erbärmlichkeit Männer gewesen.

Und wenn die Zukunft uns gar nicht recht haben wollte, dann sind wir zufrieden, wenn sie feststellt, daß wir nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt haben.

Dieses heilige innere Gelöbnis nehmen Sie mit hinaus. Ob wir siegen oder Erfolg haben, spielt erst in zweiter Linie eine Rolle. Dennoch bleibt bestehen: *Die Not unseres Volkes. Es steht auf dem Spiele die Existenz einer 80-Millionen-Nation* [17].

Das Schicksal hat uns in eine große Zeit hineingestellt, wir könnten auch in einer erbärmlichen leben.

Wohlan denn:

Das große Schicksal wird in Deutschland auch wieder große Männer erhalten.

Und wenn diese Männer einst gegeben sind, sollen sie nicht scheitern, weil kein Instrument da ist. *Wir spielen das Instrument, und das Schicksal gibt uns die Stunde.*

Wenn schon die Stunde des letzten kommt [*sic!*], dann möchte ich nicht von der Welt gehen ohne das Bewußtsein, das getan zu haben, was ein Mensch tun konnte.

Tut jeder einzelne, was er tun kann; und genügt es nicht - gut dann - *wir haben unsere Pflicht getan.*

---

16 Vgl. Dok. 41, Anm. 23.

17 Ende 1925 wurden in allen Staaten der Erde 94.428.430 Deutsche gezählt; davon entfielen auf das Deutsche Reich 62.500.000 Menschen. Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 18 ff. mit Angabe der zugrundeliegenden Definitionskriterien.

6. Juni 1930 Dok. 54
Rede auf NSDAP-Versammlung in Bautzen [1]

Bautzener Nachrichten vom 7.6.1930, "Adolf Hitler in Bautzen"[2].

Der Nationalsozialismus wendet sich nicht, wie andere Parteien, an bestimmte Volksklassen [3], sondern an die Volksgesamtheit [4]. Er kann deshalb nicht mit billigen Schlagworten arbeiten, sondern muß *grundsätzliche Probleme* erörtern. Der Vorwurf, daß der Nationalsozialismus den Tagesfragen ausweicht, ist unberechtigt, denn er hat bewiesen, daß er die Tagesfragen zu lösen versteht [5], freilich nicht in dem Sinne, wie das heute vielfach geschieht, wo die Lösung der Tagesfragen nur in einem Fortwursteln von heute auf morgen besteht, wobei viel verwirtschaftet wird, ohne daß der fortschreitende Verfall aufgehalten wird. Der Nationalsozialismus ist sich bewußt, daß über die Nöte des Tages die Notwendigkeiten des Schicksals der Volksgesamtheit regieren. Dieses Schicksal muß erst gewendet werden, und wir müssen uns dabei daran gewöhnen, auf weite Sicht zu denken. Das Schicksal des einzelnen wie des ganzen Volks ist *raumbedingt*. Es wird bestimmt vom Grund und Boden, der für das Volk das Wichtigste darstellt. Das Leben des einzelnen hängt ab von der kulturellen Bedeutung seines Volkstums. Es ist ein Verbrechen, wenn die marxistische Gleichheitstheorie den Massen einzureden versucht, alles, was Menschenantlitz trägt, sei gleich. Weder äußerlich noch innerlich besteht diese Gleichheit. Das ergibt sich schon aus dem ungleichen Wirken des einzelnen. Aus sich selbst heraus ist der Mensch, was er ist, und der Grund und Boden ist davon von maßgebendem Einfluß. Er ist neben dem Rassenwert entscheidend, wie das die Geschichte bewiesen hat. Der Lebensraum und der Kampf um ihn bestimmen den Kulturstand eines Volkes. Wächst das Volk bei gleichbleibendem Lebensraum, so ergeben sich schicksalsbestimmende Spannungen. Für Deutschland ist die Raumnot seit Jahrhunderten der bestimmende Faktor gewesen. Sie hat das Volk zu den größten Entschlüssen getrieben. Und wenn heute Amerika eine Machtgröße in der Welt darstellt, so ist das nur dadurch möglich geworden, daß Europas Raum nicht zureichte [*sic!*].

Die Lage des deutschen Volkes ist heute die, daß der Raum für die Volkszahl zur Ernährung nicht genügt. Solcher Raumnot abzuhelfen, gibt es drei Möglichkeiten: Die Erweiterung des Raumes, die Lebensbeschränkung und die Produktionssteigerung zum Zwecke des Ex-

1 In den Kronesälen, abends. Hitler sprach 1 1/2 Stunden. Die Versammlung, an der laut Festschrift 1.847 (Bautzener Nachrichten: nahezu 2.000) Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppenleiter der NSDAP Wolfgang Schinzinger geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet.

2 Vgl. auch Bautzener Tageblatt vom 7.6.1930, "Adolf Hitler in Bautzen"; Volkszeitung für Löbau vom 10.6.1930, "Adolf Hitler in Bautzen"; VB vom 13.6.1930, "Und in Bautzen"; VB vom 15./16.6.1930, "Adolf Hitler im sächsischen Kampfgebiet. Die Presse über die Hitlerversammlung in Bautzen"; 10 Jahre Ortsgrupe Bautzen der NSDAP. Festschrift. Bautzen o. J. [*1935*], S. 17 ff.

3 Außer der NSDAP repräsentierten von den damaligen deutschen Parteien faktisch nur Zentrum und DNVP alle großen sozialen Schichten, wobei die beiden letzteren ausgeprägte regionale Schwerpunkte und konfessionelle Grenzen besaßen. Vgl. Horst Möller, Weimar. Die unvollendete Demokratie, München [5]1994, S. 102 ff.

4 Vgl. Dok. 53, Anm. 11.

5 Anspielung auf die Tätigkeit Fricks als thüringischer Innen- und Volksbildungsminister. Vgl. Dok. 7, Anm. 5 und Dok. 11, Anm. 17.

ports. Es ist kein Imperialismus, wenn der Nationalsozialismus sich zu der Auffassung bekennt, daß die stärkere, die bessere Rasse sich ihren Lebensraum erweitern muß. Die Bodenverteilung ist nicht für die Ewigkeit gegeben. Für ein starkes Volk ist die Lebensraum-Erweiterung eine Notwendigkeit. Ist sie nicht gegeben, so kommt es zur Auswanderung; aber diese senkt den Lebensstandard des Volkes, weil sie ihm die besten Kräfte entzieht. Sie erscheint deshalb dem Nationalsozialismus verhängnisvoll. Einen Wahnsinn aber bedeutet die Lebensbeschränkung, wie sie der Marxismus vertritt; denn sie schaltet die Möglichkeit der Auslese aus. Wer will, daß die Kulturwelt gehoben wird, muß die Auslesemöglichkeit bestehen lassen; denn alles, was ist, verdankt nicht einem Kollektivismus, sondern dem Individuum, dem einzelnen Kopf sein Dasein. Es ist kein Zufall, daß die nachrevolutionäre Zeit keine Köpfe hervorgebracht hat. Das Bürgertum hat, um der Raumnot abzuhelfen, den Weg über die Wirtschaft versucht und sich bemüht, die Menschheit zu einer Exportgemeinschaft zu machen. Der Versuch ist gescheitert, weil der Export nicht eine Frage der Produktion, sondern des Verkaufs ist. Nun ist aber der Absatzmarkt auf der Welt begrenzt, weil um ihn viele Völker kämpfen, und ganz Europa kämpft darum gegen Amerika, mit dessen unerhörten Produktionsmöglichkeiten es heute schon nicht mehr konkurrenzfähig ist [6]. Es ist ein Trugschluß, wenn das Bürgertum glaubt, durch wirtschaftsfriedliche Entwicklung den Kampf vermeiden zu können. Wenn insbesondere Deutschland bis jetzt noch sich gehalten hat, so nur deshalb, weil es von den angehäuften Schätzen der Vergangenheit lebt. Wenn sie verbraucht sein werden, wird die Entscheidung akut und damit der Kern des Problems bloßgelegt: 20 Millionen Menschen sind im Verhältnis zu ihrem Lebensraum zuviel vorhanden, eine Möglichkeit der Exportsteigerung ist nicht mehr gegeben. Das deutsche Volk geht an seinem eigenen Lebenskampf zugrunde, und damit wird offensichtlich, daß alles nur eine *Machtfrage* ist. Der Zweck des Diktats von Versailles [7] war, die deutsche Wirtschaft zu ruinieren. Es hat sich wieder einmal erwiesen, daß der Stärkere Recht hat. Deshalb will der Nationalsozialismus das Volk hart machen, daß es vor dieser Tatsache nicht erzittert, sondern sich mit ganzer Kraft einsetzt, bis er siegt. Wenn darauf hingewiesen wird, daß wir ja keine Waffen haben [8], so ist dem entgegenzuhalten, daß das Primäre nicht die Waffen sind, sondern der Wert eines Volkes an sich und sein Wille, sein Selbsterhaltungstrieb. Waffenbesitz ist nicht das Entscheidende. Der Schwächling entwaffnet sich selbst. Noch nie sind Nationen zugrunde gegangen, weil sie keine Waffen hatten, sondern sie hatten keine Waffen, weil sie Pazifisten waren. Voraussetzung für den Sieg ist der *innere* Wert eines Volkes, der fest in seinem Volkstum wurzelt, sich gegen fremde Einflüsse wehrt. Nationalist ist, wer sein Volkstum höher stellt als ein anderes. Parallel dazu läuft der Sozialismus, der über allen Berufsdifferenzen, allen Klassenunterschieden steht. Eins ist mit dem anderen verbunden, und wer sich dieser Erkenntnis widersetzt, über den wird die Entwicklung der Zukunft hinweggehen. Ziel des Nationalismus ist die Bildung einer völlig unabhängigen

---

6 1930 führten die europäischen Staaten Waren im Wert von 58 Milliarden RM (53,3% der Welthandelsausfuhr), die USA Waren im Wert 15,9 Milliarden RM (14,58% der Welthandelsausfuhr) aus. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 94* f.

7 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

8 Artikel 164-172 des Versailler Friedensvertrags legten Zahl und Charakter der Bewaffnung der deutschen Streitkräfte präzise fest. Dazu gehörte auch das Verbot aller modernen oder zukunftsweisenden Waffensysteme. Druck: RGBl. 1919, S. 923 ff.

Staatsautorität. Deshalb sagt er der Demokratie den Kampf an in der Erkenntnis, daß Majorität Dummheit ist und nur die besten Köpfe die Autorität der Persönlichkeit wahren können. Auf fremde Hilfe, auf Völkersolidarität und ähnliches setzt der Nationalsozialismus keine Hoffnung [9]. Er stellt sich nur auf die eigene Kraft, auf den Glauben an sich selbst. Er verspricht seinen Wählern nichts wie die anderen Parteien, aber er wird auf Grund seiner Einstellung zur Volksgesamtheit seine Pflicht tun [10].

7. Juni 1930 Dok. 55
"Parteigenossen!"
Anordnung

VB vom 7.6.1930.

Angesichts der neuen Verordnung [1] gegen unsere Bewegung verfüge ich hiermit folgendes:

1. Der Parteitag 1930 fällt aus [2].

2. Alle Parteigenossen haben die Pflicht, nunmehr gemäß dem Beschluß der Generalmitgliederversammlung beschleunigt erhöhte Mittel für den Erwerb und Ausbau unseres neuen Zentralheims zur Verfügung zu stellen [3].

---

9 Vgl. Dok. 49, Anm. 12 und 16.

10 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Als erstes Land hatte Bayern am 5.6.1930 ein Uniformverbot für politische Verbände erlassen. Preußen folgte am 11.6., Baden am 13.6.1930 mit speziellen Verboten, die das Tragen nationalsozialistischer Uniformen in der Öffentlichkeit untersagten. Vgl. Hans Volz, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin [10]1939, S. 20 sowie Pyta, Gegen Hitler und für die Republik, S. 294 ff. Druck des Runderlasses des preußischen Ministeriums des Innern vom 11.6.1930: Staat und NSDAP 1930-1932, S. 87.
Mit SA-Befehl vom 10.7.1930 gab Pfeffer bekannt, daß als Ersatz zum Braunhemd ein einheitliches "weißes Verbotshemd" geschaffen worden sei, das bei allen SA-Zeugmeistereien bezogen werden könne. BA, Slg. Schumacher 403.
Vgl. auch Lagebericht N/Nr. 92 der Polizeidirektion München vom 9.7.1930 (BayHStA, MA 101235/3), wo es u. a. heißt: "Das Uniformverbot trifft die NSDAP am schwersten. Für sie war der Aufmarsch uniformierter SA-Abteilungen immer das beliebteste Propagandamittel, weil diese Art der Agitation auch jene Bevölkerungskreise erfaßte, welche der Parteipresse und den Parteiversammlungen ferne standen. Die in der letzten Zeit, besonders in der Provinz veranstalteten sogenannten Deutschen Tage [*vgl. z. B. Dok. 72*], die zumeist mit Fackelzügen, Kirchgang und Kriegerehrungen verbunden waren, dienten weniger der Ehrung der gefallenen Krieger als vielmehr, wie die dabei gehaltenen Ansprachen und Reden erwiesen, der Parteipropaganda. Diese Art der Propaganda durch 'marschierende braune Kolonnen' ist jetzt durch das Uniformverbot unmöglich gemacht." Folgt Bericht über die für den 14.6.1930 geplante, jedoch im voraus verbotene Protestkundgebung im Münchener Zirkusgebäude am Marsfeld, wo u. a. Hitler zum Thema "Unsere Antwort auf das Uniformverbot" sprechen wollte.

2 Vgl. Dok. 24 mit Anm. 2.

3 Vgl. Dok. 48 und 50.

3. Für die Dauer von zunächst acht Monaten [4] *ist die gesamte Kraft der Propaganda auf Bayern zu konzentrieren!*

gez. *Adolf Hitler*

9. Juni 1930 Dok. 56
Anordnung

VB vom 11.6.1930, "Bekanntmachung".

Zum Vorsitzenden des Ausschusses für Jugendorganisation [1] wird an Stelle des Pg. *von Pfeffer* (Osaf) [2] Pg. Walter *Buch* [3] ernannt. Den Vorsitz des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses [4] behält Pg. Walter Buch vorläufig bei.

gez. *Adolf Hitler*

---

4 Ein Grund für diesen Zeitraum ist nicht ersichtlich. Möglicherweise hatte Hitler den Einzug in die neue Reichsgeschäftsstelle der NSDAP vor Augen, die jedoch bereits am 1.1.1931 erfolgte. Vgl. Dok. 50, Anm. 17, ferner Lagebericht Nr. 175/II/30 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 29.7.1930 (StA Landshut, Rep. 168/5, Nr. 496), wo es u. a. heißt: "Der Nichtvollzug dieser Anordnung [*, die Propaganda der NSDAP auf Bayern zu konzentrieren,*] dürfte auf die kurz nach dem bayerischen allgemeinen Uniformverbot bei Kundgebungen unter freiem Himmel, erlassenen preußischen und badischen Sonderverbote des Uniformtragens für die NSDAP zurückzuführen sein."

1 Der Ausschuß für Jugendorganisation der NSDAP war am 27.10.1927 gegründet worden, um alle entsprechenden Aktivitäten der NSDAP zu koordinieren. Während Pfeffers Leitung blieb der Ausschuß jedoch ein relativ bedeutungsloses Führungsgremium, dem jede Exekutivgewalt fehlte. Zur damaligen Struktur der Jugendorganisation der NSDAP vgl. Stachura, Nazi Youth in the Weimar Republic, S. 119 ff.

2 Zum Konflikt zwischen Hitler und Pfeffer vgl. den nicht abgesandten Brief Buchs vom 13.9.1930 an Pfeffer. Druck: Tyrell, Führer befiehl, S. 334 f. Ferner Horn, Führerideologie, S. 325 f. sowie Dok. 79, Anm. 1, Dok. 91, Anm. 3 sowie Dok. 99-103.

3 Walter Buch (1883-1949), 1904 badischer Leutnant, 1919 Major a. D., Mitglied der DNVP, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1928-1945 Vorsitzender des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses bei der Reichsleitung der NSDAP, 1928-1933 MdR, Juni 1930-April 1931 Vorsitzender des Ausschusses für Jugendorganisation der NSDAP, 1934-1945 Leiter des Obersten Parteigerichts, 1949 Selbstmord.

4 Vgl. Dok. 45, Anm. 2.

11. Juni 1930 Dok. 57
Rede auf NSDAP-Versammlung in Freiberg/Sachsen [1]

Freiberger Anzeiger vom 12.6.1930, "Adolf Hitler in Freiberg" [2].

In reichlich zweistündigen Ausführungen entwickelte Adolf Hitler die Ziele seiner Partei, wobei er zunächst betonte, daß es ihm fernliege, eine Wahlrede [3] zu halten. Und so zog er es vor, auf die Verhältnisse in Sachsen nicht einzugehen. Er beschränkte sich vielmehr darauf, die allgemeinen programmatischen Forderungen seiner Partei zu vertreten. Dabei behauptete er, daß der Nationalsozialismus eine Bewegung sei, die das Ganze umfasse und daher nicht mit Schlagworten (?) [*sic!*] operieren könne. Wie läßt sich mit diesen Äußerungen ihres Führers das Verhalten der Nationalsozialisten in den Gemeindeparlamenten und nicht zuletzt im sächs[*ischen*] Landtag vereinbaren [4]? Haben die Nationalsozialisten hier wirklich das Ganze im Auge gehabt oder haben sie lediglich aus parteiegoistischen Gründen den Wahlkampf heraufbeschworen? Adolf Hitler stellte als obersten Grundsatz seiner Partei die Schaffung und Sicherung eines ausreichenden Lebensraumes auf. Hier unterschieden sich die Ansichten der Nationalsozialisten in schroffster Form von denen des Marxismus und weiten Kreisen des Bürgertums. Jedes Volk brauche zu seiner Existenz einen bestimmten Lebensraum. Während das Ziel eines Volkes ein veränderlicher Begriff sei, sei der Raum ein gegebener. Die Nationalsozialisten wendeten sich mit aller Kraft gegen die Schematisierung des Menschen, wie sie die Marxisten erstrebten. Sie würden nur eine Doktrin anerkennen: Die Existenz unseres Volkes zu halten. Außenpolitik heiße Sicherung des Raums für die Lebensvoraussetzungen eines Volkes, Innenpolitik Stabilisierung der Kräfte des Volkes zur Erreichung der außenpolitischen Ziele. Der Lebensraum in seiner Begrenzung führe zum Kampf; niemand könne behaupten, die Bodenverteilung der Welt sei gerecht. Ein gesundes Volk gehe stets den Weg der Raumerweiterung. Schärfstens zu verurteilen sei die Auswanderungspolitik, die angeblich der Raumnot abhelfe, in Wirklichkeit sich aber später einmal fürchterlich rächen werde. Adolf Hitler wandte sich scharf gegen die Demokratie und das System der Vielheit, die der Menschheit nichts gegeben hätten. Der kulturellen Kraft der schöpferischen Persönlichkeit verdanke die Menschheit alles. Das deutsche Volk könne aus seiner jetzigen brutalen Ohnmacht nur durch den Kampf wieder zu gesunden nationalen Verhältnissen kommen. Ein jeder habe dazu mitzuarbeiten, müsse sich ganz zu seinem Volke bekennen und als obersten Grundsatz bekennen: Ich bin Deutscher ganz allein, mehr will ich nicht sein. Die Demokratie von heute lebe auf Kosten der Güter und Schätze der Vergangenheit, sonst habe sie nichts. Das deutsche Volk müsse auf seine eigenen Kräfte bauen, andere würden ihm nicht helfen. Das pazifistische Gift müsse daher aus ihm herausgerissen werden.

---

1 Im Tivolisaal, abends. Der Saal mußte wegen Überfüllung polizeilich gesperrt werden.
2 Vgl. auch VB vom 13.6.1930, "Adolf Hitler in Freiberg".
3 Gemeint ist die für den 22.6.1930 vorgesehene sächsische Landtagswahl. Vgl. Dok. 44, Anm. 5.
4 Vgl. Dok. 44, Anm. 5 und Dok. 65.

Zum Schluß beschäftigte sich Adolf Hitler mit dem Anwachsen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei [5] und dem Kampf gegen sie [6]. Mit den Waffen der Demokratie werde sie auf legalem Wege [7] den Sieg über die anderen Parteien erringen [8].

12. Juni 1930 — Dok. 58
Zeugenaussage vor dem Landgericht Schweidnitz [1]

VB vom 17.6.1930, "Schweidnitz jubelt Adolf Hitler zu" [2].

Zur Frage des Verbots des Tragens von Waffen gibt Hitler die Erklärung ab, daß er rücksichtslos, obwohl es ihm in einzelnen Fällen schwer falle, mit dem Ausschluß aus der Partei

5 Vgl. Dok. 11, Anm. 22; Dok. 36, Anm. 15; Dok. 41, Anm. 13.
6 Vgl. Dok. 23, Anm. 3; Dok. 24, Anm. 2; Dok. 28, Anm. 29; Dok. 29, Anm. 13; Dok. 32, Anm. 24; Dok. 41, Anm. 21; Dok. 55, Anm. 1.
7 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.
8 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im sog. Schweidnitzer Landfriedensprozeß, der in 2. Instanz verhandelt wurde.
Am 26.9.1929 hatte die Ortsgruppe Schweidnitz der NSDAP eine Versammlung mit dem Thema "Der Republikanische Schutzbund in Österreich und das Reichsbanner in Deutschland - eine Judenschutztruppe" abgehalten. Daraufhin hatte die örtliche SPD, unterstützt von ADGB, Arbeiter Turn- und Sportbund und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, tags darauf eine Gegenveranstaltung im Volksgarten mit MdR Carl Wendemuth als Redner organisiert. Diese Veranstaltung wurde von etwa 150 SA-Männern, die aus der gesamten Umgebung zusammengezogen worden waren, gesprengt. Ein Teil der beteiligten SA-Männer wurde deswegen angeklagt, am 23.12.1929 jedoch zu verhältnismäßig geringen Strafen verurteilt. Während des Verfahrens, das vom 3.12.-23.12.1929 vor dem Schöffengericht Schweidnitz verhandelt wurde, trat auch Hitler am 13.12.1929 als Zeuge auf. Vgl. auch Bd. III/2, Dok. 114.
Vom 10.6.-5.7.1930 wurde das Verfahren vor dem Landgericht Schweidnitz in 2. Instanz verhandelt, nachdem die Staatsanwaltschaft wie auch die verurteilten Angeklagten Berufung eingelegt hatten. Da in dieser Instanz auf Landfriedensbruch erkannt wurde, wurden die Zahl der Verurteilungen von 7 auf 14 erhöht, das Strafmaß - bis zu maximal 5 Monaten Gefängnis - verschärft. Vgl. Richard Bessel, Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934, New Haven 1984, S. 83 ff. Ferner Hubert Wolan, Świdnickie Procesy Narodowosocjalistycznych Bojówkarzy (1929-1930). In: Studia Śląskie, Seria Nowa, Tom XXX (1976), S. 341-362. Friedrich Heiß, Das Schlesienbuch. Ein Zeugnis ostdeutschen Schicksals, Berlin 1938, S. 301 f. Hans Frank, Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse, München 1953, S. 82 f.
2 Basierend auf den Beständen des ehem. Zentralen Staatsarchivs der DDR ist ein Teil der Prozeßunterlagen - nicht frei von Fehlern - ediert bei Wolan, Świdnickie Procesy, S. 353 ff. Weitere Prozeßunterlagen konnten nicht ermittelt werden. Diese sind vermutlich in Schweidnitz geblieben. Informiert durch ein Schreiben vom 28.8.1936 des Führers des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbunds im Bezirk Schweidnitz, Rechtsanwalt Gerhard Neumann, bat der Leiter des Hauptarchivs der NSDAP, Erich Uetrecht, mit Schreiben vom 23.2. 1938 die Oberstaatsanwaltschaft in Schweidnitz "um Feststellung bzw. leihweise Überlassung der Akten zur Aufnahme in die Nachweiskartei des Hauptarchivs der NSDAP". Mit Schreiben vom 26.2.1938 teilte die Oberstaatsanwaltschaft in Schweidnitz dem Hauptarchiv der NSDAP mit, daß ein "Verzeichnis der geschichtlich wertvollen Akten" dem Reichsministerium der Justiz überreicht worden sei, eine Übersendung von Strafakten wäre jedoch - so ein weiteres Schreiben vom 21.5.1938 - "nicht zulässig"; BA, NS 26/524.

gegen Verstöße dieser Art vorgehe [3]. *Er sei sich allerdings bewußt, daß die Entwaffnung immer den Friedfertigen, niemals den Angriffslustigen treffe* [4].

Adolf Hitler erklärt dann die Bedeutung des Frauenordens [5] innerhalb der Bewegung und beantwortet die Frage des Vorsitzenden, inwieweit gemeinsame Fahrten der SA zum Besuch auswärtiger Versammlungen von der Partei finanziert werden, dahin, *daß jeder Parteigenosse und SA-Mann die ihm durch die Betätigung in der Bewegung entstehenden Unkosten einschließlich Bekleidung selbst zu tragen habe* [6].

Gerade daran liege ja der große moralische Vorsprung, den die Bewegung in ihrer grenzenlosen Opferwilligkeit der einzelnen Mitglieder gegenüber anderen Parteierscheinungen habe. Nur mit Widerwillen und abgewendet von der Person des Fragestellers [7] beantwortet Adolf Hitler nach kurzen und prägnanten programmatischen Erklärungen noch einige mit Einwilligung des Gerichts gestellte Fragen des jüdischen Rechtsanwaltes Foerder. Die Vernehmung Hauptmanns von Pfeffer ergab gegenüber den Aussagen erster Instanz nichts wesentlich Neues.

Vgl. ferner VB vom 14.6.1930, "Die Wahrheit über Schweidnitz" und "Die Stadt im Zeichen Hitlers"; Die Flamme vom 19.6.1930, "Schweidnitz bejubelt Adolf Hitler"; Berliner Arbeiter-Zeitung vom 22.6.1930, "Die Wahrheit über Schweidnitz"; Berliner Tageblatt vom 3.7.1930 (AA), "Strafanträge in Schweidnitz"; Berliner Tageblatt vom 5.7.1930 (AA), "Urteil in Schweidnitz"; Berliner Tageblatt vom 6.7.1930 (MA), "Ein seltsamer Richter"; Frankfurter Zeitung vom 6.7.1930, "Das Urteil im Schweidnitzer Nationalsozialistenprozeß"; Vossische Zeitung vom 6.7.1930, "Das Urteil von Schweidnitz"; Illustrierter Beobachter vom 12.7.1930, "Verbote und Prozesse".

3 Vgl. Hitlers Anordnung vom 26.2.1925 (Bd. I, Dok. 4), 29.9.1925 (Bd. I, Dok. 69), seine Erklärung vom 11.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 28), die Satzung der SA vom 17.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 31), sein SA-Befehl 1 vom 1.11.1926 (Bd. II/1, Dok. 44), sein Rundschreiben an die Gauleitungen und selbständigen Ortsgruppen der NSDAP vom 5.2.1927 (Bd. II/1, Dok. 75), seine Rede am 25.5.1927 (Bd. II/1, Dok. 130), seine "Grundsätzliche Anordnung der SA II" vom 31.5.1927 (Bd. II/1, Dok. 135), seine Anordnung vom 3.12.1928 (Bd. III/1, Dok. 60) und sein Schreiben vom April 1930 (Dok. 39).

4 Einer Statistik des Vorwärts zufolge wurden in den Monaten April bis Juli 1930 21 Menschen durch Nationalsozialisten getötet, 222 schwer verletzt. Vgl. Vorwärts vom 26.8.1930 (AA), "Die Organisation der Totschläger".
Zum Terror von SA und SS vgl. ferner die Preußische Referentendenkschrift vom Mai 1930; dort sind in Anlage I die nationalsozialistischen Gewaltaten seit Januar 1930, in Anlage II die wichtigsten Waffenfunde bei Nationalsozialisten seit September 1929 aufgeführt. Druck: Staat und NSDAP 1930-1932, S. 51 ff., hier S. 78 ff. sowie Peter H. Merkl, Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925-1933. In: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1982, S. 422-440.

5 Der 1923 von Elsbeth Zander gegründete und von ihr geleitete Deutsche Frauenorden (seit 1928: Deutscher Frauenorden Rotes Hakenkreuz) wurde im Oktober 1931 als NS-Frauenschaft der Reichsleitung der NSDAP unterstellt. Vgl. Jill Stephenson, The Nazi Organisation of Women, London 1981, S. 28 ff.

6 Die Finanzierung der SA durch die NSDAP war denkbar gering, so daß die SA-Männer Kosten für Propagandafahrten und Uniformierung in der Regel selbst zu übernehmen hatten. Noch im Dezember 1931 ging der Generalinspekteur der SA davon aus, daß etwa ein Drittel der SA nicht die vorgeschriebene Uniform besaß. Vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 134 f.

7 Ludwig Foerder (1886-1954), Rechtsanwalt und Notar in Breslau, 1908 Rechtsreferendar, seit 1919 Rechtsvertreter des Bundes der republikanischen Frontkämpfer, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und verschiedener jüdischer Organisationen, u. a. Syndikus des Landesverbands Niederschlesien des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, 1924 Verfasser des Buches "Antisemitismus und Justiz", seit April 1933 im Exil, zunächst in der Tschechoslowakei, dann in Palästina.

Die Aussagen des als Sachverständiger von der Anklage geladenen Berliner Polizeispitzels Dr. *Stumm*[8] brachte eine humorvolle Note in die Verhandlung. Es war Adolf Hitler und Rechtsanwalt Dr. Frank[9] ein leichtes, die unlogischen Schlußfolgerungen des Herrn Sachverständigen zu widerlegen. Dr. Frank kündigte die Ladung des Staatsministers Dr. Frick als Sachverständigen der Angeklagten an.

Hitler und Osaf von Pfeffer verließen unter den tosenden Heilrufen einer nach Hunderten zählenden Menschenmenge, die immer noch auf dem Gerichtsplatz ausharrte, das Gerichtsgebäude[10].

13. Juni 1930 Dok. 59
Rede auf NSDAP-Versammlung in Leipzig[1]

Leipziger Neueste Nachrichten vom 14.6.1930, "Der Landtagswahlkampf in Sachsen. Hitler spricht in Leipzig"[2].

Hitler ging in seinen Ausführungen zunächst auf die Probleme der unmittelbaren Gegenwart ein. Er betonte, daß Deutschlands Geschick bisher in den Händen der schwarz-rot-goldenen Mehrheit gelegen habe und daß diese schwarz-rot-goldene Mehrheit, wie das Notopfer zeige[3],

---

8 Johannes Stumm (1897-1978), 1920 Einstellung am Polizeipräsidium Berlin, 1922 Kriminalkommissar, seit 1923 im Außendienst der Abteilung IA bzw. I, Inspektion "Rechtsradikale Parteien und Organisationen", 1925 Dr. rer. pol., Eintritt in die SPD, 1931 Beteiligung beim Versuch der Ausweisung Hitlers, 1931 Kriminalrat, Leiter der Inspektion "Rechtsradikale Parteien und Organisationen", Juli 1932 Leiter der Inspektion Lichtenberg-Friedrichshain, 1933 Beurlaubung, Entlassung aus dem Staatsdienst, Tätigkeit in der Privatwirtschaft u. a. als Prokurist der Wirtschaftsprüfung- und Treuhand AG, 1945 Polizeivizepräsident von Berlin.

9 Hans Frank (II) (1900-1946), Rechtsanwalt, 1919 Mitglied in der Münchener Thulegesellschaft und im Freikorps Epp, 1923 Eintritt in die NSDAP und Teilnahme am Hitler-Putsch, 1924 Dr. jur., 1927 2. Beisitzer des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses in der Reichsleitung der NSDAP, 1928 Gründer des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, 1930-1933 MdR (NSDAP), 1930-1942 Leiter der Rechtsabteilung in der Reichsleitung der NSDAP, 1931/32 Leiter der Rechtspolitischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP, 1933/34 bayerischer Justizminister und Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz in den Ländern, 1934-1945 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, 1939-1944 Generalgouverneur des Generalgouvernements (für die besetzten polnischen Gebiete), 1946 hingerichtet.

10 Folgt Bericht über die weiteren Begleitumstände des Prozesses. Im Anschluß an die Verhandlung hielt Hitler noch eine kurze Ansprache im Lokal Kaiserhof in Schönbrunn bei Schweidnitz.

1 Im Zoologischen Garten, abends. Die Versammlung, an der laut Lagebericht etwa 2.500 Personen teilnahmen, wurde vom Landtagskandidaten Werner Studentkowski geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet. MdR und Reichspropagandaleiter der NSDAP Goebbels sprach auf einer Parallelveranstaltung im Zentraltheater, Studentkowski anschließend noch auf einer weiteren Versammlung auf dem Augustusplatz.

2 Vgl. auch Monatsbericht über die politische und wirtschaftliche Lage im Freistaat Sachsen Nr. 33040/6/30 vom 22.7.1930; StA Dresden, Min. d. Innern Nr. 11126/4. Sowie Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 560 f. Paul Bennemann, Geschichtliche Wanderungen durch die Reichsmessestadt Leipzig. Ein Führer zu ihren Kulturdenkmälern, Leipzig 1940, S. 253.

3 Ein Notopfer der Festbesoldeten war schon im Kabinett Müller beraten worden. In der Kabinettsitzung vom 5.6.1930 einigte sich das Kabinett Brüning auf ein Gesetz über eine Reichshilfe der Personen des öffentlichen

mit äußerster Rücksichtslosigkeit gegen das Privateigentum vorgegangen wäre [4]. Hitler polemisierte dann mit sarkastischem Spott gegen die alten Parteien, die Vertreter bestimmter wirtschaftlicher Interessen wären und mit billigen Schlagworten arbeiteten. Im Gegenteil zu dieser egoistischen Interessenpolitik [*sic!*] wäre die nationalsozialistische Bewegung von dem Bewußtsein durchdrungen, daß durch das Schicksal der Gesamtheit des deutschen Volkes das Schicksal jedes einzelnen deutschen Staatsbürgers maßgebend bestimmt würde. *Der Reichstag*, in dessen Händen die eigentlich wesentlichen Entscheidungen lägen [5], wäre durch die tributären Verpflichtungen des Young-Planes gebunden [6]. Abwegig wäre deshalb auch jede Hoffnung der Landwirtschaft, der Arbeitnehmerschaft oder anderer Berufsgruppen, daß ihnen geholfen werden könnte, bevor nicht das Volk als Ganzes von den drückenden Lasten befreit wäre.

Bei der Kennzeichnung der parteimäßigen Gruppierung der Nationalsozialisten erklärte Hitler als Kern des marxistischen Programms: Zurückschraubung der Bevölkerungszahl des Deutschen Reiches durch Auswanderung und Geburtenbeschränkung.

Das hieße Vernichtung der hochwertigen deutschen Rasse

und Hochzüchtung minderwertiger Völker. Aus diesen Gründen wäre der Versuch der Marxisten verständlich, alle hohen Ideale niederzuringen, die deutsche Intelligenz und das bodenansäßige Bauerntum auszurotten und den Menschen zu einer Nummer zu machen. Die bürgerlichen Parteien sähen in der Exportsteigerung der deutschen Wirtschaft den Weg zur Rettung und machten dadurch das Leben von Millionen Deutschen von dem Willen des Auslandes abhängig. Ein einleuchtendes Beispiel für den Ernst des Problems wäre es, daß die englische Arbeiterregierung [7] mit harter Faust die indische Unabhängigkeitsbewegung nieder-

---

Dienstes, das bis zum 31.7.1931 für Beamte und Angestellte des Reichs, der Länder und Gemeinden sowie sonstiger öffentlich-rechtlicher Körperschaften eine Abgabe von 2,5% ihres Einkommens vorsah. Dazu kamen Zuschläge zur Einkommenssteuer der Ledigen. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Müller II, Bd. 1, Dok. 437, 442, 457, 458, 460; Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 1, Dok. 45, 46 sowie Hans Mommsen, Die Stellung der Beamtenschaft in Reich, Ländern und Gemeinden in der Ära Brüning. In: VfZ 21 (1973), S. 151-165.

Druck der Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikel 48 der Reichsverfassung über Deckungsmaßnahmen für den Reichshaushalt 1930 vom 16.7.1930: RGBl. 1930, I, S. 207 ff.

4 Für SPD und USPD blieb die Sozialisierung der Wirtschaft eine zentrale Forderung, so daß der Rat der Volksbeauftragten am 4.12.1918 eine Sozialisierungskommission einsetzte. Die widerstreitenden Interessen von USPD, SPD und Gewerkschaften, ihre geringen praktischen Erfahrungen im Wirtschaftsmanagement, die akute materielle Notlage und das negative sowjetrussische Beispiel sorgten jedoch dafür, daß eine Verstaatlichung der Wirtschaft während der gesamten Weimarer Republik nie ernsthaft in Erwägung gezogen wurde. Vgl. Miller, Bürde der Macht, S. 141 ff.

5 Die verfassungsrechtlich starke Stellung des Reichstags wurde durch die Ablösung des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens durch Notverordnungen nach Artikel 48, wie sie seit Juli 1930 durch die Regierung Brüning praktiziert wurde, spürbar reduziert. Dazu kam, daß sich der Reichstag mehr und mehr selbst lahmlegte: Seine starken Befugnisse wie Gesetzgebungsrecht und Haushaltsbewilligungsrecht ermöglichten es ihm, die Politik der Reichsregierung zu obstruieren, ohne daß er für die Neubildung eines Kabinetts verantwortlich gewesen wäre. Mit den zunehmenden Schwierigkeiten, eine regierungsfähige Mehrheit im Reichstag zustandezubringen, mußte sich so die Verantwortung für die Regierbarkeit des Staates auf den Reichspräsidenten verlagern. Vgl. Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4, S. 308 ff.

6 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

7 Gemeint ist das Kabinett von Premierminister James Ramsay MacDonald.

halte [8], weil man in England, und zwar auch in der Arbeiterschaft, erkannt habe, daß durch den etwaigen Verlust Indiens das Leben von Millionen Arbeitern bedroht würde [9].

Entwurzelung des deutschen Volkes drohe als schwere Gefahr,

als eine Gefahr, der gegenüber alle Zollmaßnahmen [10] aussichtslose Dilettantenarbeit wäre. Die Nationalsozialisten hätten die große Aufgabe, der deutschen Nation den *notwendigen Lebenswillen zu verschaffen.* Und um dieses Ziel zu erreichen, müsse man dem Volke zu einem klaren politischen Willen, zur Einigkeit und zum Recht verhelfen. Die nationalsozialistische Bewegung beabsichtige, aus allen Lagern alle die herüberzuziehen, die fähig wären, sich zugunsten der Gesamtheit über das Einzelinteresse hinwegzusetzen.

Der Nationalsozialist glaube an die Bedeutung des Blutes und der Rasse. Der Nationalsozialist kenne aber auch keine Klassen- und Standesinteressen mehr [11]. *Die Nation wäre ihm ein einiges Ganzes.* Der Nationalsozialist wäre ferner *antidemokratisch.* Er erkenne die Differenz des Könnens und Vermögens.

Die Demokratie führe zur Vernichtung der Führerqualitäten.

Und schließlich wäre der Nationalsozialist *antipazifistisch.* Er wisse, daß in der Welt wie im Universum das Gesetz der Macht und der Stärke regiere. Nur das Volk könne sich durchsetzen, das auf seinen Eigenwert vertraue und sich keine Hoffnung auf fremde Hilfe mache.

Wenn der Nationalsozialismus für den *Arbeiter* eintrete [12], so nicht aus sentimentalen Rücksichten, sondern deshalb, weil der Arbeiter ein notwendiger Teil des deutschen Volkes wäre. Der Nationalsozialismus wäre die Organisation des fanatischen Nationalismus. Sieben Deutsche wären der Ursprung der nationalsozialistischen Bewegung gewesen [13], der Ursprung einer Bewegung, die schon jetzt auf Millionen von Anhängern angewachsen wäre [14], die die Nation sammeln und ihre Flagge hinaustragen werde, um Deutschland zu befreien. Die *sächsische Wahl* [15] wäre ein Markstein zu diesem Wege [16].

---

8 Vgl. Dok. 49, Anm. 13.
9 Vgl. Dok. 44, Anm. 17.
10 Vgl. Dok. 8, Anm. 8 sowie Dok. 36, Anm. 13.
11 Zu Hitlers sozialpolitischen Vorstellungen vgl. Rainer Zitelmann, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Hamburg 1987, S. 87 ff. Ferner Dok. 53, Anm. 11.
12 Zum Verhältnis Hitlers zur Arbeiterschaft vgl. Zitelmann, Hitler, S. 145 ff. sowie Volker Kratzenberg, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927-1934, Frankfurt a. M. 1987.
13 Vgl. Dok. 21, Anm. 4 und Dok. 41, Anm. 12.
14 Vgl. Dok. 11, Anm. 22, Dok. 36, Anm. 15 und Dok. 41, Anm. 13.
15 Vgl. Dok. 44, Anm. 5 und Dok. 65.
16 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

16. Juni 1930 Dok. 60
Rede auf NSDAP-Versammlung in Werdau [1]

Werdauer Tageblatt vom 18.6.1930, "Adolf Hitler, der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei, in Werdau" [2].

Eingangs seiner Rede betonte er [*Hitler*], daß er der Versammlung keine übliche Wahlrede halten wolle, etwa so, wie es so üblich, um kurz vor der Wahl die Massen wieder einmal herauszuholen. Es sei leicht, für bestimmte Berufs- oder Standesgruppen vor der Wahl zu sprechen, um deren Wünschen in der Rede gerecht zu werden. Bei den Nationalsozialisten ist es nicht so, sondern gerade umgekehrt. Die Nationalsozialisten wollen nicht mit Schlagworten operieren, die im selben Augenblick ihre Bedeutung verlieren, und wollen auch keine Versprechungen machen. Bei den Nationalsozialisten wird jede einseitige Interessenpolitik ausgeschaltet. In Deutschland werden niemals die einzelnen Stände siegen, sondern das ganze Volk müsse in seiner Anschauung gesunden, müsse sich mit eisernem Willen um die Selbst- und Forterhaltung durchsetzen. Der Redner führte weiter aus: Wir haben *eine* Schicksalsgemeinschaft und das Einzelschicksal ist nur das Ergebnis des Gesamtschicksals. Wenn ein großer Organismus versagt, so muß irgendwo angesetzt werden zur Wiedergenesung, und hier wollen wir tatkräftig mithelfen. Schon heute sehen wir, wie die Unterzeichner [3] des Young-Planes [4] Schiffbruch gelitten haben. Man macht uns Versprechen, die Steuern zu senken [5]. Infolge eines Defizites von 1,2 Milliarden [6] [*RM*] kommen aber immer mehr neue Steuern [7]. Wer trägt für all das die Verantwortung? Das große Gesamtschicksal wirkt sich aus in Millionen Katastrophen. Und wer trägt die Folgen von diesen Katastrophen? Das Volk, die Kommunen, die Gemeinden. Es ist nicht nötig, daß wir tausend Tagesfragen auf einmal lösen, es ist vielmehr wichtig, daß wir zu allen Tagesfragen einen vernünftigen Standpunkt einnehmen und daß wir zu allen Fragen grundsätzlich gesund und gerecht denken! Dann kommen wir auch wieder vorwärts. Der Redner betonte weiter, daß die Politik der NSDAP den Tagesfragen nicht ausweiche, sondern auf einem ehernen Fundament ruhe und sich auf einer bestimmten Weltanschauung aufbaue, die zu widerlegen auch alle Gegner der NSDAP nicht in der Lage seien. In begeisterter [*sic!*] und eindringlicher Rede machte Hitler die Hörerschaft mit den großen Gesichtspunkten vertraut, die ihn und seine Partei bis ins tiefste bewegen. Er ging aus von den Schicksalsfragen unseres Volkes, die wohl in der verlorengegangenen Monarchie oder in Poli-

---

1 In der Festhalle, von 20.45 bis 23.00 Uhr. Die Versammlung, an der 3.000 Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppenleiter der NSDAP Paul Kämpfe geleitet.

2 Vgl. auch Werdauer Zeitung für Stadt und Land vom 17.6.1930, "Adolf Hitler in Werdau".

3 Das Gesetz über die Haager Konferenz vom 13.3.1930 ist vom Reichspräsident von Hindenburg, von Reichskanzler Müller und von den Mitgliedern seines Kabinetts unterzeichnet. Vgl. RGBl. 1930, II, S. 45.

4 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

5 Vgl. Dok. 19, Anm. 8.

6 Das Defizit des ordentlichen Haushalts des Deutschen Reichs betrug im Juni 1930 167,7 Millionen RM; der außerordentliche Haushalt des Deutschen Reichs verzeichnete zum selben Zeitpunkt einen Überschuß von 279,7 Millionen RM. Insgesamt belief sich das Defizit des ordentlichen Haushalts des Deutschen Reichs im Rechnungsjahr 1930/31 auf 1.190 Millionen RM, des außerordentlichen Haushalts auf 334,9 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 448 sowie Dok. 44, Anm. 13.

7 Vgl. Dok. 36, Anm. 10 und 12, ferner Dok. 59, Anm. 3.

tik und Wirtschaft vielen als begründet erscheinen. Er aber sei überzeugt, daß das Schicksal eines Volkes von zwei Faktoren bestimmt werde, nämlich *1. von der Qualität der Rasse und 2. von dem Raum*, der einem Volke zum Leben zur Verfügung stehe. Reinheit der Rasse, gesund an Körper und Geist, das ist wichtig für die geistige und kulturelle Entwicklung eines Volkes. Äußerlich sind wir Menschen wohl gleich, aber das Innere eines Menschen lernt man kennen durch seine *seelischen Äußerungen* und durch seine Kulturäußerungen. Und das Kulturbild, das wir heute sehen, ist der Ausdruck des arischen Geistes, die kulturelle Höhe eines Volkes richtet sich nach seinem eigenen Wesen. Jedes Volk schafft sich, was es braucht, und braucht, was es sich schafft. Die Höhe der Lebensanforderungen bedingt seine kulturelle Höhe. Nicht nur in dem Punkte Qualität der Rasse, sondern auch in der Raumfrage beweist Hitler, daß die marxistische Lehre eine Irrlehre ist. Mensch und Raum müssen in richtiger wechselseitiger Beziehung stehen. Der Lebenserhaltungstrieb und der Selbst- und Forterhaltungstrieb bedingen den Kampf um den Boden. Wer leben will, muß in die Zukunft sehen. Unser Raum ist zurzeit begrenzt. Das deutsche Volk mit seinen 62 Millionen kann in einem Raum von 470.000 Quadratkilometern nicht mehr leben [8]. Der Grund und Boden, von dem wir leben, ist die Schicksalsfrage eines Volkes überhaupt! Wir können unser Volk nicht ernähren, weil uns der Raum fehlt. Zahl und Raum ist die gigantische Frage. Das beweisen die sich immer wiederholenden gewaltigen Ereignisse in einer zweitausendjährigen Geschichte. Immer war der Grund der Kampf um den Boden. Auch heute erleben wir eine Wiederholung der Geschichte: Verschiebung der Karte, Auswanderung, Verschiebung der Arbeitskraft, des Menschenmaterials. Gebietsbeschränkung [9] und Auswanderung dezimieren die Zahl eines Volkes und verringern die Substanz. Auswanderung heißt Senkung der Nation; denn durch die Auswanderung verliert ein Volk seine besten Kräfte. Sie muß unbedingt verhindert werden, wenn unser Volk nicht zugrunde gehen soll. Der Stamm des Volkes, der gesamte Volkskörper muß gesunderhalten werden. So kommt es z. B. schon bei der Geburt eines Kindes sehr darauf an, welche Kraft die Mutter in sich hat, welchen Selbsterhaltungstrieb, welchen Willen, ihrem Volke zu dienen. Deshalb ist oft das Kind einer Mutter aus dem Arbeiterkreise weit mehr wert, als das einer Mutter aus den oberen Zehntausenden. Deshalb: gesunder Körper, gesunder Geist. *Die Kraft des Volkes muß erhalten werden, ein Volk muß weiterstreben!* Jeder einzelne Deutsche sollte sich zu einer Persönlichkeit herausbilden, dann wird es auch vorwärts gehen. Wir müssen viel mehr Wert legen auf die Persönlichkeit des Menschen. Es gibt nichts, was eine Majorität in Technik und Wirtschaft erfunden oder in der Politik Großes geschaffen hätte - immer war es einer! Wenn die Menschheit das Problem Raumnot löst und das Volk nicht dezimiert, haben wir gesiegt. Die Einstellung der Marxisten aber zur Frage Raumnot ist Dezimierung der Zahl. Die Erkämpfung der Weltmärkte ist falsche Wirtschaftspolitik. Billige Produktion ist der furchtbarste Krieg unter Einsatz von Menschen. Hitler streift dann die Gefährlichkeit der Mo-

8 Das Deutsche Reich umfaßte, einschließlich Saargebiet, eine Fläche von 470.615,62 km^2 (Stand: 31.12.1929) und eine Bevölkerung von 63.178.619 Einwohnern (Stand: 16.6.1925). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 5.

9 Gemeint sind die Gebietsabtretungen in Folge des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919. Druck: RGBl. 1919, S. 749 ff. Laut Statistischem Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930 (S. 5 ff.) umfaßte das Deutsche Reich am 1.12.1910 ein Gebiet von 540.857,5 km^2, am 31.12.1929 ein Gebiet von 470.615,62 km^2, was einer Reduzierung seiner Fläche um ca. 13% entspricht.

torisierung der amerikanischen Industrie, die Erschwerung des Absatzes an den Weltmärkten und betont, daß eine Nation sich nur behaupten kann, wenn sie neben das Brot das Schwert legt. Das deutsche Volk verfällt immer in Grüppchen, die sich todfeind gegenüber stehen. Die Zeit wird immer trostloser. Zwölf Jahre haben wir erfüllt [10], und immer mehr ist die Grundsumme gestiegen [11]. Durch die verschiedensten Verträge ist nicht eine Änderung im Prinzip, sondern nur in der Methode eingetreten. Auch die Kräfte, die des Volkes Schicksal bestimmen, sind immer dieselben geblieben. Ein Volk, das 26 Nationen standhielt [12], ist in tiefste Niederungen versunken. Dieselben Kräfte, dieselben Köpfe haben das deutsche Volk unaufhaltsam dem Verfall näher gebracht. Das deutsche Volk besitzt heute nicht einmal ein Symbol, das repräsentativ anerkannt wird. Wir haben nur eine gesetzlich geschützte Reichsflagge [13]. Das deutsche Volk wird fortwährend getäuscht, und immer ist man bestrebt, am Wesentlichen ja nichts zu ändern. Das deutsche Volk muß wieder ein Symbol haben, an das es glaubt, für das es opferwillig ist, für das es auch bereit ist, sein Leben einzusetzen. Die politische Kraft liegt im Grundwert einer Nation, und darin müssen wir stark sein. Adolf Hitler betont: Ich neige mich nicht nach links und nicht nach rechts - ich verneige mich vor meinem Volke. *Alles Volksschädigende und Volksvernichtende wird zerbrochen! Wir werden die Befreiung erringen!* Dabei darf der Kampf nicht besonderen Klassen gelten! Wir schätzen den Menschen nach seinem politischen Wert. Und diesen Wert müssen wir aufs höchste pflegen. *Ich bin Deutscher hundertprozentig* [14]*! Und das müssen wir alle sein!* In seinen weiteren Ausführungen sprach Hitler vielen "Nationalseinwollenden" ins Gewissen [15] und betonte, daß unsere "oberen Zehntausend" sich viel mehr deutsch einstellen und damit den niederen Schichten ein leuchtendes Vorbild sein sollten. Wenn es in dem wäre [*sic!*], würde auch vieles in Deutschland anders sein. In seinen weiteren Ausführungen beleuchtete Hitler die Unmöglichkeit der Demokratie und führte aus, daß man nichts nach demokratischen Grundsätzen regieren könne, *nur das deutsche Volk!* Der Staat kann nur repariert werden durch den Stimmzettel. Wenn ein Volk sein Schicksal in die Hände einer Majorität lege, dann läge es in den Händen der Dummheit. *Wir* vertrauen auf die persönliche Kraft eines einzelnen, der mit dem Volke lebt und stirbt! Wir werden auf legalem Wege Deutschland in ein Gefüge der Autorität bringen. Wir lehren die *eigene Hilfe,* und vertrauen auf sie und bedauern die Feigheit unseres Bürgertums. *Wir kennen keinen Klassenunterschied und keine Standesbegriffe* [16]. Wir werden dies alles lehren und werden den beugen, der sich nicht fügt. Autorität der Persönlichkeit bis zum obersten. Gesundung und Erstarkung des Volksganzen und Kampfbereitschaft bis zum obersten, das sind unsere drei Grundsätze, von denen aus wir zu allen Tagesfragen Stellung

10 Vgl. Dok. 7, Anm. 8.
11 Vgl. Dok. 6, Anm. 6.
12 Während des Ersten Weltkriegs befanden sich folgende Staaten im Kriegszustand mit dem Deutschen Reich: seit 1914 Rußland, Frankreich, Großbritannien, Belgien, Serbien, Montenegro, Japan, seit 1916 Portugal, Italien, Rumänien, seit 1917 USA, Cuba, Panama, Griechenland, Siam, Liberia, China, Brasilien und seit 1918 Guatemala, Nicaragua, Costa Rica, Haiti, Honduras. Außerdem brachen während des Jahres 1917 folgende Staaten die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich ab: Bolivien, Peru, Uruguay, Ecuador.
13 Vgl. Dok. 20, Anm. 38.
14 Vgl. Dok. 53, Anm. 14.
15 Anspielung auf die DNVP und die zahlreichen rechtsradikalen Parteien und Verbände.
16 Vgl. Dok. 53, Anm. 11.

nehmen. Anschließend schildert Hitler den Glauben an sein Ideal und den Aufschwung seiner Bewegung, die heute fast 300.000 Anhänger zählt [17]. Ihm komme es nicht darauf an, heute Stimmen zu sammeln oder Versprechen zu geben, er wolle die Hörer nur in die Ideale und in die Weltanschauung der NSDAP einführen und fuhr fort: Ich kenne nur einen Grundsatz und das ist Deutschland! Ein Volk ohne Freiheit kann niemals auf die Dauer sein täglich Brot haben. Was ich sammeln will, sind Kämpfer für die Freiheit des Volkes, für die Befreiung von deutschem Hader und der Zerrissenheit, und damit erreichen wir das Ende des deutschen Schicksals! Wir wollen ein Deutschland der Kraft, der Stärke, der Freiheit, das dem Volke wieder Freiheit und Brot gibt [18]!

19. Juni 1930 Dok. 61
Rede auf NSDAP-Versammlung in Chemnitz [1]

Chemnitzer Tageblatt und Anzeiger vom 20.6.1930, "Hitler spricht in Chemnitz" [2].

Hitler erklärte eingangs, daß er keine der üblichen Wahlreden zu halten, hochtönende Versprechungen zu geben beabsichtige. Da der Nationalsozialismus alle Schichten der Nation umfasse [3], könne er nicht wie einzelne Interessengruppen mit propagandistischen Schlagwörtern und Versprechungen arbeiten, was auch seinem innersten Geist widersprechen würde, denn der Nationalsozialismus sei auf dem Fundamentalgrundsatz aufgebaut:

Jeder Versuch, das Schicksal des einzelnen zu bessern, scheitert, wenn das Gesamtschicksal nicht gebessert wird, denn das Gesamtschicksal setzt sich nicht aus den Schicksalen der einzelnen zusammen, sondern gerade umgekehrt: Das Schicksal des einzelnen wird bestimmt durch das Gesamtschicksal der Nation.

Man bilde sich nicht ein, das Schicksal Thüringens ohne Zusammenhang mit dem Reich bestimmen zu können, wie man auch nicht durch die Sachsenwahl [4] das Schicksal des Reiches

17 Vgl. Dok. 11, Anm. 22 sowie Dok. 41, Anm. 13.
18 Vgl. Dok. 20, Anm. 31.
In der Vorlage folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Kaufmännischen Vereinshaus, ab 20.30 Uhr. Hitler sprach drei Stunden. An der ausverkauften Veranstaltung nahmen laut Lagebericht 2.700 Personen teil.
2 Vgl. auch Der Kämpfer vom 19.6.1930, "Hitler schleicht feige durch die Gassen - Zersetzung der Nationalsozialisten"; Chemnitzer Neueste Nachrichten vom 20.6.1930, "Hitler in Chemnitz"; Der Kämpfer vom 20.6.1930, "Ia deutscher Mussolini-Ersatz. Hitler, der blutbefleckte Kommandant der Arbeitermörder in Chemnitz"; Illustrierter Beobachter vom 5.7.1930, "Der Sieg in Sachsen"; Monatsbericht über die politische und wirtschaftliche Lage im Freistaat Sachsen Nr. 33040/6/30 vom 22.7.1930; StA Dresden, Min. d. Innern Nr. 11126/4. Waldemar Ballerstedt, Führerbesuche in Chemnitz. In: Der Türmer von Chemnitz 5 (April 1939), S. 98-107, hier S. 103 ff. Walter Schmidt, Der 19. Juni 1930 in Chemnitz. Als der Führer zu uns sprach. In: Der Türmer von Chemnitz 6 (Juli 1940), S. 97 f.
3 Vgl. Dok. 53, Anm. 11.
4 Vgl. Dok. 44, Anm. 5 und Dok. 65.

maßgebend auf die Dauer beeinflussen könne. Das alles seien nur Etappen auf dem Wege. Wo sich der Nationalsozialismus aber in Tagesfragen einlasse, da fasse er sie in nationalsozialistischem Sinne an.

Der Redner ging dann kurz auf den Young-Plan [5] und die *heutige Arbeitslosigkeit* [6] ein. Es gebe zwei Wege, ihr zu steuern. *Der* eine verlange, alles zu tun, um die Lage dieser 2,6 Millionen Einzelpersonen zu bessern. *Der* andere verlange *Änderung der Gesamtsituation, die zu dieser Not geführt habe.* Das sei der Weg, der das Gesamtschicksal ändert. Was aber schicksalbestimmend für ein Volk und den Staat sei, sei das Volk selbst,

die Qualität des Volkes,

damit sehe man sich gleich im *Gegensatz zum Marxismus*, der den Menschenwert für gleichgültig, der alle Menschen für gleichwertig erklärt. Grundthese der nationalsozialistischen Weltanschauung sei: Jedes Volk bestimmt seinen Wert durch seine Kulturhöhe. Seine Bedürfnisse werden bestimmt durch seine Leistungsfähigkeit. Die zweite Grundthese aber besage, daß außer dem Grundwert eines Volkes

entscheidend auch der Raum

ist, in dem sich das Volk befindet. Das Volk vermag sich weder von seiner Qualität, noch von seinem Raum entfernen. Der Mensch lebe davon, was er seinem Genie und dem Boden abzuringen vermag. In begrenztem Raume tobe auf Erden urewig ein unbegrenzter Lebensdrang. Aus diesem unbegrenzten Lebensdrange in einem begrenzten Raume aber resultiere der Kampf um Leben und Brot. Aus dem Kampf aber resultiere der Drang nach oben und damit die Auslese. Das ewige Spiel der Kräfte, in dem immer wieder der Starke siegt, sei ewig die Quelle der Erneuerung. Das gelte für jedes Volk. Das Volk aber hänge ab von seiner Kraft, d. h. seiner Zahl und seinem Raum. Die Zahl sei veränderlich, der Raum meist unveränderlich. Hieraus ergäben sich die Spannungen auf der Erde. Schon die Völkerwanderung sei Kampf um die Scholle, um die Erde gewesen. Gigantische Umwälzungen seien *unter der Geißel der Not* die Folge gewesen. Not sei auch in der gesamten Geschichte die Triebkraft für das deutsche Volk gewesen. Die Schicksalsfrage der Nation sei, ob sie auf ihrem Lebensraum existieren könne oder nicht. Könne sie das nicht, dann träten die Spannungen, die Katastrophen ein, über die keine Partei entscheide [*sic!*].

Der Ausgleich zwischen Zahl und Raum,

die Lösung dieser großen historischen Frage, wird von den Völkern auf zwei Wegen gesucht. Der erste Weg ist der von Natur aus selbstverständliche: Wo der Raum zu klein, *holt sich das Volk neuen.* Der Marxist nennt das "Imperialismus", damit verleugnet er aber den Sozialismus, da er die Besitzverteilung auf Erden für endgültig erklärt, während er doch anderseits jedem Menschen Glück und Wohlstand verspricht. Er beuge sich vor einer Bodenverteilung, die weder gerecht, noch endgültig sei. Der Nationalsozialismus vertrete demgegenüber die Weltanschauung, *daß jedes Volk das Recht habe, die Erde zu nehmen, die es brauche und die es bewirtschaften könne.* Die Zeit werde kommen, da das deutsche Volk nach denen schreie, die ihm Raum und Brot gäben, nicht Weltveränderungstheorien predigten.

---

5 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

6 Im Juli 1930 waren im Deutschen Reich 2.765.258 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern gemeldet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 301.

Der andere Weg sei *Auswanderung und Geburtenbeschränkung.* Die Beschränkung der Zahl durch eines dieser Mittel bedeute an sich noch keine Vernichtung, wenn dadurch die Qualität steige. Wenn aber Raumerweiterung nach marxistischer Anschauung verbrecherischer Imperialismus sei, so sei auch die *Auswanderung* verbrecherischer Imperialismus, denn der Auswanderer nehme ja auch einem anderen den Boden weg. Durch die Auswanderung aber würden *dem Volke auch die gesündesten, die besten und lebensfähigsten Menschen entzogen.* Das widerfahre Europa nun seit 300 Jahren. Wenn man einem Volke Jahrhunderte hindurch die besten Kräfte entziehe, so müsse langsam der innere Wert eines Volkes sinken. So erkläre sich auch, daß die Kolonialländer meist schon in kurzer Zeit nach der Kolonisierung gesünder und stärker würden als die Mutterländer. Wenn deshalb der Marxismus die Auswanderung propagiere, so dürfe er nicht davon reden, sein Volk glücklich zu machen. Er zerstöre das Glück seiner Nation.

Die marxistische Lehre von der *Geburtenbeschränkung* kranke schon daran, daß man etwas vernichte, was man in seinem Werte noch gar nicht kenne. Die Vernunft könne doch nur vernichten, was schlecht, schwach und minderwertig sei. Würde man streng und ausschließlich nach diesem Grundsatz handeln, dann würden, so meinte Hitler ironisch, wahrscheinlich die politischen Führer bald ausgestorben sein. (Langanhaltender stürmischer Beifall.) Was die Menschheit erschaffen habe, sei niemals einer unpersönlichen Klasse, einem "Kollektiv", sondern immer nur der Genialität des einzelnen zu danken gewesen. Die Großen kämen nicht aus einer Schicht, sondern sie bildeten erst eine Schicht. Ein Volk, das eine solche Auslese selbst durch Geburtenbeschränkung unterbinde, trete freiwillig von der Weltbühne ab.

Infolgedessen lehne der Nationalsozialismus die marxistische Beantwortung der Frage im Sinne der Dezimierung der Zahl auf die eine oder die andere Weise ab.

Der dritte Weg werde vielfach von gewisser bürgerlicher Seite vertreten. Er fordere den *friedlichen Wirtschaftskampf, d. h.* Erhöhung der Ausfuhr und Eroberung neuer Exportmärkte, also wirtschaftspolitische, wirtschaftsfriedliche statt machtpolitische Expansion. Der Gewinn des einen Landes bedeute aber Verlust des anderen. Dieser Kampf, der nur auf Grund machtpolitischer Stärke möglich sei, sei aber so gut wie aussichtslos, weil heute schon nahezu alle Kulturländer miteinander in Konkurrenz träten. Deutschlands Schicksal auf dem Gebiete des wirtschaftspolitischen Kampfes sei grauenhaft, denn die Milliardentribute [7] seien uns ja nur zu dem Zwecke auferlegt, uns konkurrenzunfähig zu machen, uns auf dem Weltmarkte auszuschalten. Es sei ein Unsinn zu glauben, daß England, das viereinhalb Jahre gekämpft habe, um uns von dem Weltmarkte zu verdrängen [8], heute, nach zwölf Jahren, der wirtschaftsfriedlichen deutschen Durchdringung der Erde [*sic!*] widerspruchslos zusehen würde. Der Konkurrenzkampf am Weltmarkte werde nicht durch die billigeren Preise, sondern durch die größere Macht entschieden.

7 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

8 Zur Entwicklung des deutsch-britischen Verhältnisses vor dem Ersten Weltkrieg vgl. Klaus Hildebrand, Zwischen Allianz und Antagonismus. Das Problem bilateraler Normalität in den britisch-deutschen Beziehungen des 19. Jahrhunderts (1870-1914). In: Weltpolitik. Europagedanke. Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer zum 65. Geburtstag am 30. Januar 1982. Hrsg. von Heinz Dollinger u. a., Münster 1982, S. 305-331.

Zwölf Jahre lang habe man das deutsche Volk betrogen. Jeder Versuch, an dem heutigen Zustand herumzudoktern, sei vergeblich.

Die Kardinalfrage sei die politische Macht.

Wenn man heute den Nationalsozialismus bis aufs Blut bekämpfe [9], so tue man das, weil man einsehe, daß man am Ende seines Lateins sei. Man habe eine Politik der Unterwerfung getrieben, weil man kein Volk mit Widerstandskraft hinter sich habe, wobei man unter der Widerstandskraft *nicht das tote Instrument der Waffen, sondern den Geist des Trägers*, den Freiheitswillen des einzelnen, den Willen, die innere Kraft einer Nation, verstehe.

Deshalb müsse, wer unser Volk erlösen wolle, vor allem andern diese innere Kraft stärken und das Volk zu einer Front zusammenschmieden. Wer das vollbringe, rette Deutschland.

An dem heutigen Zustand in Deutschland, mit dem niemand zufrieden sein könne, seien die politischen Parteien schuld. Kein Geschäft werde man von denen wieder aufbauen lassen, die es zugrundegerichtet haben. Den vollkommen verfahrenen Staatskarren aber glaube man die lenken lassen zu können, die ihn in den Sumpf gefahren haben. Der Wiederaufbau könne gar nicht gelingen, weil man eine falsche Wurzel bearbeite. Wenn ein Volk an seiner marxistischen, internationalen, demokratischen Führung zugrundegegangen sei, so müsse es eben *in Zukunft antimarxistisch, antiinternational, antidemokratisch* geführt werden. (Stürmischer Beifall.) Die mutigste Kompanie müsse versagen, wenn ihr der heroische Führer fehle. Man brauche nicht an Deutschland zu verzweifeln, solange es noch eine Leidenschaft besitze. Möchten sich täglich blutige Zusammenstöße mit Kommunisten abspielen, so ziehe man doch von drüben die Kerle herüber, die noch eine politische Leidenschaft besäßen, und eines Tages werde man so Hunderttausend herübergezogen haben.

Die Nationalsozialisten seien keine Marxisten, aber sie seien Sozialisten, denn sie kämpften für das ganze deutsche Volk, nicht für einen Stand, einen Beruf, eine Konfession [10]. Sie seien Nationalisten, weil sie sich

ganz auf die eigene Kraft des Volkes

besännen. Neben dem himmlischen Gott kennen sie auf Erden keinen anderen als unser Vaterland (Stürmischer Beifall). Er und seine Partei kennten nur Deutsche und gehörten nur ihrem Vaterland (Erneuter lebhafter Beifall).

Die Nationalsozialisten seien auch antirepublikanisch, weil sie von der Bedeutung des Persönlichkeitswertes überzeugt seien, weil sie möchten, daß das Volk den Sieg davontragen werde, das den größten Eigenwert besitzt. *Revolutionär* seien aber nicht die Nationalsozialisten, sondern die Machthaber von heute. Die Nationalsozialisten bauten ja nur auf einer jahrtausendealten Tradition weiter. Als Nationalsozialisten seien sie aber auch *antidemokratisch*, weil sie auf dem Standpunkt ständen, daß ein Volk nur dann in seiner Verfassung richtig besteht, wenn es seine fähigsten Köpfe, nicht die Majorität mit den entscheidenden Entschlüssen betraut. Aber auch *antipazifistisch* sei man, weil man nicht mit dem auch im Bürgertum verbreiteten Widerwillen gegen den Kampf eine Nation wiederaufbaue, sondern nur mit absoluter Kampfgesinnung, die die anderen so fürchteten, daß man den Nationalsozialisten heute das

9 Vgl. Dok. 23, Anm. 3; Dok. 24, Anm. 2; Dok. 28, Anm. 29; Dok. 29, Anm. 13; Dok. 32, Anm. 24; Dok. 41, Anm. 21; Dok. 55, Anm. 1; Dok. 58.

10 Vgl. Dok. 53, Anm. 11.

Hemd ausziehen wolle [11] - als säße ihnen der Geist bloß im braunen Hemde! Von einer Handvoll Männer sei der Nationalsozialismus gegründet worden [12]. Heute habe er 3 Millionen um sich geschart [13]. Bald würden es 5 Millionen sein, und dann werde der Tag kommen, an dem die Macht auf vollkommen legalem Wege [14] dem Nationalsozialismus zufalle.

Mit dem *Wirtschafts- und Sozialprogramm* seiner Partei [15] beschäftigte sich der Redner im Zusammenhang seiner Ausführungen nur flüchtig. Gegen den Vorwurf, die Nationalsozialisten seien gegen das

Privateigentum [16]

wandte er das Argument ein, daß nicht sie, sondern die heutigen Machthaber eigentumsfeindlich seien [17]. Die heutigen Parteien, einschließlich der bürgerlichen Koalitionsparteien, hätten das Privateigentum durch ihre heillose Wirtschaft ja schon bald so gut wie völlig ausgerottet.

Zum Schlusse kommend betonte Hitler, daß nur der am 22. Juni dem Nationalsozialismus seine Stimme geben dürfe, der im tiefsten Innern von seiner Idee überzeugt sei. Nur wer davon überzeugt sei, daß

Deutschland einen neuen Inhalt erhalten müsse,

habe Platz in der deutschen Freiheitsarmee. Die Sachsenwahl solle eine Stufe auf der Treppe sein, die Deutschland wieder emporführe ins Licht. Deutschland nach seinem tiefen Fall einen neuen Geist zu geben, das sei die Mission des Nationalsozialismus.

---

11 Vgl. Dok. 55, Anm. 1.

12 Vgl. Dok. 21, Anm. 4 sowie Dok. 41, Anm. 12.

13 Vgl. Dok. 11, Anm. 22; Dok. 41, Anm. 13; Dok. 72, Anm. 16 ferner Dok. 36, Anm. 15.

14 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

15 Zu Hitlers wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen vgl. Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929-1932. Hrsg. von Henry A. Turner, jr., Frankfurt a. M. 1978, insbes. S. 281 ff., 318 ff. ferner Zitelmann, Hitler, S. 87 ff., 195 ff.

16 Punkt 17 des Parteiprogramms der NSDAP vom 24.2.1920 lautete: "Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation." Druck: Maser, Sturm, S. 470. Mit Erklärung vom 13.4.1928 hatte Hitler diese Forderung dahingehend ausgelegt, daß nur Boden enteignet werden solle, "der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet" würde. Druck: Bd. II/2, Dok. 254.

17 Vgl. Dok. 59, Anm. 4.

21. Juni 1930 Dok. 62

"Weltanschauung und Partei. Ein lehrreiches Kapitel aus dem Buch unseres Führers 'Mein Kampf' (Verlag Frz. Eher) zu den Wahlen in Sachsen" Artikel [1]

Illustrierter Beobachter vom 21.6.1930.

21. Juni 1930 Dok. 63

"Die Ziele der Partei in Deutschland" [1] Rede auf NSDAP-Versammlung in Dresden [2]

VB vom 25.6.1930, "Am Vorabend unseres Wahlsieges: Unser Führer in Dresden" [3].

Es ist mehr als nur die Sorge um ein günstiges Wahlergebnis [4], was uns in diesen Tagen beschäftigt. Denn zuletzt geht es ja nicht darum, ob Sachsen einen glücklichen Wahlausgang zu verzeichnen hat oder nicht, sondern [*darum*], ob sich die Gesamtlage unseres Volkes ändert. Darum geht es heutigen Tages nicht mehr um Tagesfragen, sondern um Schicksalsfragen. Die parlamentarischen Parteien allerdings ködern das Volk mit Versprechungen. Sie versuchen, das Volk immer wieder durch gesteigerte Lügen einzufangen und in kleine Interessengruppen zu binden. Das geht nun schon seit 1918.

In großen Zügen umreißt nun der Führer die Entwicklung der deutschen Politik in den Jahren des Nachnovember [5]. Er zeigt, wie die Erfüllungspolitik [6] sich von Jahr zu Jahr mehr kompromittiert und die Massen immer weiter verelenden. Eingehend und umfassend behandelt er die Entwicklung der deutschen Politik seit der Unterschreibung des Dawes-Gutachtens [7].

---

1 Bei diesem Artikel handelt es sich um einen unveränderten Auszug aus Hitlers Mein Kampf, Bd. II (1. Auflage: München 1927, S. 1-6/München [65]1933, S. 409-415). Auf Aufnahme in diese Edition wurde deshalb verzichtet.

1 Titel laut Sächsische Staatszeitung.
2 Im Zirkus Sarrasani, ab 17.00 Uhr. Die Versammlung, an der laut Lagebericht 5.000 Personen teilnahmen, wurde vom Landtagsabgeordneten und Ortsgruppenleiter der NSDAP in Dresden Cuno Meyer geleitet. Im Anschluß an die Versammlung bildete sich ein mehrstündiger Marsch durch Dresden.
3 Vgl. auch Dresdner Anzeiger vom 23.6.1930, "Hitler in Dresden"; Dresdner Nachrichten vom 23.6.1930, "Hitler spricht"; Sächsische Staatszeitung vom 23.6.1930, "Nationalsozialistische Kundgebung"; Illustrierter Beobachter vom 5.7.1930, "Der Sieg in Sachsen". Sowie Monatsbericht über die politische und wirtschaftliche Lage im Freistaat Sachsen Nr. 33040/6/30 vom 22.7.1930; StA Dresden, Min. d. Innern Nr. 11126/4.
4 Vgl. Dok. 44, Anm. 5 und Dok. 65.
5 Anspielung auf die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.
6 Vgl. Dok. 7, Anm. 8.
7 Vgl. Dok. 5, Anm. 65.

Auch bei der Unterzeichnung des Young-Vertrages [8], der ja an und für sich schon das absolute Eingeständnis der Unfähigkeit der Dawes-Politiker ist, versprach man dem Volk wieder, daß ein *Abbau der Steuern* eintreten werde [9]. In Wirklichkeit aber sei man eben gerade dabei, die Steuern zu erhöhen [10]. Dabei wächst die Erwerbslosenziffer ins Ungemessene [11].

Unter der Erwerbslosigkeit aber leidet nicht nur der, der stempeln geht, sondern darunter leiden auch die, die für die Aufbringung der Unterstützungsgelder [12] zu sorgen haben, also das ganze deutsche Volk!

Daß unter diesen Umständen früher oder später eine Katastrophe eintritt, ist ganz klar. Aber die *parlamentarischen* Parteien sehen nicht diese kommende Volkskatastrophe, sondern sie wittern in unserer Bewegung die Katastrophe. Demgegenüber aber muß festgestellt werden, daß wir weiter nichts wollen, als die Volkskatastrophe aufzuhalten.

Wenn man neuerdings dazu übergegangen ist, unserem kaum faßbaren Siegeslauf [13] entgegenzutreten durch brutalen Terror [14], dann muß den andern, den gegenwärtigen Inhabern der Staatsgewalt, entgegengehalten werden, daß nicht das Braunhemd staatsgefährlich ist [15], sondern, daß vielmehr die parlamentarischen Parteien ihrem eigenen Staat die größte Gefahr sind!

Zunächst allerdings haben sie es noch leicht. Das Volk glaubt gegenwärtig immer noch, daß sein Schicksal grundlegend geändert werden könnte durch die Wahl einer *Berufspartei.* Darum würden die Interessengruppen sich gegenseitig an Wahlversprechungen geradezu überbieten!

Freilich ist es angenehmer, einen Stand gegen den anderen auszuspielen. Dafür bleiben aber alle Parteien unseres gegenwärtigen parlamentarischen Systems weiter nichts als Standesparteien [16], während die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die einzige politische Gruppierung Deutschlands ist, die alle Schichten von oben nach unten und von unten nach oben hin erfaßt [17] und in ihren Rhythmus gebracht hat! Darum sind wir Nationalsozialisten keine Interessen- und keine Berufspartei, sondern die Partei des deutschen Volkes, die Organisation des deutschen Volkes, die einmal ausschlaggebend sein wird!

Unser Kampf ist den Parteien der Gegenwart ein Dorn im Auge! Und sie möchten uns immer wieder mit dem Argument niederknüppeln, wir wollten uns illegaler Mittel bedienen. Tat-

---

8 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

9 Vgl. Dok. 19, Anm. 8.

10 Vgl. Dok. 36, Anm. 10 und 12, ferner Dok. 59, Anm. 3.

11 Im April 1930 waren im Deutschen Reich 2.786.912 Arbeitslose, im Juli 1930 2.765.258 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern gemeldet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 301.

12 1929 betrugen die Ausgaben der Arbeitslosenhilfe 1.757, 1930 2.778 Millionen RM. Diese Gelder wurden von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, durch Zuschüsse des Reichs und durch die Gemeinden aufgebracht, wobei die Reichsverwaltung diese Kosten zunehmend auf die Schultern der Gemeindeverwaltungen abwälzte. Vgl. Ursachen und Folgen. Bd. VIII: Die Weimarer Republik. Das Ende des parlamentarischen Systems. Brüning - Papen - Schleicher 1930-1933, Berlin o. J., S. 2 sowie Dieter Rebentisch, Kommunalpolitik, Konjunktur und Arbeitsmarkt in der Endphase der Weimarer Republik. In: Verwaltungsgeschichte. Aufgaben, Zielsetzungen, Beispiele. Hrsg. von Rudolf Morsey, Berlin 1977, S. 107-157.

13 Vgl. Dok. 11, Anm. 22, Dok. 36, Anm. 15 und Dok. 41, Anm. 13.

14 Vgl. Dok. 23, Anm. 3; Dok. 24, Anm. 2; Dok. 28, Anm. 29; Dok. 29, Anm. 13; Dok. 32, Anm. 24; Dok. 41, Anm. 21; Dok. 55, Anm. 1; Dok. 58.

15 Vgl. Dok. 55, Anm. 1.

16 Vgl. Dok. 54, Anm. 3.

17 Vgl. Dok. 53, Anm. 11.

sächlich hätten wir dazu aber auch nicht die geringste Lust! *Denn unsere Stunde komme so oder so, und unser Minister Dr. Frick habe recht gehabt, als er sagte, daß er rein verfassungsmäßig regieren wolle, aber nicht geschworen habe, Berliner Politik zu treiben* [18]. In unserem Minister Dr. Frick ist überhaupt zum erstenmal in der nachnovemberlichen Politik eine neue Linie in die Erscheinung getreten, an der alles bisher Dagewesene zerbricht [19]! Unser Dr. Frick hat schon jetzt den Beweis dafür geliefert, daß man auch im Rahmen der Novemberdemokratie *anders* regieren kann, als das *bisher* geschehen ist.

Im weiteren geht *Adolf Hitler* - immer wieder von frenetischem Jubel unterbrochen - auf die großen deutschen Schicksalsfragen ein.

Eingehend kommt unser Führer auf die Wurzeln unserer völkischen Kraft zu sprechen. Er zeigt, wie im Blutwert alles begründet liegt, das [*sic!*] die Größe und Kraft einer Nation ausmacht, und wendet sich scharf und erbittert gegen die Kulturvermanschung und Unkultur unserer Tage!

Was wir Deutsche in unserer großen Vergangenheit geschaffen haben, macht uns niemand nach! Genau so wenig, wie wir den anderen ihre Unkultur nachmachen dürften! Die Neger mögen den Jazz erfunden haben, aber wir Deutsche wären die Schöpfer der Oper [20] wie überhaupt die Schöpfer unzähliger gewaltiger und erschütternder Sinfonien!

Auch Dresden spielt im deutschen Kulturleben eine erste Rolle. Warum soll es uns Nationalsozialisten nicht gelingen, aus Dresden wieder das zu machen, was wir eben aus Weimar zu machen bestrebt sind [21]*? Erst die völlige Erkenntnis der Vergangenheit gibt uns wieder die Kraft, erneut etwas Großes zu schaffen!*

Aber das Bürgertum und jene ewig bürgerlich denkenden Massen tun das genaue Gegenteil! Hier zu erziehen und zu formen, ist eine der Hauptaufgaben unserer Bewegung!

Wir haben uns in diesen Jahren weiß Gott nicht unter dem Schutz der Polizeibajonette entwickelt! Oft stand die ganze Welt gegen uns, aber nichts vermochte uns zu hindern, jenen Weg zu gehen, den wir gegangen sind! Daß heute von Rotfrontgefahr geredet wird [22], daran sind nicht wir die Schuld [*sic!*]. Rotfront und Bürgertum erhalten und befestigen ihre Existenz nur durch die Polizei. *In demselben Augenblick, wo die Polizei von diesem Staat hinweggenommen würde, wäre binnen drei Tagen die Rotfrontgefahr beseitigt!*

---

18 Frick hatte als thüringischer Innenminister dem Landtag am 12.3.1930 den Entwurf eines sog. Ermächtigungsgesetzes vorgelegt, das im Hinblick auf die anstehende Reform der thüringischen Verwaltung die Übertragung begrenzter gesetzgeberischer Vollmachten an die Landesregierung bis 30.9.1930 vorsah. Während der Beratungen betonte Frick den legalen Charakter dieses Gesetzes und verwies auf juristisch vergleichbare Regelungen im Deutschen Reich wie im Land Thüringen. Vgl. Stenographische Berichte des V. Landtags von Thüringen. Stenographische Berichte, Drucksachen und Ausschußberichte, Weimar o. J., S. 219 ff.
Zur Kritik am Ermächtigungsgesetz vgl. Manfred Overesch, Hermann Brill. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992, S. 201 f.

19 Vgl. Dok. 11, Anm. 17.

20 Das Wort "Oper" ist in Italien seit 1639 nachweisbar, in Deutschland erst seit dem frühen 18. Jahrhundert. Die musikalische Gattung der Oper besitzt ihre frühesten nachweisbaren Ursprünge im Italien des ausgehenden 16., beginnenden 17. Jahrhunderts. Vgl. Riemann Musik Lexikon. Sachteil, Mainz 1967, S. 654 ff.

21 Anspielung auf die Tätigkeit Fricks als thüringischer Innen- und Volksbildungsminister. Vgl. Dok. 11, Anm. 17.

22 Vgl. Dok. 24, Anm. 6 sowie Dok. 48, Anm. 6.

Noch einmal umreißt *Adolf Hitler* in großen Zügen seinen programmatischen Vortrag. Er führte [*sic!*] zusammenfassend die Zuhörer noch einmal in den Bannkreis seiner lebendigen Gedankenwelt und steigert den Beifall bis zu rasendem Jubel!

Was uns unüberwindlich stark macht, das ist die Tatsache, daß wir an alles, was wir sagen, auch glauben! Und durch unseren Willen, Glauben und durch unsere Kraft wird Deutschland frei in Größe, Macht und Herrlichkeit! Amen [23].

25. Juni 1930 — Dok. 64
"Bekanntmachung"
Anordnung

VB vom 25.6.1930.

Die von dem Tierarzt Dr. Grantz, Albersdorf [1], gegründete "Nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft Dithmarschens" [2] hat mit der von mir geführten *Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei nichts zu tun und wird von mir nicht anerkannt.* Dr. Grantz ist nicht mehr Mitglied der N.S.D.A.P. und wird in diese nicht wieder aufgenommen.

gez. *Adolf Hitler*

---

23 Zu den religiösen Bezügen in der Selbstdarstellung Hitlers und der nationalsozialistischen Ideologen vgl. Werner Reichelt, Das Braune Evangelium. Hitler und die NS-Liturgie, Wuppertal 1990. In der Vorlage folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Emil Grantz (geb. 1893), 1926 Dr. med. vet., Tierarzt in Albersdorf (Holstein), Februar/März 1928 Eintritt in die NSDAP, August 1928 SA-Standartenführer, Oktober 1929 Austritt aus der NSDAP, Juni 1930 Gründung der Nationalsozialistischen Arbeitsgemeinschaft Gau Dithmarschen, September 1930 Auflösung der Arbeitsgemeinschaft, Übertritt zur "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" Otto Straßers, 1933 Schutzhaft, 1934/35 Haft im Konzentrationslager Lichtenburg.

2 Grantz hatte seit seinem Eintritt in die NSDAP im Frühjahr 1928 eine Blitzkarriere durchlaufen und durch seinen Einsatz während der "Blutnacht von Wöhrden" am 7.3.1929 zusätzlich an Autorität gewonnen (Vgl. Bd. III/2, Dok. 9 und 10). Aufgrund seiner ungewöhnlich starken Stellung sowie der besonderen regionalen und sozialen Strukturen von Dithmarschen war Grantz, der die NSDAP als revolutionäre Bewegung, nicht als parlamentarische Partei verstand, bald in Konflikt mit dem schleswig-holsteinischen Gauleiter Hinrich Lohse geraten, der sich seit Sommer 1929 zu einem ständigen Kleinkrieg steigerte. Mit seinem Austritt aus der NSDAP am 18.10.1929 und der Proklamation eines eigenen "Gaus Dithmarschen" hatte Grantz versucht, sich Hitler direkt zu unterstellen. Nachdem sich Hitler jedoch am 25.12.1929 offiziell von Grantz distanziert hatte und im Frühjahr 1930 ein Schlichtungsversuch des Eutiner Rechtsanwalts Johann Heinrich Böhmcker gescheitert war, gründete Grantz am 3.6.1930 die "Nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft Gau Dithmarschen" (NSGAD). Vgl. Uwe Karstens, Der Fall "Grantz". Innere Kämpfe in der dithmarsischen NSDAP 1929/30. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 111 (1986), S. 215-233 ferner Lawrence D. Stokes, Kleinstadt und Nationalsozialismus. Ausgewählte Dokumente zur Geschichte von Eutin 1918-1945, Neumünster 1984, S. 100 ff.

25. Juni 1930 Dok. 65
"Der Sinn der Wahlen in Sachsen - Wer mit dem Marxismus paktiert, ist unser Feind - Der Marxismus durch die N.S.D.A.P. zum Stillstand gebracht - Grundriß unseres Aufbauprogramms" Artikel

VB vom 25.6.1930, "Adolf Hitler über die Sachsenwahlen" [1].

Die erste Antwort auf die neue Verfolgungswelle [2] der nationalsozialistischen Bewegung ist nunmehr erteilt worden. Das sächsische Volk hat gesprochen [3]. Unser Programm und unsere Arbeit erhielten eine Rechtfertigung, wie sie glänzender nicht ausfallen konnte [4]. Ob unsere politischen Gegner von diesem Resultat erfreut, enttäuscht oder verbittert sind, kann es nicht schmälern.

Schneller als man ahnen durfte, ist der Young-Plan [5] *dem deutschen Volke in seiner tatsächlichen Wirkung klar geworden.* Eine Flut von Versprechungen hat sich verlaufen, und was nun zurückbleibt, ist das nackte Elend. Während das Reich sich mit Riesenschritten ersichtlich dem größten wirtschaftlichen Zusammenbruch nähert [6], steuert die politische Leitung der Nation hilflos herum.

Kein klares Ziel der Außenpolitik und daher auch keine festbestimmte Aufgabe der Politik des Innern [7]. Denn man glaube nur ja nicht, daß die nunmehr in Szene gesetzte erneute Verfolgung der nationalsozialistischen Bewegung einer inneren, tief erfaßten Aufgabe entspringt. Nein! Es ist nur die nackte Sorge um den Bestand des parlamentarischen Regiments, ja, noch mehr die Sorge um die Erhaltung der parlamentarischen Parteien, die hier antreibend wirkt. *Indem sie vorgeben, den "Staat" schützen zu wollen, sehen diese Parteien nur ihre eigene, den Staat so sehr schädigende Herrschaft vor sich.*

Das heutige ziellose Regiment wird eine gewisse Zeitlang ertragen. Wenn aber im Gefolge dieser ewig schwankenden Schaukelpolitik immer mehr Not und Elend einherziehen, muß die Geduld der Masse eines Tages reißen. *Eine schlechtere politische Leitung, wie sie Deutschland in den letzten 12 Jahren besaß, ist schwer denkbar.* Daher sollte aber auch der wachsende Widerstand der Nation gegen die dauernde Vergeudung ihrer kulturellen und mate-

---

1 Weitgehend textgleicher Abdruck: Nassauer Beobachter Nr. 27 (Juli 1930), "Heute schreibt: Adolf Hitler über: Wir fordern die Führung!"; Mitteilungen NSDAP Plauen 2 (Heuet/Juli 1930), "Der Sinn der Wahlen in Sachsen v. Adolf Hitler".

2 Anspielung auf die Verbote nationalsozialistischer Uniformen durch die Länder. Vgl. Dok. 55, Anm. 1.

3 Vgl. Dok. 44, Anm. 5.

4 Die NSDAP, die bei der Landtagswahl vom 12.5.1929 noch 133.958 Stimmen erhalten hatte, was 5% bzw. 5 Mandaten entsprach, erreichte bei der Landtagswahl vom 22.6.1930 376.769 Stimmen, was 14,4% bzw. 14 Mandaten entsprach. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 108.

5 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

6 Das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931 (S. 378 f.) verzeichnet für 1930 15.486, für 1929 13.180 neue Konkurse. Vgl. außerdem Dok. 44, Anm. 13, Dok. 60, Anm. 6, Dok. 63, Anm. 11 und 12.

7 Zur Politik des Kabinetts Brüning vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II. Einleitung, S. XXX ff.

riellen Werte für jedermann eine Warnung sein! Allein, ein Teil unserer sogenannten antimarxistischen Parteien will mit Absicht aus der Geschichte nichts lernen. Denn wenn sie wollten, müßten Sie heute wissen, was der Marxismus ist und was er für ein Land bedeutet. So aber verschließen sie mit Absicht vor dieser Gefahr ihre Augen und versuchen statt dessen immer wieder - angeeifert [8] von ihren Ratgebern - Brücken zum Marxismus zu schlagen. *Die Landtagswahlen in Sachsen waren aber eine Hinrichtung gerade der Parteien, die eine solche Zusammenarbeit der behauptungsweise antimarxistischen Gruppen mit dem Marxismus in Sachsen als wenigstens im Bereiche der Möglichkeit liegend, hinstellten und verteidigten* [9].

Das Charakteristische an den Sachsenwahlen ist folgendes:

Seit Jahrzehnten ist der Gesamtmarxismus gerade in diesem Lande ununterbrochen gewachsen [10]. *Mit dem Auftreten der nationalsozialistischen Bewegung ist dieses Wachstum nicht nur zum Stillstand gekommen, sondern steht im Begriff, in eine rückläufige Bewegung verwandelt zu werden.*

Die Mandatsverteilung im neuen Sächsischen Landtag gibt kein richtiges Bild der politischen Bewegung an sich. Wie so oft hat das Bürgertum seine Wählerpflicht dem Vergnügen hintan gesetzt, ganz abgesehen von einer schon wahrhaft heillosen Zersplitterung [11]. Die durch die geringe Wahlbeteiligung [12] zustandegekommene Senkung des Divisors kam in erster Linie der Sozialdemokratie zugute.

---

8 Österreichische, süddeutsche Mundart für: anspornen.

9 Gemeint sind die bürgerlichen Parteien, denen zumindest eine Koalition mit den Altsozialisten akzeptabel erschien.

10 Ergebnisse bei den sächsischen Landtagswahlen in Prozent:

	1919	1920	1922	1926	1929	1930
KPD	–	5,7	10,5	14,5	12,8	13,6
USPD	16,3	13,9	–	–	–	–
SPD	41,6	28,3	41,8	32,1	34,2	33,4

Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 108.

11 Mandatsverteilung der bürgerlichen Parteien im sächsischen Landtag:

	1929	1930
DDP	4	3
DVP	13	8
DNVP	8	5
Wirtschaftspartei	11	10
Sächsisches Landvolk	5	5
Volksnationale Reichsvereinigung	–	2
Christlich-sozialer Volksdienst	–	2
Volksrecht-Partei	3	2
	44	37

Das Zentrum war im sächsischen Landtag nicht vertreten. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 108.

12 Die Beteiligung für die Landtagswahl vom 22.6.1930 lag bei 73,6%. Die höchste Wahlbeteiligung hatte es bei der sächsischen Landtagswahl vom 5.11.1922 mit 81,8%, die niedrigste bei der Landtagswahl vom 14.11.1920 mit 70,4% gegeben. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 108.

Der ziffernmäßige Zuwachs der Nationalsozialistischen Partei setzt sich im wesentlichen aus drei Faktoren zusammen [13]:

Erstens: Aus dem Gesamtverlust der marxistischen Parteien in einer Höhe von rund 80.000 Stimmen [14]. (S.P.D., K.P.D., A.S.P. [15])

Zweitens: *Aus einer Jungwählerschaft* [16], *die seit Jahren vom Marxismus durch die N.S.D.A.P. abgelenkt und aufgefangen wird.*

Drittens: Aus jenem Teil nationalgesinnter Wähler, die bisher in liberalen Parteien standen, nun aber endlich das ewige Spiel mit dem Marxismus satt haben. Denn eines ist klar: von der Deutschen Volkspartei sind nicht die Elemente zu uns gestoßen, die unzufrieden waren, weil die Deutsche Volkspartei nicht mit dem Marxismus paktierte, sondern diejenigen, die eine solche Möglichkeit aus verschiedenen Gründen annahmen oder befürchteten. *Nicht enttäuschte Demokraten sind es, sondern verbitterte nationale bürgerliche Elemente, die zu den Parteien des ewigen Paktierens mit dem Marxismus kein Vertrauen mehr besitzen.* Daher hat auch die Deutschnationale [*Volks*]Partei - wenn man ihre christliche Splittergruppe [17] hinzurechnet - knapp 1 Mandat verloren, die mit dem Marxismus aber immer liebäugelnde Deutsche Volkspartei fünf.

So setzt sich unser Gewinn von rund einer Viertelmillion Stimmenzuwachs zusammen [18].

Nun hat der Wähler entschieden. Von 5 Mandaten ist die Nationalsozialistische Partei auf 14 gestiegen. Sie ist damit zur zweitstärksten Fraktion geworden. So sehr wir auch in aller Zu-

13 Zu den damaligen Verschiebungen der Stimmenanteile zwischen den deutschen Parteien vgl. Falter, Hitlers Wähler, S. 101 ff.

14 Stimmenanteile bei den sächsischen Landtagswahlen:

	1929	1930
KPD	345.530	355.381
SPD	922.932	871.114
ASP	39.568	19.206
	1.308.030	1.245.701

Die Differenz betrug demnach 62.329 Stimmen. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 108.

15 Die sächsische SPD hatte sich gespalten, als ein Teil der Landtagsfraktion nicht bereit war, die am 4.1.1924 gebildete Koalition des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Max Heldt mit der DVP und DDP zu akzeptieren. Die 23 Landtagsabgeordneten der SPD, die am 24.1.1924 den Antrag des linken Flügels der SPD auf Landtagsauflösung verhindert hatten, wurden bis April 1926 aus der SPD ausgeschlossen und konstituierten sich im Juli 1926 als "Alte Sozialistische Partei Sachsens". Vgl. Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981, S. 808 f.

16 Obwohl in der NSDAP und ihren Gliederungen die Jugend weit überrepräsentiert war (vgl. Dok. 44, Anm. 22), liegen keine Anzeichen dafür vor, daß sich dieser Trend in einer stärkeren Affinität der deutschen Jungwähler zur NSDAP niederschlug. Vgl. Falter, Hitlers Wähler, S. 146 ff.

17 Gemeint ist der Christlich-soziale Volksdienst, für den bei der Landtagswahl vom 22.6.1930 2,2% der Wähler votiert hatten, was 2 Mandaten entsprach. Die DNVP, die bei der Landtagswahl vom 12.5.1929 noch 8% der Stimmen erhalten hatte, entsprechend 8 Mandaten, fiel bei der Landtagswahl vom 22.6.1930 auf 4,8%, bzw. 5 Mandate. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 108 sowie Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, S. 464 ff.

18 Die Zahl der NSDAP-Wähler hatte sich von der Landtagswahl vom 12.5.1929 bis zur Landtagswahl vom 22.6.1930 um 242.811 erhöht. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 108.

kunft unseren Kampf um die politische Macht mit legalen Mitteln durchsetzen werden [19], so sehr wollen wir alle Möglichkeiten wahrnehmen, um das große Ziel der Befreiung der Nation zu erreichen. Die Nationalsozialistische [*Arbeiter*]Partei wird sich bei jeder ihr zusagenden Gelegenheit an Regierungen beteiligen [20] zur Erreichung ihrer Zwecke - *so wie gewisse Voraussetzungen als gegeben angesehen werden können.* Denn die Partei beteiligt sich nicht an einer öffentlichen Gewalt, um ihren reformatorischen Ideen oder Gedanken abzuschwören, sondern im Gegenteil, um ihnen eine Verwirklichung wenigstens in dem Ausmaß zu ermöglichen, die dem durch die Wahl festgestellten ähnlichen Willen des Volkes entspricht. Wir *können* mitregieren, aber wir *müssen* nicht mitregieren!

Im Gegenteil!

Ich glaube, wir Nationalsozialisten, wir dürften schon zur Genüge bewiesen haben, wie sehr wir die Waffe der Opposition zu führen fähig sind. Wir werden aber weder ein Land noch das Reich jemals durch *unsere* Schuld dem Marxismus in die Hände liefern [21]. Das Vertrauen, das die Wähler uns schenken, wollen wir nach bestem Wissen und Gewissen im Dienste unseres Volkes anlegen und verwerten.

Jeder Volksgenosse, der seine Stimme der nationalsozialistischen Bewegung gibt, soll wissen, daß wir sie getreulich in die Waagschale unseres politischen Wollens legen und daß wir immer versuchen werden, auch ihr Gewicht dem deutschen Volke zugute kommen zu lassen. Denn so sehr wir uns in unserem Kampfe nur verfassungsmäßiger Mittel bedienen wollen, so sehr erstreben wir aber auch durch sie und mit ihnen eine grundlegende Neugestaltung des deutschen Geistes und des deutschen Lebens. Das Ziel der Wiederherstellung eines einheitlichen Volkskörpers an Stelle der bürgerlichen und proletarischen Klassen ist ein unverrückbares. Die Eroberung des deutschen Arbeiters für das kommende Reich ist die Lebensaufgabe von uns allen!

Heute stellt uns der große Erfolg unserer Bewegung in Sachsen vor eine klare Entscheidung: *Wollen die bürgerlichen Parteien den Marxismus als Freund - und zwar gleich in welcher Form - , so wählen sie damit unsere Feindschaft, und wir werden ihnen dann beweisen, daß ihr vergängliches Regiment von noch kürzerer Herrlichkeit sein wird als das letzte* [22]. Und

19 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

20 Anspielung auf die nationalsozialistische Regierungsbeteiligung in Thüringen. Vgl. Dok. 7, Anm. 5 sowie Dok. 11, Anm. 17.

21 Möglicherweise Anspielung auf die zunächst geheimen und ergebnislosen Kontakte, welche der damalige Fraktionsvorsitzende der NSDAP im sächsischen Landtag, Hellmuth von Mücke, nach der Landtagswahl vom 12.5.1929 mit Vertretern von SPD und KPD angebahnt hatte. Da sich Hitler von derartigen Koalitionsverhandlungen strikt distanziert hatte (vgl. Bd. III/2, Dok. 49), war Mücke daraufhin aus der NSDAP ausgetreten. Vgl. Mückes Darstellung in Fränkische Tagespost vom 3.8.1929, "Hellmuth v. Mücke an Adolf Hitler" sowie Gerhard Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt a. M. 1975, S. 479 f.

22 Nach der Landtagswahl vom 22.6.1930 gelang es den sächsischen Parteien nicht, sich auf eine mehrheitsfähige Regierung zu einigen. Um einem Mißtrauensvotum zuvorzukommen, trat die aus Beamten bestehende Regierung unter Ministerpräsident Walter Schieck bereits am 10.7.1930 zurück, führte jedoch bis März 1933 die Regierungsaufgaben als "Geschäftsministerium" weiter. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VI, S. 811 f.
Auch Hitler beteiligte sich im Anschluß an die Landtagswahl vom 22.6.1930 persönlich an den Koalitionsverhandlungen in Dresden. Dabei wurde von seiten der NSDAP u. a. Gregor Straßer als sächsischer Ministerpräsident oder Innenminister vorgeschlagen, außerdem beanspruchte die NSDAP das sächsische

daß der Erfolg des 22. Juni 1930 für uns kein Glücksfall gewesen ist, sondern die Frucht und der Lohn einer sittlich gerechtfertigten, fleißigen Arbeit [*sic!*]. Es wird dann - sei es früher oder später - erst recht die Stunde kommen, da das Volk erneut die Gelegenheit zur Prüfung der Leistung seiner gewählten Parteien erhält. Da aber können sich unsere Gegner dann gesagt sein lassen: Wer mit dem Marxismus paktiert, geht daran zugrunde. Das Bürgertum hat es in seiner Hand zu bestimmen, aus welchem Lager die nächste Wahl unsere Reihen stärkt.

Wollen die antimarxistischen Parteien aber sich auf ihre wirkliche Aufgabe besinnen, dann wird sich ein Weg finden, um auch ohne Marxismus regieren zu können. Allein, auch darin täusche man sich nicht: *Wir Nationalsozialisten werden in keiner Position das willenlose Schwänzchen anderer Organisationen oder Parteien sein!*

Wir wissen, daß unser letztes Ziel nur durch die legale Erfassung der gesamten Staatsgewalt erreicht werden kann. Allein, wir wollen schon heute darüber keine Zweifel lassen, daß wir in jeder Position, entsprechend der Größe unseres Einsatzes, auch fordern.

Die Richtlinien aber, die wir bei der Zusammenarbeit mit anderen Parteien in den einzelnen Ländern aufstellen und befolgen werden, sind zur Zeit etwa folgende:

1. Finanzielle Sanierung durch eine mit eiserner Sparsamkeit wirtschaftende saubere Verwaltung. Rücksichtslosen Abbau des alles überwuchernden politischen Beamtentums ohne praktische Vorbildung. Schutz des Berufsbeamtentums und Wahrung seiner verdienten Rechte. *Schärfste Einschränkung aller in schreiendem Mißverhältnis zur allgemeinen Not stehenden Spitzengehälter.* Vereinfachung des Verwaltungsapparates nach bester Möglichkeit. Erfüllung der selbstverständlichen sozialen Pflichten.

2. Schutz der deutschen Nationalwirtschaft. Einfügung des Kapitals in den Dienst der Wirtschaft und der Wirtschaft in den Dienst des Volkes. *Schutz unserer Produktion durch die Organisation einer Abwehr der Überflutung unseres Binnenmarktes mit fremden Produkten und Erzeugnissen* aus dem Volke selbst heraus.

3. Schutz der Länder vor den unitarischen Zerstörungsabsichten[23] *mit dem ersichtlichen Zweck der Vernichtung geistiger und kulturell gesunder, traditionsbewußter eigenstaatlicher Keimzellen unseres nationalen Lebens.* Unbeschadet unserer Einstellung zur legalen Verfassung [*sic!*] wird es unser Ziel sein, die Länder zum lebendigen Protest gegen eine Reichspolitik aufzurufen, die wir als verderblich für Volk und Staat erkennen und deren Ablehnung durch die Institution des Reichsrats gesetzlich zulässig ist[24].

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium. Der von NSDAP, Wirtschaftspartei, DVP, DNVP, Sächsischem Landvolk, Christlich-Sozialem Volksdienst und Volksrecht-Partei als Ministerpräsident favorisierte Friedrich Krug von Nidda und von Falkenstein (DNVP), von 1927-1930 sächsischer Wirtschaftsminister, erhielt jedoch nicht die erforderliche Stimmenzahl. Von den bürgerlichen Parteien stimmten die Landtagsabgeordneten von DDP und Volksnationaler Reichsvereinigung nicht für Krug von Nidda. Vgl. Kissenkoetter, Gregor Straßer, S. 44 ff. sowie Sächsischer Beobachter vom 1.7.1930, "Scheitern der Koalitionsverhandlung?"; Sächsischer Beobachter vom 11.7.1930, "Neuwahlen in Sachsen?"; Dresdner Neueste Nachrichten vom 16.7.1930, "Um die Regierung in Sachsen"; Sächsische Volkszeitung vom 16.7.1930, "Ein totes Rennen"; Sächsischer Beobachter vom 17.7.1930, "Hitler umwirbt Mahraun"; Sächsischer Beobachter vom 24.7.1930, "Das Bürgerblock-Kabinett in Sachsen wieder gescheitert".

23 Zu den stagnierenden Versuchen einer Reichsreform vgl. Biewer, Reichsreformbestrebungen.

24 Anspielung auf Artikel 74 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919, der u. a. festlegte: "Gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze steht dem Reichsrat der Einspruch zu." Druck: RGBl. 1919, S. 1397.

Die Länder haben in allen ihnen zustehenden Belangen die Interessen der in ihnen lebenden Teile unseres deutschen Volkes um so mehr und entschiedener wahrzunehmen, als die Reichspolitik dies außer Acht läßt.

4. Bewußte Nationalisierung unseres Volkes, Erziehung zum Geiste des Widerstandes und der politischen Ehrenhaftigkeit als Nation.

5. Erhaltung und Sicherung der Grundlagen unserer christlich-deutschen Kultur in Erziehung und Auswirkung. Schutz unserer tausendjährigen politischen und kulturellen Tradition. Kampf gegen den wurzellosen bolschewistischen Geist auf allen Gebieten.

Wenn unsere antimarxistischen Parteien diese Gedankengänge heute ablehnen oder nur in der Theorie anzuerkennen vermögen, stellen sie sich selbst in die Reihen des Feindes, den sie zu bekämpfen vorgeben. Sind sie aber bereit, diese Grundauffassungen als berechtigte und mögliche zu achten, dann wird sich auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei nirgends der Forderung nach Verantwortung entziehen.

28. Juni 1930 — Dok. 66
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 28.6.1930.

Ob ich wohl heute in meiner Beurteilung des Herrn Schober und der bürgerlichen Parteien gerechtfertigt bin [1]? Ich glaube, heute werden mir im stillen sehr viele deutsch-österreichische Heimwehrleute, die vielleicht noch vor wenigen Monaten grollten, Abbitte leisten. Ich muß allerdings zugeben, daß ich an eine so schnelle Bestätigung meiner Behauptungen selbst nicht geglaubt habe. Vor allem glaubte ich nicht, daß man so ganz grenzenlos dumm handeln würde, wie man es nun getan hat. Daß die bürgerlichen Parteien und ihre Männer zu jeder Gemeinheit fähig sind, weiß man aus der deutschen Geschichte der letzten Jahrzehnte zur Genüge. Daß ihre Gemeinheit aber am Ende sich sogar von der Vernunft lossagt, die der gewöhnlichste Spitzbube sein eigen nennt, ist wirklich bemerkenswert. Daß die österreichische Heimwehr, die ausschließlich allein vor drei Jahren den österreichischen Staat vor dem Bankerott, vorm politischen Bolschewismus gerettet hat [2], von den bürgerlichen Parteien den bekannten Mohrentritt [3] erhalten wird, war selbstverständlich. Daß man aber sich zu einem Vorgehen so schamloser Art herabwürdigt, haben selbst scharfe Verurteiler unserer bürgerlichen Parteiwelt nicht für möglich gehalten. Es hat sich in der Geschichte nun wieder einmal der Fall zugetragen, daß ein Deutscher, der erst als tapferer Soldat an den gemeinsamen Fronten kämpfte in einem Kriege, den gerade der österreichische Staatskadaver des Herrn Schober der deutschen Nation aufgeladen hat [4], ein Deutscher, der nach dem Zusammenbruch, der selbst wieder von diesem

1 Vgl. Dok. 1, 46 und 52.
2 Vgl. Dok. 46, Anm. 6.
3 Vgl. Dok. 46, Anm. 11.
4 Zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs vgl. z. B. Schöllgen (Hrsg.), Flucht in den Krieg?.

Staatskadaver seinen Ausgang nahm, erst in Deutschland für die Wiedererhebung der Nation focht, später nahezu ein Jahrzehnt im wesentlichen mitgeholfen hat, die Hilfe zu organisieren, die nicht nur einen bolschewistischen Brand zunächst abdämpfte, sondern einer bestimmten, behauptungsweise "antibolschewistischen" Regierung in den Sattel half [5], aus dem Lande von einer bürgerlichen nationalen Regierung ausgewiesen wurde, dem er als braver Patriot diente! Ja, zu einer solch hundsföttischen Gesinnung eignet sich das politische deutsche Bürgertum. Aber noch mehr als das. Ein bürgerlicher Minister [6] liefert denselben Mann, dem er selbst Stellung und Posten verdankt, zur letzten Entscheidung einem Juden aus, der vor drei Jahren im Mittelpunkt der austromarxistischen Revolte stand. *Der Ehrenmann Schober läßt dem Deutschen Pabst* [7] *von dem Juden Pollaksohn* [8] *in Wien in zweiter Instanz den Ausweisungsbefehl zustellen und bestätigen, und der brave bürgerliche Staatsminister Schober exportiert den Stabschef der Heimwehr, Pabst, durch den Juden Pollaksohn nach Italien* [9]*!* Ich kann mir denken, welches Unmaß von Verachtung die italienischen Offiziere erfüllt haben mag, als der deutsche Freiheitskämpfer von deutschen Bürgerlichen eskortiert, ihnen ausgeliefert wurde [10] und gezwungen war, um ihre Gastfreundschaft zu bitten! Das, meine lieben Parteifeunde, schlägt diesen bürgerlichen Lügnern in ihr Gesicht zurück, wenn sie ihren verlogenen Patriotismus gegen Italien je wieder zu speien beginnen! Nur in Deutschland und in Österreich ist es denkbar, daß ein Mann wegen seiner nationalen Gesinnung aus dem Vaterlande vertrieben wird. Und nur hier allein ist es möglich, unter dem Regiment dieser verkommenen bürgerlichen Parteien, die den Namen und Begriff Nation mit immer neuer Schande beladen, daß der nationale Deutsche am Ende um Zuflucht bitten muß bei den Mächten, gegen die er vor 15 Jahren mit der Waffe in der Faust kämpfte und die uns, dank dem Verrat und der Falschheit unserer Parteien, endlich die Friedensverträge diktierten. Ihr habt schon recht: Ihr

5 Vgl. Dok. 1, Anm. 5.

6 Gemeint ist Bundeskanzler Johannes Schober.

7 Waldemar Pabst (1880-1972), 1899 preußischer Leutnant, 1918 1. Generalstabsoffizier der Garde-Kavallerie-Schützendivision, Juli 1919 Verabschiedung, 1920 Major, Teilnahme am Kapp-Putsch, Flucht nach Österreich, 1922 Stabschef der österreichischen Heimwehr, 1930 und 1931 Ausweisung, 1932 Aufhebung der Ausweisung, 1939 Major d. R., 1940 Entlassung aus dem Heer, 1943 Emigration in die Schweiz.

8 Gemeint ist Karl Seitz (1869-1950), Volksschullehrer, sozialdemokratischer Politiker, 1901 Abgeordneter im Reichsrat, Oktober 1918 - Februar 1919 einer der drei gleichberechtigten Präsidenten der provisorischen Nationalversammlung, Februar 1919 - Dezember 1920 Präsident der Konstituierenden Nationalversammlung, 1923-1934 Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien, 1944/45 Inhaftierung im KZ Mauthausen.

9 Vor dem Hintergrund der heterogenen Interessenlage der Heimwehr hatte deren Führung mit dem "Korneuburger Gelöbnis" am 18.5.1930 versucht, die Heimwehr auf ein Programm auszurichten, das sich klar gegen die herrschende Verfassung richtete und unverhohlen die politische Macht forderte. Für Schober, der damals die Heimwehrführung auszuwechseln oder zumindest zu spalten suchte, war damit ein Grund gegeben, Pabst am 15.6.1930 verhaften zu lassen und ihn als unerwünschten Ausländer innerhalb 24 Stunden auszuweisen. Das entschiedene Vorgehen Schobers sorgte für beträchtliche Unruhe, etwa in Form einer Intervention der Tiroler Landesregierung oder in der Rücktrittsdrohung des Heeresministers Carl Vaugoin, ohne daß sich die Heimwehr jedoch fähig zeigte, Schobers Politik zu revidieren. Vgl. Wiltschegg, Die Heimwehr, S. 55 f., 255 ff. sowie Lajos Kerekes, Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr, Wien 1966, S. 75 f.

10 Da der deutsche Haftbefehl für Pabst nicht aufgehoben war, hatte dieser Italien als Exilland gewählt. Pabst traf am Abend des 15.6.1930 mit dem Flugzeug in Venedig ein. Vgl. VB vom 17.6.1930, "Der Heimwehrführer Major Pabst von Schober verhaftet und ausgewiesen". Bereits im November 1930 konnte Pabst nach Österreich zurückkehren.

wollt keinen Faschismus! Nein: Ihr wollt die Gemeinheit, die Charakterlosigkeit, ihr wollt die Schamlosigkeit, und das alles heißt nicht Faschismus.

Über all dem persönlichen Schmerz muß man aber sich zu folgender Erkenntnis durchringen: Was die bürgerlichen Parteien auch in ihre Hände nehmen, geht zugrunde. Sie haben einst Deutschland vernichtet, als es Kaiserreich war, sie vernichten heute die Republik. Sie vernichten jede Idee, am Ende zerstören sie jeden Volkszusammenhang, unter ihrer erheuchelten Parole von Ruhe und Ordnung demolieren Sie den Begriff Nation, genau so, wie sie unter der Phrase "Staatsautorität" die Würde und Freiheit des Staates verludern und verschleudern. Für das Linsengericht [11] von einer Anleihe [12] liefern sie die besten Söhne des Vaterlandes aus, für das Geld um ihre Lotterwirtschaft zu decken, verkaufen sie Ehre, Waffe und Freiheit, knebeln die Verkünder einer aufrechten, öffentlichen Meinung und buhlen um die Gunst des schäbigsten Finanzjuden. Vor drei Jahren war es der österreichischen Heimwehr gelungen, den großen Schwung einer freudigen Begeisterung in die Herzen des Volkes hineinzubringen [13]. Drei Jahre später, und die bürgerlichen Parteien, an der Spitze Herr Schober, bringen es fertig, die Begeisterung zu verwischen, das nationale Lager zu entzweien, Unfrieden zu säen, die große, schwunghafte Idee abzubremsen. Würde der Bolschewismus nicht die beste Rassenauslese vernichten, sondern nur mit dem bürgerlichen Parteigeschmeiß aufräumen, man wäre fast versucht, ihn dann zu segnen. So darf man auch in solchen Zeiten nicht die unendlichen Grundwerte unseres Volkes vergessen oder übersehen und muß sich statt dem immer vor Augen halten, daß Regierungsparteien und Regierungssysteme vorübergehende Erscheinungen sind, die nur sehr bedingt einen Rückschluß auf den Wert eines Volkes selbst zulassen. Perioden der Größe der Völker wechseln immer ab mit Perioden der Gemeinheit und Erbärmlichkeit, in denen der ewige Jude das goldene Kalb [14] der Menschheit voranführt und politische Zuhälter um sich sammelt.

Die nationalsozialistische Bewegung, die selbst augenblicklich wieder einer ebenso lächerlichen wie unanständigen Verfolgung ausgesetzt ist [15], kann aus all dem und wird aus all dem lernen. Schärfstes Zusammenfassen der Partei, rücksichtslose Säuberung von allen nicht blind gehorchenden Elementen [16], hundertprozentige Selbständigkeit nach allen Seiten, ausschließliches Vertrauen auf die eigene Kraft und Wahrnehmung jeder Möglichkeit, die, ohne dem Gegner die geringste Handhabe zu geben, Erfolge zeitigen kann. Keine Gesetzwidrigkeit in den Taten [17] und keinen Kompromiß im Geist!

---

11 Anspielung auf 1. Mose 25, 29-34.
12 Vgl. Dok. 46, Anm. 14.
13 Vgl. Dok. 1, Anm. 5.
14 Anspielung auf 2. Mose 32.
15 Gemeint ist das Verbot von nationalsozialistischen Uniformen. Vgl. Dok. 55, Anm. 1.
16 Anspielung auf den Konflikt mit der Gruppe um Otto Straßer. Vgl. Dok. 37, Anm. 15; Dok. 38, Anm. 4; Dok. 42 und Dok. 49, Anm. 12, 15 und 16.
17 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

30. Juni 1930 [1] — Dok. 67
Schreiben an die Berliner Gauleitung der NSDAP [2]

Druck: VB vom 4.7.1930, "Ein Brief Hitlers an die Berliner Gauleitung" [3].

Herrn
Dr. Joseph Goebbels,
Gauleiter, Berlin

Seit Monaten verfolge ich als verantwortlicher Leiter der N.S.D.A.P. Versuche, in die Reihen der Bewegung Uneinigkeit, Verwirrung und Disziplinlosigkeit hineinzutragen [4]. Die Unmöglichkeit, die nationalsozialistische Bewegung von *außen* zu brechen, wird heute offen zugegeben und ebenso offen angeraten, die verhaßte Feindin des heutigen Systems durch *innere* Aushöhlung zum Zusammenbruch zu bringen. Leider haben sich einzelne Parteigenossen, ob bewußt oder unbewußt ist gleich, in den Dienst dieser Absichten gestellt. Unter der Maske, für den Sozialismus kämpfen zu müssen [5], wird eine Politik zu vertreten versucht, die vollkommen der Politik unserer jüdisch-liberal-marxistischen Gegner entspricht [6]. Was von diesen Kreisen gefordert wird, ist der Wunsch unserer Feinde, angefangen von der Roten Fahne [7] bis zur Frankfurter Börsenzeitung. Ich halte es nunmehr für notwendig, diese destruktiven Elemente rücksichtslos und ausnahmslos aus der Partei hinauszuwerfen [8].

Den Wesensinhalt unserer Bewegung haben wir geformt und bestimmt, die wir diese Bewegung gründeten und die wir für sie kämpften, für sie in den Gefängnissen litten, und die wir sie aus dem Zusammenbruch [9] auch wieder zur heutigen Höhe emporgeführt haben.

---

1 Datierung nach Der Angriff vom 3.7.1930, "Ein Brief des Führers".

2 Zur Entstehung und Wirkung von Hitlers Brief vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 568 ff.

3 Textgleicher Abdruck mit differierenden Hervorhebungen: Der Angriff vom 3.7.1930, "Ein Brief des Führers".

4 Anspielung auf die Spannungen zwischen dem linken, von Otto Straßer dominierten Flügel der NSDAP und Hitlers absolutem Führungsanspruch. Vgl. Dok. 37, Anm. 15; Dok. 38, Anm. 4; Dok. 42 und Dok. 49, Anm. 12, 15 und 16.
Da die Gruppe um Otto Straßer einen ausgesprochenen Schwerpunkt in Sachsen besaß, hatte Hitler die sächsische Landtagswahl vom 22.6.1930 abgewartet (vgl. Dok. 65), bevor er sich öffentlich von diesem Flügel der NSDAP distanzierte.

5 Vgl. hierzu Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925-1930, S. 57 ff.

6 Vgl. Otto Straßers nachträgliche Darstellung (Ministersessel oder Revolution?) der ähnlich verlaufenden Diskussion zwischen ihm und Hitler am 20./21.5.1930. Vgl. ferner Dok. 38, Anm. 4.

7 Seit 9.11.1918 Zentralorgan des Spartacusbundes, seit 3.12.1918 Zentralorgan der KPD. Vgl. Kurt Koszyk, Die Rote Fahne (1918-1933). In: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach 1972, S. 391-403.

8 Otto Straßer und seine Anhänger kamen dem bereits laufenden Parteiausschlußverfahren zuvor und distanzierten sich mit ihrem Aufruf "Die Sozialisten verlassen die NSDAP!", publiziert in Der Nationale Sozialist vom 4.7.1930, öffentlich von der NSDAP. Vgl. Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 35 ff, ferner Dok. 70.

9 Anspielung auf das Verbot der NSDAP im November 1923. Vgl. Dok. 13, Anm. 36 und Dok. 37, Anm. 9.

Wem dieser von uns und in erster Linie von mir der Bewegung zugrundegelegte Wesensinhalt nicht paßt, soll in die Bewegung nicht kommen oder hat sie wieder zu verlassen. Die Nationalsozialistische Partei wird, solange ich sie führe, kein Debattierklub wurzelloser Literaten oder chaotischer Salon-Bolschewisten werden, sondern sie wird bleiben, was sie heute ist: eine Organisation der Disziplin, die nicht für doktrinäre Narreteien politischer Wandervögel [10] geschaffen wurde, sondern zum Kampf für eine Zukunft Deutschlands, in der die Klassenbegriffe zerbrochen sein werden und ein neues deutsches Volk sich selbst sein Schicksal bestimmt!

Ich habe Sie, lieber Herr Doktor Goebbels, vor Jahren auf den schwersten Platz des Reiches gestellt [11] in der Hoffnung, daß es Ihrer Energie und Tatkraft gelingen wird, aus dem Durcheinander nationalsozialistischer Bestrebungen in Berlin eine einheitliche, straffe Organisation zu bilden. Sie haben diese Aufgabe in einer Weise gelöst, daß Ihnen der Dank der Bewegung und vor allem meine eigene höchste Anerkennung sicher ist. Ich muß Sie nun heute bitten, in Verfolgung dieser einst gestellten Aufgabe die rücksichtslose Säuberung der Partei von allen jenen Elementen in Berlin durchzuführen [12], deren Auffassungen im wesentlichen den Ansichten unserer Gegner entsprechen und die nun versuchen wollen, diesen ihren Ansichten unter Bruch der Partei-Disziplin Gehör zu verschaffen [13]. Ich habe den Reichs-Untersuchungs-Ausschuß angewiesen, Sie in dieser Aufgabe mit allen Mitteln zu unterstützen. Greifen Sie rücksichtslos und scharf zu. Ich spreche Ihnen schon im vorne hinein [*sic!*] meinen Dank und meine Anerkennung für die Durchführung dieser Arbeit aus. Sie haben hinter sich die gesamte Organisation der Bewegung, den gesamten Führerstab, die gesamte S.A. und S.S., alle Vertreter der Partei in den öffentlichen Korporationen und gegen sich ein halbes Dutzend berufsmäßiger Querulanten und Literaten [14]!

Also handeln Sie! Die Reichsparteileitung wird ihrerseits alles tun, was nötig erscheint, um Ihren Willen durchzusetzen und Ihren Anordnungen Befolgung zu verschaffen [15].

Mit deutschen Gruß!

gez. *Adolf Hitler*

1. Parteivorsitzender

---

10 Mit den zum Teil selben Begriffen hatte Goebbels zwischen März und Mai 1930 in "Der Angriff" die grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Gruppe um Otto Straßer eingeleitet. Vgl. Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 31 mit Anm. 49.

11 Hitler hatte Goebbels am 26.10.1926 zum Leiter des Gaues Berlin-Brandenburg ernannt. Vgl. Bd. II/1, Dok. 40.

12 Zu den damaligen Auseinandersetzungen zwischen Goebbels und den Brüdern Straßer vgl. Reuth, Goebbels, S. 163 ff.

13 Vgl. hierzu Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 41 ff.

14 Den Aufruf "Die Sozialisten verlassen die NSDAP!", mit dem sich die Gruppe um Otto Straßer offen von der NSDAP distanzierte, hatten Otto Straßer sowie 25 weitere Anhänger aus dem Raum Berlin unterschrieben. Vgl. Anm. 8.
Vermutlich traten in den ersten Wochen etwa 800 Mitglieder der NSDAP in die von Otto Straßer gegründete "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" ein. Vgl. Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 46.

15 Hitlers beabsichtigte Rede auf der Gautagung des NSDAP-Gaues (Groß-)Berlin am 3.7.1930 wurde wegen seiner Teilnahme an den Koalitionsverhandlungen in Sachsen abgesagt. Vgl. Berichte des Polizeipräsidenten von Berlin, Abteilung IA, Tgb. Nr. 2584 IA. 7. 30 vom 23.6.1930 sowie Tgb. Nr. 2914 IA. 7. 30 vom 7.7.1930; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302.

Juni 1930 Dok. 68
"Reichswehr und deutsche Politik"
Artikel [1]

Nationalsozialistische Monatshefte Heft 3 vom Juni 1930 [2].

Wenn die Aufgabe der Außenpolitik des alten bürgerlich-nationalen Staates einst in erster Linie die weitere Einigung der Angehörigen der deutschen Nation in Europa gewesen wäre, um sich dann zu einer höheren völkisch aufgefaßten Raumpolitik emporzuschwingen, dann muß die heutige deutsche Außenpolitik vor allem der inneren Ausbildung und Förderung eines neuen deutschen Machtinstrumentes die Wege ebnen. Denn dem außenpolitischen Wollen der Vorkriegszeit stand ein, vom völkischen Standpunkt aus gemessen, vielleicht nicht sehr hoch anzusprechender Staat, aber dafür mit einer um so wundervolleren Heereseinrichtung zur Verfügung [*sic!*]. Wenn auch das damalige Deutschland schon längst nicht mehr eine solche Betonung der militärischen Werte kannte wie etwa das alte Preußen, und deshalb besonders im Umfang der Heeresorganisation von anderen Staaten übertroffen wurde [3], so war doch die innere Güte der alten deutschen Armee allen ähnlichen Einrichtungen unvergleichlich überlegen. Dieses beste Instrument der Kriegskunst stand der außenpolitischen Staatsleitung zur Verfügung. Dank diesem Instrument sowie der allgemeinen Einschätzung, die es genoß [4], war die Freiheit unseres Volkes nicht nur ein Ergebnis unserer tatsächlich erprobten Stärke, sondern des allgemeinen Kredits, den wir im Anblick der deutschen Armee sowohl als allerdings auch zum Teil [*sic!*] infolge des übrigen vorbildlich sauberen Staatsapparates genossen.

Dieses wichtigste Instrument im Dienste der außenpolitischen Interessen eines Volkes besitzt das Deutsche Reich von heute nicht mehr [5] oder zumindest in einem vollkommen ungenügenden Umfange, und weit entfernt von derjenigen Verfassung, die seinen früheren Wert bedingte.

Das deutsche Volk hat ein Söldnerheer bekommen [6]. Diese Söldnertruppe läuft Gefahr, zu einer mit besonderen technischen Waffen ausgerüsteten Polizei herabzusinken [7]. Der Vergleich des deutschen Söldnerheeres mit dem englischen fällt zuungunsten des deutschen aus. Das englische Söldnerheer war zu allen Zeiten die Trägerin der militärischen Verteidigung

1 Bei diesem Artikel handelt es sich um einen überarbeiteten Auszug aus jenem zusammenhängenden Manuskript, das Hitler im Sommer 1928 verfaßte und das 1961 erstmals von Gerhard L. Weinberg unter dem Titel "Hitlers Zweites Buch" publiziert wurde. Vgl. Hitlers Zweites Buch, S. 107-112.

2 Die von Hitler offiziell herausgegebenen Nationalsozialistischen Monatshefte erschienen unter der Schriftleitung von Alfred Rosenberg seit 1.4.1930. Vgl. Volz, Daten der Geschichte der NSDAP, S. 20.

3 Die Friedensstärke des deutschen Heeres betrug 1914 761.000 Mann, die des österreichisch-ungarischen 478.000 Mann, des französischen 927.000 Mann und des russischen 1.445.000 Mann. Vgl. Peter Graf Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968, S. 247.

4 Zum damaligen Verhältnis von Gesellschaft und Armee im Deutschen Reich vgl. Gerhard Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des "Militarismus" in Deutschland. Bd. II: Die Hauptmächte Europas und das wilhelminische Reich (1890-1914), München 1960, S. 117 ff.

5 Vgl. Michael Salewski, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927, München 1966.

6 Vgl. Dok. 37, Anm. 3.

7 Artikel 160 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 bestimmte u.a.: "Das Heer ist nur für die Erhaltung der Ordnung innerhalb des deutschen Gebiets und zur Grenzpolizei bestimmt." Druck: RGBl. 1919, S. 919.

und des Angriffs und damit der militärischen Tradition Englands gewesen. England besaß in seiner Söldnertruppe und in seinem eigentlichen Milizsystem die Heeresorganisation, die bei seiner insularen Lage für die Durchfechtung der englischen Lebensinteressen genügte, ja passend erschien [8]. Der Gedanke, der die englische Angriffs- und Widerstandskraft sich in einer solchen Form äußern ließ, war dabei keineswegs der Feigheit entsprossen, dadurch den *allgemeinen* Bluteinsatz des englischen Volkes vermeiden zu können. Im Gegenteil, England kämpfte mit Söldnern, solange die Söldnertruppe für die Verfechtung englischer Interessen genügte. Es rief Freiwillige unter die Fahnen, sowie der Kampf einen größeren Einsatz erforderte. Als aber die Not des Vaterlandes es gebot, führte es ebenso entschlossen die allgemeine Wehrpflicht ein [9]. Denn ganz gleich wie die jeweilige Organisation des britischen militärischen Wollens aussah, sie wurde stets rücksichtslos für den Kampf für England eingesetzt. Die formale Heeresorganisation war in England immer ein Instrument zur aggressiven Verfechtung englischer Interessen, verwaltet, beseelt und dirigiert von einem Willen, der auch nicht davor zurückscheute, wenn notwendig, das Blut der ganzen Nation in Anspruch zu nehmen. Dort, wo übrigens Englands Interessen am ausschlaggebendsten auf dem Spiele standen, hatte es sich eine Vorherrschaft zu wahren gewußt, die bis zur Forderung des Zwei-Mächte-Standards ging [10]. Wenn man die darin liegende unendlich verantwortliche Besorgtheit mit der Leichtsinnigkeit vergleicht, mit der Deutschland - und zwar das nationale bürgerliche Deutschland - seine Waffenrüstung in der Vorkriegszeit vernachlässigte [11], muß einen heute noch tiefe Trauer erfassen. So wie England wußte, daß seine Zukunft, ja überhaupt seine Existenz von der Stärke seiner Flotte abhängt, so hätte das bürgerlich-nationale Deutschland wissen müssen, daß Existenz und Zukunft des Deutschen Reiches abhängen von der Stärke unserer Landmacht [12]. Dem englischen Zwei-Mächte-Standard zur See hätte Deutschland in Europa den Zwei-Mächte-Standard zu Lande entgegensetzen müssen. Und so wie England in eiserner Konsequenz in jeder Verletzung seines Standards zur See einen berechtigten Anlaß zum Kriege erblickte, so mußte Deutschland in Europa jeden Versuch der Überflügelung seiner Wehrmacht durch Frankreich und Rußland zugleich verhindern, wenn nötig durch eine militärische Entscheidung, die selbst herbeizuführen war und für die sich ohnehin jederzeit mehr als genügend günstige Anlässe und Gelegenheiten finden ließen.

Aber auch dabei hat das deutsche Bürgertum der Vorkriegszeit ein Bismarckisches Wort in der unsinnigsten Weise verdreht. Die Äußerung Bismarcks, er gedächte keinen Präventivkrieg zu führen [13], wurde von allen schwächlichen, energie- und aber auch verantwortungslosen Po-

---

8 Zu Organisation und Soziologie der britischen Streitkräfte vgl. Correlli Barnett, Britain and Her Army 1509-1970. A Military, Political and Social Survey, London 1970.

9 Mit dem Military Service Act wurde in Großbritannien am 27.1.1916 die allgemeine Wehrpflicht für Männer zwischen 18 und 41 Jahren eingeführt. Vgl. Barnett, Britain and Her Army, S. 397 f.

10 Vgl. Dok. 9, Anm. 11.

11 Vgl. Dok. 29, Anm. 6.

12 Anspielung auf die maritime Aufrüstung des Deutschen Reichs vor 1914, in Hitlers Vorstellung Hauptursache für die unzureichende Rüstung der deutschen Landstreitkräfte. Vgl. Jost Dülffer, Wilhelm II. und Adolf Hitler. Ein Vergleich ihrer Marinekonzeptionen. In: Jürgen Elvert, Jürgen Jensen und Michael Salewski (Hrsg.), Kiel, die Deutschen und die See, Stuttgart 1992, S. 49-69 ferner Dok. 9, Anm. 8 und 9.

13 Über den Präventivkrieg hat Bismarck rückblickend geäußert, er sei dieser Idee "stets entgegengetreten in der Überzeugung, daß auch siegreiche Kriege nur dann, wenn sie aufgezwungen sind, verantwortet werden kön-

litikastern mit Freude aufgegriffen zur Deckung ihrer von verheerenden Folgen begleiteten Politik des "Alles-Geschehen-Lassens". Dabei hat man nur ganz vergessen, daß alle drei Kriege, die Bismarck führte, Kriege gewesen sind, die zumindest nach den Auffassungen dieser Antipräventivkriegs-Friedensphilosophen zu vermeiden gewesen wären. Man denke, was zum Beispiel einem Preußen von der charakterlichen Veranlagung der heutigen deutschen Republik im Jahre 1870 an Beleidigungen durch Napoleon III. alles hätte zugefügt werden müssen, damit es sich dann entschlossen hätte, Herrn Benedetti [14] zu bitten, seinen Ton zu mäßigen. Weder Napoleon noch dem ganzen französischen Volk hätte es je gelingen können, die deutsche Republik von heute zu einem Sedan zu reizen! Oder glaubt man, daß der Krieg von 1866, wenn Bismarck nicht die Entscheidung gewünscht hätte, nicht zu verhindern gewesen wäre? Nun könnte man einwenden, daß es sich hier um Kriege zur Erreichung von klar vorgesteckten Zielen gehandelt hat und nicht um solche, bei denen der Grund nur die Angst vor einem Angriff des Gegners war. Das ist in Wirklichkeit Wortspalterei. Weil Bismarck zur Überzeugung kam, daß der Kampf mit Österreich unausbleiblich war, bereitete er sich auf ihn vor und führte ihn bei einer für Preußen günstigen Veranlassung durch. Die französische Heeresreform durch Marschall Niel ließ deutlich die Absicht erkennen, der französischen Politik (das heißt dem französischen Chauvinismus) die nötige schlagkräftige Waffe zum Angriff gegen Deutschland zu geben [15]. Tatsächlich wäre es Bismarck ohne Zweifel möglich gewesen, den Konflikt im Jahre 1870 friedlich zu irgendeiner Beilegung zu bringen. Allein es schien ihm zweckmäßiger, ihn zu einer Zeit durchzufechten, da die französische Heeresorganisation noch nicht zur vollen Wirksamkeit gekommen war [16]. Im übrigen kranken alle diese Interpretationen Bismarckischer Aussprüche daran, daß sie den Diplomaten Bismarck immer wieder mit einem republikanischen Parlamentarier verwechseln. Denn wie der Diplomat Bismarck selbst solche eigenen Aussprüche beurteilte beziehungsweise auffaßte, zeigt am besten seine Antwort an einen Frager vor Ausbruch des preußisch-österreichischen Krieges, der wissen wollte, ob Bismarck wirklich beabsichtigte, Österreich anzugreifen, worauf dieser mit undurchdringlicher Miene erwiderte: "Nein, ich habe nicht die Absicht, Österreich anzugreifen, aber ich hätte auch nicht die Absicht, falls ich es angreifen wollte, es Ihnen zu sagen [17]."

---

nen und daß man der Vorsehung nicht so in die Karten sehn kann, um der geschichtlichen Entwicklung nach eigener Berechnung vorzugreifen". Otto von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Neue Ausgabe, Bd. 2, Stuttgart 1922, S. 105.

14 Vincent Comte de Benedetti (1817-1900), französischer Diplomat, 1864-1870 französischer Botschafter in Berlin. Im Juli 1870 überbrachte Benedetti die französischen Forderungen zur spanischen Thronkandidatur dem sich in Bad Ems aufhaltenden Wilhelm I. Die Ablehnung dieser Forderung führte zur französischen Kriegserklärung.

15 Seit 1867 französischer Kriegsminister, hatte Marschall Adolphe Niel (1802-1869) eine grundlegende Reorganisation des französischen Heeres durchgeführt. Zur Bedrohung Preußens durch die französische Armeereform vgl. Klaus A. Lankheit, Preußen und die Frage der europäischen Abrüstung 1867-1870, Freiburg i. Br. 1993, S. 61 ff.

16 Zum Ausbruch des deutsch-französischen Krieges 1870/71 vgl. Eberhard Kolb, Mächtepolitik und Kriegsrisiko am Vorabend des Krieges von 1870. Anstelle eines Nachworts. In: ders. (Hrsg.), Europa vor dem Krieg von 1870. Mächtekonstellation - Konfliktfelder - Kriegsausbruch, München 1987, S. 203-209.

17 Am 16.3.1866 zum österreichischen Gesandten in Berlin, Alois Graf von Károlyi. Vgl. Robert von Roosbroeck, Die politisch-diplomatische Vorgeschichte. In: Entscheidung 1866. Der Krieg zwischen Österreich

Im übrigen war der schwerste Krieg, der je von Preußen ausgefochten worden war, ein Präventivkrieg. Als Friedrich der Große endgültige Kenntnis von der Angriffsabsicht seiner alten Gegner durch eine Schreiberseele erhalten hatte, wartete er nicht aus grundsätzlicher Ablehnung eines Präventivkriegs, bis die anderen angriffen, sondern ging selbst sofort zum Angriff über [18]!

Jede Verletzung des Zwei-Mächte-Standards zu Lande hätte für Deutschland der Anlaß zum Präventivkrieg sein müssen. Denn was wäre wohl leichter vor der Geschichte zu verantworten gewesen: ein von Deutschland provozierter Kampf, der im Jahre 1904, als Rußland in Ostasien gefesselt schien [19], Frankreich niedergeworfen hätte, oder der infolge dieser Unterlassung entstandene Weltkrieg, der ein Vielfaches an Blut erforderte und unser Volk in die tiefste Niederlage stieß.

England hat jedenfalls solche Bedenken nie gehabt. Sein Zwei-Mächte-Standard zur See schien ebenso die Voraussetzung der Erhaltung der englischen Unabhängigkeit wie der britischen Weltmachtgeltung. Wenn aber seit dem Weltkrieg dieser Zwei-Mächte-Standard aufgegeben wurde, dann nur unter dem Drucke von Verhältnissen, die stärker waren als die entgegengesetzte englische Absicht. In der amerikanischen Union ist ein neuer weltpolitischer Machtfaktor entstanden von Ausmaßen, der die gesamten bisherigen Kraft- und Rangordnungen der Staaten über den Haufen zu werfen droht!

Jedenfalls aber war die englische Flotte bisher noch immer der schlagendste Beweis dafür, daß, ganz gleich wie die Form und Organisation des englischen Heeres aussah, der Wille der Erhaltung Englands und Großbritanniens niemals vor den äußersten Konsequenzen zurückschreckte.

Daher hat aber auch das englische Söldnerheer nie die üblen Eigenschaften anderer Söldnertruppen bekommen. Es war ein Kampf- und Streithaufe von wundervoller Einzelausbildung bei ausgezeichneter Ausrüstung und sportlicher Dienstauffassung. Was dabei diesem kleinen Heereskörper eine besondere Bedeutung verlieh, war die unmittelbare Berührung mit den sichtbaren Dimensionen und Lebensäußerungen des britischen Weltreiches. Dieses Söldnerheer hat ebensosehr für Englands Größe gefochten in fast allen Teilen der Welt, als es dabei aber auch Englands Größe kennenlernte [*sic!*]. Die Männer, die bald in Südafrika, bald in Ägypten und dann wieder in Indien Englands Interessen vertraten, als Inhaber seiner Waffengeltung, bekamen dadurch unauslöschliche Eindrücke von der ungeheuren Größe des britischen Imperiums. Die englische Armee ist nicht als Polizeitruppe gegen das englische Volk, sondern als Weltpolizei des britischen Reiches gedacht!

Diese Voraussetzungen fehlen der heutigen deutschen Söldnertruppe vollständig. Je mehr man sich unter dem Eindruck und dem Wirken pazifistisch-demokratischer, in Wahrheit volks- und landesverräterischer Parlamentsmajoritäten, bemüßigt sieht, diesem Geist pazifistischer

---

und Preußen. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt durch Wolfgang von Groote und Ursula von Gersdorff, Stuttgart 1966, S. 11-76, hier S. 70.

18 Zur Entstehung des Siebenjährigen Krieges (1756-1763) vgl. Johannes Kunisch, Das Mirakel des Hauses Brandenburg. Studien zum Verhältnis von Kabinettspolitik und Kriegführung im Zeitalter des Siebenjährigen Krieges, München 1978, S. 17 ff.

19 Anspielung auf den russisch-japanischen Krieg 1904/05.

Demokratie in der kleinen Armee selbst Konzessionen zu machen, hört sie auch immer mehr auf, ein Instrument des Krieges zu sein, um statt dessen zu einer Polizeitruppe zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, das heißt in Wirklichkeit aber der friedlichen Unterwerfung herabzusinken.

Man kann keine Armee ausbilden und zu hohem Eigenwert bringen, wenn die Aufgabe ihres Daseins nicht die Vorbereitung zum Kampfe ist. Armeen zur Erhaltung des Friedens gibt es nicht, sondern nur zum siegreichen Durchfechten des Krieges. Dies war das Große am alten Heer, daß, unabhängig vom Gequassel im Reichstag, wenigstens in diesem Organismus die Welt noch gesehen wurde, wie sie ist und ewig sein wird. Die Führung und die Ausbildung war in der alten Armee nur vom Gedanken an den Krieg beherrscht. Daher konnte es auch zur Bildung einer Tradition kommen, die fortlaufend mit dem innersten Wesen dieser Organisation verwachsen war. Kriegerischer Ruhm der Vergangenheit kann als Tradition nur in einem mindest ebenso kriegerisch denkenden Organismus forterhalten werden. Sowie ein Heer den grundsätzlich kriegerischen Zweck seines Daseins verkennt oder aufgibt, löst es auch die Beziehungen zu einer Tradition auf, die im wesentlichen kriegerischen Ursprunges ist. Eine pazifistisch-demokratische Truppe von heute [20] hat keine innere Verbindung mehr mit einer Tradition von gestern, die ausschließlich antipazifistisch und undemokratischen Ursprungs war. Daher mag die heutige Reichswehr tausendmal "Traditionskompanien" bilden [21], es wird dies nicht den Bruch der Tradition zu verhindern vermögen. Denn die Tradition wird nicht aufrechterhalten durch äußere Formengleichheit als vielmehr durch eine innere und geistige Wertgleichheit. Je mehr man aber im heutigen Deutschland die Reichswehr geistig aus der kriegerischen Welt, die die Tradition des alten Heeres schuf, herauszulösen versucht, um so innerlich traditionsloser wird sie selbst. Denn die Fortsetzung der alten Tradition liegt nun einmal nicht in der gelungenen Überwindung von ein paar inneren Streikrevolten [22], sondern im Ruhm siegreicher Schlachten sowie in der Pflege desjenigen Geistes, der dahin führt. Die deutsche Reichswehr entfernt sich aber in Wirklichkeit von der Tradition dieses Ruhmes in eben dem Maße von Jahr zu Jahr mehr, als sie aufhört, eine Repräsentantin des bewußt und betont nationalen Gedankens zu sein. Je mehr sie in ihren eigenen Reihen den offensiven nationalen, also nationalistischen Geist tötet und dessen Repräsentanten entfernt, um statt dem Demokraten [*sic!*], ja endlich überhaupt gewöhnlichen Strebern, Posten zu geben [23], um so mehr entfremdet sie sich dem wirklichen deutschen Volk. Denn die schlauen Herren des heutigen Reichswehrministeriums mögen sich ja nicht einbilden, daß sie durch Konzessionen an den marxistisch-pazifistisch-demokratischen Teil unseres Volkes den "Anschluß an das Volk" finden könnten. Diesem Teil des deutschen Volkes nämlich ist jede militärische Organisation an sich innerlich immer verhaßt, solange sie eben Militär ist mit kriegerischen Zwecken und nicht

20 Zum politischen Selbstverständnis der Reichswehr vgl. Wohlfeil, Heer und Republik, S. 134 ff.

21 Für die Reichswehrführung besaß die Traditionspflege zentrale Bedeutung. Mit Erlaß vom 24.8.1924 regelte General von Seeckt die Traditionspflege des Reichsheeres, wobei jeder Kompanie die Überlieferungspflege für einen Verband der deutschen Armee vor 1914 zugewiesen wurde. Vgl. Gustav-Adolf Caspar, Die militärische Tradition in der Reichswehr und in der Wehrmacht 1919-1945. In: Tradition in deutschen Streitkräften bis 1945, Herford 1986, S. 209-310, hier S. 229 f.

22 Zum innenpolitischen Einsatz der Reichswehr vgl. Wohlfeil, Heer und Republik, S. 241 ff.

23 Zur Personalpolitik der Reichswehrführung vgl. ebenda, S. 167 ff.

Wach- und Schließgesellschaft internationaler Börseninteressen. Der einzige Teil, zu dem eine Armee mit militärisch wertvollem Sinn und Inhalt eine innere Beziehung unterhalten kann, ist jener bewußt nationale Kern eines Volkes, der nicht nur aus Tradition soldatisch denkt, sondern der auch aus nationaler Liebe, Gesinnung und Begeisterung jederzeit bereit ist, den Waffenrock zum Schutze, zur Ehre und zur Freiheit eines Volkes selbst anzuziehen. Es ist notwendig, daß ein Heereskörper die inneren Beziehungen zu denen aufrecht erhält, aus denen er sich in den Stunden der Not ergänzen kann, und nicht zu jenen, die ihn bei jeder Gelegenheit gemäß ihrer inneren geistigen Verfassung doch nur ablehnen, ja am Ende verraten. Daher können die heutigen Führer unserer sogenannten Reichswehr sich noch so demokratisch gebärden, so werden sie dadurch aber dennoch niemals in eine nähere Verbindung mit dem deutschen Volke gelangen können, weil das für diese Verbindung geeignete Volk sich nicht im Lager der Demokratie befindet. Indem aber besonders der frühere Chef der deutschen Reichswehr, General von Seeckt [24], der Entfernung knorriger, bewußt und betont national gesinnter Führer und Offiziere nicht nur keinen Widerstand entgegensetzte, sondern sie sogar noch befürwortete [25], hat er sich endlich das Instrument geschaffen, das ihn selbst verhältnismäßig leichten Herzens fahren ließ!

Seit dem Rücktritt des Generals von Seeckt [26] ist der demokratisch-pazifistische Einfluß unermüdlich tätig, um aus der deutschen Reichswehr das zu machen, was den parlamentarischen Regenten des heutigen Staates als angenehmstes Ideal vorschwebt: Eine republikanisch-demokratische Parlamentswache!

Mit einem solchen Instrument aber kann man dann wohl die eigene Nation niederhalten, aber keine wertvolle Außenpolitik durchführen.

Daher wäre es heute zunächst Aufgabe der deutschen Innenpolitik, dem deutschen Volke wieder eine zweckmäßige militärische Organisation seiner nationalen Kraft zu geben. Da aber die Formen der heutigen Reichswehr diesem Zwecke nie genügen können, umgekehrt aber durch außenpolitischen Zwang bestimmt sind, ist es Aufgabe der deutschen Außenpolitik, alle Möglichkeiten zu verfolgen, die die Wiederorganisation eines deutschen Volksheeres gestatten können. Denn das muß das unverrückbare Ziel jeder politischen Leitung in Deutschland sein, daß das Söldnerheer wieder von einem allgemeinen wahrhaften deutschen Volksheer abgelöst wird [27].

---

24 Hans von Seeckt (1866-1936), 1886 preußischer Leutnant, 1915 als Generalmajor Chef des Generalstabs der 11. Armee, 1919 Leiter der militärischen Vertretung bei der deutschen Friedensdelegation in Versailles, 1920-1926 General, Chef der Heeresleitung der Reichswehr, November 1923 bis Februar 1924 Inhaber der Exekutivgewalt im Deutschen Reich, 1926 Verabschiedung als Generaloberst, 1930-1932 MdR (DVP), 1933-1935 Militärberater Tschiang-Kai-scheks.

25 Nach dem Kapp-Putsch 1920 und dem Hitler-Putsch 1923 waren politisch schwer belastete Offiziere und Soldaten aus der Reichswehr entlassen worden. Vgl. Francis L. Carsten, Reichswehr und Politik 1918-1933, Köln 1964, S. 104 ff., 203 ff.

26 Seeckt hatte Anfang September 1926 die Teilnahme des Prinzen Wilhelm von Preußen an einer Militärübung erlaubt. Auf Drängen von Reichswehrminister Otto Geßler reichte er daraufhin seinen Abschied ein, dem am 8.10.1926 stattgegeben wurde. Vgl. Hans Meier-Welcker, Seeckt, Frankfurt a. M. 1967, S. 501 ff.

27 Zur Wehrtheorie der NS-Bewegung vor 1933 vgl. Wolfgang Sauer, Die Mobilmachung der Gewalt, Bd. III: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Frankfurt a. M. 1974, S. 85 ff.

So schlecht sich in der Zukunft die moralischen Qualitäten der deutschen Reichswehr entwickeln müssen, wenn sie immer mehr in der Rolle einer inneren Staatspolizei verkommt, so hervorragend ist der rein technische Ausbildungswert der Gegenwart. Damit könnte die deutsche Reichswehr ohne weiteres das Rahmenheer sein für das kommende deutsche Volksheer [28]. Wie es denn überhaupt die Aufgabe der deutschen Reichswehr sein müßte, unter dauernder Betonung der allgemeinen deutschen nationalen Kampfaufgabe, die Masse der Offiziere und Unterführer für das spätere Volksheer auszubilden!

Daß dieses Ziel als ein unverrückbares im Auge gehalten werden muß, wird kein wahrhaft national Denkender bestreiten können. Ebensowenig aber auch, daß seine Durchführung nur gelingen kann, wenn die außenpolitische Leitung der Nation im tiefsten Verständnis für diese Notwendigkeit die allgemeinen Voraussetzungen zu schaffen sucht.

---

28 Hier entspricht Hitlers Wehrkonzeption derjenigen der Reichswehrführung. Zu ihren organisatorisch-operativen Planungen vgl. Michael Geyer, Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924-1936, Wiesbaden 1980, S. 188 ff.

2. Juli 1930 Dok. 69
"Deutschlands Schicksal und Euer Kampf" [1]
Rede auf NSDStB-Versammlung in München [2]

Die Bewegung vom 8.7.1930, "Adolf Hitler an die deutschen Studenten" [3].

Hitler begann mit dem Begriff des Schicksals, der meistens falsch gedeutet wird, indem die eigenen Schwächen und Fehler, das eigene Versagen als Schicksal hingestellt werden. Und was die meisten so als Schicksal im Kleinen deuten, das haben sie auch als Schicksal im Großen vor Augen, indem sie die Schicksalsfrage Deutschlands als eine Frage der Staatsform, der Gesellschaftsordnung, der Konstruktion des Wirtschaftslebens, der Wirtschaft an sich, des Weitertreibens der Revolution wie in Rußland [4], einer sittlich-religiösen Erneuerung oder gar als Frage einer einzigen Partei ansehen. Für die Nationalsozialisten aber ist die Definition des Schicksals eine weitergehende, liegt das Schicksal im Wert des Volkes an sich. Das unterscheidet uns zugleich vom Marxismus, für den alle Menschen gleich sind und in ihrer Gesamtsumme die Menschheit ergeben, wobei Unterschiede einfach als auf einer verfehlten Konstruktion des Gesellschaftslebens beruhend gedeutet werden. Tatsächlich hat aber jeder Mensch außer seinem Wert als Ziffer auch noch einen *spezifischen* Wert, und das gleiche gilt von den Rassen und Völkern. Und dieser spezifische Wert des deutschen Volkes läßt sich durch die Jahrtausende seiner Geschichte verfolgen, in denen er sich nur wenig geändert hat; in letzter Zeit freilich zum Schlechten. Das deutsche Volk ist aus verschiedenen Rassen zwar zusammengesetzt, aber seine äußere Erscheinungsform wird doch bestimmt durch die höherwertigen Rassenelemente, deren Wert zu steigern Aufgabe der Innenpolitik sein müßte. Der Staatsbegriff darf nicht um seiner selbst willen gepflegt werden, sondern für den Staat muß es sich darum handeln, seine Substanz von Fleisch und Blut zu fördern und eine Höherzüchtung herbeizuführen. Aufgabe der Außenpolitik aber muß es sein, die Lebensnotwendigkeiten des Volkes zu gewährleisten, die im Verhältnis der Volkszahl zum Raum bestehen. *Solange ein Volk gesund ist, will es sich vermehren.* Der Mensch aber hängt ab von der Muttererde; wenn die Volkszahl wächst und der Raum gleich bleibt, so ergeben sich Spannungen, die zu einem Konflikt oder zu einem Ausgleich der Spannung führen. *Was wir als Geschichte kennen, sind sol-*

---

1 Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10185) und Ankündigung im VB vom 2.7.1930.

2 Im Bürgerbräukeller, Rosenheimer Straße, nach 20.00 Uhr. Hitler sprach knapp drei Stunden. Die laut Lagebericht überfüllte Versammlung, die vom Reichsführer des NSDStB Baldur von Schirach geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet wurde, war Teil der Wahlpropaganda für die tags darauf stattfindende AStA-Wahl der Technischen Hochschule München. Laut VB nahmen an der Versammlung "die Hochschulgruppe des Stahlhelms, Vertreter von verschiedenen Corps, der Burschenschaften, des ATB [*Artamanenbundes*], des VDSt [*Vereins Deutscher Studenten*] und des Wingolf" teil.
Bei der AStA-Wahl vom 3.7.1930 wurden 787 (letzte Wahl 1929: 660) Stimmen für den NSDStB abgegeben, was 9 (letzte Wahl: 6) Sitzen - bei einer Gesamtzahl von 30 Sitzen - entsprach. Vgl. VB vom 5.7.1930, "Entscheidender Sieg des Nationalsozialismus auf der Hochschule", VB vom 8.7.1930, "Astawahlen an der T.H. München" sowie Die Bewegung vom 8.7.1930, "Wir erobern die Technische Hochschule München".

3 Vgl. auch VB vom 4.7.1930, "Adolf Hitler an die deutsche Studentenschaft". Ferner Morgenrapport vom 3.7.1930 und PND-Bericht Nr. 704 vom 3.7.1930; StA München, Polizeidirektion München 6737. Lagebericht N/Nr. 92 der Polizeidirektion München vom 9.7.1930; StA München, Polizeidirektion München 6741.

4 Anspielung auf die am 8.11.1917 beginnende Machtübernahme der Bolschewisten in Rußland.

che Kämpfe um Raum, die man begrifflich jetzt als Imperialismus zu bezeichnen pflegt. Es gibt deutsche Parteien, die den Imperialismus ablehnen [5]. Tatsächlich aber ist Imperialismus der ganz normale Drang, Volkszahl und Boden einander anzupassen. Das Schicksal zwingt nun jeden einzelnen, an diesem Kampfe teilzunehmen, und jedes Volk kann nach dem Raum wie nach einem Wanderpokal greifen auf Grund seines inneren Wertes und Wollens. Die Erde ist nicht für dauernd verteilt; nicht auf 1.000 und nicht auf 100 Jahre, und auch der Genfer Völkerbund kann sie nicht endgültig verteilen [6].

Völker, die gesund sind, beanspruchen für jedes Kind Lebensrechte, aber wenn sie feige und lethargisch werden, tun sie das nicht mehr, und es tritt die Minderung der Völkerzahl ein, die immer auf einer geistigen Zersetzung beruht. Das Denken wird pazifistisch vergiftet, jeder Kampf wird als unmoralisch abgelehnt. Zur Lösung der Spannung zwischen Volkszahl und Raum gibt es dann nur zwei Auswege: die *Auswanderung* und die *Geburtenbeschränkung.* Die Folge ist in jedem Falle die Vernichtung des Volkes. Die Auswanderung geht nicht wie bei einem Tierstaate geschlossen vor sich, sondern durch eine Auslese. Der Feige kapituliert vor der Not, der Faule hungert, der Tatkräftige aber wandert aus. Dadurch entsteht die Wertsteigerung der Kolonien, die schließlich mächtiger werden als das Mutterland, dessen Gesamtsubstanz geschwächt wird. So geht in unserem Volke durch die jährliche Auswanderung von 60.000 bester Menschen [7] eine biologische Veränderung vor sich, die schlimmer ist als der verlorene Krieg. Während die Regierungen die Auswanderung als "Erleichterung" ansehen [8], betrachten wir sie als einen Verlust an innerem Wert und als einen Weg zum Tode.

Als zweites Mittel gegen die Raumnot gilt die Geburtenbeschränkung. Es werden jetzt bei uns jährlich 800.000 bis 900.000 Kinder weniger geboren als vor dem Kriege [9]. Das ist ein größerer Verlust als die zwei Millionen Toten des Weltkrieges [10] und bedeutet ebenfalls die wertmäßige Vernichtung Deutschlands, denn die wertvollsten Menschen sind meist die 5., 6. oder 7. Kinder. Unser Abmarsch nach unten seit 1914 zeigt sich z. B. daran, daß die Masse in

---

5 Vgl. das Programm des Spartakusbundes vom 14.12.1918, das Aktionsprogramm der USPD vom Dezember 1918, das Görlitzer Programm der SPD vom 14.9.1921 sowie das Aktionsprogramm der Vereinigten SPD vom 24.9.1922, Druck: Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 430 ff., 445 ff., 453 ff., 458 ff.

6 Zur damaligen Politik des Völkerbunds vgl. Alfred Pfeil, Der Völkerbund. Literaturbericht und kritische Darstellung seiner Geschichte, Darmstadt 1976, S. 81 ff.

7 Vgl. Dok. 44, Anm. 15.

8 Auf der Grundlage des Auswanderungsgesetzes von 1897 existierten im Deutschen Reich die Auswanderungsbehörden in den Ausschiffungshäfen Bremen und Hamburg, die dortigen Reichskommissare für das Auswanderungswesen und das Reichsamt für deutsche Einwanderung, Rückwanderung und Auswanderung, seit 1924 Reichsstelle für das Auswanderungswesen, welche vor allem die Auswanderung aus dem Deutschen Reich überwachen und regeln sollten. Ohne das Recht auf Auswanderung, wie es in Artikel 112 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11.8.1919 explizit festgelegt war, grundsätzlich infragezustellen, waren diese Behörden jedoch bemüht, durch indirekte Maßnahmen die Auswanderungsbereitschaft im Deutschen Reich möglichst zu dämpfen. Vgl. Hartmut Bickelmann, Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit, Wiesbaden 1980.

9 1930 wurden im Deutschen Reich 1.126.829 Lebendgeburten gezählt. Im Zeitraum von 1871-1914 erreichte die Zahl der Lebendgeburten 1901 mit 2.032.313 ihren Höhepunkt, in den Jahren 1871-1875 mit 1.619.251 (durchschnittliche Angabe) ihren Tiefpunkt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 25.

10 Im Ersten Weltkrieg waren auf deutscher Seite 1.885.291 Soldaten gefallen und 4.248.158 verwundet worden. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25, Berlin 1925, S. 25.

diesen Tagen zu Befreiungsfeiern läuft, ohne zu fragen, wie und was überhaupt "frei" geworden ist [11]. (Beifall.)

Die Parteien der Rechten sehen als Ausweg aus unserer Not die Wirtschaft an und sagen, wir müßten billiger produzieren, um auf dem Weltmarkt konkurrieren zu können. Diese Leute vergessen, daß der Wirtschaftskampf letzten Endes auch ein Blutkampf ist, wie Englands Krieg gegen uns 1914 [12] gezeigt hat. Entscheidend sind auch hier die politischen Machtmittel. Aus wirtschaftlichen Gründen muß heute z. B. ausgerechnet die englische Arbeiterpartei den indischen Freiheitskampf niederschlagen [13], denn der Verlust des indischen Absatzmarktes würde die englische Arbeitslosenzahl von zwei Millionen [14] auf vielleicht fünf oder sieben Millionen steigen lassen [15]. Ebensowenig aber wie England 1914 eine friedliche Eroberung des Weltwirtschaftsmarktes durch Deutschland zuließ, wird es diese Eroberung dem heutigen waffenlosen Deutschland gestatten. Ohne politische Macht werden wir eine zweite Schweiz oder Holland werden, eine Nation von Oberkellnern und Trinkgeldempfängern, die vom Fremdenverkehr lebt und den Fremden zuliebe seine Ehre preisgeben und ihnen zuliebe alles beseitigen wird, was irgendwie nicht passen könnte [16]. Schon jetzt haben ja Millionen auf jeden Selbsterhaltungstrieb verzichtet und sich damit abgefunden, 58 Jahre lang Tribute zahlen zu müssen [17]. Und doch gibt es noch kein einziges geschichtliches Beispiel, daß sich ein Volk durch Unterwürfigkeit und Tribut die Freiheit erkauft hätte, es gibt nur ein gegenteiliges Beispiel: *Karthago* [18].

Wir haben heute die Tatsache, daß sich das deutsche Volk nicht mehr vermehrt, daß 800.[*000*] bis 900.000 Geburten ausfallen, daß 100.000 Menschen auswandern [19] und 20.000

---

11 Nachdem die alliierten Truppen bis zum 30.6.1930 das besetzte Rheinland geräumt hatten, fanden im Deutschen Reich - beginnend mit einer Gedenkfeier im Reichstag am 30.6.1930 - zahlreiche Gedenkfeiern statt, die ihren Höhepunkt in einem Massenfestspiel von etwa 7.000 Schülern und Schülerinnen fanden, das im Rahmen der Verfassungsfeier am 11.8.1930 in Berlin vor etwa 50.000 Besuchern inszeniert wurde. Vgl. Fritz Schellack, Nationalfeiertage in Deutschland von 1871 bis 1945, Frankfurt a. M. 1990, S. 247 ff.

12 Vgl. Dok. 61, Anm. 8 und Dok. 66, Anm. 4.

13 Vgl. Dok. 49, Anm. 13.

14 1930 waren in Großbritannien 2.014.100 Arbeitslose registriert; das entsprach einer allgemeinen Quote von 12,3% bzw. einer Quote der gegen Arbeitslosigkeit Versicherten von 16,1%. Vgl. Johannes Paulmann, Arbeitslosigkeit in Großbritannien 1931-1939. Sozial- und Wirtschaftspolitik zwischen Weltwirtschaftskrise und Weltkrieg, Bochum 1989, S. 14.

15 Vgl. Dok. 44, Anm. 17.

16 Vgl. mit Hitlers umfassenden Ausführungen über den Fremdenverkehr; Bd. III/2, Dok. 17 und Dok. 21.

17 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

18 Gemeint ist die schwere karthagische Niederlage im 2. Punischen Krieg (218-201 v. Chr.), die den Verlust aller karthagischen Kolonialbesitzungen zur Folge hatte, ferner die Abgabe der Kriegsflotte bis auf 10 Schiffe, die Auslieferung von Geiseln und die Leistung hoher wie langwieriger Tribute. Obwohl Karthago sich bemühte, diese Friedensbedingungen zu erfüllen, lösten Streitigkeiten mit dem numidischen König Massinissa, Roms Verbündetem in Nordafrika, den 3. Punischen Krieg (149-146 v. Chr.) aus, der mit der Vernichtung Karthagos endete. Vgl. Fritz Gschnitzer, Die Stellung Karthagos nach dem Frieden von 201 v. Chr. In: Wiener Studien 79 (1966), S. 276-289.
Auch in der historischen Forschung wurden nach 1918 die Punischen Kriege immer wieder mit dem Ersten Weltkrieg verglichen. Vgl. Karl Christ, Von Gibbon zu Rostovtzeff. Leben und Werk führender Althistoriker der Neuzeit, Darmstadt [3]1989, S. 319 f.

19 Vgl. Anm. 7.

jährlich Selbstmord begehen [20]. Wo bleiben denn heute die Sachverständigen des Young-Planes, die uns noch vor 6 Monaten so heftig befehdeten [21]? Ihr Weg der Selbstpreisgabe führt nicht zum Erfolg, sondern zur Vernichtung! (Beifall.)

Soweit konnte es nur kommen durch das Gift des Marxismus, das bis weit in das Bürgertum hineinreicht. Der Begriff Deutschland zerfällt im Bürgertum und Proletariat, weshalb unsere Außenpolitiker ihre Verständigungspolitik immer damit entschuldigen, daß sie kein Volk hinter sich hätten. Andrerseits aber sträuben sie sich mit allen Kräften dagegen, daß eine einheitliche Volksstimmung entsteht, auf die sie sich mit einer Politik des Widerstandes stützen könnten. Wo sich eine Macht im Volke bildet, wird sie bekämpft, und es heißt dann: Ihr stört unsere politischen Kreise. Daß wir aber den anderen Völkern mehr als ebenbürtig waren, das weiß die Frontgeneration (starker Beifall), nur unsere politische Leitung hat versagt. Daher muß unsere Erhebung eine vollständige Änderung der Grundsätze der früheren Politik mit sich bringen.

Hitler entwickelte darauf die drei Grundsätze, die bei Gründung der N.S.D.A.P. maßgebend waren: Kampf gegen die Internationalisierung, Kampf gegen die Demokratie und die Entwertung der Persönlichkeit und Kampf gegen den Pazifismus und die geistige Abrüstung [22]. Der Pazifist wird heute als mutig hingestellt, weil er den Mut hat, dem Mute zu entsagen. Entscheidend aber wird für Deutschland sein, ob es noch einmal anders denken lernt. Nötig ist die Rückkehr zum eigenen Volkstum. Nicht die Wirtschaft wird uns retten, denn sie zerreißt nur im Gegenteil den Volkskörper, sondern man muß dem Volke größere Ideale predigen als Wirtschaft, Stand und Klasse, und man muß eine Basis schaffen, auf der sich alle Deutschen, die guten Willens sind, vereinigen können. Nicht die alten Parteien werden Deutschlands Zukunft gestalten, sondern unsere junge Bewegung [23]. Die Verfolgung [*von*] innerhalb 10 Jahren [24] hat nur zwangsläufig immer nur gestärkt [*sic!*], inmitten eines zerfallenden Volkskörpers bildet die N.S.D.A.P. eine Organisation, die durch ihren heroischen Geist zum Kristallisationspunkt eines neuen politischen Lebens werden muß. Photographieren Sie 40 Mann der [*Deutschen*] Demokratischen Partei und photographieren Sie 40 Mann der S.S., so wird Ihnen der Unterschied zwischen unserer Bewegung und den Parteien eines 30jährigen Versagens klar werden.

Man fragt nun: Muß die Jugend bei uns dabei sein? Man sucht gerade die Jugend möglichst von der Politik fernzuhalten. Politik aber ist werdende Geschichte, und wer an ihr nicht Anteil

---

20 1929 wurden im Deutsch Reich 16.665 Fälle von Selbstmord registriert, 1930 17.880.. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 42 f; 1932, S. 42 f.
Seit 1920 war die Selbstmordquote im Deutschen Reich relativ kontinuierlich angestiegen und hatte während der Weltwirtschaftskrise einen bislang unbekannten Höchststand erreicht. 1931 wurden pro 100.000 Einwohner jährlich über 58 Selbstmorde registriert. Bemerkenswerterweise hat sich diese hohe Selbstmordquote bis Ende der dreißiger Jahre nicht abgeflacht; noch 1937 besaß sie exakt denselben Stand wie 1931. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III, S. 136.

21 Vgl. Dok. 6, Anm. 15 sowie Dok. 26, Anm. 2 und 3.

22 Vgl. jedoch das Parteiprogramm der NSDAP vom 24.2.1920, das diese Punkte nicht in solch dezidierter Form nennt. Druck: Maser, Sturm, S. 468 ff.

23 Hitler spielt damit nicht nur auf die verhältnismäßig kurze Geschichte der NSDAP an, sondern auch auf ihre soziale Zusammensetzung. Vgl. Dok. 44, Anm. 22; Dok. 53, Anm. 11 und Dok. 65, Anm. 16.

24 Vgl. Dok. 23, Anm. 3; Dok. 24, Anm. 2; Dok. 28, Anm. 29; Dok. 29, Anm. 13; Dok. 32, Anm. 24; Dok. 41, Anm. 21; Dok. 55, Anm. 1; Dok. 58.

nimmt, der schaltet sich selbst aus. Wissenschaftlich könnte die Jugend nur werden, was die griechischen Sklavenlehrer in Rom bedeuteten [25], sie soll aber zu Führern unseres Volkes zur Freiheit werden [26]. Ein Freiheitskampf, der nicht die Jugend der Hochschulen erfaßt, ist kein Freiheitskampf. Bisher war die akademische Jugend volksfremd und sie fand im Alter nicht mehr den Weg zum Volke, dessen Führung daher der Jude an sich reißen konnte. Wir aber wollen in unserem Volkskörper wieder Kopf und Faust vereinen. Unsere Erfolge an den Hochschulen [27] geben uns die Gewißheit, daß wir unser Ziel erreichen werden. Nichts gibt mir mehr Glauben an die Richtigkeit unserer Idee, als die Siege des Nationalsozialismus auf der Hochschule! *Wir sehen immer wieder vor uns das einstige Deutschland der Ehre, nicht weil es uns damals gut ging, sondern weil wir geachtet waren, und wir wollen, daß man statt des Deutschlands der Unterwerfung und der Demut wieder das Deutschland der Schlachten des Weltkrieges und des Stahlhelms achte!*

25 Zum Einfluß griechischer Lehrer auf die römische Gesellschaft vgl. Johannes Christes, Sklaven und Freigelassene als Grammatiker und Philologen im antiken Rom, Wiesbaden 1979.

26 Hierzu ergänzend der Lagebericht: "Die Studenten forderte er [*Hitler*] auf, sich reiches Wissen anzueignen, damit sie im neuen kommenden Reich führende Stellungen einnehmen könnten."

27 Der im Februar 1926 gegründete NSDStB hatte an den deutschen Hochschulen rasch Fuß gefaßt. Da sich übergreifende Zahlen kaum ermitteln lassen, sei auf einige Ergebnisse des NSDStB bei den hochschulinternen AStA-Wahlen verwiesen:

Universität Berlin	SS 29:	20 Sitze	(20,0%)
TH Braunschweig	WS 30/31:	9 Sitze	(45,0%)
Universität Freiburg/Br.	SS 30:	7 Sitze	(25,0%)
TH Berlin	WS 29/30:	9 Sitze	(30,0%)
Universität Bonn	WS 29/30:	5 Sitze	(8,2%)
Universität Jena	WS 29/30:	3 Sitze	(23,3%)
Universität München	WS 29/30:	5 Sitze	(16,6%)

Mit Ausnahme der Universitäten Freiburg und Bonn kandidierte der NSDStB bei den o. g. Wahlen in Listenverbindungen. Vgl. Anselm Faust, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, 2 Bde., Düsseldorf 1973. (Zahlen: Bd. 2, S. 140 ff.) Michael H. Kater, Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918-1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik, Hamburg 1975.

4. Juli 1930 Dok. 70
Erklärung

VB vom 6./7.7.1930, "Erklärung".

Nachdem Pg. Gregor Straßer Montag, den 30. Juni [*1930*], seine Herausgeberschaft der Blätter [1] des Kampf-Verlages [2] niedergelegt hat [3], sind sämtliche Beziehungen der Partei zu diesem Verlag gelöst [4].

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat auf die Blätter des Kampf-Verlages nicht nur keinen Einfluß mehr, sondern wird seit Dienstag, den 1. Juli [*1930*], von ihnen direkt und indirekt bekämpft. Und damit sind von jetzt ab die Blätter des Kampf-Verlages als gegneri-

---

1 Berliner Arbeiter-Zeitung, Die Faust, Märkischer Beobachter, Der Nationale Sozialist, Nationalsozialistische Briefe, Nationalsozialistische Reichstagskorrespondenz, Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung, Sächsischer Beobachter. Vgl. Stein, Die NS-Gaupresse 1925-1933, S. 189 ff.

2 Die am 1.3.1926 gegründete Kampf-Verlag G.m.b.H., Berlin, deren Gründungskapital von Hans und Anny Hinkel, Otto Straßer und seiner Schwägerin Elsa Straßer stammte, war das publizistische Sprachrohr des linken Flügels der NSDAP. Der Darstellung Otto Straßers zufolge hatte Hitler in seiner Unterredung am 21./22.5.1930 vorgeschlagen, ihm den Kampf-Verlag für 120.000 RM abzukaufen. Der Rückgang der Straßer-Presse seit Sommer 1930 führte zur Schließung des Kampf-Verlags am 1.10.1930 und zur Gründung eines neuen Verlagshauses mit dem Namen "Der Nationale Sozialist". Vgl. Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 31 f., 48 f.; Stein, NS-Gaupresse, S. 62 ff.

3 Gregor Straßer hatte sich mit zwei im VB publizierten Erklärungen vom Kampf-Verlag distanziert, wobei diese unterschiedlich ausfielen. Die Erklärung vom 3.7.1930 ("Gregor Straßer tritt aus dem Kampfverlag aus") lautet:
"Die außerordentliche Zunahme der Partei bedingt für mich eine im gleichen Maße steigende Vermehrung meiner Arbeit als Reichs-Organisationsleiter und stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Reichstag, so daß mir für verantwortlich zeichnende journalistische Arbeit ohne Vernachlässigung der wichtigsten organisatorischen Funktionen nicht mehr genügend Zeit bleibt.
Dazu kommt, daß die notwendige organisatorische Arbeit nicht gefährdet oder gar unterbrochen werden darf durch Prozesse usw., mit denen das feindliche System in steigendem Maße gegen mich vorgegangen ist und noch vorgeht.
Aus diesen Gründen lege ich nach jahrelanger im Dienste der Bewegung getätigter Aufbauarbeit die verantwortliche Herausgeberschaft der Kampf-Verlag-Zeitungen nieder. Ich danke bei dieser Gelegenheit allen Mitarbeitern und Freunden des Kampfverlages.
Gregor Straßer"
Die Erklärung vom 5.7.1930 ("Gregor Straßer stellt sich zu Hitler") lautet:
"Ich stehe dem Vorgehen des Kreises um den Kampf-Verlag unter Führung meines Bruders Dr. Otto Straßer gegen die Nationalsoz. Deutsche Arbeiterpartei in schärfster Verurteilung und Opposition gegenüber. Aus diesem Grunde habe ich bereits am 30. Juni die Herausgeberschaft und verantwortliche Schriftleitung der Kampf-Verlag-Zeitungen niedergelegt. Ich stehe nach wie vor in vollster Loyalität hinter Herrn Adolf Hitler und der von ihm geführten Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Die Meldung des 'Nationalen Sozialisten' vom 3. Juli, wonach sich an meinem geschäftlichen Verhältnis zum Kampf-Verlag nichts geändert habe, ist bewußt unrichtig."

4 Der Konflikt zwischen der Leitung der NSDAP und der Gruppe um Otto Straßer hatte sich immer mehr zugespitzt, so daß dieser am 4.7.1930 den offiziellen Bruch zur NSDAP vollzog und in seiner Zeitung "Der Nationale Sozialist" einen, von ihm und 25 Anhängern unterschriebenen, Aufruf unter der Überschrift "Die Sozialisten verlassen die NSDAP" veröffentlichte. Vgl. Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 35 ff. sowie Dok. 37, Anm. 15; Dok. 38, Anm. 4; Dok. 42 und Dok. 49, Anm. 12, 15 und 16. Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 571.

sche Organe zu betrachten und demgemäß zu behandeln. Die Gauleitung[*en*] von Berlin, Sachsen und Brandenburg haben von sich aus bereits die notwendigen Maßnahmen getroffen [5].

München, 4. Juli 1930

gez.: *Adolf Hitler*

5. Juli 1930 Dok. 71
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 5.7.1930.

Als die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ihren politischen Kampf um die Macht begann [1], trat sie vollzogenen Tatsachen gegenüber. In fünfzigjährigem Ringen waren die Parteien des Bürgertums unterlegen. Der Marxismus eroberte von Jahrzehnt zu Jahrzehnt eine Machtposition um die andere und ergriff nun in der schwersten Stunde des Reiches mit Hilfe einer landesverräterischen Revolution die öffentliche Gewalt [2]. Dank der bürgerlichen Unfähigkeit war der Erfolg der Sozialdemokratie ein dauernd fortschreitender [3] und damit aber auch ein die Massen immer mehr an sich fesselnder. Denn in diesen langen Jahrzehnten hat die Entwicklung der Sozialdemokratie kaum eine Schwankung gehabt. Was den bürgerlichen Parteien meistens als Sieg vorkam, war nur die mit Ach und Krach erfolgte Rettung von ein paar Parlamentsmandaten. Ziffernmäßig konnten sie dem marxistischen Wachstum überhaupt keinerlei Abbruch zufügen. Im Jahre 1919 war der Sieg der marxistischen Bewegung ein unbedingter. Nicht nur die Staatsgewalt war in die Hände der Empörer geraten, sondern die breitesten Volksmassen waren zu blindgläubigen gehorsamen Anhängern der marxistischen Ideenwelt geworden. Das Bürgertum selbst hat einen Angriff gegen die marxistische Position gar nicht mehr gewagt. Ja, am Ende gab man sogar die eigene Verteidigung auf und begann zu paktieren [4].

Es muß nun eines hier den politischen Wahrheitsverdrehern unserer bürgerlichen Parteien gegenüber festgestellt werden:

Zu keiner Zeit haben die bürgerlichen Parteien dem Marxismus Abbruch getan [5]. Wenn irgendwo und irgendwann Sozialdemokraten oder Kommunisten zurückgedrängt worden sind,

5 Gemeint ist vermutlich die Sperrung finanzieller Zuschüsse und die Einstellung parteiamtlicher Nachrichten.

1 Vgl. Dok. 20, Anm. 32.
2 Anspielung auf die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.
3 Vgl. Dok. 32, Anm. 21.
4 Vgl. Dok. 3, Anm. 5 sowie Dok. 23, Anm. 2.
5 In der politischen Rechtsprechung der Weimarer Republik wurde die KPD und ihre angeschlossenen Gliederungen bereits seit 1924 als hochverräterische Organisationen behandelt; dementsprechend wurde der Rotfrontkämpferbund im Mai 1929 im gesamten Deutschen Reich verboten. Dagegen wurde für die NSDAP bzw. die SA eine derartige Entscheidung nie getroffen. In der ersten Hälfte der Weimarer Republik erwies sich die Entscheidungspraxis der Gerichte zudem häufig als einseitig zu Ungunsten der politischen Linken, da-

dann war es nie das Ergebnis der bürgerlichen Partei-Arbeit, sondern das Ergebnis der Arbeit antibürgerlicher Organisationen. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei kann für sich in Anspruch nehmen, in zahlreichen Orten die marxistische Herrschaft gebrochen zu haben. Wenn z. B. heute in einer der größten sächsischen Industriestädte, in Plauen, die Sozialdemokratie auf zehntausend, die Kommunisten auf achttausend gesunken sind, die Nationalsozialisten demgegenüber aber nahezu zwanzigtausend Stimmen eroberten [6], dann ist das ein Erfolg, der nur von bürgerlichen Journalisten bestritten werden kann. Es ist das vor allem ein Erfolg, wenn man bedenkt, daß die Bewegung vor 10 Jahren noch gar nicht existierte. Wenn aber nun z. B. in Plauen, also in der Stadt, in der ersichtlich die gesamten Marxisten allein durch die Nationalsozialisten übertroffen werden, trotzdem keine klare, rücksichtslos entschlossene, antimarxistische Politik getrieben wird, dann liegt die Schuld bei jenen bürgerlichen Parteien, die ohnmächtig genug sind, eine eigene Politik zu machen, aber sich dafür immer wieder verpflichtet fühlen, eine antimarxistische Politik zu lähmen und die Marxisten zu beschützen. Wenn z. B. bei ihren Wahlbetrachtungen die bürgerlichen Artikelschreiber der nationalsozialistischen Partei vorwerfen, sie habe den Marxismus nicht geschwächt [7], so ist das nicht nur eine objektive Lüge, sondern auch eine subjektive Frechheit. Denn in Sachsen bräuchte ja gar nicht marxistisch regiert zu werden [8], wenn es nicht bürgerliche Parteien gäbe, die immer und immer wieder schwanken und sich nie zu einer klaren und entschiedenen Politik des Kampfes gegen die rote, bolschewistische Gefahr entschließen können. Und diese Parteien, die bei jeder Gelegenheit und aus jedem Anlaß den Marxismus schützen und decken, werden allerdings zertrümmert [*werden*]! Weil die Nationalsozialisten den Marxismus vernichten wollen, müssen die Parteien die Zeche bezahlen, die seinen Schutz übernehmen. Es ist doch bemerkenswert: Der letzte Wahlkampf in Sachsen wurde von uns überall geführt mit der Parole "Tod dem Marxismus", während das Bürgertum überhaupt nur einen einzigen Feind sah: die nationalsozialistische Bewegung! Und das Ergebnis? Wir haben dem Marxismus auch in dieser Wahl nahe an die 80.000 Stimmen weggenommen [9], in Wirklichkeit sogar noch viel mehr, während das Bürgertum schwere Verluste erlitt [10]. Die Parole gegen den Nationalsozialismus hat das sächsische Volk in richtiger Weise ausgelegt. Es hat erkannt, was man verschwieg, daß nämlich in Deutschland nur diejenigen gegen den Nationalsozialismus sind, die innerlich irgendwie mit dem Marxismus Frieden geschlossen haben. Anti-Nationalsozialismus heißt Pro-Marxismus. Und darauf, auf die pro-marxistische, im Stillen auf einen neuen Koalitionspakt [11] hoffende Gesinnung hat das sächsische Volk seine Antwort erteilt!

---

nach ging man, zumindest teilweise, auch härter gegen die politische Rechte vor. Vgl. Gusy, Weimar, S. 126 f., 178, 357 ff. ferner Dok. 41, Anm. 21.

6 Bei der sächsischen Landtagswahl vom 22.6.1930 waren in Plauen (Kreis Zwickau) bei einer Gesamtzahl von 55.686 abgegebener gültiger Stimmen 10.705 Stimmen (19,2%) auf die SPD, 9.411 Stimmen (16,9%) auf die KPD und 19.820 Stimmen (35,6%) auf die NSDAP entfallen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Sachsen 1930. Hrsg. vom Sächsischen Statistischen Landesamt, Dresden 1931, S. 328 f.

7 Vgl. Dok. 65, Anm. 10 und 14.

8 Vgl. Dok. 44, Anm. 5 und Dok. 65, Anm. 22.

9 Vgl. Dok. 65, Anm. 14.

10 Vgl. Dok. 65, Anm. 11.

11 Vgl. Dok. 65, Anm. 21 und 22.

Wir Nationalsozialisten können mit dem wunderbaren Erfolg zufrieden sein. Wir werden weiterarbeiten wie bisher, und unsere bürgerlichen Parteipolitiker sollen nur überzeugt sein, daß wir zu keiner Sekunde den erneuten Appell an die Wählermassen scheuen. Was sich die bürgerliche Unfähigkeit in 60 Jahren am deutschen Volk versündigt hat, können wir natürlich auch nicht in einem Jahre wieder gutmachen. Denn endlich besteht die marxistische Anhängerschaft nicht aus fluktuierenden Stimmzetteln, sondern jahrzehntelang dressierten Anhängern und Kämpfern [12]. Dank der bürgerlichen Unfähigkeit ist diese riesenhafte Organisation entstanden, und es gehört schon eine fabelhaft unbekümmerte Naivität dazu, heute zu verlangen, daß die "gänzlich untaugliche" und "nichtswürdige" nationalsozialistische Bewegung von einer Wahl zur anderen - d. h. also in 12 Monaten - beseitigt, was die Herren in 60 Jahren angerührt haben. Wir haben dem Marxismus in zwei Jahren in Deutschland sicherlich eine Million Stimmen weggenommen. Das würde in 20 Jahren 10 Millionen bedeuten; denn die bürgerlichen Parteipolitiker können versichert sein: Wir gedenken auch in der Zukunft nicht zu schlafen. Aber der Kampf gegen den Marxismus wird viel schneller seine Entscheidung finden. In demselben Augenblick nämlich, in dem die scheinbar antimarxistischen Zuhälter-Parteien des Marxismus [*sic!*] zerrieben und zerschmettert sind, wird die Generalabrechnung mit dem Todfeind der deutschen Nation sich wesentlich kürzer und rascher vollziehen. Solange sich bürgerliche Parteien aber mit dieser Pest abfinden und am Ende mit ihr gemeinsame Sache machen, ist der Kampf erschwert, schon deshalb, weil in den Augen der breiten Masse die Größe der Nichtswürdigkeit des Marxismus damit verkleinert, ja verwischt wird. Deutschland wurde in den Weltkrieg hineingerissen, weil man in Petersburg sowohl als in Rom, in Belgrad sowie in Bukarest die Überzeugung erhalten hatte, daß der Weg nach Wien über Berlin führt [13]. Wenn das deutsche Bürgertum sich bemüht, uns zu beweisen, daß der Tod des Marxismus nur über die Leiche des Bürgertums zu erreichen ist, dann sollen sie sich gefälligst nicht beklagen, wenn ihnen bei jeder Wahl soundso viele Federn ausgerupft werden. Sie erhalten, was sie wollen und verdienen!

---

12 Die Reichstagswahl vom 14.9.1930 zeigte, daß das Wählerpotential von KPD und SPD *insgesamt* relativ stabil geblieben war. Zur differenzierten Analyse des Stimmverhaltens vgl. Winkler, Der Weg in die Katastrophe, S. 189 ff.

13 Zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs vgl. z. B. Schöllgen (Hrsg.), Flucht in den Krieg?.

6. Juli 1930 Dok. 72
Rede auf NSDAP-Versammlung in Günzburg [1]

Schwäbisches Volksblatt vom 7.7.1930, "Der Hitlertag in Günzburg" [2].

Der Redner [*Hitler*] erwähnte eingangs, daß seine Partei keine Standespartei sei [3], sondern eine allgemeine Bewegung des deutschen Volkes. Nicht einzelne Klassen sollen gerettet werden, sondern ganz Deutschland. In Thüringen habe seine Partei bereits in der Regierung Fuß gefaßt [4] und auch bereits Erfolge erzielt [5]. Es wurden dort nicht nur Versprechungen gemacht, sondern der Abbau wurde schon ganz intensiv durchgeführt. Man habe aber nicht, wie in Bayern, von hinten angefangen [6], sondern man habe die höheren Beamten abgebaut [7]. Über 250 Ministerialbeamte mußten hier verschwinden. Ebenso wurden viele der höheren Gehälter gekürzt [8]. [*Der*] Redner streifte dann die enorme Arbeitslosigkeit in Deutschland, welche große Summen verschlingt, denn nicht nur die 3,7 Millionen Arbeitslosen [9] sind zu unter-

---

1 In der Turnhalle, ab 15.15 Uhr. Hitler sprach über zwei Stunden. Die Versammlung, an der laut Vorlage über 1.400 (Schwäbischer Beobachter: 1.600) Personen teilnahmen, wurde vom Ortsgruppen- und Bezirksleiter der NSDAP Hans Weber geleitet. Hitlers Rede war Teil eines "Deutschen Tags", den offenbar der Reichsschatzmeister der NSDAP Schwarz in seiner Heimatstadt organisiert hatte. Vor seiner Rede nahm Hitler einen Vorbeimarsch von SA, SS und HJ am Schlageter-Denkmal ab, an dem sich laut Polizeibericht 800 nicht uniformierte Personen beteiligten. Der Reichsführer der SS Himmler und MdR Dreher sprachen auf zwei Parallelveranstaltungen im Schießhaus und im Traubenkeller.

2 Vgl. auch Günzburger Tagblatt vom 7.7.1930, "Adolf Hitler in Günzburg"; VB vom 16.7.1930, "Adolf Hitler trommelt in Günzburg"; Schwäbischer Beobachter vom 18.7.1930, "Adolf Hitler trommelt in Günzburg"; Illustrierter Beobachter vom 19.7.1930, "Weißhemden machen Bayern sturmreif. SA-Aufmarsch in Günzburg". Lagebericht Nr. 1089 des Regierungspräsidenten von Schwaben und Neuburg vom 19.7.1930; BayHStA, MA 102149. Lagebericht Nr. 93 der Polizeidirektion München vom 1.9.1930; BayHStA, MA 101235/3. Ferner Zdenek Zofka, Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Machtergreifung der NSDAP 1928-1936, München 1979, S. 78.

3 Vgl. Dok. 53, Anm. 11 und Dok. 54, Anm. 3.

4 Vgl. Dok. 7, Anm. 5.

5 Vgl. Dok. 11, Anm. 17.

6 Eine durchgreifende Reform der bayerischen Verwaltung scheiterte während der Weimarer Republik an den begrenzten finanziellen Möglichkeiten des bayerischen Staates und seiner Gemeinden. Dennoch gelang es der bayerischen Regierung bis 1933, die Verwaltung nicht nur im nachgeordneten Bereich durch die Auflösung von nahezu 100 Behörden zu straffen, sondern auch im Bereich der Ministerien - etwa durch die seit 1928 einsetzende Zusammenlegung einzelner Ressorts. Vgl. Handbuch der bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte 1799-1980. Hrsg. von Wilhelm Volkert, München 1983, passim.

7 § 3 des thüringischen Ermächtigungsgesetzes vom 29.3.1930 gestattete der thüringischen Landesregierung, Beamtenstellen abzubauen und die Landesverwaltung zu straffen. Am 5.6.1930 wurde die thüringische Verwaltung durch den Erlaß der neuen Gemeinde- und Kreisordnung sowie der Landesverwaltungsordnung wesentlich vereinfacht. Für Frick waren dabei jedoch nicht nur finanzielle und organisatorische, sondern ebenso politische Gesichtspunkte maßgebend. Vgl. Neliba, Frick, S. 61; Witzmann, Thüringen, S. 163 ff. sowie Patze/Schlesinger, Geschichte Thüringens, Bd. V/2, S. 508 f.

8 Ausschlaggebend für die Konsolidierung des thüringischen Haushalts blieb jedoch die Einführung einer Einwohnersteuer sowie einmaliger Zuschläge zur Grund-, Gewerbe- und Aufwertungssteuer. Vgl. Patze/Schlesinger, Geschichte Thüringens, Bd. V/2, S. 509.

9 Im Juli 1930 waren im Deutschen Reich 2.765.258 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern gemeldet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 301.

stützen [10], sondern auch deren Familien, was eine Gesamtzahl von über 12 Millionen Menschen ausmacht [11]. Wir Deutsche können uns unter der heutigen Regierung tot "steuern" [12]. Die ganze Substanz wird von den Steuern aufgefressen. Was unsere Vorfahren an Hab und Gut angehäuft haben, wird nun verschlungen. Dies alles haben wir unserer Regierung seit 12 Jahren zu verdanken. Hier muß rücksichtslos vorgegangen werden. Die Regierung muß abgeschoben werden, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, welche Männer darinnen sitzen. Die heutigen Repräsentanten seien nur schwächliche Männer. Wir haben nicht zu kämpfen für das Heute, auch nicht für das Morgen, sondern für die Zukunft des Volkes. Wenn in Deutschland der Bolschewismus einkehren sollte, wäre das deutsche Volk auf Jahrhunderte verloren. Der Kampf seiner Partei gehe nur dahin, das deutsche Volk wieder zu retten. Gegen den Vorwurf, daß die Nationalsozialisten religionsfeindlich seien [13], wendet sich Redner ganz entschieden. Er bedauere nur, daß es Parteien gebe, die sich mit der Religion decken [14]. Vor 10 Jahren habe er die Partei mit 7 Mann gegründet [15], heute habe diese 300.000 Mitglieder [16]. Die Bewegung werde ständig zunehmen, denn es sei eine Bewegung, die sich aus dem deutschen Volk und nicht aus einzelnen Ständen zusammensetze. Die Jugendbewegung [*sic!*] sei auf dem richtigen Wege, denn diese sei jung an Jahren und jung an Geist. In diesen Leuten komme wieder einmal der deutsche Glaube vor. Es sei unser deutsches Volk [17].

---

10 Vgl. Dok. 63, Anm. 12.

11 Von den Hauptunterstützungsempfängern der Arbeitslosenversicherung waren am 15.3.1929 waren 43,7% (902.761) ledig, 53,1% (1.094.676) verheiratet, 2,0% (41.801) verwitwet, 0,7% (15.258) geschieden, 0,5% (9.856) getrennt lebend. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 328.

12 Vgl. Dok. 36, Anm. 10 und 12, ferner Dok. 59, Anm. 3.

13 Zum Verhältnis von NSDAP und Christentum vor 1933 vgl. Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1.

14 Gemeint sind Zentrum und BVP.

15 Vgl. Dok. 21, Anm. 4 und Dok. 41, Anm. 12.

16 Nach parteiinterner Statistik wurde die NSDAP-Mitgliedsnummer 300.000 erst im September 1930 vergeben. Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 352. Vgl. ferner Dok. 11, Anm. 22 und Dok. 41, Anm. 13.

17 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf. Hitler sprach nicht mehr auf den Parallelveranstaltungen, da er - so die Vorlage - "durch die erste Versammlung schon zu sehr abgespannt war".

7. Juli 1930 Dok. 73
Rede auf SS-Appell in München [1]

Masch. Aktenvermerk der Polizeidirektion München (PND Nr. 704) vom 9.7.1930; StA München, Polizeidirektion München 6828.

Zum Schlusse hielt Hitler eine kurze Ansprache an die Leute, in der er betonte, daß sie sich durch die gegenwärtigen Unterdrückungen [2] nicht irre machen lassen sollten; denn der Tag der inneren Befreiung [*sic!*] sei nicht mehr ferne und dann könne man den Herren das heimzahlen, was sie der Bewegung seither angetan hätten.

12. Juli 1930 Dok. 74
Rede auf Gautag der Thüringer NSDAP in Gera [1]

Der Nationalsozialist Fünfte-Juli-Folge [*16.7.*] 1930, "Adolf Hitler auf dem Geraer Gaukongreß" [2]

Es gibt gar keine Idee, die nicht irgendwie im Volke vorausgeahnt wird. Alle großen geistigen Umwälzungen befinden sich oft Jahrhunderte lang vorher im Denken und Wünschen eines

1 Im Gasthaus zum Goldenen Hirschen, nach 21.00 Uhr. Der Aktenvermerk schildert den Ablauf des Appells folgendermaßen: "Am darauffolgenden Montag, den 7. Juli 1930 fand im gleichen Lokal ein Standartenappell der SS statt. Da auch Hitler sein Erscheinen zugesagt hatte, war der Besuch mit 130 SS-Leuten ein guter. Jeder SS-Mann hatte seinen Schutzhelm mitzubringen, der dann im Lokal aufgesetzt wurde. Es ist noch nicht bestimmt, ob die Form dieses Kopfschutzes beibehalten wird. Unter dem Kommando des Brigade-Führers Dietrich mußte gegen 21 Uhr die ganze Standarte antreten und mehrmals Ehrenbezeugungen: 'Stillgestanden', 'die Augen links' usw. üben. Gegen 21 Uhr erschien sodann Hitler, der die angetretene Standarte mit 'Heil Schutzstaffel' begrüßte. Hitler nahm hierauf in Begleitung Dietrichs eine Besichtigung der Schutzstaffel durch Abschreiten der Front vor. Hernach unterhielt er sich längere Zeit mit den Führern wegen des Schutzhelms. Soviel verlautete, soll der Helm nicht dem Sinne Hitlers entsprechen und auch nicht nach der Zeichnung ausgefallen sein. Es wurde deshalb angeordnet, daß der Helm vorerst nur auf besondere Anweisung getragen werden darf."

2 Vgl. Dok. 55, Anm. 1.

1 Im Heinrichsbau, nachmittags. Laut Programm wurde Hitlers Teilnahme erst bei den für 20.00 Uhr angesetzten vier großen Massenkundgebungen erwartet. Doch erschien Hitler - offenbar überraschend - schon während der ab 16.00 Uhr beginnenden Eröffnung des Gautags, auf der zunächst MdL und Gauleiter Fritz Sauckel, MdR und Minister Frick sowie MdL und Gauleiter Wilhelm Friedrich Loeper sprachen. Nach seiner Rede sprach Hitler zusammen mit Sauckel und Frick kurz auf vier weiteren Versammlungen in der Bürgererholung, im Harnisch-Garten, im Palmengarten und im Wintergarten, auf denen als Hauptredner u. a. MdL und Gauleiter Robert Ley, Loeper, MdL und Gauleiter Hans Schemm, MdR Franz Stöhr, MdR und Reichsorganisationsleiter der NSDAP Gregor Straßer auftraten. Laut Ostthüringer Tribüne waren die drei ersten Versammlungen "stark besucht", die Veranstaltungen im Palmen- und Wintergarten jedoch "äußerst schwach"; laut VB vom 16.7.1930 waren die Versammlungen "sämtlich überfüllt".
Druck eines Programms: VB vom 10.7.1930, "Adolf Hitler in Gera". Zum weiteren Ablauf des Gautags vgl. ebenda sowie die in Anm. 2 genannten Quellen. Ferner Overesch, Einbürgerung Hitlers 1930, S. 543 ff.

2 Vgl. auch Leipziger Neueste Nachrichten vom 13.7.1930, "Hitler und Frick sprechen in Gera"; Geraer Nachrichten vom 14.7.1930, "6. Gautag der Nationalsozialisten"; Geraer Zeitung vom 14.7.1930, "Der Thüringer

Volkes. Immer wieder flammt es bald da, bald dort auf, bis endlich ein Wunsch eines Volkes Wirklichkeit wird. Was ist das Wesen unserer nationalsozialistischen Revolution? Sie ist nicht Zersetzung und Zerstörung; sie ist für uns ein Weiterbauen, das Fortsetzen der Arbeit an den Stellen, an denen mit dem Guten gebrochen wurde. Ein Aufbauen und Anknüpfen an die Tradition des Guten und Gesunden. Das ist organisch. Man sagt daher mit Recht, daß wir Nationalsozialisten *konservative Revolutionäre* sind [3]. Wir wollen nicht Beseitigung von allem, was geworden ist, wir wollen, daß das deutsche Volk auf der Basis weiterbaut, wo es das Gute verlassen hat. Wir Nationalsozialisten bauen auf, wir zerstören nicht das Gute. Wir beseitigen nicht die Grundlagen unserer Tradition, im Gegenteil, wir bauen auf ihr auf. Wir beseitigen aber, was nicht in die Tradition hineingehört: die Fremdkörper, und die wollen und werden wir auch beseitigen. (Starker Beifall.)

Diesen Wunsch haben Millionen vor uns gefühlt und haben durch ihr Wissen Baustein auf Baustein für unser Wissen geliefert. Was wir heute vertreten, ist aus unserem Volk gewachsen, wir wollen die Verwirklicher sein. Jede Idee, die verwirklicht werden will, braucht ein Machtinstrument, eine Organisation. Die Aufgabe unserer Bewegung ist es, einer bestimmten Idee die Verwirklichung zu ermöglichen, indem wir ihr ein Instrument zur Verfügung stellen. Solange die Idee kein Machtinstrument hat, kann sie sich nicht durchsetzen; solange behält sie nur theoretischen Wert als abstrakter Begriff.

Daß die marxistische Idee falsch ist, ergibt sich aus der Wirklichkeit. Aber die Idee des nationalen Widerstandes hatte sich kein machtpolitisches Instrument geschaffen. Der Marxist konnte sagen: Wir kämpfen mit Bataillonen; die nationalen Kreise: Wir kämpfen mit Gedanken. Der Dümmste kann mit der rohen Kraft dem Weisesten den Schädel einschlagen. Es war die Aufgabe unserer Bewegung, ein Machtinstrument zu schaffen. Wenn das aber wirksam sein soll, so muß es diszipliniert sein. Das haben wir versucht, und der Versuch ist uns gelungen. Es gibt nichts, was neu ist als Idee, nur der Mut und die Kraft, diese Idee zu vertreten, ändern sich. Wir haben Ideen, die man Jahrhunderte lang vernachlässigt hat, dem Volke wieder zum Bewußtsein gebracht und haben die Machtmittel geschaffen, diese Ideen zu vertreten.

Hier in dieser Bewegung herrscht ein Gesetz, und diesem Gesetz muß sich jeder fügen. Was dem deutschen Volke not tut, ist nicht das Predigen der Freiheit, das tun unsere Feinde; wir müssen eine Nation von politischen Soldaten heranziehen. Das ist unsere Aufgabe, Generäle hat Deutschland meistens genug gehabt, auch Genies, meistens mehr als uns zuträglich war, nur haben wir kein diszipliniertes Volk gehabt. Und da bitte ich Sie, sehen Sie in mir den

Gautag der Nationalsozialisten"; Ostthüringer Tribüne vom 14.7.1930, "Gautagung oder Reichstreffen der Nazis"; VB vom 15.7.1930, "Hitler und Frick auf dem Thüringer Gautag"; VB vom 16.7.1930, "Ein Tag der Thüringer Nationalsozialisten"; Illustrierter Beobachter vom 26.7.1930, "Thüringer Gau-Parteitag in Gera am 12. und 13. Juli". Ferner Karl Heinz Albrecht, Zehn Jahre Kampf um Gera. Eine Geschichte der NSDAP im Thüringer Osten, Gera o. J., S. 48 ff.

3 Die Verwendung dieses Begriffs durch Hitler ist ungewöhnlich. Obwohl sich der Nationalsozialismus durchaus als Teil der Konservativen Revolution begreifen läßt, wird der Begriff der "Konservativen Revolution" im *engeren* Sinn eher zur Kennzeichnung politischer Ideologien verwendet, die sich auf dem rechten Spektrum parallel, zum Teil in Gegnerschaft zum Nationalsozialismus entwickelten. Davon unabhängig können auch diese Ideologien als Wegbereiter des Dritten Reiches verstanden werden. Zu den verschiedenen Richtungen und Spielarten der sog. Konservativen Revolution vgl. Armin Mohler, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Ein Handbuch, Darmstadt [3]1989 mit Ergänzungsband.

Bewahrer dieser Disziplin unserer Bewegung. Sofern es sich um taktische Fragen handelt, kann man nachgeben, sobald es sich um Prinzipien handelt, muß man hart sein. Wir verfechten ein Ziel, ein Programm [4]. Auch das "getrennt marschieren" [5] wird in dieser Partei befohlen und angeordnet. Glauben Sie nicht, daß es je zum gemeinsamen Schlagen kommt, wenn nicht von oben das Marschieren einheitlich befohlen wird. Unsere Bewegung unterscheidet sich unendlich von dem, was sonst an Parteien da ist, daher versuchen die anderen, uns zu vernichten [6]. Ich habe nach meiner Festungshaft [7] mit allen Mitteln versucht, daß diese Bewegung wieder ein geschlossenes Ganzes würde [8]. Ich glaube, daß mir das gelungen ist. *Wer glaubt, daß die Nationalsozialistische Partei auch nur einen Riß bekommt, der wird sich gründlich täuschen* [9]. (Stürmischer Beifall.) Solange ich lebe, wird jeder hinausgesetzt, ehe er zerstören kann, was wir mühsam aufgebaut haben. Und sollte mich das Schicksal abberufen, so habe ich dafür gesorgt, daß eine Organisation da ist, die es auch nach meinem Tode unmöglich macht, diese Bewegung zu zerbrechen. (Unendlicher Beifall und Jubel.) Es ist heute undenkbar, daß die nationalsozialistische Bewegung zerfällt. Alle Versuche von außen sind nur Mittel, um die Bewegung innerlich fester zusammenzufügen. In diesen Tagen haben sie einem Teil unserer Bewegung die Hemden ausgezogen [10], da fühlen wir erst, wie wir zusammengehören; die haben eine Vorstellung von dem inneren Wesen unserer Bewegung! Seien Sie felsenfest überzeugt, so wie die Bewegung aus dem nichts gebaut ist [11] und so wie sie zu dieser Macht gewachsen ist, so wird sie weiter wachsen; die andern mögen tun, was sie wollen. (Lang anhaltender Beifall.) Wenn es in Deutschland noch einen Glauben gibt, dann hat er sich in unseren Reihen vereinigt. Wir sind verpflichtet für den Glauben, wir sind verantwortlich, daß dieses Werk nicht vernichtet wird. Diese Verantwortung macht uns hart. Ich glaube, gerade in diesen Tagen ist wieder ein Schurkenstreich versucht worden, indem die Polizei Waffen in unsere Bewegung schmuggeln wollte [12]. Man wird alles tun, um uns zu zerstören, aber sie werden am Ende Schiffbruch erleiden.

Je gemeiner der Kampf, um so herrlicher der endliche Erfolg. (Frenetischer Jubel und endloses Händeklatschen.)

---

4 Vgl. Dok. 69, Anm. 22.

5 Als Grundsatz operativen Handelns wird der Satz "Getrennt marschieren, vereint schlagen" dem preußischen Generalstabschef, Generalfeldmarschall Helmuth Graf von Moltke, zugeschrieben. Obwohl diese Maxime als Richtlinie seiner militärischen Führung gelten kann - so in der Entscheidungsschlacht von Königgrätz am 3.7.1866 -, erkennt Treitschke in dem preußischen Heeresreformer, General Gerhard von Scharnhorst, den eigentlichen Urheber dieser Sentenz. Vgl. Heinrich von Treitschke, Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert. Erster Teil, S. 149.

6 Vgl. Dok. 23, Anm. 3; Dok. 24, Anm. 2; Dok. 28, Anm. 29; Dok. 29, Anm. 13; Dok. 32, Anm. 24; Dok. 41, Anm. 21; Dok. 55, Anm. 1; Dok. 58.

7 Vgl. Dok. 11, Anm. 23.

8 Vgl. Bd. I, Dok. 1 ff.

9 Anspielung auf den Ausschluß der Gruppe um Otto Straßer aus der NSDAP. Vgl. Dok. 37, Anm. 15; Dok. 38, Anm. 4; Dok. 42 und Dok. 49, Anm. 12, 15 und 16.

10 Vgl. Dok. 55, Anm. 1.

11 Vgl. Dok. 21, Anm. 4 und Dok. 41, Anm. 12.

12 In der Nacht vom 9. auf 10.7.1930 war der Angestellte beim Potsdamer Polizeipräsidium Kurt Dörre zusammen mit der mit ihm befreundeten Elisabeth Hanke bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen. Aufgrund der bei Dörre zufällig gefundenen Papiere unternahm die Polizei bei dem Kaufmann Willi Hoppe, zugleich Straßenzellen-Obmann der NSDAP, in Berlin-Wilmersdorf eine Hausdurchsuchung, bei der ein Waffenlager

13. Juli 1930 Dok. 75
Rede auf NSDAP-Versammlung auf dem Hesselberg [1]

VB vom 17.7.1930, "7.000 fränkische Bauern rund um Hitler auf dem Hesselberg" [2].

Nach einleitenden Worten *Julius Streichers* [3], der die Bauern daran erinnerte, daß sie *wie einst vor 400 Jahren geknechtet seien und damals ihren Feinden erlagen, weil ihnen die Führung fehlte* [4], *ergriff Adolf Hitler das Wort.*

---

mit 128 Maschinengewehrschlössern und weiteren Waffenteilen entdeckt wurde. Während Hoppe jegliche politische Bedeutung dieses Waffenlagers bestritt und behauptete, er habe die Waffenteile in seiner Zeit als Lagerist bei einer Waffenfirma gestohlen, vertrat der VB die Ansicht, es handele sich hier um eine Provokation von seiten der Polizei. Vgl. Berliner Tageblatt vom 11.7.1930 (AA), "Die Waffenfunde bei den Nationalsozialisten" und vom 12.7.1930 (MA), "Untersuchung in Potsdam"; Vossische Zeitung vom 12.7.1930, "Waffenfunde in Wilmersdorf" und vom 15.7.1930, "Hitler über Hoppe"; VB vom 13./14.7.1930, "Die fällige Provokation?".

1 An der von Streicher geleiteten Versammlung nahmen laut Lagebericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth "außerordentlich stark über 6.000" (VB: 7.000) Personen teil.
Laut Bericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 16.7.1930 hatte die NSDAP den Hesselberg, der durch die sog. Frankentage als "Heiliger Berg der Franken" galt, für etwa 3.000 RM gemietet; die Kosten wurden durch den Verkauf von Festabzeichen gedeckt. Der Schriftwechsel zwischen dem Gauleiter des Untergaues Mittelfranken, Julius Streicher, und Hitlers Privatsekretär, Rudolf Heß, vom 8.7.1930 läßt vermuten, daß Streicher sich zunächst vergeblich um einen Redebeitrag Hitlers bemühte (BA, Slg. Schumacher 119). Es wurde vereinbart, "daß Herr Hitler zwischen 1/2 3 und 3 Uhr in Wassertrüdingen bei Gunzenhausen im Gasthof Krone" erwartet würde, ohne daß "mit einer Rede oder auch nur Ansprache Herrn Hitlers" gerechnet würde. Da Hitler am 13.7.1930 noch am Gautag der Thüringer NSDAP teilnahm (vgl. Dok. 74), verzögerte sich sein Eintreffen auf dem Hesselberg auf etwa 17.00 Uhr.
Zur Inszenierung der Veranstaltung vgl. ferner den Bericht des Augenzeugen Wilhelm Dreher vom 30.12. 1936 (BA, NS 26/532): "Im Jahre 1930 fand auf dem Hesselberg in Mittelfranken eine Großkundgebung statt. Der Führer sollte um 2 Uhr kommen. Es schien, als wollte sich der Himmel leeren. Stunden vergingen, aber der Führer kam nicht. Obwohl es in Strömen regnete, hielten die vom Wetter hart geformten Bauern stundenlang aus und warteten auf Hitler. Pg. Streicher gab immer [*noch*] die Hoffnung nicht auf. Endlich erschien er noch gegen Abend auf dem Berg. Wenn es nur wenige Worte waren, so hatten wir doch den besten Lohn für unser Warten. Wir stiegen zusammen mit dem Führer den Berg hinab."

2 Vgl. auch VB vom 15.7.1930, "Der Volkstag auf dem Hesselberg"; Die Flamme vom 17.7.1930, "Hitler auf dem Hesselberg"; VB vom 20./21.7.1930, "'Wenn nur Hitler kommt, wenn wir nur Hitler hören können...!'"; Illustrierter Beobachter vom 26.7.1930, "Bei den fränkischen Bauern am Hesselberg, 12. und 13. Juli 1930"; Bericht o. Nr. der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 16.7.1930; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Nr. 940. Lagebericht Nr. 1089 des Regierungspräsidenten von Schwaben und Neuburg vom 19.7. 1930, BayHStA, MA 102149. Lagebericht Nr. 175/II/30 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 29.7.1930; StA Landshut, Rep. 168/5, Nr. 496. Abbildung in: Heinz Preiß (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939, gegenüber S. 146. Vgl. ferner Hesselbergland. Land und Leute in Ehingen, Dambach und Lentersheim. Hrsg. von Frank Baumeister, Gunzenhausen 1991, S. 121 ff.

3 Julius Streicher (1885-1946), Volksschullehrer, 1918 Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1920 führendes Mitglied der Deutschsozialistischen Partei (DsP), 1921 Führer der Deutschen Werkgemeinschaft in Nürnberg, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, Entlassung aus dem Schuldienst, 1923-1945 Herausgeber des antisemitischen Hetzblattes "Der Stürmer", 1924 Erster Vorsitzender der GVG, 1924-1932 MdL in Bayern (Völkischer Block, ab September 1925: NSDAP), 1925-1928 Ortsgruppenleiter der NSDAP in Nürnberg, 1928 Gauleiter des Untergaues Nürnberg-Fürth, 1929-1940 Gauleiter des (Unter)Gaues Mittelfranken (ab 1936: Franken), 1932/33 MdR, 1946 hingerichtet.

Er entwarf ein erschütterndes Bild von der grauenhaften Not unseres Volkes. Er zeigte die Kräfte, die das deutsche Volk hindern, die Ketten, in denen es liegt, abzustreifen. Wenn ein ganzes Volk am Boden liegt, so ist es ein Verbrechen zu glauben, einen Berufsstand allein retten zu können [5]. *Die heutigen Machthaber stoßen das ganze Volk und mit ihm den Bauern immer tiefer ins Unglück.* Der Bauer muß sich besinnen, daß er ein Glied des Volkes ist, *seine Not* [6] *ist die Not des ganzen Volkes.*

Nur eine aus dem Volke geborene Bewegung, die wie die nationalsozialistische das Volk über alle Klassen und Stände hinweg einigt und zu einer fanatischen Freiheitsfront zusammenschweißt [7], wird uns vor dem Verhängnis retten. *Wir kämpfen nicht um Stimmen, wir kämpfen um die Herzen.* Das unterscheidet uns von den anderen und macht uns hart und unbeugsam gegen alle Schikanen, darin liegt der Garant unseres Sieges.

Wir wollen jenen Geist pflegen, der den Frontsoldaten beherrscht hat, als er 4 Jahre lang draußen stand. Wir alle mußten uns emporringen. *Niemand hat uns gekannt, als wir noch 7 Mann waren* [8]. Niemand hat mich gekannt als ich noch der Gefreite [9] im K[*öni*]gl[*ich*] Bayerischen 16.Inf[*an*]t[*erie*] R[*e*]g[*imen*]t "List" [10] war! Der Geist des Frontsoldaten hat uns nicht verzagen lassen. Heute sind wir 300.000 Kämpfer [11], das sind 300.000 Wähler, morgen werden es 500.000, 600.000, 1.000.000 sein, das sind 15.000.000 Wähler [*sic!*] - und eines Tages wird die Stunde kommen, *in welcher ein neues Deutschland ersteht und marschieren wird, um mit legalen Mitteln* [12] an Stelle des heutigen Deutschlands ein besseres Deutschland zu setzen.

---

4 Anspielung auf die Niederlage der militärisch ungeschulten Bauern in den deutschen Bauernkriegen 1524/25, durch die sie für Jahrhunderte jeden politischen Einfluß verloren.

5 Vgl. Dok. 54, Anm. 3.

6 Vgl. Dok. 8, Anm. 7 und 8; Dok. 22, Anm. 2, 4 und 10; Dok. 36, Anm. 13 sowie Dok. 37, Anm. 2.

7 Vgl. Dok. 53, Anm. 11 und Dok. 54, Anm. 3.

8 Vgl. Dok. 21, Anm. 4 und Dok. 41, Anm. 12.

9 Hitler, seit 16.8.1914 Kriegsfreiwilliger, wurde am 3.11.1914 zum Gefreiten befördert und am 31.3.1920 mit diesem Dienstgrad aus dem Militärdienst entlassen. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 99 ff. sowie Dok. 5, Anm. 68.

10 Vgl. Fridolin Solleder (Hrsg.), Vier Jahre Westfront. Die Geschichte des Regiments List. Reserve-Infanterie-Regiment 16. München 1932.

11 Vgl. Dok. 11, Anm. 22, Dok. 41, Anm. 13 und Dok. 72, Anm. 16.

12 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

18. Juli 1930 Dok. 76
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [1]

VB vom 20./21.7.1930, "Der 14. September: Beginn der deutschen Abrechnung!" [2].

Er [*Hitler*] ging von der Frage des Reichsfinanzministers Dietrich [3] aus: *Ob die Deutschen ein Haufen von Interessenten oder ein Staatsvolk sind* [4]*?* Herr Demokrat Dietrich! *Die Frage ist zu spät gestellt,* denn sie ist schon längst beantwortet, und zwar durch *Ihre* Partei, die einst im November 1918 das alte Deutschland gestürzt hat [5]. Die sogenannte "Deutsche Revolution"

---

1 Im Zirkus Krone, ab 20.30 Uhr. Die Versammlung, an der laut VB 8.000 Personen teilnahmen, wurde von MdL und Gauleiter Adolf Wagner geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Da die Versammlung laut PND-Bericht wegen Überfüllung um 19.45 Uhr polizeilich gesperrt werden mußte, wurden zwei Parallelversammlungen im Arzberger- und im Augustinerkeller veranstaltet.
Ursprünglich war vorgesehen, daß auf dieser Versammlung Frick über "Mein Kampf in Thüringen - Ein Kampf ums Dritte Reich" und Gregor Straßer zum Thema "Das Alte zerfällt - Adolf Hitler baut das Neue!" sprechen sollten (Vgl. Ankündigung in VB vom 15.7.1930). Durch die Auflösung des Reichstags am 18.7.1930 fielen Frick und Straßer jedoch als Redner aus, so daß an ihrer Stelle Hitler den Wahlkampf für die am 14.9.1930 vorgesehene Reichstagswahl eröffnete.

2 Vgl. auch Fränkischer Kurier vom 20.7.1930, "Der Wahlkampf hat begonnen. Eine Kundgebung der Nationalsozialisten in München"; Le Matin vom 20.7.1930, "Les nationaux-socialistes préparent une gigantesque campagne électorale"; Ferner Schreiben Nr. 206 der Vertretung der Reichsregierung München an die Reichskanzlei vom 19.7.1930; BA Potsdam, Reichsmin. d. Innern, Deutschvölkische und Nationalsozialistische Partei B 13, 25790. PND-Bericht VId Nr. 1183/30 vom 22.7.1930; StA München Polizeidirektion München 6741. Lagebericht Nr. 93 der Polizeidirektion München vom 1.9.1930; BayHStA, MA 101235/3.

3 Hermann Dietrich (1879-1954), Jurist, 1905-1908 Rechtsrat der Stadt Karlsruhe, 1908 Bürgermeister von Kehl, 1911-1921 MdL in Baden (Nationalliberale Partei), 1914 Oberbürgermeister von Konstanz, 1918-1920 badischer Minister für Reichs- und Auswärtige Angelegenheiten, 1918 Mitbegründer und Vorstandsmitglied der DDP, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, 1920-1933 MdR (DDP, seit 1930 DStP), 1928-1930 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, April 1930-Juni 1930 Vizekanzler und Reichswirtschaftsminister, Juni 1930-Mai 1932 Vizekanzler und Reichsminister der Finanzen, 1930-1932 Vorsitzender der DStP, 1933 Rechtsanwalt in Berlin.

4 Der Reichsminister der Finanzen Dietrich hatte am 18.7.1930 vor dem Reichstag für die Erhöhung verschiedener Steuern plädiert, um das Haushaltsdefizit abzubauen, das durch die unerwarteten Mehraufwendungen für die Arbeitslosenversicherung entstanden war. Er schloß seine Rede mit den Worten: "Meine Damen und Herren! Es muß Schluß gemacht werden mit der Interessenpolitik, die ein Arbeiten unmöglich macht, damit Staatspolitik gemacht werden kann. Die Frage ist jetzt nachgerade die, ob wir Deutsche ein Haufen von Interessenten oder ein Staatsvolk sind." Druck: Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 428, Berlin 1930, S. 6516 f. Vgl. ferner Adelheid von Saldern, Hermann Dietrich. Ein Staatsmann der Weimarer Republik, Boppard a. Rh. 1966, S. 105 f.
Die Parole "Jagt sie weg, die 'Haufen der Interessenten!'" wurde zum populärsten Slogan des Reichstagswahlkampfs 1930. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 90.

5 Das liberale Lager im Deutschen Reich hatte die revolutionären Ereignisse des Novembers 1918 zunächst mit Sorge verfolgt, sympathisierte dann allerdings schnell mit den neuen Machthabern, als sich der zunächst unblutige, disziplinierte und demokratische Charakter des Systemwechsels abzuzeichnen begann. Der Berliner Gründungsaufruf der DDP vom 16.11.1918 lehnte "jeden bolschewistischen, reaktionären und sonstigen Terror" ab, jedoch auch jeglichen monarchischen Wiederbelebungsversuch. Vgl. Lothar Albertin, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972, S. 25 ff.

war kein Akt der deutschen Nation, sondern ein Handstreich von Interessenten [6]. Interessenten aus den verschiedensten Lagern sind es gewesen, die sich anschickten, dem alten Staat den Garaus zu machen, Deutschland zu entwaffnen und wehrlos zu machen [7] und zu dem zu gestalten, was es heute ist. Damals hat Interessentenpolitik [*sic!*] zum ersten Male gesiegt. Seitdem leben wir 12 Jahre in der Politik von Interessenten, von ganz kleinen Gruppen und kleinen Kreisen. Die [*Deutsche*] *Demokratische Partei* war der Wegweiser in diese Politik, in dieses Herabsinken zu kleinen Interessenten-Vertretungen. Der jahrzehntelange Kampf gegen den deutschen Militarismus, d. h. für die Wehrlosmachung der deutschen Nation war nichts anderes als Interessenpolitik einer ganz kleinen revolutionslüsternen Gruppe von Menschen. Ebenso der Kampf gegen die Staatsautorität im alten Reich, gegen seine Staatsform, nichts anderes als der Versuch von Parteien, *ihr Regiment für die Zukunft einzurichten und später einmal zu stabilisieren* [8].

Hitler erläutert den Begriff der "Staatsfeindlichkeit" im heutigen System, in dem jedes Hemd, das eine andere Gesinnung repräsentiert, staatsfeindlich ist [9], und bezeichnet diesen Staat als

die Herrschaft derer, die sich heute bedroht fühlen.

Wer fühlt sich bedroht? *Unsere regierenden Parteien,* die das Geschick der Nation bestimmen. Man hat es fertiggebracht, Parteiinteressen zu Staatsinteressen umzuschwindeln - u[*nd*] nun stehen gegen diese Parteiinteressen die Volksinteressen auf! Das ist der große Kampf, den wir heute vor uns sich abrollen sehen.

Alles was heute geschieht, eine Unsumme von politischen Ereignissen, dient nur dem einzigen Zweck, *die Revolution in Deutschland zu legalisieren*, ihren Fortgang nicht als das erscheinen zu lassen, was sie ist. *Das gemeinste Verbrechen der Weltgeschichte.*

Ein ganzer Interessenkomplex ist es, der ausschließlich der Stabilisierung der Parteiherrschaft jener dient, die 1918 die Revolution gemacht haben. Der rote Faden durch unsere ganze Innenpolitik heißt: Schutz nicht der deutschen Nation, Schutz nicht dem deutschen Volke, sondern

Schutz den Parteien,

die 1918 die deutsche Nation zum erstenmal in ihre Pflege und Obhut genommen haben. (Große Heiterkeit.) Und damit dieses Parteiregiment erhalten bleibt, dient als dritter Grundsatz die Erhaltung unserer parlamentarischen Demokratie, ganz gleich, wie sie sich dem deutschen Volk gegenüber auswirkt. Und der goldene Faden, der durch unsere neudeutsche Geschichte sich hindurchzieht, ist:

Das überstaatliche Kapital muß auf allen Wegen geschont werden.

---

6 Zu den Ursachen und Trägern der seit November 1918 beginnenden revolutionären Ereignisse vgl. Kluge, Die deutsche Revolution 1918/19.

7 Die Reduzierung der deutschen Streitkräfte war eine Folge des Waffenstillstands zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten vom 11.11.1918 und des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919. Vgl. Dok. 6, Anm. 14; Dok. 37, Anm. 3; Dok. 54, Anm. 8; Dok. 68, Anm. 5 und 7.

8 Zum Verhältnis von (Links)Liberalismus und Staat nach 1871 vgl. James J. Sheehan, Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg 1770-1914, München 1983, S. 147 ff.

9 Vgl. Dok. 55, Anm. 1.

Mag Landwirtschaft [10] und Industrie [11] vernichtet werden, mag unser Handwerk zum Teufel gehen, unsere Kleinunternehmungen verschwinden [12]: Das Großkapital muß unangetastet bleiben und der Jude, der hinter diesem Kapital steht.

Dem Juden ist in Deutschland alles erlaubt, ihn anzugreifen, ist ein Verbrechen, er hat heute Rechte, die dem deutschen Volk gegenüber das größte Verbrechen sind - er steht praktisch über allen Gesetzen.

Trotz allen Geredes dieser kleinen machtlüsternen Herrschaftsgruppen ist heute der Zusammenbruch da. Sie können tun, was sie wollen, sie können den Zusammenbruch nicht mehr beseitigen. Eine 12 Jahre dauernde Sünde empfängt nun langsam ihre *historische Quittung.* Und wenn der Zusammenbruch nicht schon früher eingetreten ist, so nicht deshalb, weil er nicht bemerkbar gewesen wäre, nein, man log früher mehr: *Der Zusammenbruch ist früher dem deutschen Volk nicht erspart, sondern nur weggelogen worden, mit einer Flut von Versprechungen am Beginn, von Verleumdungen am Ende.*

Hitler zeichnet den ganzen

entsetzlichen Weg der Lügen

von den 14 Punkten Woodrow Wilsons [13] über Rapallo [14] und Locarno [15] bis zum Dawes-Pakt [16] und *Young-Plan* [17], der alles, was man früher an Lügen-Virtuosität geleistet hat, weit in den Schatten stellt. Es ist eine olympische Meisterleistung der Volksverblendung. *Wer den Young-Plan unterschreibt, sagte man, saniert Reich, Länder und Kommunen zugleich* [18], *der sorgt dafür, daß 1930 die Steuern abgebaut werden können* [19]*!* (Tosende Zurufe.) Das kann man nicht weglügen, denn es sind erst 8 Monate her. Man ging noch weiter und sagte: Mit der Annahme des Young-Planes werde auch *die Wirtschaft saniert* [20]. Man hat ein Wort erfunden: Es ist unsere Pflicht, die Wirtschaft anzukurbeln [21]. Erinnern Sie sich des Satzes:

"Wir kurbeln die Wirtschaft an!"

(Brausende Zustimmung.) *"Wer uns daran hindert, ist ein Verbrecher* und kann es nicht verantworten vor dem deutschen Volke." Man erklärte diese Ankurbelung als staatspolitische Notwendigkeit, als Staatsinteresse. Und man versicherte: *"Wir bauen damit zugleich die Arbeitslosigkeit ab!"* Parallel damit retten wir zugleich die Landwirtschaft - jeder wird gerettet damit, vielleicht nicht im Augenblick, aber nach 3 Monaten spätestens!

---

10 Vgl. Dok. 8, Anm. 7 und 8; Dok. 22, Anm. 2, 4 und 10; Dok. 36, Anm. 13 sowie Dok. 37, Anm. 2.

11 Zur Situation der deutschen Industrie während der Weltwirtschaftskrise vgl. Harold James, The German Slump. Politics and Economics 1924-1936, Oxford 1986, S. 110 ff. ferner Dok. 63, Anm. 11.

12 Vgl. Dok. 8, Anm. 11.

13 Vgl. Dok. 19, Anm. 22.

14 Vgl. Dok. 20, Anm. 17.

15 Vgl. Dok. 13, Anm. 22.

16 Vgl. Dok. 5, Anm. 65.

17 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

18 Vgl. Dok. 19, Anm. 8 sowie Dok. 26, Anm. 5.

19 Vgl. Dok. 19, Anm. 8.

20 Angesichts der hohen Auslandsverschuldung des Deutschen Reichs (vgl. Dok. 77, Anm. 34) wurden von den Verteidigern des Young-Plans auch wirtschaftliche Gründe für dessen Annahme angeführt. Vgl. Schulz, Deutschland am Vorabend der großen Krise, S. 417 f.

21 Zur Wirtschaftspolitik der Regierung Müller vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 1, S. XXXII ff.

Man brandmarkte die Widersacher als Staatsfeinde [22], als Verbrecher am deutschen Gedanken. Ganz kleine Knirpse, politische Zwerge, die der Stimmzettel zu ihren Posten geschwemmt hat, erhoben sich zu Verteidigern des Staatsprinzips.

Wir erklärten das alles als *trügerische Vorspiegelungen,* daß dadurch die Wirtschaft der Katastrophe ausgeliefert, die Arbeitslosigkeit erst recht zunimmt, und die Landwirtschaft erst recht zugrundegehen wird. Ich erklärte Ihnen von dieser Stelle aus [23]: *In wenigen Monaten vielleicht schon werden wir uns wieder sprechen und dann entscheiden Sie, wer recht hat: Die andern oder wir!*

Nun entscheiden Sie [24]*!* (Stürmischer Beifall.)

Heute sagt ein Reichsfinanzminister: Wenn infolge der steigenden Arbeitslosigkeit Unruhen ausbrechen und hungernde Menschen durch die Straßen der Stadt rasen ... [25] Wer hat das behauptet als Folge des Young-Planes, und wer hat das bestritten? Diejenigen, die jetzt wieder an das Volk appellieren wollen. *Nun ist das eingetroffen, was wir prophezeit haben.*

Kaum war der Young-Plan unterschrieben, entdeckte man, daß das Reich ein Defizit von rund - man spricht seit 12 Jahren nur in runden Begriffen - 450 Millionen habe [26]. Die Tinte war kaum trocken, entdeckte man einen Rechenfehler, zu dessen Behebung man eine ganz kleine neue Steuervorlage bringen wollte [27], damit die Steuer 1931 abgebaut werden konnte. Wenn wir über 1930 hinwegkommen, sind wir gerettet! Sie sind nun gerettet, wenn die über den Augenblick hinwegkommen. Man trat wieder an das Volk heran, denn der Rechenfehler

22 Vgl. Dok. 6, Anm. 15 sowie Dok. 26, Anm. 2 und 3.

23 Vgl. Bd. III/2, Dok. 116.

24 Anspielung auf die Reichstagswahl am 14.9.1930. Der Reichstag hatte am 16.7.1930 mit 256 gegen 193 Stimmen - darunter die Stimmen von SPD, DNVP, KPD, NSDAP und Volksrecht-Partei - die Deckungsvorlage der Reichsregierung abgelehnt, mit der das Haushaltsdefizit abgebaut werden sollte. Die Regierung setzte nun den abgelehnten Gesetzentwurf unter Einbeziehung einer Bürgersteuer und Gemeindegetränkesteuer als Notverordnung nach Artikel 48 in Kraft. Auf Antrag der SPD stimmte der Reichstag am 18.7.1930 mit 236 gegen 221 Stimmen für Aufhebung dieser Notverordnung. Daraufhin löste Brüning den Reichstag auf und setzte Neuwahlen für den 14.9.1930 fest. Die abgelehnte Notverordnung wurde am 26.7.1930 in verschärfter Form erneut als Notverordnung erlassen. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 103 ff. Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Düsseldorf ^{5}1978, S. 299 ff. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 428, Berlin 1930, S. 6395 ff. Druck der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26.7.1930: RGBl. 1930, I, S. 311 ff.

25 Gemeint ist folgender Teil von Dietrichs Rede vom 18.7.1930 (vgl. Anm. 4): "Herr Kollege Landsberg, wenn wir die Dinge so weiterlaufen lassen, dann haben wir in zwei oder drei Monaten wieder Kassenschwierigkeiten, die aber dann überwunden werden können, wenn wir beizeiten vorsorgen. Wenn wir das nicht tun, dann wird die öffentliche Ruhe und Ordnung, die heute gefährdet ist, in zwei oder drei Monaten schwer gestört sein. Und wenn dann der Hunger durch die Gassen läuft, wenn Unruhen die Städte erschüttern, dann wird man bereit sein, die Mittel zu bewilligen, die man jetzt ablehnt, einschließlich der Getränkesteuer."

26 Das Defizit des ordentlichen Haushalts des Deutschen Reichs betrug im März 1930 150,2 Millionen RM, der Überschuß im April 1930 115,9 Millionen RM; der außerordentliche Haushalt des Deutschen Reichs verzeichnete im März 1930 einen Überschuß von 146,7 Millionen RM, im April 1930 von 177,3 Millionen RM. Insgesamt belief sich das Defizit des ordentlichen Haushalts des im März 1930 endenden Rechnungsjahrs 1929/30 auf 399,6 Millionen RM, des außerordentlichen Haushalts auf 771,7 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 472, Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 448 sowie Dok. 60, Anm. 6.

27 Vgl. Dok. 44, Anm. 13.

stellte sich als größer heraus. *Augenblicklich weiß noch kein Mensch die Größe des Defizits*[28]. Nur der Pleitegeier geht um - das wissen alle.

Nun ist dem scharfen Auge des deutschen Reichsfinanzministers der Deutschen Demokratischen Partei nicht entgangen, daß es einen Stand gibt, der bisher verhältnismäßig ungerupft durch das wechselvolle Schicksal der Republik hindurchgekommen ist: die Festbesoldeten. Erschreckt aber nicht, Ihr werdet nicht besteuert, nur ein Notopfer, ein kleines Notopfer müßt Ihr bringen[29]! (Stürmische Kundgebungen.) Jeder Mensch muß ein Opfer bringen, *auch der Reichsfinanzminister bringt das seine:* Er verzichtet auf lebenslängliche Anstellung und *begnügt sich mit lebenslänglicher Pension*[30]*!* (Stürmische Entrüstung.)

Nun sind sie am Ende ihres Lateins, nun helf, was helfen kann! Und nun geht ein Mann daher und klagt über *Interessenpolitik!*

Der Redner erinnert an das *Volksbegehren*[31], das das Schicksal schon jetzt gerechtfertigt habe. Selbst die Angst vor Diäten- und Mandatsverlust hat dieses System nicht mehr halten können, und nun ist in unseren Augen

die Stunde der Abrechnung gekommen.

(Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Der Reichsfinanzminister fragt, ob die deutsche Nation ein Haufen von Interessenten oder ein Volk ist. Er sagt: ein Staatsvolk, Herr Demokrat! Wir werden dafür sorgen, daß das deutsche Volk, aus den Händen der Interessentenpolitiker befreit, zu einem Staatsvolk wird, das mit dem Haufen der Young-Interessenten abrechnet.

Wir werden in den nächsten Wochen dafür sorgen, daß man nicht diesen Wahlkampf mit echt jüdischer Fingerfertigkeit verdreht, dafür sorgen, daß die Lügen der marxistischen Partei in den nächsten Wochen klar herausgestellt werden. *Gewiß ist der Young-Plan nicht das einzige Verbrechen, aber das letzte und deutlich sichtbarste, und der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht - und er soll zerbrechen!*

Wir werden sorgen, daß in dem Wahlkampf die Schuld der Verderber Deutschlands klar herausgemeißelt wird, und daß sie nicht durch Mätzchen sich freisprechen oder davon entfernen können.

Wir Nationalsozialisten wissen, daß keine Wahl endgültig das Schicksal einer Nation entscheiden kann. Nicht parlamentarische Majoritäten gestalten Völkerschicksale - sie können sie höchstens verderben -, wohl aber wissen wir, daß in dieser Wahl die Demokratie mit den Waffen der Demokratie geschlagen werden muß. Deshalb treten wir in sie ein mit aller Energie, die wir besitzen, und deshalb werden wir in den nächsten Wochen landauf, landab in

28 Der Überschuß des ordentlichen Haushalts des Deutschen Reichs betrug im Juli 1930 197,6 Millionen RM; der außerordentliche Haushalt des Deutschen Reichs verzeichnete zum selben Zeitpunkt einen Überschuß von 40,3 Millionen RM. Insgesamt belief sich das Defizit des ordentlichen Haushalts des Rechnungsjahrs 1930/31 auf 1.190 Millionen RM, des außerordentlichen Haushalts auf 334,9 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 448 sowie Dok. 60, Anm. 6.

29 Vgl. Dok. 59, Anm. 3.

30 Die finanzielle Versorgung der Reichsminister nach ihrer Entlassung war in § 15-25 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse des Reichskanzlers und der Reichsminister vom 27.3.1930 geregelt. Druck: RGBl. 1930, I, S. 96 ff.

31 Vgl. Dok. 5, Anm. 6.

ganz Deutschland kämpfen. Wir Nationalsozialisten freuen uns, daß wir gerade in den Ferien, wo die andern so gern ausruhen möchten, hinausgehen können, und wir werden die faulen Patrone zwingen, zu stehen und zu fechten. Wir werden dabei keineswegs Stimmen einsammeln, sondern den Kampf benützen, um unserer Bewegung neue Kämpfer zu gewinnen.

Wenn Herr Dietrich sagt, daß die Deutschen zeigen müßten, daß sie kein Haufen von Interessenten sind, so werden wir ihm zeigen, daß wir eine

neue deutsche Volksbewegung

sind, die keine Interessentengruppen vertritt, sondern weit hinaus gewachsen ist über Berufe, Stände, Bürgertum, Proletariat, konfessionelle Spaltungen, eine Bewegung, die im weitesten Sinn über Interessentengruppen *in das deutsche Volk hineingewachsen* ist [32]. Es mag sich der Zirkus im Laufe des Wahlkampfes füllen, so oft er will, wann wird je das deutsche Volk so gemischt aus allen Ständen und Gruppen und Berufen hier sitzen als heute? Wann wird jemals hier eine Partei auftreten, die so von sich sagen kann: Wir haben nicht Bürger in unseren Reihen, nicht Proletarier, nicht Arbeitnehmer und Arbeitgeber, nicht Bauern und Städter, nicht Katholiken und Protestanten, nicht Monarchisten und Republikaner, *wir haben nur Deutsche hier vor uns* (minutenlanger donnernder Beifall), wann wird diese Partei hereintreten? Nur dann, wenn wir die nächste Versammlung abhalten, sonst nicht! Die so klagen über Interessenpolitik, was sind sie anders als die Vertreter von Interessentengruppen, von Interessenparteien, was haben sie hinter sich als nur immer einzelne Stände und Berufe [33]? Und wir, was sind wir anderes als das aus allen Ständen und Berufen sich zusammenfindende deutsche Volk. Was wir in unserer Bewegung sehen, ist nicht einmal das Deutschland von jetzt, sondern ebenso das Deutschland der Vergangenheit wie endlich

das Deutschland der Zukunft.

Für das treten wir ein, ringen wir, arbeiten wir, für das setzen wir uns ein, und ich kann mit Stolz sagen: Ich kandidiere nicht für eine öffentliche Körperschaft, ich rede nicht, weil ich Interessenvertreter meiner Person, sondern Vertreter *der Interessen des Volkes bin, in dessen Reihen ich vor 12 Jahren marschiert bin* [34]. (Stürmischer Beifall.) Es ist das Interesse des besseren Deutschlands, das damals noch lebte und das die Führer von heute totgemacht haben. Deshalb haben wir auch größere Ziele herausgekehrt, und wenn Reichsfinanzminister Dietrich vielleicht nicht weiß, was Staatsbürger für die Zukunft verlangen müßten, wenn er glaubt, daß ihre Aufgabe nur in der Bewilligung von *Steuern für die Vernichter Deutschlands besteht,* dann wollen wir ihm die Antwort geben: Hier ist eine Bewegung, die keine Interessen irgendwelcher Art vertritt, außer die der deutschen Nation in der Gesamtheit, und die *3 Grundsätze* verficht:

Wiederherstellung des deutschen Volkskörpers und Beseitigung aller Einflüsse internationaler vergiftender und verpestender Art,

Überwindung des Majoritätsprinzips, des Wahnsinns und der Halbheit und Herauskehrung des Prinzips der Autorität, der Genialität der Führung,

---

32 Vgl. Dok. 53, Anm. 11.
33 Vgl. Dok. 54, Anm. 3.
34 Vgl. Dok. 5, Anm. 68 sowie Dok. 75, Anm. 9.

Überwindung der feigen Ergebung, der Selbstentwürdigung, Selbstbezichtigung und der Selbstpreisgabe, Aufrichtung des Widerstandswillens im ganzen deutschen Volk und Überwindung des Pazifismus.

Herr Reichsminister! Wenn diese Bewegung siegt, dann fällt in Deutschland der Internationalismus, die Demokratie und der Pazifismus, und dann steigt auf das deutsche Volk. Aber Sie, Herr Dietrich, werden nicht der Repräsentant dieses Volkes mehr sein. (Stürmischer Beifall.)

Wenn heute dieser Staat von Interessenten versucht, mit allen läppischen Mätzchen unsere Bewegung zu hindern, ihren Vormarsch aufzuhalten glaubt, wenn man uns staatsfeindliche Ziele aufoktroyiert [35], uns als Staatsfeinde zu brandmarken versucht, dann soll uns das alles nicht im geringsten hemmen. Möge das Hemd aussehen wie es will [36]; unter dem Hemd schlägt ein Herz, das ändern Sie niemals, das bleibt, wie es in unserer Bewegung geschmiedet wird. Sie können mit so *läppischen Mitteln* unsere jungen Anhänger quälen, peinigen, aber Sie mögen sich nicht täuschen, es sind das Schläge, die den Charakter hart machen, und nur Schwächlinge können sie unterkriegen. *Das ist ein Kopf, den wir vor 12 Jahren im Geiste, vor 11 Jahren in der Tat, vor 10 Jahren in der Öffentlichkeit begonnen haben und weiterführen* [*sic!*]. Ich darf Sie bitten, in diesen kommenden 6 Wochen nicht an Ruhe, nicht an Ferien, nicht Reisen zu denken, sondern 8 Wochen lang denken Sie

nur noch an Deutschland ganz allein,

an unser Volk, an die Stunde, die wir herbeiführen müssen, indem Sie in diesen 8 Wochen Mann für Mann, Weib für Weib, Junge für Junge, Mädchen für Mädchen kämpfen. Setzen Sie sich ein mit jedem Atemzug, haben Sie nichts im Kopf als den Tag, *der uns zum Siege werden muß.* Und wenn Sie diesen fanatischen Wunsch so in die Wirklichkeit übersetzen, dann wird dieser Tag ein Tag der beginnenden Abrechnung mit den Verderbern Deutschlands und dann wird man später einmal sagen können:

Der 14. September 1930 war ein Wendetag, ein Wendemonat in der deutschen Geschichte; an dem Tag hat die junge Bewegung, die später Deutschland frei gemacht hat, zum erstenmal mit schweren Schlägen an die Türen des deutschen Reichshauses gepocht und gerufen: Macht die Tore auf, die Interessenten sollen weichen, das deutsche Volk zieht jetzt ein! (Anhaltender stürmischer Beifall.) [37]

35 Vgl. z. B. Dok. 74, Anm. 12.
36 Vgl. Anm. 9.
37 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

24. Juli 1930 Dok. 77
"Der Wahlschwindel beginnt" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Nürnberg [2]

Masch. Aufzeichnung mit hs. Korrekturen, o. D.; BA, NL Streicher 126 [3].

Zunächst möchte ich die Frage beantworten, was die Ursache für den Niedergang Deutschlands gewesen ist. Wer sind die Urheber all des Unglücks, das über Deutschland gekommen ist? Hatten die Machthaber seit 1918 überhaupt mit einem anderen Mittel als mit der Lüge regiert? Die Ursache des Niederganges des deutschen Volkes liegt schon weit vor dem Kriege. Sie ist begründet im Parlamentarismus. Der Parlamentarismus allein ist schon Lüge. Der Minister Dietrich hat kürzlich gesagt, das deutsche Volk solle in den kommenden Wahlen zeigen, ob es ein Staatsvolk sei [4]. Was ist überhaupt Staat, was ist Volk? Staat ist nichts anderes als die Personifizierung des Volkes [*sic!*]. Mithin ist das Volk das Primäre. Jetzt, kurz vor der Wahl kümmern sich die Herren um das Volk. Bisher war das Volk nur für die Herren da, statt daß die Herren für das Volk da waren. Ich sagte, man hat das Volk mit Lüge regiert, und die größte Lüge ist der Parlamentarismus. Hat sich der Parlamentarismus je um die Belange des Volkes gekümmert? Der Parlamentarismus oder die verschiedenen Parteien des Parlaments waren nie Vertreter des Volkes [5] sondern immer nur Interessenvertreter [6]. Die einen wollten nur den Bauern helfen, die anderen den Arbeitern, wieder andere den Arbeitgebern und andere den Beamten, die einen dem Großhandel und die anderen dem Kleinhandel. Sie alle aber, die in den Parlamenten tätig waren, dachten in erster Linie nur an sich selbst. Nur dann, wenn die

---

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 25.7.1930 [*sic!*]. Titel nach Preiß, Adolf Hitler in Franken, S. 147: "Die Bewegung wird alles überdauern".

2 Im Kolosseum, nach 20.00 Uhr. Die Versammlung, an der laut Bericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 26.7.1930 über 2.000 Personen teilnahmen, wurde von Stadtrat und Organisationsleiter der Ortsgruppe Nürnberg der NSDAP Willy Liebel geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Vor Hitler nahm Streicher zu den Pressemeldungen Stellung, die von einem Zerwürfnis zwischen ihm und Hitler berichtet hatten. Folgt man dem Bericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, so wurde die Versammlung erst am Vormittag desselben Tages bekannt gegeben. Dennoch mußte die Versammlung im zweitgrößten Saal Nürnbergs zwischen 19.30 und 20.00 Uhr wegen Überfüllung polizeilich gesperrt und eine Parallelveranstaltung organisiert werden.
Über die Zuhörer ist im Lagebericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth zu lesen: "Als Versammlungsbesucher wurden viele Nichtnationalsozialisten, besonders aus dem Mittelstand, festgestellt."

3 Mit den inhaltlich geringfügigen, hs. Korrekturen wurde die Rede offenbar für den Druck bei Preiß überarbeitet: Preiß, Adolf Hitler in Franken, S. 147-152. Die vorliegende Wiedergabe orientiert sich am masch. Text. Vgl. auch Nürnberger Zeitung vom 25.7.1930, "Hitler in Nürnberg"; Fränkischer Kurier vom 26.7.1930, "Nationalsozialistische Wahlversammlung"; VB vom 29.7.1930, "Eher zerfällt Deutschland, ehe unsere Partei zerfällt!"; Die Flamme vom 31.7.1930, "Unser Führer in Nürnberg". Bericht o. Nr. der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 26.7.1930; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Nr. 940. Lagebericht Nr. 175/II/30 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 29.7.1930; StA Landshut, Rep. 168/5, Nr. 496.

4 Vgl. Dok. 76, Anm. 4.

5 Artikel 22 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 bestimmte, daß die Abgeordneten des Reichstags in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über zwanzig Jahren alten Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt würden. Druck: RGBl. 1919, S. 1388. Druck des Reichswahlgesetzes vom 6.3.1924: RGBl. 1924, I, S. 159 ff.

6 Vgl. Dok. 54, Anm. 3.

Wahlen vor der Türe standen, erinnerten sie sich, daß das Volk auch noch vorhanden war. Der Parlamentarismus war es schließlich, der uns um die Früchte des Sieges im letzten gigantischen Kampf, dem größten Kampf der Geschichte überhaupt, gebracht hat [7]. Nicht die Staatsform hat man geändert, o nein, nur den Namen. Schon während des Krieges bohrte man im Volke, daß mit den Fürsten aufgeräumt werden müsse. Das Volk war allgemach [8] durch die Entbehrungen und durch die Schicksalsschläge kriegsmüde geworden. Plötzlich ging ein Geflüster durch die Massen, wenn die Fürsten beseitigt wären, gäbe es einen billigen Frieden. Nichts bräuchten wir zu bezahlen, die kriegführenden Staaten würden ihre Rechnung selbst bezahlen, wenn wir unsere Fürsten, insbesondere die Hohenzollern zum Teufel jagen würden, dann wären wir auch wieder in aller Welt geachtet [9]. Man hat die Fürsten verjagt [10]. Es konnte ja nichts passieren. Man hatte ja die berühmten 14 Punkte Wilsons [11]. Wilson war der Garant dafür, daß wir keine Kontributionen bezahlen mußten [12]. Die Folge hat gelehrt, daß es eine Lüge war [13], denn von den 14 Punkten ist nichts übrig geblieben. Sie waren ein wertloser Fetzen

---

7 Unter dem Eindruck der seit August 1918 aussichtslosen militärischen Lage hatte der Erste Generalquartiermeister der OHL, General Erich Ludendorff, am 28./29.9.1918 von der Reichsregierung ultimativ Waffenstillstandsverhandlungen mit den Alliierten gefordert. Das deutsche Waffenstillstands- und Friedensangebot an den Präsidenten der USA, Woodrow Wilson, traf am 3.10.1918 eine völlig überraschte deutsche Öffentlichkeit und trug zur Beschleunigung des militärischen Zusammenbruchs wie auch zum Ausbruch der Revolution bei, die Ende Oktober 1918 mit Meutereien in der Kriegsmarine begann. Ungeachtet dessen war es Ludendorff gelungen, die Verantwortung für die Liquidierung des verlorenen Weltkriegs den Mehrheitsparteien im Reichstag zuzuschieben. Vgl. Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, S. 654 ff.
Zur Bewertung des verlorenen Ersten Weltkriegs in der deutschen Öffentlichkeit vgl. Heinemann, Niederlage, S. 177 ff.

8 Veraltet für: allmählich.

9 Wilson hatte in dem am 3.10.1918 einsetzenden Notenwechsel zwischen ihm und der deutschen Regierung mehrfach eine Demokratisierung Deutschlands gefordert. So erklärte z. B. der amerikanische Außenminister Robert Lansing in der Note vom 23.10.1918 im Namen des Präsidenten, daß "die Regierung der Vereinigten Staaten mit keinem andern als mit den Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann, welche bessere Sicherheiten für eine verfassungsmäßige Haltung bieten als die bisherigen Beherrscher Deutschlands". Druck: Ursachen und Folgen, Bd. II, S. 374 ff., hier S. 431. Vgl. Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden, S. 88 ff.

10 Der Parteivorstand der MSPD hatte am 7.11.1918 gedroht, aus der Reichsregierung auszutreten, falls der deutsche Kaiser und der Kronprinz nicht bis zum 8.11. zurücktreten würden. Am 9.11.1918 wurde der Thronverzicht Kaiser Wilhelms II. und des Kronprinzen Wilhelm veröffentlicht, dem die offizielle Abdankung jedoch erst am 28.11.1918 folgte. Zur Chronologie der am 7.11.1918 beginnenden Absetzung oder Abdankung aller deutscher Fürsten, die ohne Gegenwehr und ohne Blutvergießen erfolgte, vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1918, Teil I, S. 422 ff.

11 Vgl. Dok. 19, Anm. 22.

12 Wilson hatte in seinem am 8.1.1918 verkündeten 14-Punkte-Programm, das im Oktober/November 1918 zur Grundlage des Notenwechsels zwischen ihm und der deutschen Regierung wurde, Reparationszahlungen der besiegten Staaten nicht ausgeschlossen; allerdings sollten diese Gelder allein zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich verwendet werden. Die sog. Lansing-Note vom 5.11.1918, mit der die USA der deutschen Regierung die Friedensbereitschaft der Alliierten auf der Basis der 14 Punkte unterbreiteten, präzisierte, daß Deutschland für sämtliche personellen und materiellen Schäden der alliierten Zivilbevölkerung Ersatz leisten solle. Druck: Ursachen und Folgen, Bd. II, S. 467 ff. Vgl. Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden, S. 53, 176 ff.

13 Den amerikanischen Vertretern war es auf der am 18.1.1919 beginnenden Pariser Friedenskonferenz nicht gelungen, ihre Vorstellungen von den Deutschland zumutbaren Reparationszahlungen durchzusetzen, die sie zunächst auf eine einmalige deutsche Zahlung von 2-3 Milliarden $, gefolgt von jährlichen Zahlungen in

Papier. Ihr müßt nach Hause gehen und die Waffen abliefern, so hieß es dann, damit die Welt sieht, daß ihr wirklich am Kriege kein Interesse mehr habt. Die Soldaten zogen nach Hause, sie marschierten über den Rhein, und die Feinde machten nicht Halt an der deutschen Grenze, sie zogen bis an den Rhein [14]. Es ist nur eine Formsache, sagten unsere Parlamentarier, eine vorübergehende Erscheinung. Denn in jedem Krieg muß es einen Besiegten geben. Zeigen wir unsere Friedfertigkeit, damit alle Welt sieht, daß wir den Krieg nicht gewollt haben! Schließlich kam der Versailler Vertrag [15].

Dort hieß es wiederum, es ist zwar nur eine Formsache, aber ihr müßt hier unterschreiben, daß ihr die Alleinschuld am Kriege habt [16]. Tut es, dann bekommt die ganze Welt Achtung vor euch! Es ist ja nur eine Formsache. Wir unterschrieben. Wurde es besser? Nein! Jetzt sollten wir zahlen. Zunächst verhandelte man über 12 Milliarden [17]. Erzberger bot unseren Gegnern freiwillig 100 Milliarden an [18]. Wieder belog man das Volk, als man behauptete, das sei nur eine Formsache, wir bräuchten das nie zu bezahlen. Welche unheimlichen Sachwerte und

---

Höhe von 1/2-1 Milliarde $ beziffert hatten. Unter dem Eindruck der hohen französischen und britischen Kriegsschulden stimmten die amerikanischen Vertreter bis zum 5.4.1919 dem britisch-französischen Entwurf zu, der weder einen Hinweis auf die deutsche Zahlungsfähigkeit enthielt, noch Angaben über Gesamthöhe und Laufzeit der deutschen Reparationen. Vgl. Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden, S. 302 ff., 428 ff., 498 ff.

14 Die Besetzung der linksrheinischen Gebiete des Deutschen Reichs, die vor allem aufgrund französischer Initiative zustande gekommen war, wurde in Punkt V-VIII der Waffenstillstandsbedingungen vom 11.11.1918 zwischen den Alliierten und dem Deutschen Reich geregelt. Mit dem Inkraftreten des Waffenstillstands wurden diese Gebiete bis Mitte Dezember 1918 von belgischen, britischen und französischen Truppen besetzt. Druck: Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrag der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928, S. 22 ff., hier S. 27 f. Vgl. ferner Walter A. McDougall, France's Rhineland Diplomacy 1914-1924. The last Bid for a Balance of Power in Europe, Princeton 1978, S. 15 ff. David G. Williamson, The British in Germany 1918-1930. The Reluctant Occupiers, New York 1991, S. 11 ff. sowie Dok. 69, Anm. 11.

15 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

16 Artikel 231 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 enthielt die Erklärung, "daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben". Druck: RGBl. 1919, S. 984 f. Vgl. auch Fritz Dickmann, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919. In: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1-101.

17 Am 10.3.1919 hatte der Vorsitzende der ressortübergreifenden deutschen "Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen", Johannes Hiekmann, öffentlich mitgeteilt, daß die Geschäftsstelle die deutsche Wiedergutmachung für die Zerstörungen in Belgien und Nordfrankreich auf ca. 12 Milliarden Mark beziffere. Vgl. Peter Krüger, Deutschland und die Reparationen 1918/19. Die Genesis des Reparationsproblems in Deutschland zwischen Waffenstillstand und Versailler Friedensschluß, Stuttgart 1973, S. 107.

18 Die Alliierten hatten während der Pariser Friedenskonferenz darauf verzichtet, ihre endgültigen Reparationsforderungen gegenüber Deutschland zu fixieren. Der Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 wies diese Aufgabe einem interalliierten Wiedergutmachungsausschuß zu. Allerdings wurde im Friedensvertragsentwurf eine Vorabzahlung in Höhe von 100 Milliarden Goldmark gefordert, unabhängig von allen weiteren deutschen Reparationen. Die deutsche Friedensdelegation hatte daraufhin vergeblich versucht, die alliierten Reparationsforderungen auf diese - unverzinsbare - Summe festzulegen, wobei diese Strategie von der deutschen Finanzdelegation entwickelt worden war, während Erzberger zunächst den direkten Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich durch deutsche Kräfte sowie eine alliierte Beteiligung an der deutschen Industrie favorisiert hatte. Krüger, Deutschland und die Reparationen 1918/19, S. 161 ff. Druck von Teil VIII des Versailler Friedensvertrags: RGBl. 1919, S. 985 ff.

Geldwerte mußten für die Folge an die Siegerstaaten abgeliefert werden! Als wir zum ersten Male uns dagegen auflehnten, da es doch geheißen habe, wir bräuchten nicht bezahlen, wurde man auf der Gegenseite schon energischer und machte uns mit harten Worten darauf aufmerksam, daß wir unterschrieben hätten, daß wir die Alleinschuldigen am Kriege seien und somit alles bezahlen müßten, was durch den Krieg beschädigt worden sei. So zieht sich durch die ganze Entwicklung von Genf [19], Spa [20], Brüssel [21], London [22], Locarno [23], Rapallo [24] bis nach Haag [25] wie ein roter Faden die Lüge. Während die anderen aufrüsteten, trieben wir Erfüllungspolitik [26] auf Kosten des armen ausgehungerten Volkes und im Interesse des internationalen Großkapitals.

Dies war unsere Außenpolitik. Wie aber gings im Innern zu? Dem Volke machte man weis, daß, wenn wir unseren Verpflichtungen von Versailles nachkommen, uns die ganze Welt wieder offensteht, daß Handel und Industrie sich wieder entwickeln, daß wir einen wirtschaftlichen Aufstieg erleben und in der ganzen Welt wieder geachtet werden wie vor dem Kriege. Was ist gekommen? Die verschiedenen Parteien trieben Parteipolitik, Interessenpolitik auf Kosten des Volkes. Finstere Mächte waren am Werke, um dem Volk auch das Letzte, was es hatte, zu rauben. Nahm man ihm zunächst die Waffen [27], so stahl man ihm durch die Inflation den Rest seines Vermögens [28]. Verloren wir durch den Krieg Hunderttausende der besten Männer [29], so suchten durch den Tod wiederum [30] Hunderttausende den Freitod [31]. Die Inflation hätte man früher beenden können, aber man hat es nicht getan. Der Marxismus war am Ruder [32] und er war der Vorspann des Juden, der kein anderes Ziel kannte, als alles Geld an

19 Gemeint ist vermutlich das Gutachten des Völkerbundsrats in Genf vom 20.10.1921: Nachdem in der Abstimmung vom 20.3.1921 etwa 60% der Optanten für einen Verbleib von ganz Oberschlesien bei Deutschland, etwa 40% für einen Anschluß an Polen gestimmt hatten, befürwortete der Völkerbundsrat eine Teilung des Gebiets, so daß der mehrheitlich polnisch besiedelte - und wirtschaftlich interessantere - Teil des oberschlesischen Industriereviers Polen zugesprochen wurde. Vgl. Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 134 ff.

20 Zur Konferenz in Spa (5.7.-16.7.1920), in deren Mittelpunkt die deutschen Reparationszahlungen standen, vgl. Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 103 ff.

21 Zur Expertenkonferenz in Brüssel (16.12.-22.12.1920) zur Regelung der deutschen Reparationsleistungen vgl. Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 116 ff.

22 Zu den verschiedenen Londoner Konferenzen (Konferenz vom 1.3.-7.3.1921, Londoner Ultimatum vom 5.5.1921 sowie Konferenz vom 16.7.-16.8.1924), welche die deutschen Reparationszahlungen regelten, vgl. Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 121 ff., 243 ff.

23 Vgl. Dok. 13, Anm. 22.

24 Der Hinweis auf den Rapallo-Vertrag, der in diesem Zusammenhang jedes Sinnes entbehrt, spricht für sich. Vgl. Dok. 20, Anm. 17.

25 Vgl. Dok. 6, Anm. 2.

26 Vgl. Dok. 7, Anm. 8.

27 Vgl. Salewski, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927 sowie Dok. 54, Anm. 8.

28 Vgl. Dok. 29, Anm. 9.

29 Vgl. Dok. 69, Anm. 10.

30 Die letzten vier Wörter in der Vorlage sind hs. gestrichen und ersetzt durch: "nach dem Krieg aus Not und Verzweiflung".

31 Vgl. Dok. 69, Anm. 20.

32 Vermutlich Anspielung auf den sozialdemokratischen Reichsminister der Finanzen Rudolf Hilferding, der dieses Amt freilich nur in der Zeit vom 13.8. bis 6.10.1923 innehatte und seit Februar 1919 überhaupt der einzige sozialdemokratische Reichsminister der Finanzen war. Dennoch sah Hitler in dem sozialdemokratischen Wirtschaftstheoretiker den Hauptverantwortlichen für die Inflation im Deutschen Reich. Vgl. Bd. III/1, Dok. 54. Zu den tatsächlichen Ursachen der Inflation vgl. Holtfrerich, Die deutsche Inflation 1914-1923.

sich zu reißen. Die Inflation brachte ihn nicht restlos in den Besitz dessen, wonach er gierte. Deshalb mußte etwas Neues kommen. Man bereitete im Inland die breite Masse auf Dawes [33] vor. Was log man nicht alles zusammen! Jetzt ist endlich das gekommen, was wir brauchen, um wieder leben zu können. Jetzt kommt wieder Geld ins Land [34], die Not hat ein Ende, die Wirtschaft wird wieder aufblühen, die Erwerbslosen werden verschwinden, dem Bauern wird es wieder besser gehen, der Export erlebt einen neuen Aufschwung. Ja selbst die nationalen Parteien stimmten in das Freudengeheul mit ein und stimmten für Dawes [35]. Nur die Nationalsozialisten, die verfluchten Hakenkreuzler, waren dagegen [36]. Sie erzählten dem Volk, was kommen werde. Die Zeit gab ihnen recht, aber das Volk vergißt rasch. Nur eines hat man getan, man verpfändete den letzten Rest des Volksvermögens. Die Eisenbahn ging in die Hände der Feinde über [37], die wertvollsten Industriezweige verpfändete man ausländischen Geldgebern. Die Steuerschraube stieg von Jahr zu Jahr [38]. Ich sagte, die Zeit wird uns recht geben. Sie hat uns recht gegeben. Als die Herren sahen, daß es keinen Ausweg mehr gebe, belogen

---

33 Charles Gates Dawes (1865-1951), 1887 Rechtsanwalt, 1895 als Comptroller of the Currency zuständig für das gesamte Währungssystem der USA, 1902 Präsident der Central Trust Company of Illinois, 1918 Brigadegeneral im Stab der American Expeditionary Force, 1921/22 Secretary of the Treasury, 1923/24 Vorsitzender des ersten Sachverständigenkomitees der internationalen Reparationskommission, 1925 Verleihung des Friedensnobelpreises (zusammen mit Sir Austen Chamberlain), 1925-1929 Vizepräsident der USA, 1929-1932 amerikanischer Botschafter in London, Februar 1932 Präsident der Reconstruction Finance Corporation, seit Juni 1932 Präsident der City National Bank and Trust Company.
Sein Name steht synonym für den Plan, den die internationale Sachverständigenkommission unter seinem Vorsitz zur Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen erarbeitet hatte. Vgl. Dok. 5, Anm. 65.

34 Die Annahme des Dawes-Plans durch die deutsche Seite war mit einer Auslandsanleihe in Höhe von 110 Millionen $ an die deutsche Regierung verbunden, welche die wirtschaftliche Sanierung und damit die Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reichs sicherstellen sollte. Im Anschluß daran flossen zwischen 1924 und Sommer 1930 rund 28 Milliarden RM Auslandsanleihe insbesondere aus den USA, Großbritannien und den Niederlanden in das Deutsche Reich. Mit diesen Krediten wurden nach 1924 etwa 2/5 aller Investitionen im Deutschen Reich finanziert, was auch die damalige Konjunktur der deutschen Wirtschaft sowie zahlreiche öffentliche Investitionen, insbesondere der Kommunen ermöglichte. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 315 ff, 356 ff. sowie Derek H. Aldcroft, Die zwanziger Jahre. Von Versailles zur Wall Street 1919-1929, München 1978, S. 104 f., 291 ff.

35 Die DNVP, deren Erfolg in der Reichstagswahl vom 4.5.1924 nicht zuletzt aus ihrer entschiedenen Ablehnung des Dawes-Plans resultierte, hatte sich unter dem Druck der Interessenverbände in ihrer Haltung zum Dawes-Plan gespalten; am 29.8.1924 stimmten 48 Reichstagsabgeordnete der DNVP für Annahme, 52 für Ablehnung des Dawes-Plans, 6 blieben der entscheidenden Abstimmung fern. Das unerwartete Abstimmungsverhalten der deutschnationalen Reichstagsfraktion sorgte für erhebliche Spannungen mit der Parteibasis, so daß Oskar Hergt am 23.10.1924 als Partei- und Fraktionsvorsitzender zurücktrat. Vgl. Werner Liebe, Die Deutschnationale Volkspartei 1918-1924, Düsseldorf 1956, S. 74 ff.

36 Von den 32 Reichstagsabgeordneten der Nationalsozialistischen Freiheitspartei hatten am 29.8.1924 30 für Ablehnung des Dawes-Plans gestimmt, 2 Abgeordnete waren der Abstimmung ferngeblieben. Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte II. Wahlperiode 1924, Bd. 381, S. 1151 ff. Zur Reaktion der deutschen Presse vgl. Holz, Die Diskussion um den Dawes- und den Young-Plan in der deutschen Presse, Bd. 1, S. 11 ff.

37 Die Reichsbahn war nach dem Inkraftreten des Dawes-Plans am 1.9.1924 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und mit einer Hypothek von 11 Milliarden Goldmark Reparationsschuldverschreibungen belastet worden. Druck des Gesetzes über die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft (Reichsbahngesetz) vom 10.8.1924: RGBl. 1924, II, S. 272 ff.

38 Die Gesamtsteuereinnahmen betrugen im Rechnungsjahr 1913/14 4.051.400.000 Mark, im Rechnungsjahr 1925/26 10.120.600.000 RM. Das entspricht einer Steigerung der Pro-Kopf-Belastung um 131,26%. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, Berlin 1928, S. 540 f.

sie wiederum das Volk. Jetzt, jetzt haben wir endlich das Richtige. Der Young-Plan [39], nur er kann uns retten. Wenn wir unterschreiben, dann blüht alles wieder auf. Dann hat alle Not ein Ende. Wir werden sogar die Steuern senken [40]. Der Staatshaushalt wird ausgeglichen werden. Endlich sind wir soweit, daß es mit aller Not ein Ende hat. Die Minister der verschiedensten Schattierungen, alle parlamentarischen Spitzbuben, verkündeten ihre Mär im ganzen Lande, durch das Radio posaunte man diese Lüge in die entferntesten Winkel unseres Vaterlandes [41]. Aber ein Teil des Volkes wollte nichts mehr glauben. Erstmals zeigte sich eine Rettung im Volke, hervorgerufen durch unsere unaufhörliche Aufklärungsarbeit. Erstmals erschien ein Volksbegehren [42]. Ich bezeichne diese Tatsache als einen Wendepunkt in der deutschen Geschichte der Nachkriegszeit. Was haben wir Ihnen prophezeit? Ist nicht alles eingetroffen? Es ist nur alles zu wahr geworden, was wir ihnen gesagt haben. Das Erwerbslosenheer ist auf 3 Millionen angewachsen [43]. Die Konkurse gehen in die Hunderttausende [44]. Immer neue und neue Steuern tauchen auf [45]. Kaum war der Young-Plan unterschrieben, da entdeckte der Finanzminister [46] im Staatshaushalt ein Defizit. Zunächst waren es 200 Millionen Mark, die mit kurzfristigen Darlehen gedeckt werden mußten. Plötzlich stellte es sich heraus, daß es 470 Millionen Mark waren [47]. Kaum hatte sich das Volk mit dieser Tatsache abgefunden, da kam Herr Moldenhauer und verkündete, daß ein Rechenfehler unterlaufen sei, es seien 800 Millionen Mark, die Steuern könnten 1930 noch nicht gesenkt werden [48]. Man sei leider sogar gezwungen, zunächst neue Steuern einzuheben, um 1931 dann ganz bestimmt die Steuern abbauen zu können [49]. Es kamen die Bier- und Tabaksteuern [50]. Es gab nichts, was nicht versteuert werden mußte. Und doch wollte es nicht ausreichen. Herr Moldenhauer entdeckte kürzlich eine Gruppe von Leuten, die eigentlich in all diesen Entwicklungen noch einigermaßen leben konnten, die Beamten. Sie waren bisher verschont worden, denn es ist eine sehr gefährliche Sache, wenn man Beamte beunruhigt. Moldenhauer trat also an sie heran. Steuern braucht ihr

39 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.
40 Vgl. Dok. 19, Anm. 8.
41 Gegen den Protest des Rundfunkkommissars Hans Bredow hatten mehrere Reichsminister im Rundfunk das Volksbegehren gegen den Young-Plan kritisiert, so am 10.10.1929 der Reichsminister des Innern Severing und am 18.10.1929 der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dietrich, ebenso einzelne Vertreter der Länder wie der preußische Ministerpräsident Otto Braun und der badische Staatspräsident Joseph Schmitt. Vgl. Akten der Reichskanzlei, Das Kabinett Müller II, Bd. 2, Dok. 310, Karl Severing, Mein Lebensweg, Bd. II, Köln 1950, S. 222 ff. sowie Elisabeth Friedenthal, Volksbegehren und Volksentscheid über den Young-Plan und die deutschnationale Sezession, Diss. phil., Tübingen 1957, S. 82 f.
42 Vgl. Dok. 5, Anm. 6.
43 Vgl. Dok. 72, Anm. 9.
44 Vgl. Dok. 65, Anm. 6 und Dok. 76, Anm. 11.
45 Vgl. Dok. 36, Anm. 10 und 12, Dok. 59, Anm. 3.
46 Paul Moldenhauer (1876-1946), 1899 Dr. jur., 1901 Habilitation für Versicherungswissenschaft an der Handelshochschule Köln, 1903 Privatdozent, 1907 Professor, 1919 Gründer und Direktor des Seminars für Versicherungswissenschaft an der Universität zu Köln, 1919-1921 MdL in Preußen (DVP), 1920-1932 MdR (DVP), November bis Dezember 1929 Reichswirtschaftsminister, Dezember 1929 bis Juni 1930 Reichsminister der Finanzen, 1931 Honorarprofessor für allgemeine und Versicherungswissenschaften an der Technischen Hochschule in Berlin.
47 Vgl. Dok. 76, Anm. 26.
48 Vgl. Dok. 44, Anm. 13.
49 Vgl. Dok. 25, Anm. 7.
50 Vgl. Dok. 36, Anm. 10 und 12.

nicht zu bezahlen, euer Gehalt wird euch auch nicht gekürzt, nur ein Notopfer müßt ihr bezahlen [51]. Opfert für euer Volk! Derselbe Moldenhauer verlangte von den Beamten ein Opfer, um dann zu erklären, ich gehe ganz gerne als Finanzminister [52], ich verzichte auf lebenslängliche Anstellung, wenn ihr mir nach den alten Sätzen lebenslänglich eine Pension von 30.000 Mark bezahlt. Er verzichtet sogar auf das neue Pensionsgesetz, das er ausgearbeitet hatte [53]. Denn nach diesem hätte er weniger bekommen. Wo sind die Besserungen geblieben, die der Young-Plan bringen sollte? Der Minister Dietrich hat sie bekanntgegeben. Er hat im Reichstag die bezeichnenden Worte gebraucht: "In wenigen Wochen werden die Massen verhungert durch die Straßen laufen und zugrunde gehen [54]." Das sind die Folgen des Young-Planes. Wer aber hat auf diese Folgen aufmerksam gemacht? Wir Nationalsozialisten. Erfreulich an der ganzen Tatsache ist nur das, daß erst wenige Monate seit der Unterzeichnung ins Land gegangen sind und dem Volk die Versprechungen nur noch zu gut im Gedächtnis sind. Die Lüge kann nur wieder Lüge gebären. Was wollen denn die Herren jetzt bei der Wahl dem Volke erzählen? Sie haben nun auch keine Lüge mehr zur Verfügung. Deshalb regen sie sich auch so auf. Sie haben die Gefahr erkannt. Deshalb wollten sie auch nichts von der Auflösung des Reichstages wissen [55]. Weil sie aber keine großen Lügen mehr auf Lager haben, drum bedienen sie sich der kleinen, so wie ein Dieb durch Lügen sich zu retten versucht. Nun muß der Hitler und der Streicher herhalten. Die sollen sich nun in den Haaren liegen [56]. Wer aber ist der Vater all dieser Lügen? Die Presse. Wem gehört die Presse? Dem Juden. Der Jude wird Beweis für eine Feststel-

51 Vgl. Dok. 59, Anm. 3.

52 Moldenhauers Finanzprogramm hatte nicht nur den Rückhalt im Kabinett, sondern auch in seiner eigenen Fraktion verloren, die am 16.6.1930 sein Projekt des "Notopfers der Festbesoldeten" ablehnte. Darauf trat Moldenhauer am 18.6.1930 zurück. Vgl. Moldenhauers Darstellung in Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. I, Dok. 50 sowie in Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932, Dok. 91. Ferner Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 99 ff.

53 Vgl. Dok. 76, Anm. 30.

54 Vgl. Dok. 76, Anm. 25.

55 In völliger Verkennung der Lage hatten sich alle im Reichstag vertretenen Parteien mit dem Gedanken einer Reichstagsauflösung, den Brüning von Beginn seiner Regierungsübernahme ins Spiel gebracht hatte, angefreundet. Nach der Auflösung gingen alle Parteien mehr oder weniger davon aus, sich bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 verbessern zu können. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 117 f.

56 Hitler meint wohl in erster Linie die Artikel im Acht-Uhr-Blatt vom 22.7.1930, "Streicher wird abgesägt!" und in der Fränkischen Tagespost vom 22.7.1930, "Streicher wird abgesägt!". In den genannten Artikeln wird u. a. ein Parteiausschlußverfahren erwähnt, das gegen Streicher eingeleitet worden sei; angesichts der Folgen des "Falles Straßer" werde jedoch versucht, Streicher zu einem freiwilligen Rückzug von seinen öffentlichen Ämtern zu bewegen. Neben dem gravierenden Material, daß sich gegen Streicher angesammelt habe, sei der tiefgreifende Gegensatz zwischen Hitler und Streicher die eigentliche Ursache dieses Konflikts, ferner Koalitionsabsichten der NSDAP mit den bürgerlichen Parteien in Bayern, für die "eine Partei mit Streicher (und Esser) völlig untragbar" sei. Vgl. auch Fränkische Tagespost vom 25.7.1930, "Kein Burgfriede zwischen Hitler und Straßer!"; Münchener Post vom 28.7.1930, "Streicher soll abgesägt werden". Ferner Lagebericht Nr. 175/II/30 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 29.7.1930; StA Landshut, Rep. 168/5, Nr. 496.
Obwohl zahlreiche Affären Streichers Stellung und damit auch die Position der NSDAP in Franken schwer belasteten, hütete sich Hitler, diesen "Alten Kämpfer" ganz fallen zu lassen. Die auffallend hohen Austritts- und Ausschlußzahlen aus der mittelfränkischen NSDAP seit April 1930 und die Tatsache, daß es Streicher nicht gelang, den Reichsparteitag der NSDAP für 1930 bei der Nürnberger Stadtverwaltung durchzusetzen, sorgten jedoch dafür, daß sich das Verhältnis zwischen Hitler und Streicher damals merklich abkühlte. Vgl. Rainer Hambrecht, Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925-1933), Nürnberg 1976, S. 179 ff.sowie Dok. 24, Anm. 2.

lung Schopenhauers bringen, die da lautet, der Jude ist der Meister der Lüge [57]. Und doch sage ich euch, der Jude ist dumm. Er ist dumm, haushoch stehen wir über ihm. Bald wird die Zeit da sein, da niemand mehr dem Juden glaubt. Dann ist er mit seinem Latein zu Ende. Die Zeit, in der es ihm ergeht, wie es ihm vor Hunderten von Jahren ergangen ist, ist bereits angebrochen. Eines aber nehmt mit hinaus! Das Reich kann verfallen, Erdbeben mögen Städte zerstören, aber nichts wird in der Lage sein, die NSDAP zu zerstören. Sie wird alles überdauern. Ich habe eine Organisation geschaffen, die mir garantiert, daß nichts mehr die Partei zu schädigen vermag. Otto Straßer [58] und sein Anhang vermögen die Partei nicht zu sprengen [59]. Sie sind nur Spaltpilze, die aus der Partei herausgenommen werden. Die Bewegung steht fest. Jeder Führer, jeder Abgeordnete, jeder Ortsgruppenleiter steht blind hinter mir, meinen Befehl erwartend.

Wie verhalten sich nun die verschiedenen Parteien zu uns? Wie haben sie sich in der Zeit seit 1918 verhalten [60]? Sie haben Konjunktur gemacht. Zentrum, einst ein guter Name, taugte nichts mehr. Es ging nicht mehr, das Volk hatte das Vertrauen verloren. Große Lügner sind auch große Zauberer. Hokuspokus, das Zentrum war weg, die Bayerische Volkspartei war da. Der Neid ließ die anderen nicht ruhen. Bis man es sich versah, gab es die verschiedensten Volksparteien. Die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationale Volkspartei, eine Landvolkspartei und was der Namen mehr sind. Vorübergehend hat es gezogen, aber der Zug war nicht von Bestand. Nur der Name hat sich geändert wie im Staate auch. Das Prinzip blieb das gleiche. Daher auch der Niedergang in den einzelnen Parteien im Staate. Hatten diese alten Parlamentarier es fertig gebracht, die Volkseinheit zu zerstören, wie konnten sie das Volk aus dem Sumpfe herausbringen? Sie mußten es notgedrungen immer tiefer hineinstoßen. Das beste Beispiel: Wenn ich heute ein Geschäft habe, und meine Direktoren haben es zugrunde gerichtet, dann kann ich doch das Geschäft nicht wieder heben, wenn ich die gleichen Männer in der Leitung behalte. Genau so ist es im Staate. Dieselben, die 1914 am Ruder waren, sind es auch heute noch. Die haben den Zusammenbruch des Heldenkampfes herbeigeführt [61], sie mußten notgedrungen einem Naturgesetz zufolge das Volk in den Abgrund regieren. Sie sind immerhin hell genug, um zu erkennen, daß das Volk jetzt aufwacht. Daher diese Angst vor neuen Wahlen. Wenn ich erzählen wollte, ich könnte Ihnen manches sagen von Besuchern, die sich

57 Zum Antisemitismus Arthur Schopenhauers vgl. Henry Walter Brann, Schopenhauer und das Judentum, Bonn 1975.

58 Otto Straßer (1897-1974), Oberleutnant a. D., 1918 Eintritt in die SPD, April 1919 Eintritt in das Freikorps Epp, 1920 2. Vorsitzender des Republikanischen Führerbunds, Gründung des "Akademischen Kriegsteilnehmerverbands S.P.D.", 1921 Dr. jur. et rer. pol., 1923 Syndikus beim Spirituosenkonzern Hünlich, 1925 Eintritt in die NSDAP, Herausgeber der Nationalsozialistischen Briefe, 1926 Schriftleiter der Berliner Arbeiter-Zeitung, Juli 1930 Austritt aus der NSDAP, Gründung und Vorsitzender der "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" (seit Oktober 1931 auch: Schwarze Front), seit Mai 1933 im Exil, zunächst in Österreich, dann u. a. in der Tschechoslowakei, Schweiz, Frankreich, Portugal, Kanada, 1955 Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland.

59 Vgl. Dok. 37, Anm. 15; Dok. 38, Anm. 4; Dok. 42 und Dok. 49, Anm. 12, 15 und 16.
Vgl. ferner mit der Fassung im VB: "Nicht die Partei spaltet sich [...], sondern die Partei säubert sich von Zeit zu Zeit von den Spaltpilzen und schleudert sie davon." Es fällt auf, daß Hitler in seinen öffentlichen Verlautbarungen die Person Otto Straßers so gut wie nie nennt.

60 Zu Kontinuität und Diskontinuität des deutschen Parteiensystems nach 1918 vgl. Dok. 21, Anm. 2.

61 Vgl. Dok. 76, Anm. 6.

bei mir eingestellt haben. Wir sind koalitionsfähig erachtet worden [62]. Leider aber haben wir die anderen als nicht koalitionsfähig festnageln müssen. Wir wollen den Parlamentarismus nicht. In ernsten Monaten [*sic!*] soll das Volk entscheiden. Wie wir in Sachsen nicht nachgeben, so werden wir nie von dem Wege abgehen, den wir uns vorgezeichnet haben. Wenn die Herren in Sachsen nicht das tun wollen, was wir wünschen, dann soll das Volk bestimmen. Dann gibt es Neuwahlen. Uns ist nicht Angst darob. Ich freue mich ja köstlich darüber, daß diese Faulpelze, die sich in den Sesseln der Parlamente räkeln, nun die bereits bestellten Bäder nicht aufsuchen können, daß sie zu einer Zeit, in der es sich so angenehm ruht, arbeiten müssen. Die, welche das ganze Jahr nichts tun, sondern nur an sich denken, müssen gerade jetzt, in der Urlaubszeit [63] arbeiten. Denn arbeiten sie nicht, dann verlieren sie ihre parlamentarische Milchflasche, dann sind ihre Parlamentsdiäten beim Teufel. Jetzt müssen sie schwitzen. Wir schwitzen ja auch, aber in überfüllten Sälen. Sie werden schwitzen, ob der gähnenden Leere. Den kleinen verlogenen Journalisten aber sei gesagt, die Männer, die sie so gerne von mir aus der Partei ausgeschlossen wissen möchten, sind gerade die, welche ich für würdig erachte, Ministerien zu besetzen. Ich weiß genau, daß die, die bei den Juden so recht unbeliebt sind, gerade die geeignetsten sind, die Geschicke des Volkes in die Hand zu nehmen. Denn sie haben den Drahtzieher der Geschichte der Menschheit, den Juden, erkannt. Uns regt der Wahlkampf nicht auf. Seit Jahrzehnt kennen wir ja nichts als Kampf. Wenn wir am 14. September [*1930*] verlieren sollten, so geht eben am 15. September der Kampf weiter. Ausruhen gibt es für uns nicht. Haben wir unverhoffte Erfolge, dann geht der Kampf erst recht weiter. Immer und immer wieder werden wir dafür sorgen, daß das Volk seine Meinung zum Ausdruck bringt, und auf diese Weise werden wir mit legalen Mitteln dereinst die Geschicke unseres Volkes in die Hand nehmen. Ich erwarte aber, daß jeder einzelne Parteigenosse seine Pflicht tut, daß er hinausgeht und wirbt, daß er aufklärt und keine Gelegenheit versäumt, ohne auf den Feind hinzuweisen. Auf zum Kampf [64]!

---

62 Die NSDAP befand sich zu diesem Zeitpunkt nur in Thüringen in einer Regierungskoalition; vgl. Dok. 7, Anm. 5 sowie Dok. 11, Anm. 17. Eine Beteiligung der NSDAP an der sächsischen Landesregierung, wie sie nach der Landtagswahl am 22.6.1930 (Vgl. Dok. 44, Anm. 5 und Dok. 65) möglich schien, war nicht zustandegekommen. Vgl. Dok. 65, Anm. 21 und 22.

63 Die sog. Sommervertagung des Reichstags dauerte gewöhnlich mehrere Monate; in der IV. Wahlperiode vom 13.7.1928 bis 12.11.1928 und vom 28.6.1929 bis 30.9.1929. Wegen der Auflösung des Reichstags am 18.7.1930 (vgl. Dok. 76, Anm. 24) entfiel vorerst jede weitere Sommervertagung des Reichstags. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 423, Berlin 1928, S. 250 und Bd. 425 Berlin 1929, S. 3104.

64 Der Bericht o. Nr. der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 26.7.1930 schildert die Beendigung der Versammlung wie folgt: "Stadtrat Liebel schloß mit dem Kampflied 'Die Fahne hoch', welche von allen Anwesenden stehend mitgesungen wurde, die Versammlung. Anschließend spielte die Musikkapelle noch einige Märsche. Hitler wurden in der Zwischenzeit Geschenke überreicht und [*wurde*] von verschiedenen Parteigenossen aufgefordert zum Unterschreiben von Ansichtspostkarten. Vor dem Versammlungslokal wurden Hitler nochmals begeisterte Zurufe gemacht."

26. Juli 1930 Dok. 78

"Redner an die Front! Die Bedeutung der Rede im kommenden Reichstagswahlkampf. - Ein zeitgemäßes Kapitel aus dem Buche Adolf Hitlers 'Mein Kampf'" Artikel [1]

Illustrierter Beobachter vom 26.7.1930.

27. Juli 1930 Dok. 79

Rede auf NSDAP-Führertagung in München [1]

VB vom 29.7.1930, "Geschlossen und zuversichtlich in den Wahlkampf" [2].

Adolf Hitler hielt einen längeren richtunggebenden Vortrag, der, ausgehend von der zuversichtlichen Beurteilung der Lage [3], nähere Ausführungen über die Angriffstaktik der Partei enthielt [4]. Je mehr die alten Parteien gezwungen sind, sich in den Niederungen ihrer erbärmlichen und trostlosen Tagespolitik zu verausgaben, desto mehr wird der Nationalsozialismus die großen Ziele [5] seiner deutschen Politik herausstellen können. Mit der Annahme des Young-

---

1 Bei diesem Artikel handelt es sich um einen weitgehend unveränderten Auszug aus Hitlers Mein Kampf, Bd. II (1. Auflage: München 1927, S. 111-119/München [65]1933, S. 525-534). Auf Aufnahme in diese Edition wurde deshalb verzichtet.

1 Im Gasthaus zur Blüte, Blütenstraße, vormittags. Im Anschluß an Hitler sprachen Frick und Goebbels. Zweck der Tagung, die von Gregor Straßer geleitet wurde, war die Vorbereitung des Reichstagswahlkampfs und die Nominierung der Kandidaten. Hierzu hatte Reichsgeschäftsführer Bouhler mit Rundschreiben an alle Gauleitungen der NSDAP vom 19.7.1930 die Reichsleitung der NSDAP, ihre Gauleiter und die nationalsozialistischen Abgeordneten des Reichstags und der Länderparlamente eingeladen. Die Kandidatenvorschläge sollten durch die Gauleiter unterbreitet und durch "eine kurze Charakteristik [...] (ob Frontsoldat, wie lange, Verdienst um die Bewegung usw.)" begründet werden (BA, Slg. Schumacher 373). Goebbels berichtet in seinem Tagebuch, daß innerhalb von drei Stunden "an die 100 Kandidaten" nominiert wurden.
OSAF von Pfeffer nahm an der Tagung nicht teil, aus Protest gegen Hitlers Weigerung, Kandidaten der SA zu nominieren. Vgl. Pfeffers Befehl vom 2.8.1930 zum Thema "SA-F[*ührer*] und Mandat". Druck: Werner Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922-1933. Dokumente, Frankfurt a. M. 1963, S. 306-308. Ferner den nicht abgesandten Brief Buchs vom 13.9.1930 an Pfeffer. Druck: Tyrell, Führer befiehl, S. 334 f.

2 Vgl. auch Lagebericht Nr. 93 der Polizeidirektion München vom 1.9.1930; BayHStA, MA 101235/3. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 581. Krebs, Gestalten und Tendenzen der NSDAP, S. 29.

3 Zu den internen Wahlprognosen Hitlers vgl. Felice, Mussolini e Hitler, S. 159 f.

4 Zum Wahlkampf der NSDAP vgl. David Hackett, The Nazi Party in the Reichstag Election of 1930, Diss. phil., University of Wisconsin 1971, S. 209 ff.

5 Hierzu ergänzend der Lagebericht: "Im übrigen hat die Reichspropagandaleitung in einer Bekanntmachung die Grundsätze mitgeteilt, nach denen der Wahlkampf zu führen ist, um zu erreichen, daß er im ganzen Reich

Planes [6] ist Marxismus und Bürgertum in gleicher Weise belastet [7]. Das ermöglicht der N.S.D.A.P., im Wahlkampf von Anfang an zur schärfsten und rücksichtslosesten Offensive gegen die gesamte Front der Young-Parteien überzugehen. Im übrigen wird die Einbruchstelle in die feindliche Front nach altem militärischem Prinzip da zuerst zu suchen sein, wo der schwächste Widerstand geleistet wird.

Wenn dabei die bürgerlichen Parteien zerrieben werden, so ist das an sich nicht Sinn und Zweck des nationalsozialistischen Kampfes, sondern nur die unvermeidliche Voraussetzung für den Haupt- und Endkampf im Sinne etwa der Säuberung des Vor- und Zwischengeländes, die erst die Festung selbst, in dem Fall den marxistischen Novemberstaat [8], sturmreif macht. Daher ist für uns diese Wahl [9] kein Selbstzweck, sondern nur eine Etappe auf unserem Vormarsch, eine allerdings willkommene Gelegenheit, zu zeigen, daß die N.S.D.A.P. zu einer gewaltigen Volksbewegung geworden ist [10], zur *einzigen,* die entschlossen und imstande ist, zur großen Auseinandersetzung mit dem landes- und volksverräterischen Marxismus anzutreten und den Kampf bis zu seiner restlosen Vernichtung durchzufechten.

in einer einheitlichen Form geführt wird. Die zur Wahl verwendeten Flugblätter und Plakate sollen nicht örtliche Vorgänge berühren, sondern nur die große politische Linie erörtern."

6 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

7 Vgl. Dok. 26, Anm. 2, 3, 5 und 8, Dok. 28, Anm. 5, 6 und 24, Dok. 32, Anm. 10 und 14.

8 Anspielung auf die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

9 Gemeint ist die Reichtagswahl am 14.9.1930, vgl. Dok. 76, Anm. 24.

10 Vgl. Dok. 11, Anm. 22; Dok. 36, Anm. 15; Dok. 41, Anm. 13; Dok. 65; Dok. 69, Anm. 27; Dok. 72, Anm. 16.

2. August 1930 Dok. 80
"An der Wende des deutschen Schicksals"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 2.8.1930.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, beginnt sich nun langsam das deutsche Schicksal zu wenden [1]. Wir nähern uns einer Periode großer innerer Verschiebungen und Umwälzungen.

Das Jahr 1918 hatte das Ringen zwischen Marxismus und sogenanntem "nationalen Bürgertum" entschieden [2]. Nach 60jährigem Kampfe [3], der von der marxistischen Seite stets offensiv und der bürgerlichen immer defensiv geführt wurde, unterlag die bürgerliche Welt. Jeder Versuch einer inneren Reorganisation der bürgerlichen Parteien mußte fehlschlagen. Einer in breiter Front anstürmenden Weltanschauung stand ein Gemengsel von Interessentengruppen gegenüber. Wenn die Weltgeschichte Männer machen [4], Politik werdende Weltgeschichte ist, die Parteien aber das politische Leben bestimmen, dann war die Zeit des politischen deutschen Bürgertums abgelaufen. Denn was hier an Männern Politik, das heißt Geschichte machte, war schlimmster Durchschnitt [5]. Eine Geistigkeit, die infolge ihrer Schwäche, um nicht zu sagen Feigheit, am Ende doch höchst ungeistig war. Wenn jemand glaubt, einer destruktiven Weltanschauung in feiger Schwäche entgegentreten zu können, dann ist die Berufung auf den Kampf mit geistigen Waffen ein Eingeständnis mangelnder Einsicht und mangelnden Könnens. Was die bürgerlichen Parteien hätte retten können, wäre nur die restlose Beseitigung der gesamten bisherigen Führerschaft gewesen. Allein auch dies würde am Ende noch nicht genügt haben, denn der schwächlichen Führerschaft entsprach das analoge Menschenmaterial.

Die kampflosen bürgerlichen Führernaturen haben im Laufe der Jahrzehnte ein kampfuntüchtiges Parteimaterial gesammelt. So konnte im Jahre 1918 eine Rettung der deutschen Nation vor der bolschewistischen Pest wirklich nur durch die Bildung einer neuen Bewegung auf weite Sicht hin in Angriff genommen werden [6]. Aus der Masse unseres Volkes mußten neue Führer gewonnen werden, und die Führer mußten um sich eine neue Masse bilden. Tatkraft der Führung konnte nur auf diesem Wege eine tatkräftige Bewegung erhalten [*sic!*]! Und nur eine solche neue Kampfgemeinschaft durfte erhoffen lassen, das deutsche Schicksal noch einmal wenden zu können. Nun ist das Wunder der Bildung einer solchen neuen Bewegung zur Wirklichkeit geworden. Allem Widerstand und allen Angriffen der Feinde unseres Volkes zum Trotz entstand die nationalsozialistische Bewegung und wuchs sich zur großen Massenpartei aus [7]. Wir haben alle ein Recht, auf uns und unsere Leistung stolz zu sein. Aus dem Nichts heraus ist unser Werk gewachsen. Der Marxismus mag heute fühlen, daß die Zeit seiner

---

1 Anspielung auf die Reichstagswahl am 14.9.1930. Vgl. Dok. 76, Anm. 24.
2 Gemeint sind die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.
3 Vgl. Dok. 23, Anm. 1.
4 Vgl. Dok. 14, Anm. 28.
5 Vgl. Dok. 37, Anm. 5.
6 Während der Jahre 1918-1920 war es in erster Linie die (M)SPD, welche die politische Verantwortung für die Auseinandersetzung mit den linksradikalen Kräften trug. Vgl. Miller, Bürde der Macht, S. 74 ff.
7 Vgl. Dok. 11, Anm. 22; Dok. 36, Anm. 15; Dok. 41, Anm. 13; Dok. 65; Dok. 69, Anm. 27; Dok. 72, Anm. 16.

leichten Siege nunmehr vorbei ist. An die Stelle der schwächlichen, ohnmächtig zersplitterten bürgerlichen Parteiwelt tritt ein junger, härterer Kämpfer. Nun wird Weltanschauung gegen Weltanschauung fechten. Internationalismus gegen nationalen Fanatismus, Demokratie gegen Autorität, Pazifismus gegen Kampfentschlossenheit. Was immer unsere Feinde auch ersinnen und versuchen mögen: Die nationalsozialistische Bewegung wird der rocher de bronce sein [8], an dem der Marxismus zerschellt und auf dem das deutsche Volk wieder aufgerichtet werden wird.

Ein deutscher Reichstag wurde aufgelöst [9]. Eine der größten Lügen der Weltgeschichte wird damit dem deutschen Volk zur Beurteilung unterbreitet. Diesmal soll es den Lügenkünstlern nicht gelingen, durch ihre Taschenspielerkunststückchen die öffentliche Meinung über die wesentliche Frage hinwegzutäuschen. Man hat vor wenigen Monaten unter lügnerischen Vorspiegelungen das deutsche Volk auf 60 Jahre einem Elend ausgeliefert [10], dessen Gesicht schon jetzt klar erkenntlich ist. Wir haben dieses Elend vorausgesagt und das Verbrechen, das begangen wurde, deshalb feierlichst vor der ganzen Nation abgelehnt [11]. Die anderen haben unser Volk belogen und betrogen und das Elend nunmehr auf ihrem Gewissen. Das Volk mag jetzt entscheiden.

In diesem Augenblick des beginnenden großen Kampfes, den die nationalsozialistische Bewegung mit allen legalen und verfassungsmäßigen Mitteln [12] bis zum letzten Ende durchfechten wird, haben wir vor uns die Front der Parteien des Verrats und das Durcheinander der Parteien der bürgerlichen Duldung. Marxistische Verbrechen und bürgerliche jämmerliche Opportunität sehen wir auf dem Schlachtfelde. Mit zwölf Mann saß die nationalsozialistische Bewegung im vergangenen deutschen Reichstag [13]. Mit einem Vielfachen davon wird sie in den neuen einziehen. Jahrelange, unermüdliche Arbeit wird nunmehr ihren Segen erhalten. Und damit erscheint auf dem Kampfplatz ein neuer Faktor, von dem wir alle inbrünstig hoffen, daß seine Bedeutung in kurzer Zeit zur ausschlaggebenden werden möge. Die bürgerliche Schwäche wird abgelöst werden vom deutschen Willen. Jugendlicher Heroismus [14] wird die greisenhafte Sterilität unseres bisherigen bürgerlichen nationalen Lebens überwinden. Sie mögen in den kommenden Wochen lügen und verleumden, was immer sie wollen, sie mögen mit was immer für neuen Polizeimätzchen die Freiheitsbewegung zu knebeln versuchen [15], sie mögen Gesetz und Recht und Verfassung noch so tausendfältig brechen, es wird nicht den Siegeszug der nationalsozialistischen Bewegung zu hemmen vermögen. Impotente Politiker verkrachter

8 Anspielung auf die Randbemerkung des preußischen Königs Friedrich Wilhelm I., mit der dieser am 25.4.1716 eine Eingabe der preußischen Stände abgelehnt hatte; diese berühmte Bemerkung wird gewöhnlich als Ausdruck seines absolutistischen Herrschaftsstils und Durchsetzungswillens verstanden: "Ich komme zu meinem Zweck und stabiliere die Souverainetät und setze die Krone fest wie einen rocher von bronce und lasse den Herren Junkers den Wind von Landtag. Man lasse den Leuten Wind, wenn man zum Zweck kommt [*sic!*]." Vgl. Johann Gustav Droysen, Geschichte der preußischen Politik, Bd. 4, 2: Friedrich Wilhelm I. König in Preußen, Leipzig 1869, S. 197 f., Anm 1.

9 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.

10 Anspielung auf den Young-Plan. Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

11 Vgl. Dok. 5, Anm. 6.

12 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

13 Vgl. Dok. 32, Anm. 23.

14 Vgl. Dok. 44, Anm. 22.

15 Vgl. z. B. Dok. 55, Anm. 1.

Parteien bilden eine neue "Partei der Tat" [16], das heißt: Die Männer der Dawes- [17] und Young-Tat versuchen abermals das Volk zu belügen! Es ist zu spät, werte Herren Parlamentarier! Die Partei der Tat ist schon längst im Leben. Die nationalsozialistische Bewegung übernimmt das Erbgut unseres Volkes zu treuen Händen und wird euch zeigen, wie man für solche Werte ficht. Das Volk wird es sehen und es wird, das wissen wir und Ihr werdet es erfahren, zu uns kommen, Bürger und Bauern, Arbeiter und Angestellte, Generale und Soldaten, Beamte und Handwerker [18]. Und sie werden wieder eins werden [19]. Über euren Parteien wird sich in größerer Kraft erheben die deutsche Nation [*sic!*]!

3. August 1930 Dok. 81
Rede auf NSDAP-Versammlung in Frankfurt a. M. [1]

VB vom 7.8.1930, "Das war Frankfurts größte Kundgebung" [2].

Er [*Hitler*] spricht von dem Neuen, das sich in Deutschland ankündigt, von dem Wendepunkt im Leben des deutschen Volkes. 12 Jahre unumschränkter Herrschaft der alten Parlamentspar-

16 Möglicherweise eine Anspielung auf den Kreis junger Publizisten, der sich um den Herausgeber der Zeitschrift "Die Tat", Hans Zehrer, gebildet hatte. Diese jungkonservativen Intellektuellen, die sich nur schwer einer eindeutigen politischen Richtung zuordnen lassen, vertraten eine strikt antiliberalistische Ideologie und versuchten vergeblich, gegen NSDAP und KPD eine Art von nationaler Volksfront aufzubauen. Vgl. Mohler, Konservative Revolution, S. 434 ff. sowie Joachim Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, Köln 1978, S. 273 ff.

17 Vgl. Dok. 7, Anm. 65.

18 Vgl. Dok. 53, Anm. 11 und Dok. 54, Anm. 3.

19 Anspielung auf die deutsche Kriegsbegeisterung im August 1914.

1 In der Festhalle, von 20.30 bis 22.30 Uhr. Die Versammlung, an der etwa 17.000 (VB: 25.000) Personen teilnahmen, wurde vom Gauleiter und Fraktionsvorsitzenden der NSDAP im Frankfurter Stadtrat Jakob Sprenger geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet.
Dem VB vom 7.8. und der Darstellung Gimbels zufolge hatte das Polizeipräsidium Frankfurt die Veranstaltung, die ursprünglich am 1.8.1930 stattfinden sollte, zweimal hintereinander verschoben; zunächst auf den 2.8. wegen des am 1.8. stattfindenden Antikriegstags der KPD, dann auf den 3.8. wegen eines Aufmarschs des Reichsbanners am 2.8.1930. Im VB vom 30.7.1930 wurde die Veranstaltung als "1. Südwestdeutscher Hitler-Tag" für den 1.8. angekündigt, im VB vom 31.7. dann für den 3.8.1930.
Vgl. ferner den Bericht des Höchster Kreisblatts: "Obwohl die Halle um 8 Uhr voll besetzt war, ließ die Eröffnung der Versammlung doch die gewohnte preußisch-deutsche Pünktlichkeit vermissen. Über eine halbe Stunde dauerte es noch, bis der Redner des Abends und Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hittler [*sic!*] erschien. Diese Zeit wurde mit umständlichen Vorbereitungen für die photographischen Aufnahmen des Empfanges ausgefüllt. Als Hittler dann, mit tausendstimmigen Heilrufen begrüßt, auf der Tribüne erschien, hatten die Photographen reichlich Arbeit, um diesen Vorgang von allen möglichen Stellungen aus, der Mit- und Nachwelt im Bilde zu erhalten. Dieser ganze, mehr theatralische Vorgang stach auch stark und nicht gerade vorteilhaft gegen die frühere deutsche Schlichtheit und Einfachheit ab. Sie entspricht aber dem heutigen Zeitgeist. Diese Aufnahmen wurden mit der Zeit selbst den Anhängern Hittlers zu viel, zumal ihnen dadurch der Anblick des Gefeierten und die Vorgänge auf der Bühne verdeckt wurden. Rufe wie 'Weg mit dem Photoapparat' erschollen zornig durch die Halle."

teien haben es vermocht, Deutschland zum Ausbeutungsobjekt und Gespött der Welt zu machen. In Bürger und Proletarier, Bauern und Städter, Republikaner und Monarchisten, Arbeitnehmer und Arbeitgeber und tausend andere Gegensätze haben die Parteien ein großes Volk aufgespalten und damit ins tiefste Elend gestürzt.

Wir hingegen sind *keine* "Interessenten" [3], *wir* vertreten keine bestimmten Berufe [4], *wir* kämpfen für das *gesamte* deutsche Volk - am Schraubstock und im Büro, in der Fabrik und hinter dem Pflug. Und wir wissen, daß - abgesehen von allen Tagesfragen - unser Volk von 62 Millionen [5] auf einem Raum lebt, der es nicht ernähren kann - 136 Menschen auf einem Quadratkilometer [6]! Auswanderung und Geburtenbeschränkung sind *keine* Wege aus der Not, denn die Abwanderung der Mutigsten senkt die Durchschnittsqualität, die Geburtenbeschränkung schädigt die Führerauslese.

Der Weg aus dieser Not setzt aber als erstes voraus den *entschlossenen Willen*, das Recht auf Raum und Leben zu behaupten und zu erkämpfen - unter Einsatz der geballten willensmäßigen Kraft der gesamten Nation. Gewiß sind diese heutigen Menschen in Deutschland kein *Volk*, wie es in seiner Geschlossenheit zur Behauptung seines Lebens beschaffen sein muß. Aber es geht nicht an, dem Volk die Schuld zuzuschieben. *Wir* schieben die Schuld auf seine Führer!

"Ein Volk wird Großes leisten, wenn seine Führung etwas taugt. Und diese Führung muß genial, weise, sie muß tatkräftig, kühn und - wenn nötig - verwegen sein."

"Friede, Freiheit, Brot" hat die Linke geschrien [7]. Jawohl, wir wollen Freiheit, wir wollen Brot [8], wir wollen *Frieden*, aber wir wollen *nicht Elend, Hunger, Arbeitslosigkeit* [9] *und Ver-*

---

2 Vgl. auch Volksstimme vom 2.8.1930 "Nationalsozialistische Geistesblüten"; Nassauer Beobachter Nr. 31 (1930), "Adolf Hitler spricht!"; Fechenheimer Anzeiger vom 4.8.1930, "Hitler in Frankfurt"; Frankfurter Generalanzeiger vom 4.8.1930, "Hitler spricht in der Frankfurter Festhalle"; Frankfurter Zeitung vom 4.8.1930, "Hitler-Versammlung"; Höchster Kreisblatt vom 4.8.1930, "Wahl-Nachrichten"; Wiesbadener Tageblatt vom 4.8.1930, "Eine Wahlrede Hitlers in Frankfurt a.M."; Wiesbadener Zeitung vom 4.8.1930, "Hitler in Frankfurt"; Volksstimme vom 4.8.1930, "Hitler-Operette!"; Le Matin vom 5.8.1930, "Le chef de 'Nazi' n'est pas pacifiste"; VB vom 5.8.1930, "Adolf Hitler spricht vor 25.000 Zuhörern in Frankfurt"; Vossische Zeitung vom 5.8.1930, "Hitler-Parade in Frankfurt"; VB vom 8.8.1930, "Zwei Frankfurter Stimmen"; Nassauer Beobachter Nr. 32 (1930), "Hitler spricht vor 25.000"; Illustrierter Beobachter vom 16.8.1930, "Adolf Hitler in Frankfurt a. M. Die Kundgebung der 25.000"; Ferner: So kämpften wir. Schilderungen aus der Kampfzeit der NSDAP im Gau Hessen-Nassau. Hrsg. von A[*dalbert*] Gimbel, bearbeitet von Karl Hepp, Frankfurt a. M. 1941, S. 106 ff. Dieter Rebentisch, Zwei Beiträge zur Vorgeschichte und Machtergreifung des Nationalsozialismus in Frankfurt. In: Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen. Hrsg. v. Eike Hennig, Frankfurt a. M. 1983, S. 279-297. Fotos zu dieser Veranstaltung in: Hessisches HStA, Abt. 483, Nr. 11211.

3 Vgl. Dok. 76, Anm. 4.

4 Vgl. Dok. 53, Anm. 11 und Dok. 54, Anm. 3.

5 Vgl. Dok. 41, Anm. 17.

6 Auf der Basis der Volkszählung vom 16.6.1925 (62.410.619 Menschen) betrug die Bevölkerungsdichte im Deutschen Reich 133,14 Menschen pro km^2. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 6.

7 Vgl. Die Deutsche Revolution 1918-1919. Dokumente. Hrsg. von Gerhard A. Ritter und Susanne Miller, Frankfurt a. M. 1983, S. 1983, S. 41 ff. sowie Detlef Lehnert, Sozialdemokratie und Novemberrevolution. Die Neuordnungsdebatte 1918/19 in der politischen Publizistik von SPD und USPD, Frankfurt a. M. 1983.

8 Vgl. Dok. 20, Anm. 31.

9 Vgl. Dok. 8, Anm. 7 und 8; Dok. 22, Anm. 2, 4 und 10; Dok. 63, Anm. 11; Dok. 72, Anm. 9; Dok. 76, Anm. 26 und 28.

zweiflung, sondern den *Kampf* gegen dieses Unerträgliche. Diese Kraft zum Widerstand und zur Wiedergenesung haben Völker stets aus sich selbst heraus gefunden. Und wer glaubt, es sei vermessen, wenn wir Nationalsozialisten dieses Gewaltige erzwingen wollen, der soll daran denken, daß es wohl vermessener war, als im Jahre 1919 eine Gruppe von 7 namenlosen Männern [10] sich unterfing, eine Millionenarmee [11] wie die heutige nationalsozialistische Bewegung ins Leben zu rufen. Aber es ist gelungen! Und wir *sagen* nicht nur, daß wir unser Volk zu einer geschlossenen Einheit zusammenschweißen und zur Freiheit führen, - wir *tun es*. In unseren Reihen sammelt sich *Deutschland*. Bei uns gibt es keine Feigheit und keinen Pazifismus mehr. Bei uns sind Standesdünkel und Klassengegensätze überwundene Dinge. Das heutige System kämpft mit Verboten und Terror gegen uns. Aber *heute* schon ist es gewiß:

"Das Deutschland, das kommt und das ihr haßt, das sind wir!"

"Wenn ganz Deutschland demokratisch denken würde wie das "Berliner Tageblatt" [12] *oder die "Frankfurter Zeitung"* [13]*, dann gäbe es in 40 Jahren kein deutsches Volk mehr. Wenn aber ganz Deutschland nationalsozialistisch denkt, wird es in 10 Jahren keine Sklaverei mehr geben!"*

Antidemokratisch, antipazifistisch, antiinternational führen wir unseren Kampf. Und am 14. September [*1930*] ist Wahltag [14] - am 15. September beginnt unser Kampf von neuem! Man sagt "Wahltag ist Zahltag". Das deutsche Volk möge sie "bezahlen" - alle die, die es in dieses Elend geführt haben. Wir Nationalsozialisten können für uns in Anspruch nehmen, unser Wollen - ob Wahl oder Nichtwahl - unverrückbar festgehalten zu haben und so aus 7 Mann Millionen geworden zu sein. Der Terror der Gegner [15] hat uns nicht zerschlagen, sondern zusammengeschweißt.

"Jeder Schlag stärkt unsere Reihen, und jeder Terror stärkt unser Menschenmaterial. Jede Verfolgung scheucht die Feigen von uns weg. Wir können sagen: In unseren Reihen ist heute das Deutschland, das Mut hat, das Deutschland, das Herz hat, das Deutschland, das Vertrauen besitzt und das bereit ist, für diese Ideale zu kämpfen."

Jetzt setzen die Verleumdungen wieder gegen uns ein. Aber das deutsche Volk denke daran, daß *alles*, aber auch *alles*, erlogen war, was dieses Gesindel je gesagt [*hat*], und erinnere

10 Vgl. Dok. 21, Anm. 41 sowie Dok. 41, Anm. 12.

11 Vgl. Dok. 11, Anm. 22; Dok. 36, Anm. 15; Dok. 41, Anm. 13; Dok. 69, Anm. 27; Dok. 72, Anm. 16.

12 Das Berliner Tageblatt wurde 1872 als liberale Berliner Lokalzeitung gegründet und galt schon bald als eine der wichtigsten Zeitungen in Deutschland, nicht zuletzt aufgrund ihres weitverzweigten Nachrichtendienstes (Wolffs Telegraphisches Büro). Das Blatt, dessen Chefredakteur 1906 Theodor Wolff geworden war, stand während der Weimarer Republik der DDP nahe. Vgl. Gotthart Schwarz, Theodor Wolff und das "Berliner Tageblatt". Eine liberale Stimme in der deutschen Politik 1906-1933, Tübingen 1968, S. 73 ff.

13 Die Frankfurter Zeitung geht zurück auf die seit 1856 erscheinende Frankfurter Handelszeitung, seit November 1866 Frankfurter Zeitung und Handelsblatt. Um politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit bemüht, entwickelte sich die Frankfurter Zeitung schon vor 1914 zu einer der führenden liberalen Zeitungen in Deutschland mit zunehmender internationaler Bedeutung. 1934 erreichte die Frankfurter Zeitung, deren Geschäftsführung 1910 die Brüder Heinrich und Kurt Simon übernommen hatten, eine Auflagenhöhe von über 100.000. Vgl. Günther Gillessen, Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich, Berlin 1986, S. 12 ff.

14 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.

15 Vgl. Dok. 23, Anm. 3; Dok. 24, Anm. 2; Dok. 28, Anm. 29; Dok. 29, Anm. 13; Dok. 32, Anm. 24; Dok. 41, Anm. 21; Dok. 55, Anm. 1; Dok. 58.

sich an die Versprechungen vor Annahme des Young-Plans [16]: Steuerabbau [17], Rückgang der Erwerbslosigkeit, Finanzausgleich [18]. *Stets* kam das Gegenteil! Das deutsche Volk prüfe und entscheide! Wenn es an uns glaubt, glaubt es an Deutschland, und am 14. September [*1930*] *ist der Sieg unser* [19]*!*

5. August 1930 Dok. 82
Rede auf NSDAP-Versammlung in Würzburg [1]

Lagebericht Nr. 195 p 30 der Polizeidirektion Würzburg vom 6.8.1930; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte [2].

In seiner zweieinhalbstündigen Rede führte er [*Hitler*] aus, es sei sehr leicht, einer Masse von beruflich Zusammengehörigen ein politisches Programm zu entwickeln und ihnen Versprechungen zu machen, die ihren Wünschen entsprächen [3]. Die Hitlerbewegung umfasse aber alle Bevölkerungsschichten und Berufskreise [4] und das deshalb, weil das Programm der NSDAP [5] ein rein weltanschauliches Bekenntnis sei. Das Schicksal einer Nation sei das seiner einzelnen Glieder, der Länder, Gemeinden und Familien. In der Politik komme es nicht darauf an, wer regiere, sondern auf das System, mit dem regiert werde. Das Regierungssystem der Nachkriegszeit habe sich als falsch erwiesen und habe gänzlich versagt. Dieses System habe sich nur deshalb so lange halten können, weil vor dem Kriege in Deutschland besser regiert und eine Substanz geschaffen worden sei, von der man bis jetzt habe leben können. Der Aufruf zur Reichstagswahl [6] dürfe nicht lauten Demokratie, Proletariat oder Diktatur, sondern müsse heißen deutsches Volk. Der Grundsatz der Natur, daß sich nur der Lebensfähige durchsetze, während der Schwache untergehe, gelte auch bei den Völkern [7]. Weitere Ausführungen des Red-

---

16 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.
17 Vgl. Dok. 19, Anm. 8.
18 Vgl. Dok. 76, Anm. 20.
19 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In der Frankenhalle, von etwa 20.00 bis 22.30 Uhr. Die fast ausverkaufte Versammlung, an der laut Vorlage etwa 5.000 (VB: 6.000) Personen teilnahmen, wurde von MdL und Gauleiter Otto Hellmuth geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Der Eintrittspreis für einen Sitzplatz betrug 1 RM, für einen Stehplatz 50 Pfennig.
2 Vgl. auch Würzburger Generalanzeiger vom 6.8.1930, "Adolf Hitler in Würzburg"; VB vom 7.8.1930, "6.000 in Würzburg"; Illustrierter Beobachter vom 30.8.1930, "Das Volk steht auf...". Sowie Lagebericht Nr. 180/II/30 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 8.10.1930; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte.
3 Vgl. Dok. 54, Anm. 3.
4 Vgl. Dok. 53, Anm. 11.
5 Druck: Maser, Sturm, S. 468 ff.
6 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.
7 Zu den möglichen Quellen von Hitlers sozialdarwinistischen Vorstellungen vgl. Peter Emil Becker, Sozialdarwinismus, Rassismus, Antisemitismus und Völkischer Gedanke. Wege ins Dritte Reich, Teil II, Stuttgart 1990.

ners beschäftigten sich mit dem Kampf um Raum und Brot, Auswanderung [8], Geburtenregelung und Exportsteigerung, welch letztere er als Fehlschluß bezeichnete, wenn man der Anschauung sei, daß sich dadurch ein Volk dauernd aufrechterhalten solle. Der Wirtschaftskampf bringe nur dem einen Gewinn, der zu seiner guten Leistung auch das Schwert in die Waagschale werfen könne. Bei dem Kampf in Deutschland handle es sich nicht um eine Majorität, sondern um eine vollkommene Neuorientierung der ganzen Weltanschauung. Die Hitlerpartei habe sich zum Ziel gesetzt, das deutsche Volk wieder aus dem Morast zu führen, ihm neue Kraft und neuen Lebenswillen zu geben. Die größte Feigheit sei die pazifistische Weltanschauung [9], wie sie ein Prof. Quidde [10] u. a. dem Volke predigten. Diese Weltanschauung der Demokratie widerlege sich selbst. Drei Wege gebe es, die das deutsche Volk wieder auf die Höhe bringen könnten, und diese seien

1. Besinnung auf die Blutzugehörigkeit und das nationale Bewußtstein,

2. Erkenntnis der Notwendigkeit, daß alle Regierungshandlungen nur von den fähigsten Köpfen der Nation vorgenommen werden dürften und

3. Bekenntnis zum Lebenswillen und zur Wehrhaftigkeit.

Auf die einzelnen Punkte ging der Referent näher ein, wobei er die Jahrhunderte alte ruhmreiche Geschichte des deutschen Volkes streifte. Die Juden versuchte er als blutsfremde Rasse hinzustellen und bezeichnete sie als Schädlinge am Volkskörper. Das Reich verglich er mit einem morschen Eichbaum, der sich zwar nicht mehr verjüngen, der aber noch Reiser treiben könne, die Kraft und Stärke für neues Leben in sich trügen.

Wenn man der NSDAP auch das Hemd ausziehe [11], das Herz könne man ihr nicht nehmen. Ein neues Deutschland des Heroismus entstehe. Die Hitlerbewegung marschiere und umfasse heute schon ca. 300.000 Mitglieder [12], zu denen vielleicht 3 Millionen Freunde zu rechnen seien. In einigen Jahren werde das ganze deutsche Volk auf legalem Wege und mit legalen Mitteln [13] erobert sein, und dann könne man zur Befreiung Deutschlands schreiten. Alle anderen Parteien hätten zwar ebenfalls die Befreiung versprochen [14], sich jedoch als unfähig erwiesen, ihr Versprechen einzulösen. Die NSDAP habe immer den Wunsch: "Herr, laß niemals uns loben von den Feinden unseres Volkes [15]." Adolf Hitler ging noch kurz auf seine Person

8 Vgl. Dok. 15, Anm. 15 und Dok. 69, Anm. 8.

9 Zum Pazifismus in der Weimarer Republik vgl. Karl Holl, Pazifismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988, S. 138 ff.

10 Ludwig Quidde (1858-1941), 1881 Dr. phil., 1882 Mitarbeiter, seit 1889 leitender Herausgeber der Deutschen Reichstagsakten, 1888-1896 Gründer und Herausgeber der Deutschen Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1890-1892 leitender Sekretär des Preußischen Historischen Instituts in Rom, 1896 Inhaftierung wegen Majestätsbeleidigung, 1894-1918 Gründer und Vorsitzender der Münchner Friedensgesellschaft, 1907 Präsident des Weltfriedenskongresses München, 1907-1919 MdL in Bayern (Süddeutsche Volkspartei/Fortschrittliche Volkspartei), 1914-1929 Vorsitzender der Deutschen Friedens-Gesellschaft, 1919/20 Mitglied der Nationalversammlung (DDP), 1924 erneute Inhaftierung, 1927 Friedensnobelpreis, seit März 1933 im Exil.

11 Vgl. Dok. 55, Anm. 1.

12 Vgl. Dok. 72, Anm. 16, ferner Dok. 11, Anm. 22 sowie Dok. 41, Anm. 13.

13 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

14 Vgl. Dok. 26, Anm. 5.

15 Der Satz, möglicherweise in Anlehnung an die Psalmen formuliert, ist in der Bibel nicht nachzuweisen. Vgl. ferner Dok. 63, Anm. 23.

ein, schilderte in scharfen Umrissen die Gründung der Partei durch einige Namenlose [16] und den Aufstieg in den letzten Jahren zu einer politschen Macht. Er sei nicht gekommen, um etwa Wahlstimmen zu betteln, sondern er wolle nur überzeugen und die rufen, die überzeugt seien, daß die NSDAP Deutschland wieder einer besseren Zukunft entgegen führen könne. Hitler schloß mit den Worten: "Wir wollen unser Recht, wir wollen die Freiheit, das Reich der Macht und Einheit. Amen! [17]"

7. August 1930 Dok. 83
Rede auf NSDAP-Versammlung in Grafing/Oberbayern [1]

Redetext nicht ermittelt [2].

9. August 1930 Dok. 84
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 9.8.1930.

Wie die das schlechte Gewissen herumtreibt [*sic!*]! Es ist wirklich nicht mehr schön! Am 14. September [*1930*] soll die Wahl stattfinden [1], und heute weiß noch kein Mensch ernstlich und endgültig, wie die Parteien überhaupt heißen, die gewählt werden wollen [2] und die die Rettung

16 Vgl. Dok. 21, Anm. 4 und Dok. 41, Anm. 12.
17 Vgl. Dok. 63, Anm. 23. In der Vorlage wird über den weiteren Versammlungsablauf wie folgt berichtet: "Die Ausführungen waren sehr sachlich und gaben zu keinerlei Beanstandungen Anlaß. Sie wurden von den Besuchern mit starkem Beifall aufgenommen. Nach gemeinsamem Absingen des Deutschlandliedes erreichte die Kundgebung gegen 10 3/4 Uhr ihr Ende. Zu Zwischenfällen kam es weder im Versammlungsraum noch auf der Straße. Der Abzug der Besuchermassen und die Abfahrt der Lastkraftwagen vollzog sich ohne Störung. Zu Beanstandungen in bezug auf das Uniformverbot wurde in keinem Falle Anlaß gegeben."

1 In der Turnhalle, abends. Laut VB nahmen über 4.000 Personen an der Versammlung teil, die wegen Überfüllung ab 19.00 Uhr polizeilich gesperrt werden mußte.
2 Zum Ablauf vgl VB vom 9.8.1930, "4.000 vor Hitler in Grafing" und "4.000 in Grafing bei Adolf Hitler". Dem VB zufolge sprach Hitler "über die Not und unsern Kampf"; seine Rede habe derjenigen entsprochen, die er am 3.8.1930 in Frankfurt a. M. und am 5.8.1930 in Würzburg gehalten habe. Vgl. Dok. 81 und 82.

1 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.
2 Vermutlich meint Hitler folgende Parteineugründungen:
Am 27.7.1930 hatten sich führende Politiker der DDP, angeführt vom Parteivorsitzenden Erich Koch-Weser, mit der von Mahraun geleiteten Volksnationalen Reichsvereinigung zur Deutschen Staatspartei (DStP) zu-

des deutschen Volkes beabsichtigen. Vielleicht geht wenigstens jetzt manchem der Knopf auf [*sic!*], vielleicht wird jetzt dem einen oder anderen klar, was für jämmerlichen Gebilden er bisher hoffnungsvoll vertraute und nachlief. Und was für jämmerlichen Menschen! Vor wenigen Monaten da trompeteten sie noch ihre Jubelfanfaren über den "Young-Sieg" [3] in alle Welt hinaus und heute verleugnen sie ihre eigenen Parteien! Es muß eine furchtbare Abrechnung im Anzug sein, sonst wäre dieses heillose, angsterfüllte Durcheinander unverständlich. Und die Abrechnung kommt. Daß sie kommt, wird in erster Linie der unermüdlichen Arbeit unserer Bewegung zu danken sein und - sind wir gerecht - der gewaltigen Aufklärung, die das Volksbegehren [4] mit sich brachte. Von Woche zu Woche schält sich nun der Erfolg des Volksbegehrens mehr und mehr heraus. Wenn die nationalsozialistische Bewegung aus diesem Wahlkampfe mit einem großen Siege hervorgehen wird, dann verdankt sie dies der ehrlichen letzten Konsequenz, die sie unter Überwindung zahlreicher kleinerer Bedenken im Kampf gegen den Young-Plan gezogen hat. Nur der Appell an die Nation gibt uns heute das Ohr der Millionenmasse unseres Volkes. Nur dieser Appell hat unsere Gegner gezwungen, statt im Parlament vor dem Volke selbst ihre verlogenen Phrasen vom "Wiederaufstieg", von der "Rettung und Genesung" herabzuleiern [5]. Und nur, weil das Volk in seiner Gesamtheit diese Lügen vernahm, kann man die Lügner heute kennzeichnen. Und es wird wieder die Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung sein, dafür zu sorgen, daß im Wirrwarr des bürgerlichen Zusammenbruchs der Marxismus nicht vergessen werde! Denn er trägt an allem Leid und Elend die gewaltigste und schwerste Schuld. Die nationalsozialistische Bewegung wird gerade in der Bekämpfung der Sozialdemokratie und des Kommunismus mit großen Waffen arbeiten müssen. Der schon jetzt einsetzenden Lügenpropaganda dieser Parteien im Kleinen muß die traditionelle Verlogenheit im Größten entgegengehalten werden. Jene traditionelle Verlogenheit, die die Sozialdemokratie im Frieden und durch den Krieg hindurch zur Revolution schreiten ließ, mit der sie seit dem November 1918 [6] die größten historischen Verbrechen motivierte, beging und deckte, und die in der Vorbereitung, Durchführung und Verteidigung des Young-Plans die größten

---

sammengeschlossen. Einzelne Vertreter der DVP wie Rochus Frhr. von Rheinbaben und der Jungliberalen wie Theodor Eschenburg und Josef Winschuh kamen dazu. Dennoch gelang es der neuen Partei nicht, eine Sammlungsbewegung der politischen Mitte zu initiieren, schon weil die DVP an der überstürzten Gründung der DStP nicht beteiligt wurde. Vgl. Werner Stephan, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973, S. 439 ff. sowie Larry Eugene Jones, German Liberalism and the Dissolution of the Weimar System 1918-1933, Chapel Hill 1988, S. 366 ff.
Das relativ lockere Zweckbündnis der Volkskonservativen Vereinigung (vgl. Dok. 48, Anm. 8), hatte sich am 23.7.1930 als Konservative Volkspartei konstituiert und war tags darauf mit einem Gründungsaufruf an die Öffentlichkeit getreten. Die neue Partei rekrutierte sich vor allem aus jenen Reichstagsabgeordneten, die unter Westarps Führung am 17./18.7.1930 endgültig die DNVP verlassen hatten, da sie - im Gegensatz zur Parteiführung der DNVP - nicht bereit waren, den Mißtrauensantrag der SPD gegen die Regierung Brüning zu unterstützen. Vgl. Dok. 28, Anm. 6, Dok. 37, Anm. 2 und Dok. 76, Anm. 24. Die neue Partei konnte jedoch weder einen schlagkräftigen Parteiapparat aufbauen, noch sich als Massenpartei konsolidieren. Vgl. Jonas, Die Volkskonservativen 1928-1933, S. 71 ff.

3 Vgl. Dok. 5, Anm. 5 sowie Dok. 26, Anm. 5.

4 Vgl. Dok. 5, Anm. 6. Es fällt auf, welchen Stellenwert Hitler selbst seiner Beteiligung am Volksbegehren gegen den Young-Plan einräumt.

5 Vgl. Dok. 6, Anm. 15, Dok. 26, Anm. 2 und 3.

6 Anspielung auf die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

Dimensionen annahm [7]. Und hier muß man sie immer wieder festhalten und darauf festnageln: Das Elend, das wir vorausgesetzt haben und das als Folge des Young-Plans sich nunmehr allerorten ankündigt [8], dieses Elend hat der Marxismus auf 60 Jahre dem deutschen Volk aufgeladen! Dabei ist das, was wir heute an Elend sehen, nur der Beginn eines Zusammenbruchs, der größer sein wird als der Anfang. Sozialdemokratie und Kommunismus haben gemeinsam Deutschland in dieses namenlose Unglück gestürzt, beide müssen vernichtet werden. Das Bürgertum, das mit dieser Pest paktiert [9], sie deckt und schützt, verdient den gleichen Weg zu gehen. Wenn heute dieses Bürgertum und seine politischen Parteien krampfhaft nach neuen Namen suchen, um das Volk zu betölpeln und neuerdings vor die zertrümmerten Parteiwägen zu spannen, dann muß man hier, wenn notwendig, rücksichtslos die geistigen Stränge durchhauen, die zwischen einem wenig urteilsvollen Volk und sogenannten ruhmvollen Namen bestehen, die militärisch weiß Gott was leisteten, politisch aber dem kleinsten jüdischen Schieber unterlegen sind. Denn Parolen [10] für die "bürgerliche Einigung", "für den Staat", "für die Mitte", "für Hindenburg", "für Lettow-Vorbeck" [11] usw. werden wir Nationalsozialisten nur eine einzige Parole entgegensetzen: *"für das deutsche Volk"*. Für jenes deutsche Volk, das seit Jahrzehnten unter diesen Parteiführern verraten und verkauft wurde. Für das deutsche Volk, das die ungeheuerlichsten Opfer im Weltkrieg brachte und von den politischen Führern um den Sieg und damit um Freiheit und Brot [12] betrogen wurde. Für das deutsche Volk, das man seit zwölf Jahren von einer Hoffnung in die andere wiegt, um es immer aufs neue zu enttäuschen und immer wieder aufs neue erpressen zu lassen. Für das deutsche Volk, dem man vor acht Monaten einen Himmel versprach [13] und das nun durch diese Parteiführer einer 60 Jahre lang währenden Hölle überantwortet wurde. Jenes deutsche Volk, das brav ist und fleißig seine Pflicht erfüllt und das nur einem Haufen Parasiten zum Opfer gefallen ist, die es sich gütlich

7 Vgl. Dok. 32, Anm. 10.

8 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.

9 Vgl. Dok. 3, Anm. 5 sowie Dok. 23, Anm. 2.

10 Nähere Angaben zu den Wahlkampfparolen in: Günter Buchstab/ Brigitte Kaff/ Hans-Otto Kleinmann (Hrsg.), Keine Stimme dem Radikalismus. Christliche, liberale und konservative Parteien in den Wahlen 1930-1933, Berlin 1984, S. 19 ff. Mit Plakatbeispielen im Anhang. Gerd Müller, Das Wahlplakat. Pragmatische Untersuchungen zur Sprache in der Politik am Beispiel von Wahlplakaten aus der Weimarer Republik und der Bundesrepublik, Tübingen 1978. Ferner Gabriele Wilpert, Wahlflugblätter aus der Weimarer Zeit. Untersuchungen zur historischen Ausprägung eines Texttyps, Göppingen 1978.

11 Paul von Lettow-Vorbeck (1870-1964), 1888 preußischer Fähnrich, 1900/01 Adjutant der 1. Ostasiatischen Infanteriebrigade im Ostasiatischen Expeditionskorps, 1904-1907 Hauptmann in der deutschen Schutztruppe in Südwestafrika, 1913 Oberstleutnant, Kommandeur der deutschen Schutztruppe in Kamerun, April 1914-November 1918 Kommandeur der deutschen Schutztruppe in Ostafrika, 1919 Kommandeur der Brigade 9 der Reichswehr, 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, Verabschiedung als Generalmajor, 1928-1930 MdR (DNVP).
Lettow-Vorbeck war im Juli 1930 von der DNVP zur Volkskonservativen Partei gewechselt und kandidierte als "Zugnummer" dieser Partei im Reichstagswahlkampf 1930. Ungeachtet der knapp 50.000 Stimmen, die Lettow-Vorbeck für die Volkskonservativen im Wahlkreis Oberbayern-Schwaben gewinnen konnte, blieb ihm aufgrund seiner ungünstigen Listenplazierung ein Reichstagsmandat verwehrt. Lettow-Vorbeck trat daraufhin auch aus der Volkskonservativen Partei aus. Vgl. Hoser, Münchner Tagespresse, Bd. 2, S. 680 ff. sowie Jonas, Die Volkskonservativen, S. 88.

12 Vgl. Dok. 20, Anm. 31.

13 Gemeint ist die Propaganda für die Annahme des Young-Plans.

tun, während Millionen dem Untergang geweiht erscheinen. Für dieses Volk kämpfen wir. Nicht für Parteien, nicht für Parlamentarier, nicht für Bürger und Arbeiter, nicht für Wirtschaftsinteressen einiger Gruppen und Verbände, und am allerwenigsten für die jüdischen Parasiten und ihren Anhang! Was die anderen wollen, wissen sie bis heute selbst noch nicht. Nicht einmal über die Namen ihrer Parteien sind sie sich im klaren. Seit Wochen, ja Monaten brüten sie über neue Formen und Firmen und sind doch allesamt nur von dem einen Gedanken beherrscht: Wie kann ich meinen lieben Mitbruder und Parteipartner am leichtesten über das Ohr schlagen. Seit Wochen versuchen sie sich gegenseitig zu beschwindeln, und dann wird derselbe Kampf um das Volk beginnen. Dann werden sie so wie vor jeder Wahl das Blaue vom Himmel herunter versprechen, versichern, daß sie sich nun zu bessern gedächten, und werden - wenn ja die Dummheit der Nation sie wieder in den Sattel hebt - dasselbe sein, was sie bisher waren: erbärmliche Reiter, traurige Schinder, die Bismarcks Germania vom Pferde stürzten und es selbst nun zu Tode quälen.

Die nationalsozialistische Bewegung geht in diese Wahl wie ein Mann. Sie wird in ungezählten Tausenden von Versammlungen [14] Abrechnung halten mit den Vernichtern des Vaterlandes und wird am 14. September [*1930*] einen großen Sieg erringen.

9. August 1930 Dok. 85
Rede auf NSDAP-Unterführertagung in Rendsburg [1]

Abschrift eines Berichts des Polizeipräsidenten Kiel o. Nr. vom 13.8.1930; Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv, Abt. 301, Nr. 4558 [2].

Hitler hielt eine zweistündige Rede, in welcher er seinen Lebenslauf schilderte und die Gründe erläuterte, die ihn zur Gründung der N.S.D.A.P. bewogen haben [3]. Dadurch, daß er in der N.S.D.A.P. alle Schichten der Bevölkerung zusammenfaßte, wollte er die Gegensätze zwischen arm und reich überbrücken [4], was ihm auch bisher gelungen sei. Zum Schluß seiner Rede klagte Hitler über die Verluste, die die S.A. insbesondere durch Zusammenstöße mit Kommunisten erlitten habe [5]. Hierzu führt er aus, daß, wenn die N.S.D.A.P. in der Regierung sein

14 Vgl. Dok. 21, Anm. 9.

1 Im Lokal Schützenhof, nach 16.00 Uhr. An der geschlossenen Veranstaltung, die um 14.00 Uhr begann, nahmen etwa 2.000 Personen teil. Laut Vorlage sprachen vor Hitler "einzelne Gau- und Kreisleiter über die zu ergreifenden Maßnahmen während der Wahlzeit".
2 Vgl. auch Rendsburger Tageblatt vom 7.8.1930, "Hitler spricht in Kiel", ferner die Ankündigung im VB vom 9.8.1930.
3 Vgl. Dok. 20, Anm. 32.
4 Vgl. Dok. 53, Anm. 11.
5 Laut Statistik der SA-Versicherung wurden 1930 2.506 SA-Männer bei politischen Auseinandersetzungen verletzt. Vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 96. Die offizielle Statistik der NSDAP (Halbmast. Ein Heldenbuch der SA und SS, Erste Folge, Berlin 1932, S. 31 f.) verzeichnet für die Zeit von Januar bis August 1930 acht bei politischen Auseinandersetzungen getötete Nationalsozialisten.
Zum Terror der SA vgl. Dok. 58, Anm. 4.

würde, dafür Sorge getragen werden müsse, dem Bürger mehr Schutz angedeihen zu lassen als bisher [6].

10. August 1930 Dok. 86
Rede auf NSDAP-Versammlung in Kiel [1]

Masch. Aufzeichnung mit hs. Vermerk "Rede des Führers auf einer Kundgebung in Kiel am 31. August 1930 in der 'Deutschen Wacht' Reichstagswahl 1930"; BA, NS 26/57 [2].

Meine deutschen Volksgenossen!

Es wird für unsere politischen Gegner dieses Mal ein schwerer Wahlkampf sein [3]. Ich weiß nicht, auf was man sich in dem Wahlkampf zu berufen gedenkt. Auf die vollbrachten Leistungen schwerlich, auf den Zustand, den man heute geschaffen hat, auch kaum. Selbst Versprechungen für die Zukunft werden vielleicht dieses Mal nicht überall ziehen. Man wird also vermutlich zum alten Rezept zurückgreifen. Die Lüge wird in diesem Wahlkampf Triumphe feiern wie nie zuvor. Seit ungefähr 12 Jahren begleitet diese Lüge jedes politische Ereignis. Angefangen hat das am Tage jener Revolution [4], die Deutschland frei machen sollte, die für uns Schönheit, Glück und Würde begründen sollte [5]. Damals hieß es, daß die Welt nur darauf warte, daß das deutsche Volk sich selbst entwaffne [6], daß das deutsche Volk damit das sichtbare Zeichen einer inneren Gesinnungsumwandlung gäbe, daß die anderen Völker dann in demselben Augenblick, in dem das deutsche Volk diese Konsequenz zöge, sich ihrerseits nicht

6 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In der Deutschen Wacht, abends. Hitler sprach knapp 2 1/2 Stunden vor etwa 2.500 (VB: 4.000) Personen.
2 Die hs. Datierung auf der Vorlage trifft nicht zu. Vgl. auch Rendsburger Tageblatt vom 7.8.1930, "Hitler spricht in Kiel"; Rendsburger Tageblatt vom 11.8.1930, "Hitlers Rede in Kiel"; Schleswig-Holsteinische Tageszeitung vom 11.8.1930, "Hitler in Kiel"; Kieler Neueste Nachrichten vom 12.8.1930, "Adolf Hitler in Kiel"; Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung vom 12.8.1930, "Wer kneift da?"; VB vom 17./18.8.1930, "4.000 in Kiel vor Adolf Hitler". Ferner Abschrift eines Berichts des Polizeipräsidenten Kiel o. Nr. vom 13.8.1930; Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv, Abt. 301, Nr. 4558.
3 Vgl. Dok. 77, Anm. 55.
4 Gemeint sind die revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich, die Ende Oktober 1918 u. a. mit Meutereien in der im Reichskriegshafen Kiel liegenden Hochseeflotte begonnen hatten.
5 Vgl. Dok. 15, Anm. 2.
6 In seiner Anwort vom 8.10.1918 auf das deutsche Waffenstillstandsersuchen vom 3.10.1918 hatte der amerikanische Staatssekretär des Äußeren Lansing die Räumung der von den Mittelmächten besetzten Gebiete gefordert. In seiner Note vom 14.10.1918 hatte er betont, "daß keine Regelung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Überlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten an der Front schaffen". Druck der genannten Dokumente: Ursachen und Folgen, Bd. II, S. 378 f., 384 f., 393 f. Vgl. ferner Thomas J. Knock, To End all Wars. Woodrow Wilson and the Quest for a New World Order, New York 1992, S. 105 ff..

mehr zurückhalten würden mit ihren Gefühlen und daß es dann in jedem Punkte eine Verständigung gäbe. Man erklärte schon, daß englische Schiffe schon die rote Fahne aufgezogen hätten, daß tatsächlich die Verbrüderung unseres deutschen Volkes mit den anderen Nationen bereits im Gange wäre, und nur wir müßten hier sicher vorangehen [7]. Und wir gingen denn auch voran.

Der Staat selbst hat mit den großen deutschen Umschwung eingeleitet. Und kaum war dieser Umschwung in Bewegung geraten, da kam die Unterzeichnung des Waffenstillstandes [8]. Man erklärte, daß der Waffenstillstand die Einleitung zu einem Frieden der Versöhnung und Verständigung sein würde und daß dieser Waffenstillstand dem deutschen Volke nichts anderes bringen könnte als Glück für die Zukunft. Eine Berliner Zeitung schrieb damals: Wenn das deutsche Volk heute seine Waffen niederlegt, dann braucht es nicht zu fürchten, daß jemals diese Waffen von dem Gegner mißbraucht werden. Wir haben hierfür den größten Garanten, den es geben kann: Wilson. Der wird nie zulassen, daß das nunmehr freiwillig seine Waffen niederlegende Deutschland vielleicht nun schlecht behandelt würde. Wir können garantieren, daß diese Waffenniederlegung die Einleitung, allerdings die notwendige Einleitung zur Besinnung aller Nationen ist. Wenn Deutschland seine Waffen niederlegt, dann tritt der Zustand ein, den wir alle ersehnen, der Zustand des Friedens, des ewigen Friedens, der Völkerversöhnung, der Völkerverständigung, des Völkerbundes [9]. So schrieb man damals [10]. Und man unterschrieb den Waffenstillstand, der eine Entwaffnung war [11], eine Kapitulation. Und kaum war der Vertrag unterzeichnet, da kamen weitere Verträge, die Auslieferung deutscher Han-

7 Wie in allen kriegführenden Staaten hatte sich auch in weiten Kreisen der britischen Bevölkerung bei Ende des Ersten Weltkriegs ein hoher Konflikt- und Erwartungsstau ausgebildet, der jedoch - mit Ausnahme des Soldatenrats in Kempton Park Anfang Januar 1919 und der äußerst explosiven Stimmung in den Entlassungscamps in Nordfrankreich und Südengland - nicht auf die Streitkräfte übergriff. Dagegen kam es im zivilen Sektor zu Massenstreiks, mit insgesamt 1.165 Streiks und 1.116.000 Streikenden im Jahr 1918 die international größte Streikbewegung. Vgl. Bernd-Jürgen Wendt, "Deutsche Revolution" - "Labour Unrest". Systembedingungen der Streikbewegung in Deutschland und England 1918-1921. In: Archiv für Sozialgeschichte XX (1980), S. 1-55. Zahlen bei Marc Ferro, Der Große Krieg 1914-1918, Frankfurt a. M. 1988, S. 310.

8 Vgl. Dok. 44, Anm. 7 und Dok. 77, Anm. 7.

9 Die Idee einer internationalen Organisation zur Sicherung des Friedens und zur Förderung der internationalen Beziehungen war Teil von Wilsons 14-Punkte-Programm vom 8.1.1918. Nachdem sich während der Pariser Friedenskonferenz am 3.2.1919 die Völkerbundskommission gebildet hatte, wurde die Völkerbundssatzung als Teil I in den Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 aufgenommen. Mit wenigen Ausnahmen - darunter die USA - wurden die der Siegerkoalition angehörenden Signatarmächte der Pariser Friedensverträge Mitglieder des Völkerbunds, während das Deutsche Reich erst 1926 aufgenommen wurde. Vgl. Pfeil, Völkerbund, S. 32 ff. Druck der Völkerbundssatzung: RGBl. 1919, S. 717 ff.

10 Nicht ermittelt. Zum publizistischen Echo auf das Ende des Ersten Weltkriegs vgl. Kurt Ahnert, Die Entwicklung der deutschen Revolution und das Kriegsende in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November 1918 in Leitartikeln, Extrablättern, Telegrammen, Aufrufen und Verordnungen nach den führenden deutschen Zeitungen, Nürnberg 1918 sowie Karin Herrmann, Der Zusammenbruch 1918 in der deutschen Tagespresse. Politische Ziele, Reaktion auf die Ereignisse und die Versuche der Meinungsführung in der deutschen Tagespresse während der Zeit vom 23. September bis 11. November 1918, Diss. phil., Münster 1958.

11 Artikel IV der Waffenstillstandsbedingungen vom 11.11.1918 verlangte die Übergabe von 5.000 Geschützen, 25.000 Maschinengewehren, 3.000 Minenwerfern und 1.700 Kampfflugzeugen, Artikel XXII und XXIII die Auslieferung sämtlicher Unterseeboote, von sechs Panzerkreuzern, zehn Linienschiffen, acht Kleinen Kreuzern und 50 Zerstörern. Druck: Der Waffenstillstand 1918-1919, Bd. 1, S. 25, 47, 75, 79.

dels- und Kriegsschiffe [12]. Man erklärte, das sei notwendig, und Deutschland würde die Schiffe wiederbekommen. Man könne überzeugt sein, daß eines Tages tatsächlich durch diesen freiwilligen Akt Deutschlands die Verständigung in die Wege geleitet werden würde. Und dann kam es genauso in dem Augenblick, in dem der Vertrag von Versailles unterzeichnet wurde [13]. Wochenlang wurde an diesem Vertrag gearbeitet. Man erklärte, das wäre nicht schlimm. Was heißt Schuld am Kriege [14]? Das Ganze sei eine formelle Angelegenheit. Wenn Deutschland unterzeichne, habe es einmal für immer der Welt das Zeichen der Gesinnungsänderung gegeben, die die Welt brauche, und dann habe man nicht zu fürchten, daß dieses etwas anderes sein würde als eine Geste - eine grandiose Geste allerdings. Das deutsche Volk solle diese Schuld auf sich nehmen. Es wird nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Und außerdem sei in dem Vertrag keine feste Summe angegeben, die Deutschland bezahlen solle [15]. Es solle sich nur verpflichten, die Schäden des Krieges wieder herzustellen. Man unterschrieb. Und als der Vertrag unterschrieben war, konnte man feststellen, daß die "Schuld am Kriege" doch schwerere Folgen besaß. Denn nunmehr wurden unerhörte Forderungen gestellt. Es hieß damals: "Was wollt ihr eigentlich? Ihr habt unterzeichnet, daß ihr schuld am Kriege seid. Da ist es recht und billig, daß ihr diese Forderungen erfüllt!"

Dann begann die Periode der Schuldendeckung. Das Bemerkenswerte ist, daß man in phantastische Begriffe überging, daß ein Betrag von 100 Milliarden als möglich angenommen wurde und daß diese 100 Milliarden seit einem Jahrzehnt uns ununterbrochen als Maßstab vorgehalten werden, daß das deutsche Volk zu zahlen begann und daß dieser Betrag sich nicht verminderte. Als die ersten Methoden [*sic!*] an der Lieferungsunfähigkeit Deutschlands scheiterten [16], da unterzeichnete man den Dawes-Vertrag [17]. Und wieder begann man, Hoffnungen zu erwecken. Wieder log man, daß nunmehr eine Befriedung der Welt eintreten würde [18]. Deutschland unterzeichnete und lieferte 5 Jahre lang. Dann ging es nicht mehr. Und die Män-

12 Die nach dem Waffenstillstand vom 11.11.1918 ausgelieferten Schiffe der deutschen Kriegsmarine wurden im britischen Flottenstützpunkt Scapa Flow interniert und am 21.6.1919, dem Tag des Ablauf des Waffenstillstands, von ihren deutschen Besatzungen versenkt. Vgl. Jost Dülffer, Die Reichs- und Kriegsmarine 1918-1939. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939, Bd. 4/VIII, S. 337 ff., hier S. 353 ff. Wegen der fortbestehenden Seeblockade hatten sich alliierte und deutsche Vertreter im Brüsseler Abkommen vom 14.3.1919 darauf geeinigt, als Gegenleistung für einen begrenzten Lebensmittelimport nach Deutschland die deutsche Handelsflotte dem Allied Maritime Transport Council zur Verfügung zu stellen. Vgl. Leo Haupts, Deutsche Friedenspolitik 1918-19. Eine Alternative zur Machtpolitik des Ersten Weltkrieges? Düsseldorf 1976, S. 293 ff.

13 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

14 Vgl. Dok. 77, Anm. 16.

15 Vgl. Dok. 77, Anm. 18. Auch zum Folgenden.

16 Am 11.1.1923 waren französische und belgische Truppen ins Ruhrgebiet einmarschiert, weil die Reparationskommission die Auffassung vertrat, daß die deutschen Reparationslieferungen bewußt verzögert worden seien. Die deutsche Regierung initiierte darauf den passiven Widerstand der besetzten Gebiete gegen die Besatzungstruppen. Die Wirkungslosigkeit dieser Strategie und die damit verbundenen hohen Kosten führten jedoch am 12./13.8.1923 zur Ablösung des Kabinetts Cuno durch das Kabinett Stresemann, das den passiven Widerstand bis zum 26.9.1923 einstellte. Vgl. Klaus Schwabe (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1985.

17 Vgl. Dok. 5, Anm. 65.

18 Zur publizistischen Auseinandersetzung um den Dawes-Plan vgl. Holz, Diskussion um den Dawes- und den Young-Plan, Bd. I, S. 35 ff.

ner, die den Dawes-Plan unterzeichnet hatten, sagten plötzlich, wir müssen aus dem Dawes-Elend heraus. Und man modellierte einen neuen Plan, den Young-Plan [19]. Und wieder versuchte man, so wie beim Dawes-Plan und allen anderen Verträgen, dem deutschen Volke die Sache nunmehr als die Rettung hinzustellen [20]. Man versicherte, daß die Unterschrift unter den Young-Plan endlich das Reich sanieren wird. Die Reichsfinanzen werden saniert, der Staat, die Kommunalbehörden, das Kapital, die Landwirtschaft werden gerettet, die Arbeitslosigkeit wird abgebaut und ab 1930 - so versicherte man durch Reden im Rundfunk [21] den staunenden Zuhörern - ab 1930 findet dann der Abbau der Steuern statt [22]. Die Männer, die sich gegen den Young-Plan stellten [23], wurden verfemt [24]. Das seien die Männer, die nicht wollten, daß im Jahre 1930 die Steuern abgebaut würden, die nicht wollten, daß die Arbeitslosigkeit ein Ende nähme usw. Und das deutsche Volk wurde mürbe und es unterschrieb. Nur wenige Monate sind vergangen und das Hoffnungsgebilde, das man unserem Volke vormalte, ist verschwunden. Und wenn wir heute vor die öffentliche Meinung hintreten, können wir eins sagen: Diesen Wahlkampf wollen wir führen mit unseren Reden und Behauptungen der Vergangenheit. Und die anderen sollen heute wiederholen, was sie versprochen haben. Sie sollen sagen, was nach der Unterschrift des Young-Planes eintreten wird [*sic!*], und wir werden sagen, was wir immer gepredigt haben und es wird sich herausstellen, daß wir recht behalten haben. Die andern sollen sagen, ob nun tatsächlich die Reichsfinanzen gerettet sind [25], die Landesfinanzen saniert wurden oder die Kommunalbehörden in Ordnung gebracht wurden, ob die Wirtschaft angekurbelt wurde [26] und ob die Arbeitslosigkeit zurückging [27]. Sie sollen Rede und Antwort stehen. Sie werden es nicht tun, im Gegenteil, sie werden sich, weil die großen Lügen nicht mehr möglich sind, auf das Gebiet der kleinen Lügen und Verleumdungen begeben und werden versuchen, auch diese Wahl zu überstehen.

Ich weiß von vornherein, daß es auch jetzt sogar noch manchen Deutschen geben wird, der mit einem gewissen Gefühl der Befriedigung vernehmen wird, daß wenigstens Deutschland in der Zukunft durch die Parteien gerettet wird, die bisher die Rettung nicht zuwege brachten. Auch jetzt wird es Millionen von Deutschen geben, die gläubig wie vor 12 Jahren auch jetzt wieder [28] getreulich ihre Pflicht erfüllen, ihre Stimmzettel mit dem alten Namen hineinwerfen und die auch das nächste Jahr und das übernächste Jahr durch die Ereignisse nicht belehrt werden können. Jedes Volk hat eine Masse von Unbelehrbaren, die niemals anders denken werden, außer denn, es käme ein gewaltiger Anstoß, der auch diese träge Masse in Bewegung versetzt. Nun könnten wir Nationalsozialisten, könnte ich genau in das gleiche Horn stoßen. Wenn die Masse in eine politische Versammlung geht, weiß ich, was sie hören will. Jeder Stand möchte

19 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.
20 Vgl. Dok. 76, Anm. 20.
21 Vgl. Dok. 77, Anm. 41.
22 Vgl. Dok. 19, Anm. 8.
23 Vgl. Dok. 5, Anm. 6.
24 Vgl. Dok. 6, Anm. 15, Dok. 26, Anm. 2 und 3.
25 Vgl. Dok. 76, Anm. 26 und 28.
26 Vgl. Dok. 76, Anm. 21.
27 Vgl. Dok. 72, Anm. 9.
28 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.

die Rettung seines Standes, jeder Beruf die Rettung seines Berufes. Seit einem Jahrzehnt besteht die politische Taktik darin, die Menschen des nationalen Volkskörpers zu zerteilen, sie zu zerlegen, sie zusammenzufassen in kleine Berufsgruppen und kleine Parteien [29], diese für sich herauszunehmen und denen nun die Rettung und den Himmel zu versprechen. Es ist das nicht schwer. Wer nur zu Bauern redet, kann leicht versprechen, wer nur zu Arbeitern, Mietern, Hausbesitzern redet, weiß, was sie gerne hören. Wenn aber eine Bewegung von vornherein in ihren Reihen eben nicht Berufsgruppen und -stände usw. hat, sondern das deutsche Volk in allen seinen Schichten, Bauern, Städter, Handarbeiter, Angestellte usw. zusammenfaßt [30], ist die politische Propaganda von vornherein gezwungen, sich ganz anderer Mittel zu bedienen. Ich kann einer Versammlung nicht sagen, was die Bauern gern hören, auch nicht, was die Arbeiter, Städter, Mieter usw. gerne hören möchten. Man wird einfach durch die Natur der Versammlung bereits gezwungen, einen anderen Weg zu gehen. Nun kann mir der eine oder andere zur Antwort geben: "Ja, das wollen wir ja gar nicht!", so muß ich als Nationalsozialist zunächst zwei Dinge feststellen: 1. 12 Jahre, ja 20, 30 Jahre lang ist in Deutschland Stand um Stand "gerettet" worden. Parteien sind da [31], die sich aus Bauern zusammensetzen, und die Führer sagen, wir retten die Landwirtschaft, Parteien gibt es, die sich nur aus Arbeitern zusammensetzen und die Führer sagen, wir retten das Handarbeitertum, andere vertreten die Mieter, die Hausbesitzer und andere vertreten die Interessen der Beamten, der kleinen Gewerbetreibenden - und nun fragen wir uns einmal: Welcher Beruf ist denn gerettet worden, welcher Beruf, welcher Stand wurde tatsächlich gerettet? Sehen wir doch vom Schwätzen ab. Kein Stand kann kommen und sagen, wir sind gerettet worden. Stand um Stand geht zugrunde, der eine schneller, der andere langsamer. Auch die sogenannten wirtschaftlich Zahlungskräftigen gehen langsam den Weg, den alle gehen. Das scheint uns der erste Grundsatz zu sein, von dem wir ausgehen müssen. Das Schicksal des Volkes ist nicht das zusammengefaßte Schicksal seiner einzelnen Bürger; [...] [32] nicht das Schicksal der einzelnen Menschen bestimmt das Schicksal ihrer Gesamtheit, sondern das Schicksal der Gesamtheit bestimmt das Schicksal des einzelnen. Man kann nicht ausgehen bei der Rettung einer Nation von der Rettung des einzelnen Schicksals. Nein, gerettet werden muß das Schicksal im Gesamten. D. h. mit anderen Worten, das was die Menschen als Tagesfragen bezeichnen, das sind im Allgemeinen die tagtäglichen Auswirkungen des Lebens. Aber nicht die Tagesfragen bestimmen das Schicksal Deutschlands, sondern das Schicksal Deutschlands bestimmt die Tagesfragen. Der Waffenstillstand war eine Kapitulation. Waffenstillstand heißt Stillstand der Waffen. Jeder bleibt, wo er ist. Es ändert sich nichts an den Verhältnissen. Die Armee wird entwaffnet, sie muß zurück. Was ist die Folge? Die Unmöglichkeit, überhaupt noch zu verhandeln. Wenn jemand später sagt, wir treten in Friedensverhandlungen, so war das eine Lüge.

29 Vgl. Dok. 54, Anm. 3.
30 Vgl. Dok. 53, Anm. 11.
31 Zum Spektrum der damaligen deutschen Parteien vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte sowie Dok. 88, Anm. 13.
32 Der Satz lautet in der Vorlage: "Das Schicksal des Volkes ist nicht das zusammengefaßte Schicksal seiner einzelnen Bürger, ist überhaupt nicht das Schicksal der einzelnen Menschen bestimmt das Schicksal ihrer Gesamtheit, sondern das Schicksal der Gesamtheit bestimmt das Schicksal des einzelnen." Aus Gründen der Verständlichkeit wurden die Worte "ist überhaupt" gestrichen.

Verhandeln kann nur, wer die Kraft hat, auch nein zu sagen. Wer die nicht besitzt, dem wird befohlen. In dem Moment, wo wir den Waffenstillstand unterzeichneten, waren alle Friedensverhandlungen eine Unmöglichkeit geworden. Nur noch das Diktat wurde entgegengenommen. Und gerade deshalb hatte man uns den Waffenstillstand auferlegt. Wir kommen nach Versailles und setzen damit die Gesinnungspolitik vom 11. November [*19*]18 fort [33]. Was ist das Ergebnis? Vertrag um Vertrag, jeder eine Knechtung, Deutschland ist vollständig wehrlos geworden. Das Schlimmste ist dabei die gesinnungsgemäße Wehrlosigkeit [*sic!*]. Die Folge davon ist eine langsam steigende Not, die Millionen einzelner Menschen ergreift und ihr Schicksal bestimmt. Millionen verlieren ihre Spargroschen [34], Hunderttausende ihre Existenz, Millionen andere werden arbeitslos, Hunderttausende gehen zugrunde [35], müssen auswandern [36], und Millionen werden nicht mehr geboren. Viele greifen zum Selbstmord [37]. Es ist eine Flut von Elend - Millionen von Einzelschicksalen werden zerbrochen. Und nun komme jemand und sage, den einzelnen Schicksalen müsse man helfen. Nein, wäre nicht vorher bereits unsere ganze Denkart verkehrt gewesen, dann wären diese Millionen Einzelschicksale anders verlaufen. Wenn heute jemand erklärt, wir wollen den Arbeiter retten, wir retten das Bürgertum, das Bauerntum, wir retten den Staat - ihr könnt keinen Stand für sich retten, ihr könnt auch keinen Staat an sich retten, denn auch das ist nur eine Form. Das einzige, was geschehen kann, ist eine vollständige Umstellung des deutschen Denkens, eine Überwindung der Gedanken, die uns dahin führen. Wenn ein 62-, ja 70-Millionenvolk [38] einen Zusammenbruch erleidet, wie den heutigen oder den der letzten 12 Jahre, dann ist das kein Zufall. Es ist das auch nicht ein höheres Schicksal. Nichts geschieht ohne Ursache, ohne Veranlassung. Und unsere heutige Not ist das Ergebnis dieser Ursache, und es spricht sich kein Stand dabei frei. Zuvörderst aber müssen wir eines betonen: Wenn ein Volk zerbricht, d. h. wenn es nicht mehr fähig ist, im Lebenskampf zu bestehen, dann hat Schuld die Führung dieses Lebenskampfes [*sic!*]. Und das sind die politisch leitenden Faktoren, die Verantwortlichen, die gestaltenden Kräfte. Sie sind verantwortlich für das Zusammenbrechen. Ihr Handeln muß falsch gewesen sein. Wäre es recht gewesen, könnte ein Volk nicht versinken. Und wenn Sie nun heute im politischen Leben immer und immer wieder mit Versprechungen traktiert werden, so erwarten Sie das von mir als Nationalsozialist deshalb nicht, weil der Sinn vom ersten Tage an war, gegen dieses System der Versprechungen und ewigen Zusicherungen, in Wirklichkeit der Belügung [*sic!*] der einzelnen Berufsstände, Front zu machen und statt dessen unserem Volk seine Lage zu zeigen, wie sie ist. Wer dabei ohnmächtig wird, ist zu schwach für den politischen Kampf. Wer die Wahrheit nicht sehen kann, der gehört nicht in den politischen Kampf. Wer aber

33 Als Leiter der deutschen Friedensdelegation in Versailles machte sich der Reichsminister des Auswärtigen Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau keine Illusionen über die alliierten Friedensbedingungen. Dennoch war er von Anfang an entschlossen, allein auf der Basis von Wilsons 14 Punkten über einen Friedensschluß zu verhandeln und notfalls das Scheitern der Verhandlungen zu riskieren. Vgl. Udo Wengst, Graf Brockdorff-Rantzau und die außenpolitischen Anfänge der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. [2]1986, S. 31 ff., 41 ff.

34 Vgl. Dok. 29, Anm. 9.

35 Vgl. Dok. 65, Anm. 6 und Dok. 76, Anm. 11.

36 Vgl. Dok. 44, Anm. 15 sowie Dok. 69, Anm. 8.

37 Vgl. Dok. 77, Anm. 16.

38 Vgl. Dok. 53, Anm. 17.

Mann ist, muß den Mut haben, seine Krankheit zu erkennen, und muß den Mut haben, dort anzusetzen, wo man die Krankheit heilen kann. Wird ein Volk nach grundsätzlich falschen Methoden, falschen Gesichtspunkten, falschen Gedankengängen regiert, so ist es vollkommen belanglos, ob der einzelne daran teilhat, ein Idealist ist, ob er Edles denkt oder nicht oder ein Verbrecher ist. Die gesamte durch das Volk laufende Linie des Denkens ist falsch und wird das Volk in den Abgrund hineinziehen. Die Nachwelt stellt fest, es gab einst dies und es ist zerbrochen. Glauben Sie nicht, daß in einem solchen zusammenbrechenden Reiche lauter gemeine oder schlechte Elemente gewesen sind, aber die grundsätzliche Linie des allgemeinen Denkens war falsch und deshalb konnten auch einzelne Edle, die auch in dieser Linie sich befanden, das Schicksal nicht mehr wenden. Es ist weiter zu bedenken, daß solche Grundlage den Gedankengang der Leitung einer Nation, eines Volksschicksales ihre Richtigkeit deshalb nicht beweisen [*sic!*], weil sie im Augenblick richtig sind. Es kann sehr wohl ein System im Augenblick regieren. Wenn Sie dem heutigen Vorwürfe machen über die Steuergesetzgebung, können Sie zur Antwort bekommen: "Das geht doch. Wir regieren jetzt 12 Jahre, und es geht. Wenn Sie sagen, wir vernichten die Landwirtschaft - bitte, wir bringen die Steuern herein, und der Bauer lebt noch immer." Man erklärt also, daß ein System richtig ist deshalb, weil es im Augenblick anwendbar erscheint. Ja, glauben Sie mir, das ist im ganzen Leben so. Es gibt viele Dinge, die der Mensch im Augenblick aushält. Mancher sündigt auf seine Gesundheit los, ohne zu bedenken, daß, wenn seine Vorfahren dasselbe getan hätten, er gar nicht geboren wäre. Das System lebt auf Kosten eines anderen Systems, das früher von ganz anderen Gesichtspunkten ausgegangen ist. Damit aber ergibt sich eines. Wer heute in Deutschland vor das Volk hintritt und nun dem einzelnen Stande sagt, deine Existenz wollen wir verbessern, wenn du uns deine Stimme gibst, der lügt. Glauben Sie nicht, daß wir das nicht könnten. Meine Freunde von links, ich kann mir das schon zumuten. Ich kann schon sagen, ich vertrete die Interessen des Proletariats. Es ist das nicht eine Frage des Könnens, sondern ausschließlich eine Frage der inneren Wahrheitsliebe. Wenn Menschen gerettet werden durch Theorien, so ist das denkbar, dann ist das zweckmäßig, daß man so spricht. Da aber Menschen gerettet werden durch die Gesamtsumme an Gütern des Lebens, die diese Menschen sich erobern, die sie der Erde abzwingen, so ist diese Gedankenart das Verbrecherischste, was es gibt. Am Ende können die Menschen dann eine Litanei auswendig lernen von Versprechungen. Aber sie werden trotzdem zugrunde gehen. Wenn ich als Nationalsozialist heute in eine Wählerversammlung trete, dann tue ich es nicht, um nun Ihnen den Himmel zu versprechen, sondern um Ihnen zu erklären, Deutschland wird auch durch diese Wahl nicht gerettet, auch nicht durch die nächste. Deutschland wird überhaupt nicht gerettet durch irgendeine Wahl, nicht durch Regierungsbildungen, sondern Deutschland wird gerettet in dem Augenblick, in dem [*aus*] dem Gemengsel der Berufe, Stände usw. wieder ein einheitlicher großer deutscher Wille entsteht, der vor sich nicht mehr sieht einen Stand, eine Partei usw., sondern vor sich sieht 60 oder 70 Millionen Menschen. Was hat uns denn zugrunde gerichtet? Im Kampf um das Leben, der den gesamten Einsatz aller erfordert, hat das deutsche Volk sich selbst langsam verloren, hat aufgehört, ein einheitlicher, geschlossener Faktor zu sein. Und jeder zog nun seinem Strange nach [*sic!*]. Jeder sah sein Ziel vor Augen. Und man begann das deutsche Volk nach 20 Seiten hin zu ziehen und damit verlor die Nation dann jede Kraft und das natürliche Denken. Unser Volk wurde ge-

nauso geistig wurzellos, wie einzelne Menschen wurzellos werden können, wenn sie sich selbst verlieren, indem sie den Glauben an sich und die eigene Kraft preisgeben und statt dessen nach einer Hilfe sich umsehen und auf diese Hilfe dann vertrauen und auf sie bauen. Das ist beim deutschen Volke der Fall gewesen. Nicht etwa seit dem Jahre 1918, nein, schon längst vorher begann unser Volk diesen Weg zu beschreiten, der zwangsläufig zu einem November 1918 führen mußte, und zwar ohne Schuld der einzelnen Person. Das Tragische in dem Volk ist und bleibt immer die Unmöglichkeit, das Leben auf eigenem Grund und Boden sich zu sichern. So wie bei einem Volk der Raum zu klein wird, weil die Volkszahl zu groß geworden ist, beginnt ein Lebenskampf, der bis in den einzelnen Menschen hinuntergreift, der jede einzelne Existenz nun irgendwie bedroht oder formt oder gestaltet. Was die Welt heute darstellt, ist sie geworden nicht durch Gedanken, nicht durch Ideen usw., sondern ihre heutige Gestaltung, soweit Menschen in Frage kommen, ist das Ergebnis des Kampfes um das tägliche Brot. Gewiß tritt uns heute der Marxist entgegen und sagt: "Brotkampf ist Geisteskampf, der Kampf einer bestimmten Theorie." Es ist das grundfalsch. Das Leben des einzelnen wird immer und immer wieder bestimmt durch den Raum, der zur Verfügung der Gesamtheit steht. Was die Gesamtheit an Lebensraum besitzt, bestimmt dann das Leben der Gesamtheit und damit das Leben des einzelnen.

Der Mensch lebt nicht von Ideen, sondern von Getreide und Korn, von Kohle, Eisen, Erzen - lauter Dinge, die im Boden liegen. Und wenn dieser Boden fehlt, nützen alle Theorien nichts. Es ist das nicht ein Problem der Wirtschaft an sich sondern des Bodens. Und diese Raumnot zwingt die Nation zu Entschlüssen. Entweder die Völker werden gezwungen, in schwerstem Lebenskampf dahinzusiechen, oder ein Volk versucht, die Raumnot zu überwinden. Es kann auch sein, daß ein Volk versucht, der Raumnot zu entgehen, indem es sich selbst vermindert. Millionen werden zur Auswanderung gezwungen, Hunderttausende werden nicht mehr geboren. Es sind immer einzelne Menschen, die das Schicksal der Gesamtheit im einzelnen zu erleiden haben. Oder ein Volk versucht, der Raumnot zu begegnen, sagen wir durch Wirtschaft, d. h., Millionen einzelner erhalten nun ein anderes Leben. Der Schicksalskampf der Nation treibt Millionen einzelner Bauern in die Großstadt. Fabriken werden gegründet. Millionen von einst ansässigen Menschen werden Lohn- und Gehaltsempfänger, ihr ganzes Leben wird dadurch geändert. Und wenn dann diese Wirtschaft zusammenbricht, dann können diese Millionen arbeitslos werden - jeder einzelne für sich. Und jeder kann nun versuchen, sich irgendwie das Leben zu retten. Der Staat kann vielleicht mit Unterstützungen kommen, aber das Schicksal nimmt jeder einzelne hin, jeder erprobt das Schicksal aller. Und nun könnte man natürlich sagen, wenn jeder einzelne ein Objekt dieses Gesamtschicksals ist, dann muß man doch beim einzelnen versuchen, sein Schicksal und dadurch das Gesamtschicksal zu wenden. Nein, das Schicksal wird nicht von einzelnen herauf-, sondern von der Gesamtheit herunter gewendet [*sic!*]. Und eine solche Schicksalswende ist eine gigantische Umstellung, ein vollkommen neues Sich-Einstellen.

Das Volk wendet sich in seiner Gesamtheit neuen Wegen, neuen Ideen, neuen Gedankengängen zu. Wenn wir uns die Frage vorlegen, was ist für uns nun als Schicksal heute anzusehen, so müssen wir Folgendes feststellen: 62 Millionen Menschen auf 470.000 qkm Boden [39].

39 Vgl. Dok. 60, Anm. 8.

Sie können sich auf diesem nicht ernähren. Die Innenwirtschaft vermag ihre Bedürfnisse nicht zu befriedigen. Außerdem aber ist ja durch die Wirtschaftstätigkeit innerhalb dieses Kessels die Volksmasse so angesammelt, daß dieser Kessel, dieses Gefäß, Staat oder Deutsches Reich genannt, heute unter Überdruck steht. Diese Millionenmasse nun, die aus lauter einzelnen Menschen sich zusammensetzt, wird entweder irgendwie ernährt werden können oder aber die gesamte Nation wird einem Schicksal der Verarmung, d. h. des Verkommens ausgesetzt. Wer davon betroffen wird, das weiß man nicht. Jeder wird zunächst irgendwie ein Opfer sein. Der Schwächere wird vollkommen erliegen. Nun brauche ich eigentlich nur 2 Fragen zu untersuchen: Wie kann man positiv dieses Schicksal nun ändern? Der erste Weg heißt: Raumerweiterung, der Weg, den ein gesundes Volk zu allen Zeiten beschritten hat. Es ist aber der Weg, der uns geistig verfemt erscheint, daß Raumerweiterung zweifellos Imperialismus sei, d. h. sie sehen die Zahl eines Volkes vor sich und hängen dem Gedanken nach, daß die Raumverteilung der Erde eine von höheren Gewalten verfügte, ewige ist. Sie wollen nicht einsehen, daß diese Raumverteilung durch den Menschen selbst stattfindet, daß im Laufe von Jahrtausenden dieser Prozeß stets sich wechselnd sich wiederholt und daß wir nur in dem Stadium dieses Prozesses leben, daß es Wahnwitz ist, die Erdoberfläche Jahrmillionen als Spielfeld der Kräfte anzusehen und in einem Jahre nun zu sagen, nun ist dieses Spiel zu Ende, der Zustand der Raumverteilung ist ein ewiger, er muß und wird bleiben. Wir sind nun aber bis zu 2.[*000*] - 3.000 Menschen auf einem qkm[40], das ist ein unmöglicher Zustand. Da können wir nur eines sagen: Die Natur kennt das an sich nicht. Die Vorsehung will es nicht. Die Vorsehung hat die Erdoberfläche nicht nur einzelnen Wesen zugeteilt, sondern setzte die Wesen hinein und gab ihnen das Spiel der Kräfte frei und wünscht, daß die Kraftvolleren sich durchsetzen, weil eben immer diese Durchsetzung des Kraftvolleren, das Stärkere, bleibt und das Schwache zerfällt. Und wenn die schwachen Menschen kommen und dieses zu korrigieren versuchen, so wäre das ein Wahnwitz. Wenn heute ein Volk kommt und sagt, wir verzichten auf Raum und wenn sie weiter erklären, wir werden keine Kraftanstrengungen um Raumgewinnung machen, das Streben nach Erde ist verbrecherisch, ist Imperialismus, den wir ablehnen. Glauben Sie nicht, daß dann das Streben nach Erde aufhört. Nein, es geht ewig weiter. Denn, was das eine Volk versäumt, wird das andere einholen. Wenn ein Volk diesen Verzicht ausspricht, beseitigt es nur seine Lebensexistenz. Glauben Sie nur nicht, daß die Welt etwa auf Deutschland Rücksicht nehmen würde, wenn es diesen Verzicht ausspricht. Wir würden als Schwächere zurücktreten, so wie wir schon einmal zurückgetreten sind. Als das Volk sich im Bürgerkrieg verzehrte[41], da hat nicht die Welt sich diesen Gedankengängen angeschlossen. Die Erde wurde verteilt, und wir haben eine Weltherrschaft, die uns gebührt hätte, verloren. Deutschland ist zurückgehalten worden. Unsägliches Leid und Elend und Not sind die Folgen des Sturzes von oben gewesen; und heute ist es genau so. Wenn heute ein Volk selbst den Verzicht ausspricht auf die Verfechtung seiner Existenz, auf die natürliche Erdfläche, die ihm kraft seiner Arbeit, seiner

40 Auf der Basis der Volkszählung vom 16.6.1925 (62.410.619 Menschen) betrug die Bevölkerungsdichte im Deutschen Reich 133,14 Menschen pro km^2. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 6.

41 Gemeint sind die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen im Deutschen Reich während der Jahre 1918-1923.

Tüchtigkeit gebührt, dann wird ein solches Volk den Verzicht auf sein Leben aussprechen. Aber die Welt lebt weiter. Und wenn die ganze Menschheit das täte, würde sie in eine indische Lethargie versinken, und wenn alle Menschen zu einem Pazifismus gebracht würden, der die Tötung der Tiere beseitigt, dann werden endlich die Tiere den Menschen töten. (Sehr richtig!) Der Mensch wird das Opfer der Tiere. Die Vorsehung aber hat die Kraft und die Erkenntnis bestimmt, daß der Mensch das Recht hat wie jedes andere Wesen, sich den Raum zu suchen, den er zum Leben braucht. Wir sehen nun heute, daß das deutsche Volk diesen Entschluß und diese Willenskraft nicht besitzt, ja seit Jahrzehnten haben wir uns einer anderen Möglichkeit zugewandt; nämlich Deutschland, das deutsche Volk versucht sich am Leben zu erhalten durch eine Expansionswirtschaft, durch eine Teilnahme an der sogenannten Weltwirtschaft. Dieser Begriff "Weltwirtschaft" wird auch heute von Millionen deutscher Menschen gar nicht verstanden. Er bedeutet auf das kürzeste zusammengefaßt etwa folgendes: Man kann ein Volk ernähren entweder, indem man den Raum so erweitert, wie sich das Volk vermehrt. Man kann es (2.) ernähren, wenn man das Volk so vermindert, wie der Raum gleichbleibt, d. h. indem man Menschenexport ins Ausland oder - ins Jenseits machen kann, (3.) indem man weder Raum erwirbt noch Menschen exportiert, sondern indem man Ware exportiert, d. h. indem man den Menschen zu Hause tätig sein läßt, diese Produktion verkauft und von dem Erlös dann die fehlenden Rohstoffe und Lebensmittel deckt. Das war die große Linie der Ernährung unseres deutschen Volkes. Seit den 70[*er*] und 80[*er*] Jahren wurde Deutschland vom Agrarstaat zur Wirtschaftsmacht [42]. Und dieser Prozeß der Umwandlung zur Wirtschaftsmacht bedeutete eine Zurückhaltung der Auswanderung, ein Anhäufen von Menschenmassen, eine Hebung unserer Produktion auf einzelnen Gebieten, einen Kampf um den Absatzmarkt, eine Förderung unseres Handels und damit zugleich die Möglichkeit des Imports von den Rohstoffen und Lebensmitteln, die wir zu unserer Produktion und Ernährung notwendig brauchten. Dieser Prozeß der Wirtschaft und der Wirtschaftsentwicklung Deutschlands fand unter einem großen politischen Gedanken statt, nämlich unter dem Gedanken, ein großes Volk damit zu ernähren ohne Gewaltanwendung. Man sagte, wir werden das deutsche Volk wirtschaftsfriedlich ernähren. Man ging noch weiter und sagte, wir wollen die Wirtschaft friedlich erobern. Und im Verlauf dieses Wirtschaftsprozesses fand nun eine vollständige Verfärbung unseres natürlichen Denkens statt. Es bildete sich langsam die Vorstellung, als ob man durch die Wirtschaft an sich ein Volk auf die Dauer friedlich ernähren könnte. Man war der Meinung, daß die wirtschaftliche friedliche Ernährung der Nation nur eine Frage der Produktion ist, d. h. der Produktion und des Exports dieser Produktion. Nun ist aber die wirtschaftsfriedliche Ernährung in erster Linie weniger die Frage einer Produktion als des Verkaufs, d. h. eine Frage des Absatzmarktes. Wenn sich ein Absatzmarkt nicht mehr findet, dann nützt der ganze Fleiß und die ganze Produktionsfähigkeit eines Volkes nichts. Es ist der Kampf um den Absatzmarkt und

42 1867 waren von den Beschäftigten in Deutschland 51,5% im primären Sektor (Landwirtschaft usw.) tätig, 25,7% im sekundären Sektor (Industrie, Handwerk usw.) und 21,4% im tertiären Sektor (Handel, Verkehr, Dienstleistungen usw.). 1913 hatten sich diese Anteile wie folgt verschoben: Primärer Sektor: 34,5%; sekundärer Sektor: 37,8%; tertiärer Sektor: 27,6%. Zu der nach 1871 forciert einsetzenden Entwicklung des Deutschen Reichs vom Agrarstaat zum Industriestaat vgl. Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. I, S. 226 ff. Die Statistik auf S. 269.

die Rohstoffwerte. Und dieser Kampf wird nicht nur wirtschaftlich ausgefochten, sondern auch mit anderen Mitteln. Denn was heißt wirtschaftsfriedlicher Kampf! Was ist denn der Einsatz des blutigen Kampfes? Die Nation, das Volk, der Mensch. Denn wenn ein Volk im Wirtschaftskampf unterliegt, so heißt das, es kann ein Volk nicht mehr ernährt werden. Man kann diese Tatsache zwar kurze Zeit verschleiern durch Arbeitslosenunterstützung usw. Aber das Volk kann nicht mehr produzieren, weil es keinen Export mehr besitzt. Dadurch tritt dann das Fehlen der Überschüsse ein, damit aber auch die Grundlagen für den Import. Das Volk verarmt und geht zugrunde. Und das ist das Schicksal Deutschlands seit den 70[*er*] Jahren gewesen. Deutschland hat Menschen angesammelt, Fabriken gebaut, Häfen gegründet. Millionen Menschen konnten dadurch in der Heimat bleiben. Dieser Exportmarkt wurde im schwersten Kampfe errungen. Und nicht Deutschland allein, genauso wurden England, Italien, Holland, ja Frankreich sogar und in letzter Zeit auch Amerika, das hierzu nicht einmal gezwungen war, Träger dieses Absatzmarktes. Sieger blieb in diesem Kampf das Volk, das am besten und billigsten liefert, d. h., solange der Kampf wirtschaftsfriedlich ausgefochten wird. Es wird die Nation auf dem Weltabsatzmarkt ihre Stellung behaupten, die gut und billig liefert, d. h. die anderen unterbietet, genauso wie auch wir unsere Lieferungen oder besser unsere Aufträge dem erteilen, der billig und besser liefert. Wenn also heute China einen Auftrag von 1.000 Lokomotiven an Deutschland erteilt, so haben 3.000 deutsche Menschen Arbeit, für eine bestimmte Zeit eine Existenz. Bekommt den Auftrag England, so haben 3.000 englische Arbeiter für eine Zeitlang Existenz und Brot, aber auf Kosten der deutschen Arbeiter. Mit anderen Worten, der wirtschaftsfriedliche Kampf um den Weltabsatzmarkt heißt Zugrundegehen der unterliegenden Nation. Und nun ist das eine ewige Wahrheit, daß in demselben Augenblick, in dem der Kampf mit den wirtschaftsfriedlichen Mitteln zu keinem sichtbaren Resultat mehr führt, oder eine Nation sieht, daß eine andere ihr überlegen ist, daß in demselben Augenblick anstelle des wirtschaftsfriedlichen Kampfes die politische Macht tritt. Deutschland hat versucht, diesen Kampf auszufechten. Es wird auch noch mancher Narr erklären, unser Imperialismus war schuld am Kriege [43]. Wir haben die Antwort klar und deutlich von zwei Staaten mitbekommen. Ein Franzose sagte: "Deutschland hat 20 Millionen Menschen zuviel [44]." Das war Clemenceau [45]. Und der zweite Franzose, Genosse Briand [46], erklärte: "Daß ihr abgerüstet habt, das wissen wir. Daß ihr nicht den Krieg beabsichtigt habt, glauben wir euch. Aber

43 Vgl. Dok. 66, Anm. 4, ferner Dok. 77, Anm. 16.

44 Der fälschlicherweise Clemenceau zugeschriebene Ausspruch stammt aus dem Buch "L'Allemagne ennemie" von Jeanne und Frédéric Régamey, Paris 1913, S. 300: "Il y a en Europe vingt millions d'Allemands de trop". Vgl. Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes. Gesammelt und erläutert von Georg Büchmann, München 1967, S. 757 f.

45 Georges Clemenceau (1841-1929), Arzt, 1870 Bürgermeister von Montmartre (Paris), 1871-1893 Mitglied der französischen Nationalversammlung, 1875 Präsident des Stadtrats von Paris, 1902 Senator, 1903-1906 Herausgeber der Zeitschrift "L'Aurore", 1906 Innenminister, 1906-1909 und 1917-1920 französischer Ministerpräsident, 1919 Präsident der Pariser Friedenskonferenz.

46 Aristide Briand (1862-1932), Rechtsanwalt, 1901-1905 Generalsekretär der Parti Socialiste Français (PSF), 1902-1932 Abgeordneter in der französischen Nationalversammlung, 1910 Mitbegründer der Parti Rèpublicain Socialiste (PRS), 1906-1915 mehrmals Innen-, Justiz- und Kultusminister, 1909-1911, 1913, 1915-1917, 1921/22, 1925/26 und 1929 Ministerpräsident, 1915-1917, 1921/22 und 1925-1932 Außenminister, 1926 Friedensnobelpreis (zusammen mit Gustav Stresemann).

ihr seid ein Volk von 60 Millionen und für uns eine Gefahr. Das hat nichts zu tun mit Imperialismus [47]."

Sie können doch nicht leugnen, daß die Republik abgerüstet hat [48]. Wird sie aber deshalb freundlicher behandelt als das alte Reich? Glauben Sie, daß der Weltkrieg von England ganz umsonst geführt worden ist? Einst hat England uns bekämpft, weil wir eine Gefahr waren, und heute bildet man sich ein, wenn wir abrüsten, so ist nichts mehr zu befürchten. Wir können den Weltabsatzmarkt nicht mehr erobern. Der Sinn der Friedensverträge ist kein anderer, als unsere deutsche Wirtschaft mit friedlichen Mitteln, d. h. mit Tributen so zu belasten, daß sie jede Konkurrenzfähigkeit verliert. Wenn es aber gelänge, in voller Wucht wieder auf dem Weltabsatzmarkt zu erscheinen, dann, zweifeln Sie nicht daran, gibt es wieder Krieg. Wir hatten damals keine Kriegsziele [49], aber die Gegner haben sie gehabt [50], und dieses Ziel war nichts anderes als die Vernichtung der deutschen wirtschaftlichen Macht. Dieses Ziel hat England zu erreichen versucht und hat es auch erreicht. Das Hinausstürzen in den Strudel der Weltwirtschaft ist deshalb so gefährlich, weil es das Denken eines ganzen Volkes abwürgt. Es verfällt dem Staube der Weltwirtschaft, es wird von der Scholle losgerissen, wird wurzellos. Man rechnet nur noch in Tonnen und vergißt ganz, daß das alles vollkommen leerer Schein ist, daß aber dahinter nicht die politische Macht steht; nicht Fleiß, nicht Arbeitsamkeit, nicht Sparsamkeit können im Volke allein das Leben sichern, sondern die politische Macht muß dahinter stehen. Und wenn Deutschland seine heutige Katastrophe wirklich überwinden will, dann gibt es nur 2 Wege, entweder mehr Raum, dann braucht es politische Macht, soll Deutschland durch Wirtschaft ernährt werden, braucht es auch politische Macht. Wenn ein Volk das nicht will, so

47 Vermutlich eine Anspielung auf die folgende Passage der Rede, die Briand am 10.9.1928 vor der Völkerbundsversammlung hielt: "[...] l'Allemagne est desarmée. Pas totalement, disons la vérité. Il n'est pas de peuple, quand il s'agit d'un pays comme l'Allemagne surtout, qui soit totalement désarmé. L'Allemagne a une armée de 100.000 hommes, mais c'est une armée très particulière; elle est composée d'officiers et de sous-officiers; c'est ce qu'on appelle une armée de cadres; lorsqu'il existe à côté un immense réservoir d'hommes magnifiques, courageux, qui ont fait leurs preuves d'héroïsme durant la guerre et qui, pendant huit ou dix ans encore, sont capables de servir, on ne peut pas dire que le désarmement soit complet. Monsieur le Chancellier lui-même ne le soutiendrait certainement pas s'il se plaçait sur un autre plan que celui de la propagande.
Mais il y a autre chose. L'Allemagne a cessé sa résistance, elle y a mis le temps, mais cela se comprend après tout, et ce sont des résistances qui probablement se seraient produites dans mon pays comme dans tout autre; le matériel qu'elle avait pendant la guerre a été très réduit. Qui pourrait cependant soutenir qu'un grand pays si puissamment outillé pour la paix, c'est-à-dire pour l'industrie, se trouverait embarrassé s'il lui fallait fournir du matériel de guerre pour une armée? L'Allemagne vient de donner au monde un exemple magnifique des efforts qu'elle peut accomplir; sa marine commerciale avait été réduite à rien: en quelques années, par sa puissance de construction, par l'ingéniosité admirable de sa race, elle l'a créée: dès maintenant cette marine compte parmi les premières marines commerciales du monde." Vgl. Société des Nations. Journal Officiel. Supplément spécial, Nr. 64, Genf 1928, dixième séance plénière, 10 septembre 1928, S. 81.

48 Vgl. Dok. 6, Anm. 14; Dok. 37, Anm. 3; Dok. 54, Anm. 8; Dok. 68, Anm. 5 und 7.

49 Zur deutschen Kriegszieldiskussion während des Ersten Weltkriegs - ihre öffentliche Erörterung war in der Zeit von Herbst 1914 bis Herbst 1916 verboten - vgl. Fischer, Griff nach der Weltmacht.

50 Zur Kriegszieldiskussion bei den alliierten Mächten während des Ersten Weltkriegs vgl. Horst Günther Linke, Das zarische Rußland und der Erste Weltkrieg. Diplomatie und Kriegsziele 1914-1917, München 1982. David French, British Strategy and War Aims 1914-1916, London 1986. Georges-Henri Soutou, L'or et le sang. Les buts de guerre économiques de la Première Guerre Mondiale, Paris 1989, S. 111 ff.

verzichtet es auf sein Leben. Ihr könnt ja sagen, wir wollen das nicht, aber dann lügt auch nicht, daß ihr dem Volke den Himmel geben werdet. Wenn ihr heute sagt: "Wir wollen nicht, daß Deutschland noch einmal politische Macht wird." Gut, dann habt ihr gesagt, wir wollen nicht, daß der deutsche Mensch ein anständiges Leben erhält. Wenn ihr den Mut habt, dann müßt ihr weitergehen und müßt ein Volk heranziehen, daß sich selbst aufgibt und preisgibt. Und da bin ich überzeugt, verkennt ihr das deutsche Volk. Es kann vielleicht unter uns zahlreiche Juden geben, die überzeugt sind, unserem Volke das sagen zu können und es auf die Dauer fertigzubringen, dieses Deutschland vollständig zu entmannen, ihm vorzureden, du bist kein Mensch wie andere, Franzosen und Engländer sind überlegene Völker. Du bist das nicht, denn du bist ein Deutscher und mußt zufrieden sein. Aber sie werden sich irren. Unser Volk hat noch immer Blut, vom Blut der Jahrtausende unseres Volkes in sich, man weiß, es ist nur immer das alte Volk. Und wenn sie den einen oder anderen morschen Menschen so weit bewegen können, selbst auf das Leben zu verzichten, so schießt doch die Jugend nach in allen Ständen, die das nicht versteht und das auch nicht will (Rufe: "Raus mit den Juden aus Deutschland" und Beifall). Wenn wir also zugeben, daß die politische Macht entscheidend ist, dann pflegen unsere politischen Gegner immer zu sagen: "Ja, das scheidet aus, weil wir keine Waffen besitzen." Da darf ich sie bitten, sich weit zu erheben über diese Zeit des falschen Begriffs. Was heißt Waffe? Waffe ist ein Stück totes Material, wesentlich ist stets der Träger. Die Waffentechnik ändert sich im Laufe der Jahrzehnte. Was gestern noch scharf war, kann morgen lächerlich erscheinen im Kampf. Waffen sind dem Wandel der Zeit unterworfen. Das einzige, was einem Volke die Garantie des dauernden Lebens gibt, ist sein eigener Wert und die Auswirkung und die Gesinnung, der Wille, das ist das Wesentliche. Wenn jemand sagt: Waffe, so antworte ihm: Wenn ich einen Nationalsozialisten nehme und gebe ihm einen Knotenstock in die Hand, und ich stelle ihm gegenüber einen Demokraten auf und ich schicke beide durch einen Wald und gebe dem Demokraten ein Maschinengewehr und belehre ihn darüber, wie man es bedient, und sage ihm: "So, wenn du zielst, kannst du Deinen Gegner vernichten", dann wird der Nationalsozialist mit seinem Knotenstock durch den Wald gehen und wenn er angegriffen wird, wird er sich mit diesem Stock verteidigen und wenn er keinen Stock hat, so mit den Fäusten und mit den Zähnen. Die Gesinnung ist das Wesentliche. Der feige erbärmliche Wicht kann von Kopf bis zum Fuß bewaffnet sein, er wird nach jeder Gefahr entwaffnet zurückkehren. Der mutige Mensch wird sich immer verteidigen, wird nie wehrlos zu Boden sinken. Und das ist das Wesentliche auch im Leben der Völker. Ein Volk, das Kraft und einen unbändigen Willen in sich hat, wird sich immer zu behaupten vermögen. Und sehen Sie, ich darf nun diese paar ganz großen gesinnungsmäßigen Tugenden in den Vordergrund des Vortrages rücken. Denken Sie, das alte Deutschland hätte keine Sozialdemokraten und Demokraten gehabt, sondern Nationalsozialisten, und nun wäre der Krieg gekommen. Die Nationalsozialisten wären brutal für ihr Leben, für des Volkes Zukunft eingetreten. Sie hätten allerdings ebenso brutal erklärt, wenn der eine Teil kämpft, kann der andere in demselben Zeitpunkt nicht schieben und wuchern. Der Soldat an der Front unterliegt dem Gesetz des Heeres, der Mann in der Heimat genauso. Wer sich an seinem Volke versündigt, stirbt an der Front - aber auch genauso zu Hause. Wir dulden nicht, daß man auch nur im geringsten diesen Kampf mißbraucht für persönliche Zwecke. Wir erwarten, daß jeder seine Pflicht tut. Wer es nicht tut, ist ein

Schurke, - aber auch zu Hause. Wir dulden nicht, daß man die Not ausnützt und sich an ihr bereichert [51]. Wer es wagt, an diese Dinge zu denken, während andere dem Tode ins Auge sehen, der stirbt zu Hause! (Langanhaltender Beifall.) Wir haben kein Kriegsziel, wir kämpfen für Freiheit und Brot [52], d. h. wir kämpfen für Raum. Aber es soll jeder die gleiche Last auf seine Schulter nehmen. (Beifall.) Und wenn ganz Deutschland so erfüllt gewesen wäre von einem fanatischen Willen, dann glauben Sie mir, wäre sein Schicksal ein anderes. Dann hätte ein Geist allein das Schicksal eines Millionenvolkes umgestaltet. Wir haben nicht zuerst die Waffe verloren und dann den Willen, sondern erst den Willen und dann die Waffe. Erst hat Deutschland die Besinnung verloren und dann wurde es entwaffnet. Wenn man sagt, wir müssen erst Waffen haben, so weiß man, daß der Wille nicht da ist. Wir Nationalsozialisten sagen, erst muß man die Gesinnung und den Willen haben, erst müssen wir wieder zu einem Volk von Männern geworden sein. Ist es das geworden, wird es sich erheben. Der tapfere Mensch wird sich leichter unangefochten durch die Welt schlagen wie der Feigling; der Knecht, der von vornherein erklärte: "Ich will keinen Kampf", der wird von dem Nächstbesten niedergeschlagen, weil die Schwäche noch niemals vom Angriff hat abgehalten [*sic!*], sondern im Gegenteil. Die Schwäche wird immer der größte Anreiz zur Vernichtung eines Volkes. (Sehr richtig!) Auch heute ist das so. Glauben Sie, die Schwäche Deutschlands wird unsere Nachbarn nicht abhalten, noch einmal nach Deutschland zu greifen. Entwaffnen Sie heute Ostpreußen vollständig, entwaffnen Sie heute den Osten des Reiches vollkommen, glauben Sie nicht, daß dann Polen sagen wird, nun ist für uns für alle Zeiten die Notwendigkeit eines Angriffs beseitigt. Nein, wenn die letzte Waffe beseitigt ist, wird der erste Pole einrücken. Das wird immer so sein. Wenn wir Nationalsozialisten heute vor die Nation hintreten mit unserer neuen Bewegung, dann haben wir gar keine andere Absicht, als das deutsche Volk zu einem politischen Faktor umzugestalten. Das ist keine Tagesfrage, das hebt sich weit hinaus über alle Dinge, hebt sich hinaus über Wahlversprechen, ein Programm [53], ein gigantisches neues Programm, hinter dem nicht die neue Regierung stehen muß, sondern ein neues deutsches Volk, das aufgehört hat, ein Gemengsel von Klassen, Berufen, Ständen usw. zu sein, ein deutsches Volk, das sein wird, was es Jahrhunderte und Jahrtausende in seinen besten Zeiten gewesen ist, eine Gemeinschaft von Volk, das über alle Differenzen die gemeinsame Kraft der Nation rettet oder zugrunde richtet. Und wenn wir uns die Frage vorlegen, ob es einen Weg gibt, der zwangsläufig ein Volk in die Höhe führen muß, dann können wir eine einfache Antwort geben: Jawohl! Es gibt bestimmte Laster, die die Menschheit zu allen Zeiten vernichtet hat. Völker, die diesen Lastern erlegen sind, mußten den Platz auf der Erde räumen.

Es gibt auch bestimmte Grundsätze, die, wenn sie von einem Volk befolgt worden sind, das Volk zwangsläufig emporgeführt haben. Wenn wir uns die Frage vorlegen, welcher Art die

---

51 Anspielung auf die vermeintliche Bevorzugung derjenigen Wehrpflichtigen jüdischen Glaubens, die zur Erfüllung kriegswichtiger Aufgaben vom Wehrdienst zurückgestellt waren. Noch im August 1918 stellte Ludendorff zahlenmäßig sinnlose Forderungen nach ihrer Einberufung. Vgl. Ernest Hamburger, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848-1918, Tübingen 1968, S. 117 ff.

52 Vgl. Dok. 20, Anm. 31.

53 Druck des Parteiprogramms der NSDAP vom 24.2.1920: Maser, Sturm, S. 468 ff.

Grundsätze sind, so finden wir, es sind 3 Gesichtspunkte, die im Volksleben die Zukunft der Nationen entweder begründen oder vernichten, der erste ist die Erhaltung der Kraft an sich. Jedes Volk hat eine ihm angeborene und ihm gemäße Kraft und damit eine ihm angeborene Bedeutung an sich. Wenn heute der Marxist kommt und sagt: "Alle Menschen sind gleich", das ist ein Wahnsinn oder eine Lüge. Ein Wahnsinn ist es, wenn er ehrlich daran glaubt, eine Lüge, wenn es nur ein politisches Mittel zum Zweck ist. Und weshalb? Woraus folgerst du, daß die Menschen gleich sein sollen? Sie sind äußerlich nicht gleich. Oder wolltest du behaupten, daß ein Hottentotte so ist wie ein Skandinavier oder ein Buschmensch wie ein Holsteiner. Du kannst das nicht behaupten. Bis auf den Geruch sind sie verschieden. Nun kannst du sagen: "Das ist die materialistische Auffassung, aber der Geist ist das Wesentliche, das den Menschen ausmacht. Und das ist gleich." Aber was heißt denn, das Innere also ist gleich. Woran erkennst du das Innere des Menschen? Das Innere kannst du erkennen an den Leistungen. Wie kannst du da sagen, die Menschen sind gleich? Prüfe doch die Leistungen untereinander, prüfe die Leistungen der Buschmänner oder der Arier oder der Germanen, der Römer. Nein, das Innere ist so verschieden wie das Äußere, selbst das Gehirn ist verschieden. Und somit auch die Ausstrahlung des Gehirns. Volk um Volk hat seinen eigenen bestimmten Wert. Ich kann wohl sagen, jeder Mensch ist eine Qualität. Summarisch können die Völker gleich sein, wertmäßig gleich sind sie nicht. Nun entsteht die Frage, hat ein Mensch denn überhaupt einen Anspruch, einen vernünftigen Anspruch an ein normales und gutes Leben? Und du sagst, was heißt Anspruch, der Anspruch liegt im Menschen selbst. Der Hottentotte hat nicht den Anspruch als etwa ein Holsteiner. Weshalb? Weil er sein Leben nicht anders gestalten kann. Jedes Volk hat den Anspruch, der seinem Geist und Wesen entspricht. Sein Geist und sein Leben umreißt die mögliche Forderung an das Leben von vornherein. Ich kann weitergehen und kann sagen, ich sehe den einzelnen Menschen an. Vor mich hin tritt der erblich Belastete, der Tuberkulöse. Sie haben nicht dieselben Ansprüche zu stellen wie ein vollständig Gesunder. So ist es auch bei den Völkern. Und wenn ich mir nun den Wert des deutschen Volkes ansehe, dann kann ich sagen, es gibt kein Volk, das mehr Recht besitzt, Anforderungen an das Leben zu stellen wie das deutsche Volk. Was hat unser Volk der Welt nicht alles gegeben. Seit 2.000 Jahren können wir die Geschichte unseres Volkes verfolgen. Und nimmt man alles weg, was der deutsche Genius der Welt geschenkt hat, Denker, Dichter, deutscher Erfindungsgeist, so ist die Welt mit einem Schlage entsetzlich verarmt. Damit aber steht eines fest: Das deutsche Volk hat einen unendlichen Grundwert [*sic!*]. Und wenn heute die politische Führung der Nation dauernd einredete [*sic!*], wir wären schlechter als die anderen, wenn man versucht, uns als schwächer, als minderwertiger hinzustellen, so wissen wir, daß das nicht wahr ist. Es gab eine Zeit, da konnten wir das erproben. Wenn man der deutschen Jugend vorreden kann, daß sie weniger wert ist als die anderen, so soll man uns alte Frontsoldaten fragen. Wir wissen genau, was wir wert waren und was die anderen wert gewesen sind. Wenn man versucht, den Geist der Führung als den Geist der Nation hinzustellen, werden wir Protest erheben. Was das deutsche Volk taugt, hat es bewiesen, was das Deutsche Reich leisten kann, hat es 4 1/2 Jahre lang bewiesen [54], was seine Regierung taugt, hat sie jetzt in 12 Jahren bewiesen. (Gelächter und Beifall.) Das

54 Anspielung auf den Ersten Weltkrieg.

Bild unseres Volkes ist für Jahrtausende eingeätzt in die Tafel der Geschichte. (Sehr richtig.) Und das Bild der heutigen Führung wird in wenigen Jahren ausradiert sein. (Zustimmung.) Deutschland wird nicht bleiben, was es heute ist. Wir sagen, wir haben das Recht, für unser Volk mehr zu erhoffen als für einen Negerstamm. Und da ist es wichtig, daß man sich auf den Volkswert beruft, auf ihn baut, bei jeder Gelegenheit diesen Volkswert in den Vordergrund schiebt. Die Kraft eines Volkes fließt aus seinen eigenen Werten heraus, genauso wie bei dem gesunden Menschen. Der gesunde Mensch ist stark aus sich selbst. Er vertraut auf seine eigenen Kräfte. So ist es auch im Volksleben. Wenn heute unsere Parteien einer gewissen Mitte herkommen und sagen: "Wir sind auch national", so ist darauf zu sagen, national in gemäßigt bürgerlich vornehm gedämpftem Sinne, national, doch eben nur in beschränktem Umfange. Ihr sagt: "Wir sind ja national, aber das Proletariat." Das ganze deutsche Volk hat sich aus den Quellen seiner Kraft entfernt. Die einen taten es oben, die anderen unten. Die Masse unten macht nur nach, was ihr von oben vorgezeigt habt. Indem man oben sich bemühte, das Ausland nachzuäffen, Negertänze einzustudieren usw., hat man unten das Beispiel gegeben. Oben heißt es Völkerbund, unten heißt es international. Oben heißt es internationale Kultur, unten internationale Gesinnung. Oben rufen sie: "Genf!" und unten: "Moskau!" Nur einen Spruch kennen sie nicht, der nicht "Moskau", sondern *"Deutschland"* heißt. (Bravo-Rufe und Händeklatschen.) Deutschland, das ist unsere Kraft, das ist unsere Heimat. Nicht im Auslande liegt unsere Zukunft. Deutschland, deutsches Volkstum ist unsere Heimat. Wenn Sie mir sagen, ich sei Antisemit - ich bin Deutscher [55]! Ich bin Deutscher und ich wünsche, daß mein Volk erhalten bleibt. Wenn es Gott dem Herrn gefallen hat, aus uns Deutsche zu machen, so kann er nicht wollen, daß ihr jetzt aus uns Juden macht. (Langanhaltender Beifall.) Wir reden auch in palästinensische Angelegenheiten nicht hinein, wir bitten aber, daß man auch in unsere deutschen nicht hineinredet. (Heiterkeit.) Das deutsche Volk wird in dem Augenblick seine natürliche Kraft erhalten, in dem es sich auf seine eigentliche Art besinnt. Es kann jeder nur das, was er gelernt hat, und das ist dann seine Zukunft. Das ist auch so im Volksleben. Das Volk, das sein Schicksal vom besten Können bestimmen läßt, wird allen anderen Nationen gegenüber einen Vorsprung erhalten. Wenn Sie heute zwei Bauernhöfe ansehen, auf dem einen herrscht Demokratie, und auf dem anderen sitzt ein fähiger Kopf als Führer, so werden Sie erleben, daß der fähige Kopf den übertreffen muß, der durch die Demokratie geleitet wird. Sagen Sie nur nicht, heute ist doch die ganze Welt demokratisch. Die Gifte der Erde gehen über sie hin. Wir Deutsche kommen viel zu spät. Wir haben die Demokratie erhalten, als die anderen Völker sie bereits abgelegt hatten [56]. Die Demokratie haben wir eingeführt. Wir wählten 500 Menschen aus allen Berufen und Ständen, Doktoren, Ärzte, Parteibeamte, Lehrer [57] usw., und die setzten

55 Vgl. Dok. 53, Anm. 14.

56 Der Erste Weltkrieg hatte mit einem Triumph des demokratischen Prinzips geendet; mit Ausnahme Rußlands hatte sich in allen Staaten Europas der liberal-demokratische Verfassungsstaat durchgesetzt. Erst die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme der folgenden Jahre sorgten dafür, daß sich insbesondere in den Staaten Ost- und Mitteleuropas zum Teil auch denen des Mittelmeerraums autoritäre und halbautoritäre Regime etablieren konnten. Vgl. The Breakdown of Democratic Regimes. Ed. by Juan J. Linz and Alfred Stepan, Part I und II, Baltimore [2]1980.

57 Der Reichstag hatte in der IV. Wahlperiode 490 Abgeordnete, darunter waren 66 Gewerkschaftsangestellte, Verbandsvorsitzende bzw. -direktoren, 57 Berufsbeamte, 37 Beamte ohne berufliche Vorbildung, 31 Partei-

sich dann in das Parlament hinein. Und dann haben wir eine Frage und legen sie diesem erhabenen Forum vor. Wenn nun nicht die Fraktionen, sondern 6 oder 7 Sachverständige beraten, warum wählen Sie dann 100 [58]? (Beifall.) Die 500 werden gewählt, damit man die Sachverständigen nicht sieht. (Heiterkeit.) Wenn heute jemand die kleinste Maschine repariert, so ist er verantwortlich. Verantwortlich ist jeder Geschäftsmann, jeder Angestellte. Wohin Sie gehen, immer werden Sie auf etwas Verantwortung stoßen. Nur an einer Stelle gibt es keine Verantwortung. Wie kann ein System von mehr Verantwortlichkeit reden, das keine parlamentarische Verantwortlichkeit kennt? Ein System, das das nicht kennt, muß Volk und Staat zugrunde richten. Und wenn einer sagt: "Sie sind Revolutionär" - Sie sind doch der Revolutionär, nicht wir. Wir haben tausend Jahre Geschichte hinter uns, Sie nur ein paar Jahre Verfall, weiter nichts. (Beifall.) Was Deutschland aufgebaut hat, sind stets Majoritätsverhältnisse gewesen. Die Kraft der Besten war es zu allen Zeiten. Und wenn ein Volk emporsteigen will, dann muß es außer seiner natürlichen Qualität eine vernunftsgemäße Regelung seiner Krafteinsätze auf allen Gebieten des Lebens haben. Wenn ein Volk diese Begriffe prinzipiell anerkennt, dann muß es noch einen Grundsatz annehmen. Der Spruch: "Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott [59]!", gilt vor allem für das Volksleben, so wie im allgemeinen der Junge, der verhätschelt wird, niemals das werden kann, was der andere wird, der sich sein Brot selbst erwerben muß, der weiß, du bist auf dich selbst angewiesen, deine Kraft ist entscheidend, dir hilft kein Mensch, niemand wird dich retten. Dieser Mensch wird bestimmt kraftvoller werden, wird jedem Widerstand einen anderen Widerstand von sich aus entgegensetzen können. Solange ein Volk hofft, von anderer Seite Hilfe zu bekommen, kann es niemals emporkommen. Ich will, daß Deutschland möglichst stark wird, ich weiß, einmal wird diese Fahne hochsteigen, - auf legalem Wege [60] hochsteigen. (Heil-Rufe. Beifall.) Wir glauben an keine Verständigung, an keine friedliche Auseinandersetzung am Konferenztisch, am Botschaftertisch, solange Deutschland in der heutigen Verfassung erscheint. Erst dann, wenn am Konferenztisch ein anderes Deutschland erscheinen wird, erst dann glaube ich, wird die Welt wieder mit sich reden lassen, - vor allem Frankreich [61]. (Beifall.) Es haben auch andere mit sich reden lassen. (Beifall.)

Und damit ist das große fundamentale Programm unserer Bewegung umrissen. Wir versuchen, in der Zukunft ein neues Deutschland aufzustellen, und zwar dadurch, daß wir im Innern den Kern bilden, um den sich dieses Deutschland in der Zukunft gestalten kann, angleichen kann und ansetzen kann, mit anderen Worten, die Regeneration eines Volkes findet nicht statt durch eine Änderung der Regierungssitze oder durch eine Neuwahl, sondern sie findet statt dadurch, daß in einem Volk von unten empor der Körper heranwächst, der den späteren Zu-

---

vorsitzende und -angestellte, 18 Lehrer sowie 7 Ärzte und Apotheker. Die von Hitler genannten Berufe waren auch in der Reichstagsfraktion der NSDAP vertreten; unter den 12 Reichstagsabgeordenten gab es einen Apotheker und einen Lehrer, ferner einen Berufsbeamten. Vgl. Reichstags-Handbuch. IV. Wahlperiode 1928, Berlin 1928, S. 259, 474.

58 Muß heißen: 500.

59 Nach Justus Georg Schöttel (1612-1676): "Mensch, hilf dir selbst, so hilfet Gott mit."

60 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

61 Zum damaligen Stand der deutsch-französischen Beziehungen vgl. Poidevin/Bariéty, Frankreich und Deutschland, S. 360 ff.

stand in sich repräsentiert und darstellt. Das ist zu allen Zeiten so gewesen, und wenn die alten Bäume morsch werden, werden sie sich nicht selbst erneuern, sondern das junge Stämmchen muß kommen. Es ist das der einzige Regenerationsweg in der ganzen Natur. Wo Volk und Staat zerbrechen, wird nicht plötzlich aus dem alten Gebilde die Erneuerung, sondern es muß in diesem Volk, in diesem Staat die Erneuerung irgendwo im kleinsten Ansatz beginnen und sich dann verbreitern, erweitern und langsam dann den Körper der Nation erfüllen. Wenn sich nicht aus den Wirren des 30jährigen Krieges die Mark Brandenburg und dann der preußische Staat entwickelt hätten [62], wäre nie ein Deutsches Reich gekommen. Deutschland war verfault und verfallen. Das geht immer und ewig so, auch heute. Sie sehen ja, einig möchten sie sein. Sie schreien nach Einigkeit. Und indem sie sich zusammensetzen, um einig zu werden, zerteilen sie sich. Das ist das verfallende alte Deutschland. Wenn sie sagen, wir sind auch national, sie haben keine Kraft. Wie wollt ihr denn die Nation mit einem Geist erfüllen, den ihr selbst nicht habt? Ihr sagt, wir sind auch für Autorität der Persönlichkeit. Aber wir können uns nicht zusammenschließen, weil wir nicht die Persönlichkeit besitzen, die wir anerkennen können, wir haben keinen aufragenden Kopf, dem sich alle unterordnen können. Ihr wollt ja die Führung gar nicht. Und wenn ihr sagt, wir möchten auch den großen Mann, - ihr wollt ihn nicht. Ja, wenn in Deutschland Führer kämen, ihr betet zu eurem lieben Gott, daß er nicht kommt. (Beifall.) Weil ihr wißt, daß er euch beseitigen würde, weil er es muß. (Bravo!) Ihr redet von Kaisern und von Königen und es ist euch nicht ernst. Wenn heute während einer Reichstagssitzung sich in Potsdam die Gruft öffnen würde und Friedrich der Große herausstiege, so würde nach Berlin gemeldet: Friedrich der Große ist mit Leib und Seele erstanden. Er zieht gegen Berlin. Heil dem König! Es muß sofort ein neuer Entwurf zu einem neuen Republikschutzgesetz [63] entworfen werden. (Heiterkeit, Beifall.) Und der § 1 würde lauten: Es ist den Königen verboten, die Gruft zu verlassen (Heiterkeit). Ihr wollt das alles nicht. Denn würdet ihr es wollen, müßtet ihr es selbst darstellen. Was sind eure Parteien, in denen die Massen entscheiden? Ihr sagt, wir wollen den Führer, und wenn ihr einen habt, so würdet ihr ihm nicht gehorchen. Wenn ihr weiter sagt, wir sind auch für Kraft und Kampf, - nein, das seid ihr auch nicht! Eure eigenen Gebilde sind nicht für Kampf, - nein, das seid ihr auch nicht! Eure eigenen Gebilde sind nicht für Kampf, nicht einmal für einen frisch-fröhlichen Wahlkampf. Ich weiß, wie euch das weh tut, wie ihr uns haßt, weil wir mitgeholfen haben, den Reichstag zum Auffliegen zu bringen [64]. Nun habt ihr die Bäder bestellt, die Karten gelöst, die Frau hat schon gepackt. Und nun wolltet ihr endlich ausruhen von den schweren Geschäften eurer parlamentarischen Arbeit. Und jetzt ist alles umsonst. Jetzt müßt ihr hinausgehen und müßt in die heißen Säle hinein und sogar reden und verhandeln und euch die Köpfe zerbrechen, wie ihr eure Tafel anstreichen wollt, wie die Firma lauten soll, wie man sich nennen soll [65]. (Anhaltender Beifall.) Und sehen Sie, das freut mich grimmig, daß ihr hinaus müßt und im August jetzt kämpfen müßt, daß

62 Zur Geschichte des brandenburgisch-preußischen Staates bei Ausgang und in der Zeit nach dem Dreißigjährigen Krieg vgl. Ernst Opgenoorth, Friedrich Wilhelm. Der Große Kurfürst von Brandenburg. Eine politische Biographie, 2 Bde., Göttingen 1971-1978.

63 Vgl. Dok. 7, Anm. 3.

64 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.

65 Vgl. Dok. 84, Anm. 2.

ihr nicht in der Sommerfrische sitzen könnt. Das freut mich und das freut uns alle. Auch wir haben keine Ferien, aber wir sind glückselig bei dem Gedanken, daß die anderen auch keine haben. (Heiterkeit.) Nun, zerbrecht euch die Köpfe über das, was ihr geleistet habt. Verteidigt euch, wir greifen jetzt an! In 34.000 Versammlungen [66] werden wir in Deutschland zum Volke reden. (Heil-Rufe.) Und es wird sich in diesem Kampf zeigen, wer gewinnt, die Parteien der Vergangenheit oder unsere nationalsozialistische Bewegung. (Heil-Rufe.) Wir gehen in einen schweren Kampf hinein und fühlen uns dabei so recht als die Träger der deutschen Zukunft, weil wir zum Unterschied der andern sagen können, in unseren Reihen ist die Verwirklichung dessen, was wir in Zukunft wollen. Eine Organisation, die nicht mehr Proletarier, nicht mehr Bürger, Bauern, Handarbeiter usw. kennt, sondern eine Organisation, die aus allen Gauen Deutschlands, aus allen Menschengruppen sich zusammensetzt. Wenn Sie einen fragen: "Junge was bist du? Bürger? Prolet?" Er wird lachen: "Ich bin Deutscher! Ich kämpfe in meinem Braunhemd." Das ist das Zeichen unserer Bedeutung [67], wir wollen nichts anderes sein, wir kämpfen alle für die Zukunft eines Volkes. Wir sind gleich in unseren Reihen. Wenn ihr sagt, das Hemd müßt ihr ausziehen [68], so vergeßt ihr, daß unter dem Hemd ein Herz ist, das könnt ihr nicht nehmen. Im Gegenteil, je mehr ihr uns äußerlich aufhaltet, um so fanatischer werden wir im Innern. Sie haben sich gedacht, man werde uns jetzt mürbe machen. Sie haben eine Ahnung! Seit sie das getan haben, ist die Bewegung ins Wachsen gekommen [69]. Und besonders eins habt ihr uns zugeführt, die großen Schlaumeier, die Jugend [70]. Im neuen Deutschland wird eine Fahne sich durchgesetzt haben, unter der das Deutschland von heute der Versklavung und Unterwerfung zu einem anderen Deutschland geworden ist. Was euch allen vorschwebt, ob von rechts oder links. Auch du hast in deinem Herzen dasselbe Deutschland und dasselbe Wollen, das Deutschland der Kraft und der Stärke und der Macht und der Herrlichkeit und der Freiheit [71].

66 Vgl. Dok. 21, Anm. 9.

67 Muß wohl heißen: Bewegung.
Mit der Neugründung von NSDAP und SA im Jahr 1925 hatte die Parteiführung begonnen, die SA einheitlich mit einem Braunhemd zu uniformieren, zu dem 1927 braune Mütze, farbige Spiegel und Rangabzeichen kamen. Diese Uniformierung wurde zum Vorbild für die Uniformen der gesamten NSDAP und ihrer Gliederungen. Die Übernahme der braunen Farbe war - ungeachtet aller späteren Deutungsversuche - jedoch nicht symbolisch begründet; vielmehr war es der Parteiführung gelungen, einen Restposten von Kakihemden der ehemaligen deutschen Kolonialtruppe günstig zu erwerben. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 174 f. sowie Jill Halcomb, the SA. A Historical Perspective, Columbia 1985, S. 87 ff.

68 Vgl. Dok. 55, Anm. 1.

69 Vgl. Dok. 11, Anm. 22; Dok. 36, Anm. 15; Dok. 41, Anm. 13; Dok. 69, Anm. 27; Dok. 72, Anm. 16.

70 Vgl. Dok. 44, Anm. 22.

71 Vgl. Dok. 63, Anm. 23.

12. August 1930 Dok. 87
"Fort mit dem Parlamentarischen 'Führer'-Brei Schäffer [1]-Auer'scher [2] Prägung!" [3]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [4]

VB vom 17./18.8.1930, "Adolf Hitler: '...um euch zu richten!'" [5].

Die Not ist jetzt groß geworden, groß nicht so sehr die des Volkes [6], als vielmehr die der Parteien [7], die das deutsche Volk zu retten beabsichtigen. Sie ist groß geworden, die Not unserer staatserhaltenden, wirtschaftsrettenden Parteiorganisationen, und seit Wochen brüten sie dieser Not nach und suchen alle Namen und Titel zusammen, um die alten Schilder wieder frisch anstreichen zu können. Sie sind sich auch jetzt noch nicht ganz einig, streiten sich etwas herum, sollen sie sich Staatspartei [8], Partei der Mitte, sollen sie sich Wirtschaftspartei [9] oder Partei des Reiches [10] heißen oder sollen sie sich Partei des Volkes [11], des deutschen Volkes hei-

---

1 Fritz Schäffer (1888-1967), Jurist, 1917 Tätigkeit im bayerischen Innenministerium, 1920 Regierungsrat im bayerischen Kultusministerium, 1920-1933 MdL in Bayern (BVP), 1924 Vorsitzender des Münchner Kreisverbands, 1929-1933 Vorsitzender der BVP, 1931-1933 als Staatsrat mit der Führung der Geschäfte des bayerischen Finanzministeriums beauftragt, 1933 Rechtsanwalt in München, seitdem mehrfache Verhaftung, Mai bis September 1945 bayerischer Ministerpräsident.

2 Erhard Auer (1874-1945), Kaufmann, 1896 Privatsekretär des sozialdemokratischen Politikers Georg von Vollmar, 1907-1933 MdL in Bayern (SPD), 1908-1921 Geschäftsführer der bayerischen SPD, November 1918 bis Februar 1919 bayerischer Innenminister (durch Attentat schwer verletzt), 1919/20 Mitglied der Nationalversammlung, 1920-1932 I. Vizepräsident, 1932/33 II. Vizepräsident des Bayerischen Landtags, 1921-1933 Chefredakteur der "Münchener Post", 1929-1933 Stadtrat in München, nach 1933 mehrfache Verhaftung.

3 Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10198) und Ankündigung im VB vom 12.8.1930.

4 Im Zirkus Krone, von 20.30 bis 21.30 Uhr. Die Versammlung wurde von Stadtrat Hermann Esser geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet, in der er sich u. a. zum dreitägigen Verbot des VB sowie zur Kritik des französischen Journalisten Jules Sauerwein an Hitler äußerte (vgl. Anm. 56 f.). Wegen Überfüllung mußte die Veranstaltung um 19.00 Uhr polizeilich gesperrt werden, so daß kurzfristig drei Parallel-Versammlungen in nahe gelegenen Bierkellern organisiert wurden.

5 Vgl. auch Neue Zeitung vom 19.8.1930, "Nazitheater im Zirkus". Zitate aus Hitlers Rede in: Nationalsozialistische Monatshefte 1 (Oktober 1930), H. 7, S. 335. Ferner PND-Bericht Nr. VI d 1363/30 vom 13.8.1930; StA München, Polizeidirektion München 6741. Lagebericht N/Nr. 93 der Polizeidirektion München vom 1.9.1930; BayHStA, MA 101235/3.

6 Vgl. Dok. 8, Anm. 7, 11, 13 und 14; Dok. 22, Anm. 2, 4 und 10; Dok. 44, Anm. 13; Dok. 60, Anm. 6; Dok. 63, Anm. 11; Dok. 76, Anm. 11, 26 und 28.

7 Vgl. Dok. 77, Anm. 55.

8 Vgl. Dok. 84, Anm. 2.

9 Im September 1920 hatten mittel- und ostdeutsche Zusammenschlüsse von Handwerkern, Kleinhändlern sowie Haus- und Grundeigentümern die Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes gegründet, seit 1925 Reichspartei des deutschen Mittelstandes. Die Partei, die sich selbst als "nationalgesinnt" bezeichnete, vertrat vor allem wirtschafts- und steuerpolitische Forderungen und erreichte bei der Reichstagswahl 1928 ihr bestes Wahlergebnis in Höhe von 4,9%, entsprechend 23 Reichstagsmandaten. Im Kabinett Brüning war die Wirtschaftspartei mit Justizminister Johann Victor Bredt vertreten. Vgl. Martin Schumacher, Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei, Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919-1933, Düsseldorf 1972.

10 Möglicherweise eine Anspielung auf die Volksnationale Reichsvereinigung, die inzwischen in der DStP aufgegangen war. Vgl. Dok. 48, Anm. 8 und Dok. 84, Anm. 2.

ßen? Sie studieren nach [*sic!*] und einigen sich von Tag zu Tag mehr [12]. Seit vier Wochen lebt das deutsche Volk im Zeichen der Einigung, und zwar der Einigung, die allein Deutschland nur retten kann. Denn sie haben in der Presse gelesen: Wenn wir nicht einig werden, dann ist alles - das heißt doch *Deutschland* - verloren! Nun sind sie nicht einig geworden, also ist anzunehmen, daß Deutschland verloren ist. Auf alle Fälle sind sie demnach der Meinung, *daß sie Deutschland nicht mehr retten können.* Denn ausgezogen sind sie, um uns eine Phalanx entgegenzustellen von den Parteien der Mitte bis hinüber zu den Parteien der Sozialdemokratie, und so hoffte man uns einen gewaltigen Block, eine richtige große Herde entgegenstellen zu können. Das sollte Deutschland retten! *Das ist nicht gelungen.*

Endlich, nach 12 Jahren, ist man so weit gekommen, dem deutschen Volk zu erklären: *Es kann so nicht mehr weitergehen.*

Vor wenigen Jahren war für sie das *System* noch ganz richtig. Man sagte, die Nationalsozialisten müssen beseitigt werden, weil sie gegen das System an sich sind, Antidemokraten, Antiparlamentarier, sie stehen nicht auf dem Boden der Weimarer Verfassung [13], sie müssen als staatsgefährlich, staatsfeindlich behandelt und ausgerottet werden. *Behandelt* hat man uns so, *ausgerottet hat man uns bekanntlich nicht.* Aber jetzt erfahren wir mit tiefer Genugtuung, daß auf einmal unsere Herren Gegner auch erkennen, daß das System falsch ist, daß an seine Stelle die *Verantwortung* treten müsse! Du lieber Gott: *Sind wir also dauernd unverantwortlich regiert worden?* (Heiterkeit.) Jetzt auf einmal sagt man, es muß an die Stelle des Regiments der parlamentarischen Demokratie ein Regiment der Führung, der Autorität, der Verantwortung kommen [14]. Jahrelang haben wir das vorher schon gesagt. Da schrie man uns zu, wir möchten den Mund halten: *Diese Unverantwortlichen hieß es, die dauernd dazwischen reden, sollen ruhig sein, sie haben kein Recht, uns, die Verantwortlichen, dauernd zu stören! Heute sagen die Verantwortlichen von damals, daß bisher noch nicht die Verantwortlichen regiert haben,* jetzt erst muß die Zeit endlich herannahen, in der verantwortungsbewußt regiert wird! *Also sind wir doch eigentlich gerechtfertigt!* Welches System ist eigentlich falsch, ist es das System, das *wir* 12 Jahre lang vertreten haben oder dem wir uns *entgegenstemmten?* Die Antwort ist leicht zu finden:

---

11 Gemeint sind vermutlich BVP, DVP, DNVP, die Volkskonservative Partei und die Volksrecht-Partei.

12 Im Reichstagswahlkampf 1930 kam eine übergreifende Vereinigung der bürgerlichen, staatsbejahenden Parteien nicht zustande; ungeachtet ihrer unterschiedlichen Versuche zur parteipolitischen Neuformierung und Erneuerung blieben diese ihren jeweiligen Lagern verhaftet. So verlief eine Besprechung von Vertretern von DVP, Konservativer Volkspartei, Wirtschaftspartei, DStP und der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler über eine "Sammlung der bürgerlichen Parteien der Mitte" am 30./31.7.1930 ergebnislos. Während sich der Gegensatz zwischen rechts- und linksliberalen Kräften nicht überbrücken ließ, veröffentlichten DVP, Konservative Volkspartei und Wirtschaftspartei am 22.8.1930 einen gemeinsamen Wahlaufruf, außerdem gingen Konservative Volkspartei, Landvolkpartei und Deutsch-Hannoversche Partei eine Reichslistenverbindung ein. Vgl. Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932, Bd. 4/1, Dok. 115 ff. Ferner Jonas, Die Volkskonservativen, S. 82 ff. Druck des Aufrufs: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1930, S. 191 f.

13 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

14 Zur öffentlichen Kritik an Demokratie und Liberalismus sowie zu den zeitgenössischen antidemokratischen Staatsentwürfen vgl. Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962, S. 180 ff., 240 ff.

Das deutsche Volk hat in dem Augenblick, in dem es sich der westlichen parlamentarischen Demokratie zuwandte, ein System übernommen, das ein abgetragener Frack gewesen ist. Aber wie eine Elster sind sie auf das alte Zeug geflogen und waren glückselig, diese wegen der Schmutzflecken glänzenden Flecken zu erwischen. Diese parlamentarische Demokratie war schon am Tage, an dem man sie übernahm, abgetragen, außerdem ein Wahnwitz, ein Irrsinn, die verrückteste Methode, die es geben kann, besonders, um ein zusammengebrochenes Volk zu retten.

Alle Völker haben in kritischen Situationen dieses System *nicht* genommen, sondern das Gegenteil, solange sie noch vernünftig dachten. Aber in dem Augenblick, da *wir* zu dieser Demokratie griffen, war *Deutschland in größter Not.* Das Jahr 1918 war in mehr als einer Hinsicht entscheidend für die ganze Zukunft der deutschen Nation. In diesem Jahre mußten die Würfel fallen: Entweder das vierjährige Ringen mußte von Erfolg gekrönt sein, oder es war alles vergebens gewesen. Es ist selbstverständlich, daß, als dieses Drama im Schlußakt zu unerhörter Größe anschwoll, gerade in dem Moment *das* Volk bestehen konnte, das über die eisernsten Nerven, die tatkräftigste Führung verfügte. In solchen Augenblicken griffen die Völker *niemals zur Demokratie,* sondern stets zur *Diktatur. Im Augenblick der größten Not findet stets eine Konzentration der Kräfte statt, und die höchste Konzentration liegt immer in der überlegenen Einzelpersönlichkeit.*

Das deutsche Volk hätte logischerweise 1918 denselben Weg gehen müssen. Denn es war klar, daß man damals gerade erst recht alles vermeiden mußte, was unser Volk angesichts des Schicksalskampfes um Sein oder Nichtsein mit unfruchtbaren Diskussionen erfüllen konnte, mit Diskussionen über die Wahlreform [15], das neue Wahlrecht, die Abschaffung des Wahlrechts, Einführung der westlichen Demokratie, einer Ministerverantwortlichkeit [16] in einem Staate, in dem es keine parlamentarische Verantwortlichkeit gibt, usw. Statt dessen hat man in einem solchen Augenblick die Nation mit innerem Zündstoff geladen und zur Explosion gebracht, wo ein Mann hätte sein müssen, der an der Spitze steht.

---

15 Der Rat der Volksbeauftragten hatte in seinem Aufruf vom 12.11.1918 festgelegt, daß "alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften [...] fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen" seien. Diese Forderung bildete den Rahmen für die Verordnung über die Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung vom 30.11.1918, für die Wahlbestimmungen in der Reichsverfassung vom 11.8.1919, für das Reichswahlgesetz vom 27.4.1920 und die Wahlgesetzgebung der Länder. Die Zahl der Wahlberechtigten stieg dadurch von 14,4 Millionen im Jahr 1912 (22,2% der Bevölkerung) auf 37,4 Millionen im Jahr 1919 (63,1% der Bevölkerung). Druck der genannten Wahlrechtsbestimmungen: RGBl. 1918, S. 1304; 1918, S. 1345 ff.; 1919, S. 1386 ff.; 1920, S. 627 ff. Vgl. Eberhard Schanbacher, Parlamentarische Wahlen und Wahlsystem in der Weimarer Republik. Wahlgesetzgebung und Wahlreform im Reich und in den Ländern, Düsseldorf 1982, S. 47 ff.

16 Den obersten Reichsressorts waren seit 1871 Staatssekretäre vorgestanden. Durch das Gesetz zur Abänderung der Reichsverfassung vom 28.10.1918 wurde die Verantwortlichkeit für die Amtsführung des Reichskanzlers und seiner Stellvertreter gegenüber Reichstag und Bundestag eingeführt. Artikel 56 der Weimarer Reichsverfassung vom 11.8.1919 bestimmte, daß "jeder Reichsminister den ihm anvertrauten Geschäftszweig selbständig und unter eigener Verantwortung gegenüber dem Reichstag" zu leiten habe. Laut Artikel 54 konnte der Reichstag jedem Reichsminister das Vertrauen entziehen, laut Artikel 59 gegen jeden Reichsminister Anklage beim Staatsgerichtshof erheben. Druck: RGBl. 1918, S. 1273 ff; RGBl. 1919, S. 1393 f. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. V, S. 584 ff.; Bd. VI, S. 340 f.

Kaum hat die Nation endgültig dem Prinzip der Autorität und der Persönlichkeit entsagt und sich der Demokratie genähert, bot Deutschland nicht mehr das, was es 4 1/2 Jahre [17] *gewesen war, nämlich der machtvollste, einheitlichste Körper der Welt, sondern es begann zu zerfallen.*

Wenn nun manche hier erklären: Aber unsere *Gegner* waren auch so *demokratisch* organisiert! *Nein und tausendmal nein;* nur *ein Staat* hat praktisch die Kriegsartikel außer Kraft gesetzt,

das war Deutschland!

Bei den Gegnern wird 1918 genauso wie 1916 und 1917 *Landesverrat rücksichtslos mit dem Tode bestraft* [18]. Überall sind Diktaturen gewesen: Clemenceau in Frankreich, Lloyd George [19] in England, eiserne Köpfe, die letzten Endes die Nationen zu einheitlichem Handeln fortgerissen haben [20].

Nur Deutschland wählt in dem Augenblick das demokratische System, das zwangsläufig die Nation entkräften mußte.

Wir haben zwei Ideen, die unseren Staat heute beherrschen: Eine Idee ist

die Idee der Leistung,

der Tatkraft, der Bedeutung der Persönlichkeit und der Autorität. Alles, was die Nation ihr eigen nennt, ist aus dieser Idee herausgeboren worden. Nicht nur die Kultur ist das Ergebnis des Wertes der Persönlichkeit, nicht nur Wissenschaft, auch unsere *Wirtschaft* wäre gar nicht denkbar ohne die persönliche Autorität des einzelnen Kopfes auf allen Gebieten. Angefangen vom kleinsten Maschinenmeister, ja Schlosser, bis hinauf zum höchsten Beruf, *überall ist die Fähigkeit maßgebend für die Leistung* und damit aufbauend und tragend für die gesamte wirtschaftliche Blüte. Wir sehen, daß wirtschaftlich, kulturell und geistig unser ganzes Leben aufgebaut ist auf dem Prinzip der Autorität der einzelnen Person, die überall Schöpfer, Erfinder, Denker, Dichter, Künstler usw. ist, auch im Wirtschaftsleben Organisator. Ob wir beim kleinsten, einfachsten Vorarbeiter beginnen, überall ist *Einer* fähig, eine Sache zu sehen, und ist verantwortlich, *und dieses System schafft in Wirklichkeit alle tatsächlich vorhandenen materiellen Werte, aber auch alle geistigen und kulturellen Werte.* Und parallel diesem System, ich möchte es als das *System der Leistung* bezeichnen, geht

das System der Leitung.

---

17 Anspielung auf den Ersten Weltkrieg.

18 Während des Ersten Weltkriegs wurden in der britischen Armee etwa 3.080 Mann zum Tode verurteilt, 346 Urteile wurden vollstreckt. In der Französischen Armee wurden etwa 2.000 Todesurteile gefällt, jedoch nur 300-400, höchstens jedoch ein Drittel vollstreckt. Für die deutsche Armee sind 48 vollstreckte Todesurteile bekannt. Vgl. Manfred Messerschmidt/Fritz Wüllner, Die Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus. Zerstörung einer Legende, Baden-Baden 1987, S. 25, 63.

19 David Lloyd George (ab 1944: Earl of Dwyfor; 1863-1945), 1884 Rechtsanwalt, 1890 Mitglied des britischen Unterhauses (Liberals), 1905 Handelsminister, 1908 Schatzkanzler, 1915 Munitionsminister, Juli 1916 Kriegsminister, Dezember 1916-Oktober 1922 britischer Premierminister, anschließend Führer der Opposition im britischen Unterhaus.

20 Ungeachtet aller Veränderungen in der französischen und britischen Verfassungswirklichkeit während des Ersten Weltkriegs blieb hier - im Gegensatz zu Deutschland - die Suprematie der zivilen Führung gewahrt. Vgl. Jean-Jacques Becker, La France en guerre (1914-1918). La grande mutation, Paris 1988, S. 61 ff.; J.M. Bourne, Britain and the Great War 1914-1918, London 1989, S. 105 ff.

Die Leistung der Nation baut sich auf dem System der Persönlichkeit. Die *Leitung der Nation* baut sich heute auf dem *Gedanken der Majorität*, das heißt der absoluten Unfähigkeit und Minderwertigkeit. Die Leitung ist nicht mehr nach Persönlichkeitswerten ausgewählt, sondern nach Ziffern und Zahlen, nach dem Majoritätsprinzip, *nach minderer Qualität auf allen Gebieten.*

Wenn wir in wenigen Wochen zur Wahl schreiten [21] und wenn wir durch diese nicht aus diesem System herauskommen, was soll dann in Wirklichkeit in Deutschland gebessert werden können?

So lange sie die Leistung von Millionen von Menschen überantworten einer Gesamtleitung, die sich aus zum größten Teil geistig gar nicht in derselben Linie gebildeten, aber auch gar nicht verantwortlichen Menschen zusammensetzt, wird jeder Versuch einer Rettung Deutschlands auch in den nächsten 12 Jahren genauso mißlingen als heute. Auch jetzt sind wir wieder Propheten, wir prophezeien auch jetzt: Wenn aus dieser Wahl nur Regierungsumbildungen hervorgehen, nur Koalitionen entstehen, ist das Resultat gleich null. Deutschland wird nur gerettet werden, wenn sein Schicksal in die Hände von Qualität, Kraft, Entschlossenheit, Autorität in der Leitung gelegt wird.

Auch in der Leitung. Wir sehen diesen Zwiespalt überall. Was ist das deutsche Volk in seinen Leistungen? Wo wir heute hinsehen: *Noch immer steht unser Volk an der Spitze der tatsächlich praktischen Leistungen auf der Erde.* Die Autorität, die Bedeutung der Persönlichkeit, schafft uns auf dem Gebiet der Leistung heute noch eine geachtete Stellung auf der ganzen Welt. Und vergleichen Sie damit die Stellung unserer *politischen Leitung!* Wägen Sie beide ab.

Das Volk, das eine "Europa" [22], eine "Bremen" [23] baut, dasselbe Volk, das Zeppeline fliegen läßt [24], die größten Flugzeuge konstruiert [25], das eine Unsumme von Erfindungen macht,

---

21 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.

22 Der auf der Hamburger Werft Blohm & Voss im Februar 1930 fertiggestellte Passagierdampfer "Europa" der Norddeutschen Lloyd (130.000 PS, 49.746 BRT, 970 Mann Besatzung, 2.024 Passagiere) erwarb sich auf seiner Jungfernfahrt Bremerhaven-New York im März 1930 mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 27,91 kn das Blaue Band. Vgl. Peter Pedersen, Die große Zeit der Luxus-Liner, Hamburg [2]1986, passim. Arnold Kludas, Die großen Passagierschiffe der Welt. Eine Dokumentation, Bd. III, Oldenburg 1973, S. 122 f.

23 Der auf der Bremer Weser-Werft im Juni 1929 fertiggestellte Passagierdampfer "Bremen" der Norddeutschen Lloyd (135.000 PS, 51.656 BRT, 990 Mann Besatzung, 2.228 Passagiere) erwarb sich auf seiner Jungfernfahrt Bremerhaven-New York im Juli 1929 mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 27,83 kn das Blaue Band. Bereits der Stapellauf des Turbinenschiffes, der Reichspräsident von Hindenburg als Taufpate beiwohnte, wurde als technischer Triumph gefeiert. Vgl. Pedersen, Die große Zeit der Luxus-Liner, passim. Kludas, Die großen Passagierschiffe der Welt, Bd. III, S. 126 f.

24 Der militärische Luftschiffbau war durch Artikel 198 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 verboten; der zivile Luftschiffbau wurde nach 1918 im Deutschen Reich zunächst unter sehr bescheidenen Bedingungen fortgeführt. Als großer Erfolg erwies sich der im September 1928 fertiggestellte LZ 127 "Graf Zeppelin", der erst mit öffentlichen Spenden gebaut werden konnte. Nach seiner Atlantiküberquerung im Oktober 1928 gelang ihm im August/September 1929 der erste Flug um die Welt. Vgl. Peter Meyer, Luftschiffe. Die Geschichte der deutschen Zeppeline, Koblenz 1986, S. 115 ff.

25 Jede militärische Luftfahrt war dem Deutschen Reich durch Artikel 198-202 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 verboten. Seit Mai 1922 war ein eingeschränkter Bau von Zivilflugzeugen möglich; alle Ein-

das auch heute noch unerhörte Meisterleistungen auf dem Gebiete der Kultur zuwege bringt wie die Festspiele in Bayreuth [26] und das Passionsspiel in Oberammergau [27], dasselbe Volk ist

politisch unter jeder Kritik.

(Stürmischer Beifall.)

Wenn Sie auf der einen Seite die Qualität unserer Leistung, auf der anderen Seite unsere politische Leitung nehmen, dann könnte man an Deutschland verzweifeln.

Am fürchterlichsten hat uns das der Krieg gezeigt. Was ist unser deutsches Volk im Krieg gewesen, was hat diese *Heimat* an Genialem geleistet,

an Erfindergeist produziert und dann verwirklicht? Wenn Sie heute

deutsche Technik im Kriege [28]

studieren, dann ist das das grandioseste Denkmal der Fähigkeit eines Volkes, einem scheinbar unüberwindlichen Schicksal kraft des Geistes immer Herr zu werden. Eine Flut von Erfindungen strömt von diesem Volke aus, jede Not wird durch größere Genialität gehoben. *Und gehen Sie zur Front:* Was hat dieses Volk geleistet. Wie ist es unter straffer Organisation zum ersten Heldenvolk emporgewachsen, 4 Jahre lang gegen die Einwirkung des ganzen Erdballes [29] immer Sieger geblieben! *Und vergleichen Sie damit die jämmerliche politische Leitung,* den erbärmlichen Zusammenbruch. Während draußen jahrelang gegen die Übermacht

---

schränkungen im zivilen Sektor wurden durch das Pariser Luftverkehrsabkommen vom 21.5.1926 aufgehoben. Vgl. Georg Brütting, Das Buch der deutschen Fluggeschichte, Bd.III: Die große Zeit der deutschen Luftfahrt bis 1945, Stuttgart 1979, S. 123 ff.

Hitlers Bemerkung bezieht sich vermutlich auf das Flugschiff Dornier Do X, das bei einer Länge von 40 m, einer Gesamtleistung von 7.920 PS und einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 170 km/h 14 Mann Besatzung und 60-100 Passagiere auf Langstreckenflüge transportieren konnte. Die ungewöhnliche Neukonstruktion der Firma Dornier hatte ihren Erstflug am 29.7.1929 absolviert; ausgerüstet mit leistungsfähigeren Curtiss-Flugmotoren startete sie am 4.8.1930 eine neue Erprobungsserie, welche den Erfolg der Konstruktion endgültig bewies. Vgl. Karl Grieder, 50 Jahre Dornier Do X. Geschichte eines Riesenflugschiffes, Schaffhausen 1979. Ferner VB vom 6.8.1930, "Do X macht einen erfolgreichen Probeflug".

26 Die Bayreuther Festspiele wurden 1872 von Richard Wagner zur Inszenierung seiner Musikdramen gegründet. Erste Aufführungen fanden 1876 und 1882 statt, dann jeden Sommer in dem eigens hierfür errichteten Richard-Wagner-Festspielhaus.
Hitler hatte auch 1930 die am 22.7. beginnenden Festspiele in Bayreuth besucht. Vgl. Felice, Mussolini e Hitler, S. 307 ff.

27 Das Oberammergauer Passionsspiel, das alle zehn Jahre stattfindet, wird auf ein Gelübde der Dorfgemeinde im Pestjahr 1633 zurückgeführt und soll 1634 erstmals aufgeführt worden sein. Die ältesten Teile der Darstellung der Leidensgeschichte Jesu, die mit seinem Einzug in Jerusalem beginnt und mit seiner Auferstehung endet, gehen auf die Augsburger Passionsspiele von St. Ulrich und Afra aus dem 15. und 16. Jahrhundert zurück, die damalige Fassung auf eine Überarbeitung des Texts im Jahr 1860.
Hitler hatte zusammen mit Goebbels sowie Geli und Angela Raubal am 21.7.1930 die Oberammergauer Passionsspiele besucht. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil 1, Bd. 1, S. 578 f.

28 Zur Entwicklung der internationalen Waffentechnik im Ersten Weltkrieg vgl. M[*ax*] Schwarte (Hrsg.), Die Technik im Weltkrieg, Berlin 1920. Schon die Entwicklung des Tanks als einer der vermutlich wichtigsten Waffenentwicklungen des Ersten Weltkriegs machte allerdings deutlich, daß das Rüstungspotential der Mittelmächte dem der Alliierten in technischer und organisatorischer Hinsicht nicht gewachsen war. Vgl. Heinz Kaufhold-Roll, Die Entwicklung von Technik und Taktik im Ersten Weltkrieg. In: Sturmpanzerwagen A 7 V. Vom Urpanzer zum Leopard 2. Ein Beitrag zur Militär- und Technikgeschichte, Herford 1990, S. 19-50.

29 Vgl. Dok. 60, Anm. 12.

gekämpft wird, kapituliert die Leitung der Heimat vor Zuhältern, Deserteuren, Gesindel, das draußen nicht eine Stunde standgehalten hätte [30]. Und in dem Augenblick, wo sie [*sic!*] übergreift auf die *Armee, kapituliert sie mit.* Auf einmal kennt man das deutsche Volk nicht mehr. Die Welt glaubt es gar nicht. Das war nicht das Volk, sondern seine, nach dem politischen System der Demokratie gebildete *Leitung*, die sich zum erstenmal in vollster Wirksamkeit der Welt gegenüber zeigte, wie sie sich zeigen mußte als das *System der Minderwertigkeit,* Halbheit und aus allem heraus [*sic!*] einer bodenlosen Feigheit. (Stürmischer Beifall.)

Wenn wir aber von diesem Systeme nun sprechen und diesem *System der Demokratie*, das überall die Mehrheit zur Entscheidung bringt, dann muß man doch anerkennen, daß das Schlechteste dieses Systems ihre *Träger* selbst sind.

Die politischen Parteien,

die seit 1918 die deutsche Nation verwalten oder besser *verwirtschaften*, verwirtschaften ihr kulturelles Erbe und ihre geistige Stellung, verwirtschaften ihre Wirtschaftsreserven und verwirtschaften jeden politischen Kredit, *den letzten Rest von politischer Ehre.* Diese Parteien, von denen man füglich sagen kann, *ihre Größe ist ausschließlich die Schwäche der Nation. Würde Deutschland stark sein, können sie gar nicht groß sein. Je mehr sie gedeihen, um so mehr muß die Nation zerbrechen.*

Es ist kein Zufall, daß, als die Demokratie ihr Haupt als Sieger erhoben hat, die deutsche Nation in Fesseln geschlagen wurde [31].

Beides hängt unzertrennlich zusammen.

Welche Parteien können nun hierzu gerechnet werden? Alle! Alle ausnahmslos! Sie tragen ihre Schuld entweder am Zusammenbruch durch ihre aktive Arbeit oder indem sie schwächlich den Zusammenbruch duldeten und mitmachten, schwächlich den Zusammenbruch der Nation zum mindesten hingenommen haben [32].

Drei Dinge sind es, die wir diesen gesamten Parteien aus ihrer Denkart zum Vorwurf machen:

1. Sie haben die Revolution akzeptiert.

Das ist mehr als eine bloße Formalität. Wer sich mit dem Verrat an Deutschland innerlich abgefunden hat, *hat kein Recht mehr, über die Folgen zu klagen.* (Starker Beifall.) Damit verliert er auch die innere Kraft zu einem Widerstand und zu diesem die Nation mit auf- und emporreißen zu können. Diese Kraft erhält man nur aus dem Recht, und dieses Recht liegt im Mut und, sagen wir ruhig, in der *Verantwortlichkeit*, sich einem Akt, der Verbrechen ist, nicht zu fügen, ihn zum mindesten *niemals anzuerkennen.* Gewiß, man sagt: Das Recht geht mit der Macht [33], und der eine Staatsrechtslehrer mag recht haben. *Allein Macht ist nicht gleich Recht.* Recht ist etwas anderes.

Revolutionen im Völkerleben werden nicht vor der Geschichte legitimiert durch ihr bloßes Gelingen, sondern durch den Segen, den sie bringen. (Stürmischer Beifall.) Wenn eine Erhe-

30 Gemeint sind die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.
31 Vgl. Dok. 77, Anm. 7, 9 und 10.
32 Anspielung auf die bürgerlichen Parteien.
33 Zur Verärgerung Bismarcks legte ihm Maximilian Graf von Schwerin den Satz in den Mund, "Macht geht vor Recht", in Anspielung auf Bismarcks Rede vor dem preußischen Abgeordentenhaus am 27.1.1863. Vgl. Lothar Gall, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt a. M. [4]1980, S. 279 f.

bung ein Volk wirklich nach oben führt, dann ist diese Erhebung vor Gott und der Welt späterhin gerechtfertigt worden. Wenn aber eine Erhebung eine Nation vernichtet und verdirbt, dann kann tausendmal die Macht hinter dieser Erhebung stehen: Es gibt ein Recht, das größer ist als die Macht, als die legale Staatsgewalt sogar, und dieses Recht heißt Leben des Volkes, Existenz des Volkes. Wenn ihr das vernichtet, habt ihr tausendmal die Macht und doch kein Recht für euch! (Stürmischer Beifall.)

Man kann die formale, nun gewordene Konstruktion unseres Staates hinnehmen, man kann feierlich versichern: *Wir brechen nicht die Verfassung,* ebenso feierlich erklären: Wir wandeln auf dem Boden des Gesetzes[34], *erkennen aber niemals an euer Verbrechen.* Zwischen uns und euch ist der Unterschied:

Ihr strebt auf dem Boden der Gesetze nach politischer Macht, um euer Verbrechen zu legitimieren. Wir streben auf dem Boden der Gesetze nach politischer Macht, um euch zu richten. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Indem die alten Parteien ausnahmslos das entsetzliche Geschehen des Jahres 1918 nicht etwa durch ihre treue, später gesetzmäßige Haltung, nein, sondern durch ihr *ausdrückliches Bekenntnis* diesen Akt legitimieren, haben sie jedes Recht verloren, *nun später zu klagen über die Folgen oder vor die Nation hinzutreten und sich anzubieten zur Rettung.* Wer erst nicht den Mut hatte, sein geschichtliches Veto einzulegen, hat auch jetzt nicht das Recht, über die Folgen zu maulen.

2. Die alten Parteien haben samt und sonders die Unterwerfung akzeptiert.

Diese Unterwerfung, die sie in einer Umstellung unseres Denkens und Handelns ausgedrückt haben, haben sie akzeptiert nicht dadurch, daß sie sich in die durch die Novemberrevolte verschobenen Machtverhältnisse fügten, nein dadurch, daß sie sich *geistig der Unterwerfung anpaßten* und jede Verfolgung derer billigten, die der Nation einen anderen Geist predigten. *Das ist der Fluch der Unterwerfung.* Auch in den Jahren 1806, 1807, 1811 und 1812[35] mußte sich ein Staat unterwerfen, aber mit Stolz konnte er sagen: Ihr habt durch die Macht uns die Hände gefesselt, *der Geist ist frei*, und wir sinnen Stunde für Stunde nach, wie wir die Fesseln der Macht wieder zerbrechen können!

Aber ihr habt in Deutschland den Geist gefesselt, bemüht, den Geist auszurotten, auf daß niemals wieder mehr eine deutsche Macht werde.

Und ihr habt deshalb kein Recht unser Los zu beklagen, kein Recht zu sagen: Wir sind nun einmal geschlagen, es ist tief traurig, was können wir tun? *Nein, der Feind hat uns nicht so sehr geschlagen, als uns das Gift unserer eigenen Parteien gelähmt hat.* (Anhaltender Beifall.) Und aus diesem Geist heraus habt ihr euch zum größten Verbrechen aufgerafft, das die Weltgeschichte jemals einem Volk zufügen konnte. Ihr habt, *ohne gezwungen zu sein* - denn dazu gibt es keinen Zwang - , der Welt gegenüber unterschrieben, daß das deutsche Volk schuld ist an all dem entsetzlichen Geschehen der letzten Jahre und des halben Jahrzehnts des Weltkrieges[36] und damit euer Volk mit einer furchtbaren Lüge belastet und *der Welt Rechtstitel gegeben für alles, was gekommen ist.* Ihr habt das getan, indem ihr überall logt, der Nation

34 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.
35 Vgl. Dok. 53, Anm. 5.
36 Vgl. Dok. 77, Anm. 16.

vorspiegeltet, es würde das zur *Rettung* der Nation dienen, d. h., ihr habt behauptet, daß der Geist der Unterwerfung der Beginn des Wiederaufstiegs ist. Jetzt hat die Nation laufend seit 12 Jahren die Rechnungen bekommen. Die Nation wird das eines Tages begleichen müssen, was an Rechnungen nun eingelaufen ist. Da darf ich um eines fragen:

3. Was haben denn die alten Parteien überhaupt noch für einen Sinn seit 1918?

Wozu denn noch *monarchische Parteien,* wenn es keine Monarchen mehr gibt und niemand ehrlich bereit ist, sie einzusetzen? Wozu monarchische Parteien, wenn niemand mehr wagt, dem bestehenden Zustand den Kampf anzusagen, *wenn sie doch alle die Republik anerkennen* [37]*!*

Und welchen Sinn haben dann noch bürgerliche Parteien, wenn man auf Schritt und Tritt mit dem Marxismus paktiert [38]*?*

Welchen Sinn hat es zu sagen, daß z. B. die Deutsche Volkspartei das deutsche Volk von roten Ketten macht frei [39], wenn doch diese Deutsche Volkspartei auf Schritt und Tritt mit den Roten zusammengeht, Koalitionen mit ihnen bildet [40]? Weshalb "bürgerlich" als Parole? In *Wirklichkeit trennt euch nichts von der anderen Seite. Ihr macht alles mit, habt nie Widerstand geleistet, aber die Nation zerreißt ihr, indem ihr ihr vorspiegelt, es wäre hier ein anderes Lager: hier Bürgertum und dort Marxismus. Nein, ihr lügt: hier Demokratie, müßt ihr sagen, aus allen Lagern. (Starker Beifall.)*

Und welchen Sinn haben noch christliche Parteien? (Heiterkeit.)

Wenn sie doch eifrig Hand in Hand mitarbeiten an der Aufrichtung des Lagers, das zum Einsturz des ganzen Christentums und der Religion führen muß? *Christliche Parteien, die den Juden den Steigbügel halten.* (Stürmischer Beifall.) Christliche Parteien, die mithelfen, ein System zu decken, das Tag für Tag eine Beleidigung von Christus dem Herrn ist? Christliche Parteien, die sich versündigen an dem, was anderen heilig ist?

Welchen Sinn haben noch Parteien, die nun seit 12 Jahren aus Deutschland eine Mördergrube zu machen sich bemühen? Wahlfang, gar nichts anderes. In der Wahlversammlung erklärt man: Wir treten ein für die heiligen christlichen Ideen und im Parlament stimmt man mit den Atheisten, macht Koalitionen mit ihnen [41] *und ruiniert damit den Glauben an Gott und*

---

37 Die 1920 beschlossenen Grundsätze der DNVP verfolgten eine Wiedererrichtung der Monarchie: "Über den Parteien stehend verbürgt die Monarchie am sichersten die Einheit des Volkes, den Schutz der Minderheiten, die Stetigkeit der Staatsgeschäfte und die Unbestechlichkeit der öffentlichen Verwaltung. Die deutschen Einzelstaaten sollen freie Entschließung über ihre Staatsform haben; für das Reich erstreben wir die Erneuerung des von den Hohenzollern aufgerichteten deutschen Kaisertums." Druck: Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 536. Zu den Koalitionen der DNVP vgl. Dok. 32, Anm. 19.
In der neu gegründeten Konservativen Volkspartei (vgl. Dok. 84, Anm. 2) hatten sich die monarchistischen Kräfte nicht durchgesetzt, weder im Gründungs- noch im Wahlaufruf wurde die Frage einer monarchischen Restauration angesprochen. Vgl. Jonas, Die Volkskonservativen, S. 80.

38 Vgl. Dok. 3, Anm. 5 und Dok. 23, Anm. 2.

39 Anspielung auf den Slogan eines Wahlplakats der DVP: "Von roten Ketten macht uns frei, allein die Deutsche Volkspartei". Vgl. Müller, Das Wahlplakat, S. 293.

40 Seit 1919 waren auf Reichsebene DVP und SPD im 1. und 2. Kabinett Stresemann sowie im Kabinett Müller gemeinsam vertreten, in Preußen im 2. Kabinett Braun. Vgl. Jones, German Liberalism, S. 195 ff., 319 ff. sowie Möller, Parlamentarismus in Preußen, S. 339 ff.

41 Vgl. Dok. Dok. 3, Anm. 5 und Dok. 23, Anm. 2.

Jenseits. Und lockt das Volk langsam in die Kloaken der marxistischen Gedankengänge [*sic!*] *hinein.*

4. Wozu heute noch sozialistische Parteien, die Hand in Hand mit der internationalen Großfinanz marschieren und ihr eine ganze Nation ausliefern?

Man braucht sie nur zu lesen: "Frankfurter Zeitung" [42] - Börsenorgan, "Berliner Tageblatt" [43] - Börsenorgan, "Vorwärts" [44] - sozialistisches Organ, "Münchener Post" [45] - sozialistisches Organ, "Kuhhaut" [46] - bürgerliches Organ. Und was für ein Geist kommt aus allen heraus? *Ein einziger gleicher Geist:* Führen sie einmal ein "Totenmal" auf [47], *sie pilgern gemeinsam hin, zur Verhöhnung des deutschen Soldaten,* der Treue, der Ehre, des Mutes. Im Parlament: Sie gehen gemeinsam hin, *die Nation nach außen binden sie gemeinsam* [48] *und überstaatliches Kapital beschützen sie gemeinsam.* Wir finden sie auf allen Wegen eng miteinander verschlungen.

Sie sehen die Folgen:

Die Nation verblutet langsam, Arbeiter werden brotlos [49], und es mästen sich überstaatliche internationale Finanzspinnen [50]. Millionen beginnen nachzugrübeln und fühlen langsam, daß hier etwas nicht in Ordnung sein kann, und da man sieht, daß die großen Gesichtspunkte der Gegner wahr sein könnten, beginnt das politische Leben sich dem Kleineren zuzuwenden. Man tritt ein in die Berufsparteien. Das Wort "monarchisch" zieht nicht mehr - man sieht sich verraten, "bürgerlich" hat keinen Sinn mehr - man sieht sich betrogen, an das Wort "christlich"

42 Vgl. Dok. 81, Anm. 13.

43 Vgl. Dok. 81, Anm. 12.

44 Die Tageszeitung "Vorwärts" erschien als "Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" seit 1876, bzw. 1890. Chefredakteur des Blattes, das nach Ende des Ersten Weltkriegs in einer Auflagenhöhe von 300.000 Exemplaren je Morgen - und Abendausgabe erschien und seit März 1925 der von der SPD geschaffenen Konzentrations-A.G. angehörte, war Friedrich Stampfer. Vgl. Gerhard Eisfeld/Kurt Koszyk, Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie, Bonn [2]1980, S. 8 ff.

45 Die "Münchener Post" war 1887 gegründet worden und erschien als sozialdemokratische Tageszeitung 1930 in einer geschätzten Auflage von 15.000 Exemplaren. Chefredakteur des Blattes, das ebenfalls zur Konzentrations-A.G. gehörte, war seit 1921 Erhard Auer. Vgl. Hoser, Münchner Tagespresse, passim.

46 Die Herkunft dieser metaphorischen Bezeichnung für die "Münchner Neuesten Nachrichten" ist unklar; entweder eine Anspielung auf die angeblichen Lügen des Blattes, "die auf keine Kuhhaut gehen", oder eine Umschreibung für seinen optisch schwarz-weißen Gesamteindruck.
Die "Münchner Neuesten Nachrichten" gehen zurück auf die 1848 gegründeten "Neuesten Nachrichten aus dem Gebiete der Politik". Die rechtsstehende Tageszeitung gehörte seit 1881 der Firma Knorr & Hirth und erschien 1930 in einer Gesamtauflage von 135.000 Exemplaren. Chefredakteur dieser größten Zeitung in Süddeutschland, die im In- wie im Ausland über einen Nachrichtenapparat verfügte, war seit 1928 Fritz Büchner. Vgl. Hoser, Münchner Tagespresse, passim.

47 Gemeint ist das Tanzspiel "Totenmal", das 1930 von der Tänzerin Mary Wigman zusammen mit Albert Talhoff choreographiert wurde und sich als Weihe- und Trauertanz, als ein lebendiges Denkmal für die Gefallenen des Weltkriegs verstand. Das Tanzspiel wurde am 20.7.1930 in München in der Festspielhalle VII des Ausstellungsparks uraufgeführt. Vgl. Jost Hermand/Frank Trommler, Die Kultur der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1989, S. 217. Ferner Münchner Neueste Nachrichten vom 11.7.1930, "Talhoffs 'Totenmal'"; Münchner Neueste Nachrichten vom 21.7.1930, "Albert Talhoffs Totenmal"; "Acht-Uhr-Blatt, "Zur Uraufführung von Talhoffs 'Totenmal'" sowie die Anzeige in den Münchner Neuesten Nachrichten vom 19.7.1930.

48 Anspielung auf die Verträge, welche die deutschen Reparationsverpflichtungen regelten.

49 Vgl. Dok. 72, Anm. 9.

50 Vgl. Dok. 77, Anm. 34.

glaubt man nicht mehr - Tag für Tag versündigt man sich dagegen, das Wort "sozialistisch nimmt man nicht mehr ernst - man sieht die Not, die dauernd wächst. *Man zerteilt* die Menge noch mehr, man spricht zu den Mietern, zu den Hausbesitzern, zu den Tausendmarkschein-Aufbewahrern von früher, zu den Krämern, zu den kleinen Gewerbetreibenden, zu den Beamten, zu den Angestellten, man redet zu Arbeitern und zu Bauern *in immer kleineren Zirkeln* [51] und fühlt, daß man eine gewisse Zeit noch sicher ist. Hier wird man weniger korrigiert. Man sammelt den Arbeiter, den Landwirt, den Angestellten usw. und stellt sie jeden in einen Winkel. Was wollt ihr? Lieber *Arbeiter,* du wolltest *mehr Lohn und billigere Lebensmittel.* Das sagen wir dir zu! Dann geht man zur anderen Gruppe: Liebe *Landwirte* auf der Scholle, was wollt ihr? Wir wissen es alle: *höhere Lebensmittelpreise und niedrigere Löhne!* Jawohl, wir werden eure Interessen vertreten! Wir versprechen es euch! Dann zu den *Mietern,* und ihnen gegenüber habt ihr als notwendig erkannt: *Herabsetzung der Mietpreise.* Dann zu den *Hausbesitzern* - es müssen selbstverständlich die *Mieten hinauf gesteigert* werden. So [*wird*] dieses Theater vor der Nation durchgeführt, und sie sind alle glücklich, wenn sie nur unter sich sind. Nur bei Wahlen hoffen sie, daß vielleicht aus dem anderen Lager noch einige überspringen könnten.

Zwölf Jahre habt ihr der Nation versprochen euch zu bessern, zwölf Jahre lang für eure zwerghaften Gesichtspunkte geworben, jetzt im 13. Jahre, ausgerechnet nachdem ihr im kleinen Kehrricht des Tages herumgefieselt habt, jetzt werdet ihr die großen Probleme lösen - so schauen eure Köpfe aus. (Stürmischer Beifall.) Groß wie die Probleme, die ihr zu lösen gedenkt, ist euer Corpus, aber leider nicht der oberste Teil davon.

Wir Nationalsozialisten

sind zum erstenmal auf den Plan getreten mit der feierlichen *Kriegsansage gegen euer System* und wegen dieser Kampfansage sind wir befehdet worden [52]. Aber wir haben diesen Kampf nicht nur angesagt, sondern auch *begründet,* was ihr nicht getan habt, denn wenn ihr heute sagt, das System ist morsch, es muß ein anderes System der Verantwortlichen kommen - so schwätzt nicht in Begriffen, die euch vielleicht klar sind, der Masse aber *durch euch* fremd werden, sondern erklärt doch, *warum das System falsch ist. Ihr könnt es nicht, sonst würdet ihr euch selbst desavouieren.* Ihr müßt dann gestehen: Das demokratische System, das schädlich ist, *sind wir hier!* Wir sind es, *die Inkarnaten der Demokratie sind unsere Parteien und die Inkarnation der Parteien sind wir, die für diese Parteien eintreten!*

Damals, als wir den Kampf begannen, hat man uns das Wort *"Parlamentarismus"* übel genommen. Mir sind Plakate verboten worden, weil ich das Wort Parlamentarismus daraufschrieb [53]. Und die bürgerlichen Parteien haben durch ihre Polizeidirektion erklären lassen,

---

51 Vgl. Dok. 54, Anm. 3.

52 Vgl. Dok. 23, Anm. 3; Dok. 24, Anm. 2; Dok. 28, Anm. 29; Dok. 29, Anm. 13; Dok. 32, Anm. 24; Dok. 41, Anm. 21; Dok. 55, Anm. 1; Dok. 58.

53 Möglicherweise Anspielung auf die 14 geplanten Großveranstaltungen der NSDAP, welche der tags zuvor zum Generalstaatskommissar ernannte Gustav von Kahr am 27.9.1923 verboten hatte. Vgl. Gordon jr., Hitlerputsch 1923, S. 195 ff. Vgl. aber auch den Bericht des württembergischen Gesandten in Bayern Carl Moser von Filseck vom 5.8.1921, in dem es u. a. heißt: "[...], immerhin ist es auffallend, wie mild die Zensur der Polizei den marktschreierischen Plakaten dieser Partei [*NSDAP*] gegenüber ist." Vgl. Politik in Bayern 1919-1933, S. 86.

daß das Wort eine *Beschimpfung* der anerkannten Staatsform sei oder einer in der Verfassung festgelegten Einrichtung dieser Staatsform. Das erinnert mich an den Juden, der als Jude bezeichnet wird und zum Kadi läuft. Wenn man mich Deutscher heißt, beklage ich mich nicht. *Weshalb beklagst du dich?* Er sagt Parlamentarismus! Weshalb beklagt ihr euch? *Das ist doch euer System, und nun paßt es euch nicht!* Haben wir es in der Achtung der Nation herabgesetzt? *Das Banner einer Idee wird nur beschmutzt vom Träger der Idee, der Schmutz, der vom Gegner darauf gehäuft wird, ist ihre Ehre.* Wir, heißt es, sind die Feinde des jetzigen Staates, wenn wir Parlamentarismus sagen. Es müßte für euch eine Ehre sein, denn Parlamentarismus ist ja euer Himmel, eure Seligkeit, euer ganzes Glück. Und wir sollen das heruntersetzen können? Unmöglich! Im Gegenteil, ihr müßt sagen, es ist uns die größte Ehre, wenn ihr unser System mit dem Namen nennt, genauso, wie es *für uns die größte Ehre ist, wenn ihr uns als Nationalsozialisten bezeichnet.* Und wenn ihr schimpft, das geniert uns nicht. Es ist uns eine Ehre, von euch dumm angegriffen und beschimpft zu werden. Ihr zittert vor der Kritik der anderen und jetzt kritisiert ihr selbst, jetzt ist endlich der Kopf aufgegangen, daß es nicht richtig ist, nachdem ihr die deutsche Ehre, das deutsche Vermögen verwirtschaftet habt, nachdem ihr weiter die deutsche Kultur verwirtschaftet habt, ist euch das nun endlich aufgegangen. Aber jetzt, weil ihr die Warenmasse verwirtschaftet habt, jetzt ist euch plötzlich die Flamme des heiligen Geistes gekommen, *jetzt die Firma zu ändern, anderer Gedanken zu klauen und als euer Gut auszugeben.*

Diesem Versuch gegenüber werden wir Nationalsozialisten diesmal nicht mehr so wehrlos gegenüberstehen wie die deutsche Nation im Jahre 1918, im Gegenteil: Heute tritt diesem Versuch eine gigantische Aufklärung unserer Bewegung entgegen. Sie wird diesen Versuch zuschanden machen. Wenn ihr heute wieder anfangt, mit Wahlreformen zu kommen, mit einer Reform unseres Parlaments, einer Reform der Zusammensetzung, so verfängt das nicht mehr, so haben wir schon längst eine andere Reform eingeleitet. Ihr sprecht jetzt wie Anno 1918, um die Nation zu betören, von Wahlrechtsreform [54]. *Wir reden von*

Reform des deutschen Geistes.

(Starker Beifall.) Einer Reform des deutschen Geistes, die mit euch aufräumen wird, die eine Reform sein wird an Haupt und Gliedern.

Ihr sagt: Nun muß die Verantwortlichkeit kommen, und ihr bezeichnet euch als die Verantwortlichen, ihr stellt es so dar, als ob ihr ein geschichtliches Anrecht hättet auf Führung. Herr

54 Die Kritik am bestehenden Reichswahlgesetz konzentrierte sich vor allem auf das Prinzip der Verhältniswahl, das zur "Atomisierung" der Parteienlandschaft führe und die Ausbildung stabiler Mehrheiten im Reichstag verhindere; ferner auf die übertriebene Größe der Wahlkreise, den fehlenden Kontakt der Wähler zu den Kandidaten, bzw. ihren mangelnden Einfluß auf deren Aufstellung. Dennoch enthielt das novellierte Reichswahlgesetz vom 6.3.1924 lediglich wahltechnische Neuerungen untergeordneter Bedeutung. Im Sommer 1930 wurde die Reform der Reichswahlordnung zum Wahlkampfthema, nachdem es alle Kabinette bislang vermieden hatten, dieses Thema aufzugreifen - auch im Hinblick auf ihre Verpflichtungen gegenüber den Splitterparteien. Am 9.8.1930 hielt Joseph Wirth eine Ansprache zum Thema "Wahlreform im Herbst?", am 20.8. 1930 verabschiedete das Kabinett Brüning einen Gesetzentwurf für eine Wahlreform, der jedoch nach dem für die Regierungsparteien katastrophalen Wahlergebnis vom 14.9.1930 erneut verschleppt wurde. Vgl. Schanbacher, Parlamentarische Wahlen und Wahlsystem in der Weimarer Republik, S. 113 ff. ferner Anm. 15. Zur Rezeption durch die NSDAP vgl. VB vom 20.8.1930, "Der Hohn: Das Volk ruft nach Brot, die Reichsregierung macht - Wahlreform".

Schäffer und Herr *Auer*: Es gibt nur *ein* einziges geschichtliches Anrecht, nur ein historisches Recht auf Führung und das heißt: *Genialität*, weiter gar nichts. (Starker Beifall.)

Wenn ihr heute euch auf den Weg macht und selbst mit dem Gedanken der Diktatur zu spielen beginnt, dann kann ich euch sagen: Ihr erinnert mich an den Mann, der einen Hund will, der laut bellt, aber nicht beißt, und das ist die *Vorstellung des Diktators* in euren Augen: Bellen darf er, beißen soll er nicht können. Ihr wollt ein anderes System und geht doch in den Kampf um dieses andere System hinein als die hundertprozentigen Repräsentanten des bisherigen Systems. Ihr tut das nur, weil ihr fühlt, *daß der 14. September [1930] mit euch abrechnen wird* [55].

Da können wir Nationalsozialisten euch nur eine Versicherung geben:

Für uns ist dieser Tag nur eine Etappe. Aber wir glauben, daß von dem Tag vielleicht eine Wendung des deutschen Schicksals seinen Anfang nimmt und nehmen kann. (Laute Heilrufe.) Gibt das deutsche Volk den bisherigen Parteien das Vertrauen, so heißt das: Stabilisierung des bisherigen Regiments. Verweigert ihnen das deutsche Volk sein Vertrauen, erhalten wir es, so heißt das: Änderung des deutschen Systems, und diese Änderung werden wir durchführen mit allen Mitteln der Verfassung, die sie heute schon gibt. Die Demokratie, die eine Nation vernichtet, wird endlich sich selbst auch vernichten.

Und wenn Sie weiter vom historischen Recht zur Führung reden, dann glaube ich: Das höchste historische Recht zur Führung einer Nation besitzt die Bewegung, die am meisten von dem Feind gehaßt ist.

Und darum bitte ich Sie: Wir haben nur ein Wort, einen Satz für den Wahlkampf, den man nicht mit Gold aufwiegen kann: *Frankreich* glaubt, daß wir verhaftet werden müßten, weil wir die Repräsentanten des anderen Geistes, des anderen Deutschlands sind [56].

Dieser französische Gedanke ist unsere erhabenste Rechtfertigung. Dieser französische Glaube ist unsere Stärkung und dieser französische Wunsch ist für uns ein Ansporn und soll für Millionen Deutsche eine Mahnung sein: Wen Paris haßt, das wissen wir, und wen es liebt, das wissen wir auch. *Ob der Geliebte mehr für Deutschlands Zukunft bedeutet als der Gehaßte, das können Sie errechnen!* (Donnernder Beifall.)

Ich kann mich hier mit Stolz in den Schatten eines Größeren stellen. Was glauben Sie wohl, wenn *Bismarck* heute unter uns wäre: *Würde Frankreich Stresemann mehr lieben oder Bismarck?* (Große Heiterkeit.) Würde Frankreich mehr wünschen, daß Stresemann verhaftet wird oder Bismarck? Wir wissen es, und wenn der Jude Sauerwein [57] in Paris unseren Untergang wünscht, so wissen wir: *Er wünscht Deutschlands Untergang* und sieht in uns mit dem Blick

---

55 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.

56 Jules Sauerwein berichtete mehrfach über den Reichstagswahlkampf und die NSDAP; gemeint ist vermutlich der Artikel "L'ánarchie qui règne dans les partis bourgeois rend plus irréstible l'áttrait de l'extrême droite" in "Le Matin" vom 4.8.1930. Dort heißt es u. a.: "Quelques hommes clairvoyants essaient tout au moins de mettre fin à la dispersion des groupes bourgeois, qui les rendent impuissants; d'áutres non moins clairvoyants demandent, que le président Hindenburg s'informe réellement et personellement, si la Reichswehr serait disposée à agir contre Hitler aussi vigoureusement qu'elle le fait contre les communistes."

57 Jules Sauerwein (1880-1971), Journalist und Publizist, 1905-1908 Sekretär an der französischen Botschaft in Wien, bis 1931 Chefredakteur für das Ressort Ausland von "Le Matin", danach des "Paris-Soir", Korrespondent verschiedener amerikanischer Zeitungen, Vertrauter von Aristide Briand.

des Außenstehenden die Möglichkeit einer deutschen Rettung. Das ist auch der Grund, warum hier noch einmal alle Schleusen der Beredsamkeit, der Pressebeeinflussung wieder geöffnet werden und das Volk wieder hypnotisiert werden soll, warum es wieder eine Morphiuminjektion nach der anderen erhalten soll. Das Alte zieht nicht mehr, nun führt man neue Begriffe ein, das Alte ist faul, sagt man, wir wünschen eine Änderung. Das Volk nur richtet gerecht. Jahrelang hat man uns verfolgt, weil wir das Alte bekämpften. Nun sagen sie selbst: Es ist faul und schlecht, es muß beseitigt werden! *Volk, jetzt sorge dafür, daß es beseitigt wird, sorge dafür, daß am 14. September* [*1930*] *eine Saat gelegt wird, die einmal Sturm bedeutet für die Vernichter des Vaterlandes!* (Stürmischer, anhaltender Beifall).

15. August 1930 Dok. 88
"Kruppstadt Essen erwacht aus der Ohnmacht young-kapitalistischer Ausbeutung und Sklaverei" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Essen [2]

Polizeibericht des Polizeipräsidiums Essen Abt. I Tgb. Nr. 1950 vom 19.8.1930; HStA Düsseldorf, Reg. Df./30653 (D) [3].

Er [*Hitler*] gab zunächst einen historischen Überblick der Entwicklung Deutschlands seit 1918. Er führte aus, daß das Volk seit 1918 Enttäuschung auf Enttäuschung erlebt habe. Die größte Enttäuschung sei diejenige der Revolution [4] gewesen. Man habe dem deutschen Volke erzählt, wenn es die Waffen niederlegte, würde ein gewaltiger Umschwung eintreten [5]. Dieser

1 Titel laut Vorlage.

2 In der Ausstellungshalle 5 auf dem Grugagelände, von 20.10 bis 21.55 Uhr. Die Versammlung wurde von Gauleiter Josef Terboven geleitet und mit einer kurzen Begrüßung Hitlers eingeleitet. Nachdem 8.000 Personen in der Ausstellungshalle 5 versammelt waren, mußten weitere 3.000 Personen in der Ausstellungshalle 1 untergebracht werden, beide Hallen wurden mit einer Lautsprecheranlage verbunden. Angesichts des nicht abreißenden Andrangs wurde im Städtischen Saalbau und im Kammermusiksaal eine weitere, vom Ortsgruppenleiter der NSDAP Rudolf Zilkens geleitete, Versammlung organisiert. Bis zum Eintreffen Hitlers, der auf dieser zweiten Versammlung von 22.00 bis 22.20 Uhr sprach, bot hier, so die Vorlage, die örtliche "N.S.-Versuchsbühne und der N.S.-Sprechchor einige Darbietungen satirisch-propagandistischen Inhalts, die sich hauptsächlich gegen die SPD richteten". Im Anschluß an beide Veranstaltungen formierte sich ein Fackelzug durch Essen.
Vgl. ferner Essener Anzeiger: "Leider versagte die Lautsprecheranlage immer wieder, so daß seine [*Hitlers*] Ausführungen in verschiedenen Teilen des großen Raumes nur bruchstückweise verstanden werden konnten. Dazu war seine Stimme heiser, offenbar eine Folge des vielen Redenmüssens während der Wahlzeit."

3 Vgl. auch Essener Anzeiger vom 16.8.1930, "Adolf Hitler spricht in Essen"; Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 16.8.1930, "Hitler-Kundgebungen in Essen"; Volkswacht vom 16.8.1930, "Hitler in Essen"; VB vom 17./18.8.1930, "Zehntausende jubeln in Essen Adolf Hitler zu!"; VB vom 19.8.1930, "30.000 in Essen vor Hitler"; VB vom 22.8.1930, "Der Höhepunkt des Wahlkampfes im Ruhrgebiet"; VB vom 26.8.1930, "Keine Partei, sondern 'eine große Volksbewegung'".

4 Gemeint sind die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

5 Vgl. Dok. 77, Anm. 7 und 9.

Umschwung würde so gewaltig sein, daß seine Auswirkungen über die ganze Welt gingen und eine neue Ära für alle Völker anbräche. Die militaristische Gesinnung aller Regierungen würde sich grundlegend ändern, und die Abrüstung marschieren [6]. Heute sei Deutschland abgerüstet [7], während die ganze Welt in Waffen starre [8]. Die nächste Enttäuschung sei der Vertrag von Versailles [9] gewesen. Den deutschen führenden Männern sei damals gesagt worden, der Vertrag sei lediglich eine große Geste gegenüber den sogen. Siegervölkern und er würde bald abgeändert werden. Das Gegenteil sei eingetroffen. Dann sei der Dawes-Plan [10] gekommen. Er sollte große Erleichterungen für Deutschland bringen, sie wären ausgeblieben. Dann wieder wären große Hoffnungen auf den Young-Plan [11] gesetzt worden, aber er stelle in seiner Auswirkung, die jetzt schon erkennbar sei [12], wohl die allergrößte Enttäuschung dar. Von den deutschen Parteien und den verschiedenen Regierungen seien alle möglichen Anstrengungen gemacht worden, den Niedergang Deutschlands aufzuhalten, aber alle ihre Maßnahmen hätten schmählich Schiffbruch gelitten. Hitler kennzeichnete dann die einzelnen Parteien in ihren hauptsächlichsten Programmpunkten. Alle diese politischen Programme hätten sich jedoch als ungeeignet erwiesen, Deutschland aus der Krise herauszubringen. Als einzigen Ausweg aus der deutschen Not bezeichnete er die Wiederaufrichtung unserer außenpolitischen Macht. Das deutsche Volk habe den Glauben an seine Kraft verloren. Deutschland huldige drei Lastern. Das erste Laster sei das Fehlen des einheitlichen Machtwillens, das Fehlen des Glaubens an die Kraft, die trotz allem noch im deutschen Volke schlummere. Das zweite sei die Demokratie. Es herrsche nicht der Wille der befähigten Köpfe, sondern die Autorität der Majorität. Das dritte Laster sei der Glaube an die Verständigung, an die Völkerversöhnung. Das deutsche Erbübel, die Zerrissenheit des deutschen Volkes, habe die deutsche Kraft zermürbt. Das deutsche Volk trete auch in diesen Wahlkampf mit 30 Parteien [13]. Jeder Stand glaube in einer dieser Parteien seine Interessen am besten gewahrt [14]. Die NSDAP sei keine Partei der Bauern, der Städter, der Handwerker, der Arbeiter, der Mieter, der Hausbesitzer, der Angestellten und

---

6 Vgl. Dok. 19, Anm. 22 und Dok. 86, Anm. 9.

7 Vgl. Dok. 6, Anm. 14; Dok. 37, Anm. 3; Dok. 54, Anm. 8; Dok. 68, Anm. 5 und 7.

8 Die Friedensstärke der regulären Landstreitkräfte betrug 1929: Belgien: 70.941 Soldaten; Frankreich: 671.000 Soldaten; Großbritannien: 187.566 Soldaten; Italien: 249.000 Soldaten; Polen: 265.494 Soldaten; Sowjetunion: 563.000 Soldaten; Tschechoslowkei: 140.000 Soldaten; USA: 135.000 Soldaten. Vgl. Oertzen (Hrsg.), Rüstung und Abrüstung, passim.
Zum damaligen Stand der Marinerüstung vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten, XXV. Jahrgang 1929 sowie Dok. 9.

9 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

10 Vgl. Dok. 5, Anm. 65.

11 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

12 Vgl. Dok. 10, Anm. 15.

13 Neben den großen, bzw. größeren Parteien KPD, SPD, DStP, Zentrum, BVP, DVP, DNVP und NSDAP erzielten die folgenden Regional- und Splitterparteien bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 nennenswerte Ergebnisse: Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei, Christlich-sozialer Volksdienst, Christlich-soziale Volksgemeinschaft, Deutsche Bauernpartei, Deutsch-Hannoversche Partei, Deutsche Haus- und Grundbesitzerpartei, Konservative Volkspartei, Landbund, Nationale Minderheiten des Verbands der Nationalen Minderheiten, Volksrecht-Partei, Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 49 ff.

14 Vgl. Dok. 54, Anm. 3.

Beamten, in der NSDAP gebe es nur Deutsche [15]. Hitler führte dann aus, daß in Deutschland 20 Millionen Menschen zuviel lebten. Für diese 20 Millionen fehle es an Arbeit [16] und Lebensmöglichkeit. Das Schicksal eines Volkes sei nicht die Rolle, die es auf Grund irgendwelcher politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Welt spiele, sondern es werde bedingt durch seine räumliche Lage und die Kraftentfaltung, die es ihm ermögliche, sich anderen Völkern gegenüber durchzusetzen. Die heutige wirtschaftliche Not beruhe auf dem Wettbewerb der Nationen um die Weltmärkte. Jeder Auftrag, der vom Auslande nach Deutschland hereinkomme, sei einem anderen Land entzogen worden. Darum sei der Ausweg nicht im sogen. wirtschaftlichen Wettbewerb allein zu suchen, sondern neben die Konkurrenzfähigkeit müsse die außenpolitische Kraft treten. Macht breche Recht, und das deutsche Volk brauche Macht. Mit diesen Ausführungen, die indirekt den Krieg als Ausweg aus der deutschen Krise bezeichneten, war das Wesentliche der nationalsozialistischen Ziele wiedergegeben. Zur Frage des Sozialismus äußerte sich Hitler, wie folgt: "Jeder Deutsche, der im Erwerbsleben steht, ob er Straßenfeger ist oder Fabrikbesitzer, gibt sich dem großen Gedanken der deutschen Volksgemeinschaft hin. Nach ihrem Dienst oder ihrer Arbeit sind alle Deutschen gleich. Sie sind davon überzeugt, daß jeder an seinem Platze nach seinen besten Kräften für das Volkswohl arbeitet. Diese Hingabe an die große Idee ist so vollständig, daß man sie als Sozialismus bezeichnen kann."

Die übrigen Ausführungen Hitlers waren auf Wahlpropaganda eingestellt. Keiner solle glauben, daß die NSDAP in ihrem Kampfe erlahmen werde. Sie wolle die Macht auf legalem Wege [17] erringen. Sie versage sich auch keiner Koalition [18], aber sie werde in ihr keinen ihrer Programmpunkte aufgeben. Entsprechend ihrem Wahlsiege werde sie in allen Ländern und auch im Reiche die Innenministerien sowie das Reichswehrministerium fordern. Um dieses Ziel zu erreichen, sei der 14. September [*1930*] [19] ein Mittel. Am 14. September werde abgerechnet, und am 15. 9. gehe der Kampf weiter. Die Demokratie müsse durch eine autokratische Regierung abgelöst werden. Wer noch nicht glaube, daß die Nationalsozialisten die geeigneten Führer der deutschen Nation seien, möge ruhig seine alte Partei wählen, die ihn schon so oft enttäuscht habe, oder er möge sich unter den 30 in den Wahlkampf tretenden Gruppen eine neue aussuchen. Er werde doch eines Tages, vielleicht schon in einem Jahre, wenn der Reichstag wieder aufgelöst würde, die NSDAP wählen. Bezeichnend für die Einstellung eines großen Teils der Versammlungsbesucher war die Stelle der Rede Hitlers, bei der er den größten Beifall erntete. Hitler sagte, als er von dem kämpferischen Willen seiner Bewegung sprach: "Wenn irgendwo eine Zentrumsversammlung oder eine solche der Deutschen Volkspartei abgehalten wird, und es stürmen plötzlich 500 Kommunisten den Saal, was meinen Sie, was dann geschieht? Es gibt ein großes Gelaufe. Hinterher wird dann erzählt, die Polizei sei nicht zur Stelle gewesen, die Polizei habe die Versammlung nicht genügend geschützt, die Polizei sei zu spät gekommen. Wenn eine nationalsozialistische Versammlung tagt, und diese wird von Kommu-

15 Vgl. Dok. 53, Anm. 11.
16 Zur tatsächlichen Arbeitslosenzahl im Deutschen Reich vgl. Dok. 72, Anm. 9.
17 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.
18 Vgl. Dok. 7, Anm. 5 sowie Dok. 65, Anm. 22.
19 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.

nisten gestürmt, was meinen Sie, was mit ihnen geschieht? Dann bitten wir die Polizei inständigst: Lassen Sie uns allein." Mit der Aufforderung an diejenigen, die glaubten, bereits heute den Nationalsozialismus als den einzigen Weg in ein neues besseres Deutschland erkannt zu haben, am 14. September ihre Pflicht zu tun und darüber hinaus auch in die Reihen der NSDAP einzutreten, beendete Hitler um 21.55 Uhr seine Rede [20].

16. August 1930 Dok. 89
"Politik der Woche"
Artikel

Illustrierter Beobachter vom 16.8.1930.

Noch nie ist die nationalsozialistische Bewegung rapider gewachsen als jetzt in der Zeit des größten Terrors. Die Mitgliederaufnahmen häufen sich derart [1], daß - wenigstens vor der Fertigstellung des Neubaues der Reichsgeschäftsstelle [2] - mehr oder weniger große Schwierigkeiten bestehen. Die Zentral-Kartothek [3] kommt kaum mit der Arbeit nach! Das ist die Antwort auf ein Vorgehen, das unter dem verlogenen Deckmantel der "Ruhe und Ordnung", des "Rechts" und der "Gesetzlichkeit", der "demokratischen Gleichbürgerlichkeit" und der "Freiheit" die nationalsozialistische Bewegung im Blute zu ertränken versucht. Denn man täusche sich nicht: Der Kampf gegen das Braunhemd [4] sowohl als das Gesetz gegen die sog. Hieb- und Stichwaffen [5] sind ausschließlich fein ausgeklügelte Methoden zur Aneiferung [*sic!*] der

20 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf. Zu Hitlers Rede bemerkt die Vorlage u. a.: "Hervorgehoben zu werden verdient, daß er bei der Kritik der Deutschnationalen [*Volks*]Partei eine scharfe Einstellung gegen eine Restaurierung der Monarchie in Deutschland erkennen ließ. Von Interesse dürfte auch die Feststellung sein, daß Hitler mit keinem Wort in seinen Ausführungen auf die bekannten Programmpunkte seiner Partei hinsichtlich der Ablehnung der Juden als Volksgenossen eingegangen ist. Des weiteren fehlten in seiner Rede Äußerungen, die die Stellung der NSDAP zu den Grundbegriffen des Privateigentums sowie eine antichristliche Einstellung der Partei erkennen ließen."

1 Ausgehend von der Mitgliedsnummer 200.000, die laut offizieller Parteistatistik im Februar 1930 vergeben wurde, hatten sich die ausgegebenen Mitgliedsnummern bis Juni 1930 auf 250.000, bis September 1930 auf 300.000, bis November 1930 auf 350.000 erhöht. Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 352 sowie Dok. 11, Anm. 22, Dok. 41, Anm. 13 und Dok. 72, Anm. 16.

2 Vgl. Dok. 50 mit Anm. 17.

3 Zur Arbeitsweise der Zentralkartothek der Reichsleitung der NSDAP vgl. Lingg, Die Verwaltung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, S. 144 ff. Ferner Peter Weidisch, Reichszentrale der NSDAP. In: München - "Hauptstadt der Bewegung". Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum vom 22.10.1993-27.3.1994, München 1993, S. 273-275.

4 Vgl. Dok. 55, Anm. 1.

5 Mit der Verordnung des Reichspräsidenten aufgrund des Artikels 48 der Reichsverfassung gegen Waffenmißbrauch vom 25.7.1930 wurde das Führen und der Gebrauch von Hieb-, Stoß- und Stichwaffen in der Öffentlichkeit unter Strafe gestellt. Druck : RGBl. 1930, I, S. 352.

roten Mordhalunken gegen den vorher wehrlos gemachten nationalsozialistischen Gegner. Indem man erst heuchlerisch die Augen verdrehte und versicherte, daß die Uniform-Verbote nur stattfänden, um Zusammenstöße zu vermeiden, hoffte man im stillen auf die nunmehr möglich gemachte blutige Vernichtung der nationalsozialistischen Bewegung. Man lese nur die tagtäglichen Pressemeldungen. Überfall auf Überfall und immer nach derselben Methode [6]. Das feige Lumpenpack überfällt in zehnfacher Übermacht den vorher von der Polizei nach Waffen durchsuchten Nationalsozialisten und sticht und schlägt ihn nieder. Wo zehn Nationalsozialisten gemeinsam gehen, hält sich das kommunistische Gesindel der Völkerverbrüderung in der Ferne, außer sie sind zu Hunderten hinterm Busch. Tote über Tote und Verwundete über Verwundete [7]. Daß der Marxismus zu diesen Methoden greift, ist natürlich. Das Gefasel von "Freiheit", "Brüderlichkeit" [8] oder "Nie wieder Krieg" [9] war zu allen Zeiten ein faules Lügengewäsch. Genauso wie die Demokratie nur ein Mittel war, das alte Reich zu vernichten. Heute, da sich aus der Nation eine Bewegung herausgearbeitet [*hat*], die, auf dem Boden der Verfassung kämpfend [10], die Vernichter des Vaterlandes bedroht, brechen die Väter der Weimarer Verfassung Gesetz und Verfassung und Recht bei jeder Gelegenheit. Und dennoch nützt ihnen alles nichts: Die Erhebung des deutschen Volkes greift reißend um sich [11]!

Wenn also die Sozialdemokratie und der Kommunismus die Methode des Terrors nach alter Gewohnheit heute anwenden, so ist das nur die Fortführung der Handlungen einer Partei, die schon früher ihre gesamten Erfolge dem Terror zu verdanken hatte und die auch das alte Reich durch den marxistischen Zuhältermob zum Einsturz brachte [12]. Etwas anderes aber ist unerhört und zum Himmel schreiend: Sogenannte bürgerliche nationale Parteien sind es, die sich an diesem blutigen Handwerk mit beteiligen. Zentrum und "deutsche" Volksparteien [13] helfen mit an der Wehrlosmachung des nationalen Elementes und decken dann durch ihre Justiz den Terror, verurteilen den Widerstand [14]. Wenn heute das Bürgertum (d. h. nicht die Millionen anständiger, fleißiger und redlicher Menschen, die leider zu diesem Begriff gerechnet werden, sondern das politische Gemengsel, das sich bürgerliche Parteien heißt), wenn heute

6 Zur bürgerkriegsähnlichen Situation, die sich zwischen den Kampfverbänden von KPD und NSDAP entwikkelte, vgl. Striefler, Kampf um die Macht, S. 305 ff.

7 Vgl. Dok. 85, Anm. 5, jedoch auch Dok. 58, Anm. 4.

8 Anspielung auf die 1793 ausgegebene Losung der Französischen Revolution "Liberté, Egalité, Fraternité".

9 Die Parole "Nie wieder Krieg" soll Maximilian Harden, der Herausgeber der Zeitschrift "Zukunft", 1917 geprägt haben. Sie verbreitete sich rasch unter Kriegsteilnehmern, Kriegsversehrten und Pazifisten und wurde zu einem Wahlspruch pazifistischer Organisationen; bei der Gründung des Friedensbunds der Kriegsteilnehmer am 2.10.1919 schlug dessen Schriftleiter Karl Vetter vor, unter dieser Losung alljährlich am Tag des Ausbruch des Ersten Weltkriegs Massenversammlungen zu organisieren. Vgl. Reinhold Lütgemeier-Davin, Basismobilisierung gegen den Krieg: Die Nie-wieder-Krieg-Bewegung in der Weimarer Republik. In: Karl Holl/Wolfram Wette (Hrsg.), Pazifismus in der Weimarer Republik. Beiträge zur historischen Friedensforschung, Paderborn 1981, S. 47-76.

10 Vgl. Dok. 41, Anm. 20.

11 Vgl. Dok. 11, Anm. 22; Dok. 36, Anm. 15; Dok. 41, Anm. 13; Dok. 44, Anm. 5; Dok. 69, Anm. 27; Dok. 72, Anm. 16.

12 Gemeint sind die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

13 Gemeint sind vermutlich BVP, DVP, DNVP, Volkskonservative Partei und Volksrecht-Partei.

14 Vgl. Dok. 23, Anm. 3; Dok. 24, Anm. 2; Dok. 28, Anm. 29; Dok. 29, Anm. 13; Dok. 32, Anm. 24; Dok. 41, Anm. 21; Dok. 55, Anm. 1; Dok. 58.

dieses Bürgertum vor der nächsten Wahl zittert [15], dann muß man als anständiger Mensch innerlich aufatmen. Endlich scheint sich auch hier die ewige Vergeltung zu rühren. Der 14. September 1930 [16] wird dann ein Wendetag der deutschen Geschichte sein, wenn er die durch und durch korrupten Hilfstruppen des Marxismus zerhaut und zerschlägt. Jeder anständige Deutsche kann nur den einen Wunsch haben: Es möge dieser Tag von den bürgerlichen Parteien nichts übriglassen als das, was nicht nur dem Namen nach, sondern auch der Tat nach gewillt und bereit ist, eine ehrliche Politik der Überwindung des marxistischen Todfeindes unseres Volkes zu unterstützen und durchzuführen. Der 14. September [*1930*] muß der Tag der Abrechnung mit den Halben und Schwachen, mit den Verräterparteien werden. Die Auseinandersetzung mit der eigentlichen Börsentruppe unseres internationalen Finanzkapitals wird erst dann erfolgreich aufgerollt werden können. Wenn die Sozialdemokratie und der Kommunismus die bürgerliche Unterstützung verloren haben, wird die Truppe der Interessen des internationalen Finanzjudentums endlich isoliert sein. Die Kraft der nationalsozialistischen Bewegung wird dann mit diesem Gegner fertig werden. Wir kämpfen mit allen verfassungsmäßigen Mitteln und werden mit ihnen den Kampf gewinnen. Am 14. September aber müssen alle Nationalsozialisten wissen: Geht Mann für Mann, Weib für Weib zur Wahl! Die Toten, sie marschieren mahnend im Geiste mit uns!

15 Vgl. Dok. 77, Anm. 55.
16 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.

18. August 1930 Dok. 90
"Das Novemberverbrechen und seine Folgen [1]"
Rede auf NSDAP-Versammlung in Köln [2]

Westdeutscher Beobachter vom 1.9.1930, "Adolf Hitlers Rede in der Rheinlandhalle" [3].

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Als im Jahre 1918 das deutsche Volk verleitet wurde, eine Revolution zu machen, da versprach man ihm das Blaue vom Himmel herunter. Nicht nur die Kriegsnot sollte ein Ende nehmen [4], nein, weit darüber hinaus sollte nach Beendigung des alten Zustandes das deutsche Volk nun in einen glücklicheren, neuen hineintreten. Das deutsche Volk sollte aufgenommen werden in die große Völkergemeinschaft, in die europäische Völkerfamilie, es sollte nun als gleichberechtigt gelten, weil es seinen bösen Tugenden und Eigenschaften entsagen würde. Das deutsche Volk sollte damit aber auch einen besseren Frieden erhalten als so [*sic!*]. Das deutsche Volk sollte von dem Tage an, nach dieser Sinneswandlung aufgenommen werden in einen Völkerbund, einen Völkerbund, der die Nationen endlich in den Zustand des ewigen Friedens hineinführen werde [5], den sie sich seit Jahrtausenden erhofften. Und was ist geschehen? Als man in Deutschland erklärte, daß englische Schiffe bereits die rote Flagge gehißt haben [6], als man im Osten erzählte, daß französische Divisionen an der Westfront die Waffen niedergelegt und mit Deutschland fraternisieren [7], mit deutschen Truppen sich verbünden,

---

1 Titel laut Vorlage.

2 In der Rheinlandhalle, nach 20.00 Uhr. Die Versammlung, an der über 10.000 (Westdeutscher Beobachter: 15.000; VB: 20.000) Personen teilnahmen, wurde vom Stadtverordneten und Ortsgruppenleiter der NSDAP Richard Schaller geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Hitler erschien in Begleitung von MdL und Gauleiter Robert Ley sowie des stellvertretenden Gauleiters Josef Grohé. Alle Berichte betonen die starke Polizeisicherung der Veranstaltung; laut Kölner Tageblatt waren dafür 1.000 Schutzpolizisten im Einsatz.

3 Vgl. auch Kölner Lokalanzeiger vom 19.8.1930 (AA), "Kopf oder Herz? Politik der Überlegung oder des Gefühls?"; Kölner Tageblatt vom 19.8.1930 (MA), "Hitler in Köln"; Kölnische Zeitung vom 19.8.1930 (AA), "Adolf Hitler in Köln"; Sozialistische Republik vom 19.8.1930, "Hitler im Schutze der Bauknecht-Bajonette"; Stadt-Anzeiger für Köln und Umgebung vom 19.8.1930 (MA), "Nach der Hitler-Versammlung"; Stadt-Anzeiger für Köln und Umgebung vom 19.8.1930 (AA), "Ruhiger Verlauf der Hitlerversammlung in Köln"; VB vom 20.8.1930, "Hitler spricht zu über 20.000 Kölnern"; VB vom 24./25.8.1930, "'Kölns größtes Ereignis'"; Westdeutscher Beobachter vom 24.8.1930, "'Kölns größtes Ereignis'" und "Hitlerversammlung und gegnerische Presse". Ferner Adolf Klein, Köln im Dritten Reich. Stadtgeschichte der Jahre 1933-1945, Köln 1983, S. 30 f., 34.

4 Vgl. Dok. 77, Anm. 7, 9 und 10.

5 Vgl. Dok. 86, Anm. 9.

6 Vgl. Dok. 86, Anm. 7.

7 Für das Jahr 1918 sind derartige Führungsprobleme in der französischen Armee nicht bekannt. Gemeint sind vermutlich die Meutereien des April 1917 als Folge der erfolglosen wie verlustreichen französisch-britischen Frühjahrsoffensive bei Arras und in der Champagne. Die Zahl der Meuterer wird auf 30.000 bis 40.000 geschätzt; von ihnen wurden 3.427 verurteilt, darunter 554 zum Tode. 49 dieser Todesurteile wurden vermutlich vollstreckt. Trotz dieses rigorosen Vorgehens wurde der französische Oberbefehlshaber Georges Nivelle durch Philippe Pétain ersetzt, der die Offensive am 19.5.1917 einstellte. Vgl. Histoire Militaire de la France, III: De 1871 à 1940. Sous la Direction de Guy Pedroncini, Paris 1992, S. 180 ff. sowie Guy Pedroncini, 1917. Les mutineries de l'armée française, Paris 1968.

da schickte sich im selben Augenblick die Entente an, den durch unsere Revolution erzwungenen Waffenstillstand uns in der Form zu diktieren, die die spätere Erpressung auf Jahrzehnte hinaus möglich machen konnte.

Erst hieß es, die Revolution wird Deutschland frei machen; und im selben Augenblick, in dem die Erhebung begann, senkten sich die Fesseln über unser Volk hernieder. *Und schon drei Tage später mußte man einen Waffenstillstand unterschreiben* [8], *der kein Waffenstillstand gewesen ist, einen Waffenstillstand, der eine Kapitulation war, einen Waffenstillstand, der damals Deutschland vollständig wehrlos* [9] *nicht etwa Friedensverhandlungen auslieferte, nein, sondern Diktaten auslieferte.* Nur zu dem Zweck mußte Deutschland in diesen Waffenstillstand sich selbst zuletzt wehrlos machen, um den wehrlosen Feind von ehemals um so leichter erpressen und unterdrücken zu können. Mit Hoffnungen ging das deutsche Volk in diesen 11. November hinein, und blutig war die Enttäuschung. Am 12. November schrieb in Berlin eine große Zeitung [10]:

"Was kann uns zugefügt werden, was kann uns passieren? Wir haben einen Garanten, wie die Welt noch keinen je als Paten für einen Frieden gehabt. Wir legen nun wohl die Waffen nieder, aber hinter uns steht das Recht, und hinter uns steht die amerikanische Nation. Gewiß, wir werden in einem Umfang Wiedergutmachung leisten müssen, wir werden in einem gewissen Umfang vielleicht für die Schäden des Krieges auch unser Teil beitragen müssen, allein, was hat das zu sagen? Sollen wir zehn Milliarden, sollen wir vielleicht zwölf Milliarden leisten müssen, - was bedeuten zehn und was bedeuten zwölf Milliarden? Was bedeutet das? Mehr wird es nie sein können. Und Millionen atmeten damals auf."

Und dann kam die Zeit, in der dieses Aufatmen sich bei vielen in Schrecken verwandelte. Kein Mensch redete mehr von zehn oder zwölf Milliarden [11], sondern die Summen kletterten plötzlich immer höher empor. Es kam endlich die Zeit, in der der Friedensvertrag unterschrieben werden mußte, und es wurde nicht mehr geredet von Verhandlungen, nein, plötzlich hieß es, Deutschland nimmt den Vertrag entgegen und Deutschland unterschreibt ihn.

Und als die Welt zum ersten Male Kenntnis von diesem Vertrag bekam, da schreckten sicherlich Millionen und Millionen von Menschen zusammen. *Ein Diktat von 440 Artikeln* [12], *von denen ein jeder eine Erpressung oder Unterdrückung oder Rechtlosmachung bedeutet!* Und das Schlimmste - an der Spitze des Diktats steht: Wir bekennen, daß wir schuldig sind an allem, was 4 1/2 Jahre über die Welt hinweggegangen ist, wir bekennen, daß wir verantwortlich sind für all das Leid und für all das Elend [13].

Wir bekennen nicht etwa, daß ein Kaiser dafür verantwortlich ist, nein, das deutsche Volk hieß es nun auf einmal, das deutsche Volk bekennt sich schuldig an diesem maßlosen Frevel an der Menschheit.

8 Vgl. Dok. 44, Anm. 7.
9 Vgl. Dok. 86, Anm. 11 und 12.
10 Nicht ermittelt. Vgl. Dok. 86, Anm. 10.
11 Vgl. Dok. 77, Anm. 17.
12 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919, der 440 Artikel umfaßt: RGBl. 1919, S. 687 ff.
13 Vgl. Dok. 8, Anm. 7, 11, 13 und 14; Dok. 22, Anm. 2, 4 und 10; Dok. 44, Anm. 13; Dok. 60, Anm. 6; Dok. 63, Anm. 11; Dok. 76, Anm. 11, 26 und 28.

Und es fanden sich Federn, und es fanden sich Menschen, die die Federn führten und die nun das unterschrieben haben. Und am Ende hieß es: Angesichts dieser von euch anerkannten Schuld seid ihr verpflichtet, für die Schäden aufzukommen, in einem Umfang, den wir augenblicklich noch gar nicht feststellen können [14]; aber ihr verpflichtet euch schon im vorhinein, für diesen Umfang, diese Schäden gutzustehen und sie, wenn euch die Summe bekanntgegeben wird, dann auch zu tilgen. Und man unterschrieb.

Und von dem Augenblick an begann nun eine bittere Leidenszeit über Deutschland zu kommen. Vertrag um Vertrag, und immer gaukelte man unserem Volke Hoffnungen vor, und immer wieder hieß es: Das wird nicht so heiß genossen werden, als es jetzt aussieht, es handelt sich mehr um eine Gesinnungsänderung. Die Welt will sehen, daß Deutschland in sich geht, daß Deutschland seine Schuld bekennt, daß dieses Deutschland seinen früheren Gedankengängen entsagt, daß es sich willfährig unterordnet und eingliedert in das System des Friedens. Und Millionen von Deutschen glaubten wirklich noch immer, daß aus dem heraus eines Tages die Erlösung kommen konnte. *Vertrag um Vertrag wurde unterzeichnet, - allein, die Schuldverpflichtung kletterte in die Höhe.* Sie wurde nie vermindert: *Aus 12 Milliarden wurden in kurzer Zeit 50, aus 50 Milliarden endlich 100 Milliarden* [15]*, und nachdem das deutsche Volk jahrelang tilgte und tilgte, da stand plötzlich erneut die Hundert-Milliarden-Summe auf* [16]. Wieder Hoffnungen und wieder das Versprechen, und nach fünf weiteren Jahren, da predigt man die Notwendigkeit eines neuen Vertrages, und wieder ist die Hundert-Milliarden-Summe nicht kleiner geworden, sie ist größer als zuvor; *auf einmal sind es nun 130 Milliarden die gedeckt werden müssen, und zwar in 60 Jahren* [17]. Und wir wissen, die Summe kann nicht gedeckt werden. Schon jetzt sehen Sie: Es kann nur ein Teil davon Jahr für Jahr im höchsten Falle getragen werden, d. h. immer wieder bleibt ein Rest, den man uns aufschreibt. Und nach weiteren fünf Jahren würde die gesamte Summe wieder größer sein, als sie heute ist. Wann kommt dann der Tag, an dem wir endlich unsere Schuld abgetragen haben? Wann kommt der Tag, an dem Deutschland endlich frei ist?

Er kommt nicht, wenn nicht Deutschland die Kraft erhält, diesen Tag sich selbst zu wählen und selbst zu bestimmen.

Restloses Versagen der "bürgerlichen" und "proletarischen" Parteien

Zwölf Jahre lang hat man unser Volk so hingehalten mit Hoffnung um Hoffnung, immer wieder Behauptungen aufgestellt vom Besserwerden der nächsten Zeit, und immer wieder sind diese Behauptungen zuschanden gemacht worden. Eine schwere Enttäuschung legte sich auf das deutsche Volk, und langsam wurde es den politischen Parteien sehr schwer, mit den bisherigen Methoden noch weiter zu arbeiten. Denn nicht nur, daß die Realversprechungen nicht in Erfüllung gegangen sind, nein, auch die großen idealen Gedankengänge haben ihre Verwirkli-

14 Vgl. Dok. 77, Anm. 18.
15 Vgl. Dok. 77, Anm. 18.
16 Vermutlich meint Hitler den Dawes-Plan, in dem jedoch eine endgültige Summe der deutschen Reparationsleistungen nicht festgelegt wurde. Vgl. Dok. 5, Anm. 65.
17 Der Young-Plan fixierte die Gesamtreparationssumme auf 113,9 Milliarden RM. Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

chung nicht gefunden. Teilen Sie Deutschland in zwei Hälften, hier Proletariat und auf der anderen Seite nationales Bürgertum, und nehmen Sie an, daß diese beiden großen Gruppen irgendwelche gemeinsamen Ziele besitzen müssen, die sie untereinander dann noch so weit unterscheiden können; es müssen doch irgendwie diese Ziele, zumindest wenn schon nicht erreicht, dann nähergerückt sein! Das nationale deutsche Bürgertum, was wollte es politisch? Sie kennen die großen Gesichtspunkte: ein nationales Reich, Wiederherstellung der alten Staatsform, Freiheit, zum Zweck der Erringung der Freiheit eine Wehrmacht, unter dem Schutz der Wehrmacht eine nationale Wirtschaft, die dann aufblühen sollte, und eine saubere Verwaltung, die diesen ganzen Staat in Ordnung halten müßte. Und was ist erreicht worden in diesen zwölf Jahren? *Von allen großen Punkten unserer bürgerlichen Parteiwelt* [18] *hat sich die Nation entfernt, ist weiter und weiter weggerückt.* Und die andere Seite, die Linke, was hat sie versprochen? Sieg der Weltrevolution, Beginn eines sozialistischen Zeitalters des Rechtes, des Glükkes und der Schönheit, Freiheit, Brot [19], und darüber hinaus Sieg der Weltrevolution zur Errichtung eines Systems von konföderierten sozialistischen Republiken, Zerbrechung des internationalen Kapitals, Sieg des sozialistischen Gedankens der Arbeit usw., usw., Weltabrüstung, Weltfriede. Und was ist gekommen? Sind wir dem Ideal nähergerückt? Nein, Deutschland hat sich immer weiter von diesen Idealen entfernt.

Wir haben den Kapitalismus bekämpft, aber nur beim kleinen Sparmenschen; wir haben sozialisiert, aber nur die Spargroschen. Und wer ist heute nun Deutschlands Herr geworden? Etwa das sozialistische Proletariat? Nein, die internationale Hochfinanz ist heute Deutschlands Herr [20]*!*

Was ist es aber mit der Weltabrüstung, mit dem Weltfrieden? *Ja, wir haben abgerüstet* [21], *und Deutschland zahlt die Rüstung seiner Feinde. Und während man bei uns noch von Weltfrieden faselt, hüllt sich die Welt immer mehr in ein erzenes Kleid ein* [22]. Und wir sehen ja: Auch in der Zukunft werden die Geschicke der Menschheit nicht bestimmt durch fromme Wünsche, durch Versöhnung und Verständigung, sondern auch heute sehen wir:

Es regiert in der Welt ein Recht nur dann, wenn die Kraft und die Macht dahinter steht.

Es ist die Kraft, die Macht, die uns jetzt unterdrückt, und unsere Ohnmacht ist es, die die Kraft und Stärke der anderen Recht sein läßt.

Enttäuschungen über Enttäuschungen erlebt unser Volk. Alle die großen Parteigebilde sind ja innerlich sinnlos geworden.

Welchen Sinn hat eine sogenannte nationale bürgerliche Partei, wenn sie sich bei jeder Gelegenheit praktisch zum Steigbügelhalter des Marxismus hergibt [23]?

---

18 Vgl. Dok. 86, Anm. 31.

19 Vgl. Dok. 15, Anm. 2 und Dok. 69, Anm. 5.

20 1930 war die deutsche Industrie mit Auslandsschuldverschreibungen in Höhe von 3.435.330.000 RM belastet. An neuen Auslandsanleihen floßen 1930 1.176.870.000 RM in das Deutsche Reich, von denen 230.280.000 RM an das Reich, die Länder und Kommunen gingen, 15.380.000 RM an kirchliche Körperschaften sowie 660.340.000 an öffentliche und 270.870.000 RM an private Unternehmen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 348 f. ferner Dok. 77, Anm. 34.

21 Vgl. Dok. 6, Anm. 14; Dok. 37, Anm. 3; Dok. 54, Anm. 8; Dok. 68, Anm. 5 und 7.

22 Vgl. Dok. 88, Anm. 8.

23 Gemeint ist wahrscheinlich die DVP. Vgl. Dok. 87, Anm. 40.

Welchen Sinn haben heute noch monarchistische Parteien, wenn doch niemand mehr bereit ist, ernstlich für die Einsetzung eines Monarchen sein Leben hinzugeben [24]?

Welchen Sinn haben christliche Parteien, wenn sie auf Schritt und Tritt mit den Atheisten durch dick und dünn wandeln ohne Rücksicht darauf, daß die deutsche Nation langsam in einen Sumpf hineingerät, der nicht etwa dem Christentum nahesteht, sondern der in Wirklichkeit antichristlich, antireligiös, ja atheistisch ist [25]?

Und welchen Sinn haben aber auch sozialistische Parteien, wenn doch tatsächlich Deutschland mehr und mehr in die Hände der internationalen Hochfinanz gerät, wenn tatsächlich eine Millionenarmee von Erwerbslosen [26] nicht weiß, von was sie morgen überhaupt nur leben soll? Welchen Sinn hat das dann alles? Was ist von diesen Parteien denn erreicht worden? Hoffnungen sind erweckt worden, aber sie sind nicht befriedigt worden.

Aus dem Durcheinander unserer politischen Interessengruppen muß wieder herauswachsen ein deutsches Volk.

Und die Parteien fühlen das auch und sie steigen ja auch herunter von dem großen Podest der Weltanschauung oder des prinzipiellen politischen Programms und sie wenden sich stattdessen an die kleinen Instinkte der Menschheit. Die Nation zerteilt sich. Man verspricht heute gar nicht mehr weltanschauliche große Ideale, nein, man verspricht dem Bauern Besserung seines Loses, man verspricht dem Arbeiter, man verspricht dem Angestellten, man verspricht dem Beamten, man verspricht dem Mittelständler, man verspricht dem Hausbesitzer, dem Mieter. *Man zerteilt die Nation, und die ganze politische Propaganda ist in Wirklichkeit nur eine Unsumme von Versprechungen, die sich immer an einen Stand richten.* Je mehr man die Nation so verteilt, um so leichter wird diese Art von Propaganda. Man kann dem Hausbesitzer sagen, du wünschest Hinaufsetzung der Mieten - wir sind deiner Meinung; man kann dem Mieter sagen, du hältst die Herabsetzung der Mieten für notwendig - wir sind deiner Meinung; man kann dem Arbeitgeber sagen, es ist klar, daß die Löhne gesenkt werden müssen; und dem Arbeitnehmer: Deine Löhne sind unter jeder Kritik, sie müssen erhöht werden. Jedes spricht nur zu einem Stand und kann daher niemals irgendwie korrigiert werden aus der Zuhörermenge selbst heraus. *Und so sehen wir denn, daß sich unser Volk auch langsam auflöst.* Heute beklagt ein deutscher Reichsminister, daß wir kein Staatsvolk vor uns hätten, sondern Interessentengruppen [27]. Ja, meine Freunde, wer hat denn das gemacht? Wer ist denn schuld daran? Wer hat die deutsche Nation um ihre gemeinsamen Ideale gebracht und sie zersetzt und zerrissen und hineingestürzt in diesen kleinsten persönlichen Egoismus, wer denn? Die gerade, die heute Deutschlands Verfall beklagen. Sie haben jahrelang gesündigt, haben jahrelang kleinste Interessenpolitik in den Vordergrund gerückt, haben jahrelang appelliert immer nur an Gruppen, und heute haben sie kein deutsches Volk mehr, sondern Mieter, Hausbesitzer, Angestellte,

---

24 Vgl. Dok. 87, Anm. 37.

25 Vgl. Dok. 3, Anm. 5 und Dok. 23, Anm. 2.

26 Vgl. Dok. 72, Anm. 9. Im Oktober 1930 wurden in Köln bei einer Gesamtzahl von etwa 350.000 Erwerbstätigen über 70.000 Arbeitssuchende registriert. Vgl. Friedrich Zunkel, Köln während der Weltwirtschaftskrise 1929-1933. In: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 26 (1981), S. 104-128, hier S. 114.

27 Vgl. Dok. 76, Anm. 4.

Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Beamte usw. usw. Die Nation ist zerrissen, und da sind wir heute an einem Tiefpunkt angekommen. Vor wenigen Monaten las ich in einer sächsischen Zeitung aus Chemnitz anläßlich der dortigen Wahl, und da waren zwei Annoncen, die alles besagen. Auf einer hieß es: Schrebergärtenbesitzer, wählt die Liste so und so, sie vertritt eure Interessen, und auf der andern: Mitglieder der Radfahrervereinigungen, tretet für die Partei ein, sie vertritt eure Interessen [28]! Das ist der Horizont unseres politischen Handelns, das ist das Niveau unseres augenblicklichen politischen Lebens. *Und das soll etwa nun das Schicksal der deutschen Nation beheben?* Meine teuren Freunde, was wir jetzt vor uns sehen, ist der vollständige Zerfall eines großen Volkes. Wenn Sie wollen, daß unser Volk noch einmal diese Krise überwindet, dann muß aus diesem Gemengsel wieder herauswachsen das, was allein unseres Volkes Schicksal der Welt gegenüber vertreten und damit ändern kann.

Aus dem Durcheinander der Interessengruppen muß wieder herauswachsen ein deutsches Volk.

Freilich, um dazu zu kommen, ist zunächst eine Erkenntnis nötig: Wenn heute unsere politischen Parteien im einzelnen [*eine*] Änderung des Schicksals versprechen, dann nur deshalb, weil sich Millionen von Menschen angewöhnt haben, ihr persönliches Schicksal als das Wesentliche und Ausschlaggebende anzusehen, und weil sie sich angewöhnt haben zu glauben, daß das gesamte Schicksal der Nation das Ergebnis der zusammengerechneten Einzelschicksale ist. Bessere den einzelnen und du änderst dann das Leben aller, sagen sie,

statt zu erkennen, daß nicht Einzelschicksale das Gesamtschicksal bringen, sondern daß das Gesamtschicksal alle Einzelschicksale bestimmt und formt und zwingt, daß an der Spitze nicht die Rettung des einzelnen stehen kann, sondern die Rettung der Gesamtheit.

Nicht Einzelschicksal muß gebessert werden, sondern das deutsche Volksschicksal muß korrigiert werden. Und dieses Volksschicksal ist nicht identisch mit Staatsform, ist nicht identisch mit Gesellschaftsordnung, ist auch gar nicht identisch mit einer Wirtschaftsansicht, auch nicht identisch mit dem Erfolg einzelner Gruppen dieser Nation, *sondern dieses Schicksal ist gebunden an die Ernährungsmöglichkeit unseres Volkes entweder im Rahmen unseres Reiches, unseres Grundes und Bodens oder in einem anderen Rahmen.* Wenn das deutsche Volk 20 Millionen Menschen heute zu viel hat, d. h., wenn unsere Zahl hinausgeschossen ist über unseren Raum, dann ist diese Frage die entscheidende für alle Zukunft.

Denn was uns Nationalsozialisten bewegt, ist auch kein leerer Heldenwahn, auch kein Blutdurst; was uns bewegt, ist letzten Endes auch nur die Sorge: Wie wird ein Volk von über 60 Millionen [29] am Leben gehalten?

Nicht um Staatsform, nicht um Gesellschaftsordnung, auch nicht um den Sieg des Proletariats oder den Sieg des Bürgertums oder um den Sieg irgend einer Konfession usw. geht es, *nein, das deutsche Volk liegt heute auf der Waagschale.* Wird es zu leicht befunden, tritt sein Ende ein. Erhält es das Gewicht, das auf der Welt nun einmal der Selbsterhaltungstrieb und der Wille gibt, dann kann es die kommenden Jahrhunderte vielleicht wieder überstehen. Und da ist dann mit einem Schlag die große Linie vorgezeichnet, die unser Volk einzuschlagen hat.

---

28 Eine derartige Anzeige läßt sich in den Zeitungsbeständen des Stadtarchivs Chemnitz und der Stadtbibliothek Chemnitz nicht nachweisen.

29 Vgl. Dok. 60, Anm. 8.

"Er hat sich nicht mit Tagesfragen beschäftigt ..."

Wenn vielleicht morgen die Presse schreibt, "er hat sich nicht mit Tagesfragen beschäftigt" [30], so kann ich diesen Skribenten nur eines sagen: Glauben Sie nur ja nicht, daß wir nicht genauso wie sie die Tagesfragen hier behandeln könnten. Wie behandeln sie Sie denn? Sie sagen das, was die Menschen gerne hören. Sie sagen dem Bauern, dem Landwirt: Wir verstehen es, die Lebensmittelpreise, sie müssen naturgemäß hinaufgesetzt, und die Löhne müssen heruntergesetzt werden; und sie sagen dann dem Städter: Es müssen selbstverständlich die wahnwitzigen Lebensmittelpreise gesenkt werden, und die Arbeitslöhne müssen gesteigert werden; sie sagen dem Hausbesitzer: Der Besitz kann nicht existieren, wenn die Mieten so gering sind, und sie sagen dann dem Mieter: Wo kommt man hin, wenn die Hausbesitzer sich als Geier und Hyänen erweisen? Man muß den Raub einschränken. Jawohl, nach jeder Richtung behandeln sie die Tagesfragen so, wie die Massen sie gern hören, und immer wieder versprechen sie, daß sie sie nun lösen werden. Ich darf da nur eins einwenden: Tagesfragen regeln sich im menschlichen Leben in der Gesamtheit genauso wie im Einzelleben.

Der gesunde, grundsätzlich gesunde Mensch wird der Tagesfragen immer Herr, und zwar richtig Herr werden.

Und der Kranke, er wird sie eine Zeitlang vielleicht auch lösen, aber schwach und halb und morsch. Und wenn ein Volk in der Gesamtheit krank geworden ist, wenn es sein Denken vergiftet hat, wenn ein Volk in der Gesamtheit nicht mehr einen vernunftgemäßen, festen Boden unter den Füßen hat, dann gleicht es dem Tuberkulosen. Auch der lebt noch, auch der steht noch auf und verrichtet seine Tagesarbeit; aber wie? Am Ende ist er ja doch zum Untergang bestimmt, und wenn Völker von bestimmten Krankheiten ergriffen sind, dann gleichen sie dem Tuberkulosen, dann gleichen sie dem angesteckten Menschen, der tun kann, was er tun will, am Ende aber wird das Gift, das er im Leibe trägt, werden die Bazillen, die er besitzt, ihn doch zu Grunde richten, und alle Lösung seiner Tagesarbeit kann sein Verderben nicht verhindern. Wenn wir heute vor das deutsche Volk hintreten, und wenn wir bewußt die Tagesfragen zurückstellen, dann schon deshalb

weil wir der Überzeugung sind, daß eine geschlossene Kraft unseres Volkes überhaupt nicht mehr erzielt werden kann auf dem Niveau der Tagesfragen.

Heben Sie die Wirtschaft, heben Sie den persönlichen Egoismus zum alleinigen Regenten des Lebens empor und Sie werden sehen, daß das Volk dann in tausend, tausend Teile zerfällt. Deutschland arbeitet auch heute noch. Millionen Deutscher, sie stehen hinter dem Pflug, Millionen am Schraubstock, Hunderttausende in den Büros, Hunderttausende am Konstruktionstisch. Ein Riesenvolk arbeitet und ist fleißig, und dennoch ist alles vergeblich. Warum? Weil die Tagesfragen nicht gelöst werden? Nein, die Nation *vernichtet durch einen politischen Handstreich die Arbeit von 60 Jahren heute.*

30 Dieser Vorwurf zieht sich beinahe durch alle Zeitungsartikel, die kritisch über Hitlers Reden zur Reichstagswahl 1930 berichten. Vgl. die jeweiligen Anmerkungen zu den Parallelüberlieferungen von Hitlers Wahlkampfreden.

Steuererhöhung statt Steuerabbau als Young-Plan-Folge

Wir sehen es ja jetzt: Vor zehn Monaten hatte die deutsche Nation zu entscheiden über die Annahme des Young-Planes [31] oder nicht. Es war ein bestimmter, vergifteter Gedankengang, der unserem Volke einredete, daß die Annahme dieses Planes mit einem Male nun die deutschen Nöte beheben würde. Und wenn unsere politischen Gegner heute erklären, ja, wir haben das auch nicht vorausgesetzt, daß nun alles besser wird. Nein, nein, nein, lügen Sie nicht! *Damals behaupteten Sie fest und steif, daß dieser Plan Deutschlands Schicksal wenden wird* [32]. Sie können das heute nicht bestreiten. Wir haben Sie damals gezwungen, vor die Nation hinzutreten. Nicht in den Parlamentsstuben allein wurde dieser Kampf bejaht, gestellt oder beantwortet, nein, vor dem Volke. Was Sie damals in hundert Reden im Rundfunk erklärten [33], können Sie heute nicht bestreiten. Damals sagten Sie: Die Annahme des Young-Plans wird die Reichsfinanzen bessern [34]. Es wird eine Sanierung auch der Länder eintreten; auch die Kommunen bekommen dann endlich festen Boden unter den Füßen [35]. Dann sagten Sie: Indem wir den Young-Plan annehmen, bringen wir die deutsche Wirtschaft wieder in Fluß. Sie haben ein bestimmtes Wort geprägt, Sie sagten: *Der Young-Plan wird die Wirtschaft wieder ankurbeln.* Und Sie sagten weiter: Die Wirtschaft wird Kapitalien erhalten, und damit wird die Arbeitslosigkeit zurückgehen; der Rückgang der Arbeitslosigkeit wird eine Erleichterung unserer allgemeinen Finanzlage bringen. So, das haben Sie damals mit eiserner Stirne dem lieben, guten deutschen Volk vorgeschwindelt. So sagten Sie, daß dann 1930 die Steuern abgebaut werden könnten [36]. Und dann erklärten Sie, daß damit aber auch eine Erleichterung der Landwirtschaft [37] kommen wird; die Landwirtschaft wird dann endlich wieder gerettet. Und es waren damals nicht etwa einzelne Männer, die das behaupteten. Nein, die großen Parteien haben diese Behauptung als ihren Glauben ausgegeben und haben Millionen damit getröstet und aber auch verpflichtet. Wir erklärten damals, das ist alles unmöglich, das Reich wird nicht damit saniert, die Länder können nicht saniert werden dadurch und die Kommunen noch viel weniger. Wir erklärten, wie könnt ihr denn behaupten, daß, wenn Deutsch-Plan [38] angenommen wird, d. h., wenn Deutschland eine Generalhypothek von 130 Milliarden aufnimmt, daß dann leichter Kapital nach Deutschland strömen wird? Wie könnt ihr denn behaupten, daß dann die Arbeitslosigkeit zurückgeht? Wie könnt ihr dann behaupten, daß ihr die Steuern abbauen könnt? Wie könnt ihr behaupten, daß dann der Landwirtschaft geholfen wird? *Wir haben das damals als Unwahrheit bezeichnet und haben vor der ganzen Nation versichert, daß das Gegenteil eintreten wird und eintreten muß.* Und heute, heute können sie nicht bestreiten, daß wir recht

31 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.
32 Vgl. Dok. 26, Anm. 5.
33 Vgl. Dok. 77, Anm. 41.
34 Vgl. Dok. 76, Anm. 20.
35 Zur Situation der kommunalen Haushalte vgl. Heindl, Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden, S. 92 ff., 168 ff., 221 ff., 251 ff.
Die Schulden der Stadt Köln beliefen sich im Jahr 1930 auf 393.400.000 RM; ihr Haushalt wies im selben Jahr ein Defizit von 8,7 Millionen RM auf. Vgl. Zunkel, Köln während der Weltwirtschaftskrise 1929-1933 S. 127.
36 Vgl. Dok. 19, Anm. 8.
37 Zur Agrarkrise vgl. Dok. 8, Anm. 7 und 8 sowie Dok. 22, Anm. 2, 4, und 10.
38 Muß wohl heißen: Young-Plan.

gehabt haben. Was ist gekommen? Die Tinte war noch nicht trocken unter dem neuen Plan, da redeten sie nicht mehr von Steuerabbau, sondern da erklärten sie plötzlich: Die Steuern müssen erhöht werden, weil sich ein Defizit herausgestellt hat [39]. Sie erklärten: Wir sind beim Nachrechnen darauf gekommen, daß wir ja ein Defizit besitzen. Allerdings, man weiß noch nicht genau, wie groß es ist, es soll 250 Millionen betragen. Und dann sagte man, das ist vermutlich zunächst nur eine oberflächliche Schätzung; wahrscheinlich dürfte der Betrag etwas über 400 Millionen sein. Und dann waren es 470 Millionen, und dann, dann sagten sie: Wenn das angenommen wird, dann können aber 1931 die Steuern gesenkt werden. Dann sagten sie damals: Damit 1931 die Steuern gesenkt werden können, muß man jetzt das annehmen. Es handelt sich um eine einmalige Sanierung der deutschen Reichsfinanzen und der Landesfinanzen. Und dann sagten sie, wir haben schon einen Plan, einen Plan, nach dem die deutsche Landwirtschaft gerettet wird. Ein ausgezeichneter Plan ist das; wer aber die Steuern nicht bewilligt, der bekommt auch den Plan nicht. Entweder - Oder, und Sie wissen schon, mehr aus Liebe zum Mandat denn aus Pflichtgefühl dem Volk gegenüber, hat man Steuern und Rettungsplan der Landwirtschaft angenommen [40]. Und nachdem es nun zur Rettung gehen sollte, da merkte man auf einmal, es hat sich wieder ein Defizit herausgestellt. Und dann erklärte man, da sind über 400 Millionen, und dann über 700 Millionen und heute, heute sagt man schon, es sind in *Wirklichkeit über 1.200 Millionen Defizit* [41]. Und auf einmal da redete man nicht nicht mehr von der Rettung der Landwirtschaft, im Gegenteil, eine neue Steuervorlage kam [42]. Und da hat man einen neuen Stand entdeckt, einen, der bisher in der Republik etwas ungerupft davongekommen ist, die Festbesoldeten. Herr Moldenhauer hat sie entdeckt und er erklärte nicht etwa, nun werdet auch ihr besteuert, nein, Gott bewahre, wir besteuern euch nicht, nur ein Notopfer sollt ihr bringen, ein Notopfer nur für ein Jahr [43]. Jeder Mensch muß heute Opfer bringen, meint Herr Moldenhauer; ich bringe auch ein Opfer: Ich verzichte auf meine lebenslängliche Anstellung und begnüge mich dafür mit 30.000 Mark Pension auf Lebenszeit [44]. Jeder trägt seinen Teil auf diese Weise bei. Und nun sehen Sie die Folgen:

Millionen einzelner Menschen, die fleißig sind, gehen jetzt zugrunde. Ein politischer Entschluß hat Millionen um die Frucht ihrer Arbeit, ihrer Lebenskämpfe, um ihre ganze Existenz gebracht.

Wo wollen Sie jetzt zu bessern anfangen? Bei den einzelnen? Nein, ändern Sie den Geist, aus dem die geschichtliche Stellung Deutschlands der letzten zwölf Jahre erwachsen ist, ändern Sie den Willen unseres Volkes, aus dem heraus diese Stimmung der Selbstpreisgabe kam, ändern Sie die lebendige Kraft unseres Volkes, setzen Sie wieder den Selbsterhaltungstrieb

39 Zur Entwicklung des damaligen Haushaltsdefizits des Deutschen Reichs vgl. Dok. 44, Anm. 13, Dok. 60, Anm. 6 sowie Dok. 76, Anm. 26 und 28.

40 Vgl. Dok. 36, Anm. 13 sowie Dok. 37, Anm. 2.

41 Im August 1930 verzeichnete der ordentliche Haushalt des Deutschen Reichs ein Defizit von 17,3 Millionen RM, der außerordentliche Haushalt einen Überschuß von 5,2 Millionen RM. Insgesamt belief sich das Defizit des ordentlichen Haushalts des Rechnungsjahrs 1930/31 auf 1.190 Millionen RM, des außerordentlichen Haushalts auf 334,9 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 448.

42 Vgl. Dok. 36, Anm. 10 und 12.

43 Vgl. Dok. 59, Anm. 3 und Dok. 77, Anm. 52.

44 Vgl. Dok. 76, Anm. 30.

hin, und dann erst wird die Arbeit des einzelnen eines Tages wieder zu einer Besserung seines Lebens und seiner Existenz selbst führen können; vorher nicht.

Die deutsche Schicksalsfrage

Und das ist nun das deutsche Schicksal, das sich als Frage vor uns erhebt. Wir haben 20 Millionen Menschen zu viel, unser Raum ist zu beengt. Die Menschen müssen ernährt werden. Ernähren Sie sie entweder dadurch, daß Sie den Raum erweitern, oder ernähren Sie sie dadurch, daß Sie die Zahl vermindern; oder ernähren Sie sie dadurch, daß die deutsche Wirtschaft das tägliche Brot schafft. Der heutige Zustand kennt nur eines: Die Verminderung der Zahl, d. h. Deutschland wird, ich möchte fast sagen, planmäßig zurückgeschraubt zum Niveau einer kommenden europäischen Schweiz, eines Holland, und man geht damit um, dem deutschen Volk auch jeden größeren Geist aus dem Herzen herauszureißen. Sie bemühen sich, unser Volk zu belehren, daß diese demütige Stellung die uns angeborene und zukommende sei; sie lehren uns, daß es zwei, drei Völker auf der Welt gibt, die einen mit Rechten und die anderen mit Pflichten. England, Amerika, Frankreich, ja, das sind Nationen! Die haben ein Recht auf die Welt, wir Deutsche, wir haben kein Recht auf die Welt. Wir sind ein minderwertiges Volk. Man suggeriert uns, daß wir unterlegen seien von vornherein anderen Völkern gegenüber, und sie wagen das angesichts einer viereinhalbjährigen Geschichte [45], die für Deutschland tragisch ausging, die uns aber gezeigt hat: Das deutsche Volk ist in seiner Qualität und in seinem Wert den anderen Nationen zumindest gleich. *Was versagt hat, ist höchstens die politische Führung.*

In 4 1/2 Jahren hat das deutsche Volk der Welt gezeigt, daß es überhaupt kein Volk gibt, das solcher Leistungen fähig ist wie das unsere.

Und heute ist das deutsche Volk nicht anders als damals. Sagen Sie nicht, das Volk ist verdorben, sagen Sie nicht, das Volk hat keine Kraft mehr. Nein, es ist immer nur die Führung, immer nur die Leitung der Nation. Die Leitung ist es, die uns heute einredet: Damit Deutschland, das deutsche Volk leben kann, muß es sich selbst dezimieren. Wandert aus [46], bringt euere Kinder um, noch ehe sie geboren sind, dann könnt ihr leben. Der Weg aber bedeutet, daß das deutsche Volk, das 2.000 Jahre nun Weltgeschichte mitgestaltet hat, in den nächsten 2.000 Jahren dieser Weltgeschichte vergangen sein wird. Und wenn es auch viele unter uns gibt, die erklären, ja, wir wollen das; wenn es auch immer wieder Toren gibt, die sagen, wir wollen alle Macht abgeben, *dann gibt es doch auch andere, die angesichts der vergangenen 2.000 Jahre und angesichts der grenzenlosen Opfer, die unser Volk für seine Existenz gebracht hat, dies als Verpflichtung sehen, auch in der Absicht, die Existenz des deutschen Volkes aufrechtzuerhalten. Und besonders wir, die wir das schwerste Ringen aller Zeiten miterlebt hatten am eigenen Leib, wir können uns niemals mit dem Gedanken vertraut machen, daß wir nun abtreten sollen von der Bühne der Weltgeschichte. Dafür also sind die Millionen gefallen, und dafür sind sie zum Krüppel geworden* [47]. *Es ist ein Verbrechen an den Toten, das man begeht.* Man hätte damals sagen müssen, im Jahre 1914, als wir hier durchgezogen sind: Das ist alles nicht notwendig, wir kapitulieren, wir unterwerfen uns; das, was wir heute haben, hätten wir

45 Anspielung auf den Ersten Weltkrieg.
46 Vgl. Dok. 44, Anm. 15 und Dok. 69, Anm. 8.
47 Vgl. Dok. 69, Anm. 10.

damals haben können. Man hat die jungen Freiwilligen-Divisionen damals gegen den Feind geführt. Sie sind zu Hunderttausenden gefallen [48] und sie sind heute unsere Ankläger vor der Geschichte. Wer auf unseres Volkes Zukunft jetzt verzichtet und feierlich erklärt, wir wollen sie nicht mehr, diese Zukunft, wir wollen uns selbst dezimieren, bis wir vergehen, der versündigt sich. *Und wenn es heute Menschen gibt, die ohne Rücksicht auf Ehre und Gewissen und Treuverpflichtung sich trotzdem versündigen, dann sollen sie wissen, daß in Deutschland Millionen andere aufstehen werden, die diesen Verzicht nicht unterzeichnen.* Unser Volk ist im Laufe der 2.000 Jahre, die wir sichtbar verfolgen können, oft gestiegen und oft gestürzt, und immer wieder hat es sich aufgerafft.

Und nie war es der Geist der freiwilligen Unterwerfung und Erfüllung, der unser Volk wieder nach oben führte; es war immer wieder am Ende der Geist der Selbstbehauptung und des Widerstandes.

Und damit komme ich zu den anderen Wegen. Wie wollen wir denn eigentlich leben in der Zukunft? Zwei Wege gibt es da noch: Das deutsche Volk braucht entweder mehr Raum oder es muß wieder eine expansive Wirtschaftspolitik betreiben. Es ist das das Allheilmittel, das man ihnen heute sagt. Als Nationalsozialist lehne ich an sich diese Auffassung ab, denn ich glaube nicht, daß auf endlose Zeiten ein Volk nur durch Wirtschaft allein gerettet werden kann, wenn sein eigener Lebensraum zu eng wird. Aber gut, *selbst wenn das so wäre, auch dann ist es nicht eine Frage der Arbeit, eine Frage der Leistung, sondern eine Frage mehr des Absatzmarktes.* Wenn unsere Industrie heute auf Tagungen immer wieder erklärt, was wir brauchen, ist Abbau der sozialen Lasten [49], damit wir billiger produzieren können, damit wir wieder konkurrenzfähig werden, da muß man immer darauf nur eines zur Antwort geben: *Das haben wir schon einmal gehabt.* Billiger produzieren kann man, *aber die Frage der Ernährung eines Volkes durch Wirtschaft ist nicht eine Frage der Produktion, sondern eine Frage des Verkaufs.* Und heute ist der Absatzmarkt der Welt begrenzt, und ein Dutzend Nationen ringen um diesen Absatzmarkt. Und entscheidend ist nicht mehr auf die Dauer die Ware, sondern entscheidend ist die politische Kraft. Und wenn morgen wieder ein Zentrumsorgan erklärt, "der Redner versucht immer wieder, die politische Macht als das Einzige hinzustellen, was das Leben garantieren kann" [50] - jawohl! Oder ist es das Recht? Ja, das Recht habt ihr doch heute auch. Wo lebt ihr denn! Das Recht ist auch heute bei uns. Warum lebt man dann nicht, warum sind Millionen Arbeitslose da? *Weil nicht das Recht allein entscheidend ist, auch nicht der Fleiß, auch nicht die Arbeitsamkeit, sondern am Ende die politische Kraft, die hinter der deutschen Arbeit steht.*

Nennen Sie mir die Nation, in den letzten 2.000, ja 3.000 Jahren, die durch Fleiß, Arbeit und Unterwürfigkeit wieder frei geworden ist.

Nennen Sie sie. Sie bleiben die Antwort schuldig. Das Volk ist nicht da. Und unserem Volk versuchen Sie einzureden: An uns wird sich dieses Wunder vollziehen. Und wie es sich vollzieht! Zwölf Jahre arbeitet unser Volk, zwölf Jahre wird abgeliefert, zwölf Jahre versichern

---

48 Vermutlich eine Anspielung auf die Schlacht bei Langemarck und Ypern. Vgl. Dok. 28, Anm. 18.

49 Zu den Forderungen der Arbeitgeber, die in der damaligen wirtschaftlichen Situation die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne zu verringern suchten, vgl. Gerald D. Feldman, Aspekte deutscher Industriepolitik am Ende der Weimarer Republik 1930-1932. In: Wirtschaftskrise und liberale Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik und die gegenwärtige Situation. Hrsg. von Karl Holl, Göttingen 1978, S. 103-125.

50 Nicht ermittelt.

wir, keinen Gedanken mehr an Widerstand im Busen zu tragen. Und ist in diesen zwölf Jahren die Freiheit nähergerückt? Sie sagen: Gebiete sind entsetzt [*sic!*] worden [51]; jawohl, aber ganz Deutschland ist besetzt worden; Gebiete sind frei, jawohl, aber ganz Deutschland ist unfrei. Sie sagen, Gebiete haben ihr Los erleichtert, - aber ganz Deutschland steht vor dem Ruin. Sie operieren nur mit Schlagworten; sie können nicht bestreiten, daß in diesen zwölf Jahren die Nation von Jahr zu Jahr tiefer in Fesseln sank. Am Ende steht unseres Volkes Tod, und dieser Volkstod wird Mann für Mann, und Weib für Weib mit sich ziehen. Gewiß, wir können vielleicht in den nächsten 100 Jahren als eine Nation von Fremdenführern, sagen wir von Hoteldienern usw. existieren. Deutschland hat Kunstschätze, Amerika wird kommen und wird sie bewundern, soweit man sie nicht gekauft oder uns genommen hat [52]; gewiß, Deutschland hat Naturschönheiten; sie werden kommen, werden sie besichtigen, soweit sie sie nicht gepachtet haben. Gewiß, Deutschland hat Leistungen; sie werden kommen und vielleicht unsere Aufführungen besuchen, zuhören. Wir werden sie führen. Und wir weden langsam als richtiges Fremdenvolk [*sic!*] zugrunde gehen. Das ist eine Aussicht. Will man das aber nicht, dann gibt es nur die andere: *Deutschland muß wieder hineingehoben werden in den Kreis der wirklich großen Nationen, und dazu braucht es politische Macht.*

Und die politische Macht ist nicht eine Waffenfrage, wie unsere Gegner dauernd erklären - nein, nicht die Waffe steht an der Spitze der politischen Macht - , sondern der Wert eines Volkes, die Art seiner Organisation und sein Wille, immer wieder der Wille.

Wenn unsere Gegner heute erklären, Deutschland hat keine Waffen, und folglich ist jeder Widerstand vergebens; so ist hier der Wunsch der Vater des Gedankens; denn Deutschland hatte Waffen. *Nicht weil wir die Waffen verloren haben, ist der deutsche Wille zerbrochen, sondern weil Deutschland seinen Willen aufgegeben hat, hat es die Waffen verloren.* Wenn Sie einen Feigling nehmen und Sie geben ihm ein Maschinengewehr, und nehmen meinetwegen einen Nationalsozialisten, geben ihm nur einen Knotenstock und schicken beide in den Wald, so seien Sie der Überzeugung, der Mutige wird sich mit seinem Stock zur Wehr setzen, und der Feige wird mit seinem Gewehr kapitulieren, ja er wird sogar erklären: Schenk mir das Leben, ich gebe dir die Waffe dafür. Es ist zu allen Zeiten der Wille gewesen, der den Menschen befreit oder auch in Ketten geworfen hat. Und wenn wir nun die Frage uns vorlegen: Gibt es denn überhaupt einen Weg, der nach menschlichem Ermessen unser Volk wieder zurückführen kann in seine Stellung, die es verdient, dann können wir das mit Ja beantworten. Drei Dinge sind es, die ein Volk zwangsläufig retten müssen, wenn es sich grundsätzlich zu ihnen bekennt: Das erste ist der Wert an sich, d. h., die Völker sind nicht gleich, so wenig wie die Menschen gleich sind. Jeder ist eine Nummer, allein jeder ist zugleich auch ein Wert. Jedes Volk kann ich nach Nummern zählen, aber ich kann es auch wägen nach seinem Wert. Und der Wert ist verschieden. Es ist die Frage nur die: Hat unser deutsches Volk einen Wert, der uns berechtigt, auf unsere Zukunft noch zu hoffen? Und zweitens: Werden wir diesem Wert gerecht, pflegen wir ihn? Es ist so wie im einzelnen Leben: Jeder Mensch ist eine Zahl,

51 Köln war bereits am 30.1.1926 von den britischen Besatzungstruppen geräumt worden. Vgl. Williamson, The British in Germany 1918-1930, S. 298 ff. Zum völligen Abzug der alliierten Truppen aus dem Rheinland vgl. Dok. 77, Anm. 14 und Dok. 69, Anm. 11.

52 Vgl. mit Hitlers umfassenden Ausführungen über den Fremdenverkehr; Bd. III/2, Dok. 17 und 21.

jeder aber auch ist zugleich ein Wert. Die erste Frage der Menschen ist beim Manne: Was bist du selbst? Bist du kraftvoll, bist du gesund, bist du kühn, bist du talentiert, bist du genial? Wenn ja, dann hast du die ersten Voraussetzungen fürs Leben. Wenn nein, dann kann vielleicht auch der Fleiß dich nicht mehr retten. Wenn wir aber unser deutsches Volk von dem Standpunkt aus prüfen, dann können wir mit Stolz sagen: Es gibt kein Volk, das heute mehr Wert besitzt als das unsere. Wo ist das Volk, das der Welt in 2.000 Jahren das gegeben hat, was unser Volk gab? Nehmen Sie aus der Geschichte, nehmen Sie aus den Erfindungen, nehmen Sie aus dem Reich der Kunst und der Kultur alles weg, was Deutschland geschaffen hat, und die Welt wird sehr arm werden dann. Entfernen Sie bloß den Rhein mit all dem, was hier gebaut, was hier gedichtet und gesungen wurde, entfernen Sie bloß einen Strom mit allem, was hier sich abspielte im Laufe von 1.000 Jahren, aus der Menschheitsgeschichte, und unsterbliche Kulturdenkmäler und -werte werden augenblicklich damit vergehen. Und unser Volk hat ja den Beweis des höchsten Wertes erst vor kaum einem Jahrzehnt abgelegt. Wenn irgendein Volk ein Recht hat zu hoffen, daß es persönlich, als Volk, einen Wert darstellt auf der Welt, dann unser deutsches Volk. *Keine Nation kann mit so viel Stolz auf die Zeit vor zwölf Jahren zurückblicken als wir.* Und wenn wir heute gesunken sind, die Leistungen einer Nation vergehen niemals. Und wenn das Volk sich treu bleibt, können morgen schon wieder gleiche Leistungen werden. Freilich, ein Mann, der an sich fähig und gesund ist, muß an seine Fähigkeit und an seine Gesundheit glauben und muß das pflegen. Ein Volk, das einen Wert repräsentiert, muß diesen Wert hegen. Es darf sich nicht dem Wahnsinn der Ausländerei [*sic!*] ergeben, es darf nicht nach außen schielen, es darf nicht sich selbst aufgeben; es muß erkennen, daß in seiner eigenen Kraft alle Zukunft liegt. Es darf vor allem niemals hoffen, daß eine andere Welt ihm hilft. Sowie ein Volk beginnt, sich dem Wahnsinn des Pazifismus auszuliefern, opfert es die eigene Kraft, dann hört es auf, seine Fähigkeiten, seine Genialität, seine Tatkraft in den Dienst seiner Erhaltung zu stellen, dann baut es auf fremde Kräfte, fremde Hilfe, auf Mitleid oder Gnade oder Güte oder Einsicht, und in allen Fällen wird die Enttäuschung eine entsetzliche sein. Und dann kommt ein drittes: Wenn ein Volk an sich qualitativ hochwertig ist, und wenn es dann zweitens auf seine Kraft baut, dann muß auch seine Führung logisch und organisch aufgebaut sein. Wenn eine Nation ihr Schicksal in die Hände der Majorität legt, d. h. der Halbheit, der Schwäche, der Feigheit, der Unwissenheit, dann muß ein solches Volk zugrunde gehen. Die Zukunft einer Nation wird dann gewährleistet sein, wenn das Schicksal derselben von den fähigsten, genialsten Köpfen bestimmt wird, und hier dürfen wir nie vergessen, daß Majoritäten stets der Feind der Genialität sind.

Daß dort, wo Majoritäten regieren, die Fähigkeit stirbt, der Wille halbiert wird, die Genialität ausscheidet, und Halbheit und Schwäche und Unwissenheit an deren Stelle treten - wann haben wir das mehr gesehen als heute in Deutschland!

Unser Volk ist verarmt an allem Großen. Wenn Sie die Revolution betrachten, was hat sie unserem Volke denn Großes geschenkt? Was ist heute überhaupt an Großem in Deutschland da? Keine Köpfe, keine Qualitäten, keine Genialität, ja, sie selbst, die Führer, gestehen: Wir können uns nicht einigen, weil der überragende Kopf nicht vorhanden ist [53]. Welch ein Selbstbekenntnis und welch eine Selbsterkenntnis!

53 Vgl. Dok. 87, Anm. 14.

Unser politisches Glaubensbekenntnis

Wenn das deutsche Volk nicht wieder zurückfindet zu den Quellen jeder Volkskraft, wenn unser Volk nicht wieder national wird bis zur letzten Konsequenz, wenn unser Volk nicht wieder antipazifistisch wird bis zur letzten Konsequenz, und wenn unser Volk drittens nicht wieder der Genialität die Führung gibt, dann wird jeder Versuch, das einzelne zu bessern, daran scheitern, daß ganz Deutschland am Ende zugrunde geht. Das ist das Glaubensbekenntnis, das uns politisch zu Grunde liegt. Wir sind Anti-Internationalisten [54] bis zur letzten Konsequenz, d. h., in unserem Auge verschwimmt die Kontur zwischen Nationalismus und zwischen Sozialismus. Denn für uns ist Nationalismus nicht ein leerer Wahn, nicht Liedersingen, nicht Hurraschreien, sondern

für uns ist Nationalismus letzte Hingabe des einzelnen für sein Volk. Mein Ich setze ich ein für Deutschland, und damit bin ich zugleich Sozialist im edelsten Sinne des Wortes.

Und damit kann ich die beiden Begriffe, die unser Volk heute trennen, Sozialismus und Nationalismus, in die letzte Konsequenz verfolgen und kann dann feststellen, wenn der Nationalismus zur vollkommenen Hingabe des einzelnen wird und der Sozialismus zur vollständigen Hingabe des einzelnen wird: Dann haben sich beide Begriffe genähert, und endlich sind sie zu einem geworden. Der höchste Nationalist ist dann zum wahrhaftigen Sozialisten geworden, denn auch er sieht ja nichts mehr vor sich als sein Volk; die Zukunft seines Volkstums, für das tritt er ein, allerdings nicht mehr mit der Halbheit unserer bisherigen nationalbürgerlichen Parteien, nein, sondern in der letzten Konsequenz. Er sagt nicht, ich bin national, aber ich bin bürgerlich, d. h., ich vertrete einen Klassenbegriff; nein, er bekennt: Ich bin national, d. h., so wie ich das Leben des Wirtschaftskampfes verlasse und zum Schicksalskampf der Nation übergehe, höre ich auf, etwas anderes zu sein als meine Mitbürger. Höre ich auf, etwas anderes zu sein als meine Mitbürger, du magst kommen woher du kommen willst, in dem Augenblick bin ich nicht mehr Bürger, du bist nicht mehr Proletarier, ich bin nicht mehr Beamter, du bist nicht mehr Arbeiter, ich bin nicht mehr der Angestellte, du bist nicht mehr Bauer, ich bin nicht Gewerbetreibender, und du, du bist dann nicht mehr meinetwegen ein Berufsvertreter, nein, in dem Augenblick sind wir eins geworden, in dem Augenblick sind wir Deutsche, Genossen eines Volks, Schwert- und Kampfgenossen auf dieser Welt. Als Nationalsozialist lehne ich die Demokratie ab. Ich bekenne, daß ich glaube und weiß, daß noch niemals ein Volk durch Majoritätsbeschlüsse gerettet worden ist. Ich glaube und ich weiß, daß auch in aller Zukunft kein Volk jene Leistungen vollbringen wird auf Grund von Majoritätsbeschlüssen, die ein zusammenbrechendes Volk wieder der Freiheit versichern. Ich glaube und ich bekenne, daß die Genialität der einzelnen Persönlichkeit mehr wiegt in der Waagschale der Völkerschicksale als sämtliche Majoritäten zusammengerechnet, und ich glaube und ich weiß weiter, daß es überhaupt nichts gibt auf der Welt an Großem, an Erhabenem in Kunst und Wissenschaft oder auch an politischen Fähigkeiten und Erkenntnissen, was nicht seinen Ausgang genommen hat von einzelnen, von der schöpferischen, einzelnen Persönlichkeit, und ich bin daher Antidemokrat; und ich bins nicht nur in der Theorie, ich bin es nicht nur in der Phrase, sondern ich bins in

54 Anspielung auf die im März 1919 auf Initiative Lenins gegründete III., sog. Kommunistische Internationale, die ihren Sitz in Moskau hatte. Vgl. Alexander Watlin, Die Komintern 1919-1929. Historische Studien, Mainz 1993.

unserer eigenen Bewegung zuerst. Denn wenn heute der Gegner kommt und sagt, wir sind ja auch gegen den Parlamentarismus - nein, ihr seid ja selbst die parlamentarischen Organisationen; ihr wollt Deutschland vor dem Parlamentarismus retten, und eure Parteien sind ein rein parlamentaristisches Gebilde.

Was wir heute vor uns sehen, ist ein Deutschland, das in seiner ganzen Leistung autokratisch organisiert ist und in seiner gesamten politischen Leitung demokratisch.

Und was wir wollen, das ist, die Einheit wiederherstellen zwischen Leistung und Leitung.

Ich komme damit zum Dritten: Ich bin Anti-Pazifist. Ich bins auch nicht der Theorie nach, sondern ich bin es wirklich, d. h., die Bewegung, die der Nationalsozialismus darstellt und die der Nationalsozialismus heute ist, ist nicht pazifistisch vom Kleinsten an, es ist nicht eine Bewegung, welche den einzelnen lehrt, "Glaube an dein Recht und dir wird geholfen werden", sondern eine Bewegung, welche den einzelnen belehrt: Es gibt kein Recht, wenn hinter dem Recht nicht die Kraft und die Macht steht. Sorge dafür, daß dein Volk wieder in den Besitz der Kraft und der Macht kommt, und dann erst rechne auf Recht. Und du sorgst dafür nur dadurch, daß du selbst überall den Geist der Unterwürfigkeit aus dir und aus deinen Mitmenschen ausrottest.

Und so tritt der Nationalsozialismus heute als ein junger Stamm in den zerfallenen und verfallenen deutschen Wald hinein. Und was Sie in der Natur sehen, das wiederholt sich auch im Völkerleben. Die Eiche, die einmal morsch geworden ist und die nun langsam brüchig wird, sie kann tausendmal noch wünschen und wollen, daß sie erneut sich verjüngt, tausendmal kann sie hoffen, noch einmal grüne Blätter zu bekommen; nein, am Ende wird sie vergehen. Eine Frage bleibt nur offen: Kommt aus ihr heraus noch ein junger Stamm? Und im Völkerleben ist es nicht anders. Wenn ein Volk, d. h., wenn ein Wald morsch wird und bricht und fällt, dann hoffen Sie nicht mehr, daß die alten Bäume sich plötzlich noch mal verjüngen können. Auch im Völkerleben ist jeder Regenerationsprozeß in Wirklichkeit das Emporkommen einer neuen, jungen, frischen Bewegung.

An Stelle des zerfallenden Alten muß sich ein Neues nun bilden und muß in sich die Tugenden verkörpern, die dem Alten fehlten, und die das Alte nimmermehr gewinnen kann.

Der Beginn der deutschen Erhebung

Und wenn so in einem Volkskörper noch einmal aus dem Innern heraus die Keimzelle sich bildet, die der Mittelpunkt eines neuen Regenerationsprozesses werden kann, dann erst haben wir die berechtigte Hoffnung, daß dieses Volk nicht am Ende seiner Tage, sondern am Beginn einer neuen Zeit steht.

Und wenn Sie nun heute über Deutschland hinwegblicken, was sehen Sie? Ein zerfallenes Volk; Stände und Berufe, Konfessionen, Parteien, Bürgertum, Proletariat, Weltanschauungen, und das zergliedert sich immer mehr und zerfällt und kann sich nicht mehr gegenseitig verstehen[55]. Und wenn Sie tausendmal versichern, wir wollen ja auch Deutschland; wo denn? In euren eigenen Reihen zeigt es sich ja nicht einmal! Wie wollt Ihr im Großen hoffen auf das, was Ihr im Kleinsten nicht fertig bringt?

55 Vgl. Dok. 54, Anm. 3.

Ihr sprecht von Deutschland und kennt nur Bürger, Ihr redet von Deutschland und kennt nur Gewerbetreibende oder Beamte oder Mieter oder Hausbesitzer usw. Ihr redet vom Volk und kennt nur Splitter davon [56].

Eine Bewegung allein gibt es, die heute in Deutschland keine Gruppe mehr kennt, sondern nur immer wieder ein Volk; und das ist die unsere.

Und Sie sehen die Reaktion auf diese Tatsache. Sie sehen heute hier einen großen Raum, und Sie sehen Menschen aus allen Berufen und Ständen hier. Und Sie können das in diesen Wochen 30.000 mal in Deutschland erleben [57], und immer dasselbe Bild. Ja, ich frage Sie: Wenn die Nation sich wirklich noch einmal erhebt, so muß doch die Erhebung irgendwo beginnen? Und ich frage Sie: Wenn das nicht der Beginn ist einer neuen deutschen Erhebung, wo sehen Sie denn dann den Beginn, wo ist er?

Wir leben in einer großen Zeit, weil wir sie gestalten.

Es ist unser Wille, der sie wieder auferstehen läßt; die Zeit unseres Volkes - wir gestalten sie! In uns erhebt sich wieder das, was Jahrtausende Deutschland gehalten hat. Das Volk steht wieder auf und siegt über Klassen und Stände, über Berufe und über Konfessionen. Sie sind ein Teilchen dieses Sieges, Sie, die Sie heute in Deutschland überall zu uns pilgern zu Hunderttausenden, nein, zu Millionen. Sie sind die Garanten dieser neuen deutschen Erhebung. Wenn die andern sagen, wir wollen national sein und wir wollen die Klassenspaltungen auch überwinden - wir haben sie überwunden! Fragen Sie einen aus diesen Reihen: Freund, weshalb trägst du das braune Hemd, weshalb [58]? Es soll bezeugen, daß in dem Augenblick, in dem vor uns das Schicksal der Nation steht, wir alle zu eines geworden sind. Dann steht da neben mir nicht mehr meinetwegen der Straßenfeger, steht aber auch neben mir nicht mehr meinetwegen der Adelige; in dem Augenblick steht neben mir der Genosse meines Volkes. Dein Kind kann es so gut sein als das Kind der anderen; Weib, du weißt nicht, welchem Kinde du das Leben schenkst, du weißt nicht, was dein Kind für Deutschland einmal bedeutet. Was wir sind, das wissen wir, unsern Wert kennen wir, was aber aus uns wird, das liegt im Schoße der Zukunft verborgen. Und was werden soll, wir ahnen es nicht; aber wir wünschen, daß unser Lebensstamm nicht vergeht, daß das deutsche Volk bestehen bleibt. Und wenn die andern sagen, wir wünschen euch, daß der Geist der Zwietracht überwunden wird, und bei uns herauswächst wieder die Gesinnung der Unterordnung, daß die Demokratie, der Parlamentarismus überwunden wird und anstelle dessen die Autorität der Genialität eintritt, so können wir Nationalsozialisten sagen: Ihr wünscht das, - wir haben es! Hier stehen Hunderttausende, die diesen Geist des Parlamentarismus überwunden haben, Hunderttausende, die alle bekennen: Es ist keine Schande zu gehorchen. Nur wer gehorchen übt, kann befehlen lernen; und wir wollen einst befehlen! Und Ihr sagt weiter: Wir wollen auch ein Deutschland der Kraft und der Stärke in der Zukunft. Ihr wollt es, wir bilden es; *das ist das Deutschland, das sich einst nicht mehr unterwerfen wird.* Wir pflegen den Geist des Widerstandes, wir sagen: Freund, niemals unterwerfe dich, niemals kapituliere, niemals sei feige,

56 Vgl. Dok. 88, Anm. 13.
57 Vgl. Dok. 21, Anm. 9.
58 Vgl. Dok. 86, Anm. 67.

bitte nicht den Herrn "Allmächtiger Gott, steh Du mir bei", bitte nicht den Herrn, "Allmächtiger, Gerechter, mache doch mich frei" [59]*; habt ein Gebet: Herr, laß mich nicht feige sein, laß mich selbst mutvoll mein Leben verteidigen. Ich erwarte nicht, daß Du entscheidest, nein, Du gibst dem Faulen nicht das Brot, Du gibst dem Feigen nicht die Freiheit, Du bist nur die Gerechtigkeit selbst. Wir wollen uns die Freiheit verdienen, und Du, Herr, urteile dann gerecht, ob wir ihrer würdig sind; entscheide dann darüber, ob wir nun gesühnt haben die Frevel der Vergangenheit, ob unser deutsches Volk nun wieder wert geworden ist, als Volk von Ehre und von Anstand unter den anderen Nationen zu schreiten. Wir wollen uns das erkämpfen, wir wollen ringen und wir wollen uns einsetzen, wir wollen mutig sein und wir wollen lieber bitten: Herr, wäge uns nun, und wenn Du glaubst, daß wir wert sind Deiner Gnade, dann schenke sie uns.*

Wir werden dann kämpfen, an uns soll es nicht fehlen.

Von der 7-Mann-Gruppe [60] *zur Millionen-Bewegung*

Millionen von Menschen haben diesen Geist in sich aufgenommen. Millionen von Menschen tragen diesen Geist in sich, und Millionen von Menschen wird dieser Geist wieder [61] erfassen.

Wir wollen ein anderes Deutschland! Und ich baue darauf, daß die Hunderttausende, die sich heute in unseren Reihen befinden, eingedenk sein werden des großen Ruhms und der großen Ehre unserer Brüder, unserer Kameraden und Mitgenossen vor 12, 13, 14, 15, 16 und 17 Jahren. Wir Nationalsozialisten reden nicht von einem neuen Staat, sondern wir versuchen ihn heute zu bilden, versuchen ihn zu formen, und werden damit den Kristallisationspunkt abgeben für dieses neue Reich der Zukunft, das Sie sich erhoffen, das Sie alle sich ersehnen, und an das wir glauben, und für das wir tätig sind. Denn wenn heute die Gegner wieder das Haupt schütteln und morgen schreiben werden: "Ein phantastischer Glaube!" - vergeßt eins nicht: Vor elf Jahren, da hättet Ihr vielleicht sagen können, ein phantastischer Glaube. Damals stand ich mit sechs Mann allein und hatte nichts für mich als meinen Glauben und meinen Willen. Damals befand sich nicht ein sogenannter prominenter Name unter uns. Unbekannte sind wir gewesen, Unbekannte, Namenlose. Vor zwölf Jahren da hätten sie sagen können: Was wollen Sie, wer sind Sie denn eigentlich, welchen Namen haben Sie? Keinen? Ich habe keinen Namen. Damals hätte ich Dir nur zur Antwort geben können: Frager, ich habe nur eine Nummer, hier eine Zinkplatte, "Bayerisches Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 16, Nr. 167. [62]" Das bin ich, weiter gar nichts. Aber aus dieser Nummer sind 11 Menschen geworden, und aus 11 13, und aus den 13 3.000, und aus den 3.000 7.000; und dann sank es [63], und dann wurden es wieder 7.000, und dann 30.000, und dann endlich 100.000, 110.000, und nun sind es 290.000 [64], d. h. mehr als 4 Millionen Menschen, die nun anhängen. Und aus 290.000 werden fünf und werden sechshunderttausend, und es wird eine Million daraus werden; und die Zahl der Anhänger, sie wird auf zehn und wird auf zwölf und wird auf 15 und wird auf 20 Millionen steigen.

Wir werden wachsen, denn bei uns ist der Glaube und ist der Wille dazu.

59 Vgl. Dok. 63, Anm. 23.
60 Vgl. Dok. 21, Anm. 4 und Dok. 41, Anm. 12.
61 Anspielung auf die deutsche Kriegsbegeisterung im August 1914.
62 Vgl. Dok. 5, Anm. 68 und Dok. 75, Anm. 9.
63 Vgl. Dok. 50, Anm. 8.
64 Vgl. Dok. 72, Anm. 16 ferner Dok. 36, Anm. 15.

Und bei uns ist deshalb auch die Hingabe und ist der Fleiß und ist die Arbeit. Sie gehen am 14. zur Wahl. Ich bettele nicht um Ihre Stimme. Wenn Sie uns nicht vertrauen, gehen Sie zu den alten Parteien. Vertrauen Sie uns aber, dann kämpfen Sie bei uns mit uns. Die Stimme allein tut es nicht, denn merken Sie sich eins: Wir haben heute Parteien, die auf diesen 14. September hoffen und dann wieder schweigen werden. Wir sehen in dem Tag nur einen Tag des Zählens, der Feststellung unserer Arbeit. Ob wir siegen, wir wissen es nicht; ob wir groß siegen, wir wissen es nicht; ob wir 50 Mandate bekommen, wir wissen es nicht; ob wir 100 bekommen, wir wissen es nicht; aber eines, das weiß ich: Am 13. September findet unseres letzte Wahlversammlung statt, und am 15. beginnt der Kampf wieder von neuem und wird fortgesetzt mit allen legalen Mitteln [65], mit allen legalen Waffen, bis endlich Deutschland in unserem Lager steht und die andere Welt dann das neue Deutschland vor sich sieht. Denn das glauben wir:

Es wird vergehen die Zeit des deutschen Elends und der deutschen Not, es wird vergehen die Zeit, in der Deutschland in Ketten liegt, es wird vergehen die Zeit, in der die Welt über uns spottet, uns verächtlich behandelt; es wird vergehen die Zeit, in der sie uns glauben, auspressen zu können [*sic!*], *und es wird wiederkommen die Zeit, in der anstelle des heutigen Verfalls wiedererstehen wird ein mächtiges Deutsches Reich der Ehre und der Freiheit, der Kraft und der Macht und der Herrlichkeit.*

20. August 1930 [1] — Dok. 91
Anordnung

Masch. Aufzeichnung mit Vermerk "Abschrift"; BA, NS 1/303 [2].

An *OSAF* [3] im Hause.

Hauptmann a. D. Wolff [4] hat mir unterm gestrigen die Bücher und Belege der Osaf-Stabskasse übergeben lassen. Vorbehaltlich der genauen Prüfung kann schon heute auf Grund einiger Stichproben festgestellt werden, daß die Belege größtenteils nicht den Anforderungen entspre-

---

65 Vgl. Dok. 41, Anm. 12.

1 Datierung nach Zeichnung durch Hitler.

2 Masch. Kopf: "Reichsschatzmeister (Sch/Sch), München, den 14. August 1930".

3 Franz von Pfeffer.
Seit der Führertagung der NSDAP am 27.7.1930 (vgl. Dok. 79, Anm. 1) ließen sich die latenten Spannungen zwischen Pfeffer und Hitler nicht mehr verbergen. Der Absetzung Pfeffers als Oberster SA-Führer am 1.9.1930 gingen mehrere scharfe Auseinandersetzungen zwischen ihm und Hitler voraus, so daß Pfeffer am 12.8.1930 sein Abschiedsgesuch einreichte. Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 461 ff. sowie Dok. 56; Dok. 79, Anm. 1 sowie Dok. 99-103.
Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels Teil I, Bd. 1, S. 586 f., Turner (Hrsg.), Hitler aus nächster Nähe, S. 81 ff. Tyrell, Führer befiehl, Dok. 98, Baldur von Schirach, Ich glaubte an Hitler, Hamburg 1967, S. 84 f.

4 Gustav Wolff (geb. 1876), Hauptmann a. D., 1929 Eintritt in die NSDAP, Tätigkeit im Stab der Obersten SA-Führung, 1931 Herausgeber des Wirtschaftspolitischen Pressedienstes, 1933 Stabsleiter des Wirtschaftspolitischen Amts der Reichsleitung der NSDAP, Juli 1933-Dezember 1934 Ausschluß aus der NSDAP.

chen. Beispielsweise sind Belege über Reisespesen ohne jede Spezifikation vorhanden. Außerdem wurden an Angestellte Zuschüsse ausbezahlt zu ihren von der Reichsleitung festgesetzten Gehältern. Hiezu war Osaf nicht berechtigt. Unter anderem hat der Stabschef laut Beleg an Frl. Frey [5] einen Betrag von RM 150.-- als Unterstützung ausbezahlt. Frl. Frey hat auf Befragen ausdrücklich schriftlich erklärt, daß es sich um keine Unterstützung, sondern um ein ihr freiwillig angebotenes Darlehen handelt. Frl. Frey hat sofort als erste Rate 50 Mark an die Reichskasse zurückbezahlt.

Die von Osaf beliebte Finanzgebarung wirkt sich nunmehr derart katastrophal aus, daß die Reichskasse bereits in wenigen Tagen der Reichszeugmeisterei mit einem Betrag von

RM 19.498,55

beispringen mußte [6]. Außerdem muß die Reichskasse für die demnächst fälligen Wechsel der Reichszeugmeisterei [7] wiederum aufkommen.

Da die bisherigen Überschüsse der SA-Versicherung [8] bis jetzt in Höhe von

RM 61.701,25

in den Betrieb der Reichszeugmeisterei hineingesteckt wurden, ergibt sich nunmehr die Tatsache, daß z. Zt. die vorliegenden Versicherungsansprüche von der Versicherungskasse nicht befriedigt werden können.

Auf Grund [*des*] Vortrages des Reichsschatzmeisters hat Herr Hitler nachstehende Maßnahmen für notwendig befunden:

1.) Künftig werden sämtliche, bisher der SA unterstehenden Wirtschaftsbetriebe, und zwar

a) Reichszeugmeisterei einschließlich sämtlicher Zeugmeistereien [9]

b) SA-Versicherung

c) Zigaretten-Betrieb "Sturm" [10]

---

5 Herta Frey, bis 1930 Privatsekretärin Hitlers.

6 Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels Teil I, Bd. 1, S. 599: "Es besteht der Verdacht, daß Pfeffer 30.000 Mk, sagen wir einmal, falsch gebucht hat." Krebs (Tendenzen und Gestalten der NSDAP, S. 144) nennt in diesem Zusammenhang dieselbe Zahl.

7 Die Reichszeugmeisterei der NSDAP hatte sich aus der im Februar 1927 eingerichteten SA-Wirtschaftsstelle entwickelt und begann am 1.4.1929 mit ihren Lieferungen - in erster Linie zur einheitlichen Uniformierung und Ausrüstung der SA. Obwohl diese Institution ihre Aufgaben zunächst in einem räumlich sehr beschränkten Rahmen wahrnahm, wurde sie - in Abgrenzung zu den übrigen Zeugmeistereien - als Reichszeugmeisterei bezeichnet, die sie als Teil der Reichsleitung der NSDAP auswies. Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 415 f., Norbert Götz und Peter Weidisch, "Reichszeugmeisterei" (RZM). In: München - "Hauptstadt der Bewegung", S. 283 sowie Bd. III/2, Dok. 81.

8 Vgl. Dok. 15, Anm. 4.

9 Laut Anzeige im VB vom 12.6.1930 waren auf der Ebene der SA-Gruppen folgende Zeugmeistereien für deren Ausrüstung und Uniformierung zuständig: Nord, Hannover (Außenstellen in Heide/Holstein und Lunden/Holstein); Ruhr, Elberfeld; West, Kassel; Ost, Berlin SW 48 (Außenstellen in Königsberg, Stettin, Berlin S 14 und Berlin N 54); Mitte, Dresden und Süd, München (Außenstellen in Heidelberg und Nürnberg).

10 Auf Initiative der Obersten SA-Führung hatte sich die NSDAP an der Sturm-Zigarettenfabrik Dreßler in Dresden finanziell beteiligt; seit Herbst 1929 gehörten ihr 49 % dieser Firma, die in wenigen Jahren zu einer der größten Zigarettenfabriken im Deutschen Reich wurde. Der Vertrieb lief zunächst über eine eigene Abteilung der Reichszeugmeisterei, seit 1930 über die Zeugmeisterei Mitte der NSDAP. Vor dem Hintergrund der chronischen Geldnot der SA wurden die Gewinne dieser Zigarettenfabrik, von denen ein bestimmter Prozentsatz an die einzelnen Gruppen und Untergruppen der SA verteilt wurde, zu einer der wichtigsten Finanzquellen der SA. Vgl. Turner (Hrsg.), Hitler aus nächster Nähe, S. 60 ff. sowie Fischer, Stormtroopers, S. 128 f.

d) Versicherungs-Hilfe [11]
dem Reichsschatzmeister direkt unterstellt.

2.) Das Konto des Stabschefs Dr. Wagener [12] ist sofort aufzulösen. Schlußabrechnung ist vorzulegen.

3.) Osaf erhält künftig keine Mittel zur freien Verfügung zugewiesen. Vielmehr wird der Reichsschatzmeister alle Beträge des Osaf-Etats festsetzen und direkt überweisen. Dagegen trägt Osaf nach wie vor die Verantwortung für die richtige Verwendung der den Osaf-Stellvertretern überwiesenen Mittel.

Die den Angestellten und den Empfängern von Aufwandsentschädigungen zu unrecht ausbezahlten Zuschüsse werden diesen bei künftigen Zahlungen in Abzug gebracht.

4.) Die von Osaf vorgeschlagenen Aufwandsentschädigungen für den Osaf-Stab können nicht genehmigt werden. Vielmehr werden die Aufwandsentschädigungen wie folgt festgesetzt:

Osaf	RM 550.-- + RM 200.-- für Chauffeur
Fritz v. Pfeffer [13]	RM 250.--
Siedler [14]	RM 350.--
Hallermann [15]	RM 450.-- + RM 75.-- Krankenzulage
Zöberlein [16]	RM 200.--

Die bisher gewährte Aufwandsentschädigung für Dr. Wagener kommt in Wegfall. Für Hauptmann a. D. Wolff kann eine Aufwandsentschädigung nicht festgesetzt werden.

11 Die Nationalsozialistische Versicherungs-Hilfe sollte Mitglieder und Anhänger der NSDAP bei Versicherungsabschlüssen beraten und diese an diejenigen Versicherungsgesellschaften weiterleiten, die der NSDAP nahestanden. Vgl. Nationalsozialistisches Jahrbuch 1930, S. 150 ff.

12 Otto Wagener (1888-1971), Hauptmann a. D., 1919 Stabschef der Deutschen Legion im Baltikum, 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, Inhaftierung, 1920/21 Führer des badischen Teils der Organisation Escherich, seit 1920 Tätigkeiten in der Industrie, u. a. Direktor und Vorstand der Nähmaschinenfabrik Haid & Neu in Karlsruhe, 1924 Dr. h. c., Oktober 1929 Mitglied der Reichsleitung der NSDAP, Januar-Dezember 1930 Stabschef der SA, 1931 Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung/Amts der Reichsleitung der NSDAP, 1932 zur besonderen Verwendung im Stab Hitlers, April 1933-Juni 1933 Reichskommissar für die Wirtschaft, 1937 Wiederaufnahme in die SA im Rang eines SA-Gruppenführers, 1939 Hauptmann d. R., 1945 Generalmajor.

13 Fritz von Pfeffer (1892-1968, eigentlich Pfeffer von Salomon), Oberleutnant a. D., 1922-1929 Pächter und Verwalter in verschiedenen landwirtschaftlichen Betrieben, 1928 Eintritt in die NSDAP, 1929 Leiter der Personalabteilung im Stab der Obersten SA-Führung, 1931 Stabsführer der Generalinspektion der SA und SS in Kassel, 1933 SA-Gruppenführer, Polizeipräsident von Kassel, 1936-1942 Regierungspräsident in Wiesbaden, 1939 Reaktivierung, Chef der Zivilverwaltung beim Armeeoberkommando I, 1943 Tätigkeit in der Industrie, seit Juli 1944 kurzfristig inhaftiert.

14 Valerius Siedler (geb. 1900), Sportlehrer, 1929 Eintritt in die NSDAP, 1930 beim Stab OSAF-Stellvertreter Ost, 1939 Oberstfeldmeister beim Reichsarbeitsdienst.

15 Georg Hallermann (1898-1930), Leutnant a. D., 1923 Eintritt in die NSDAP, Geschäftsführer des Gaues Westfalen, 1926-1930 Adjutant des Obersten SA-Führers Franz von Pfeffer. Vgl. ferner Dok. 117 und 118.

16 Hans Zöberlein (1895-1964), Maurer und Architekt, 1919 Angehöriger des Freikorps Epp, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch in München, 1925-1927 Vorsitzender der Sektion Au-Giesing der NSDAP, 1927-1929 Führer des SA-Sturms 5 in München, 1929 SA-Standartenführer, Autor von "Der Glaube an Deutschland" (1931) und "Der Befehl des Gewissens" (1937), 1933-1935 Stadtrat in München, 1938 SA-Brigadeführer.

5.) Der Auto-Betrieb Osaf ist künftig auf das allernotwendigste und auch Dienstreisen bis auf weiteres nach Möglichkeit einzuschränken. Mittel für Dienstreisen können nur zur Verfügung gestellt werden, wenn rechtzeitig vorher das Einverständnis des Reichsschatzmeisters eingeholt worden ist.

6.) Bis auf weiteres wird der Etat für die Osaf-Stellvertreter wie folgt festgesetzt:

Osaf-Stellvertreter-Nord	RM 2.300.-	300.-	Hagelganz [17]
" " -West	RM 2.500.-	350.-	v.Fichte [18]
" " -Ost	RM 2.600.-	550.-	Stennes [19]
" " -Süd	RM 2.200.-	800.-	Schneidhuber [20]
" " -Mitte	RM 2.000.-	650.-	v.Killinger [21]
Gisass [*v.*] Ulrich [22]	RM 600.-		
	RM 12.200.-	2.650.-	

bezahlt 23.8.[*19*]30
Postscheck 23.

17 Ludwig Hagelganz, (geb. 1892), 1917 Botenmeisteranwärter bei der Provinzialverwaltung in Hannover, 1926 Eintritt in die NSDAP, 1928-1931 Leiter der Geldverwaltung beim OSAF-Stellvertreter Nord, 1932/33 Propagandaleiter des Amtes für Beamte bei der Gauleitung Süd-Hannover-Braunschweig, 1934 Landessekretär bei der Provinzialverwaltung in Hannover.
OSAF-Stellvertreter Nord war damals Karl Dincklage, der jedoch schwer erkrankt war. Vgl. Dok. 119.

18 Werner von Fichte (geb. 1896), 1915 Leutnant, 1919 Freikorpsoffizier, Angehöriger der Brigade Ehrhardt, 1922 Entlassung, Führer des Bundes Wiking in Westdeutschland, 1928 Eintritt in die NSDAP, 1929 Adjutant beim OSAF-Stellvertreter West Curt von Ulrich, 1930-1932, SA-Gruppenführer, OSAF-Stellvertreter West, 1933/34 Polizeipräsident von Erfurt, Juli 1934 Ausschluß aus der SA, danach Schriftsteller.

19 Walter Stennes (1895-1989), 1919 Führer des Freikorps "Hacketau" in Westfalen, 1919-1922 Kommandeur der "Hundertschaft z. b. V." der Berliner Sicherheitspolizei, 1922 Polizeihauptmann a. D., 1923 Bataillonskommandeur in der "Schwarzen Reichswehr", 1925-1930 nachrichtendienstliche Tätigkeit für das Auswärtige Amt und das Reichswehrministerium, 1927 Eintritt in die NSDAP, 1927-1931 OSAF-Stellvertreter Ost, 1931 Ausschluß aus der NSDAP, Gründung der Nationalsozialistischen Kampfbewegung Deutschlands, 1933 Verhaftung, Abschiebung und Auswanderung nach China, 1934-1949 Militärberater Tschiang Kaischeks, 1949 Rückkehr nach Deutschland.

20 August Schneidhuber (1887-1934), Major a. D., Landwirt, 1928 SA-Gruppenführer, 1929-1931 OSAF-Stellvertreter Süd (München), 1931/32 kommissarischer Führer der SA-Gruppe West, 1932/33 MdR (NSDAP), 1932-1934 Führer der SA-Obergruppe VII, München, 1933 Polizeipräsident von München, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet.

21 Manfred Freiherr von Killinger (1886-1944), Kapitänleutnant a. D., 1919/20 Führer eines Sturmbataillons in der Brigade Ehrhardt, dann in der Organisation Consul, 1921/22 wegen Verdachts der Beteiligung an der Ermordung des ehemaligen Reichsministers der Finanzen Matthias Erzberger inhaftiert, 1923-1927 Führer des Bundes Wiking und des Wehrwolfs in Sachsen, Thüringen und Schlesien, 1928 Eintritt in die NSDAP, 1928-1933 MdL in Sachsen, 1928-1933 OSAF-Stellvertreter Mitte (Dresden), 1932 SA-Gruppenführer, SA-Inspekteur Ost, 1932/33 MdR, 1933-1935 Reichskommissar für Sachsen und sächsischer Ministerpräsident, Juli 1934 Inhaftierung, 1935 Eintritt in den diplomatischen Dienst, 1936-1938 Generalkonsul in San Francisco, 1940 Gesandter in Preßburg, 1941-1944 Gesandter in Bukarest, 1944 Selbstmord.

22 Curt von Ulrich (1876-1946), 1894 hessischer Fahnenjunker, 1920 Verabschiedung als Oberstleutnant, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1926-1928 SA-, SS- und HJ-Gauführer in den Gauen Hessen-Nassau Nord und Süd, 1928-1930 OSAF-Stellvertreter West, 1930-1933 Generalinspekteur für die SA und SS für das Deutsche Reich und Österreich, 1930-1933 MdR, 1933 SA-Obergruppenführer, Preußischer Staatsrat, 1933-1944 Oberpräsident der Provinz Sachsen.

7.) Für die Sport-Organisation [23] können vorerst Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden.

8.) Die bei den in den Untergliederungen der SA [24] tätigen SA-Führern evtl. bestehenden vertraglichen Anstellungsverhältnisse sind von Osaf sofort zu lösen. In Zukunft werden diese Herren als Aufwandsentschädigungs-Empfänger behandelt. Ich ersuche das Weitere veranlassen zu wollen [25].

gez. Schwarz [26]

Gesehen und genehmigt
20. 8. 30 gez. Adolf Hitler

21. August 1930 Dok. 92
Rede auf NSDAP-Versammlung in Koblenz [1]

Koblenzer Generalanzeiger vom 22.8.1930, "Adolf Hitler in Koblenz" [2].

Adolf Hitler nannte den kommenden Tag des 14. September [*1930*] [3] einen ernsten Tag, an dem das deutsche Volk wieder einmal zur Urne schreite, um selber *über sein zukünftiges Schicksal zu bestimmen.* In den letzten zwölf Jahren seien alle Parteien mit bestimmten großen Zielen und Gedankengängen vor die Nation hingetreten, aber nichts sei von all den Versprechungen für das Volk wahr geworden. Im Gegenteil, das Volk sei nicht nationaler geworden und habe sich immer mehr von seinen Idealen entfernt. Eines hätten alle Parteien vergessen, die Tatsache, daß nur die Macht allein imstande sei, dem Recht Geltung zu verschaffen. Der

23 1927 war bei der Obersten SA-Führung ein Sportamt eingerichtet worden. Während des Reichsparteitags der NSDAP im Jahr 1929 wurden erstmals SA-Meisterschaften im Boxen ausgerichtet und Schaukämpfe in anderen Kampfsportarten vorgeführt. Vgl. Hans Joachim Teichler, Internationale Sportpolitik im Dritten Reich, Schorndorf 1991, S. 33 f.

24 Schutzstaffel (SS), Nationalsozialistisches Automobil-Korps (NSAK).

25 Mit Schreiben vom 30.8.1930 informierte der Reichsgeschäftsführer der NSDAP Bouhler die Gauleitungen der NSDAP von Hitlers Entscheidung; BA, Slg. Schumacher 415.

26 Franz Xaver Schwarz (1875-1947), 1896 Angestellter bei der bayerischen Militärverwaltung, 1900-1924 Verwaltungsbeamter bei der Stadt München, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924 Entlassung, Erster Kassierer der Großdeutschen Volksgemeinschaft, 1925-1945 Reichsschatzmeister der NSDAP, 1929-1933 Stadtrat in München.

1 In der Stadthalle, abends. Die Versammlung, an der etwa 10.000 (VB: 12.000, Rheinische Volkszeitung: 5.000-6.000) Personen teilnahmen, wurde vom Stadtverordneten und Leiter des Bezirks Koblenz-Trier der NSDAP Gustav Simon geleitet und mit einer kurzen Begrüßung Hitlers eröffnet.

2 Vgl. auch Rheinische Warte vom 22.8.1930, "Des tschechischen Stars Adolf Hitler einmaliges Gastspiel"; VB vom 24./25.8.1930, "Hitler in Koblenz"; VB vom 27.8.1930, "Koblenz im Zeichen Adolf Hitlers"; Koblenzer Volkszeitung vom 27./28.8.1930, "Hitler in Koblenz"; Illustrierter Beobachter vom 6.9.1930, "Der Sturm bricht los! Adolf Hitler am Rhein und in Franken".

3 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.

Erfolg der Parteien sei der gewesen, daß sie die deutsche Nation in zwei große Hälften zerrissen hätten. Gegenüber der Hälfte, die ihr Heil im Internationalismus suche, stehe die andere Hälfte der bürgerlichen Begrenztheit. Über das Proletariat und über das begrenzte Bürgertum hinweg müsse sich, wenn Deutschland nicht langsam zugrunde gehen soll, eines Tages das ganze deutsche Volk erheben. Ein Millionenvolk [4] sei ins Unglück gestürzt worden, weil politische Entschlüsse im Kampf der Parteien falsch gefaßt worden seien.

Nach einer scharfen *Kritik über die Nachkriegspolitik* stellte der Redner fest, daß es sich jetzt nicht um die Besserung des Einzelschicksals handele, sondern um das gesamte deutsche Volksschicksal, ein Schicksal, das an die Ernährungsmöglichkeit unseres Volkes gebunden sei. Wenn das deutsche Volk heute 20 Millionen Menschen zuviel habe, so müsse es entweder mehr Ausdehnungsmöglichkeit haben oder eine expansive Wirtschaftspolitik treiben. Hierbei stehe aber weniger die Frage der Arbeit und Leistung im Vordergrund als die Frage des Absatzmarktes, der in der ganzen Welt begrenzt sei. Der Redner fuhr dann fort: Wir wollen dem deutschen Menschen ein neues gesundes Denken beibringen, auf daß es [*sic!*] wieder als fester geschlossener Körper in der Welt auftreten kann. Es wird auch in Zukunft so sein, daß gesunde Völker den Lebensraum ihrer Bevölkerungszahl anpassen. Es gibt einen Gott, der die Welt nicht erschaffen hat für faule, erbärmliche und nicht für feige Wesen [*sic!*] [5]. Die Nationen, die die Kraft besessen haben, den Raum zu behaupten, sind groß und stark geworden, und die anderen sind immer dem Untergang geweiht gewesen. Ich glaube nicht, daß es im Sinne des Schöpfers liegt, minderwertige Geschöpfe zu konservieren, ich glaube vielmehr, daß der Lebensraum vom Schöpfer den ehrlichen, fleißigen, treuen, aber auch mutigen Geschöpfen zur Verfügung gestellt wird. Ich glaube an den ewigen Fortschritt der Welt und an das Recht, deshalb glaube ich auch an den Aufstieg der Rassen, die den Fortschritt wollen. Wenn ein Volk jahrhundertelang die Auswanderung zuläßt, dann heißt das, daß jahrhundertelang die besten Kräfte diesem Volk entströmen. Wir erkennen die heutige entsetzliche Not unseres Volkes [6]. Sie wird nicht zu beheben sein durch den Geburtenrückgang [7]; nur zwei Wege führen dazu, sie zu beheben. Entweder ich schränke mein Lebensziel ein oder ich kompromittiere und breche die Not. Wir sehen in die Welt und vergessen, daß wir auf tönernen Füßen stehen. Wir aber wollen nicht, daß das deutsche Volk sich im geistigen Kampf untereinander verzehrt und energielos zusieht, wie der Weltraum [*sic!*] um es herum verteilt wird; wir wollen, daß das deutsche Volk um seinen Lebensraum kämpft. Die zwanzig Millionen, die Deutschland heute zuviel hat, müssen erhalten bleiben. Wir lassen uns auf unserem Wege des Kampfes mit unserer zweitausendjährigen Tradition von keiner anderen Macht verdrängen. Wenn man uns heute von der Gleichberechtigung ausschalten will, so fragen wir, wo in aller Welt ist ein Volk, das so Großes geleistet hat wie das deutsche. Die Kraft hat unser Volk bis zum Schluß gehabt, aber nicht den Glauben [8]. Denn ein Volk darf nicht sein innerstes Wesen aufgeben, nicht die Quellen seiner innersten Kraft preisgeben. Und doch wäre von allen Völkern das deutsche

4 Vgl. Dok. 60, Anm. 8.
5 Zu den möglichen Quellen von Hitlers sozialdarwinistischen Vorstellungen vgl. Dok. 82, Anm. 7.
6 Vgl. Dok. 8, Anm. 7, 11, 13 und 14; Dok. 22, Anm. 2, 4 und 10; Dok. 44, Anm. 13; Dok. 60, Anm. 6; Dok. 63, Anm. 11; Dok. 76, Anm. 11, 26 und 28.
7 Vgl. Dok. 69, Anm. 9.
8 Vgl. Dok. 77, Anm. 7.

Volk am berechtigsten [*sic!*], dem unbekannten Soldaten ein ewiges Denkmal zu setzen [9]. Amerika kann neue Maschinen und Schiffe bauen, das können wir auch. Amerika kann Wolkenkratzer bauen [10], das können wir auch. Was aber unser Volk gekonnt hat, das kann Amerika nicht. Unser Volk muß sich nun auf seine eigene Kraft besinnen, und es wird untergehen, wenn es sich nicht vom Internationalismus, von der Demokratie und dem Pazifismus abkehrt. Den *Begriff der politischen Macht* umriß der Redner mit den Worten: Nicht die Waffe steht an der Spitze der politischen Macht, sondern der Wille des Volkes zur Wehrhaftigkeit und die bewußte Art der Organisation. Das nationalsozialistische Glaubensbekenntnis zeigt den Weg, der zurückführt zu jener Stellung, die Deutschland in der Welt verdient. Die Führung des Volkes, das seinen Wert erkennt und ihn pflegt, muß logisch und organisch aufgebaut sein. Die Nationalsozialisten müssen Anti-Internationalsozialisten [*sic!*] sein bis zur letzten Konsequenz. Der Nationalsozialismus bedeutet letzte Hingabe des einzelnen an sein Volk. Wir werden in diesem Kampf mit allen legalen Mitteln [11] kämpfen und den Sieg erringen. Wir werden uns gegen unsere Feinde zu schützen wissen und wir kämpfen, weil wir wissen, daß es kein Recht gibt, wenn nicht hinter dem Recht die Kraft und die Macht steht [12].

---

9 Am 11.11.1920, am Jahrestag des Waffenstillstands von Compiègne, wurde in Paris unter dem Arc de Triomphe und gleichzeitig in London in Westminster Abbey ein unbekannter französischer bzw. britischer Gefallener des Weltkriegs beigesetzt. Der ursprünglich französischen Idee der Ehrung des "Unbekannten Soldaten" in symbolischer Vertretung aller im Weltkrieg gefallenen Soldaten folgten 1921 die USA und Italien, 1922 Belgien. Vgl. Volker Ackermann, "Ceux qui sont pieusement morts pour la France...". Die Identität des Unbekannten Soldaten. In: Francia 18/3 (1991), S. 25-54.
Im Deutschen Reich wurde seit 1924 das Projekt eines entsprechenden Reichsehrenmals diskutiert, jedoch in der Zeit der Weimarer Republik nicht verwirklicht. Einen gewissen Ersatz bildete das am 2.6.1931 von Reichspräsident von Hindenburg, Reichswehrminister Groener und dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun in Berlin eingeweihte Ehrenmal, das in der von Karl Friedrich Schinkel erbauten Neuen Wache Unter den Linden untergebracht war. Nachdem ein unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit ausgeschriebener Wettbewerb am 12.7.1930 zu Ende gegangen war, begann der Umbau der Neuen Wache noch im selben Monat. Vgl. Meinhold Lurz, Kriegerdenkmäler in Deutschland, Bd. 4: Weimarer Republik, Heidelberg 1985, S. 47 ff.

10 Das Hochhaus als Gebäudetyp entstand am Ende des 19. Jahrhunderts in den USA als Reaktion auf die hohen Grundstückspreise in den Geschäftsvierteln. 1930 gab es in den USA 377 Gebäude mit mehr als 20 Stockwerken, davon 188 in New York. Seit 1924 entstanden auch im Deutschen Reich Gebäude dieser Art, die erst durch den Einsatz von Stahlskeletten möglich geworden waren, so in Rüsselsheim das Opel-Verwaltungsgebäude mit 58 m, in Düsseldorf das Wilhelm-Marx-Haus mit 56 m und in Leipzig das Europahaus mit 47 m Höhe.
Konkret spielt Hitler vermutlich auf das Chrysler Building an, das von Februar 1929 bis September 1930 unter Leitung des Architekten William Van Alen im Stil des Art Deco erbaut wurde und mit seinen 77 Stockwerken und seiner Gesamthöhe von 349 m damals zum höchsten Gebäude der Welt wurde. Vgl. Paul Goldberger, Wolkenkratzer. Das Hochhaus in Geschichte und Gegenwart, Stuttgart 1984. Ferner Klaus Schwabe, Anti-Americanism within the German Right, 1917-1933. In: Jahrbuch für Amerikastudien 21 (1978), S. 89-107.

11 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

12 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

23. August 1930 Dok. 93
"Der Staat. Ein zeitgemäßes Kapitel aus dem Buche Adolf Hitlers 'Mein Kampf'" Artikel [1]

Illustrierter Beobachter vom 23.8.1930.

1 Bei diesem Artikel handelt es sich um einen gekürzten und leicht überarbeiteten Auszug aus Hitlers Mein Kampf, Bd. II (1. Auflage: München 1927, S.16-25/München [65]1933, S. 425-435). Auf Aufnahme in diese Edition wurde deshalb verzichtet.

24. August 1930 Dok. 94
"An der Wende des deutschen Schicksals" [1] Rede auf NSDAP-Versammlung in Forchheim [2]

Forchheimer Zeitung vom 25.8.1930, "Nationalsozialistische Wahlkundgebung" [3].

Nationalsozialistische Ausdrucksformen dieser Art [4] gebrauchte in der darauffolgenden Versammlung in der Turnhalle 1861 der Führer Adolf *Hitler* nicht. Er war im allgemeinen sachlich, wohl weil er weiß, daß es mit Rücksicht auf Zuhörer, die an andere Umgangsformen gewöhnt sind, nicht immer ratsam ist, wie Drescher mit Flegeln dreinzuschlagen. Bei seinem Erscheinen mit frenetischem Beifall begrüßt, behandelte [*der*] Redner lang und breit die derzeitigen politischen Verhältnisse und die trostlose Wirtschaftslage [5], deren Ursachen im Versailler Diktat [6], im Dawes- [7] und Young-Plan [8] zu suchen seien. Im weiteren sagte Hitler neben star-

1 Titel laut Forchheimer Zeitung.
2 In der Halle des Turnvereins 1861 von Forchheim. Die überfüllte Versammlung wurde von MdL und Gauleiter Hans Schemm geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Hitler sprach etwa 2 1/2 Stunden. Hitlers Ansprache ging ein um 14.00 Uhr beginnender Propagandazug von etwa 400 SA-Männern voraus, der mit einer Ansprache Schemms auf dem Paradeplatz in Forchheim endete.
3 Vgl. auch Forchheimer Tagblatt vom 25.8.1930, "Adolf Hitler in Forchheim!"; VB vom 27.8.1930, "Hitler in Forchheim"; Illustrierter Beobachter vom 6.9.1930, "Der Sturm bricht los! Adolf Hitler am Rhein und in Franken".
4 Bezieht sich auf folgenden Teil der Vorlage: "Dort predigte Landtagsabgeordneter Hauptlehrer *Schemm* das Programm der Nationalsozialisten: Kampf dem heutigen Staatssystem, Kampf dem Marxismus und vor allem (natürlich!) der Bayer[*ischen*] Volkspartei. Er sprach in seiner blumenreichen Rede u. a. auch von Schweinehunden, Bonzen und Volksverrätern."
5 Vgl. Dok. 8, Anm. 7, 11, 13 und 14; Dok. 22, Anm. 2, 4 und 10; Dok. 44, Anm. 13; Dok. 60, Anm. 6; Dok. 63, Anm. 11; Dok. 76, Anm. 11, 26 und 28.
6 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.
7 Vgl. Dok. 5, Anm. 65.
8 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

ker Betonung des Rassegedankens dem heutigen Staatssystem schärfsten Kampf an. Die nationalsozialistische Bewegung werde nicht ruhen, bis sie die weitaus stärkste Partei im Reichstag sei und dann werde sie die anderen Parteien und mit ihnen den Parlamentarismus nach Hause schicken. Denn seine Bewegung sei *nationalistisch bis zum Fanatismus* und dann vor allem *antidemokratisch* [9].

25. August 1930 Dok. 95
"Bekanntmachung"
Anordnung

VB vom 29.8.1930.

Als Referenten für landwirtschaftliche Fragen habe ich den Dipl.-Landwirt, Pg. *R. Walther Darré* [1] in die Organisations-Abteilung II der Reichsleitung der N.S.D.A.P. [2] berufen [3].

München, den 25. August 1930

Adolf *Hitler*

9 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Richard (Ricardo) Walther Darré (1895-1953), 1920 Diplomkolonliallandwirt, 1925 Diplomlandwirt, 1928/29 landwirtschaftlicher Sachverständiger an der deutschen Gesandtschaft in Riga, 1930 Eintritt in die NSDAP und die SS, Referent für landwirtschaftliche Fragen in der Reichsleitung der NSDAP, 1931-1938 Leiter der Agrarpolitischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP und des Rasse- und Siedlungsamts (seit 1935 Siedlungshauptamts) der SS, 1933-1942/44 Reichs- und preußischer Minister für Ernährung und Landwirtschaft, 1933-1942/44 Reichsbauernführer, 1934 SS-Obergruppenführer.

2 Zur damaligen Tätigkeit Darrés vgl. Gies, Darré, S. 37 ff. sowie Anna Bramwell, Blood and Soil. Richard Walther Darré and Hitler's 'Green Party', Bourne End 1985, S. 78 ff.

3 Nach seiner Rede in Gotha (vgl. Dok. 44) waren Hitler und Darré erstmals am 11.5.1930 in Saaleck (Unterfranken) zusammengetroffen, am 1.8.1930 hatte Darré seine neue Stelle bei der Reichsleitung der NSDAP angetreten. Vgl. Briefe Darrés an Alma Darré vom 11.5. und 23.7.1930; IfZ, ED 110/10.

26. August 1930 Dok. 96
Rede auf NSDAP-Versammlung in Ludwigshafen [1]

VB vom 31.8.1930, "20.000 marschieren an [2]".

Er [*Hitler*] rechnet zunächst ab mit den alten Parteien und mit ihren Sünden, die sie seit 12 Jahren am deutschen Volke begangen haben: "Wir sehen sie eifrig an der Arbeit, die alten Firmenschilder zu überstreichen, sehen sie auf der *Suche nach neuen Namen* und sehen, wie es einer eifrigen Presse gelingt, der öffentlichen Meinung den Gedanken zu suggerieren, als handle es sich um grundsätzliche Neugebilde, während es *in Wirklichkeit die alten Parteien* sind, die immer und immer wieder den äußeren Mantel wenden, die alten Männer, die immer und immer wieder neue Larven vorbinden, um vor die deutsche Nation hintreten zu können [3].

Wenn man die anderen Parteien in ihrem Treiben verfolgt, dann könnte man wirklich verzweifeln daran, ob aus dieser Wahl [4] etwas anderes herauskommt, als das, was aus so vielen Wahlen seit 12 Jahren herausgekommen ist. Und doch, wer den Blick von diesen Parteien wegwendet und wer den Blick hinwendet *zur nationalsozialistischen* Bewegung, der kann sich sicher nicht des Gefühls erwehren, *daß in Deutschland jetzt um andere Prinzipien gefochten wird* als bisher.

Es hat sich aus unserem Volke ein neuer Körper siegreich und machtvoll erhoben, und dieser Körper stellt die Erhebung der deutschen Nation dar, eine Erhebung, die alles Morsche hinwegfegt, die alle Stände erfaßt [5], alle Berufe umschließt, eine Erhebung, die von Osten nach Westen, von Süden nach Norden sich stündlich weiterverbreitet [6]. Das Bild, das man

1 In der Großen Halle am Ebertplatz, von etwa 21.00 bis 22.00 Uhr. Die Versammlung wurde von Gauleiter Josef Bürckel geleitet und mit einer kurzen Begrüßung Hitlers eröffnet. Wegen Heiserkeit mußte Hitler seine Rede nach etwa einer Stunde beenden.
Die Angaben über die Zahl der Teilnehmer schwanken, an der unteren Skala die Arbeiter-Zeitung, die von 10.000 Zuhörern schreibt, an der oberen der VB, in dessen Überschrift 20.000 Zuhörer genannt werden; realistisch erscheint wohl eine Teilnehmerzahl von 13.000 bis 15.000 Personen. Alle Berichte betonen die großangelegte propagandistische und organisatorische Vorbereitung der Versammlung, die sich auf die gesamte Pfalz, Baden, Hessen und das Saargebiet erstreckt habe. Die Karten, von denen die NSDAP laut General-Anzeiger vom 26.8.1930 26.000 vorbereitet hatte, wurden zum Preis von 2 RM, 1,20 RM und 50 Pfennig verkauft.

2 Vgl. auch General-Anzeiger Ludwigshafen a. Rh. vom 25.8.1930, "Allgemeines Kundgebungsverbot"; Pfälzische Post vom 25.8.1930, "Zur Hitlerversammlung in Ludwigshafen"; Arbeiter-Zeitung vom 27.8.1930, "2.000 Luxusautos bei Hitler"; General-Anzeiger Ludwigshafen a. Rh. vom 27.8.1930, "Adolf Hitler spricht"; Neue Badische Landeszeitung vom 27.8.1930, "Was Hitler uns lehrt"; Neue Pfälzische Landes-Zeitung vom 27.8.1930, "Brüning oder Hitler?" und "Hitler in Ludwigshafen"; Pfälzische Post vom 27.8.1930, "Adolf Hitler in Ludwigshafen"; Pfälzischer Kurier vom 27.8.1930, "Adolf Hitler in der Pfalz"; Pirmasenser Zeitung vom 27.8.1930, "Hitlerversammlung in Ludwigshafen"; Oppau-Edigheimer Anzeiger vom 28.8.1930, "Hitler in Ludwigshafen"; VB vom 28.8.1930, "Hitler in Ludwigshafen"; Neue Pfälzische Landes-Zeitung vom 29.8.1930, "Hitlers Kulturpolitik". Ferner Hans Fenske, Die pfälzische NSDAP 1921-1932. In: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz 85 (1987), S. 347-381.

3 Vgl. Dok. 84, Anm. 2.

4 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.

5 Vgl. Dok. 53, Anm. 11 und Dok. 54, Anm. 3.

6 Vgl. Dok. 11, Anm. 22; Dok. 36, Anm. 15; Dok. 41, Anm. 13; Dok. 44, Anm. 5; Dok. 69, Anm. 27; Dok. 72, Anm. 16; Dok. 89, Anm. 1.

heute hier sieht, das kann man jetzt in ganz Deutschland erleben. Es ist ein neuer Geist eingezogen in unser Volk.

Um was wird heute gekämpft, wenn man die Parteiprogramme der alten Parteien [7] durchstudiert? Man muß zugeben, daß die Herren zur Zeit sehr bescheiden geworden sind. Früher behauptete man, um größere weltanschauliche Gesichtspunkte zu kämpfen. Und was ist in Erfüllung gegangen? Nichts! *Weder die linke noch die rechte Seite hat erreicht, was man unserer Nation zu erreichen vorgab.*

Die *rechte* Seite hat es nicht fertiggebracht, das Chaos zu überwinden, sie hat es nicht fertiggebracht, ihre Monarchie wieder zu begründen [8], sie hat es nicht fertiggebracht, die nationale Wirtschaft vor dem Zusammenbruch zu retten, sie hat es nicht fertiggebracht, die Vergewaltigung vor dem Einbruch des Parlaments zu säubern [*sic!*]. Aber vor allem nicht, den nationalen Gedanken zu einem Gemeingut der ganzen deutschen Nation zu erheben.

Und die *Linke?* Wo ist die Weltabrüstung geblieben, wo bleibt der Völkerfrieden, wo bleibt die Besiegung des Kapitalismus [9]? Bisher hat in Deutschland die internationale Hochfinanz ausschließlich regiert. Es ist besonders bemerkenswert, daß seit dem Siege der sog. sozialistischen Revolution [10] keine Weltkonferenz stattfindet, die nicht letzten Endes von internationalen Bankherren ihr Gepräge und ihr Diktat erhält [11]. Eines haben sie erreicht:

Deutschland hat abgerüstet [12] *und zahlt von seinen erpreßten Steuergroschen die Bewaffnung der andern.*" Stürmische, nicht endenwollende Zustimmung fand Adolf Hitler als er erklärte: *"Was haben nationale Parteien für einen Sinn, wenn sie zu allen Zeiten nur die Steigbügelhalter der demokratischen Gebilde sind* [13]*? Was haben christliche Parteien für einen Sinn, wenn sie dauernd mit dem Marxismus regieren* [14]*, dauernd mithelfen, die Nation zu schwächen?*

Welchen Sinn haben heute sozialistische Parteien, wenn unter ihrem Regiment die Not der Masse dauernd größer wird [15]*, wenn die Zahl der Arbeitslosen fast stündlich wächst* [16]*, wenn unter ihrem Regiment Millionen von Existenzen vernichtet werden?"*

Der stürmische Beifall, der wiederholt die Rede Adolf Hitlers unterbrach, war besonders stark, als der Führer der nationalsozialistischen Bewegung verkündete: *"Kein Stand entgeht*

---

7 Vgl. Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 425 ff.
8 Vgl. Dok. 87, Anm. 37. Zu den wirtschaftlichen Forderungen der DNVP vgl. Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 540 ff.
9 Vgl. das Programm des Spartakusbundes vom Oktober 1918, die Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik und über den Parlamentarismus der KPD vom Oktober 1919 sowie das Aktionsprogramm der SPD vom September 1922. Druck: Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 430 ff., 439 ff., 458 ff.
10 Gemeint sind die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.
11 Gemeint sind wohl die internationalen Konferenzen zur Regelung der deutschen Reparationsfrage. Vgl. Dok. 5, Anm. 5 und 65; Dok. 6, Anm. 2; Dok. 77, Anm. 21 und 22.
12 Vgl. Dok. 6, Anm. 14; Dok. 37, Anm. 3; Dok. 54, Anm. 8; Dok. 68, Anm. 5 und 7.
13 Vgl. Dok. 32, Anm. 19.
14 Vgl. Dok. 3, Anm. 5. Vgl. in diesem Zusammenhang den Kommentar der Neuen Pfälzischen Landes-Zeitung vom 29.8.1930, "Hitlers Kulturpolitik".
15 Vgl. Dok. 8, Anm. 7, 11, 13 und 14; Dok. 22, Anm. 2, 4 und 10; Dok. 44, Anm. 13; Dok. 60, Anm. 6; Dok. 63, Anm. 11; Dok. 76, Anm. 11, 26 und 28.
16 Vgl. sowie Dok. 63, Anm. 11.

seinem Schicksal, und dieses Schicksal ist das deutsche Reichs- und das deutsche Volksschicksal.

Und dieses Volksschicksal setzt sich nicht zusammen aus dem einzelnen Menschen, sondern das Schicksal des einzelnen Menschen wird bestimmt durch das Schicksal der Nation [17]*."*

29. August 1930 — Dok. 97
"Weltgeschichte in Tuntenhausen [1]" [2]
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [3]

VB vom 31.8.1930, "Die Bayerische Volkspartei ein überflüssiges, bankerottes Gebilde" [4].

Als wir im Jahre 1918 von der Front zurückkehrten und in der Heimat ein zertretenes Volk vorfanden, da kannten wir nur ein einziges Ziel: Der Sinn der Geschichte durfte nicht verfälscht werden durch die Meineidstat des 9. November 1918, - den Kampf gegen den Marxismus, aus dem heraus diese Tat geboren worden war [*sic!*]. Der Marxismus ist das System und die Lehre mit Hilfe deren man ein Volk dem Untergang und Zusammenbruch entgegenführt. Wir werfen dem Marxismus folgendes vor:

Er zerstört die Völker in ihrem inneren Wert dadurch, daß er die Rasse als die Grundlage jeden Volkstumes verneint. Er zerstört durch seinen Massenwahn den Wert der Einzelpersönlichkeit. Er vernichtet in jedem Menschen den natürlichen Instinkt der Selbstbehauptung. Er erhebt die Korruption zum System. Er degradiert den Sozialismus zur Lüge. Er arbeitet mit Phrasen und Floskeln, deren positives Ergebnis gleich Null ist. Er hat uns nicht nur um einen Krieg gebracht [*sic!*], *er hat unser Volk in namenloses Unglück gestürzt.*

---

17 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Anspielung auf den 1869 von Ludwig Graf von Arco-Zinneberg und Balthasar Daller gegründeten "Bayerisch-patriotischen Bauernverein zu Tuntenhausen", bei dessen jährlichen Herbsttagungen führende Vertreter des bayerischen Zentrums bzw. der BVP auftraten. Vgl. Hannsjörg Bergmann, Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische Christliche Bauernverein 1919-1928, München 1986, S. 30 f.

2 Titel laut Plakatanschlag (BayHStA, Plakatslg. 10205) und Ankündigung im VB.

3 Im Zirkus Krone, ab 20.30 Uhr. Die Versammlung, die laut Polizeibericht ab 19.00 Uhr überfüllt war, wurde vom Stadtrat und Sektionsführer der NSDAP München-Schwabing Karl Fiehler mit einer kurzen Ansprache eröffnet.
Bemerkenswerterweise ging Hitler in seiner Rede nicht auf die aktuellen politischen Ereignisse in Bayern ein: Die bayerische Regierung unter Ministerpräsident Held war am 20.8.1930 zurückgetreten, nachdem der Landtag die Notverordnung über eine Schlachtsteuer abgelehnt hatte. Angesichts des Haushaltsdefizits hielt die Regierung diese Steuer, die von SPD, Bauernbund und NSDAP abgelehnt wurde, für unabdingbar. Da eine Regierungsneubildung auf parlamentarischem Weg nicht möglich war, blieb die Regierung Held als geschäftsführende Regierung im Amt. Vgl. Zorn, Bayerns Geschichte, S. 330 f.

4 Vgl. auch Münchener Post vom 30./31.8.1930, "Der Stierkämpfer von Tuntenhausen". Ferner Polizeibericht VI d Nr. 149230 der Polizeidirektion München vom 30.8.1930; StA München, Polizeidirektion München 6741.

Das Volk hatte um sein nacktes Dasein in diesem Kriege gekämpft -, wohin wir blicken, legen die gefallenen Helden Zeugnis ab von ihrer Treue [*sic!*] [5].

Noch immer waren die Revolutionen anders motiviert gewesen als diese. *Revolutionen brachen immer dann aus, wenn das Volk seine Belange durch seine Herrscher nicht entsprechend gewahrt glaubte;* vor dieser Revolution in Deutschland aber stand das Wort:

"Wir wollen, daß Deutschland aus diesem Kriege seine Flagge nicht siegreich heimbringt [6]."

Die Revolution hat nun unser Volk endgültig in zwei Teile zerspalten:

Ein Teil hatte sich schon vor dem Kriege *abgekapselt*, und der andere Teil erklärte: "Die Feinde stehen uns näher als die Volksgenossen aus dem eigenen Volke [7]"; nur so konnte es kommen, daß man den Worten eines Wilson mehr Glauben schenkte [8] als einem Deutschen, *daß man einen ehem*[*aligen*] *Schrapnellfabrikanten [9] höher einschätzte als den Bruder aus dem eigenen Volke. Unser heutiges System hat, von der Legislative bis zur Exekutive, nur den einen Zweck: Uns den Diktaten [10] unserer Feinde anzupassen. Die Frucht der Arbeit eines Jahrhunderts geht dahin, das fleißigste Volk auf der Erde hat heute nichts mehr, was es sein eigen nennen kann.*

Das politische Bürgertum hat seine Pflicht dem vierten Stande, der in der Zeit der Gründerjahre entstand, gegenüber nicht begriffen. Der Arbeiter war für es ein Mensch zweiter Klasse. Dafür fand ein anderes Volk den Weg zu dem verachteten vierten Stand: *der Jude.*

Und dieser witterte auch die Kraft, die in den Millionen deutscher Arbeiter steckte: *In der französischen Revolution erschlich er sich mit Hilfe des Bürgertums die Gleichberechtigung [11] und heute will er mit Hilfe des Proletariats seine Diktatur über uns aufrichten.*

Der Kopf einer anderen Rasse sitzt auf unserem Volkskörper, Herz und Kopf in unserem Volke sind nicht mehr ein und daselbe. Wir haben deshalb auch keinen Haß gegen den Kommunisten, er sieht ja nicht, wer hinter ihm steht.

Aus dem Kampf mit dem Marxismus heraus entstand unsere Bewegung, - die junge Bewegung. Das Reich stürzt. Die Unvernunft siegt - und da gehen die alten Parteien, anstatt zu

---

5 Zu den Kriegerdenkmälern der Weimarer Republik vgl. Lurz, Kriegerdenkmäler in Deutschland, Bd. 4, S. 47 ff.

6 "Deutschland soll - das ist unser fester Wille als Sozialisten - seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben." Vgl. Vorwärts vom 20.10.1918, "Der gerade Weg".

7 Zur Geschichte der SPD während des Ersten Weltkriegs vgl. Miller, Burgfrieden und Klassenkampf.

8 Vgl. Dok. 19, Anm. 22 sowie Dok. 77, Anm. 7, 9 und 12.

9 Gemeint ist vermutlich David Lloyd George, 1915 britischer Munitionsminister. Als britischer Premierminister hatte sich Lloyd George 1919 für maßvolle Friedensbedingungen eingesetzt und in seinem Fontainebleau-Memorandum vom 25.3.1919 darauf hingewiesen, daß die alliierten Reparationsforderungen die deutsche Zahlungsfähigkeit überschritten. Vgl. Krüger, Deutschland und die Reparationen 1918/19, S. 138 ff.

10 Anspielung auf die Verträge, welche die deutschen Reparationsverpflichtungen regelten.

11 Durch das Emanzipationsdekret der französischen Nationalversammlung vom 28.1.1790 erhielten die als portugiesisch, spanisch und Avignoner bezeichneten Juden staatsbürgerliche Rechte, durch das Dekret vom 27.9.1791 wurden diese Rechte auf alle in Frankreich lebenden Juden ausgeweitet. Die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung erhielten die französischen Juden jedoch erst im Jahr 1846. Vgl. Encyclopaedia Judaica, Jerusalem 1971, Vol. VI, S. 702 f., Vol. VII, S. 22 f.

kämpfen, her und überstreichen ihre alten Namen. Ihr Geist aber blieb derselbe. Es waren die gleichen Führer, die gleichen Journalisten und dieselben Parteibonzen [12].

Und ein Jahr nach der Revolution haben wir dasselbe Bild wie vorher. Die bürgerlichen Parteien haben in der kritischen Zeit geschwiegen. *Wer hat dem Marxismus den Boden vorbereitet? Wo waren sie alle in der Stunde der Gefahr?*

Wir haben uns anfangs nur gegen einen Feind gewandt, gegen den Marxismus. Auf bürgerlicher Seite war man anfangs auch noch gegen den Marxismus. Es stellte sich aber dabei kein Erfolg ein. Man war sogar noch monarchisch [13], doch die Monarchisten wirtschafteten selbst ab durch ihre Selbstaufgabe. Auf einmal trat die nationalsozialistische Bewegung auf - und hatte Erfolg. Und nun erfolgte aber auch im bürgerlichen Lager ein Umschwung: *Es kam die Periode des Neides. Der Neid ging über in eine Periode der Angst, ausgeschaltet zu werden, und zuletzt schlüpfte man ins marxistische Bett und prostituierte sich* [14]. *Man wollte mitgaunern, um mitmachen zu können.*

Heute bietet das Bürgertum dem Marxismus Schutz [15], die Zuchthäuser und bürgerlichen Staatsanwälte überbieten sich in der Bekämpfung des deutschen Freiheitskampfes [16]. Das *Bürgertum steht fester zu dem Produkt der Revolution als die Macher der Revolution selbst.*

Ich wäre nun ein schlechter Soldat, wenn ich mich nicht wehren würde. Für mich ist aber die beste Abwehr und Parade der Hieb. *Stellt ihr euch gegen uns, so wundert euch nicht, wenn euch die Feuerwalze* [17] *bricht.*

Wenn man gegen etwas kämpft, muß man wissen, wogegen man kämpfen will. Gewöhnlich sucht man sich im politischen Kampfe dabei einen Kopf heraus. *Wo aber sind bei unserem Kampfe gegen das politische Bürgertum die Köpfe, die wir uns aufs Korn nehmen sollen? Die Ziele sind zu klein!* Wir müssen uns daher mit der Idee selbst beschäftigen, was viel schwerer scheint.

Der größte politische Kopf für das Bürgertum war einst in Bayern *Kahr*. Man stattete ihn mit diktatorischen Vollmachten aus [18]. Von diesem Kopf hing das bayerische Schicksal ab. Es war aber kein Kopf. Jede Partei hat aber, wenn sie auch keine Köpfe hat, wenigstens einen Typ. Die Sozialdemokratie hat ihr Erfurt [19], das Römertum hatte Rom, Hellas hatte Athen - *und die Bayerische Volkspartei hat Tuntenhausen.*

In diesem Typ verkörpert sich ein bestimmter Geist.

---

12 Vgl. Dok. 21, Anm. 2.
13 Vgl. Dok. 87, Anm. 37.
14 Vgl. Dok. 3, Anm. 5 und Dok. 23, Anm. 2.
15 Vgl. Dok. 71, Anm. 5.
16 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.
17 Massiertes Artilleriefeuer in festgelegten Streifen, das analog zum Vorwärtsdringen der eigenen Einheiten langsam nach vorn gelegt wird, um den Gegner niederzuhalten und dessen Verteidigung lahmzulegen.
18 Im Angesicht der sich zuspitzenden politischen Lage hatte die bayerische Regierung unter Ministerpräsident Eugen von Knilling den damaligen Regierungspräsidenten von Oberbayern Gustav von Kahr am 26.9.1923 zum Generalstaatskommissar von Bayern ernannt und ihm damit sämtliche in Bayern liegende Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden - mit Ausnahme der Gerichte und der Militärbehörden - direkt unterstellt. Vgl. Gordon, Hitlerputsch 1923, S. 193 ff.
19 Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes hatte sich die SPD auf dem Erfurter Parteitag (14.-20.10.1891) ein neues, im wesentlichen von Karl Kautsky und Eduard Bernstein erarbeitetes Parteiprogramm gegeben, das bis 1921 Geltung hatte. Druck: Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 349-353.

Und so verkörpert sich auch in dem Typ von Tuntenhausen der Geist der B.V.P. *Für den Geist der Bayerischen Volkspartei ist Tuntenhausen die Metropole seines Wirkens. Dieser Geist aus Tuntenhausen hat bereits bei ihrer Geburt* [20] *Pate gestanden.*

Warum kam überhaupt diese Partei?

Man wollte eintreten für die bayerischen Belange, man wollte die bayerischen Hoheitsrechte [21] erhalten usw.

Was hat diese Partei aber getan, um ihrer Aufgabe im höchsten Sinne gerecht zu werden? Man stellte sich auf den Boden der Demokratie und des Parlamentarismus und fand sich mit den bestehenden Verhältnissen ab [22]. *Eine Partei mit einer derartigen Mentalität verzichtet von vornherein auf die Erfüllung ihrer Wünsche. Sie hatte sich selbst die Grenzen gezogen, sie wollte ja von Anbeginn an nicht über Bayerns Grenzen hinauswachsen* [23].

Wenn das Problem Bayern in Tuntenhausen zu lösen wäre, so hätten sie recht. *Soll aber Bayerns Eigenstaatlichkeit gewahrt bleiben, so muß das ganze deutsche Volk in den Dienst des föderativen Gedankens gestellt werden.* Der Gedanke müßte zu einer ganz großen Sache erhoben werden. So aber sind es gigantische Gebilde, denen die B.V.P. in ihrem parlamentarischen Kampfe um Bayerns Eigenstaatlichkeit gegenübersteht!

Was sind denn diese 17 Mann im Deutschen Reichstag [24]? *Hier in München sehen sie noch nach Löwen aus, solange genügend Bier vorhanden ist. In Berlin aber werden sie zu winselnden Pinschern, sie wollen nicht mehr kämpfen, sie schmiegen sich sanft an die Größeren an* [25]*, sie tun dort anders als hierzulande.*

---

20 Als Ableger des bayerischen Zentrums wurde die BVP am 12.11.1918 auf einer Tagung in Regensburg gegründet, zu welcher der Direktor der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft bayerischer Bauernvereine Georg Heim, der Landtagsabgeordnete Sebastian Schlittenbauer und der Kreissekretär des Oberpfälzischen Bauernvereins Georg Klier die Vertrauensleute der Christlichen Bauernvereine eingeladen hatten. Vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 17 ff.

21 Die zahlreichen Reservatrechte, welche die Verfassung des Deutschen Reichs vom 16.4.1871 den Ländern und im besonderen dem Königreich Bayern zugesichert hatte, waren durch die neue Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 weitgehend eingeebnet worden, etwa durch Abbau der Länderfinanz- und Verkehrshoheit, den Wegfall der militärischen Hoheitsrechte, die Aufhebung des ausländischen Gesandtschaftsrechts, die Eingliederung des Post- und Telegraphenwesens in die Deutsche Reichspost, die Ausdehnung der Gesetzgebungszuständigkeit des Reiches auf Kosten der Länder, die Vereinheitlichung des Ausnahmerechts und der Einschränkung der Länderautonomie in den Bereichen Bildung, Schule und Religion. Vgl. Albert Schwarz, Die Zeit von 1918 bis 1920. Erster Teil: Der Sturz der Monarchie. Revolution und Rätezeit. Die Errichtung des Freistaates (1918-1933). In: Handbuch der Bayerischen Geschichte. Hrsg. von Max Spindler. Bd. IV/1: Das neue Bayern 1800-1970, München 1974, S. 387-453, hier S. 435 ff. sowie Handbuch der Bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte 1799-1980.

22 Vgl. Dok. 5, Anm. 20.

23 Der föderalistische Gedanke stand von Anfang an im Mittelpunkt von Programmatik und Politik der BVP; ihr bis Oktober 1922 angenommenes, sog. Bamberger Programm, das den Verbleib Bayerns im Deutschen Reich bejahte, jedoch die "Rückkehr zur bundesstaatlichen Form des Reiches" forderte, trug diesem Gedanken noch einmal dezidiert Rechnung. Vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 22 ff., 42 ff. Druck des Bamberger Programms der BVP vom Oktober 1922: Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 506 f.

24 Zur Zusammensetzung der Reichstagsfraktion der BVP in der IV. Wahlperiode vgl. Reichstags-Handbuch 1928. Persönliche Angaben und Bilder. Hrsg. vom Bureau des Reichstags, Berlin 1928 ferner Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 73 ff.

25 Seit Januar 1925 waren BVP und Zentrum in acht Reichsregierungen vertreten; davor hatte sich jedoch das Zentrum an neun Reichsregierungen ohne die BVP beteiligt. Zu den Spannungen zwischen BVP und Zen-

An den Früchten sollt ihr sie erkennen. Und was sind die Früchte des föderativen Kampfes der B.V.P.? ... *Die restlose Preisgabe auch der letzten ehemals bayerischen Hoheitsrechte!*

Anfangs sprach man noch von der monarchischen Treue gegen das angestammte Haus Wittelsbach. Heute hört man nichts mehr von einer Monarchie [26]. Man hat sich auch in der Republik bereits schön eingerichtet.

Man rief: Wir kämpfen gegen den Bolschewismus [27]! Man handelt aber nach der Parole Ruhe und Ordnung, das heißt, man schlägt unser Volk so lange, bis es ruhig ist.

Die, die gegen den Bolschewismus wirklich kämpfen und auch bewiesen haben, daß sie kämpfen können, werden heute mit dem Gummischlauch [28] der behördlichen B.V.P. so lange geschlagen, bis sie *"ruhig"* sind! Diese Herrschaften haben aber 1918 und 1919 schon bewiesen, wie sehr sie die Ruhe und die Ordnung aufrecht zu erhalten vermögen. Man stelle sich vor, der Bolschewismus brande an Bayerns Grenzen empor, und die 17 Mann der B.V.P. wollten dann noch den Bolschewismus auf "legalem" Wege bekämpfen! Man betrachte sich doch einmal diese 17 Mann.

Man gibt vor, für das Christentum zu kämpfen [29]. Heute wogt *bereits* ein gigantischer Kampf: *"Hie Christenkreuz - hie Sowjetstern"* [30]. Und es sind polare Gegensätze, die in diesem Kampfe ausgetragen werden. Auf der einen Seite die christl[*iche*] Kultur und auf der anderen Seite *asiatischer Zerstörungswahn, jüdischer Zerstörungswahnwitz* [*sic!*]. Es ist ein Weltkampf, der heute die Gemüter erschüttert. 12 Jahre kämpft man nun in der B.V.P. schon diesen Kampf. *Hat das Christentum etwa zugenommen? - Nein, aber die falschen Propheten im Schafspelz* [31], *wie sie in Tuntenhausen herumlaufen!* Sie haben Glück, daß sie nicht schon vor 2.000 Jahren gelebt haben, da wäre einer gekommen und hätte die Pharisäer und Händler mit der Peitsche aus des Herrn Tempel gejagt [32]!

---

trum, die während des Wahlkampfs zur Reichspräsidentenwahl 1925 ihren Höhepunkt erreichten und eine Wiedervereinigung der beiden Parteien verhinderten, vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 172 ff.

26 Auf dem Parteitag der BVP im Dezember 1925 hatte der Fraktionsvorsitzende der BVP im bayerischen Landtag Georg Wohlmuth die Priorität der föderalistischen vor der verfassungsrechtlichen Frage betont. Der Parteivorsitzende Karl Friedrich Speck hatte die Frage der Wiedererrichtung der Monarchie bewußt offengelassen, jedoch herausgestellt, daß eine Änderung der Verfassung nur auf legalem Weg möglich sei. Vgl. Dok. 5, Anm. 20 sowie Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 175 f.

27 Im Gegensatz zum Zentrum war die Frontstellung der konservativeren BVP zu den Linksparteien, zu denen sie auch die SPD rechnete, sehr viel schärfer ausgeprägt. Diesen Tenor verdeutlicht ein Flugblatt der BVP vom 22.11.1918, in dem offen mit der Separation Bayerns gedroht wurde, wenn in Berlin "Judentum und Asphalt" und "der rücksichtslose Terrorismus von Anarchisten und Bolschewisten" regierten. Eine Koalition zwischen BVP und SPD kam deshalb auf Reichsebene nur im 2. Kabinett Müller zustande. Vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 27 f., 116 ff., 215 ff.

28 Vgl. Dok. 14, Anm. 11.

29 "Die Bayerische Volkspartei steht in allen Fragen der Kultur auf dem Boden der christlichen Weltanschauung. Sie verlangt volle Freiheit aller Konfessionen und ihrer Einrichtungen, sowie gleichmäßige Berücksichtigung der Anstalten und Angehörigen aller Konfessionen, insbesondere bei Bereitstellung öffentlicher Mittel und bei Verleihung öffentlicher Ämter." Druck des Parteiprogramms der BVP vom November 1918: Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 502-506, hier S. 503.

30 Die Wahlplakate von BVP und Zentrum verwiesen immer wieder auf den Gegensatz von christlicher Religion und Kommunismus. Vgl. Müller, Das Wahlplakat, S. 281 ff.

31 Anspielung auf Matthäus 7, 15: "Sehet euch vor vor den falschen Propheten, die in Schafskleidern zu euch kommen, inwendig aber sind sie reißende Wölfe."

32 Anspielung auf Matthäus 21, 12-17; Markus 11, 15-19; Lukas 19, 45-48; Johannes 2, 13-17.

Man will den deutschen Bauern vor dem Untergang retten [33] - eine gewaltige Aufgabe, und aber [*sic!*] noch nie gab es in Bayern so viel Bauernelend als in diesen Tagen [34]. *Die Rettung des deutschen Bauern erfordert einen gründlichen Wandel und Umschwung in der ganzen Reichspolitik, diese aber kommt bestimmt nicht durch die 17 Mann der Bayerischen Volkspartei.*

Das Loch im bayerischen Staatshaushalt [35] sollte gestopft werden, *man wollte es immer wieder von den Gleichen nehmen, die schon jahrelang geben mußten.*

Wenn ihr besteuern wollt, so besteuert die Warenhäuser [36], *besteuert die Brauindustrie* [37], *sorgt, daß diese ihre Lasten nicht auf die Konsumenten abwälzt, es geht auch ohne 27 Prozent Dividende, baut euren verbonzten Beamtenapparat von oben herab ab* [38]*!*

Wir gaben euch in Weimar ein Beispiel: Von 5 Ministerialdirektoren wurden 3 abgebaut, die Anzahl der Regierungsräte wurde dort von 45 auf 13 dezimiert, und so ist es uns gelungen, die Hälfte des Defizits allein durch den Abbau höherer Beamtenstellen zu decken [39]. Anstatt dessen aber blasen die Herren *Stützel* [40], *Koch* [41], *Held* in Bayern in das Horn - nicht von

---

33 Das Parteiprogramm der BVP vom November 1918 hatte unterstrichen, daß die BVP "die Interessen der Bauern kraftvoll schützen" und einer "gesunden Agrarreform zur rechten Zeit Rechnung tragen" werde. Obwohl das Parteiprogramm versuchte, den Forderungen aller Schichten und Berufsgruppen gerecht zu werden, vertrat die BVP faktisch in erster Linie bäuerliche und bürgerliche Interessen. Vgl. Schönhoven, Bayerische Volkspartei, S. 89 ff. Druck des Parteiprogramms der BVP vom November 1918: Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 502-506, hier S. 503.

34 Durchschnittlich waren die landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern im Januar 1928 zu 23% ihres Einheitswerts verschuldet. 1928 mußten in Bayern 415, 1929 510 landwirtschaftliche Betriebe zwangsversteigert werden. Vgl. Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Bayern, Neunzehnter Jahrgang 1930. Hrsg. vom Bayer. Statistischen Landesamt. München 1930, S. 79, 48*. Zur Agrarkrise in Bayern vgl z. B. Wolfgang Stäbler, Die Neue Bauernbewegung. Oberbayerischer Bauernprotest in der Endphase der Weimarer Republik. In: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 51 (1988), S. 901-915.

35 Das Defizit für den ordentlichen bayerischen Staatshaushalt wurde für das Jahr 1929 auf 43.918.050 RM veranschlagt, für das Jahr 1930 auf 21.800.000 RM. Die Voranschläge für den außerordentlichen Staatshaushalt erwiesen sich für beide Rechnungsjahre als ausgeglichen.
Der Gesamtschuldenstand des bayerischen Staates betrug im Jahr 1928 381.843.289 RM, weitere Zahlen hinsichtlich des Gesamtschuldenstands lagen 1930 noch nicht vor. Vgl. Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Bayern 1930. Hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1930, S. 515, 523.

36 Die BVP versuchte, ihrem Selbstverständnis als Mittelstandspartei entsprechend, die Ausbreitung von Kaufhäusern durch Auflagen zu erschweren. Vgl. Peter Steinborn, Grundlagen und Grundzüge der Münchener Kommunalpolitik in den Jahren der Weimarer Republik. Zur Geschichte der bayerischen Landeshauptstadt im 20. Jahrhundert, München 1968, S. 407. Allgemein zur Bedeutung der Kaufhäuser vgl. Dok. 8, Anm. 12.

37 Anspielung auf die im April 1930 eingeführte Biersteuer. Vgl. Dok. 36, Anm. 10 und 12.

38 Vgl. Dok. 72, Anm. 6.

39 Vgl. Dok. 72, Anm. 7.

40 Karl Stützel (1872-1944), Dr. jur., 1911 Regierungsrat in Landshut, 1914 Bezirksamtvorsteher in Vilshofen, 1918 Oberregierungsrat im bayerischen Innenministerium, 1920 Ministerialrat im bayerischen Ministerium für soziale Fürsorge, Bayerischer Staatskommissar für das Hilfswerk Oppau, 1924-1933 bayerischer Innenminister (BVP).

41 Julius Koch (geb. 1881), 1905 bayerischer Leutnant d. R., 1912 Bezirksassessor in Neustadt, 1921 Tätigkeit beim Arbeiterversicherungsdienst bei der Regierung in Oberfranken, 1922 Regierungsrat, Referatsleiter bei der Polizeidirektion München, 1924 Leiter der Verkehrsabteilung, 1929 Oberregierungsrat, Leiter der Polizeidirektion Augsburg, 1929-1933 Polizeipräsident von München, 1934 Entlassung aus dem Staatsdienst.

Uri[42], - sondern von Tuntenhausen, und lassen den Stier von Tuntenhausen in den Porzellanladen des Bayerischen Landtags hinein, und dann wundert man sich, wenn nicht alles nach Wunsch verläuft!

Wir kämpfen für Deutschland und retten damit auch Bayern. Wir kämpfen gegen den Internationalismus, gegen die Klassenspaltung in unserem Volke[43]. Wir wollen das deutsche Schicksal im Großen wenden. Wir kämpfen gegen die Kulturzerstörung und Kulturzersetzung. Wir wollen wieder eine Wehrverfassung[44], welche uns an Stelle des Söldnerheeres[45] ein deutsches Volksheer gibt. Es muß eine grundsätzlich andere Außenpolitik getrieben werden, ein Abwenden von dem Kriechen und Betteln um Frankreichs Gunst[46]. Die Sklavenverträge müssen überwunden werden, dann wird auch bei uns der deutsche Bauer wieder leben können. Ein grundsätzlicher Wandel unserer wirtschaftspolitischen Einstellung muß erfolgen. Es soll bei uns nicht vorkommen, daß man um des Weizenbrotes willen Millionen von Zentnern Roggen verkommen läßt[47]. Wir werden das Volk einst zwingen, Schwarzbrot zu essen.

Wir werden kämpfen, bis er kommt, der Tag der Freiheit und des Glückes unseres Volkes, und ein Reich soll vor uns dann stehen:

Nach innen reich und vielgestaltig, nach außen eins und schwertgewaltig, das Reich der deutschen Ehre, des Brotes und der deutschen Freiheit.

30. August 1930 Dok. 98

"Zentralismus oder Föderalismus (Eine Antwort aus dem Buche Adolf Hitlers 'Mein Kampf', auch eine sehr aktuelle Frage)"

Artikel[1]

Illustrierter Beobachter vom 30.8.1930.

---

42 Anspielung auf Friedrich von Schiller, Wilhelm Tell (1804), I. Akt, 3.Szene.

43 Vgl. Dok. 53, Anm. 11.

44 Vgl. Dok. 68, Anm. 27.

45 Vgl. Dok. 37, Anm. 3.

46 Vgl. Dok. 86, Anm. 61.

47 In der Kabinettssitzung vom 2.5.1930 hatte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Schiele auf die Überschüsse auf dem Roggenmarkt hingewiesen, die bei der nächsten Getreidekampagne etwa 1.000.00 t betragen würden. Mit der Verordnung über Änderung der Zollsätze für Roggen und Gerste vom 22.5.1930 hatte die Reichsregierung deshalb den Zoll für Roggen von 9,- RM auf 15,- RM je dz heraufgesetzt. Dennoch verringerte sich der Reichsdurchschnittspreis für 1 t Roggen von 171,70 RM im Januar 1930 auf 162,90 RM im August 1930. Vgl. Akten der Reichskanzlei, Die Kabinette Brüning I u. II, Dok. 24, 39. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 282; 1931, S. 267. Druck der Verordnung: RGBl. 1930, I, S. 175.

1 Bei diesem Artikel handelt es sich um einen gekürzten und leicht überarbeiteten Auszug aus Hitlers Mein Kampf, Bd. II (1. Auflage: München 1927, S. 214-226/München [65]1933, S. 633-646). Auf Aufnahme in diese Edition wurde deshalb verzichtet.

1. September 1930 Dok. 99
Telegramm an Franz von Pfeffer

Privatbesitz.

Nehme Ihren Rücktritt hiermit an [1]. Einstweilen auf diesem Wege meinen Dank für Ihre der Bewegung geleisteten Dienste. Erwarte Ihre weitere Mitarbeit an meiner Seite. Behalte mir Regelung finanzieller Seite [2] auf mündliche Aussprache vor. Erwarte Sie Dienstag vormittag [3] in München.

Adolf Hitler

---

1 Pfeffer hatte am 29.8.1930 der SA-Führung und der gesamten SA seinen Rücktritt angekündigt (BA, Slg. Schumacher 403). In seinem Befehl an die gesamte SA erklärte er, daß es nicht ungewöhnlich sei, "wenn sich alle vier Jahre mal ein Personalwechsel in einer hohen Stellung vollzieht". Dagegen ging er in seinem Befehl an die SA-Führung offener auf die Gründe seines Rücktritts ein:
"*Vertraulich!*
1.) In Verfolg meines Abschiedsgesuches vom 12.8.30 habe ich am 29.8.30 die Oberste SA-Führung niedergelegt, führe aber die Geschäfte vorläufig weiter. Ich bitte, dieses durch meine gedruckten Abschiedsworte *beschleunigt* allenthalben bekanntzugeben.
2.) Der Anlaß meines Rücktrittes liegt in der Art der Beteiligung der SA an unserem großen Triumphe anläßlich der bevorstehenden Wahl. Wohl ist es mir sehr recht, daß die Beteiligung nicht in Mandaten besteht, dafür aber glaube ich eine anderweitige sichtbare und materiell fühlbare Beteiligung in einem Umfange fordern zu müssen, der leider nicht erreicht worden ist.
3.) Ich bitte auch an dieser Stelle nochmals zu beherzigen, daß selbst wenn man Bedenken, Schmerz und Ärger über die Entwicklung auf einem gewissen Gebiete der Gesamt-Bewegung hat, man vielleicht seine Arbeit auf diesem Gebiete einstellen kann, man aber niemals die Gesamt-Bewegung stören darf. Die deutsche Freiheitsbewegung als solche wird und muß siegen, wird und muß vorwärtsgehen - wie sehr sie auch auf diesem oder jenem Gebiete mit Fehlern behaftet sein mag. Darum bitte ich, etwaige Rücktritte nicht ostentativ, nicht geschlossen, nicht in der Wahlzeit zu vollziehen (wozu mich leider die Umstände gezwungen haben) und überhaupt nicht eher, als es unumgänglich nötig erscheint.
4.) Allen Sta[*ndarten*]f[*ührern*] überreiche ich bei meinem Abschied ein Bild. Wo jemand vergessen wurde, bitte ich nachzufordern.
v. Pfeffer."
Zum Konflikt zwischen Hitler und Pfeffer vgl. Dok. 56, Dok. 79, Anm. 1, Dok. 91 mit Anm. 3 sowie Dok. 100, Anm. 2.

2 Vgl. Dok. 91.

3 3.9.1930.

1. September 1930 [1] Dok. 100
Rede auf SA-Versammlung in Berlin [2]

Schreiben des Polizeipräsidenten von Berlin, Landeskriminalamt (I A) Nr. 3716 I A 7/1930, an die Polizeidirektion München vom 16.9.1930; StA München Polizeidirektion 6808 [3].

Hitler gab eingangs seiner Ansprache bekannt, daß er mit dem 1.9.1930 die Führung sämtlicher "S.S." und "S.A." übernehme [4]. Die Mitteilung löste großen Jubel aus. Sodann gab er einen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung der Partei seit ihrer Gründung vor elf Jahren [5]. Er betonte immer wieder, daß die heutige Größe und Bedeutung der Partei nur oder zumindest zum weitaus größten Teil das Verdienst der S.A. sei. Er bat für seine Person um Vertrauen mit der Versicherung, daß er die Partei im Kampf gegen das heutige System und für die Errichtung des dritten Deutschen Reiches [6] immer geradlinig geführt habe. Er werde aber in diesem Kampf nicht nur den *kürzesten* sondern auch den *sichersten* Weg einhalten. Er versicherte, daß er aus den Vorgängen im Jahre 1923 [7] und den 13 Monaten Festungshaft [8] gelernt habe. Wörtlich führte er aus: "Wir werden uns an die Verfassung halten, an die man uns zu halten gezwungen hat [9], aber nicht nur an ihre Pflichten, sondern auch an ihre Rechte. Nach dem aus dem heutigen System geborenen Recht werden wir nach und nach alle Machtpositionen des Staates erobern, wir werden eine Polizei-Direktion nach der anderen besetzen und die

---

1 Datierung nach Vorlage.

2 Im Kriegervereinshaus, Chausseestraße 94, nach 21.00 Uhr. An der Veranstaltung nahmen laut Vorlage über 2.000 SA-Leute aus dem Gau Groß-Berlin teil, 300-500 Personen befanden sich im Vorraum und im Treppenhaus des Kriegervereinshauses.
Im Gegensatz zum OSAF von Pfeffer hatte sich die Berliner SA-Führung unter Leitung von OSAF-Stellvertreter Ost Stennes nicht damit abgefunden, daß SA-Führer als Kandidaten für den neuen Reichstag unberücksichtigt blieben (vgl. Dok. 79, Anm. 1 und Dok. 91 mit Anm. 3). Die Unzufriedenheit über die chronischen Geldnöte der SA (vgl. Dok. 58, Anm. 6 und Dok. 91, Anm. 10) und den Gaugeschäftsführer der Berliner NSDAP Franz Wilke verschärften die Spannung. Nachdem Stennes am 23.8.1930 von Hitler in München nicht empfangen wurde, beschloß die Berliner SA-Führung am 28.8.1930, ihren Dienst so lange zu verweigern, bis mindestens zwei SA-Führer auf der Reichstagswahlliste der NSDAP plaziert seien und Wilke seines Postens enthoben würde. Als am 30.8.1930 Teile der Berliner SA die Gaugeschäftsstelle der NSDAP verwüsteten, erreichte der Konflikt seinen Höhepunkt: Hitler sagte seine für den 30./31.8.1930 in Dessau und den 2.9.1930 in Braunschweig anberaumten Reden ab und führte seit 31.8.1930 mehrere Gespräche mit der Führung der Berliner NSDAP und SA, bei denen es ihm vorläufig gelang, die Gegensätze auszugleichen.
Vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 475 ff., Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus, S. 582 ff., Longerich, Die braunen Bataillone, S. 102 ff. sowie die Darstellung durch Stennes in seinem 1931 verfaßten Manuskript "Wie es zur Stennes-Aktion kam" (IfZ, Fa 88) und in: Charles Drage, Als Hitler nach Canossa ging. Biografie des Walther Stennes, Berlin 1982, S. 111 ff. Zur Datierung: Abschrift OSAF-Diensttagebuch; StA München, Polizeidirektion 6826.

3 Vgl. auch Berliner Tageblatt vom 2.9.1930 (AA), "Der Sturm der SA"; Der Angriff vom 4.9.1930, "Ekelhafte Wahlhetze" und "'Dem Adolf Hitler haben wir's geschworen...'"; VB vom 4.9.1930, "Hitler in Berlin" mit differierender Datumsangabe. Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 595 ff.

4 Vgl. Dok. 101.

5 Vgl. Dok. 20, Anm. 32.

6 Vgl. Dok. 48, Anm. 26.

7 Gemeint ist Hitlers mißlungener Putschversuch am 8./9.11.1923.

8 Vgl. Dok. 11, Anm. 23.

9 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

ungesetzliche Haltung des Staates unserer Bewegung gegenüber zurückführen auf den Weg des verfassungsmäßig auch uns gewährleisteten Rechts.

In diesem Kampfe", so sagte er weiter, "nehme die nationalsozialistische Bewegung den Notwehr-Paragraphen [10] für sich in Anspruch." Nach dem 14. September [*1930*] [11] werde es nicht mehr vorkommen, daß die vom marxistischem Gesindel überfallenen S.A.-Kameraden durch von der Parteimaschine beeinflußte Richter abgeurteilt werden. Auch der Justiz wird die NSDAP ein aufmerksames Auge widmen und sie aus dem heutigen Sumpf zum Wege des Rechts zurückführen. Dafür, daß er, Hitler, diesen Kampf nicht allein führe, daß dieser Kampf auch zum sicheren siegreichen Ende geführt werde, dafür spreche er heute zu seiner S.A. - zu seiner S.A., als deren Führer er nunmehr keinen Stellvertreter brauche [12], für die er zu jeder Stunde, mag ihn die Stunde treffen, wo immer er weile, zu haben sein werde. Seine an sich überanstrengte Stimme zum fast hysterischen Schreien steigernd, appellierte er an die Treue seiner S.A. und endete theatralisch: "Wir wollen in dieser Stunde geloben, daß nichts uns trennen kann, so wahr uns Gott helfen kann gegen alle Teufel! Unser allmächtiger Herrgott segne unseren Kampf [13]!"

10 Anspielung auf § 53 StGB. Druck: Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich nebst dem Einführungsgesetz. Hrsg. von Reinhard Frank, Tübingen [18]1931, S. 159.

11 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.

12 Vgl. jedoch Dok. 103.

13 Vgl. Dok. 63, Anm. 23.
Der Bericht fährt fort: "Die einsetzenden Heil-Rufe wurden abgewinkt, weil Hitler mit gefalteten Händen, wie im Gebet versunken, seinen eigenen Worten nachlauschte.
Inzwischen war mit Unterstützung einiger Begleiter der General a. D. *Litzmann* auf der Bühne erschienen, und es wiederholte sich die aus dem "Völkischen Beobachter" und der Veranstaltung im Sportpalast [*vgl. Dok. 41*] bekannte Szene des Treugelöbnisses des alten Heerführers an den jungen Parteiführer! Litzmann beglückwünschte die 'S.A.' zu ihrem Führer und den Führer zu seiner 'S.A.'. Er verstieg sich sogar dazu, Hitler den S.A.-Leuten als ihren nunmehrigen 'Obersten Kriegsherrn' zu bezeichnen.
Nachdem Hitler nochmals kurz dem General gedankt und das Gelöbnis der wiederhergestellten Einigkeit entgegengenommen hatte, verließ er ohne die Berliner Führerschaft den Saal. Während der Rede Hitlers wurde ein bisher unbekannt gebliebener Versammlungsteilnehmer als angeblicher Spitzel der Abteilung IA [*der politischen Polizei*] mit Gewalt aus dem Saale entfernt.
Auch Goebbels war bereits zum Weggehen angezogen. Er wartete aber anscheinend nur darauf, daß einige Rufer ihn zum Reden aufforderten. Das geschah auch. Seine Ausführungen streiften die Vorgänge der letzten Tage, ohne bestimmte Angaben über die Art der entstandenen Zwischenfälle zu machen. Er unterließ es wohl in der Annahme, daß den Anwesenden diese Dinge bekannt waren. Er gab die Versicherung ab, daß er niemals die S.A. und ihre Bedeutung für die Bewegung verkannt oder geleugnet hätte. Nach dem Vorbilde des Parteiführers werde auch er in Zukunft immer direkt mit jedem einzelnen verhandeln, so daß Zwischenträgereien vermieden werden. Einig und geschlossen stände er mit der S.A. zu ihrem Führer, der wieder einmal bewiesen habe 'wenn die Not am größten, ist Adolf Hitler am nächsten'. Er bat dann unter das Vergangene einen Strich zu ziehen und mit neuem Mut und neuer Kraft die Wahlarbeit wiederaufzunehmen.
Dem gemeinsamen Wirken werde es möglich sein, 'die Propheterei der jüdischen Journaille' Lügen zu strafen. Wenn die inneren Auseinandersetzungen drei Tage Wahlarbeit unmöglich machten, so soll der Welt bewiesen werden, daß die S.A. diesen Verlust in zwei Nächten wieder einbringt und die Sportpalast-Kundgebung am 3. September solle beweisen, daß die Bewegung noch nie so einig war, wie nach dieser, vielleicht notwendigen Auseinandersetzung. Seine rührseligen Ausführungen waren recht langatmig und darauf angelegt, bei seinen Hörern Mitgefühl wachzurufen und seinen Rückzug gegenüber den Angriffen der 'Osaf-Ost' (Stennes) nicht allzu offensichtlich werden zu lassen.

2. September 1930 Dok. 101
"An die gesamte SA und SS"
Anordnung

Gedrucktes Exemplar; BA, Slg. Schumacher 403 [1].

Hauptmann a. D. v. Pfeffer ist zurückgetreten [2].

Ich übernehme mit dem heutigen Tage die oberste Führung der gesamten einst von mir gegründeten SA und SS [3].

Ich erwarte von allen SA- und SS-Führern und -Männern Treue und Gehorsam.

Ich spreche an dieser Stelle dem auf eigenen Wunsch scheidenden bisherigen Oberster SA-Führer, Hauptmann v. Pfeffer, für seine außerordentlich großen Verdienste meinen und der Bewegung Dank aus.

Seine Kraft wird der Bewegung künftighin an anderer Stelle wiedergegeben werden [4].

gez.: *Adolf Hitler*

Partei- und Oberster SA-Führer

Stennes, der nach Goebbels sprach, beschränkte sich auf die Bekanntgabe eines Befehls, den Hitler 'An alle S.A. und S.S.' [*sic!*] herausgegeben hat. [*Folgt gekürzte Wiedergabe von Dok. 101 und 102*].
Dieser Befehl, den Stennes trocken und mit einer gewissen Überlegenheit verlas, löste ungeheuren Jubel aus. Der Befehl, so führte Stennes aus, bedeute die Wiederherstellung des Vorranges der SA innerhalb der NSDAP. Stennes bedankte sich dann noch für die ihm bewiesene Treue und erklärte, daß er sich Maßnahmen für die 'Weichgewordenen' noch vorbehalte. Damit meinte er die Standarte 5 (Lichtenberg), weil sie gegen seinen Befehl in den kritischen Tagen Parteiarbeit geleistet hatte. Im übrigen habe nunmehr jedes Gerede zu unterbleiben. Wo dennoch Schwätzer auftauchen sollten, würde zur Selbsthilfe geschritten und 'dem Stänker' eins aufs Maul geschlagen werden."

1 Kopf: "Partei- und Oberster SA-Führer München, den 2. September 1930". Veröffentlicht im VB vom 3.9.1930.

2 Vgl. Dok. 99 mit Anm. 1.

3 Vgl. Dok. 100. Zur Reaktion der SA-Führung auf die von Hitler eingeleitete Neustrukturierung der Obersten SA-Führung vgl. z. B. die Stellungnahme zur vorgesehenen Umorganisation der SA-Führung durch den OSAF-Stellvertreter Süd Schneidhuber vom 19.9.1930; Druck: Tyrell, Führer befiehl, S. 336-339.

4 Nach seinem Rücktritt als OSAF soll Pfeffer in der Reichszeugmeisterei der NSDAP eingesetzt worden sein. Eine wichtige Funktion innerhalb der Partei ist nicht zu ermitteln. Erst im November 1932 erhielt Pfeffer ein Reichstagsmandat. Vgl. Krebs, Tendenzen und Gestalten der NSDAP, S. 144 sowie BDC, Personalakte Franz von Pfeffer.

2. September 1930 Dok. 102
"Verfügung"
Anordnung

Gedrucktes Exemplar; BA, Slg. Schumacher 403 [1].

1.) Ich verfüge die Erhebung einer besonderen SA-Zulage [2] in der Höhe von 20 Pfg. pro Kopf der Mitglieder, die ausschließlich der SA zugeführt wird. Die Zustimmung der General-Mitgliederversammlung wird nachträglich eingeholt.

2.) Ich verfüge die sofortige Erhöhung der Aufnahmegebühr von RM. 1.- auf RM. 2.- für jedes neue Mitglied. RM. 1.- hiervon ist von den Ortsgruppen unmittelbar an die zuständigen SA-Dienststellen abzuführen. Die Zustimmung der General-Mitgliederversammlung wird nachträglich eingeholt.

3.) Ich verfüge die strikte Ablieferung von 50 % der von den Ortsgruppen eingehobenen Kampfschatzspenden an die SA.

Ich verfüge die Zuweisung von Rechtsschutz für verhaftete SA- und SS-Männer auf Kosten der zuständigen Gaukassen [3].

gez.: *Adolf Hitler*

Partei- und Oberster SA-Füher
(Von sämtlichen Parteiblättern nachzudrucken)

---

1 Kopf: "Partei- und Oberster SA-Führer München, den 2. September 1930". Veröffentlicht im VB vom 3.9.1930.
2 Zur finanziellen Situation der SA vgl. Dok. 58, Anm. 6 und Dok. 91, Anm. 10.
3 Die Ausführungsbestimmungen zu Hitlers Verfügung wurden mit Rundschreiben vom 3.9.1930 von Reichsschatzmeister der NSDAP Schwarz sämtlichen Gauleitungen bekanntgegeben; BA, NS 1/51.

3. September 1930 Dok. 103
Anordnung [1]

Gedrucktes Exemplar; BA, Slg. Schumacher 403.

Hauptmann *Wagener* zeichnet bis zur endgültigen Regelung als Stabschef [*der SA*] in meinem Namen [2]. Seine Anordnungen haben Befehlsgewalt für sämtliche SA-Dienststellen [3].

gez.: *Adolf Hitler*

Partei- und Oberster SA-Führer

4. September 1930 Dok. 104
Rede auf NSDAP-Versammlung in Königsberg [1]

Königsberger Hartung'sche Zeitung vom 5.9.1930, "Zwei Wahlreden in Königsberg" [2].

Dann trat Hitler in Erscheinung, von den Seinen auf *Faschistenart* [3] theatralisch begrüßt. Sprach gute anderthalb Stunden; gesagt hat er eigentlich gar nichts. Er gab einen Rückblick auf die Entstehung der *N.S.*[*D.*]*A.P.*, erläuterte auf seine Art die Begriffe des *Nationalismus*

1 Kopf: "OSAF 3.9.30".

2 Zur Vorgeschichte der Ernennung Wageners zum Stabschef der SA vgl. Turner (Hrsg.), Hitler aus nächster Nähe, S. 81 ff., 93 ff. ferner Dok. 56, Dok. 79, Anm. 1, Dok. 91 mit Anm. 3 sowie Dok. 99-102.

3 In der Vorlage schließt sich folgende Anordnung Wageners an diejenige Hitlers an: "Der scheidende OSAF v. Pfeffer hat mich ebenso wie den gesamten OSAF-Stab gebeten, unsere Arbeit wie bisher, so auch in Zukunft in den Dienst der SA zu stellen. Nachdem der Partei- und Oberste SA-Führer mich bis zu einer endgültigen Regelung als Stabschef bestätigt hat, bitte ich die OSAF-Stellv[*ertreter*] und SA-F[*ührer*], mit allen Kräften mit mir zusammen zu arbeiten, damit die SA die Gerüchte, die durch die Berliner Vorgänge in der Öffentlichkeit entstanden sind, Lügen straft und alles für einen überwältigenden Wahlsieg der N.S.D.A.P. am 14. September [*1930*] einsetzt.
Der Stabschef:
gez.: *Wagener*"

1 Im Haus der Technik, abends. Die Versammlung, an der laut Vorlage 8.000 (VB: 16.000) Personen teilnahmen, wurde vom Vorsitzenden der Stadtverordnetenfraktion der NSDAP in Königsberg und Gauleiter Erich Koch geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet.

2 Vgl. auch VB vom 7./8.9.1930, "Hitler in Königsberg"; Illustrierter Beobachter vom 20.9.1930, "Ein Freudentag in Ostpreußen: Adolf Hitler spricht in Königsberg!"; Illustrierter Beobachter vom 27.9.1930, "Mit Adolf Hitler von Swinemünde nach Königsberg". Ferner: 10 Jahre Ostpreußen. Festschrift zum Gautag 1938 der NSDAP. Hrsg. vom Gau Ostpreußen der NSDAP, Königsberg 1938, S. 17. Dieter Hertz-Eichenrode, Die Wende zum Nationalsozialismus im südlichen Ostpreußen 1930-1932. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte des Masurentums. In: Olsztyńskie Studia Niemcoznawcze. Rozprawy i Materiały Ośrodka Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego nr 98, Pojezierze Olsztyn 1986, S. 59-114, hier S. 109 f. Die beiden zuletzt genannten Arbeiten mit differierender Datumsangabe.

3 Der nationalsozialistische Gruß mit erhobenem rechten Arm kann seit dem "Deutschen Tag" in Nürnberg im September 1923 photographisch belegt werden. Wie weit er auf das Vorbild der italienischen Faschisten zu-

und *Sozialismus*, die zu verknüpfen oder zu überwinden - wie man will - der Nationalismus [*sic!*] sich zum Ziel gesetzt habe. Mit vielem Stimmaufwand glaubte er dann feststellen zu dürfen, daß weder die Parteien rechts noch links ihre Versprechungen eingelöst hätten. Allerdings versprächen auch die Nationalsozialisten nichts den einzelnen Ständen und Klassen [4]. Zuerst müsse eben Deutschland gerettet werden, dann würde auch der einzelne gerettet sein. Und Deutschland könne, nach der reichlich zukunftsfrohen Ansicht Hitlers, nur auf hakenkreuzlerischen Wegen gerettet werden; dazu müsse das Volk auf seine *eigene Kraft* vertrauen, müsse sein Schicksal in die Hände der *Tatkraft* legen - Köpfe, nicht Majoritäten machten Geschichte - und schließlich und endlich müsse der *Pazifismus* überwunden werden, denn in der Geschichte gebe es kein Lebensrecht, das nicht im Kampf erprobt sei [5].

6. September 1930 Dok. 105
"Volk und Rasse. Ein höchst lehrreiches Kapitel aus dem Buche Adolf Hitlers 'Mein Kampf' (Eherverlag, München)" Artikel [1]

Illustrierter Beobachter vom 6.9.1930.

rückgeht, die damit an römische Vorbilder anzuknüpfen suchten, ist unklar. Für den Reichsparteitag in Nürnberg 1927 wurde diese Grußform als einheitlicher Gruß in der NSDAP eingeführt.
Die damit verbundene Grußformel "Heil Hitler" läßt sich bis Mitte der zwanziger Jahre zurückverfolgen und war seit 1930 für die NSDAP verbindlich. Das Wort "Heil" war der mittelalterlichen Tradition der Fürstenakklamation entlehnt und wurde im 19. Jahrhundert von der Turner- und Sport-, sowie der Wandervogelbewegung, dann auch von völkischen Gruppen aufgegriffen. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 177 ff.

4 Vgl. Dok. 53, Anm 11 sowie Dok. 54, Anm. 3.

5 Vgl. Dok. 82, Anm. 7. In der Vorlage folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Bei diesem Artikel handelt es sich um einen unveränderten Auszug aus Hitlers Mein Kampf, Bd. I (1. Auflage: München 1925, S. 300-308/München [65]1933, S. 311-317). Auf Aufnahme in diese Edition wurde deshalb verzichtet.

6. September 1930 Dok. 106
Rede auf NSDAP-Versammlung in Hamburg [1]

VB vom 11.9.1930, "Adolf Hitler: Dienst am Volke, das ist Nationalsozialismus" [2].

Er [*Hitler*] führte den andächtig Lauschenden noch einmal die Ereignisse des Jahres 1918 vor Augen, ließ sie den gewaltigen Freiheitskampf Deutschlands im Innersten feierlich nacherleben. "Nach dem Kriege war Deutschland in zwei große Lager gespalten, die sich nicht mehr verstanden." Er holte dann weit aus und zeigte, wie der furchtbare 30jährige Krieg das deutsche Volk in zwei Bekenntnisse zerriß, von denen keins wirklich Herr im Lande war. Es mußte erst in Brandenburg-Preußen eine neue Staatsidee geboren werden, die die überlebten Formen von gestern von innen her überwand [3]. Endlich konnte eine einheitliche Front geschaffen werden, konnte Bismarck das Volk nach außen hin einigen.

"Im Innern aber wuchs während der Bismarckschen Einigungskriege neue Zwietracht heran. *Dem 'bürgerlichen' Nationalismus trat der marxistische 'Sozialismus' gegenüber.* Keine dieser Richtungen beherrschte das ganze Volk, keiner gelang es, die Nation zu einem Block zu einen. Wollen wir als Volk in der Weltgeschichte aber wieder eine Rolle spielen, so muß ein Wille und eine Ansicht das Ganze durchdringen. Selbst wenn Deutschland von einer nicht ganz richtigen Idee beherrscht gewesen wäre, wäre dies besser gewesen als von keiner ergriffen zu sein. Recht ist Kraft, diese ist Macht. Heute haben wir wohl ein Recht zu leben, aber nicht die Macht, dies Recht durchzusetzen.

Ein Volk geht nicht an einem schlechten Friedensvertrage [4] *zugrunde. Wohl aber kann es an innerer Zerrissenheit sterben.* Seit 1918 ist die deutsche Kraft niemals wieder nach außen mobil gemacht worden, wohl aber tobt seitdem ein furchtbarer innerer Krieg. Wenn vom Sozialismus keine Brücke zum Nationalismus geschlagen wird, ist das Ende Deutschlands da ..." [...] [5]

---

1 In den Sagebielsälen, abends. Die Säle wurden durch eine Lautsprecheranlage miteinander verbunden. Die Versammlung, an der laut Vorlage über 10.000 Personen teilnahmen, wurde von Gauleiter Karl Kaufmann geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet.
Vgl. ferner den Bericht der Hamburger Nachrichten: "Trotz des unscheinbaren Äußeren dieses Mannes ging dennoch von ihm ein Nimbus aus, der um den Führer der noch jungen Bewegung geflochten wird. Ursprünglich ist alles, was er sagt. Es kommt von Herzen, ist spontan und entbehrt jeder intellektuellen Note. Er ist ein geborener Volksredner, der die Massenpsychose gefühlsmäßig meisterhaft ausnutzt. Bei ihm kommt es unwillkürlich mehr darauf an, wie er etwas sagt, und nicht, was er sagt. Seine Ausführungen könnte man mit einem spannenden Film vergleichen, in dem sich unzählige Bilder schneiden und in disharmonischer Weise kreuzen."

2 Vgl. auch Hamburger Echo vom 5.9.1930, "Hitler-Versammlung unter polizeilicher Kontrolle"; Hamburger Nachrichten vom 7.9.1930, "Eine Rede Hitlers in Hamburg"; Le Matin vom 7.9.1930, "Une réunion monstre d'Adolf Hitler à Hambourg"; Illustrierter Beobachter vom 27.9.1930, "Adolf Hitler in Hamburg". Ferner A[*rthur*] Böckenhauer, 10 Jahre S.A. Hamburg 1932, S. 15, 24. Hermann Okraß, "Hamburg bleibt rot." Das Ende einer Parole, Hamburg 1934, S. 209.

3 Zur Rezeption der brandenburgisch-preußischen Geschichte in der Weimarer Republik vgl. Jürgen Mirow, Das alte Preußen im deutschen Geschichtsbild seit der Reichsgründung, Berlin 1981, S. 135 ff.

4 Gemeint ist der Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919. Druck: RGBl. 1919, S. 687 ff.

5 Folgt wertende Schilderung des äußeren Ablaufs der Versammlung.

"Wir wollen nicht, daß 2.000 Jahre deutscher Geschichte [*sic!*] *umsonst gewesen sind, unser väterliches Gut soll uns bewahrt bleiben.*

Die Freiheit aber wird nicht durch fleißige Berufsarbeit errungen, denn auch heute wird in allen Ständen der Nation unermüdlich gearbeitet, sondern nur durch Einsatz des Lebens und Klarheit des Wollens der Führerschaft. Die fehlerhafte Leitung war es, die uns ins Elend riß.

Der Wunsch nach Gesundung ist in vielen rege. Er kann aber nicht von den Trägern des Verfalls verwirklicht werden. Nur junges Leben kann die Freiheit schaffen. Wie einst nur der junge brandenburgisch-preußische Staat den Hadergeist des 30jährigen Krieges überwinden konnte [6], so kann heute nur der Nationalsozialismus das zerrissene Volk wieder zu einer geschlossenen Macht vereinen. *Die anderen Parteien, sie reden von dem Aufbau, wir aber, wir handeln!"* (Tosender Beifall.)

Eingehend legte Hitler dann dar, was der Begriff Sozialismus und der Begriff Nationalismus bedeute. Beide Begriffe müßten einmal bis zum Ende durchdacht werden. "Die letzte Folgerung aus dem Begriffe Nationalismus ist das Opfer für die Gesamtheit der Nation; dies Opfer brachten 2 Millionen Soldaten auf dem Schlachtfeld ... [7]" Wer wahrhaft Nationalist ist, ist auch Sozialist geworden, er sieht den einzelnen Stand, den Einzelmenschen in dem Begriffe der Gesamtheit versinken. Die Art der Verwaltung eines Staates, der Gestaltung der Wirtschaft im einzelnen sind Zweckmäßigkeitsprobleme [*sic!*]. Wichtig ist allein, daß sich die Nation zum Grundsatz der höchsten Leistung bekennt.

Auf dieser Grundlage ist die Bewegung 1919 aus kleinstem, nicht mit prominenten Namen gespicktem Kreise hervorgegangen [8]. Mit der ganzen Inbrunst der Seele hat sie um die Wekkung des deutschen Gewissens gekämpft. Daß die Idee richtig war, bewies ihr Wachsen, aus wenigen Hunderten wurden Tausende, Zehn-, Hunderttausende und heute Millionen [9]. Sie ist gewachsen, gehaßt von allen, die Deutschland keine Zukunft wünschen.

Deutschland hat etwas Derartiges, wie unsere Bewegung, seit denkbaren Zeiten nicht gekannt. Sie ist eine Reformationsbewegung des deutschen Geistes (stürmischer Beifall), die Millionen erfaßt, sie aus der Trägheit des Alltags und der Niedergeschlagenheit herausreißt. In Deutschland steht heute das deutsche Volk auf, in Nord und Süd und über die Grenzen des Reichs hinweg, allen Lügen zum Trotz ...

Was wir seit 1914 erlebten, verschwindet vor diesem neuen Erleben der echten Volksgemeinschaft, des Sichwiederfindens der Stände der Nation. Wir Nationalsozialisten erkennen als unsere größte Aufgabe, den deutschen Arbeiter zur Nation zurückzuführen [10], ihn als Granitblock einzufügen. Das Bürgertum aber muß aus dem Klassendünkel zur Volksgemeinschaft gebracht werden. Auf dieser Grundplattform werden wir eine neue Macht aufbauen. So nur kann unser Volk den großen Schicksalskampf führen, der ihm nicht erspart bleiben wird.

---

6 Unabhängig von seiner teilweisen Einbindung in das Heilige Römische Reich Deutscher Nation orientierte sich die Politik des Großen Kurfürsten primär an den Interessen des brandenburg-preußischen Staates. Vgl. Opgenoorth, Friedrich Wilhelm.

7 Vgl. Dok. 69, Anm. 10.

8 Vgl. Dok. 21, Anm. 4 und Dok. 41, Anm. 12.

9 Vgl. Dok. 11, Anm. 22; Dok. 36, Anm. 15; Dok. 41, Anm. 13; Dok. 44, Anm. 5; Dok. 69, Anm. 27; Dok. 72, Anm. 16; Dok. 89, Anm. 1.

10 Vgl. Dok. 59, Anm. 12 und Dok. 61, Anm. 15.

62 Millionen Menschen auf 470.000 Quadratkilometer [11] sind nicht zu ernähren. Diese Tatsache zwingt uns, Wege zur Brotgewinnung zu suchen. Raum- und Bodenverwertung haben wir versucht. Volksverminderung kommt nicht in Frage. Es bleibt der Kampf um die Absatzmärkte unserer Industrie. Dieser ist weniger eine Frage der Produktion als eine der Sicherung der Ausfuhr durch das Schwert. Am Ende steht der Blutkampf und nicht Dividende und Lohn! Am Ende steht das Leben der Nation und nicht das des einzelnen.

In packenden Worten schilderte Hitler dann weiter, wie unsere bisherigen Machthaber erst den politischen, dann den wirtschaftlichen und schließlich den moralischen Kredit, den unser Volk durch Fleiß und Leistung durch die Jahrhunderte angesammelt hätte, verwirtschaftet hätten. Die Tragödie unserer Tage wurde lebendig. Mehrere junge S.A.-Leute mußten ohnmächtig aus dem Saal getragen werden. Hitler bemerkte es und meint[*e*]: "Diese jungen Leute haben gehungert, nur um hier stehen zu können ..." Alles verstand ihn.

"Dem Prinzip der Majorität, der Halbheit, setzten wir das der Persönlichkeit, der Leistung, entgegen. Alle Leistung der Nation ist Leistung der Persönlichkeit gewesen, die Demokratie hat die Kraft zur Leistung getötet.

Das Tor zur Freiheit öffnet sich ein Volk nur mit dem Schlüssel, den es sich selbst geschmiedet hat! Solange wir im Zwinguri [12] gefangen sitzen, ist nichts von Versprechungen zu erwarten. Wenn die Presse schreibt, ich ginge nicht auf die "Tagesfragen" ein [13]: Glauben Sie mir, daß wir den Schwindel nicht auch mitmachen könnten? (Heiterkeit und Beifall.)

Bismarck sagte einst, man solle Deutschland nur in den Sattel setzen, reiten werde es schon können [14]. Heute setzen wir die Vernunft in den Sattel, sie wird bestehen können!

Wir stehen an der Wende des 2. Jahrtausends der deutschen Geschichte und wollen, daß unser Volk als Machtfaktor ins 3. einzieht. Erst dadurch, daß Millionen hinter unseren Fahnen stehen, können auch die eigenen Wünsche in Erfüllung gehen. Dienst am Volke, das ist Nationalsozialismus! [15]

---

11 Vgl. Dok. 60, Anm. 8.

12 Anspielung auf Friedrich von Schiller, Wilhelm Tell (1804), I. Akt, 3. Szene.

13 Vgl. Dok. 90, Anm. 30.

14 "Setzen wir - sozusagen - Deutschland in den Sattel, reiten wird es schon können." Bismarck am 11.3.1867 vor dem Norddeutschen Reichstag. Vgl. Bismarck-Worte. Hrsg. von Heinz Amelung, Berlin 1918, S. 17.

15 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf, u. a. wie vergeblich versucht wurde, den Deutschland-Korrespondenten von "Le Matin", Jules Sauerwein, am Besuch der Veranstaltung zu hindern. Vgl. Dok. 87, Anm. 56 und 57 sowie Jules Sauerwein, 30 Ans à la Une, Paris 1962, S. 204 ff.

7. September 1930 Dok. 107
"Das Volk steht auf, der Sturm bricht los!" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Nürnberg [2]

Masch. Aufzeichnung mit hs. Korrekturen, o. D.; BA, NL Streicher 126 [3].

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Wie oft schon und wie lange Zeit hatte es geschienen, als ob [4] das deutsche Volk versinken würde in Lethargie, Verzweiflung und Gleichgültigkeit. Nun aber erleben wir in ganz Deutschland die Wahrheit des oft zitierten Satzes: "Das Volk steht auf, der Sturm bricht los [5]!"

Was wir heute vor uns sehen, ist nicht mehr das deutsche Volk von früher, das sich Jahrzehnte mit dem lächerlichen Kleinkram des Alltags beschäftigen konnte, nein, es ist ein Sturm im Anzug, und das Volk steht auf! Es hat sich innerlich losgerissen, ist zur Besinnung gekommen und hat erkannt, daß es zur wahren Quelle seines Volkstums zurückkehren muß, sein Schicksal ein gemeinsames ist und unzertrennlich. Unser Schicksal kann nicht von einzelnen Berufen geändert werden oder von der Stadt oder vom Land aus, es wird dann geändert, wenn das ganze deutsche Volk sich wieder auf seine Aufgabe besinnt und auf sich selbst vertraut. Dann wird es wieder auf den Weg der Erkenntnis entschlossenen Handelns zurückkehren und zurückfinden.

So erleben wir nun, daß dieses deutsche Volk sich in einer Zeit erhebt, in der man es nach außen hin im Geist der Unterwürfigkeit erzogen, in einer Zeit, da man versuchte, das deutsche Volk als krank, als kraft- und marklos hinzustellen. Und gerade in einer solchen Zeit erhebt sich das deutsche Volk und schreitet den Weg der Kraft und des bewußten Handelns. Den gewaltigen Eindruck, den Sie heute von dieser Kundgebung bekommen, kenne ich seit acht Wochen im ganzen Deutschen Reich, von Ost bis West, von Nord bis Süd [6].

Es zieht ein neuer Geist in unser Volk ein. Es scheint die Zeit gekommen, in der die Spaltungen sich wieder schließen, in der die deutschen Menschen sich zusammenfinden, zum Be-

1 Titel laut Preiß, Adolf Hitler in Franken, S. 153.
2 In der Festhalle des Luitpoldhains. Hitler sprach etwa eine 3/4 Stunde. An der Versammlung, auf der neben Hitler auch der Münchner Stadtrat Hermann Esser und der ehemalige Borkumer Pfarrer Ludwig Münchmeyer auftraten, nahmen laut Polizeibericht etwa 15.000 Perrsonen teil.
3 Mit den inhaltlich geringfügigen, hs. Korrekturen wurde die Rede offenbar für den Druck bei Preiß überarbeitet: Preiß, Adolf Hitler in Franken, S. 153-156. Die vorliegende Wiedergabe orientiert sich am masch. Text. Vgl. auch Fränkischer Kurier vom 8.9.1930, "Nationalsozialistische Partei"; Nordbayerische Zeitung vom 8.9.1930, "Adolf Hitler in Nürnberg"; Nürnberger Zeitung vom 8.9.1930, "Der Wahlkampf. Große Kundgebung der Nationalsozialisten"; Die Flamme vom 11.9.1930, "Adolf Hitler in Nürnberg"; VB vom 14./15.9.1930, "Adolf Hitler in der Festhalle zu Nürnberg"; Illustrierter Beobachter vom 20.9.1930, "Adolf Hitler bei seinen Nürnbergern". Lagebericht Nr. 180/II/30 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 8.10.1930; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Lageberichte.
4 Hs. Ergänzung dieses Wortes in der Vorlage.
5 Aus dem Gedicht "Männer und Buben" von Theodor Körner vom August 1813.
6 Anspielung auf Hitlers Wahlreden für die sächsische Landtagswahl am 22.6.1930 und die Reichstagswahl am 14.9.1930. Vgl. Dok. 53 ff. und Dok. 76 ff.

kenntnis fürs Vaterland, zusammenfinden zu einem gemeinsamen Glauben und auch zu gemeinsamer Tat.

Das Ziel, das wir Nationalsozialisten verfolgen, läßt sich nicht vergleichen mit dem Ziel der anderen Parteien. Glauben Sie [*mir*], auch uns würde es leichter fallen, Versprechungen zu machen. Auch wir wissen genau, wo den einzelnen Menschen der Schuh drückt und was er gerne beseitigt haben möchte. Wir Nationalsozialisten wissen aber auch genau, daß jedes Versprechen Trug sein müßte, denn es gibt keine Rettung und keine Hilfe für den einzelnen Menschen, nicht für einen bestimmten Beruf, nicht für den Bauern, nicht für den Städter, den Angestellten oder Beamten - wenn nicht das ganze deutsche Volk seine Schicksalsgemeinschaft erkennt. Und dieses Schicksal heißt:

Nationalismus und Sozialismus müssen zu einer Einheit werden!

So kann es niemals eine Hilfe für den einzelnen geben, wenn nicht den Millionen deutscher Menschen, wenn nicht zugleich der gesamten Nation geholfen wird.

Erst an dem Tage, an dem der deutsche Mensch sich von fremden Einflüssen befreit und zur deutschen Seele zurückfindet, an dem Tage wird die neue deutsche Geschichte geboren. Deshalb verspreche ich euch nichts. Solange der deutsche Mensch nicht sein Joch abwirft, wird ihm keine Freiheit werden. Ihr könnt nur Freiheit und Macht erringen, wenn sich die Millionen unterdrückter Menschen vom Boden erheben, wenn diese Millionen zu gemeinsamem politischen Kampf ihre Kraft entfalten. Dann wird das deutsche Volk wieder Anerkennung in der ganzen Welt finden wie einst in seinen guten und glücklichen Zeiten [7]. Auf euch, auf unser Ziel, auf unsere Staatsidee, auf den kommenden Wahlkampf blickt die ganze Welt. Mögen auch französische Journalisten unsere Bewegung und ihre Männer für politisch unfähig erklären [8], so bin ich überzeugt, daß heute ganz Frankreich auf diese nationalsozialistische Bewegung sieht, weil es in ihr den Geist erkennt, der unser Volk vor Jahrhunderten schon erfüllt und groß gemacht hat. Wenn dieser Geist siegt, dann ist Frankreichs Vorherrschaft in Europa beendet!

Das deutsche Volk hat nun eine tausendjährige Geschichte des Glückes und des Leides hinter sich [*sic!*]. Immer wenn über dieses deutsche Volk Zeiten tiefster Erniedrigung kamen, da kam die Erlösung aus dem Volk selbst heraus. Heute ist es nicht anders. Was Sie heute hier sehen, ist ein Volk, nach außen ohnmächtig, aber schon vom Geist einer neuen Zeit durchdrungen. So wird auch der 14. September [*1930*] mehr sein als ein bloßer Wahltag. Er wird ein Wendepunkt in der deutschen Geschichte sein. Wir alle haben das Gefühl und die Überzeugung, daß sich das deutsche Volk nicht mehr an die alten Bindungen hält und an diesem Tage eine neue Regierung und einen neuen Reichstag einsetzen wird. Am 14. September erhält zum ersten Male eine sichtbare Tat ihre Gestaltung in der Reformation des deutschen Volkes und des deutschen Willens.

Während die anderen Parteien nach zwölfjähriger Verschleuderung Sparmaßnahmen [9] versprechen, von Reichsreformen [10] schwätzen und von Wahlreformen [11] faseln, setzen wir Na-

7 Gemeint ist die Zeit vor 1914.
8 Vgl. Dok. 87, Anm. 56 f. und 106, Anm. 15.
9 Zur Sparpolitik der Reichsregierung vgl. Heindl, Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden, S. 98 ff.
10 Vgl. Dok. 29, Anm. 14.
11 Vgl. Dok. 87, Anm. 54.

tionalsozialisten den Versprechungen der anderen eine Reform im deutschen Denken und deutschen Handeln entgegen und fühlen, daß diese Reform schon im Anfang begriffen ist.

Wer sind sie alle diese Menschen vor uns? Sind es Bürger oder Arbeiter, Angestellte oder Beamte, Hausbesitzer oder Mieter? Stehen sie nicht unter dem Gebot der Stunde, die sie zu dieser Bewegung zwingt? Haben sie nicht das Gefühl, daß sie jetzt nicht der Bürger, der Proletarier, nicht der Angestellte, der Hausbesitzer, nicht der Mieter sind? Sondern sie sind zu dem Glauben gekommen, von dem sie Ausgang genommen haben, daß jeder, der hier steht, ein Teil des deutschen Volkes ist.

Das ist das Neue an unserer Bewegung, daß sie [12] den Menschen langsam von der alten Überzeugung losreißt, daß die verhängnisvolle Zersplitterung aufhören muß, daß sich Stadt und Land, Arbeiter und Bauer, Angestellter und Beamter wieder eins fühlen [13] in dem Bewußtsein, wer die Macht wirklich darstellt, das deutsche Volk in seiner Gesamtheit oder die Parteienzersplitterung [14].

Das deutsche Volk muß sich mit diesem Gedanken befassen, damit es sich seines inneren Bekenntnisses zum Volk bewußt wird. Dann erst wird es ihm gelingen, zu einer Einheit zusammenzukommen. Diese Einheit findet ihre Verkörperung in unserer nationalsozialistischen Bewegung. In dieser Zuversicht und im Glauben an den deutschen Menschen appellieren wir am 14. September an Sie, und am 15. und am 16. September beginnen wir wieder erneut den Kampf mit dem heiligen Gelöbnis, so wahr uns Gott helfe [15], nicht zu rasten, bis 60 Millionen deutscher Menschen [16] in unseren Reihen sind, bis endgültig das ganze deutsche Volk in dieser Bewegung steht, und bis ganz Deutschland diese Parole sein eigen nennt. Es muß aus dieser Gesamtheit des Volkes die Kraft erwachsen, die Sklavenketten abzuwerfen, die Schandverträge zu beseitigen, um dem deutschen Menschen die Früchte seines Fleißes, seiner Tüchtigkeit und Sparsamkeit, seiner Regsamkeit selbst ernten zu lassen. Es muß endlich der Arbeiter wie der Bauer begreifen, daß ein Einzelsieg ihm keinen Gewinn bringt, läuft er seiner eigenen Partei nach, wird ihm keine reiche Ernte heranreifen. Es gibt keinen Sieg der Bürger oder der Beamten oder der Proletarier, ihr Einzellos entscheidet nicht über die Zukunft des deutschen Volkes, sondern das Los jeder Schicht im Volk und damit die Gesamtheit der deutschen Nation [17]. Es gibt nur ein deutsches Volk, das in seiner Gesamtheit siegt oder in seiner Gesamtheit untergeht und damit jeden Stand ins Verderben reißt. So appellieren wir an Sie. Geben Sie uns am 14. September ihre Stimme! Aus den Trümmern der Vergangenheit wollen wir ein neues Deutsches Reich aufbauen, ein Reich der Freiheit und der Ehre. Marschieren Sie mit in der braunen Front [18], in Deutschlands Zukunft! Kämpfen Sie mit, und Ihre Stimme wird am kommenden Sonntag zu dem Ergebnis führen, das Sie erhoffen! Werfen Sie Ihre Person mit in die Waagschale, ringen Sie und kämpfen Sie mit für dieses neue Deutschland, auf daß zuschanden werde, all das, was uns unsere Gegner heute noch antun! Sie können unsere Bewe-

12 In der Vorlage ist das masch. Wort "es" hs. ersetzt durch das Wort "sie".
13 Anspielung auf die deutsche Kriegsbegeisterung im August 1914.
14 Vgl. Dok. 86, Anm. 31 und Dok. 88, Anm. 13.
15 Vgl. Dok. 63, Anm. 23.
16 Vgl. Dok. 60, Anm. 8.
17 Vgl. Dok. 54, Anm. 3.
18 Vgl. Dok. 86, Anm. 67.

gung nicht mehr mit lächerlichen Polizeimitteln ersticken [19]. Verstehen sie noch nicht, daß ihr Schmutz, ihr Terror, ihre Gemeinheit zur Größe unserer Bewegung beigetragen haben?

Der 14. September wird zum Wendepunkt in der deutschen Geschichte, wenn Sie es wollen! Wir Nationalsozialisten haben die Aufgabe, das deutsche Volk aufzurufen, und werden diese Aufgabe genau in der Zukunft erfüllen. Blickt auf die zwölf Jahre der Vergangenheit zurück: Ein gläubiges Volk wurde von Versprechungen, von Lügen, Hoffnungen betrogen. Glaubt ihr diesen Volksverführern noch weiter, dann beklagt euch nicht über euer Schicksal. Wollt ihr eine Änderung, dann geht dorthin, wo die Entscheidung fällt, wählt die Liste der Zukunft eines einigen großen deutschen Volkes.

Glauben Sie in dieser Woche nichts, was unsere Gegner lügen, schenken Sie ihren Prahlereien, ihren Drohungen kein Gehör. Ihre einzige Möglichkeit ist ja nur noch Verleumdung und Gemeinheit, um ihre eigene Wahl durchzufechten. Sie täuschen sich in unserer Entschlossenheit, in unserem Kampfwillen, in dem Glauben an unseren Sieg am 14. September.

Durch unsere Wahlarbeit werden wir beweisen, daß fanatische Begeisterung des einzelnen die Massen zum endgültigen Sieg emporreißt. Am 15. September stehen wir bereits wieder im Kampf, er wird fortgeführt über alle Wahlen hinweg bis zu der Stunde, in der ein neues Deutsches Reich für Freiheit und Brot [20] durch Volkeswillen geschaffen und besiegelt wird.

8. September 1930 Dok. 108
"Der Streit im Hitler-Lager" [1]
Rede auf NSDAP-Versammlung in Augsburg [2]

Schwäbischer Beobachter vom 12.9.1930, "Augsburgs größtes Ereignis" [3].

Adolf Hitlers Rede war eine grandiose Abrechnung mit den Parteileuten, die von der November-Revolution an bis heute unser ganzes Volk und unser Vaterland zugrunde regieren. Er wies nach, daß alle Parteien von rechts bis links nur Interessentengruppen sind und daß auch die Revolution nichts anderes war als ein Verbrechen, begangen von den daran interessierten Juden und deren Beauftragten. Die sogenannte Internationale [4] liegt nur im Interesse einer

19 Vgl. Dok. 23, Anm. 3; Dok. 24, Anm. 2; Dok. 28, Anm. 29; Dok. 29, Anm. 13; Dok. 32, Anm. 24; Dok. 41, Anm. 21; Dok. 55, Anm. 1; Dok. 58.
20 Vgl. Dok. 20, Anm. 31.

1 Titel laut Vorlage.
2 In der Sängerhalle, abends. Die Versammlung, an der laut VB über 10.000 Personen teilnahmen, wurde von MdL und Gauleiter Karl Wahl geleitet und mit einer Begrüßung Hitlers eingeleitet.
3 Vgl. auch Schwäbische Volkszeitung vom 9.9.1930, "Auch bei Hitler - nichts Neues!"; Augsburger Neueste Nachrichten vom 10.9.1930, "Aus dem Wahlkampf. Die NSDAP in der Sängerhalle"; Neue Augsburger Zeitung vom 10.9.1930, "Die Hitler-Sensation"; VB vom 11.9.1930, "10.000 in Augsburg". Ferner Vermerk der Polizeidirektion München, Ref. VI/N o. Nr. vom 8.9.1930; StA München, Polizeidirektion München 6829. Von den vorliegenden Überlieferungen ist die des Schwäbischen Beobachters am ausführlichsten. Soweit die stark wertenden Passagen dieser Überlieferung inhaltlich unergiebig sind, werden sie nicht wiedergegeben.
4 Vgl. Dok. 90, Anm. 54.

Gruppe, einer bestimmten Rasse, die überhaupt nicht zu uns gehört und die nur deswegen alles Nationale zerschlagen will, damit sie international herrschen kann. So mußte sich auch die Revolution entsprechend auswirken; ihr Symbol war nicht ein großer Gedanke, nicht ein heroischer Satz. Das Symbol der Revolution, rief Hitler mit erhobener Stimme, war ein Raubzug der Börsenbanditen!! [*sic!*]

Das Volks- und Staatsinteresse aber verlangte nicht, daß die Revolution durchgeführt, sondern daß sie um jeden Preis verhindert hätte werden müssen. Gewiß, man kann abrechnen mit einem unfähigen Regierungssystem; man kann auch Revolutionen machen, um Faules und Morsches zu beseitigen. Wer aber eine Revolution macht, wenn der Feind vor dem Tore steht, der ist ein Volks- und Vaterlandsverräter.

Im weiteren Verfolg seiner Rede erinnerte Hitler an alle die Versprechungen, die die neudeutschen Regierungsleute, von den Novemberleuten schwarz wie rot angefangen [5] [*sic!*], zum letzten "Young-Kabinett" [6], dem deutschen Volke gegeben haben. Er erinnerte an die Plakatanschläge im November 1918, auf denen dem Volke Arbeit und Brot garantiert und ein Leben von "Schönheit und Würde" [7] verkündet worden war. Er zeigte, wie - nachdem sich das eine Versprechen als Lüge und Betrug sich entpuppt hatte, - an seine Stelle immer wieder ein anderes gesetzt wurde, bis herauf zum Young-Plan [8]. Hier haben wir sie gestellt, rief Hitler, durch das Volksbegehren [9], hier haben wir sie gezwungen, vor das Volk zu treten und sich zu rechtfertigen. Wir haben sie gezwungen, dem Volke durch den Rundfunk [10], durch die Presse und durch Flugblätter [11] ihre Lügen ins Gesicht zu sagen. Sie versprachen Ankurbelung der Wirtschaft, Rückgang der Arbeitslosigkeit, Hilfe für die Landwirtschaft, Senkung der Steuern [12] und noch verschiedenes andere mehr. Und was haben wir dagegen gesagt? Wir haben erklärt, das Gegenteil wird eintreten; die Wirtschaft wird völlig zugrundegehen, die Arbeitslosigkeit wird gesteigert, der Bauer wird vollständig vernichtet werden.

Noch selten habe ich mich so gefreut, fuhr Hitler fort, als wie an dem Tage, an dem der Reichstag aufgelöst wurde [13]. Ich weiß, welche Angst die parlamentarischen Sesselhocker vor der Abrechnung haben. Ich weiß sehr wohl, was es für faule Burschen bedeutet, jetzt hinaus ins Volk zu müssen und dort Rede und Antwort zu stehen. Wenn ich mir vorstelle, wie diese Herren schon ihre Quartiere in den Bädern und Kurorten, in den ersten Hotels bestellt hatten, dann verstehe ich sehr wohl ihr Jammergeschrei, denn die schönen Hotel- und Badezimmer, die sie bestellt hatten, konnten sie nun nicht beziehen [14]. Anstatt dieses mußten sie hineingehen in die schwüligen [*sic!*] Säle, wo der Wahlkampf tobt, und darin wird es den Brüdern siedend heiß. Uns wird es allerdings auch heiß von den vielen Menschen, die zu unseren Ver-

---

5 Anspielung auf die sog. Weimarer Koalition aus MSPD, Zentrum und DDP, deren Vertreter von Februar 1919 bis Juni 1920 die ersten drei Reichsregierungen der Weimarer Republik bildeten.
6 Gemeint ist das Kabinett unter Reichskanzler Hermann Müller.
7 Vgl. Dok. 15, Anm. 2.
8 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.
9 Vgl. Dok. 5, Anm. 6.
10 Vgl. Dok. 77, Anm. 41.
11 Vgl. Dok. 86, Anm. 18 sowie Dok. 28, Anm. 9.
12 Vgl. Dok. 19, Anm. 8.
13 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.
14 Vgl. Dok. 77, Anm. 63.

sammlungen kommen, den anderen wird es heiß vor den vielen leeren Stühlen, vor denen sie sprechen müssen.

Nun aber, da sie keine großen Lügen mehr zur Verfügung haben, fangen sie mit den kleinen und erbärmlichen an. Nun steigt der Jude von seinem Podest herunter und lügt mit gewaltigem Eifer und denkt, es wird sich schon noch ein Goi [15] finden, der seine Lügen glaubt. Und wenn es bloß zehn sind, die ihm glauben, dann ist er schon zufrieden, denn heute begnügen sie sich schon damit, rief Hitler mit beißender Ironie, wenn sie ihre Wähler dutzendweise zusammenbringen können. In ihrer Presse schreiben sie von der Spaltung unserer Bewegung [16]. [...] [17] Ich erkläre aber hier in der deutschen und in der breitesten [*sic!*] Öffentlichkeit:

Die nationalsozialistische Bewegung ist so organisiert und so granitfest, daß eher Deutschland zerfällt, ehe diese Partei auseinandergeht.

Nicht die Partei spaltet sich, erklärt Hitler weiter, sondern dieselbe säubert sich von Zeit zu Zeit von den Spaltpilzen und schleudert sie davon. Und wenn man glaubt, wir sind mit diesem und jenem nicht "regierungsfähig" [18], so sage ich: Wir treten nicht in Regierungen ein, um das zu tun, was unsere Gegner wollen, sondern um das zu tun, was dem deutschen Vaterlande dient! (Langanhaltender stürmischer Beifall!) Und wenn man uns nicht haben will, dann erklären wir: Die Hand haben wir Euch gegeben, ihr stoßt sie zurück, so sollt ihr jetzt dafür die Faust bekommen! Wir scheuen keinen Kampf und auch keinen Wahlgang. Wenn der 14. September für uns eine Niederlage brächte, dann beginnt der 15. September mit neuer Arbeit. Und wenn wir am 14. September einen riesigen Sieg erfechten, dann trifft uns der 15. September wieder an der Arbeit und in keinem Kurort, keinem Bad und keinem nobel ausgestatteten Hotelzimmer.

Niemals geht es bei uns um einen Verrat; niemals hätte draußen im Felde ein Kamerad den anderen verraten, mit dem er die Kriegsjahre hindurch Seite an Seite marschierte. Auch wir stehen in einem schweren Kampf, wir sind durch die Gefängnisse gegangen [19], wir haben in den Versammlungen nebeneinander gekämpft, wir sind schwere Zeiten hindurch Seite an Seite marschiert. Daß wir nun als nationalsozialistische Kameraden einander im Stich lassen oder verraten sollen - so dumm und so erbärmlich, um das zu glauben, kann nur ein Hebräer sein. Man mag uns das Hemd und die Hose ausziehen [20], man mag uns von einer zur anderen Schikane treiben [21], es wird den derzeitigen Machthabern nichts, aber auch gar nichts helfen, denn das, was wir unter dem Hemd in unseren Herzen tragen, das können sie uns nicht herausrei-

15 Goi, Gojim. Hebräisch-jiddisch: Nichtjude.

16 Hitlers Bemerkung bezieht sich nicht nur auf die Abspaltung der Gruppe um Otto Straßer von der NSDAP (vgl. Dok. 70), die Revolte der Berliner SA (vgl. Dok. 100) und die Spannungen mit Julius Streicher (vgl. Dok. 77, Anm. 56), sondern hat auch konkrete lokale Bezüge. Im Anschluß an die Berliner Krise war es auch bei der SA in Augsburg zu ähnlichen Szenen gekommen, deren Unzufriedenheit ebenfalls in ihrer desolaten finanziellen Situation wurzelte. Nur mit Mühe war es den SS-Führern Heinrich Himmler und Sepp Dietrich gelungen, die aufgebrachten SA-Leute zu beruhigen. Vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 104 f.

17 Wie Anm. 3.

18 Vgl. Dok. 77, Anm. 56.

19 Vgl. Dok. 11, Anm. 23 sowie Dok. 51, Anm. 6.

20 Vgl. Dok. 55, Anm. 1.

21 Vgl. Dok. 23, Anm. 3; Dok. 24, Anm. 2; Dok. 28, Anm. 29; Dok. 29, Anm. 13; Dok. 32, Anm. 24; Dok. 41, Anm. 21; Dok. 55, Anm. 1; Dok. 58.

ßen, unseren Idealismus, unsere Liebe zu Volk und Vaterland können sie uns nicht rauben. Man stellt uns auf die Stufe der Verbrecher, verbietet bei unseren Versammlungen den Bierausschank [22], läßt die Aschenteller entfernen, weil wir angeblich so gefährliche Menschen sind, und dies alles, obwohl noch keinem durch uns bei den Versammlungen ein Haar gekrümmt worden ist [23]. Alles dieses müssen wir uns heute noch gefallen lassen, denn wo die Macht ist, da ist auch das Recht. Selbst das größte Unrecht, rief Hitler mit erhobener Stimme in den weiten Raum und die Lautsprecher trugen es von einem Eck zum andern, kann zum Recht werden, wenn die Macht dahintersteht! Sorgt dafür, fuhr er weiter [*sic!*], daß wir am 14. September die Macht erhalten und damit dann dem Rechte zum Recht verhelfen können...

Zwei Millionen der edelsten und besten deutschen Volksgenossen sind auf den verschiedenen Schlachtfeldern verblutet [24] und als wir Übriggebliebenen in die Heimat zurückkamen, da harrte unser eine Enttäuschung nach der anderen. 300 Jahre sind es her, daß in unserem Vaterlande ein Kampf tobte zwischen Protestantismus und Katholizismus, er wurde durchgekämpft und fand endlich seinen befriedigenden Abschluß [25]. Auch unser Kampf wird und muß bis zu seinem Abschluß durchgekämpft werden. Vor 10 Jahren waren es sieben Mann [26], die diesen Kampf aufnahmen, nach Ablauf von einem weiteren Jahre waren es 60, nach zwei Jahren 3.000 und heute zählen sie in die Hunderttausende... [27] Ein jeder Wald wird absterben, wenn man den alten morschen Bäumen keinen Nachwuchs mehr gibt und so werden und müssen auch unsere alten Parlamentsparteien absterben, selbst wenn sie sich bei jeder Wahl neue Namen und Bezeichnungen zulegen [28], weil sie morsch und faul geworden sind. Bei diesen unseren heutigen Parteien heißt es nicht: "Rettet das Volk, rettet das Vaterland", sondern da heißt es: "Rettet die Partei"; denn die Partei über alles, die Schicksalsfrage des einzelnen sowie der Gesamtheit ist diesen Herrschaften gleich.

Wir wissen, fuhr Hitler fort, daß der 14. September für uns und unser Volk noch kein Zahltag werden wird, aber eines wissen wir eben so sicher, daß er ein Zähltag sein wird. Der Tag

---

22 Die Münchner Neuesten Nachrichten meldeten am 17.8.1930, daß die Polizeidirektion München aufgrund mehrerer Zwischenfälle verfügt habe, daß bei öffentlichen Versammlungen von NSDAP und KPD "der Wirtschaftsbetrieb, der Ausschank von Getränken, das Verabreichen von Speisen, das Aufstellen von Aschenbechern und sonstigen Tischgeräten untersagt ist". Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 17.8.1930, "Zur Verhinderung von Wahlschlachten", ferner VB vom 19.8.1930, "In nationalsozialistischen Versammlungen darf nicht mehr gegessen, getrunken, geraucht werden. Die neueste Schikane der Münchner Polizeidirektion".

23 Nach verschiedenen gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern von NSDAP und KPD im Anschluß an Wahlveranstaltungen in München und Nürnberg hatte die Polizeidirektion München den Wirtschaftsbetrieb bei Wahlversammlungen verboten (vgl. die vorhergehende Anmerkung). Diese Auseinandersetzungen hatten ihren vorläufigen Höhepunkt am 13.8.1930 bei einer Kundgebung der Nürnberger KPD erreicht, als Nationalsozialisten die kommunistischen Redner mit Bierkrügen und Flaschen attackierten und bei den anschließenden Krawallen mindestens 65 Personen verletzt wurden. Vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 16.8.1930, "Schwere Schlägerei in einer Nürnberger Versammlung". Zum Terror der SA allgemein vgl. Dok. 58, Anm. 4.

24 Vgl. Dok. 69, Anm. 10.

25 Anspielung auf die Polarisierung in Deutschland durch die 1517 beginnende Reformation, die 1648 im Westfälischen Frieden ihren formalen Abschluß fand.

26 Vgl. Dok. 21, Anm. 4 sowie Dok. 41, Anm. 12.

27 Vgl. Dok. 11, Anm. 22; Dok. 36, Anm. 15; Dok. 41, Anm. 13; Dok. 44, Anm. 5; Dok. 69, Anm. 27; Dok. 72, Anm. 16; Dok. 89, Anm. 1.

28 Vgl. Dok. 84, Anm. 2.

der Erhebung des Volkes kommt, ob nun schon in den nächsten Tagen, Wochen, Monaten oder Jahren, bis heute ist dies noch unbekannt; euch, meine lieben Freunde, ist dieses in die Hände gegeben, deshalb sorgt dafür, daß dieser Tag nicht mehr allzu ferne liegt [29].

10. September 1930 Dok. 109
"Aufruf an das deutsche Volk: Was haben die alten Parteien versprochen, was haben sie gehalten?" Artikel [1]

VB vom 10.9.1930, "Adolf Hitlers Manifest" [2].

Nun ist das Ende gekommen!

Eine Periode größter politischer Versprechen und ebenso großer Hoffnungen endet im allgemeinen politischen, moralischen und wirtschaftlichen Bankrott.

Das souveräne Volk kann sich heute bei seinen politischen Führern bedanken. Denn diese sind für sein Los verantwortlich.

Am 14. September 1930 [3] wird entweder das System der jahrzehntelangen Belügung [*sic!*] unseres Volkes gerichtet und damit gestürzt, oder Deutschland geht den Weg ins Verderben bis zur letzten Konsequenz.

Das deutsche Volk hat zu wählen zwischen denen, die ihm seit Jahrzehnten den Himmel versprochen haben und das heutige Elend bescherten, und jenen, die Jahr für Jahr als ehrliche Warner aufgetreten sind und Punkt für Punkt von dem vorher prophezeiten, was nunmehr eingetroffen ist.

Eine einzige Frage steht am 14. September zur allgemeinen Prüfung und Beantwortung:

Haben die politischen Führer des deutschen Volkes mit ihren Versicherungen und Versprechungen recht behalten, oder behielt die nationalsozialistische Bewegung recht?

Jeder lege sich diese Frage vor.

Jeder beantworte sie nach seinem besten Wissen und Gewissen.

Jeder ziehe daraus die einzig mögliche Konsequenz.

Zwei politische Richtungen kämpften jahrzehntelang miteinander um die Gunst der deutschen Nation: *Der bürgerliche Nationalismus und der internationale Marxismus.* Beide versprachen jahrzehntelang dem deutschen Volke die Rettung aus den Nöten der Zeit, aus den Nöten der Wirtschaft, aus den Nöten des sozialen Elend, und erreichten nichts!

---

29 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Laut Anzeige im VB vom 30.9.1930 wurde Hitlers Manifest durch den Eher-Verlag als Flugblatt verkauft: 1-kg-Paket (ca. 75-80 Stück) 1,80 RM; 2-kg-Paket 3,40 RM; 5-kg-Paket 5,50 RM.

2 Vgl. auch: Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten. Urkunden und Aktenstücke, Bd. III/2. Hrsg. von Johannes Hohlfeld, Melle-Hannover o. J., S. 234-247.

3 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.

Alle Gründe, weshalb und warum die bürgerlichen Parteien, die 60 Jahre lang verfochtenen Ziele nicht erreichten, vermögen nicht zu entschuldigen.

Fest steht die Tatsache, daß das Endergebnis des bürgerlichen Parteiregiments die Vernichtung der deutschen Nation ist.

Bürgertum und Marxismus gemeinsam

Die international-marxistische Parteiwelt appellierte an das deutsche Volk und versprach, ebenfalls dereinst bestimmte Grundgedanken zu verwirklichen. Allein seit diese Richtung in Deutschland den alten Staat zerbrochen hat und selbst regiert, nahm die Entwicklung in größter Schnelligkeit den gegenteiligen Weg des Proklamierten.

Wo ist die soziale Republik?

Wo ist der gebrochene Kapitalismus?

Wo ist der überwundene Militarismus?

Wo sind die Segnungen der Freiheit und der Gleichheit,

der *Brüderlichkeit* [4], der *Schönheit* und der *Würde* [5] und wie die Phrasen alle heißen, mit denen die Revolution einem braven Millionenvolk die Vernunft benebelte und die aufrechte Gesinnung stahl?

Während die Ideen des bürgerlichen Nationalismus und internationalen Marxismus unser *Volk* als politischen Faktor in zwei Hälften reißen, haben sich die *geistigen Väter* beider Lager in Wirklichkeit längst gefunden und geeint.

Das nationale Bürgertum ruft zum Kampf für sich als einzige Rettung der Nation auf, paktiert aber durch seine Repräsentanten in den parlamentarischen Körperschaften schamlos offen mit dem vorher in der Wahl bekämpften internationalen Marxismus [6]!

Die marxistischen Parteien verfluchen die kapitalistische Wirtschaft, reden von der proletarischen Revolution, aber schließen tatsächlich an allen Orten den engsten Pakt mit den Kräften der internationalen Hochfinanz, des überstaatlichen Weltkapitals.

Internationales Börsenblatt und marxistische "Arbeiter"zeitung gehen Hand in Hand!

Es ist daher verständlich, daß große Teile des Volkes auf die Dauer die vollständige Unfruchtbarkeit ihres bisherigen politischen Kampfes erkennen. Millionen des bürgerlichen wie des proletarischen Lagers werden sich über die Unsinnigkeit ihres Hoffens klar, weil offensichtlich die Frucht ihres Ringens das Gegenteil von dem ist, was sie zu erkämpfen glaubten.

Eine Millionenarmee von Nichtwählern [7] *ist das äußerlich sichtbare Resultat dieser Erkenntnis.*

Aber auch die Parteien selbst gelangten zu steigender Einsicht in die Nichtverwirklichung des einst Versprochenen.

---

4 Vgl. Dok. 89, Anm. 8.

5 Vgl. Dok. 15, Anm. 2.

6 Vgl. Dok. 3, Anm. 5 sowie Dok. 23, Anm. 2.

7 Bei der Reichstagswahl vom 20.5.1928 wurden bei einer Gesamtzahl von 41.224.678 Wahlberechtigten 30.753.247 gültige Stimmen abgegeben, was einer Wahlbeteiligung von 75,6% entsprach. Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 wurden bei einer Gesamtzahl von 42.957.675 Wahlberechtigten 34.970.857 gültige Stimmen abgegeben; dies entsprach einer Wahlbeteiligung von 82,0%. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 71 f.

Das Ergebnis ist der laufende Versuch, den Zusammenhang mit den geistig und moralisch abgewirtschafteten politischen Gebilden der Vergangenheit abzuleugnen.

Das schlechte Gewissen

Das schlechte Gewissen treibt seit 15 Jahren, fast vor jeder Wahl, die deutschen Parteien auf die Suche nach neuen Namen [8].

Das Volk soll zur Meinung gebracht werden, als würden sich plötzlich neue Kräfte um seine politische Zukunft bemühen, während es in Wirklichkeit nur neue Namen sind, hinter denen sich aber die alten Parteien und vor allem die alten Männer verstecken. Schon 1919 ist das deutsche Volk diesem groben Betruge zum Opfer gefallen [9]. Die große Namensumänderung der damaligen Parteien hat nur zu viele getäuscht, indem sie scheinbar Neues aufzeigte, das doch in Wirklichkeit das alte war. So konnte es kommen, daß nach einem vollständigen, geschichtlich noch nie da gewesenen Zusammenbruch bestimmter Parteien das Volk am Rande seines Grabes dieselben Parteien, die ihm vorher das Grab geschaufelt hatten, wieder mit seinem Vertrauen bedachte!

Das Belügen des Volkes im *Prozeß der Namensänderung* der Parteien vor den Stunden einer befürchteten Abrechnung nimmt seit langem kein Ende.

Durch Jahre verfechten die Parteien ein bestimmtes Ziel und verfluchen und verdammen jeden, der es für falsch hält und das Volk warnt. Am Ende aber müssen sie die Richtigkeit des Einspruchs ihrer Gegner anerkennen, sie können nicht leugnen, daß ihre eignen politischen Maßnahmen verfehlt waren, daß die Nation durch sie nicht nur nicht errettet, sondern erst recht der Vernichtung zugeführt wurde, und treten doch bei jeder neuen Wahl mit eiserner Stirne abermals vor das Volk hin! Sie haben sich einen neuen Namen beigelegt und hoffen, damit von ihren alten Sünden freigesprochen zu sein.

Was dem Volk nicht zum Bewußtsein kommt, weiß es nicht.

Das ist ihre Wahlparole und ihre Hoffnung zugleich.

Das Gericht vom 14. September

Am 14. September soll das deutsche Volk abermals Gericht halten und Urteil sprechen. Die praktische Beantwortung der Fragen, die sich das Volk vorlegen müßte, führt durchlaufend nur zu einem Resultat:

Alles, was von den bisherigen politischen Parteien versprochen und zugesichert wurde, ist nicht eingetroffen.

Die Parteien der Handarbeiter versprachen die Besserung des Loses des deutschen Arbeitnehmers!

Sein Los hat sich verschlechtert [10]!

Die Parteien der Industrie und Großwirtschaft versprachen die Rettung der deutschen Wirtschaft, der deutschen Industrie:

Deutsche Wirtschaft samt deutscher Industrie geht zugrunde [11]!

---

8 Vgl. Dok. 84, Anm. 2.

9 Vgl. Dok. 21, Anm. 2.

10 Zur damaligen Situation der Arbeiterschaft vgl. z. B. Zollitsch, Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus.

11 Vgl. Dok. 76, Anm. 11.

Die Parteien unserer Bauern haben versprochen, die Landwirtschaft vor [*dem*] Ruin zu bewahren!

Wenn ihre Rettung nur noch 10 Jahre lang so wie bisher andauert, wird es keinen selbständigen deutschen Bauern mehr geben [12]*!*

Die Parteien des Mittelstandes versicherten, den deutschen Mittelstand vor der Vernichtung zu retten:

Der deutsche Mittelstand aber geht in schnellstem Tempo seinem vollständigen Untergang entgegen [13]*!*

Die Parteien der Aufwerter haben versichert, die Wiedergutmachung des Inflationsverbrechens durchführen zu wollen:

Die Parteien, sie leben, aber die Opfer der Inflation [14] *sterben langsam aus.*

Die Parteien zur Rettung des Kleingewerbes schwören, dem kleinen Handwerker, dem Geschäfts- und Kaufmann zu helfen:

Allein unter ihrer Mithilfe schießen die Großwarenhäuser aus dem Boden und würgen Hunderttausende dieser selbständigen Existenzen ab [15]*!*

Das Zentrum "kämpft" für die Religion:

Allein unter seinem Pakt mit dem Atheismus [16] *feiert die Verhöhnung des Christentums Orgien!*

Die Bayerische Volkspartei "rettet" die bayerischen Hoheitsrechte [17]:

Allein unter ihrer Regierungstätigkeit erst wird Bayern auf allen Gebieten zu einer Provinz degradiert!

Endlos könnte man die Aufzählung dieser Tatsachen, die nicht zu bestreiten sind, fortsetzen.

Wenn der alte Bibelspruch: *"An den Früchten sollt ihr sie erkennen"* [18], noch Geltung hat, dann sind die politischen Parteien schon jetzt samt und sonders gerichtet...

Wie gelogen wurde

Allein nicht nur rein parteimäßig gesehen, sind die Erfolge unserer politischen Bewegungen ausgeblieben, sondern auch staatspolitisch, national- und wirtschaftspolitisch im großen und kleinen war ihre Tätigkeit ein Verhängnis für unser Volk!

Mit Lügen wurde die Revolution [19] eingeleitet.

Mit Lügen der Waffenstillstand [20] motiviert.

Mit Lügen begründete man die Notwendigkeit der Auslieferung unserer Flotte [21].

---

12 Vgl. Dok. 8, Anm. 7 und 8 sowie Dok. 22, Anm. 2, 4 und 10.
13 Vgl. Dok. 8, Anm. 11.
14 Vgl. Dok. 29, Anm. 9.
15 Vgl. Dok. 8, Anm. 12 sowie Dok. 97, Anm. 36.
16 Vgl. Dok. 3, Anm. 5.
17 Zum Föderalismusgedanken der BVP vgl. Dok. 97, Anm. 23. Zu den bayerischen Reservatrechten vgl. Dok. 97, Anm. 21.
18 Matthäus 7, 16 und 20.
19 Gemeint sind die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.
20 Vgl. Dok. 44, Anm. 7, Dok. 77, Anm. 7 und Dok. 86, Anm. 11.
21 Vgl. Dok. 86, Anm. 12.

Mit Lügen hat man unser Volk über die Diktate von Paris [22] und London [23] hinweggetäuscht.

Mit Lügen bestimmte man Deutschland zur Unterschrift des sogenannten Friedensvertrages von Versailles [24].

Mit Lügen führte man unser Volk in den Dawes-Pakt [25].

Lügen mußten Vorspanndienste leisten, um Locarno [26] zu unterschreiben.

Und Lügen und wieder Lügen haben uns den Young-Plan [27] beschert.

Wenn man heute versucht, von einem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft oder unseres Volkskörpers überhaupt zu reden, dann ist das ein Betrug.

Als Deutschland im Weltkriege 26 Staaten gegenüberstand [28], überfiel uns allerdings eine Zeit der schwersten Not. Deutschland war von allen Rohstoffquellen abgeschnitten. Mangel an allem begann [29]. Allein die deutschen Werte an sich blieben unangetastet. Unsere Wirtschaft betätigte sich im inneren Kreislauf. Die Beendigung des Krieges sah ein Deutschland, das an *innerem* Reichtum nichts verloren hatte, weil es nichts verlieren konnte.

Vom Jahre 1918 an aber versilberte und verflüssigte man die angesammelten Reserven und Guthaben unseres Nationalvermögens. Der sogenannte Wiederaufbau ging nur auf Kosten der im Laufe vieler Jahrzehnte durch Fleiß und Sparsamkeit angesammelten Reserven.

Das neue System hat dem deutschen Volk nicht aus eigener Kraft zu helfen vermocht.

Seit 11 Jahren wird von den Sachverständigen in Berlin und außerhalb des Reiches ein neuer Weg nach dem anderen gesucht und gefunden, das deutsche Nationalvermögen zu veräußern.

Die Forderungen unserer Gegner jedoch sind nie kleiner, sondern immer größer geworden [30].

Erst hieß der Weg der Auslieferung und Ablieferung.

Dann Konfiskationen und Beschlagnahmen.

Dann kam das System der Inflation [31].

Es wurde abgelöst vom System des Dawes-Paktes.

Der Young-Plan ist das letzte und neueste System dieser Erpressung.

Die Folge dieser "Sanierung" aber sind: Vernichtung der deutschen Nationalwirtschaft; Vernichtung der Landwirtschaft; Vernichtung des Mittelstandes; Vernichtung des Kleinbetriebes; Vernichtung der Arbeitsmöglichkeit von Millionen Menschen; Vernichtung jeglichen

---

22 Gemeint ist vermutlich die am 18.1.1919 eröffnete Pariser Friedenskonferenz, in deren Verlauf die Verträge von Versailles (28.6.1919), St.-Germain-en-Laye (10.9.1919), Neuilly (27.11.1919), Trianon (4.6.1920) und Sèvres (10.8.1920) unterzeichnet wurden.

23 Vgl. Dok. 47, Anm. 14.

24 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

25 Vgl. Dok. 5, Anm. 65.

26 Vgl. Dok. 13, Anm. 22.

27 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

28 Vgl. Dok. 60, Anm. 12.

29 Zur wirtschaftlichen Situation des Deutschen Reichs während des Ersten Weltkriegs vgl. Gerald D. Feldman, Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918, Berlin 1985.

30 Vgl. Dok. 6, Anm. 6.

31 Zu den Ursachen der Inflation, die in erster Linie aus der Art der Finanzierung des Ersten Weltkriegs resultierte, vgl. Holtfrerich, Die deutsche Inflation 1914-1923.

wirtschaftlichen Kredits; Verpfändung unseres gesamten Nationaleigentums, soweit es irgendwie werbend und fruchtbringend erscheint, allgemeine wahnsinnige Verschuldung [32].

Das ist die Sanierung Deutschlands seit dem November-Verbrechen.

Das völkerwürgende System

Die Aufgabe des Systems aber heißt:

Ruhe und Ordnung zur Durchführung dieser Sanierung! D. h.: Wehrt euch nicht!

Unser Volk ist vergeßlich.

Es erinnert sich vielleicht heute an vieles nicht mehr, was seine parlamentarisch-politischen Verführer ihm vor 12 oder 10 Jahren an Lügen vorgesetzt hatten.

Allein, das deutsche Volk kann sich heute noch erinnern an die ungeheure Flut von kühnen Behauptungen, mit denen man die Notwendigkeit der Unterschrift unter den Young-Plan begründete, und der ungeheuren Flut von Verleumdungen, Verdächtigungen und Lästerungen [33], mit denen man diejenigen überschüttete, die es damals wagten, unser Volk vor der Unterschreibung dieses Teufelspaktes zu warnen [34].

11 Jahre lang wechseln die internationalen Ausbeuter immer wieder die Methoden der Erpressung.

11 Jahre lang aber haben sie in unseren Parteien immer wieder willfährige Helfershelfer gefunden, die Methoden zu verschleiern und unser Volk blind zu machen.

11 Jahre lang haben unsere politischen Parteien immer wieder gegen die Warner Front gemacht, sie verdächtigt, beschimpft und verfolgt.

Volksgenossen, erinnert euch aber nur der Vorgänge anläßlich des Volksbegehrens!

Erinnert euch, wie man damals mit Verfassungsbrüchen gegen die Männer vorging, die es wagten, für die Aufklärung einzutreten [35].

Erinnert euch, wie man alle die beschimpfte, die den Young-Plan damals als das bezeichneten, als was er nun heute aller Welt sich zeigt.

Die Young-Parteien entlarvt

Die Parteien, die jetzt infolge ihres schlechten Gewissens unter fremder Larve vor das Volk hintreten, sie sind die gleichen, die vor 8 und 10 Monaten noch mit eiserner Stirne dem Volke vorgelogen [*haben*], daß

---

32 Im September 1930 verzeichnete der ordentliche Haushalt des Deutschen Reiches ein Defizit von 410,2 Millionen RM, der außerordentliche Haushalt ein Defizit von 19,4 Millionen RM. Insgesamt belief sich das Defizit des ordentlichen Haushalts des Rechnungsjahrs 1930/31 auf 1.190 Millionen RM, des außerordentlichen Haushalts auf 334,9 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 448.

33 Vgl. Dok. 6, Anm. 15 sowie Dok. 26, Anm. 2 und 3.

34 Vgl. Dok. 5, Anm. 6.

35 In der Ministerbesprechung vom 3.10.1929 hatte der Reichsminister des Innern Carl Severing Disziplarmaßnahmen gegen diejenigen Beamten vorgeschlagen, die das Volksbegehren gegen den Young-Plan unterstützten. Nachdem die DNVP-Fraktion im preußischen Landtag gegen entsprechende Maßnahmen der preußischen Regierung Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in Leipzig erhoben hatte, entschied dieser am 19.12.1929, daß derartige Maßnahmen die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten beeinträchtigten. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, S. 998 ff sowie Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1929, S. 193 f., 229.

der Young-Plan ein unermeßlicher Fortschritt sei,
daß
der Young-Plan eine Sanierung der Reichsfinanzen möglich mache [36],
daß
der Young-Plan die Ursache einer Ordnung unserer gesamten Landes- und Kommunalfinanzen sein wird,
daß
der Young-Plan vom Jahre 1930 ab einen Steuerabbau ermöglichen werde [37],
daß
der Young-Plan endlich die deutsche Wirtschaft wieder "ankurble", daß Kapital nach Deutschland strömen werde und daß der Young-Plan damit die Zahl der Arbeitslosen endlich vermindere,
daß
der Young-Plan aber vor allem auch den deutschen Bauern, der Landwirtschaft Erleichterungen, ja die Rettung bringen werde.

Jawohl, deutsches Volk, das log man Dir mit frecher Stirne noch vor 8 und 10 Monaten vor.

Die nationalsozialistische Bewegung hat damals gegen diese Behauptungen das Volk aufzuklären und zu warnen versucht.

Jawohl, wir haben es damals unternommen, mit einigen anderen Verbänden zusammen die Nation in letzter Stunde in Erkenntnis der ihr drohenden entsetzlichen Gefahr zur Besinnung zu bringen und zum Widerstande aufzurufen.

Das Volksbegehren und der Volksentscheid waren die erste offene Aktion des deutschen Volkes seit 12 Jahren gegen seine berufsmäßigen und gewissenlosen Belüger und Betrüger!

Denn wer einem Volke einen Vertrag mit so entsetzlichen Folgen aufzubürden trachtet und dabei kein Mittel unversucht läßt, die Einsicht des Volkes zu zerstören, die warnende Stimme der natürlichen Vernunft zu betäuben, um den Leichtsinn an ihre Stelle zu setzen, und wer dabei vor keiner Lüge, mag sie noch so ungeheuerlich sein, zurückschreckt, der handelt gewissenlos!

Und es ist das *schlechte Gewissen* [38], das diese Parteien jetzt keine Ruhe finden läßt. Das *schlechte Gewissen*, das sie herumjagte nach immer neuen Namen, nur von einem Wunsche beseelt, ein Aushängeschild zu finden, das den wahren Träger verbergen könnte. *"Staatsparteien"* heißen sie nun auf einmal, *"Volkskonservative"* möchten sie sein [39] und sind doch in Wirklichkeit nur die altbekannten Brüder aus der Young-Front.

Warum die Maskerade?

Sie wechseln die Namen ihrer Parteien heute wie man Hemden wechselt, wenn sie schmutzig geworden sind!

Sie müßten stolz darauf sein, mit ihren alten Namen vor die Nation hinzutreten.

Sie können es aber nicht wagen, weil das Volk sie mit einem Schlag beseitigen würde.

---

36 Vgl. Dok. 76, Anm. 20.
37 Vgl. Dok. 19, Anm. 8.
38 Vgl. Dok. 77, Anm. 55.
39 Vgl. Dok. 84, Anm. 2.

Was sie an innerem Kredit verloren haben, versuchen sie durch einen neuen Firmentitel wettzumachen.

Volk, reiße die Augen auf, erkenne den Betrug!

Die Warnungen der N.S.D.A.P.

Vor 10 Monaten haben wir Nationalsozialisten in Tausenden von Versammlungen die Folgen des Young-Plans vorhergesagt[40].

Unzählige Anhänger unserer Bewegung sind deshalb damals blutig geschlagen worden, andere sind für ihre Überzeugung gestorben. Die Wirklichkeit aber hat uns heute leider nur zu recht gegeben.

Wir haben behauptet, daß der Young-Plan zur vollständigen Vernichtung unserer Reichsfinanzen führen muß.

Wir haben behauptet, das das Gerede vom "Steuerabbau" ein glatter Schwindel ist, daß im Gegenteil nach Annahme des Young-Plans die Steuern wahnsinnig erhöht werden müßten!

Wir haben behauptet, daß die "Einsparungen" durch den Young-Plan bloß in den phantastischen Gehirnen unserer Parlamentarier sich befinden, aber in Wirklichkeit das Gegenteil eintreffen wird.

Wir haben behauptet, daß der Young-Plan unser ganzes Volk mit einer solchen Generalhypothek belastet, daß künftighin die Kreditfähigkeit Deutschlands auf den Nullpunkt sinken wird und damit die Kapitalnot seinen [sic!] *Höhepunkt erreichen muß!*

Wir haben behauptet, daß die Unterzeichnung des Young-Plans zu einer wahnsinnigen Steigerung der Arbeitslosigkeit führen müsse und nicht zu einem Abbau derselben, wie man dem Volke vorzuschwindeln beliebte.

Wir haben behauptet, daß das Versprechen der Rettung der Landwirtschaft durch den Young-Plan geradezu eine Irreführung für Dumme darstellt. Daß im Gegenteil der deutsche Bauer in eben dem Maße zugrunde gerichtet wird, in dem die Verpflichtung, mit Devisen zu bezahlen, uns nicht nur zum Export um jeden Preis, sondern damit auch - als Gegenleistung - zur Öffnung der Grenzen für fremde Lebensmitteleinfuhr zwingt.

Wir haben weiter behauptet, daß dieser Plan gar nicht erfüllbar ist, daß aber das Unterschreiben eines Paragraphen, der die Pflichterfüllung als unserem schlechten Willen entsprossen unter Strafe stellt[41]*, ein geradezu unfaßbares Verbrechen ist!*

Die verbrecherischen Illusionisten

Laß Dich nicht wieder von den Schwätzern betrügen und mit neuen Schwindeleien hinhalten.

Volk, urteile gerecht!

Wer hat damals die Wahrheit gesprochen und wer nicht?

Wessen Prophezeiungen sind eingetreten und wessen Behauptungen sind ins Gegenteil verkehrt worden?

---

40 Die Propagandakampagne für das Volksbegehren gegen den Young-Plan wurde am 1.9.1929 mit einer Kundgebung vor dem Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald eingeleitet. Vgl. Bd. III/2, Dok. 71 ff.

41 Vgl. Dok. 5, Anm. 66 sowie Dok. 6, Anm. 19.

Haben die anderen mit ihren Behauptungen recht gehabt, deutsches Volk, dann tritt hinter sie!

Haben aber wir mit unserer Warnung das Richtige vorausgesagt, dann, Volk, sei gerecht und *jage die Vernichter Deiner Zukunft zum Teufel!*

Lasse Dich nicht wieder mit der Phrase besänftigen: *"Wir haben uns eben einer Illusion hingegeben".*

Jawohl, seit 12 Jahren haben sie nur "Illusionen" gekannt, die Herren "Realpolitiker" der uns feindlichen Parteien.

Als die Revolution zum Gegenteil von dem führte, was man erst versprochen hatte, meinten sie, man müsse es entschuldigen, man sei eben "einer Illusion erlegen".

Als der Waffenstillstand die grauenhafteste Erpressung aller Zeiten einzuleiten begann, beklagte man wieder, daß man sich über die 14 Punkte Wilsons [42] einer Illusion hingegeben habe. Und dann kam eine "Illusion" nach der anderen. Spa [43] und Brüssel [44] und Versailles und Genf [45] und Paris und London und Locarno und der Völkerbund [46] und der Dawes-Pakt und endlich der Young-Plan. Und alles waren nur "Illusionen".

Aber Deutschland hat unter dem Fluch dieser Illusionen seine Freiheit verloren, hat seinen moralischen Kredit eingebüßt, hat keine politische Ehre mehr und hat endlich seine wirtschaftliche Grundsubstanz geopfert. Deutschland hat Milliarden für diese Illusionen bezahlt, und die Schuld ist nicht geringer geworden. Deutschland hat sich für diese Illusionen gedemütigt, und der Haß unserer Feinde wurde größer. Deutschland hat für diese Illusionen sich selbst ausgeliefert, und die Gier unserer Feinde kennt trotzdem keine Grenzen.

Alles war eine *"Illusion"*, jawohl, nur eines ist heute keine Illusion mehr:

Die Illusionisten haben das deutsche Volk, das fleißigste, tüchtigste und mutigste Volk zum wirtschaftlichen, moralischen und politischen Bankrott gebracht!

Deutsches Volk, schlage am 14. September nun nicht nur die "Illusionisten", sondern schlage die politischen, wirtschaftlichen und moralischen Bankrotteure!

Der 14. September hat erst dann einen Sinn, wenn an ihm die einzige Wiedergutmachung, zu der wir verpflichtet sind, ihren Anfang nimmt, die Wiedergutmachung unserer Ehre, unserer Freiheit, die Wiedergutmachung unserer inneren Schuld. Das Geheimnis dieser Aktion lautet:

Schlagt die Verräter! Jagt die Bankrotteure zum Teufel!

Laßt euch nicht wieder durch Namen blenden, seht ausschließlich ihre Taten!

Wer sind die Verbrecherparteien?

Seit 11 Jahren lügen diese Parteien.

Der *Marxismus* log von den Vorzügen der billigen Verwaltung der Republik, vom Abbau der indirekten Steuern und der Überwindung des Kapitalismus, von der Ausschaltung des Militarismus, vom ewigen Frieden usw.

Volk, was ist gekommen?!

42 Vgl. Dok. 19, Anm. 22.
43 Vgl. Dok. 77, Anm. 20.
44 Vgl. Dok. 77, Anm. 21.
45 Vgl. Dok. 77, Anm. 19.
46 Vgl. Dok. 86, Anm. 9.

Die *bürgerlichen nationalen Parteien* logen von der Wiederaufrichtung eines mächtigen Reiches, Wiedereinsetzung der Monarchie, Beseitigung der Klassenspaltung, Stärkung der Wehrkraft, Herstellung der Grenzen von 1914, Wiedergewinnung der Kolonien usw.

Und Volk, was ist gekommen?!

Die *christlichen Parteien* logen von der Überwindung des Antichrist, logen von der Rettung der Familie, logen von der sittlichen und moralischen Hebung des Volkes, von der Rettung der Gesellschaft, von der religiösen Verinnerlichung, von der Bekämpfung der Unmoralität, von der Reinigung des öffentlichen Lebens usw., usw.

Und deutsches Volk, urteile wieder, was ist gekommen?!

Die *Wirtschaftsparteien* logen von der Rettung der Wirtschaft, logen von der Rettung der Landwirtschaft, von der Rettung des Mittelstandes, von der Rettung des Kleingewerbes, von der Rettung des Fremdenverkehrs, von der Rettung des Hausbesitzes, von der Rettung der Inflationsgeschädigten usw., usw.

Und nun urteile selbst, deutsches Volk, was ist gekommen?

Die *pazifistisch-demokratischen Parteien* logen von der Welteinbürgerung Deutschlands, von der Gesinnungsänderung unserer Feinde, vom Nutzen des Völkerbundes, vom Weltgewissen, von der Kultursolidarität usw., usw.

Und wieder urteile Volk, was ist gekommen?!

Eine grauenhafte Wirklichkeit!

Beruf um Beruf, Stand um Stand, alles geht zugrunde.

Heute stehen wir vor der Entlarvung des größten politischen Lügensystems aller Zeiten. Jahrzehntelang hat man mit diesen Lügen unser Volk verblendet, jahrzehntelang es dem Verderben entgegengeführt, und nun, da man mit großen Lügen sich nicht mehr zu helfen vermag, greift man als letztes Mittel zur persönlichen Verleumdung, zur kleinen Lüge im politischen Wahlkampf.

Deutsches Volk, blicke zurück auf die Vergangenheit und du kannst diesen Riesenschwindlern und Riesenlügnern auch für die Zukunft kein Wort mehr glauben!

Was immer sie heute zur Unterstützung ihrer alten Parteien vorzubringen versuchen, kann nichts anderes als Lüge sein.

Wenn sie aber früher zu lügen gezwungen waren, um das Volk zu erobern, dann sind sie heute gezwungen zu lügen, um sich zu verteidigen.

Die nationalsozialistische Bewegung als Erhebung des deutschen Volkes, ist im Anmarsch!

In ihr steht nunmehr das deutsche Volk auf zur Vergeltung.

Die deutsche Volkserhebung

Seit 11 Jahren steht die nationalsozialistische Bewegung in steigendem, erbitterten Kampf gegen diese Hyänen unseres politischen Lebens.

Seit 11 Jahren setzen wir der bewußten Zersplitterung unseres Volkskörpers die große Parole des Zusammenschweißens von Stirne und Faust entgegen.

Seit 11 Jahren versuchen wir überall mit der Politik der Illusionen aufzuräumen und an Stelle dessen die einzige nüchterne Erkenntnis zu setzen:

Volk, hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott[47]*!*

---

47 Nach Justus Georg Schöttel (1612-1676): "Mensch, hilf dir selbst, so hilfet Gott mit."

Volk, hilf Dir selbst, d. h., besinne Dich auf Deine Kraft, auf Dein innerstes Wesen und auf ihre Stärke, vertraue nicht auf fremde Hilfe, sondern sei überzeugt, daß auch unserem Lande nur die Freiheit wird aus eigenem Vermögen.

Seit 11 Jahren warnen wir, über den Tagesfragen die großen Aufgaben der Erneuerung unseres Volkskörpers zu verkennen oder zu vergessen [*sic!*]!

Solange unser Volk internationalistisch denkt in allen seinen Schichten, wird es zu keiner Kraftentwicklung mehr fähig sein!

Solange unser Volk dem demokratisch-parlamentarischen Wahnsinn huldigt, wird ihm keine Leistung mehr beschieden sein!

Und solange unser Volk sich pazifistischen Einflüssen ergibt und in der Nachgiebigkeit einen besseren Schutz als im Kampfe sieht, solange wird es kein Recht mehr auf dieser Welt erhalten.

Demgemäß kämpft die nationalsozialistische Bewegung seit 11 Jahren für gewaltige Ziele und verwirklicht sie an ihrem eigenen Ich.

Während die anderen Parteien zergehen und zerfallen und oft schon nach wenigen Jahren sich des eigenen Namens schämen, hat unsere Bewegung, von 7 unbekannten Menschen ausgehend [48], heute Millionen ergriffen [49].

Unzählige Male totgeschwiegen, verleumdet, terrorisiert und verfolgt, ist sie in sich immer härter geworden und wird heute von allen Feinden unseres Volkes am meisten gehaßt.

Wenn der französische Jude Jules Sauerwein in Paris die deutsche Reichsregierung auffordert, mich, Adolf Hitler, zu verhaften [50], dann bin ich stolz auf diese Ehre. Diese Forderung spricht ebensosehr für die nationalsozialistische Bewegung, wie sie vernichtend für unsere Gegner ist, denen man eine solche Forderung auch nur zu unterbreiten wagt.

Frankreich haßt unsere Bewegung heute genau so, wie es bisher immer noch alles gute Deutsche gehaßt hat.

Und im Inneren unseres Vaterlandes ist es nicht anders.

Wer hat ein freies Deutschland zu scheuen?

Wer hat den Siegeszug der nationalsozialistischen Bewegung zu scheuen?

Der Novemberverbrecher, der unser Volk in das heutige Elend stieß.

Die Revolutionswanze, die an der Not und am Unglück des Volkes gedeiht.

Der parlamentarische Lügenbold, der 30 Jahre lang die Nation beschwindelte.

Der Inflationsbetrüger, der den Diebstahl im großen geheiligt hat.

Die Schieber und Volksbegaunerer auf allen Gebieten.

Die politischen Amtsparasiten, die das redliche Beamtentum entwerten und niederdrücken.

Die Korruptionisten in der Verwaltung.

Die Wehrmachtschänder und Volksabrüster.

Die Landesverräter und Industriespione.

---

48 Vgl. Dok. 21, Anm. 4 und Dok. 41, Anm. 12.

49 Vgl. Dok. 11, Anm. 22; Dok. 36, Anm. 15; Dok. 41, Anm. 13; Dok. 44, Anm. 5; Dok. 69, Anm. 27; Dok. 72, Anm. 16; Dok. 89, Anm. 1.

50 Vgl. Dok. 87, Anm. 56 und 57.

Die Minister, die jahrelang Milliarden vergeuden und jetzt auf einmal die Möglichkeit zum Sparen entdecken.

Die Lügner, die vom Christentum reden und mit dem Teufel des Atheismus paktieren.

Die Schwindler, die die Errettung des Mittelstandes versprechen und mit ihren Parteien die Großwarenhäuser züchten.

Die Kulturfatzken, die unser Volk mit Kitsch und Schund verderben.

Die Richter und Staatsanwälte, die das Recht verfolgen und den wehrlosen Menschen dann kraft ihres Amtes mißhandeln.

Die Verfassungsbrecher, die für Demokratie schwärmen und das Recht der anderen vergewaltigen.

Die Wahlreformschwindler[51], die vom Wahlrecht reden, während sie ein ganzes Volk im gesamten entrechten.

Den Sieg der nationalsozialistischen Bewegung hat mit einem Wort zu scheuen:

Wer verantwortlich ist für unseren politischen, moralischen und wirtschaftlichen Bankrott.

Und deshalb häuft sich Rechtsbruch auf Rechtsbruch, Terror auf Terror, Polizeipräsidenten setzen verfassungsmäßige Rechte durch einfache Verordnungen außer Kraft, wenn es sich um die Bekämpfung von Nationalsozialisten handelt. Es ist ein Hexensabbat von Verfolgung, und trotzdem ist das Wachstum unserer Bewegung nur einem unaufhaltsamen Sturme zu vergleichen.

Was wir wollen

Die nationalsozialistische Bewegung wird mit ihrem Siege den alten Klassen- und Kastengeist überwinden. Sie wird aus Standeswahn und Klassenirrsinn wieder ein Volk erstehen lassen.

Sie wird dieses Volk zu eiserner Entschlossenheit erziehen.

Sie wird die Demokratie überwinden und die Autorität der Persönlichkeit in ihre Rechte setzen.

Sie wird das verletzte Recht wieder dem deutschen Volke zurückgeben durch die brutale Verfechtung des Grundsatzes, daß man solange kein Recht zum Hängen des Kleinen besitzt, solange die größten Verbrecher ungestraft und ungeschoren bleiben.

Die anderen Parteien mögen sich mit der Inflationsdieberei abgefunden haben, mögen den Revolutionsbetrug anerkennen: Der Nationalsozialismus wird die Diebe und Landesverräter zur Verantwortung ziehen. Der Nationalsozialismus kämpft für den deutschen Arbeiter, indem er ihn aus den Händen seiner Betrüger nimmt, die Schutztruppe des internationalen Bank- und Börsenkapitals aber vernichtet.

Die nationalsozialistische Bewegung wird bei ihrem Siege die deutsche Verwaltung säubern von den Parasiten, die, ohne Recht und ohne alle Kenntnisse, nur auf Grund ihres Parteibuchs die Nation belasten. Wer von neuen Steuern redet, soll erst die Verwaltung von den in 12 Jahren hineingeströmten Revolutionsparasiten befreien. Man schützt den ehrlichen Beamten nur, indem man seiner Leistung und seiner redlichen Arbeit den Weg freimacht, den parlamentarischen Schieber aber aus der Beamtenbahn entfernt.

Die nationalsozialistische Bewegung wird bei ihrem Siege den Schutz des deutschen Menschen auch wirtschaftlich bis zum äußersten zu garantieren suchen. Solange Börse und Waren-

51 Vgl. Dok. 87, Anm. 54.

häuser nicht genügend besteuert sind, ist jede weitere Steuererhöhung im kleinen ein Verbrechen.

Die nationalsozialistische Bewegung wird bei ihrem Siege den Bauer schützen durch rücksichtslose Erziehung unseres Volkes zur Verwendung unserer eigenen Produkte.

Auch unsere oberen Zehntausende werden lernen müssen, schwarzes Brot zu essen, andernfalls unser Roggen verkommt [52] und Weizen eingeführt werden muß!

Wir werden die nationale Ehre und den nationalen Stolz darein setzen, alles Fremde, wenn irgend möglich, zu meiden und den Ergebnissen des eigenen Fleißes den Vorzug zu geben.

Wir werden dafür sorgen, daß an die Spitze aller Reformen die Reform unseres Wehrwillens gestellt wird und die Änderung unserer auswärtigen Politik.

Die nationalsozialistische Bewegung wird nach ihrem Siege nicht mehr die Politik des ewigen Buhlens um Frankreichs Gunst fortsetzen. Jede Hand, die sich uns in Europa aus gleicher Not und gleicher Gesinnung heraus bietet, wird einst von uns dankbar ergriffen werden.

Wir wollen dafür sorgen, daß die Bedeutung unseres Volkes in der Zukunft wieder seinem natürlichen Wert entspricht und nicht der jammervollen Vertretung unserer letzten 15 Jahre. Die nationalsozialistische Bewegung kämpft keinen Kampf von heute auf morgen. Der Weg, den sie geht, ist vielleicht ein langer, aber an ihrem [*sic!*] Ende steht der Sieg. *Wenn unsere Gegner heute zu den wahnwitzigsten Mitteln der Verfolgung greifen, wenn die sogenannte freie Republik ihre Bürger bei jeder Gelegenheit mit dem Gummiknüppel [53] schlagen läßt, so wie man früher vielleicht Hunde prügelte, dann mag unser Volk nicht vergessen, daß heute die Unterdrückung uns Nationalsozialisten nur trifft, weil wir uns des unterdrückten Volkes annehmen.*

Schlagt sie zusammen die Interessentenhaufen [54]

Deutsches Volk, gib acht: Heute zieht man uns, den Feinden der Korruption, die Braunhemden aus [55].

Unterliegen wir, dann wird man dir deutscher Bauer, Arbeiter, Beamter, Angestellter, als dem Opfer der Korruption, einst noch das letzte Hemd ausziehen!

Sie üben sich an uns in dieser Kunst!

Der 14. September 1930 kann, wenn unser Volk die letzten Konsequenzen zieht, zum Beginn einer gewaltigen deutschen Umwandlung werden, aus der heraus eine neue deutsche Kraft erwächst.

Millionen ahnen heute das Schicksal, das uns bevorsteht, mögen sie auch die Kraft finden, es abzuwenden!

Die Parole für den 14. September kann nur lauten: Schlagt die politischen Bankrotteure unserer alten Parteien!

Vernichtet die Zersetzer unserer nationalen Einheit!

---

52 Vgl. Dok. 97, Anm. 47.
53 Vgl. Dok. 14, Anm. 11.
54 Vgl. Dok. 76, Anm. 4.
55 Vgl. Dok. 55, Anm. 1.

Laßt euch nicht bluffen von den Phrasen einer "Hindenburg"- [56] *oder "Staatspartei"- oder "Lettow-Vorbeck-Front"* [57]*!*

Laßt euch nicht bluffen vom Schwindel einer Wahlreform, an die kein Mensch ernstlich glaubt, einer Reichsreform [58] *und weiß Gott was sonst noch! Kämpft dafür, daß eine Reform des deutschen Volkes eintritt.*

Die erste Forderung dieser Reformation kann aber nur lauten:

Weg mit den Verantwortlichen für unseren Verfall!

Volksgenosse, schließe dich an der marschierenden braunen Front des erwachenden Deutschlands! Dein Nein dem heutigen System gegenüber heißt:

Liste 9 [59]*!*

Schlagt sie am 14. September zusammen, die Interessenten am Volksbetrug.

56 Hindenburg hatte jede öffentliche Beteiligung am Wahlkampf abgelehnt, obwohl das Kabinett Brüning in besonderem Maße von seiner Person abhängig war. Die Überlegungen der bürgerlichen Parteien, eine "Hindenburg-Front" aufzubauen, scheiterten jedoch nicht nur an der Verweigerung des Reichspräsidenten, sondern bereits an den Rivalitäten dieser Parteien selbst. Lediglich DVP, Konservative Volkspartei und Wirtschaftspartei bezeichneten in ihrem gemeinsamen Wahlaufruf vom 22.8.1930 die eingeleitete finanzielle, soziale, wirtschaftliche und staatliche Reform als "Hindenburgprogramm". Vgl. Andreas Dorpalen, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1966, S. 184 ff. sowie Dok. 87, Anm. 12.

57 Vgl. Dok. 84, Anm. 11.

58 Vgl. Dok. 29, Anm. 14.

59 § 22 des Reichswahlgesetzes vom 22.4.1920 bestimmte, daß die Reichswahlvorschläge durch den Reichswahlleiter in fortlaufender Nummernfolge spätestens 13 Tage vor dem Wahltag veröffentlicht werden sollten. Bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 nahm die NSDAP Listenplatz 9 ein. Druck: RGBl. 1920, S. 631.

10. September 1930 Dok. 110
"Die Generalabrechnung! Deutschland ist im Erwachen! [1]"
Rede auf NSDAP-Versammlung in Berlin [2]

Der Angriff vom 12.9.1930, "Adolf Hitlers Rede" [3].

Meine lieben deutschen Volksgenossen!

Als wir vor 12 Jahren von der Front zur Heimat zurückkehrten, da fanden wir hier Verhältnisse vor, die wir nicht geschaffen hatten und für die wir auch nicht verantwortlich sind.

Die Politiker von heute hatten jahrzehntelang Zeit, das, was sie von den Vätern ererbt hatten, weiterzuentwickeln. Wenn zwölf Jahre nach der Revolution [4] die Politiker sich beschweren, daß *wir* jetzt reden, die wir lange genug geschwiegen haben [5], so braucht sie das nach dem, was sie in den zwölf Jahren geleistet oder vielmehr nicht geleistet haben, nicht zu wundern.

Jetzt reden wir und wir hoffen, daß bald der Tag kommt, an dem die anderen ebenso schweigen müssen, wie wir einst geschwiegen haben. (Lebhafter Beifall!)

Als wir 1918 zurückkehrten, da war das Tragische nicht, daß eine Revolution stattgefunden hatte, sondern tragisch war *die Motivierung* dieser Revolution, die auf die Brechung jeder Kraft der Nation ausging.

Das Recht auf das Leben der Nation ist nach wie vor vorhanden. Aber die Macht, die zur Durchsetzung der Lebensrechte notwendig ist, fehlt. Auch unsere Bewegung hat dasselbe Daseinsrecht wie die anderen, aber zu seiner Durchsetzung ist Macht nötig, und um diese Macht werden wir kämpfen mit allen legalen Mitteln [6] bis zum Sieg. (Stürmischer Beifall.)

---

1 Titel laut Ankündigung in Der Angriff vom 7.9.1930.

2 Im Sportpalast, ab 21.30 Uhr. Die Versammlung, an der laut Polizeibericht "mindestens 16.000 Personen" teilnahmen, wurde von MdR und Gauleiter Goebbels geleitet, der vor Hitler eine Stunde zum Thema "Generalabrechnung" sprach. Wegen Hitlers Erschöpfung wurde sein angekündigter zweiter Auftritt im Orpheum, wo laut Polizeibericht 2.200 Personen bis 23.30 Uhr auf ihn warteten, von Goebbels abgesagt.
Vgl. auch den Polizeibericht, wo es u. a. heißt: "Unter brausendem Jubel betrat anschließend Adolf Hitler die Redner-Tribüne. Seine Ausführungen waren, besonders im Anfang, sehr weitschweifig und langweilten einen großen Teil der Zuhörer. Hitler war offenbar von den Anstrengungen des Wahlkampfes stark angestrengt und abgespannt."

3 Vgl. auch Vorwärts vom 11.9.1930 (MA), "Hitler im Sportpalast"; Deutsche Zeitung vom 11.9.1930, "Hitler im Sportpalast"; Der Angriff vom 12.9.1930, "Wir kämpfen bis zum Sieg!"; Neue Preußische Kreuzzeitung vom 12.9.1930, "Nationalsozialistische Wahlkundgebungen in Berlin"; VB vom 12.9.1930, "Adolf Hitler im Sportpalast"; Vossische Zeitung vom 12.9.1930, "Hitler im Sportpalast"; VB vom 13.9.1930, "Wir wollen ein neues Deutschland!"; Der Angriff vom 14.9.1930, "Wir kämpfen bis zum Sieg!"; Illustrierter Beobachter vom 11.10.1930, "Adolf Hitler im Berliner Sportpalast". Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin, Abteilung I. A. Tgb. Nr. 3856 I. A. 7.30, vom 13.9.1930; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 302. Ferner Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 1, S. 601.

4 Gemeint sind die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

5 Möglicherweise eine Anspielung auf Hitlers Redeverbot. Vgl. Dok. 24, Anm. 11.

6 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

Als Bismarck das Reich gründete, schlossen sich *machtpolitisch* die deutschen Stämme zusammen, aber *geistig* begann damals die Zerreißung. Wir erleben nun wieder ein Schauspiel, das vor dreihundert bis vierhundert Jahren schon einmal unser Volk niedergeworfen hatte, als zwei Weltanschauungen miteinander rangen, die sich gleich stark gegenüberstanden und das Volk nach außen machtlos machten [7]. Protestantismus und Katholizismus konnten einander nicht überwinden, aber es blieb ein Riß im Volksgefüge, der erst durch eine völlig neue, andere Idee, den brandenburgisch-preußischen Staatsgedanken überbrückt werden konnte [8].

So wird sich auch jetzt, wo bürgerlicher Nationalismus und internationaler Marxismus herrschen, der Zerreißung des Volkes in zwei Lager nur durch eine neue Idee ein Ende bereiten lassen. Erst damit wird aus zwei Lagern wieder eine deutsche Nation geschaffen werden. (Starker Beifall.)

Weder kann der internationale Marxismus auf eine Erfüllung seiner Versprechungen hinweisen, noch der bürgerliche Nationalismus. Beide haben praktisch *das Gegenteil* von dem erreicht, was sie erreichen wollen. Alle großen Gesichtspunkte sind, sagen wir, wenn schon nicht *verraten*, so doch mindestens *mißlungen.*

Immer mehr wird das Volk zerteilt durch Versprechungen an einzelne Stände und Berufe. Aber auch diese Versprechungen können nicht erfüllt werden, weil sie nicht zu erfüllen sind *ohne Macht.*

Macht ist nicht gleich Gewehr und Maschinengewehr, sondern Macht ist gleich *Wille.* Wenn einem 60-Millionenvolke [9] der Wille zur Freiheit eingehämmert ist, dann wird es immer einen Machtfaktor darstellen. (Allgemeine Zustimmung.)

Ist ein Volk in zwei Lager geteilt, von denen jedes die gleichdenkenden Menschen anderer Völker höher schätzt als die Andersdenkenden des eigenen Volkes, dann fehlt ihm jede Möglichkeit, Macht zu entwickeln. Dann sind alle Hoffnungen zwecklos, dann steht am Ende der Volkstod, der den Zusammenbruch für *beide* Teile bedeutet.

Als der Krieg vorbei war, da begann man die Wirtschaft zu "sanieren", indem man das deutsche Nationalvermögen, und zwar in seinen materiellen und ideellen Werten, versilberte und verschleuderte [10]. Jetzt gibt es nichts mehr zu verschleudern, die "Sicherheiten" sind vorbei, und jetzt bricht dieses System zusammen.

Nun verteidigen sie sich nur noch mit ganz kleinen
Lügen und Verleumdungen.

Parteien, die einst vorgaben, für große Ideen zu streiten, für was kämpfen sie nun? Lesen Sie die Presse durch? Nichts als gemeine Lügen, persönliche Anrempelungen der Gegner, das sind die "großen Gesichtspunkte" der parlamentarischen Parteien.

Es ist keine Kunst, den einzelnen Ständen und Berufen Versprechungen zu machen. Wir könnten das auch. Aber das ist keine Frage des Könnens, sondern eine Frage des Gewissens, eine Frage der Anständigkeit, das zu tun oder zu lassen. (Stürmischer Beifall.)

---

7 Anspielung auf die Polarisierung in Deutschland durch die 1517 beginnende Reformation.
8 Vgl. Dok. 106, Anm. 3 und 6.
9 Vgl. Dok. 60, Anm. 8.
10 Vgl. Dok. 29, Anm. 9.

In nationalsozialistischen Versammlungen steht Ihnen zum ersten Male gegenüber nicht ein einzelner Stand, sondern *das deutsche Volk* [11]. (Langanhaltender, stürmischer Beifall.) Die nationalsozialistische Bewegung wird daher nicht den Weg der anderen Parteien gehen.

Was wir versprechen, ist nicht materielle Besserung für einen einzelnen Stand, sondern die Mehrung der Kraft der Nation, weil nur diese den Weg zur Macht und damit zur Befreiung des *ganzen* Volkes weist [12]. (Langanhaltender, stürmischer Jubel.)

Ich darf nicht hoffen, eine Nation zur letzten Kraftanstrengung zu bringen, wenn nicht jeder die Gewißheit hat, daß diese letzte Kraftanstrengung nicht einem einzelnen Stande zugute kommt, sondern dem ganzen Volk. Gelingt es nicht, so die Begriffe Nationalismus und Sozialismus zu vereinen, dann wäre die letzte Stunde der Nation gekommen.

Die Botschafterkonferenzen [13] usw. bedeuten ja nur eine Atempause vor großen weltpolitischen Auseinandersetzungen, und ein deutsches Volk, das nicht mit neuer Kraft in diese Zeit eintritt, wird dann endgültig verschwinden.

Nach den Definitionen der Begriffe Nationalismus und Sozialismus bei den heutigen Parteien gibt es eine solche Vereinigung der beiden Begriffe nicht, vielmehr führen sie ihre Kämpfe nicht mehr unter dem Begriff Nation, sondern nur unter dem Gesichtspunkt ihrer Klasse. Unserer Bewegung blieb es vorbehalten, diese Vereinigung der Begriffe zu vollziehen.

Ist Nationalismus mehr als ein Lippenbekenntnis, sieht man in ihm die Hingabe des einzelnen an das Volksganze, dann deckt sich dieser Begriff mit dem Begriff Sozialismus.

Sagt man mir von rechts: Sie Phantast, Sie Narr, wie können Sie zu einer solchen Auslegung kommen, dann, verehrter Herr, sind Sie niemals national gewesen und dann haben Sie keine Ahnung davon, für was die zwei Millionen im Weltkrieg gefallen sind [14].

Die Millionen, die an den Fronten waren, sind nicht für schale äußere Begriffe gefallen, sondern am Ende war jeder davon überzeugt: Ich setze mein Leben für Deutschland ein und damit für das Leben von 60 Millionen Volksgenossen. (Ungeheurer, langanhaltender Beifall.)

Nie wäre der Begriff "Weltfront" [15] entstanden, wenn nicht Millionen diese hohe Auffassung gehabt hätten. Nationalismus bedeutet aber nicht nur Bluteinsatz, sondern auch Guteinsatz. Denn über allem Geschäft und über aller Dividende *steht immer noch turmhoch das Leben des letzten Musketiers.* (Ungeheurer, tosender Beifall.) Das Leben ist keineswegs ein mechanisches Rechenexempel. Wenn du nur nach deiner Dividende siehst, dann wundere dich nicht, wenn auch der Prolet nur mehr auf seinen Lohn sieht.

Gewiß, am Ende steht hinter jedem Idealismus die realste Lebensbejahung. Wir sind nur wie kleine Blätter eines großen Baumes. Wesentlich ist, daß unsere Stämme gesund bleiben

---

11 Vgl. Dok. 53, Anm. 11.

12 Vgl. Dok. 54, Anm. 3.

13 Die seit 1920 bestehende Pariser Konferenz der Botschafter der USA, Großbritanniens, Italiens und Japans sowie eines Vertreters des französischen Außenministeriums befaßten sich vor allem mit der Durchführung der Entmilitarisierungsbestimmungen des Versailler Friedensvertrags. Vgl. Jürgen Heideking, Areopag der Diplomaten. Die Pariser Botschafterkonferenz der alliierten Hauptmächte und die Probleme der europäischen Politik 1920-1931, Husum 1979.

14 Vgl. Dok. 69, Anm. 10.

15 Der Begriff "Weltfront" entstammt der antisemitischen Propaganda. Vgl. z. B. Die Weltfront. Eine Sammlung von Aufsätzen antisemitischer Führer aller Völker. Hrsg. von Hans Krebs und Otto Prager, Aussig 1926.

und daß unsere Nation so kräftig dasteht, wie sie seit Jahrtausenden [*sic!*] dagestanden ist. Wenn man die Dinge so sieht, dann verschwinden alle kleinen Unterschiede des Standes, dann sieht man um sich nur mehr die Blutsträger einer Gemeinschaft und erkennt, daß diese Masse gesund sein muß, damit die ganze Nation gesund bleibe und ein künftiges Leben habe.

Es gibt nur *eine* Überwindung der sozialen Gegensätze, die heißt: Gib den Menschen ein hohes Ideal, das größer ist als der Egoismus.

Wenn unsere politischen Gegner nun erklären: "Ja, das alles wollen wir doch auch", dann müssen wir erklären, wenn ein Baum alt und krank geworden ist, dann kann er zwar auch noch eine Zeitlang Blätter tragen, aber seine Existenz ist nicht mehr die Zukunft. Es kommt dann darauf an, ob aus dem Baum heraus ein neuer Sprößling hervorsprießt. Wenn ja, dann bleibt das Blut erhalten, wenn nein, dann tritt der Tod ein.

In der jetzigen katastrophalen Lage muß auch die Erhebung des Volkes katastrophenartig erfolgen, daß das Wort "Das Volk steht auf, der Sturm bricht los" [16] Wirklichkeit wird.

Wenn Bewegungen heute nicht die Kraft besitzen, das Volk zu rufen, durch *Befehle* kann man es nicht unter die Waffen zwingen. Wenn das Volk nur noch von den kleinen Lügen und Verleumdungen der politischen Parteien bewegt würde, dann könnte man verzweifeln. Aber wie ein Wunder steigt da aus einem kleinen Häuflein [17] gegen alle Widerstände des Lebens unsere Bewegung auf. Ein Jahr haben wir appelliert, und da waren es 60, die uns folgten, im zweiten waren es dreitausend, dann dreißigtausend, dann sank die Zahl wieder und dann stieg sie aufs neue immer höher [18]. Und wenn Sie heute durch Deutschland fahren, wo immer Sie hinkommen; wo ist heute das deutsche Volk?

Hier ist es!!

(Jubelnder, immer aufs neue einsetzender Beifall.)

Wenn das Schicksal uns ruft, soll es uns rufen, aber der letzte Schrei soll immer noch sein nicht "Klasse" oder "Beruf", sondern

"Deutschland erwache [19]!"

Wir Nationalsozialisten erziehen das Volk zum gewaltigsten Lebensgesetz und dieses Lebensgesetz heißt Kraft. Macht und am Ende auch Kampf. Wir kennen den Krieg aus eigener Anschauung [20]. Und wir wollen nicht den Krieg, aber wir wollen, daß unser Volk lebt.

Ein Volk, das man erzieht nach dem devoten Grundsatz: "Mit dem Hute in der Hand kommt man durch das ganze Land", wird auch in der Außenpolitik keinen anderen Weg wissen, als "Mit dem Hute in der Hand" nach Genf [21] oder nach Locarno [22]. (Heiterkeit.)

---

16 Vgl. Dok. 107, Anm. 5.
17 Vgl. Dok. 21, Anm. 4 und Dok. 41, Anm. 12.
18 Vgl. Dok. 11, Anm. 22; Dok. 36, Anm. 15; Dok. 41, Anm. 13; Dok. 44, Anm. 5; Dok. 69, Anm. 27; Dok. 72, Anm. 16; Dok. 89, Anm. 1.
19 Bei der Parole "Deutschland erwache" handelt es sich um einen Kehrreim des 1919 entstandenen Gedichts "Sturm" von Dietrich Eckart (1868-1923); seit Januar 1923 diente die Parole als Aufschrift der SA-, später auch SS-Standarten. Vgl. Halcomb, the SA, S. 251 ff.
20 Vgl. Dok. 5, Anm. 68 und Dok. 75, Anm. 9.
21 Vgl. Dok. 77, Anm. 19.
22 Vgl. Dok. 13, Anm. 22.

Ich gestehe feierlich, wir wollen unser Volk dazu erziehen, den Hut aufzubehalten und sein Recht zu wahren. Wenn der Hut in der Hand nichts nützt, dann ist das ein Beweis, daß es Zeit ist, etwas anderes in die Hand zu nehmen. (Stürmischer Beifall.)

Wir sind überzeugt, wenn unser Volk erst eins geworden ist, dann wird es auch die Tagesfragen richtig lösen können.

So treten wir denn zum 14. September vor Sie hin [23] nicht mit der Bitte, uns Ihren Stimmzettel zu geben. Wer uns nicht glaubt, der darf es gar nicht tun. Wer uns aber glaubt, der muß auch Kämpfer werden. Wir sammeln nicht Stimmzettel, sondern Kämpfer.

Am Ende steht für uns eine große Aufgabe: Freiheit und Brot [24], auf daß unser Volk lebe in kommenden Zeiten und auf daß die unermeßlichen Opfer vergangener Zeiten nicht vergeblich geblieben sind.

Andere Parteien kämpfen für ihre Mandate, wir kämpfen für unser Volk. Wir werden nicht ruhen und nicht rasten, bis Deutschland sich erhebt und kraft des Weimarer Gesetzes der Majorität die Majorität der Kraft in Erscheinung tritt. Dann kommt vielleicht einst für künftige Geschlechter, wenn wir alt und schwach geworden sind, eine Zeit der Ruhe. Unsere Zeit aber heißt

Kampf! [25]

12. September 1930 — Dok. 111
Erklärung

Münchener Post vom 12.9.1930, "Keine Gelder aus Doorn für Hitler".

Die in der Münchener Post Nr. 204 vom 5. September 1930 unter der Überschrift: Wilhelm von Doorn [1] finanziert die Hakenkreuzler, gebrachte Meldung [2] ist von Anfang bis Ende unwahr.

---

23 Vgl. Dok. 76, Anm. 24.
24 Vgl. Dok. 20, Anm. 31.
25 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Wilhelm II. hatte im August 1919 den in der Provinz Utrecht gelegenen Landsitz "Haus Doorn" für 1.350.000 holländische Gulden gekauft und war im Mai 1920 dort eingezogen. Vgl. Hans Wilderotter, Haus Doorn. Die verkleinerte Kopie eines Hofstaates. In: Der letzte Kaiser Wilhelm II. im Exil. Hrsg. im Auftrage des Deutschen Historischen Museums von Hans Wilderotter und Klaus-D. Pohl, Gütersloh 1991, S. 113-121.
2 Der Artikel lautet: "Ein Berliner Morgenblatt meldet, daß Wilhelm von Doorn durch Vermittlung des alldeutschen Oberfinanzrats Bang in den letzten Monaten den Nationalsozialisten nicht weniger als 2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt habe. Davon sei allein eine halbe Million für den Wahlkampf und für die Bewaffnung der nationalsozialistischen Sturmtruppen bestimmt. Das Geld sei ausgezahlt worden, nachdem Bang die Hohenzollern überzeugt habe, daß nur einer wie Hitler Deutschland von der Beschlagnahme des unbeweglichen Vermögens Wilhelms II. retten könne."

Es ist unwahr, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei vom ehemaligen Kaiser durch Vermittlung des Oberfinanzrates Bang [3] in den letzten Monaten 2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt bekommen habe.

Wahr ist, daß weder die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei noch ein Mittelsmann *derselben* irgendeine Summe vom ehemaligen Kaiser oder einem Mittelsmann *desselben* erhalten hat [4].

Adolf Hitler

12. September 1930 — Dok. 112
Rede auf NSDAP-Versammlung in Breslau [1]

Deutsche Zeitung vom 13.9.1930, "Hitler in Breslau" [2].

Hitler beschäftigte sich mit den Klassengegensätzen, durch die unser Volk an seiner vollen Entfaltung gehindert werde. Gelinge es, die Klassengegensätze zu überbrücken [3], dann werde der deutsche Genius sich wieder erheben. Nicht der Wunsch, sondern allein die Kraft sei das

3 Paul Bang (1879-1945), 1904 Dr. jur., 1906 Hilfsrichter am Amtsgericht und Landgericht Freiberg, 1911 Eintritt in das sächsische Finanzministerium, 1919 Verabschiedung als Oberfinanzrat, Vertrauter von Alfred Hugenberg, 1928-1933 MdR (DNVP), 1933 Eintritt in die NSDAP, Februar bis Juni 1933 Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium.

4 Im Gegensatz zu seinem Sohn August Wilhelm Prinz von Preußen stand der ehemalige deutsche Kaiser damals dem Nationalsozialismus und Hitler distanziert und skeptisch gegenüber; eine Finanzierung der NSDAP durch ihn läßt sich nicht nachweisen und erscheint unwahrscheinlich. Vgl. Sylvia Adler, "...ein neues Deutsches Reich unter mir erobern." Politische Verbindungen und Verbündete des Kaisers im Exil. In: Der letzte Kaiser Wilhelm II. im Exil, S. 143-149 sowie Willibald Gutsche, Ein Kaiser im Exil. Der letzte deutsche Kaiser Wilhelm II. in Holland. Eine kritische Biographie, Marburg 1991, S. 111 ff.

1 In der Jahrhunderthalle, nach 20.00 Uhr. Die Versammlung wurde von Gauleiter Helmuth Brückner geleitet. Dem Schreiben des Regierungspräsidenten zufolge nahmen 20.000-25.000 Personen an der Versammlung teil, vor der Halle hatten sich weitere 5.000-6.000 Personen versammelt, für die Hitlers Rede durch eine Lautsprecheranlage übertragen wurde. Nach seiner Rede sprach Hitler zusammen mit Gauleiter Brückner kurz auf einer weiteren Parallelversammlung im Messehof.

2 Vgl. auch Arbeiter-Zeitung für Schlesien und Oberschlesien vom 13./14.9.1930, Hittler [*sic!*], der 'Prophet des 3. Reichs' in Breslau - eine große Enttäuschung"; Breslauer Neueste Nachrichten vom 13.9.1930, "Adolf Hitler in der Jahrhunderthalle"; Breslauer Zeitung vom 13.9.1930, "Adolf Hitler in Breslau"; Die freie Meinung vom 13.9.1930, "Hitler muß in Breslau Kaution stellen"; Ohlauer Kreis- und Stadtblatt vom 13.9.1930, "Adolf Hitler in Breslau"; Schlesische Volkszeitung vom 13.9.1930, "Hitler in Breslau"; Schlesische Zeitung vom 13.9.1930, "Hitler in Breslau"; Volkswacht für Schlesien vom 13.9.1930, "Politischer Wunderapostel spricht. Hitlers schlesische Wahlversammlung in Breslau"; Brockauer Zeitung vom 14.9.1930, "Hitlers Wahlrede in Breslau"; Schlesische Tagespost vom 14.9.1930, "Adolf Hitler in Breslau"; VB vom 14./15.9.1930, "Hitler spricht vor 30.000 in Breslau"; Illustrierter Beobachter vom 4.10.1930, "Adolf Hitler in Breslau"; ferner Schreiben des Regierungspräsidenten von Breslau, I.3.132.T.2021, an den preußischen Minister des Innern vom 14.9.1930; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 306.

3 Vgl. Dok. 53, Anm. 11 und Dok. 54, Anm. 3.

Entscheidende. Aus Parteimogeleien werde kein deutsches Volk entstehen. So bleibe allein der Nationalismus. Wenn dieser Nationalismus die Hingabe des einzelnen an die Gesamtheit bedeute, dann sei er tatsächlich zum edelsten Sozialismus geworden. Kein Volk in der Geschichte sei durch Demut und Unterwerfung wieder groß geworden. Wenn das Volk zurückgeführt worden sei zu seiner Kraft, dann folge der zweite Weg, der Grundsatz der Leistung, der aber nur aufgebaut sein könne auf dem Führergedanken und nicht auf dem Grundsatz der Demokratie, d. h. der Feigheit und der Stumpfheit der Massen. Nach den Wahlen werde der neue Kampf beginnen, bis endlich die Stunde der Freiheit komme.

13. September 1930 Dok. 113
"Unser Programm - der Staat der Persönlichkeiten. Aus dem Buche Adolf Hitlers 'Mein Kampf'" Artikel [1]

Illustrierter Beobachter vom 13.9.1930.

13. September 1930 Dok. 114
"Das Volk steht auf! [1]" Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 16.9.1930, "Adolf Hitlers letzter Appell in München" [3].

Es gibt in Deutschland nicht wenig Parteien und Führer, die dauernde Ausschau halten nach der *Erhebung des deutschen Volkes.* Sie sagen: Deutschland muß wieder frei werden, Deutschland muß eine andere Gesinnung bekommen, das deutsche Volk muß in sich selber gehen, Deutschland muß verantwortungsfreudige Führer erhalten - und dann schauen sie über Deutschland hin und sagen klagend und traurig: *Aber so weit sind wir noch nicht!* Und weil wir nicht so weit sind, müssen wir bleiben! Wir sind zunächst der *Ersatz* des Besseren (große Heiterkeit), *wir sind die Vorläufer, die Johannisse* [4] (wiederholte Heiterkeit), und wehe,

1 Bei diesem Artikel handelt es sich um einen leicht überarbeiteten und gekürzten Auszug aus Hitlers Mein Kampf, Bd. II (1. Auflage: München 1927, S. 80-90/München [65]1933, S. 492-503). Auf Aufnahme in diese Edition wurde deshalb verzichtet.

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 13.9.1930.
2 Im Zirkus Krone, von 21.00 bis 22.30 Uhr. Laut PND-Bericht war die Halle bald nach 18.00 Uhr "dicht gefüllt". Vor Hitler sprachen MdL und Gauleiter Adolf Wagner sowie MdR und Staatsminister Frick.
3 Vgl. auch Polizeibericht Nr. VI d 1655/30 vom 14.9.1930; StA München, Polizeidirektion München 6741.
4 Anspielung auf Matthäus 3, 1 ff.; Markus 1, 4 ff.; Lukas 3, 2 ff.; Johannes 1, 6 ff.

wenn nun jemand kommt, an sie antippt und sagt: Ich glaube, Freund, vielleicht wäre jetzt die Zeit gekommen, in der du zurücktrittst, *es deucht mich, als ob die anderen schon da wären!*

Dann sagt er: Wo? Ich sehe nichts, nein! *Glaubt nicht,* sagen sie dann, *den falschen Propheten* [5]*!* (Heiterkeit.) Ja, du lieber Gott, - wie sollen sich denn die neuen Führer ankündigen? Irgendwie müssen sie sich doch bemerkbar machen! Herr *Dr. Held* sagt: Es gehen falsche Propheten um im Lande [6] - und ist es leicht zu erraten, auf wen das gezielt ist. Man kann das Volk nicht genug bitten und warnen, sich zu wappnen gegen die Verführungskünste dieser "falschen Propheten".

Hitler frägt:

Wer hat denn bisher falsch prophezeit,

die falschen Propheten oder die "richtigen Führer?" (Große Heiterkeit.) Wer hat sich denn bisher getäuscht? Ja, ich glaube, daß *die falschen Propheten das Richtige gesehen und die "richtigen Führer" 12 Jahre lang falsch prophezeit haben.* (Stürmischer Beifall.) Und wäre es nicht so - von selbst käme nicht diese Bewegung in unser deutsches Volk hinein. Denn was Sie heute hier erleben, das erleben Sie jetzt im ganzen Deutschen Reich, zum Teil in gigantischen Ausmaßen. Es gibt keinen Raum mehr in Deutschland, der groß genug wäre; die größten Ausstellungshallen - und im Verlauf weniger Stunden ausverkauft, überall dasselbe Bild: *Eine nach Zehn- und Zehntausenden* [*sic!*] *zählende Menschenmenge füllt die Säle, zehntausend warten draußen* [7]. Für die letzte Sportpalastversammlung in Berlin sind über 110.000 Anmeldungen gekommen [8]. (Donnernde Heilrufe.)

Ich hatte gestern das Glück, in der *Jahrhundertfeierhalle* [*sic!*] *in Breslau* zu reden [9], einem Raum, in den sie diesen Raum hier sechs-, acht- oder zehnmal hineinstellen können, eine gigantische Betonmasse. Und wenige Tage vor mir sprach dort Herr *Treviranus* [10], ein großer Staatsmann mit gewaltig bewegenden Gedanken und Ideen. Aber es waren *nur 1.200 Menschen* in diesem Riesengebäude anwesend, die das hören wollten: *ein riesiger, steinerner Sarg*

---

5 Anspielung auf Matthäus 24, 11; Markus 13, 22.

6 Hitler bezieht sich vermutlich nicht auf eine einzelne Äußerung des bayerischen Ministerpräsidenten Held, sondern ironisiert den stark religiös gefärbten Tenor seiner damaligen Wahlkampfreden. In diesen Reden kritisierte Held nicht nur die Nationalsozialisten, die er u. a. als "Lügner" bezeichnete, sondern auch die übrigen Parteien. Vgl. die Berichterstattung des Regenburger Anzeigers, der sämtliche Wahlkampfreden Helds wiedergibt.

7 Vgl. Dok. 76 ff.

8 Vgl. Dok. 110, Anm. 2. Laut Ankündigung in Der Angriff vom 7.9.1930 war Hitlers Rede am 10.9.1930 bereits Tage vorher ausverkauft.

9 Vgl. Dok. 112.

10 Gottfried Reinhold Treviranus (1891-1971), 1919 Kapitänleutnant a. D., 1921 Direktor der Landwirtschaftskammer für das Land Lippe, 1924-1932 MdR (DNVP, seit 1930 Konservative Volkspartei), 1930 Mitbegründer der Konservativen Volkspartei, März 1930 - September 1930 Reichsminister für die Besetzten Gebiete, danach Reichsminister ohne Portefeuille, Oktober 1931 - Mai 1932 Reichsverkehrminister, 1933 Aufsichtsratvorsitzender der Bata-Schuhfabrik in Ottmuth/Oder, 1934 Emigration nach Holland, dann Großbritannien, 1938/39 Geschäftsführer der Union Rubber Co. in Nelson/Lancashire, 1943 Mitbegründer und Geschäftsführer des Thomas-Jefferson-Fund, 1947 Rückkehr nach Deutschland.
Treviranus hatte am 3.9.1930 in der Breslauer Jahrhunderthalle eine Wahlkundgebung abgehalten. Vgl. Berliner Tageblatt vom 4.9.1930 (AA), "Nichts mehr von Außenpolitik... Treviranus spricht in Breslau".

mit einem ganz kleinen Inhalt! Weshalb wohl? Wenn unsere Gegner die nationalsozialistische Bewegung so von oben abtun möchten, dann vergessen sie eines:

So etwas wird nicht aus Nichts!

Das, was heute aufgebaut ist, kann nur bestehen entweder infolge der Richtigkeit einer Idee oder mindestens eines grenzenlosen Fleißes der Träger der Idee. Ihr sagtet einst: Das Volk muß regieren, *das Volk muß souverän werden* [11]*!* Was tatet ihr, damit das Volk der Souveränität auch geistig würdig wird? Gar nichts! Da sagtet ihr dann: Das ist eine nicht passende Arbeit, dieses *Mobilmachen der Gasse!* Ja, die Massen gefallen euch schon, wenn ihre Dummheit konzentriert in eine Waagschale gelegt wird, dann liebt ihr die Masse. (Stürmischer Beifall.)

Die Sozialdemokratie, was tat sie? Sie ging mit dem Zentrum in Koalition [12], die Massen marschieren mit! Sie konnte dem Kapitalismus die Steigbügel halten [13], die Massen marschieren mit! Nein, sie dürfen sich nicht beklagen: *Das Volk ist zwölf Jahre nachmarschiert, zwölf Jahre hatten sie praktisch diktiert und tun es auch jetzt noch, nur das Format der Diktatur ist ein anderes.* Das eine heißt Napoleon, ein anderes Julius Cäsar, ein anderes Cromwell, wieder ein anderes Mussolini, und ein anderes heißt *Stützel* oder *Koch.* (Stürmischer Beifall.) *Und darauf kommt es an,* nicht auf die *Möglichkeit*, diktieren zu können. Die Herren glauben immer oder sie glauben es gar nicht, aber dem Volke versuchen sie weiszumachen, als ob es sich nur um ein Problem handeln würde der Diktatur [14] - nein, es handelt sich um ein

Problem des Inhalts der Köpfe,

die diktieren möchten. Und die Köpfe haben sich in zwölf Jahren genau gezeigt und enthüllt. Und diese Köpfe konnten auch gar nichts anderes leisten, als was vor uns heute dasteht. *Denn die Köpfe sind restlos dieselben Köpfe, die vor dem Zusammenbruch bereits regiert haben; es hat sich gar nichts geändert, besonders die Republik hat nicht einen überragenden Geist geboren. Was aus ihr herauskam, war immer Opposition, aber nicht Fleisch und Blut von ihrem Fleisch und Blut* [15]*.*

Ich glaube, vielleicht schon morgen bricht der Tag an, an dessen Abend das Volk seine Meinung über die falschen und richtigen Propheten geäußert haben wird, daß schon morgen Millionen von Deutschen das Bekenntnis ablegen werden, nicht mehr zu Wahlparolen, sondern zu den großen Ideen einer neuen deutschen Zeit.

Es sind wirklich

zwei Welten, die hier zusammenprallen:

Hier ein zerfallendes Volk und auf der anderen Seite der Versuch, aus den Trümmern heraus wieder zu *einen,* hier Klassen im schärfsten Kampf zueinander befindlich, und dort ein Internationalismus in allen Konsequenzen, dort glühender Nationalismus, hier demokratischer

---

11 Anspielung auf Artikel 1 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919: "Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus." Druck: RGBl. 1919, S. 1383.

12 Vgl. Dok. 3, Anm. 5.

13 Vgl. Dok. 59, Anm. 4.

14 Vgl. Dok. 87, Anm. 14.

15 Anspielung auf 1. Mose 2, 23: "Da sprach der Mensch: Das ist doch Bein von meinem Bein und Fleisch von meinem Fleisch."

Parlamentarismus, dort absolute Autorität des Persönlichkeitswertes, hier Pazifismus, dort Pflege des Kampfsinnes, der Selbsterkenntnis und der Notwendigkeit, diese Erkenntnis des notwendigen Kampfes auch in die Wirklichkeit umzusetzen.

Es treten sämtliche Gegensätze auf, und wir sehen *den ganzen Schwung einer jungen Bewegung, die aber eine jahrtausendalte Saat in sich trägt,* während die andere Seite morsch, schwach, ohnmächtig geworden ist. Bei diesen ist alles Parole, nur Name, nur Firmenschild. Wenn der Begriff "Staatspartei" nicht zieht [16], warum soll man sich nicht morgen vielleicht sogar "nationalsozialistische Staatspartei" nennen? Weshalb auch nicht, wenn nur etwas ginge! *Die Namen könnt ihr uns stehlen, Schlagwörter könnt ihr aus unseren Ideen machen -*

die Köpfe könnt ihr uns nicht nehmen!

Als ich gestern in der Jahrhundertfeierhalle in *Breslau* sprach, da überkam mich selbst so plötzlich diese Erinnerung an die große Preußenzeit von 1813 [17]. *Was hat sich 1813 erhoben? War das noch das alte Preußen, die alte Staatsleitung? Nein, es ist etwas Neues gewesen. So grauenvoll das Alte kapitulierte, so jammervoll es zusammenbrach* [18], *genauso gigantisch war die Erhebung des Neuen. Völker, die ihren gleichmäßigen Weg nehmen, brauchen keine gigantische Kräftezusammenballung, um vorwärtszukommen. Wenn ein Volk zerbricht, ist der Prozeß der Wiedererhebung etwas anderes als der laufende parlamentarische Prozeß der kleinen Mogler und Schieberfritzen, die nichts anderes können, als sich von heute auf morgen redlich durchzuwursteln.*

Wenn sie dauernd reden von der *Erregung,* die wir sträflicherweise in das Volk hineintragen - ja,

wollen sie eine Erhebung der deutschen Nation oder nicht?

Im Geiste, d. h. in einer laterna magica [19] möchten sie gerne die Erhebung an die Wand malen und ihr eigenes Konterfei davor. Sobald eine Erhebung sich wirklich zeigt, werden sie ohnmächtig, kriegen sie es mit der Angst zu tun. Ja, wer es fertigbrachte, eine Nation zum Zusammenbruch zu bringen, *muß in Kauf nehmen, daß sie sich erhebt und die Art ihrer Erhebung.* Sie haben das selbst verschuldet, die Größe ihrer Schuld wird wett gemacht durch die Größe der neuen Leistung, die im Völkerleben in gigantischen Schritten einherschreiten wird. *Das ist der Flügelschlag der Weltgeschichte, der notwendig kleine Naturen zerbricht. Sie sollen zerbrechen, denn sie verdienen nicht, die neue Zeit überhaupt zu sehen.*

Und so, meine lieben Freunde, ist für uns, was sich jetzt in Deutschland vollzieht,

nur der Beginn eines neuen, werdenden Zeitalters

unseres Volkes. Es gibt viele unter uns, die trostlos in die Zukunft sehen und deren Leben deshalb wertlos geworden ist. Und es ist das Wesen einer wirklich befreienden Idee, daß sie die Menschen mit einem neuen Glauben erfüllt, mit einer neuen großen Hoffnung, *weil nur aus Glaube, Hoffnung und Liebe* [20] *die tatkräftige Entschlossenheit, die große Opferwilligkeit kommt, die Millionen begeistern und sich aufopfern läßt. Und wenn heute das deutsche Volk*

16 Vgl. Dok. 84, Anm. 2.
17 Anspielung auf die Befreiungskriege. (1813-1815).
18 Vgl. Dok. 53, Anm. 5.
19 Seit dem 17. Jahrhundert gebräuchliches Gerät zum Projizieren von auf Glas gemalten Bildern.
20 Anspielung auf 1. Korinther 13, 13.

wirklich einen neuen Glauben bekommen hat und Millionen sich jetzt daran klammern, dann ist das eben der Beginn dieser neuen Zeit.

Wir sehen in diesem *Wahlkampf* keine Vollendung, sondern nur ein *ganz kleines Teilstück*, das wir erobern. Ob wir 50 Mandate bekommen oder 70, ja ob wir 300 bekommen würden, *das hätte nichts zu sagen.*

Wir werden unseren Kampf weiterführen genauso wie bisher.
Am Ende steht riesengroß nur eine Aufgabe: Aus den Parteien, Vereinen, Verbänden, aus Konfessionen und Weltanschauungen heraus muß sich wiedererheben der deutsche Mensch, der Volksgenosse, der zum andern gehört und mit dem andern gemeinsam vorwärtsgeht und verficht das Lebensrecht dieser 80 Millionen Menschen[21]*, die unsere Sprache reden, die Deutsche sind, weil ein Herrgott sie deutsch hat gebären lassen* [*sic!*]*, die nun ihren Weg in die Zukunft nehmen müssen, damit dieses Volk nicht ausstirbt, sondern bleibt auch im dritten Jahrtausend unserer sichtbaren Geschichte, genauso wie wir das zweite Jahrtausend zu vollenden im Begriffe sind. Wenn diese Fahnen nur siegen für neue Regierungen oder Parteien, dann reißt sie herunter!*

Diese Fahnen sollen das deutsche Volk hineinführen aus dem zweiten Jahrtausend seiner Geschichte in das dritte Jahrtausend seiner Zukunft und sollen es stark werden lassen und kraftvoll allen Feinden dieser Welt gegenüber - das ist unsere Wahlparole[22]*!*

15. September 1930 Dok. 115
Rede auf NSDAP-Versammlung in München[1]

VB vom 16.9.1930, "87.000 nat[*ional*]soz[*ialistische*] Stimmen in München!".

Heute ist zum erstenmal für zahllose Menschen, die viele Jahre mit größtem Fleiß und mit dem Einsatz ihres Lebens gearbeitet haben, ein Tag des Lohnes. Am Anfang unseres Weges hat kaum einer die Größe des heutigen Sieges zu hoffen gewagt[2].

Aber dieser Sieg bringt erst recht die Verpflichtung zu arbeiten, wieder zu arbeiten und nochmals zu arbeiten. (Stürmische Heilrufe.) Stoß muß auf Stoß, Schlag auf Schlag folgen, bis zur Erreichung unseres Zieles. Und das werden wir auf ganz gesetzmäßigem Wege[3] errei-

---

21 Vgl. Dok. 60, Anm. 8 sowie Dok. 53, Anm. 17.
22 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Im Bürgerbräukeller, nach 0.00 Uhr. Die Versammlung hatte am frühen Nachmittag des 14.9.1930 begonnen, nach 20.00 Uhr waren einzelne nationalsozialistische Spitzenfunktionäre hinzugekommen, Hitler erschien erst nach Mitternacht. Die Wahlergebnisse wurden seit 22.00 Uhr durch Lautsprecher bekanntgegeben. Nach der Verlesung erster Zwischenergebnisse aus dem Raum München wurde - so die Vorlage - von Gregor Straßer bekannt gegeben, daß die Zahl der NSDAP-Abgeordneten im Reichstag "vermutlich 100 überschreiten werde".
2 Vgl. Dok. 79, Anm. 3.
3 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

chen. Das Ziel kann uns ja die Verfassung nicht vorschreiben, sondern nur den Weg. Und vom gesetzmäßigen Weg kann uns keine Macht der Welt abbringen. Die Zeit arbeitet jetzt für uns. Der heutige Erfolg zeigt unsere geistige Überlegenheit über die Gegner, sonst hätten wir ihn nicht trotz aller Widerstände [4] zu erzielen vermocht. Die rauschende Siegesbegeisterung aber muß auch bei dem letzten Parteigenossen in den zähen Willen zum Weiterkämpfen umgegossen werden. Gerade jetzt werden die Gegner Zersetzungsversuche machen, da gilt es, *geschlossen wie ein Mann hinter der Führung zu stehen.* Eine Führung, die den heutigen Erfolg bewerkstelligt hat, hat damit gezeigt, daß sie Vertrauen verdient. Die anderen Parteien sind mit Angst und Sorge zu dieser Wahl gegangen [5], wir aber taten es mit Freude. 100 Abgeordnete sind eine bessere Waffe als 12 [6]. Und die Stunde wird kommen, wo wir endgültig die Macht haben werden. Am Ende unseres Weges aber werden die Worte stehen: Ihr seid Deutschland [7]!

---

4 Vgl. Dok. 23, Anm. 3; Dok. 24, Anm. 2; Dok. 28, Anm. 29; Dok. 29, Anm. 13; Dok. 32, Anm. 24; Dok. 41, Anm. 21; Dok. 55, Anm. 1; Dok. 58; Dok. 108, Anm. 23.

5 Vgl. Dok. 77, Anm. 55.

6 Bei der Reichstagswahl am 20.5.1928 waren 12 Reichstagsmandate auf die NSDAP entfallen, bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 107 Mandate. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 545 sowie Dok. 116, Anm 4. und 18.

7 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

16. September 1930 Dok. 116
"Nach dem Sieg - Bindet den Helm fester! [1]"
Rede auf NSDAP-Versammlung in München [2]

VB vom 18.9.1930, "Unsere Losung: Nach dem Sieg der Kampf!" [3].

Ein großer Sieg ist nun erfochten worden [4]. Die nationalsozialistische Bewegung kann sagen, daß sie das Allerschwerste hinter sich hat, denn wir fassen als das Schwerste nicht den Kampf an sich auf, sondern wir sehen als das Schwerste an die zunächst vorhandene und wenn auch nur scheinbare Aussichtslosigkeit des Kampfes. *Das Schwerste war die Zeit, in der jeder Wunsch und jeder Wille zunächst daran scheiterte, daß niemand uns überhaupt auch nur hörte.* Was wir wollten, war damals belanglos, was wir wünschten, vollständig gleichgültig. Wesentlich war nur, daß kein Mensch unseren Wunsch vernahm, unser Wollen kennenlernte,

---

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 17.9.1930.

2 Im Zirkus Krone, von 20.30 bis 21.30 Uhr. Die Versammlung, die laut Polizeibericht "voll besetzt" war, wurde von Gauleiter und MdL Adolf Wagner geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet.

3 Vgl. auch Berliner Tageblatt vom 17.9.1930 (AA), "Hitler lobt Hugenberg"; Frankfurter Zeitung vom 17.9.1930 (AA), "Hitler über den Wahlsieg der Nationalsozialisten"; Germania vom 17.9.1930 (AA), "Hitler über seinen Wahlsieg"; Münchner Neueste Nachrichten vom 17.9.1930, "Hitler schweigt"; Münchener Post vom 17.9.1930, "Steine statt Brot"; Münchner Zeitung vom 17.9.1930, "Der Nationalsozialismus nach der Wahl"; Bayerischer Kurier vom 18.9.1930, "Der Revisionist"; Deutsche Zeitung vom 18.9.1930, "Der Rechtsblock"; Neue Preußische Kreuzzeitung vom 19.9.1930, "'Nach dem Sieg der Kampf' Eine Programmrede Hitlers in München"; Nassauer Beobachter Nr. 39/1930, "Nach dem Sieg der Kampf". Polizeibericht Nr. VI d 1686/30 vom 17.9.1930; StA München, Polizeidirektion München 6741. Lagebericht der Polizeidirektion München vom 24.10.1930; StA München, Polizeidirektion München 6780. Ferner Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten, Bd. III/2, S. 247-256.

4 Ergebnis der Reichstagswahl vom 14.9.1930:

	Stimmenanteile in Prozent	Reichstagsmandate
KPD	13,1%	77
SPD	24,5%	143
DStP	3,8%	20
Wirtschaftspartei	3,9%	23
Deutsches Landvolk	3,2%	19
Christlich-Sozialer Volksdienst	2,5%	14
Zentrum	11,8%	68
BVP	3,0%	19
DVP	4,5%	30
Konservative Volkspartei	0,8%	4
DNVP	7,0%	41
NSDAP	18,3%	107
Sonstige	3,6%	12
		577

Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 72 sowie Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 545 ff.

Zur Analyse des als Sensation empfundenen Wahlergebnisses vgl. Bracher, Die Auflösung der Republik von Weimar, S. 323 ff.; Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 121 ff. Zu den Ursachen der Wählerbewegung vgl. Falter, Hitlers Wähler sowie Manstein, Mitglieder und Wähler der NSDAP, S. 165 ff.

daß kein Mensch überhaupt von uns irgendwie Kenntnis erhielt. Es war die Zeit *des Totgeschwiegenseins und Totgeschwiegenwerdens.* Die bitterste Zeit auch im Leben jedes einzelnen Menschen. Der Kampf, den der einzelne oft durchzufechten hat mit den positiven Widerständen des Lebens, er ist viel leichter als der erste Kampf gegen das einfache Nichtvorhandensein, gegen das Nichtsehen, gegen das Nicht-zur-Kenntnis-Nehmen, ja, gegen die Unmöglichkeit überhaupt, sich irgendwie der Mitmenschheit [*sic!*] in das Bewußtsein bringen zu können. Dieser Kampf ist für jeden Künstler, für jeden Denker, für jeden Erfinder usw. zunächst das Allerschwerste. Was später kommt, ist viel leichter. Mit der Wahrheit gegen die Lüge zu fechten ist leicht, wenn überhaupt erst einmal diese Zweikämpfe stattfinden.

Wenn heute in der gesamten ausländischen Presse geradezu phantastischer Irrsinn, blödsinnige Auffassungen herrschen, wenn z. B. englische Zeitungen schreiben, ich hätte im Burenkrieg bereits gegen die Engländer gekämpft (Heiterkeit), oder eine andere Zeitung schreibt, ich wäre der Anführer des letzten cubanischen Aufstandes gewesen, wieder eine andere mich zum Kavallerieoffizier deklariert, wieder eine andere Zeitung gestern Nacht dringendst um Mitteilung depeschiert, *ob tatsächlich der Marsch auf Berlin beabsichtigt sei* [5], so ist das alles erklärlich aus der Tatsache, daß dieses Nichtvorhanden[*sein*], das zunächst in unserer eigenen Stadt hier [6], und später im ganzen Reich, auch über der Welt liegt, die zunächst keine Kenntnis von der Existenz dieser Bewegung hat, noch weniger von ihren Zielen.

Sie dürfen sich auch nicht wundern, wenn plötzlich durch einen solchen Sieg die öffentliche Meinung trotzdem mobilisiert wird und nun *das Lügengebäude schneller und gewaltiger einstürzt und der Erfolg viel erschütternder ist, als es sonst der Fall wäre.*

Das ist der Sinn des Sieges von vorgestern.

Wir haben nun eine große Zeit der schwersten Kämpfe hinter uns: gegen unsichtbare Gegner, gegen das Totgeschwiegenwerden, gegen die blödsinnigsten Verleumdungen, die dümmsten Lügen. Den Kampf gegen den Terror schätze ich weit weniger schlimm ein und am wenigsten schlimm den Kampf gegen den organisierten politischen Wahnsinn und Aberwitz. Das können sich die Herren wirklich überall gesagt sein lassen: In diesem Kampfe z. B. haben wir den größten Sieg errungen in dem Gebiet, in dem Terror und Unterdrückung unserer Bewegung die allergrößten Orgien gefeiert hat [7].

---

5 Zur Rezeption Hitlers und der NSDAP in der ausländischen Presse, die erstmals nach dem Hitler-Putsch 1923 wieder einsetzte, vgl. Brigitte Granzow, A Mirror of Nazism. British Opinion and the Emergence of Hitler 1929-1933, London 1964. Adolf Kimmel, Der Aufstieg des Nationalsozialismus im Spiegel der französischen Presse 1930-1933, Bonn 1969. William F. Sheldon, Das Hitler-Bild in der "Time" 1923-1933. In: Tradition und Neubeginn. Internationale Forschungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, Köln 1975, S. 67-81. Gerhard Schreiber, Hitler. Interpretationen 1923-1983, Darmstadt 1984, S. 73 ff. Frank McDonough, The Times, Norman Ebbut and the Nazis, 1927-1937. In: Journal of Contemporary History 27 (1992), S. 407-424.

6 Nach dem Hitler-Putsch vom 8./9.11.1923 hatte sich die bürgerliche Presse auch im Raum München von der NSDAP distanziert. Dies kam nicht zuletzt in der verhältnismäßig geringen Bedeutung zum Ausdruck, den diese Partei in den Jahren 1925-1930 in ihrer Berichterstattung spielte. Vgl. Hoser, Münchner Tagespresse, Bd. 2, S. 709 ff.

7 Vgl. Dok. 23, Anm. 3; Dok. 24, Anm. 2; Dok. 28, Anm. 29; Dok. 29, Anm. 13; Dok. 32, Anm. 24; Dok. 41, Anm. 21; Dok. 55, Anm. 1; Dok. 58; Dok. 108, Anm. 23.

Und das ist auch natürlich. Eine Bewegung, die mehr ist als eine bloße Parlamentspartei, wird entweder solchen Widerständen überhaupt erliegen, und dann hat sie keine Zukunft, oder sie wird durch solche Widerstände nur wesentlich gestärkt werden und am Ende gerade aus diesen Widerständen heraus die Kraft erhalten, die notwendig ist, nicht nur diese Widerstände zu sprengen, sondern um die eigenen Ziele zu erreichen.

Denn der Kampf, den wir heute und seit elf Jahren führen, ist kein positiver Kampf für unsere Ziele, sondern ein Kampf zur Beseitigung jener Kräfte und Mächte, die die Verwirklichung dieser Ziele selbst im Wunsche nicht wollen, überhaupt nicht wünschen, daß das wird, wofür wir kämpfen, nicht wollen, daß Deutschland sich noch einmal erhebt und aufsteigt, sondern in der Fortführung ihres Wunsches vom November 1918 [8] *auch heute noch Deutschland mehr und mehr erniedrigen und praktisch beseitigen wollen.*

Wenn wir uns fragen: Woher kommt es, daß unsere politischen Gegner sich in diesen Aberwitz einspinnen zu glauben, eine solche Bewegung mit so ganz kleinen Mätzchen, sagen wir, *beseitigen* zu können, woher kommt es, daß man sich die Capriolen eines Polizeipräsidenten gefallen läßt, der sich einbildet, durch solche Mätzchen wie: Ich verbiete euch das Hemd von 9-6 Uhr [9], oder: Ich verbiete euch, daß ihr Bier trinkt [10], ich verbiete euch, daß ihr euch aus Pappgläsern [11] Milch ausschenken laßt, oder: Ich befehle, daß man die Stühle zusammenbindet. Wie ist es denkbar, daß man sich einbildet, damit eine *Idee* erledigen zu können? Dafür gibt es nur eine Antwort:

So wie die Geister sind, sehen sie auch den Geist der anderen!

(Stürmischer Beifall.) Und im übrigen sind sie Gefangene ihrer eigenen Vergehen, sie sind die Opfer der Rache des Schicksals.

Vor vielen Jahren wurde in vielen Menschen ein schlechter Wunsch lebendig, und der Wunsch lautete zusammengefaßt nur: Deutschland soll als Machtstaat, das deutsche Volk als politischer Machtfaktor gestürzt werden! Eine fremde Rasse griff nach der Führung unseres Volkes und hat in ihrer internationalen Verfilztheit das Ziel gehabt, Deutschland, den starken deutschen Staat und das deutsche Volk zu überwinden.

Erst hat man den Geist getötet, durch den Verlust dieses Geistes wird unser Volk politisch hörig, die politische Hörigkeit wird ertragen, verwandelt sich aber in wirtschaftliche Sklaverei [12]*, diese setzt sich um in Not von Millionen einzelner, und aus der Not der Millionen kommt die Erhebung, d. h., das Volk beginnt nun zu hören, und der Geist des Widerstandes ist ebenso die zwangsläufige Folge dieses Zusammenbruches wie dieser die zwangsläufige Folge dieses Systems und dieses die zwangsläufige Folge des Wunsches ist, zu dem Ende zu kommen. Damit schließt sich der Kreislauf* [*sic!*]. *Und es ist nun die Frage:*

Was soll dieser Widerstand nun eigentlich? Und was wollen die Männer, die man mit dieser Not des Volkes - unsere Gegner haben ganz recht -

den großen Appell an das Gewissen,

8 Anspielung auf die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.
9 Vgl. Dok. 55, Anm. 1.
10 Vgl. Dok. 108, Anm. 22.
11 Vgl. Dok. 108, Anm. 23.
12 Anspielung auf die Verträge, welche die deutschen Reparationsverpflichtungen regelten.

an die Ehre, die politische Vernunft usw. richten [*sic!*]? Was wollen diese Männer nun, was ist ihr Ziel?

Etwa eine neue Regierung zu bilden [13]?

Nein, das wäre geradezu lächerlich, in einem so kleinen Ziel die Besserung der Schäden zu sehen, die in der letzten Konsequenz das Schicksal der einzelnen eigentlich bestimmen. Es ist im höchsten Sinn des Wortes *eine Idee*, die man als Weltanschauung bezeichnen kann, an deren Spitze eine *Grunderkenntnis* steht, nämlich:

Die Menschen leben nicht für den Staat, sondern der Staat lebt für den Menschen [14]. (Starker Beifall.) Zuerst und weitaus an der Spitze steht der Begriff "Volk". Der Staat ist eine Organisationsform dieses Volkes, und Sinn und Zweck des Staates ist, durch diese Form der Organisation die Lebensexistenz des Volkes zu gewährleisten. (Starker Beifall.) Daraus kommt aber nun ein neues Denken und aus diesem neuen Denken zwangsläufig eine neue politische Methode.

Wir sagen: ein neues Denken. Unsere ganze heutige offizielle politische Vorstellung wurzelt in der Meinung, der Staat müsse erhalten werden, weil er das Wesentliche an sich sei; während wir die Auffassung vertreten, daß der Staat in seiner Form einen bestimmten Zweck zu erfüllen hat und im Augenblick, in dem er den Zweck nicht erfüllt, *seine Form verfehlt ist.* (Lauter Beifall.) Und daß über jeden Zweck des Staates

der Zweck der Erhaltung der Nation

liegt, daß das Wesentliche ist und daß man nicht vom Schutzgesetz eines Staates [15] reden darf, sondern vom *Schutz der Nation* und in diesem Schutze denken muß. (Lebhafter Beifall.) Daß mithin die gesamte bisherige Auffassung, die den Staat in den Mittelpunkt rückt, in der Gesamtheit umgestürzt wird und an Stelle dieser starren formalen Organisation *der lebendige Organismus* gesetzt wird: *"Volk"*. Daß damit aber das gesamte Handeln eine unbändige Freiheit erhält, daß alles was an formalen Fesseln heute den Menschen auferlegt werden kann, in dem Augenblick unsittlich ist, in dem es nicht der Erhaltung des Volkes dient, weil *das* der höchste Lebenszweck ist und das Ziel jedes vernünftigen Denkens und Handelns [16].

Wenn aber nun dieses Handeln heute sich unter verschiedenen Waffen auch der des Parlaments bedient, dann ist das nicht etwa das gleiche, als wenn Parlamentsparteien im Parlament aufgehen. Für uns ist das Parlament nicht der Zweck an sich, sondern ein Mittel zum Zweck, nicht das Ziel an sich, sondern ein Weg zum Ziel, d. h.: Wir sind nicht Parlamentspartei

---

13 Hitler besprach am 29.9.1930 in Berlin mit dem ehemaligen Reichskanzler und Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Wilhelm Cuno, die Möglichkeit einer Regierungsbildung unter Einschluß der NSDAP. Vgl. den Brief Magnus von Levetzows an Beno Frhr. von Herman vom 3.10.1930. Druck: Gerhard Granier, Magnus von Levetzow. Seeoffizier, Monarchist und Wegbereiter Hitlers. Lebensweg und ausgewählte Dokumente, Boppard a. Rh. 1982, S. 276-280.
Im Rahmen seiner Konsultationen mit den Parteispitzen verhandelte Brüning am 6.10.1930 in Berlin auch mit Hitler, ohne daß dieser zu einer parlamentarischen Duldung der Regierung Brüning gewonnen werden konnte. Vgl. Brüning, Memoiren 1918-1934, S. 192 ff.; Gottfried Reinhold Treviranus, Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf 1968, S. 161; Krebs, Tendenzen und Gestalten, S. 140 ff.

14 Möglicherweise Anspielung auf Markus 2, 27: "Der Sabbat ist um des Menschen willen gemacht, und nicht der Mensch um des Sabbats willen."

15 Vgl. Dok. 7, Anm. 3.

16 Vgl. Dok. 82, Anm. 7.

aus Prinzip, das würde unserer Auffassung widersprechen, sondern wir sind Parlamentspartei aus Zwang, aus Not, und der Zwang heißt: Verfassung. Die Verfassung zwingt uns, uns dieses Mittels zu bedienen. Die Verfassung zwingt uns nicht, ein bestimmtes Ziel zu wollen, sie schreibt nur einen Weg vor, sie schreibt eine Methode vor und wir, ich wiederhole das heute wieder, betreten diesen Weg legal [17]*, verfassungsmäßig, wir gehen den durch die Verfassung uns vorgezeichneten Weg zu den von uns vorgezeichneten Zielen.* (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Niemals können Verfassungen für ewig den Inhalt eines Zieles bestimmen, besonders dann nicht, wenn dieser Inhalt nicht identisch ist mit dem Lebensrecht eines Volkes. (Starker Beifall.)

Wenn die Verfassung heute zu ihrem Schutz Gesetze zuläßt, die als Überschrift tragen den Satz: *"Gesetz zum Schutz der Republik",* dann ist damit festgestellt, daß das meiste, was die Verfassung überhaupt heute vorschreiben kann, nur der *Schutz und die Erhaltung einer Form* ist, die überhaupt nicht berühren die Erhaltung der Nation, eines Volkes. *Dieses Ziel ist heute frei, und wir stellen es auf und werden es erreichen.* (Stürmischer Beifall.)

Unseren politschen Gegnern in Deutschland, die entweder die Gedanken der Nationalsozialisten nehmen oder selbst ihrem Geisteskind, der Verfassung, den Todesstoß geben und mit Gewalt den Kampf aufnehmen wollen, können wir zweierlei zur Antwort geben:

Gedanken kann man wohl stehlen, aber wer sie stiehlt, kann sie nie verwirklichen. Es ist das Wesen aller Ideen, daß sie sich selbst die Menschen züchten, möchte ich fast sagen, die für ihre Verwirklichung geeignet sind. Wenn heute die nationalsozialistische Bewegung bestimmte Gedanken hat, dann glauben an diese Gedanken Millionen von Menschen mit der ganzen Inbrunst ihrer Seele, weil sie durch diese Gedanken geworben worden sind. Wenn uns eine andere Partei solche Gedanken stiehlt, dann hat sie nicht die Menschen, die dafür geeignet sind.

Unsere Gegner haben eine schwere Niederlage erlitten [18]. Glauben Sie nun, daß sie etwa fleißiger sein werden als bisher? Sie können es nicht, auch wenn sie wollten: Dort sind nicht

17 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

18 Im Vergleich zur Reichstagswahl vom 20.5.1928 hatten sich am 14.9.1930 nur NSDAP und KPD verbessert. Zentrum und BVP hatten sich einigermaßen behauptet, alle übrigen größeren Parteien zum Teil deutlich verschlechtert:

Stimmenanteile in Prozent

Reichstagswahl:	20.5.1928	14.9.1930
KPD	10,6%	13,1%
SPD	29,8%	24,5%
DDP	4,9%	–
DStP	–	3,8%
Wirtschaftspartei	4,5%	3,9%
Deutsches Landvolk	–	3,2%
Christlich-Sozialer Volksdienst	–	2,5%
Zentrum	12,1%	11,8%
BVP	3,1%	3,0%
DVP	8,7%	4,5%
Konservative Volkspartei	–	0,8%
DNVP	14,2%	7,0%
NSDAP	2,6%	18,3%
Sonstige	9,5%	3,6%

die an sich fleißigen Menschen, in diesen Parteien sind an sich nicht diejenigen, die etwas erkämpfen wollen, nein, *ermogeln, erschieben durch das Stehlen von ein paar Schlagwörtern* (stürmischer Beifall), *zusammen betrügen wollen sie.* Aber aus *dem* Geiste heraus kommt kein Heroismus. Sie können dann nur unter Bruch ihrer Verfassung eine Organisation treffen, aber ewig würde erst recht unser Geist weiterfressen, den bringen sie nicht weg! Ganz im Gegenteil, sie selbst haben ihn dann mehr oder weniger anerkannt, und der Geist, er würde der Geist sein, den man ruft und den man dann nicht mehr los wird [19]. (Zurufe: Sehr richtig!) Aber zu solchem Entschluß sind diese kranken, alten und schwachen Gebilde an sich nicht mehr geeignet.

Wenn Sie die Ausführungen unserer Gegner nach dieser grauenhaften Niederlage durchlesen [20], werden Sie einen Leitsatz finden, der sich durch diese Ausführungen hindurchzieht und der lautet: Wir verwahren uns dagegen, daß nunmehr nationalsozialistischer Geist oder nationalsozialistisches Wollen in Deutschland respektiert oder gar übernommen werden -

es muß alles beim Alten bleiben [21].

(Große Heiterkeit.) Sie sagen das heute ganz offen. Sie trompeten das schon jetzt per Rundfunk in die Welt hinaus [22], sie sagen: Beruhigt euch, es bleibt alles beim Alten! Natürlich, ihr seid *auch* die Alten geblieben, ihr könnt gar nichts Neues produzieren, und die Klügsten von euch, die die Schwächen eurer Position erkennen, sind auch noch lange keine Produzenten, sondern bleiben Diebe, geistige Diebe, die räubern gehen wie die Elstern, die herumsuchen und herauszuschnüffeln beginnen: Was bringt *denen* die Masse zu? Dann kapieren sie etwas und sagen: Die Jugend [23]! Dann nehmen sie auch einen Ledergürtel und versuchen, ihren Bauch hineinzuzwängen: Wir wollen auch die Jugend, wir müssen auch die Jugend haben, und sind überzeugt, daß sich die Jugend augenblicklich anschließen wird.

Und so machen sie es mit allem. Sie sagen: Was zieht *den* Menschen die Massen heran? *Der nationale Gedanke!* Und dann sagen sie: Wir werden auch diesen nationalen Gedanken

---

Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 71 f. sowie Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 561 ff.; 1931, S. 545 ff.

19 Anspielung auf die 1797 entstandene Ballade "Der Zauberlehrling" von Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832).

20 Zur Reaktion auf den Wahlsieg der NSDAP vgl. z. B. Eva Pfeifer, Das Hitlerbild im Spiegel einiger konservativer Zeitungen in den Jahren 1929-1933, Diss. phil., München [2]1968, S. 11 ff.; Pyta, Gegen Hitler und für die Republik, S. 35 ff.; Winkler, Der Weg in die Katstrophe, S. 194 ff.

21 Die Reichsregierung hatte am 16.9.1930 die neue politische Lage erörtert und u. a. öffentlich erklärt, daß sie "das im Sommer in Angriff genommene Programm einer sachlichen Arbeit zur Lösung der wirtschaftlichen, finanzpolitischen und sozialpolitischen Aufgaben mit allem Nachdruck so weit zu fördern hat, daß dem neuen Reichstag bestimmte Vorlagen zugeleitet werden können". Druck: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 1, S. 431.

22 Der Reichsminister des Innern Joseph Wirth hatte am 16.9.1930 im Rundfunk die neuen Machtverhältnisse im Reichstag analysiert und erklärt, daß der deutsche Radikalismus eine Schlacht gewonnen habe, die Regierung aber das Schlachtfeld behaupte. Sie halte an der Verwirklichung ihres Programmes fest und beabsichtige, keine Koalitionsverhandlungen mit den radikalen Parteien zu führen. Vgl. Germania vom 17.9.1930 (MA), "Schach dem Radikalismus! Reichsinnenminister Wirth über die politische Lage nach den Wahlen"; VB vom 18.9.1930, "Die Alten wollen das Feld nicht räumen"; Vorwärts vom 17.9.1930 (MA), "Wirth über die Wahlfolgen".

23 Vgl. Dok. 44, Anm. 22.

künftighin etwas mehr in den Vordergrund rücken! Oder sie sagen: Es ist der *Wehrgedanke!* Wir müssen künftig auch etwas mehr davon *reden*, das zieht die Menschen heran. Oder sie sagen: Es ist vielleicht die Gegnerschaft zum heutigen demokratischen System! Und wenn es nottut, gehen uralte Patentdemokraten her und sagen: Das sind die alten Parteien, die alten Namen sind das, und dann geht eine Staatspartei, d. h. die Demokratische Partei, her, die am ganzen deutschen Unglück schuld ist und als alte Partei so kaputt geworden ist, daß sie nicht mehr wagt, den Namen weiterzuführen; sie geht her und sagt: *Volk, beseitige die alte Partei; deutsches Volk, die alten Parteien haben versagt, gib deine Stimme der Staatspartei*[24]*!* (Stürmischer Beifall.)

Dann sind sie nun überzeugt, daß sie mit diesen Mätzchen wirklich einer Bewegung Widerstand leisten können, die heute tatsächlich einen neuen Lebensinhalt geformt und ungezählten Menschen einen neuen Lebenszweck gegeben hat. Und sie wundern sich vielleicht, wenn das Ergebnis ein negatives ist. Wir *Nationalsozialisten* sehen das als etwas Logisches an.

Diese Parteien machen uns den Sieg nie und nimmermehr streitig!

Und daher ist auch dieser parlamentarische Sieg für uns nicht das Signal: "Alles ruht, der Kampf ist zu Ende, und das parlamentarische Geschiebe beginnt!" - *Nein*, im Gegenteil:

Für alle Zukunft ist für uns der Begriff "Kampf" verbunden mit der Überzeugung, daß nur aus ihm ganz allein die Kraft kommen kann zur Überwindung dieser Schwächen, die heute unser Volk auf allen Gebieten lähmen.

Der Staat hat nur einen Sinn, wenn er den Kampf der Menschen für Ehre, Existenzerhaltung organisiert und gewährleistet. Dieser Kampf ist nur denkbar, wenn die höchsten Kräfte mobilisiert werden, die ewig aus drei Tatsachen herausfließen:

Erstens *aus dem Wert*, zweitens *aus der Organisation,* drittens *aus dem Geist.* Diese drei Tatsachen stehen nun im Mittelpunkt der Reorganisationsbestrebungen unserer Bewegung.

Den Wert unseres Volkes wollen wir wieder erheben, diesen Grundwert freimachen von den Verwucherungen und Mißbildungen, zum Dominierenden emporreißen, wollen diesem Grundwert, *Blutswert,* eine Form der Logik geben, eine Form höchster Vernunft, d. h. Beseitigung der Demokratie, des parlamentarischen Systems. Wir wollen, daß dieser Wert, deutsches Volksgut, deutsches Volksblut genannt, zu einem Höchsten wird durch die *Art der Verwaltung* dieses Wertes. Diese Verwaltung kann nur stattfinden nach dem Gesetz der Logik, der Vernunft, der menschlichen Einsicht und der Erfahrung, und diese Einsicht und Erfahrung führt uns zu dem Weg der Autorität der Persönlichkeit. Wenn ein Volk von großem eigenen Wert sein Schicksal von höchster Logik und Vernunft von den fähigsten Kräften bestimmen läßt, dann wird das die Voraussetzung zur Kraft. Und wenn weiter dieses Volk in der Gesamtheit jenen Geist erhält, der die Voraussetzung ist wieder zur Bildung einer Kraft, d. h., vom Kleinsten bis zum Größten im Geist des Widerstandes, Kampfsinnes, dann wird aus diesen drei Tatsachen heraus jene Kraft kommen, die ein Volk braucht, um auf der Welt bestehen zu können.

Aus Blut, Autorität und Persönlichkeit und aus Kampfgeist entsteht dann der Wert, der ein Volk allein berechtigt, hoffnungsfroh um sich zu blicken, und das allein ist dann aber auch die

---

24 Bezieht sich auf die Gründung der DStP, die aus der Union von DDP und Volksnationaler Reichsvereinigung entstanden war. Vgl. Dok. 84, Anm. 2 und Dok. 37, Anm. 12.

Voraussetzung für das Leben, das die Menschen dann wollen. Ist das erfüllt, dann geht erst in Erfüllung, wofür heute die politischen Parteien eintreten: Wohlstand, Einzelglück, Familienleben usw.

Es wird kommen zuerst Ehre, dann Freiheit, aus beiden heraus Glück, Wohlstand, Leben usw., kurz, es wird dann wieder der Zustand kommen, den wir Deutsche vielleicht sehend vor dem Kriege ahnten [*sic!*], der Zustand, in dem den einzelnen das Leben wieder innerlich freuen wird, weil es einen Sinn und Zweck hat, weil der Abschluß seines Lebens nicht das Ende an sich, sondern eine endlose Geschlechterfolge sein wird, weil er weiß: Was wir schaffen, versinkt nicht in den Orkus, nein, geht auf Kind und Kindeskinder über. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Und so ist der Sieg, den wir erfochten haben, nichts anderes als die

Gewinnung einer neuen Waffe zum Kampf.

107 Mann stehen nun auf dem legalen Fechtboden unserer heutigen Geschichte [25]. Und diese 107 Mann werden auch beweisen, daß wir Nationalsozialisten nicht nur die Massen bewegen und beherrschen können, sondern daß wir auch Florett fechten können auf diesem Boden. (Beifall.) Wir werden auch auf *dem* Boden alle Möglichkeiten kühlsten Sinnes wahrnehmen, die uns unserem Ziele näherbringen können, wir werden auf *dem* Boden ununterbrochen betonen und verkünden, daß das nicht unser Ziel an sich ist [26]. Nicht um Abgeordneten-Mandate kämpfen wir, sondern Mandate erobern wir, um das deutsche Volk dereinst frei machen zu können. (Stürmischer Beifall.)

Der Sieg vom 14. September 1930 ist mehr als ein bloßer Wahlsieg: Noch niemals hat eine Bewegung in einem Anhieb diesen Schwung aufgebracht. Wenn unsere Gegner heute sagen: Das ist unverständlich, und wenn sie hoffen, das möge wieder vergehen, *dann täuschen sie sich:* Das ist nicht unverständlich (stürmischer Beifall), nein, nur *gesehen* wurde unser Kampf nicht, weil man ihn nicht sehen wollte, weil man ihn totschwieg. Und Sie haben hier selbst ein Beispiel: Wenn Sie diesen Schwindel der bürgerlichen Presse ansehen, die seit Jahren glaubt, uns durch Totschweigen [27] erledigen zu können, und die nun erstaunt tut, daß trotzdem die Erledigung nicht erfolgt ist. Glauben Sie, es wird ein Erwachen kommen, in einer Stunde einst, dann werden alle diese Menschen sehen, wie läppisch, klein und blöde und dumm ihre Hoffnungen gewesen sind und ihre Methode im Kampf gegen eine neue Weltanschauung. (Zurufe: Sehr richtig!) Wenn wir die Protektion des alten Regiments von heute brauchen würden, um uns den Weg freizumachen, dann wären wir nicht mehr wert als dieses gesamte alte Regiment selbst. So können wir mit Stolz sagen: Wir brauchen eure Protektion nicht, brauchen nicht eure Befürwortung, aber paßt auf, daß ihr nicht einmal unseren guten Willen braucht. (Stürmischer Beifall.)

---

25 Zur Zusammensetzung der Reichstagsfraktion der NSDAP im V. Reichstag vgl. Reichstags-Handbuch 1930. Persönliche Angaben und Bilder, Berlin 1930.

26 Zu Hitlers interner Lagebeurteilung im Anschluß an die Reichstagswahl vgl. Felice, Mussolini e Hitler, S. 169 f. sowie I Documenti Diplomatici Italiani, Settima Serie: 1922-1935, Vol. IX, Roma 1975, Doc. 289.

27 Vgl. jedoch die Berichte bürgerlicher Zeitungen, die als Vorlage oder als ergänzende Quellen für die hier edierten Reden Hitlers genannt sind. Es fällt allerdings auf, daß zumindest bis zum 14.9.1930 Hitler und die NSDAP von einem Teil der bürgerlichen Presse ignoriert wurde, bzw. in deren Berichterstattung eine sehr kleine Rolle spielte.

Und wir werden auch einmal abwägen, was *Wert* hat für unser Volk, deswegen, weil es im Kampf zu ihm stand, oder was *wertlos* ist deshalb, weil es den Kampf praktisch sabotierte. Und wenn sie dauernd hoffen, daß das nie der Fall sein wird - Schlauköpfe, große Propheten! Von 7 Mann [28] sind wir jetzt 6.400.000 geworden [29] (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Glauben Sie [*mir*], der Weg vom 5. Januar 1919 [30] bis zum 14. September 1930 war ein schwererer, als der Weg vom 14. September 1930 zum Soundsovielsten 1900-soundsoviel sein wird. (Stürmischer Beifall.)

Heute haben wir durch den Sieg erreicht, daß die öffentliche Meinung nicht nur Deutschlands, sondern weit über die Grenzen unseres Volkes hinaus uns sieht, weil man uns nicht mehr übersehen kann, und wenn man erst *sieht,* wird langsam auch die Erkenntnis unseres Volkes kommen, und solche Dummheiten, wie wir sie jetzt erleben, werden in wenigen Jahren undenkbar erscheinen. Man wird nicht nur in Deutschland, sondern darüber hinaus wissen, was die Nationalsozialisten wollen oder gewollt haben. Und damit ist es aber auch klar, daß gerade jetzt nach diesem Sieg, der, glaubt nicht, im geringsten unser Ziel verwirklicht hat, sondern nur neue Möglichkeiten gab, dem Ziel mit neuer Kraft zuzustreben, *daß dieser Sieg nun nicht die Einleitung einer Ruhepause sein kann* [*sic!*]. Im Gegenteil, das, was einst ein preußischer General sagte, man muß den Gegner verfolgen bis zum letzten Hauch von Roß und Mann [31], das gilt auch im politischen Leben. *Unsere Gegner können überzeugt sein, wir werden in dem Kampfe nicht eher ruhen, als bis unser Ziel erreicht ist.* (Brausende Heilrufe.) *Dieses Ziel heißt nicht Umsturz, nicht Putsch* [32], *sondern Revolution der deutschen Seele, Eroberung des deutschen Menschen. Die Abrechnung mit den Verführern überlassen wir dann dem souveränen deutschen Volk.* (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Wir wollen nur Garanten sein dafür, daß unser Volk sich dann die Verfassung beilegt, die einen November 1918 für menschlich absehbare Zeit unmöglich machen wird und die unmöglich machen soll das, was aus diesem November 1918 heraus an Weh und Leid, Elend, Not usw. gekommen ist.

Appell an die Partei

Und so muß ich nun den Appell aber auch *an Sie selbst,* vor allem an die Parteigenossen und -genossinnen richten: Ermüden Sie in keinem Augenblick, nehmen Sie sich die alte deut-

28 Vgl. Dok. 21, Anm. 4 sowie Dok. 41, Anm. 12.

29 Bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 hatten 6.379.672 Wahlberechtigte NSDAP gewählt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 547.

30 Anspielung auf das Gründungsdatum der DAP. Vgl. Dok. 20, Anm. 32.

31 Gemeint ist vermutlich Gebhard Leberecht Fürst Blücher von Wahlstatt. Der spätere Generalfeldmarschall hatte nach der Schlacht an der Katzbach am 26.8.1813 die Parole ausgegeben, den Sieg auszunützen und den Feind "mit Leib und Seele" zu verfolgen. Die russischen Verbündeten bezeichneten ihn daraufhin als "General Pascholl", als "General Vorwärts". Vgl. Tom Crepon, Leberecht von Blücher. Leben und Kämpfe, Berlin 1988, S. 247 ff.

32 Nach dem Wahlerfolg der NSDAP am 14.9.1930 waren die Gerüchte über einen bevorstehenden nationalsozialistischen Putsch nicht verstummt und wurden auch von der Presse immer wieder aufgegriffen. Zu den angeblichen Umsturzplänen der NSDAP vgl. den skeptischen Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin, Tgb. Nr. 3947. I. A. 7.30, an den preußischen Minister des Innern vom 23.9.1930, der auch auf die entsprechenden Presseberichte eingeht. GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 298.

sche Front zum Vorbild. Wäre Deutschland im November 1918 nicht ermüdet, heute wissen wir es: *Das Jahr 1919 hätten auch unsere Gegner nicht überstanden,* heute sagen englische Staatsmänner: "Wir haben alles auf eine Karte gesetzt, man sagte, die Revolution werde ausbrechen, wir haben darauf gebaut und gehofft und wir sind nicht betrogen worden [33]!" Und wir müssen aus dem lernen. *So sehr Mut als Tugend notwendig ist, so sehr Genialität, Kühnheit nötig ist, so ist noch viel nötiger Beharrlichkeit, eiserne Beharrlichkeit.* Sie, Parteigenossen und -genossinnen, müssen in sich den Entschluß aufnehmen und erhalten, daß, ganz gleich was kommt, unser Kampf in keiner Sekunde erlahmen wird und daß Sie dauernd Agitatoren sein müssen, dauernd werben und daß jeder nur die Pflicht in sich trägt, diesen Eifer zu erhöhen und zu verstärken. Es ist nicht genügend, daß die Führung allein das tut. Gewiß, der Geist der Führung wird immer abfärben auf die Massen der Geführten. Allein, es ist auch nötig, daß die Masse der Geführten selbst erkennt und selbst versteht, was notwendig ist, nicht nur deshalb, weil die Führer und die einzelnen nun in höchster Energie den Kampf weiterführen, sondern daß sie in eigener Erkenntnis das tut, daß auch die Masse sieht: Das ist nicht unser Ziel, sondern nur eine Etappe auf dem Weg zum Ziel. Das Ziel liegt vor uns, und keine Sekunde dürfen wir dieses Ziel aus dem Auge verlieren, niemals ermüden und ermatten, und wenn mancher Parteigenosse angesichts der Opfer, mancher S.A.-Mann angesichts der Verfolgungen vielleicht dem Verzweifeln nahe ist, mag er bedenken: Wenn Menschen miteinander kämpfen, dann sind auf beiden Seiten Wesen aus Fleisch und Blut, mit allen Vorzügen und allen Fehlern und allen Unzulänglichkeiten behaftet. Wenn heute ein S.A.-Mann, ein Parteigenosse angesichts der Opfer verzagt, dann möchten Sie eines sich vorstellen: Uns gegenüber sind keine Götter, sondern Menschen, genau wie wir. Mit Göttern vielleicht kann man nicht kämpfen, mit Menschen aber jederzeit. Was Menschen bauen, können Menschen zertrümmern, was Menschen zertrümmern, können Menschen wieder errichten. *Menschen zu besiegen, wird immer möglich sein, wenn der Wille des einen größer ist als der Wille des anderen.* (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Und das müssen Sie in Ihre Seelen und Herzen aufnehmen: Wenn man zu Ihnen kommt, opfern Sie, wenn man Sie auffordert, gehen Sie mit auf Lastkraftwagen [34]. Dann stellen Sie sich nur eines vor: Auch der Gegner besteht aus Fleisch und Blut, aber eines haben wir über: Der kämpft für eine verlorene Sache, der kein Ideal hat, daher auch keine Jugend. *Die* haben wir. Und wenn du, mein lieber S.A.-Junge [*sic!*] und S.A.-Mann, am Verzweifeln bist, dann bitte ich dich, erinnere dich daran, was unsere Vorväter vor dir geleistet haben. Wenn du heute lebst, Deutscher bist, unsere Sprache redest, im Deutschen Reich dein Brot verdienst, vergiß

33 Nach dem vollen Anlaufen der militärischen Unterstützung der USA im Frühjahr 1918 bestand an der militärisch-materiellen Überlegenheit der Alliierten kein Zweifel. Allerdings hatte der britische Ministerpräsident Lloyd George in einem Memorandum vom 30.8.1918 den französischen Ministerpräsidenten Clemenceau darauf hingewiesen, daß Großbritannien die Grenzen seiner wirtschaftlichen Belastbarkeit - insbesondere im Bereich seiner Personalressourcen - überschritten habe und gezwungen sei, Soldaten zur Industrie zurückzuholen. Vgl. Chris Wrigley, David Lloyd George and the British Labour Movement, Hassocks 1976, S. 230 f.

34 Lastkraftwagen spielten als Transportmittel und Werbeträger bei den politischen Auseinandersetzungen und Wahlkämpfen in der Weimarer Republik eine große Rolle und wurden von allen Parteien und Wehrverbänden eingesetzt. Zum Stand der Motorisierung von NSDAP und SA vgl. Werner, SA und NSDAP, S. 552 ff sowie Dok. 30.

nicht, welche unendlichen Opfer so viele Geschlechterfolgen vor uns bringen mußten, und vergiß nicht, welche Opfer zum Teil selbst deine Brüder, Väter und Volksgenossen vor 12 und 15 Jahren zu bringen hatten.

Was wir heute tun, ist genug. 2 Jahre Kampf von heute wiegen nicht auf 10 Stunden Trommelfeuer von damals, vergiß das niemals (anhaltender Beifall), *und wenn es dir heute schlecht geht und wenn du Not leidest, vergiß niemals: Deine Not kann und ist nie so groß, als die Not von unsereinem gewesen ist, die Not von Millionen von Deutschen, die tage- und wochenlang kein Lager hatten, im Schneesturm genau so wie im strömenden Regen im Freien bleiben mußten, wochenlang im Granatloch hocken, mit hungrigem Magen niemals warmes Essen hatten, dauernd von Todesangst umkrallt waren - vergiß das nie, und dein Opfer wird sofort wieder erträglicher sein. Du wirst fühlen, daß alles, was wir an Opfer bringen, nur Bruchteil dessen ist, was unsere Kameraden einst gebracht haben für Deutschland, für das deutsche Volk und damit auch dafür, daß wir heute noch leben.* (Stürmischer Beifall.)

Und so werden Sie dann verstehen, daß dieser Sieg für uns nur die Verpflichtung bringen kann zu um so größerem Fleiß, um so größeren Opfern, zu einem um so hartnäckiger entschlossenen Kampf. Schreiben Sie jetzt auf Ihre Fahne nicht mehr das Wort Sieg hinauf, dieses Wort soll heute zum letzten Mal gesprochen werden, streichen Sie dieses Wort wieder durch und schreiben Sie an Stelle dessen wieder das Wort hinauf, das für uns besser paßt: "Kampf!" [35]

17. September 1930 Dok. 117
"Georg Hallermann"
Nachruf

VB vom 19.9.1930.

Einer der tapfersten Kämpfer für sein Volk, erprobt im Kriege, im Ruhrwiderstand, in verantwortungsvoller Stelle der N.S.D.A.P. [1] starb an den Folgen von Kriegsverletzungen [2] wenige Stunden vor Bekanntwerden des ersten sichtbaren großen Erfolges der Bewegung, für deren Endsieg er in treuer Arbeit wirkte.

Sein Name soll der Ehrentafel derer, die wir nie vergessen wollen, eingefügt werden [3].

gez. *Adolf Hitler*

---

35 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Vgl. Dok. 91, Anm. 15.
2 Hallermann war am 14.9.1930, 17.00 Uhr, an den Folgen einer Lungenerkrankung gestorben. Vgl. Turner (Hrsg.), Hitler aus nächster Nähe, S. 50, 70 ff. sowie die Todesanzeige im VB vom 19.9.1930.
3 Vgl. Dok. 118.

17. September 1930 Dok. 118
Anordnung

Gedrucktes Exemplar; BA, Slg. Schumacher 403.

Nach schwerem Leiden ist mein langjähriger [*sic!*] treuer Mitarbeiter, der Adjutant-Osaf
Georg Hallermann
durch den Tod erlöst worden [1].

Wir alle, und besonders die SA, verlieren in ihm einen ihrer tatkräftigsten Führer, einen ihrer unermüdlichsten Kämpfer, einen ihrer treuesten Freunde. Harte Entbehrungen in den Zeiten der Vorbereitung und aufreibende Arbeit in den Zeiten des Aufbaues haben ihm nicht die Zeit gelassen, seine Gesundheit zu pflegen und sich zu schonen. Er ist ein Opfer der Pflicht geworden, der Pflicht der Bewegung, dem deutschen Volke, dem kommenden Dritten Reich [2] gegenüber.

Dem Namen Hallermann wird die Geschichte der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei einen hervorragenden Platz einräumen [3] inmitten derer, die ihr Alles, zuletzt sogar das Leben für die heilige Idee hingegeben haben.

Zum Andenken an den tapferen Mitarbeiter in schwerster Zeit bestimme ich, daß die Standarte XI Dortmund den Namen "Sta[*ndarte*] XI Hallermann" führt.

Der Partei- und Oberste SA-Führer:

gez. *Adolf Hitler*

17. September 1930 Dok. 119
Anordnung

Gedrucktes Exemplar; BA, NS 26/305.

Osaf-Stellv[*ertreter*] Nord, Major *Dincklage* [1], hat mir gemeldet, daß ihn seine schwere Erkrankung [2] wider Erwarten zwingt, sich unter ärztlicher Aufsicht noch längere Zeit einer Kur zu unterziehen, die ihn von seinem Tätigkeitsbereich und von der Arbeit fernhält. Osaf-Stell-

1 Vgl. Dok. 117, Anm. 1.
2 Vgl. Dok. 48, Anm. 26.
3 Vgl. Volz, Daten der Geschichte der NSDAP, S. 56.

1 Karl Dincklage (1874-1930), Major a. D., 1919 Vorsitzender der DNVP in Hannover, 1922 Übertritt zur DVFP, 1925 Eintritt in die NSDAP, Ortsgruppenleiter von Hannover und Braunschweig sowie Schriftleiter des Niedersächsischen Beobachters, 1926-1930 stellvertretender Gauleiter und SA-Gauführer des Gaues Süd-Hannover-Braunschweig, 1928-1930 OSAF-Stellvertreter Nord.
2 Dincklage war an einer schweren Lungenentzündung erkrankt, an der er am 7.10.1930 starb. Vgl. Turner (Hrsg.), Hitler aus nächster Nähe, S. 70 ff., 488 sowie Bd. IV/1, Dok. 11 und 12.

v[*ertreter*] Dincklage hat mich um die Zurverfügungstellung bei der SA bis zur Wiederverwendbarkeit gebeten.

Indem ich dieses Gesuch genehmige, spreche ich Herrn Major Dincklage für seine außerordentlichen Verdienste um die nationalsozialistische Bewegung, für seine aufopfernde und erfolgreiche Tätigkeit als einer der höchsten Führer der SA, und für seine unverbrüchliche und selbstlose Treue [3] meinen persönlichen Dank und den der Bewegung aus.

Ich bestimme zugleich, daß die Standarte I Hannover, deren Gründung und Aufstellung Major Dincklage seine besondere Liebe gewidmet hat, fortan den Namen "Sta[*ndarte*] I Dincklage" führt.

Der Partei- und Oberste SA-Führer:

gez. *Adolf Hitler*

18. September 1930 Dok. 120
Anordnung

VB vom 18.9.1930, "Achtung!".

Adolf *Hitler* hat angeordnet, daß sämtliche Parteimitglieder zur Hilfskasse der N.S.D.A.P. (S.A.-Versicherung) [1] angemeldet (versichert) werden müssen.

Neu eintretende Parteimitglieder können jederzeit nachgemeldet (nachversichert) werden. Die Versicherung gilt vom Tage des Einganges der Meldung und des Beitrages an.

Hilfskasse der N.S.D.A.P.
(S.A.-Versicherung)

(Von allen Parteiblättern nachzudrucken)

---

3 Zur Tätigkeit Dincklages vgl. Hanna Behrend, Die Beziehungen zwischen der NSDAP-Zentrale und dem Gauverband Süd-Hannover-Braunschweig 1921-1933. Ein Beitrag zur Führungsstruktur der nationalsozialistischen Partei, Frankfurt a. M. 1981, S. 149 ff. sowie Bd. III/1, Dok. 18.

1 Vgl. Dok. 15, Anm. 4.

20. September 1930 Dok. 121
"Notwehr als Recht"
Artikel [1]

Illustrierter Beobachter vom 20.9.1930.

24. September 1930 Dok. 122
"Bekanntmachung"
Anordnung

VB vom 28.9.1930 [1].

Der Gau Danzig der N.S.D.A.P. ist aufgelöst worden [2]. Mit der Neuorganisation ist Arthur Greiser [3], Danzig-Langfuhr, Hauptstr. 64, beauftragt worden. Seinen Anordnungen ist Folge zu leisten.

Bruno Fricke [4] wurde aus der N.S.D.A.P. ausgeschlossen [5].

München, den 24.9.[*19*]30

gez. *Adolf Hitler*

1 Bei diesem Artikel handelt es sich um einen unveränderten Auszug aus Hitlers Mein Kampf, Bd. II (1. Auflage: München 1927, S. 332-337/München [65]1933, S. 759-764). Auf Aufnahme in diese Edition wurde deshalb verzichtet.

1 Die Bekanntmachung wurde auch im VB vom 27.9.1930 veröffentlicht. Dort fehlt jedoch der Satz: "Bruno Fricke wurde aus der N.S.D.A.P. ausgeschlossen."

2 Zu den Auseinandersetzungen in der Danziger NSDAP zwischen Fricke und dem Gauleiter des Gaues Ostpreußen Erich Koch vgl. Herbert S. Levine, Hitler's Free City. A History of the Nazi Party in Danzig 1925-1939, Chicago 1973, S. 24 ff.
Zur Neuordnung des Gaus vgl. Bd. IV/1, Dok. 10.

3 Arthur Greiser (1897-1946), 1919 Leutnant a. D., Handelsvertreter, 1922 Eintritt in die Deutschsoziale Partei (DtsP), 1924 Gründer des Stahlhelms in Danzig, 1929 Eintritt in die NSDAP, 1930-1933 Gaugeschäftsführer des Gaues Danzig, 1933 Vizepräsident und Innensenator des Danziger Senats, SS-Standartenführer, 1933-1939 stellvertretender Gauleiter des Gaues Danzig, 1934 Präsident des Danziger Senats, 1939-1945 Gauleiter und Reichsstatthalter des Gaues Wartheland, 1946 hingerichtet.

4 Bruno Fricke (geb. 1900), 1918 Angehöriger des Freikorps Roßbach, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1923 Haftstrafe wegen Beteiligung an einem Fememord, 1927-1929 Aufbau der NSDAP in Paraguay und Brasilien, 1929 Bezirksleiter und SA-Führer für Lippe-Detmold, Dezember 1929 vorübergehender Parteiausschluß, 1930 Mitbegründer der Auslandsabteilung in der Reichsleitung der NSDAP, Geschäftsführer des Gaues Danzig, SA-Standartenführer, September 1930 Ausschluß aus der NSDAP, Eintritt in die "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten", 1932 Auswanderung nach Paraguay, 1932-1943 Leiter der "Schwarzen Front" Otto Straßers in Lateinamerika (seit 1940 "Freie Deutsche Bewegung"), 1943-1945 in Argentinien inhaftiert.

5 Fricke, der bereits einmal wegen Sprengung einer Weihnachtsfeier der NSDAP aus der Partei ausgeschlossen worden war, wurde am 2.9.1930 von Hitler wegen illegalen Waffenbesitzes erneut aus der NSDAP ausgeschlossen. Vgl. Protokoll der Beschuldigten-Vernehmung Adolf Hitlers vor dem Amtsgericht München am 31.7.1931; Landesarchiv Berlin, Rep. 58, Aa 399, Nr. 515, Bd. 1. Druck: Bd. IV/2 sowie Moreau, Nationalsozialismus von links, S. 48, 207.

25. September 1930 Dok. 123
Zeugenaussage vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig [1]

Druck: Peter Bucher, Der Reichswehrprozeß. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30, Boppard a. Rh. 1967, S. 237-280 [2].

Vors. [3]*:* Sie sind auf Antrag von Rechtsanwalt Frank geladen worden, um hier als Zeuge auszusagen [4]. Das Beweisthema, über das Sie vernommen werden sollen, lautet: Sie sollen als Zeuge dafür vernommen werden, daß die NSDAP ihre Ziele ausschließlich auf legalem Wege verfolgt, den gewaltsamen Umsturz der Verfassung und der Regierung nicht beabsichtigt, daß die Partei ihre Mitglieder und Anhänger auch nicht dazu auffordert und aufgefordert hat, einen gewaltsamen Umsturz der Verfassung und Regierung herbeizuführen, auch nicht im Jahre 1923 [5]. Ich ersuche Sie, sich in großen Zügen zunächst über die Entstehung und den Werdegang der NSDAP auszulassen. Sie sollen aber nicht etwa eine mehrstündige Propagandarede für Ihre Partei halten [6]. Sie sind hier nicht da, die Existenz der Partei zu vertei-

1 Am 23.9.1930 war vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig die Verhandlung gegen die Leutnante Hanns Ludin und Richard Scheringer sowie den Oberleutnant a. D. Hans Friedrich Wendt eröffnet worden. Die Offiziere, die sich seit 10./11.3.1930 in Untersuchungshaft befanden, wurden - so die Anklageschrift des Oberreichsanwalts Georg Werner vom 29.7.1930 - u. a. beschuldigt, gegen § 86 StGB (Vorbereitung zum Hochverrat) und § 92 MStGB (Ungehorsam mit erheblichem Nachteil) verstoßen zu haben. Der Prozeß, der im In- wie im Ausland mit größtem Interesse verfolgt wurde, endete am 4.10.1930 mit der Verurteilung der drei Angeklagten zu je einem Jahr sechs Monaten Festungshaft; Ludin und Scheringer wurden aus der Reichswehr entlassen. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß die Angeklagten im Heer dafür geworben hätten, im Falle eines nationalsozialistischen Staatsstreichs diesen durch Befehlsverweigerung zu unterstützen. In dieser Absicht hätten sie Kontakte zu Offizieren im gesamten Deutschen Reich und zur Reichsleitung der NSDAP aufgenommen. Ferner erkannte das Gericht auf Ungehorsam, jedoch nicht auf Aufwiegelung, da es zu einem nationalsozialistischen Staatsstreich nicht gekommen sei. Vgl. Bucher, Reichswehrprozeß, S. 15 ff.; Druck des Urteils vom 4.10.1930: Die Justiz 6 (1930/31), H. 4, S. 187-223.

2 Der Verbleib der Prozeßunterlagen ist unbekannt. Vorlage bildet daher die o. g. Rekonstruktion; sie beruht auf der Auswertung wie dem Vergleich der Berichte folgender Zeitungen: Berliner Börsenzeitung, Berliner Tageblatt, BZ am Mittag, Deutsche Allgemeine Zeitung, Deutsche Zeitung, Dortmunder Zeitung, Düsseldorfer Nachrichten, Frankfurter Zeitung, Germania, Hamburger Echo, Hannoverscher Anzeiger, Hannoverscher Kurier, Hannoversches Tageblatt, Kasseler Post, Kölner Tageblatt, Kölnische Volkszeitung, Kölnische Zeitung, Leipziger Neueste Nachrichten, Lübecker General-Anzeiger, Mainzer Anzeiger, Münchner Neueste Nachrichten, Neue Leipziger Zeitung, Neue Preußische Kreuzzeitung, Rheinisch-Westfälische Zeitung, Der Tag, Tägliche Rundschau, Thüringer Allgemeine Zeitung, Tremonia, Tribüne, Völkischer Beobachter, Vorwärts, Vossische Zeitung.
Zur Datierung der einzelnen Artikel sowie zu den Einzelnachweisen vgl. Bucher, Reichswehrprozeß, S. 235 ff. Die Wiedergabe erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Harald Boldt Verlags, Boppard a. Rh.

3 Alexander Baumgarten (1868-1933), Dr. jur., 1920 Reichsanwalt beim Reichsgericht, 1921 Reichsgerichtsrat, Vorsitzender des IV. Strafsenats beim Reichsgericht.

4 Frank hatte als Verteidiger von Oberleutnant a. D. Wendt am 23.9.1930, dem ersten Verhandlungstag, den Antrag gestellt, Hitler als Zeugen zur Verhandlung zu laden. Diesem Antrag wurde vom Senat stattgegeben. Vgl. Bucher, Reichswehrprozeß, S. 192 ff.

5 Anspielung auf Hitlers mißlungenen Putschversuch am 8./9.11.1923.

6 Anspielung auf Hitlers Aussagen während seines Hochverratsprozesses vom 26.2. bis 27.3.1924 vor dem Volksgericht in München, die eher Propagandareden als einer gerichtlichen Vernehmung geglichen hatten.

digen. Sie sind auch nicht als Beschuldigter hier. Kein Mensch hat Sie in diesem Verfahren angeschuldigt. Sie sind in diesem Saal lediglich Zeuge. Zeuge ist eine Person, die im Prozeß zur Aussage von Tatsachen herangezogen wird, die sie angeblich wissen soll. Also Sie sollen Tatsachen bekunden lediglich als Zeuge. Herr Zeuge, ich werde Ihre Vereidigung vorläufig aussetzen. Die Bedeutung des Eides ist Ihnen bekannt. Sie können am Schluß vereidigt werden. Deshalb mache ich Sie noch besonders darauf aufmerksam, daß Sie das Recht haben, Ihr Zeugnis zu verweigern, wenn Sie durch Ihre Aussage sich selbst einer strafbaren Handlung bezichtigen würden.

Hitler: Ich war vom Herbst 1914 bis zum Herbst 1918 als deutscher Frontsoldat an der Westfront [7]. Durch diese vierjährige Tätigkeit habe ich meine frühere Staatsbürgerschaft verloren [8]. 1918, beim Zusammenbruch, lag ich in einem Lazarett schwer gasvergiftet [9]. Ich habe damals schon den Zusammenbruch kommen sehen. Der Zusammenbruch mußte nach meinem politischen Wissen kommen. Er hatte seine Ursache darin, daß sämtliche politischen Organisationen an den gleichen Übeln krankten. Ich habe die Erschütterungen mitgefühlt, die jeder anständige Deutsche damals fühlen mußte. Es war mir auch bewußt, daß mit den damaligen politischen Organisationen die durch den Zusammenbruch bedingten Niedergangserscheinungen nicht überwunden werden konnten. Es sind allgemein drei Erscheinungen, die in Verfallszeiten immer wieder auftauchen und auch das deutsche Volk langsam zersetzt haben, die das Fundament für diese Überzeugung abgegeben haben: 1. die Ablehnung der eigenen völkischen Kraft, die schon seit altersher im deutschen Volke wurzelte; der Verzicht auf diese Kraft; das Hingeben an fremde Einflüsse im allgemeinen; die internationale Gesinnung und Einstellung.

Vors.: Ich glaube, Herr Zeuge, daß Sie da zu weit ausholen. Sie dürfen nicht so weitschweifig werden. Es handelt sich hier darum, daß Sie uns einen kurzen Überblick über die Entstehung und Entwicklung der NSDAP geben. Wollen Sie bitte bald auf die Entstehung der Partei eingehen.

Hitler: Ich wollte zunächst die drei Hauptpunkte schildern, weil daraus die Art unseres Kampfes hervorgeht.

Vors.: Wenn Sie das für nötig halten, bitte.

Hitler: 2. Die Beseitigung der Autorität der Persönlichkeit, und die Einführung der Demokratie und des demokratisch-parlamentarischen Systems und 3. endlich die Vergiftung des deutschen Volkes mit pazifistischem Denken und pazifistischem Geist. Diese drei Erscheinungen sind meiner Überzeugung nach die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs gewesen,

---

Vgl. Gritschneder, Bewährungsfrist, S. 32 ff. Druck: Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München, Zwei Teile, München 1924. (ND: Glashütten/Ts. 1973).

7 Vgl. Dok. 5, Anm. 68 und Dok. 75, Anm. 9.

8 Die bayerische Regierung hatte 1924 vergeblich versucht, Hitler nach Österreich auszuweisen. Die österreichische Regierung beharrte jedoch darauf, daß Hitler durch seinen Militärdienst die österreichische Staatsangehörigkeit verloren habe. Als Hitler seine Bereitschaft zu erkennen gab, selbst auf diese Staatsangehörigkeit zu verzichten, entsprach die österreichische Regierung am 30.4.1925 dieser Bitte, verbunden mit einem generellen Einreiseverbot. Vgl. Donald Cameron Watt, Die bayerischen Bemühungen um Ausweisung Hitlers 1924. In: VfZ 6 (1958), S. 270-280.

9 Nach seiner Gasvergiftung am 14.10.1918 wurde der kurzfristig erblindete Hitler am 21.10.1918 in das preußische Reserve-Lazarett Pasewalk bei Stettin verlegt; dort wurde er am 19.11.1918 entlassen. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 176 ff.

und es war für mich selbstverständlich, daß nur eine Bewegung den Zusammenbruch überwinden konnte, die zu diesen drei Erscheinungen Stellung nimmt und von ihnen frei ist. Das konnte nur eine ganz junge, neue Bewegung sein, besonders aus der Überzeugung heraus, daß sämtliche alten Parteien den freien geistigen Kampf auf ihre Fahnen geschrieben hatten, 1918 aber die Faust den Kampf entschieden hatte [10]. Ich war 1918 überzeugt, daß die alten Parteien nicht in der Lage sein würden, den Terror zu brechen, und daß man eine neue Partei schaffen müsse mit den Grundtendenzen des fanatischen Deutschtums, einer absoluten Führerautorität und eines unbedingten Kampfwillens, (und) [*die*] [11] entschlossen war, ihre rein geistige Idee zu verteidigen; der Zustand 1918/19 war so, daß nicht der Geist entschied, sondern derjenige, der die Straße für sich hatte. Das führte zur Zweiteilung unserer Bewegung, der Propaganda an sich und dem Schutz dieser Propaganda durch unsere Schutzabteilung. Deshalb mußten sofort die Schutzabteilungen gegründet werden [12]. Der Gedanke der Begründung der später "Sturmabteilungen" getauften Organisationen war, der Bewegung einen Schutz gegenüber der Linken zu geben. Vom ersten Tage an war der Zweck der Schutzabteilungen nicht der, gegen den Staat Front zu machen, sondern die geistige Bewegung vor dem Terror illegaler Kräfte zu schützen; sie dienten also nur dem eigenen Schutz. Das war um so notwendiger, als der Staat als Schutz zu spät in die Erscheinung trat, nämlich erst dann, wenn die Versammlungen, die wir abhielten, gestört waren. Dann erst trat der Staat in Erscheinung und löste die Versammlung auf [13]. Der Zweck der Störversuche war aber erreicht. 1919 und 1920 war die Situation so, daß dieser Terror der Linken jede geistige Aufklärung unmöglich machte. Hiergegen wollten wir uns eigene Hilfe verschaffen. Das war der ausschließliche Zweck unserer Sturmabteilungen. Zu keiner Stunde aber war der Zweck unserer Organisation der Kampf gegen den Staat [14], denn wir sind der Überzeugung, daß, wenn eine Idee gesund ist, sie den Staat ganz allein erobert. Wenn die letzten Reichstagswahlen uns 6,5 Millionen Stimmen brachten [15], so nicht, weil diese 6,5 Millionen Deutsche uns glaubten, sondern weil 30 Millionen noch nicht wissen, was wir wollen. Wir haben vom ersten Tag an auf die Werbekraft der gesunden Idee vertraut; wir sind eine rein geistige Bewegung und wir haben nur eine rein geistige Verbreitung der Idee gewünscht. Es ist aber selbstverständlich, daß eine Bewegung, die zehntausende junge, temperamentvolle Mitglieder umfaßt, nicht verantwortlich gemacht werden kann für

---

10 Anspielung auf die seit November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

11 Änderung durch Bucher.

12 Seit Januar 1920 begann die DAP/NSDAP einen Saalschutz einzusetzen, der Ende des Jahres unter Leitung von Emil Maurice zur "Turn- und Sportabteilung" der NSDAP zusammengefaßt wurde. Nachdem sich diese am 4.11.1921 bei einer Saalschlacht im Münchner Bürgerbräukeller "bewährt" hatte, galt sie - nun unter der Bezeichnung Sturm-Abteilung - als offizielle Parteitruppe der NSDAP mit einer damaligen Gesamtstärke von etwa 300 Mann. Vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 22 ff. sowie Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 513 ff.

13 Zum wohlwollenden Verhältnis des bayerischen Staates zur rechtsradikalen Szene vgl. Fenske, Konservativismus und Rechtsradikalismus in Bayern.

14 Die SA, seit Februar 1923 Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der Kampfverbände (seit September 1923 Kampfbund), beteiligte sich etwa mit 1.500 Mann am Putsch vom 8./9.11.1923. Nach Zahl und militärischer Kampfkraft war sie damit der zweitstärkste Wehrverband, der dieses Hochverratsunternehmen unterstützte. Vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 33 ff.; Gordon, Hitlerputsch 1923, S. 87 ff.

15 Bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 hatten 6.379.672 Menschen NSDAP gewählt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 547.

vereinzelte Äußerungen ihrer Mitglieder. Man wird nun an den Hitler-Putsch erinnern. Bei den Vorgängen im Jahre 1923 lag ein Zwang vor, der nicht meinem Wunsche entsprach [16].

Bei diesen Worten betrat Goebbels den Zuhörerraum.

Hitler: Sofort nach Wiedererrichtung der Bewegung 1925 [17] habe ich den ursprünglichen Zweck in vollem Umfange wiederhergestellt.

Vors.: Was war das für ein Zwang?

Hitler: Ich weiß nicht, ob ich davon sprechen darf.

Vors.: Ich glaube doch, daß von den damaligen Vorgängen die Öffentlichkeit auch im einzelnen orientiert ist. Sie, Herr Zeuge, wurden am 1. April 1924 wegen Hochverrats zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt [18].

Der Vorsitzende zitierte die ersten Sätze der Urteilsbegründung [19], die die Entstehung des Direktoriums Kahr und das Ziel des Kampfbundes, eine "nationale Rechtsdiktatur" gewaltsam in Berlin zu errichten, zum Inhalt hatten, und fuhr fort:

Vors.: Wie soll ich das verstehen, wenn Sie angesichts dieses Urteils sagten: Es lag ein Zwang vor, der aber nicht meinem Wunsche entsprach.

Hitler: Zunächst war die Entwicklung der Sturmabteilung zu einer Kampftruppe nicht durch mich eingeleitet worden, sondern auf Wunsch der amtlichen Dienststellen [20]. Diese amtlichen Dienststellen haben sich damals an uns gewandt mit dem Ersuchen, die Sturmabteilungen in eine militärische Organisation umzuwandeln. Nachdem sie umgewandelt waren, war auch der Geist ein anderer geworden. Nicht ich habe damals die Sturmabteilungen in die Kasernen geführt, sondern sie sind von amtlichen Dienststellen hineingeführt worden. Man kann aber eine Truppe nicht mit einer bestimmten Hoffnung beseelen, ohne daß die Truppe die Erfüllung dieser Hoffnung auch bestimmt erwartet. Als sich die politische Situation zuspitzte, mußte es naturgemäß zu schweren Konsequenzen kommen. 1923 war die Situation so, daß die Gefahr bestand, daß der latente Kriegszustand zwischen Bayern und dem Reich zum Ausbruch kam [21], und es war nur die Frage, ob es ein Kampf unter der bayerischen Fahne gegen die Reichsregierung oder unter einer großdeutschen Flagge werden würde. Das war der innere Zwang, und nach gemeinsamer Überlegung sind wir zu jenen Entschlüssen getrieben worden, uns für ein Großdeutschland einzusetzen.

Der Vorsitzende ersuchte Hitler hierauf, sich über die von ihm erwähnte "Wiederherstellung der Bewegung im alten Geiste" zu äußern.

---

16 Ein Zwang existierte tatsächlich; jedoch war es allein Hitler, der sich durch seine aggressive Propaganda in diese Sackgasse hineinmanövriert hatte. Ihm blieb nur noch die offene Konfrontation, falls er nicht Gefahr laufen wollte, sein politisches Image zu verlieren. Zu den unmittelbaren Voraussetzungen und zum Ablauf der Ereignisse vom 8./9.11.1923 vgl. Gordon, Hitlerputsch 1923, S. 169 ff.

17 Vgl. Bd. I, Dok. 1-4, 6.

18 Vgl. Dok. 11, Anm. 23.

19 Druck: Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München 1924, Teil II, S. 91 ff.

20 Anspielung auf die Integration der SA in die Arbeitsgemeinschaft der Kampfverbände (seit September 1923 Kampfbund) im Februar 1923, an der Hauptmann Ernst Röhm als damaliger Generalstabsoffizier der 7. Division maßgeblich beteiligt war. War die SA bislang hauptsächlich für parteiinterne Ordnungsaufgaben eingesetzt, so wurde aus ihr nun ein militärisch voll funktionstüchtiger Wehrverband, der mit Hilfe der geheimen Waffenlager Röhms entsprechend ausgerüstet wurde. Vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 15 ff., 33 ff.

21 Vgl. Dok. 97, Anm. 18.

Hitler: 1925 habe ich festgestellt, daß die Zwischenperiode von 1923 endgültig ausgelöscht und daß die Bewegung wieder zu den alten Grundtendenzen zurückgeführt werden müsse [22]. Ich habe damals schärfste Erlasse herausgegeben, die die absolute Waffenlosigkeit der Sturmabteilungen anordneten, und habe dafür gesorgt, daß die Sturmabteilungen in keiner Weise einen militärischen Charakter annehmen könnten, sondern nur dem Zweck des Schutzes der Bewegung vor den Kräften der Linken dienen müßten [23]. Alle militärischen Übungen waren verboten, und wenn eine Abteilung Waffen besaß und selbst der einzelne Waffen in seinem Besitz hatte, ohne über einen Waffenschein zu verfügen, so sind diese einzelnen Abteilungen aufgelöst und die einzelnen Mitglieder ausgewiesen worden. Ich habe alles getan, um zu verhindern, daß die Organisationen einen militärischen Inhalt gewinnen könnten, so schwer das bei einem Volk ist, das eine innere Liebe zur Waffe besitzt. Es war um so schwieriger, diesen Zustand durchzudrücken in einem Augenblick, in dem die Linke mit der Parole: "Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!" [24] hervortrat.

Vors.: Wie ist denn Ihre Einstellung zur Reichswehr?

Hitler: Ich erblicke in der deutschen Reichswehr das wichtigste Instrument zur Wiederaufrichtung des deutschen Staates und des deutschen Volkes [25]. Ich habe in der ganzen Zeit die Auffassung vertreten, daß jeder Versuch der Zersetzung der Reichswehr Wahnsinn wäre. Wir haben kein Interesse daran, die Reichswehr zu zersetzen [26]. Ich würde das für das größte Verbrechen halten, das es gibt. Ich bin zu sehr alter Soldat, als daß man mir den Versuch einer Zersetzung des Heeres zutrauen könnte. Niemals ist von mir ein Flugblatt, eine Broschüre herausgegangen, die für etwas Derartiges eintrat. Niemals habe ich Verbindungen mit der Reichswehr angeknüpft [27]. Ich hätte das nie gebilligt und denjenigen, der es getan hätte, augenblick-

22 Vgl. Hitlers Anordnung vom 26.2.1925, wo es u. a. heißt: "Die Neubildung der S.A. erfolgt nach den Grundlagen, die bis zum Februar 1923 maßgebend waren." Druck: Bd. I, Dok. 4.

23 Vgl. Hitlers Anordnung vom 26.2.1925 (Bd. I, Dok. 4), 29.9.1925 (Bd. I, Dok. 69), seine Erklärung vom 11.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 28), die Satzung der SA vom 17.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 31), sein SA-Befehl 1 vom 1.11.1926 (Bd. II/1, Dok. 44), sein Rundschreiben an die Gauleitungen und selbständigen Ortsgruppen der NSDAP vom 5.2.1927 (Bd. II/1, Dok. 75), seine Rede am 25.5.1927 (Bd. II/1, Dok. 130), seine "Grundsätzliche Anordnung der SA II" vom 31.5.1927 (Bd. II/1, Dok. 135), seine Anordnung vom 3.12.1928 (Bd. III/1, Dok. 60) und sein Schreiben vom April 1930 (Dok. 39).

24 Vgl. Dok. 15, Anm. 3.

25 Zur Wehrtheorie der NS-Bewegung vgl. Dok. 68, Anm. 27 und 28.

26 Vgl. die Denkschrift des Preußischen Ministeriums des Innern über die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als staats- und republikfeindliche hochverräterische Verbindung von Ende August 1930, wo auch auf nationalsozialistische Zersetzungsversuche gegenüber der Reichswehr eingegangen wird. Konkret werden allerdings nur die bekannten theoretischen Äußerungen sowie der Fall Ludin - Scheringer - Wendt genannt. Druck: Staat und NSDAP 1930-1932, S. 96 ff. hier S. 130 ff.

27 Das Verhältnis Hitlers zur Reichswehr war ambivalent; einerseits standen Krieg und Bewaffnete Macht im Zentrum seiner Weltanschauung, andererseits galt die Reichswehr als Organ und Garant des verhaßten republikanischen Staates. Gewarnt durch die Entscheidung der Reichswehrführung gegen den Hitler-Putsch im November 1923 gingen sich NSDAP und Reichswehr seit Wiedergründung der NSDAP im Februar 1925 meist aus dem Weg - die NSDAP, weil sie keinen Zweifel an ihrem "legalen" Vorgehen aufkommen lassen wollte, die Reichswehrangehörigen, weil sich die NSDAP diskreditiert hatte, ganz davon abgesehen, daß viele Soldaten das Verbot der politischen Betätigung ernst nahmen. Erst am Ende der zwanziger Jahre zeigten sich - wie im Fall der Ulmer Reichswehroffiziere - vor allem junge Offiziere empfänglich für die nationalsozialistische Propaganda. Vgl. Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Ge-

lich aus der Partei hinausgeworfen, ich will das Vaterland gesund. Ich habe nur den Wunsch, daß das Heer wie das deutsche Volk den neuen, unseren Geist in sich aufnehme.

Im Laufe seiner Aussage geriet Hitler in eine immer stärkere Erregung, so daß ihn der Vorsitzende schließlich mit den Worten unterbrach:

Vors.: Sie geraten in das Fahrwasser eines Propagandaredners. Sie sollen hier keine politischen Reden halten. Beruhigen Sie sich bitte und machen Sie dann sachliche Ausführungen.

Hitler: Natürlich wird die politische Bewegung, die die Macht im Staate mit legalen Mitteln erobern will [28], an die Spitze ihres Programmes den Wehrgedanken stellen. Der Sieg der nationalen Bewegung bedeutet absolute Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes. Wir werden dafür sorgen, daß unsere Reichswehr wieder eine große deutsche Volksarmee sein wird. Es ist zu vermuten, daß im Reichsheer Tausende von jungen Menschen vorhanden sind, die die gleichen Gedanken haben [29]. Reichsheer wie das deutsche Volk sollen nur erkennen, was wir wollen. Das bedeutet aber keineswegs Zersetzung. Das Reichsheer darf nicht zersetzt werden: Es ist die Voraussetzung für die deutsche Zukunft. Der Schutz des Staates ist gar nicht der Inbegriff unserer Aufgabe, darüber steht der Schutz der Nation. Wer also die Reichswehr zersetzt, ist nicht ein Feind des Staates, sondern ein Feind der Nation und des Volkes. Wenn Internationalismus und Demokratie und Pazifismus dem Volke eingebläut worden sind, wird es auch keine Soldaten mehr geben. Ohne Erziehung zu bewußtem Nationalismus, zu Kampfsinn, kann es auf die Dauer keine Reichswehr geben. Selbstverständlich haben wir den Wunsch, daß sich die Kenntnis dieser Tatsachen auch im Reichsheer durchsetzt.

Vors.: Diese ideellen Ziele kann man auch mit verfassungswidrigen Mitteln erstreben, und das behaupten Ihre politischen Gegner. Haben Sie in Ihrem Programm, wenn auch nicht ausdrücklich, so doch zwischen den Zeilen, nie eine solche Möglichkeit offengelassen?

Hitler: Wäre es möglich, in einer Organisation, die Hunderttausende von Menschen umfaßt, im geheimen andere Ziele zu verfolgen, als sie öffentlich bekannt gegeben werden? Könnte ich der SA befehlen, sie dürfe keine Waffen besitzen, und sie würde diesem Befehl insgeheim nicht folgen? Es wäre ausgeschlossen, wenn öffentlich gesagt würde, daß keine militärischen Übungen abgehalten werden sollen, doch solche zu veranstalten. Das wäre vollständig ausgeschlossen und würde auch wahnwitzig sein. Die nationalsozialistische Bewegung wird von mir geführt, meine Befehle haben Gültigkeit [30]. Über jedem Befehl steht der Grundsatz, daß er nur dann zur Ausführung kommen darf, wenn er nicht gegen das Gesetz verstößt.

---

schichte 1930-1932, Stuttgart 1962, S. 59 ff., 80 ff.; Klaus-Jürgen Müller, Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933-1940, Stuttgart [2]1988, S. 20 ff.

28 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

29 Vgl. z. B. den Brief des damaligen Oberleutnants Hellmuth Stieff an seine Frau Ili vom 7.10.1930: "Zweifelsohne haben die Angeklagten falsch gehandelt und gegen das Gebot der Unterordnung verstoßen. Aber sind nicht ihre Nöte auch die unseren? All dasselbe habe ich Dir doch oft genug gesagt und so denkt mindestens 90% des Offizierskorps." Druck: Hellmuth Stieff, Briefe. Hrsg. und eingeleitet von Horst Mühleisen, Berlin 1991, S. 61 f., hier S. 62.
Vgl. ferner den Brief des Chefs der Heeresleitung, Generaloberst Wilhelm Heye, an Reichswehrminister Groener vom 13.10.1930. Druck: Staat und NSDAP 1930-1932, S. 160-162.

30 Zur frühzeitigen Verfestigung einer unangefochtenen Führerstellung Hitlers innnerhalb der NSDAP vgl. Tyrell, Vom "Trommler"; ferner Hermann Weiß, Der "schwache Diktator". Hitler und der Führerstaat. In: Der Nationalsozialismus, a. a. O., S. 64-77.

Bei der SA ist sogar Sonderbefehl, daß sofort Anzeige erstattet werden muß, wenn ein Befehl gegeben wird, dessen Ausführung einen Gesetzesverstoß bedeutet [31]. Meine politischen Gegner alle und der Staat können meine Reden und Anordnungen jederzeit kontrollieren, denn meine Anordnungen sind keine Geheimbefehle. Ich habe auch meine Unterführer, besonders Herrn von Pfeffer, angewiesen, daß sie niemals Geheimbefehle ausgeben dürfen, es sei denn, es handele sich um Dinge, die unseren politischen Gegnern, wie der Roten Front [32] gegenüber, geheimzuhalten sind. Es darf auch hier ein Geheimbefehl nicht erlassen werden, der, wenn er an die Öffentlichkeit kommt, nicht eine absolute Rechtfertigung für die Partei darstellt. Ich bin auch überzeugt, daß ein solcher Geheimbefehl nie erlassen worden ist.

Auf eine ausdrückliche Frage des Vorsitzenden erklärte Hitler weiter:

Hitler: Ich habe meine ideellen Ziele unter keinen Umständen mit ungesetzlichen Mitteln erstreben wollen. Ich habe auch niemals jemanden in einem solchen Sinne instruiert. Ich habe in allen Fällen, wo es zu Übertretungen gekommen ist, augenblicklich durchgegriffen, und ich habe eine ganze Anzahl zum Teil alter verdienter Parteigenossen aus der Bewegung ausgeschlossen, weil sie solche Anordnungen übertreten haben [33].

Vors.: Gehört dazu beispielsweise auch Gregor Straßer?

Hitler: Von Gregor Straßer ist mir nichts bekannt.

Vors.: Es ist durch die Presse die Nachricht gegangen, daß besonders radikale Mitglieder der Partei sich von Ihnen getrennt hätten. Gehört dazu auch Otto Straßer?

Hitler: Gregor Straßer ist das nicht, das wird sein Bruder sein. In unserer Bewegung ist eine Gruppe entstanden, die Gedanken und Tendenzen vertreten hat, die ich ablehnen muß, die fortgesetzt mit dem Begriff "Revolution" spielte [34]. Diese Leute standen vor dem Ausschluß, sie sind dann von selbst gegangen. Dazu gehört Dr. Otto Straßer, der Herausgeber des "Nationalen Sozialisten" [35] in Berlin.

Vors.: Wie kommt es, daß auch andere Mitglieder der Partei sich über die Gewalt als Mittel zur Erreichung ihrer Ziele ausgelassen haben?

Hitler: Da handelt es sich vielleicht um etwas anderes. Das bezieht sich nicht auf die Gewaltanwendung gegen den Staat. Es ist selbstverständlich, daß man mit Worten allein nicht auskommt; wir lassen uns nie wehrlos niederschlagen. Wenn heute eine rote Horde in unsere Versammlungen eindringt, werden wir nicht ein Rückzugsgefecht veranstalten, sondern wir werden Widerstand leisten, wie es alten Frontsoldaten geziemt. Ich lasse mir nicht von irgendeinem meine Ideale mit Gewalt austreiben. Wir sind überzeugt, daß wir zur Notwehr, wenn wir angegriffen werden, auch berechtigt sind.

Vors.: Kennen Sie die "Nationalsozialistischen Briefe" [36]?

---

31 Vgl. z. B. § 8 von Hitlers Grundsätzlicher Anordnung der SA II vom 31.5.1927. Druck: Bd. II/1, Dok. 135.

32 Gemeint ist der seit Mai 1929 verbotene Rote Frontkämpferbund. Vgl. Dok. 24, Anm. 6.

33 Vgl. z. B. Dok. 39 und 40.

34 Zu den tatsächlichen Gründen der Abspaltung der Gruppe um Otto Straßer von der NSDAP vgl. Dok. 37, Anm. 15; Dok. 38, Anm. 4; Dok. 42; Dok. 49, Anm. 12, 15 und 16; Dok. 67; Dok. 70.

35 Vgl. Dok. 70, Anm. 1 und 2.

36 Die Nationalsozialistischen Briefe verstanden sich als ein Diskussionsforum weltanschaulicher Fragen, das vor allem die Intellektuellen im linken Lager der NSDAP ansprechen sollte. Schriftleiter war zunächst Joseph Goebbels, seit Mai 1927 Karl Kaufmann. Die von den Brüdern Gregor und Otto Straßer, seit Juli 1930 nur

Hitler: Sie sind kein offizielles Parteierzeugnis, sondern sie sind mit die Ursache geworden für den Ausschluß Otto Straßers [37].

Vors.: Da ist mir aufgefallen, daß ein Schriftsteller Reinhold Muchow [38] über das "Problem der Führung" geschrieben hat [39]. Kennen Sie diesen Muchow?

Hitler: Es ist möglich, daß er mir einmal vorgestellt worden ist.

Der Vorsitzende zitierte daraufhin einige Sätze aus einem Artikel in den "Nationalsozialistischen Briefen", in dem Muchow ausgeführt hatte, daß die "politisch älteren Völker" (England und Frankreich) schon ihre Revolution gehabt hätten, Deutschland dagegen jetzt am Vorabend "seiner geschichtlichen Stunde" stehe, die nur nationalsozialistisch sein könnte:

Vors.: "Über die Schwere des Kampfes läßt uns Adolf Hitler nicht im geringsten im Unklaren, wenn er sagt: 'Köpfe werden in diesem Kampfe in den Sand rollen, entweder die unseren oder die anderen. Also sorgen wir dafür, daß die anderen rollen.'" Das wird Ihnen in den Mund gelegt. Das kann man auffassen als Hinweis auf eine gewünschte Revolution. Was für eine Bewandnis hat es mit diesem Zitat?

Hitler: Ich glaube, der Verfasser Muchow hat hier die große geistige Revolution im Auge gehabt, in der wir uns heute befinden. Ich darf Ihnen aber versichern: Wenn unsere Bewegung in ihrem legalen Kampfe siegt, wird ein deutscher Staatsgerichtshof kommen, und der November 1918 wird seine Sühne finden, und es werden auch Köpfe rollen [40].

Der letzte Teil der Ausführungen Hitlers wurde von einem lebhaften Bravo-Rufen der Zuhörerschaft begleitet, das der Vorsitzende sofort energisch rügte:

Vors.: Ich verbitte mir jede derartige Kundgebung, wir befinden uns hier weder im Theater noch in einer politischen Versammlung, wo Bravo gerufen und gezischt werden kann, sondern

---

noch von Otto Straßer herausgegebene "Halbmonatsschrift für nationalsozialistische Weltanschauung" - so der offizielle Untertitel - erschien seit Oktober 1925 im Rhein-Ruhr-Verlag, Elberfeld, seit November 1928 im Kampf-Verlag, Berlin. Die Auflage lag bei etwa 1.000 Exemplaren. Vgl. Stein, NS-Gaupresse, S. 63, 221.

37 Vgl. Dok. 70.

38 Reinhold Muchow (1905-1933), Kaufmann, 1920 Eintritt in die Deutschsoziale Partei, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1928 Organisationsleiter des Gaues Berlin-Brandenburg, Aufbau eines Sekretariats für Arbeiterangelegenheiten, 1930 stellvertretender Leiter der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, 1933 Leiter des Organisationsamts der Deutschen Arbeitsfront.

39 Vgl. Reinhold Muchow, Das Problem der Führung (Die Rolle der Partei im politischen Machtkampf). Teil I. In: Nationalsozialistische Briefe 4 (15/Mai 1929), S. 366-368.
Die angesprochenen Passagen lauten: "Die politisch älteren Völker (England und Frankreich) haben ihre großen Revolutionen bereits gehabt. *Deutschland aber, das Herz Europas, steht am Vorabend seiner Revolution.* Deutschland steht vor seiner größten geschichtlichen Stunde, und kein Geringerer als *Adolf Hitler* hat dies geahnt, als er seine Meinung darüber in folgende Worte kleidete: 'Was sich heute anbahnt, wird *größer sein als der Weltkrieg.* Es wird ausgefochten werden auf deutschem Boden *für die ganze Welt.* Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Wir werden Opferlamm oder Sieger.' [...] Über die Schwere des Kampfes läßt uns Adolf Hitler nicht im geringsten im Unklaren, wenn er sagt: 'Köpfe werden in diesem Kampfe in den Sand rollen, entweder die unseren oder die anderen. Also sorgen wir dafür, daß die anderen rollen.'"

40 Der Satz läßt sich bei Hitler schon relativ früh nachweisen. Vgl. z. B. Hitlers Rede in München am 18.1. 1923. Druck: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 794 ff., hier S. 795.
Im Vergleich mit seinen entsprechenden Beteuerungen während der vorhergehenden Monate war Hitlers Bekenntnis zur Legalität nicht jene Sensation, welche die Zeitgenossen, zum Teil auch die Historiker darin erkannten. Ungewöhnlich war lediglich der Adressat sowie die Publizität seiner Aussage nach dem Wahlerfolg der NSDAP vom 14.9.1930.

im Gerichtssaal, um mit allem Ernst das Recht zu finden. Wir haben hier über das Schicksal von Menschen zu entscheiden, und die Stunde ist wahrhaftig zu ernst, als daß derartige Kundgebungen der Zuhörer geduldet werden können. Ich erkläre noch einmal, daß alle Mißfallens- und Beifallskundgebungen streng verboten sind, da ich sonst zu Maßnahmen gezwungen sein würde.

Dann wandte sich der Vorsitzende wieder an Hitler:

Vors.: Noch ein Aufsatz ist mir aufgefallen in den "Nationalsozialistischen Briefen" vom 1. Oktober 1929: "Bemerkungen zur Lage", G. St. gezeichnet [41]. Das ist wohl Gregor Straßer? Darin heißt es: "Wenn jetzt von einer nahe bevorstehenden Reichstagsauflösung die Rede ist, ist dies ebenfalls ein Symptom. Ein neuer Reichstag oder eine neue Regierung wären noch keine Lösung. Denn die Lösung heißt: Deutsche Revolution!" Revolution ohne Gewalt gibt es nicht. Wie deuten Sie das Wort "deutsche nationale Revolution"?

Hitler: Erstens sind die "Nationalsozialistischen Briefe", ich wiederhole das, nicht parteioffiziell, und Gregor Straßer hat manchen Artikel unterschrieben, den er nicht gekannt hat. Der Begriff "nationale Revolution" wird immer als innenpolitischer Vorgang aufgefaßt: Für die Nationalsozialisten ist es aber eine allgemeine geistige und völkische Erhebung des deutschen Volkes, eine Erhebung des geknechteten Deutschtums.

Vors.: Meinen Sie eine selbständige Bewegung oder eine von der Partei geförderte?

Hitler: Eine Bewegung, die diese Erhebung repräsentiert, wird aber nicht mit illegalen Mitteln vorbereitet. Wenn in Deutschland noch zwei bis drei Wahlen stattfinden, wird die NSDAP in der Mehrheit sitzen [42]. Dann muß es zur nationalsozialistischen Erhebung kommen, und wir werden den Staat so gestalten, wie wir ihn haben wollen. Diese Bewegung wird kommen, es sei denn, man gibt dem deutschen Volk seine Lebensmöglichkeit.

Vors.: Sie behaupten, daß Sie die geistige Bewegung des deutschen Volkes vorbereiten. Wie denken Sie sich das so? Und wenn man darunter etwas anderes versteht, dann sagen Sie: "Dafür können wir nicht[*s*]."

Hitler: Deutschland ist durch die Friedensverträge geknebelt [43]. Die gesamte deutsche Gesetzgebung ist nichts anderes als eine Verankerung der Friedensverträge. Wir aber sehen diese Verträge nicht als ein Gesetz an, sondern als etwas Aufgezwungenes. Wir erkennen unsere Schuld am Kriege nicht an [44], vor allem nicht für die kommenden Geschlechter. Wenn wir gegen diese Verträge mit allen Mitteln Stellung nehmen werden, befinden wir uns in einer Revolution.

Vors.: Wie wollen Sie denn die geltenden Verträge mit den anderen Staaten aus der Welt schaffen?

---

41 Vgl. G[*regor*] St[*raßer*], Bemerkungen zur Lage. In: Nationalsozialistische Briefe 5 (1/Oktober 1929), S. 105 f. Die angesprochene Passage lautet: "Wenn jetzt von einer nahe bevorstehenden Reichstagsauflösung die Rede ist, dann ist dies nur ebenfalls ein Symptom - und auch ein neuer Reichstag, eine neue Regierung wären noch keine Lösung. Denn die Lösung heißt: 'Deutsche Revolution!'"

42 Vgl. Dok. 116, Anm. 4 und 26.

43 Gemeint ist der Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 (Druck: RGBl. 1919, S. 687 ff.) und die sich daran anschließenden Verträge zur Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen.

44 Vgl. Dok. 77, Anm. 16. Zur damaligen Kriegsschulddiskussion in der deutschen Öffentlichkeit vgl. Heinemann, Die verdrängte Niederlage, S. 22 ff.

Hitler: Wir werden gegen diese Verträge vorgehen sowohl auf diplomatischem Wege, wie wir auch Stellung gegen sie nehmen werden durch ihre restlose Umgehung.

Vors.: Auch mit illegalen Mitteln?

Hitler: Wenn die Verträge von 1807, 1808 und 1809 [45] auch als illegal angesehen werden. Ich fühle mich nur verpflichtet gegenüber dem Volk. Ich setze hier voraus, daß wir gesiegt haben, dann werden wir gegen die Verträge kämpfen mit sämtlichen, vom Angesicht der Welt aus gesehen, auch mit illegalen Mitteln.

Vors.: Ein Helmuth Brückner [46] schreibt in den "Nationalsozialistischen Briefen" am 1. Oktober 1929 [47]: "'Deutschland wird völkisch sein oder es wird nicht sein.'" Dann heißt es dort weiter: "Reform ist Halbheit, Revolution ist alles. Revolution, d. h. Erhebung und Neugestaltung unter Zertrümmerung aller Hemmschuhe."

Hitler: Brückner ist Gauleiter von Schlesien.

Vors.: Was heißt "Zertrümmerung aller Hemmschuhe"? Ist das auch geistig gemeint?

Hitler: Die DNVP ist eine Oppositionspartei wie wir auch [48]. Sie ist eine Partei der Reform. Sie vertritt weltanschaulich nicht dem heutigen Staat diametral Entgegengesetztes. Die NSDAP vertritt weltanschaulich etwas absolut Gegenteiliges, Anderes. Sie sieht am Ende ihres Programmes den Begriff "Volk" im Mittelpunkt. Sie sieht im Staat und in der Armee nur Mittel zum Zwecke der Erhaltung des Volkstums. In diesem Sinne ist der Ausdruck "Revolution" in unseren Kundgebungen gemeint. Auch der Ausdruck "Zertrümmerung" ist geistig gemeint. Man darf aber nicht sagen: ergo will sie mit Gewaltmitteln kämpfen. Wenn einer so etwas schreibt, ist es eine überflüssige Federübung. Ich habe kein Instrument zum Kämpfen [49].

Vors.: Hoffen Sie aber weite Kreise dazu zu bringen, daß gekämpft wird?

Hitler: Um eine gewaltsame Revolution durchzuführen, dazu habe ich kein Instrument geschaffen. Ich habe nichts organisiert, um sie durchzuführen. Unsere Partei ist nicht die Mündung einer deutschen revolutionären Bewegung. Die Propaganda, die wir betreiben, ist eine geistige Revolutionierung des deutschen Volkes, eine Umstellung auf eine neue Weltanschauung, die mindestens so gigantisch ist wie die Umstellung zu dem marxistischen Gedanken oder

45 Vgl. Dok. 53, Anm. 5.

46 Helmuth Brückner (geb. 1896), Schriftleiter, 1924 Stadtverordneter (NSFB) in Breslau, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925-1934 Gauleiter des Gaues Schlesien, 1930-1932 MdR (NSDAP), 1932/33 MdL in Preußen, 1932 NSDAP-Landesinspekteur Ost, 1933 Oberpräsident der Provinz Schlesien, 1934 Enthebung aus allen Ämtern und Parteiausschluß, 1937 Ablehnung der Wiederaufnahme in die NSDAP.

47 Muß heißen: 1. Februar 1927. Vgl. Helmuth Brückner, Reform oder Revolution? In: Nationalsozialistische Briefe 2 (1. Februar 1927), o. S.
Die angesprochenen Passagen lauten: "Damit ist die Richtigkeit des Wortes offenbar: 'Deutschland wird völkisch sein oder es wird nicht sein.'" [...] "Reform ist Halbheit, Revolution ist alles. Reform ist Schwäche und Verzicht angesichts der Wirklichkeit. Revolution, d.h. Erhebung und Neugestaltung unter Zertrümmerung aller Hemmschuhe, folgt dem Gebot des Schicksals und gibt die Bahn frei zum Siege aus aller völkischen Not."

48 Mit der Wahl Hugenbergs zum Vorsitzenden der DNVP am 20.10.1928 begann sich die Partei zunehmend zu radikalisieren; jegliche Kooperation mit dem bestehenden republikanischen Staat, wie sie noch 1925 im ersten Kabinett Luther bzw. 1927/28 im vierten Kabinett Marx praktiziert worden war, wurde nun strikt abgelehnt. Vgl. Walker, Alfred Hugenberg and the Deutschnationale Volkspartei, S. 268 ff. sowie Dok. 32, Anm. 19.

49 Die SA besaß im Oktober 1930 eine Stärke von ca. 60.000 Mann, die SS im Dezember 1930 von ca. 2.700 Mann. Vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 93 sowie Wegner, Hitlers Politische Soldaten, S. 80 f., Anm. 8.

die Umstellung vom Feudalstaat zum demokratisch-parlamentarischen System. Die NSDAP will eine vollkommen neue Ideenwelt, einen ganz neuen Staat aufbauen. Es kann mir auch nicht eine Sekunde einfallen, daß ein Staat mit einem konsolidierten Heer und einer Polizeitruppe bekämpft werden könnte. Unsere Bewegung hat Gewalt nicht nötig. Es wird aber die Zeit kommen, in der man unseren Gedankengang der Nation nicht mehr wird verschweigen können. Unsere Bewegung hat in zehn Jahren sich zur zweitstärksten politischen Partei Deutschlands emporgearbeitet. In drei Jahren wird sie die stärkste Partei sein; es werden 35 Millionen von den 40 Millionen wahlberechtigten Deutschen [50] hinter uns stehen und sie werden genau wissen, was wir wollen. Ob wir in die Regierung gehen oder ob wir Oppositionspartei bleiben, ist vollkommen gleichgültig. Aus den 107 Mandaten [51] werden 250 gemacht werden, und wir werden die absolute Mehrheit haben. Es kommt die Zeit, da man glücklich sein wird, daß es diese Bewegung gibt, deren Leute man heute noch vor Gericht zitiert.

Vors.: Ihre Gegner sagen, die geistige Revolution ist etwas anderes als die Hoffnung auf eine wirkliche Staatsumwälzung, auf eine Verfassungsänderung, der sich das Heer anschließen wird und sich nach Hoffnung der Hitler-Leute anschließen will.

Hitler: Hier ist bei meinen Gegnern der Wunsch der Vater des Gedankens. Meine Gegner haben nur ein Interesse: die Bewegung als staatsfeindlich hinzustellen, weil sie sehen, daß sie sich auf vollständig legalem Wege den Staat erobert. Allerdings, sie haben Recht, daß ein legaler Sieg eine vollständige Umwälzung bedeutet. Wir werden einen Staat von Eisenstärke wiederherstellen, das wird die Umwälzung sein.

Vors.: Welche Bewandtnis hat es mit dem sogenannten Dritten Reich [52]?

Hitler: Für uns ist das alte Deutsche Reich eine ehrwürdige Erscheinung, denn wir haben für es gekämpft. Aber dieser alte Staat hat vom ersten Tage innere Schwächen gehabt, [*weil er*] (das) [53] nicht den Begriff "Volk" in den Mittelpunkt gerückt hatte. Es ist nach diesem Staate der heutige gekommen. Er ist die Verkörperung der Demokratie und des Internationalismus und des Pazifismus. Dieser zweite Staat [*sic!*] wird dem deutschen Volk keine Männer hinterlassen, die der anderen Welt gegenüber seine Rechte wahrnehmen können. Wir hoffen deshalb auf ein neues Reich, in dem alle Institutionen, angefangen von der Organisation des Staates bis zu denjenigen, die der Erhaltung des Volkstums dienen, das Volk weiterführen in eine gute Zukunft. Daß dieses Dritte Reich sich auseinandersetzen muß mit den Kräften des Zerfalls von heute, das ist selbstverständlich, deshalb der Versuch unserer Gegner, unsere Mittel als illegal hinzustellen und uns eine Tendenz anzudichten, die uns nicht liegt [54]. Wer von

50 Bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 hatten bei einer Gesamtzahl von 42.982.912 Stimmberechtigten 35.224.499 ihr Wahlrecht wahrgenommen. Die Zahl der gültigen Stimmen betrug 34.956.471. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 546.

51 Vgl. Dok. 116, Anm. 4.

52 Vgl. Dok. 48, Anm. 26.

53 Änderung durch Bucher.

54 Gegen Franks Protest war für den 25.9.1930 auch der Staatssekretär im Reichsministerium des Innern Erich Zweigert als Zeuge geladen worden, um im Anschluß an Hitlers Vernehmung zur Legalität der nationalsozialistischen Politik Stellung zu nehmen. Zweigert verwies dabei auf die entsprechenden Denkschriften des Reichs- sowie des preußischen Ministeriums des Innern vom August 1930 über den hochverräterischen Charakter der NSDAP. Diese Denkschriften waren der Öffentlichkeit damals bekannt. Vgl. Bucher, Reichswehr-

dem Gesichtspunkt ausgeht, daß einzelne Zitate den Beweis für eine Gesinnung erbringen, die man aus Anordnungen und Parteibefehlen nicht zu konstruieren vermag, der wird tausend Möglichkeiten finden. Ich habe in unserer Bewegung unzählig viele Millionen Menschen, denen das Herz blutet über unser Deutschland. Diese jungen Männer, selbst Kämpfer, werden geschlagen [55], stehen oft vor dem Richter, obwohl sie selbst das Beste gewollt haben. Sie werden vom roten Mob niedergeschlagen. Daß diese Leute manchmal Äußerungen tun, die nicht im Sinne der Bewegung liegen, das ist bei ihrer Jugend [56] doch selbstverständlich.

Vors.: Wie denken Sie sich die Errichtung des Dritten Reiches?

Hitler: Die nationalsozialistische Bewegung wird in diesem Staate mit den verfassungsmäßigen Mitteln das Ziel zu erreichen suchen. Die Verfassung schreibt uns nur die Methoden vor, nicht aber das Ziel. Wir werden auf diesem verfassungsmäßigen Wege die ausschlaggebenden Mehrheiten in den gesetzgebenden Körperschaften zu erlangen suchen, um in dem Augenblick, wo uns das gelingt, den Staat in die Form zu gießen, die unseren Ideen entspricht.

Vors.: Also nur auf verfassungsmäßigem Wege?

Hitler: Jawohl.

Vors.: Es gibt nun eine Sondernummer des Völkischen Beobachters, in der eine Rede von Ihnen abgedruckt ist: "Nationalsozialismus und Wehrmacht" [57]. Es ist doch wohl die grundsätzliche Stellungnahme Ihrer Partei zur Wehrmacht. Was hat Sie veranlaßt, diese Rede gerade als Reichswehr-Sondernummer herauszugeben?

Hitler: Die Veröffentlichung erfolgte in dieser Form, weil sie unsere grundsätzliche Stellung zum Wehrproblem enthält. Die Stellung zum Reichswehr-Problem ist nicht Sache der Reichswehr an sich, sondern eine Frage der politischen Parteien, denn alle Parteien haben ein wehrpolitisches Programm [58].

Als Hitler erklärte, die Reichswehr sei der politischen Einflußnahme der Parteien nicht entzogen, widersprach der Vorsitzende mit der Bemerkung:

Vors.: Die Wehrmacht ist ein Instrument der Reichsregierung [59].

---

prozeß, S. 88 ff., 284 ff. (Teil-)Druck der Denkschrift des Reichsministerium des Innern über das hochverräterische Unternehmen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vom 12.8.1930 sowie der Denkschrift des preußischen Ministeriums des Innern über die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als staats- und republikfeindliche hochverrräterische Verbindung von Ende August 1930: Staat und NSDAP 1930-1932, S. 95 f., 96 ff. Zur Rezeption der Denkschriften in der Öffentlichkeit vgl. Berliner Tageblatt vom 6.9.1930 (MA), "Der Hochverrat der Nazis. Aus der Denkschrift des Reichsinnenministeriums". Vgl. ferner Dok. 41, Anm. 21.

55 Vgl. Dok. 85, Anm. 5. Zum Terror der SA vgl. Dok. 58, Anm. 4.

56 Vgl. Dok. 44, Anm. 22.

57 Gemeint ist die VB Sondernummer (Nr. 71a) vom 26.3.1929, die Hitlers Rede vom 15.3.1929 zum Thema "Wir und die Reichswehr - Unsere Antwort an Seeckt und Geßler" wiedergibt. Druck: Bd. III/2, Dok. 6.

58 Zum Verhältnis der Parteien zur Reichswehr vgl. Wohlfeil, Heer und Republik, S. 140 ff.

59 § 8 des Wehrgesetzes vom 23.3.1921 lautet: "Die Befehlsführung liegt ausschließlich in der Hand der gesetzmäßigen Vorgesetzten. Der Reichspräsident ist oberster Befehlshaber der gesamten Wehrmacht. Unter ihm übt der Reichswehrminister Befehlsgewalt über die gesamte Wehrmacht aus. An der Spitze des Reichsheeres steht ein General als Chef der Heeresleitung, an der Spitze der Reichsmarine ein Admiral als Chef der Marineleitung." Druck: RGBl. 1921, S. 330. Zum Verhältnis von ziviler und militärischer Gewalt vgl. Jürgen Schmädeke, Militärische Kommandogewalt und parlamentarische Demokratie. Zum Problem der Verantwortlichkeit des Reichswehrministers in der Weimarer Republik, Lübeck 1966.

Hitler: Die politischen Parteien verfügen über die Reichswehr. Die politische Mehrheit im Reichstag verfügt über den Geist und die Form der Wehrmacht.

Auf die Feststellung des Vorsitzenden, daß die Politik vom Reichskabinett getragen werde [60], entgegnete Hitler:

Hitler: Die Reichsregierung aber besteht doch aus den Parteien. Wenn wir mit 300 Mandaten in den Reichstag eingezogen wären, wären die Nationalsozialisten heute die Reichsregierung, und wir würden über Form und Inhalt der Reichswehr bestimmen.

Vors.: Die Reichsregierung ist das Kollegium der Reichsminister unter Vorsitz des Reichskanzlers.

Hitler: Das Kabinett wird aber gebildet durch die Mehrheitsparteien. Im alten Deutschland war es anders. Damals verfügte der Kaiser über das Heer [61].

Vors.: Und heute der Reichspräsident [62].

Hitler: Auch der Reichspräsident ist das Ergebnis einer Wahl, die von den politischen Parteien vorgenommen wird [63]. Dieser Oberbefehl hat nichts zu tun mit dem Geist der Organisation und dem Aufbau des Heeres, worüber [*sic!*] das Ministerium dem Reichstag verantwortlich ist. Den Reichswehrminister bestimmt die Reichstagsmajorität und damit die politischen Parteien. Wenn beispielsweise im Reichsheer irgendetwas geschieht, was der Regierungsmehrheit nicht paßt, so muß der Reichswehrminister oder der Chef der Heeresleitung zurücktreten, ohne daß der Reichspräsident etwas dazu tun kann [64].

60 Artikel 56 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 lautet: "Der Reichskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür gegenüber dem Reichstag die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Reichsminister den ihm anvertrauten Geschäftszweig selbständig und unter eigener Verantwortung gegenüber dem Reichstag." Druck: RGBl. 1919, S. 1394.

61 Artikel 63 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 16.4.1871 lautet: "Die gesamte Landmacht des Reichs wird ein einheitliches Heer bilden, welches in Krieg und Frieden unter dem Befehle des Kaisers steht." Druck: Reich und Länder. Texte zur deutschen Verfassungsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Hans Boldt, München 1987, S. 475.

62 Artikel 47 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 lautet: "Der Reichspräsident hat den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reichs." Druck: RGBl. 1919, S. 1392. Zur Struktur des militärischen Oberbefehls vgl. Eckart Busch, Der Oberbefehl. Seine rechtliche Struktur in Preußen und Deutschland seit 1848, Boppard a. Rh. 1967, S. 49 ff.

63 Artikel 41 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 lautet u. a.: "Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volk gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der das fünfunddreißigste Lebensjahr vollendet hat." Druck: RGBl. 1919, S. 1391. Druck des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten vom 6.3.1924: RGBl. 1924, I, S. 168 ff.

64 Im September 1926 hatte der Chef der Heeresleitung von Seeckt in eigener Verantwortung die Teilnahme des Prinzen Wilhelm von Preußen an einer Militärübung erlaubt. Auf Drängen von Reichswehrminister Otto Geßler reichte er daraufhin seinen Abschied ein, dem am 8.10.1926 stattgegeben wurde. Vgl. Meier-Welcker, Seeckt, S. 501 ff.
Geßler war nach beinahe acht Jahren Tätigkeit als Reichswehrminister am 14.1.1928 zurückgetreten. Anlaß waren die waghalsigen finanziellen Transaktionen des Leiters der Seetransportabteilung in der Marineleitung, Kapitän z. S. Walther Lohmann, die seit August 1927 als sog. Phoebus-Skandal bekannt wurden. Vgl. Wohlfeil, Heer und Republik, S. 114 ff. sowie Dülffer, Reichs- und Kriegsmarine 1918-1939, S. 425 ff.

Vors.: Der militärische Sachverständige [65] hat gestern festgestellt, daß der Reichspräsident die Berufspflichten des deutschen Soldaten bestimmt [66].

Hitler: Wenn etwa eine sozialdemokratisch-kommunistische Regierung ans Ruder käme, so würde diese Regierung, gestützt auf ihre Mehrheit im Reichstage, das Reichsheer umorganisieren, denn durch ihre Zweidrittelmehrheit kann sie jede Verfassungsänderung durchsetzen [67], zumal da die Mittelbewilligung für das Reichsheer ja durch den Reichstag stattfindet [68].

Vors.: Was meinten Sie, wenn Sie in der Reichswehr-Sondernummer sagten, der Soldat muß zum Träger des völkischen Gedankens erzogen werden [69]? Daraus geht doch hervor, daß Sie die Wehrmacht politisieren wollen. Haben Sie wirklich die Absicht, die Wehrmacht zu politisieren?

Hitler: Nein, die alte Armee war mit dem monarchischen Gedanken untrennbar verknüpft [70]. Die Wehrmacht war früher Trägerin des monarchischen Gedankens. In der Zeit, als die Politik an sich versagte, war sie allein die ausschließliche Trägerin dieses damals fundamentalen Gedankens. Auch im neuen Staat muß das Heer einen tragenden Gedanken haben, es muß sich verantwortlich fühlen für das Schicksal des Volkes. Die Armee darf (aber) nicht rein mechanisches Kriegsinstrument sein, sie muß sich als Trägerin des deutschen Volksgedankens fühlen. Eine Armee, die sich dieses Gedankens entäußert, würde äußeren Einflüssen nicht standhalten können. Die deutsche Armee ist nicht so geartet [71], und das ist unser Unglück. Wir werden dafür sorgen, daß sie zum Träger des Volksgedankens wird. Heute versucht man, eine neue Idee dem Staate zu unterlegen: Demokratie, Pazifismus, Internationalismus. Wir sind der Meinung, daß die Armee in dem Augenblick des Zusammenbruchs zum Begriff "Volk" zurückkehren muß. Wenn die Armee zum rein mechanischen Instrument der Regierung würde, so müßte sie im Kampf gegen die nationalen Volksheere des Auslands unterlie-

---

65 Edgar Theisen (1890-1968), 1909 preußischer Leutnant, 1918 Hauptmann, 1928-1932 Major im Ministeramt (Wehrmachtabteilung) im Reichswehrministerium, 1934 Oberst, 1936 Inspekteur der Nebeltruppe und für Gasabwehr im Oberkommando des Heeres, 1937 Generalmajor, 1942 General, 1944 Verabschiedung.

66 Die "Pflichten und Rechte der Angehörigen der Wehrmacht" sind in Teil III (§ 18-40) des Wehrgesetzes vom 23.3.1921 geregelt. Druck: RGBl. 1921, S. 333-339.

67 Artikel 76 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 lautet u. a.: "Die Verfassung kann im Wege der Gesetzgebung geändert werden. Jedoch kommen Beschlüsse des Reichstags auf Abänderung der Verfassung nur zustande, wenn zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl anwesend sind und wenigstens zwei Drittel der Anwesenden zustimmen. Auch Beschlüsse des Reichsrats auf Abänderung der Verfassung bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen. Soll auf Volksbegehren durch Volksentscheid eine Verfassungsänderung beschlossen werden, so ist die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich." Druck: RGBl. 1919, S. 1397.

68 Artikel 85 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 lautet u. a.: "Alle Einnahmen und Ausgaben des Reichs müssen für jedes Rechnungsjahr veranschlagt und in den Haushaltsplan eingestellt werden. Der Haushaltsplan wird vor Beginn des Rechnungsjahrs durch ein Gesetz festgestellt." Druck: RGBl. 1919, S. 1399. Druck der Reichshaushaltsordnung vom 31.12.1922: RGBl. 1923. II, S. 17 ff.

69 Vgl. Anm. 57.

70 Zum Verhältnis von Armee und Gesellschaft im deutschen Kaiserreich vgl. Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk, Bd. II, S. 117 ff.

71 Zum "unpolitischen" Staatsverständnis der Reichswehr, das maßgeblich vom Chef der Heeresleitung General Hans von Seeckt geprägt worden war, vgl. Wohlfeil, Heer und Republik, S. 134 ff.

gen. Die friderizianische Auffassung des Heeres [72] ist heute, wo die Völker Kriege führen [73], nicht mehr möglich.

Vors.: Sie sprechen abwechselnd vom Volksgedanken und vom völkischen Gedanken. Das braucht doch nicht dasselbe zu sein.

Hitler: Der völkische Gedanke hat nichts zu tun mit der parteipolitischen Überzeugung [74].

Vors.: Auch nicht mit dem Nationalsozialismus?

Hitler: Wenn wir die Mehrheit haben, so ist der nationalsozialistische Gedanke genauso der völkische Gedanke wie der italienische Staatsgedanke heute faschistisch ist.

Vors.: Was verstehen Sie unter "völkischer Gedanke"?

Hitler: Der völkische Gedanke ist genauso gebunden an den Begriff "Volk" wie der staatliche Gedanke gebunden ist an den Begriff "Staat". Der Staat ist Zweck an sich. Für den völkischen Gedanken aber ist der Staat nur Mittel zum Zweck, für den völkischen Gedanken ist wesentlich die Erhaltung des Volkstums. Auch eine Armee dient der Erhaltung des Volkstums. Staatsformen können sich ändern, das Volk aber muß in unverändertem Bestand erhalten bleiben. Wenn der Staat zerbricht, zerbricht der staatliche Gedanke, aber nicht der völkische.

Vors.: In Ihrer Programmrede [75] verweisen Sie als Beispiel auf den Sieg Mussolinis in Italien [76], wo das Heer in entscheidender Stunde sich seiner Pflicht gegenüber dem Volk bewußt gewesen sei und mitgeholfen habe, die Zügel des Staates den Verderbern zu entreißen [77]. Sie führen das darauf zurück, daß das italienische Heer sich nicht damit begnügte, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, sondern dem italienischen Volk die Zukunft zu erhalten. Sollte das ein Beispiel für Deutschland sein?

Hitler: Der italienische Faschismus hat keine Revolution gemacht, wie die Sozialdemokratie in Deutschland im November 1918, sondern er diente der Rettung der Zukunft des italienischen Volkes. Mussolini ist nicht revolutionärer Volksbeauftragter, [*er*] [78] ist königlich-italie-

---

72 Anspielung auf das Heer Friedrich Wilhelms I. (1713-1740) und Friedrich II., des Großen (1740-1786), in dem die Menschenführung allein vom Prinzip einer rücksichtslosen Disziplinierung geprägt war. Erst die Reformer der preußischen Armee suchten während der Jahre 1807-1814/15 Motivation und selbständiges Handeln jedes Soldaten in den Mittelpunkt von militärischer Ausbildung und Führung zu stellen. Vgl. Otto Büsch, Militärsystem und Sozialleben im alten Preußen. Die Anfänge der sozialen Militarisierung der preußisch-deutschen Gesellschaft, Berlin 1962 sowie Reinhard Höhn, Scharnhorsts Vermächtnis, Frankfurt a. M. [2]1972.

73 Anspielung auf den von Ludendorff geprägten Begriff des "Totalen Krieges", dessen Theorie er endgültig jedoch erst 1935 in seiner gleichnamigen Schrift entwarf. Vgl. [*Erich*] Ludendorff, Der totale Krieg, München 1935.

74 Hitler selbst kritisiert in Mein Kampf (Bd. II, S. 7) den Begriff "völkisch" als "begrifflich zu wenig begrenzt". Zur Genese der völkischen Ideologie vgl. Becker, Sozialdarwinismus, Rassismus, Antisemitismus und Völkischer Gedanke, S. 573 ff.

75 Vgl. Anm. 57.

76 Zur Errichtung der faschistischen Diktatur in Italien, eingeleitet mit Mussolinis "Marsch auf Rom" am 27./28.10.1922, vgl. Lyttelton, The Seizure of Power sowie Dok. 33, Anm. 3.

77 Ungeachtet einzelner Sympathien für den Faschismus ging die italienische Armee bis zur Erteilung des Auftrags zur Regierungsbildung durch König Viktor Emanuel III. an Mussolini am 29.10.1922 aktiv gegen den faschistischen Putsch vor. Vgl. Lyttelton, The Seizure of Power, S. 89 ff.

78 Änderung durch Bucher.

nischer Ministerpräsident, ein Beweis dafür, daß er vollständig legal vorgegangen ist [79]. Er hat sich eben seinem Herrscher zur Verfügung gestellt.

Vors.: Na na, es ist doch auch in Italien Gewalt angewendet worden. Man spricht doch allgemein von der Rizinus-Methode [80].

Hitler: Die Faschisten haben keine Gewaltmethoden gegenüber Staat oder Regierung angewendet, sondern sich nur gegen die Terrorelemente der Straße, der der Staat nicht mehr Herr wurde, gewehrt [81]. Hinter dem Faschismus steht heute ein Italien, während hinter den deutschen Regierungen kein deutsches Volk steht. Der Faschismus hat das italienische Volk errettet, er ist eine legale Gewalt geworden.

Vors.: Wußten Sie davon, daß zwei der Angeklagten Anfang November 1929 zum politischen Büro der NSDAP kamen [82]?

Hitler: Ich habe nachträglich davon gehört. An sich empfangen wir grundsätzlich keine Deputationen. Ich habe nie gewußt, daß Zellenbildung beabsichtigt ist. Das hätte ich auch nie gebilligt, weil ich auf die Werbekraft der völkischen Idee an sich vertraue.

Vors.: Und wie steht es mit Ihrer Propaganda bei der Reichswehr?

Hitler: Ich habe nie eine Verbindung bei der Reichswehr gesucht oder für meine Unterführer zugelassen. Ich halte seit 1923 keinerlei Verbindung mit der Wehrmacht aufrecht. Ich habe nie mit Offizieren verhandelt [83]. Die Reichswehroffiziere haben mich gemieden seit 1923. Ich habe nicht einmal gestattet, daß das Flugblatt über meine Rede in den Kasernen verteilt werde.

---

79 Nach der Wahl vom 15.5.1921 war die Partito Nazionale Fascista lediglich mit 35 - bei einer Gesamtzahl von 535 - Abgeordneten im italienischen Parlament vertreten. Bei der Machtergreifung der italienischen Faschisten, eingeleitet durch ihren "Marsch auf Rom" am 27./28.10.1922, handelte es sich um einen Putsch, dem jegliche Legalität fehlte. Erst durch die unerwartete Entscheidung des verunsicherten Königs, der Mussolini tags darauf zum Ministerpräsidenten ernannte, erhielt der Staatsstreich seine nachträgliche Legitimierung. Dies änderte nichts daran, daß auch die weitere gewaltsame Konsolidierung der faschistischen Diktatur dem herrschenden Recht und der Verfassung vollkommen widersprach. Vgl. Lyttelton, The Seizure of Power, S. 77 ff.

80 Anspielung auf die Gewohnheit der faschistischen "Squadristi", politischen Gegnern Rizinusöl in hohen Dosen einzuflößen. Vgl. Denis Mack Smith, Mussolini. Eine Biographie, München 1983, S. 111.

81 Zur Gewalt, welche die faschistische Machtergreifung begleitete, vgl. Adrian Lyttelton, Faschismus und Gewalt: Sozialer Konflikt und politische Aktion in Italien nach dem Ersten Weltkrieg. In: Sozialprotest, Gewalt und Terror, a. a. O., S. 303-324 sowie Jens Petersen, Das Problem der Gewalt im italienischen Faschismus, 1919-1925. In: Ebenda, S. 325-348.

82 Scheringer und Ludin waren am 1.11.1929 nach München gefahren und hatten Wilhelm Weiß, Chef vom Dienst beim Völkischen Beobachter, aufgesucht. Dieser hatte eine Unterredung mit dem OSAF von Pfeffer, dessen Adjutanten Hallermann und dem künftigen Stabschef der SA Wagener vermittelt, bei der Kooperationsmöglichkeiten zwischen NSDAP und Reichswehr besprochen wurden. Vgl. Bucher, Reichswehrprozeß, S. 22 ff.

83 Seit Wiedergründung der NSDAP im Februar 1925 lassen sich bis September 1930 Kontakte Hitlers mit *aktiven* Offizieren nicht nachweisen. Diese wären durch § 36 des Wehrgesetzes vom 23.3.1921, der aktiven Soldaten jede politische Betätigung verbot, ohnehin erschwert worden. Andererseits bestanden, wie die Fälle der drei angeklagten Offiziere bewiesen, Möglichkeiten wie die Bereitschaft, dieses Verbot zu umgehen. Anders gestaltet sich das Verhältnis zwischen Militär und Nationalsozialismus, wenn auch die ehemaligen Soldaten in Deutschland berücksichtigt werden. Hier fällt auf, wie viele Funktionäre der NSDAP durch Armee bzw. Kriegserfahrung geprägt worden waren. Vgl. Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, S. 59 ff., S. 80 ff. Druck von § 36 des Wehrgesetzes vom 23.3.1921: RGBl. 1921, S. 337.

Hitler betonte, daß der Nationalsozialismus in aller Öffentlichkeit wirke, was er ja schon angeführt habe, und deshalb geheime Verbindungen zur Reichswehr gar nicht anzustreben brauche, da diese durch die allgemeine geistige Propaganda sowieso immer stärker hergestellt würden. Außerdem habe er das Ziel, Beziehungen nicht zwischen Partei und Soldaten, sondern zwischen Partei und dem Geist der Reichswehr [*sic!*] anzubahnen. Dann fuhr er fort:

Hitler: Ich werde die nationalsozialistische Bewegung nicht in eine Situation führen, in der die Offiziere, wie 1923, in den Konflikt zwischen Gefühl und Pflicht gebracht werden, d. h., es insbesondere darauf ankommen lassen, daß er vor die Frage gestellt wird, ob er auf uns schießen will oder nicht [84]. Denn der Offizier ist in einer solchen Situation nicht nur Objekt des Gefühls, sondern auch der Pflicht. Die deutsche Armee wird vielmehr eines Tages in uns die Retter des deutschen Volkes sehen.

Vors.: Zum Schluß, Herr Hitler, wollen Sie mir folgende Erklärung abgeben: Können Sie mir bestätigen, daß Sie niemals nach dem Hitler-Putsch, besonders nicht im Jahre 1925, versucht haben, die deutsche Verfassung zu ändern oder daß Sie Ihren Unterführern niemals Anweisung gegeben haben, derartige Versuche zu machen? Können Sie mir diese Frage bejahen?

Hitler: Ja.

Frank (zum Vors.): Ich bitte Herrn Hitler zu fragen, ob die Partei oder er selbst die Reisen [85] der drei Angeklagten [86] etwa finanziert habe.

Vors. (zu Hitler): Wissen Sie etwa, ob diese Offiziere oder andere von Ihrer Partei für ihre Reisen finanziert worden sind?

---

84 Mit Ausnahme der Infanterieschule München hatte sich die Reichswehr von Hitlers Putsch am 8./9.11.1923 distanziert. Dies betraf nicht nur die Reichswehrführung. Seeckt, dem am 8.11.1923 die Vollziehende Gewalt im Deutschen Reich übertragen worden war, stand loyal zur Reichsregierung. Auch die in Bayern stationierten Verbände der Reichswehr entschieden sich, ungeachtet ihres andauernden Konflikts mit dem Reich, gegen die Putschisten. Vgl. Wohlfeil, Heer und Republik, S. 267 ff.

85 Seit Januar 1929 hatten die Leutnante Ludin, Scheringer und Wendt zahlreiche Reisen unternommen, um politische Kontakte aufzubauen - zunächst ohne Erfolg beim Stahlhelm, dann bei der NSDAP - und gleichgesinnte Offiziere in verschiedenen Standorten zu werben. Dabei kam immer wieder das Verhältnis der Reichswehr zum bestehenden Staat zur Sprache sowie die Frage, wie sich die Reichswehr bei einem Putsch der NSDAP verhalten solle. Vgl. Bucher, Reichswehrprozeß, S. 18 ff.

86 Hanns Ludin (1905-1947), 1924 Eintritt in das Artillerieregiment 5 in Ulm, 1927 Leutnant, Oktober 1930 wegen Hochverrats zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, Entlassung aus der Reichswehr, Juni 1931 Begnadigung, 1932 MdR, 1933 Polizeipräsident von Karlsruhe, SA-Obergruppenführer, Führer der SA-Gruppe Südwest, 1940 Hauptmann d. R., 1941 deutscher Gesandter in Preßburg, 1947 hingerichtet.
Richard Scheringer (1904-1986), 1923 in Abwesenheit von einem französischen Kriegsgericht zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, 1924 Eintritt in das Artillerieregiment 5 in Ulm, 1928 Leutnant, Oktober 1930 wegen Hochverrats zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, Entlassung aus der Reichswehr, März 1931 Anschluß an die KPD, April 1932 erneute Verurteilung wegen Hochverrats zu 30 Monaten Festungshaft, September 1933 vorzeitige Entlassung, 1934 Übernahme des Dürrnhof in Köstlin bei Ingolstadt, 1939 Leutnant d. R., Oktober 1945 Vorschlag der Ernennung zum Staatssekretär im bayerischen Landwirtschaftsministerium, November 1945 Eintritt in die KPD.
Hans Friedrich Wendt (geb. 1903), 1922 Eintritt in das Artillerieregiment 5 in Ulm, 1923/24 Beurlaubung, 1926 Leutnant, Dezember 1929 Entlassung als Oberleutnant, Februar 1930 Mitarbeiter bei der Zeugmeisterei West der NSDAP in Kassel, Oktober 1930 wegen Hochverrats zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, Entlassung aus der Reichswehr, September 1931 Begnadigung, 1931/32 Anschluß an die Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten, 1933 Emigration in die Tschechoslowakei, danach verschollen.

Hitler: Niemals! Niemals! Unser Schatzmeister [87] würde für so etwas gar kein Geld haben. In unserer Partei wird ein Offizier überhaupt nicht aufgenommen. Wenn ein Reichswehroffizier mich sprechen möchte, so sage ich ihm, ich habe die Überzeugung, daß der Geist unserer Reichswehr verfehlt ist. Selbstverständlich werde ich nicht zur Behörde gehen und den Offizier denunzieren, denn er hat nach meiner Auffassung nichts Strafbares getan. Früher sind Offiziere und Mannschaften zu Reichstagsabgeordneten gegangen und haben weiß Gott was erzählt. Würde ein Offizier zu mir kommen und mir Vorschläge machen, die sich als verheerend, schädlich und verbrecherisch auswirken müßten, so würde ich unter Umständen auch Anzeige gegen ihn erstatten. Nie aber würde ich ihn anzeigen, wenn er sagen würde: Die bei uns gepflegte politische Richtung paßt mir nicht. Der Reichswehrminister schließt uns ganz aus der Reichswehr aus, alles, was nationalsozialistisch ist [88]. Ich würde dem Offizier sagen: Ich halte die Entwicklung, wie sie jetzt ist, für verhängnisvoll, aber ich kann nichts machen. Es ist Sache der Reichswehr selbst, von sich aus im Innern den notwendigen neuen Geist aufzunehmen [89].

---

87 Franz Xaver Schwarz.

88 Anspielung auf die damalige Politik des Reichswehrministers Groener, der jegliche Zersetzungsversuche der radikalen Parteien zu unterbinden suchte. Auch im Fall der Ulmer Offiziere hatte Groener auf einem harten Durchgreifen bestanden. Während die militärische Führung das Vergehen mit einer geringfügigen Disziplinarstrafe intern ahnden wollten, beharrte Groener auf einer Ermittlung durch ein Zivilgericht, so daß die Unterlagen dem Oberreichsanwalt am 25.2.1930 übergeben wurden. Vgl. Hürter, Groener, S. 224 ff.
Zur Reaktion Groeners auf das Ergebnis des Prozesses vgl. seinen Erlaß vom 6.10.1930. Druck: Staat und NSDAP 1930-1932, S. 159 f.

89 Folgt Bericht über die Vereidigung Hitlers. Vgl. Bucher, Reichswehrprozeß, S. 269 ff.

25. September 1930 Dok. 124
Interview mit The Daily Mail [1]

The Daily Mail vom 27.9.1930, "Hitler's Special Talk to 'The Daily Mail'" [2].

Naturally he [*Hitler*] spoke of Viscount Rothermere's [3] article on the rebirth of Germany, which appeared in *The Daily Mail* last Wednesday [4]. He said:

"I need hardly tell you that I have read Lord Rothermere's article with the keenest interest, and you will not be surprised when I say that I read it with the greatest astonishment. "We Germans are not accustomed to find that people of other nationalities should understand what we have in our hearts.

---

1 Das Interview führte Rothay Reynolds.

2 In dem Artikel ist ferner zu lesen: "I had not had an opportunity of talking to him for seven years [*vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 1027*]. There was a touch of arrogance in his manner then - the pardonable air of defiance that a man might adopt as a defence when he is conscious that he possesses the rare quality of leadership, but finds that the world treats his ideas, his doctrines, and his followers with contempt. Last night I found that the old air of arrogant defiance, not unpleasing in a young man - and Hitler must then have been not more than 34 - had completely gone. Hitler spoke with great simplicity and with great earnestness. There was not a trace in his manner of those arts which political leaders are apt to employ when they wish to impress. I was conscious *that* I was talking to a man whose power lies not, as many still think, in his eloquence and in his ability to hold the attention of the mob, but in his conviction.
Intense Conviction.
He is not a robust-looking man. He is slight in figure, and last night, after an exhausting day in the law-courts - where he stood for over two hours while giving evidence [*vgl. Dok. 123*]- followed by a conference, he looked exhausted and his face was dead white. But the moment he spoke I realised that there was in him a burning spirit that could triumph over bodily weariness. He speaks very rapidly, and in his voice there is a nervous energy that makes one feel the intense conviction behind his words."

3 Harold Sidney Harmsworth (ab 1910 Baronet, ab 1919 1st Viscount Rothermere; 1868-1940), 1888 Finanzberater im Zeitungskartell seines Bruders Alfred Harmsworth, 1st Viscount Northcliffe, 1916/17 Direktor des Hauptbekleidungsamts der britischen Armee, 1917/18 britischer Luftfahrtminister, 1922 Übernahme des Zeitungskartells seines Bruders, zu dem u. a. The Daily Mail, Daily Mirror, Evening News, Sunday Dispatch, Sunday Pictorial gehören, 1929 kurzfristiger Eintritt in die United Empire Party, 1931 Verkauf von The Daily Mirror, 1932 Übergabe der Geschäftsführung von The Daily Mail an seinen Sohn Esmond, 1934 Beendigung der finanziellen und publizistischen Unterstützung der British Union of Fascists, 1940 Mitglied einer Sonderkommission der britischen Regierung für Kanada.
Zur politischen Position Rothermeres vgl. Arnd Bauerkaemper, Die "radikale Rechte" in Großbritannien. Nationalistische, antisemitische und faschistische Bewegungen vom späten 19. Jahrhundert bis 1945, Göttingen 1991, passim.

4 Vgl. The Daily Mail vom 24.9.1930, "Germany and Inevitability. A Nation reborn. Youth asserting its Power". Ferner die Übersetzung im VB vom 25.9.1930, "Hitlers Sieg - Neugeburt der deutschen Nation" sowie The Daily Mail vom 2.10.1930, "My Hitler Article and its Critics". In seinem Artikel vom 24.9. hatte Rothermere das Ergebnis der Reichstagswahl vom 14.9.1930 als "the re-birth of Germany as a Nation" bezeichnet und u. a. eine neue Deutschlandpolitik gefordert: "We must change our conception of Germany. Hitherto we have thought of her as a prisoner of war. She is not free as other nations are free. We have made the recovery of her full national liberty depend upon the fulfilment of payments and conditions quite rightly enforced against her will."

Menace of Bolshevism [5]

"What Lord Rothermere has made English people understand is that Germany must have the same rights as other countries after being 12 years in the penitentiary of Versailles [6].

"If Europe decides to make Germany serve a life sentence, then she must face the danger of having an embittered nation, desperate to the verge of crime, in her midst. What that would mean a child can guess - Bolshevism.

"Lord Rothermere has realised the danger of procrastination embodied in the Geneva humbug [7].

"It is to be hoped that his valuable suggestions will clear the way to a useful discussion and a timely and amicable settlement of European affairs."

I referred to the reports that have been circulated by the German Press that Herr Hitler intends to seize power in the State by force [8].

"People have tried to associate me with a mania for rebellion," he said. "I ask you: Why should I instigate a rebellion when I have today 107 members of my party in the Reichstag [9] and count on having double that number in the next Reichstag?"

And then he returned to the difficulties of Germany.

"I hope," he said, "that, in view of the present serious situation in Europe the intervention of big publicists such as Lord Rothermere will pave the way to a helpful consideration of the present difficulties."

Relations with England

We spoke of the relations between England and Germany [10].

"The English and Germans," he said, "cannot remain enemies [11] for ever just because they fought against each other for four and a half years.

"To have a strong party in Germany which will form a bulwark against Bolshevism is in the interests not only of England but also of all nations. You may have difficulties before you, and the time may come when German friendship will not be without its value."

He paused for a moment, and then said quickly:

"Going back to Lord Rothermere's article, what I feel is that he has faced the cardinal fact which many have entirely overlooked and that is that [*sic!*], whether one likes it or not, there is new life and energy in Germany.

"To have seized upon this outstanding fact allows that Lord Rothermere possesses the true gift of intuitive statesmanship."

---

5 Anspielung auf den in der britischen Öffentlichkeit weit verbreiteten Anti-Bolschewismus. Vgl. Gottfried Niedhart, Die Sowjetunion in der britischen Urteilsbildung 1917-1945. In: ders. (Hrsg.), Der Westen und die Sowjetunion. Einstellungen und Politik gegenüber der UdSSR in Europa und in den USA seit 1917, Paderborn 1983, S. 105-118.

6 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

7 Gemeint ist der Völkerbund, vgl. Dok. 69, Anm. 6.

8 Vgl. Dok. 116, Anm. 32.

9 Vgl. Dok. 116, Anm. 4 und 25.

10 Zu den deutsch-britischen Beziehungen vgl. Gottfried Niedhart, Multipolares Gleichgewicht und weltwirtschaftliche Verflechtung: Deutschland in der britischen Appeasementpolitik 1919-1933. In: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Hrsg. von Michael Stürmer, Königstein/Ts. 1980, S. 113-130.

11 Zu Hitlers Englandbild vgl. Dok. 48, Anm. 25.

27. September 1930 Dok. 125
"Nicht Masse, sondern Wille entscheidet"
Artikel [1]

Illustrierter Beobachter vom 27.9.1930.

28. September 1930 Dok. 126
"My Terms to the World"
Artikel

The Sunday Express vom 28.9.1930, "My Terms to the World. By Adolf Hitler, Germany's New 'Iron Man'" [1].

Let not the world deceive itself. Germany will either have to become a free nation again or, losing faith in any other future, be driven into the beckoning arms of Bolshevism [2].

That is no mere phrase, no threat, no prophecy, but just a statement of fact and of the sentiment of the German masses today [3]. I know that sentiment as no other statesman or politician does in Berlin.

The choice - between freedom and the right to live, and Bolshevism - lies less with the German people than with those who have laid down the impossible conditions, [*an*] unbearable burden on Germany for generations to come.

If you proletariatise a people economically, their proletariatisation politically is bound to follow [4]. That is what is taking place in Germany today.

---

1 Bei diesem Artikel handelt es sich um einen fast unveränderten Auszug aus Hitlers Mein Kampf, Bd. II (1. Auflage: München 1927, S. 346-351/München ^{65}1933, S. 773-779). Auf Aufnahme in diese Edition wurde deshalb verzichtet.

1 Hitlers Artikel fand in der internationalen Presse weite Verbreitung. Vgl. z. B. Berlingske Tidende vom 28.9.1930, "Det Tyske Valg Var En Advarsel, Siger Hitler"; Corriere della Sera vom 28.9.1930, "Dove va e cosa vuole la Germania"; New York American vom 28.9.1930, "'Lift Young Plan Burden or German Masses Will Be Driven to Bolshevism'"; ferner die Teilübersetzung im VB vom 30.9.1930, "Entweder Deutschlands Freiheit oder Bolschewismus! Adolf Hitlers Warnung an Amerika".
Zur Reaktion der deutschen Presse auf Hitlers Artikel vgl. z. B. Dresdner Anzeiger vom 29.9.1930 (MA), "Hitler über seine Ziele"; Frankfurter Zeitung vom 29.9.1930, "Hitler beruhigt. Ein Artikel Hitlers im 'Sunday Expreß'"; Münchner Telegramm-Zeitung vom 29.9.1930, "Hitler gibt Interviews"; Potsdamer Volksblatt vom 29.9.1930, "Jetzt wird er lächerlich: Adolf, der Erfüllungskaiser".

2 Vgl. Dok. 124, Anm. 5.

3 Bei der Reichstagswahl am 20.5.1928 hatten 3.264.793 Menschen (10,6%) KPD gewählt, bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 waren es 4.590.160 (13,1%). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 563; 1931, S. 546.

4 Anspielung auf die britische Furcht vor einer Proletarisierung Deutschlands. Die britische Deutschlandpolitik war deshalb seit Ende des Ersten Weltkriegs - im Gegensatz zu derjenigen Frankreichs - sehr viel stärker von der Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche und politische Stabilität Deutschlands geprägt. Vgl. Niedhart, Multipolares Gleichgewicht und weltwirtschaftliche Verflechtung.

The German election of September 14 is a warning [5]. *It tore away the veil, and partly revealed the soul of Germany.*

It gave a glimpse into the misery and suffering of the German people. It gave the lie to that press and those German statesmen and political parties who acquiesced in the economic enslavement of an entire nation and created an impression thereby that the German people were resigned - even happy - in this forced transfusion of their own lifeblood from Germany to France, England, and America [6].

The election was a signal of the approaching revolt of the German soul.

High Fever

The shock and surprise felt abroad, and also in those political and press circles here in Germany which have little contact with the working people, were great. Either they do not know or choose to ignore popular sentiment and the feeling of desperation regarding the present - and a future that precludes happiness - , a feeling that is beginning to pervade all classes in Germany [7].

The election, so to speak, took the temperature of the German people. The world was shocked to discover Germany in a fever - a high fever. That fever is bound to continue - to rise against existing conditions and unbearable burdens.

The Versailles Treaty [8] and the Young Plan [9] imposed on Germany are like hasty, clumsy, surgical operations on a patient who, while being hurriedly sewn up, develops dangerous symptoms of blood poisoning. The patient can only be saved by reopening the festering cuts and thoroughly removing the causes that make recovery hopeless.

That must be done before the inflammation goes too far. Germany may still be saved by reopening the Versailles Treaty and the Young Plan. When delirium sets in it will be too late. The statesmen of our former enemies and, those German statesmen and political parties, who have governed the country since 1919, are playing a dangerous game with Germany. The game has been going on for more than ten years.

Promise upon promise has been made to the patient, industrious, hard-working order-loving German people. Every year conditions have grown worse, every year the burden has become heavier [10], the suffering greater, and the future darker. Our people have lost faith in promises and those who make them. Their confidence in the old political leaders and parties has gone. If the German people should definitely lose their faith in a future of their own choice, then the gravest developments are inevitable.

The National Socialist Party has been born out of the sufferings of the German nation. Our aim, our purpose, is to free Germany from political and economic conditions that mean enslavement; from burdens as unjust as they are impossible, burdens that no nation, no people can carry for generation after generation.

5 Vgl. Dok. 116, Anm. 4 und 18.
6 Anspielung auf die deutschen Reparationsverpflichtungen gegenüber den alliierten Mächten.
7 Zur Soziologie der NSDAP-Wähler vgl. Falter, Hitlers Wähler.
8 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.
9 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.
10 Vgl. Dok. 6, Anm. 6.

No people, I do not care who they are, can endure such conditions, carry such burdens, be conscious that they, their children, and their children's children are foreign tribute slaves, and yet retain their self-respect. It is impossible.

Even a camel will lie down and refuse to move, even a horse will balk when cruelly overloaded. Why should not a people revolt against burdens they know they cannot carry, after having given the world the sincerest proof of their loyal efforts to do so? The policy and aim ruling all German Governments - Socialist and Democratic and Centre Parties - since Versailles have been the famous *Erfuellungspolitik* [11] - the fulfilment of each and every demand of our former enemies.

Ten years of that policy has proved the futility of attempting it. It cannot be done.

Instead of proving to the world that Germany cannot carry the enormous burdens and live decently, the German political parties have been endeavouring to keep up the impression abroad that she can and will pay what is demanded.

We, the National Socialists, demand the revision of the Versailles Treaty.

We demand a revision of the Young Plan.

We demand the return to us of the Polish Corridor [12]*, which is like a strip of flesh cut from our body.* It cuts Germany into two [13].

It is a national wound that bleeds continuously, and will continue to bleed till the land is returned to us.

All this is founded on the hypocritical basis that Germany was guilty of causing the World War [14]. The National Socialists reject that accusation. It is untrue [15]. It has been thoroughly exploded, but all Germany is suffering from the Versailles Treaty and the Young Plan, which are based on that accusation.

The National Socialist movement proposes to rouse all Germans against this injustice, to rouse them to say unitedly that there shall be "No more".

President Wilson solemnly promised the German people that if they laid down their arms and overthrew the Imperial regime, they would not be held responsible for the war, and no indemnities would be laid on them [16]. That promise and others were broken in the most contemptuous manner.

---

11 Vgl. Dok. 7, Anm. 8.

12 Die deutsch-polnische Grenze wurde durch Artikel 27-30 und 87-98 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 neu festgelegt. Die Provinzen Westpreußen und fast ganz Posen fielen u. a. an Polen, das dadurch einen Zugang von 80 bis 100 km Breite zur Ostsee erhielt, jedoch Ostpreußen vom Deutschen Reich abschnitt. Druck: RGBl. 1919, S. 751 ff., 839 ff. Vgl. Harald von Riekhoff, German-Polish Relations, 1918-1933, Baltimore 1971, S. 17 ff.

13 Artikel 89 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 verpflichtete Polen, dem deutschen Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem Deutschen Reich dieselben Rechte zu gewähren wie dem polnischen. Werde "einer anderen Nationalität eine noch günstigere Behandlung als der polnischen gewährt", so sei diese zur Regelung des deutschen Transits anzuwenden. Druck: RGBl. 1919, S. 853. Zur Lage Ostpreußens vgl. Dieter Hertz-Eichenrode, Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919-1930. Untersuchung eines Strukturproblems in der Weimarer Republik, Köln 1969.

14 Vgl. Dok. 77, Anm. 16.

15 Zur damaligen Kriegsschulddiskussion in der deutschen Öffentlichkeit vgl. Heinemann, Die verdrängte Niederlage, S. 22 ff.

16 Vgl. Dok. 19, Anm. 22 sowie Dok. 77, Anm. 7, 9 und 12.

"Indemnities" were renamed "reparations".

If the German people must suffer as they are suffering today and will be suffering tomorrow, then let us have suffering that may come from saying *"No"* rather than that laid on us by our *"Yes"*.

The recent election and the programme of the National Socialists should act as a warning against further deception from Berlin or elsewhere. The suffering German masses have few newspapers through which they can make themselves articulate [*sic!*]. The National Socialist Party has no money wherewith to acquire large newspapers.

Instead, we had to resort in the election campaign to an army of speakers.

I scheduled 34,000 meetings throughout Germany. We held 47,000 [17]. Within the next few months we expect to hold 70,000. That is why we get closer to the people than do those who sit in Berlin [18].

Those statesmen, who in such an irresponsible manner were anxious only to please our former enemies, who were deaf to the warnings at home, who accepted the Young Plan and its terrific burdens, have apparently learned nothing from the volcanic rumbling of the election [19].

They are endeavouring to justify their policy of acquiescing in the economic bleeding of the German people.

"Conferring"

Already they have assured the foreign Powers that the enormous protest recorded by the National Socialist vote is only a temporary popular wave and means nothing. We read in the Berlin Press that political parties who claim for themselves the monopoly in Republican sentiment in Germany are "conferring" [20].

Yes, they are "conferring", not on how they may lighten the burdens and bring greater freedom to the German people, but dickering on how they can combine to suppress the rising sentiment of popular revolt.

Let them deceive themselves - if they are blind.

The shock and the surprise of the election is nothing to the shock and the surprise that is coming to them.

The Socialist and the Democratic Press of Germany is printing columns of comment from London, Paris, and New York, painting in the blackest terms what the foreign powers will do

17 Für den Reichstagswahlkampf sind lediglich 34.000 Wahlveranstaltungen der NSDAP belegt. Vgl. Dok. 21, Anm. 9.

18 Die Berichterstattung der deutschen Presse läßt vermuten, daß der Wahlkampf der großen, zum Teil auch der kleinen Parteien im Sommer 1930 dem der NSDAP an Intensität kaum nachstand. Während die NSDAP in den Städten gewöhnlich über eine gut funktionierende Wahlkampforganisation und -propaganda verfügte, fehlte diese oft in den ländlichen Regionen, obwohl die NSDAP gerade hier teilweise Spitzenergebnisse erreichte. Ihr Wahlerfolg war demnach nur bedingt Ergebnis einer vermeintlichen Omnipräsenz dieser Partei. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 90 ff.

19 Vgl. Dok. 116, Anm. 20, 21 und 22.

20 Die offiziellen Besprechungen zwischen Brüning und den Parteiführern begannen erst am 1.10.1930. Bei der vorhergehenden informellen Kontaktaufnahme hatte sich Brüning um eine Tolerierung seiner Regierungsprogramms durch SPD und NSDAP bemüht (vgl. Dok. 116, Anm. 21), jedoch darauf verzichtet, diese Parteien in sein Kabinett zu integrieren. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1930, S. 198; Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 163 ff.

and what will happen to Germany if the National Socialist Party get the reins of government, and how much our former enemies prefer that the Social-Democrats should remain in power in Berlin [21].

So subservient has a portion of the German Press become, that it has the audacity to tell the German people that it would be better for them to do what their former enemies want in the way of government than what the German people want and need in the interest of the German nation.

Of course, France would prefer a Government in Berlin which would draw the last drop of the vital lifeblood of the nation for the bottomless *"Erfuellungspolitik"*.

The election, however, has brought clear proof that the Democrat and Socialist Press of Germany, including such papers as the "Berliner Tageblatt" [22]*, the "Frankfurter Zeitung"* [23] *and the "Ullstein Press"* [24]*, with their great circulations, have lost their influence on the thinking masses.*

Those newspapers were behind the Democratic Party, now rebaptised the State Party [25]. Despite that press, the party shrank to twenty-one seats, while the National Socialists, with a few papers, and those mostly of a local character, came back with 107 deputies [26].

---

21 Vgl. z. B. Vorwärts vom 15.9.1930 (AA), "Die Verständigungspolitik bleibt"; Vorwärts vom 16.9.1930 (MA), "Entsetzen des Auslands", "Reichstagswahl und ausländische Börsen"; Berliner Tageblatt vom 15.9.1930, "Briands Hoffnung", "Der Eindruck in Frankreich", "Ueberall im Ausland Besorgnis", "Schadenfreude in Polen"; Frankfurter Zeitung vom 15.9.1930 (AA), "Der erste Eindruck in Paris", "Die Wirkung in Paris", "Ungünstiger Eindruck in Holland", "Die Schweiz wartet ab"; Frankfurter Zeitung vom 16.9.1930 (MA), "Ueberraschung in England", "Belgische Stimmen", "Ein tschechisches Urteil", "Der Eindruck in Washington", "Sowjetrussische Betrachtung".

22 Vgl. Dok. 81, Anm. 12.

23 Vgl. Dok. 81, Anm. 13.

24 Das 1877 von dem Papierhändler Leopold Ullstein in Berlin gegründete Unternehmen war 1930 einer der größten Buch-, Zeitschrift- und Zeitungsverlage im Deutschen Reich; es befand sich damals im Familienbesitz. Die Ullstein A. G., die 1927 etwa 8.000 Mitarbeiter beschäftigte, verfügte über einen eigenen Nachrichtendienst und eine eigene Druckerei. Die bei der Ullstein A. G. erscheinenden Tageszeitungen Berliner Morgenpost, B. Z. am Mittag, Tempo, Vossische Zeitung, Berliner Allgemeine Zeitung gehörten zu Beginn der 30er Jahre zu den auflagenstärksten deutschen Zeitungen. Vgl. Hundert Jahre Ullstein 1877-1977. Hrsg. von W. Joachim Freyburg und Hans Wallenberg, 4 Bde., Berlin 1977.

25 Vgl. Dok. 84, Anm. 2. Ferner Dok. 116, Anm. 4.

26 Das Wahlverhalten der deutschen Bevölkerung stand seit 1930 in einem auffallenden Gegensatz zur politischen Struktur der deutschen Presse. Während die NSDAP mit dem Völkischen Beobachter und dem Angriff lediglich über zwei größere Zeitungen verfügte, standen die bedeutendsten und größten deutschen Tageszeitungen häufig dem (links)liberalen Spektrum nahe, so 8-Uhr-Abendblatt, Berliner Morgenpost, Berliner Tageblatt, B. Z. am Mittag, Frankfurter Zeitung, Hamburger Anzeiger, Kölnische Zeitung, Neue Leipziger Zeitung, Stuttgarter Neues Tagblatt. Unabhängig von Auflagenhöhe und Bedeutung ergibt sich bei der parteipolitischen Zuordnung *sämtlicher* Tageszeitungen für das Jahr 1930 ein modifiziertes Bild:

Parteilos	1.327	Bürgerlich	214
Unbestimmt	425	Zentrum	308
Amtlich	105	BVP	126
Kommunistisch	37	DVP	42
Sozialdemokratisch	149	Deutschnational	373
Liberal, Linksliberal	149	Nationalsozialistisch, völkisch	15

Vgl. Handbuch der Weltpresse. Eine Darstellung des Zeitungswesens aller Länder. Hrsg. vom Institut für Zeitungskunde, Berlin 1931, S. 145 ff. Ferner Modris Eksteins, The Limits of Reason. The German Democratic Press and the Collapse of Weimar Democracy, London 1975.

The French call me "a danger" [27]. The above-mentioned German Press re-echoes it. I count it a compliment.

Power Feared

It signifies that the power of the National Socialist movement is properly estimated and is feared. It is to be feared by those within and without Germany, who count on seeing the country in ruins. It is a storm signal of the rising anger of the people, who have been grossly deceived.

Not I nor the Nationalist Socialist Party is a danger in Germany. The danger is those German statesmen, those political parties, and those newspapers who mislead at home and abroad as to the feeling welling up in the German masses. Through ignorance, when not wilfully deceptive, they deceive as to the actual conditions, and thus smooth more and more the path for Bolshevism, which beckons with the phrase: "We are your only friends."

Those same elements trumpet that the coming of the National Socialist Government in Germany means a new war [28]. Perhaps that may make a temporary impression abroad, but not on the German people yearning for freedom from suffering and for a lightening of the unbearable burdens of the last war. As if an utterly disarmed, impoverished Germany, with no navy, no army, no air force, no tanks, no artillery worth speaking of [29], could go to war with the ring of Powers armed to the teeth that surround her [30].

It is no compliment to the intellect of those people who are impressed by such propaganda. When we say that Germany cannot continue to pay impossible tribute and live, France says I am a danger and that Germany means war. When we speak of the outrageous injustice of the Polish corridor, that spear in our side, France and Poland say we are getting ready to make war [31].

When Germany protests against the grossest injustice, when it demands its rights, when it refuses to submit to further humiliation, when it points out how its former enemies have broken their solemn promises, when it points out that the economic ruin and Bolshevisation of Germany cannot possibly be helpful to the world in the present great economic crisis, then the world is immediately told that we are "getting ready for war".

---

27 Vgl. z. B. Dok. 87, Anm. 56 und 57 sowie Dok. 116, Anm. 5.

28 Die ausländische Presse reagierte in der Regel beunruhigt auf die Reichstagswahl vom 14.9.1930, schon weil man den eklatanten Stimmengewinn der NSDAP nicht erwartet hatte. Dennoch kam in den Kommentaren immer wieder zum Ausdruck, wie wenig über die NS-Bewegung im Ausland bekannt war. Daß Hitler den Frieden gefährden könne, zieht sich durch viele Presseberichte, doch schien zum damaligen Zeitpunkt mehr als eine Revision des Versailler Vertrags kaum vorstellbar. Vgl. Granzow, A Mirror of Nazism, S. 81 ff., Kimmel, Der Aufstieg des Nationalsozialismus, S. 47 ff., 73 ff., Schreiber, Hitler, S. 73 ff.
Vgl. ferner die Aufzeichnung von Gesandtschaftsrat Otto Fürst von Bismarck vom 20.10.1930 über seine Unterredung mit Winston Churchill: "Im Augenblick habe Hitler ja erklärt, daß er nicht daran denke, einen auswärtigen Krieg zu führen, er, Churchill, sei aber überzeugt, daß Hitler oder seine Anhänger die erste Gelegenheit benutzen würden, um wieder zu den Waffen zu greifen." Druck: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XVI, Göttingen 1981, Dok. 16.

29 Vgl. Dok. 54, Anm. 8.

30 Vgl. Dok. 88, Anm. 8.

31 Vgl. Dok. 9, Anm. 50.

What then, is the method of the National Socialists to obtain

(1) Control of the German Government, and

(2) Revision of the Versailles Treaty and the Young Plan?

The first task we propose to achieve by perfectly legal methods [32]; the second by the united will of the German people till there is conviction on the other side.

With 107 seats in the Reichstag and the absolute certainty that the next election in less than six month [33] will bring us further tremendous gains, we have no need of *"putsch"* and no need to resort to force to obtain the reins of the government [34].

The Communists

Others may use force, however, and prevent us from taking over the government legally. *We are not thinking of a* "putsch". The election has shown us the way to governments. The Communists, recognising us as the greatest danger to their assumption of power in Germany, and believing that, if we can be prevented from having any successes in the near future our followers will become impatient and dissatisfied and drift to them, are devoting all their attention and efforts towards discrediting us and distracting attention from themselves by painting us as the great danger in Germany [35].

Let those who want to be deceived believe them.

What is my understanding or definition of "Nationalist"? One to whom duty to country or community comes before self interest; in other words "One for all" but with justice for the one where interests clash.

"Socialist" I define from the word "social", meaning in the main "social equity". A Socialist is one who serves the common good without giving up his individuality or personality or product of his personal efficiency.

True Socialism

Our adopted term "Socialist" has nothing to do with Marxian Socialism. Marxism is anti-property; true Socialism is not. Marxism places no value on the individual, or individual effort, or efficiency; true Socialism values the individual and encourages him in individual efficiency, at the same time holding that his interests as an individual must be in consonance with those of the community.

All great inventions, discoveries, achievements were first the product of an individual brain.

It is charged against me that I am against property [36], *that I am an atheist* [37].

Both charges are false.

32 Vgl. Dok. 41, Anm. 21.

33 Zu den damaligen Prognosen Hitlers vgl. Dok. 116, Anm. 26.

34 Vgl. Dok. 116, Anm. 32.

35 Vgl. jedoch Dok. 3, Anm. 2.

36 Der Wahlerfolg der NSDAP hatte die Wirtschaft im In- und Ausland stark verunsichert. Innerhalb weniger Wochen fielen die deutschen Börsenkurse durchschnittlich um 10%, ausländisches Kapital wurde in Höhe von über 700 Millionen RM abgezogen. Derartige Reaktionen resultierten nicht zuletzt aus der Unsicherheit von Banken und Industrie, wie weit die sozialistischen Elemente in der wirtschaftspolitischen Programmatik der NSDAP ernst zu nehmen seien. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 153 ff.

37 Zum Verhältnis Hitlers zum Christentum vgl. Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1, S. 110 ff. Zur Reaktion der christlichen Kirchen auf den Wahlerfolg der NSDAP vgl. ebenda., S. 160 ff.

Europe is passing through one of the gravest crises in its history. The Versailles Treaty and the Young Plan are the axis around which much will revolve in the next few years.

You cannot ruin and Bolshevise Germany and think that the rest of Europe will remain immune. That is blindness. The German people are not resigned apathetically to the tragic fate that their enemies, knowingly or unknowingly, are forcing on them. Thank God they are not resigned. They have a spirit of determination and will. United and properly directed they will survive, and will benefit the world. My confidence in the German people is unlimited. My aim is their freedom. That is my mission.

29. September 1930 Interview mit Gazzetta del Popolo [1]

Dok. 127

Gazzetta del Popolo vom 29.9.1930, "La Germania non sopporterà il trattato di Versailles" [2].

764 Milliarden Kriegstribute"

Der Triumph der nationalsozialistischen Partei", behauptet Adolf Hitler, "muß nicht mit einem Wunder erklärt werden. Es genügt ein Blick auf die Geschichte der Deutschland 1919 auferlegten und seither immer wieder erhöhten Kriegstribute, so als würden unsere Mittel grenzenlos sein und kein Ende kennen. Anfangs sprach man von 35 Milliarden Mark [3], schon ein riesiger Betrag; dennoch erklärte dies die Londoner Konferenz

764 miliardi di tributi di guerra

"Per intendere il trionfo del Partito nazionale-socialista - dichiara Adolfo Hitler - non occorre nessuna spiegazione miracolista. Basta uno sguardo alla storia dei tributi di guerra imposti alla Germania nel 1919 e, da allora, sempre e di nuovo aumentati, come se le nostre possibilità non avessero limite e fine. Dapprima si parlò di 35 miliardi di marchi, cifra già enorme, che non di meno la Conferenza di Londra giudicò inaccettabile,

1 Das Interview führte Pietro Solari. Eine überarbeitete Version des Interviews ist veröffentlicht in: Pietro Solari, Hitler e il Terzo Reich, Milano 1932, S. 97-103.
Deutsche Übersetzung Maximiliane Rieder (IfZ München).

2 Dem Interview gehen allgemein gehaltene Betrachtungen Solaris zur politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands nach der Reichstagswahl am 14.9.1930 voraus. Dort ist u. a. zu lesen: "Adolf Hitler hat mit aller wünschenswerten Klarheit geantwortet; die Antworten Hitlers sind aber von so großem Gewicht, daß es uns der Leser verzeihen wird, wenn wir die Beschreibung des Interviews, seiner Person, seiner Umgebung, mit einem Wort: des Menschen Hitler zurückstellen, um sofort das Wort dem Agitator, dem Führer, dem Sprecher des neuen Deutschland zu erteilen."
"Adolfo Hitler ha risposto con tutta la desiderabile chiarezza; ma le risposte di Adolfo Hitler sono di tanto peso che il lettore ci perdonerà se tralasciamo - soltanto per rimandarle - la descrizione dell'intervista, della sua persona, del suo ambiente, insomma dell'uomo Hitler, per dare subito la parola all'agitatore, al capo-popolo, al portavoce della Germania nuova."

3 Nachdem auf der interalliierten Konferenz in Paris (24.-29.1.1921) die Gesamtsumme der deutschen Reparationen auf 226 Milliarden Goldmark festgelegt worden war, wies der Reichsminister des Auswärtigen Walter Simons am 1.3.1921 in London dies als unannehmbar zurück; als Gegenentwurf unterbreitete Simons einen Reparationsplan mit einer Gesamtleistung von 30 Milliarden Goldmark. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 116 ff.

für unannehmbar und setzte die Summe auf 132 Milliarden fest [4]. Dann kam der Dawes-Plan [5] und schließlich 1929 der Young-Plan [6] mit weiteren 114 Milliarden, ich sage 114 weiteren Milliarden, als ob Deutschland bis 1929 keinen Pfennig bezahlt hätte. Aber wo sind die 50 Milliarden Tribute hingekommen, die vom Reich in den vergangenen zehn Jahren entrichtet wurden [7]?"

"Die Höhe der Tribute" - Hitler spricht niemals von Reparationen, sondern stets von Tributen - "beläuft sich insgesamt auf 764 Milliarden [8], eine absurde und irrsinnige Summe. Aber damit man uns nicht bösen Willen vorwirft, wollen wir nicht vorgreifen, sondern uns an die Zahlen halten: Tatsache ist, daß Deutschland, das in zehn Jahren 50 Milliarden bezahlt hat, um den Rest zu zahlen, das Heilsjahr 1988 erreichen muß [9]. Wie hat das Reich in den letzten zehn Jahren die Tributzahlungen aufgebracht? Ausschließlich durch Auslandskredite [10]. Man bedenke, daß vor 1914, d. h. als Deutschland auf dem Höhepunkt seiner wirtschaftlichen Blüte stand, seine Haushaltsüberschüsse, d. h. die Summe, die man, ohne das Kapital und

e si fissò la somma di 132 miliardi; poi venne il Piano Dawes, e finalmente, nel 1929, il Piano Young con altri 114 miliardi, dico 114 miliardi nuovi, quasi che fino al 1929 la Germania non avesse pagato un centesimo. Ma dove sono andati i 50 miliardi di tributi pagati dal Reich nei dieci anni scorsi?

"L'ammontare dei tributi - Hitler non parla mai di riparazioni, ma sempre di tributi - assomma complessivamente a 764 miliardi, cifra assurda e pazzesca. Ma perché non ci si accusi di cattiva volontà, non anticipiamo, teniamoci alle cifre: vediamo che la Germania, che ha pagato in dieci anni 50 miliardi, perché possa pagare il rimanente deve raggiungere l'anno di grazia 1988. Come ha fatto fronte il Reich, al pagamento dei tributi negli ultimi dieci anni? Esclusivamente per mezzo di crediti avuti dall'estero. Si pensi che prima del 1914, cioè quando la Germania era all'opogeo [*sic!*] [11] della sua floridezza economica, gli avanzi del suo esercizio, vale a dire quella somma che si sarebbe potuta alienare senza intaccare i capi-

4 Anspielung auf das Londoner Ultimatum vom 5.5.1921, mit dem die Reparationskommission die deutsche Reparationsschuld definitiv auf 132 Milliarden Goldmark festlegte und Deutschland zur unverzüglichen Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 aufforderte. Für den Fall der Nichterfüllung drohten die Alliierten mit der Besetzung des Ruhrgebiets. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 127 ff.

5 Vgl. Dok. 5, Anm. 65.

6 Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

7 Die bereits erbrachten deutschen Reparationsleistungen wurden sehr unterschiedlich bewertet. Die interalliierte Reparationskommission berechnete sämtliche, von deutscher Seite bislang erbrachten Barzahlungen und Sachleistungen für den Zeitraum vom 11.11.1918 bis 30.6.1931 mit 19.991 Millionen RM, die deutsche Seite dagegen mit 53.155 Millionen RM. Die aufgrund des Young-Plans seit September 1929 erbrachten deutschen Zahlungen bezifferte die alliierte Seite mit 2.800 Millionen RM, die deutsche Seite mit 3.103 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 197*. Vgl. ferner Bruce Kent, The Spoils of War. The Politics, Economics, and Diplomacy of Reparations, 1918-1932, Oxford 1989, S. 263, 300 ff.

8 Der Young-Plan fixierte die Gesamtreparationssumme auf 113,9 Milliarden RM. Vgl. Dok. 5, Anm. 5.

9 Hinweis auf die vorhergesehene Laufzeit des Young-Plans.

10 Vgl. Dok. 77, Anm. 34.

11 Richtig: Apogeo. So auch bei Solari, Hitler, S. 98.

das nationale Wirtschaftspotential anzugreifen, hätte abtreten können, sich - gutes oder schlechtes Jahr - zwischen 400 und 700 Millionen Mark bewegten [12]."

tali e la capacità economica nazionale, si aggiravano, anno buono, anno cattivo, fra i 400 ed i 700 [17] milioni di marchi.

Sieben Millionen Arbeitslose

"Wie kann das Deutschland der Nachkriegszeit, das aus naheliegenden Gründen nicht mit ähnlich hohen Überschüssen wie in der Vorkriegszeit rechnen konnte, zehn Jahre lang zehnmal höhere Summen zahlen als diese Überschüsse? Auf sehr einfache Weise: indem es sein ganzes nationales Vermögen mit einer Hypothek belastet und einsetzt. Jedes Jahr werden dem lebendigen und arbeitenden Staatskörper einige Milliarden entzogen: vollständig und für immer verlorenes Geld, lebendige Substanz, die verschwindet und durch nichts ersetzt wird."

"Wen wundert es, daß Deutschland nach zehn Jahren ausgezehrt ist? Es bedarf keiner großen Wissenschaft, um zu begreifen, daß ein Wirtschaftsorganismus, wie ein menschlicher Körper, eine bestimmte Fähigkeit hat, einen Aderlaß zu verkraften, die man nicht überfordern darf. Die Folgen seht ihr: die Arbeitslosigkeit [13]. Am Herbstanfang liegt, den amtlichen Zahlen zufolge, die Arbeitslosigkeit im gesamten Reich bei drei Millionen [14]. In Wirklichkeit aber sind es sechs Millionen Menschen, und im Winter werden wir sechs bis sieben Millionen haben [15]."

[...] [16]

Sette milioni di disoccupati

"La Germania nel dopoguerra, che per ragioni ovvie non avrebbe potuto sperare di realizzare avanzi simili a quelli dell'anteguerra, come mai può pagare per dieci anni delle somme dieci volte superiori? In un modo semplicissimo: ipotecando, impegnando la sua intera sostanza nazionale. Ogni anno vengono sottratti al corpo vivo e operante della Nazione alcuni miliardi: denaro alienato totalmente e per sempre, sostanza viva che scompare e che nulla sostituisce.

"Chi si meraviglia se la Germania, dopo dieci anni, non sia stremata? Non occorre grande scienza per intendere che un corpo economico, come un corpo umano, ha una capacità e una sopportazione di salasso oltre la quale non si può andare. Vedete le conseguenze: la disoccupazione. All'inizio autunnale la cifra ufficiale indica che il numero dei disoccupati in tutto il Reich è di tre milioni; in realtà, pero, sono sei milioni di uomini e, in inverno, ne avremo dai sei ai sette milioni.

[...] [18]

---

12 1909 beliefen sich die Mehreinnahmen im ordentlichen und außerordentlichen Etat des Deutschen Reichs auf 40.675.900 Mark, 1911 auf 160.188.800 Mark. Für das Jahr 1910 waren dagegen Mehrausgaben in Höhe von 80.841.500 Mark zu verzeichnen, in den Jahren 1912 und 1913 war die Bilanz ausgeglichen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1913, Berlin 1913, S. 341.
Vgl. ferner Anm. 39.

13 Die hohe Arbeitslosenquote im Deutschen Reich war direkte Folge der ab Herbst 1929 sichtbaren Weltwirtschaftskrise.

14 Im Juli 1930 waren im Deutschen Reich 2.765.258 Arbeitslose, im Oktober 1930 3.252.082 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern gemeldet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 301.

15 Zum Problem der "verdeckten" Arbeitslosigkeit vgl. Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 22 ff. Die Zahl der "sichtbaren" *und* "unsichtbaren" Arbeitslosen wird für das IV. Quartal 1930 auf 4.115.000 geschätzt.

"Trotz dieser eindeutigen Tatsachen setzt Frankreich seine, zum großen Teil mit unseren Tributen finanzierten, gigantischen Rüstungen fort [19] und hetzt gleichzeitig seine Vasallenstaaten Polen und die Tschechoslowakei [20] gegen uns, Jugoslawien gegen Italien [21]. Mit den deutschen Tributen wird zum großen Teil der Bau der Transsahara-Bahn [22] finanziert, der in kurzer Zeit den Transport eines Negerheers [23] nach Tunis zum Einsatz gegen Tripolis ermöglichen wird [24]."

"Nonostante questi chiari elementi, la Francia continua i suoi giganteschi armamenti, finanziati in gran parte coi nostri tributi, e nel tempo stesso aizza i suoi Stati vassalli, la Polonia, e la Cecoslovacchia contro di noi, la Jugoslavia contro l'Italia. Con i tributi tedeschi viene finanziata in gran parte la costruzione della ferrovia transahariana, la quale dovrà permettere di trasportare, in breve tempo, un'armata di negri a Tunisi contro Tripoli.

Das Wettrüsten

"Daraus resultiert ein schicksalhaftes, unaufhaltsames Wettrüsten in Europa, ein Wettlauf, den auch diejenigen Nachbarn mitmachen müssen, die ihn nicht möchten, weil jede Nation, welcher der Versailler Vertrag die Abrüstung auferlegt, gezwungen ist, im Rahmen ihrer Kräfte Frankreich auf diesem ruinösen Weg zu folgen. So wirkt sich die Frage der Tribute auf die gesamte europäische Situation verhängnisvoll aus, lastet auf allen Haushalten, saugt alle Steuerzahler aus. Was uns betrifft, werden wir davon buchstäblich ausgequetscht."

La corsa agli armamenti

"Di qui una fatale, inarrestabile corsa dell'Europa agli armamenti, corsa che trascina, coi vicini, anche chi non la vorrebbe, poiché ogni Nazione alla quale il Trattato di Versaglia impone il disarmo è costretta, nei limiti delle sue forze, a seguire la Francia per questa via rovinosa. Perché la questione dei tributi si ripercuote sinistramente su tutta la situazione europea, pesa su tutti i bilanci, dissangua tutti i contribuenti. Per quel che ci riguarda, noi ne siamo letteralmente schiacciati.

16 Folgt folgende Bemerkung Solaris: "Ich füge keinen Kommentar hinzu. Diese Ziffer spricht für sich, und noch beredter spricht die Abwanderung unserer Arbeiter nach Nordafrika und Südfrankreich."
"Non aggiungo commenti. Questa cifra parla da sé, e più eloquentemente parla l'esportazione dei nostri lavoratori verso l'Africa settentrionale e la Francia meridionale.

17 Geändert in der 1932 veröffentlichten Version des Interviews: 500. Vgl. Solari, Hitler, S. 98.

18 Vgl. Anm. 16.

19 Zum Rüstungsstand der französischen Armee vgl. Histoire Militaire de la France, III, S. 339 ff.

20 Zum französischen Bündnissystem in Osteuropa vgl. Wandycz, Twilight of French Eastern Alliances.

21 Zum Stand der italienisch-jugoslawischen Beziehungen vgl. H. James Burgwyn, Conflict or Rapprochement? Grandi confronts France and its Protégé Yugoslavia: 1929-1932. In: Storia delle Relazioni Internazionali III (1987/1), S. 73-98.

22 Nach dem Ersten Weltkrieg hatte die französische Kolonialverwaltung Planungen für ein Eisenbahnprojekt aufgenommen, um Französisch Nordafrika mit Französisch Westafrika zu verbinden. Der Ausgangspunkt dieser sog. Transsahara-Bahn sollte im Bezirk Algier oder Constantine liegen, ihr Ende bei In-Tassit, wo die Linie an das Bahnnetz in Richtung Dahomey, Senegal und Französisch Guinea anschließen sollte. Aufgrund finanzieller und technischer Schwierigkeiten mußte das Projekt bis 1931 aufgegeben werden. Vgl. The Cambridge History of Africa, Vol. VII: From 1905 to 1940. Ed. by A. D. Roberts, Cambridge 1986, S. 81.

23 Zur Dislozierung und Zusammensetzung der in Afrika stationierten französischen Truppen vgl. Von Löbells Jahresberichte über das Heer- und Kriegswesen, XLIII. Jahrgang. Hrsg. von v. Oertzen, Berlin 1926, S. 58.

24 Zum französisch-italienischen Verhältnis vgl. Dok. 9, Anm. 27.

"Das Reich ist von allen Seiten einem außerordentlichen, unerträglichen Druck ausgesetzt. Man kann uns mit einem Gefäß vergleichen, das für vier Atmosphären Druck gebaut ist, tatsächlich jedoch zwölf aushalten muß. Wenn dieser Druck anhält, wird es nach den Gesetzen der Natur und der Physik zu einer Explosion kommen. Und wenn das geschieht, wird das die alleinige Schuld einer Nation von 37 Millionen Einwohnern sein [25], die um keinen Preis bereit ist, auf ihre Vorherrschaft über alle übrigen Nationen Europas zu verzichten. Sprechen wir nicht von gutem oder bösem deutschen Willen. Guter Wille hat damit nichts zu tun: Es ist nicht das Nicht-Wollen; es ist das Nicht-Können. Wir sind erschöpft durch die territorialen Verluste, die uns einen großen Teil der Rohstoffe gekostet haben, und durch elf Jahre Tribute."

Bolschewismus oder Nationalsozialismus

"Frankreich seinerseits spricht von bösem Willen und empfindet uns als 'Bedrohung', es fährt unerbittlich fort zu rüsten, anstatt seinen Verpflichtungen gegenüber Amerika nachzukommen [26], das durch diesen absurden Zustand genauso in Mitleidenschaft gezogen wird wie Europa."

"Was Deutschland betrifft, gibt es nur zwei Auswege: Bolschewisierung seines Staates [27] oder Nationalisierung, das heißt der totale Sieg derjenigen, die mit Blick auf das Vaterland rufen: 'Es reicht! Es reicht!'"

[...] [28]

"Il Reich è sottoposto da ogni parte ad una pressione enorme, intollerabile. Siamo paragonabili ad un vaso costruito per sopportare la pressione di quattro atmosfere, costretto invece a sopportarne in effetti una di dodici. Per legge fisica e di natura, continuando questo regime di pressione, si arriverà ad uno scoppio. E se uno scoppio si avrà, la colpa sarà unicamente di una Nazione di 37 milioni di abitanti, la quale a nessun prezzo intende rinunziare al suo predominio su tutte le restanti Nazioni d'Europa. Non si parli di buona o cattiva volontà tedesca. La buona volontà non c'entra: non è il non volere; è il non potere. Siamo esauriti dalla diminuzione territoriale, che ci ha tolto gran parte di materie prime, e da 11 anni di tributi.

Bolscevismo o nazional-socialismo

"La Francia, dal canto suo, parla di cattiva volontà e definisce la nostra una "minaccia" e continua inesorabilmente ad armarsi, invece di far fronte ai suoi impegni con l'America: la quale viene anch'essa a soffrire, nè più e nè meno dell'Europa, di quest'assurda situazione.

"Per quanto riguarda la Germania, non ci sono che due vie di uscita: a la bolscevizzazione del suo Stato o la nazionalizzazione, cioè la vittoria totalitaria di coloro che, guardando alla Patria, gridano: "Basta! Basta!".

[...] [29]

25 Bei der Volkszählung vom 7.3.1926 wurden in Frankreich 40.743.897 Menschen gezählt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 1*.

26 Anspielung auf die finanziellen Verpflichtungen, die sich aus der materiellen Unterstützung Frankreichs durch Großbritannien und die USA während des Ersten Weltkriegs ergeben hatten. Noch am 1.4.1931 beliefen sich diese französischen Kriegsschulden gegenüber Großbritannien auf umgerechnet 4.654 Millionen RM, gegenüber den USA auf 7.809 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 186*. Zum Problem der Reparationen und interalliierten Schulden vgl. Charles P. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise, München [2]1979, S. 33 ff.

27 Vgl. auch Dok. 124, Anm. 5.

"Die deutsche Demokratie ist nach 10 bis 12 Jahren unrühmlicher Dauer am Ende. Sie hatte weder Traditionen noch die Fähigkeit zum Haß: sie ist beim ersten Windstoß hinweggefegt worden. Wo sind die Demokraten? Wir sind entstanden, sieben Millionen [30]; die Kommunisten, die Deutschnationalen, die Rechtsparteien. Das Zentrum ist von Haus aus autokratisch. Die Sozialdemokratie besteht aus nichts als Opportunismus. Was bleibt? Leere Hüllen."

[...] [31]

- La democrazia tedesca è finita; dopo 10 a 12 anni di vita ingloriosa. Non aveva tradizioni, non aveva odii: è stata spazzata via al primo colpo di vento. Dove sono i democratici? Siamo nati noi, sette milioni: i comunisti, i tedesco nazionali, i partiti di destra. Il centro è autocratico per sua stessa natura; la social democrazia non esiste che per opportunismo. Chi resta? Delle larve.

[...] [35]

Die Monarchie-Frage ist nebensächlich

"Auch die Tradition der Monarchie ist von uns hinweggefegt worden [32]. Die Tradition der Monarchie ist in England lebendig, sie ist in Italien sehr lebendig; in Deutschland hat sie eine gewaltsame Unterbrechung erfahren. Für uns ist übrigens die Frage der Monarchie bzw. die prinzipielle Festlegung in dieser Frage zweit-, sogar drittrangig. Eine Frage der Form, nicht des Inhalts. Es gibt viel größere und dringendere Probleme, die unsere ganze Tatkraft erfordern."

[...] [33]

La questione monarchica è secondaria

- Anche la tradizione della monarchia è stata spazzata via da noi. La tradizione della monarchia vive in Inghilterra, è vivissima in Italia; ha subito in Germania una violenta soluzione di continuità. Del resto, la questione o la pregiudiziale monarchica è per noi di secondo, anzi di terz'ordine. Questione di forma, non di sostanza. Ci sono problemi più vivi ed urgenti che hanno bisogno di tutta la nostra energia.

[...] [36]

"Für uns ist das keine Grundsatzfrage [34]. Wir sehen keine Notwendigkeit, Vereinigungen und Sekten zu bekämpfen, unter denen

- Non ne facciamo una questione di principio. Non vediamo la necessità di avversare associazioni e sette in mezzo alle quali ci

28 Folgt folgende Schilderung Solaris: "Hitler hat ununterbrochen gesprochen, mit unwiderstehlichem Schwung, nüchtern, barsch und beißend, angreifend wie ein Tribunal, gewöhnt, dem Volk weder Tatsachen noch Wahrheiten, welche auch immer sie sein mögen - auch die bittersten -, zu verbergen. Eine Bemerkung von mir über die deutsche Demokratie liefert ihm ein erneutes Stichwort."
"Hitler ha parlato ininterrottamente, animato da un impeto irresistibile, con una eloquenza secca, dura, corrosiva da tribunale, abituato a non nascondere al popolo la verità e la realtà, quali che esse siano, anche le più amare. Una mia osservazione sulla democrazia tedesca, gli porge nuovo appiglio."

29 Vgl. Anm. 28.

30 Anspielung auf das Ergebnis der Reichstagswahl vom 14.9.1930; vgl. Dok. 116, Anm. 4 und 18.

31 "Muß man also mit einer Umkehr, einer Rückkehr zur Monarchie rechnen?"
"Sicchè si deve tener presente la possibilità di una marcia indietro, di un ritorno alla monarchia?"

32 Zur Haltung Hitlers und der NSDAP zur Frage der Monarchie vgl. Dok. 5, Anm. 9 und 29.

33 "Ist der Nationalsozialismus, so wie er antisemitisch ist, auch gegen die Freimaurerei gerichtet?"
"Il nazional socialismo, come è antisemita, è anche antimassone?"

34 Vgl. Helmut Neuberger, Freimaurerei und Nationalsozialismus. Die Verfolgung der deutschen Freimaurerei durch völkische Bewegung und Nationalsozialismus 1918-1945, 2 Bde., Hamburg 1980.

35 Vgl. Anm. 31.

36 Vgl. Anm. 33.

wir uns bewegen müssen. Nur unser letztes Ziel interessiert: Gegenüber den Vereinigungen und Sekten, egal welchen, werden wir uns an der Haltung orientieren, die sie unseren Zielen gegenüber einnehmen. Wenn sie uns behindern, werden wir sie bekämpfen."

[...] [37]

Der Primat Italiens

"Wir bewundern Italien als große Nation [38], die dank des Faschismus wiederauferstanden und zu dem Platz emporgestiegen ist, der ihr in Europa und in der Welt gebührt: die erste unter den lateinischen Nationen. Frankreich möchte ein demütiges, von Paris abhängiges Italien; vor lauter Stolz kann es nicht zugeben, daß Italien ihm den Primat unter den lateinischen Nationen weggenommen hat. Übrigens ist das keine Frage des Stolzes, sondern der Fakten: auf der einen Seite ein bei 37 Millionen Einwohnern stagnierendes Frankreich, auf der anderen ein fruchtbares Italien mit 42 Millionen Staatsbürgern [39], die in der Welt verstreut sind. Wenn wir die Lage Italiens und seiner Bevölkerungsentwicklung im Verhältnis zu seinem Raum betrachten, finden wir viele Ähnlichkeiten mit Deutschland. Wegen der Grenzen, in die un-

dobbiamo muovere. Interessa solo il nostro scopo ultimo; nei riguardi delle associazioni e delle sette, quali che siano, ci regoleremo a seconda della posizione che esse prenderanno nei nostri riguardi, e nei riguardi dei nostri fini. Se ci avverseranno le combatteremo.

[...] [40]

Il primato dell'Italia

- Noi ammiriamo l'Italia come grande Nazione risorta per merito del Fascismo e assurta al posto che le spetta in Europa e nel mondo: il primo tra le Nazioni latine. La Francia ambirebbe un'Italia umile alle dipendenze di Parigi; il suo orgoglio non intende ammettere che l'Italia le abbia tolto il primato fra le Nazioni latine. Del resto, qui non è questione di orgoglio, ma di realtà: da un lato, una Francia sterile con 37 milioni di abitanti; dall'altro, un'Italia feconda con 42 milioni di cittadini disseminati per il mondo [41]. Se consideriamo la posizione dell'Italia e la sua demografia in rapporto al territorio nazionale, troviamo molti punti di contatto con la Germania. I limiti in cui è stato ridotto il nostro territorio, hanno imposto anni di pena durissima per tutti i nostri abitanti. Milioni e milioni dei nostri sono disoccupa-

37 "Dies ist die einzige, jedoch sehr klare Antwort Adolf Hitlers zu diesem Thema, da es naheliegt, wie die Haltung der internationalistischen und demokratischen Freimaurerei gegenüber einer Bewegung wie die der Hitler-Anhänger ist.
Ich frage weiter: 'Wie ist die Haltung der Nationalsozialisten zu Italien?'"
"E'questa l'unica risposta in proposito di Adolfo Hitler, non per questo però men chiara, perché è ovvio quale possa essere la posizione della massoneria internazionalista e democratica di fronte ad un movimento come quello degli hitleriani.
Domando ancora: Qual'è l'atteggiamento del nazional socialismo nei riguardi dell'Italia?"

38 Vgl. Dok. 13, Anm. 8.

39 Bei der Volkszählung vom 1.12.1921 wurden in Italien 38.710.576 Menschen, bei der Volkszählung vom 21.4.1931 41.145.045 Menschen gezählt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 1*; 1931, S. 1*.
Vgl. ferner Anm. 45.

40 Vgl. Anm. 37.

41 Ergänzt in der 1932 veröffentlichten Version des Interviews: "42 milioni di cittadini nel Regno e 10 milioni d'italiani disseminati per il mondo". Vgl. Solari, Hitler, S. 102.

ser Land eingezwängt wurde, wurden allen unseren Landsleuten sehr harte Leidensjahre auferlegt. Millionen und Abermillionen der unsrigen sind arbeitslos; weitere Millionen wandern aus [42] oder, besser gesagt, sie werden förmlich 'exportiert'."

"Andererseits gibt es kein wirkliches Interesse Italiens, das mit unseren wirklichen Interessen kollidiert und umgekehrt. Unser Weg ähnelt einer Parallele, deshalb ist kein Zusammenstoß möglich."

[...] [43]

"Ich habe immer behauptet, daß, so teuer uns das Schicksal unserer Brüder in Südtirol auch ist [44], es uns nicht teurer sein darf als das Schicksal der Millionen Deutschen, die durch die Verträge dazu verdammt wurden, unter polnischer, jugoslawischer, tschechischer und belgischer Herrschaft zu leben. Die Freundschaft zu einer großen Nation wie Italien darf nicht durch ein Hindernis wie Südtirol beeinträchtigt werden; so, wie es außer Zweifel steht, daß die in Italien lebenden Deutschen von einem mit uns befreundeten Italien bestimmt besser behandelt werden als von einem Italien, das ein gleichgültiger Nachbar ist [45]. Italien sind wir aber vor allem deshalb dankbar, weil es den Weg gezeigt hat, dem jede Nation folgen muß, wenn sie sich retten will: das faschistische Prinzip des starken National-Staates, abgesehen von dem es nur bolschewistisches Chaos gibt."

ti; altri milioni emigrano, o meglio, sono esportati.

"D'altra parte, nessun interesse reale dell'Italia è in contrasto con gl'interessi reali nostri, e viceversa. La nostra via segue un tragitto parallelo, quindi nessun urto è possibile.

[...] [46]

- Ho sempre sostenuto che, per quanto caro ci possa essere il destino dei nostri fratelli del Sud-Tirol, esso non ci è più caro dei milioni di tedeschi che i trattati hanno condannato a vivere sotto il dominio polacco, jugoslavo, dei cechi e del Belgio. L'amicizia di una grande Nazione come l'Italia non può essere offuscata per l'ostacolo del Sud-Tirol; così come è fuor di dubbio che i tedeschi sudditi d'Italia avranno indubbiamente un trattamento migliore da un'Italia nostra amica che da un'Italia nostra indifferente vicina. Ma all'Italia noi siamo soprattutto grati per aver essa indicato il principio che ogni Nazione dovrà seguire, se vorrà salvarsi: il principio fascista dello Stato forte e nazionale, all'infuori del quale non c'è che il caos bolscevico.

---

42 Vgl. Dok. 44, Anm. 15.

43 "Und die Südtirol-Frage? (Wundern Sie sich nicht über diesen Ausdruck, denn das Interview findet in deutscher Sprache statt, in der man Alto Adige nicht anders nennen kann)."
"E la questione del Sud-Tirol? (Non meravigli questo termine, poiché l'intervista si svolge in lingua tedesca nella quale l'Alto Adige non si può chiamare altrimenti)."

44 Vgl. Dok. 13, Anm. 13 und 20.
Gerade Hitlers Bemerkungen zur Südtirol-Frage wurden von den deutschen Presseberichten über dieses Interview immer wieder in den Vordergrund gestellt. Vgl. z. B. Märkische Zeitung vom 29.9.1930, "Hitler rechnet mit Neuwahlen"; Münchner Telegramm Zeitung vom 29.9.1930, "Hitler gibt Interviews"; Der Jungdeutsche vom 3.10.1930, "Hitler verzichtet!".

45 Vgl. Dok. 13, Anm. 16.

46 Vgl. Anm. 43.

30. September 1930 [1] Dok. 128
Erklärung

VB vom 2.10.1930, "Adolf Hitler berichtigt" [2].

An das
Wolffsche Telegraphenbüro,
München

Auf Grund § 11 des Pressegesetzes [3] fordere ich Sie auf, zu Ihrer Meldung über Finanzierung der Wahlen der Nationalsozialisten durch Schmiergelder [4], nachstehende Berichtigung zu verbreiten:

Es ist unwahr, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei aus Rußland für die Wahlen 5 Millionen Mark erhielt. Wahr ist, daß weder die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei noch ein Mittelsmann derselben finanzielle Zuwendungen aus Rußland in irgendeiner Währung, sei es direkt, sei es indirekt erhalten hat [5].

---

1 Datierung nach der im VB abgedruckten Kopfzeile der Vorlage.

2 Hitlers Dementi wurde in zum Teil gekürzter Form in mehreren Zeitungen veröffentlicht. Vgl. z. B. Berliner Tageblatt vom 20.9.1930 (AA), "Woher stammen die nationalsozialistischen Gelder?"; Berliner Volks-Zeitung vom 20.9.1930, "Adolf Hitler bestreitet"; Münchner Neueste Nachrichten vom 1.10.1930, "Eine Erklärung Hitlers"; Münchner Telegramm-Zeitung vom 1.10.1930, "Nationalsozialistische Erklärungen".

3 § 11 des Reichspreßgesetzes vom 7.5.1874 legte u. a. fest: "Der verantwortliche Redakteur einer periodischen Druckschrift ist verpflichtet, eine Berichtigung der in letzterer mitgetheilten Thatsachen auf Verlangen einer betheiligten öffentlichen Behörde oder Privatperson ohne Einschaltungen oder Weglassungen aufzunehmen, sofern die Berichtigung von dem Einsender unterzeichnet ist, keinen strafbaren Inhalt hat und sich auf thatsächliche Angaben beschränkt." Druck: Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich in der Fassung des Jahres 1893, München [5]1893, S. 186.

4 Vgl. Berliner Tageblatt vom 13.9.1930 (AA), "Beziehungen zu Moskau". Der Artikel besaß folgenden Hintergrund: Nach seiner Flucht aus der sowjetischen Botschaft in Paris hatte der ehemalige Botschaftsrat Grigorij Sinowjewitsch Bessedowsky in der rechtsgerichteten Pariser Zeitung L'Ordre Dokumente veröffentlicht, welche die finanzielle Unterstützung der NSDAP durch die sowjetische Regierung beweisen sollten. Hitler selbst habe am 10.6. und 10.7.1930 in Salzburg zwei Unterredungen mit sowjetischen Vertretern geführt. Bei einem weiteren Treffen am 16.7.1930 in Garmisch Partenkirchen, sei nationalsozialistischen Spitzenfunktionären eine sowjetische Wahlkampfunterstützung in Höhe von 5 Millionen RM in Aussicht gestellt worden, gefolgt von monatlichen Zahlungen in Höhe von 1,2 Millionen RM. Die nationalsozialistischen Unterhändler hätten erklärt, sie würden die Auseinandersetzung mit der KPD aus taktischen Gründen fortführen, seien jedoch bereit, eine deutsche "Arbeiterregierung" zu akzeptieren und die sowjetische Regierung als einzige nationale Regierung Rußlands anzuerkennen.
Bessedowskys Behauptungen, die in der deutschen Presse für erhebliche Aufregung sorgten, konnten teilweise bereits durch die Nachforschungen der Polizei entkräftet werden und wurden auch im Auswärtigen Amt sehr skeptisch beurteilt. Vgl. Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus, S. 581 f. Documents on British Foreign Policy 1919-1939, Second Series, Vol. I, London 1947, Doc. 323. Ferner Polizeidirektion München, Ref. VI/N, Korrespondenz mit dem sächsischen Ministerium des Innern über angebliche Finanzierung der NSDAP durch Sowjetrußland; StA München, Polizeidirektion München 6785.

5 In Übereinstimmung mit der von ihr initiierten Sozialfaschismustheorie der Komintern (vgl. Dok. 3, Anm. 2) unterschätzte die sowjetische Führung die Gefahren, die von der NSDAP für die deutsch-sowjetischen Beziehungen wie für die Sowjetunion überhaupt ausgingen. Obwohl die KPD damals in der SPD, nicht in der NSDAP ihren gefährlichsten Gegner sah, hat es angesichts der beträchtlichen ideologischen Vorbehalte Ab-

Es ist unwahr, daß ich am 10. Juli 1930 in einem Hotelzimmer in Salzburg von einem gewissen Tibor [6] eine Geldsumme ausgezahlt erhielt. Wahr ist, daß ich seit 6 Jahren nicht mehr in Österreich war [7].

Es ist unwahr, daß in Garmisch-Partenkirchen eine vertrauliche Zusammenkunft zwischen Sowjetemissären und Hitlerianern stattgefunden hätte. Wahr ist, daß niemals eine Zusammenkunft zwischen Sowjetemissären oder sonstigen Mittelsmännern der Sowjets und irgendwelchen Beauftragten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei an irgendeinem Ort stattgefunden hat.

Wahr ist, daß niemals seitens der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei oder Beauftragten derselben irgendeine Erklärung an die Sowjet-Union oder deren Vertreter abgegeben wurde.

Es handelt sich hierbei offensichtlich um ein französisches Schwindelmanöver [8] mit dem Ziel, die Nationalsozialisten als anerkannt erfolgreiche Bekämpfer der bolschewistischen Weltgefahr [9] zu diskreditieren [10].

gez.: *Adolf Hitler*

---

sprachen, geschweige denn finanzielle Transfers zwischen NSDAP und sowjetischer Regierung nicht gegeben. Vgl. Karlheinz Niclauss, Die Sowjetunion und Hitlers Machtergreifung. Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen der Jahre 1929 bis 1935, Bonn 1966, S. 77 ff.; Bianka Pietrow, Stalinismus Offensive Sicherheit. Das Dritte Reich in der Konzeption der sowjetischen Außenpolitik 1933 bis 1941, Melsungen 1983, S. 19 ff.

6 Kasimir Tibor, Journalist aus Moskau (?). Vgl. Polizeidirektion München, Ref. VI a, Vermerk Nr. 2560/30 vom 28.11.1930; StA München, Polizeidirektion München 10083.

7 Hitlers Einreiseverbot nach Österreich, das seit April 1925 bestand, wurde erst im August 1932 wieder aufgehoben. Vgl. Dok. 123, Anm. 8 sowie Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 109.
Bis September 1931 läßt sich der letzte nachweisbare Aufenthalt Hitlers in Österreich auf den 14.8.1923 datieren, als er am Parteitag der österreichischen Nationalsozialisten in Salzburg teilnahm. Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 973 f.

8 Mit seinen "Enthüllungen" dürfte Bessedowsky vermutlich finanzielle Interessen privater Natur verfolgt haben. Bereits im Winter 1929/30 hatte er seine Kenntnisse über die damals streng geheime Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee zu vermarkten versucht. Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XIII, Göttingen 1979, Dok. 153. Zur Person Bessedowskys vgl. Grigorij Bessedowsky, Im Dienste der Sowjets. Erinnerungen, Leipzig 1930.

9 Zum Antagonismus zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus vgl. Axel Kuhn, Das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion. In: Manfred Funke (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Düsseldorf 1978, S. 639-653.

10 In der Vorlage schließen sich die Erklärungen von August Schneidhuber und Heinrich Hoffmann an diejenige Hitlers an:
"Sie verbreiten eine Meldung, nach welcher ich als 'Hitlerianer' mit Sowjetleuten in Garmisch-Partenkirchen verhandelt haben soll.

Ich ersuche Sie unter Bezugnahme auf § 11 des Pressegesetzes, sofort folgende Erklärung als Richtigstellung zu verbreiten:
1. Unwahr ist, daß ich in Garmisch-Partenkirchen im Jahre 1930 zu irgendeinem Datum als 'Hitlerianer' an einer Delegation teilnehmend, mit Sowjetemissären Verhandlungen pflog.
2. Wahr ist vielmehr, daß ich im ganzen Jahre 1930 Garmisch-Partenkirchen mit keinem Fuß betreten habe, daß ich weder ein Kaffeehaus 'Schiefes Eck' noch eine 'Villa Reiter' kenne und daß ich die genannten Dr. Fabricius, Berlin, Ingenieur Dorsch, Berlin, und den Besitzer der Villa Reiter bislang noch nicht kennenzulernen das Vergnügen hatte.
3. Wahr ist ferner, daß ich noch nie mit einem Sowjet-Beauftragten ein Wort gesprochen habe, geschweige denn einem solchen gegenüber einen Auftrag auszuführen gehabt hätte.
Hochachtend!
gez.: *Schneidhuber*"
"Unter Bezugnahme auf die durch das Wolffsche Telegraphenbüro gebrachte Meldung ersuche ich auf Grund des § 11 des Pressegesetzes nachstehende Berichtigung zu verbreiten:
Es ist unwahr, daß ich ein Schreiben aus Pilsen in Böhmen, datiert den 11. Juli 1930, mit der Anschrift 'Herrn Hoffmann für Adolf', München NW 2, Amalienstraße 25, erhalten hätte, worin eine Zusammenkunft vereinbart wird.
Wahr ist, daß ich niemals ein derartiges Schreiben, gleich aus welcher Stadt, erhalten habe.

gez.: *Hoffmann*".

Anhang

Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Abendausgabe
a. D.	außer Dienst
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Adj.	Adjutant
AG	Aktiengesellschaft
ASP	Alte Sozialistische Partei Sachsens
AStA	Allgemeiner Studentenausschuß
ATB	Artamanen-Bund
BA	Bundesarchiv
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
BDC	Berlin Document Center
Brif.	Brigadeführer
BRT	Bruttoregistertonne
BVP	Bayerische Volkspartei
BZ	Berliner Zeitung
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband
Dok.	Dokument
DNSAP	Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
d. R.	der Reserve
DSP	Deutschsoziale Partei (1900-1914)
DsP	Deutschsozialistische Partei
DtsP	Deutschsoziale Partei (1921-1928)
DStP	Deutsche Staatspartei
DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
e. V.	eingetragener Verein
Gaust.	Gausturm
Gestapo	Geheime Staatspolizei
Gruf.	Gruppenführer
GRUSA	Grundsätzliche Anordnung(en)

GStA	Geheimes Staatsarchiv
GVG	Großdeutsche Volksgemeinschaft
Hapag	Hamburg-Amerikanische Packetfahrt Actien-Gesellschaft
HJ	Hitlerjugend
hs.	handschriftlich
HStA	Hauptstaatsarchiv
IB	Illustrierter Beobachter
IfZ	Institut für Zeitgeschichte (München)
KG	Kommanditgesellschaft
KGRNS	Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
k. u. k.	kaiserlich und königlich
KZ	Konzentrationslager
MA	Morgenausgabe
masch.	maschinenschriftlich
MdL	Mitglied des Landtags
MdR	Mitglied des Reichstags
MNN	Münchner Neueste Nachrichten
MStGB	Militärstrafgesetzbuch
NL	Nachlaß
NSAK	Nationalsozialistisches Automobil-Korps
N.S.D.A.P., NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAV	Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSFB	Nationalsozialistische Freiheitsbewegung
NSFP	Nationalsozialistische Freiheitspartei
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahr-Korps
Obf.	Oberführer
O.Gr.	Ortsgruppe
OHL	Oberste Heeresleitung
Osaf, OSAF	Oberste SA-Führung/ Oberster SA-Führer
Pg.	Parteigenosse
PND	Polizeinachrichtendienst
PRS	Parti Rėpublicain Socialiste
PSF	Parti Socialiste Français
Rep.	Repertorium

RFB	Roter Frontkämpferbund
RFSS	Reichsführer SS
RGBl.	Reichsgesetzblatt
R.L., RL	Reichsleitung, Reichsleiter
RM	Reichsmark
S.A., SA	Sturmabteilung
SABE	SA-Befehl
Saf, SAF	SA-Führer
Slg.	Sammlung
Sm	Seemeile
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
SS	Sommersemester
StA	Staatsarchiv
Sta.	Standarte
Staf.	Standartenführer
StGB	Strafgesetzbuch
Sturmf.	Sturmführer
TH	Technische Hochschule
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Ufa	Universum-Film Aktiengesellschaft
USA	United States of America
USA, USchlA	Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VB	Völkischer Beobachter
VDSt	Verein Deutscher Studenten
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
WS	Wintersemester
z.b.V.	zur besonderen Verwendung

Verzeichnis der zitierten Publikationen

Ackermann, Volker, "Ceux qui sont pieusement morts pour la France...". Die Identität des Unbekannten Soldaten. In: Francia 18/3 (1991), S. 25-54.

Adler, Sylvia, "...ein neues Deutsches Reich unter mir erobern." Politische Verbindungen und Verbündete des Kaisers im Exil. In: Der letzte Kaiser Wilhelm II. im Exil. Hrsg. im Auftrage des Deutschen Historischen Museums von Hans Wilderotter und Klaus D. Pohl, Gütersloh 1991, S. 143-149.

Ahnert, Kurt, Die Entwicklung der deutschen Revolution und das Kriegsende in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November 1918 in Leitartikeln, Extrablättern, Telegrammen, Aufrufen und Verordnungen nach den führenden deutschen Zeitungen, Nürnberg 1918.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Cuno, 22. November 1922 bis 12. August 1923. Bearb. von Karl-Heinz Harbeck, Boppard a. Rh. 1968.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930. Bearb. von Martin Vogt, 2 Bde., Boppard a. Rh. 1970.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II, 30. März 1930 bis 10. Oktober 1931, 10. Oktober 1931 bis 1. Juni 1932. Bearb. von Tilmann Koop, Bd. 1, Boppard a. Rh. 1982.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amts, Serie B: 1925-1933, Bd. XIII-XVI, Göttingen 1979-1981.

Albertin, Lothar, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972.

Albrecht, Karl Heinz, Zehn Jahre Kampf um Gera. Eine Geschichte der NSDAP im Thüringer Osten, Gera o. J.

Aldcroft, Derek H., Die 20er Jahre. Von Versailles zur Wallstreet 1919-1929, München 1978.

Aleppo 1915. Zwei deutsche Lehrer im Kampf für das armenische Volk. Mit Texten von Martin Niepage und Eduard Graeter. Hrsg. und eingel. von Helmut Donat, Bremen 1986.

Asprey, Robert B., The German High Command at War. Hindenburg and Ludendorff conduct World War I, New York 1991.

Ballerstedt, Waldemar, Führerbesuche in Chemnitz. In: Der Türmer von Chemnitz 5 (April 1939), S. 98-107.

Barkhausen, Hans, Filmpropaganda für Deutschland im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Hildesheim 1982.

Barmeyer, Heide, Andreas Hermes und die Organisation der deutschen Landwirtschaft. Christliche Bauernvereine, Reichslandbund, Grüne Front, Reichsnährstand 1928-1933, Stuttgart 1971.

Barnett, Correlli, Britain and Her Army 1509-1970. A Military, Political and Social Survey, London 1970.

Bauerkaemper, Arnd, Die "radikale Rechte" in Großbritannien. Nationalistische, antisemitische und faschistische Bewegungen vom späten 19. Jahrhundert bis 1945, Göttingen 1991.

Baumeister, Frank (Hrsg.), Hesselbergland. Land und Leute in Ehingen, Dambach und Lentersheim, Gunzenhausen 1991.

Beckenbauer, Alfons, Wie Adolf Hitler durch einen niederbayerischen Grafen zu einem Wutausbruch gebracht wurde. Aus den unveröffentlichten Memoiren des Joseph Maria Graf von Sodenhofen, zugleich ein Beitrag zur Geschichte des monarchischen Gedankens in Bayern während der Weimarer Zeit. In: Verhandlungen des Historischen Vereins für Niederbayern 103 (1977), S. 5-28.

Becker, Heinrich, Handlungsspielräume der Agrarpolitik in der Weimarer Republik zwischen 1923 und 1929, Stuttgart 1990.

Becker, Peter Emil, Wege ins Dritte Reich - Teil II: Sozialdarwinismus, Rassismus, Antisemitismus und Völkischer Gedanke, Stuttgart 1990.

Behrend, Hanna, Die Beziehungen zwischen der NSDAP-Zentrale und dem Gauverband Süd-Hannover-Braunschweig 1921-1933. Ein Beitrag zur Führungsstruktur der nationalsozialistischen Partei, Frankfurt a. M. 1981.

Bennemann, Paul, Geschichtliche Wanderungen durch die Reichsmessestadt Leipzig. Ein Führer zu ihren Kulturdenkmälern, Leipzig 1940.

Berchtold, Klaus (Hrsg.), Die Verfassungsreform von 1929. Dokumente und Materialien zur Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle von 1929, 2 Bde., Wien 1979.

Bergmann, Hannsjörg, Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische Christliche Bauernverein 1919-1928, München 1986.

Bergmann, Theodor und Gert Schäfer (Hrsg.), Leo Trotzki. Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft. Beiträge zum internationalen Trotzki-Symposium, Wuppertal, 26.-29. März 1990, Mainz 1993.

Bessedowsky, Grigorij, Im Dienste der Sowjets. Erinnerungen, Leipzig 1930.

Bessel, Richard, Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934, New Haven 1984.

Bickelmann, Hartmut, Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit, Wiesbaden 1980.

Bieber, Hans-Joachim, Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918-1920, Hamburg 1992.

Biewer, Ludwig, Reichsreformbestrebungen in der Weimarer Republik. Fragen zur Funktionalreform und zur Neugliederung im Südwesten des Deutschen Reiches, Frankfurt a. M. 1980.

Bismarck, Otto von, Gedanken und Erinnerungen, Bd. 2, Stuttgart 1922.

Bismarck-Worte. Hrsg. von Heinz Amelung, Berlin 1918.

Böckenhauer, A[*rthur*], 10 Jahre S.A., Hamburg 1932.

Boelcke, Willi A., Die Macht des Radios. Weltpolitik und Auslandsrundfunk 1924-1976, Frankfurt a. M. 1977.

Bossi Fedrigotti, Anton Graf, Kampfwert der Nationalitäten im k.u.k. Heer. In: Südostdeutsche Vierteljahresblätter 18 (1969), S. 179-183.

Botz, Gerhard, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938, München ²1983.

Bouhler, Philipp, Kampf um Deutschland. Ein Lesebuch für die deutsche Jugend, München 1938.

Bracher, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Düsseldorf ⁵1978.

Bramwell, Anna, Blood and Soil. Richard Walther Darré and Hitler's "Green Party", Bourne End 1985.

Brann, Henry Walter, Schopenhauer und das Judentum, Bonn 1975.

The Breakdown of Democratic Regimes. Ed. by Juan J. Linz and Alfred Stepan, Part I and II, Baltimore ²1980.

Bronnen, Arnolt, Roßbach, Berlin 1930.

Brüning, Heinrich, Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970.

Brütting, Georg, Das Buch der deutschen Fluggeschichte. Bd. III: Die große Zeit der deutschen Luftfahrt bis 1945, Stuttgart 1979.

Bucher, Peter, Der Reichswehrprozeß. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30, Boppard a. Rh. 1967.

Buchner, Hans, Warenhauspolitik und Nationalsozialismus, München [3]1931.

Buchstab, Günter, Brigitte Kaff und Hans-Otto Kleinmann (Hrsg.), Keine Stimme dem Radikalismus. Christliche, liberale und konservative Parteien in den Wahlen 1930-1933, Berlin 1984.

Büsch, Otto, Militärsystem und Sozialleben im alten Preußen 1713-1807. Die Anfänge der sozialen Militarisierung der preußisch-deutschen Gesellschaft, Berlin 1962.

Burgwyn, H. James, Conflict or Rapprochement? Grandi confronts France and its Protégé Yugoslavia: 1929-1932. In: Storia delle Relazioni Internazionali III (1987/1), S. 73-98.

Busch, Eckart, Der Oberbefehl. Seine rechtliche Struktur in Preußen und Deutschland seit 1848, Boppard a. Rh. 1967.

Butterwegge, Christoph und Heinz-Gerd Hofschen, Sozialdemokratie, Krieg und Frieden. Die Stellung der SPD zur Friedensfrage von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine kommentierte Dokumentation, Heilbronn 1984.

The Cambridge History of Africa, Vol. VII: From 1905 to 1940. Ed. by A. D. Roberts, Cambridge 1986.

The Cambridge History of the British Empire. Ed. by E. A. Benians, Sir James Butler, C. E. Carrington, Vol. III: The Empire Commonwealth 1870-1919, Cambridge 1959.

The Cambridge Economic History of India, Vol. II: c.1757-c.1970. Ed. by Dharma Kumar with the editorial assistance of Meghnad Desai, Cambridge 1983.

Carsten, Francis L., Reichswehr und Politik 1918-1933, Köln 1964.

Caspar, Gustav-Adolf, Die militärische Tradition in der Reichswehr und in der Wehrmacht 1919-1945. In: Tradition in deutschen Streitkräften bis 1945, Herford 1986, S. 209-310.

Cassels, Alan, Mussolini and German Nationalism 1922-1925. In: The Journal of Modern History XXXV (1963), S. 137-157.

Christ, Karl, Von Gibbon zu Rostovtzeff. Leben und Werk führender Althistoriker der Neuzeit, Darmstadt [3]1989.

Christes, Johannes, Sklaven und Freigelassene als Grammatiker und Philologen im alten Rom, Wiesbaden 1979.

Conquest, Robert, The Harvest of Sorrow. Soviet Collectivization and the Terror-Famine, New York 1986.

Crepon, Tom, Leberecht von Blücher. Leben und Kämpfe, Berlin 1988.

Davies, Robert William, The Socialist Offensive. The Collectivization of the Soviet Agriculture 1929-1930, London 1980.

De Felice, Renzo, Mussolini e Hitler. I rapporti segreti (1922-1933) Firenze ²1983.

De Felice, Renzo, Storia degli ebrei italiani sotto il fascismo, Torino 1993.

Denk-Helmold, Marianne, Die Reaktion der Reichsregierung Cuno auf die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen im Spiegel der Presse, Diss. phil., Köln 1987.

Deuerlein, Ernst, Hitler. Eine politische Biographie, München 1969.

Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten. Urkunden und Aktenstücke, Bd. III/2. Hrsg. von Johannes Hohlfeld, Melle-Hannover o. J.

Die Deutsche Revolution 1918-1919. Dokumente. Hrsg. von Gerhard A. Ritter und Susanne Miller, Frankfurt a. M. ²1983.

Deutsche Verwaltungsgeschichte. Im Auftrag der Freiherr-Vom-Stein-Gesellschaft e. V. hrsg. von Kurt G. A. Jeserich, Hans Pohl, Georg-Christoph von Unruh, Bd. 4: Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985.

Deutscher, Isaac, Stalin. Eine politische Biographie, Bd. 1, Berlin 1979.

Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928-1933. Hrsg. von Hermann Weiß und Paul Hoser, München 1989.

Dickmann, Fritz, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919. In: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1-101.

Dickmann, Fritz, Die Regierungsbildung in Thüringen als Modell der Machtergreifung. Ein Brief Hitlers aus dem Jahre 1930. In: VfZ 14 (1966), S. 454-464.

I Documenti Diplomatici Italiani. Settima Serie: 1922-1935, Vol. IX, Roma 1975.

Documents on British Foreign Policy 1919-1939. Ed. by E. L. Woodward and Rohan Butler, Second Series, Vol. I, London 1947.

Döhn, Lothar, Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim am Glan 1970.

Dokumente der Zeitgeschichte. Hrsg. von Adolf Dresler, verfaßt von Fritz Maier-Hartmann, München 1938.

Dorondo, D. R., Bavaria and German Federalism. Reich to Republic, 1918-33, 1945-49, New York 1992.

Dorpalen, Andreas, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1966.

Drage, Charles, Als Hitler nach Canossa ging, Berlin 1982.

Dresler, Adolf, Das Braune Haus und die Verwaltungsgebäude der Reichsleitung der NSDAP in München, München ²1937.

Dresler, A[*dolf*], Geschichte des "Völkischen Beobachters" und des Zentralverlages der NSDAP Franz Eher Nachf., München 1937.

Droysen, Johann Gustav, Geschichte der preußischen Politik. Bd. 4,2: Friedrich Wilhelm I., König in Preußen, Leipzig 1869.

Dülffer, Jost, Regeln gegen den Krieg? Die Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 in der internationalen Politik, Frankfurt a. M. 1981.

Dülffer, Jost, Die Reichs- und Kriegsmarine 1918-1939. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 4/VIII, München 1979, S. 337-488.

Dülffer, Jost, Weimar, Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920-1939, Düsseldorf 1973.

Dülffer, Jost, Wilhelm II. und Adolf Hitler. Ein Vergleich ihrer Marinekonzeptionen, In: Jürgen Elvert, Jürgen Jensen und Michael Salewski (Hrsg.), Kiel, die Deutschen und die See, Stuttgart 1992, S. 49-69.

Ehlen, Peter (Hrsg.), Der polnische Freiheitskampf 1830/31 und die liberale deutsche Polenfreundschaft, München 1982.

Ehrenthal, Günther, Die deutschen Jugendbünde. Ein Handbuch ihrer Organisation und ihrer Bestrebungen, Berlin 1929.

Eisfeld, Gerhard und Kurt Koszyk, Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie, Bonn ²1980.

Eksteins, Modris, The Limits of Reason. The German Democratic Press and the Collapse of Weimar Democracy, London 1975.

Encyclopaedia Judaica. Vol. VI und VII, Jerusalem 1971.

Die Entstehung des Youngplans dargestellt vom Reichsarchiv 1931-1933. Durchgesehen und eingeleitet von Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970.

Epkenhans, Michael, Die wilhelminische Flottenrüstung 1908-1914. Weltmachtstreben, industrieller Fortschritt, soziale Integration, München 1991.

Epstein, Klaus, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962.

Erickson, John, The Soviet High Command. A Military-Political History 1918-1941, London 1962.

Falter, Jürgen W., Hitlers Wähler, München 1991.

Falter, Jürgen W./Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986.

Falter, Jürgen W., War die NSDAP die erste deutsche Volkspartei? In: Michael Prinz und Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991, S. 21-47.

Faust, Anselm, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, 2 Bde., Düsseldorf 1973.

Feldman, Gerald D., Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918, Berlin 1985.

Feldman, Gerald D., Aspekte deutscher Industriepolitik am Ende der Weimarer Republik 1930-1932. In: Karl Holl (Hrsg.), Wirtschaftskrise und liberale Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik und die gegenwärtige Situation, Göttingen 1978, S. 103-125.

Fellner, Fritz, Der Vertrag von St. Germain. In: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Hrsg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Bd. I, Graz 1983, S. 85-106.

Fenske, Hans, Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918, Bad Homburg 1969.

Fenske, Hans, Die pfälzische NSDAP 1921-1932. In: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz 85 (1987), S. 347-381.

Ferro, Marc, Der Große Krieg 1914-1918, Frankfurt a. M. 1988.

Fest, Joachim C., Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973.

Fischer, Conan, The German Communists and the Rise of Nazism, London 1991.

Fischer, Conan, Stormtroopers. A social, economic and ideological Analysis 1929-1935, London 1983.

Fischer, Fritz, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-1918, Düsseldorf [3]1964.

Förster, Stig, Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890-1913, Stuttgart 1985.

Frank, Hans, Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse, München 1953.

Franz-Willing, Georg, Putsch und Verbotszeit der Hitlerbewegung, November 1923 bis Februar 1925, Preußisch Oldendorf 1977.

Freiberg, Walter, Südtirol und der italienische Nationalismus. Entstehung und Entwicklung einer europäischen Minderheitenfrage, 2 Bde., Innsbruck 1989.

French, David, British Strategy and War Aims, Vol. 1: 1914-1916, London 1986.

Fricke, Dieter, Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917, 2 Bde., Berlin (Ost) 1987.

Friedenthal, Elisabeth, Volksbegehren und Volksentscheid über den Young-Plan und die deutschnationale Sezession, Diss. phil., Tübingen 1957.

Gall, Lothar, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt a. M. [4]1980.

Garnett, Robert S., Lion, Eagle and Swastika. Bavarian Monarchism in Weimar Germany 1918-1933, New York 1991.

Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929-1933. Bearbeitet von Hermann Weber unter Mitwirkung von Johann Wachtler. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Die Weimarer Republik, Bd. 6, Düsseldorf 1981.

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik, Teil II: Von 1917 bis 1945, Berlin (Ost) 1966.

Geschichte Thüringens. Hrsg. von Hans Patze und Walter Schlesinger, Bd V/2: Politische Geschichte in der Neuzeit, Köln 1978.

Gessner, Dieter, Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland 1930-1933. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik, Düsseldorf 1977.

Gessner, Dieter, Agrarverbände in der Weimarer Republik. Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen agrarkonservativer Politik vor 1933, Düsseldorf 1976.

Geyer, Michael, Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924-1936, Wiesbaden 1980.

Gies, Horst, R. Walther Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, Diss. phil., Frankfurt a. M. 1965.

Gillessen, Günther, Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich, Berlin 1986.

Gimbel, A[*dalbert*] (Hrsg.), So kämpften wir. Schilderungen aus der Kampfzeit der NSDAP im Gau Hessen-Nassau, Frankfurt a. M. 1941.

Görlitz, Walter, Hindenburg. Ein Lebensbild, Bonn 1953.

Götz, Norbert und Peter Weidisch, "Reichszeugmeisterei". In: München, "Hauptstadt der Bewegung". Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum 22.10.1993-27.3.1994, München 1993, S. 283.

Goldberger, Paul, Wolkenkratzer. Das Hochhaus in Geschichte und Gegenwart, Stuttgart 1984.

Goldinger, Walter und Dieter A. Binder, Geschichte der Republik Österreich 1918-1938, Wien 1992.

Gordon, Harold J. jr., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, Frankfurt a. M. 1971.

Gräber, Gerhard und Matthias Spindler, Revolverrepublik am Rhein. Die Pfalz und ihre Separatisten, 2 Bde., Landau 1992.

Granier, Gerhard, Magnus von Levetzow. Seeoffizier, Monarchist und Wegbereiter Hitlers. Lebensweg und ausgewählte Dokumente, Boppard a. Rh. 1982.

Granzow, Brigitte, A Mirror of Nazism. British Opinion and the Emergence of Hitler 1929-1933, London 1964.

Grieder, Karl, 50 Jahre Do X. Geschichte eines Riesenflugschiffes, Schaffhausen 1979.

Gritschneder, Otto, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz, München 1990.

Groh, Dieter, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M. 1973.

Grundmann, Friedrich, Agrarpolitk im "Dritten Reich". Anspruch und Wirklichkeit des Reicherbhofgesetzes, Hamburg 1979.

Gschnitzer, Fritz, Die Stellung Karthagos nach dem Frieden von 201 v. Chr. In: Wiener Studien 79 (1966), S. 276-289.

Güth, Rolf, Die Organisation der deutschen Marine in Krieg und Frieden 1913-1933. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 4/VIII, München 1979, S. 263-336.

Gusy, Christoph, Weimar - die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991.

Gutsche, Willibald, Ein Kaiser im Exil. Der letzte deutsche Kaiser Wilhelm II. in Holland. Eine kritische Biographie, Marburg 1991.

Hackett, David, The Nazi Party in the Reichstag Election of 1930, Diss. phil., University of Wisconsin 1971.

Halcomb, Jill, the S.A. A Historical Perspective, Columbia 1985.

Hale, Oron James, Presse in der Zwangsjacke 1933-1945, Düsseldorf 1965.

Hall, Christopher, Britain, America and Arms Control 1921-37, New York 1987.

Hambrecht, Rainer, Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925-1933), Nürnberg 1976.

Hamburger, Ernest, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848-1918, Tübingen 1968.

Handbuch der bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte 1799-1980. Hrsg. von Wilhelm Volkert, München 1983.

Handbuch der Weltpresse. Eine Darstellung des Zeitungswesens aller Länder. Hrsg. vom Institut für Zeitungskunde, Berlin 1931.

Hank, Manfred, Kanzler ohne Amt. Bismarck nach seiner Entlassung 1890-1898, München 1977.

Hanschel, Hermann, Oberbürgermeister Hermann Luppe. Nürnberger Kommunalpolitik in der Weimarer Republik, Nürnberg 1977.

Haupts, Leo, Deutsche Friedenspolitik 1918-1919. Eine Alternative zur Machtpolitik des Ersten Weltkrieges, Düsseldorf 1976.

Hauser, Christoph, Anfänge bürgerlicher Organisation. Philhellenismus und Frühliberalismus in Südwestdeutschland, Göttingen 1990.

Heideking, Jürgen, Areopag der Diplomaten. Die Pariser Botschafterkonferenz der alliierten Hauptmächte und die Probleme der europäischen Politik 1920-1931, Husum 1979.

Heindl, Hermann, Das Antiterrorgesetz. Gesetzestext mit ausführlichen Erläuterungen, Wien 1930.

Heindl, Wolfgang, Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden in Deutschland von 1925 bis 1933. Öffentliche Haushalte und Krisenverschärfung, Frankfurt a. M. 1984.

Heinemann, Ulrich, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983.

Heiß, Friedrich, Das Schlesienbuch. Ein Zeugnis ostdeutschen Schicksals, Berlin 1938.

Henke, Joseph, England in Hitlers politischem Kalkül 1935-1939, Boppard a. Rh. 1973.

Henning, Friedrich-Wilhelm, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland. Bd. 2: 1750-1976, Paderborn 1978.

Hermand, Jost und Frank Trommler, Die Kultur der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1989.

Herrmann, Karin, Der Zusammenbruch 1918 in der deutschen Tagespresse. Politische Ziele, Reaktion auf die Ereignisse und die Versuche der Meinungsführung in der deutschen Tagespresse während der Zeit vom 23. September bis 11. November 1918, Diss. phil., Münster 1958.

Hertz-Eichenrode, Dieter, Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919-1930. Untersuchung eines Strukturproblems in der Weimarer Republik, Köln 1969.

Hertz-Eichenrode, Dieter, Die Wende zum Nationalsozialismus im südlichen Ostpreußen 1930-1932. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte des Masurentums. In: Olsztyńskie Studia Niemcoznawcze. Rozprawy i Materiały Ośrodka Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego nr 98, Pojezierze Olsztyn 1986, S. 59-114.

Hierl, Konstantin, Im Dienst für Deutschland 1918-1945, Heidelberg 1954.

Hildebrand, Klaus, Zwischen Allianz und Antagonismus. Das Problem bilateraler Normalität in den britisch-deutschen Beziehungen des 19. Jahrhunderts (1870-1914). In: Weltpolitik, Europagedanke, Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer zum 65. Geburtstag am 30. Januar 1982. Hrsg. von Heinz Dollinger u. a., Münster 1982. S. 305-331.

Hiller von Gaertringen, Friedrich Freiherr, Die Deutschnationale Volkspartei. In: Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 543-652.

Hiller von Gaertringen, Friedrich Freiherr, Monarchismus in der deutschen Republik. In: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Hrsg. von Michael Stürmer, Königstein/Ts. 1980, S. 254-271.

Histoire Militaire de la France, III: De 1871 à 1940. Sous la Direction de Guy Pedroncini, Paris 1992.

Hitler, Adolf, Mein Kampf. Bd. 1. Eine Abrechnung, Bd. 2: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1925-1927; [65]1933.

Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929-1932. Hrsg. von Henry A. Turner, jr., Frankfurt a. M. 1978.

Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München. Erster Teil: Die Anklage - Die Vernehmung der Angeklagten - Die Beweisaufnahme. Zweiter Teil: Die Ausführungen der Staatsanwälte und Verteidiger - Das Schlußwort der Angeklagten - Das Urteil, München 1924 (Nachdruck: Glashütten/Ts. 1973).

Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923. Eingeleitet und hrsg. von Ernst Deuerlein, Stuttgart 1962.

Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahre 1928. Eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg. Mit einem Geleitwort von Hans Rothfels, Stuttgart 1961.

Höhn, Reinhard, Scharnhorsts Vermächtnis, Frankfurt a. M. ^{2}1972.

Höhn, Reinhard, Sozialismus und Heer, 3 Bde., Bad Homburg vor der Höhe 1959-1969.

Hoepke, Klaus-Peter, Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus. Ein Beitrag zum Selbstverständnis von Gruppen und Verbänden der deutschen Rechten, Düsseldorf 1968.

Hogan, Michael J., Informal Entente. The private Structure of Cooperation in Anglo-American Economic Diplomacy 1918-1928, Columbia 1977.

Holl, Karl, Pazifismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988.

Holtfrerich, Carl-Ludwig, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980.

Holz, Kurt A., Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan in der deutschen Presse, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1977.

Homburg, Heidrun, Warenhausunternehmen und ihre Gründer in Frankreich und Deutschland oder: Eine diskrete Elite und mancherlei Mythen. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1 (1992), S. 183-219.

Horn, Wolfgang, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1933), Düsseldorf 1972.

Hornung, Klaus, Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958.

Hoser, Paul, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1990.

Hovannisian, Richard G. (Ed.), The Armenian Genocide. History, Politics, Ethics, London 1992.

Hron, Karl, Der Kampf um Südafrika. Eine militärisch-politische Studie, Wien 1899.

Hron, Karl, Der Transvaalkrieg und die deutsche Reichspolitik. Eine kritische Erörterung der bisherigen Ereignisse am Kriegsschauplatze und in der europäischen Politik, Wien 1899.

Hubatsch, Walther, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966.

Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789.
Bd. IV: Struktur und Krisen des Kaiserreichs, Stuttgart 1969.
Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981.

Hubert, Peter, Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933-1945, Düsseldorf 1992.

Hürten, Heinz, Friedenssicherung und Abrüstung. Erfahrungen aus der Geschichte, Graz 1983.

Hürter, Johannes, Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928-1932), München 1993.

Hüttenberger, Peter, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969.

Hundert Jahre Ullstein 1877-1977. Hrsg. von W. Joachim Freyburg und Hans Wallenberg, 4 Bde., Berlin 1977.

Jablonsky, David, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989.

Jäckel, Eberhard und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980.

Jäckel, Eberhard, Axel Kuhn und Hermann Weiß, Neue Erkenntnisse zur Fälschung von Hitler-Dokumenten. In: VfZ 32 (1984), S.163-169.

James, Harold, The German Slump. Politics and Economics 1924-1936, Oxford 1986.

Jamin, Mathilde, Zwischen den Klassen. Zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft, Wuppertal 1984.

Jasper, Gotthard, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922-1930, Tübingen 1963.

Joachimsthaler, Anton, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989.

Jochmann, Werner, Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922-1933. Dokumente, Frankfurt a. M. 1963.

Jonas, Erasmus, Die Volkskonservativen 1928-1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung, Düsseldorf 1965.

Jones, Larry Eugene, German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System 1918-1933, Chapel Hill 1988.

Junkers und die Weltluftfahrt. Hrsg. von F. A. Fischer von Poturzyn, München ²1935.

Kallenbach, Hans, Mit Adolf Hitler auf Festung Landsberg, München 1933.

Karstens, Uwe, Der Fall "Grantz". Innere Kämpfe in der dithmarsischen NSDAP 1929/30. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 111 (1986), S. 215-233.

Kater, Michael H., The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945, Oxford 1983.

Kater, Michael H., Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918-1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik, Hamburg 1975.

Kaufhold-Roll, Heinz, Die Entwicklung von Technik und Taktik im Ersten Weltkrieg. In: Sturmpanzerwagen A 7 V. Vom Urpanzer zum Leopard 2. Ein Beitrag zur Militär- und Technikgeschichte, Herford 1990, S. 19-50.

Kennedy, Paul M., The Rise of the Anglo-German Antagonism, 1860-1914, London 1980.

Kent, Bruce, The Spoils of War. The Politics, Economics and Diplomacy of Reparations 1918-1932, Oxford 1989.

Kerekes, Lajos, Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr, Wien 1967.

Kielmansegg, Peter Graf, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968.

Kimmel, Adolf, Der Aufstieg des Nationalsozialismus im Spiegel der französischen Presse 1930-1933, Bonn 1969.

Kindleberger, Charles P., Die Weltwirtschaftskrise, München ²1979.

Kissenkoetter, Udo, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978.

Klein, Adolf, Köln im Dritten Reich. Stadtgeschichte der Jahre 1933-1945, Köln 1983.

Kludas, Arnold, Die großen Passagierschiffe der Welt. Eine Dokumentation, Bd. III, Oldenburg 1973.

Kluge, Ulrich, Die deutsche Revolution 1918/1919. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt a. M. 1985.

Knobloch, Heinz, Der arme Epstein. Wie der Tod zu Horst Wessel kam, Berlin 1993.

Knock, Thomas J., To End all Wars. Woodrow Wilson and the Quest for a New World Order, New York 1992.

Köllmayr, Friedrich, Unser München. Antifaschistischer Stadtführer, Frankfurt a. M. 1983.

Könnemann, Erwin, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920), Berlin (Ost) 1971.

Kolakowski, Leszek, Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall, 3 Bde., München 1977-1979.

Kolb, Eberhard, Mächtepolitik und Kriegsrisiko am Vorabend des Krieges von 1870. Anstelle eines Nachworts. In: ders. (Hrsg.), Europa vor dem Krieg von 1870. Mächtekonstellationen - Konfliktfelder - Kriegsausbruch, München 1987, S. 203-209.

Kondert, Reinhard, Schober und die Heimwehr. Der Niedergang des Austrofaschismus 1929-1930. In: Zeitgeschichte 3 (1975/76), S. 163-175.

Konrad, Helmut, Nationalismus und Internationalismus. Die österreichische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, Wien 1976.

Korey, William, The Legal Position of Soviet Jewry: A Historical Enquiry. In: Lionel Kochan (Ed.), The Jews in Soviet Russia since 1917, Oxford [3]1978, S. 76-98.

Koszyk, Kurt, Die Rote Fahne (1918-1933). In: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach 1972, S. 391-403.

Kratzenberg, Volker, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Ihre Entstehung, Ihre Programmatik, Ihr Scheitern 1927-1934, Frankfurt a. M. 1987.

Krohn, Manfred, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991.

Krüger, Peter, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985.

Krüger, Peter, Deutschland und die Reparationen 1918/19. Die Genesis des Reparationsproblems in Deutschland zwischen Waffenstillstand und Versailler Friedensschluß, Stuttgart 1973.

Kühnl, Reinhard, Die nationalsozialistische Linke 1925-1930, Meisenheim am Glan, 1966.

Kuhn, Axel, Hitlers außenpolitisches Programm. Entstehung und Entwicklung 1919-1939, Stuttgart 1970.

Kuhn, Axel, Das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion. In: Manfred Funke (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Düsseldorf 1978, S. 639-653.

Kunisch, Johannes, Das Mirakel des Hauses Brandenburg. Studien zum Verhältnis von Kabinettspolitik und Kriegführung im Zeitalter des Siebenjährigen Krieges, München 1978.

Kuron, Hans Jürgen, Freikorps und Bund Oberland, Diss. phil., Erlangen 1960.

Lankheit, Klaus A., Preußen und die Frage der europäischen Abrüstung 1867-1870, Freiburg i. Br. 1993.

Laws Applicable to Immigration and Nationality. Embracing Statutes of a Permanent Character, and Treaties, Proclamations, Executive Orders, and Reorganization Plans Affecting the Immigration and Naturalization Service. Ed. by United States Department of Justice, Washington 1953.

Lehnert, Detlef, Sozialdemokratie und Novemberrevolution. Die Neuordnungsdebatte 1918/19 in der politischen Publizistik von SPD und USPD, Frankfurt a. M. 1983.

Lepsius, Johannes (Hrsg.), Deutschland und Armenien 1914-1918. Sammlung Diplomatischer Aktenstücke, Nachdruck der im Tempelverlag zu Potsdam 1919 erschienenen Ausgabe, Bremen 1986.

Levine, Herbert S., Hitler's Free City. A History of the Nazi Party in Danzig 1925-1939, Chicago 1973.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Fricke, 4 Bde., Köln 1983-1986.

Liebe, Werner, Die Deutschnationale Volkspartei 1918-1924, Düsseldorf 1956.

Lingg, Anton, Die Verwaltung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, München 1939.

Link, Werner, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970.

Linke, Horst Günther, Das zarische Rußland und der Erste Weltkrieg. Diplomatie und Kriegsziele 1914-1917, München 1982.

Von Löbell's Jahresberichte über das Heer- und Kriegswesen, XLIII. Jahrgang. Hrsg. von v. Oertzen, Berlin 1926.

Lohalm, Uwe, Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919-1923, Hamburg 1970.

Longerich, Peter, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989.

Lowe, C. J. / F. Marzari, Italian Foreign Policy 1870-1940, London 1975.

Ludendorff, Erich, Der totale Krieg, München 1935.

Lüdecke, Kurt, I knew Hitler. The Story of a Nazi who escaped the Blood Purge, London 1938.

Lütgemeier-Davin, Reinhold, Basismobilisierung gegen den Krieg: Die Nie-wieder-Krieg-Bewegung in der Weimarer Republik. In: Karl Holl und Wolfram Wette (Hrsg.), Pazifismus in der Weimarer Republik. Beiträge zur historischen Friedensforschung, Paderborn 1981, S. 47-76.

Luks, Leonid, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921-1935, Stuttgart 1984.

Lurz, Meinhold, Kriegerdenkmäler in Deutschland. Bd. 4: Weimarer Republik, Heidelberg 1985.

Lutzhöft, Hans-Jürgen, Der Nordische Gedanke in Deutschland 1920-1940, Stuttgart 1971.

Lyttelton, Adrian, Faschismus und Gewalt: Sozialer Konflikt und politische Aktion in Italien nach dem Ersten Weltkrieg. In: Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld (Hrsg.), Sozialprotest, Gewalt und Terror, Stuttgart 1982, S. 303-324.

Lyttelton, Adrian, The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919-1929, London 1973.

McDonough, Frank, The Times, Norman Ebbut and the Nazis, 1927-1937. In: Journal of Contemporary History 27 (1992), S. 407-424

McDougall, Walter A., France's Rhineland Diplomacy 1914-1924. The last Bid for a Balance of Power in Europe, Princeton 1978.

McKale, Donald M., The Nazi Party Courts. Hitler's Management of Conflict in his Movement, 1921-1945, Lawrence/Kansas 1974.

McKercher, B. J. C. (Ed.), Anglo-American Relations in the 1920s. The Struggle for Supremacy, London 1991.

Mack Smith, Denis, Mussolini. Eine Biographie, München 1983.

Mahraun, Artur, Die Deutsche Staatspartei. Eine Selbsthilfeorganisation Deutschen Staatsbürgertums. Der Gründungsaufruf und das Manifest der Deutschen Staatspartei. Beantwortung gegnerischer Fragen, Berlin 1930.

Manstein, Peter, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919-1933. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, Frankfurt a. M. ^{3}1990.

Maser, Werner, Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, Stuttgart 1973.

Matuschka, Edgar Graf von, Organisation des Reichsheeres. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3/VI: Reichswehr und Republik 1918-1933, München 1979, S. 305-343.

Maurer, Emil, Der Panamakanal - gestern und heute, Leipzig 1943.

Maurer, Ilse, Reichsfinanzen und Große Koalition. Zur Geschichte des Reichskabinetts Müller (1928-1930), Bern 1973.

Meier-Welcker, Hans, Seeckt, Frankfurt a. M. 1967.

Merl, Stephan, Die Anfänge der Kollektivierung der Sowjetunion. Der Übergang zur staatlichen Reglementierung der Produktions- und Marktbeziehungen im Dorf (1928-1930), Wiesbaden 1985.

Merl, Stephan, Wie viele Opfer forderte die "Liquidierung der Kulaken als Klasse"? Anmerkungen zu einem Buch von Robert Conquest. In: Geschichte und Gesellschaft 14 (1988), S. 534-540.

Messerschmidt, Manfred und Fritz Wüllner, Die Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus. Zerstörung einer Legende, Baden-Baden 1987.

Meyer, Gerd, Die deutsche Reparationspolitk von der Annahme des Young-Plans im Reichstag (12. März 1930) bis zum Reparationsabkommen auf der Lausanner Konferenz (9. Juli 1932), Diss. phil., Bonn 1991.

Meyer, Peter, Luftschiffe. Die Geschichte der deutschen Zeppeline, Koblenz 1986.

Michaelis, Meir, Mussolini and the Jews. German-Italian Relations and the Jewish Question in Italy 1922-1945, Oxford 1978.

Michalka, Wolfgang und Marshall M. Lee (Hrsg.), Gustav Stresemann, Darmstadt 1982.

Miller, Susanne, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920, Düsseldorf 1978.

Miller, Susanne, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974.

Mirow, Jürgen, Das alte Preußen im deutschen Geschichtsbild seit der Reichsgründung, Berlin 1981.

Möller, Horst, Parlamentarismus in Preußen 1919-1932, Düsseldorf 1985.

Möller, Horst, Weimar. Die unvollendete Demokratie, München [5]1994.

Mohler, Armin, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Ein Handbuch, Darmstadt [3]1989 mit Ergänzungsband.

Moltke, Helmuth Graf von, Vom Kabinettskrieg zum Volkskrieg. Eine Werkauswahl. Hrsg. von Stig Förster, Bonn 1992.

Moltmann, Günter, Nordamerikanische "Frontier" und deutsche Auswanderung - soziale "Sicherheitsventile" im 19. Jahrhundert? In: Dirk Stegmann, Bernd-Jürgen Wendt und Peter Christian Witt (Hrsg.), Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte. Festschrift für Fritz Fischer zum 70. Geburtstag, Bonn 1978, S. 279-296.

Mommsen, Hans, Die Stellung der Beamtenschaft in Reich, Ländern und Gemeinden in der Ära Brüning. In: VfZ 21 (1973), S. 151-165.

Mommsen, Wilhelm (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme. Zweiter Teil: Weimarer Republik und Bundesrepublik Deutschland, München 1960.

Moreau, Patrick, Nationalsozialismus von links. Die "Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten" und die "Schwarze Front" Otto Straßers 1930-1935, Stuttgart 1984.

Morsey, Rudolf, Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966.

Morsey, Rudolf, Hitler als braunschweigischer Regierungsrat. In: VfZ 8 (1960), S. 419-448.

Müller, Gerd, Das Wahlplakat. Pragmatische Untersuchungen zur Sprache in der Politik am Beispiel von Wahlplakaten aus der Weimarer Republik und der Bundesrepublik, Tübingen 1978.

Müller, Klaus-Jürgen, Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933-1940, Stuttgart [2]1988.

Naarden, Bruno, Socialist Europe and Revolutionary Russia. Perception and Prejudice 1848-1923, Cambridge 1992.

Nationalsozialistisches Jahrbuch 1930. Hrsg. unter Mitwirkung der Reichsleitung der NSDAP, München o. J.

Neliba, Günter, Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn 1992.

Neuberger, Helmut, Freimaurerei und Nationalsozialismus. Die Verfolgung der deutschen Freimaurerei durch völkische Bewegung und Nationalsozialismus 1918-1945, 2 Bde., Hamburg 1980.

Neumann, Sigmund, Die Parteien der Weimarer Republik, Stuttgart [4]1977.

Niclauss, Karlheinz, Die Sowjetunion und Hitlers Machtergreifung. Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen der Jahre 1929 bis 1935, Bonn 1966.

Niedhart, Gottfried, Multipolares Gleichgewicht und weltwirtschaftliche Verflechtung: Deutschland in der britischen Appeasementpolitik 1919-1933. In: Michael Stürmer (Hrsg.), Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas, Königstein/Ts. 1980, S. 113-130.

Niedhart, Gottfried, Die Sowjetunion in der britischen Urteilsbildung 1917-1945. In: ders. (Hrsg.), Der Westen und die Sowjetunion. Einstellungen und Politik gegenüber der UdSSR in Europa und in den USA seit 1917, Paderborn 1983, S. 105-118.

Nipperdey, Thomas, Deutsche Geschichte 1866-1918, 2 Bde., München 1990-1992.

Nipperdey, Thomas, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961.

Nove, Alec und J. A. Newth, The Jewish Population: Demographic Trends and Occupational Patterns. In: Lionel Kochan (Ed.), The Jews in Soviet Russia since 1917, Oxford [3]1978, S. 132-167.

Österreich-Ungarns Letzter Krieg 1914-1918. Hrsg. vom Österreichischen Bundesministerium für Heereswesen und vom Kriegsarchiv. Bd. I: Das Kriegsjahr 1914, Wien [2]1931.

Okraß, Hermann, "Hamburg bleibt rot". Das Ende einer Parole, Hamburg 1934.

Opgenoorth, Ernst, Friedrich Wilhelm. Der Große Kurfürst von Brandenburg. Eine politische Biographie, 2 Bde., Göttingen 1971-1978.

Oppermann, H[*ans*], Unter den Sturmstandern des NSKK. Blätter aus der Geschichte des Nationalsozialistischen Kraftfahr-Korps, München 1936.

Orlow, Dietrich, The History of the Nazi Party: 1919-1933, Pittsburgh 1969.

Organisationsbuch der NSDAP. Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, München 1936.

10 Jahre Gau Ostpreußen. Festschrift zum Gautag 1938 der NSDAP. Hrsg. vom Gau Ostpreußen der NSDAP, Königsberg 1938.

Overesch, Manfred, Die Einbürgerung Hitlers 1930. In: VfZ 40 (1992), S. 543-566.

Overesch, Manfred, Hermann Brill in Thüringen 1895-1946. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992.

Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1922, Vol. I, Washington 1938; 1930, Vol. I, Washington 1945.

Paul, Gerhard, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990.

Pauley, Bruce F., Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich, Wien 1988.

Paulmann, Johannes, Arbeitslosigkeit in Großbritannien 1931-1939. Sozial- und Wirtschaftspolitik zwischen Weltwirtschaftskrise und Weltkrieg, Bochum 1989.

Pedersen, Peter, Die große Zeit der Luxus-Liner, Hamburg ²1986.

Pedroncini, Guy, 1917. Les mutineries de l'armée française, Paris 1968.

Petersen, Jens, Hitler-Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1933-1936, Tübingen 1973.

Petersen, Jens, Das Problem der Gewalt im italienischen Faschismus, 1919-1925. In: Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld (Hrsg.), Sozialprotest, Gewalt und Terror, Stuttgart 1982, S. 325-348.

Petter, Wolfgang, Deutsche Flottenrüstung von Wallenstein bis Tirpitz. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 4/VIII, München 1979, S. 3-262.

Petzina, Dietmar, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977.

Pfeifer, Eva, Das Hitlerbild im Spiegel einiger konservativer Zeitungen in den Jahren 1929-33, Diss. phil., München ²1968.

Pfeil, Alfred, Der Völkerbund. Literaturbericht und kritische Darstellung seiner Geschichte, Darmstadt 1976.

Pietrow, Bianka, Stalinismus Sicherheit Offensive. Das Dritte Reich in der Konzeption der sowjetischen Außenpolitik 1933 bis 1941, Melsungen 1983.

Pinkus, Benjamin und Ingeborg Fleischhauer, Die Deutschen in der Sowjetunion. Geschichte einer nationalen Minderheit im 20. Jahrhundert, Baden-Baden 1987.

Plewnia, Margarete, Völkischer Beobachter (1887-1945). In: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach 1972, S. 381-390.

Poidevin, Raymond und Jacques Bariéty, Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815-1975, München 1982.

Politik in Bayern 1919-1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck. Hrsg. und kommentiert von Wolfgang Benz, Stuttgart 1971.

Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst unter Mitwirkung von Jürgen Heideking. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Dritte Reihe, Die Weimarer Republik. Bde. 4/I und 4/II, Düsseldorf 1980.

Pospielovsky, Dimitry, The Russian Church under the Soviet Regime, 1917-1982. Vol. I, Crestwood (N.Y.) 1984.

Potter, Elmar B. und Chester W. Nimitz, Seemacht. Eine Seekriegsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart. Deutsche Fassung hrsg. im Auftrag des Arbeitskreises für Wehrforschung von Jürgen Rohwer, München 1974.

Preiß, Heinz (Hrsg.), Adolf Hitler in Franken. Reden aus der Kampfzeit, Nürnberg 1939.

Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der deutschen Zentrumspartei 1926-1933. Bearb. von Rudolf Morsey, Mainz 1969.

Pütter, Konrad, Rundfunk gegen das "Dritte Reich". Ein Handbuch. Unter Mitwirkung von Ernst Loewy und mit einem Beitrag von Elke Hilscher, München 1986.

Pyta, Wolfram, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989.

Rebentisch, Dieter, Kommunalpolitik, Konjunktur und Arbeitsmarkt in der Endphase der Weimarer Republik. In: Rudolf Morsey (Hrsg.), Verwaltungsgeschichte. Aufgaben, Zielsetzungen, Beispiele, Berlin 1977, S. 107-157.

Rebentisch, Dieter, Zwei Beiträge zur Vorgeschichte und Machtergreifung des Nationalsozialismus in Frankfurt. In: Eike Hennig (Hrsg.), Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen, Frankfurt a. M. 1983, S. 279-297.

Reich und Länder. Texte zur deutschen Verfassungsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Hans Boldt, München 1987.

Reichelt, Werner, Das Braune Evangelium. Hitler und die NS-Liturgie, Wuppertal 1990.

Reichstagshandbuch 1928/1930. Persönliche Angaben und Bilder. Hrsg. vom Bureau des Reichstags, Berlin 1928/1930.

Reuth, Ralf Georg, Goebbels, München 1990.

Riekhoff, Harald von, German-Polish Relations 1918-1933, Baltimore 1971.

Ritter, Gerhard, Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des "Militarismus" in Deutschland. Bd II: Die Hauptmächte Europas und das wilhelminische Reich 1890-1914, München 1960.

Rohe, Karl, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966.

Roosbroeck, Robert von, Die politisch-diplomatische Vorgeschichte. In: Entscheidung 1866. Der Krieg zwischen Österreich und Preußen. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt durch Wolfgang von Groote und Ursula von Gersdorff, Stuttgart 1966, S. 11-76.

Rosenhaft, Eve, Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929-1933, Cambridge 1983.

Rothermund, Dietmar, Indiens wirtschaftliche Bedeutung. Von der Kolonialherrschaft bis zur Gegenwart, Paderborn 1985.

Rüstung und Abrüstung. Eine Umschau über das Heer- und Kriegswesen aller Länder. Hrsg. v. von Oertzen, Berlin 1929.

Runge, Wolfgang, Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Politisierung der politischen Beamten im Preußen zwischen 1918-1933, Stuttgart 1965.

Ruppert, Karsten, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923-1930, Düsseldorf 1992.

Saldern, Adelheid von, Hermann Dietrich. Ein Staatsmann der Weimarer Republik, Boppard a. Rh. 1966.

Salewski, Michael, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927, München 1966.

Sauer, Wolfgang, Die Mobilmachung der Gewalt, Bd. III: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Frankfurt a. M. 1974.

Sauerwein, Jules, 30 Ans à la Une, Paris 1962.

Schanbacher, Eberhard, Parlamentarische Wahlen und Wahlsystem in der Weimarer Republik. Wahlgesetzgebung und Wahlreform im Reich und in den Ländern, Düsseldorf 1982.

Schellack, Fritz, Nationalfeiertage in Deutschland von 1871 bis 1945, Frankfurt a. M. 1990.

Schirach, Baldur von, Ich glaubte an Hitler, Hamburg 1967.

Schmalenbach, Paul, Die Geschichte der deutschen Schiffsartillerie, Herford 1968.

Schmidt, Walter, Der 19. Juni 1930 in Chemnitz. Als der Führer zu uns sprach. In: Der Türmer von Chemnitz 6 (Juli 1940), S. 97 f.

Schneider, Michael, Die christlichen Gewerkschaften 1894-1933, Bonn 1982.

Scholder, Klaus, Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt a. M. 1977.

Schöllgen, Gregor (Hrsg.), Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, Darmstadt 1991.

Schönhoven, Klaus, Die Bayerische Volkspartei 1924-1932, Düsseldorf 1972.

Schraepler, Ernst, Die Forschung über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Wandel des Geschichtsbildes 1919-1969. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 23 (1972), S. 321-338.

Schreiber, Gerhard, Hitler. Interpretationen 1923-1983, Darmstadt 1984.

Schubert, Günter, Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik, Köln 1963.

Schüren, Ulrich, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978.

Schütz, Brigitte, Die "Sammlung Rehse". In: München - "Hauptstadt der Bewegung". Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum vom 22.10.1993-27.3.1994, München 1993, S. 280 f.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1918-1930, München 1922-1931.

Schulz, Gerhard, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt a. M. 1975.

Schulz, Gerhard, Revolution und Friedensschlüsse 1917-1920, München 1967.

Schulz, Gerhard, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik.
Bd. I: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919-1930
Bd. II: Deutschland am Vorabend der Großen Krise
Bd. III: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930-1933, Berlin 1963-1992.

Schulz, Ursula, Die Bremer Anfänge Friedrich Eberts. Eine Dokumentation, Bremen 1968.

Schumacher, Martin, Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei, Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919-1933, Düsseldorf 1972.

Schuster, Kurt G. P., Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes, Düsseldorf 1975.

Schuster, Wolfgang, Hitler in München - privat? In: München, "Hauptstadt der Bewegung". Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum 22.10.1993-27.3.1994, München 1993, S. 125-130.

Schwabe, Klaus, Anti-Americanism within the German Right, 1917-1933. In: Jahrbuch für Amerikastudien 21 (1978), S. 89-107.

Schwabe, Klaus, Deutsche Revolution und Wilson Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitk 1918-1919, Düsseldorf 1971.

Schwabe, Klaus (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1985.

Schwarz, Albert, Die Zeit von 1918 bis 1920. Erster Teil: Der Sturz der Monarchie. Revolution und Rätezeit. Die Entwicklung des Freistaates (1918-1933). In: Handbuch der Bayerischen Geschichte. Hrsg. von Max Spindler. Bd IV/1: Das neue Bayern 1800-1970, München 1974, S. 387-453.

Schwarz, Gotthart, Theodor Wolff und das "Berliner Tageblatt". Eine liberale Stimme in der deutschen Politik 1906-1933, Tübingen 1968.

Schwarze, Johannes, Die bayerische Polizei und ihre historische Funktion bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in Bayern von 1919-1933, München 1977.

Sendtner, Kurt, Rupprecht von Wittelsbach, Kronprinz von Bayern, München 1954.

Severing, Karl, Mein Lebensweg, Bd. II, Köln 1950.

Sheehan, James J., Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg 1770-1914, München 1983.

Sheldon, William F., Das Hitler-Bild in der "Time" 1923-1933. In: Tradition und Neubeginn. Internationale Forschungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, Köln 1975, S. 67-81.

Solari, Pietro, Hitler e il Terzo Reich, Milano 1932.

Solleder, Fridolin (Hrsg.), Vier Jahre Westfront. Die Geschichte des Regiments List. Reserve-Infanterie-Regiment 16, München 1932.

Sontheimer, Kurt, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962.

Soutou, Georges-Henri, L'or et le sang. Les buts de guerre économiques de la Première Guerre Mondiale, Paris 1989.

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, [*Bd. II*]: Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914. Von Gerd Hohorst, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter, München 1975.

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978.

Speier, Hans, Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus. Ein Beitrag zum Verständnis der deutschen Sozialstruktur 1918-1933, Frankfurt a. M. 1989.

Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Die Weimarer Republik, Bd. 3, Düsseldorf 1977.

Stäbler, Wolfgang, Die neue Bauernbewegung. Oberbayerischer Bauernprotest in der Endphase der Weimarer Republik. In: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 51 (1988), S. 901-915.

Stachura, Peter D., Nazi Youth in the Weimar Republic, Santa Barbara 1975.

Stadler, Karl R., Die Gründung der Republik. In: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Hrsg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Bd. I, Graz 1983, S. 55-84.

Starhemberg, Ernst Rüdiger Prince, Between Hitler und Mussolini, London 1942.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1907-1932. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1907-1932.

Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Bayern 19 (1930). Hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1930.

Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Sachsen 49 (1930). Hrsg. vom Sächsischen Statistischen Landesamt, Dresden 1931.

Stein, Peter, Die NS-Gaupresse 1925-1933. Forschungsbericht - Quellenkritik - neue Bestandsaufnahme, München 1987.

Steinborn, Peter, Grundlagen und Grundzüge der Münchener Kommunalpolitik in den Jahren der Weimarer Republik. Zur Geschichte der bayerischen Landeshauptstadt im 20. Jahrhundert, München 1968.

Stephan, Werner, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973.

Stephenson, Jill, The Nazi Organisation of Women, London 1981.

Steurer, Leopold, Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919-1939, Wien 1980.

Stieff, Hellmuth, Briefe. Hrsg. und eingeleitet von Horst Mühleisen, Berlin 1991.

Stokes, Lawrence D., Kleinstadt und Nationalsozialismus. Ausgewählte Dokumente zur Geschichte von Eutin 1918-1945, Neumünster 1984.

Stone, Jay und Erwin A. Schmidl, The Boer Wars and Military Reform, London 1988.

Straßer, Otto, Ministersessel oder Revolution? Eine wahrheitsgemäße Darstellung meiner Trennung von der NSDAP, Berlin 1930.

Strauss, Herbert A., The Jewish Press in Germany 1918-1939 (1943). In: The Jewish Press that was. Accounts, Evaluations and Memories of Jewish Papers in pre-Holocaust Europe, Jerusalem 1980, S. 321-353.

Striefler, Christian, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993.

Stürmer, Michael, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924-1928, Düsseldorf 1967.

Suchy, Barbara, Die jüdische Presse im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. In: Juden als Träger bürgerlicher Kultur in Deutschland. Hrsg. von Julius H. Schoeps, Sachsenheim 1989, S. 167-191.

Sutter, Berthold, Die politische und rechtliche Stellung der Deutschen in Österreich 1848-1918. In: Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch (Hrsg.), Die Habsburgermonarchie. Bd. III/1: Die Völker des Reiches, Wien 1980, S. 154-339.

Syring, Enrico, Hitler. Seine politische Utopie, Berlin 1994.

Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 1: 27.6.1924-31.12.1930, München 1987.

Taschenbuch der Kriegsflotten. XXV. Jahrgang 1929, XXVI. Jahrgang 1930. Hrsg. von B[*runo*] Weyer, München 1929, 1930.

Teichler, Hans Joachim, Internationale Sportpolitik im Dritten Reich, Schorndorf 1991.

Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei von Albert Krebs, Stuttgart 1959.

Ternon, Yves, Tabu Armenien. Geschichte eines Völkermordes, Frankfurt a. M. 1981.

Torunsky, Vera, Entente der Revisionisten? Mussolini und Stresemann 1922-1929, Köln 1986.

Tracey, Donald R., The Development of the National Socialist Party in Thuringia, 1924-1930. In: Central European History VIII (1975), S. 23-50.

Treitschke, Heinrich von, Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert. Erster Teil: Bis zum zweiten Pariser Frieden, Leipzig 1928.

Treviranus, Gottfried Reinhold, Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf 1968.

Trotzki, Leo, Schriften 1. Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur. Bd. 1.1. (1929-1936). Hrsg. von Helmut Dahmer, Rudolf Segall und Reiner Tostorff, Hamburg 1988.

Turner, Henry Ashby, jr., Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985.

Tyrell, Albrecht (Hrsg.), Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969.

Tyrell, Albrecht, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975.

Unruh, Karl, Langemarck. Legende und Wirklichkeit, Koblenz 1986.

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neugründung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hrsg. und bearb. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel, Bde. II, III, VII, Berlin o. J.

Verhandlungen des Bayerischen Landtags, Stenographische Berichte. III. Tagung 1929/1930, Nr. 31 bis 52, München 1929.

Verhandlungen des Reichstages. IV. Wahlperiode 1928, Bde. 423, 425-427, 438-441, Berlin 1930.

Die Verlagserscheinungen des Zentralverlages der NSDAP Franz Eher Nachf. GmbH München Berlin Wien 1921-1941, Leipzig 1941.

Vierbücher, Heinrich, Was die kaiserliche Regierung den deutschen Untertanen verschwiegen hat: Armenien 1915. Die Abschlachtung eines Kulturvolkes durch die Türken, Hamburg 1930.

Vogelsang, Thilo, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962.

Volz, Hans, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin [10]1939.

Wachenheim, Hedwig, Die deutsche Arbeiterbewegung 1844 bis 1914, Opladen 1967.

Wacker, Wolfgang, Der Bau des Panzerschiffes 'A' und der Reichstag, Tübingen 1959.

Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrage der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928.

Walker, Denis Paul, Alfred Hugenberg and the Deutschnationale Volkspartei 1918 to 1930, Diss. phil., Cambridge (Mass.) 1976.

Wandycz, Piotr S., The Twilight of French Eastern Alliances, 1926-1936. French-Czechoslovak-Polish Relations from Locarno to the Remilitarization of the Rhineland, Princeton 1988.

Watlin, Alexander, Die Komintern 1919-1929. Historische Studien, Mainz 1993.

Watt, Donald Cameron, Die bayerischen Bemühungen um Ausweisung Hitlers 1924. In: VfZ 6 (1958), S. 270-280.

Weber, Hermann, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1969.

Weber, Reinhard, "Ein tüchtiger Beamter von makelloser Vergangenheit". Das Disziplinarverfahren gegen den Hochverräter Wilhelm Frick 1924. In: VfZ 42 (1994), S. 129-150.

Wegner, Bernd, Hitlers politische Soldaten: Die Waffen-SS 1933-1945, Paderborn [4]1990.

Weidisch, Peter, Reichszentrale der NSDAP. In: München, "Hauptstadt der Bewegung". Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum 22.10.1993-27.3.1994, München 1993, S. 273-275.

Weiler, Heinrich und Hermann Herboth, Die Geschichte des Landgerichts Frankenthal. Zugleich ein Beitrag zur rheinland-pfälzischen Justizgeschichte, Bd. II, Frankenthal (Pfalz) 1977.

Weinryb, Bernhard D., Antisemitism in Soviet Russia. In: Lionel Kochan (Ed.), The Jews in Soviet Russia since 1917, Oxford [3]1978, S. 300-332.

Weiß, Hermann, Der "schwache Diktator". Hitler und der Führerstaat. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 64-77.

Die Weltfront. Eine Sammlung von Aufsätzen antisemitischer Führer aller Völker. Hrsg. von Hans Krebs und Otto Prager, Aussig 1926.

Der Weltkrieg 1914-1918. Bearb. im Reichsarchiv, 14 Bde., Berlin 1925-1944.

Wendt, Bernd-Jürgen, "Deutsche Revolution" - "Labour Unrest". Systembedingungen der Streikbewegung in Deutschland und England 1918-1921. In: Archiv für Sozialgeschichte XX (1980), S. 1-55.

Wengst, Udo, Graf Brockdorff-Rantzau und die außenpolitischen Anfänge der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. [2]1986.

Werner, Andreas, SA und NSDAP. SA: "Wehrverband", "Parteitruppe" oder "Revolutionsarmee"? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933, Diss. phil., Nürnberg 1964.

White, Christine A., British and American Commercial Relations with Soviet Russia, 1918-1924, Chapel Hill 1992.

Wilderotter, Hans, Haus Doorn. Die verkleinerte Kopie eines Hofstaates. In: Der letzte Kaiser Wilhelm II. im Exil. Hrsg. im Auftrage des Deutschen Historischen Museums von Hans Wilderotter und Klaus D. Pohl, Gütersloh 1991, S. 113-121.

Williamson, David G., The British in Germany 1918-1930. The Reluctant Occupiers, New York 1991.

Wilpert, Gabriele, Wahlflugblätter aus der Weimarer Zeit. Untersuchungen zur historischen Ausprägung eines Texttyps, Göppingen 1978.

Wiltschegg, Walter, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? München 1985.

Winkler, Heinrich August, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972.

Winkler, Heinrich August, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin 1984.

Winkler, Heinrich August, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin 1985.

Winkler, Heinrich August, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin 1987.

Winkler, Wilhelm, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, Berlin 1927.

Witzmann, Georg, Thüringen von 1918-1933. Erinnerungen eines Politikers, Meisenheim am Glan 1958.

Woelker, Joachim, Das Staatsleben unter der Sächsischen Verfassung vom 1. November 1920 in der Zeit vom 31. März 1927 bis zum 11. Juli 1931, Leipzig 1933.

Wohlfeil, Rainer, Heer und Republik. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3/VI, München 1979, S. 5-304.

Wolan, Hubert, Świdnickie Procesy. Narodowosocjalistycznych Bojówkarzy (1929-1930). In: Studia Śląskie, Seria Nowa, Tom XXX (1976), S. 341-362.

Woller, Hans, Machtpolitisches Kalkül oder ideologische Affinität? Zur Frage des Verhältnisses zwischen Hitler und Mussolini vor 1933. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 42-63.

Wrigley, Chris, David Lloyd George and the British Labour Movement, Hassocks 1976.

Zarusky, Jürgen, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917-1933, München 1992.

Zelnhefer, Siegfried, Die Reichsparteitage der NSDAP. Geschichte, Struktur und Bedeutung der größten Propagandafeste im nationalsozialistischen Feierjahr, Nürnberg ^{2}1991.

Zitelmann, Rainer, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Hamburg 1987.

Zofka, Zdenek, Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Machtergreifung der NSDAP 1928-1936, München 1979.

Zollitsch, Wolfgang, Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Jahre 1928 bis 1936, Göttingen 1990.

Zorn, Wolfgang, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986.

Zunkel, Friedrich, Köln während der Weltwirtschaftskrise 1929-1933. In: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 26 (1981), S. 104-128.

Zweck, Erich, Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Regensburg von 1922 bis 1933. In: Verhandlungen des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg 124 (1984), S. 149-260.

Personenregister

Die *kursiv* gesetzten Seitenzahlen geben Hinweise auf nähere Angaben zur Person.